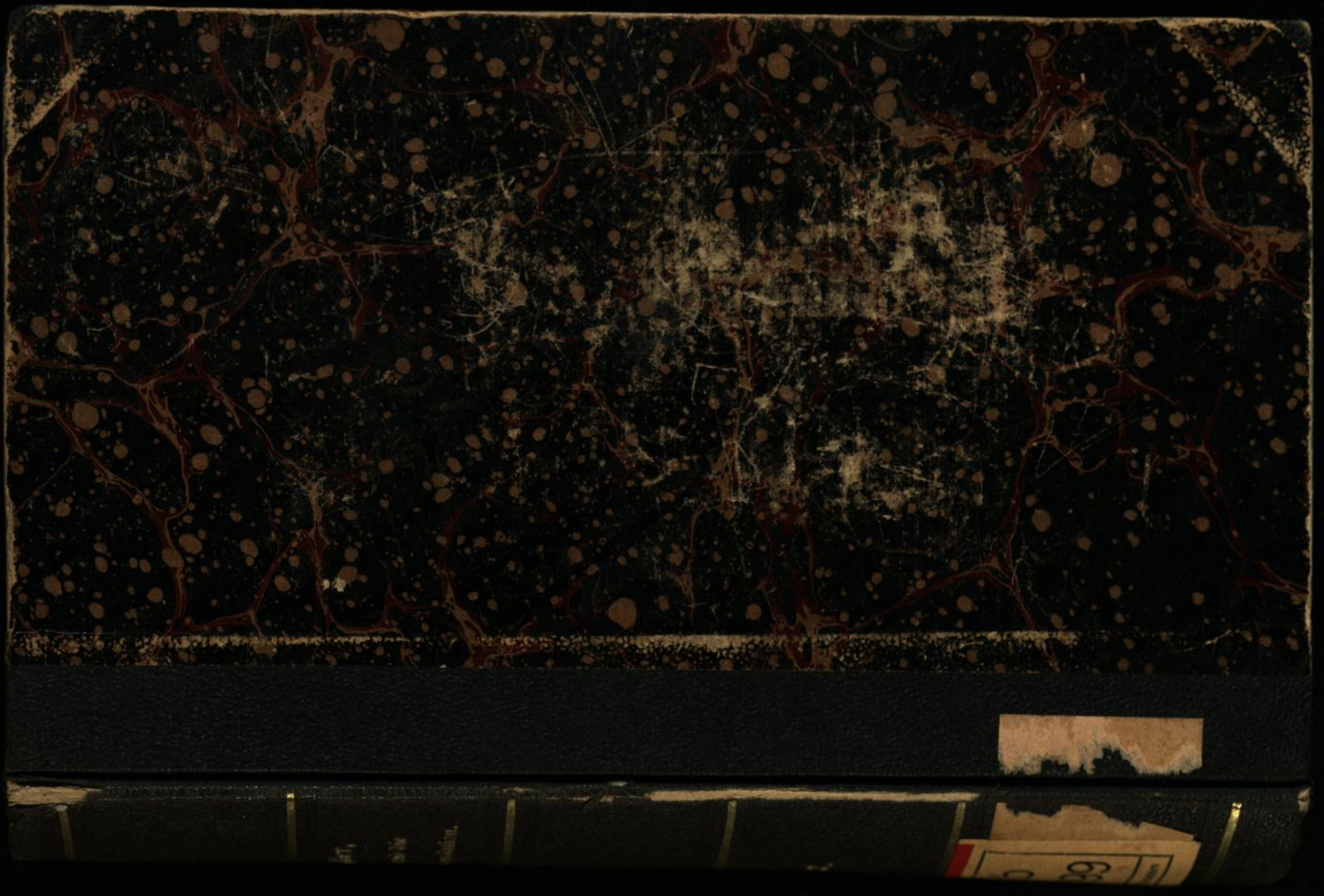
# Digitales Brandenburg

## hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

## [085005029]

Visual Library



Zw 56135

Hall

# Europa

## im Zeitalter der französischen Revolution.

---

### Studien und Ausführungen

vornehmlich nach ungedruckten Urkunden der Archive in Berlin, Wien und Paris

von

**Hermann Hüffer,**

Geheimer Justizrath und Professor an der Universität Bonn.

---

Zweite Ausgabe von Hermann Hüffer, Diplomatische Verhandlungen aus der Zeit der französischen Revolution.

### Zweiter Band.

Der Rastatter Congreß und die zweite Coalition. I. Theil.

Bücherei
Pädagogisches
Kabinett
Potsdam
K. Urkundl. Abt.
No. V 1 998

Bonn, 1890.

Rijksmuseum
Prentenkabinet
Amsterdam
No.

# Der raſtatter Congreß

und

# die zweite Coalition.

Vornehmlich

nach ungedruckten archivaliſchen Urkunden

von

**Hermann Hüffer.**

---

Erſter Theil.

---

**Bonn,**
bei Adolph Marcus.
1878.

UNIVERSITÄT POTSDAM
Universitätsbibliothek

2203

F 2c
4(2/3)

Lb 2199

Brandenburgische Landeshochschule
HISTORISCHES SEMINAR

Das Recht der Uebersetzung ist vorbehalten.

1950 = 711 ✓

# Vorwort.

Der zweite Band dieses Werkes erscheint zehn Jahre nach dem ersten. Ich hoffe, der Inhalt wird die Zögerung entschuldigen. Es ist nicht leicht, ein Gewebe diplomatischer Beziehungen, das sich über ganz Europa erstreckt, in seinem Zusammenhange zu überblicken und zugleich die einzelnen Fäden in so vielfacher Verschlingung nicht aus den Augen zu verlieren. Selbst Thatsachen, Ereignisse, die aus dem Geheimniß der Cabinette in einer doch nicht eben fern liegenden Zeit offen zu Tage getreten sind, bieten der gewissenhaften Darstellung zuweilen größere Schwierigkeiten, als man denken sollte. Falsche Angaben sind mehr als irgendwo auf dem Felde neuerer Geschichte leichtfertig in Umlauf gesetzt, oft so sonderbar mit Wahrheit gemischt, daß Scheidung beinahe unmöglich wird. Dazu kommt das Uebermaß bekannter, oder doch zu vermuthender Ueberlieferungen. Wo soll man der Forschung ein Ziel setzen, wenn noch immer so viel unerforschte Quellen übrig bleiben?

Kaum übersehbar ist schon die Literatur der Memoiren; lange haben sie für die Geschichte der Revolution die wesentlichste Grundlage gebildet. Wer könnte ihren Werth in Abrede stellen, besonders wenn sie eine in den Hauptzügen feststehende Erzählung ergänzen und beleben, und selbst wieder in authentischen Documenten Bestätigung oder Berichtigung finden? Aber selten darf man ihnen unbedingt vertrauen. Erzeugnisse eines höheren Alters, theilen sie nur zu oft die Eigenschaft bejahrter Personen, welche einzelne Züge ihrer Erlebnisse mit

der größten Anschaulichkeit vorzutragen wissen, aber gewöhnlich die Zeitfolge verwirren und nicht selten ein Ereigniß unter Farben, ja in einer Gestalt erscheinen lassen, die es erst in der Phantasie, oder während der Erzählung und durch oft wiederholte Erzählung angenommen hat.

Um sicher zu gehen, bedarf man gleichzeitiger Documente. Zeitungen, damals schon zahlreich genug, kämen hier zunächst in Betracht. Aber die Mängel, von welchen sogar unsere Tagespresse bei so viel reicheren Mitteln sich nicht frei zu halten vermag, treten in jener älteren Zeit noch weit fühlbarer hervor, besonders in Bezug auf diplomatische Verhandlungen, von denen damals weit weniger als jetzt in die Oeffentlichkeit gelangte. Unter den in französischer Sprache erscheinenden Blättern bewährt neben dem Moniteur die sogenannte Gazette de Leyde den seit einem Jahrhundert begründeten Ruf: theils durch eigene Artikel, theils durch zweckmäßige Benutzung dessen, was andere, besonders französische, daneben englische, deutsche und die Zeitungen noch mehrerer Nationen zur Auswahl anboten [1]). Das leydener Blatt hat auch auf die Geschichtschreibung nicht unbedeutenden Einfluß ausgeübt. Denn es bildet eine Hauptquelle der großen Compilation, welche unter dem Namen „Mémoires tirés des papiers d'un homme d'Etat" so vielen späteren Werken für die Darstellung diplomatischer Verhandlungen das Material geliefert hat. Reichhaltigkeit kann man diesem Sammelwerk, Fleiß und Geschick den Herausgebern in der That nicht absprechen. Wäre nur nicht die Neigung hinzugekommen, das Ganze als Nachlaß, oder wenigstens als Auszug aus dem Nachlaß eines Staatsmannes und Diplomaten hinzustellen.

---

1) In Wahrheit führte diese von einem überaus thätigen Franzosen La Font gegen 1680 gegründete Zeitung bis zum 4. Mai 1798 den Titel: Nouvelles extraordinaires de divers endroits. In Folge eines Verbotes erscheint sie nach kurzer Unterbrechung am 11. Mai mit der wenig veränderten Aufschrift: Nouvelles politiques, publiées à Leyde. Vgl. Hatin, Les gazettes de Hollande, Paris 1865, p. 146, wo aber die Tage der Unterbrechung nicht richtig angegeben sind.

Um dieses Scheines willen hat man zunächst die echten Quellen, deren Angabe so nützlich gewesen wäre, verschwiegen, sodann mit einer Willkür, die nur als Fälschung sich bezeichnen läßt, nach Form und Inhalt Veränderungen vorgenommen. Berichte der leydener Zeitung, zum Beispiel über die neapolitanischen Angelegenheiten, werden ohne Bedenken in Depeschen des englischen oder eines andern Ministeriums verwandelt. Niemals darf eine Nachricht auf diese Memoiren hin als zuverlässig gelten; aber mehrmals haben sie mich zu ächten Quellen geleitet, zuweilen war auch der Ursprung einer gewiß richtigen Angabe nicht aufzufinden.

Das Zuverlässigste bieten immer archivalische Documente; auch habe ich in jedem der vergangenen zehn Jahre wenigstens ein bedeutendes Archiv für meine Arbeit nutzbar zu machen mich bemüht. Im Frühling und Sommer 1872 das Geheime Staatsarchiv in Berlin. Wer sich der Schwierigkeiten erinnert, mit welchen noch vor zwölf Jahren der Zugang zu so unentbehrlichen Quellen verbunden war, empfindet um so lebhafter die Erleichterungen, welche die gegenwärtige Leitung des preußischen Archivwesens wissenschaftlichen Untersuchungen zu Theil werden läßt. Den Depeschen, die von 1798—1801 zwischen dem berliner Cabinet und den Gesandtschaften in Wien, London, Paris und Rastatt gewechselt wurden, konnte ich eine sichere Grundlage entnehmen: ein Excerpt aus ungefähr fünfzig Foliobänden, das in den Jahren 1876 und 1877 vervollständigt wurde. Viermal sind mir bei längerem Aufenthalte in Wien die Schätze des Haus-, Hof- und Staats-Archivs zu Gute gekommen. Jeder weiß, was diese unerschöpfliche Fundgrube durch Arneth's Vermittelung für die Wissenschaft geworden ist. Nur in Wien war es möglich, in die großen europäischen Verwicklungen, in den Ursprung der zweiten Coalition deutliche Einsicht zu gewinnen und von den Verhandlungen des rastatter Congresses zum ersten Male ein, wie ich hoffe, treues, auch in kleineren Zügen ausgeführtes Bild zu entwerfen. Ich kann nicht Alle im Einzelnen erwähnen, die in Berlin und in Wien

meine Arbeiten gefördert haben. Zweier Abgeschiedenen, des Geh. Archivraths Friedländer in Berlin, und des Sectionsrathes Wocher in Wien sei hier zuerst gedacht. Wenn ich neben ihnen Herrn Geh. Archivrath Paul Hassel und Herrn Geh. Staatsarchivar Hegert in Berlin, Herrn Sectionsrath Fiedler und die Hofconcipisten Herrn Karl Schrauf und Herrn Victor Felgel in Wien nenne, habe ich nur einen Theil meiner Dankesschuld gegenüber den beiden großen Archiven angedeutet. Von der wirksamen Unterstützung, die mir auch auf dem k. k. Kriegsministerium der Director, Generalmajor Freiherr von Sacken, Herr Oberst Rothauscher und Herr Hauptmann von Gömöry zu Theil werden ließen, bleibt noch in einem folgenden Bande zu reden.

Den Herbst 1873 widmete ich auf dem State paper office in London vornehmlich den Correspondenzen des englischen Ministeriums mit Petersburg und Wien. Das Archiv hat eben in letzter Zeit den trefflichen Director Sir Thomas Hardy verloren. Um so mehr freut es mich, meinen wärmsten Dank Herrn Alfred Kingston abstatten zu können, dessen unveränderliche Güte mir die Benutzung des umfangreichen Materials wesentlich erleichtert, ja in manchem Betrachte erst ermöglicht hat. Neben diesen drei Haupt-Archiven bin ich dem niederländischen Staats-Archiv im Haag und der Güte seines um die Wissenschaft so viel verdienten Vorstehers, Herrn Reichsarchivars van den Bergh dankbar verpflichtet. Mit Vergnügen bemerkt man, wie nützlich auch kleinere Notizen werden, wenn sie einem größeren Ganzen sich einfügen können. Die Berichte des niederländischen Geschäftsträgers van Haeften aus Wien bieten interessante Vergleichungspunkte mit den zur selben Zeit verfaßten Depeschen der preußischen Gesandten Luccheſini und Keller. Von anderer Seite erhalten die wiener Archivalien über Rastatt erwünschte Ergänzung durch die Corresspondenz des ritterschaftlichen Congreß-Gesandten, Freiherrn Karl von Gagern, die ich im Sommer 1871 dem von Herrn Archivrath Alexander Kaufmann neu geordneten

Dalbergschen Familien-Archiv in Aschaffenburg mit gütiger Erlaubniß des Freiherrn Friedrich von Dalberg entnehmen konnte. Sehr wenig bietet für die Revolutionszeit das im Uebrigen so reiche, so trefflich verwaltete Staats-Archiv in Florenz. Der Grund liegt darin, daß beim Einfall der Franzosen im Frühling 1799 auf Befehl des Großherzogs Ferdinand III. der gesammte Depeschenwechsel seit dem 1. Januar 1791 verbrannt wurde[1]). Eine Anzahl von Acten hat sich jedoch später in der Wohnung des damaligen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Fossombroni wieder aufgefunden, darin die Notizen über den Aufenthalt Pius' VI. in der Carthause bei Florenz und noch Einiges, was spätere Verwendung finden wird. Mit besonderem Danke bleibt noch die Güte des Herrn Staatsschreibers M. v. Stürler in Bern zu erwähnen, der in Bezug auf die schweizerischen Verhältnisse manchen nützlichen Fingerzeig, auch werthvolle Mittheilungen aus dem bernischen Staats-Archiv mir zukommen ließ.

Bei dem vorliegenden, wie bei dem ersten Bande, hätte ich aber noch immer einen Mangel empfunden, wären mir, besonders was den rastatter Congreß betrifft, die Aeußerungen von französischer Seite unbekannt geblieben. Es bedarf nicht der Erörterung, warum ich bei einer, im letzten Frühling nach

---

1) Eine Anmerkung zu dem Aufsatze: die „Villa Medici" in K. Hillebrand's „Italia" Bd. IV, darf ich wohl hier wiederholen: Im Repertorio degli affari esteri des Jahres 1771 Fol. I findet sich folgender Ricordo: D'ordine di Sua Altezza Reale furono bruciati tutti i fogli dal 1. Gennaro 1791 fino all' invasione dei Francesi in Toscana, come potranno attestarne S. E. il cavaliere Fossombroni, ministro degli affari esteri, ed il Signore Gaetano Rainoldi, segretario del consiglio di Stato. Fossombroni wurde am 4. Juli 1797 Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Rainoldi's Name findet sich öfter unter Erlassen der Regierung aus den Jahren 1795—1799, auch unter der Proclamation vom 24. März 1799, in welcher der Großherzog auf den bevorstehenden Einmarsch der Franzosen hinweist. Das Actenheft über die Gefangenschaft des Papstes (Filza 1349) trägt die Aufschrift: Fogli trovati nella stanza del ministro degli affari esteri Fossombroni nell' Aprile 1799.

Paris unternommenen Reise mich keineswegs versichert hielt, daß ich vorlängst begonnene Arbeiten auf dem Ministerium des Auswärtigen würde fortsetzen können. Aber auf den Antrag des Herrn Archiv-Directors Prosper Faugère ertheilte sowohl der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten als eine nach der Verordnung von 1874 zu befragende Commission die Genehmigung. Gleichwohl wäre ich in der schon vorgerückten verfügbaren Zeit schwerlich zu einem Abschluß gelangt, hätte nicht Herr Faugère, wie vor elf Jahren so auch jetzt wieder, meine Arbeiten mit der verbindlichsten Güte fördern wollen. So wurde es möglich, außer anderen Papieren alles, was die Gesandtschaft Bernadotte's und die selzer Conferenzen betrifft, dazu in vier starken Folio-Bänden die rastatter Verhandlungen durchzugehen. Ich darf es wohl als eine ausgezeichnete, nicht blos für mich erfreuliche Gunst betrachten, daß einem Deutschen diese wichtigen, noch niemals für ein wissenschaftliches Werk benutzten rastatter Papiere vorgelegt wurden; eine Gunst, auch deßhalb werthvoll, weil sie Gelegenheit bot, auf französischer Seite manches in günstigeres Licht zu stellen. Es bleibt eben selten ohne Frucht, wenn man jemanden über seine eigenen Angelegenheiten auch selber das Wort lassen kann. Immerhin wird dieses Buch manche unerfreuliche Erinnerung auffrischen, aber gewiß nicht gern, nicht häufiger als nothwendig, und am wenigsten in der Absicht, ein Recht der Vergeltung daraus herzuleiten. Ich hoffe, es erscheint einmal eine Zeit, in welcher geeinigte Nachkommen die Kriege zwischen ihren Vorfahren nicht anders ansehen, als wir jetzt die mittelalterlichen Kämpfe der Florentiner mit ihren Landsleuten von Pisa oder Lucca. Genau betrachtet fände man vielleicht die drei toscanischen Städte in den wesentlichen Interessen nicht entschiedener gleichgeartet, als die beiden großen Nationen, welche alle wichtigen Aufgaben einer fortschreitenden Cultur zu gemeinschaftlicher Lösung überkommen haben. Selbst ihre Streitigkeiten beweisen im Grunde, wie nahe sie zusammen gehören, und wenn den wach-

senden Gefahren des europäischen Völkerlebens nur durch gemeinsamen Widerstand begegnet werden kann, so ergeht auch um so dringender die Mahnung wahre, dauernde Eintracht da, wo sie am wenigsten sich entbehren läßt, wieder herzustellen.

Bei der Menge neuer Thatsachen, die meine archivalischen Arbeiten mir zur Kenntniß brachten, glaubte ich den Kreis meiner Aufgabe nicht mehr auf diplomatische Verhandlungen beschränken zu sollen. In der jetzigen Gestalt könnte das Buch vielleicht als eine Geschichte der Revolutionszeit gelten, in welcher freilich die Bestrebungen der Diplomatie vorzügliche Beachtung finden, die so oft erörterten inneren Angelegenheiten Frankreichs mehr als gewöhnlich zurücktreten, überhaupt nur das zur Erwähnung kommt, was zu der revolutionären Bewegung in unmittelbare, sei es freundliche, sei es feindliche Berührung tritt. Ich darf versichern, daß der vorliegende Band nicht viel enthält, was nicht durch gleichzeitige Urkunden festzustellen wäre. Meistens genügten meine Sammlungen und die in neuerer Zeit so zahlreich veröffentlichten Quellenwerke. Jeder, der etwas Darstellendes verfaßte, wird bemerkt haben, daß eine fremde Auffassung desselben Gegenstandes die Unbefangenheit des Urtheils leicht beeinträchtigt. Ich habe fremde Darstellungen absichtlich erst nach dem Abschluß der meinigen gelesen, um dann Einzelnes, nicht ohne Dank für die Quelle, nachträglich mir anzueignen. In dem früheren Bande nahmen kritische Erörterungen eine umfangreiche, vielleicht zu umfangreiche Stelle ein. Damals, als ich die erste größere Arbeit über die Revolutionszeit veröffentlichte, hielt ich es für eine Pflicht, neue Ansichten, wenn sie bedeutenden, anerkannten Werken entgegentraten, ausführlich zu begründen. Die Gegensätze waren zudem von solcher Tragweite, so sehr in allen Einzelheiten ausgeprägt, daß sie nicht ohne eingehende Untersuchung sich in's Klare stellen ließen. Ich darf wohl sagen: ich glaube mit einiger Befriedigung wahrzunehmen, daß die vor zehn Jahren von mir ausgesprochenen Ansichten in den neu eröffneten archivalischen Quellen Bestätigung, und selbst bei denen, die sie früher bestritten,

wenigstens zum Theil und mehr oder weniger Anerkennung gefunden haben. In dem vorliegenden Bande konnte jede Polemik vermieden werden. Denn einmal fallen über diese späteren Jahre der Revolutionszeit die Gegensätze zum großen Theil mit früher schon erörterten zusammen. Andererseits sind sie mehr auf einzelne Thatsachen, als auf die Grundauffassung bezüglich, also leichter und bestimmter zu entscheiden, so daß man auf mehr gesichertem Boden weniger das Bedürfniß empfindet, sich mit fremden Meinungen auseinander zu setzen.

Der nächste Band, welcher die Bildung der neuen Coalition, den Krieg in Neapel und das Ende des rastatter Congresses enthalten wird, ist im Manuscript beendigt, auch der Schlußband — für die Kriege von 1799 und 1800 und für die Verhandlungen bis zum Abschluß des Lüneviller Friedens bestimmt — liegt im Entwurfe vor. Möchte es mir schließlich noch vergönnt sein, eine Sammlung archivalischer Documente, wie es der Wissenschaft entspricht und nützen kann, in geordneter Folge zu veröffentlichen.

# Inhalt.

## Der rastatter Congreß und die zweite Coalition.

### Erster Theil.


Seite

Vorwort . . . . . V


### Erstes Kapitel.

### Die Eröffnung des rastatter Congresses.


Der Friede von Campo Formio (17. October 1797) . . . . . 1
Unsicherheit der Ausführung . . . . . 2
Friedenscongreß zu Rastatt . . . . . 3
Lage, Aussehen Rastatt's, das Schloß . . . . . 4
Ankunft der Deputirten . . . . . 5
Ankunft Bonaparte's (25. November) . . . . . 6
Bonaparte's Benehmen gegenüber den Congreß-Mitgliedern . . . . 7
Abweisung Fersens (28. November) . . . . . 8
Ankunft Cobenzl's (28. November). Convention vom 1. Dezember . . 10
Abreise Bonaparte's (2. Dezember) . . . . . 12
Verspätete Ankunft Metternich's (2. Dezember). Controversen mit Albini 13
Legitimation der Deputirten. Verzögerter Besuch der franz. Gesandten 15
Auswechselung der Legitimationen . . . . . 16
Rückzug der kaiserlichen Truppen (7. Dezember) . . . . . 17
Beschwerden Albini's . . . . . 18
Eröffnung der Deputation (9. Dezember) . . . . . 19
Vorgehen der Franzosen gegen Mainz . . . . . 20
Sie fordern unbeschränkte Vollmacht für die Deputation . . . . 21
Scene zwischen Albini und Lehrbach . . . . . 22
Sitzung vom 17. Dezember . . . . . 23

Seite

Gerüchte über die Convention vom 1. Dezember . . . . . 24
Ankunft der preußischen Gesandten . . . . . 25
Sitzung vom 19. Dezember . . . . . 26
Albini von Lehrbach für die Abtretung von Mainz gestimmt . . . 27
Capitulation von Mainz (28. Dezember) . . . . . 28
Fruchtlose Berathungen in Rastatt . . . . . 29
Bewilligung der unbeschränkten Vollmacht . . . . . 30

## Zweites Kapitel.

## Diplomatie und Diplomaten zur Zeit des rastatter Congresses.

Einfluß der Revolution auf die Diplomatie . . . . . 31
Selbständige Stellung der Gesandten . . . . . 32
Entfernungen, Post, Couriere, Telegraphen . . . . . 32
Verletzung des Briefgeheimnisses . . . . . 33
Chiffern . . . . . 34
Ein Erlebniß Cäsar's in Wien . . . . . 35
Sprache des diplomatischen Verkehrs . . . . . 36
Form der Depeschen . . . . . 37
Bedeutung für die Geschichtschreibung . . . . . 39
Die Diplomaten in Rastatt. Cobenzl . . . . . 40
Metternich . . . . . 41
Lehrbach . . . . . 42
Albini . . . . . 43
Mitglieder der Deputation: Löben, Preysing, Reden, Stadion u. A. . 44
Particulargesandte: Görtz, Jacobi, Dohm, Lang . . . . . 45
Rechberg, Gagern . . . . . 47
Treilhard, Bonnier, Rosenstiel . . . . . 48
Fersen, Melzi und Andere . . . . . 51
Zustände in Rastatt. Preise, Wohnungen, Theater, Decker'sche Buchhandlung . . . . . 53
Etikette, Titel, Rangstreitigkeiten . . . . . 54
Verhandlungsweise der Deputation . . . . . 55
Republikanische Etiquette . . . . . 56
Flugschriften über den Congreß . . . . . 57
Görres . . . . . 58
Die Passion . . . . . 59
Pfeffel, Linsingen . . . . . 60
Windischgrätz . . . . . 61

## Drittes Kapitel.

## Europäische Verhältnisse. Oesterreich und Preußen.

Seite

Metternich in der Sitzung vom 19. Januar 1798 . . . . . 62
Lage der streitenden Mächte . . . . . 63
Verzögerte Besitznahme Venedig's . . . . . 64
Die batavische Republik . . . . . 65
Staatsstreich vom 22. Januar 1798 . . . . . 67
Die cisalpinische Republik . . . . . 68
Der Bündnißvertrag . . . . . 69
Genua . . . . . 70
Oesterreich und Preußen im Sommer 1797 . . . . . 72
Keller's Ankunft in Wien am 6. September . . . . . 73
Preußen und Frankreich . . . . . 74
Gespräche Talleyrand's mit Sandoz über den Frieden . . . . . 74
Rewbell's Anträge und Forderungen . . . . . 76
Tod Friedrich Wilhelm's II. (16. November 1797) . . . . . 77
Friedrich Wilhelm III. . . . . 78
Instruction für die Gesandten in Rastatt . . . . . 79
Bonaparte und Sandoz . . . . . 82
Mißtrauen in Berlin . . . . . 83
Sendung von der Reck's nach Wien . . . . . 84
Instruction Thugut's für Cobenzl (6. Januar 1798) . . . . . 85
Aeußerliche Annäherung in Rastatt . . . . . 86

## Viertes Kapitel.

## Die Abtretung des linken Rheinufers.

Treilhard und die preußischen Gesandten (16. Januar 1798) . . . 87
Treilhard und Cobenzl. Das linke Rheinufer, die preußischen Besitzungen, österreichische Entschädigung in Italien . . . . . 88
Einfluß Oesterreich's auf die Deputation . . . . . 92
Sitzung vom 22. Januar. Forderung der Reichsintegrität . . . 93
Einnahme der Rheinschanze bei Mannheim (25. Januar) . . . . 94
Die Particulargesandten . . . . . 95
Schriftwechsel der Deputation und der Franzosen . . . . . 96
Baden für die Abtretung des linken Rheinufers (16. Februar) . . 98
Instruction Thugut's für Cobenzl (9. Februar) . . . . . 99

Seite

Cobenzl, Treilhard und Bonnier (16. Februar) . . . . . 100
Bedingtes Anerbieten der Deputation 26. Februar . . . . . 102
Lehrbach und Treilhard . . . . . 105
Treilhard's Drohungen von den preußischen Gesandten abgewiesen . 107
Besorgnisse der Particulargesandten . . . . . 108
Conclusum vom 2. März. Linie von Campo Formio . . . . 109
Die preußischen Gesandten bei Löben für die Abtretung, 4. März . 110
Albini's Weigerung . . . . . 111
Sitzung vom 6. März . . . . . 112
Albini von Treilhard gewonnen . . . . . 113
Albini's Schreiben an den Kurfürsten von Mainz (8. März) . . . 114
Sitzung vom 9. März. Abtretung des linken Rheinufers . . . . 115
Albini's und Lehrbach's Abstimmung . . . . . 117
Verhalten Metternich's . . . . . 119

## Fünftes Kapitel.

## Der Kirchenstaat und die römische Republik.

Ansichten des Directoriums, Bonaparte's, Clarke's über Kirche und Kirchenstaat . . . . . 120
Einfluß des 18. Fructidor . . . . . 121
Cacault, Haller, Joseph Bonaparte in Rom . . . . . 122
Römische Zustände . . . . . 123
Revolutionäre Bewegungen von Frankreich befördert . . . . . 124
Aufstand vom 28. Dezember 1797 . . . . . 125
Tod Duphot's, Abreise Joseph Bonaparte's . . . . . 126
Eindruck in Paris. Bonaparte's Instruction für Berthier (11. Januar 1798) 127
Besetzung Roms (10. Februar) . . . . . 129
Pius VI. im Vatican . . . . . 130
Die römische Republik (15. Februar) . . . . . 131
Haller im Vatican . . . . . 132
Beraubung und Abführung des Papstes nach Siena (25. Februar) . 133
Massena in Rom. Unterschleife (25. Februar) . . . . . 134
Unzufriedenheit der Armeeen in Rom und Oberitalien . . . . 135
Erklärung der Officiere gegen Massena . . . . . 136
Aufstand der Römer (24. Februar) . . . . . 137
Massena durch St. Cyr ersetzt (26. März) . . . . . 138
Römisches Consulat, französische Commissare . . . . . 139
Constitution der römischen Republik . . . . . 140
Die katholischen Höfe gegenüber dem Kirchenstaat . . . . . 141

## Sechstes Kapitel.

## Die Schweiz.

Seite

Die Schweiz gegenüber der Revolution. Absichten Bonaparte's . . 143
Schweizerische Zustände. Cantonalverfassung . . . . . 144
Basel, Peter Ochs . . . . . 146
Steiger und die bernische Aristokratie . . . . . 147
Barthelemy, Mengaud . . . . . 148
Reise Bonaparte's durch die Schweiz . . . . . 149
Ochs in Paris, Besetzung des Immer- und des Münsterthales . . 150
Verfassungs-Aenderung in Basel, 5. Februar 1798 . . . . . 152
Unzufriedenheit in der Waadt . . . . . 153
Berufung auf die französische Garantie der ständischen Rechte . . 154
Unfähigkeit des Oberst Weiß . . . . . 155
Die Waadt für Bern verloren . . . . . 156
Menard's Adjutant zu Thierens erschossen (25. Januar) . . . . 157
Einzug der Franzosen in die Waadt (28. Januar) . . . . . 158
Demokratische Bewegungen. Eintritt von 52 Deputirten in den großen Rath zu Bern (2. Februar) . . . . . 159
General Brüne in der Waadt . . . . . 160
Drohungen Mengaud's von Bern zurückgewiesen . . . . . 161
Brüne's Klagen über Mengaud . . . . . 162
Zögerung der Berner. Unterhandlung mit Brüne . . . . . 163
Herrenschwand, Frisching, Tscharner in Payern (15. Februar) . . 164
Brüne's Bericht vom 17. Februar . . . . . 165
Waffenstillstand ohne verbindliche Formen . . . . . 166
Vortheilhafte Stellung Brüne's . . . . . 167
Verschärfte Anweisungen des Directoriums (17. u. 22. Februar) . . 168
Einmischung Mengaud's . . . . . 170
Erlach im großen Rath zu Bern. Beschluß vom 26. Februar . . 171
Neue Unterhandlung mit Brüne . . . . . 172
Abdankung des großen Rath's (1. März) . . . . . 174
Abbruch der Unterhandlungen durch Brüne . . . . . 175
Einnahme Freiburg's und Solothurn's (2. März) . . . . . 176
Provisorische Regierung in Bern . . . . . 177
Neue Forderungen Brüne's . . . . . 178
Gefechte an der Sense und bei Fraubrunen . . . . . 179
Einnahme Bern's. Erlach's Ermordung (5. März) . . . . . 180
Brüne in Bern . . . . . 181

Seite

Der bernische Schatz . . . . . 182
Neue einheitliche Verfassung der Schweiz . . . . . 184
Plan einer Theilung in drei Republiken . . . . . 185
Neue Municipalität in Bern (24. März) . . . . . 187
Widerstand gegen die Dreitheilung. Proclamirung der einheitlichen Republik (22. März) . . . . . 188
Brüne's Abreise nach Italien, Charakteristik . . . . . 189
Lecarlier in Bern. Proclamirung der helvetischen Verfassung in Aarau (12. April) . . . . . 190
Unthätigkeit Oesterreichs. Johannes v. Müller in der Schweiz . . 191

## Siebentes Kapitel.

## Die Säcularisationen.

Bestand der katholischen Kirche in Deutschland . . . . . 193
Zustände der geistlichen Staaten . . . . . 194
Instructionen für die französische Gesandschaft in Rastatt, November 1797 196
Treilhard für Einigung mit Preußen . . . . . 198
Anweisungen Talleyrand's und des Directoriums in Bezug auf die Rheingrenze, die Säcularisationen und die Form des Friedens . 199
Stellung Oesterreichs. Thugut's Instruction vom 13. März 1798 . 204
Cobenzl und Treilhard (18. und 20. März) . . . . . 205
Anweisungen Talleyrand's (27. Februar und 25. März) . . . . . 206
Einwirkung der Franzosen auf die Deputation und die Particular-Gesandten . . . . . 207
Drohung der Franzosen, das rechte Rheinufer zu revolutioniren . . 208
Französische Note vom 27. März: Erneute Forderung der Säcularisationen 209
Sitzung vom 2. April: Bedingte Annahme der Säcularisationen . 210
Sitzung vom 4. April. Lehrbach's Absichten durch Albini vereitelt . 212
Conclusum vom 4. April. Bewilligung der Säcularisationen . . . 214
Bonaparte kehrt nicht nach Rastatt zurück . . . . . 215
Metternich tritt dem Conclusum nicht bei . . . . . 215

## Achtes Kapitel.

## Oesterreich und Preußen.

Gegenseitiges Bedürfniß einer Annäherung. Instruction für Keller vom 8. Januar 1798 . . . . . 217
Conferenzen Thugut's und Colloredo's mit Keller . . . . . 218

Seite
Die Mittheilung der geheimen Artikel von Campo Formio verweigert 219
Forderungen Thugut's . . . . . 220
Schreiben Friedrich Wilhelm's an den Kaiser (24. Februar) . . . 221
Oesterreich ruft die Vermittlung Rußlands an . . . . . 222
Thugut's Instructionen für Reuß und Dietrichstein . . . . . 223
Briefe des Kaisers an den König und den Czaren (8. u. 9. März) . 224
Preußen nimmt die russische Vermittlung an . . . . . 225
Verzögerung der Unterhandlungen in Wien und Berlin . . . . 227
Größere Bereitwilligkeit in Rastatt . . . . . 228
Gegenstände der Verhandlung: die bairische Frage . . . . . 230
Thugut's Instruction für Cobenzl vom 13. März . . . . . 231
Conferenz vom 25. März. Cobenzl's Aperçu éventuel . . . . . 232
Die preußische Clausel von Cobenzl angenommen, dann abgelehnt . 234
Lehrbach's schadenfroher Bericht an Thugut . . . . . 235
Berathungen und Ansprüche des berliner Cabinet's . . . . . 237
Versöhnliche Conferenz in Rastatt am 9. April . . . . . 238
Cobenzl's Abberufung und Abreise von Rastatt . . . . . 239
Uebermuth der französischen, Unsicherheit der preußischen Gesandten . 240

## Neuntes Kapitel.

## Die Gesandschaft Bernadotte's in Wien.

Thugut's Befürchtungen für den diplomatischen Verkehr . . . . 242
Die Franzosen wollen Vertreter in Wien und Paris . . . . . 243
Bernadotte unerwartet zum Botschafter ernannt . . . . . 244
Kommt ohne Pässe nach Wien (8. Februar 1798) . . . . . 245
Talleyrand's Instruction für Bernadotte (17. Januar) . . . . 245
Bernadotte's Benehmen. Audienz beim Kaiser am 2. März. Beleidigung des Erzherzogs Carl . . . . . 247
Verhandlungen über Titel und Orden . . . . . 248
Audienz bei der Kaiserin am 8. April . . . . . 250
Unfreundliche Unterredung mit Thugut (12. April) . . . . . 252
Bernadotte bittet um Abberufung . . . . . 253
Wichtigkeit der republikanischen Abzeichen für die Franzosen . . . 254
Die dreifarbige Fahne auf Bernadotte's Balcon . . . . . 255
Der Tumult vom 13. April . . . . . 256
Bernadotte fordert seine Pässe . . . . . 258
Vergebliche Versuche, ihn zu beschwichtigen . . . . . 259
Abreise Bernadotte's am 15. April . . . . . 260

Seite
Heftige Reden Bernadotte's in Rastatt . . . . . 262
Oesterreichische Auffassung. Circular, Ansichten der Diplomaten . . 263
Inschrift, Gestalt der Fahne. Verspätung des Militär's . . . . . 264
Eindruck in Paris. Absichten des Directoriums. Bonaparte für den Frieden 265
Bonaparte's Anerbieten, nach Rastatt zu gehen, in Wien angenommen 266
Thugut's Rücktritt schon längere Zeit beabsichtigt . . . . . 268
Cobenzl, als sein Nachfolger bezeichnet . . . . . 269
Thugut bleibt als Conferenzminister Leiter der Politik . . . . . 270
Ernennung Cobenzl's zum Minister des Auswärtigen (2. Mai) . . 270

## Zehntes Kapitel.

## Die Conferenzen in Selz.

Instruction für Cobenzl vom 7. Mai 1798 . . . . . 272
Cobenzl findet Bonaparte nicht in Rastatt (12. Mai) . . . . . 274
Abreise Bonaparte's nach Toulon (4. Mai) . . . . . 275
François von Neufchateau . . . . . 277
Cobenzl bereit mit François zu verhandeln (16. Mai) . . . . . 279
Erste Conferenz in Selz am 30. Mai . . . . . 281
Vorbereitende Gespräche über Bernadotte. Ansprüche, Berichte . . 282
Conferenz vom 1. Juni . . . . . 284
Unruhe der preußischen Gesandten . . . . . 285
Conferenz vom 3. Juni. Cobenzl's Antwort auf François' Denkschrift 286
Der 7. Artikel des Friedens von Campo Formio . . . . . 287
Cobenzl fordert Entschädigung in Italien . . . . . 288
Gespräche mit Melzi über die Lombardei und Toscana . . . . . 291
Fünfte Conferenz am 7. Juni ohne Ergebniß . . . . . 292
Ablehnende Antwort des Directoriums vom 7. Juni . . . . . 294
Conferenz vom 13. Juni . . . . . 295
Berichte Cobenzl's und François' . . . . . 297
Der Streit über eine zerrissene Fahne . . . . . 298
Heftige Unterredung vom 25. Juni . . . . . 300
François' Vertragsentwurf (26. Juni) . . . . . 302
Erwägungen und ablehnende Denkschrift Cobenzl's (28. Juni) . . 303
Cobenzl's Verfahren von Thugut gebilligt . . . . . 306
Conferenz vom 5. Juli. François' Denkschrift . . . . . 307
Letzte Conferenz vom 6. Juli . . . . . 309
Abbruch der Verhandlungen ohne Kriegserklärung . . . . . 310
Bedeutung der selzer Conferenzen . . . . . 311
Cobenzl's Rückkehr nach Wien (13. Juli) . . . . . 312

## Elftes Kapitel.

## Die revolutionäre Bewegung im Sommer 1798.

Seite

Die batavische Republik nach dem 22. Januar 1798. Delacroix, Ducange . . . . . 313
Die Verfassung vom 23. April. Eigenmächtiges Verfahren der National-Versammlung . . . . . 314
Streit des Generals Daendels mit Delacroix und Ducange . . . 315
Daendels in Paris und wieder im Haag . . . . . 316
Sturz des batavischen Directoriums (12. Juni) . . . . . 316
Die Schweiz. Widerstand der Urcantone gegen die einheitliche Republik . . . . . 318
Kämpfe am Züricher See und in Schwyz . . . . . 319
Waffenstillstand vom 3. Mai . . . . . 320
Blutbad zu Sion im Wallis (15. Mai) . . . . . 321
Genf und Mülhausen mit Frankreich vereinigt . . . . . 321
Das helvetische Directorium und Rapinat . . . . . 322
Der pariser Vertrag vom 27. April . . . . . 323
Rapinat nöthigt zwei Directoren zur Abdankung (19. Juni) . . . 325
Wechselnde Verfügungen des französischen Directoriums . . . . 326
Ochs und Laharpe treten in das helvetische Directorium (29. Juni) . 327
Der Bündnißvertrag mit Frankreich vom 19. August . . . . . 328
Mißliebige Gesetze . . . . . 330
Unzufriedenheit der Urcantone. Weigerung des Verfassungseides . . 331
Blutbad in Stanz (9. September) . . . . . 332
Unterwerfung der gesammten Schweiz . . . . . 332
Die Cisalpina . . . . . 334
Widerstand gegen den pariser Vertrag vom 21. Februar . . . . 334
Verwerfung des Vertrags im Rath der Alten (13. März) . . . . 335
Erzwungene Annahme (20. März) . . . . . 336
Brüne an Berthier's Stelle in Mailand (3. April) . . . . . 337
Abdankung Moscati's, Paradisi's und mehrerer Deputirten (13. April) 338
Trouvé, Botschafter in Mailand (15. Mai) . . . . . 339
Seine Streitigkeiten mit den Räthen und mit Brüne . . . . . 340
Vorbereitungen Trouvé's und Faypoult's für die Verfassungs-Aenderung 342
Entscheidung in Paris . . . . . 343
Staatsstreich in Mailand vom 31. August . . . . . 344
Unzufriedenheit Brüne's und der demokratischen Partei . . . . 345
Fouché an Trouvé's Stelle Botschafter (11. October) . . . . . 346

Seite

Neuer Staatsstreich vom 19. October . . . . . 346
Verzweifelte Berichte Trouvé's an La Revellière . . . . . 347
Abberufung Brüne's und Fouché's . . . . . 348
Rivaud Botschafter, Staatsstreich vom 7. Dezember . . . . . 349
Die römische Republik . . . . . 350
Theuerung, Contributionen, Aufstände . . . . . 350
Die Monstranz des Fürsten Doria . . . . . 351
Abberufung St. Cyr's. Neue Commissare . . . . . 352
Absetzung der Consuln (17. September) . . . . . 353
Sardinien. Karl Emanuel's traurige Lage . . . . . 353
Ginguené's Antrittsaudienz. Die Botschafterin . . . . . 354
Aufstände, Besetzung Carosio's durch die Insurgenten (8. April) . . 355
Schlacht bei Ornavasso (21. April) . . . . . 355
Kriegserklärung Genua's (6. Juni) . . . . . 356
Einmischung Frankreichs . . . . . 357
Brüne fordert die Auslieferung der Citadelle von Turin . . . . 358
Vertrag vom 28. Juni . . . . . 359
Niederlage der Insurgenten bei Marengo (5. Juli) . . . . . 359
Machtsprüche Belleville's in Genua (31. August) . . . . . 360
Besetzung der Citadelle von Turin (3. Juli) . . . . . 360
Tumult am 16. September . . . . . 360
Ersetzung Ginguené's durch Aymar (12. October) . . . . . 361

## Zwölftes Kapitel.

## Malta und Aegypten.

Französische Zustände . . . . . 362
Bedeutung des 18. Fructidor . . . . . 363
Noth der Finanzen. Unterschleife . . . . . 364
Erpressungsversuch bei den amerikanischen Gesandten . . . . . 365
Gesetz vom 22. Floreal VI (11. Mai 1798) . . . . . 366
Bonaparte's Abneigung gegen die Directorial-Regierung . . . . 368
Seine Ansichten über die Schweiz, Rom, die Cisalpina . . . . 369
Plan der Eroberung Aegyptens . . . . . 371
Bonaparte gegen die Landung in England . . . . . 373
Die Expedition nach Aegypten beschlossen (5. März) . . . . . 374
Einwendungen La Revellière's . . . . . 375
Verschiedene Gerüchte . . . . . 376
Instruction für Bonaparte vom 12. April . . . . . 376

Seite

Zwischenfall Bernadotte's . . . . . 377
Bonaparte's Anerbieten nach Rastatt zu gehen . . . . . 378
Erzählung Miot's . . . . . 378
Abreise Bonaparte's von Paris (4. Mai), von Toulon (19. Mai) . 380
Vortheile und Gefahren der Expedition . . . . . 380
Pläne gegen Malta . . . . . 383
Mißliche Lage des Malteser-Ordens . . . . . 384
Unfähigkeit des Großmeisters Hompesch . . . . . 385
Vergebliche Warnungen aus Rastatt . . . . . 386
Ankunft der französischen Flotte vor Malta (9. Juni) . . . . . 387
Capitulation vom 11. Juni . . . . . 389
Verfügungen Bonaparte's auf Malta . . . . . 390
Abfahrt von Malta (18. Juni). Landung in Aegypten (1. Juli) . 392

---

## Verbesserungen.

S. 144. Zeile 2 v. u.: statt „die grauen Bünde" lies „die drei rhätischen Bünde". Unter den Bestandtheilen der Schweiz hätten noch die freien Stände Gersau und Kloster Engelberg, beide unter dem Schutz der Waldstätte, genannt werden können.

S. 267. Zeile 3 v. o.: statt 25. lies 26.

---

# Erstes Buch.

## Der rastatter Congreß.

---

### Erstes Kapitel.

### Die Eröffnung des rastatter Congresses.

Nach sechsjährigem Kampfe war am 17. October 1797 der Friede zwischen dem Kaiser und der französischen Republik unterzeichnet. Die belgischen Provinzen wurden an Frankreich abgetreten, die Lombardei zur Bildung einer neuen Republik verwendet, die voraussichtlich Untergebene und Werkzeug ihrer Begründer bleiben mußte. Auch das linke Rheinufer fiel zum größeren Theil, wenn nicht in seiner Gesammtheit den Franzosen zu; auf der rechten Seite war den erblichen Fürsten für die verlorenen Besitzungen Entschädigung versprochen. Der Kaiser sollte dabei nicht leer ausgehen, aber zunächst in venetianischen Gebieten für Belgien und die Lombardei Ersatz erhalten. Wie viel Veränderungen des territorialen Besitzes, welch' ein Wechsel der politischen Beziehungen, wenn der Friede zur Ausführung gelangte!

Es fragte sich nur, ob er zur Ausführung gelangen würde.

Der General Bonaparte hatte den österreichischen Bevollmächtigten die besten Versprechungen gegeben. Aber wer sich der Präliminarien von Leoben und der letzten Verhandlungen erinnerte, mochte darin schwerlich vollkommene

Sicherheit erblicken. Und wenn der General wirklich guten Willens war, konnte er ihm auch Geltung verschaffen? Er hatte gegen den ausdrücklichen Wunsch seiner Regierung, mit Ueberschreitung seiner Vollmachten die Bedingungen von Campo Formio zugestanden. Das Directorium wagte nicht, dem siegreichen, unentbehrlichen Feldherrn offen entgegen zu treten, es genehmigte den Vertrag; aber wie ungern, wie unwillig! Nur zu deutlich tritt der Wunsch hervor, sich sobald als möglich der verhaßten Schranken wieder zu entledigen, und die Gelegenheit konnte schwerlich lange auf sich warten lassen. Denn nur zwischen Oesterreich und der französischen Republik war der Friede zum Abschluß gekommen; der Reichsfriede blieb späteren Unterhandlungen vorbehalten, und unter den Artikeln, die sich auf Deutschland bezogen, war mehr als einer, der durch das Unklare und Unzweckmäßige seines Inhaltes beinahe zur Verletzung des Festgesetzten aufforderte.

Auch in Wien sah man den Frieden für wenig anderes als einen Waffenstillstand an. Thugut, der leitende Minister, hätte ihn wohl schwerlich unterzeichnet; er war außer sich über die Härte, die Schmach dieses unseligen Vertrages: „Ich sehe gar keine Sicherheit für uns", schreibt er dem Grafen Franz Colloredo, unmittelbar nachdem der Inhalt ihm bekannt geworden war. „Die Ausführung schwebt in der Luft, vielleicht wird sie nur den zweiten Band der Präliminarien bilden [1])." Graf Cobenzl, der den Frieden selbst zum Abschluß gebracht hatte, bemerkt noch während er verhandelte, seinem Minister, „die Verwicklungen des Reichsfriedens würden statt eines Mittels zwanzig an die Hand geben, den Krieg, wenn man wolle, wieder anzufangen". Und am 2. November, in dem Briefe, der über den abgeschlossenen Frieden nach Petersburg die erste Nachricht giebt, läßt er schon einfließen: sobald man

1) Alfred v. Vivenot, Vertrauliche Briefe des Freiherrn von Thugut, Wien 1872, II, 64. Die in der Folge häufig angeführten Briefe Thugut's an den Cabinetsminister Franz Colloredo finden sich ohne Ausnahme in dieser überaus werthvollen Sammlung.

russischer Hülfe versichert sei, werde man auch bei der nächsten Gelegenheit Verpflichtungen wieder abwerfen, die man nur unter dem Druck der Nothwendigkeit übernommen habe [1]).

Allein da weder auf die russische Hülfe, noch überhaupt auf einen Bundesgenossen zu rechnen war, blieb vorerst nichts übrig als der Versuch, ob nicht doch vielleicht zu Frankreich ein leidliches Verhältniß sich herstellen lasse.

Zu Campo Formio war bestimmt, daß auf einem Congresse zu Rastatt ausschließlich von Bevollmächtigten des Reiches und der französischen Republik über den Reichsfrieden verhandelt werden sollte. Zugleich wollte man dort die Ratificationen des Friedens von Campo Formio auswechseln und zu seiner Ausführung, insbesondere was die Uebergabe von Mainz und Venedig anging, die nöthigen Verabredungen treffen. Bis zur Herstellung eigentlicher Gesandtschaften in den Hauptstädten mußte der Congreßort voraussichtlich auch für Oesterreich und Frankreich zum Mittelpunkt des diplomatischen Verkehrs werden; Grund genug, daß beide Staaten ihre ausgezeichnetsten Vertreter dahin abgehen ließen. Von Reichswegen war schon in Folge der Reichstags-Verhandlungen im August 1795 eine Friedens-Deputation von fünf katholischen und fünf protestantischen Reichsständen ernannt. Mainz führte, wie auf dem Reichstage, den Vorsitz. Dazu kamen aus dem Collegium der Kurfürsten: Kursachsen, aus dem Fürstenrath: Oesterreich, Baiern, Würzburg und, von protestantischer Seite, Bremen (Hannover), Hessen-Darmstadt und Baden, endlich die Reichsstädte Augsburg und Frankfurt. Auch die Vollmachten, die Instructionen, das Schema für die Rangordnung und die Verhandlungsweise waren am 7. October desselben Jahres festgestellt. Das kaiserliche Hofdecret vom 1. November 1797 brauchte daher nur die zehn deputirten Reichsstände aufzufordern, „binnen kürzester Frist

---

1) Vgl. Bd. I dieses Werkes S. 438 und Miliutin, Geschichte des Krieges zwischen Rußland und Frankreich im Jahre 1799, München 1856, I, 330.

durch deutsche Redlichkeit und biedern Sinn achtungswürdige Abgeordnete an den Congreßort abzuschicken" [1]).

Die kleine Stadt, die man dafür ausersehen hatte, verdankte die Ehre zunächst ihrer Lage, dann vornehmlich einer historischen Erinnerung; denn auf dem Schlosse zu Rastatt war nach vierzehnjährigem Kampfe am 6. März 1714 der Friede zwischen Frankreich und dem Kaiser von dem Marschall Villars und dem Prinzen Eugen unterzeichnet worden. In jener Zeit fing der Ort eben an, nach den Verwüstungen des Krieges von 1689 sich zu erholen. Die langen geraden Straßen, die einförmigen Häuser zeugen noch jetzt von einem plötzlichen Entstehen; das ansehnlichste, beinahe das einzige bedeutende Gebäude ist im Osten der Stadt das Schloß, das Prinz Ludwig von Baden, der Held der Türkenkriege, zu seiner Residenz sich gebaut hatte. Wie die meisten französischen Schlösser jener Zeit zeigt es gegen Westen eine breite Mittelfront und stark vorspringende Flügel, zur Seite eines weiten Platzes, der vorn durch ein eisernes Gitter abgeschlossen wird. Von den inneren Räumlichkeiten ist beinahe nur der große Audienzsaal über dem mittleren Hauptportal in dem früheren Zustande erhalten; die übrigen dienen als Magazine oder Arbeitszimmer militärischen Zwecken, denen zu Liebe auch der schöne Schloßgarten auf der Ostseite in einen sandigen Exercierplatz verwandelt worden ist. Steigt man aber die breiten Treppen, weiter den Thurm bis zur vergoldeten Statue des Jupiter hinauf, so erfreut man sich des Umblicks auf eine reiche, fruchtbare Ebene, durchschnitten von der Murg und dem Rheine, im Osten durch die Gebirge des Schwarz-

1) Vgl. Bd. I dieses Werkes S. 191 u. 480. Geheime Geschichte der Rastatter Friedensverhandlungen von einem Schweizer (gewöhnlich Karl Ludwig v. Haller zugeschrieben), Germanien 1799, II, 50 fg. Baiern stimmte im Fürstencollegium, weil die im westphälischen Frieden erlangte Kurstimme durch die Vereinigung mit der kurpfälzischen im Jahre 1778 wieder erloschen war. Augsburg, obgleich gemischter Confession, erscheint als katholische Stadt, weil Köln und Aachen, die man aus den katholischen Städten allein hätte wählen können, sich in der Gewalt der Franzosen befanden.

waldes, im Westen durch die schönen Linien der Vogesen begränzt. In diesem Schlosse sollten die kaiserlichen und die französischen Gesandten Wohnung erhalten, mit ihnen der mainzische als Präsident der Reichsdeputation; außerdem mußte man für die Sitzungen Raum gewinnen.

Seit Anfang Novembers war der badische Minister von Edelsheim beschäftigt, im Schlosse und in der Stadt für das Unterkommen so vieler vornehmen Gäste Vorkehrung zu treffen. Unter den Ersten erschien am 17. November der Freiherr von Albini, Hofkanzler des Kurfürsten von Mainz und im unbedingten Besitze seines Vertrauens. Nur mit Mühe konnte er im Schlosse sich einrichten, das im Kriege geplündert, als Lazareth benutzt und noch von bösen Dünsten geschwängert war. Mit ihm am selbigen Tage kamen der Deputirte für Sachsen, Graf Löben, und der Freiherr von Reden, der Bremen (Hannover) vertreten sollte, Tags darauf auch die beiden französischen Gesandten Treilhard und Bonnier d'Arco; andere waren schon früher angekommen, oder trafen zahlreich in den folgenden Tagen ein.

Alle diese Diplomaten konnten aber zu keiner eigentlichen Verhandlung gelangen, bis nicht die kaiserlichen Gesandten sich eingestellt, der kaiserliche Plenipotentiar den Congreß eröffnet, und Bonaparte das entscheidende Wort gesprochen hatte. Der General war, wenige Tage nach dem Abschluß des Friedens, von Passariano nach Mailand zurückgekehrt. Ein Uebermaß der wichtigsten Angelegenheiten blieb noch zu erledigen. Die venetianischen Provinzen sollten geräumt, aber vorher alles dessen, was man den Oesterreichern nicht überlassen wollte, beraubt werden. Auf den jonischen Inseln war eine französische Verwaltung einzuführen, die Stellung von Rom, Neapel, Toscana zu überwachen, vor Allem in den Zuständen der cisalpinischen Republik noch Manches fester zu begründen. Am 2. November traf aus Paris die Nachricht ein, der Friede sei genehmigt, und Bonaparte selbst zum ersten Bevollmächtigten in Rastatt ernannt. Schon am 11. November konnte

er auch den Bürgern der cisalpinischen Republik ankündigen, daß die neue Verfassung zehn Tage später ihre volle Wirksamkeit erlangen würde. Er selbst wartete nicht so lange, schon am 17. trat er die Reise nach Deutschland an. In Turin blieb er eine Nacht, ohne den König zu sehen, der gerne um Schutz gebeten und seine Leiden geklagt hätte; im Waadtlande wurde er von den Feinden der Berner Aristokratie wie ein Befreier, in Basel mit beinahe königlichen Ehren empfangen. Am 25. November Abends fuhr er in einem achtspännigen Wagen, begleitet von österreichischen Husaren, in den mit Fackeln erleuchteten Hof des rastatter Schlosses [1]).

In den gleichzeitigen Berichten spiegelt sich deutlich der Eindruck, den das Erscheinen des wunderbaren Mannes in dem Kreise der Diplomaten hervorbrachte. Sie beschreiben seine Gestalt, sein ernstes Aussehen, seine Kleidung, wie er nachdenklich und schweigend die Treppe hinaufgestiegen sei; alle seine Worte und Geberden sind ihnen wichtig. Man hatte ihm in dem linken Seitenflügel des Schlosses die Zimmer angewiesen, die vordem der Marschall Villars bewohnt hatte. Aber seine Unzufriedenheit war groß, als er von den kaiserlichen Gesandten noch Keinen anwesend fand. Nur der General Merveldt hatte sich Tages vorher eingestellt, um an den Verhandlungen über Mainz theilzunehmen, war aber ohne Vollmacht, etwas abzuschließen. Graf Lehrbach, der den Kaiser als Erzherzog von Oesterreich in der Deputation vertreten sollte, ließ sich bis zum Abend des 27. erwarten, und als Bonaparte bei der ersten Begegnung von den geheimen Bedingungen des Friedens und von Mainz mit ihm zu reden wünschte, verwies er auf Cobenzl, der allein für jene Angelegenheiten Vollmacht besitze [2]). So gingen drei Tage für die drängende Ungeduld Bonaparte's beinahe verloren. Am 28. gegen Mittag empfing er von Albini den ersten

---

1) Die Einzelheiten am ausführlichsten in dem Diarium des mainzischen Gesandtschafts-Secretärs Nau im wiener Staatsarchiv.

2) Lehrbach an Thugut am 29. November. Wiener Staatsarchiv.

Besuch und gegen Abend die übrigen Mitglieder der Reichsdeputation. Er verhehlte nicht seinen Unwillen über die Langsamkeit der Oesterreicher. Auch sonst ließ er Aeußerungen fallen, die für die Integrität des Reiches nicht eben günstig lauteten. Albini fragte er ohne Umstände, wo der Kurfürst von Mainz, wenn er seine Hauptstadt verlöre, seine Residenz würde aufschlagen können; der Freiherr von Stadion, der in seinem würzburger Domherrnmantel zu ihm gekommen war, mußte Anzügliches über die Stellung der Geistlichen hören. „Die deutschen Bischöfe, sagte Bonaparte, sind geistliche Regenten und Kriegsleute. Wie stimmen diese Titel mit einander? wie sind sie im Evangelium begründet? Die Kurfürsten von Trier, Köln und Mainz reden immer vom Himmelreiche; aber ihre Schlösser und Reichthümer sind für sie ein Hinderniß, hineinzugelangen. Wissen sie nicht, daß das Evangelium sagt: die Reichen werden in das Himmelreich nicht eingehen?" Mit Löben sprach er über die goldene Bulle, die Reichsverfassung und die Reichs-Deputation. Als der Gesandte die gleiche Vertretung der verschiedenen Religions-Partheien hervorhob, bemerkte Bonaparte, daß dieselbe vornehmlich dem Kurfürsten Moritz von Sachsen und seinem Kampfe gegen Carl V. zu verdanken sei. Die Reichsverfassung nannte er einen metaphysischen Körper ohne Zusammenhang; der eine Stand führe Krieg, der andere erkläre sich für neutral, der dritte schließe Frieden; man müsse endlich zu einem Abschluß kommen. „Ich weiß wohl", sagte er, „daß wir nicht in vier und zwanzig Stunden fertig werden, aber in vier und zwanzig Tagen müßte es doch gelingen." Einige Tage später sagte er dem Professor Martens aus Göttingen, welcher als Rath der hannöverschen Gesandtschaft beigegeben war: „Wie verträgt sich denn die norddeutsche Demarcationslinie mit den Vorschriften der Reichsverfassung? Ich glaube, die Gelehrten werden diesen Codex wohl noch verändern müssen. Die kleinen Souveräne, welche bald dem Kaiser, bald Preußen anhängen, sollten fühlen, daß Frankreich ihr natürlicher Beschützer ist, und wie Baden und Würtemberg ihren

Frieden schließen [1])". Um acht Uhr pflegte er zu empfangen. Man setzte sich zu ihm an den Kamin, er belebte das Gespräch, war höflich ohne Förmlichkeiten und gewinnend, wenn ihm daran gelegen war. Daneben ließ er auch, wenn es nützlich schien, die schroffen Formen hervortreten; ein Fall hat vor den übrigen in Rastatt Aufsehen gemacht.

Seit dem Tode König Gustav's III. (29. März 1792) hatte sich Schweden wenig um die Reichsangelegenheiten bekümmert, und seit dem baseler Frieden keine Reichspflichten mehr erfüllt [2]). Erst jetzt, da die Verhandlungen in Rastatt beginnen sollten, erinnerte man sich in Stockholm nicht allein, daß der König als Herzog von Pommern zu den Reichsständen gehöre, sondern meinte auch, daß er als Bürge des westphälischen Friedens zur Theilnahme berechtigt sei. In beiden Eigenschaften wollte er sich vertreten lassen, in der ersten durch einen Herrn von Bildt, der bisher den Posten eines Comitial-Gesandten in Regensburg bekleidet hatte, in der zweiten durch den Grafen Fersen, den früheren Gesandten in Paris, so bekannt durch seine Freundschaft mit der Königin Marie Antoinette und durch seine Theilnahme an der Flucht der königlichen Familie nach Varennes. Offenbar widersprach seine Anwesenheit in Rastatt oder wenigstens sein Wunsch, sich offiziell an den Verhandlungen der Reichs-Deputation zu betheiligen, dem 20. Artikel des Friedens von Campo Formio. Schon aus diesem Grunde war sie den Oesterreichern wenig angenehm, um so weniger, als der russische Hof, der den Teschener Frieden verbürgt hatte, mit Schweden das gleiche Recht ansprechen, und dann durch seine Ausschließung noch weit empfindlicher, als ohnehin, sich gekränkt fühlen konnte. Cobenzl erhielt deßhalb den ausdrücklichen Auftrag [3]), die Zulassung eines schwedischen Gesandten

1) Gagern an Dalberg, 2. Dezember; Lehrbach, 29. November; Rau's Diarium 29. November fg.; Mainzer Diarium §. 29—31, W. St.-A.

2) Fürst Colloredo an Metternich am 12. Dezember 1797, W. St.-A.

3) Instruction vom 20. November. 2. Supplement, W. St.-A.

zu verhindern; am besten sei es, wenn man die französischen Bevollmächtigten dahin bringen könne, ihn zu vertreiben, andernfalls müsse man auch auf der Zulassung eines russischen Gesandten bestehen.

Diesmal war die französische Diplomatie in der That zum Dienste bereit. Von Anderem abgesehen, mußte schon die Persönlichkeit des Grafen Fersen beinahe als Beleidigung der Republik erscheinen. Es kam hinzu, daß der schwedische Gesandte in Paris, Herr von Staël, in Folge mehrfacher Irrungen abberufen, und der an seiner Stelle ernannte Geschäftsträger vom Directorium nicht angenommen war. Als Fersen am Nachmittag des 28. November einen förmlichen Besuch abstattete, fragte Bonaparte nach der ersten Begrüßung, wer jetzt schwedischer Gesandter in Paris sei. Fersen suchte die dortigen Vorfälle nur als ein geringfügiges Mißverständniß darzustellen, aber der General wollte gleich in einem deutlichen Beispiel zeigen, wie er zu verhandeln gewohnt sei. „Ich begreife nicht", erwiederte er, „wie der schwedische Hof es sich zur Aufgabe machen kann, nach Paris oder in die Nähe einer französischen Gesandtschaft Agenten, Minister oder Botschafter zu schicken, deren Person jedem französischen Bürger entschieden unangenehm sein muß. Der König von Schweden würde sich gewiß keinen Gesandten zuschicken lassen, der früher versucht hätte, die Bevölkerung von Stockholm zum Aufruhr zu reizen. Nein, mein Herr, die französische Republik wird nicht dulden, daß Leute, die ihr durch ihre Verbindung mit dem alten königlichen Hofe nur zu bekannt sind, herankommen, um die Vertreter des ersten Volkes der Erde zu belästigen."

„Fersen", schreibt Bonaparte bald nachher an das Directorium, „hatte während dieser Unterredung mehrmals die Farbe gewechselt. Er benahm sich wie ein Höfling, erwiederte, sein Monarch würde, was ich ihm mitgetheilt, in Ueberlegung nehmen, und entfernte sich. Ich begleitete ihn, wie es sich gehörte, mit dem gewöhnlichen Ceremoniell." Was andere Gesandte aus Rastatt berichten, stimmt im Wesentlichen mit dieser Erzählung

überein[1]). Unrichtig ist es aber, wenn die Scene später in dem Lichte erscheint, als hätten die Bemerkungen Bonaparte's gleich dem Stirnrunzeln des olympischen Zeus die Kraft gehabt, den schwedischen Gesandten sogleich aus Rastatt zu verscheuchen. Fersen machte noch vielerlei Versuche, seine Stellung zu behaupten, und es war die ablehnende Haltung mehr der kaiserlichen als der französischen Gesandten, was ihn mehr als vier Monate später zur Abreise bewog.

Unterdessen war aber der Zeitpunkt für ernstere Angelegenheiten gekommen. Am 28. November Abends traf Cobenzl in Rastatt ein; am nächsten Mittag machte ihm Bonaparte mit seinem ganzen Stabe den ersten Besuch; Abends begannen die Verhandlungen. Vor allem war den Franzosen daran gelegen, schleunigst in den Besitz von Mainz zu gelangen. Schon zu Campo Formio waren darüber so genaue Bestimmungen getroffen, daß im Wesentlichen nur noch die Ausführung in Frage kam. Zu den Verhandlungen wurde außer Merveldt noch der General Latour als der Höchstcommandirende in Deutschland zugezogen; Lehrbach vermied mit gutem Bedacht, sich an einem Werke, das so wenig Ehre bringen konnte, zu betheiligen. Man kam ohne sonderliche Schwierigkeit am 1. Dezember zum Abschluß. Bis zum 25. Dezember sollten die österreichischen und die im österreichischen Solde stehenden Reichstruppen sich hinter den Inn, das österreichische Reichs-Contingent sich hinter den Lech zurückziehen, am 20. Dezember die Reichsfestungen Mannheim, Philippsburg, Ehrenbreitstein, Ulm, Ingolstadt und Würzburg von den österreichischen Truppen geräumt und aller den Oesterreichern gehörigen Vorräthe an Artillerie, Munition und Proviant entledigt werden (Art. 6), nur in Mainz eine Besatzung von nicht mehr als 15,000 Oesterreichern zurückbleiben.

1) Quellen für diesen Vorfall sind, außer Bonaparte's Brief an das Directorium vom 30. November, das Mainzer Diarium, Lehrbach's und Cobenzl's Berichte vom 29. Dezember. Aus einzelnen Umständen möchte man schließen, er habe erst am 29. Dezember stattgefunden, aber Rau's Journal vom 29. verlegt ihn ausdrücklich auf „den gestrigen Tag".

Mit dem 10. Dezember würden die Franzosen die Festung einschließen, aber den Oesterreichern die Wege zum Abzug frei lassen, ihnen auch beim Wegschaffen der Geschütze und Vorräthe aus Mainz wie aus Ehrenbreitstein hülfreiche Hand leisten. Vor dem 8. Dezember mußten die kaiserlichen Bevollmächtigten dem Reiche von dem Rückzug der Truppen und der Räumung der Festungen Anzeige machen (Art. 9). Sie versprachen, sich bei dem Kurfürsten oder bei dem Reiche zu verwenden, daß den Franzosen die Besitznahme von Mainz bis zum 30. Dezember gestattet würde, für den Fall der Weigerung durfte Frankreich Gewalt gebrauchen. Dagegen sollte die Räumung der venetianischen Provinzen durch die Franzosen erst mit dem 25. Dezember ihren Anfang nehmen, und vorerst eine Besatzung von 15,000 Mann zur Erhaltung der Ruhe zurückbleiben. In späteren Artikeln (12 u. 13) wird freilich auch die Räumung der Hauptstadt und der Festungen so wie der Einzug der Oesterreicher für den 30. Dezember zugesagt, aber schon die Kürze der Zeit mußte diese Bestimmung unausführbar machen. Die Convention traf also die wirksamsten Vorkehrungen, einerseits das deutsche Reich seiner Schutzwehr zu berauben, andererseits den Franzosen für die Erwerbung von Mainz volle Sicherheit zu gewähren, ehe sie selbst das Pfand, das sie in der Hand hielten, die venetianischen Provinzen, herausgeben mußten. Freilich hatte schon der Zusatzvertrag von Campo Formio sich in diesem Sinne ausgesprochen, aber man könnte glauben, Cobenzl habe sich in manchen Punkten nur deßhalb nachgiebig, ja fahrlässig gezeigt, um Bonaparte für einen andern Plan zu gewinnen, der ihm mehr als alles Uebrige am Herzen lag.

Aus den Verhandlungen von Campo Formio ist erinnerlich, wie überaus großen Werth das österreichische Cabinet auf die italienischen Besitzungen legte. War man doch so weit gegangen, den Franzosen für die drei Legationen das gesammte linke Rheinufer anzubieten. In Cobenzl's Instruction für den Congreß wird es wieder als äußerst erwünscht bezeichnet, daß die ganze Entschädigung des Kaisers auf Italien übertragen

würde: einmal, weil man die italienischen Erwerbungen an sich als vortheilhaft betrachtete, dann weil sie das Mittel boten, die deutschen Besitzverhältnisse unberührt zu erhalten und andere Staaten, besonders Preußen, von Erwerbungen auszuschließen. Cobenzl unterließ nicht, in Rastatt diese Wünsche anzudeuten, aber der französische General war in keiner Weise geneigt, seine eigenen Schöpfungen wieder in Gefahr zu bringen. Wenn Cobenzl darauf hinwies, daß man am leichtesten in Italien alle Ansprüche ausgleichen könnte, so behauptete Bonaparte gerade im Gegentheil: Wenn beide Staaten wieder in Streit geriethen, so würden gewiß nicht die deutschen, sondern die italienischen Angelegenheiten dazu Veranlassung geben. Zu eingehenden Erörterungen blieb keine Zeit. Bonaparte hatte die Ernennung zum Bevollmächtigten in Rastatt nicht ausschlagen können, auch lag ihm persönlich daran, die Uebergabe von Mainz zur Ausführung zu bringen. Dieser einmal versichert, konnten die einzelnen Bestimmungen des Reichsfriedens kein lohnender Gegenstand für seine Thätigkeit erscheinen. Ihn zog es nach Paris, in den Mittelpunkt der Regierung, um seines Ruhmes zu genießen, seines Antheils an der Macht sich zu versichern. Er hatte sich im Voraus von Barras nach Rastatt schreiben lassen, daß das Directorium seiner baldigen Ankunft entgegensehe. Am 1. Dezember war in Cobenzl's Wohnung in einer langen Sitzung bis Abends sechs Uhr die Convention über Mainz zum Abschluß gebracht, und der folgende Mittag zur Unterzeichnung bestimmt. Bonaparte hatte sich entfernt, und nach dem Essen noch mehrere Personen empfangen. Unerwartet erschien er aber noch am Abend wieder bei Cobenzl mit dem Wunsche, ungesäumt abzureisen. Noch in der Nacht mußten die Abschriften des Vertrages angefertigt werden, man unterzeichnete, und drei Stunden nach Mitternacht befand sich Bonaparte mit seinem Gefolge auf dem Wege nach Paris. Er hatte dem österreichischen Bevollmächtigten versprochen, seine Reise in jeder Art zu beschleunigen und vielleicht schon in acht Tagen wieder in Rastatt zu sein. Aber Cobenzl bemerkt so-

gleich, der eigentliche Grund dieser plötzlichen Abreise lasse sich nicht bestimmen, noch weniger die Rückkehr [1]), und scharfsinnige Leute sprachen schon damals aus, sie würde wohl niemals erfolgen.

Am Abend des Tages, an welchem der französische Bevollmächtigte sich entfernte, kam Graf Metternich, der kaiserliche Plenipotentiar, endlich in Rastatt an. Nach den Bestimmungen von Campo Formio sollte der Congreß am 17. November eröffnet werden; mehr als vierzehn Tage waren also alle Arbeiten für den Reichsfrieden verzögert. Der Unwille der Congreßmitglieder würde sich noch gesteigert haben, hätten sie gewußt, daß die Zögerung nicht einmal unabsichtlich war. Denn in der Instruction wird dem Plenipotentiar ausdrücklich zur Pflicht gemacht, er solle die Reise so einrichten, daß er erst nach den französischen Gesandten in Rastatt eintreffe, „damit diese ihm als dem Letztangekommenen nach dem zu Nymwegen, Frankfurt, Ryswyck und allgemein angenommenen Völkergebrauch die erste Visite geben müßten". Wer kann es den Franzosen verübeln, wenn sie nach so langem Warten sich jetzt nicht beeilten, dem Plenipotentiar auf die Anzeige von seiner Ankunft diese so sehr gewünschte erste Visite abzustatten? Aber auch Albini gegenüber traten schon am ersten Abend, als er mit Metternich die Legitimationen austauschte, mancherlei nur zu charakteristische Bedenklichkeiten hervor. Albini nahm Anstoß, daß in der Vollmacht Metternich's von der französischen Republik die Rede sei; das Reich habe ja die Republik noch gar nicht anerkannt. Er beruhigte sich erst nach langen Erörterungen durch die Rücksicht, daß nicht allein der Kaiser in Leoben und Campo Formio, sondern sogar England in Lille diese Bezeichnung nicht geweigert hätte. Noch bedenklicher schien ihm, daß Metternich die Deputation in Person eröffnen und dabei eigene Beglaubigungsschreiben übergeben wollte. Es tritt hier gleich eine Meinungsverschiedenheit hervor, die später in dem

---

1) Cobenzl an Thugut, 2. Dezember, Apostille 2 und 3, W. St.-A.; Gagern an Dalberg, 2. Dezember, Dalberg'sches Archiv zu Aschaffenburg.

Verhältniß Metternich's zur Deputation noch endlose Streitigkeiten verursacht hat. In der vorläufigen Reichsinstruction vom 7. October 1795 und ebenso in dem kaiserlichen Ratificationsdecret vom 19. November ist nur von einem kaiserlichen Bevollmächtigten oder Plenipotentiar die Rede. Seine Aufgabe besteht wesentlich darin, daß „die Schlüsse der Deputation durch das Directorium ihm überbracht, und nachdem man einer einmüthigen Meinung sich verglichen hat, durch ihn den französischen Abgesandten mitgetheilt werden", wie er denn auch die Gegenerklärungen der Franzosen an die Deputation zu übermitteln hat. In einiger Abweichung von diesen Bestimmungen wird in der besonderen Instruction für Metternich der Grundsatz ausgesprochen, daß die Reichsdeputation den Reichstag, der kaiserliche Abgesandte den Principal-Commissar in Regensburg repräsentire; daher kommt denn auch der Titel eines Commissars in dieser Instruction vielfach zur Anwendung. Als solcher hätte Metternich auch auf die inneren Angelegenheiten und die Verhandlungen der Deputation größeren Einfluß äußern können, als nach dem Wortlaut der Reichsvollmacht. Eben deßhalb wollte Albini, der seinen Einfluß als Director geltend zu machen wünschte, und wollten auch die Deputirten, sogar Lehrbach, nichts von einem Commissarius, sondern nur von einem Plenipotentiarius wissen. Wenn sich aber Albini auf die in der Reichsvollmacht als Muster aufgeführten Vorgänge der Deputationen von 1682 und 1697 berief, so wollte Metternich oder vielmehr der ihm assistirende Legationsrath von Blum diese nicht als verbindlich gelten lassen, weil der Kaiser die Reichsinstruction vom 7. October 1795 nur „unter Vorbehalt der Allerhöchst Ihnen und einem kaiserlichen Plenipotentiario bei einem Reichsfriedenscongresse nach den Gesetzen, dem Herkommen, der Analogie und dem Völkerrecht zustehenden Prärogativen genehmigt habe". Alle Erörterungen führten zu keinem anderen Ergebniß, als daß der Directorialis, wie Metternich's Diarium mittheilt, „unter einem Kopfschütteln erklärte, daß er über die Sache ferner nachdenken wolle, worauf er sich empfahl, Seine

Excellenz ihn an der Thür des Audienzzimmers verließen, der Hofrath von Blum aber ihn bis an die Stiege, und Bediente bis an den Wagen begleiteten[1])."

Wenigstens war nun die Möglichkeit gegeben, daß die Deputationsmitglieder bei Albini sich legitimiren konnten. In den nächsten Tagen machten sie auch dem Plenipotentiar ihren Besuch. Aber die Franzosen fügten sich nicht so leicht. Sie hatten auf die wiederholte Anzeige von Metternich's Ankunft nur durch einen Secretär, und noch dazu einen sehr jugendlichen, ihre Empfehlung ausrichten lassen, und Metternich mußte am 5. Dezember in einer dritten Mahnung ihnen kund geben, „daß ohne ihr persönliches Erscheinen die Auswechselung der Vollmachten nicht vor sich gehen könnte, mithin der Zweck der gegenseitigen Sendung verzögert bliebe". Endlich gaben sie nach, aber wieder nicht zur Freude Metternich's. Schon am 3. Dezember berichtet er dem Reichsvicekanzler Fürsten Colloredo, „die Franzosen hätten bei Cobenzl einen Besuch in Fracks und langen Pantalon-Beinkleidern gemacht. Er habe sich aber mit Cobenzl und Lehrbach vereinbart, bei jedem öffentlichen Hergang mit Anstand und in einer ihrer Amtsstelle angemessenen Kleidung zu erscheinen". In seinem Empfangszimmer hatte er den kaiserlichen Baldachin, darunter das Portrait des Kaisers herrichten lassen, unter dessen Schutz er in vollem Gefühl seiner Würde Mittags am 6. Dezember verschiedenen Mitgliedern der Deputation Audienz ertheilte. Da ganz unerwartet ließen die französischen Gesandten sich melden und erschienen, da man sie nicht abweisen konnte, unmittelbar darauf in der geputzten, gepuderten, gallonirten Gesellschaft, die beiden in grünem Frack, langen Hosen und Bandschuhen, den verrufensten Insignien französischer Demokratie. Der Ton der Unterhaltung war „nicht ehrerbietiger als das Costüm". Metternich entschuldigte seine verspätete Ankunft durch die schlechten Wege; „die hatten wir

1) Metternich's Diarium §. 7 im wiener Staatsarchiv.

2) Metternich's Diarium §. 23.

auch", erwiederte Bonnier, und als Metternich noch ein Unwohlsein vorschützte, erwiederte der französische Gesandte: „Ich bin auch seit vierzehn Tagen unwohl und bin doch gekommen" [1]). Der Erfolg dieser ersten Zusammenkunft war nur eine Verabredung, demnächst die Vollmachten auszutauschen, und Metternich's Verdruß über die Ungezogenheit seiner französischen Collegen. Um „die Würde Seiner kaiserlichen Majestät und des Reiches nicht zum zweitenmale blos zu stellen", dachte er die Auswechselung der Vollmachten nicht in seiner Wohnung, sondern an einem dritten Orte, etwa bei Cobenzl, vorzunehmen; „denn dann", schreibt er seinem Vorgesetzten, „hätte sich die Plenipotenz selbst von dem üblichen Herkommen entfernt, und es könnte zu keiner Zeit die ungewöhnliche Hinstellung der französischen Bevollmächtigten in ihrem dermaligen Costüme als eine Herabsetzung für das kaiserliche und des Reiches Ansehen betrachtet werden". Aber auch diese Hoffnung wurde nicht erfüllt. Metternich hatte noch am Abend nach dem Empfang Albini gegenüber von der Sache gesprochen, und dieser war so unvorsichtig, am folgenden Tage, als er eben mit Treilhard wegen seiner eigenen Legitimation unterhandelte, von Metternich's Vorhaben Kenntniß zu geben. Er war noch im Zimmer, als Cobenzl's Einladung eintraf. Treilhard, kaum weniger eifrig, die kaiserliche Etiquette zu verletzen, als Metternich, sie aufrecht zu erhalten, lehnte ab, und Bonnier, der schon angenommen hatte, ließ sich entschuldigen. Metternich hörte mehrere Tage nichts mehr von ihnen; erst als er sie am 12. Dezember nochmals durch seinen Botschafts-Rath Schrant erinnern ließ, erklärten sie sich für den folgenden Tag, aber nur in Metternich's Wohnung zur Auswechselung bereit. Diese fand denn am Abend des 13. in dem Zimmer mit dem Baldachin wirklich statt. Dabei trat aber die ernstere Schwierigkeit hervor, daß die französische Vollmacht nur auf Verhandlung

---

1) Metternich an Colloredo, 6. Dezember, W. St.-A.; Itzstein an Dalberg, 7. Dezember, Dalberg'sches Archiv zu Aschaffenburg.

(traiter) nicht auf Unterzeichnung (signer) des Friedens gerichtet war. Metternich hielt diesen Mangel für so wichtig, daß er an Colloredo schreibt, er würde für jeden Fall, und sollten auch die Verhandlungen deßhalb abgebrochen werden, auf einer neuen Vollmacht auch zur Unterzeichnung des Friedens bestehen [1]). Er erhielt auch das Versprechen, die Vollmacht solle nachgeliefert werden; freilich verstrichen mehrere Monate, ehe es in Erfüllung ging.

Daß die Franzosen so wenig auf den Fortgang des Congresses drängten, erklärt sich daraus, daß es ihnen vorerst weit mehr darauf ankam, zu handeln, als zu unterhandeln. In dem Gewirre nichtiger Förmlichkeiten machte sich schon seit mehreren Tagen von außen her der Schritt gewaltiger Ereignisse vernehmbar. Am 7. Dezember, einen Tag vor der bestimmten Frist, hatte Lehrbach im Auftrage des Grafen Cobenzl der Deputation die Mittheilung gemacht: in Folge des nunmehr ratificirten Friedens von Campo Formio werde der Kaiser seine Truppen vom Kriegsschauplatze in seine Erblande zurückziehen und nur sein Reichscontingent im Falle unausweichlicher Nothwendigkeit bis zum Reichsfrieden in's Feld stellen. Wie ein Donnerschlag war diese Nachricht in das Getreibe des Congresses hineingefahren. Freilich, daß etwas Besonderes sich im Geheimen vorbereite, hatte man längst geahnt. Schon Cobenzl's und Merveldt's Anwesenheit erregte Argwohn, der durch Bonaparte's Aeußerungen seine Bestätigung erhielt. „Der von Albini", schreibt Lehrbach schon am 29. November, „kam gleichsam wüthend zu mir und sagte, er habe den Dummen gemacht, als wenn er all' dieses nicht verstünde; er sehe aber ein, wo es hinaus wolle, und eher als dieses geschähe, würde man die ganze Welt aufbieten. Alle mainzer Unterthanen würden sich eher unter dem Schutt der Festung begraben lassen, und er selbst würde die Volksmasse commandiren und eher zu

---

1) Mainzer Diarium §. 96. Metternich's Diarium §. 65 und Bericht an Colloredo vom 13. Dezember.

Grunde gehen, als in so Etwas einwilligen." Lehrbach rieth, die französischen Forderungen doch erst zu erwarten, und suchte den aufgeregten Mann einstweilen zu beschwichtigen. Aber jetzt, da der Rückzug der österreichischen Truppen nur zu deutlich sprach, wiederholten sich die früheren Scenen. Der mainzische Hofkanzler war, wie Lehrbach sich ausdrückt, „ganz paralysirt". Er und wer sonst Zutritt erlangen konnte, bestürmte den Urheber der Note, nicht weniger die Grafen Cobenzl und Metternich mit Bitten und Fragen, was aus den aufgegebenen Gebieten, was aus Mainz werden solle, ob die österreichische Besatzung, ob auch die Artillerie die Stadt verlassen würde, was zu Udine und letzthin zu Rastatt vereinbart sei [1]). Wieder trat nun das System hervor, das den Oesterreichern in früherer Zeit und besonders während des letzten Krieges sich so nachtheilig erwiesen hatte. Warum sprach man nicht offen aus, was thatsächlich der Fall war: der Kaiser könne ohne neuen Krieg Mainz nicht behaupten und fühle sich dazu nicht stark genug? Den mächtigeren Reichsständen, die selbst schon weit früher in Separatverträgen das linke Rheinufer aufgegeben hatten, wäre dann kein Grund zur Anklage geboten, und selbst für die zunächst Betroffenen das Unglück, da es sie nicht unvorbereitet traf, in seinen Folgen wenigstens vermindert worden. Statt dessen versuchte man wieder, Dinge zu verheimlichen, die in kürzester Frist an den Tag kommen mußten; und dann in weit schlimmerer Gestalt, weil Niemand die Gründe, aus denen sie hervorgegangen, in Betracht ziehen und den Kreis, auf den sie sich beschränken würden, übersehen konnte. Lehrbach, Metternich und nicht weniger Cobenzl hüllten sich in unbestimmte Redensarten. Keiner, auch nicht Cobenzl, wollte von geheimen Vereinbarungen etwas wissen; wegen Mainz und in Bezug auf die Truppenmärsche wurde Albini an den Commandanten der Reichsarmee, General Staader verwiesen [2]). Außer sich vor

1) Lehrbach, 7. Dezember.

2) Metternich's Diarium §. 42. Mainzer Diarium §. 95. Cobenzl an Thugut, 9. Dezember.

Grimm und Entrüstung eilte Albini zu Löben, in dessen Wohnung Abends eine Anzahl von Bevollmächtigten sich zu versammeln pflegte, und es wurde zunächst beschlossen, die Deputation unverzüglich zu eröffnen, ohne sich durch Metternich's Bedenklichkeiten aufhalten zu lassen. Dies geschah denn auch am 9. Dezember um eilf Uhr Morgens. Aber so wenig konnte man der Herrschaft eines leeren Formenwesens sich entziehen, daß selbst unter so drängenden Ereignissen die größere Hälfte der Sitzung von ganz nichtigen Streitigkeiten ausgefüllt wurde. Denn als bei der ersten Abstimmung, ob man die Reichsinstruction von 1795 zur Verlesung bringen oder als bekannt voraussetzen dürfe, Albini zuerst Kursachsen, dann die erzherzoglich österreichische Stimme aufgerufen hatte, trat Löben dazwischen mit der Behauptung: Kurmainz dürfe bei den Reichsdeputationen nur die kurfürstlichen und die städtischen Gesandten zur Abstimmung aufrufen, in Bezug auf die fürstlichen stehe nach einem Vertrage von 1529 Kursachsen das Recht des Aufrufs zu. Erst nach langem Hin- und Herreden bequemte sich Löben, Kurmainz, das einen langen Besitzstand für sich anführen konnte, für die Dauer des Congresses gewähren zu lassen: ein Scheingefecht, um so überflüssiger, als die beiden Gesandten schon vorher, da sie auf der Reise nach Rastatt zusammen trafen, die Sache unter sich abgemacht hatten. Erst dann kam man zur Hauptangelegenheit, zur Verhandlung der Lehrbach'schen Mittheilung, und sogleich zeigte sich auch die Ohnmacht der Deputation; denn man konnte nur beschließen, an den Reichstag zu berichten und seine Weisungen zu erwarten [1]).

---

1) Protokoll der Reichs-Friedensdeputation zu Rastatt, herausgegeben von Heinrich Freiherrn Münch von Bellinghausen, mainzischem Hof- und Regierungsrath und Directorialsecretär bei der Reichs-Friedensdeputation, Rastatt 1800, I, 3 fg. Die sechs Quartbände dieses Werkes enthalten die Verhandlungen und Beschlüsse der Deputation, die Noten Metternich's und der französischen Bevollmächtigten, die Denkschriften der Congreßmitglieder und zahlreiche auf die Verhandlungen bezügliche Actenstücke.

Unterdessen nahmen die Ereignisse ihren Gang. Am Tage nach der Sitzung erhielt Albini von Staader eine Antwort, die wegen Mainz zu beruhigen suchte und in zweideutigen Ausdrücken auf die Fortdauer des im April geschlossenen Waffenstillstandes verwies[1]). Aber schon am 9. Dezember überschritten auch die Franzosen die durch den Waffenstillstand vorgezeichneten Linien, nahmen das von den Oesterreichern verlassene Gebiet auf dem linken Rheinufer in Besitz und drangen weiter gegen Mainz vor. Zugleich verlautete, daß die österreichische Besatzung die Festung zum Theil schon verlassen habe, daß sogar die unter österreichischer Führung stehenden Reichs-Contingente Befehl zum Abzug erhielten, und daß man Anstalten treffe, die Artillerie und die nöthigsten Vertheidigungsmittel aus der Stadt zu entfernen. Von allem diesem machte Albini in der nächsten Sitzung am 11. Dezember Mittheilung. Selbst durch die gewundenen Phrasen des Protokolles erkennt man die Aufregung, Sorge, Entrüstung der Deputirten. Albini, berichtet Lehrbach, sei so ganz außer Fassung gewesen, daß er kaum das Protokoll habe dictiren können. „Meine Lage ist unbeschreiblich hart", bemerkt er weiter, „ich bin gleichsam die Scheibe, nach welcher in der Session Jedermann schießt". Er hielt sich aber an der Behauptung, daß ihm von geheimen Verträgen nichts bekannt sei[2]). Da die Deputation selbst ganz machtlos den Ereignissen gegenüberstand, so wurde beschlossen, nochmals an den Reichstag zu berichten, auch Metternich um Verwendung bei den Franzosen und insbesondere darum anzugehen, daß er endlich zur Auswechselung der Vollmachten schreiten möge. Wie erwähnt, fand diese Auswechselung am 13. statt; Tags darauf richtete Albini an die Franzosen die Bitte, nun auch mit der Deputation dieselbe Förmlichkeit vorzunehmen, zugleich klagte er in einer eigenen Denkschrift — wie Lehrbach bemerkt, „in erbärmlichem Französisch, aber sehr nachdrücklich" — über die Ver-

1) Protokoll IV, 5 fg.

2) Lehrbach am 13. u. 11. Dezember.

letzung des Waffenstillstandes und die Bedrohung von Mainz. Aus französischen Quellen verlautete schon damals, daß eine geheime Uebereinkunft zu Campo Formio und eine andere am 1. Dezember zu Rastatt abgeschlossen sei, ja, daß Mainz am 28. Dezember übergeben werden solle, und Albini machte Lehrbach die bittersten Vorwürfe. „Wir haben einen Brief des Adjutanten des Generals Augereau aus Offenburg", sagte er, „daraus haben wir alles erfahren; jetzt ist es so weit gekommen, daß französische Artilleriepferde nach Mainz gehen und die österreichische Artillerie wegführen, damit sie nur zur bestimmten Zeit nicht mehr da sei. Wenn denn unser Schicksal unausweichlich ist, warum hat man nicht vertraulich deßhalb gesprochen?" Er gerieth in solchen Eifer, daß er sagte, Cobenzl und Merveldt würde es übel ergehen, wenn sie sich auf mainzischem Gebiete blicken ließen, „und ich selbst", rief er aus, „könnte es billigen; auch wird Graf Cobenzl lange warten, bis ich und noch andere wieder zu ihm gehen [1])."

Lehrbach blieb diesem allem gegenüber in seiner früheren Verschlossenheit; auch die Franzosen ließen zwei Tage nichts von sich hören; erst am 16. wurde Albini durch den Secretär Rosenstiel zu einer Conferenz gebeten. Und hier war es nun, wo dem unglücklichen Hofkanzler des Kurfürsten die Binde völlig von den Augen fiel. Die Franzosen erklärten mit dürren Worten, man sei in Rastatt übereingekommen, daß sie Mainz besetzen sollten; diese Stadt müßten sie haben, eher würden die Truppen die Winterquartiere nicht beziehen; der Kurfürst würde zur Zeit schon davon unterrichtet sein. Die ihnen gedruckt übergebene Reichs-Vollmacht- und Instruction sei ganz unbrauchbar; denn sie verlange, daß auf Grundlage der Reichsintegrität verhandelt werde; danach sei die Deputation nicht berechtigt, auch nur ein Dorf abzutreten. Auf solche Bedingungen könnten sie nicht unterhandeln; die Deputation müsse sich vor Allem eine unumschränkte Vollmacht verschaffen. Ver-

1) Lehrbach, 14. Dezember.

gebens berief sich Albini darauf, daß in Leoben die Reichsintegrität zur Grundlage angenommen sei, und daß man doch einstweilen verhandeln könne; es würde sich dann schon zeigen, wie weit die Deputation nachzugeben im Stande sei. Die Franzosen blieben bei ihrer Erklärung: ohne illimitirte Vollmacht sei keine Verhandlung möglich [1]).

Alles dies theilte Albini mit der größten Heftigkeit dem Grafen Lehrbach mit. „Betrügt man so den Kurfürsten und das Reich?" rief er aus; „ich selbst stehe in Mainz als Verräther da, alles wirft den Stein auf mich, an Allem soll ich Schuld sein, weil ich in letzterer Zeit Alles für den kaiserlichen Hof gethan habe. Die Preußen haben doch wenigstens vorhergesagt, sie zögen ab und würden den Platz nicht eher räumen, bis die Kaiserlichen einrückten; aber den Kaiser hat man noch am 1. November von der Reichsintegrität reden lassen, während schon in Udine das Gegentheil festgestellt war." Er drohte, Alles, was die Franzosen ihm gesagt, insbesondere den Ausdruck „il est convenu", der die geheime Convention außer Zweifel setzte, in der nächsten Sitzung zu Protokoll zu geben. „Da ich", fährt Lehrbach fort, „den Albini und seine Heftigkeit kenne, aber auch weiß, daß er nicht böse ist und wieder zurückgebracht werden kann, so habe ich ihn ausreden lassen und bin endlich, wie man sagt, hinter ihn gerückt." Lehrbach, der die Uebereinkunft nicht länger in Abrede stellen konnte, suchte zu zeigen, daß die Bestrebungen der Preußen, besonders ihre Säculariſationspläne, für das Reich noch viel gefährlicher seien. Oesterreich habe nicht anders handeln können; schließlich habe der Kurfürst doch vom Kaiser noch das Beste zu hoffen. Albini möge den verfänglichen Ausdruck im Protokoll nicht erwähnen, sich auch erinnern, daß er kaiserlicher Geheimer Rath sei, daß das kaiserliche Ministerium seine großen Fähigkeiten und seine devote Denkungsart zu schätzen wisse. „Auf Dieses", fährt Lehrbach fort, „wurde Albini ganz gelassen und äußerte: man

1) Protokoll I, 74.

weiß nicht, wem man sich in die Arme werfen soll." Er versprach aber, Alles, was von ihm abhinge, für den Kaiser zu thun. „Gott", setzte er hinzu, „was muß mein armer achtzigjähriger Herr noch erleben![1])."

Albini vermied in der That, in der nächsten Sitzung vom 17. Dezember von der geheimen Convention zu reden; aber was er sonst über seine Unterredung mit den Franzosen mittheilen mußte, lautete trostlos genug. Es wurde beschlossen, abermals an die Reichsversammlung zu berichten, der Plenipotenz gleichfalls Kenntniß zu geben und um ihre Verwendung zu bitten: daß die Franzosen einstweilen die Unterhandlung beginnen oder wenigstens ihre Forderungen mittheilen möchten; zugleich sollten die in Rastatt anwesenden Abgeordneten der einzelnen deutschen Reichsstände unterrichtet werden, damit sie ihren Committenten sogleich Nachricht geben und um schleunige Instruction der Comitial-Gesandten in Regensburg bitten könnten[2]).

Lehrbach war mit diesem Antrag ganz einverstanden, er rühmt sich sogar, seine Ruhe und Geistesgegenwart in der Sitzung vollkommen bewahrt zu haben. Unter manchen bitteren Reden, die über Oesterreich's Verfahren laut wurden, hatte der bairische Deputirte darauf angetragen, den Kaiser um die Mittheilung der Präliminarien von Leoben zu ersuchen, damit man über die Lage der Dinge Klarheit erhalte. „Man hat sich gewundert", schreibt Lehrbach, „daß dieses unerwartete Aufrufen mich nicht im Geringsten aus der Fassung gebracht hat. Kaum hatte Baiern das letzte Wort verloren, so bin ich mit lachendem Munde und mit der gelassensten Fassung und Sprache mit einer Gegenäußerung zu Protokoll gegangen, welche ich, wenn ich die Herbeiführung dieser Gelegenheit mit Geld hätte bezahlen sollen, nicht besser hätte erreichen können. Denn ich fand dadurch gleichsam nothgedrungen die gegründete Gelegenheit, die von den Reichsständen als solchen mit dem Reichs-

1) Lehrbach, 18. Dezember.
2) Protokoll I, 84.

feinde geschlossenen Separatfrieden, Neutralitäten und anderen Conventionen zu berühren und zu bemerken, daß diese Kaiser und Reich vorgelegt werden möchten, während der kaiserliche Hof als souveräne Macht die Präliminarien von Leoben abgeschlossen, das das Reich Betreffende in dem Commissionsdecret mitgetheilt habe, und Oesterreich überdies sein Contingent stelle. Die Art, wie ich diesen Gegenstand behandelt habe, fand, wenn ich es sagen darf, allgemeinen Beifall und wird die Wirkung haben, daß sobald nichts Aehnliches zum Vorschein kommt". Allein dies übergroße Selbstgefühl sollte bald eines Anderen belehrt werden. Von Tag zu Tage mehrten sich die Beweise für das geheime Einverständniß der Oesterreicher mit den Franzosen und die in Rastatt abgeschlossene Convention. Ja sie erschien noch schlimmer als sie war. Nach dem elften Artikel sollten den österreichischen Truppen, wenn sie Ehrenbreitstein räumten, von den Franzosen verschiedene Erleichterungen zu Theil werden. Man hatte dies im französischen Hauptquartiere so ausgelegt, als könne es mit Ehrenbreitstein ebenso wie mit Mainz gehalten werden, und dem General Hardy Befehl ertheilt, sich nach dem Abzug der Oesterreicher der Festung zu bemächtigen. Schon am 9. Dezember wurde sie, dem Waffenstillstand und späteren Uebereinkünften entgegen, enge eingeschlossen, und leicht möchte ein Handstreich gelungen sein, wenn nicht der Oberst Faber, der die zurückgebliebenen Reichstruppen, trierer und kölner Contingente, befehligte, sich als tüchtigen und entschlossenen Soldaten gezeigt hätte. Bei den Verhandlungen zwischen ihm und den französischen Generalen waren ihm der 8. und 11. Artikel der Convention wörtlich bekannt geworden. Faber wandte sich um Hülfe an seinen Kurfürsten und nach Rastatt. Am 17. Dezember kam der kurtrierische Gesandte, der Domdechant Graf von Kesselstadt, zu Metternich, überreichte eine Denkschrift wegen Ehrenbreitstein's und zeigte dabei die Artikel der Convention. Man kann sich Metternich's Verlegenheit vorstellen. Er konnte freilich mit gutem Gewissen versichern, daß ihm von geheimen Verhandlungen nichts be-

kannt sei; denn wie der Reichsvicekanzler Fürst Colloredo in Wien, so erhielt er selbst in Rastatt über das, was vor seinen Augen vorging, keine Aufklärung. Aber seine Berichte sind voll von Klagen, daß er den Anstand und die Würde seines Auftrages nicht länger zu behaupten vermöge. „Könnte ich, schreibt er, ganz unthätig bleiben, bis der Vorhang zerrissen sein wird, der diese Zweideutigkeiten noch zur Hälfte bedeckt, so würde mein Stand einigermaßen erträglich sein. Allein täglich und stündlich drängen Personen und Sachen auf eine positive Theilnahme der Plenipotenz, und der Boden weicht, wohin ich immer den Fuß setzen will[1])."

Seine Verlegenheit wuchs durch die Anwesenheit der preußischen Gesandten. Graf Görtz und der Freiherr von Jacobi-Klöst waren am 15. Dezember in Rastatt eingetroffen, Herr von Dohm folgte am 23. Es kostete ihnen wenig Mühe, sich von der Lage der Dinge zu unterrichten, und es ist wohl keine ungerechtfertigte Vermuthung Lehrbach's, daß sie die Vorgänge in Bezug auf Mainz nicht im mildesten Lichte darzustellen suchten. Gleich bei dem ersten Besuche bei Metternich fielen spitze Reden; die Preisgebung von Mainz und der baseler Friede wurden gegeneinander in's Feld geführt. Und mit jedem Tage, mit jeder neuen Nachricht stieg die Aufregung in Rastatt und die Entrüstung über das Benehmen der österreichischen Heerführer. Man erfuhr, daß, trotz Staader's zweideutigen Versicherungen, Mainz immer mehr von Truppen entblößt würde, daß der österreichische General auch nicht das Geringste gethan habe, die Franzosen vom Bruch des Waffenstillstandes, von der Ueberschreitung der festgesetzten Linien abzuhalten. Die Deputationssitzung vom 19. war denn auch von einer bisher unerhörten Heftigkeit. Die schreienden Widersprüche zwischen den Versicherungen und den Thaten des General Staader wurden scharf hervorgehoben, am schärfsten von Herrn von Reden. Mit bitterer Ironie wies er darauf hin, wie der Kaiser nach den

1) Metternich an Colloredo, 17. Dezember.

Präliminarien von Leoben die Erhaltung der Reichsintegrität ausdrücklich versprochen, wie dann die über alles Lob erhabenen landesväterlichen Gesinnungen noch in dem Hofdecret vom 1. November den auf die Basis der Reichsintegrität zu gründenden Frieden als das Ziel der rastatter Verhandlungen bezeichnet hätten. Es sei also keinem Zweifel unterworfen, daß Seine Majestät für die Sicherheit und Ruhe des deutschen Reiches landesväterliche Anstalten getroffen habe. Mit allem diesem stehe aber das Verfahren der Franzosen, ihre offen ausgesprochene Absicht, Mainz in Folge einer am 1. Dezember geschlossen sein sollenden Convention in Besitz zu nehmen, in offenem Widerspruch. Ja es sei sogar ein Beschluß des französischen Directoriums vom 19. Frimaire bekannt geworden, welcher den General Hatry ausdrücklich anweise, sich in Ausführung des Friedens von Campo Formio der Festung Mainz zu bemächtigen [1]). Alles dieses und das thatsächliche Vorgehen der Franzosen müsse zu den ängstlichsten Besorgnissen Veranlassung geben. Bremen beantrage deßhalb, die kaiserliche Plenipotenz um behufige Erläuterung zu ersuchen und zugleich die Vorlage derjenigen Artikel des Friedens von Campo Formio zu begehren, welche einen wesentlichen Bezug auf das deutsche Reich haben könnten [2]). Vergebens legte Lehrbach Verwahrung ein, weil der Kaiser den Frieden von Campo Formio als souveräne Macht abgeschlossen habe. Die Verwahrung blieb ebenso wirkungslos als die Versicherung, daß ihm von einer Convention nichts bekannt sei. Er schreibt selbst, Alles sei bei der Abstimmung gegen ihn gewesen, nur Darmstadt und die Reichsstädte hätten sich gut gehalten [3]).

---

1) Hier ist die von Bonaparte im Namen des Directoriums verfaßte Instruction vom 9. Dezember (Corresp. de Napoléon, III, 454) gemeint, welche die Bewegungen gegen Mainz im Einzelnen vorschreibt und dann auch in den folgenden Wochen genau zur Ausführung kommt.

2) Protokoll I, 96.

3) Lehrbach, 20. Dezember.

Ein Glück war es für den österreichischen Deputirten, daß er von Albini nichts mehr zu fürchten hatte. Denn dieser leidenschaftliche, leicht bewegte Mann war nach den Aufwallungen der letzten Wochen jetzt der tiefsten Niedergeschlagenheit verfallen. Einem übermächtigen Feinde gegenüber sah er nirgends Hülfe; nach einer heftigen Unterredung mit Görtz mußte er sich sagen, daß auch von Preußen nichts zu erwarten sei [1]). So wurde es Lehrbach nicht schwer, ihm begreiflich zu machen, daß er in das Unabänderliche sich fügen und „daß jemand, der ganz ausgezogen werden solle, sich noch glücklich schätzen müsse, wenn er mit Hingabe seines Rockes seine übrigen Kleider retten und zu gelegener Zeit sich einen neuen anschaffen könne". Man liest in Lehrbach's Berichten nicht ohne Widerwillen die selbstgefällige Auseinandersetzung, wie er den rathlosen mainzer Kanzler zugerichtet, bald ihm Thränen entlockt, dann wieder Hoffnung auf Entschädigung gegeben, auch persönliche Vortheile am Wiener Hofe in Aussicht gestellt habe. Er brachte ihn endlich dahin, daß er der Uebergabe von Mainz sich nicht mehr widersetzte und dem Kurfürsten in diesem Sinne zu schreiben versprach. Bald richteten seine Wünsche sich schon auf Entschädigung, die er in den Besitzungen des mitdeputirten Bischofs von Würzburg zu finden glaubte, ja er wandte sich sogar an Cobenzl, den er noch kurz vorher wollte niederschlagen lassen, um durch seine Vermittelung günstigere Bedingungen für die Capitulation zu erhalten [2]).

Um diese zu beschleunigen, hatten nun auch die Franzosen die wirksamsten Mittel angewendet.

Am 16. Dezember war der General Hatry bei Oppenheim über den Rhein gegangen und besetzte das linke Ufer des Main's, so daß die Festung nun von allen Seiten eingeschlossen war. Am 17. richtete er an den kurmainzischen Generallieutenant von Ruedt die Aufforderung, Mainz zu übergeben, kam am

---

1) Lehrbach, 23. Dezember.

2) Cobenzl, 20. u. 21. Dezember, Lehrbach, 23., 24., 25. Dezember.

folgenden Tage selbst in die Festung, und es erregte in Rastatt besonderes Aufsehen, daß er bei dem österreichischen Gouverneur, dem General Neu, zu Mittag gespeist hatte. Ruedt entschuldigte sich mit dem Bemerken, daß er während der Anwesenheit des kaiserlichen Gouverneurs zu einer Capitulation gar nicht berechtigt sei; darauf schickte Hatry seinen Adjutanten, den Obersten Mortier, zum Kurfürsten nach Aschaffenburg, mit der Drohung, gegen das Kurfürstenthum feindlich zu verfahren, wenn nicht die Behörden in Mainz angewiesen und der österreichische Gouverneur ermächtigt würde, die Stadt den Franzosen zu übergeben. Der Kurfürst berief sich auf die Präliminarien, auf den Waffenstillstand, protestirte nnd erklärte endlich seine Bereitwilligkeit, für eine Capitulation Vorkehrungen zu treffen. Aber dies genügte den Franzosen nicht. Am 23. Dezember kam Mortier mit einem zweiten Briefe nach Aschaffenburg; unverzügliche Uebergabe wurde verlangt, sonst würden die Feindseligkeiten innerhalb vier und zwanzig Stunden wieder anfangen. Was sollte der alte, machtlose Kurfürst beginnen? Kaiser und Reich verließen ihn; wenn die Oesterreicher abzogen, blieben dem General Ruedt nicht dreitausend Mann, also kaum genug, die Festung gegen einen Handstreich, geschweige gegen eine regelmäßige Belagerung zu vertheidigen. Der Kurfürst schwankte noch, dachte schon daran, Aschaffenburg zu verlassen, als ein Schreiben von Albini anlangte, das zur Nachgiebigkeit rieth. So fügte er sich, und gab die geforderten Anweisungen [1]).

An dem Tage, den Bonaparte vorher bestimmt, am 28. Dezember, wurde dann zwischen Ruedt und Hatry die Capitulation unterzeichnet, wenig später Mainz von den letzten kaiserlichen Truppen verlassen; schon am 29. besetzten die Franzosen Castel und das Gauthor, um Tages darauf in die Festung einzuziehen [2]).

Während so dem Feinde alles nach Wunsch gerieth, bietet

---

1) Lehrbach, 27. Dezember. Protokoll I, 139.

2) Die Einzelheiten bei Bockenheimer: Die Uebergabe der Stadt Mainz an die Franzosen im Dezember 1797, Mainz, 1875.

die deutsche Seite das traurigste Bild von Schwäche und Zerfahrenheit. Am 27. Dezember, einen Tag vor der Capitulation von Mainz, erinnerte sich der General von Staader zum erstenmale, daß er über die Verletzung des Waffenstillstandes noch Beschwerde führen müsse; aus seinem neuen Hauptquartier am Lech, aus Augsburg, richtete er ein Schreiben an den General Hatry, dessen Wirkung jeder errathen kann [1]). Nicht ein Schuß war gefallen, um das Bollwerk, das so vielen Angriffen getrotzt, dem Vaterlande zu erhalten. Nichts ist trostloser, als die Verhandlungen in Rastatt um jene Zeit. Von Tag zu Tage langen neue, üblere Nachrichten an; nicht allein der Kurfürst von Mainz, mehr als zwanzig Reichsstände erhoben Beschwerde, daß die Franzosen dem Waffenstillstand zuwider die Grenzen verletzt, Contributionen ausgeschrieben, das Land noch ärger als früher bedrückt, auf dem linken Rheinufer ganz republikanische Formen eingeführt hätten. Dann wird eine Sitzung gehalten; man klagt bei der Plenipotenz, bei dem Reichstag in Regensburg; der Plenipotentiar ermannt sich ein und das andere Mal zu einer Beschwerdeschrift an die Franzosen; der Reichstag wendet sich an den Kaiser, alles mit gleichem Erfolge; waren doch den Mächtigen, die hätten helfen können, die Hände längst gebunden. Und wäre der Streit nur von Außen gekommen! aber auch im Innern nahmen Hader und Zwietracht kein Ende. Die Preußen klagten über Oesterreich, die Oesterreicher über Preußen, Mainz und die geschädigten Reichsstände über beide. Dazwischen Zänkereien der Etiquette. Metternich verübelte der Deputation, daß sie direkt und nicht durch Vermittlung der Plenipotenz an den Reichstag geschrieben habe. Der kaiserliche Concommissar in Regensburg und der Reichstag waren unzufrieden, weil die Plenipotenz und die Deputation nicht rasch und ausführlich genug berichteten; Metternich haderte mit Albini, ob er die Sitzungen feierlich eröffnen dürfe. Das Einzige, was die Sache fördern konnte, war die Beschaffung einer neuen

---

1) Protokoll IV, 178.

Reichsvollmacht, weil die Franzosen jede Verhandlung auf Grund der alten beharrlich verweigerten.

Der Bericht darüber, den die Deputation am 17. Dezember an den Reichstag abgehen ließ, war am 22. in Regensburg eingetroffen. Da im Grunde Niemand mehr an der Integrität des Reiches festhielt, kam man schon am folgenden Tage zu dem Beschluß, die Committenten um die Zustimmung zu einer, von Mainz vorgeschlagenen unbeschränkten Vollmacht zu ersuchen. Die Sitzung, in welcher darüber Bericht erstattet, und die neue Instruction festgestellt werden sollte, wurde mit außergewöhnlicher Beschleunigung auf den 8. Januar 1798 angesetzt. In der That fand sich am bezeichneten Tage jeder hinreichend instruirt. Einstimmig wurde die unbeschränkte Vollmacht ertheilt, und da der kaiserliche Concommissar, durch Albini gedrängt, schon im Voraus das Ratificationsdecret aus Wien besorgt hatte [1]), so konnte sie am 11. ausgefertigt werden und drei Tage später in Albini's Hände gelangen, der sie dann am folgenden Morgen gegen die französische Vollmacht auswechselte [2]).

Ehe wir aber dem nunmehr beginnenden diplomatischen Gefechte unsere Aufmerksamkeit zuwenden, mag es gestattet sein, auf Personen und Zustände in Rastatt einen Blick zu werfen.

---

1) Schreiben des mainzischen Directorialgesandten v. Steigentesch an den kaiserlichen Concommissar v. Hügel, 3. Januar; Hügel an Colloredo, 3. Januar; Colloredo an Metternich, 8. Januar: Beilagen eines Berichtes von Metternich vom 15. Januar im W. St.-A.

2) Protokoll IV, 145. I, 206, 213. IV, 188, 201.

## Zweites Kapitel.

### Diplomatie und Diplomaten zur Zeit des rastatter Congresses.

Eine Revolution, die den politischen Verhältnissen Europa's eine andere Gestalt gab, konnte auch auf den diplomatischen Verkehr nicht ohne Einfluß bleiben. Wie oft war Frankreich Mittelpunkt der wichtigsten Verhandlungen gewesen! Die Formen, die Sprache, die Kleidung der Diplomaten waren französisch. Jetzt schied derselbe Staat aus dem offiziellen Verkehr völlig aus; freilich nicht, ohne den Nachbarn sein Dasein in so gewaltsamer Weise fühlbar zu machen, daß sie unter sich umsomehr zu Verhandlungen gedrängt wurden.

Wie zu Anfang des Jahrhunderts, so bildeten auch kurz vor dem Ausbruch der Revolution zwei Gruppen von Staaten zwei beinahe getrennte Schauplätze kriegerischer und diplomatischer Thätigkeit. Wie vordem der Krieg um die spanische Erbfolge den Westen, der nordische Krieg den Osten Europa's bewegte, so war es jetzt der Streit um die Herrschaft zur See und über die Colonien, der England, Spanien, Frankreich und Nordamerika gegenüberstellte, während Oesterreich, Preußen und Rußland vornehmlich durch die polnischen und türkischen Händel beschäftigt wurden. Die Revolution, indem sie allem Bestehenden gegenüber trat, setzte die gesonderten Bestrebungen mit einander in Verbindung; denn nicht einzeln, nur zu gemeinsamer Thätigkeit geeinigt, konnte man hoffen, des übermächtigen Gegners Herr zu werden. Neben allen Erfolgen der Kriegskunst, erweist sich doch die Feder der Diplomaten als eine der wirksamsten und gefährlichsten Waffen. Denn der Bestand und die

Bewegung der Heere, das Feld ihrer Thätigkeit wird doch im letzten Grunde wesentlich durch diplomatisches Uebereinkommen bestimmt; kein österreichischer General hat auf den Verlauf des Krieges nur annähernd einen Einfluß geübt, wie der leitende Minister in Wien.

Auch die Thätigkeit der Gesandten an fremden Höfen war damals bedeutender und selbstständiger als in unserer Zeit. Eisenbahnen und Telegraphen stellen jetzt nach dem fernsten Punkte eine rasche, ja augenblickliche Verbindung her, der kleinste Schritt, jedes Wort kann vorgezeichnet werden. Damals hätte man die diplomatische Thätigkeit beinahe unmöglich gemacht, Befehle ertheilt, die vor der Ankunft veralten und unausführbar werden mußten, hätte man nicht Vieles der freien Bestimmung des Gesandten anheim gegeben. Denn oft vergingen Wochen, sogar Monate, ehe sich die Antwort auf eine Mittheilung erwarten ließ. Eilboten brauchten im günstigen Falle von London nach Moskau einen Monat, von London nach Petersburg mehr als drei Wochen; von Wien nach Petersburg zwei bis drei Wochen, nach Rastatt vier bis fünf Tage, nach Paris sieben Tage. Von Berlin rechnete man nach Wien drei bis vier Tage, nach Rastatt fünf Tage, nach Paris acht Tage, von Rastatt nach Paris wenigstens zwei Tage; als etwas ganz Außerordentliches wird gerühmt, daß der österreichische Courier Pfaffel den Weg in ein und vierzig Stunden zurückgelegt habe. Die Post brauchte für alle diese Entfernungen zuweilen die doppelte, immer eine beträchtlich längere Zeit, abgesehen von Unfällen und Hindernissen, die auf den schlecht gebauten Straßen unaufhörlich sich wiederholten. Selbst bei den Reisen von Gesandten und fürstlichen Personen bilden zerbrochene und umgeworfene Wagen eine selten fehlende Ursache verzögerten Eintreffens. Zu Anfang der neunziger Jahre hatte allerdings ein Franzose, Claudius Chappe, den damals sogenannten Telegraphen erfunden; eben bei Eröffnung des rastatter Congresses war er beschäftigt, auf dem Thurme des straßburger Münsters seine Instrumente aufzustellen, und es gelang in der That,

durch eine Reihe in bestimmten Entfernungen wiederholter und fortgepflanzter Zeichen innerhalb sechs Stunden eine Correspondenz nach Paris zu übermitteln[1]). Aber die Maschinerie war mühsam, gebrechlich und von Wind und Wetter abhängig; selbst in Frankreich, selbst unter einem Herrscher wie Napoleon, gelangte sie nicht zu eigentlicher Bedeutung, in anderen Ländern scheint man sie zunächst gar nicht benutzt zu haben.

Nicht allein die rasche, auch die sichere Beförderung der Depeschen war damals den Diplomaten eine Sorge. Ehrfurcht vor dem Briefgeheimniß gehörte noch gar nicht zu den Moralgeboten für die Postverwaltung. Die Oesterreicher standen mit der Thurn- und Taxisschen Reichspost in einem Vertragsverhältniß, wonach ihnen alle verdächtigen Briefe ausgeliefert wurden. Diplomatische Depeschen zu öffnen war in den europäischen Hauptstädten ein so allgemeiner, auch so allgemein bekannter Brauch, daß er kaum noch als Verletzung gegebenen Vertrauens erscheint. Die Depeschen wurden darauf eingerichtet. Der erste Theil enthält in Buchstaben, en clair, officielle und überhaupt solche Nachrichten, aus denen man kein Geheimniß machte. Sie dienten oft geradezu als Mittheilung an den fremden Hof, sei es um ihn irre zu führen, oder ihm eine irrige Meinung zu nehmen, oder sich zu entschuldigen, oder einen Wunsch anzudeuten, den man nicht wohl offen aussprechen konnte. „C'est pour ceux qui me lisent en France", schreibt der preußische Gesandte Sandoz-Rollin nach der glänzenden Schilderung einer republikanischen Feierlichkeit in Paris, und dann beginnt in Chiffern eine Beschreibung desselben Festes, die allerdings den französischen Leser wenig erbaut haben möchte. Bei Benutzung der

1) Lehrbach, 15. Februar 1799. Nouvelles politiques de Leyde, 9. Janvier 1798. Graf Miot erzählt (Mémoires I, 36), während er im Jahre 1793 in Paris auf dem Kriegsministerium gearbeitet habe, sei Chappe zu ihm gekommen, um seine neue Erfindung anzubieten, die er als Tachygraphie bezeichnete, bis Miot den passenderen Namen der Telegraphie in Vorschlag brachte.

Depeschen ist daher der chiffrirte Theil durchaus von dem andern zu unterscheiden. Eine Mittheilung, besonders ein Urtheil, ist häufig in Buchstaben nichts bedeutend, zuweilen genau das Gegentheil dessen, was man einige Zeilen später in Chiffern liest. Und selbst den Chiffern ist nicht immer zu trauen; denn es kommt vor, daß der Diplomat seinen Gegner, von dem er annimmt, daß er den Schlüssel der Chiffern entdeckt habe, gerade durch das scheinbare Geheimniß in Irrthum führen will.

Die Kunst, Chiffern zu lesen, wurde, wie sich denken läßt, mit dem höchsten Eifer betrieben; man hatte es darin zu einer unglaublichen Geschicklichkeit gebracht. Freilich suchte man von der anderen Seite die Lösung der Chiffern durch die feinst ersonnenen Mittel zu erschweren. Für dasselbe Wort erscheinen verschiedene Zeichen, lange Reihen von Chiffern (Nonvaleurs) bedeuten gar nichts. Aber die Beharrlichkeit der Dechiffrirenden trägt gewöhnlich den Sieg davon. Als Luccheſini zur Zeit der Consular-Regierung den Gesandtschaftsposten in Paris bekleidete, hörte er von einer vertrauten Person des französischen Ministeriums: keine preußische Chiffer sei so schwierig, daß man sie nicht nach einem gewissen Zeitraum lesen könne. Für die geschicktesten in dieser Kunst galten die Oesterreicher. Das schwarze Cabinet in der Staatskanzlei enthielt alle erdenklichen Mittel, Briefe unmerklich zu öffnen und wieder zu schließen, und die preußischen Depeschen nach und von Wien wurden beinahe ohne Ausnahme dem österreichischen Ministerium bekannt. Die weniger geschickten Russen pflegten, wenn sie nicht etwa durch Bestechung oder Diebstahl den Schlüssel sich verschafft hatten, eine Abschrift der geöffneten preußischen Depeschen nach Wien zu schicken, damit sie dort gelesen oder, wie der technische Ausdruck lautet, perlustrirt würden. In Preußen scheint man die Kunst wenigstens nicht so geschickt und eifrig als in Wien betrieben zu haben. „Die Eröffnung der Briefe in Berlin", schreibt der Graf Leopold zu Stolberg am 4. März 1797 an seinen Landesherrn, den Herzog Peter v. Oldenburg, „erstreckt sich nicht auf andere als auf dortige fremde Gesandte, dazu

nicht auf alle[1])". Mir sind wenige Depeschen, die man aufgefangen und dechiffrirt hätte, aus dem berliner Archiv erinnerlich. Dagegen kann man zuweilen eine ganze Folge preußischer Correspondenzen auch auf dem Wiener Archiv studiren, und ebenso sind im Haag viele Foliobände mit den Abschriften preußischer Depeschen gefüllt, die, an die Gesandten in Holland oder in London gerichtet, unterweges geöffnet und entziffert wurden.

Sollte also eine wichtige Mittheilung rasch und sicher befördert werden, so mußte man sich besonderer Couriere bedienen. Die Oesterreicher benutzten sie häufig, trotz der nicht unbedeutenden Kosten; bei der sparsamen preußischen Verwaltung verursachte es manchem Diplomaten vieles Kopfzerbrechen, ehe er sich zur Absendung eines Couriers entschloß, und manchem ist gleichwohl verwiesen worden, daß er unnöthiger Weise solche Verschwendung sich gestattet habe. Ein Verweis dieser Art war auch im März 1797 an den preußischen Residenten Caesar in Wien ergangen, der in Abwesenheit Lucchesini's sich mit doppeltem Eifer bemühte, dem Ministerium recht ausführliche und rasche Mittheilungen zu machen. Da, in der Zeit höchster Spannung, als Bonaparte beinahe vor den Thoren Wiens drohte, in der Nacht vom 10. auf den 11. April wurde unter geheimnißvollen Formen dem Thürhüter der preußischen Gesandtschaft ein Paquet für Caesar abgegeben, mit dem beigefügten Verlangen, es müsse sogleich, aber uneröffnet, durch einen Courier nach Berlin befördert werden. Der Inhalt sei von höchster Wichtigkeit, das Heil des Staates hänge davon ab. Der Resident, noch unter dem Eindruck des kaum erhaltenen Verweises, erwog in doppelter Verlegenheit, was er zu thun habe. Endlich, damit in keinem Falle etwas versäumt würde, entschließt er sich gleichwohl, den Gesandtschafts-Secretär Matolai mit dem Paquet nach Berlin zu schicken. Er setzt dem Mini-

1) Vgl. Hennes, Fr. Leopold Graf zu Stolberg und Herzog Peter v. Oldenburg, Mainz, 1870, S. 502.

sterium seine Gründe auseinander und erbietet sich, die Kosten der Sendung, falls sie sich unnöthig erweisen sollte, aus eigener Tasche zu bezahlen [1]). Dies wurde nun freilich nicht gefordert, aber Lob erhielt er auch nicht. Denn in dem Paquet, als es in Berlin eröffnet wurde, fand sich nichts als eine Anzahl buntgemalter, ganz alberner Carrikaturen. Der Minister Alvensleben meint, das Ganze sei nur ein Aprilscherz, und der König, dem man, was ein Courier überbracht hatte, doch nicht vorenthalten konnte, bemerkt nicht mit Unrecht: „ceci ne valait pas la peine d'être envoyé de Vienne".

Zur Sprache des diplomatischen Verkehrs war seit dem westphälischen Frieden mehr und mehr die französische geworden, theils in Folge des Uebergewichts, das Frankreich überhaupt in den Angelegenheiten der Diplomatie und der Gesellschaft gewonnen hatte, theils und nicht zum wenigsten in Folge der besonderen Eigenschaften dieser Sprache. Bei ihrer Verwandtschaft mit der lateinischen bot sie jedem Gebildeten etwas Bekanntes, in England war sie von jeher bei Hofe und von dem normännischen Adel gesprochen worden, und die eigenthümliche Ausbildung, die sie im 17. Jahrhundert in den Werken großer Schriftsteller und am Hofe Ludwigs XIV. erhielt, gab ihr einerseits eine sonst unerreichte Fähigkeit des leichten, klaren und genauen Ausdrucks, andererseits einen conventionellen Charakter, unschätzbar für den Diplomaten, der mit ihrer Hülfe nichtssagenden und doch unentbehrlichen Höflichkeiten eine bequeme, sogar anmuthige Form zu geben vermochte. Kein Wunder, daß diese Vorzüge selbst für den inneren Verkehr der weniger fortgeschrittenen Staaten den Ausschlag gaben. In England und Italien werden die Depeschen an die Regierung in der Landessprache verfaßt, in Rußland und Preußen französisch, auch in Oesterreich, soweit es sich um den König von Ungarn und Böhmen handelt. Nur in Reichsangelegenheiten schreibt man deutsch, aber nur zu oft jenes Deutsch der Kanzleien, das selbst einem Deutschen

1) Bericht Caesar's vom 11. März 1797 im preußischen Staatsarchiv.

das Gefühl gibt, er komme auf gebahnten Weg, wenn er wieder französische Dokumente vor Augen hat. Selbst das Lateinische war noch nicht ganz verdrängt; die Beglaubigungsschreiben für Cobenzl nach Udine, für Metternich nach Rastatt, für Malmesbury nach Lille sind, weil sie auch von Fremden gelesen werden sollten, lateinisch ausgestellt. Auch die technischen Ausdrücke in der Geschäftsführung des Reichstags sind lateinisch geblieben, in ähnlicher Weise, wie der Geschäftsstil des englischen Parlamentes bis auf den heutigen Tag einzelne französische Ausdrücke behalten hat. Aber in der rastatter Deputation wie am Reichstage verhandelt man deutsch, schickte auch den Franzosen in deutscher Sprache die Beschlüsse, die sie dann selbst in's Französische übersetzen mochten.

Bedeutend nicht allein für die Form, sondern auch für den Inhalt der Schriftstücke ist eine andere Verschiedenheit. In England, Neapel, auch in Oesterreich werden die Depeschen der im Auslande befindlichen Diplomaten an den leitenden Minister addressirt, in Rußland zum größeren Theile, in Preußen ohne Ausnahme an den Regenten; im Namen des Regenten und vom Regenten unterzeichnet erhalten auch die preußischen Gesandten ihre Anweisungen. Offenbar setzt es den Minister in Vortheil, wenn er im Namen des Monarchen schreiben kann. Die berliner Depeschen schlagen oft einen Ton väterlicher Ermahnung, oft auch der Rüge und Zurechtweisung an, den selbst der höchststehende Staatsdiener sich nicht gestatten dürfte. Bei dem Gesandten, der doch weiß, daß alle diese Dinge nicht in dem Kopfe des Monarchen, sondern gewöhnlich des concipirenden Ministerialrathes ihren Ursprung genommen haben, streitet dann oft sichtbar das Gefühl unverbrüchlicher Devotion mit dem Aerger, daß er sich dergleichen soll gefallen lassen. Unter dem Ministerium des Grafen Haugwitz wäre es ohne jene Schranke gewiß zu weit heftigeren Erörterungen gekommen, als sie in den preußischen Depeschen zu finden sind.

Musterhaft ist die Ordnung des diplomatischen Verkehrs in Preußen. Zweimal wöchentlich schreibt der Gesandte an

den König, und niemals fehlt die Antwort; ist er säumig, so wird er auch alsbald an seine Pflicht erinnert. Man hegt wohl die Vorstellung, unter Friedrich Wilhelm II. habe die Beamtenwelt sich durchaus einem leichtfertigen, nur auf den Genuß gerichteten Treiben hingegeben. Aber schon die zahlreichen Foliobände des diplomatischen Schriftwechsels beweisen, daß gerade unter den Ministerialbeamten noch viel von dem Ordnungssinn und der Arbeitskraft der früheren Regierung sich erhalten hatte. Man begreift kaum, wie ein einzelner Mann alles bewältigen konnte, was, um nur ein Beispiel anzuführen, von der Hand des Geheimenraths Renfner bearbeitet ist. Die Correspondenzen nach Wien und Petersburg und gar manches Andere sind Jahr aus Jahr ein mit nie fehlender Pünktlichkeit und Sorgfalt von ihm entworfen. Nur ein einziges Mal, so weit ich mich erinnere, läßt er sich für einen Tag durch eine fremde Hand ersetzen, aber man wird ihn wohl für ausreichend entschuldigt halten, wenn man auf dem Rande des Blattes die Bemerkung liest: Monsieur Renfner a pris un congé de vingt-quatre heures pour se marier. In Oesterreich ist der Depeschenwechsel nicht so regelmäßig, mehr von dem unmittelbar hervortretenden Bedürfniß abhängig. Nach und von Petersburg geht monatlich einmal eine große Expedition durch Courier.

Um die Beamten an Ordnung zu gewöhnen, um keine Gelegenheit zu versäumen und sich immer auf dem Laufenden zu erhalten, hat das preußische System große Vorzüge. Freilich kann ein Berichterstatter, der so oft zu schreiben gezwungen ist, seinen Depeschen unmöglich immer einen interessanten Inhalt geben; schon Gesagtes muß wiederholt, Fernliegendes, ja Unbedeutendes herangezogen werden, um nur den Raum zu füllen. Merkwürdig, daß man gleichwohl gerade in den preußischen Depeschen beinahe niemals der Neigung begegnet, die Trockenheit der Mittheilungen durch Anekdoten, Klatschgeschichten und ähnliche Dinge zu würzen. Einiges aus Lucchesini's Feder ist zudem vortrefflich geschrieben, auch unter das Interessanteste zu rechnen, was man über jene Zeit nur lesen kann. In noch

höherem Maße sind die Depeschen Cobenzl's eine unentbehrliche Quelle. Wenn die Zeitungen damals viel weniger inhaltsreich waren als jetzt, weil viel weniger von den politischen Vorgängen und den bewegenden Ursachen des Staatslebens in die Oeffentlichkeit gelangte, so gilt aus demselben Grunde für die Depeschen das Gegentheil. Eben weil sie nicht über den engsten Kreis hinausgingen, konnte der Schreiber sich weit größere Freiheit der Mittheilung gestatten, als zu einer Zeit, in welcher die gelben und blauen Bücher zuweilen nicht weniger für die Oeffentlichkeit, als für die vorgesetzte Behörde geschrieben werden. Unbedingtes Vertrauen wird man auch jenen älteren Depeschen nicht schenken dürfen, besonders wenn sie über den Verlauf eines Gespräches, über die eigenen Handlungen des Gesandten sich auslassen. Unzweifelhaft enthalten sie viel von dem, was die Franzosen als pensées oder esprit d'escalier zu bezeichnen pflegen. Man braucht nur die Berichte verschiedener Gesandten über denselben Vorfall zu vergleichen. Jeder will gehört haben, was er gern hört, jeder gesagt oder gethan haben, was er gesagt oder gethan haben möchte, um sich bei seinem Vorgesetzten in das beste Licht zu stellen. Aber dieser Nachtheil ist nicht so bedeutend, als er beim ersten Blick scheinen könnte. Denn in der Hauptsache läßt sich doch der Verlauf und insbesondere das Ergebniß einer Verhandlung nicht verändern. Was aber die Gründe und Gegengründe im Einzelnen angeht, so wird die Darlegung von der einen Seite den Gegner gewiß eben so selten als in den parlamentarischen Versammlungen unserer Zeit von einer vorgefaßten Absicht zurückgebracht haben. Für den Historiker bleibt es in den meisten Fällen das Wichtigste, zu erfahren, wie jede Regierung die Verhältnisse aufgefaßt, wodurch sie ihre Handlungen bestimmt und worin sie ihre Rechtfertigung gesucht habe. Alles dies kann eben so wohl in dem, was der Gesandte gesagt haben will, als in dem, was er wirklich gesagt hat, zum Ausdruck kommen.

Ueber das Ceremoniell zu reden, wird sich in dem Folgenden nur zu häufig noch Veranlassung finden. Die Franzosen setzten einen Stolz darin, dem überlieferten Katechismus diplo-

matischer Gebote, so oft sie irgend konnten, ihre Verachtung zu beweisen; auch von der Gegenseite erkannten wenigstens die Begabteren das Nichtige dieses Formenwesens. Aber man war noch nicht weit genug, um sich darüber hinwegzusetzen. Gerade Lehrbach's Berichte aus Rastatt geben ein deutliches Beispiel, daß „nicht jeder frei ist, der seiner Ketten spottet".

Wie in diesem einzelnen Manne, so stoßen auch in dem ganzen Treiben des Congresses die beiden Richtungen auf einander. Und so ist es die eigentliche Signatur dieser Versammlung, daß sie, der Zeit nach auf der Grenzscheide zweier Jahrhunderte gelegen, noch einmal die diplomatische Vertretung des alten Europa freilich mit unzureichenden Kräften denen, die es zerstörten, gegenüber stellt. Wenn aber der rastatter Congreß eine so unerfreuliche Erinnerung hinterlassen hat, wenn er recht eigentlich als Wahrzeichen für die Ohnmacht und Zerrissenheit unseres Vaterlandes, für die Rohheit und den Uebermuth der Franzosen erscheint, so mag man daraus erkennen, wie sehr auch begabte Menschen von äußeren Umständen und Verhältnissen abhängig sind. Denn an Talent, Erfahrung, Kenntnissen hat es den Versammelten wahrlich nicht gefehlt; vielleicht auf keinem der früheren Congresse hat eine größere Zahl von bedeutenden Männern sich zusammengefunden.

Von Bonaparte ist hier nicht zu reden, weil Jeder ihn kennt und seine Anwesenheit in Rastatt sich auf wenige Tage beschränkte. Auch Cobenzl, unter den Diplomaten des 18. Jahrhunderts unstreitig einer der Ersten, ist aus früheren Verhandlungen genugsam bekannt. Ich will nur bemerken, daß er sich in Rastatt zeigte wie überall: thätig, scharfsinnig, wohlunterrichtet, unermüdlich für die Interessen seines Herrn, aber ohne höhere Gesichtspunkte, ohne eigentlich nationalen Sinn; denn was ihm am Herzen lag, war nicht sowohl Deutschland, als die Würde und der Einfluß seines Herrn in Deutschland. Seine Bildung war durchaus die französische, die für einen Deutschen, auch wenn er sie vollständig sich hätte aneignen können, immer eine unvollständige geblieben wäre. So fehlte auch seinem

Wesen bei aller Feinheit aristokratischer Formen die Würde, die nur einem wahrhaft durchgebildeten Geist und Charakter sich zu gesellen pflegt. Viel ist gerade mit Bezug auf den rastatter Aufenthalt über die Leichtfertigkeit seiner Sitten geredet. Ich weiß nicht, wie weit es auf Wahrheit oder Verläumdung beruht. In keinem Falle gehört es der Geschichte an; denn man findet nicht einen Schatten von Wahrscheinlichkeit, daß Leichtsinn und Vergnügungssucht auf die diplomatische Thätigkeit des Gesandten Einfluß geäußert hätten. Im Gegentheil: seine Arbeitskraft, seine Beweglichkeit müssen Staunen erregen. Es ist keine geringe Aufgabe, nur zu lesen, was er in seinem Leben verfaßt und geschrieben hat. Und man glaube nicht, daß so viele umfangreiche Schriftstücke etwa die Arbeit der Secretäre, etwa allein durch die Unterschrift ihm angeeignet wären. Die Mehrzahl oder doch ein sehr großer Theil gerade der rastatter Depeschen liegt im Entwurf noch vor, von seiner Hand geschrieben oder doch unzweifelhaft von ihm selbst dictirt.

Eine ganz verschiedene Natur war der Graf Franz Georg Karl von Metternich-Winneburg, aus der weitverbreiteten rheinischen Familie, die dem Kurstaat Trier mehrere Fürsten gegeben hatte. Früh in Geschäften seines Landesherrn nach Wien geschickt, findet er bald in kaiserlichen Diensten rasche Beförderung; 1791 wird er bevollmächtigter Minister in den Niederlanden, freilich nur, um sie schon im folgenden Herbst in der Gewalt der Franzosen zu sehen. Bei der Rückkehr der Oesterreicher 1793 wurden die Pferde des goldenen Wagens ausgespannt, mit welchem er in Brüssel seinen Einzug hielt. Viel weniger feierlich mußte er kaum ein Jahr später bei dem übereiligen Rückzuge die Hauptstadt und die Niederlande für immer verlassen. Es wäre nicht leicht zu sagen, was ihm so hohe Ehrenämter verschaffte; sicher nicht ausgezeichnetes Talent oder besondere Geschäftskenntniß. Er war ein vornehmer Herr, wohlwollend, von freundlichen Formen, darum für die Stelle eines Plenipotentiars, der zumeist in der Repräsentation seine Aufgabe fand, nicht ungeeignet; auf die Verhandlungen hatte er

so gut wie gar keinen Einfluß, von den Geheimnissen seiner Regierung nicht einmal Kenntniß. Jede bedeutende Entscheidung war von Cobenzl's und Lehrbach's Anweisungen abhängig, und selbst was die Formalien angeht, ließ er Unterbeamte für sich arbeiten, ohne von dem, was er unterschreiben mußte, oft nur Einsicht zu nehmen. Man hatte ihm zwei der steifsten Perrückenträger, die Botschaftsräthe Schraut und Blum, an die Seite gestellt. Ihr ungeschickter Eigensinn brachte auch Metternich trotz seines nachgiebigen Wesens in mancherlei Streitigkeiten mit der Deputation, und es bedurfte häufig Lehrbach's Dazwischenkunft, um eine leidliche Eintracht herzustellen.

Lehrbach war es, der, wie wir gesehen, den Kaiser als Erzherzog von Oesterreich in der Deputation zu vertreten hatte. Es ist viel Böses von ihm gesagt, und seine eigenen Berichte aus Rastatt zeigen ihn durchaus nicht von einer liebenswürdigen Seite. Auch Thugut läßt in zahlreichen Aeußerungen durchblicken, wie sehr ihm Lehrbach's Wesen im Grunde widerwärtig war. Er nennt ihn einen eitlen Schwätzer; und in der That selten findet man in den Depeschen eines Gesandten so viel Ruhmrediges und eine so unverwüstliche Selbstzufriedenheit, besonders wenn er seinen Collegen einen Fehler nachweisen und dann seine eigene Klugheit in ein recht helles Licht setzen kann. Er war wie Metternich dem Reichsadel, einer gräflichen Familie in Hessen entsprossen, und in kaiserlichem Dienste lange Zeit in München der eifrigste Förderer des Plans, das Land mit Oesterreich zu vereinigen. 1797 hatte er in Tyrol eine Insurrection gegen die Franzosen organisirt, wie er denn auch in seinem Auftreten eine soldatische Derbheit zur Schau trug, die an Rohheit gränzte. Wenn er heftig wurde, hörte man sein Geschrei über den weiten Hof des rastatter Schlosses schallen. Dabei darf man aber seine Fähigkeiten nicht gering anschlagen. Er war thätig, gewandt, dreist, — was den Franzosen gegenüber als unentbehrliche Tugend erscheinen muß, — durch den Aufenthalt in München und vielfache Verhandlungen mit den süddeutschen Reichsständen in seltenem Maße der Reichsan-

gelegenheiten kundig, und man muß ihm zugestehen, daß er der schwierigen Aufgabe in Rastatt durch Verstand und Umsicht sich gewachsen zeigte. Um die Abneigung mancher Congreßmitglieder gegen ihn erklärlich zu finden, darf man sich freilich nur erinnern, wie er mit Albini umging.

Dieser Mann, der Vorsitzende oder Directorialis der Deputation, wird schon durch sein Benehmen bei der Capitulation von Mainz deutlich genug gezeichnet. Von einem Extreme zum anderen schwankend, bald nach dieser, bald nach jener Stütze greifend, giebt er ein trauriges Bild der Verworrenheit und Haltlosigkeit der Zeiten. Ich sage der Zeiten, denn persönlich war er durchaus nicht ohne Fähigkeiten, voll guten Willens und treu ergeben seinem alten Herrn, dessen ganzes Vertrauen er besaß. Auch darf man die wiederholten Drohungen, er wolle das Land bewaffnen und sich selbst an die Spitze stellen, nicht für leere Worte halten; in dem wieder ausbrechenden Kriege hat er an der Spitze der fränkischen Bauern muthig gefochten, und das Volkslied feiert nicht ohne Grund den General Albini [1]). Etwas jünger als Metternich, etwas älter als Lehrbach und Cobenzl, stand er zur Zeit des Congresses im fünfzigsten Jahre; seine Bildung hatte er sich als Referendar des Reichshofraths in Wien angeeignet, von dort auch den Titel eines kaiserlichen Geheimenrathes mitgebracht. Man wird sehen, daß seine Bemühungen für Mainz nicht ohne Erfolg waren; auch behielt er die Gunst des alten Kurfürsten und nicht weniger seines Nachfolgers Dalberg. Als Directorialgesandter am Reichstag hatte er die traurige Aufgabe, die Auflösung des untergehenden Reiches selbst mit auszusprechen. Ja, er sollte auch mit dem Anfang einer neuen Zeit wieder auf der Bühne erscheinen; Kaiser Franz ernannte ihn 1815 zum Präsidenten des Bundestages, und während der Vorbereitungen für dies neue Amt ist er 1816 zu Frankfurt gestorben.

Unter den übrigen Mitgliedern der Deputation wird der

---

1) Kurmainzisches Kriegslied in „Des Knaben Wunderhorn".

sächsische Gesandte Graf von Löben als das Muster eines braven, verständigen, patriotisch denkenden Mannes gerühmt; er ist vielleicht der einzige, in dessen Lobe alle Parteien übereinstimmen. Die politische Stellung Sachsens, das ohne eigene Ansprüche zwischen den verschiedenen Interessen vermittelte, kam ihm zu statten. Baiern war durch einen Grafen von Preysing, darauf, als dieser zu tief mit den französischen Gesandten sich einließ, seit dem 22. Februar, es scheint auf Lehrbach's Betreiben, durch den Grafen Topor Morawitzky vertreten. Die bedeutendste Person der Gesandtschaft war der Geheimerath Georg Friedrich Zentner, ein geistvoller Mann, schon durchaus in den Grundsätzen einer neuen Zeit erwachsen, dem seine Thätigkeit in Rastatt den Weg zu den wichtigen Aemtern bahnte, die er später in Baiern bekleidet hat. Auch der herzoglich bremische Gesandte, Freiherr v. Reden, ein kalter, kluger Diplomat, im gesellschaftlichen wie im amtlichen Verkehr nicht gerade von angenehmen Formen, hatte gelehrten Beistand. Von der Regentschaft in Hannover war ihm der schon damals berühmte göttinger Professor Georg Friedrich von Martens an die Seite gegeben. Als Deputirter geistlichen Standes erschien der Graf Friedrich Lothar von Stadion, würzburgischer Domherr und Geheimerath, aus der alten, angesehenen Familie, welcher so viele ausgezeichnete Staatsmänner entsprossen sind; er selbst, in jugendlichem Alter, unter anderen Verhältnissen für eine schöne, bedeutende Wirksamkeit befähigt, aber freilich in Rastatt nur bestimmt, Zeuge seines eigenen Begräbnisses zu sein. Nimmt man noch die übrigen Mitglieder der Deputation für Darmstadt, Baden, Augsburg und Frankfurt hinzu, so haben wir damit die officielle Vertretung des Reiches gegenüber den Franzosen bezeichnet.

Aber neben diesen kaiserlichen Gesandten und der Deputation, hatten auch beinahe sämmtliche Reichsstände ihre Vertreter in Rastatt. Denn welches Interesse blieb unberührt, wenn, wie jeder vorhersehen konnte, Säcularisationen unvermeidlich wurden? Diese „Partikulargesandten" nahmen zwar an den Sitzungen keinen Theil, standen aber in einem amtlichen

Verhältniß zur Deputation, legitimirten sich bei Albini und konnten dann selbständig Anträge und Beschwerden einreichen, auch in wichtigen Angelegenheiten um ihre Meinung oder Zustimmung befragt werden. Vor allem ist hier die preußische oder, wie sie officiell genannt wird, die kurbrandenburgische Gesandtschaft zu erwähnen; an ihrer Spitze der Graf Johann Eustachius von Schlitz, genannt von Görtz, noch nicht überalt — er war am 5. April 1737 geboren — aber mit schneeweiß gepudertem Haar, immer gemessen, förmlich, ein Bild der Diplomaten jener Zeit, jedoch nicht im üblen Sinne. Man kennt ihn durch seine Verbindungen mit Weimar, als Erzieher des Herzogs Karl August, dem er auch später in politischen Angelegenheiten öfters rathend zur Seite stand. Goethe traf ihn 1775 noch in Weimar; „wir haben gekannegießert und gegörzt", schreibt er im Mai 1780 an die Frau von Stein, um den Inhalt der politischen Gespräche anzudeuten, auf die er sich einlassen mußte. Als der Herzog keines Erziehers mehr bedurfte, trat Görtz in preußische Dienste, zunächst als Gesandter in München. Hier und in Zweibrücken wirkte er dem österreichischen Tauschproject entgegen; es geschah auf seinen Antrieb, daß Herzog Karl im März 1778 den Protest erhob, der vornehmlich den ganzen Plan scheitern machte. Friedrich II. war denn auch mit seinem Gesandten ausgezeichnet zufrieden, erhob ihn zum Staatsminister und vertraute ihm von 1779 bis 1786 den wichtigen Posten in Petersburg. Seit 1788 vertrat er Preußen beim Reichstag und blieb in Regensburg, die Unterbrechung durch den rastatter Congreß ausgenommen, bis zum Ende des Reiches im Jahre 1806. Der Ort scheint ihm eine zweite Heimath geworden zu sein; denn als er nach den Unglücksfällen Preußens den Staatsdienst verlassen hatte, zog er sich als Privatmann nach Regensburg zurück und ist erst im Jahre 1821 vier und achtzigjährig dort gestorben. Von seinem Collegen, dem Freiherrn von Jacobi Klöst, bleibt wenig anders zu sagen, als daß er nicht besser und schlechter als die meisten seines Standes bedeutende Posten in Wien und London bekleidet hatte. Um

so mannigfaltiger sind die Erlebnisse des dritten preußischen Gesandten, des Herrn von Dohm. Es würde ein Buch füllen, wollte man im Einzelnen erzählen, wie er, ursprünglich Literat und Gelehrter, in preußische Dienste trat, von Friedrich dem Großen und Hertzberg abwechselnd begünstigt und zurückgesetzt, in den verwickeltsten Angelegenheiten, bei der Bischofswahl in Münster, der Revolution in Lüttich, weiter als preußischer Kundschafter in Köln und in den Niederlanden, endlich als Commissar an der Demarcationslinie und als Leiter des hildesheimer Convents thätig war. In allen diesen Geschäften hatte er mehr als gewöhnliche Geschicklichkeit bewiesen und von den Zuständen und Rechtsverhältnissen in Deutschland eine Kenntniß erlangt, die ihn für die rastatter Verhandlungen als den geeigneten Mann erscheinen ließ. Der Entwickelung des Charakters mochte diese vielfache Thätigkeit auf geraden und zuweilen auf ungeraden Wegen nicht in gleichem Maße zu Gute gekommen sein. Er ist einer der wenigen deutschen Staatsmänner, welche Denkwürdigkeiten hinterlassen haben; bei manchen Vorzügen glaube ich doch nicht, daß sie den Leser zum Anhänger des Verfassers machen. Leider hat er selbst die späteren Jahre seines Lebens befleckt, indem er sich in seinem Vaterlande und gerade gegen den Staat, dem er in glücklicheren Tagen alles verdankte, als Werkzeug des französischen Eroberers gebrauchen ließ[1]).

Ihm in Wesen und Charakter nicht unähnlich war der später unter dem Titel eines Ritters so bekannt gewordene Karl Heinrich Lang, bis dahin preußischer Beamter in Ansbach. Er war auf Hardenberg's Betreiben als Secretär an die Gesandtschaft in Rastatt berufen; denn der Minister wünschte

---

1) W. Gronau, Christian Wilhelm v. Dohm nach seinem Wollen und Handeln, Lemgo 1824, ein in mancher Beziehung lehrreiches Buch, nur darf man von dem Schwiegersohn und westphälischen Unterpräfecten nicht das richtige Urtheil über Dohm's Beziehungen zur Fremdherrschaft erwarten. Michaud, Biographie universelle.

von den Verhandlungen des Congresses durch einen vertrauten Menschen Nachricht zu erhalten, dann insbesondere die preußischen Entschädigungsansprüche auf die Vergrößerung der von ihm verwalteten fränkischen Herzogthümer zu richten. Auch Lang war ein Mann von Kenntnissen, thätig, gewandt, in gewisser Weise das Gute wollend. Aber alle diese Eigenschaften, wie sie in seinen „Memoiren" sich aussprechen, verwischen nicht den widerwärtigen Eindruck einer Dreistigkeit, die oft genug in Frechheit übergeht, einer Schmähsucht und Geschwätzigkeit, die sich zuweilen in das Alberne und Absurde verlieren, und einer Gemeinheit des Denkens und Empfindens, die dadurch nicht liebenswürdiger wird, daß sie mit völliger Naivetät, ohne irgend einen Versuch, sich zu verhüllen, hervortritt. Auch den rastatter Congreß hat er geschildert, seine Worte sind oftmals angeführt, und man darf ihnen eine beißende Schärfe und manches treffende Urtheil nicht absprechen. Aber immer muß man sich dabei erinnern, daß das Bild der einzelnen Menschen wie der Versammlung zur Carrikatur entstellt ist; auch fehlt es nicht an groben Irrthümern und Gedächtnißfehlern, und es erregt Erstaunen, daß ein Mann, der amtlich einer so bedeutenden Gesandtschaft beigegeben war, von den eigentlich entscheidenden Fragen, die verhandelt wurden, doch beinahe gar nichts gewußt hat.

Wie man denken kann, sammelten sich um die preußische Gesandtschaft Vertreter zahlreicher Reichsstände, die durch preußischen Einfluß zu gewinnen hofften; darunter der Gesandte von Zweibrücken, Graf Rechberg, der in dem Grafen Görtz seinen Schwiegervater und zugleich den eifrigsten Verfechter der Interessen seines Hofes verehrte. Aber selbst geistliche Herren, wie Stadion und der speyersche Gesandte von Hompesch, pflegten sich regelmäßig bei Jacobi einzufinden, der den Säcularisationen am wenigsten geneigt schien. Im Allgemeinen erkannten jedoch diese in ihrer Existenz bedrohten Stände die kaiserliche Gesandtschaft als Leiterin und zuverlässigste Stütze. Ebenso dachte die Reichsritterschaft, die schon seit zwei Jahrhunderten nur noch in dem Kaiser einen Halt gegen die Angriffe des Territorial-

fürstenthumes gefunden hatte. Sie war in ihrer Gesammtheit durch einen fränkischen Edelmann, den kaiserlichen Geheimen Rath und Ritter-Hauptmann Eberhard von Gemmingen vertreten, aber die am meisten bedrohten und geschädigten rheinischen Cantone hatten sich nicht nehmen lassen, auch noch besondere Vertreter abzusenden. So der Oberrhein den Freiherrn Karl von Gagern, den Vater des bekannten Diplomaten, eine durchaus charakteristische Persönlichkeit. Er war Oberhofmeister bei dem Hofe in Zweibrücken gewesen, aber durch seine derbe Freimüthigkeit bald mit dem Herzog und seinen Günstlingen in Zwiespalt gerathen. Noch früher, im siebenjährigen Kriege, hatte er ein Bein verloren, und zwar auf Seite der Franzosen als Officier in dem Regiment Royal Deuxponts. Es scheint sogar, daß man den körperlichen Mangel als ein Förderungsmittel seiner diplomatischen Bestrebungen angesehen hat. Denn die rheinische Ritterschaft, zum großen Theil auf dem linken Ufer angesessen, war ganz wesentlich auf den guten Willen der Franzosen angewiesen, und man darf sich nicht wundern, wenn der deutsche Edelmann bei aller Devotion für den kaiserlichen Hof nicht eben selten in den Vorzimmern der französischen Gesandtschaft sich einfindet, wo er nur gar zu vielen seiner Collegen begegnete, die längst nicht so dringende Veranlassung hatten.

Wie die französischen Noten den endlosen deutschen Erörterungen gewöhnlich eine schroffe, oft in wenig Zeilen gedrängte Forderung entgegenstellen, so beschränkte sich auch die französische Vertretung der Schaar von deutschen Gesandten gegenüber auf ganz wenige Personen. Nach Bonaparte's Abreise waren nur zwei: Treilhard und Bonnier, zurückgeblieben, dieselben, welche noch im Herbste die Verhandlungen in Lille mit England geführt und dann plötzlich abgebrochen hatten. Auch diese beiden Männer zeigen recht deutlich, wie sehr Verhältnisse und Erlebnisse auf den Charakter und das Wesen der Menschen wirken. Treilhard, am 3. Januar 1742 geboren, hatte beinahe fünfzig Jahre als ein ernster, ruhiger Mann ver-

lebt, eine ausgezeichnete Stelle unter den pariser Advokaten eingenommen, als er von dem Strom der Revolution ergriffen wurde. In der constituirenden Versammlung verfocht er mit Mirabeau das suspensive Veto des Königs, im Convent stimmte er für den Tod und trat auf die Seite des Berges. Aber er gehörte nicht zu den Schreckensmännern, trug zu Robespierre's Sturze bei und ersetzte dann Barrère im Wohlfahrtsausschuß. Als Präsident und Abgeordneter genoß er bedeutenden Einfluß im Rathe der Fünfhundert; als er am 18. Juni 1797 zu dem ausscheidenden Dritttheil gehörte, wurde ihm die Verhandlung in Lille, dann in Rastatt übertragen. Hier scheint er als Pflicht betrachtet zu haben, durch Rohheit und Drohungen die republikanische Würde und Macht zu manifestiren, besonders nach Tische, wenn er dem Wein zugesprochen hatte. Seine Zornausbrüche erinnerten Cobenzl an die wüthenden Reden Bonaparte's in Udine; man könnte glauben, er habe sich darin den General zum Vorbild genommen, den er übrigens durchaus nicht liebte und mit so großer Eifersucht an der Spitze der französischen Gesandtschaft sah, daß er bei Bonaparte's kurzer Anwesenheit ihm kaum die gewöhnlichen Höflichkeiten erzeigen wollte. In späteren Jahren, als der General zum Beherrscher Frankreich's geworden war, wurde das Verhältniß allerdings ein anderes. 1802 in den Staatsrath berufen, konnte Treilhard seine juristische Begabung bei der Abfassung des napoleonischen Gesetzbuches in einer Weise verwerthen, die ihm in der Geschichte der Rechtswissenschaft eine ehrenvolle Stelle sichert. Andere Ehrenstellen, darunter ein Ministerposten, fielen ihm überdies zu; als kaiserlicher Würdenträger ist er auch am 1. Dezember 1810 gestorben, vor dem Ende der Bewegung, an der er nicht in der ersten, aber doch mit Auszeichnung in der zweiten Reihe Theil genommen hatte.

Nicht von gleicher Bedeutung war Bonnier d'Arco; vordem ein Adeliger, von der noblesse de robe, Präsident des Gerichtshofes in Montpellier, während der Revolution Mitglied der gesetzgebenden Versammlung, und im Convent unter denen,

die für den Tod Ludwig's XVI. stimmten. Die meisten Gesandten schildern ihn als grämlich, unfreundlich, unzugänglich, ein Fehler, der in andauernden Kopfleiden seinen Grund und eine Entschuldigung finden mochte. Auch mit ihm zu verhandeln war keine leichte Aufgabe, wenn er auch nicht so oft als sein College zu Wuthausbrüchen sich hinreißen ließ. Die badischen Beamten setzte er gleich bei der Einrichtung und Ausstattung seiner Wohnung durch kaum zu befriedigende Ansprüche in Verlegenheit. Neue Möbel mußten von Karlsruhe beschafft, das ganze Quartier mit neuen Tapeten versehen und gestrichen werden. Er bewohnte fünf große Zimmer, die durch Flügelthüren verbunden, auf einen breiten Gang sich öffneten. Der mainzische Secretär Nau erzählt mit einem naiven Erstaunen, Bonnier habe alle diese Ausgänge mit Brettern vernageln lassen, aus Besorgniß, er möge belauscht oder bestohlen werden. Die ganze Reihe von Zimmern mußte man durchwandern, bis man zu ihm, der im letzten residirte, gelangen konnte. Von demselben Manne sagen andere, die ihn, wie Gagern, genauer kannten, man habe sich in einem vertrauten Gespräche nicht leicht liebenswürdiger und wohlwollender ausdrücken können als er. Neben den beiden Gesandten ist nur der Generalsecretär Rosenstiel zu erwähnen, ein Elsasser, als Unterthan eines deutschen Fürsten geboren, der Sohn eines preußischen Regierungsrathes, leider nicht der einzige Deutsche, der den Feinden seines Vaterlandes seine Fähigkeiten zu Gebote stellte. Seine genaue Kenntniß der deutschen Zustände, seine Gewandtheit, sich in beiden Sprachen auszudrücken, gaben ihm vor verschiedenen deutschen Bewerbern den Vorzug und machten ihn in der That der französischen Gesandtschaft unschätzbar[1]). Dazu kam seine Verschwägerung mit dem darmstädtischen Mitgliede der Deputation, dem Herrn

---

1) Masson, le Département des affaires étrangères pendant la révolution, Paris, 1877, p. 438. Rosenstiel starb 1825 als Publicist des Ministeriums des Auswärtigen in Paris. Ueber seinen ehrenhaften Charakter ist nur eine Stimme.

v. Gatzert; sie hat wesentlich dazu beigetragen, auch diesen Mann zum Spion der Franzosen zu machen und sie oft noch eher, als den kaiserlichen Plenipotentiar, von den Verhandlungen der Deputation, zuweilen auch von Dingen, die sie gar nicht hätten erfahren sollen, in Kenntniß zu setzen.

Obgleich den Bestimmungen von Campo Formio gemäß zu Rastatt nur über den Reichsfrieden, und zwar ausschließlich zwischen Frankreich und Bevollmächtigten des deutschen Reiches verhandelt werden sollte, so hatte doch eine nicht geringe Zahl europäischer souveräner Staaten Gesandte dahin abgeschickt, weil ihre eigenen Interessen durch die Reichsangelegenheiten berührt wurden. Eigentlich wäre hier an erster Stelle der Graf Cobenzl zu nennen; denn er kam nicht als Particulargesandter eines Reichsstandes oder des Kaisers, sondern als Vertreter des Königs von Ungarn und Böhmen, eines unabhängigen Monarchen, setzte sich auch, um dies Verhältniß recht anschaulich zu machen, trotz allen Einflusses auf die Verhandlungen, in gar keine officielle Beziehung zu der Deputation. Der König von Dänemark ließ sich in der Eigenschaft eines Herzogs von Holstein-Glückstadt durch den Kammerherrn von Rosenkranz und den Legationsrath Eggers vertreten. Daß Schweden in doppelter Eigenschaft am Congresse Theil nehmen wollte, ist schon bemerkt. Da Fersen nicht zum Ziel gelangte, begnügte sich der Freiherr von Bildt, sich am 14. März als herzoglich-vorpommer'scher Particulargesandter zu legitimiren. Dazu kamen verschiedene, von den Franzosen meistens auf Kosten des Reiches begründete Republiken. Holland hatte, wenn das linke Rheinufer den Besitzer wechselte, eine neue Grenze gegen Deutschland und Frankreich festzustellen, war auch interessirt, daß der vertriebene Statthalter und das Haus Oranien, falls sie in Deutschland Entschädigung fänden, nicht zu nahe an die holländische Grenze gesetzt würden. Deshalb begab sich Anfangs Dezember ein Agent ohne officiellen Charakter, Namens Buch, im August auch ein eigentlicher Gesandter, Herr van Grasfeld, an den Ort des Con-

gresses[1]). Aus Bern war gleichfalls wegen der Grenzberichtigung und nicht weniger wegen der von Frankreich drohenden Gefahr der Professor Karl Ludwig von Tscharner gekommen, in seiner Begleitung jener Karl Ludwig von Haller, dem die erste Geschichte des Congresses, eine noch immer lesenswerthe Darstellung, wenigstens zu einem Theile ihre Entstehung verdankt. Unter die interessantesten Persönlichkeiten zählte der später so berühmt gewordene Mailänder, Graf Melzi d'Eril, der Gesandte der cisalpinischen Republik. Wenn man in der schönen Villa am Comersee seine Büste mit den feinen klugen Zügen vor sich sieht, so entspricht sie ganz der Vorstellung, die man sich nach seinem Auftreten in Rastatt bilden mochte. Ueberall weiß er sich Freunde zu machen; Franzosen, Preußen, Metternich und Cobenzl schildern ihn als einen scharfsichtigen, wohlgesinnten Mann, wenn sie ihm auch nicht immer Vertrauen schenken. Für seine eigentlichen Zwecke hat er in Rastatt nicht viel ausgerichtet, aber seine eingehenden Correspondenzen sind für die Zustände seines Vaterlandes von Interesse und Bedeutung. Es lohnte sich, daß ein Italiener diesen Schatz auf dem wiener Staatsarchiv zu heben unternähme.

Melzi fand in Rastatt verschiedene Landsleute. Genua, oder, wie man jetzt sagte, die ligurische Republik sollte die deutschen Reichslehen in Italien erhalten; um diese Angelegenheit zu regeln, war ein Bürger Boccardi angekommen. Auch der Papst war durch einen Grafen Turiozzi, selbst die kleine Republik Lucca und der Maltheserorden durch eigene Gesandte vertreten. Alle hatten mehr oder weniger verwickelte, seit Jahrhunderten, wenn auch ohne eigentliche Lebenskraft erhaltene Beziehungen zum Reiche zu ordnen. Man erkennt recht deutlich, wie weit der tausendjährige Baum, der eben zu Fall gebracht werden sollte, in das umgebende Erdreich seine Wurzeln geschlagen hatte[2]).

1) Van Dijk, Précis des négociations du Congrès de Rastatt, Utrecht, 1856, p. 24.

2) Ein vollständiges Personenverzeichniß u. a. bei Posselt, Europäische Annalen 1798, II, 278.

Bedenkt man nun, daß diese große Zahl von Gesandten meistens noch von Secretären, Kanzlisten und rechtlichen Beiständen sich begleiten ließ, so begreift man, wie sehr die kleine Stadt überfüllt werden mußte. Der Ruf des Congresses hatte zudem eine Menge von Fremden, Kaufleuten, Reisenden, Handwerkern nach Rastatt geführt. Die Preise der Wohnungen stiegen zu einer Höhe, die selbst nach dem Maßstabe unserer Zeit als eine unbescheidene erscheint. „Von der hiesigen Theuerung", schreibt Lehrbach, „kann man sich auswärts kaum einen Begriff machen; ein mittelmäßiges Quartier kostet monatlich vierzig, auch fünfzig Louisd'or. Alle Lebensmittel stehen im Vergleich zu den anderen Orten in einem vier- und fünffach höheren Preise, und ein Livreebedienter, wenn er des Tages zweimal essen will, muß ohne Wein, drei Florin bezahlen[1])." Wie Handwerker und Lieferanten sich noch jetzt unter die Protection eines königlichen oder fürstlichen Wappens stellen, so erhielt in Rastatt alles durch den Congreß eine besondere Weihe. Man fand Congreß-Arbeiter jeder Art, ein Congreß-Kaffehaus, Congreß-Theater, Congreß-Casino, und was die noch weniger geübte Speculation jener Zeiten zu ersinnen wußte. Das Theater wurde durch eine französische Truppe besetzt, die von Straßburg herbeigekommen war. Die Decker'sche Buchhandlung in Berlin, welche schon 1795 in Basel eine Filiale, vornehmlich für den Vertrieb französischer und englischer Schriften gegründet hatte, benutzte die Gelegenheit, eine besondere Firma in Rastatt unter der Leitung des später oft genannten Publicisten Friedrich Schöll zu errichten. Diese Buchhandlung war es auch, welche die Sammlung der Porträts der Gesandten in

1) Lehrbach, 11. Dezember. Mit bescheideneren Ansprüchen fand freilich Gagern für 9 Louisd'or, Itzstein für 4 Louisd'or monatlich ein Unterkommen. Die französischen Gesandten erhielten zuerst 5000, dann 7000 Francs als monatlichen Gehalt, Masson a. a. O., p. 425, daneben aber nach Lehrbach's Angabe (29. April) 20,000 Francs Repräsentationsgelder. Albini berechnet die Gesammtkosten seines rastatter Aufenthalts bis zum Schlusse des Congresses auf 36,549 Gulden 36 Kr.

Kupferstich erscheinen ließ[1]); das Gewölbe wurde gern von Diplomaten besucht, die sich mit literarischen Dingen beschäftigten; man konnte den Grafen Cobenzl häufig seine Mußestunden dort verbringen sehen. An Sammelplätzen für die Gesellschaft fehlte es in der ersten Zeit; nur Löben pflegte Abends ein offenes Haus zu machen; später, als die Einrichtungen für größere Feste getroffen waren, folgte eine Tafel der anderen, und die Stunden nach dem Essen wurden häufig die Zeit der lebhaftesten, zuweilen, wenn der Wein mitredete, der leidenschaftlichsten Erörterung.

Wie bei officiellen, so war selbst bei vertraulicheren Zusammenkünften die Etikette noch immer von nicht geringer Bedeutung, wenn auch Streitigkeiten über Vortritt, Farbe der Sessel und Teppiche und Länge der Titulaturen nicht mehr, wie von den Diplomaten einer früheren Periode, zu den Haupt- und Staatsactionen gerechnet wurden. Das Verhältniß des kaiserlichen Plenipotentiars zur Deputation gab, wie zu Anfang, so auch im Verlaufe der Verhandlungen zu mancherlei Streitigkeiten Veranlassung, nicht weniger die Stellung der „Hochwürdig-, Hoch- Hochwohl- auch Wohlgeborenen, sonders Hochgeehrtest- auch Hochgeehrten Herrn Reichsbevollmächtigten". Mit dieser Anrede hatte Albini die Deputation eröffnet, um allen Rangklassen, bis zu den städtischen hinab, genug zu thun. Sich selbst und Lehrbach reservirte er den Titel der Excellenz. Die Anzeige, daß sie sich legitimiren könnten, hatte er den fürstlichen Deputirten durch einen Legations-Secretär, den städtischen durch den Kanzlisten Kilian zukommen lassen, und

1) Potthast, Geschichte der Decker'schen Buchhandlung, Berlin, (Als Manuscript gedruckt) S. 356—365. Das Kupferwerk erschien 1799–1802. Die Zeichnungen sind von Hof, den Stich besorgten F. Gabriel Fissinger in Paris (Offenbach), der auch die Bildnisse der Mitglieder der ersten französischen Nationalversammlung gestochen hat, ferner Christoph Guerin in Straßburg und Johann Heinrich Lips in Zürich (1789—94 Professor der Akademie in Weimar). Das Exemplar kostete 11 Florin oder 6 Thlr. Die Kosten verzehrten den Gewinn.

von den fürstlichen Deputirten durch ihre Legationsräthe die Antwort erhalten, während die städtischen sich persönlich einfanden. Letztere verfehlten dann auch nicht, bei Eröffnung der Sitzung sich dem hohen Wohlwollen ihrer Mitdeputirten gehorsamst — der Frankfurter Schweitzer sogar „den höchst- und hochansehnlichen Herren Gesandten allergehorsamst und gehorsamst" — zu empfehlen. Der eifrige Mann hatte den Unterschied seiner Devotion für die kurfürstlichen und fürstlichen Deputirten zum Ausdruck bringen wollen, aber gerade dadurch Lehrbach's Mißfallen erregt, der ihn bedeutete, daß das Prädicat „höchstansehnlich" nur der allerhöchsten kaiserlichen Plenipotenz gegeben werden dürfe[1]).

Erörterungen und Streitigkeiten solcher Art hemmten mehr als einmal die Thätigkeit der Deputation, die ohnehin schon durch die Form des Geschäftsganges vor raschen, übereilten Beschlüssen mehr als ausreichend gesichert wurde. Mit den Bevollmächtigten der Republik trat sie gar nicht in mündliche Verhandlung, nicht einmal in unmittelbaren Verkehr. Ausschließlich in ihrem Schooße berieth sie die französischen Forderungen und die zu ertheilende Antwort. Die Berathung geschah in der Weise, daß das Directorium die Gegenstände der Verhandlung proponirte, worauf jeder Deputirte sein meistens schon vorher festgestelltes Votum verlas, um es weiter in mündlicher Erörterung gegen Widerspruch und Einreden aufrecht zu halten oder nöthigenfalls in etwa zu veränderr. Dann war es wieder Aufgabe des Directorialen, aus den einzelnen Voten das gemeinsame Ergebniß oder Conclusum zu ziehen, welches in einer folgenden Sitzung festgestellt oder, wie man sagte, ajustirt wurde und in solcher Form zunächst an die Plenipotenz, von dieser mit der Erklärung ihres Beitritts an die französische Gesandtschaft gelangte. Es läßt sich denken, daß die Verhandlungen der Deputation dadurch nicht an Interesse gewinnen, daß zehn Personen eine nach der andern über denselben Gegen-

1) Lehrbach, 11. Dezember 1797.

stand häufig in ganz ähnlichen Worten ihre Meinung zu Protokoll geben. Ein anderer Uebelstand war der, daß die Ausschließung jedes officiellen Verkehrs nur zu häufig Hinterthüren und geheime Wege zu den Franzosen suchen ließ, die unmöglich zum Vortheil des Reiches und seiner vielgetheilten Vertretung führen konnten.

War es schon schwierig, die Ansprüche der deutschen Gesandten unter einander festzustellen, so schienen die Franzosen es recht eigentlich darauf anzulegen, Metternich's Geduld zur Verzweiflung zu bringen. Nach ihrer Behauptung sollte die Etikette der Republik darin bestehen, daß sie gar keine Etikette befolge; aber diesen Grundsatz brachten sie nur soweit zur Ausführung, daß sie das bei anderen übliche Herkommen nicht achteten. An den eigenthümlichen, durch die Republik neu eingeführten Formen hielten sie mit einer Peinlichkeit, deren der Ceremonienmeister Ludwig's XIV. sich hätte rühmen können. Es kostete Metternich mehrere Briefe, bis er von den Franzosen seinen richtigen Titel erhielt, aber wehe dem, der sie selbst anders als citoyen titulirt hätte [1]). Vor allem mußten sie jeden Schein einer Verbindung mit den Emigranten oder gar einer royalistischen Gesinnung vermeiden. Rosenstiel, der die Einladung zu einer Mittagstafel angenommen hatte, drehte noch an der Thüre wieder um, als er vernahm, daß das Haus, in dem man sich versammeln wollte, einem Emigranten gehöre. Ja als im Theater eine Reihe von Maskenbällen, und der erste am Tage der heiligen drei Könige stattfinden sollte, geriethen die Schauspieler in Besorgniß, man würde in diesem Eröffnungstage eine Schmeichelei für das Königthum erkennen, und das Fest mußte verlegt werden. Jetzt trat aber ein neues Hinderniß hervor. Der in französischer Sprache abgefaßte Einlaßzettel erlaubte jedem Cavalier eine Dame mitzubringen. Hierin fanden die

---

1) Ueber diesen Titel war kurz nach dem 18. Fructidor, am 27. September 1797, eine eigene Directorialverfügung an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ergangen. Masson a. a. O. p. 416.

französischen Gesandten eine aristokratische Verletzung der republikanischen Bürgerrechte und ruhten nicht eher, bis der chevalier sich in einen sieur verwandelt hatte [1]).

Wenn an dem Congreßort so verschiedene Ansichten sich begegneten, so war das, was man außerhalb von dem Congreß dachte, wünschte, erwartete, nicht weniger verschieden. Wer in die Geheimnisse der Cabinete nicht eingeweiht war, mochte in der That eine neue Ordnung der europäischen Angelegenheiten, wie sie vordem von Münster und Utrecht ausgegangen war, nunmehr von Rastatt erwarten. Eine große Zahl von Flugschriften hat der Stimmung der Zeit einen Ausdruck gegeben. Das in der Decker'schen Buchhandlung veröffentlichte Handbuch des Congresses nennt nicht viel weniger als zweihundert auf Rastatt bezügliche Büchertitel [2]). Weltbürger und Kosmopoliten, deutsche, österreichische und preußische Patrioten und Politiker, Mitglieder des Reichsadels und der Geistlichkeit, und noch Manche, die sich bedroht und beschwert fühlten, glaubten sich auch berufen, ihre Klagen und Hoffnungen, ihre Vorschläge für die Neugestaltung Deutschlands und des europäischen Staatensystems dem Congresse vorzulegen. Ein „deutscher Patriot" forderte die Bildung eines „nördlichen deutschen Nationalvereins" unter preußischer Leitung, möglichst ausgedehnten Beitritt der Reichsstände zum baseler Frieden, und als erstes Friedensopfer die Räumung von Ehrenbreitstein, weil die Festung durch ihre für Coblenz bedrohliche Lage das Vaterland in die Unannehmlichkeiten eines Conflictes mit der mächtigen Nachbar-Republik verwickeln könne. Ein „Politiker" erwartete dagegen, freilich nur in „Träumereien", alles Gute von einer neuen

---

1) Nau's Journal vom 6. und 9. Januar 1798.

2) Zahlreiche Titel auch in der Geheimen Geschichte der rastatter Verhandlungen I, 287. Auszüge aus den sogleich zu erwähnenden Schriften bei Perthes, Politische Zustände und Personen in Deutschland zur Zeit der französischen Herrschaft, Gotha 1862, I, 281; Mendelssohn, Der rastatter Gesandtenmord, Heidelberg 1869, S. 9; Häusser, Deutsche Geschichte, Berlin 1862, II, 147.

Eintheilung Deutschlands, von einem Reichstag mit einer Kammer, in welcher die Stimmenzahl nach der Macht und den Einkünften der einzelnen Staaten sich vertheilen sollte. Dazwischen ertönte laut und höhnisch vom linken Rheinufer der Siegesjubel des einundzwanzigjährigen Görres: Worte, schmachvoll und doch für immer unvergeßlich, das traurige Wahrzeichen, bis wohin in jenen Tagen die Gesinnungen eines Deutschen sich verirren konnten. „Mainz ist unser", rief er am Neujahrstage 1798 dem republikanischen Clubb in Coblenz zu. „Auf den Wällen dieser stolzen, unbezwingbaren Feste weht die dreifarbige Fahne, ihre schrecklichen Feuerschlünde sprühen nicht mehr Tod über die Heerschaaren der Freiheit; drohend und fürchterlich strecken sie jetzt den Königen und ihren Helfershelfern den alles verschlingenden Rachen entgegen. Sie ist verloren diese Sternschanze des Despotismus, zerschnitten der Saum der berüchtigten Reichsintegrität. Die Freiheit hat ihr Eigenthum wieder in Besitz genommen; vernichtet ist die Hoffnung unserer Despoten, abgeworfen die große Brücke, die sie noch mit dem linken Rheinufer verband. Trauert Despoten! die Uebergabe von Mainz hat Euch den Todesstoß versetzt; freuet Euch Nationen, Eure Sache hat gesiegt, die Arme Eurer Widersacher sind gelähmt, ihre Stärke ist von ihnen gewichen; freuet Euch, Bewohner des linken Rheinufers, der Vulkan, der auf die Vertheidigung Eurer und ihrer Freiheit Flammen und Lava spie, ist erloschen".

Sehr richtig erkennt er, wie mächtig der nun besiegelte Verlust des linken Rheinufers auf die rechte Seite, wie zerrüttend er auf die Verfassung des ganzen Reiches zurückwirken müsse. „Am 30. Dezember 1797", fährt er fort, „am Tage des Ueberganges von Mainz, Nachmittags um drei Uhr, starb zu Regensburg in dem blühenden Alter von 955 Jahren, 5 Monaten, 28 Tagen sanft und seelig, an einer gänzlichen Entkräftung und hinzugekommenen Schlagflusse, bei völligem Bewußtsein und mit allen heiligen Sacramenten versehen, das heilige römische Reich". Er hält diesem Reich eine Leichenrede,

wie sie an schonungslosem Spott, an bitterer Satire nicht leicht ihres Gleichen findet. Endlich theilt er „als ein unvergängliches Denkmal des Edelmuthes und der Vertragsamkeit" den letzten Willen des Abgeschiedenen mit. „Der Verstorbene", schreibt er, „setzt die fränkische Republik als einzige rechtmäßige Erbin des linken Rheinufers ein und bittet sie, das kleine aber gutwillig gegebene Geschenk als ein Zeichen seiner Hochachtung und Liebe anzunehmen. Seine päpstliche Heiligkeit soll nicht nur zur Wiederherstellung seiner zertrümmerten Finanzen die Reichsoperationskasse, sondern auch, um seine eigenen Bullen vergolden und denselben durch solchen äußeren Schimmer den in unserer verderbten Zeit verlorenen Credit wieder verschaffen zu können, die goldene Bulle erhalten. Die kaiserlichen Einkünfte fallen an das Armenhaus in Regensburg, die Prälaten- und andere Bänke an die Universität Heidelberg, die Reichsarmee an den Landgrafen von Hessen-Cassel, um sie nach England, Amerika oder Ostindien zu verhandeln. Testamentsexecutor wird Seine Excellenz der General Bonaparte. Die Reichsdeputation in Rastatt soll ihre Sitzungen permanent erklären und sich dann mit dem Abschluß eines ewigen Friedens beschäftigen; jeder Artikel darf aber in nicht weniger als 50000 Sitzungen abgethan werden".

Eben so bitter und beinahe eben so witzig schildert etwas später eine Flugschrift, „die Passion" betitelt, den Untergang des Reiches in Bibelstellen. „Und es geschah", heißt es, „da Bonaparte dies vollendet hatte, da versammelten sich die Hohenpriester, Schriftgelehrten und Pharisäer in einer Stadt, die da genannt wird Rastatt, und hielten Rath, wie sie das römische Reich mit List fangen und tödten wollten . . . Und das Reich sah, daß seine Stunde gekommen war, und sprach also: Meine Seele ist traurig bis in den Tod. . . . Und der geistliche Fürstenstaat war sehr bekümmert und sprach im Congreß: Wahrlich, wahrlich sage ich Euch, einer aus Euch wird mich verrathen. Und siehe! der preußische Hof flüsterte Frankreich in's Ohr: Was wollt ihr mir geben, so will ich ihn Euch

verrathen . . . Bonaparte spricht dem Reich das Urtheil: Wir haben ein Gesetz, und nach dem Gesetz soll es sterben. Pfalzbaiern mit Hessen-Darmstadt erwiedert: Was hat es denn gethan? ich finde keine Schuld an ihm. Der Kaiser aber spricht: es ist besser, daß einer stirbt, als daß das ganze Volk zu Grunde gehe, und läßt es geißeln und übergiebt es, daß es gekreuzigt würde".

Aber, wenn auch die lautesten, diese Stimmen des frechen Spottes sind doch nur vereinzelt; im Ganzen zeigt die Literatur eher ein Uebermaß von Vertrauen und Hoffnung; auch lohnte es wohl die Mühe, aus der Menge des Platten und Alltäglichen einmal die treffenden, in die Zukunft wirkenden Gedanken auszulesen. Neben dem Verständigen bleibt freilich auch das Abenteuerliche und Abgeschmackte nicht zurück. Wenn Pfeffel in einem lustigen Gedichte den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich durch eine allgemeine Ehestiftung wiederherzustellen rieth, so trat auch ein halbtoller Freiherr von Linsingen in Rastatt wieder hervor, der schon seit Jahren die deutschen Höfe mit dem Vorschlage behelligte, durch einen Einzelkampf gegen einen vom Directorium zu bestellenden Vorkämpfer Frankreichs den Sieg zu Gunsten Deutschlands zu entscheiden [1]). Das wunderlichste Anerbieten machte

---

1) Folgende Notiz über ihn mag hier eine Stelle finden, weil sie auch Lucchesini's Schreibweise charakterisirt. Er berichtet aus Wien am 23. April 1796: Le baron de Linsingen, personnellement connu de Votre Majesté, et fameux par ses frequens défis et ses nombreux procès, s'était montré ici depuis quinze jours dans toutes les societés, en prétextant des procès au conseil aulique. Il avait addressé au conseil de guerre un placet, pour obtenir du service dans les armées de Sa Majesté Impériale au Rhin, dans l'intention de s'y rendre sur le champ et de proposer au gouvernement français, de finir la guerre par un combat de corps à corps entre lui et tel brave guerrier de l'armée française, qui voulût se vouer à cette romanesque entreprise. N'ayant pas reçu de réponse à son placet, le Sieur de Linsingen était allé en faire la confidence de son coté au comte de St. Priest, qui l'ayant traité

aber ein Graf Windischgrätz, ein Sonderling, der mit den französischen Physiokraten verkehrt hatte, und als Mitglied der fränkischen Grafenbank sich auch zur Restauration des deutschen Reiches berufen glaubte. Von seinem Schlosse Stiezna in Böhmen wendet er sich am 5. Februar 1798 durch einen Courier an den Grafen Metternich. Er verspricht ein unfehlbares Mittel zur Beglückung der Welt, indem er Moral und Gesetzgebung zu exacten Wissenschaften erheben werde. Aber, setzt er hinzu, in einer Monarchie sei Niemand gehindert, an sich und seine Familie zu denken, deshalb fordert er, ehe er sein Geheimniß entdeckt, vorerst für sich ein durch Säcularisation zu beschaffendes Fürstenthum mit Sitz und Stimme im Fürstenrath, gratis und nicht als Lehen, sondern zu freiem Eigenthum, das in männlicher und weiblicher Linie sich vererbt und unter den Häusern d'ancienne création wie Baden und Anhalt den Rang verleiht. Das Mittel sei unfehlbar; Kant in Deutschland und Laplace in Frankreich sollen es prüfen; die einzige Schwierigkeit könne darin liegen, daß der Congreß sich auflöse, ehe er mit seiner Auseinandersetzung fertig würde; aber auch dagegen, meint er, ließe sich Auskunft finden.

Die Plenipotenz schickt dies „Document sonderbaren Wahnsinns" oder — wie der immer höfliche Metternich im Entwurfe Schraut's verbessert — „sonderbarer Einbildungskraft" in der That an den Reichsvicekanzler nach Wien. Leider hat, soweit man sehen kann, der Vorschlag, die Moral zu einer exacten Wissenschaft zu erheben, noch keine Berücksichtigung bei den Verhandlungen gefunden, die wir in den folgenden Kapiteln darzustellen haben.

---

de romanesque reçut un instant après de ce spadassin un défi dans les formes. L'affaire étant devenue publique, parceque le comte de St. Priest n'a pas cru devoir en faire un mystère à la police, le baron de Linsingen a été sur le champ renvoyé de Vienne.

## Drittes Kapitel.

### Europäische Verhältnisse, Oesterreich und Preußen.

Am 14. Januar war die unbeschränkte Vollmacht für die Deputation nach Rastatt und am folgenden Tage zur Kenntniß der Franzosen gelangt. Bald genug vernahm man, was sie forderten, und auch Metternich wollte nun nicht länger zögern, seinem mehrmals angekündigten Wunsche gemäß die Deputation durch persönliches Erscheinen und Ueberreichung seiner Beglaubigungsschreiben förmlich zu eröffnen. Trotz allem, was Albini dagegen vorgebracht, begab er sich am 19. in feierlichem Aufzuge in die Sitzung. Einer eigenen Uebereinkunft gemäß erhielt er „einen Lehnsessel obenan zwischen den beiden kurfürstlichen Deputirten, so daß die Sessel dieser Beiden halb gegen den Plenipotentiar, halb gegen die fürstlichen gewendet wurden". „Ich als österreichischer", setzte Lehrbach hinzu, „drehte meinen Sessel gegen den kurmainzischen näher, weil der kursächsische, Graf Löben, im Darniedersitzen seinen Sessel dem Plenipotentiar unbemerkt fast zur Seite drehen wollte, auch wirklich näher als der kurmainzische saß[1])." Metternich verlas eine lange durch die Reichskanzlei in Wien vorgeschriebene Deduction über die Ursachen des Krieges und die zu Leoben versprochene Reichsintegrität, und ermahnte die Deputirten, ohne einige Rücksicht auf Privatvortheile dahin zu wirken, daß die Verfassung und die Grenzen des Reiches, sei es in Elsaß und Lothringen oder auf dem linken Rheinufer und in Italien, nicht ohne die äußerste Noth geschmälert würden[2]).

---

1) Lehrbach, 21. Januar 1798.

2) Protokoll IV, 214.

Aber wie Jeder sieht, beruhte die eigentliche Entscheidung über diese Fragen nicht auf den Wünschen und Beschlüssen der Deputation, sondern auf dem Willen der großen Mächte und der Lage der europäischen Verhältnisse. Gerade deshalb hatten die Franzosen bisher so wenig auf Verhandlungen gedrängt, weil es ihnen darauf ankam, sich vorerst in die möglichst günstige Stellung zu versetzen. Und wie viel hatten sie in den letzten Monaten gewonnen! Mainz war in ihrer Hand; die Organisation des linken Rheinufers ging völlig ungehindert, als sei es bereits abgetreten, von Statten. Schon am 4. November hatte das Directorium einen Elsasser Namens Rudler, Schwiegersohn des Directors Rewbell, zum Commissar in den eroberten Ländern zwischen Rhein, Maas und Mosel ernannt. Anfangs Dezember kam er an den Rhein und machte den Träumen von einer cisrhenanischen Republik, wo sie noch bestanden, bald ein Ende. Ueberall mußten die Beamten Frankreich den Eid leisten; wer nicht schwören wollte, verlor seine Stelle. In das kaum eroberte Mainz verlegte er den Sitz seiner Verwaltung, die Clubbisten des Jahres 1792 wurden zurückgerufen, alles öffentliche Eigenthum mit Beschlag belegt und jedes Erinnerungszeichen an die kurfürstliche Herrschaft beseitigt.

Dagegen mußte der Kaiser die Gegenleistung in Italien noch immer erwarten. Der rastatter Uebereinkunft zufolge sollte die Räumung am 25. Dezember beginnen und am 30. beendigt sein. Es war auch ein vorbereitender Vertrag zwischen Mack und Berthier schon am 25. Dezember unterzeichnet; aber noch am 5. Januar erwiederte der französische General, daß er den Befehl zur Räumung aus Paris noch nicht erhalten habe[1]). Thugut gerieth in die äußerste Besorgniß. Er war empört

---

1) Vgl. Cobenzl an Bonaparte, 13. Januar 1798; Correspondance inédite IV, 489. Auch Berthier klagt in einem Brief an Bonaparte vom 29. Dezember über die Zögerung, Corresp. inéd. IV, 478, wo „retard du courier" statt „retour" zu lesen ist.

über den Leichtsinn Merveldt's, der die Schmach der Convention vom 1. Dezember über Oesterreich gebracht und nicht einmal den Preis gesichert habe. Die bösen Ahnungen, die ihn gleich beim Abschluß des Friedens erfüllten, kehrten mit doppelter Stärke zurück; er sah nach innen und außen nur Unheil und Verderben und wiederholte die Bitte, von seinem Posten zurücktreten zu dürfen. Erst am 6. Januar erhielt er durch einen Brief Talleyrand's eine beruhigende Versicherung; die Zögerung wurde dem Umstande zugeschrieben, daß dem Courier, der die Befehle habe nach Italien bringen sollen, ein Unfall zugestoßen sei[1]). Gleichzeitig mit dem Briefe Talleyrand's, am 28. Dezember, hatte dann auch Bonaparte an Berthier die nöthigen Befehle abgehen lassen, und am 18. Januar konnten die Oesterreicher in Venedig einziehen. Aber auch jetzt wurde im Widerspruch mit den Bestimmungen von Campo Formio der wichtige Grenzort Lacise für die cisalpinische Republik zurückbehalten; in allen venetianischen Städten war das öffentliche Besitzthum geraubt, oder in barbarischer Weise zerstört, und, wollte man von allem diesem absehen, das Aergste blieb, daß die französische Propaganda sich im Frieden noch gefährlicher zeigte, als im Kriege. Es ist nöthig, auf diese Entwicklung einen Blick zu werfen.

Mit der Revolution des 18. Fructidor war in der französischen Regierung ein unbegrenztes Streben nach neuen Eroberungen zur Herrschaft gelangt. Der Friede von Campo Formio setzte ihm nach einer Richtung eine Schranke, um so heftiger brach es nach allen übrigen hervor. Wenn die mit Frankreich verbundenen, neugestifteten Republiken eine Zeit der Ruhe, der freieren Entwicklung und größeren Selbstständigkeit erwartet hatten, so mußten sie gerade jetzt den Druck der Eroberung doppelt schwer empfinden. Freilich hatte man nur der cisrhenanischen Republik ein schnelles Ende gemacht, aber was der batavischen,

1) Thugut an Colloredo, 1., 2. und 6. Januar 1798, bei Vivenot a. a. O. II, 75 fg.

der cisalpinischen und der ligurischen Schwester einmal bevorstehen würde, zeigte sich schon in diesen Tagen deutlich genug.

In Holland waren seit dem Einrücken der Franzosen die Gegner des Hauses Oranien, die Patrioten des Jahres 1786 zur Regierung gelangt. Man hatte am 16. Mai 1795 mit der französischen Republik ein Angriffs- und Vertheidigungs-Bündniß eingehen müssen, das dem Directorium hundert Millionen Gulden als Kriegskosten, dazu zwölf Linienschiffe, achtzehn Fregatten nebst einer Anzahl Landtruppen zur Verfügung stellte und die Besetzung des Landes 25000 Franzosen anvertraute, die zum Danke dafür von den Niederländern unterhalten wurden[1]). Nach Außen ging jede Selbstständigkeit verloren, in Wirklichkeit auch für die inneren Angelegenheiten; doch waren es mehr die Personen als die Formen der Regierung, die den Wechsel bezeugten. Auch die föderative Vereinigung der Provinzen blieb zunächst bestehen. Am 1. März 1796 war im Haag eine Nationalversammlung zusammengetreten, die einem Ausschusse von ein und zwanzig Mitgliedern die Aufgabe übertrug, den Entwurf einer einheitlichen Verfassung für ganz Batavien zu bearbeiten. Uebereilung gehörte aber niemals zu den Fehlern des holländischen Charakters. Die Commission übergab ihr Werk erst im November, die Berathung zog sich bis in den folgenden Sommer, und das Ergebniß wurde im August 1797 von den zur Abstimmung berufenen Urversammlungen mit mehr als vierfacher Majorität — 106000 gegen 25000 Stimmen — verworfen. Im folgenden Monat trat dann eine zweite Nationalversammlung zusammen, und wieder sollte eine Commission von ein und zwanzig Mitgliedern das früher mißlungene Werk übernehmen. Die Gegensätze hatten sich indessen verschärft, in der Regierung besaßen die Gemäßigten, in der Nationalversammlung ihre Gegner überwiegenden Einfluß. Am 12. Dezember brachten drei und vierzig

1) Vreede, Geschiedenis der Diplomatie van de Bataafsche Republiek, Utrecht 1863, I, 176 fg.

Repräsentanten der demokratischen oder, wie sie sich zu nennen pflegte, der patriotischen Partei ein gedrucktes Programm in neun Artikeln in die Oeffentlichkeit. Sie verlangten eine unverfälschte repräsentative Demokratie, statt der föderativen Verbindung vollkommene Einheit der Republik in inneren und äußeren, in politischen und finanziellen Angelegenheiten, daher auch eine einzige repräsentative Versammlung und Verwandlung der provinziellen in nationale Schulden. Nur auf diesem Wege, glaubten sie, könne das Land aus seiner traurigen Lage sich wieder zu früherer Größe erheben[1]).

Traurig war die Lage allerdings. Durch den Vertrag vom 16. Mai hatten die Franzosen bedeutende Theile: holländisch Flandern, Maestricht, Vlissingen an sich gerissen; dann benutzten die Engländer den Kriegszustand, um beinahe sämmtlicher Colonien des früheren Verbündeten sich zu bemächtigen. Für die Bezahlung der Kriegskosten, die Unterhaltung der französischen Truppen, die versprochenen Rüstungen mußten durch Zwangsanleihen die nöthigen Summen aufgebracht werden. Mit Anstrengung aller Kräfte hatte man in der That eine Flotte von sechszehn Linienschiffen im Texel versammelt und nöthigte dadurch die Engländer, eine nicht geringere Macht unter dem Admiral Duncan ihr gegenüber zu halten. Aber die Franzosen und die demokratische Partei verlangten mehr, besonders nach dem Abbruch der Verhandlungen in Lille. Immer lauter wurde die Klage, daß diese herrlichen Schiffe nutzlos vor Anker lägen, daß man den französischen Befreiern nicht wirksamer seine Dankbarkeit bezeige. In Folge des Drängens ging der Admiral de Winter Anfangs October unter Segel, in diesem Punkte den Engländern vielleicht noch mehr als den Franzosen gefällig. Am 11. October in der Nähe der Camper Dünen trafen sich die Gegner, bei gleicher Stärke auch an Muth und Geschicklichkeit einer des anderen werth. Nach drei Stunden harten, blutigen Kampfes gab eine geschickte Be-

1) Posselt, Europäische Annalen 1798, Bd. III, S. 275 fg.

wegung den Engländern gleichwohl den Sieg; de Winter mußte sich auf seinem Admiralschiff ergeben, von sechszehn Linienschiffen kehrten nur sieben in den Hafen zurück. Um die Verluste zu ersetzen, sollte nun eine neue außerordentliche Anleihe von acht Prozent eines jeden Vermögens eingetrieben werden; aber dagegen erhob sich der Unwille des schwer bedrückten Volkes. In allen Provinzen, mit Ausnahme Hollands, wo von jeher die radicale Partei überwog, wurde die Forderung zurückgewiesen, vielleicht nicht gerade zum Mißvergnügen der Regierung, die sie hatte vorlegen müssen, der nun aber doch das Urtheil gesprochen war. Das französische Directorium, schon längst mit dem schleppenden Gange der Verfassungs-Angelegenheiten unzufrieden, hatte zu Ende des Jahres 1797 an Stelle des verständigen Residenten Noël den ehemaligen Minister des Auswärtigen, Karl Delacroix nach dem Haag geschickt. Wir kennen seine Grundsätze und seine Art zu verhandeln; gleichwohl hoffte die gemäßigte Partei ihn noch zu gewinnen, aber der preußische Geschäftsträger Herr von Bielefeld bemerkt ganz richtig, Delacroix's Stellung werde vornehmlich durch das Ergebniß der neuen Anleihe bestimmt werden. Als die Verweigerung bekannt wurde, gerieth der französische Gesandte in den äußersten Zorn. Bielefeld hörte, wie er den Mitgliedern der Regierung die heftigsten Vorwürfe machte und auch in den Niederlanden einen 18. Fructidor für unumgänglich erklärte [1]).

Die holländischen Demokraten kamen ihm bereitwillig entgegen. Am 19. Januar setzten sie durch, daß Midderigh, das Haupt jener Dreiundvierzig, welche die Erklärung vom 12. Dezember unterzeichnet hatten, zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt wurde, und ganz nach dem französischen Muster wurde schon in den nächsten Tagen die gewonnene Stellung benutzt. In der Nacht vom 21. auf den 22. ließ Midderigh im Einverständniß

---

1) Bielefeld an das preußische Ministerium am 4., 7., 14., 18., 25. Dezember 1797, 1. u. 8. Januar 1798: Intercepte im niederländischen Staats-Archiv im Haag. Vreede a. a. O. I, 325.

oder wahrscheinlicher unter Leitung des französischen Gesandten, sowie der Generale Joubert und Daendels die Mitglieder der Commission des Auswärtigen in ihren Häusern verhaften, danach die Nationalversammlung um acht Uhr Morgens zusammenberufen. Zwei und zwanzig Repräsentanten, deren Widerstand man fürchtete, wurden statt in den Sitzungssaal in das Cabinet des Präsidenten geleitet und dort in Haft genommen, Andere aus der Versammlung fortgewiesen; der Rest bestätigte die Maßregeln des Präsidenten, schloß die verhafteten Abgeordneten aus und erklärte sich dann zum gesetzgebenden Körper und einzigen Vertreter der batavischen Nation. Die Oberherrlichkeit der Provinzen sollte abgeschafft, eine neue Verfassung auf der Grundlage der Einheit und Untheilbarkeit berathen, und sogleich ein provisorisches Directorium eingesetzt werden. Unter lebhaften Freudebezeugungen führte man Delacroix in den Sitzungssaal, und mit prächtigen Worten feierte der französische Gesandte den Sieg über die Hydra des Föderalismus. In der Proclamation an das Volk wurde die Dankbarkeit gegen die größte und tapferste Nation des Erdbodens, die Leistung wirksamer Kriegshülfe als die erste Pflicht der noch einmal geretteten Bataver hervorgehoben. Joubert erhielt den Oberbefehl auch der batavischen Truppen und verfügte mit dem Gesandten beinahe unbedingt über Alles, was das Land an Hülfsmitteln für den Krieg noch aufbringen konnte[1]).

Ganz ähnlich war das Schicksal der cisalpinischen Republik. Es läßt sich nicht bezweifeln, daß der Eroberer Italiens dieser, seiner eigensten Schöpfung, Leben und Dauer zu geben wünschte. Er hatte im Sommer 1797 die cispadanische Republik — die Legationen und Modena — im October auch das Veltlin mit der lombardischen vereinigt und dadurch ihre Bevölkerung auf 3,200,000 Seelen gebracht. Die neue Constitution, die er am 8. Juli veröffentlichte, war in den Hauptpunkten der französischen nachgebildet, aber in manchen

1) Bielefeld, 29. Januar 1798.

Einzelheiten den Wünschen und Bedürfnissen des Landes angepaßt. Ein so bedeutender Mann wie der Graf Melzi d'Eril übernahm es, seinen Landsleuten die Vorzüge und die Nothwendigkeit der neuen Ordnung auseinanderzusetzen [1]), und es war gewiß kein Nachtheil, daß Bonaparte für das erste Mal die Ernennung der fünf Directoren, des gesetzgebenden Körpers und der vornehmsten Beamten sich selber vorbehielt. Aber bald nach seiner Abreise traten die Uebelstände zu Tage, denen vielleicht nur seine Anwesenheit hätte vorbeugen können. Der größte lag auch hier in den Finanzen. Selbst unter Bonaparte's Oberbefehl hatten die Erpressungen und Unterschleife der Generale und Agenten nicht aufgehört; von dem öffentlichen Vermögen war wenig übrig geblieben, und ein Vertrag, der zwischen Melzi und Haller, dem übel berufenen Schatzmeister der Armee, am 15. October zur Unterzeichnung kam, legte dem Lande schwere Lasten auf [2]). Die Regierung wußte keine Hülfe zu schaffen; in dem gesetzgebenden Körper, der am 21. November zusammentrat, zeigte sich bald ein entschiedener Widerstand gegen die fremden Gewalthaber und zuweilen gegen das eigene Directorium; auch die Journalisten und Vereine wollten sich die von Bonaparte auferlegten Beschränkungen keineswegs gefallen lassen. Die Aeußerungen der Volksstimmung wurden so bedenklich, daß Berthier, der als Nachfolger Bonaparte's im Dezember aus Paris nach Mailand zurückkehrte, sehr ernstlich daran erinnern mußte, wer eigentlich Herr im Lande sei. Denn der Kaiser hatte allerdings die neue Republik zu Campo Formio anerkannt, Sardinien, Toscana, Parma hatten sich beeilt, das Gleiche zu thun, und als der Papst eine Zeitlang zögerte, wurde ihm der Krieg gedroht, wenn er nicht innerhalb einer Frist von acht Tagen die geforderte Erklärung abgäbe [3]). Nur

---

1) Francesco Melzi D'Eril, Memorie-Documenti raccolte per cura di Giovanni Melzi, Milano 1865, I, 194, 420.

2) Melzi a. a. O. I, 197, 450.

3) Coppi, Annali d'Italia, Roma 1824, II, 42.

in Paris hielt man an dem Grundsatze fest, den auch Bonaparte in der Instruction für Berthier vom 12. Dezember ausspricht: daß bis zum Abschluß des Bündnißvertrages zwischen der Mutter- und Tochter-Republik das Recht der Eroberung und der militärischen Herrschaft fortdauern müsse[1]). Dieser Bündnißvertrag, den Talleyrand im Februar des folgenden Jahres den cisalpinischen Gesandten vorlegte, zeigte aber nur zu deutlich, was auch für künftige Zeiten von der im ersten Artikel dem neuen Staatswesen versprochenen Unabhängigkeit zu halten sei. Auf die einfache Aufforderung des französischen Directoriums sollte die cisalpinische Republik an jedem Kriege Frankreichs mit allen ihren Mitteln sich betheiligen; auch während des Friedens zur Aufrechthaltung der Freiheit und inneren Ruhe um eine Besatzung von 25,000 Franzosen bitten und für ihren Unterhalt jährlich die Summe von achtzehn Millionen bezahlen. Ein geheimer Artikel verpflichtete sie außerdem noch 22,000 Mann eigener Truppen zu unterhalten, die nicht anders wie die französischen von französischen Generalen befehligt wurden. Das Uebrige stand mit den angeführten Artikeln im Einklang; kamen sie zur Ausführung, so war die neue Republik nicht viel anderes als eine französische Provinz.

Und wenig verschieden waren auch die Verhältnisse in Genua. Die demokratische Partei, welche mit dem Vertrage von Montebello (5. Juni 1797) zur Macht gelangte, blieb selbst wieder ganz und gar von den Franzosen abhängig. Eine Verfassung nach den von Bonaparte vorgezeichneten Grundsätzen, sollte am 13. September zur Abstimmung gelangen. Dagegen erhoben sich aber die Anhänger der alten Aristokratie, welche den Verlust ihrer Vorrechte beklagte, die Geistlichkeit, welche die Einziehung der Kirchengüter, und ein großer Theil der Bürgerschaft,

---

1) Corresp. de Napoléon, III, 460. Am 1. Juli hatte er freilich an Berthier geschrieben: da das cisalpinische Directorium nunmehr eingesetzt sei, müsse jede Einmischung der französischen Militärgewalt in die inneren Angelegenheiten der Republik aufhören.

der die fremde Gewalt und die neuen Steuern nicht ertragen wollte. Auf beiden Seiten der Riviera kam es zu bewaffnetem Aufstande, sogar ein Festungswerk, das die Hauptstadt beherrschte, fiel am 5. September in die Gewalt der Aufrührer. Aber der in Genua anwesende General Duphot schlug mit dem, was er an genuesischen Truppen und Freiwilligen zur Hand hatte, den Aufstand nieder, und Bonaparte nahm dann Veranlassung, die Stadt dauernd durch französische Soldaten zu besetzen[1]). Kurz vor seiner Abreise, am 11. November, schickte er eine Reihe von Verbesserungen für den Verfassungsentwurf, der am 16. November von der Regierung, am 2. Dezember von den Urversammlungen angenommen wurde. Der Ton des Briefes, die Vorschläge konnten nicht leicht wohlwollender, verständiger sein, aber Tags darauf schreibt er dem Directorium: trotz aller Verbesserungen würde die neue Verfassung den Genuesern doch nicht behagen; wenn man nur ein wenig nachhelfe, würden sie in zwei oder drei Jahren kniefällig um die Vereinigung mit Frankreich bitten. Die beabsichtigte Erwerbung Genua's setzte beinahe nothwendig ähnliche Pläne in Bezug auf Piemont voraus, und es zeigte sich von Tag zu Tage deutlicher, was Bonaparte lange vorhergesagt: daß die kleine Monarchie, von Republiken rings umgeben, in sich zusammen brechen müsse. Auch im Kirchenstaat stellten Vorfälle, die noch ausführlicher zu erwähnen sind, schon vor Ende des Jahres 1797 den Sturz der päpstlichen Herrschaft in sichere Aussicht, und wer bürgte, daß die Revolution alsdann an den Grenzen Toscana's und Neapels stehen bleiben würde?

Denn es schien, nicht einmal der Ocean sollte eine Grenze sein. Das Directorium hielt eine Landung in England fest im Auge. Die mißlungenen Versuche gegen Irland, die Verluste der holländischen Flotte an den Dünen und das ähnliche Schicksal der spanischen Flotte am Cap St. Vincent bewirkten keine

1) Coppi a. a. O. 102 fg.; Lannes an Bonaparte am 14. September, Correspondance inédite, IV, 369.

Aenderung. Gleich bei der Ratification des Friedens von Campo Formio war Bonaparte zum Befehlshaber einer Armee ernannt, die unter dem Namen der englischen am atlantischen Ocean sich versammelte. Und doch wurden auch auf der entgegengesetzten Seite schon alle Vorkehrungen getroffen, um die Unabhängigkeit der schweizer Republiken gleichbedeutend mit der italienischen zu machen. Eine Expansionskraft, deren Gleichen die Welt noch nicht gesehen hatte! Wenn im Innern der französischen Republik eine Reihe von Umwälzungen keine größere Zahl von Jahren als vordem in der römischen von Jahrhunderten erforderte, so schien man jetzt auch bei der Unterwerfung Europa's das so gern angerufene antike Vorbild an Umfang erreichen, an Raschheit der Entwickelung weit übertreffen zu wollen.

Von einer Regierung, die so begehrlich ihre Augen ringsum auf neue Erwerbungen richtete, war gewiß nicht zu erwarten, sie würde ein Gebiet, das sie schon in Händen hielt, gutwillig wieder ausliefern. Für die Rückgabe des linken Rheinufers blieb nur dann einige Hoffnung, wenn ganz Deutschland, wenn insbesondere die beiden großen deutschen Mächte vereinigt den Franzosen entgegen traten. Aber es fehlte viel, daß dies geschehen wäre, und es ist keine erfreuliche Aufgabe, wenn wir unsere Aufmerksamkeit zunächst auf das Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen richten müssen.

Man erinnert sich, wie gespannt die Beziehungen beider Staaten im Frühling 1797 waren. Thugut hatte die preußische Vermittlung zurückgewiesen; aus seinen Briefen nach Petersburg erkennt man, daß er nichts mehr fürchtete, als dem verhaßten Nebenbuhler auch jetzt wieder auf den Wegen Oesterreichs zu begegnen[1]). Lucchesini's Entfernung hatte allerdings ein wesentliches Hinderniß freundlichen Verkehrs beseitigt, aber der zunächst ihn vertretende Geschäftsträger Caesar war in Wien weder beliebt noch einflußreich genug, um wichtige Angelegen-

1) Vgl. Bd. I, S. 323 fg.

heiten zum Ziele zu führen. Während des Sommers blieben die Eröffnungen von beiden Seiten ohne alle Bedeutung; von dem Inhalt der Präliminarien, von den Verhandlungen in Montebello und Udine wurde dem berliner Hofe so gut wie gar nichts mitgetheilt. Ein Glück, daß Fürst Reuß wenigstens, so viel an ihm lag, die Schärfe des Gegensatzes milderte. Am 6. September gelangte der neue preußische Gesandte, Graf Keller nach Wien. Er war vordem im Haag und in Petersburg keine den Oesterreichern angenehme Persönlichkeit gewesen, doch schreibt er zufrieden von der Aufnahme, die ihm bei Thugut, dem Grafen Colloredo und dem Kaiser zu Theil geworden sei. „Um die guten Gesinnungen zu erhalten", setzt er hinzu, „werde ich ohne Zweifel sehr oft einen anderen Weg einschlagen müssen, als mein Vorgänger[1])." Hätte er gewußt, was Thugut bereits am 29. April über ihn an Cobenzl nach Petersburg geschrieben hatte, er würde schwerlich seine Hoffnungen hoch gespannt haben. Auch klagt er schon einige Wochen später über die außerordentlichen Schwierigkeiten seiner Stellung: er finde sich völlig vereinsamt, habe noch kaum eine Einladung erhalten, weder von den Ministern, noch von den fremden Gesandten, noch vom Adel[2]). Wie er keine bedeutende Eröffnung zu machen hatte, so wurde ihm auch nichts von Wichtigkeit mitgetheilt. Der Inhalt des Friedens von Campo Formio blieb ein Geheimniß; statt aus Wien etwas zu erfahren, mußte und konnte das preußische Ministerium aus Berlin dem Gesandten von den österreichischen Plänen Nachricht geben.

Die Quelle läßt sich errathen. Bei Thugut's Verschlossenheit wünschte Preußen um so dringender eine Mittheilung von Seiten Frankreich's, und wie viel entgegenkommender zeigten sich die Franzosen!

Auch die Beziehungen zwischen Preußen und der Republik waren weit entfernt von Offenheit und Vertrauen. Unerwartet

---

1) Keller, 9. September 1797.

2) Keller, 8. November.

war der Abschluß des Friedens erfolgt, gerade als die Franzosen am eifrigsten auf ein Bündniß und auf feindliche Schritte gegen Oesterreich drängten[1]). Der König, heftig erbittert, beurtheilte das Verfahren der Directoren sogar noch strenger, als sie verdienten; denn er konnte nicht wissen, daß sie selbst von Bonaparte überrascht waren. Bald genug zeigte es sich, wie unrichtig Thugut gerechnet hatte, wenn er von den Franzosen Verschwiegenheit erwartete. Am 26. October brachte Berthier die Nachricht des Friedens nach Paris; schon am nächsten Tage ließ sich Talleyrand mit Sandoz darüber in eine Unterredung ein. Das linke Rheinufer, sagte er, werde von Germersheim bis Wesel an Frankreich fallen, der Kaiser gestehe Säcularisationen zu, freilich nur in beschränktem Maße, aber Frankreich denke sie allgemein zu machen. Oesterreich werde Salzburg, Passau und einen Grenzstreifen von Baiern erhalten, und zur Ordnung der deutschen Angelegenheiten ein Congreß zu Rastatt sich versammeln. Wenige Tage später wurde die Angabe über das linke Rheinufer berichtigt: nicht bis Wesel, nur bis Neuwied solle die französische Grenze reichen[2]). Oesterreich habe das Kurfürstenthum Köln, Frankreich die preußischen Provinzen ausgenommen. Man sieht, diese Angaben entfernen sich wenig von der Wahrheit, nur daß sie die Rückgabe des preußischen Besitzes am linken Rheinufer, die den König von einer Vergrößerung in Deutschland ausschließen sollte, als einen Akt des französischen Wohlwollens darstellen. Ein Gespräch mit Rewbell ließ die Lage der Dinge noch deutlicher hervortreten. Der Director vermochte seinen Unwillen über den Frieden nicht zu verhehlen und suchte wie gewöhnlich Preußens Zurückhaltung für das Unheil verantwortlich zu machen. „Ich kann nicht sagen", bemerkte er, „daß wir einen guten Frieden gemacht hätten, aber ich kann

1) Bd. I, S. 373 fg.

2) Sandoz, 28. u. 31. October. On parle mal de géographie içi, setzt er hinzu.

sagen, daß wir seiner sehr bedürftig waren. Wir hätten uns entweder bis in Ewigkeit zanken, oder bis zur Vernichtung bekämpfen müssen. Es hing nur von Ihrem Hofe ab, uns einen besseren Frieden zu besorgen, und wir hätten alle beide dabei gewonnen." Sandoz ließ das nicht gelten, hob aber umsomehr hervor, daß Frankreich ein wachsames Auge haben und dem Kaiser durch starke Armeen in Italien imponiren müsse, damit er nicht, wie in Udine, auch in Rastatt die Gesetze vorschreibe. Vor allem wünschte er eine Versicherung, daß Oesterreich nicht etwa auf Kosten Baierns sich vergrößere. Aber Rewbell's verlegene Antworten bestätigten nur, was der Minister schon angedeutet hatte, und kurz darauf gestanden Barras und Talleyrand offen ein, daß das bairische Gebiet zwischen Inn und Salza für Oesterreich bestimmt sei.

Sandoz gab jedoch die Hoffnung deßhalb nicht auf. „Der größere Theil der Directoren und der Minister des Auswärtigen", schreibt er, „seufzen über diesen Frieden. Sollte der Kaiser sich den Maßregeln widersetzen, die Ew. Majestät am Herzen liegen, so brauchte man nur der französischen Republik den Besitz des gesammten linken Rheinufers zu erhalten, um sofort ihrer Gunst und eines guten Ausgangs der Verhandlungen sicher zu sein. Sie wird mit Vergnügen ein Friedensgebäude umstürzen, das ihrer Größe im Wege steht[1])".

Diese Worte bezeichnen genau die Lage, und den Grund der französischen Offenheit. Um die Bedingungen von Campo Formio wieder aufzuheben, gab es kein wirksameres Mittel, als wenn man bei den deutschen Angelegenheiten den Widerstand Preußens anregte; vor allem mußte man aber Preußen selbst der Abtretung des linken Rheinufers und seiner eigenen Besitzungen geneigt machen. „Gestern", schreibt Sandoz am 9. November, „hat mir der Minister der auswärtigen Angelegenheiten den wesentlichen Inhalt seiner Depesche an Herrn Caillard mitgetheilt. Er wünscht, wir sollten übereinkommen,

1) Sandoz, 31. October.

daß von den europäischen Mächten nur Preußen, Oesterreich und Frankreich zum rastatter Congreß Zutritt erhielten, daß die Reichsfürsten nach den beiden Confessionen getheilt würden, um ihre Interessen leichter aus einander zu halten, daß Preußen sich im Voraus mit dem Directorium einigte, die Säcularisationen nicht blos theilweise, sondern allgemein eintreten zu lassen, endlich daß Ew. Majestät sich zu einem Tausch Ihrer linksrheinischen Provinzen herbeiließen. Talleyrand fügte dieser letzten Clausel hinzu, daß er sie Ew. Majestät recht dringend anrathe; er glaube, durch diese wenigen Worte sich hinreichend verständlich gemacht zu haben." Sandoz suchte auf verschiedenen Wegen die sonderbare Ausdrucksweise zu erklären, rieth endlich richtig dahin, der Kaiser könne, wenn Preußen die Provinzen behalte, Anlaß nehmen, ihm in Rastatt die verlangte Entschädigung zu weigern. „Ja und nein", antwortete Talleyrand. „Ich wiederhole Ihnen: Die größten Vortheile können für Preußen von meinem Rathe abhängen; will Preußen ihn hören und befolgen, so wird es sich wohl dabei befinden. Mein Rath ist zugleich der des Directoriums. Uebrigens mag der König die beiden Provinzen vertauschen oder behalten wollen, wir sind ganz bereit, seinen Absichten nachzukommen. Sie können ihm Namens des Directoriums diese Versicherung geben."

Einige Tage später machte Rewbell nach seiner Art weniger Umschweife. Er sprach dringend den Wunsch aus, daß die preußischen und französischen Gesandten auf dem Congreß gemeinsam vorgehen möchten. „Die Oesterreicher", sagte er, „sind Schwätzer, Rechthaber, Ränkeschmiede und Lügner. Man kann seine Geduld und seine Lunge an ihnen üben. Zum Teufel", fuhr er fort, „warum will der König von Preußen Cleve und Geldern behalten? Wozu nützen sie ihm, seit Frankreich seine neue Grenze erhält? Die Entschädigungen, die er statt ihrer finden würde, könnten an Werth und Umfang jene Besitzungen weit übertreffen." Er verhehlte auch nicht, daß die Rückgabe der linksrheinischen Provinzen nur ein Manöver Thugut's sei, um den König von der Entschä-

digung in Deutschland auszuschließen, und klagte wie gewöhnlich, daß Preußen alle Anerbietungen des Directoriums, Anerbietungen, wie man sie keinem andern Staate je gemacht habe noch machen werde, zurückweise. Selbst Hamburg, meinte er, würde man dem König überlassen haben. Von jetzt an müsse man sich aber auf gute Wünsche beschränken; der Schaden sei nur gut zu machen, wenn Preußen auf dem Congreß kräftig zu Frankreich halte[1]).

Mit diesen Aeußerungen stimmten die Instructionen für Caillard im Wesentlichen überein. Eben als der Gesandte sie mittheilte, trat in Preußen der Regierungswechsel ein. Friedrich Wilhelm II. war seit den Strapazen des polnischen Feldzuges von einem Uebel befallen, das sich allmählich zur Wassersucht ausbildete; am 16. November 1797 schied er aus dem Leben, ein Fürst, nicht ohne guten Willen, und noch weniger ohne Fähigkeiten, leider ohne die Festigkeit, um dem einen entscheidende Wirksamkeit, den anderen richtige Verwendung zu geben. Anscheinend hatte der Staat an Umfang und Volksmenge wesentlich unter seiner Regierung gewonnen. Statt 3539 Quadrat-Meilen mit fünf Millionen Einwohnern, die er von Friedrich dem Großen geerbt hatte, konnte er seinem Sohne nicht weniger als 5551 Quadrat-Meilen mit acht und einer halben Million hinterlassen. Aber im Innern traten die Folgen einer schlaffen, großer Antriebe entbehrenden Verwaltung deutlich hervor, und nach Außen machten die Wirkungen eines fehlerhaften Systems sich nicht weniger bemerkbar, wenn sie auch erst von seinem Nachfolger in vollem Maße empfunden wurden.

Einstweilen hatte der Todesfall auf die politische Stellung Preußen's keinen Einfluß. Der neue Regent, noch in jugendlichem Alter, war viel zu bescheiden und zu schüchtern, um selbstständig eine neue Richtung einzuschlagen. Glücklicher Gatte und Familienvater gab er seinem Volke ein Beispiel, das man während der letzten Regierungen länger als fünfzig Jahre vermißt hatte. Die Minister für das Auswärtige, auch

1) Sandoz, 12. und 19. November.

die Beamten des königlichen Cabinets behielt er bei. Sein Erzieher und Günstling, der General Köckritz, dem er unbedingtes Vertrauen schenkte, war in mancher Beziehung ihm ähnlich, nicht eben ein Freund des Ministers Haugwitz, aber nicht entfernt im Stande, den geschäftserfahrenen, gewandten Mann zu ersetzen. So würden denn auch die preußischen Depeschen der nächsten Monate Niemand zu dem Schlusse führen, daß der Monarch, von dem sie ausgehen und an den sie sich richten, ein anderer geworden sei. Die Depesche vom 24. November, welche Sandoz' Mittheilungen beantwortet, spricht zunächst in dem mit Buchstaben geschriebenen Theile die Zufriedenheit mit den freundlichen Gesinnungen der Directoren aus. Die preußischen Gesandten werden sich baldmöglichst nach Rastatt begeben; sie sind ausdrücklich beauftragt, mit der französischen Gesandtschaft sich in's Einvernehmen zu setzen und ihr gegenüber mit aller Offenheit zu verfahren. Von den Gesandten der weltlichen deutschen Fürsten, meint man, würden sich die meisten wegen Gleichheit der Interessen um die preußische Gesandtschaft sammeln. Es sei vorzuziehen, sich zu diesem Zwecke nicht auf die Verschiedenheit der Religion zu stützen, weil auch von den katholischen Fürsten mehrere, wie der Herzog von Zweibrücken, sich unzweifelhaft auf Seite Preußens stellen würden. Nach diesen für das Directorium bestimmten Worten zeigt aber der chiffrirte Theil, wie wenig man sich des gefährlichen Freundes versichert hielt. Die Franzosen, schreibt der König, hätten immer schöne Worte; man müsse erst Thaten sehen. Es sei ein sonderbarer Unterschied, daß Rewbell und Talleyrand zu Paris die förmliche Abtretung der preußischen Provinzen verlangten, während Caillard nur den Wunsch ausspreche, daß sie nicht zurückgefordert würden. Der König könne sich nur an die letztere Fassung halten; aber selbst wenn Preußen die Provinzen zurückerhielte, bliebe ihm immer noch mehr als ein Titel, gerechte Entschädigungen anzusprechen, vorausgesetzt, daß Frankreich sie unterstütze. Vor allem komme es darauf an, daß Preußen bei einer Säculari-

sation auf Frankreichs Hülfe rechnen dürfe. Das Directorium werde einsehen, wie sehr es in seinem eigenen Interesse liege, zu Gunsten Preußens den großen Zuwachs wieder auszugleichen, den das Haus Oesterreich zu erwerben im Begriffe stehe; vielleicht sei es das Vortheilhafteste, die Dinge zwischen Preußen, Frankreich und dem Kaiser zu einem vorläufigen Abschluß zu bringen, zu dem dann der Zutritt des Reiches sich leicht gewinnen ließe.

In diesem Sinne wurde auch die Instruction für die Gesandten in Rastatt ausgefertigt. „Da ich", schreibt der König darüber an Sandoz am 2. Dezember, „zu allen Zeiten offen den Wunsch ausgesprochen habe, daß das deutsche Reich in seiner Integrität erhalten werde, so kann ich mich auch jetzt nicht entschlagen, meine Bevollmächtigten Anfangs in diesem Sinne reden zu lassen, um so weniger, als der wiener Hof von seiner Seite nicht aufhört, sich seiner Sorgfalt für die Erhaltung dieser Integrität zu rühmen. Sobald man aber seinen Ministern das Geständniß der schon zu Udine auf Kosten des Reiches bewilligten Abtretungen entrissen hat, sobald sie das gleichfalls schon zu Udine festgestellte Princip der Säcularisationen anerkennen, werden auch meine Bevollmächtigten sich mit voller Freiheit dafür aussprechen und in Verbindung mit der französischen Gesandtschaft dahin wirken, daß es auf alle unmittelbaren Benefizien in Deutschland ohne Unterschied zur Anwendung komme. Ist es möglich, Baiern dem pfälzischen Hause vollständig zu erhalten, so muß man nichts vernachlässigen, um dahin zu gelangen; ist die Theilung unvermeidlich, so bietet die unmäßige Vergrößerung Oesterreichs ein wirksames Mittel, Preußen bei der Vertheilung der Säcularisationen zu begünstigen und im Einklang mit dem Vortheil und den Versprechungen Frankreichs ein gerechtes Gleichgewicht in Deutschland herzustellen.

In Bezug auf die Entschädigungen führte die Instruction verschiedene Fälle auf. „Wenn Frankreich", heißt es, „das linke Rheinufer von Landau bis Neuwied behält, aber dem

Reiche alles Uebrige bis zu den Grenzen Hollands erstattet, so daß meine Provinzen dann mit den übrigen Gebieten ein hinreichend beträchtliches Ganzes bilden, so wünsche ich sie zu behalten, sowohl mit Rücksicht auf meine Würde, als mit Rücksicht auf die immer gleiche Treue, welche die Einwohner mir bewiesen haben. Sollte aber Frankreich sich das ganze Rheinufer aneignen, mit Ausnahme des kleinen Landstriches, welchen das Bisthum Köln bildet, so wäre der Besitz meiner Staaten auf jenem Ufer so isolirt und unsicher, daß ich vorziehen würde, sie gegen eine angemessene Entschädigung abzutreten." Demgemäß ergeben sich verschiedene Abstufungen:

Wenn Frankreich das ganze linksrheinische Gebiet, auch die Rheinzölle und die Districte jenseits der Maas zurückerstattet, so wird sich der König zum Ersatz für die Kriegesschäden mit einer Abrundung in Franken begnügen. Sollte das Gebiet links von der Maas verloren gehen, so fordert er dafür außer der fränkischen Entschädigung die Grafschaft Recklinghausen und die kleinen Abteien Essen und Werden, und sollte er auch auf den Rheinzoll, den man auf jährlich 300,000 Thaler veranschlagte, verzichten müssen, dafür das Bisthum Osnabrück. „Endlich", fährt der König fort, „sollte ich mich entschließen, alle linksrheinischen Provinzen und zugleich den Rheinzoll abzutreten, so müßte die Uebereinkunft vom 5. August 1796 vollständig zur Ausführung gelangen[1]). Das Einkommen von „„einigen andern mir gelegenen Entschädigungen"", welches im ersten Artikel erwähnt wird, in Verbindung mit der Abtretung des Rheinzolles, zu welcher ich mich nicht verpflichtet habe, ferner die Rücksicht auf die Erhaltung des Gleichgewichtes in Deutschland würden dann ebenso viele Titel bilden, die man zur Geltung bringen müßte; ich fordere deßhalb in diesem Falle, ganz im Einklange mit meinen Grundsätzen und ganz unwiderruflich: außer den Ländern, welche die geheime Convention mir zusichert, — nämlich Münster und Reckling-

1) Vgl. Bd. I, S. 310.

hausen — die erwähnte Abrundung in Franken, das Bisthum Osnabrück und die Abteien Essen und Werden". Als selbstverständlich betrachtet man die vollkommene Entschädigung des pfälzischen Hauses für etwanige Abtrennung bairischer Landestheile, nicht weniger des Herzogs von Zweibrücken für die linksrheinischen Besitzungen, des Hauses Oranien im Sinne des Vertrags vom 5. August — durch Würzburg und Bamberg — endlich des Hauses Hessen-Cassel gemäß der Uebereinkunft von Pyrmont[1]). Als allgemeines Princip ist bei den Säcularisationen im Auge zu behalten, daß alle Beneficien, welche in Norddeutschland und zwischen den preußischen Grenzen, der Nordsee, dem Rhein und dem fränkischen Kreise liegen, an Preußen oder an solche Häuser fallen müssen, die, wie Oranien, Hessen-Cassel, Sachsen und Braunschweig, an das preußische Interesse gebunden sind, während die in Süddeutschland vornehmlich als Entschädigung des Herzogs von Zweibrücken, sowie der Häuser Würtemberg und Baden dienen können.

So wurde der Umfang der preußischen Ansprüche festgestellt. Auf das Anerbieten Hamburgs, das die Franzosen mehrmals, zuletzt noch am 30. November, wiederholt hatten, ging man nicht ein. Nur bei einer allgemeinen Mediatisirung der Reichsstädte, schreibt das Ministerium am 15. Dezember, könnte man diese Stadt in Besitz nehmen, weil sie allerdings nicht in andere als preußische Hände fallen dürfe.

Immerhin wünschte man in Berlin wie in Paris sich zu verständigen; sogar Bonaparte, obgleich er den Frieden mit Oesterreich selbst abgeschlossen hatte, zeigte sich durchaus geneigt, Preußens Hülfe gegen die Ausführung in Anspruch zu nehmen. Am 6. Dezember war er von Rastatt nach Paris gekommen. Man kennt den feierlichen Empfang, die Reden, die Lobsprüche, die ihm vier Tage später in einer öffentlichen Sitzung des Directoriums zu

---

1) Abgeschlossen zwischen Preußen und Hessen-Cassel am 20. Juli 1797 im Anschluß an den dritten geheimen Artikel des Vertrags vom 5. August 1796; vgl. Bd. I dieses Werkes S. 370.

Theil wurden. An demselben Morgen hatte Sandoz ein merkwürdiges Gespräch mit ihm. Der preußische Gesandte pries die kriegerischen Erfolge und die Menschenliebe Bonaparte's, was der General mit Lobsprüchen auf Friedrich den Großen erwiederte. „Er ist der Held", sagte er, „den ich in Allem zu Rathe ziehe, im Kriege wie in der Verwaltung. Inmitten des Lagers habe ich seine Grundsätze studirt, und seine vertrauten Briefe sind für mich die Vorschriften der Philosophie." Sandoz äußerte die Besorgniß, der rastatter Congreß möchte ein Schauplatz endloser Ränke und Zwistigkeiten werden, und ließ durchblicken, daß Frankreich bei den Verhandlungen in Udine dem Kaiser weitgehende Zugeständnisse zum Nachtheile Preußens gemacht habe. „Nein, nein", erwiederte Bonaparte, „darin irren Sie. Die geheimen Artikel des letzten Vertrages sind durchaus nach der Convenienz Ihres Hofes abgefaßt. Wien muß genehmigen, was wir in Bezug auf Säcularisationen und Entschädigungen fordern; ich habe gewissermaßen seine Zustimmung schon erlangt. Es handelt sich nur darum, daß wir uns wohl verständigen und mit einander gehen. Ich bedaure", setzte er hinzu, „daß der König von Preußen keinen Unterhändler nach Udine geschickt hat. Ich hätte besser gewußt, was in seinen politischen Interessen liegt, und sie vielleicht besser mit denen des wiener Hofes vereinigen können. Ebenso habe ich bedauert, bei meinem kurzen Aufenthalte in Rastatt keinen von Ihren Bevollmächtigten gefunden zu haben. Wir hätten uns besprochen und wahrscheinlich über die Hauptpunkte geeinigt. Die Oesterreicher", fuhr er fort, „sind schwerfällig und mißtrauisch, so schwerfällig, daß sie nicht wissen, wo sie anfangen oder aufhören sollen. Der Graf Cobenzl, den ich unter ihnen als einen Mann von Kenntniß und Verdienst hervorheben muß, ist unerträglich im Unterhandeln. Es heißt ein Meer austrinken, ihn über die einfachsten und klarsten Dinge zur Vernunft zu bringen." Hier nahm Sandoz Gelegenheit, die preußischen Gesandten in Rastatt zu loben, die den General schon verstehen und richtig schätzen würden. Er erbat sich die Erlaubniß, Bonaparte in seiner

Wohnung aufsuchen zu dürfen, und erhielt eine freundliche Antwort, die das Gespräch zum Abschluß brachte[1]).

Man sieht aber: bei allen freundlichen Wendungen ließ Bonaparte den Gesandten doch nicht erfahren, was er in Udine abgeschlossen hatte. Auch in der Instruction, die er gerade Tages vorher im Namen des Directoriums für die Gesandten in Rastatt ausfertigte, werden sie ausdrücklich angewiesen, in Bezug auf die Uebergabe von Mainz jede Art von Erklärung mit den preußischen Bevollmächtigten zu vermeiden; sei sie nicht zu umgehen, so sollten sie mit vieler Freundlichkeit bemerken: das Directorium wisse sehr wohl, daß man der ersten Anerkennung der Rheingrenze, welche der König von Preußen zu Gunsten der Republik ertheilt habe, den glücklichen Ausgang der Unterhandlungen verdanke; die Besitznahme von Mainz sei davon nur die natürliche Folge, zudem die nothwendige Voraussetzung, um durch Unterdrückung des mainzer Kurstaats dem Hause Oranien seine Entschädigung zu verschaffen.

In diesem Sinne handelten die französischen Gesandten auf dem Congreß. Der Briefwechsel zwischen Berlin und Rastatt ist voll von Klagen, daß die Franzosen nur schöne Worte hätten, dagegen über ihre wahren Absichten, ihr eigentliches Verhältniß zum Kaiser nichts eröffnen wollten. Und doch waren sie diesmal offenherziger und ehrlicher, als Preußen glaubte. In Wahrheit hatte schon Sandoz den Inhalt der geheimen Bedingungen von Campo Formio erfahren, mit einziger Ausnahme des Artikels, der Preußen von jeder Vergrößerung ausschloß; und dieser Artikel war thatsächlich nicht mehr vorhanden, weil das Directorium entschlossen war, ihn nicht zu halten. Nur den Wortlaut der Artikel wollte das Directorium, um für einen möglichen Fall gegen Oesterreich gedeckt zu sein, nicht mittheilen. Aber gerade deshalb verlor Alles, was sonst eröffnet wurde, seinen Werth. Denn in Berlin war man in Folge der andauernden Täuschungen so mißtrauisch

1) Sandoz, 11. Dezember 1797.

geworden, daß man einer bloß mündlichen Versicherung keinen Glauben beimaß. Immer wird die Frage nach dem Inhalt der geheimen Artikel wiederholt, und immer steigert sich das Mißtrauen, wenn sie ohne bestimmte Antwort bleibt.

Unter solchen Verhältnissen durfte man auch die Einigung mit Oesterreich nicht ganz aus den Augen verlieren. Selbst das Gefühl, daß nur auf diesem Wege von Deutschland das äußerste Unglück abzuwenden sei, hat in preußischen Berichten jener Zeit nicht selten einen Ausdruck gefunden. Gelegenheit zu innigerem Verkehre schien der Thronwechsel zu bieten. Friedrich Wilhelm III., wenn auch im Allgemeinen den Rathgebern und Grundsätzen seines Vaters treu, hätte doch unzweifelhaft zu dem Kaiser gern in leidlichen Beziehungen gestanden, und der Freiherr von der Reck, welcher die Thronbesteigung des jungen Königs in Wien anzeigen sollte, war sicher nicht ungeneigt, zur Einigung beizutragen. Selbst ohne bestimmten Auftrag regte er politische Gespräche mit Thugut und mit dem Kaiser an. Aber der Minister, der eben eine Antwort aus Petersburg erwartete, hielt noch an dem Plane, die Bedingungen von Campo Formio zur Ausführung zu bringen. In der ersten Unterredung zu Anfang Dezembers zeigte er sich verschlossen, in einer zweiten, die um die Mitte des Monats stattfand, beinahe abweisend. Als Reck von der Rheingrenze redete, erhielt er die Antwort: Preußen könne sich beruhigen, es werde seine linksrheinischen Gebiete nicht verlieren; falls die Franzosen sie nicht herausgeben wollten, würde Oesterreich mit Preußen gemeinsame Sache machen, um sie zu nöthigen. Die Integrität des Reiches sei zu Leoben als Grundlage des Friedens angenommen, aber später von den Franzosen wieder verweigert, unter dem Vorwande, sie seien schon durch frühere Verträge — den preußischen Vertrag vom 5. August 1796 — gebunden. In Bezug auf Baiern hatte Thugut nur die Aeußerung, Preußen habe ja den Oesterreichern zur Erwerbung dieses Landes seine Beihülfe zugesagt. Auch der Kaiser beschränkte sich auf allgemeine Ver-

sicherungen der Liebe und Achtung für den jungen König, bedauerte, daß Oesterreich, von allen Reichsständen und von Rußland verlassen, zum Frieden gezwungen sei; man müsse nun die Vorschläge der Franzosen in Rastatt erwarten[1]).

So wenig entgegenkommend dies lautete, man begriff doch auch in Wien, wie nützlich, ja wie nothwendig eine Einigung mit Preußen werden könne. „Der Wiener Hof", schreibt Keller am 16. Dezember, „legt allem, was aus Berlin kommt, die größte Wichtigkeit bei, und die Depeschen des Prinzen Reuß werden von dem Freiherrn von Thugut mit besonderer Aufmerksamkeit gelesen." Mit dem Ende des Jahres traf auch aus Petersburg die Nachricht ein, daß von Rußland kein Beistand zu erwarten sei, zugleich wurde die Unzuverlässigkeit französischer Versprechungen immer deutlicher. Am 6. Januar giebt Thugut den Gesandten in Rastatt von den Verhältnissen Nachricht. Immer noch, setzt er hinzu, müsse man versuchen, die Bestimmungen von Campo Formio festzuhalten und die ganze Entschädigung des Kaisers auf Italien zu übertragen. Allein es sei doch möglich, daß der Kaiser gezwungen würde, in eine größere Zerstückelung Deutschlands, als die zu Campo Formio festgesetzte, einzuwilligen; er müsse dann eine eben so große Entschädigung wie Preußen erhalten. Cobenzl soll im Verein mit Lehrbach die nöthigen Berechnungen machen lassen und Gradationen aufstellen; gut wäre für diesen Fall eine Verständigung mit Preußen. Der Kaiser kann nicht wohl die ersten Schritte thun, wird es aber gerne sehen, wenn Cobenzl die preußischen Gesandten zu Eröffnungen veranlaßt.

Cobenzl erhielt diese Depesche am 11. Januar. Er theilte ganz die Ansichten seines Vorgesetzten; aber es verging doch noch geraume Zeit, bis etwas geschehen wäre, denn auch die preußischen Gesandten, in ganz ähnlicher Weise instruirt, wollten die erste Eröffnung von Seiten der Oesterreicher erwarten. Noch am 24. Januar an der Mittagstafel des Grafen Metternich

---

1) Keller, 16. u. 23. Dezember 1797.

hatte man sich mit gegenseitigen Complimenten und einträchtigen Wünschen regalirt, und die preußischen Gesandten glaubten wenigstens auf den Plenipotentiar einigen Eindruck gemacht zu haben. Aber die wahre Lage und zugleich das Gesammtergebniß so vieler Unterredungen bezeichnet nur zu deutlich eine Aeußerung Cobenzl's von diesem selbigen Tage: „Was die preußischen Minister angeht", schreibt er nach Wien, „so fahren wir fort, der Graf Lehrbach und ich, sie in der Gesellschaft mit Freundlichkeit zu behandeln. Ich lade sie häufig zu Mittag und zu Abend ein, jedoch ohne ihnen über die Geschäfte irgend eine Eröffnung zu machen. Eine vorzeitige Vertraulichkeit könnte unzweifelhaft die größten Uebelstände mit sich führen und in der ärgsten Weise mißbraucht werden. Nur muß man sich, wie mir scheint, auf der Grenze halten, daß eine Einigung mit dem preußischen Hofe und mit Frankreich, auf welche, wie alles anzeigt, die gegenwärtigen Verhandlungen hinauslaufen, nicht unmöglich wird[1]).

---

1) Cobenzl an Thugut, 24. Januar. W. St.-A. Die preußischen Gesandten in Rastatt an das Ministerium, 25. Januar, 2. Februar. Pr. St.-A.

## Viertes Kapitel.

### Die Abtretung des linken Rheinufers.

So war denn, als die entscheidende Verhandlung in Rastatt begann, zwischen den beiden deutschen Mächten noch gar nichts vereinbart. Den Vortheil von dieser Zögerung hatten die Franzosen, den Nachtheil die Oesterreicher. Man kann sagen, die Hauptfrage über die Rheingrenze war damit entschieden; denn einzeln konnte Preußen den Franzosen das linke Ufer nicht einmal streitig machen, Oesterreich das, was sie fest hielten, ihnen nicht entreißen. Es fragte sich nur noch, ob der Kaiser die in Campo Formio ausbedungene Entschädigung, oder die Compensation für die erweiterten französischen Erwerbungen wirklich erhalten würde. Die Aufgabe der französischen Gesandten lag darin, den Oesterreichern diesen Preis zu entziehen, indem sie entweder auf leere Aussichten hin Cobenzl's Einwilligung, oder, wenn diese sich nicht gewinnen ließ, die Einwilligung der Reichsdeputation und der einzelnen deutschen Staaten erlangten. Nach diesem Gesichtspunkte handelten sie.

Schon in den vergangenen Wochen hatten sie das Feld bereitet, mit verschiedenen Gesandtschaften Verbindungen angeknüpft, den einen durch Drohungen, den andern durch die Aussicht auf Säcularisationen ihren Wünschen günstig gestimmt. Kaum war die unbedingte Vollmacht für die Deputation ihnen bekannt geworden, so begaben sie sich am 16. Januar, eher als zu irgend einem Anderen, zum Grafen Görtz, wo auch Jacobi sich eingefunden hatte. „Wir kommen", sagte Treilhard mit dem freundlichsten Gesichte, „um Ihnen das Geheimniß der Comödie zu enthüllen. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die

französische Regierung das gesammte linke Rheinufer als Grenze wünscht und Säcularisationen für nothwendig erachtet." Er gab dann die besten Zusicherungen. Ueber die Vertheilung werde man sich gern mit Preußen einigen, Oesterreich dürfe nicht zu einem Koloß anwachsen; was etwa in Udine zum Nachtheil der preußischen Interessen beschlossen sei, könne man noch zur Verhandlung bringen, eine Garantie sei dafür nicht übernommen. Die preußischen Gesandten erwiederten, die beiden französischen Forderungen unterlägen schon nach dem Vertrage vom 5. August 1796 keinen erheblichen Bedenken, aber in Bezug auf die Säcularisationen müsse der König ebenso wohl wie der Kaiser seinen Ruf schonen. Sehr förderlich sei, wenn sie durch eine gemeinsame Erklärung der drei Hauptmächte als nothwendig bezeichnet würden; um aber eine Einigung anzubahnen, gäbe es keinen besseren Weg als die Mittheilung der geheimen Artikel von Campo Formio. Dazu wollten sich jedoch die Franzosen nicht verstehen; sie schützten vor, die Artikel seien ihnen selbst nicht genau bekannt, und man trennte sich unter gegenseitigen Freundschaftsversicherungen, „denn", schreiben die Gesandten, „sie hätten den Widerspruch, der in dieser Vorenthaltung liege, nicht stärker hervorheben wollen[1])."

Tages darauf, als die Franzosen bei Metternich und Albini mündlich, aber, wie sie ausdrücklich erklärten, „officiell den Rhein zur Grenze" verlangten, wurden nur allgemeine Reden gewechselt; am 18. Januar übernahm Treilhard die Hauptaufgabe bei Cobenzl. Hier fand er freilich einen zäheren Gegner. Der österreichische Bevollmächtigte sprach lebhaft seine Verwunderung aus, daß die Franzosen plötzlich mit einer so bedeutenden neuen Forderung, im Widerspruch mit den Bestimmungen von Campo Formio hervorträten. Man hätte eine Angelegenheit dieser Art vorher gemeinsam besprechen sollen, damit auch Oesterreich, wie es der siebente der geheimen Artikel vorschreibe, einer erweiterten Entschädigung versichert sei. Treil-

1) Berichte vom 16., 17. u. 18. Januar 1798.

hard versetzte, beide Verhandlungen könnten neben einander hergehen, aber Cobenzl bestand darauf, daß er vor Allem einen Courier nach Wien schicken und für die neue Wendung neue Anweisungen sich erbitten müsse[1]).

Ein Hauptbedenken gegen die Abtretung des gesammten linken Rheinufers war, wie man sich erinnert, die Furcht, daß Preußen dann für Cleve und Geldern beträchtliche Entschädigungen verlangen könnte. Cobenzl hob deshalb sogleich hervor, daß, selbst wenn man auf die französische Forderung einginge, jedenfalls die preußischen Gebiete zurückgegeben werden müßten. Aber gleich hier trat der Kern des Gegensatzes hervor. Treilhard erwiederte: Wenn der König seine Länder behalten wolle, werde man ihn nicht zur Abtretung zwingen; wolle er sie aber abtreten, so könne man ihn nicht hindern. Cobenzl berief sich auf die ausdrückliche Bestimmung des Art. 9, daß der König in keinem Falle eine neue Erwerbung machen dürfe[2]); aber Treilhard trat statt dessen mit dem von Preußen geäußerten Wunsche hervor: Die drei Hauptmächte sollten gemeinsam ihre Ansprüche in's Reine bringen, so daß dem Congreß nur eine kurze Verhandlung über die weniger wichtigen Punkte übrig bliebe.

---

1) Cobenzl an Thugut, 19. Januar 1798.

2) Die in dem Folgenden noch häufig angeführten Geheimen Artikel von Campo Formio lauten:

Art. 7. Il est convenu entre les deux parties contractantes que si, lors de la pacification prochaine de l'Empire Germanique, la République Française fait une acquisition en Allemagne, S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême doit également y obtenir un équivalent, et, réciproquement, si S. M. Impériale et Royale fait une acquisition de cette espèce, la République Française obtiendra un semblable équivalent.

Art. 9. La République Française n'a point de difficultés à restituer au Roi de Prusse ses possessions sur la rive gauche du Rhin. En conséquence il ne sera question d'aucune acquisition nouvelle pour le Roi de Prusse, ce que les deux parties contractantes se garantissent mutuellement.

So sehr Cobenzl geneigt sein mochte, sich mit den Franzosen und mit den Preußen einzeln zu benehmen, eine solche gemeinsame Verhandlung war den österreichischen Interessen wenig entsprechend. Denn sie befreite Preußen sofort aus der Isolirung, in die es durch die Bestimmungen von Campo Formio versetzt werden sollte, machte eigentlich schon dadurch diese Bestimmungen unausführbar und gab den Franzosen volle Gelegenheit, zu eigenem Vortheil die beiden Mächte gegen einander zu gebrauchen. Da aber Thugut eben in der letzten Instruction die Verständigung mit Preußen in's Auge gefaßt hatte, so hielt auch Cobenzl nicht für gerathen, den Antrag Treilhard's ganz abzulehnen. Er meint, in solcher Weise sei man der Nothwendigkeit überhoben, Preußen gegenüber den ersten Schritt zu thun, und gebe der berliner Doppelzüngigkeit keine Gelegenheit, Oesterreich bei den Franzosen zu compromittiren. Er erklärte daher dem französischen Gesandten: nach seiner persönlichen Ansicht sei eine Verhandlung dieser Art nicht ganz unmöglich; Oesterreich habe gar nicht die Absicht, dem berliner Hof zu schaden, es wolle sich nur schützen gegen die Uebel, die er versucht sein könnte, dem Kaiser zuzufügen. Uebrigens, fügte er hinzu, sehe er gar nicht ein, welches Interesse Frankreich habe, dem so sehr geschwächten Oesterreich gegenüber Preußen noch zu verstärken. Der unmäßige Gewinn des Königs bei der zweiten Theilung Polens sei doch etwas ganz anderes, als das bairische Gebiet bis zum Inn, das Preußen den Oesterreichern nicht gönnen wolle. Treilhard schien diese Erklärung freundlich aufzunehmen, zeigte sich auch sonst während dieser Unterredung ungewöhnlich entgegenkommend, offenbar um seinen Gegner in der Hauptfrage nachgiebig zu stimmen. Als Cobenzl für die Erhaltung der drei geistlichen Kurfürsten eintrat, fand er geringeren Widerstand als jemals früher. Und noch wichtiger schien ihm ein anderes Zugeständniß, welches das eigentliche Ziel seiner Unterhandlungen betraf.

Das Gespräch hatte sich wieder auf die Abtretung des linken Rheinufers gewendet. Cobenzl bemerkte, alles hätte sich

weit leichter ordnen lassen, hätte nur Bonaparte seinen Vorschlag, die gesammte österreichische Entschädigung nach Italien zu verlegen, angenommen. Treilhard versetzte, jetzt, nach dem Abschluß des Friedens, sei die Sache noch weniger möglich als früher. „Gewiß", erwiederte Cobenzl, „auch rede ich davon, nur wie von einem historischen Ereigniß." „Ich setzte ihm jedoch", fährt er in seinem Berichte fort, „nichtsdestoweniger die Gründe auseinander, welche Frankreich hätten bestimmen müssen, unsere Vergrößerung mehr in Italien als in Deutschland zu begünstigen." „Aber", erwiederte Treilhard, „dann wäre die cisalpinische Republik zertrümmert; sie ist Frankreich verschwistert, eines kann nicht ohne das andere bestehen." „Die cisalpinische Republik", versetzte ich, „hätte immer bestanden; es handelte sich nur darum, sie auf das zu beschränken, was die Präliminarien von Leoben ihr zusprechen, und unserer Grenze, wie sie durch dieselben Präliminarien bestimmt wird, Venedig und die drei Legationen hinzuzufügen." „Das wäre eine Sache", erwiederte Treilhard, „die man vielleicht noch überlegen könnte."

„Ganz erstaunt, nicht mehr dem heftigen Widerstand gegen unsere Vergrößerung in Italien zu begegnen, den er mir sonst, so oft ich diese Seite berühren wollte, entgegensetzte, fürchtete ich, es sei vielleicht gegenwärtig sein Plan, den Kirchenstaat zu vernichten und uns gegen die cisalpinische Republik freies Spiel zu lassen, die sich dann auf Kosten des Kirchenstaates entschädigen könnte." Der österreichische Gesandte lenkte deshalb das Gespräch auf Rom, wo eben ein blutiger Auflauf einem französischen General das Leben gekostet und die Abreise der französischen Gesandtschaft herbeigeführt hatte. Cobenzl bemerkte, die französische Republik müsse gewiß eine eclatante Genugthuung erhalten, nur dürfe man nicht bis zur Zerstörung des heiligen Stuhles gehen, an dessen Erhaltung alle katholischen Höfe, insbesondere der österreichische, zu nahe betheiligt seien. Die letzten Vorfälle würden wahrscheinlich das Ende des Papstes beschleunigen, dann müßten Frankreich und Oesterreich gemeinschaftlich die Wahl eines Nachfolgers betreiben, der beiden ge-

nehm wäre. „Treilhard", schreibt Cobenzl, „schien dieser Ansicht beizupflichten. Er bemerkte endlich, er würde über das, was ich als Minister ihm mitgetheilt, einen Bericht an seine Regierung erstatten, und über die Art, wie wir sonst geplaudert hätten, einen besonderen Brief an den Minister des Auswärtigen schreiben" [1]).

Aber für die bloße Hoffnung einer günstigen Antwort aus Paris konnte der österreichische Bevollmächtigte nicht sogleich den französischen Forderungen nachgeben. Sein Verhalten zu den Berathungen der Reichsdeputation war durch die Umstände vorgeschrieben. Er konnte und mußte sogar nach den übernommenen Verpflichtungen dahin wirken, daß das linke Rheinufer den Franzosen soweit abgetreten würde, bis die zu Campo Formio festgestellte Linie erreicht war. Darüber hinaus mußte er suchen, das deutsche Gebiet dem Reiche zu erhalten, oder die Abtretung wenigstens so lange zu verhindern, bis der Kaiser der im Artikel 7 für einen solchen Fall verheißenen Compensation versichert war. Unter den zehn Stimmen der Deputation besaß Oesterreich zwar nur die eine des Grafen Lehrbach, aber doch Einfluß genug, um vorerst in den Hauptfragen seinen Willen geltend zu machen. Mainz und Würzburg fanden in dem Kaiser den einzigen Schützer, Baiern, zum Theil von österreichischen Truppen besetzt, wagte wenigstens nicht offen, mit den Franzosen zu gehen; ebenso war Augsburg durch seine Lage, seine Handelsinteressen und als freie Reichsstadt auf den Kaiser hingewiesen. Sachsen, ohne Begier nach fremdem Eigenthum, wünschte auch an den deutschen Besitzverhältnissen möglichst wenig zu ändern; selbst bei Hessen-Darmstadt schien die alte Anhänglichkeit an das kaiserliche Haus die Furcht vor den in der Nähe befindlichen französischen Heeren noch zu überwinden. Dagegen war Hannover dem preußischen System der Neutralität und den Säcularisationen zugethan, und Frankfurt, unmittelbar vom Kriege bedroht,

1) Cobenzl an Thugut, 19. Januar.

Baden durch Gewinnsucht und Furcht zugleich den Franzosen zugetrieben. Die Mehrheit der Stimmen blieb also von Oesterreich abhängig; damit ist der Schlüssel für die Verhandlungen der nächsten Wochen gegeben.

Die Deputation berieth am 22. Januar die französische Forderung. Alle Mitglieder stimmten nach dem Vorgange Kursachsens dahin, daß sie unannehmbar sei. „Die ohnehin schon so mächtige französische Republik", führte man aus, „würde durch diese für sie verhältnißmäßig unwichtigen überrheinischen Provinzen schon an sich selbst, noch mehr aber in Hinsicht ihrer Verschiedenheit in Sprache, Sitten und Denkungsart keinen so beträchtlichen Zuwachs an reeller Macht und Größe erhalten; das deutsche Reich hingegen und dessen ganzes System, wobei die deutschen Völker bisher zufrieden gewesen seien, durch diesen für dasselbe äußerst beträchtlichen Verlust bis auf seine Grundpfeiler zerrüttet werden. Gleichwohl sei eben diese eigenthümliche, von Frankreich im westphälischen Frieden ausdrücklich garantirte Verfassung im Centrum von Europa von jeder aufgeklärten Politik für eines der ersten Mittel, das Gleichgewicht dieses Welttheils zu erhalten, angesehen worden. Selbst Frankreich, dem es bereits in vorderen Zeiten nicht unmöglich gewesen wäre, seine Grenze bis an den Rhein auszudehnen, habe dieselbe dennoch seinem Staatsinteresse niemals angemessen gefunden."

„Ganz im Geiste dieser Politik hätten die Präliminarien zu Leoben am 17. April 1797 dem deutschen Reich seine Integrität zugesichert. Betrachte man noch, daß das deutsche Reich nicht angreifender, sondern angegriffener, mithin zum Kriege genöthigter Theil sei, auch daß die französische Republik mehrmals selbst öffentlich sich von allen Eroberungs-Absichten entfernt erklärt habe, so glaube die Deputation von der Gerechtigkeit und Großmuth des französischen Gouvernements erwarten zu können, es werde dasselbe geneigt sein, statt des dermalen geschehenen Antrags eine solche Grundlage des Friedens zu proponiren, welche mit den Präliminarien zu Leoben sich mehr

in Uebereinstimmung setzen lasse." Weiter wünschte man genaue Beobachtung des Waffenstillstands, Rückzug der französischen Truppen vom rechten auf das linke Ufer, Aufhören der Contributionen und anderer Bedrückungen, endlich Abstellung aller Revolutionsanstalten und Neuerungen in den von französischen Truppen besetzten Reichslanden.

Nach diesen Grundsätzen wurde in der Sitzung vom 25. Januar das Conclusum festgestellt. Einzig Lehrbach hielt sich, statt abzustimmen, das Protokoll offen, um den Franzosen nicht zu der Beschwerde Veranlassung zu geben, er habe der in Campo Formio geleisteten Zusage entgegengehandelt[1]).

Die Franzosen säumten nicht, schon am 28. Januar, Tags nachdem ihnen durch Metternich das Conclusum zugekommen war, ihre Forderung zu wiederholen. Jeder wisse, schrieben sie, daß nicht die Republik, sondern das Reich den Krieg angefangen habe; auf die Präliminarien könne man sich nach dem späteren Frieden nicht mehr berufen. Die Deputation habe selbst ausdrücklich erklärt, Frankreich werde durch die Erwerbung der linksrheinischen Provinzen „keinen beträchtlichen Zuwachs an Macht und Größe erhalten." Daraus folge doch unbestreitbar, daß die Republik das linke Rheinufer nicht verlange, um sich zu vergrößern, sondern als gerechte Entschädigung und, um die beiderseitige Ruhe zu sichern, also im eigenen Interesse des Reiches. Man fand in der Deputation, die französische Note sei von Treilhard im Tone eines Advokaten verfaßt, aber doch mäßiger, als man erwartet habe. Denn zwei Tage früher war eine andere Note in Rastatt eingetroffen, die allerdings noch lauter und deutlicher sich ausdrückte. Nach der Uebergabe von Mainz war nur ein einziger fester Punkt auf dem linken Rheinufer von deutschen Truppen besetzt: der Brückenkopf Mannheim gegenüber. Am Morgen des 25. Januar richtete der französische General Ambert an den Commandanten von Mannheim, Oberst Bartels, die Aufforderung, in zwei

1) Lehrbach, 23. u. 26. Januar.

Stunden die Befestigungen auf dem linken Rheinufer zu räumen. Als der Oberst sich auf den Waffenstillstand berief und vorerst bei seinem Kurfürsten und dem Befehlshaber der Reichsarmee anfragen wollte, erfolgte der Sturm und nach tapferem Widerstande die Einnahme des Brückenkopfes; für die aufgewandte Mühe und das vergossene Blut wurde dann noch der Stadt Mannheim eine Entschädigung abgefordert [1]). Diese Vorgänge ließen erkennen, was von den Franzosen zu erwarten sei, und verfehlten auch in Rastatt ihren Eindruck nicht. Aber die Deputation ließ sich noch nicht von dem früheren Standpunkte abbringen; in einem Conclusum vom 31. Januar setzte sie noch einmal ausführlich auseinander, daß Frankreich der angreifende Theil gewesen sei und zu Leoben die Reichsintegrität versprochen habe. Nun verloren die Franzosen die Geduld. Ihre Gegennote vom 3. Februar zeigt zuerst den schroffen, schneidenden Ton, der den späteren Notenwechsel kennzeichnet. Sie nannten es Zeitverlust, auf die Abschweifungen der Deputation weiter einzugehen, und machten sie für alle Folgen einer nochmaligen Weigerung verantwortlich. Zugleich setzten sie ihre Verbindungen in Rastatt in Thätigkeit. In der Sitzung vom 29. Januar war beschlossen, den am Congreßort anwesenden Particulargesandten von den Forderungen der Franzosen Mittheilung zu machen. In Folge dessen lief in der ersten Hälfte des Februar eine große Zahl von Antwortschreiben ein, die ohne Ausnahme die Abtretung des linken Rheinufers für nöthig erklärten, oder doch nicht hindern wollten, wenn nur ausreichende Entschädigung gegeben würde; selbst die geistlichen Staaten begnügten sich meistens, die Angelegenheit der Entscheidung des Kaisers vertrauensvoll zu überlassen. „Der Congreß ist in einer unbeschreiblichen Aufregung", berichten die preußischen Gesandten. Sie selbst wurden beständig und nicht immer in der freundlichsten Weise von den Franzosen angegangen, ihren Einfluß auf Hannover und Sachsen geltend

1) Geheime Geschichte der rastatter Verhandlungen, II, 185 fg.

zu machen. Die Convention vom 5. August 1796, erklärte Treilhard, sei nur unter der Voraussetzung abgeschlossen, daß Preußen sich mit Frankreich verbinde; statt dessen lasse es sich von den Oesterreichern täuschen. „Bieten sie ihnen doch an", sagte er, „Preußen werde auf Säcularisationen verzichten, wenn der Kaiser nichts in Deutschland verlangen wolle; ich lasse mir beide Ohren abschneiden, wenn man sie beim Worte nimmt" [1]). Aber die preußischen Gesandten hielten noch zurück, und da die Franzosen den Oesterreichern keinen Schritt entgegenkamen, Cobenzl in Bezug auf die italienischen Erwerbungen entweder ganz ausweichende Antwort, oder etwa eine Vertröstung auf den Tod des Papstes und eine Theilung des Kirchenstaates erhielt, so zeigte er auch seinerseits wenig Neigung, für die französischen Ansprüche zu wirken [2]). In der Sitzung vom 6. Februar sprach sich die Deputation nach dem Vorgange Sachsens dahin aus, daß man vor der Annahme einer Friedensbasis genau den Umfang der Abtretungen und die Modificationen, unter denen sie stattfinden sollten, kennen müsse, insbesondere wie es mit den fürstlichen Domainen und der Unverletzlichkeit des Privateigenthums zu halten sei. Obgleich diese Erklärung im Grunde das Zugeständniß möglicher Abtretungen in sich schloß, genügte sie doch den Franzosen keineswegs. Wieder unmittelbar nach dem Empfang der Deputationsnote, am 10. Februar, erfolgte die Antwort, jetzt in einem Tone, der ferneres Ausweichen unmöglich machte. Die Domainen der Fürsten, heißt es, müßten in das Eigenthum der Nation übergehen, an welche das Land abgetreten würde. Aber darum und um andere Nebenfragen handle es sich jetzt nicht, sondern vorerst um die Anerkennung des Princips. Eine Erörterung über die Einzelheiten der Anwendung würde jetzt nur die nothwendige Entscheidung und den Frieden verzögern, und der Bosheit Zeit lassen, neue verderbliche Coalitionen und

1) Die preußischen Gesandten am 24. u. 31. Januar und 2. Februar.
2) Cobenzl, 5. u. 9. Februar.

verbrecherische Intriguen zu ersinnen. Die Deputation trage für die Folgen längeren Weigerns die Verantwortung.

Vom Standpunkt der Franzosen aus erscheint diese Auffassung in der That nicht unberechtigt; auch der Deputation war nur zu wohl bekannt, daß keiner der in Rastatt vertretenen Reichsstände für die Reichsintegrität einen neuen Kampf gegen Frankreich wagen wollte. Ein Zugeständniß erschien demnach unvermeidlich, aber der Umfang hing wesentlich von der Stellung und dem Willen Oesterreichs ab. Denn Niemand konnte im Ernste halten wollen, was Oesterreich schon abgetreten hatte, und jedem Widerstand blieb nur dann einige Aussicht auf Erfolg, wenn er bei Oesterreich einen Rückhalt fand. Bisher hatte man es hingehen lassen, daß Lehrbach in den Sitzungen, ohne selbst abzustimmen, sich nur das Protokoll offen hielt; aber jetzt wartete Alles auf sein Vorgehen, und so traten in der Sitzung vom 12. Februar Graf Löben und mit schärferen Worten Edelsheim und Reden mit der Erklärung hervor, daß man über die vorliegende Frage nicht eher abstimmen könne, bis der österreichische Deputirte seine Instruction aus Wien erhalten habe. Aber aus Lehrbach war nichts herauszubringen, er blieb bei der alten Erklärung: Oesterreich wolle die Deputation in keiner Weise hindern, habe aber selbst keinen Antrag zu stellen. Albini gab endlich der Erörterung eine günstigere Wendung, indem er statt eines Conclusums, nur in Form einer Directorialbemerkung feststellte: man würde das Protokoll nicht eher eröffnen, bis sämmtliche Deputirte sich zur Abstimmung bereit erklärt hätten [1]).

Schon in der Sitzung war aber von Albini, und in dem sich anschließenden vertraulichen Gespräche allgemein die Ansicht ausgesprochen, man müsse sich zu Abtretungen und einem Angebot an die Franzosen verstehen. Mehrere Particulargesandte äußerten sich neuerdings in demselben Sinne; auch die preußischen gaben am 14. Februar die Erklärung, daß der

1) Lehrbach, 12. Februar.

König unter den dermaligen Verhältnissen der Abtretung des linken Ufers sich nicht widersetzen und dabei für seine eigenen Besitzungen keine Ausnahme verlangen würde[1]). Danach konnte es Niemanden überraschen, als in der nächsten Sitzung vom 14. Februar Sachsen den Antrag stellte, den Franzosen zwar nicht was sie verlangten, aber doch die Hälfte des linken Rheinufers anzubieten. Lehrbach sowie alle übrigen Deputirten schlossen sich mit mehr oder weniger lebhaften und aufrichtigen Ausdrücken des Bedauerns an; die badischen äußerten schon die Besorgniß, es würde dies Opfer der Hälfte nicht einmal genügen, und längere Weigerung vielleicht auf dem rechten Rheinufer noch ärgere Dinge als auf dem linken hervorrufen. Als die Deputation am 16. wieder zusammenkam, um das aus den abgegebenen Voten von Albini gezogene Conclusum zu ajustiren, traten sie sogar mit dem bestimmten Antrag hervor, statt des halben lieber gleich das ganze linke Ufer anzubieten. Die französische Gesandtschaft, erzählten sie, „habe sich über die ihr im Voraus ruchbar gewordene Abstimmung vom 14. ungemein aufgebracht und heftig geäußert und dabei zu erkennen gegeben, es sei ihr mit dem letzten Courier der gemessenste Befehl zugekommen, nicht länger mit sich scherzen zu lassen; das Directorium sei fest entschlossen, wenn man nicht ungesäumt sich zum Ziele lege, zu den ernstesten Maßregeln zu schreiten. Dies wolle nicht weniger besagen, als daß von allen Seiten die Feindseligkeiten wieder anfangen würden, dürfe also zur Verhütung noch größerer Drangsale einer näheren Beherzigung nicht unwerth sein“[2]). Darmstadt und Frankfurt schienen nicht ungeneigt, dieser Beherzigung sogleich einen Ausdruck zu geben; die Uebrigen lehnten das unschickliche, allen Formen und einem schon gefaßten Beschluß widersprechende Ansinnen ab; aber wie die Franzosen den Vorschlag der Deputation aufnehmen würden, konnte danach nicht mehr zweifelhaft sein. Denn die badische Erklärung war unzweifelhaft in ihrem Auftrage erfolgt. Schon

1) Protokoll IV, 330.

2) Protokoll I, 349.

am Morgen des 20., nachdem Metternich Abends vorher das Conclusum überschickt hatte, ging ihre Antwort ab; durch Kürze und Präcision des Ausdrucks der schneidendste Gegensatz zu den gedehnten, furchtsamen Deductionen der deutschen Seite. Noch einmal wurde der Deputation die ungeschickte Behauptung vorgehalten, daß die Besitzungen am linken Rheinufer von geringem Werthe seien; umsomehr könne Frankreich sie sämmtlich in Anspruch nehmen. Die Theilung nach der Hälfte bringe Unzukömmlichkeiten jeder Art, ohne irgend einen Vortheil. Alle auf dem linken Ufer angesessenen erblichen Fürsten hätten sich für die Abtretung ausgesprochen. Frankreich sei es dem allgemeinen Wunsche und sich selber schuldig, eine rasche und bestimmte Antwort zu verlangen; die Deputation möge wohl überlegen, ob sie für alle Uebel, die aus längerem Widerspruch hervorgehen könnten, sich verantwortlich machen wolle.

Um so dringender wurde es nun nicht bloß für die Deputation, sondern auch für die österreichische Gesandtschaft eine feste Stellung zu nehmen. Gerade erwünscht für Cobenzl war ihm am 14. Februar eine Instruction Thugut's vom 9. zugekommen. Anknüpfend an die früher von Treilhard gegebene Hoffnung, daß Oesterreich seine Entschädigung in Italien finden würde, bestimmte sie nach dieser Seite sehr ausführlich, was man besten oder schlimmsten Falles fordern oder aufgeben könne. In erster Linie verlangte Oesterreich die Legationen, den Oglio und die Inseln der Levante; dafür wollte es den Herzog von Modena in Deutschland entschädigen, Passau und einen kleinen Grenzstreifen der Oberpfalz gegen schwäbische Besitzungen eintauschen. Den französischen Absichten auf den Kirchenstaat setzte Thugut viel weniger Abneigung entgegen als Cobenzl. Der Kirchenstaat, meint er, könne den Bestimmungen von Tolentino gemäß bestehen bleiben, oder auch zur Entschädigung benutzt werden, indem man dem Papste die Stadt Rom und aus anderen Mitteln ein sicheres Einkommen verschaffe. In zweiter Linie wollte man sich mit dem Chiese und den beiden Legationen

Bologna und Ferrara begnügen, aber dann für den Herzog von Modena die Romagna nebst den levantinischen Inseln, und für das Frickthal Passau als Entschädigung ansprechen. Im dritten Falle, wenn man etwa nur den Mincio und statt Mantuas Peschiera, oder wenn man die Grenze von Campo Formio und zugleich die drei Legationen bis zum Panaro erhielte, forderte Oesterreich auch Baiern bis zum Inn und für den Herzog von Modena Salzburg und Passau. Im Uebrigen waren für Deutschland nur Andeutungen gegeben. Der Kaiser wünschte, die Integrität der Constitution, also insbesondere die Erhaltung der drei geistlichen Kurfürsten. Es wird der Gedanke hingeworfen, wenn am Rheine die Bestimmungen von Campo Formio zur Ausführung gelangten, so könne Preußen vielleicht seine linksrheinischen Besitzungen gegen einen Theil von Münster an Köln abtreten.

Sobald Cobenzl die Instruction erhalten hatte, ließ er Treilhard um eine Unterredung bitten, die am 16. in Cobenzl's Wohnung stattfand. Vergebens brachte er zunächst die Linie von Campo Formio in Vorschlag; dann wandte sich das Gespräch natürlich auf den siebenten Artikel des Friedens, der für den Fall, daß Frankreich das gesammte linke Rheinufer erhielte, den Oesterreichern eine Compensation versprach. Cobenzl fragte den französischen Bevollmächtigten, ob noch keine Antwort auf die am 18. Januar in Bezug auf Italien gemachten Vorschläge eingetroffen sei. Aber zu seinem Verdrusse mußte er hören, das Directorium habe in den letzten Depeschen diesen Punkt gar nicht berührt. Den Grund suchte Treilhard darin, daß er nach Cobenzl's Wunsch nicht officiell, sondern nur vertraulich an Talleyrand darüber geschrieben habe. Man ging aber doch auf den Gegenstand ein und verabredete, Cobenzl solle am nächsten Tage seine Wünsche schriftlich mittheilen. Er wählte zu diesem Zwecke die für den günstigsten Fall von Thugut aufgestellten Bedingungen, nur daß er die Inseln der Levante nicht erwähnte. Denn schon frühere Aeußerungen Treilhard's hatten ihn überzeugt, daß man diese Besitzungen

jetzt, da sie französisches Departement geworden, vom Directorium noch viel weniger erhalten würde, als vordem in Passariano von Bonaparte. Um so eifriger hob er die Vortheile seines Antrages hervor, der in Italien wie in Deutschland alle Theile befriedigen könne. Oesterreich vermeide dann, die Eifersucht der Reichsstände durch die Besitznahme von Salzburg und Baiern zu erregen, es könne im Verein mit Frankreich die Habgier des Königs von Preußen in Schranken halten und zugleich das Reich zur Abtretung des linken Rheinufers bestimmen. Wie sich denken läßt, gaben aber die Franzosen keine andere Antwort, als daß sie Alles, was vorgekommen, ihrer Regierung berichten würden. Die Abtretung des linken Rheinufers verlangten sie dagegen sogleich, ohne weiteren Aufschub; sie ergingen sich in so drohenden Reden, daß Cobenzl ihnen erklärte: wenn die französischen Truppen die verabredete Grenze überschritten, oder in anderer Weise Feindseligkeiten vornähmen, so müßte auch der Kaiser seine Armee wieder vorgehen lassen, um sich nicht dem Tadel von ganz Europa auszusetzen. Diese Erklärung schien Eindruck zu machen. „Als ich mich", schreibt Cobenzl, „etwas später mit Bonnier allein in einer Fensternische befand, sagte er mir: Sie wollen also den Krieg, Herr Graf; wie vereinigt sich das mit Ihren Grundsätzen und den Gesinnungen, die Sie uns immer gezeigt haben? Ich erwiederte ihm, es heiße nicht den Krieg wollen, wenn man genau die Ausführung der Friedensbedingungen fordere. Im Gegentheil bezeichne es nicht den Wunsch nach Vereinigung, wenn man ohne Unterlaß von Verpflichtungen abweiche, die man eben in jüngster Zeit und in der feierlichsten Weise eingegangen sei" [1]).

Cobenzl spricht wohl nicht mit Unrecht die Vermuthung aus, seine Erklärung habe auch dahin gewirkt, daß die fran-

1) Cobenzl giebt den ausführlichen Bericht über die Conferenzen erst am 24. Februar, als er sich kaum von einem heftigen Fieber, das ihn am Abend des 17. befallen hatte, wieder erholte.

zösische Antworts-Note vom 20. Februar bei aller Dringlichkeit doch weder von Krieg noch von Truppenbewegungen redete. Da er aus dem Vorhaben des Kaisers kein Geheimniß machte, so ließ sich auch die Deputation nicht einschüchtern, sondern blieb in der Sitzung vom 26. Februar im Wesentlichen bei ihrem früheren Angebot. Man berief sich auf die Erklärung der Franzosen, daß es ihnen nicht auf Eroberungen, sondern auf eine gute natürliche Grenze ankomme; diese würde durch die Mosel eben so gut, als durch die Rheinlinie gegeben. Sachsen machte darauf hin den Vorschlag, die Mosel in der Weise als Grenze anzubieten, daß der französischen Regierung die Wahl bleibe, ob sie die Reichslande am rechten oder am linken Ufer verlangen wolle. Lehrbach, wie er schreibt, um unbemerkt auf die Bedingungen von Campo Formio zu kommen, gab seinem Votum noch den Zusatz: wenn für eine militärische Grenze vielleicht etwas mehr als die Hälfte der linksrheinischen Gebiete nöthig erscheine, so könne das Reich auch dazu die Hand bieten [1]). Für diese Zugeständnisse stellte aber auch jeder Deputirte eine Reihe von Bedingungen oder, wie man sie nannte, Modificationen auf, die bei der Abtretung zu beobachten seien. Sie umfassen in der Form, in welcher sie später als Anhang zu dem Conclusum vereinigt wurden, nicht weniger als 18 Punkte; um die mannigfachen, sich widerstreitenden Interessen anschaulich zu machen, wird es unumgänglich, sie hier aufzuführen:

Vor Allem fordert man, daß die vorgeschlagenen Grenzflüsse zur Hälfte bei Deutschland verbleiben; Lehrbach erkannte richtig, daß die Franzosen sonst auch die Brückenköpfe des rechten Rheinufers begehren würden, ja, daß sie eben deshalb nicht allein das linke Rheinufer, sondern den Lauf des Rheines als Grenze gefordert hätten. Weiter sollte Frankreich die freie Ausübung der christlichen Religion, so wie die Erhaltung des Kirchenvermögens garantiren und in den bei Deutschland verbleibenden Ländern auf alle Hoheitsrechte verzichten, die aus

---

1) Lehrbach, 1. März; Protokoll I, 365.

dem Besitz der abgetretenen Gebiete etwa hergeleitet werden könnten (Art. 2 u. 3). — Als Beispiele des Mißbrauchs solcher Ansprüche hatte man nicht allein die Reunionen Ludwig's XIV. im Elsaß, sondern eben in den letzten Monaten die gewaltsamen Eingriffe vor Augen, welche die Republik, angeblich als Rechtsnachfolgerin der Herzoge von Savoyen und des Bischofs von Basel, in das Gebiet und die inneren Angelegenheiten der schweizer Eidgenossenschaft sich erlaubte. — Die Patrimonialgüter und das Privatgut der Reichsstände, der Reichsritterschaft und aller Reichsangehörigen sollten ihnen zu ungestörtem Genuß gelassen, auch der Verkauf und Wegzug nicht gehindert werden (Art. 4, 5 u. 8). Für die Hoheits- und anderen Rechte, welche mit den Grundsätzen der Republik nicht im Einklang ständen, verlangte man Entschädigung (Art. 7), für die Forderungen deutscher Reichsangehörigen an die französische Republik Bezahlung (Art. 9), für die hypothekarischen Schulden der abgetretenen Länder Uebernahme durch Frankreich (Art. 10). Die folgenden Artikel bezogen sich auf die Emigrantengesetze, die von den Franzosen mit unerträglicher Härte nicht allein in Belgien und im Elsaß, sondern sogar in den bis dahin deutschen Ländern des linken Rheinufers zur Anwendung gebracht wurden. Die Deputation forderte, daß in den erst abzutretenden Gebieten die schon erlassenen Verfügungen zurückgenommen, und daß die Mitglieder des deutschen Reichsadels, die man ungeachtet ihrer Reichsangehörigkeit auf die Emigrantenliste gesetzt, wieder gestrichen würden (Art. 11), daß man überhaupt Niemanden wegen seiner Anhänglichkeit an die frühere Regierung verfolge (Art. 12) und den geistlichen und weltlichen Beamten für die ohne ihr Verschulden verlorene Besoldung eine Entschädigung bewillige (Art. 13). Der 14. Artikel nahm sich der Reichsstände im Elsaß an. Sie sollten für die in Folge der neuen Einrichtungen erlittenen Nachtheile Ersatz, insbesondere ihr Eigenthum mit Veräußerungs-Befugniß zurückbekommen, ihre Beamten und wer sonst die vormals ihnen zustehenden Besitzungen verlassen hatte, nicht als Emigranten gelten. Für die beson-

deren Rechtsverhältnisse, die in früheren Friedensschlüssen oder in Privilegien der französischen Monarchen ihren Ursprung hatten, wurde eine besondere Uebereinkunft vorbehalten. — In Folge der immer erneuten Klagen über die französische Bedrückung forderte dann der 15. Artikel, daß auf die für den gegenwärtigen Krieg ausgeschriebenen, aber noch nicht geleisteten Contributionen kein weiterer Anspruch erhoben würde. Als Anhang verlangt man noch einen Handelsvertrag mit Frankreich und der batavischen Republik gegen willkürliche Störungen der Rheinschifffahrt (Art. 16), Neutralität und Einquartirungs-Freiheit für den Sitz des Reichstages und des Reichskammergerichts (Art. 17) und zum Schluß, damit doch nichts vergessen würde, die noch in Straßburg zurückgebliebenen Akten dieses letzteren[1]). Albini, der durch die Abtretung des mainzischen Besitzes auf dem linken Rheinufer und dann noch zu fürchtende Säcularisationen am meisten bedroht war, führte außerdem in seinem Votum den Nachweis, daß das Reich zur Entschädigung der auf dem linken Ufer angesessenen Fürsten an sich nicht verpflichtet sei, daß aber eine Entschädigung, wenn sie stattfände, in keinem Falle ausschließlich auf Kosten des geistlichen Standes sondern nur von der Gesammtheit des Reiches gefordert werden dürfe; die geistlichen Reichsstände, die ganz unabhängig von ihrer geistlichen Würde vor allem Wahlfürsten seien, müßten an der Entschädigung ebensowohl wie die weltlichen Theil nehmen. Es waren dies ganz die Ansichten Lehrbach's, der denn auch Albini's Votum vortrefflich nennt, besonders, „weil es so manche versteckte Angriffe gegen Preußen enthalte". In das Conclusum wurden sie aber, da man überhaupt von der Entschädigung noch nicht reden wollte, nicht aufgenommen, auch die 18 Bedingungen nur als ein Nachtrag dem eigentlichen Beschluß über die Abtretung beigelegt.

---

1) Die beiden letzten Forderungen waren veranlaßt durch ein Schreiben des Reichskammergerichts an die Deputation vom 20. Januar 1798, Protokoll I, 416.

Bis man aus den umfangreichen Abstimmungen dies Ergebniß gezogen und in passende Form gebracht hatte, vergingen mehrere Tage. Natürlich dauerte es nicht so lange, daß die Franzosen von der Berathung Kenntniß erhielten, und sie säumten nicht, ihrem Unwillen über die nochmalige Widerspenstigkeit der Deputation in der heftigsten Weise Ausdruck zu geben. „Gerade als ich aus der Sitzung kam", erzählt Lehrbach, „begegnete mir, vielleicht nicht zufällig, der Minister Treilhard, der eben zu Bonnier zum Speisen ging. Er nahm mich auf die Seite und fragte, was vorgegangen sei? Ich sagte ihm, die Sache sei so weit, daß, wenn sich Frankreich mit der zu Campo Formio stipulirten Linie begnüge, ich ihm fest dafür stehen könnte, daß die Republik in Folge der österreichischen bons offices dieselbe erhalten würde. Hier fuhr er wie wüthend auf und sagte: Sans toute la rive gauche la guerre commence demain, und lief davon. Ich schrie ihm nach: J'espère que non. Dem Grafen von Cobenzl gab ich von allem Nachricht, auch von dem so eben bemerkten Ausfall des Treilhard. Er glaubte, es würde nöthig sein, daß ich Abends zu Treilhard ginge und ihm alles in der Sitzung Vorgegangene um so mehr auseinandersetzte, als Oesterreich dabei nach dem Inhalt und Geist der Stipulationen eine schöne Rolle gespielt habe. Er, Graf Cobenzl, wolle zu gleicher Zeit zu dem Minister Bonnier gehen. Ob ich gleich Treilhard sehr aufgebracht sah, und nach Tisch bei selbem der Wein wirket, so habe ich mich doch aus Liebe zum Dienst entschlossen, zu ihm zu gehen. Er war aber Abends nicht zu Hause und noch immer bei Bonnier; ich ging daher dahin, um zugleich Bonnier, welcher Tafel und bei derselben die preußischen Minister hatte, einen Besuch zu machen".

„Als Treilhard mich erblickte, nahm er mich in das Nebenzimmer, schlug wie wüthend auf den Tisch und sagte: L'Empire veut la guerre, vous l'aurez. Ich faßte mich, setzte eine auffallende Kälte entgegen und suchte es so zu drehen, daß ich ihn in das Nebenzimmer führte, wo Bonnier und Graf

Cobenzl sich im Gespräche befanden. Hier überließ er sich, besonders gegen den Artikel 7 der geheimen Stipulation seiner vollen Wuth, und ich kann sagen, daß ich dergleichen Benehmen unter gesitteten Menschen, am wenigsten unter Geschäftsleuten nie gesehen habe. Er lief das Zimmer auf und ab, wie ein rasender Mensch; bald schlug er auf den Tisch, bald warf er sich auf einen Stuhl und attaquirte den Grafen v. Cobenzl über diesen Artikel; daß kein Mensch in der Welt ihn so nehmen könne, wie er ihn nehme, nämlich: daß Oesterreich, wenn Frankreich das ganze linke Rheinufer erhalte, jetzt auch sogleich eben so viel, das Surplus, erhalten müßte. Man solle Frankreich das ganze linke Rheinufer geben, und die Republik würde für Oesterreich das Nämliche besorgen; man müsse Vertrauen haben. Niemand als Oesterreich sei in der Deputation Schuld, daß nicht darauf abgestimmt würde"[1]). Baiern und Augsburg, behauptete er weiter, seien ganz von Oesterreich abhängig; weil der Graf Preysing nicht immer fügsam gewesen sei, habe man ihn abberufen und durch Morawitzky ersetzen lassen. Lehrbach suchte alles dies zu widerlegen, Cobenzl kam ihm zu Hülfe, vertheidigte die Auslegung des Artikels 7 und wies nach, daß Lehrbach in der Sitzung noch mehr als die übrigen Mitglieder der Deputation bewilligt, überhaupt in jeder Beziehung die zu Campo Formio gegebenen Zusicherungen erfüllt habe. Wenn Frankreich auf die letzten Vorschläge des Kaisers einginge, alsdann, aber nicht eher, würde auch Lehrbach in der Deputation für die ganze Forderung der Franzosen stimmen. So dauerte das Gespräch, zuweilen noch durch einen Wuthausbruch Treilhard's unterbrochen, beinahe drei Stunden, ohne daß man einen Schritt weiter gekommen wäre. Die Franzosen wollten kein Zugeständniß machen, und die kaiserlichen Gesandten ebensowenig über die Bestimmungen von Campo Formio hinausgehen. „Von allen Forderungen", schreibt Cobenzl, „die jemals von den Franzosen vorgebracht wurden, ist ohne Zweifel die unerhörteste, daß

1) Lehrbach, 1. März.

Oesterreich seine Stimme für die Abtretung des gesammten linken Rheinufers geben soll, ohne die geringste Sicherung, daß die Franzosen auch unseren gerechten Forderungen genug thun. Graf Lehrbach und ich, beide hätten wir geglaubt, direkt gegen unsere Instructionen zu handeln, wenn wir zu einer solchen Forderung die Hand geboten und nicht lieber die Sachen auf's Aeußerste hätten kommen lassen" [1]).

„Sonderbarer Weise", setzt Cobenzl seinem Bericht hinzu, „hat Treilhard den preußischen Ministern gegenüber sich noch heftigere Ausfälle erlaubt, als gegen uns. Er hat Herrn von Dohm die Antwort der preußischen Gesandtschaft auf die Frage nach der Abtretung des linken Rheinufers zum Vorwurfe gemacht; denn trotz der Verpflichtung des Königs gegen Frankreich enthalte sie nur eine bedingte Zustimmung; der preußische Hof sei falsch, während die Grafen Cobenzl und Lehrbach wenigstens ehrlich und offen zu Werke gingen. Auch Görtz und Jacobi hat er dann zum Vorwurfe gemacht, daß sie die Deputation nicht zwingen wollten, die französische Forderung zu unterschreiben. Görtz sagt, Treilhard habe insbesondere verlangt, daß man gegen den wiener Hof Gewaltmittel gebrauche, und die Gunst des gegenwärtigen Augenblickes vorgestellt. Freilich", meint Cobenzl, „mag Görtz dies einigermaßen brodirt haben. Da die Unterredung der französischen Gesandten mit den preußischen und mit uns in Folge eines Diners bei Bonnier stattfand, so war noch alle Welt in den an das Cabinet anstoßenden Zimmern versammelt; man hörte mit lauter Stimme reden, und es hat sich das Gerücht verbreitet, daß es zu sehr gewaltsamen Erörterungen gekommen sei." Cobenzl vermuthet, die Heftigkeit Treilhard's habe zum großen Theil darin ihren Grund, daß ihm äußerst daran liege, vor der Rückkehr Bonaparte's die Abtretung des linken Rheinufers zu erzwingen. Er hoffe dadurch bei seiner Regierung sich ein Verdienst zu machen und ein Recht zum Eintritt in das Directorium zu gewinnen.

---

1) Cobenzl, 1. März.

Die Rückkehr des Generals wurde eben damals von Tag zu Tage erwartet und war auch für Cobenzl ein Grund, auf's neue und auch in Bezug auf die Entschädigungen in Deutschland um genaue Instructionen zu bitten; denn bei der Heftigkeit, mit welcher Bonaparte zu unterhandeln pflege, werde er ihm schwerlich die Zeit für eine Anfrage in Wien bewilligen. Was Cobenzl aber in der Erzählung des preußischen Gesandten als Ausschmückung oder sonderbar erschien, war vollkommen begründet, auch den Absichten der Franzosen durchaus entsprechend. Da sie den Oesterreichern nichts abgewinnen konnten, und Cobenzl ihre Drohungen mit einem Hinweis auf die kaiserlichen Truppen beantwortete, so mußten sie versuchen, auf anderem Wege, wenn auch gegen den Willen der Oesterreicher, zum Ziele zu gelangen. Eine Menge der kleineren Reichsstände, unter den Deputirten: Baden, Darmstadt und Frankfurt, ebenso Würtemberg und Zweibrücken waren theils aus Furcht, theils aus Begier den französischen Wünschen schon geneigt. Aber wirksamen Einfluß auf die stärkeren Mitglieder der Deputation, insbesondere auf Sachsen und Hannover, konnte man nur von Preußen erwarten. Je mehr also die Verhandlungen zur Entscheidung drängten, desto ungestümer wurden die Franzosen. Schon vor der Sitzung vom 26. ergingen sie sich den preußischen Gesandten gegenüber in den heftigsten Reden gegen Oesterreich und die Deputation. Eine abermals ausweichende Antwort, äußerte Treilhard, würde man als Kriegserklärung betrachten und mit Kanonenschüssen erwiedern. Ob das Reich 400,000 Mann den Franzosen entgegenzustellen habe? Preußen müsse sich endlich offen erklären und die Gesandten von Sachsen und Hannover zum Nachgeben bewegen, sonst verlöre die Convention vom 5. August 1796 ihre Kraft. Die Gesandten, schon durch eine Instruction aus Berlin auf solche Reden vorbereitet, wiesen die Vorwürfe wie die Anträge zurück[1]). Ihre passive Haltung,

1) Die Gesandten am 17. u. 20. Februar. Am 14. war ihnen eine Mittheilung des Ministeriums vom 9. Februar zugekommen: Sandoz erhalte von Talleyrand Versprechungen, wenn Preußen die Abtretung des linken Rhein-

sagten sie, bringe Frankreich Vortheil genug; die Convention würde gar nicht dadurch berührt. „Wir konnten mit Genugthuung bemerken", schreiben sie am 24. Februar, „daß Herr Treilhard fähig ist, zu sich selbst zu kommen, wenn man ihm gegenüber die rechte Stellung einnimmt. Wir betrachten seine Heftigkeit wie eine Comödie, um furchtsame Gemüther einzuschüchtern." Aber ein zweiter Sturm begann, als kurz nach der Sitzung das Ergebniß der Abstimmung den Franzosen durch die badischen Deputirten bekannt geworden war. Das Benehmen Bonnier's an seiner eigenen Mittagstafel war Jacobi gegenüber gerade so, wie es von Cobenzl geschildert wird. Auch bei Görtz ließ dieser Mann, der sonst durch Ruhe und Mäßigung vor Treilhard Manches voraus hatte, die heftigsten Worte fallen. Er nannte die Deputation die Sclavin des Kaisers; es sei eine Schande für den König von Preußen, daß er sich dergleichen gefallen lasse. Aber Görtz erwiederte, der König wisse selbst am besten, was Preußens Ehre und Interesse erforderen, und eine Deputation, in welcher Sachsen und Hannover vertreten seien, könne unmöglich als Sclavin des Kaisers erscheinen[1]). Die Gesandten waren eben in diesen Tagen nicht ohne Hoffnung, sich mit den Oesterreichern zu einigen; das Benehmen der Franzosen flößte ihnen wenig Vertrauen ein, sie zeigten gar keine Neigung, aus der ihnen vorgeschriebenen, abwartenden Stellung herauszutreten. So ging auch die Deputation noch wesentlich unter dem Einflusse Oesterreichs ihren Gang. In den Sitzungen vom 1. und 2. März wurde das Conclusum, wie es Albini nach den umfangreichen Abstimmungen des 26. Februar zusammengestellt hatte, angenommen, darauf dem Grafen Metternich und von diesem, freilich nicht ohne ungeschickte Veränderungen, am folgenden Abend der französischen Gesandtschaft zugeschickt. Ihrer Gewohnheit gemäß antworteten die Franzosen gleich am Morgen des 4. März,

ufers in der Deputation befördern wolle; aber der König erkenne zu wohl die Perfidie dieser Anträge.

1) Die preußischen Gesandten am 28. Februar.

nur in wenigen Zeilen, die das Anerbieten der Deputation zurückwiesen und ganz bestimmt ein Ende der Discussion: Ja oder Nein auf die von Frankreich vorgeschlagene Friedensbasis forderten. Auch jetzt vermieden sie, ausdrücklich mit Feindseligkeiten zu drohen; um so lauter erklärten sie aber allen, die in ihre Nähe kamen, daß diese Aufforderung unwiderruflich die letzte sei. Selbst Lehrbach und noch bestimmter die preußischen Gesandten waren der Meinung, die Franzosen würden, wenn man nicht nachgebe, entweder die Feindseligkeiten wieder anfangen, oder doch den Ort des Congresses verlassen. Abgesehen von den neuen Bedrängnissen, die dann für die bedrohten deutschen Länder in Aussicht standen, hatten die preußischen Gesandten noch manche Gründe, um die Nachgiebigkeit der Deputation zu wünschen. Schon durch die in dem letzten Conclusum angebotene Linie von Campo Formio erhielten die Franzosen ungefähr zwei Drittel der linksrheinischen Gebiete, es trat also beinahe der Fall ein, in welchem Preußen die isolirten und entfernten Provinzen auf dem linken Ufer lieber abtreten als behalten wollte. Sollte man nun um ihretwillen die Hoffnung auf Entschädigung aufgeben, die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschwören, ja vielleicht eines allgemeinen Umsturzes der deutschen Verhältnisse? Eben trafen aus Rom und aus der Schweiz die bedrohlichsten Nachrichten ein; auch im Süden von Deutschland zeigte sich eine Gährung, die, wie die Besorgniß der Gesandten sich ausdrückt, mit Riesenschritten täglich an Boden gewann. Mit Cobenzl und Lehrbach war man noch immer nicht zur Verständigung gelangt, im Gegentheil, man fürchtete, die österreichischen Gesandten würden sich schließlich doch mit den Franzosen einigen, vielleicht auf Kosten des Königs, während Preußen, wenn es die Deputation den Franzosen gefügig machte, auf ihren Dank und um so reichere Entschädigung rechnen durfte. Aus allen diesen Gründen entschlossen sich die Gesandten nicht länger unthätig zuzusehen. Am Abend des 4. März begaben sie sich zu der Zusammenkunft, die wie gewöhnlich bei dem Grafen Löben

stattfand. Sie sprachen lebhaft ihre Meinung aus, und es gelang ihnen, Reden ganz zu gewinnen, Löben wenigstens schwankend zu machen. Während man noch redete, trat Albini herein, schon in heftiger Aufregung durch Alles, was in den letzten Tagen geschehen war. Keiner war bei der Abstimmung mehr betheiligt, als er; denn der Verlust des gesammten linken Rheinufers mußte offenbar umfassende Säcularisationen auf dem rechten zur Folge haben, und er durfte sich nicht schmeicheln, daß dabei für Mainz etwas zu gewinnen sei. Nicht die geringste Zusage hatte er für seinen Herrn erlangen können; seine letzte Abstimmung, daß die Entschädigungen von sämmtlichen Reichsständen gemeinschaftlich zu übernehmen seien, hatten die Franzosen eine Narrheit genannt und oftmals von der Vernichtung des Kurfürstenthums gesprochen. Als jetzt Görtz in ihn eindrang, er solle der Abtretung zustimmen, erfolgte eine Scene, nicht weniger heftig, als vor der Capitulation von Mainz. „Ist das der preußische Patriotismus für das Reich?“ fuhr er Görtz an, „ich soll die Abtretung des linken Rheinufers und damit zugleich mein eigenes Todesurtheil unterschreiben? ich soll nur wie das Tintenfaß gebraucht werden, aus dem man schreibt, und hernach weggeworfen werden? Vor Allem muß ich meine Existenz gesichert haben. Die Franzosen haben auf keine Modification geantwortet und sie als Evasionen verworfen. Kleine Herren brauchen wir nicht, das sind wir selbst und noch mehr; lieber soll uns der Kaiser nehmen, oder wir werden eine Republik, und ich selbst will lieber unter die Fünfhundert gehen, als mich so gottlos und reichsverrätherisch fressen lassen.“ Görtz erwiederte: „Sie wollen also den Krieg? Wird denn der Kaiser seine Armee vorrücken lassen?“ „Warum der Kaiser allein?“ fiel Albini ihm in die Rede. „Warum nicht die Preußen, die Hannoveraner, die Sachsen? Rückt vor! alsdann wird auch der Kaiser sehen, was er thun kann[1]).“

1) Lehrbach, 5. März; die preußischen Gesandten, 7. März.

Nicht weniger heftig sprach er zwei Tage später in der Deputation, als man über die Beantwortung der französischen Sommation eine Vorberathung hielt. Die badischen Gesandten drängten auf rasche Abstimmung, um den Zorn der Franzosen zu besänftigen, aber Albini erwiederte, die Wichtigkeit der Sache fordere Bedenkzeit; er erkläre hier öffentlich, daß Kurmainz sich nicht von einem noch kleineren wolle auffressen lassen. Er selber habe nicht Lust, Kanzleidirector eines kleinen Prinzen, etwa des Fürsten von Leiningen zu werden; eher wolle er Alles aufbieten, daß der Kaiser, der doch einmal sein Herr sei, alles bis an den Rhein nehmen möge. Man solle nur fortfahren, diese Freßprojecte bekannt zu machen; ehe die Völker sich von kleinen oder anderen Religionsverwandten nehmen ließen, würden sie sich lieber dem Kaiser übergeben, oder eine Republik bilden. Im Verein mit Stadion richtete er an den österreichischen Deputirten die dringende Frage, ob die Reichsarmee nicht wenigstens bis Aschaffenburg vorgehen könne; sie würde dort 3000 Mainzer und 9000 Würzburger finden, zu denen sich gewiß auch die so berühmten spessarter Bauern schlagen würden.

Was diese leidenschaftlichen Reden von früheren ähnlichen unterschied, war der Umstand, daß sie nicht lediglich als Ausbrüche eines ohnmächtigen Zornes erschienen. Denn das Ergebniß der Abstimmung lag in der That in Albini's Hand. Wenn auch Sachsen und Hannover den drei zur Abtretung geneigten Deputirten von Baden, Darmstadt und Frankfurt sich anschlossen — was von Seiten Sachsens, falls Mainz sich dagegen erklärte, nicht einmal feststand — so bildeten sie doch nur die Hälfte der Stimmen, und man konnte voraussehen, daß der kaiserliche Plenipotentiar einem Conclusum, dem Oesterreich und Mainz nicht zugestimmt hätten, niemals beitreten würde. Albini erkannte sehr richtig die Vortheile der Lage. Die preußischen Gesandten vernahmen, er würde, wenn man ihn nicht zufrieden stelle, die Dinge bis zum Aeußersten treiben; selbst die Franzosen mußten einsehen, daß man ihn

nicht umgehen könne. Gleich am Morgen des 5. hatten sie erfahren, was Abends vorher bei Löben vorgegangen war. Sie ließen den preußischen Gesandten ihre Dankbarkeit ausdrücken und erklärten sich bereit, Albini für die Erhaltung des mainzer Kurfürstenthums eine beruhigende Versicherung zu geben. Tags darauf hatte Treilhard mit den preußischen Gesandten eine Unterredung, wiederholte unter den schmeichelhaftesten Ausdrücken für Preußen, unter heftigen Scheltworten gegen Oesterreich die Zusicherung für die Erhaltung von Mainz, von deren Nothwendigkeit, wie er angab, auch seine Regierung überzeugt sei; anderen Tags wollte er selbst zu Albini gehen und auch ihm das Versprechen bekräftigen. „Er hat dies", setzen die Gesandten ihrem Bericht hinzu, „pünktlich ausgeführt. Sie haben sich, einer mit dem anderen vollkommen zufrieden, verlassen; beide Theile glauben ihren Erfolg, der sie mit der höchsten Genugthuung erfüllt, dem Einfluß Ew. Majestät zu verdanken und schreiben uns größeren Antheil dabei zu, als wir verdienen[1])."

Unter den wenigen Blättern, die sich aus der Correspondenz Albini's mit seinem Kurfürsten erhalten haben, befindet sich der Brief, in welchem er in der Nacht vom 8. auf den 9. März, unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung von den Ereignissen der beiden letzten Tage Nachricht giebt. Der eitle, selbstgefällige Mann war durch den plötzlichen Erfolg, wie früher durch die Demüthigungen ganz außer sich gerathen. „Gewiß", schreibt er, „ist es ein unerhörtes Ereigniß, daß ein minder mächtiger Hof, der noch vorgestern an seiner Existenz zweifeln mußte, seit gestern sich der Politik so bemächtigt hat, daß die großen Höfe um seine entscheidende Stimme buhlen; es ist dieses schon heute hier die große nouvelle du jour." Er schildert dann die Lage: daß man seiner bei der Abstimmung durchaus bedürfe; das hätten auch die Franzosen und Preußen gefühlt; sie hätten gesehen, daß er sich nicht schrecken

1) Die Gesandten am 7. u. 9. März.

lasse, und daß seine Stimme nicht anders zu haben wäre, als wenn man alle Existenz für den Kurfürsten, und noch Entschädigung zusichere. „Ich wollte aber", fährt er fort, „auch die Kaiserlichen nicht plantiren (die Franzosen wünschten, daß ohne Oesterreich Majora würden, damit sie dem kaiserlichen Hofe Vorwürfe machen könnten), ich bestand also darauf, daß ich, obgleich nicht per modum conditionis, dennoch unter einer zuversichtlichen Voraussetzung die Lande zwischen der Nette, Roer und dem Rheine von der Basis ausnehmen wolle." Er meint, diesem Votum werde sich auch Oesterreich und dann die Gesammtheit der Stimmen anschließen. „Es geht auf Mitternacht und ich habe noch gar die Feder nicht an mein Votum setzen können." Aber doch muß er noch erzählen, wie er den Tag über von den Gesandten der großen Höfe überlaufen wurde. „Bonnier ließ mir heute früh schon, als ich mich nach seiner Gesundheit erkundigen ließ, höflich bemerken, daß er sehr einen Besuch von mir wünsche. Treilhard communicirte heute morgen zweimal mit mir. Dohm und Görtz suchten mich auf, ich war aber nicht zu sprechen. Den Nachmittag besuchte ich den Bonnier, traf aber bei ihm gerade mit Cobenzl zusammen; wir sprachen also höflich von indifferenten Dingen, und ich empfahl mich, um zu Treilhard zu gehen, der mich auch erwartete. Mit diesem repetirte ich die Lection, damit wir einander recht finaliter verstünden, und er war ganz zufrieden, repetirte mir dagegen die gestrigen officiellen Versicherungen, und ich nahm mir schon die Freiheit, für die Wahlstaaten und gegen die Fresser, sonderlich gegen Hessen, Würtemberg ꝛc. mich zu prononciren. Er gab mir in Nichts Unrecht und sagte, wir wollten uns schon verstehen. Kaum war ich zu Hause, so kam Bonnier zu mir, war sehr freundschaftlich, bedauerte, daß er gestern nicht auch mit seinem Collegen l'organe des intentions amicales du Gouvernement für Ew. Kurfürstliche Gnaden habe sein können; Son Altesse Electorale devoit être désormais l'ami naturel de la république; Entschädigung sei billig, j'avois la cqnfiance du

Gouvernement françois, et qu'il dépendoit de moi de l'obliger. Ich machte ihm begreiflich, daß Oranien, für welches Preußen sich verwende, im Reiche keine Entschädigung bekommen dürfe. Wir waren auf dem besten Fuße zusammen, und er drückte mir beim Weggehen die Hände. Lehrbach kam einen Augenblick vor Bonnier zu mir und schlich sich weg, um dem Bonnier Platz zu machen. Als Bonnier fort war, kam er wieder. Ich richtete ihm auch das gnädige Compliment von Ew. Kurfürstlichen Gnaden aus, welches ihn sehr freute, und wofür er den unterthänigsten Dank erstattete. Er sagte mir, es sei unbegreiflich, welches Gewicht ich bei den Franzosen gewonnen hätte. Er mußte bald wieder fortgehen, weil schon Görtz im Nebenzimmer auf mich wartete. Ich hatte heute zum ersten Male ein Diner von sechszehn Personen. Ich kann mich noch fast in diese glückliche Metamorphose nicht finden; sie ist eine wunderliche Schickung des Himmels, und ich denke mir die gerechte Freude, welche Ew. Kurfürstlichen Gnaden darüber empfinden werden. Es kann an Bitterkeiten in der Folge nicht ganz fehlen, aber ich hoffe nun auch das Meiste zu besiegen, und Dank sei dem Allmächtigen, daß wir so weit sind [1])."

Unter allen Briefen, die zu jener Zeit aus Rastatt geschrieben wurden, wird kaum ein anderer so charakteristisch für Personen und Zustände sein. Neben der Eitelkeit, welche Leichtgläubigkeit, die sich durch bloß mündlich gegebene Versprechen eines französischen Gesandten für gesichert hält! Und doch darf man nicht verkennen, daß hier einer der wenigen Fälle vorliegt, in denen ein Deutscher durch geschickte Benutzung der Umstände seinen Zweck erreichte. Denn die Erhaltung des Kurfürstenthums Mainz, die spätere Stellung Dalberg's, also ein nicht gerade erfreuliches, aber doch nicht unbedeutendes

1). Der Brief ist mit den übrigen Akten des erzkanzlerischen Archivs von Mainz nach Frankfurt und von da in das wiener Staatsarchiv gekommen.

Stück späterer Geschichte beruht in der That auf diesen Verhandlungen des mainzischen Kanzlers.

Die Sitzung am 9. März verlief im Wesentlichen so, wie man nach der Wendung Albini's vorhersagen konnte. Sachsen erklärte, es wolle vorerst die übrigen Stimmen hören, machte aber für den Fall, wenn etwa die Abtretung des ganzen linken Rheinufers nöthig werden sollte, sogleich die drei Voraussetzungen: daß die französischen Truppen vom rechten Ufer sich zurückzögen, und die Contributionen aufhörten, daß ferner außer der Ueberlassung des linken Rheinufers keine Forderung erhoben, endlich über die dem letzten Deputations-Conclusum beigelegten achtzehn Artikel das Erforderliche in der weiteren Verhandlung festgesetzt würde. Lehrbach nahm dann in einem sehr geschickten und genau mit Cobenzl verabredeten Votum sowohl den Franzosen als der Deputation gegenüber seine Stellung. Nach den früheren Abstimmungen, sagte er, würden die Franzosen zwei Drittel des linken Rheinufers — die Linie von Campo Formio — erhalten haben. „Bei diesem Anerbieten müsse er stehen bleiben und ausdrücklich wiederholen, daß man bei dem linken Rheinufer nur das auf der linken Seite Gelegene verstehe, da auf dem rechten Ufer Alles bei Deutschland zu verbleiben habe. Uebrigens werde man der Deputation jede zu ergreifen nöthig findende Maßregel ganz gerne überlassen“ [1]). Baiern und Würzburg sprachen sich ungefähr wie Sachsen aus, dann Bremen, Baden und Darmstadt für die Abtretung, und diesen folgten die beiden Reichsstädte, auf die man, wie Lehrbach glaubte, von Seiten der französischen und preußischen Gesandtschaft stark eingewirkt hatte. Zuletzt kam, der die Entscheidung herbeiführen sollte, Albini. In kläglichen Worten setzte er auseinander, daß der allgemeine Wunsch des sich nach Ruhe sehnenden Vaterlandes nicht anders erreicht werden könne, als wenn man der französischen Friedensbasis nunmehr accedire, ohne jedoch die Hoffnung aufzugeben, daß gleichwohl ein Theil

1) Protokoll I, 437, 440 fg.

der deutschen Länder zwischen der Roer, der Nette und dem Rheine — also Köln, Cleve, Moers und Geldern und der größte Theil von Jülich — bei Deutschland verbleiben könnten. Als Gründe dieser Hoffnung erschienen ihm: daß es der französischen Regierung nicht auf Landgewinn, sondern nur auf gute Grenzen ankomme, daß sie die Erhaltung der deutschen Constitution und eine aufrichtige Aussöhnung mit Deutschland wünsche und in edelmüthiger Weise wie Alexander der Große den Abgesandten des besiegten Darius sagen würde: Armatus esse debet, quem oderim. Er stimmte daher dahin, daß man der französischen Friedensbasis unter den von Sachsen zugefügten Voraussetzungen accedire, aber zugleich die Hoffnung auf Erhaltung der genannten Landestheile ausdrücklich beifüge. Diese Abstimmung, wie sie wohl keinem der Deputirten unerwartet kam, fand auch sogleich bei Sachsen, Baiern und Würzburg vollen Beifall; auch die fünf Stimmen, welche schon für die Abtretung sich ausgesprochen hatten, traten bei. Nur Lehrbach blieb, Albini's Erwartungen entgegen, bei seinem früheren Votum; er schloß sich zwar der von Mainz ausgesprochenen Hoffnung, aber nicht dem ersten Theile des Conclusums in Bezug auf die Abtretung des gesammten linken Rheinufers an. Er schreibt, während der Sitzung habe eine betäubende, innere Vorwürfe verrathende Stille geherrscht. Ganz richtig sieht er voraus, was er schon früher Albini gesagt hatte, daß die Zufügung von Modificationen, da sie nur als Wunsch und Voraussetzung, aber nicht als Bedingung beigefügt würden, ein leeres Wortspiel bleiben, daß die Franzosen die Abtretung des linken Rheinufers annehmen, aber im Uebrigen thun würden, was ihnen beliebe. „Früher, nach dem Frieden von Campo Formio", setzt er nicht ohne berechtigten Spott hinzu, „habe man alle Schuld auf Oesterreich geworfen, Albini habe sich auf die Wälle von Mainz stellen und kein Stück des linken Rheinufers übergeben wollen. Dann habe man es doch übergeben, und jetzt werfe man das ganze linke Rheinufer den Franzosen vor die Füße, ohne für das Schicksal

von zwei Millionen Menschen Fürsorge zu treffen. Deutschland möge das Schicksal Polens nicht aus den Augen verlieren, das ihm unzweifelhaft, wenn es auf diesem Wege fortgehe, bevorstände[1]). Er vergißt nur hinzuzusetzen, daß er selbst im Namen Oesterreichs jeden Augenblick bereit war, in die Abtretung zu willigen, wenn man Oesterreich in Italien Länder zusagte, die ihm noch viel weniger gebührten, als den Franzosen das linke Rheinufer. Aber freilich hätte er auf einen Vorwurf dieser Art erwiedern können, daß dasselbe Oesterreich auch in jedem Augenblicke bereit gewesen sei, für die Erhaltung des linken Rheinufers die Waffen zu ergreifen, wenn es bei den übrigen Reichsständen nur die pflichtmäßige Unterstützung gefunden hätte, und daß es unter dieser Voraussetzung wohl niemals zu einem Frieden von Campo Formio und einem Rastatter Congreß gekommen wäre.

Mit der Zustimmung der Deputation waren jedoch für die Franzosen noch nicht alle Schwierigkeiten gehoben. Schon früher, als nur die Hälfte des linken Rheinufers zugestanden wurde, hatte Metternich gezweifelt, ob er seinen Instructionen gemäß einem solchen Beschluß beitreten dürfe[2]). Damals und so lange die Abtretungen innerhalb der Grenze von Campo Formio blieben, hatte Lehrbach ihm begreiflich gemacht, es sei immer ein Vortheil, wenn Jemand, der das Ganze verlieren solle, mit dem Verlust der Hälfte davonkäme. Jetzt, wo es sich um das Ganze handelte, wollte der Plenipotentiar sich noch weniger fügen. Gleich nach der Sitzung machte er zum größten Aerger Lehrbach's dem Herrn von Jacobi voreilig die Mittheilung, er würde vorerst durch einen Courier aus Wien neue Instructionen erbitten. Auch Lehrbach und Cobenzl wollten nicht durch eine förmliche Beitrittserklärung der Plenipotenz der letzten, noch immer vorbehaltenen Ratification des Kaisers präjudiziren, andererseits aber dem Drängen der Franzosen

1) Lehrbach, 10. März.

2) Metternich an Colloredo, 24. Februar.

und der Deputation gegenüber Oesterreich nicht für eine längere Zögerung verantwortlich machen. Sie schlugen also, diesmal im Einvernehmen mit den preußischen Gesandten, einen Mittelweg vor. Metternich sollte nicht, wie es die Sitte forderte, das Conclusum als eine Vereinbarung des Plenipotentiars mit der Deputation bezeichnen, sondern ohne jeden Zusatz lediglich den in der Sitzung festgestellten Wortlaut den Franzosen übermitteln[1]). Dies geschah denn auch, nachdem der Beschluß mit ungewöhnlicher Eile schon am 11. die endgültige Fassung erhalten hatte. Metternich führt aber selbst in dem Berichte an den Reichsvicekanzler aus: „da nach der Verfassung kein Deputationsconclusum ohne Bestätigung des Plenipotentiars an eine fremde Macht übergeben werden dürfe, so seien die Franzosen berechtigt, dieselbe vorauszusetzen. Sie würden gewiß in Bezug auf die Form gerade so, wie in Bezug auf den Inhalt des Conclusums verfahren: annehmen, was ihnen bequem sei, und das Uebrige gar nicht berücksichtigen." Diese Erwartung wurde vollkommen bestätigt. Die Franzosen erklärten am 15. März, sie sähen mit Genugthuung, daß die Deputation der Abtretung des linken Rheinufers offen und bedingungslos zustimme. Jetzt könne man wirksam für das Glück der Völker und für den Frieden arbeiten; nach Abschluß des Friedens würden auch die französischen Truppen in das Innere von Frankreich zurückgezogen werden. Ebenso nothwendig als die Bestimmung der Grenze sei aber die Entschädigung der auf dem linken Rheinufer bisher angesessenen Reichsstände. Die Grundlage dafür fänden die Gesandten in den Säcularisationen, aber auch hier müsse man zuvörderst den Grundsatz im Allgemeinen anerkennen; erst dann könne man mit den Einzelheiten und in der Folge auch mit den der Note vom 3. März beigelegten achtzehn Artikeln sich beschäftigen.

1) Lehrbach, 10. und 14. März; Metternich, 11. und 17. März; die preußischen Gesandten, 30. März.

## Fünftes Kapitel.

### Der Kirchenstaat und die römische Republik.

Als die Franzosen mit dem Antrag hervortraten, der die politische Stellung der deutschen Kirchenfürsten vernichten sollte, hatten sie gegen das Oberhaupt der Kirche dieselbe Absicht schon zur Ausführung gebracht. Der Sturz der päpstlichen Gewalt und des Kirchenstaates in Italien war von jeher ein Lieblingswunsch des Directoriums gewesen, und wenn Bonaparte die Gelegenheit, Rom zu nehmen, zweimal nicht ergreifen wollte, so lag der Grund gewiß nicht in einer Vorliebe für den Fortbestand der päpstlichen Regierung. Was ihn bestimmte waren strategische Rücksichten, die Besorgniß vor einer damals noch sehr unbequemen Verwicklung mit Neapel, endlich die Erwägung, daß der Gewinn, welchen der Friede sicherte, die ungewisse Beute bei der Eroberung Roms überwog. Zu Tolentino — am 19. Februar 1797 — verlor der Papst die drei Legationen und den Besitz von Ancona; er versprach, die vorzüglichsten Kunstwerke und Manuscripte auszuliefern und dreißig Millionen Franken zu bezahlen. „Wäre ich nach Rom gegangen, wo alles eingepackt war, so hätte ich nicht so viel erhalten", schreibt Bonaparte an das Directorium: „nach allem, was wir ihm genommen haben, kann Rom nicht länger bestehen, diese alte Maschine wird ganz von selber auseinander fallen[1])." Gleichwohl dachte er den Papst noch für seine Absichten zu benutzen. Kein Unbefangener konnte sich damals verhehlen, daß trotz Allem, was die Gewalt versucht hatte, ein großer, ja der bei weitem größere

1) Corresp. de Napoléon, 15. und 19. Februar 1797.

Theil des französischen Volkes der alten Kirche treu geblieben war. „In der Religion ist uns die Revolution mißlungen", schreibt der General Clarke im Dezember 1796 an Bonaparte. „Man ist in Frankreich wieder römisch-katholisch geworden, und vielleicht stehen wir auf dem Punkte, des Papstes selbst zu bedürfen, um die Revolution durch die Priester und das Landvolk, das sie wieder beherrschen, zu beschützen. Hätte man den Papst vor drei Jahren vernichtet, so wäre es die Wiedergeburt Europas gewesen. Aber ihn jetzt stürzen, heißt das nicht, von unserer Regierung auf immer eine Menge von Franzosen trennen, die man doch gewinnen könnte [1])?" Bonaparte erkannte die Wichtigkeit dieser Erwägungen um so mehr, als im Sommer 1797 die gemäßigten Parteien in Frankreich an Einfluß gewannen. In seinen Briefen an die päpstlichen Minister, an den französischen Gesandten in Rom spricht er zu wiederholten Malen den Gedanken aus, der Papst solle jetzt, da die katholische Religion geduldet und geschützt, und die Kirchen wieder geöffnet seien, die Geistlichen zum Gehorsam gegen die Gesetze ermahnen, alsdann die constitutionellen Priester mit den nichtconstitutionellen versöhnen, endlich Maßregeln vorschlagen, welche die Mehrheit des französischen Volkes zu den Grundsätzen der Religion zurückführen könnten [2]). In der That nahmen constitutionelle Bischöfe, darunter Gregoire, auf den Rath Talleyrand's die Vermittlung des Generals bei dem Papste in Anspruch [3]).

Alles dieses geschah aber vor dem 18. Fructidor. Als die alte Bergpartei im Directorium wie in den Räthen wieder zur Herrschaft gelangt war, folgten alsbald strenge Maßregeln gegen die Priester; auch Bonaparte's Sprache gegen den Papst

---

1) Corresp. inédite II, 430.

2) Corresp. de Napoléon, 3. August, 2. September 1797.

3) Gregoire an Bonaparte, 30. August 1797. Der Herzog von Parma erbittet am 23. Juli sogar Bonaparte's Fürsprache, damit die Einwohner von Casal-Maggiore einen Bischofssitz erhielten. Corresp. inéd. IV, 127; VII, 303.

wird seit diesem Tage weniger rücksichtsvoll, wie er denn überhaupt niemals sich hatte abhalten lassen, die Forderungen von Tolentino mit unnachsichtlicher Strenge zur Ausführung zu bringen. Die Lage Roms wurde mit jedem Tage weniger haltbar. Die einträglichsten Provinzen waren weggenommen; die Contribution erschöpfte die schon lange zerrütteten Finanzen, und wenn man glaubte, alles, wozu man verpflichtet war, mit der äußersten Anstrengung geleistet zu haben, so wußte Haller [1]), der französische Armee-Commissar, der sein Verfahren wohl selbst als „etwas corsarenhaft" bezeichnete, immer noch einige Millionen hinzuzurechnen. Ein Glück, daß ein ehrlicher Mann aus der Bretagne, Cacault, nachdem er mit Bonaparte den Frieden von Tolentino unterzeichnet hatte, den Gesandtschaftsposten in Rom erhielt. Weit entfernt, von dem, was er fordern konnte, etwas nachzulassen, trat er doch dem Räuberwesen Haller's entgegen und machte es möglich, zu einem Ende zu kommen [2]). Eben deshalb schien er aber dem Directorium wenig brauchbar; im September gab man ihm Joseph Bonaparte, den ältesten Bruder des Generals, zum Nachfolger. Auch dieser war seinem Charakter nach wohlwollend, gemäßigt, eher geneigt, die Dinge gehen zu lassen, als eigenmächtig einzugreifen; unter anderen Verhältnissen hätte zwischen einem solchen Gesandten und einer solchen Regierung — der erste Minister Cardinal Doria wird selbst von den Franzosen als ein sanfter, ehrenwerther Mann geschildert [3]) — ein Einverständniß nicht schwer fallen können. Aber das Directorium wollte die Revolution; der Gesandte und, wie es damals Sitte war, noch eine Anzahl von Agenten des zweiten und dritten Ranges wurden in diesem Sinne ange-

1) Der schon S. 69 erwähnte Rudolf Emanuel von Haller (1747—1833), zweiter Sohn des Naturforschers Albrecht von Haller, Onkel Karl Ludwig's v. Haller, des Verfassers der Restauration der Staatswissenschaften.

2) Cacault an Bonaparte, 25. Mai, 3. Juni, 10. Juni, 8. Juli. Corresp. inéd. III, 246, 270, 382, 441.

3) Cacault, 25. Mai, Joseph Bonaparte, 10. September, Corresp. inédite III, 250, IV, 146.

wiesen. Nicht so leicht war es, Elemente des Aufstandes im Innern der römischen Provinzen in Bewegung zu setzen. Die Masse des Volkes und sogar der höheren Stände, an ein ruhig-behagliches Dahinleben gewöhnt, empfand die priesterliche Herrschaft weder als Beschwerde, noch als Zurücksetzung. Dabei hatten freilich Zustände sich entwickelt, die schon Goethe im Jahre 1786 den Ausruf entlockten, der Staat des Papstes scheine nur noch zu bestehen, weil ihn die Erde nicht verschlingen wolle. Bei dem geringsten Anstoß von innen oder Außen mußte dies morsche, jedes festen Halts entbehrende Gebäude zusammenbrechen; wie hätte es den Sturm der Revolution überdauern sollen?

Das langjährige Behagen der Römer wurde durch die schweren Contributionen sehr unangenehm gestört, und mit noch größerer Entrüstung sahen sie endlose Züge schwerbepackter Wagen den köstlichen Raub ihrer Museen in die Fremde führen. Das Papiergeld sank bald auf ein Drittel seines Werthes; mit übergroßem Verlust mußte die Regierung Massen von Getreide aufkaufen, um nur dem äußersten Mangel zu wehren. Alles dieses wußten die französischen Agenten zu benutzen. Ancona, die weggenommenen Provinzen boten einen sicheren Heerd, immer neue Unruhen anzufachen; es gelang, auch in Rom Vereine zu bilden, die päpstliche Polizei schritt ein, die Bedrohten suchten Schutz bei den Franzosen, und der Gesandte erhielt aus Paris den Auftrag, die Freilassung aller wegen politischer Vergehen Verhafteten zu fordern. So wurden die französische Gesandtschaft und ihr Sitz, der Palast Corsini, von selbst Beschützerin und Asyl der Unzufriedenen, um so wirksamer, als die althergebrachte Prärogative der Gesandten und ihrer Wohnungen in Rom einen Umfang bewahrte, den längst keine andere Regierung mehr geduldet haben würde. Der alte Papst, durch alle diese Vorgänge in beständiger Unruhe gehalten, näherte sich zusehends seinem Ende. Im September, nach einem heftigen Krankheitsanfall, wurde es täglich erwartet[1]);

1) Joseph Bonaparte, 24. September, Corresp. inéd., IV, 252.

wäre es eingetreten, es hätte gewiß schon damals gefährliche Verwicklungen hervorgerufen. Denn Bonaparte, der eben mit den Oesterreichern in Udine verhandelte, wies seinen Bruder an, für den Fall, daß der Papst stürbe, eine Revolution zu veranlassen und dadurch die Wahl eines Nachfolgers zu verhindern. Keinenfalls dürfe ein anderer als ein den Franzosen freundlich gesinnter Cardinal, gewählt werden; einer Einmischung des Königs von Neapel würden französische Truppen zuvorkommen. Zum Glück erholte sich der Papst und bewilligte alles, was die Franzosen verlangten. Die Verhafteten wurden freigegeben; als Joseph gegen die Ankunft des österreichischen Generals Provera, der das päpstliche Militärwesen wieder in eine gewisse Ordnung bringen sollte, drohende Verwahrung einlegte, beeilte man sich, ihn wieder abreisen zu lassen[1]). Aber das Directorium war nicht zu erweichen; es hatte am 10. October den Obergeneral auf's neue anweisen lassen, er solle Unternehmungen gegen die Herrschaft der Päpste nicht zurückhalten, sondern fördern[2]). Was der Gesandte etwa an Eifer fehlen ließ, ersetzten die übrigen Agenten. Ancona, das nach dem allgemeinen Frieden an den Papst zurückfallen sollte, erklärte sich, eben da der Friede von Campo Formio unterzeichnet war, am 19. November für eine freie, in Wahrheit für eine französische Stadt; auch in Rom traten seit dieser Zeit die Versammlungen der Unzufriedenen offen hervor. Consalvi, der später so berühmt gewordene Staatssekretär, damals Beisitzer einer neu errichteten militärischen Congregation, ließ in den Straßen patrouilliren; es erfolgten, besonders zur Nachtzeit, häufige Tumulte, aber immer mit dem Ausgang, daß die Aufrührer aus einander getrieben, oder verhaftet wurden. Sammelplatz der Verschworenen waren die französische Gesandtschaft und die Villa

---

1) Joseph Bonaparte an Napoleon, 24. September, 7. October, 25. November, Corresp. inéd. IV, 253, 262, 454; Napoleon an Joseph, 29. September, 14. November 1797.

2) Talleyrand an Bonaparte, Corresp. inéd. IV, 227.

Medici, die einige Jahre später in französischen Besitz gelangte, und, wie es scheint, schon damals in einer gewissen Beziehung zur französischen Gesandtschaft stand. Hier war es auch am 27. Dezember wieder zu den gewöhnlichen Auftritten gekommen. In der Nacht versammelte sich aber ein stärkerer Haufe, und es wird versichert, daß darunter der General Duphot sich befunden habe, der von Genua nach Rom gekommen war und einige Tage später mit der jungen Schwägerin Joseph Bonaparte's sich vermählen sollte. Am Morgen des 28. wurde in der That der Versuch eines Aufstandes gemacht und, als er nicht ohne Blutvergießen unterdrückt war, Nachmittags mit gesteigerter Erbitterung wiederholt. Die Aufrührer versammelten sich unweit des französischen Gesandtschaftshotels, griffen einen Posten an der naheliegenden Sixtinischen Brücke an und suchten darauf, von den Soldaten zurückgetrieben, eine Zuflucht in dem Hofe der Gesandtschaft. Die Soldaten folgten, drangen durch einige Gassen von Trastevere bis zur Lungara, in welcher der Palast Corsini gelegen ist. Am Eingange dieser Straße, den die Porta Settimana bezeichnet, blieben sie, wenigstens nach dem officiellen römischen Berichte, stehen, um nicht die französische Jurisdiction zu verletzen. In diesem Augenblicke kam aber, wie es scheint, von der anderen Seite eine Abtheilung Dragoner den früher angegriffenen Fußsoldaten zu Hülfe und feuerte, indem sie an dem Palaste vorbeiritt, durch die drei großen Portale mehrere Schüsse in den Hof. Der Gesandte, durch den Lärm von der Tafel aufgeschreckt, eilt mit seiner Begleitung herbei, findet eine Abtheilung von Füsiliren, wie er angiebt, schon in die Vorhalle eindringend. Auf seine Frage, wie sie wagen könnten, die französische Jurisdiction zu verletzen, ziehen die Soldaten sich zurück, geben aber, von der wüthenden Menge mit Schimpfreden und Pistolenschüssen verfolgt, eine neue Salve. Der Gesandte, indem er zwei Adjutanten die Sorge für das Innere des Hofes überläßt, wendet sich, von Duphot und dem General Sherlock begleitet, abermals an die Soldaten; sie ziehen sich zurück, Duphot, in hef-

tiger Aufregung, stürzt sich in das Gewühl, reißt dem einen das Gewehr aus der Hand, hindert den andern am Schießen, und während er so, halb drängend, halb mit fortgerissen, in die Nähe der Porta Settimana gelangt, trifft ihn der Schuß aus der Flinte eines Corporals, die er niederschlagen will. Joseph und der General Sherlock kommen durch eine Nebenstraße und von hinten durch die Gärten wieder in den Palast, dessen Höfe und Treppen von einer aufgeregten Menge, von Schreienden und Verwundeten gefüllt waren. Der Leichnam Duphot's wurde herbeigebracht. „Die Klagen der Braut, die Abwesenheit der Mutter und des Bruders, die um die Merkwürdigkeiten von Rom zu sehen, sich entfernt hatten, alles dieses und vieles Andere", schreibt Joseph, „machten die Scene zu einer der peinlichsten, die man sich vorstellen kann." Er entschloß sich abzureisen. Die Gesandten von Toscana und Spanien kamen durch die Soldaten, welche die Straßen besetzt hielten, in den Palast, später ein Offizier mit den Entschuldigungen und Bitten der Regierung und des Cardinals Doria. Aber Joseph ließ sich nicht zurückhalten; „keine Macht der Erde", schreibt er, „hätte mich bewogen, meinen Entschluß zu ändern." Am 29. Dezember, Morgens 6 Uhr, war er mit den Seinigen auf dem Wege nach Florenz, wo er bei Cacault Wohnung nahm, und am 30. seinen Bericht an das Directorium abgehen ließ[1]).

Eine angenehmere Nachricht hätte in Paris nicht eintreffen können. Was so lange gewünscht und vorbereitet war, gab nun ein glücklicher Zufall in die Macht des Directoriums. Die Entschuldigungen, die flehendsten Bitten der päpstlichen Regierung, die Verwendung befreundeter Mächte wurden nicht

1) Abgedruckt bei du Casse, Mémoires et correspondance du roi Joseph, Paris, 1853, I, 174. Gleich zu Anfang ist statt des 7. Nivôse (27. Dezember) der 6. zu lesen, sonst würden alle später erwähnten Ereignisse um einen Tag verschoben. Das richtige Datum schon im Abdruck des Moniteur vom 11. Januar 1798. Der offizielle römische Bericht bei Artaud, Histoire de Pie VII, I, chap. 2. Alle Einzelheiten bei völlig widersprechenden Angaben festzustellen, wird nicht wohl möglich sein.

beachtet; den päpstlichen Gesandten Grafen Massimi unterwarf man sogar einer Haussuchung und persönlichen Haft. Hätten die Machthaber in Paris ganz nach Belieben schalten können, sie hätten wohl sogleich die Absetzung des Papstes proclamirt. Sandoz-Rollin schreibt im Januar, das Directorium habe bei der ersten Nachricht Rom plündern und verbrennen, dann bei ruhigerem Blute den Papst seiner Herrschaft berauben und den Kirchenstaat mit der cisalpinischen Republik vereinigen wollen. Aber er setzt hinzu, der General Bonaparte rathe zum Frieden und wünsche weder die Absetzung des Papstes, noch eine Vergrößerung der cisalpinischen Republik, die dann auch Frankreich gefährlich werden könnte[1]). So wenig das, was der General den leicht zu täuschenden Diplomaten wissen ließ, im Allgemeinen als zuverlässig zu betrachten ist, hier möchte es seinen wahren Gesinnungen nicht widersprechen. Aber Bonaparte's Stellung war damals noch nicht von der Art, um seinen Willen zum einzig entscheidenden zu machen; auch ergriff er gewiß nicht ungern eine Gelegenheit, die leeren Kassen für seine großen Unternehmungen zu füllen. Am 11. Januar arbeitete er für Berthier Instructionen aus, die, im Wesentlichen den Wünschen des Directoriums gemäß, doch den Zug gegen Rom nicht sofort als den Umsturz der italienischen Verhältnisse erscheinen und zugleich die Vorsicht nicht vermissen ließen, die das Gelingen sicherte. Der Papst hatte alsbald nach dem Ereignisse seinen Neffen, den Cardinal Braschi, mit der Bitte um Schutz nach Neapel geschickt und vom Könige die Antwort erhalten, er würde mit aller Macht die Person und den Staat des heiligen Vaters schützen. Man konnte erwarten, daß neapolitanische Truppen nach Rom kommen, oder vielleicht im Verein mit Oesterreich dem Einmarsch der Franzosen mit Gewalt sich widersetzen würden. Gegen beide trifft deshalb die Instruction militärische Vorkehrungen, die in jeder Zeile von der Hand des Meisters zeugen. In erster Linie wünschte man aber einen

1) Sandoz, 11. und 15. Januar.

Zusammenstoß ganz zu vermeiden. Deßhalb sollte ein diplomatisch geschickter General in Neapel ankündigen: das Directorium werde die Besetzung Roms durch neapolitanische Truppen als eine Kriegserklärung betrachten, sei aber nicht abgeneigt, eine Genugthuung für den Mord des Generals Duphot anzunehmen; wenn man Frankreich gewähren lasse, könnten sich daraus auch für Neapel in Italien oder in der Levante Vortheile ergeben. Berthier sollte erst auf dem Wege nach Rom ein Manifest erlassen, darin die Genugthuung für Duphot's Mord als einzigen Zweck des Zuges angeben und sich auf keine Verhandlungen, sei es mit römischen, sei es mit neapolitanischen Gesandten, einlassen. Kurz vor Rom sollte ein neues Manifest gegen den Papst erfolgen, und dann in der Stadt alles dahin gelenkt werden, daß die römische Republik sich organisire, ohne daß dabei die Absicht der französischen Regierung offen hervorträte. Die republikanische Bewegung in Ancona und den Marken wollte man gefördert, dagegen die cisalpinische Republik von der ganzen Angelegenheit fern gehalten wissen.

Ob es dem französischen General mit der Bildung der römischen Republik wirklich Ernst gewesen ist? Dreizehn Tage später schreibt er an Berthier: „Unterdrücken Sie jede Art von Ausschreitungen, dulden Sie nicht, daß einige Schelme von Franzosen und Italienern sich als die auserwählten Patrioten hinstellen, um Ihnen zu imponiren. Man muß sie nicht schonen, sondern einfach einstecken lassen [1])." Auch aus Berthier's Briefen erkennt man, daß er auf die Ehre, Rom zu erobern, gern würde verzichtet haben. Er fühlte überhaupt für die Aufgabe in Italien weder Neigung noch Befähigung. Schon am ersten Januar, noch ehe er von den römischen Ereignissen Nachricht erhielt, bat er dringend um seine Abberufung und um Verwendung bei der Armee, die man damals die englische zu nennen pflegte. „Als Soldat", schreibt er, „will ich mich schlagen, so

1) Corresp. de Napoléon, III, 484. Statt „menacer" ist wohl ménager zu lesen.

lange das Vaterland Feinde zu bekämpfen hat; aber in die revolutionäre Politik will ich mich nicht mischen." Die eigentlichen Wünsche Bonaparte's faßt er gewiß richtig auf, wenn er wenig später seinem Dank, daß er dem Generalstab der englischen Armee vorstehen solle, hinzufügt: „Einstweilen haben Sie mich zum Schatzmeister dieser Armee gemacht; ich werde suchen, die Casse gut zu füllen[1])."

Ende Januars setzte er sich von Ancona aus in Bewegung. In Loreto nahm der Vortrab zweihundert päpstliche Soldaten gefangen; Widerstand zeigte sich auf dem ganzen Wege nicht, nur Deputationen von Prälaten, der Gesandte von Neapel, der Gesandte von Spanien, welche zum Stillstand zu bewegen suchten. Berthier antwortete, wie seine Instructionen vorschrieben, und beschleunigte seinen Marsch. Am 10. Februar lagerte er auf dem Monte Mario; zum erstenmale seit den Tagen des Herzogs von Alba sah die ewige Stadt wieder ein feindliches Heer vor den Thoren.

Der französische General hätte gewünscht, als Befreier von dem päpstlichen Joche in Rom einzuziehen, aber die erwartete Revolution blieb aus. Ein schwacher Versuch war am 3. Februar leicht unterdrückt worden; die päpstlichen Behörden wußten die Ruhe zu erhalten. „Ich habe in diesem Lande nicht einen Strahl des Geistes der Freiheit gefunden," schreibt Berthier noch am 10. Februar. „Ein einziger Patriot hat sich mir vorgestellt mit dem Anerbieten, zweitausend Galeerensclaven frei zu machen. Sie können denken, wie ich seinen Vorschlag aufgenommen habe[2])." Er bestand darauf, Rom zu besetzen, versprach aber nochmals, er werde nur die Mörder Duphot's bestrafen, dagegen Religion und Cultus in keiner Weise anfechten. Widerstand war unmöglich; der Papst selbst mußte seine Unterthanen zur Unterwerfung ermahnen; noch am 10. Februar wurde die Engelsburg von französischen Soldaten be-

1) Corresp. inéd. IV, 482, 499.

2) Corresp. inéd. IV, 510.

setzt, am folgenden Tage hielt Berthier mit ungefähr neuntausend Mann seinen Einzug.

Pius VI. war im Vatican zurückgeblieben. Ein Jahr früher, als Bonaparte gegen Rom zog, stand der Papst im Begriffe, nach Neapel zu fliehen; die Kostbarkeiten der Museen waren nach Terracina geschickt, um von da nach Sicilien eingeschifft zu werden. Jetzt hatte sich der französische Machtbereich schon so sehr erweitert, daß er den Weg zur Flucht versperrte. Das Meer war seit dem Abzug der englischen Flotte von französischen Schiffen beherrscht, und der König von Neapel, durch die Drohungen Berthier's erschreckt, wagte nicht, dem Papste ein Asyl anzubieten. De Gallo schickte Boten auf Boten an den Gesandten in Rom, er möge, ohne ein bestimmtes Nein zu sagen, doch Alles aufbieten, daß der Papst nicht nach Neapel käme[1]). So blieb nichts übrig, als den Versicherungen des feindlichen Generals zu vertrauen. Vor dem Einmarsch der Franzosen war eine Art von Capitulation geschlossen, welche die Mörder Duphot's zu strafen versprach, eine neue Contribution auferlegte, aber die Herrschaft des Papstes bestehen ließ[2]). Berthier selbst mochte einsehen, daß eine geordnete Regierung seine Forderungen weit eher befriedigen würde, als eine Revolution. Noch am Tage seiner Ankunft schickte er den General Cervoni, den er zum Commandanten der Stadt ernannt hatte, in den Vatican, mit der Versicherung: der Papst habe weder für seine Person, noch für seine Souveränetät etwas zu fürchten; sogar die aufgerichteten Freiheitsbäume wurden niedergeschlagen, und ein Artillerieoffizier, Lauters, der sich in der Peterskirche unanständige Reden erlaubt hatte, aus der

---

1) Den Beweis für diese den gewöhnlichen Annahmen widersprechenden Thatsachen gibt ein Brief der Königin Caroline von Neapel an ihre Tochter, die Kaiserin Maria Theresia, vom 23. Mai 1798 im W. St.-A., abgedruckt im Anhang meines Aufsatzes: „Die Abtretung der Villa Medici in Rom an Frankreich", in Hillebrand's Italia, Bd. IV.

2) Genauere Angaben enthält die noch im Erscheinen begriffene Storia d'Italia dopo il 1789, per Augusto Franchetti, Milano, I, 307 fg.

Armee ausgestoßen. Es ist schwer, die eigentliche Absicht Berthier's zu bestimmen. Möglich, daß er nach den Instructionen vom 11. Januar sich jeder offenen Betheiligung an einer Revolution enthalten wollte, um sie dann gleichwohl durch die Römer herbeizuführen; und eben so möglich, daß er zunächst eine Revolution gar nicht wollte. Aber, wie es scheint, erhielt er gerade in diesen Tagen, kurz nach dem Einzug, eine neue Instruction des Directoriums vom 31. Januar [1]). Darin wird die Zerstörung der päpstlichen Herrschaft und die Errichtung einer römischen Republik als der bestimmte Zweck des Zuges aufgestellt. Ganz im Gegensatz zu der früheren Instruction soll der General die öffentlichen Acte, die dahin führen könnten, selbst vornehmen, aber dabei den Rath der Commissäre befolgen, welche das Directorium nach Rom senden wird. Nach solchen Anweisungen konnte Berthier nicht länger stehen bleiben; hätte er auch gewollt, so würden schon die Agenten, die ihn begleiteten, gedrängt haben. Neben Haller ist hier vor allem ein Mensch Namens Bassal zu nennen, welcher vordem Pfarrer in Versailles, dann Mitglied und Commissär des Convents, schon mehrmals in Deutschland und Italien die Plage einer unterworfenen Bevölkerung geworden war [2]). Inzwischen hatte man sich der übrigen Theile des Kirchenstaates bemächtigt, Consalvi und den vormaligen Stadtcommandanten Sandini, als hätten sie Duphot's Tod verschuldet, in Haft genommen, eine starke Contribution ausgeschrieben, das päpstliche Militär aufgelöst und die Behörden durch Veränderung der leitenden Persönlichkeiten in ihrer Wirksamkeit gelähmt. Am Morgen des 15. Februar versammelten sich einige hundert Republikaner, begleitet von einer größeren Schaar Schaulustiger, auf dem Forum. Man trug einen Freiheitsbaum auf das Capitol,

---

1) Abgedruckt in den Mémoires du Maréchal Gouvion Saint-Cyr, Paris 1831, I, 370. Il fera enlever la colonne Trajane et la fera transférer en France lautet die letzte Vorschrift dieses sonderbaren Actenstücks.

2) Vgl. Bd. I, S. 215.

pflanzte ihn vor der Statue Marc Aurel's und ließ von fünf Notarien eine Urkunde ausfertigen, daß das römische Volk sich frei erkläre. Eine Deputation überbrachte dem französischen General, der schon im Einverständniß war, die Bitte, den Willen der römischen Nation zu bekräftigen. Von dem Lager an der Milvischen Brücke zog Berthier an der Spitze seines Generalstabes in festlichem Zuge in die Stadt. Am Thor überreichte man ihm als dem Befreier Roms eine Bürgerkrone; er antwortete, daß er sie nur im Namen des Generals Bonaparte empfangen könne, zog weiter auf das Capitol, und indem er „den Manen des Cato, Pompejus, Brutus, Cicero und Hortensius die Huldigung der freien Söhne der Gallier" darbrachte, ermahnte er die Römer, mit der neugewonnenen Freiheit auch ihre alte Größe und Tugend wieder anzunehmen[1]).

Zur selbigen Zeit, als dies geschah, beging man in der sixtinischen Kapelle den 23. Jahrestag der Regierung Pius VI. Noch nicht lange hatte der Papst die Glückwünsche seiner Umgebung entgegengenommen, als Haller eintrat, um in Berthier's Auftrage zu melden: das römische Volk habe seine Unabhängigkeit ausgesprochen und erkenne den Papst nicht mehr als Souverän. Pius berief sich auf die Capitulation und die späteren Versprechungen, aber Berthier ließ erwiedern, er habe sich in das Verhältniß des Papstes zu den Römern nicht einzumischen. Zugleich nahm man dem Papst die Schweizergarde und gab ihm als Wache fünfhundert französische Soldaten. Tags darauf brachte Cervoni eine Cocarde mit den Farben der neuen Republik; jeder Römer, sagte er, sei verpflichtet sie anzulegen; der Papst möge dasselbe thun und sich öffentlich mit der Cocarde zeigen. Wenn er freiwillig auf seine Herrschaft verzichte, könne er die geistliche Würde sichern und sogar von der französischen

---

1) Berthier an Bonaparte, 15. Februar, Corresp. inéd. IV, 512. Die genauesten gleichzeitigen Nachrichten über die Vorgänge in Rom findet man in den Nouvelles politiques publiées à Leyde (Gazette de Leyde) vom 13., 16., 20., 23., 30. März u. 6. April 1798.

Republik eine Pension von 300,000 Francs erhalten, andernfalls werde er Alles, sogar die Freiheit verlieren.

Man hatte lange von dem Papste nichts anderes gehört, als daß er, von Alter und Krankheit gebeugt, seine Diener für sich handeln und von unangenehmen Ereignissen sich nicht einmal Kenntniß geben lasse. Jetzt, als es zum Aeußersten gekommen war, zeigte er noch einmal den Muth und die Standhaftigkeit seiner besten Tage. „Ich erkenne keine anderen Abzeichen", erwiederte er dem General, „als die, mit denen die Kirche mich geehrt hat. Meine Gewalt habe ich kraft einer freien Wahl allein von Gott. Ich kann und darf nicht darauf verzichten. Beinahe achtzig Jahre bin ich alt; ich bedarf keiner Pension und brauche nichts mehr zu fürchten. Meinen Körper mögen die, welche die Macht in Händen haben, der Gewalt und Erniedrigung preisgeben, aber meine Seele ist so stark, so frei und so muthvoll, daß sie lieber dem Tod begegnen, als ihre Ehre und ihren Gott beleidigen wird [1])."

Seit dieser Zeit hat man kein Wort von ihm gehört, das dieser Gesinnung nicht entsprochen hätte, obgleich sie hart genug geprüft wurde. Sein Vermögen und die Güter der von ihm so sehr geliebten und unmäßig begünstigten Nepoten, des Cardinals und des Herzogs Braschi, wurden mit Beschlag belegt, das Mobilar der päpstlichen Paläste als Eigenthum nicht etwa der römischen Republik, sondern Frankreichs erklärt, sogar die eigenen Zimmer Pius' VI. nicht geschont. Haller schämte sich nicht, den spanischen Tabak des Papstes unter dessen Augen sich anzueignen. Tages darauf, am 18. Februar, als der Papst eben beim Frühstück saß, trat er wieder, den Hut auf dem Kopfe, in das Zimmer, forderte von dem Papste seine Kostbarkeiten und nahm, als nichts anderes mehr zu finden war, die beiden Ringe, die der Papst, den einen als Zeichen seiner Würde, am Finger trug. Aber das Schlimmste war noch zurück. Nach einer Weile kündigte er dem Papste an, er solle sich bereit

1) Novaes, Storia de' Sommi Pontefici, Roma 1822, XVI, 115.

halten, den Palast und Rom zu verlassen. Pius erwiederte, sein Gewissen erlaube ihm nicht, sich von seinem Amt und seinem Volke zu entfernen; er wies auf sein Alter, seine Krankheit hin und bat, man möge ihn in Rom sterben lassen. „Sterben können Sie überall", erwiederte der Elende, „Sie reisen gutwillig oder gezwungen; wählen Sie eins von Beiden."

Am 20. Februar vor Tagesanbruch hielten einige Wagen, begleitet von französischen Dragonern, vor dem Palaste. Man erlaubte dem Papst nicht einmal, eine Messe zu hören. „Voran! eilen Sie!", schrie Haller ihn an, als der alte Mann die Treppen nicht rasch genug hinabsteigen konnte. Die Fahrt ging in kurzen Tagereisen über die toscanische Grenze, nach Siena, wo der Papst am 25. anlangte und für die nächsten Wochen im Augustinerkloster Aufnahme erhielt.

In Rom war indessen am 19. Februar der General Massena eingetroffen, um an Berthier's Stelle den Oberbefehl zu übernehmen. Er fand die Armee durchaus nicht in der Stimmung, die man bei siegreichen Soldaten nach dem Einzuge in die Hauptstadt der Welt hätte erwarten dürfen. Schon der Marsch gegen Rom war keineswegs mit Freude angetreten. Nach dem schweren Kriege, und nachdem der Friede nun endlich abgeschlossen war, hofften die Soldaten, in die lang entbehrte Heimath zurückzukehren. Statt dessen wurden sie in immer weitere Fernen geführt, und schon gingen Gerüchte, daß das Ziel ihrer Mühen noch längst nicht erreicht sei. Von der ungeheuren Beute war das Wenigste ihnen zu Gute gekommen. Die Regierung, die Lieferanten, einzelne bevorzugte, habsüchtige Offiziere hatten das Land ausgesogen, und während man den Raub verpraßte, mußte der Soldat das Nöthigste, oft Monate lang den versprochenen Sold entbehren. Selbst Bonaparte's strenge Aufsicht hatte dem Unwesen nicht steuern können; nach seiner Abreise trat es mit doppelter Frechheit hervor, und mit jedem Tage wuchs auch das Mißvergnügen der Soldaten. Beim Ausmarsch aus Ancona hatte Berthier ihnen feierlich als Gratification einen zweimonatlichen Sold versprochen. Er hoffte,

die Beute in den römischen Provinzen würde das Nöthige einbringen; gerade deshalb wollte er lieber ein Abkommen mit dem Papste, als den Umsturz der bestehenden Verwaltung, der alles in's Ungewisse setzen mußte. Seine Befürchtung zeigte sich vollkommen begründet. Eine schamlose Beraubung, die gleich in den ersten Tagen der Republik und besonders nach der Entfernung des Papstes gegen einzelne Personen und Familien zur Anwendung kam, bereicherte nur Einzelne; die ausgeschriebenen Contributionen waren in dem erschöpften Lande bei der allgemeinen Unordnung nicht aufzubringen; auch in den päpstlichen Magazinen hatte sich weniger gefunden, als man erwartete, und lange nicht genug, um der Noth der Soldaten abzuhelfen. Sah es in Rom übel aus, so liefen von dem Heere in Oberitalien noch schlimmere Nachrichten ein. Seit fünf Monaten waren die Truppen ohne Sold, ohne Stiefel, ohne die nöthigsten Kleidungsstücke; bei der Rückkehr aus dem Venetianischen fanden sie sogar die Soldaten der cisalpinischen Republik beneidenswerth. Eine allgemeine Unzufriedenheit ging durch die Armee. Die Generale hielten sich zurück, der Soldat klagte am lautesten, Hauptleute und Subaltern-Offiziere stimmten heimlich oder ohne Rückhalt bei. Am 11. Februar, gerade an dem Tage, als Berthier in Rom einzog, kam es in der Garnison von Mantua zu offenem Aufruhr. Die Soldaten weigerten den Gehorsam, verlangten den rückständigen Sold und erklärten, sie würden nach Frankreich abmarschiren; mit Axtschlägen wurden die Thore geöffnet, die der Commandant, General Miollis, hatte schließen lassen. Alles dieses geschah in vollkommener Ordnung, die Soldaten hatten sich selbst unter die strengste Disciplin gestellt, aber zum Gehorsam gegen ihre Generale führte sie erst das bestimmte Versprechen zurück, daß am 2. Ventôse (20. Februar 1798) der rückständige Sold pünktlich bezahlt werden solle[1]). Es scheint, daß die Nachricht von diesen Vorfällen

---

1) Baraguay d'Hilliers am 19. Februar an Bonaparte, Corresp. inéd. IV, 516. Nouvelles politiques de Leyde, 20. März 1798.

Berthier bewogen hat, einige Tage länger in Rom zu verweilen. Vielleicht hoffte er noch immer, durch die ausgeschriebene Contribution die Mittel zur Befriedigung auch der Soldaten zu finden, zu denen er zurückkehren mußte. Aber bald überboten die Ereignisse in Rom bei Weitem was in Mantua geschehen war. Schon die Uebertragung des Oberbefehls an Massena war von den Truppen übel aufgenommen. Dieser General stand wegen seiner Habsucht im schlechtesten Ruf; man behauptete, er habe von den Paduanern mehr als drei Millionen Franken erpreßt und nicht den zehnten Theil für seine Division verwendet [1]). Als er nun in Rom das von Berthier in Ancona gegebene Versprechen nicht erfüllte, auch wahrscheinlich nicht erfüllen konnte, kam der allgemeine Unwille zum Ausbruch. Am 23. Februar hatte man noch mit großem Pomp und guter Ordnung auf dem Petersplatz ein Trauerfest zur Erinnerung an Duphot begangen; Tages darauf versammelten sich beinahe sämmtliche Offiziere der mittleren Grade im Pantheon, erließen eine Adresse nicht an Massena, sondern an Berthier, in einer Sprache, wie sie vielleicht nicht zum zweiten Male einem commandirenden General gegenüber von Offizieren geführt worden ist. Schlechte Subjecte, klagen sie, begäben sich, mit Vollmachten versehen, in die reichsten Häuser der Stadt und nähmen, ohne Empfangscheine auszustellen, die kostbarsten Sachen weg, um dann Tag und Nacht in Luxus und Ausschweifungen ihren Raub zu verprassen. Die Soldaten hätten indessen seit zehn Monaten ihren Sold zu fordern. Innerhalb zweimal vier und zwanzig Stunden verlangen sie Bezahlung, denn in den Cassen seien die nöthigen drei Millionen vorhanden. Die geraubten Gegenstände sollen den Paläsften und Kirchen zurückerstattet, und die privilegirten Räuber, die den französischen Namen entehren, eingezogen und bestraft werden. Die Unterzeichner hoffen noch, der General werde von jetzt an durch sein

---

1) Kilmaine im November und am 19. Dezember 1797 an Bonaparte, Corresp. inéd. IV, 460, 468.

Benehmen beweisen, daß er an diesen Verbrechen nicht schuldig sei, aber ihre Adresse werden sie in beiden Sprachen drucken und öffentlich anschlagen lassen, damit sie vor dem römischen Volke in keinem Falle die Verantwortung tragen. Drei Tage später wiederholen sie dem Directorium ihre Forderungen; sie erklären die Ankunft Massena's ganz offen als einen Hauptgrund ihrer Unzufriedenheit; die Armee habe die Räubereien im Venetianischen noch nicht vergessen und wolle Frankreich nicht in den Augen des ganzen Erdkreises entehren lassen [1]).

Massena konnte die erzürnten Offiziere um so weniger beruhigen, als er auch von Berthier und den inzwischen eingetroffenen Commissären des Directoriums nicht kräftig unterstützt wurde. Er begab sich schon am 24. in das Lager an der Milvischen Brücke, und, es scheint, vornehmlich um die Aufständischen zu trennen, faßte er den Entschluß, den größeren Theil der Truppen von Rom weg zu ziehen. Sogleich kam zu der einen Gefahr noch eine andere. Die städtische Bevölkerung hatte bisher ohne Widerstand alles über sich ergehen lassen. Jetzt aber, als die Sieger unter einander sich entzweiten, als man hörte, daß nur ein kleiner Theil in Rom zurückbleiben sollte, erstarkte mit dem Wunsch nach Rache auch der Muth, ihn zu befriedigen. Die Bewohner von Trastevere drangen mit den Waffen, die sie zur Hand hatten, in die Stadt; einzelne Franzosen und Parteigänger der Republik wurden in den Straßen umgebracht, und die Bewegung gewann an Bedeutung, als auf die Nachrichten aus Rom auch die ländliche Bevölkerung der Umgegend sich erhob. Aber zu ihrem Unglück. In der Stadt gelang es den Soldaten, die sich sogleich in größter Ordnung um die in Rom zurückgebliebenen Generale sammelten, den Aufstand zu unterdrücken, und eine Abtheilung von 1000 Mann unter Murat erstickte in den folgenden Tagen die Bewegung auf dem Lande in dem Blut ihrer Urheber [2]).

---

1) Nouvelles politiques de Leyde, 23. u. 30. März, 17. April.

2) Murat an Dallemagne bei St. Cyr, Mémoires I, 281. L'on me

Vergebens hoffte jedoch Massena, die Rücksicht auf die eigene Gefahr möchte die Truppen seinem Ansehen wieder gefügig machen. Der Ausschuß der Offiziere erklärte ihm noch am Abend des Aufstandes, er habe das Vertrauen der Armee verloren, man erkenne nur noch den General Berthier als obersten Befehlshaber an. Berthier beeilte sich, durch rasche Abreise nach Mailand der gefährlichen Ehre zu entgehen; Massena, von Allen verlassen, zog sich nach Monterosi zurück und mußte einwilligen, daß der älteste General, Dallemagne, dem Namen nach den Oberbefehl übernahm. Dem Namen nach, denn die wirkliche Gewalt besaß auch ferner der Ausschuß der Offiziere. Er setzte eine Commission zur Untersuchung der Räubereien ein, ließ sich Rechenschaft ablegen, sprach sogar ein Todesurtheil gegen einen Offizier des Generalstabes aus und bewirkte, daß den Truppen ein Theil des rückständigen Soldes bezahlt wurde. Als das verständige Benehmen des Generals Dallemagne die Aufregung allmählich beschwichtigte, konnte auch Massena am 13. März nach Rom zurückkehren; aber er lebte wie ein Geduldeter, ohne Befehle zu ertheilen, ja ohne den Soldaten sich nur zeigen zu dürfen[1]).

Das Directorium erfuhr hier zum ersten Male den entschiedenen Widerstand einer Militärgewalt. Vor dem Staatsstreich des 18. Fructidor hatte es selbst die Armeen zu politischen Adressen aufgefordert, jetzt mochte es seine Unvorsichtigkeit erkennen. Es suchte noch den Schein des Ansehens zu behaupten, indem es die vier Offiziere, welche die Adresse des römischen Heeres nach Paris überbrachten, verhaften ließ. Aber am 8. März wurde auch Massena's Abberufung verfügt; statt seiner übernahm der General St. Cyr, ein Mann von unbe-

---

rapporte que la perte des rebelles est de 400 hommes, qui tous ont été tués. Je crois avoir environ 100 prisonniers, que demain je ferai mitrailler.

1) Mémoires de Massena, rédigés par le Général Koch, Paris 1849, III, 16 fg.

scholtenem Rufe, am 26. März den Oberbefehl. Es gelang ihm, die zerrüttete Disciplin wieder herzustellen; allein auf eine Bestrafung der Aufständischen mußte er verzichten. Als er die Mitglieder des leitenden Ausschusses Nachts verhaften und in die Engelsburg führen ließ, stand die Armee im Begriffe, ihre Kameraden mit Gewalt zu befreien, und St. Cyr mußte froh sein, daß er die Verhafteten gegen eine wenig sagende Erklärung wieder entlassen konnte. Eine Proclamation versprach dann Bezahlung des Soldes und Bestrafung der Diebstähle, also in der That gerade, was die Offiziere gefordert hatten [1]). Die ganze Bewegung zeigte die Ohnmacht des Directoriums gegenüber der bewaffneten Macht, sie ließ vorhersehen, was bevorstände, wenn einmal ein kluger, kräftiger Leiter den Unwillen der Soldaten wie des Volkes für seine eigenen Zwecke gegen eine solche Regierung benutzen könne.

Alle diese Unordnungen hatten aber nicht verhindert, daß noch vor Ankunft St. Cyr's die römische Republik in's Leben trat. Schon am 15. Februar, als man die Freiheit proclamirte, hatte der General Cervoni im Namen des römischen Volkes vorläufig sieben Consuln eingesetzt, deren Bedeutung am besten dadurch bezeichnet wird, daß sie den Agenten Bassal als Secretär erhielten. Einige Tage nachher, am 22., langten die Commissäre des Directoriums an: Daunou, Monge, Florent, denen wenig später Faypoult folgte. Ein Decret des Directoriums vom 19. Februar machte dem commandirenden General zur Pflicht, unverzüglich mit diesen Commissären die Constitution für die neue Republik zu vereinbaren; zehn Tage nach Empfang des Decrets sollten die beiden gesetzgebenden Räthe ernannt und im Amte sein. Diese wenigen Worte zeigen, wie man die Arbeit der Commissäre auffaßte. Die französische Constitution diente wieder als Muster, nur daß antike Namen die französischen ersetzten; statt der fünf

1) St. Cyr, Mémoires I, 50 fg. Er sucht zwar möglichst den Schein zu wahren, als habe er das Ansehen des Directoriums aufrecht erhalten, aber am meisten spricht dagegen seine eigene Proclamation.

Directoren hatte man fünf Consuln, statt des Rathes der Alten zwei und dreißig Senatoren, statt des Rathes der Fünfhundert, zwei und siebenzig Tribunen. Das Gebiet, mit dem nun auch die anconitanische Republik vereinigt wurde, zerfiel in acht Departements mit den gewöhnlichen Eintheilungen der Cantone und Gemeinden. Eine merkwürdige Wahrnehmung macht man aber bei dieser Constitution. In seinen Handlungen war das Directorium damals noch völlig revolutionär; gleichwohl wandte sich die Theorie schon mehr und mehr zu aristokratischen Institutionen zurück. Die Bestimmungen über Census und Wahlrecht würde man in unserer Zeit nicht als demokratische gelten lassen. Auf dem Papier nimmt sich diese römische Verfassung nicht so übel aus. Man erwehrt sich kaum des Gedankens, daß sie der Schlaffheit des geistlichen Regiments gegenüber ein Quell des Segens hätte werden können. Wäre es nur möglich, durch Verfassungsbestimmungen ein Land und eine Bevölkerung umzuwandeln, die nicht im Geringsten darauf vorbereitet sind! Sogleich zeigte sich die Schwierigkeit, in einer Stadt, die bisher ausschließlich von Geistlichen geleitet war, taugliche Personen für die Verwaltung zu finden. Unter den fünf Consuln sehen wir den Geburtshelfer Angelucci[1]) und den Archäologen Ennius Quirinus Visconti, beide vielfach bei den früheren Aufständen betheiligt, dann noch zwei Aerzte. Die Besten, Tüchtigsten hielten sich zurück; wer mochte so unbedingt, wie die Franzosen es verlangten, sich zum Werkzeug der Fremden machen? Unter solchen Umständen fiel die eigentliche Leitung von selbst an den Generalsecretär Bassal. Zudem legte ein Artikel der Verfassung auch gesetzlich alle Gewalt in die Hände der Franzosen. Bis zum Abschluß eines Bündnißvertrages mit der französischen Republik sollte kein Gesetz

1) Der Moniteur vom 26. April berichtet aus Rom: Le consul Angelucci a publié un avis par lequel il annonce, que ses fonctions comme premier magistrat ne l'empêcheront pas d'assister l'humanité souffrante comme accoucheur et chirurgien.

ohne Zustimmung des commandirenden Generals promulgirt werden, der General dagegen aus eigener Machtvollkommenheit jedes ihm nothwendig scheinende Gesetz erlassen können. Ohne irgend eine Theilnahme des römischen Volkes brachten denn auch die Commissäre beinahe innerhalb der vom Directorium gesetzten Frist ihre Arbeit zu Stande; Massena ließ sich noch einmal vernehmen, indem er durch eine Proclamation die Verfassung in Kraft setzte. Am 20. März wurde sie feierlich unter den gebräuchlichen Reden und Freudebezeigungen veröffentlicht[1]); man wird vorhersehen, was von ihrer Wirksamkeit uns später zu sagen bleibt.

Von der größten Bedeutung war dagegen die neue Eroberung für die Macht des Directoriums in Italien. Erst jetzt wurde sie zur eigentlich herrschenden. Bis dahin hatte der Kirchenstaat die dem französischen Einfluß entgegenstehenden Gebiete: Neapel, Toscana, das Venetianische noch vereinigt, jetzt, in französischen Händen, trennte er sie und gab Toscana und Neapel in den Machtbereich der Republik. Um so auffallender erschien es, daß der Kaiser eine so gewaltige Veränderung ohne Widerstand, ja sogar ohne öffentlichen Widerspruch sich gefallen ließ. Viele glaubten damals nur in einem geheimen Einverständniß zwischen Oesterreich und Frankreich die Erklärung zu finden. Ein Einverständniß bestand freilich nicht, aber wahr ist, daß auch Thugut die Vernichtung des Kirchenstaates nicht unbedingt als ein Hinderniß für die Einigung mit Frankreich betrachtete. Wir haben gesehen, wie er schon am 9. Februar den Gesandten in Rastatt zu Vorschlägen ermächtigte, die den Papst auf den Besitz der Stadt Rom und eine Pension beschränkt hätten. Und so muß es als ein charakteristisches Merkzeichen für die Stimmungen jener Tage hervorgehoben werden, daß die Fortdauer der päpstlichen Herrschaft auch in den Augen der katholischen Höfe keineswegs als

1) Nouvelles politiques de Leyde, 10. April. Franchetti a. a. O. I, 312.

Bedingung einer sicheren Rechtsordnung in Europa galt. Thugut's Hauptziel bei den Unterhandlungen mit Frankreich war die Erwerbung der Legationen; Neapel hatte schon vor dem Frieden von Campo Formio begehrliche Blicke auf die Mark Ancona gerichtet; nicht weniger liegt ein Entwurf des spanischen Friedensfürsten vor, der eine neue Theilung Italiens in der Weise vorschlägt, daß neben vier Monarchien und zwei Republiken der Papst von seinem Territorialbesitz nur den geringsten Theil und nicht einmal seine Hauptstadt behalten hätte[1]).

1) Dritte Beilage zu Thugut's Depeschen an Cobenzl vom 23. Februar.

## Sechstes Kapitel.

### Die Schweiz.

Größere Aufregung als die Vernichtung der päpstlichen Herrschaft rief wenige Tage später der Untergang eines anderen Staatswesens in Rastatt hervor.

Je weiter die Franzosen ihre Macht in Italien ausdehnten, je eifriger sie ihrem Besitz Dauer und Festigkeit zu geben suchten, um so mehr wünschten sie sich auch der Alpenpässe und der großen Straßen zu versichern, welche die Verbindung mit Frankreich herstellen. Viel war dafür schon geschehen. Bereits im September 1792 hatte der General Montesquiou Savoyen in Besitz genommen; auch die Stadt Genf wäre damals in französische Hände gefallen, hätte nicht rasche Hülfe von Bern das Heer, das schon die Thore bedrohte, zum Rückzug genöthigt. Einen Vertrag, der dann zum Abschluß kam, hatte der Convent nur ungern und nach langem Zögern genehmigt, ohne aber seine Absichten auf die beinahe ganz von französischem Gebiete umschlossene Stadt aufzugeben.

Als Bonaparte seinen Siegeszug in Italien begann, war wieder sein erstes Bestreben, sich der piemontesischen Festungen und dadurch der italienischen Seite des großen Gebirges zu bemächtigen. Später hat er als Kaiser in Mailand den prächtigen Triumphbogen für die Simplonstraße gebaut; schon im Mai 1797, während er mit den Oesterreichern in Montebello verhandelte, wünschte er den Canton Wallis zu einem Vertrage zu nöthigen, der den Alpenpaß und die Straße durch das Rhonethal den französischen Heeren freistellte. Das Directorium, damals in seiner Mehrheit noch zum Frieden geneigt, ging jedoch nicht auf einen Antrag ein, der beinahe

unvermeidlich zu einem Bruch mit der Eidgenossenschaft führen mußte [1]). Aber die Revolution vom 18. Fructidor lenkte nach allen Seiten die Gedanken auf den Krieg, und wenn die starke Hand des Generals Bonaparte gleichwohl den Frieden mit dem Kaiser unterzeichnete, so stellte sie eben dadurch mächtige Heere den Directoren zur Verfügung. Beinahe mit Nothwendigkeit wurde die Schweiz in den Kreis der neuen kriegerischen Entwürfe hineingezogen, und zwar die ganze Schweiz. Denn so unentbehrlich der Süden des Landes für die Herrschaft in Italien, so wichtig war der Norden für einen Krieg mit Deutschland. Gelang es, die Schweiz französischer Herrschaft, oder doch französischem Einfluß zu unterwerfen, so war der große Plan, ganz Frankreich mit abhängigen Republiken zu umgeben, zum Abschluß gebracht. Man erinnert sich, daß im Sommer 1797 eine cisrhenanische Republik in's Dasein gerufen, eine alemannische durch Aufwiegelung der süddeutschen Länder wenigstens in Aussicht genommen war. Wenn die eine Dauer, die andere Leben erhielt, so reichte mit dem Eintreten der Schweiz der große Gürtel ohne Unterbrechung von der Nordsee bis zum Mittelmeer, und die herrschende Stellung Frankreichs war auf dem Festlande nach allen Seiten von dienstbaren Vasallen anerkannt.

Manches in den Zuständen der Schweiz schien den französischen Absichten förderlich. Ein Gemisch der verschiedensten Staatsformen hatte sich auf diesem Boden seit dem Mittelalter beinahe unverändert erhalten. Dreizehn Cantone bildeten die eigentliche Eidgenossenschaft; dazu kamen noch die eilf zugewandten Orte, theils Bundesgenossen (associés) mit Sitz und Stimme auf der Tagsatzung, wie das Stift St. Gallen und die Städte St. Gallen und Biel, theils Verbündete (alliés) kraft Verträgen verschiedenen Inhalts, nämlich die grauen Bünde, Wallis, Neuenburg, die Städte Genf und Mühlhausen und der Bischof von Basel.

---

1) Bonaparte an das Directorium, 14. Mai; Delacroix an Bonaparte am 13. Juli 1797, Corresp. inéd. VII, 305.

Dieser Zustand war Förderung, ja vielleicht Bedingung der so lange von ganz Europa gewünschten und anerkannten Neutralität. Es fragte sich nur, ob eine so vielfach getheilte Bevölkerung rasch und kräftig genug gegen den drohenden Angriff eines übermächtigen Nachbars sich würde einigen können, besonders wenn auch in den einzelnen Cantonen die politischen Parteien eine neue, noch tiefer gehende Theilung hervorriefen. Denn der Vielheit der Staaten entsprach die Verschiedenheit der Verfassungen. Neben einer rein demokratischen Gemeindebildung in den Waldstädten, in Zug, Glarus und im Appenzell waren in allen größeren Cantonen mehr oder weniger aristokratische Elemente die leitenden geworden. Man kann nicht sagen, daß die Regierung schlecht, oder daß die Mehrheit, ja nur ein beträchtlicher Theil der Bevölkerung dem Umsturz des Bestehenden geneigt gewesen sei; aber auch in den schweizerischen Aristokratien hatten sich die Fehler nicht fern halten lassen, an denen alle Institutionen dieser Art gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts zu leiden pflegten. Die frühere Thatkraft war erloschen; man begnügte sich, in den gewohnten Geleisen alte Rechte und Vorrechte zu wahren, und je engherziger die regierenden Geschlechter und Stadtgemeinden ihren Kreis abschlossen, um so mehr gewöhnten sie sich, in der Geburt die wesentlichste Bedingung für den Erwerb der Aemter zu finden. Zu zahlreichen und begründeten Klagen gaben seit langer Zeit die unterthänigen Landschaften Veranlassung, vor allen die gemeinen Vogteien. Nicht weniger als zwanzig an der Zahl, darunter einzelne, wie das Thurgau, an Volksmenge den meisten Cantonen voraus, waren sie der Regierung von Landvögten unterworfen, welche von den herrschenden — zwei, drei, acht, neun, zuweilen sogar von zwölf — Cantonen bestellt wurden. Aber ganz abgesehen von wirklichen Uebelständen: es lag in der Natur der Verhältnisse, daß eine so gewaltige Bewegung wie die französische Revolution in dem, wenn auch aristokratisch, doch immer republikanisch organisirten Nachbarlande die lebhafteste Theilnahme und neben entschiedenen Gegensätzen auch begeisterte Zustimmung hervorrief.

Die Franzosen wußten die Sympathien für ihre Sache trefflich zu benutzen. Sie hatten Agenten in Wallis, in Genf, in Graubündten; der Mittelpunkt ihrer Wirksamkeit war Basel, das schon durch seine Handelsverbindungen seit langer Zeit auf Frankreich und den Elsaß hingewiesen wurde. Die Stadt hatte seit dem Ausbruche des Krieges durch ihre Lage ganz besondere Wichtigkeit gewonnen. Was von diplomatischem Verkehr noch übrig blieb, concentrirte sich auf diesen neutralen Punkt. Frankreich war bereits seit dem Januar 1792 durch Barthelemy vertreten, und dieser kluge, gemäßigte Mann, noch in den Ueberlieferungen der alten Diplomatie herangebildet, hatte im Verein mit Bacher, seinem thätigen Secretär, eben so eifrig als erfolgreich für die französischen Interessen gewirkt. In Basel war es vor Allen der Oberzunftmeister Peter Ochs, der von französischen Ideen erfüllt, eitel, unruhig, leidenschaftlich, durch sein ganzes Wesen bestimmt schien, ein Werkzeug in fremden Händen zu werden. Einstweilen zeigte er sich, wo immer möglich, den französischen Diplomaten gefällig; aus den Hansestädten wandte man sich an ihn, wenn man Barthelemy trotz des Krieges eine vertrauliche Mittheilung zu machen wünschte, und er rechnete sich zu besonderem Ruhme, daß der Friede mit Preußen in seinem Hause zum Abschluß gekommen war[1]). Es scheint nicht, daß der österreichische Gesandte, Freiherr von Degelmann, eben so ergebene Anhänger in Basel habe gewinnen können. Ueberwiegend trat dagegen der Einfluß der Coalition in Bern hervor. In der Verfassung dieses mächtigen Cantons war das aristokratische Element am entschiedensten zur Geltung gelangt. Ungefähr dritthalb hundert patrizische Familien waren ausschließlich zum Regiment befähigt. Ihre Angehörigen bildeten den großen Rath, der nicht weniger als zweihundert, aber nicht mehr als zweihundert neun und neunzig Mitglieder zählen sollte und immer nach dem Ablauf von zehn Jahren neu ergänzt wurde.

1) P. Ochs, Geschichte der Stadt und Landschaft Basel, Basel 1822, VIII, 560 fg. Wohlwill, Reinhard als französischer Gesandter in Hamburg, Hansische Geschichtsblätter, Jahrgang 1875, S. 63 fg.

Dieser Rath besaß die höchste Gewalt; er gab Gesetze, beschloß über Krieg und Frieden, über Steuern und Finanzen, nahm auch an der Rechtspflege Theil und ernannte die höheren Offiziere und Beamten, insbesondere den regierenden Schultheißen und dessen Stellvertreter. Er wählte auch den kleinen Rath, der aus den Schultheißen, dem deutschen und dem welschen Seckelmeister, 4 Vennern, 17 Rathsherren und 2 sogenannten Heimlichern oder Jüngstgewählten sich zusammensetzte und die laufenden Geschäfte besorgte. Auf der schweizerischen Tagsatzung nahm Bern den zweiten Platz nach dem Vorort Zürich ein, an Macht und Einfluß war es unstreitig unter allen Cantonen der erste. Sein Gebiet, theils der deutschen, theils der welschen oder romanischen Zunge angehörig, umfaßte beinahe ein Drittel der gesammten Eidgenossenschaft; die Zahl der Einwohner wurde auf 400,000 angeschlagen. Schatz- und Zeughaus waren gefüllt, die bewaffnete Macht konnte man äußersten Falles auf 60000 Mann erhöhen, Kriegsdienste in fremdem Solde erhielten militärische Zucht und Geschicklichkeit [1]). Mit Stolz und Selbstvertrauen sah man auf die politischen und kriegerischen Erfolge so vieler Jahrhunderte zurück und mochte sich wohl berechtigt glauben, den großen italienischen Gemeinwesen: Venedig und Genua an die Seite zu treten. Aber diese beiden waren dem Andrang der Revolution unterlegen. Würde die berner Aristokratie sich glücklicher behaupten können?

Von jeher in engen Beziehungen zur französischen Monarchie fand man sich jetzt auch den demokratischen Einflüssen in nächster Nähe gegenüber und betrachtete seit dem Herbst 1792 mit steigender Besorgniß das immer bedrohlicher heranwachsende neue Staatswesen. Die herrschende Partei unter ihrem so thätigen als einsichtsvollen Führer, dem Schultheißen Nicolaus Friedrich von Steiger, wäre wohl geneigt gewesen, sich an dem Kriege der Coalition zu betheiligen; aber so weit reichte ihr Einfluß nicht. Es gab in Bern und ebenso in

1) A. v. Tillier, Geschichte des Freistaats Bern. Bern 1839, V, 329 fg., 383 fg.

Zürich und Luzern viele Stimmen, die zwar nicht den Anschluß an die französische Republik verlangten, aber doch den Wunsch und die Hoffnung aussprachen, durch eine vorsichtige Neutralität den Brand, der die umliegenden Länder ergriffen hatte, von sich fern zu halten. Als der große Rath in Bern am Charfreitag 1795 zu einem Drittel ergänzt wurde, gehörte von den neu eintretenden vier und neunzig Mitgliedern der bei weitem größere Theil dieser Richtung an. Sie gewann an Stärke unter dem Eindruck der französischen Siege und des preußischen Friedens, und da auch die Franzosen während des Krieges mit der Coalition nicht wünschen konnten, zu den alten Feinden noch einen neuen in nächster Nähe heranzuziehen, so blieb das Verhältniß ohne Freundschaft und Vertrauen, aber auch ohne daß der Friede ernstlich gestört worden wäre.

Der 18. Fructidor bezeichnet auch nach dieser Seite die Wendung. Barthelemy hatte als Mitglied des Directoriums seine freundlichen Gesinnungen gegen die Schweiz bewährt; wesentlich durch seinen Einfluß waren im Juli 1797 die Pläne Bonaparte's noch zurückgewiesen. Der Staatsstreich entfernte ihn aus der Regierung; die entscheidende Persönlichkeit für die auswärtigen Angelegenheiten wurde Rewbel, der als geborener Elsasser bei den schweizer Händeln schon lange auch persönlich betheiligt und durch unangenehme Erlebnisse in Bern gegen diese Stadt mit ganz besonderem Groll erfüllt war[1]). Er hätte ihn nicht wirksamer bethätigen können, als indem er den früher von Barthelemy bekleideten Posten einem seiner zahlreichen Verwandten Namens Mengaud verlieh. Die aufdringliche Rücksichtslosigkeit dieses Mannes verschärfte noch den schroffen Inhalt seiner Aufträge. Klagen über die Emigranten, Beschwerden, daß man die Anhänger Frankreichs mißhandele, folgten eine der anderen; den schweizerischen Offizieren sollte untersagt werden, das vordem von französischen Monarchen verliehene

1) Sandoz bemerkt am 10. Februar 1798, Rewbel leite das Unternehmen gegen Bern par un motif de ressentiment personnel. Er hatte als Anwalt einen wichtigen Prozeß in Bern verloren.

Ludwigskreuz zu tragen; am 10. October forderte Mengaud sogar die Ausweisung des englischen Geschäftsträgers Wickham, weil derselbe von Bern aus die Gegenrevolution in Frankreich befördere. Die Berner Regierung verwies die Entscheidung an die schweizerische Tagsatzung, und so bedroht schien besonders in Folge des Friedens von Campo Formio die Lage der Eidgenossenschaft, daß das englische Ministerium sich entschloß, den Geschäftsträger abzurufen, um den Schweizern neue Unannehmlichkeiten zu ersparen [1]).

Aber Mengaud fand immer neue Gelegenheit, sich zu beschweren, und bald erfolgte auch der erste Uebergriff auf schweizerisches Gebiet. Schon vor dem Abschluß des Friedens von Campo Formio hatte Bonaparte das Veltlinerthal durch einen Schiedsspruch von Graubündten getrennt und der cisalpinischen Republik oder, was dasselbe bedeutete, französischer Gewalt überwiesen. Im November, als er durch die Schweiz nach Rastatt reiste, gab er seinen Wünschen für die Befreiung der Waadt, seiner Abneigung gegen die berner Aristokraten so wie der Vorliebe für die baseler Patrioten lebhaften Ausdruck, und es läßt sich denken, wie die Anwesenheit eines solchen Mannes auf die Parteien wirken mußte. Als er von Rastatt in Paris anlangte, fand er dort eine Zahl waadtländischer Flüchtlinge, die ihn als den künftigen Befreier ihrer Heimath begrüßten, und neben ihnen den Zunftmeister Peter Ochs, mit dem er drei Wochen früher schon in Basel sich besprochen hatte. Ochs erzählt in einer späteren Darstellung der Ereignisse, er habe eine Einladung des Directoriums nach Paris erhalten, wo man über den Austausch des Frickthals mit ihm habe verhandeln wollen. Bald nach Bonaparte's Ankunft, am 8. Dezember sei er von Rewbel zugleich mit dem General zu einem Mittag-

1) Wickham's Note an die bernische Regierung aus Frankfurt vom 22. November 1797 in dem ganz auf archivalischen Quellen beruhenden Aufsatz: Diplomatische Verhältnisse zwischen Frankreich und der Schweiz in den Jahren 1789 bis 1798, bei Posselt, Europäische Annalen, Jahrg. 1807, IV, 251 fg.

essen eingeladen und nach demselben mit Vorschlägen bedrängt worden, wie man in der Schweiz eine Revolution herbeiführen könne; er habe eine solche für unmöglich erklärt, und nur auf Bonaparte's eifriges Zureden endlich versprochen, in seinem Canton eine demokratische Umgestaltung zu versuchen [1]). Seine eigenen Briefe an Bonaparte beweisen freilich, daß seine Ungeduld, durch französische Unterstützung sich und seine Partei zur Herrschaft zu bringen, hinter den Wünschen der pariser Machthaber zum wenigsten nicht zurückblieb. Schon am 12. Dezember verbreitet er sich ausführlich über die Art, wie man die Schweiz in eine einzige, untheilbare, demokratische Republik umgestalten könne. Vor allem müsse man der französischen Hülfe versichert sein. Frankreich solle deßhalb seine unbestreitbaren Rechte auf verschiedene Theile des schweizerischen Gebietes geltend machen, die Patrioten öffentlich unter seinen Schutz nehmen, durch Flugschriften und Agenten auf die Bevölkerung wirken lassen. Am 19. und 22. Dezember folgen neue Bitten [2]); man sieht, der verblendete Mann hatte gar keine Ahnung, daß er die Fackel in sein eigenes Haus warf.

Was die Besetzung schweizerischen Gebietes betrifft, so war das Directorium seinen Wünschen zuvorgekommen. Bereits im Jahre 1792, beim Ausbruch des Krieges mit Deutschland, hatte der General Custine diejenigen Theile des Bisthums Basel besetzt, welche dem Reiche angehörten. Nach einer kurzen Existenz als rauracische Republik waren sie am 23. März 1793 als Departement des Schreckensberges (Mont-terrible) mit Frankreich vereinigt worden. Der Bischof von Basel besaß aber auch Hoheitsrechte über Landschaften, die einen Bestandtheil des schweizerischen oder doch des neutralen Gebietes bildeten, nämlich über das Immer- und das Münsterthal und die Stadt Biel, die zugleich durch ein besonderes Bundesverhältniß der Eidgenossenschaft angehörte. Nach dem Frieden von Campo Formio fühlte man sich in Paris vollkommen als Herrn des linken Rheinufers

1) Ochs a. a. O. VIII, 252 fg.

2) Corresp. inéd. IV, 470, 474, 476.

und stark genug, um Theorien wieder aufleben zu lassen, die ein Jahrhundert früher von den Reunionskammern Ludwig's XIV. auf diesem selben Boden mit so großem Erfolge zur Anwendung gebracht waren. Obgleich der Besitz der ehemals zum Bisthum Basel gehörigen Landschaften noch nicht einmal durch einen Reichsfrieden bestätigt war, glaubte das Directorium als Rechtsnachfolger des Bischofes auftreten und unter diesem Titel auch die schweizerischen Bestandtheile des Bisthums ansprechen zu können. Am 19. November erging ein Directorialbeschluß in diesem Sinne, Bonaparte's Ankunft und das Drängen des baseler Zunftmeisters mögen die Ausführung beschleunigt haben. Schon am 13. Dezember machte Mengaud der Eidgenossenschaft die Anzeige, Frankreich würde von dem Immer- und Münsterthal als integrirenden Theilen des Departements des Schreckensberges Besitz nehmen, zwei Tage später rückte der General St. Cyr in die Thäler ein und besetzte sie bis in die Nähe der Stadt Biel ohne Widerstand. Die wichtigen Pässe des Jura waren dadurch in der Macht der Franzosen; von Biel aus konnten sie in einem Tagemarsche nach Bern, Freiburg und Solothurn gelangen. Es klang wie Hohn, wenn Mengaud gleichzeitig versicherte, die geschehene Occupation solle die schweizerische Neutralität und die freundlichen Beziehungen zu Frankreich in keiner Weise beeinträchtigen. Bern, das in unbegreiflicher Sorglosigkeit die schon längst gefährdeten Thäler unbesetzt gelassen hatte, erkannte nun die Nähe der Gefahr; der Rath rief am 22. Dezember einige tausend Mann unter die Waffen und traf Vorkehrungen für ein größeres Aufgebot. Es wäre damals nicht schwer geworden, die noch wenig beträchtliche Macht der Franzosen wieder zurück zu drängen, aber das hieß Frankreich den Krieg erklären; die Mehrheit des berner Rathes hoffte noch, durch Unterhandlungen den Frieden zu erlangen; jedenfalls wünschte man die Entscheidung der außerordentlichen Tagsatzung abzuwarten, die vor Ende des Jahres sich zu Aarau versammeln sollte [1]).

---

1) Vgl. den Aufsatz: „Helvetien" in Posselt's Europäischen Annalen

Unterdessen blieb die demokratische Partei nicht müßig; das Vorgehen der Franzosen, das Vertrauen auf bewaffneten Beistand gab ihr neue Kraft. Ochs war voller Freude; jetzt, meint er, habe die letzte Stunde der Oligarchen geschlagen, bald werde es in der Schweiz keine Unterthanen mehr geben; sein einziger Zweifel ist, ob die künftige Verfassung den föderativen Charakter behalten, oder den Einheitsstaat herbeiführen solle; darüber erbittet er am 21. Dezember Bonaparte's Entscheidung mit dem Wunsche, der General möge der Gesetzgeber seines Vaterlandes werden. Einstweilen hatte er am 18. Dezember im großen Rath zu Basel den Antrag stellen lassen, den Landbewohnern gleiche Rechte mit den Stadtbürgern einzuräumen. Der Antrag wurde unter heftigen Erörterungen verworfen; gar zu selten hat eine herrschende Partei veralteten, ja haltlosen Vorrechten zu guter Zeit entsagen wollen. Aber draußen wuchs die Aufregung und das Machtgefühl der Gegner. Seit dem 8. Januar kam es in mehreren Landstädten zu offenem Aufstand; die Hauptstadt selbst war getheilt, der Rath fühlte sich zu schwach, die Bewegung aufzuhalten oder zu leiten. Am 5. Februar übergab er seine Gewalt einer Nationalversammlung von sechszig Mitgliedern, unter denen Stadt und Landschaft ungefähr gleichmäßig vertreten waren [1]).

Weit gefährlicher als diese unblutige Revolution erhob sich auf der anderen Seite der Schweiz eine Bewegung gegen Bern. Seit dem Kriege, der im sechszehnten Jahrhundert das reiche Waadtland den savoyischen Herzogen entriß und, mit Ausnahme weniger an Freiburg fallenden Vogteien, den Bernern unterwarf, war der fremden Herrschaft bald heimlich, bald offener ein Widerstand der Einheimischen entgegen getreten. Mehrmals wurden aufrührerische Bestrebungen noch im achtzehnten Jahrhundert blutig unterdrückt. Der Anfang der französischen Revolution weckte in den Städten wie bei einem Theile

1798, I, 117 fg. Tillier a. a. O. V, 545; Em. v. Rodt, Geschichte des bernerischen Kriegswesens, Bern 1834, III, 565.

1) Ochs a. a. O. VIII, 259 fg., 305 fg.

des Adels Jubel und Begeisterung, und bei der Feier des Bastille-Festes am 14. Juli 1791 trat eine so feindselige Gesinnung gegen Bern hervor, daß die Regierung eine Untersuchungscommission, unterstützt von bewaffneter Macht, in die Waadt sandte. Strenge Strafen wurden gegen einige der Haupttheilnehmer verhängt; gegen andere, die eine rechtzeitige Flucht gerettet hatte, das Todesurtheil ausgesprochen. Barthelemy erwirkte jedoch im Jahre 1796 eine Amnestie, sogar für den Hauptbetheiligten, den General Amadeus Emanuel Laharpe, die freilich nur seinen Erben zu Gute kam, denn er selbst war kurz vorher im italienischen Feldzuge an der Spitze einer französischen Division gefallen. Ausgeschlossen blieb aber sein Vetter, der Oberst Friedrich Caesar Laharpe, weil er noch in letzter Zeit die bernische Aristokratie in seinen Schriften auf das heftigste angegriffen hatte. Dieser Mann, dem auch seine Gegner redliche Absichten, einen starken Willen und bedeutende Fähigkeiten nicht absprechen, war dreizehn Jahre lang Erzieher der russischen Großfürsten in Petersburg, und seit 1794 die Seele der waadtländischen Bewegung gewesen. In der Heimath nicht geduldet, nahm er nahe der Grenze, dann mit einigen Gleichgesinnten in Paris seinen Aufenthalt. Bonaparte's Benehmen in der Schweiz hatte ihre Hoffnungen neu belebt; kurz nachdem der General in Paris eingetroffen war, — vielleicht von ihm angeregt — reichten sie am 9. Dezember dem Directorium eine Denkschrift ein, welche Frankreichs Beistand zum Schutz der verfassungsmäßigen Rechte der Waadtländer anrief. Der Herzog von Savoyen, führten sie aus, habe die Waadt im Jahre 1564 nur unter der Bedingung an Bern abgetreten, daß die Rechte und Privilegien der Einwohner aufrecht erhalten blieben; gleichwohl seien die in der Waadt bestehenden Landstände nie wieder einberufen. Frankreich, das dem savoyschen Vertrage im Jahre 1565 seine Garantie beigefügt, möge nun auf diesen Grund und zugleich als Rechtsnachfolger des Herzogs von Savoyen für die Waadtländer eintreten. Man sieht: eine ganz ähnliche Theorie, wie sie eben bei der Occupation der bischöflich baselschen Besitzungen

zur Anwendung kommen sollte; und es wäre schwer zu sagen, in welchem Falle mit minderer Berechtigung. Denn wenn Frankreich dem Bischof seine reichsständischen Besitzungen genommen hatte, welches Recht ergab sich daraus, ihm auch zu nehmen, was er als unabhängiger Fürst und Verbündeter der schweizerischen Eidgenossenschaft besaß? Eben so wenig ließ sich behaupten, daß Frankreich durch die Aneignung Savoyens auch die Ansprüche der nach wie vor in Turin regierenden Familie erworben habe. Und wenn man sich auf die französische Garantie des Jahres 1565 berief, so war es schon seltsam genug, eine länger als zweihundert Jahre niemals angerufene Clausel jetzt für wesentlich verschiedene Verhältnisse geltend zu machen; es kam aber noch hinzu, daß Frankreich im Jahre 1579 ausdrücklich darauf verzichtet hatte. Talleyrand machte in seinem Berichte über die Bittschrift in der That diese Gründe geltend; ging man auf die Sache ein, so erfolgte unzweifelhaft ein Bruch mit Bern, der damals noch nicht in den Wünschen des Directoriums lag. So wurde die Entscheidung einstweilen verschoben. Als aber die Reunion der baselschen Landschaften über Erwarten leicht von Statten ging, ja in der ganzen Schweiz die Regsamkeit der französischen Partei verdoppelte, fanden auch die Bitten und Verheißungen der Waadtländer ein geneigteres Ohr. Talleyrand mußte über die zuerst verworfene Denkschrift zu Ende des Monats noch einmal und in einem ganz verschiedenen Sinne berichten[1]); am 28. Dezember erklärte das Directorium den Regierungen von Bern und Freiburg: es mache ihre Mitglieder persönlich verantwortlich für die Sicherheit der Waadtländer, welche die Vermittlung der französischen Regierung angerufen hätten, oder anrufen würden, um in Ausführung der alten Verträge in ihren Rechten erhalten, oder in dieselben wieder eingesetzt zu

1) Sybel, Geschichte der Revolutionszeit V, 56. Posselt a. a. O. 1798, I, 172. Die ganze Deduction findet sich schon in Laharpe's Essai sur la Constitution du Pays de Vaud, 2 Bde., Paris 1797.

werden [1]). Gleichzeitig erging der Befehl an den General Menard, eine Division der italienischen Armee über Savoyen und Genf nach Frankreich zu führen und an der Grenze der Waadt Stellung zu nehmen.

Es gab kein wirksameres Mittel, die Unruhe des Landes, die Widersetzlichkeit gegen die Landvögte auf den höchsten Punkt zu bringen. Auch von Bern wurde eine außerordentliche Commission nach Lausanne geschickt, gelangte aber zu keinem Ansehen. In den größeren Städten, sogar unmittelbar neben ihr in Lausanne, bildeten sich Comités zur Ordnung und Leitung des Widerstandes; in Vevey wurde der Landvogt verhaftet, das Schloß Chillon durch einen Ueberfall genommen. Als Gegenmittel verordnete man in Bern die Erneuerung des gegenseitigen Treueides zwischen der Regierung und dem Waadtlande, und unter den dreißig Bataillonen der waadtländischen Miliz waren immer noch vier und zwanzig, die den Eid, wenn auch nicht ohne Widerstreben und Bedingungen, leisteten. Ein kräftiger Wille hätte gewiß, wenn nicht in Allem die bestehende Ordnung, doch den Besitz des Landes für Bern erhalten können. Leider war der Oberst Weiß, der am 12. Januar den Oberbefehl in der Waadt, einige Tage später sogar unbeschränkte Vollmacht erhielt, dieser Aufgabe durchaus nicht gewachsen. Er hatte immer der Partei angehört, die vor allem den Frieden mit Frankreich wollte. Mit den französischen Diplomaten stand er in nahem Verkehr, er rühmt sich sogar, durch seine Verbindungen in Paris Barthelemy's Eintritt in das Directorium bewirkt zu haben. Wenige Wochen vorher hatte er den General Bonaparte in seiner Landvogtei zu Moudon glänzend empfangen; jetzt erging es ihm, wie es gewöhnlich Menschen zu ergehen pflegt, deren Vergangenheit mit ihren gegenwärtigen Pflichten streitet. Er konnte sich zu keiner durchgreifenden Maßregel entschließen. Statt sogleich die zum großen Theil noch gut-

1) (Weiss), Du debut de la révolution suisse ou défense du cy-devant général de Weiss, Avril 1799. Vertheidigung des Verfassers, einseitig, aber doch eine nützliche Quelle.

willigen Milizen einzuberufen, vertraute er auf die Wirkung schwungvoller Proclamationen und einer umfänglichen Flugschrift, die er eben druckfertig machte; statt den Mittelpunkt der Bewegung, Lausanne, in fester Hand zu halten, reiste er von einem Ort zum andern, um zu ermahnen und zu bekehren. Unterdessen behielten seine Gegner das Feld; überall wurden die Landvögte vertrieben, oder ihrer Macht beraubt; die Waadt war für Bern so gut wie verloren, als Weiß endlich am 23. in Yverdon beinahe an der Grenze seines Bezirks einige Soldaten zusammenbrachte. Er überlegte nun, wie er sich der Hauptstadt wieder bemächtigen könnte. Mittlerweile waren aber die französischen Truppen an der Grenze erheblich verstärkt; Menard trat mit den revolutionären Comités in Verbindung, erließ am 23. eine Proclamation, welche die Waadt unter den Schutz Frankreichs stellte, und auf solchen Rückhalt gestützt, wagte das Centralcomité zu Lausanne Tages darauf, den berner Commandanten zur Räumung des Waadtlandes förmlich aufzufordern. Weiß, dessen eigene Truppen schon der Revolution sich anschlossen, verlor den Muth; er schrieb nach Bern, lieber wolle er seine Entlassung nehmen, als Gewaltmaßregeln anwenden, die bald die ganze Schweiz in Revolution versetzen und die berner Excellenzen zu Emigranten machen würden[1]).

1) Weiß a. a. O. 54. Menard's Proclamation im Archiv für schweizerische Geschichte, Zürich 1864, XIV, 226. Diese Zeitschrift enthält die wichtigsten, unentbehrlichen Quellen für die folgende Darstellung: Bd. XII die Correspondenz des General Brüne; Bd. XIV u. XVI die dazu gehörigen „Aktenstücke zur Geschichte der französischen Invasion in die Schweiz im Jahre 1798". — Sie wurden aus dem Nachlaß des Generals Brüne von einem patriotischen Schweizer, dem Banquier Marcouard, in Paris angekauft, dem Archiv in Bern zum Geschenk gemacht, dann von dem Staatsschreiber und Archivdirector M. v. Stürler mit musterhafter Sorgfalt herausgegeben. Dazu kommen noch: Bd. XV, Bulletin historique de la campagne d'Helvétie — eigenhändige Aufzeichnung des Generals Schauenburg — und der Aufsatz von Stürler „Ueber die Ermordung des Generalmajors Karl Ludwig v. Erlach" im Archiv des historischen Vereins des Cantons Bern, 1875, VIII, 298.

Wie die Dinge lagen, blieb allerdings nicht viel zu hoffen; gewaltsames Vorgehen hätte wahrscheinlich nur den Franzosen einen Dienst geleistet. Denn das Directorium wünschte nichts mehr, als eine Veranlassung, die Waadt zu besetzen. Die Instruction für Menard vom 17. Januar befahl für den Fall, daß Bern oder Freiburg den Bestrebungen der Waadtländer mit bewaffneter Hand entgegenträten, die Truppen beider Cantone sofort zur Räumung des Landes aufzufordern, und falls dieser Aufforderung — wie man voraussetzen mußte — nicht Folge geleistet würde, Gewalt zu brauchen. Dann sollte der General sogleich gegen Bern ziehen, um entweder die Stadt mit Gewalt zu nehmen, oder doch die Regierung zur Abdankung zu zwingen [1]); die geeigneten Proclamationen wurden schon im Voraus beigelegt. Menard nahm die in den deutschen Theilen des Cantons betriebenen Rüstungen zum Vorwand, um am 25. Januar die Räumung der Waadt zu verlangen. Weiß war aber seinen Forderungen eigentlich schon zuvorgekommen, und es möchte für den französischen General nicht leicht geworden sein, bei den friedlichen Gesinnungen seines Gegners neuen Vorwand zum Streit zu finden, als ein Zufall ihm alles, was er wünschte, in die Hand gab. Der Adjutant, der das Schreiben Menard's an Weiß überbringen sollte, stieß vor dem Dorfe Thierens zwischen Moudon und Yverdon bei dunkler Nacht auf eine Sicherheitswache. Angerufen, hieb einer der französischen Husaren den zunächststehenden Schweizer über das Gesicht, der Verwundete streckte ihn dafür mit einem Schuß zu Boden; mehrere Schüsse tödteten auch den anderen Husaren, der Adjutant verließ den Wagen, rettete sich mit der übrigen Begleitung nach Moudon und schickte von da aus seine Sommation und seine Beschwerden nach Yverdon. Weiß antwortet sogleich am folgenden Tage: das wenige, was er von Truppen gesammelt habe, sei theils aufgelöst, theils auf dem Rückzuge; er selbst werde sich nach Bern begeben. In der That war die

1) Archiv XIV, 231, 246.

Stimmung in der Stadt und unter den Soldaten schon der Art, daß er froh sein mußte, als man ihn, statt ihn festzuhalten, ruhig abziehen ließ. Ueber das Mißverständniß der Landleute in Thierens äußerte er das lebhafteste Bedauern, und versprach vollkommene Genugthuung. Aber Menard gab die glücklich gewonnene Handhabe nicht auf. Wer weiß, ob irgend eine Antwort auf seine Sommation den gewiß schon beschlossenen Einmarsch verhindert hätte, aber jetzt konnte man auch, gerade wie einen Monat früher in Rom, den Gegner als den angreifenden Theil unter den lautesten Vorwürfen für alles Unheil verantwortlich machen. Der nächtliche Vorfall zu Thierens wurde zu einer in der Kriegsgeschichte unerhörten Verletzung des Völkerrechtes aufgeblasen. Das Directorium, sagte Menard's Proclamation, habe nur von der Grenze aus die edlen Bestrebungen der Waadtländer schützen wollen; jetzt aber, da die heiligsten Rechte von den Satelliten der berner Oligarchen mitten im Frieden verletzt, da die Person des Gesandten angegriffen, zwei Husaren von diesen Scheusalen meuchelmörderisch umgebracht seien, jetzt würden auch die Soldaten der großen Nation nicht ruhige Zuschauer bleiben, sondern unter den Waadtländern selbst die Befehle des Directoriums zur Bestrafung der Frevler erwarten. Schon am 28. Januar zogen die Franzosen theils über den See, theils von Ferney aus in die Waadt, bald war die ganze Landschaft bis über Payerne, bis an die äußerste Grenze von ihnen besetzt; es fragte sich, wie lange das eigentlich bernische Gebiet noch würde geachtet werden [1]).

Der drohenden Gefahr gegenüber war man in Bern nicht müssig geblieben. Man hatte Truppen gesammelt und einem tapfern, freilich im Kriege noch nicht erprobten Offizier den Befehl gegeben: dem Obersten von Erlach, der bei Murten in einer gutgewählten Stellung die Franzosen erwartete. Aber Muth und Entschlossenheit waren von der regierenden Partei gewichen. Von allen

1) Archiv f. schw. Gesch. XII, 236; XIV, 186, 188, 192, 242 fg.

Seiten kamen die Nachrichten über den Fortgang der demokratischen Bewegung. Die am 27. Dezember zu Aarau versammelte Tagsatzung zeigte sich rath- und thatlos. Am 25. Januar ließ man die alten Bundeseide feierlich erneuern; es fehlte nicht an Worten der Rührung und Begeisterung, auch beschloß man das Doppelte der in dem Bündniß versprochenen Contingente zu stellen[1]). Aber vom Beschluß bis zur Ausführung war weit; eine Deputation, die bei Menard vermitteln sollte, wurde von diesem nicht einmal vorgelassen, und mehr und mehr trat die Ansicht hervor, die Waadt sei gar kein integrirender Theil weder der Eidgenossenschaft, noch des Cantons Bern; es frage sich, ob man ihretwillen den Frieden mit Frankreich und das Schicksal der gesammten Schweiz gefährden dürfe. Mengaud, der selbst in großem Aufzuge von Basel nach Aarau gekommen war, unterließ nichts, die Tagsatzung zu verwirren, Uneinigkeit hervorzurufen und Bern sowie die übrigen Cantone durch drohende Noten einzuschüchtern. Die Aristokratie empfand, daß ihre Stellung unhaltbar geworden sei. Leider zu spät und deßhalb fruchtlos geschah jetzt, was einige Monate früher vielleicht den Sturm hätte beschwören können. Im Canton Bern ließ man am 31. Januar aus allen Städten und Landgemeinden des deutschen Gebietes zwei und fünfzig Deputirte wählen, und nahm diese am 2. Februar als stimmberechtigte Mitglieder in den Rath auf. Tages darauf folgte der Beschluß, daß eine Commission binnen Jahresfrist den Entwurf einer neuen Verfassung ausarbeiten sollte. Aehnliche Versprechungen ergingen beinahe gleichzeitig in den übrigen aristokratischen Cantonen, in Luzern, Freiburg, Solothurn, Schaffhausen und Zürich, aber mit verschiedenem Erfolge. In Solothurn zwang das bewaffnete Volk den Magistrat, der sich seiner Macht schon begeben hatte, sie wieder anzunehmen. In Luzern mußte die Regierung den Unterthanen beinahe mit Gewalt die demokratischen Formen annehmlich machen. Auch

1) Die Höhe der einzelnen Contingente nach der Schirmordnung von 1668 bei Bluntschli, Geschichte des schweizerischen Bundesrechts, Zürich 1849, I, 414. Die Gesammtleistung wird auf 13,400 Mann bestimmt.

der Canton Zürich war den ganzen Februar hindurch der Schauplatz unruhiger Bewegungen; der Ausgang war aber, daß die politischen Gefangenen befreit, die Landschaft mit einer im Rath überwiegenden Vertretung ausgestattet, und die Einführung einer demokratischen Verfassung beschlossen wurde[1]). Daß während solcher Verwirrung die in Aarau zugesagte Bundeshülfe den Bernern nur spärlich geleistet wurde, läßt sich denken. Die Stadt sah sich wesentlich auf ihre eigenen Kräfte angewiesen, einer Gefahr gegenüber, die von Tag zu Tage drohender heranwuchs.

Am 4. Februar war General Brüne, der neue Oberbefehlshaber, in Lausanne angekommen: ein Mann, durch mehr als eine Fähigkeit ein gefährlicher Gegner. In der Jugend Schriftsetzer, dann Herausgeber eines Journals, hatte er sich mit Leidenschaft der Revolution angeschlossen; man machte ihm sogar den Vorwurf, und er hat ihn später mit dem Leben gebüßt, daß er sich an den Septembermorden betheiligt habe. Beziehungen zu Barras verschafften ihm rasche Beförderung im Heere, die er durch ausgezeichnete Dienste im italienischen Feldzuge rechtfertigte. Seiner ganzen Entwicklung nach war er zu den Generalen gehörig, die sich zugleich mit Politik befaßten, also besonders geeignet für die Schweiz, wo es darauf ankam, die französische oder wenigstens die demokratische Partei zu leiten und die von Ochs bereits entworfene einheitliche Verfassung durchzuführen. Für alle Fälle verlangte das Directorium, daß Bern der neuen Ordnung sich füge, daß die aristokratische Regierung beseitigt würde. Ob man aber besser und leichter durch Waffengewalt oder durch Verhandlungen zum Ziel gelange, das war, als Brüne den Oberbefehl erhielt, noch zweifelhaft und wesentlich dem Ermessen des Generals anheim gegeben[2]).

Hätte die Entscheidung bei Mengaud gestanden, sie würde

1) Die Proclamationen von Luzern vom 31. Januar, Bern, Zürich, Solothurn vom 3. 5. 11. Februar bei Posselt a. a. O. 294.

2) Brüne an das Directorium, 17. Februar, Archiv XII, 270.

bald genug erfolgt sein. Dieser roh und gewaltsam vorgehende Mann befand sich bereits im heftigsten Streit. Er hatte in Aarau während der Tagsatzung die bernischen Unterthanen mit den gewöhnlichen Mitteln aufgereizt, ihnen am 30. Januar förmlich französischen Schutz versprochen und kurz, ehe er nach Basel zurückkehrte, dahin gewirkt, daß am 1. Februar in der Stadt ein Freiheitsbaum errichtet wurde. Als die Regierung dem gegenüber ihre Vorkehrungen traf, schrieb Mengaud am 2. Februar nach Bern: Wenn die Demokraten in Aarau irgendwie beunruhigt würden, oder eine bewaffnete Macht der Stadt sich nähere, so würden auch die französischen Truppen von allen Seiten auf dem kürzesten Wege nach Bern rücken und der hochmüthigen, lächerlichen Tyrannei der Aristokraten ein Ende machen[1]).

So weit war es aber in Bern noch nicht gekommen, daß man solche Drohungen in solchem Tone sich hätte gefallen lassen. Bernische Truppen gingen gegen Aarau vor, und das Ansehen der Regierung war in wenigen Tagen wieder hergestellt. Die drohende Note Mengaud's ließ Steiger öffentlich anschlagen, die Rüstungen wurden fortgesetzt, und von allen Orten strömte die Bevölkerung zu den Fahnen. Mengaud in der äußersten Erbitterung, hatte wirklich am 3. Februar in einem Tone, als hätte er nur zu befehlen, den General Brüne zu einem entscheidenden Schlage gegen die Oligarchen aufgefordert. Aber Brüne, schon durch die Anmaßung des Agenten verletzt, fand sich auch durch die Lage der Dinge durchaus nicht zu so raschen und gewaltsamen Schritten angeregt. Die französische Division, etwa 9000 Mann stark, war ohne Geschütz und Reiterei, die Stimmung des Waadtlandes zweifelhaft. Brüne klagt zu wiederholten Malen, daß die bernische Oligarchie längst nicht so verhaßt sei, wie man hätte erwarten dürfen; nicht die Waadtländer, sondern die Decrete des Directoriums hätten die Revolution gemacht. Viele, denen die französischen Truppen an der Grenze als Schreckmittel gegen Bern willkommen waren, zeigten sich doch keineswegs erfreut, als die-

1) Archiv XIV, 270; XII, 466.

selben Truppen ungerufen die Grenze überschritten und nun auf Kosten des Landes ernährt und bezahlt werden sollten [1]). Menard hatte eine Contribution von 700,000 Franken ausgeschrieben, aber die Waadtländer in Paris erhoben so bittere Klagen, und Brüne begegnete einem so ausgesprochenen Widerwillen, daß er schon am 6. Februar die Forderung auf sich beruhen ließ und mit etwa 200,000 Franken, die bis dahin eingegangen waren, sich begnügte. Dazu kam, daß er die gegnerischen Streitkräfte keineswegs unterschätzen durfte. Er weiß kaum Worte zu finden für seinen Aerger, daß Mengaud's unzeitige Drohungen die bernische Regierung aufgerüttelt und zu Vertheidigungsmaßregeln beinahe gezwungen hätten. Was sonst vielleicht nur ein Handstreich gewesen wäre, würde jetzt zu einer ernsten und schwierigen Aufgabe, die sich ohne kräftige Unterstützung von Seiten der Rheinarmee gar nicht ausführen lasse. „Hätte Menard meine Instructionen gehabt", schreibt er am 6. Februar an das Directorium, „so wäre er jetzt in Bern. Ich bedaure, daß ich zu spät oder zu früh gekommen bin. Die Berner haben sich in Vertheidigungszustand gesetzt. Ich habe mich entschlossen, auf das Unbestimmte zu unterhandeln, bis der General Schauenburg die Stellung bei Biel eingenommen hat; dann werden die Oligarchen thun, was Ihr von ihnen begehrt, oder mein Unternehmen wird nur ein Handstreich sein. Ich glaube aber, sie werden halb aus Furcht, halb aus Schuldbewußtsein, an sich selbst Gerechtigkeit üben, ohne daß es zur Gewalt kommt. Im letzteren Falle desto schlimmer für sie; denn sie haben nicht vernünftig sein wollen [2]). Auch bei Bonaparte dringt er vornehmlich darauf, Schauenburg müsse die Stellung bei Biel einnehmen, um von da die befestigten Stellungen der Berner bei Murten und Gümminen im Rücken zu bedrohen. „Sie selbst", setzt er hinzu, „haben schon geäußert, daß der kürzeste Weg gegen Bern von Biel ausgeht. Soll das Unter-

1) Monnod, Denkschrift über die helvet. Revolution bei Posselt Europäische Annalen 1805, II, 121 fg.

2) Archiv XII, 236, 247; XIV, 271.

nehmen gelingen, so bedarf man durchaus die 12000 Mann von der Rheinarmee, die Sie selbst dafür gefordert haben. Nicht als ob ich nicht glaubte, Alles ohne Schwertstreich zu Ende zu führen, aber die Gegenwart der bewaffneten Macht ist unentbehrlich [1])."

Hätte man damals in Bern die letzten Absichten des Directoriums gekannt und die Vortheile der Lage benutzt, so würde sehr wahrscheinlich ein rascher Angriff auf die französischen Stellungen die Waadt wie das Münsterthal befreit und dem Kriege für den Anfang, wenn nicht für immer, eine andere Wendung gegeben haben. Der General Erlach hörte nicht auf, seiner Regierung in den dringendsten Ausdrücken die Nachtheile der bloßen Vertheidigung und die Nothwendigkeit eines kräftigen Entschlusses ans Herz zu legen [2]). Aber dahin vermochte Steiger den Rath nicht zu bringen. Die Friedenspartei hoffte noch immer durch Zögern, Nachgiebigkeiten, Verhandlungen der gefährlichen Entscheidung auszuweichen. Man schickte sogar nach allem, was vorgegangen, doch wieder eine Gesandtschaft nach Basel, um mit Mengaud zu unterhandeln. Aber zum Dank erhielt man Schimpfreden und neue drohende Aufforderungen, die Aristokratie solle durch unverzügliche Abdankung einer provisorischen Regierung nach demokratischen Grundsätzen Platz machen [3]). Um so größer war die Freude, als man in Brüne den Mann zu finden glaubte, mit dem Alles auf freundlichem Wege sich schlichten lasse.

Der General war am 9. Februar, als er die vorgeschobenen Posten musterte, in Moudon einem angesehenen Einwohner von Murten, Namens Herrenschwand, begegnet; scheinbar zufällig, in der That auf Veranlassung der bernischen Regierung [4]). Von beiden Seiten wurde der Wunsch nach fried-

1) Briefe vom 6. u. 11. Februar, Archiv XII, 239, 251.

2) Brief vom 8. Februar, Archiv f. schw. Gesch. XIV, 284; Archiv des Cantons Bern VIII, 322, 328, 340.

3) Mengaud an das Directorium, 12. Februar; an Brüne, 13. u. 14. Februar; an die Berner, 13. Februar; Archiv XIV, 327, 339, 345, 340.

4) Archiv des Cantons Bern VIII, 331.

licher Einigung laut, und Herrenschwand konnte in die Hauptstadt berichten, daß Brüne gern mit bernischen Abgeordneten sich besprechen würde. Ebenso freundlich äußerte sich in Bern ein französischer Offizier, den Brüne um diese Zeit mit Erlach's Bewilligung mitten durch das bedrohte Land an Mengaud abschickte. In Folge dessen gingen zwei Abgesandte, der Seckelmeister Jacob von Frisching und der Oberst Tscharner — ersterer das Haupt der Friedenspartei —, begleitet von Herrenschwand und dem Legations-Secretär Ludwig von Haller, am 15. Februar zu Brüne nach Payerne [1]). Sie fanden gute Aufnahme; der General schien recht im Gegensatz zu Mengaud durch Freundlichkeit und höfliche Formen seinen Vorschlägen Eingang verschaffen zu wollen. Dem Inhalt nach stimmten sie freilich mit dem, was Mengaud forderte, überein; ja der General bestand noch außerdem ganz besonders auf der Verpflichtung, daß Bern sich für die in Paris entworfene helvetische Einheitsverfassung erklären solle. Gerade gegen diesen Punkt erhoben die Gesandten die stärksten Einwendungen. Sie waren geneigt, die bernische Verfassung demokratisch umzugestalten; der Beschluß vom 3. Februar, meinten sie, habe dies im Wesentlichen schon vorbereitet, eine neue Verfassung werde in Jahresfrist in Wirksamkeit treten. Sie gaben sogar zu verstehen, daß die gegenwärtige Regierung auch noch eher, vielleicht sogleich — Brüne schreibt: in drei Stunden — einer anderen Platz machen würde; auch die Freigebung der Waadt und ihre Verwandlung in einen lemanischen Canton wollten sie zugestehen, vorausgesetzt, daß der Aargau ihnen bliebe, der durch seine Getreidefelder für die gebirgigen Theile unentbehrlich sei. Aber die Einheitsverfassung für die ganze Schweiz, sagten sie, werde bei der großen Mehrheit der Cantone unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen. Bern könne sich unmög-

1) Brüne an das Directorium, 17. Februar; Bericht Herrenschwand's vom 12. Februar; der bernische Rath an Brüne, 13. Februar; Erlach, über den Adjutanten Campane am 7. Februar; Archiv XII, 270. XIV, 338, 283.

lich gefallen lassen, aus der Hauptstadt eines souveränen Staates zum Hauptort eines unbedeutenden Departements herabgesetzt zu werden; selbst für Frankreich könne das centralisirte helvetische Directorium, wenn es einmal in fremde Abhängigkeit geriethe, gefährlich werden, während die gegenwärtige Eidgenossenschaft seit beinahe dreihundert Jahren ihre enge Verbindung mit Frankreich und in allen Kriegen ihre Neutralität bewahrt habe. Uebrigens würden die Verfassungs-Veränderungen in den einzelnen Cantonen von selbst dazu führen, daß auch die Eidgenossenschaft enger, kräftiger, fester sich zusammenschlösse, sodaß sie allen Wünschen des französischen Directoriums entsprechen und nach Außen sogar als einheitliche Republik erscheinen könne. „Sie sehen", fügt Brüne seinem Bericht vom 17. Februar hinzu, „es giebt in dieser Verhandlung genug Uebereinstimmung, um sie weiter auszuspinnen, und genug abschlägige Antworten, um sie nach Belieben abzubrechen." „Wäre nicht der Constitutionsentwurf", meint er am folgenden Tage, „so hätte ich alles beendigen können. Ich bitte mir zu schreiben, wie Sie es mit dem Entwurf wollen gehalten wissen, ob man ihn den Cantonen als unumgängliche Norm, oder nur als die mehr oder minder gemeinsame Grundlage der Berathung vorlegen soll. Bis zum 8. Ventôse (26. Februar) kann ich Antwort haben, die mir bestimmter den Weg zeigt. Bis dahin werde ich warten, bereit zu unterhandeln oder mich zu schlagen [1])."

Einstweilen wählte er das Erstere. Er schloß nichts Bestimmtes ab, wie denn auch die berner Abgesandten keine verbindliche Vollmacht besaßen, aber er versprach, an das Directorium zu berichten und bis zum Eintreffen der Antwort die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen. Die Gesandten hatten in einer Note, die sie schon am 16. einreichten, einen vierzehntägigen Waffenstillstand vorgeschlagen; während desselben sollten

1) Note der bernischen Gesandten vom 16. Februar, Brüne's Bemerkungen dazu, seine Berichte an das Directorium vom 17. u. 18. Februar; Archiv XIV, 353; XII, 265, 268 fg., 271, 272.

die französischen Truppen die Waadt und das Immerthal räumen, die bernischen sich gleichfalls zurückziehen, damit dann in vollem Frieden zwischen Bern und den Waadtländern, nicht weniger zwischen Bern und den Franzosen über die zur Schweiz gehörigen Theile des Bisthums Basel verhandelt werden könne. Darauf wollte Brüne sich nicht einlassen; seine Instructionen und die Waffenehre, sagte er, erlaubten ihm keinen Rückzug. Gleichwohl sprach man von der Einstellung der Feindseligkeiten in einer Weise, daß die Gesandten — freilich ohne etwas Schriftliches, ja, wie es scheint, ohne nur eine verbindliche Aeußerung von Seiten des Generals erhalten zu haben — nach Bern mit der Nachricht zurückkehrten, es sei wirklich für die Dauer von vierzehn Tagen — vom 16. Februar bis zum 2. März — ein Waffenstillstand abgeschlossen. Der ganze Vortheil der Verhandlung fiel dadurch auf Brüne's Seite. Für die Berner ging die kostbare Zeit, in welcher die größere oder doch die gleiche Macht auf ihrer Seite war, ungenutzt vorüber, dagegen lag es in der Hand des französischen Generals, die Verhandlung abzubrechen und die Feindseligkeiten, gerade wenn es ihm günstig schien, wieder zu eröffnen[1]). Seine Stellung, schon damals wesentlich ver-

1) Die kaum zu erklärende Versäumniß der bernischen Gesandten, die sich gar nichts Schriftliches geben ließen, macht es schwierig, eine deutliche Einsicht in den Gang der Verhandlung zu gewinnen. Möglich, daß Brüne versprach, bis zur Antwort des Directoriums zu warten, und dagegen von den Bernern die Zusage erlangte, daß sie gleichfalls diese Antwort erwarten und keinenfalls in den nächsten vierzehn Tagen einen Angriff unternehmen würden. Die Berner hielten sich, wie aus den von Herrn Staatsschreiber von Stürler mir gütigst mitgetheilten Rathsbeschlüssen vom 19. und 26. Februar und andern darauf bezüglichen Schriftstücken hervorgeht, an die Frist gebunden. In einem Erlaß des kleinen an den großen Rath vom 19. Februar redet man von einem Waffenstillstand „von vierzehn Tagen, bis eine Antwort des Directoire Exécutif bei der Stelle seyn könne", was ganz darauf hinweist, daß man in Bern beide Fristen als gleichbedeutend ansah. Dagegen findet sich in Brüne's Depeschen an seine Regierung, an Mengaud, an Schauenburg nicht die geringste Spur von einem vierzehntägigen Waffenstillstand; immer wird lediglich die Antwort des Directoriums als der entscheidende Termin

stärkt, mußte noch immer stärker werden. Schauenburg hatte vom Elsaß aus mit den neu herangeführten Truppen das Münsterthal, Biel und die Grenzen von Bern und Solothurn besetzt. Der gemeinschaftliche Angriffsplan war genau verabredet; trotz der winterlichen Zeit konnte man in wenigen Tagen vollkommen fertig sein. Auch in der Waadt wurde gerüstet; viertausend Waadtländer hoffte man binnen weniger Tage für den Kampf verwenden zu können. „Die Soldaten sind in bester Stimmung", schreibt Brüne; „sie äußern lebhaft das Verlangen, sich zu schlagen, und die Herren aus Bern haben unter ihren Fenstern hören können, wie die Corporale über die Theuerung der Lebensmittel klagten und dabei ausriefen: Gehen wir nach Bern, da finden wir sie wohlfeiler." Um die Ungeduld des Directoriums zu beschwichtigen, setzt er dann auseinander, welchen Schwierigkeiten er begegnet sei, und mit welcher Anstrengung er sie überwunden habe. Bis zum 26. Februar könne aber alles bereit, und aus Paris Antwort zur Stelle sein. Dann werde er angreifen, wenn die Berner nicht zur Vernunft gekommen wären, oder das Directorium nicht etwa neue Befehle ertheile[1]).

Er konnte der Entwicklung um so ruhiger entgegensehen, als die Kräfte seiner Gegner in dem Maße abnahmen, in welchem die seinigen sich vermehrten. Die berner Landbevölkerung war zu Anfang des Monats mit Begeisterung zu den Fahnen geeilt. „Sie sind alle unter den Waffen und fanatisirt", schreibt

bezeichnet. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Brüne durch zweideutige Ausdrücke die Berner hinzuhalten und in falsche Sicherheit einzuwiegen suchte. Aber daß er förmlich einen militärisch verbindlichen Waffenstillstand abgeschlossen habe, mit der vorgefaßten Absicht, ihn nicht zu halten, dieser von Mallet du Pan (Essai historique sur la destruction de la ligue helvétique, Londres 1798 S. 203 fg.), zuerst erhobene und unzählige Male wiederholte Vorwurf scheint mir eben so wenig berechtigt, als der andere: Brüne habe die ganze Verhandlung nur in betrüglicher Absicht angesponnen und in jedem Falle, selbst wenn Bern alle Forderungen bewilligte, zur Gewalt schreiten wollen.

1) Brüne an das Directorium, 17. Februar; an Barras, 18. Februar, Archiv XII, 271, 275.

Brüne an Bonaparte noch am 18. Februar, „und fest entschlossen, ihr Land zu vertheidigen." Aber die Unthätigkeit, die vergebliche Erwartung waren für Truppen dieser Art unerträglich. Sie wurden mißvergnügt, zweifelhaft in dem Vertrauen auf ihre Regierung und ihre eigenen Offiziere, besonders da revolutionäre Sendlinge nicht unterließen, mündlich und durch Flugschriften in dem einen den Geist der Unzufriedenheit, bei anderen den Verdacht des Verrathes, bei anderen Neigung für die demokratische Umgestaltung wachzurufen[1]). Auch auf die Hauptstadt wirkte dieser Geist zurück; dazu kamen aus Basel, aus Luzern, aus Schaffhausen, aus Zürich die Nachrichten von dem Sturze der alten Regierungen, die Drohungen Mengaud's, die Verheißungen Brüne's. Wie hätte die bernische Aristokratie, die sich selbst durch den Beschluß vom 3. Februar schon aufgegeben hatte, in solcher Lage Muth und Kraft finden sollen?

Das Directorium, dem die Vortheile der Lage nicht entgingen, wurde ungeduldig, sie zu benutzen. Die schweizerischen Emigrirten boten ihren Einfluß auf, auch Mengaud, voll Aerger, daß Brüne in die Verhandlungen sich eingemischt habe, verklagte den General in Paris und drängte auf rasche Gewaltmaßregeln[2]). Schon am 17. Februar ging eine Depesche an Brüne ab, die abermals zur Eile mahnte und unbeugsame Festigkeit gegen die Oligarchen zur Pflicht machte; auf Verhandlungen, hieß es, solle er sich gar nicht mit ihnen einlassen, es sei denn, daß sie unverzüglich von der Regierung zurücktreten und die helvetische Verfassung annehmen wollten[3]). War schon der Inhalt dieser Depesche für Brüne empfindlich, so kränkte es ihn noch mehr, daß er sie verspätet, erst am 24. Februar, auf dem Umwege über Basel durch Mengaud er-

---

1) Erlach an die Kriegsbehörde in Bern, 19. Februar, Archiv des Cantons Bern VIII, 344.

2) Mengaud an das Directorium, 12. Februar, Archiv XIV, 327.

3) Archiv, XIV, 359.

hielt, und daß das Directorium sogar die Klageschrift Mengaud's gewissermaßen zur Berücksichtigung beilegte. Eben war er beschäftigt, seinem Unwillen über den aufdringlichen, ungeschickten Menschen in einem Briefe an Barras Ausdruck zu geben, als ihm aus Paris am Morgen des 25. Februar eine neue Depesche des Directoriums vom 22. zukam: die Antwort auf seinen eigenen Bericht vom 18. Februar. Diese schloß nun jeden Zweifel aus. Man bezeugte für das, was Brüne geleistet, volle Zufriedenheit. „Aber", hieß es dann weiter, „Sie sind jetzt wohl überzeugt, daß man keinen Augenblick länger verlieren darf, um die äußersten Maßregeln zu ergreifen. Die Oligarchen von Bern, Solothurn und Freiburg wollen nur Zeit gewinnen, um sich in Vertheidigungszustand zu setzen und sich fremden Beistand zu verschaffen". Brüne soll unverzüglich gegen Bern marschiren, jeden Widerstand, der nur einen Tropfen Blut kosten würde, mit unerbittlich strenger Vergeltung bedrohen, durch Schauenburg auch Solothurn besetzen lassen[1]).

Wäre der General mit allen Vorbereitungen fertig gewesen, so würde der Angriff wohl sogleich am 26. Februar erfolgt sein. Dies war aber nicht der Fall. Er hatte erst am 24. Artillerie und Munition erhalten; der reichlich fallende Schnee erschwerte die Verbindungen so sehr, daß wenigstens drei Tage erfordert wurden, um Schauenburg's Truppen zusammen zu ziehen. Brüne antwortete dem Directorium, der Angriff müsse auf den 28. Februar verschoben werden. Um so heftiger läßt er sich über Mengaud aus, der abermals durch seine thörichten Drohungen und seine lärmende Geschwätzigkeit die Feinde aufgerüttelt und gewarnt habe. Die bernischen Truppen zu überraschen, sei jetzt unmöglich; viele tapfere Leute würden Mengaud's Geschwätz mit dem Leben bezahlen müssen[2]).

Er hatte Grund, sich so auszudrücken. Wenn Mengaud durch seine Klagen und Beschuldigungen einerseits die Abnei-

---

1) Archiv XII, 299; XIV, 377.

2) Archiv XII, 297, 299; XIV, 376.

gung des Directoriums gegen jede gütliche Uebereinkunft bestärkte, so konnten seine Noten an die bernische Regierung als Signalrufe für das Anrücken eines Feindes gelten. Die Berner hatten auch während der Unterredungen in Payerne die Verhandlung in Basel noch nicht abgebrochen, aber auf Mengaud's ungestüme Forderungen ließ der Rath am 18. Februar eine würdige, feste, durchaus ablehnende Antwort ertheilen. Zum Vergelt veröffentlichte der französische Geschäftsträger in dem ihm gewöhnlichen Tone eine Proclamation an die Schweizer gegen die an England verkauften Oligarchen, und man kann sich vorstellen, wie der Bericht an das Directorium ausfallen mußte, mit welchem er die bernische Regierung am 20. Februar bedroht[1]). Aber dies genügte dem Manne nicht. Als er die seinen Wünschen ganz und gar entsprechende Depesche des Directoriums an Brüne vom 17. Februar abschriftlich erhielt, konnte er seinen Triumph nicht an sich halten. Seinen Freunden und sogar den berner Deputirten theilte er den Inhalt mit, und einer derselben, Oberst Tillier, der nicht zu den Muthigsten gehörte, schrieb sogleich in großer Aufregung an einen Freund in Bern: „Eben, 10 Uhr Morgens, am 20. Februar trifft die Entscheidung des Directoriums ein; die Franzosen werden unverzüglich angreifen, wenn die Regierung nicht abdankt. Welche Folge von Schrecknissen, wenn man sich widersetzt[2])!" Der berner Rath kam gleichwohl nicht aus der alten Unentschlossenheit; Mengaud's wüthenden Ausdrücken maß man wenig Bedeutung bei; es war Brüne, welcher die entscheidende Antwort geben sollte. Aber die Offiziere, die den Boden unter ihren Füßen wanken fühlten, die sich mit jedem Tage gefährlicher bedroht und enger umgarnt sahen, blieben nicht ruhig. Schon am 21. Februar richteten die Befehlshaber der verschiedenen an der Grenze aufgestellten Divisionen aus dem Haupt-

1) Archiv XIV, 340, 362, 366, 372.

2) Archiv XII, 299. Ein ähnliches Schreiben Tillier's schon bei Mallet du Pan a. a. O. S. 202; vgl. Tillier a. a. O. V, 562.

quartier zu Aarberg einen dringenden Mahnruf an die Regierung. „Jeder Tag Aufschub", schreiben sie, „ist ein Verlust für uns, ein wahrer Gewinn für den Feind". Am 26. kam Erlach, der erst in diesen Tagen den Oberbefehl über die gesammte Armee erhalten hatte, selbst nach Bern. Mit zwei und siebenzig seiner Offiziere trat er in die Versammlung des großen Rathes, zu dessen Mitgliedern sie gehörten, und beklagte mit lebhaften Worten, daß man so viele wackere Leute nutzlos dem Verderben preisgebe. Er verlangte Vollmacht, von der Tapferkeit seiner Truppen Gebrauch zu machen, andernfalls sei er unwiderruflich entschlossen, von seiner Stelle zurück zu treten. Die kräftige Rede wirkte; selbst die Friedenspartei konnte sich dem Eindrucke nicht entziehen, und durch einstimmigen Beschluß wurde Erlach die Vollmacht ertheilt, nach Ablauf des Waffenstillstandes, am 2. März, diejenigen Maßregeln zu nehmen, die er nach Eid und Pflicht zum Heil und zur Rettung des Vaterlandes nützlich finden werde [1]). Voll Hoffnung eilte der brave, thätige Mann in das Lager zurück, um sogleich die Vorbereitungen für einen Angriff zu treffen, der nach dem damaligen Verhält-

---

1) Mehrfachen ungenauen Angaben gegenüber und als Muster der berner Rathsprotokolle mag der Beschluß, wie ich ihn der Güte des Herrn Staatsschreibers M. v. Stürler verdanke, hier eine Stelle finden:

Montag den 26ten Hornung 1798.

Räth und Burger, dazu Megh$^{n}$ [Meine Gnädige Herren] und Obere und die Herrn Ausgeschoßenen von Stadt und Land durch den gewoñten Gloggenschlag versam̃let worden.

An Herrn General von Erlach: Ihme nach Auslauff des auf künfftigen Freytag [2. März] zu End lauffenden 14tägigen Waffenstillstandes die Vollmacht ertheilen, alle diejenigen Maasregeln zu nem̃en, die er nach Eyd und Pflicht zum Heil und zur Rettung des Vatterlands nötig finden werde; wie im Missiv-Buch.

Zedel an Megh$^{n}$ die Geheimen Räthe und Kriegsräthe, Sie deßen berichten.

N$^{ta}$: dem H$^{rn}$ General von Erlach die obenthaltene Gewalt und Vollmacht zu geben, ist mit einhellem Mehr der Stimmen erkennt worden.

Auszug aus dem Geheimen Manual p. 160—161.

niß der Kräfte noch immer günstigen Erfolg versprach. Wäre nur die Regierung in der Hauptstadt fest geblieben! Aber noch immer hielt man an dem Glauben, daß von Brüne bessere Bedingungen als von Mengaud zu erlangen, daß vielleicht die Gefahren des Kampfes ganz zu vermeiden seien. Am 24. Februar hatten Frisching und Tscharner sich wieder mit der Frage an Brüne gewendet, ob er nunmehr Antwort und genügende Vollmachten aus Paris erhalten habe. Die Instruction des Directoriums, welche gleichzeitig mit dieser Anfrage eintraf, ließ nur die geringste Aussicht auf gütliche Einigung, aber Brüne ergriff mit Eifer das Mittel, den Fehler Mengaud's wieder gut zu machen und die Berner auf's Neue in Friedenshoffnungen einzuwiegen. Am 25. Februar lud er die Deputirten zu einer Zusammenkunft in Payerne für den 27. ein; er selbst habe Vollmachten, setzt er hinzu, es sei unumgänglich, daß auch die Gesandten dergleichen mitbrächten. An demselben Tage giebt er Schauenburg den Befehl, am 1. März den Angriff zuerst gegen Solothurn zu beginnen [1]).

Der Adjutant, der Brüne's Schreiben überbrachte, kam am 26. nach Bern, als eben im Rathe der Beschluß zum Angriff gefaßt worden war. Die gehobene Stimmung dauerte noch fort und war nachhaltig genug, um weitere Fügsamkeit den Franzosen gegenüber auszuschließen; aber ebensowenig wollte man die von Bern zuerst erbetene, von Brüne bewilligte Fortsetzung der Unterhandlung verweigern, und schon aus diesem Grunde kam in den kriegerischen Aufschwung auf's Neue eine Erschlaffung. Frisching und Tscharner reisten ab, wie es scheint, ohne genaue Instruction, ohne rechte Vollmacht. Sie verhandelten am 28. zu Payerne mit Brüne, der ihnen, in Uebereinstimmung mit seiner Instruction, ein Ultimatum übergab, welches die alten Forderungen: unverzügliche Abdankung der Aristokratie und Annahme der helvetischen Constitution, wiederholte. Außerdem forderte er jetzt die Befreiung der verhafteten

1) Archiv XIV, 382; XII, 306.

Demokraten, den Rückzug der bernischen Truppen und ihre Entfernung aus den anderen Cantonen, also aus Freiburg und Solothurn; unter diesen Bedingungen würden die Franzosen die Grenze nicht überschreiten und auch von denjenigen Posten sich zurückziehen, wo sie die Freiheit der neuen Regierung beunruhigen könnten. Die Gesandten mußten diese Bedingungen für unannehmbar erachten, gleichwohl behielten sie eine neue Anfrage in Bern vor, und Brüne bewilligte für die Unterhandlung dreißig Stunden, übergab auch den Gesandten zur Beförderung an Schauenburg um 4 Uhr Nachmittags einen Befehl, daß bis zum 1. März Abends 10 Uhr keine Feindseligkeit stattfinden sollte [1]).

Die Gesandten selbst sagten den Soldaten, als sie durch die bernischen Linien zurückkehrten, der Krieg sei unvermeidlich, und Erlach bereitete alles vor, um in der Nacht vom 1. auf den 2. März den Angriff zu beginnen. Aber jetzt vollzog sich in Bern die unheilvollste Umwandlung. Erlach und seine Offiziere hatten die letzte Abstimmung entschieden; als sie ins Lager zurückkehrten, wurde Steiger der besten Stütze beraubt, und die Friedenspartei wieder vorherrschend. Die Gesandten von Basel, Zürich, Schaffhausen riethen dringend, den Frieden nicht zu brechen, und boten ihre Vermittlung an. Ja die zu Hülfe geschickten schweizerischen Contingente stellten die Forderung, daß sie nicht zum Angriff, sondern nur zur Vertheidigung verwendet werden dürften, als wenn die Waadt, und was die Franzosen bereits besetzt hatten, fremdes Gebiet seien. Man hatte schon die früheren Angriffspläne dahin ausarbeiten müssen, daß diese Contingente die Grenze nicht überschreiten, sondern nur in die zuvor von bernischen Truppen besetzten Stellungen nachrücken sollten. Aber der Angriff kam gar

1) Archiv XII, 311, 312; Geheime Geschichte des rastatter Congresses I, 398. In diesem Buche wird beständig der vierzehntägige Waffenstillstand mit dem dreißigstündigen verwechselt; über die Gesandtschaften an Brüne wiederholt es nur die Erzählung Mallet's, was, neben so viel unrichtigen und ungenauen Angaben, nicht für die Autorschaft Haller's spricht.

nicht zu Stande; am 1. März 6 Uhr Nachmittags erhielt Erlach aus Bern die Nachricht: die Gesandten würden noch einmal nach Payerne zu Brüne zurückkehren; bis zu seiner Entscheidung müsse man von allen Feindseligkeiten abstehen [1]). Am Morgen des 1. März, gleich nachdem die Gesandten mit Brüne's Ultimatum zurückkehrten, hatte der große Rath diese verhängnißvollen Beschlüsse gefaßt. Er wollte abdanken und nur provisorisch die Geschäfte weiter führen, bis Urversammlungen, die binnen Monatsfrist nach dem beiderseitigen Rückzug der Truppen berufen werden sollten, eine neue Repräsentativ-Regierung nach den Grundsätzen der politischen Freiheit und Gleichheit gewählt haben würden. Auch die Vereinigung der gesammten Schweiz nahm man an, nur nicht unbedingt nach dem pariser Verfassungsentwurf, sondern nach der Form, in welcher die Cantone ohne fremde Einmischung sich darüber einverstehen würden. Weiter sollten nach Brüne's Forderungen die wegen politischer Vergehen Verhafteten befreit, auch alle Beschwerden, sobald die Gefahr von Außen abgewendet, untersucht und, wenn immer möglich, gehoben werden. Durch diese Zugeständnisse hoffte man Brüne zu befriedigen [2]).

---

1) Archiv XIV, 401.

2) Ich lasse den Beschluß gleichfalls nach einer gütigen Mittheilung des Herrn v. Stürler hier folgen. Er ist, kurz nachdem er gefaßt wurde, auf einem Flugblatt vertheilt und dann, so viel mir bekannt, nur unvollständig in Tillier's Geschichte des Freistaats Bern, V, 570 zum Abdruck gekommen.

Decret,

auf das von dem französischen General Brune eingelangte, aus Petterlingen vom 10. Ventôse (28. Februar 1798) datirte Ultimatum.

Die Regierung des Eidgenößischen Freystaates Bern setzt in ihrer heutigen Versammlung von Schultheiß, Klein und Grossen Räthen und Ausgeschossenen der Städte und Landschaften fest, was von einem zum andern folgt:

1) Die Regierung nimmt den Grundsatz von politischer Freyheit, und Gleichheit der Rechte, von nun an, als die Grundlage ihrer mit aller Beschleunigung abzufassenden, und von den Urversammlungen zu sanktionirenden Constitution unwiderruflig an.

2) Die jetzige Regierung erklärt sich von nun an als provisorisch, und

Allein der französische General, mit allen Vorbereitungen fertig, zeigte jetzt der Schwäche und Verwirrung seiner Gegner ein anderes Gesicht. Die Gesandten waren, wie er wenigstens später behauptete, um 12 Uhr Nachts, also zwei Stunden nach Ablauf der bewilligten Frist in seinem Lager wieder angekommen. Brüne empfing sie kalt und erklärte, er könne die schon gegebenen Befehle zum Vormarsch nicht wieder rückgängig machen. In der Nacht um halb zwei Uhr gab er ihnen dann ein neues Ultimatum, das, die früheren Forderungen noch verschärfend, die Entscheidung ganz in seine Hände legte: Nur wenn ihm Nachricht von der Entlassung der bernischen Truppen zukomme, wollte er dem Vormarsch Einhalt thun. Um diese Zeit waren seine Truppen schon auf allen Punkten gegen die feindlichen Stellungen in Bewegung [1]).

In Folge seiner Art zu unterhandeln und hinzuhalten,

---

wird sich unter Mitwirkung der Ausgeschossenen von Stadt und Land, nach Luzern's Beyspiel, innert Monatsfrist, einstweilen provisorisch rekreiren, bis die neue Repräsentativ-Regierung von den Urversammlungen des ganzen Landes gewählt seyn wird.

3) Diese Urversammlungen sollen abgehalten werden innert Monatszeit von dem Zeitpunkte an, da die Truppen von beiden Seiten sich werden zurükgezogen haben.

4) Die Regierung nimmt den Grundsatz der Vereinigung der ganzen Schweiz an, in dem Verstand, wie die Cantone ohne fremde Einmischung über die daherige Form sich einverstehen werden.

5) Die wegen politischer Vergehen verhaftete Personen sollen auf die Empfehlung des französischen Directoriums sogleich in Freyheit gesetzt werden.

6) Zugleich mit diesem Dekret wird von hochgedacht Mnghrn und Obern, Schultheiß, Klein und Grossen Räthen und Ausgeschossenen von Städten und Landschaften, dem ganzen Lande die feyerliche Versicherung ertheilt, daß sobald die Gefahr von Aussen abgewendet seyn wird, jede einkommende Beschwerde untersucht und, wenn es nur immer mit dem Wohl des Landes bestehen kann, gehoben werden soll.

Gegeben den 1. Merz 1798.

Canzley Bern.

1) Archiv XII, 316 fg. 321.

und, man muß leider hinzusetzen, in Folge der Schwäche und Unentschlossenheit seiner Gegner war der Sieg im Voraus entschieden. Die schweizerischen Truppen, schon seit längerer Zeit durch das vergebliche Warten, die Entbehrungen des ungewohnten Felddienstes zur Unzufriedenheit gereizt, hatten nach dem Beschluß vom 26. Februar noch einmal frischen Muth gefaßt. Alles war voll Eifer und Erwartung, es würde nun endlich gegen den verhaßten Feind gehen. Statt dessen kam die neue Verhandlung, dann am 1. März wieder ein kriegerischer, und wenige Stunden später ein Gegenbefehl, der Alles im Ungewissen ließ. So oft in ihren Hoffnungen getäuscht, von Zweifel, Verdacht, Besorgniß erfüllt, durch angefangene und unterbrochene Märsche erschöpft, verloren die Soldaten den inneren Halt, der im Kriege am wenigsten zu entbehren ist. Dem aufs Beste vorbereiteten Angriff eines auch an Zahl überlegenen Feindes vermochten sie nicht mehr die Spitze zu bieten. Schon vor Tagesanbruch war die Umgebung Freiburgs von französischen und waadtländischen Truppen besetzt. In der Stadt lagen 1000 Berner und 1200 deutsche Freiburger, unterstützt durch die Landbevölkerung; aber es kam nicht einmal zu einer Vertheidigung. Auf eine drohende Aufforderung Brüne's erwiederte der Rath, er sei in seinen Entschlüssen nicht frei; einige Kugeln wurden in die Stadt geworfen, Soldaten kletterten über die Mauern, die Landleute flohen, das berner Bataillon zog sich auf der Straße nach Neueneck zurück, und Brüne ließ sogleich eine demokratische Regierung einsetzen.

Ganz Aehnliches geschah auf der andern Seite, wo Schauenburg befehligte. Der General hatte sich schon am Morgen des 1. März des Schlosses Dornach bemächtigt, weil die Nachricht von dem Aufschub der Feindseligkeiten ihm verspätet zugekommen war. Unmittelbar nach Ablauf der Frist, in der Nacht vom 1. auf den 2. März ging er weiter vor, griff mit vielmal überlegenen Kräften eine bernische Abtheilung von 850 Mann bei Lengnau an und drängte, was nicht

getödtet oder gefangen wurde, nach Solothurn zurück. Auch hier hatte eine mit barbarischen Drohungen erfüllte Sommation den Erfolg, daß die gegen einen ersten Angriff durchaus widerstandsfähige Stadt und mit ihr die wichtige Brücke über die Aar den Franzosen übergeben wurden.

Durch den Verlust Freiburgs war der linke Flügel der Schweizer, durch die Uebergabe Solothurns auch der rechte Flügel mit Umgehung bedroht. Erlach mußte sich näher bei Bern concentriren, er nahm südlich gegen Brüne bei Neueneck an der Sense, nördlich gegen Schauenburg bei Fraubrunnen Stellung. Aber diese rückgängige Bewegung zerstörte den Rest von Gehorsam und Disciplin. Die Soldaten schrieen laut, sie seien von ihren Führern verrathen, die Regierung habe das Land den Franzosen verkauft; was in der Nähe von Solothurn an Truppen übrig war, zum größten Theile Aargauer, lief auseinander, die meisten kehrten zum Schutze der eigenen Wohnung in ihre Heimath zurück [1]). Zu allem diesem kam noch die Theilung des Oberbefehls. Anordnungen des Militärausschusses in Bern widersprachen den Vorkehrungen Erlach's, und, um alle Thätigkeit zu lähmen, setzte man auch die Verhandlungen mit Brüne noch immer fort. Am 4. März versammelte sich der große Rath zum letzten Male. Steiger, noch immer gefaßt und muthig, verwahrte sich lebhaft gegen den Gedanken einer Uebergabe. Aber bei der Mehrheit war alle Thatkraft geschwunden. Man beschloß, Brüne noch einen Schritt entgegen zu thun. Der Rath löste sich auf, es wurde sogleich eine neue provisorische Regierung eingesetzt: 105 Mitglieder, darunter die 52 am 31. Januar „vom Volke erwählten Ausgeschossenen von Stadt und Land, welche dann aus den alten Regierungsgliedern diejenigen 53 auswählen sollten, zu welchen sie das meiste Zutrauen hätten". Schweigend verließ Steiger den Saal; der siebenzigjährige Greis begab sich in das Lager

1) Erlach an die Kriegsbehörde in Bern, 3. März, Archiv des Cantons Bern, VIII, 360; Rodt, bernerische Kriegsgeschichte III, 625 fg.

zu seinem Freunde Erlach, während die provisorische Regierung eine neue Deputation an Brüne abgehen ließ. Aber dieser steigerte jetzt abermals seine Forderungen. Er verlangte, man solle die bernischen Truppen abdanken und ihn selber in die Stadt einladen, um mit ihm zu „fraternisiren"; in diesem Falle wolle er nur zwei Compagnien Infanterie und eine Escadron Cavallerie mitbringen [1]). Ehe er Antwort erhalten konnte, noch in der Nacht vom 4. auf den 5. ließ er von beiden Seiten den Angriff beginnen.

Die bernische Armee zählte damals noch ungefähr 16,000 Mann. Eine Division, die am besten geordnete, hielt, 7000 Mann stark, die Stellungen bei Neueneck und Gümminen; nach der Nordseite hatte Erlach wenig mehr als 4000 Mann zusammengebracht; der Rest stand in einem abgetrennten Corps unter dem Obersten Roverea bei Aarberg, oder diente als Besatzung von Bern. Dazu hätten die Contingente von Uri, Schwyz und Glarus kommen sollen. Aber diese, wenig eingedenk der alten Eidgenossenschaft, hatten schon Tags vorher erklärt, Bern sei nicht mehr zu halten, sie müßten unter solchen Umständen an die Rettung ihrer eigenen Heimath denken. In der äußersten Noth hatte man auch den Landsturm aufgeboten und dadurch freilich manchen kräftigen Arm gewonnen, aber auch die allgemeine Unordnung noch vermehrt. Die Truppen, durch widersprechende Befehle hin und her getrieben, waren der Verzweiflung nahe; wenig an Disciplin gewöhnt, tobten sie gegen ihre eigenen Offiziere; zwei Obersten Stettler und Ryhiner, wurden nahe an den Thoren Berns ganz ohne Veranlassung von wüthenden Landstürmern niedergeschossen. Gegen diesen Kriegshaufen zogen 13,000 Franzosen von Freiburg, 15,000 andere von Solothurn heran.

---

1) Brüne an Talleyrand, 7. März, Archiv XII, 345. Bericht und Anträge der [gleich zu erwähnenden] Schatzgelder-Commission an den großen Rath, Bern 1853, S. 48; ebenda S. 157 fg. auch die Abdankungs-Urkunde des großen Raths, die Antrittserklärung und das Verzeichniß der Mitglieder der provisorischen Regierung. — Tillier a. a. O. V, 579 fg.

Aber jetzt, leider zu spät, gab die alte schweizerische Tapferkeit noch einmal den Beweis, was mit solchen Kräften zur rechten Zeit am rechten Ort sich hätte ausrichten lassen. Durch einen unvermutheten Angriff in der Nacht überrascht, wurde die Division an der Sense bei Neueneck nach hartnäckigem Widerstande Morgens bis in die Nähe von Bern zurückgetrieben. Hier sammelte sich, was von Truppen zur Hand war, und wer sonst sich bewaffnen konnte; die Todesverachtung von Frauen und Kindern wetteiferte mit dem Muthe gedienter Soldaten. In heftigem Kampfe wurden die Stellungen an der Sense zurückgenommen; auch da bringt das feindliche Geschütz die Sieger nur auf kurze Zeit zum Stehen, in gewaltigem Anlauf stürzen sie über die Brücke und treiben den Feind mit blutigem Verlust gegen Freiburg zurück. Noch einmal leuchtete ein Strahl von Hoffnung und Siegesfreude. Aber nur ein Strahl; um drei Uhr Nachmittags traf die Nachricht ein, die Hauptstadt habe capitulirt, der Krieg sei zu Ende.

Und doch war auch auf der Nordseite die Tapferkeit nicht geringer gewesen. Mit Tagesanbruch hatte Schauenburg den Kampf gegen Fraubrunnen, etwa drei Stunden von Bern, eröffnet. Zwei bernische Bataillone hielten in drei verschiedenen Stellungen den wiederholten Angriffen des Feindes Stand. Endlich gab die französische Artillerie den Ausschlag, auch ein drittes Bataillon, das einzeln vorging, wurde zurückgeworfen; die Reste zogen sich auf das Grauholz, einen Höhenzug kaum anderthalb Stunden von der Hauptstadt, zurück. Hier in einem Hohlwege, der auf der einen Seite durch waldige Hügel, auf der andern durch Gehölz und Sümpfe begrenzt wird, hatte Erlach Verhaue errichten lassen. Er selbst befehligte, auch der alte Steiger suchte den Muth der Soldaten zu beleben; wieder sah man Weiber und Kinder sich in die feindlichen Reihen stürzen, und mit unglaublicher Hartnäckigkeit wurde drittehalb Stunden gegen die Ueberzahl gekämpft. Schauenburg selbst spricht in seinem Berichte sein Erstaunen aus, daß Truppen, die seit zweihundert Jahren keinen Krieg mitgemacht, in fünf ver-

schiedenen Gefechten mit Standhaftigkeit ausgehalten und, kaum aus einer Stellung vertrieben, wieder eine neue hätten nehmen können[1]). Denn selbst als beim Grauholz die französischen Kanonen und ein letzter kräftiger Reiterangriff den Widerstand gebrochen hatten, setzten sich die Schweizer auf den Höhen dicht vor Bern ohne Leitung, wie jeder dem Feinde nahe war, noch einmal zur Wehr; es wäre wohl zum Sturm auf die Stadt gekommen, hätte nicht noch eben rechtzeitig ein Mitglied der neuen Regierung beinahe auf eigene Hand eine Capitulation vermittelt, in Folge deren Schauenburg gegen halb ein Uhr seinen Einzug hielt[2]). Die Stadt blieb von Plünderung verschont, aber auf dem Lande übten die nach solchem Kampfe zur Wuth erbitterten Soldaten alle erdenklichen Gräuel, und der bernische Landsturm, durch den Verlust der Hauptstadt und den Tod so vieler Genossen zur Verzweiflung gebracht, ließ seine Rachsucht an den eigenen Offizieren aus. Beim Aufgang der Sonne hatte Erlach in trüber Ahnung einem Freunde gesagt: „Ich werde sie nicht mehr untergehen sehen". Von dem Schlachtfelde riß ihn der Strom der Fliehenden auf die Straße nach Thun. Er hoffte im Oberland schon vorbereitete Mittel zum Widerstande zu sammeln und den Kampf vielleicht mit besserem Glück zu erneuern. Drei Stunden von Bern, bei dem Dorfe Nieder-Wichtrach, traf er auf eine Bande von Landstürmern. Wildes Geschrei, Schimpfreden und Flüche gegen den Landesverräther schallen ihm entgegen, kaum erlaubt man dem erschöpften Manne, auf dem kleinen Wagen eines Freundes seinen Weg inmitten der tobenden Menge langsam fortzusetzen. Aber andere Wüthende kamen hinzu, und einer steigert die Raserei des andern. Ein übel berüchtigter Mensch, Rudolf Müller aus Thun, führte den ersten Kolbenschlag gegen den General, Bajonettstiche folgen, man reißt ihn aus dem Wagen, und auf dem Boden liegend, unter den Mißhandlungen seiner

1) Bericht vom 7. März, Archiv XII, 480; Moniteur vom 23. März.

2) Monnard, Geschichte der helvetischen Revolution, Zürich 1849, I, 64 fg.; Jenner's Denkwürdigkeiten im Archiv XII, 481.

eigenen Soldaten, haucht der edle, unglückliche Vertheidiger des alten Bern den Athem aus[1]). Wenig fehlte, daß auch seinem Freunde Steiger von denselben Mördern, auf derselben Straße ein ähnliches Schicksal bereitet wäre; aber ein Rest der alten Ehrfurcht und die Würde seines Benehmens retteten ihn. Er konnte über die Seen nach Luzern, weiter nach Bregenz gelangen, und hörte nicht auf, für die Befreiung des verlorenen Vaterlandes thätig zu sein.

Am 6. März zog Brüne mit der bei Neueneck geschlagenen Division nach Bern und übernahm den Oberbefehl. Immer war es ein Vortheil, daß er auch jetzt noch den Schein bewahren wollte, als hätte er nur gegen die Oligarchen Krieg geführt. Wenige Stunden nach seiner Ankunft erschien er in der Versammlung der provisorischen Regierung, versicherte das bernische Volk des Schutzes und der wiederhergestellten Freundschaft der französischen Republik und sprach den Wunsch aus: es möge binnen Monatsfrist eine neue Constitution für den Canton ausgearbeitet werden, damit man sich demnächst einer Verfassung für ganz Helvetien anschließen könne[2]). Nächste Folge war, daß die provisorische Regierung eine Deputation nach Paris schicken mußte, um dem Directorium den Dank für die Befreiung aus den Ketten der Oligarchen auszusprechen. Vor dem Rathhause errichtete man den Freiheitsbaum, auch an patriotischen Gesängen und Declamationen fehlte es nicht. Aber alle diese Festlichkeiten ließen nicht vergessen, daß das Land einem fremden, rücksichtslosen Sieger unterworfen war. Brüne's Befehle gegen Plünderung und Erpressung wurden nicht einmal in Bern strenge befolgt, das Land blieb noch lange ein Schauplatz der wildesten Gräuel. Man berechnete später

---

1) Die Einzelheiten, zum Theil aus dem Munde des letzten noch überlebenden Augenzeugen gesammelt von Stürler in dem Aufsatz über die Ermordung Erlach's, Archiv des historischen Vereins des Cantons Bern VIII, 289 fg.

2) Stürler im Archiv XVI, 277.

den Schaden, der berechnet werden konnte, nämlich, was durch Raub und Zerstörung verloren war, für den vierten Theil des Staates auf mehr als 12 Millionen Franken; die großen, im Zeughause aufgespeicherten Vorräthe, der seit vielen Jahren angesammelte Schatz fielen, statt gegen Feinde zu dienen, jetzt dem Feind in die Hände. Dieser Schatz, von dem schon vor dem Kriege die außerordentlichsten Schilderungen gemacht wurden, enthielt die für damalige Zeiten immerhin bedeutende Summe von 28 Millionen Francs: 18 Millionen in fremden Schuldtiteln, 6,776,000 Francs baar im Schatzgewölbe, 1 Million in verschiedenen Kassen, dazu 2,200,000 Francs, die nach langwieriger Berathung erst beim Herannahen der Gefahr, am 3. März nebst dem größten Theil der fremden Schuldtitel nach Interlaken geflüchtet waren [1]). Ich möchte nicht wiederholen, was so oft behauptet worden ist: das Directorium habe den Krieg gegen Bern nur deshalb unternommen, um mit dem bernischen Gelde seine Kassen zu füllen. Aber daß neben anderen Beweggründen auch die Habsucht wirksam war, wird sich schwerlich bestreiten lassen. Leider fällt auch hier wieder ein Theil der Verantwortlichkeit den Schweizern zu. Die ausgewanderten Waadtländer waren es, welche die Begierde des Directoriums anreizten, indem sie beständig den berner Schatz, weil er durch Erpressungen in ihrer Heimath gebildet sei, für die Waadt zu-

1) Stürler im Archiv XII, 333, 382, 396, 408; Monnard a. a. O. I, 81; Gonzenbach, die Verhandlungen zwischen der Schweiz und Frankreich in Folge der pariser Friedensverträge von 1814 und 1815 über die Kriegsentschädigungen im Archiv XIX, 101, 171, 182. Die verschiedenen Angaben stimmen nicht völlig überein, auch die im Text gegebenen Zahlen sind Durchschnittszahlen. Mancherlei Reclamationen veranlaßten die bernische Regierung im October 1851 eine eigene „Commission zum Untersuch über den Bestand und das Schicksal des bernischen Staatsschatzes vom Jahre 1798" einzusetzen. Der Bericht der Mehrheit dieser Commission an den großen Rath so wie der „Eingangsbericht" des Berichterstatters Dr. v. Gonzenbach (Bern 1853) gewähren einen genauen Einblick in die ältere, vortrefflich geordnete, bernische Finanzverwaltung.

rückverlangten; dieselben Waadtländer betrachteten auch die vorsorgliche Geldsendung in das Oberland, ehe sie nur geschehen war, beinahe als eine Unterschlagung dessen, was sie schon als ihr Eigenthum ansprachen[1]). Sie verfehlten nicht, dem Directorium Kenntniß zu geben, und bald nach Brüne's Einzug in Bern fand sich ein Verräther, der den bernischen Münzwardein und Oberstkriegs-Commissar Jenner vor dem General den Vorwurf machte, er habe bedeutende Summen dem Schatz entzogen. Aber gegen ein Geldgeschenk von 200,000 Francs ließ Brüne sich beschwichtigen, erlaubte sogar, daß die Gelder, deren Betrag er nicht kannte, weiter nach Deutschland gebracht würden. „Wäre der Streich gelungen", erzählt Jenner in einer späteren Denkschrift, „so würden alle fremden Titel mit dem Gelde in Sicherheit gekommen sein[2])." Aber wieder waren es Schweizer, die den Plan vereitelten. Die argwöhnischen, erbitterten Bewohner des Oberlandes machten es den Abgesandten Jenner's, dann als er selbst ging, ihm selbst unmöglich, seine Schätze außer Landes zu führen; nach Bern zurückgebracht, fielen sie bis auf einen geringen Theil, den man noch verheimlichen konnte, den Franzosen in die Hände.

„Wie wird nun die Freiheit Helvetiens beschaffen sein, die Frankreich gefallen könnte?" schreibt Brüne am 7. März an Talleyrand. Diese Frage war in der Schweiz und, worauf es mehr ankam, in Paris noch keineswegs entschieden. Mehrere Cantone hatten allerdings schon im Laufe des Februar ihre Verfassung in demokratischem Sinne verändert; Aehnliches stand jetzt in Bern bevor; aber für das Directorium war das Wesentliche, daß die gesammte Schweiz so, wie es den Interessen Frankreichs entsprach, gestaltet würde. Zu diesem Zwecke hatte man bereits im Dezember durch den baseler Oberzunftmeister eine Verfassung ausarbeiten lassen, nach Grundsätzen, die in

---

1) Laharpe an Brüne, 7. Februar; an das Directorium, 17. Februar; Archiv XIV, 288, 276.

2) Archiv XII, 335 fg.

jener ersten Besprechung von Rewbell und Bonaparte bezeichnet waren, und natürlich im Wesentlichen nach französischem Vorbild. Es gab fünf Directoren, einen Senat oder Rath der Alten, einen großen Rath, beide von Wahlmännern gewählt, die aus Urwahlen hervorgegangen waren. Die ganze Schweiz zerfiel in zwei und zwanzig Cantone, und man darf nicht übersehen, daß von den neugebildeten die meisten — Waadtland, Aargau, Thurgau, Tessin, allerdings von Ochs in zwei Cantone: Lugano und Bellinzona getheilt — bis heute sich erhalten haben. Von Neuenburg und der Stadt Genf konnte nicht die Rede sein; das erstere war Preußen gehörig, die andere, wie die Theile des früheren Bisthums Basel und die Stadt Mühlhausen, für Frankreich bestimmt. Recht eigentlich bezweckte der neue Entwurf die Schwächung Berns, das nicht allein die Waadt unter dem Namen des lemanischen Cantons, sondern auch den Aargau verlieren sollte. Das Frickthal, obgleich vom deutschen Reiche noch gar nicht abgetreten, hatte Ochs sogleich mit dem Canton Basel vereinigt; aber Bonaparte, der Bevollmächtigte für den rastatter Congreß, trat dazwischen; er veränderte den 18. Artikel des Entwurfs dahin, daß er Basel nur zutheilte, „was ihm etwa vom Frickthal könnte abgetreten werden“ [1]). Alle Cantone sollten aber nicht mehr besondere Staaten, sondern bloße Verwaltungsbezirke bilden, mit weniger Selbstständigkeit, als sie noch in unserer Zeit nach den letzten Umgestaltungen besitzen; dieser Umstand war es wohl vornehmlich, der gegen die neue Verfassung entschiedenen Widerstand hervorrief. Sie war schon um die Mitte Januars fertig geworden und wurde wenig später zur Annahme in die eben von Menard besetzte Waadt geschickt. Aber es bedurfte der mächtigen Vermittlung der französischen Generale und der dringendsten, beinahe drohenden Briefe Laharpe's aus Paris, um zu bewirken, daß am 9. Februar Lausanne und am 15. das gesammte Waadtland sich für die Annahme erklärten.

1) Ochs a. a. O. VIII, 312.

Selbst in Basel konnte Ochs, der am 4. März aus Paris zurückgekehrt, Präsident der Nationalversammlung und Mitglied einer Verfassungscommission geworden war, nicht alles lenken wie er wollte. Der Entwurf mußte nicht unbedeutende Veränderungen erleiden, bevor er am 15. März die Mehrheit der Stimmen erhielt [1]). Zwei Deputationen gingen sogleich, die eine in die nördliche, die andere in die westliche Schweiz, um auch die übrigen Cantone dieser veränderten Verfassung geneigt zu machen. Als Ochs aber an der Spitze der letztgenannten Deputation in Bern anlangte, fand er die Lage wesentlich verändert.

Denn das Directorium scheint über diese wichtigste Angelegenheit eine feste Ansicht gar nicht gehabt zu haben. In der früher angeführten Depesche an Brüne vom 17. Februar legt es noch den größten Werth auf die Einheitsverfassung. Man dankt dem General, daß er in der Waadt die Annahme durchgesetzt habe; sobald nur in fünf oder sechs Cantonen das Gleiche geschehen sei, soll er zur Bildung einer gemeinsamen Republik auffordern, die dann durch ein Bündniß und einen Handelsvertrag sich an Frankreich anschließen könne. In diesem Sinne gab auch Talleyrand am 23. Februar seinem Freunde Ochs vor der Abreise schriftlich die besten Hoffnungen und pries das Glück der Schweizer, die nun als eine Familie unter denselben Gesetzen leben würden [2]). Aber beinahe unmittelbar nachher muß eine Aenderung eingetreten sein. Man hörte aus dem Wallis und anderen Cantonen, daß die neue Verfassung großem Widerstand begegne; ja für das eigene Interesse Frankreichs mochte es bedenklich scheinen, einer starken einheitlichen Regierung, die sich auch einmal gegen Frankreich wenden konnte, die gesammte Schweiz in die Hand zu geben. Weit eher empfahl es sich, wenigstens den romanischen Theil, der die Verbindung mit Italien sicherte, gesondert und dadurch unbedingt unter

1) Ochs a. a. O. VIII, 326, 329.

2) Archiv XIV, 359; Ochs, Geschichte von Basel VIII, 322 ff.

französischem Einfluß zu halten. Darauf war schon lange die Absicht Bonaparte's gegangen, und ich möchte glauben, daß er, der eben in diesen Tagen von einer Reise an die westlichen Küsten nach Paris zurückkehrte, auf die Gesinnungen der Regierung nicht ohne Einfluß geblieben sei. Am 27. Februar schreibt das Directorium an Brüne, man wolle den Wünschen von Waadt und Wallis nicht widerstreben, es sei vielleicht gerathen, statt einer Republik deren zwei oder gar drei zu bilden, die dann jede dieselben demokratischen Einrichtungen erhalten könnten. Am 8. März, als die ersten Nachrichten von der Ueberwältigung der Berner eingetroffen waren, hebt man den Plan noch stärker hervor und wünscht, mit der südlichen Republik, außer der Waadt, dem walliser Land und den italienischen Balleien, auch den Canton Freiburg, selbst in seinen deutschen Theilen zu verbinden[1]). Brüne war sogleich geneigt, auf den neuen Plan einzugehen. Er verhandelte eben damals mit den Abgeordneten der Waldstädte und überzeugte sich aus ihren festen, bestimmten Aeußerungen, daß man sie nur schwer, ja nicht ohne Waffengewalt ihrer alten Einrichtungen berauben und der einheitlichen Republik einverleiben könne; seine Freunde, die Residenten Mangourit und Desportes, schrieben Aehnliches über Wallis und die Waadt. Am 11. März antwortet er dem Directorium: auch nach seiner Ansicht werde es leichter sein, drei Republiken als eine einzige zu bilden. Er hoffte sogar, die neuen Verhältnisse noch selbst zu ordnen, obgleich sein Aufenthalt in der Schweiz sich dem Ende näherte. Denn das Directorium hatte ihm auf die Nachricht von dem glücklichen Fortgang des Feldzugs schon am 8. März den Oberbefehl in Italien übertragen, sei es, um ihn zu belohnen, sei es, um die neue Ordnung der Dinge lenksameren Händen zu übergeben, als denen eines Generals, der es liebte, sich mit Bonaparte zu

1) Archiv XIV, 387; XVI, 201. Man muß annehmen, der Brief vom 8. März sei das Schreiben, welches von Brüne am 11. März (XII, 356) als ein Schreiben vom 17. Ventôse (7. März) bezeichnet wird.

vergleichen, und der in der That in seinem Briefwechsel mit dem Directorium als der Ueberlegene erscheint.

Brüne hatte bisher die provisorische Regierung in Bern noch immer anerkannt und für die Einführung einer neuen Constitution einen Monat Frist bewilligt. Aber die Ungeduld des Directoriums forderte rascheres Verfahren gegen die verhaßten Oligarchen. Auf eine dringende Mahnung antwortet Brüne am 15. März, „er werde jetzt die alten Töpfe zerschlagen", und schreibt am folgenden Tage Wahlen aus für eine Munizipalität von fünfzehn Mitgliedern, die mit dem 24. März an die Stelle der provisorischen Regierung treten sollte. Schon die von Ochs bearbeitete Constitution entzog dem früher so mächtigen Canton die Waadt und den Aargau; jetzt trennte Brüne auch noch das ganze Oberland und sogar die am bieler See gelegene Stadt Nidau sowie das freie Amt Murten ab, um die letzteren mit dem Canton Freiburg, das erstere als eigenen Canton mit der südlichen Republik zu verbinden. Dieser südlichen Republik war der Name der rhodanischen beigelegt, im Norden trat eine helvetische ihr an die Seite. Vom 22. bis 24. März sollten von Urversammlungen die Wahlmänner, zwei Tage später von diesen die Abgeordneten für den Senat und den großen Rath erwählt werden — gewöhnlich zwölf in jedem Canton — alsdann der gesetzgebende Körper für die rhodanische Republik in Lausanne, für Helvetien in Aarau, später in Luzern zusammentreten. Nur die Waldstädte ließ man einstweilen ungestört; sie sollten den Namen Tellgau führen, aber ihre alte Verfassung behalten; Brüne versprach sogar, daß die französische Armee ihre Grenzen nicht überschreiten würde [1]).

Am 16. März wurde das Wahldecret für die rhodanische, am 19. das für die helvetische Republik vollzogen. Aber kaum war die Entscheidung bekannt geworden, als auch von allen Seiten der Widerstand sich erhob. Wer die einheitliche Schweiz nicht wollte, war doch gewöhnlich mit einer solchen Theilung

1) Archiv XII, 360, 362, 363, 365, 369, 392.

nicht besser zufrieden, denn die cantonale Unabhängigkeit ging in diesem wie in dem anderen Falle verloren. Die Anhänger der Einheitsverfassung sahen sich nicht weniger in ihren Hoffnungen getäuscht. Die gestürzte Partei fand dann willkommene Gelegenheit, die Schmach und Knechtschaft des Vaterlandes jedem deutlich zu machen und die Theilung der Schweiz nur als das Vorzeichen der Absicht darzustellen, die südliche Republik mit Frankreich zu vereinigen. Ochs, der am 18. März in Bern eintraf, machte dem Obergeneral die lebhaftesten Vorstellungen; er berief sich auf die Versprechungen des Directoriums, auf den Brief Talleyrand's, den er gedruckt zur Vertheilung brachte, und Brüne, wenn er auch seinen eigenen Plan noch nicht fahren ließ, gab wenigstens Hoffnung, daß die beiden Republiken in nicht langer Zeit sich vereinigen könnten, schrieb auch in diesem Sinne an die baseler Nationalversammlung [1]). Die Entscheidung brachte eine Depesche aus Paris, in welcher das Directorium, nachdem es noch am 14. März die Dreitheilung festgehalten, am 15. dem General anzeigte, es habe seine Ansicht geändert; in Folge des Widerstandes und der Verdächtigungen, denen der Plan der drei Republiken begegne, wolle man zu der einen untheilbaren Republik zurückkehren. Am 20. März, gerade als Tages vorher die Proclamation für die helvetische Republik veröffentlicht war, traf diese Nachricht in Bern ein. Um den Wechsel nicht gar zu plötzlich erscheinen zu lassen, dachte Brüne es den beiden Versammlungen in Lausanne und Aarau anheim zu geben, die Vereinigung auszusprechen. Aber auch dieser Ausweg wurde verschlossen. Die veränderte Stimmung des Directoriums war nicht unbekannt geblieben. Ochs trat mit großer Entschiedenheit für seine Verfassung ein, allerorten erklärte man sich gegen die Theilung; „ich habe dem Strome nachgeben müssen", schreibt Brüne selbst an das Directorium. Am 22. März widerrief er seine Verordnungen und proclamirte die eine untheilbare Republik [2]).

1) Archiv XII, 397, 385; Ochs a. a. O. VIII, 346.

2) Archiv XVI, 251, 253; XII, 396, 401, 402.

Es mochte ihm nach diesen Vorgängen erwünscht sein, die Schweiz bald zu verlassen. Im Lande machte man ihn für die Veränderlichkeit des Directoriums verantwortlich; aus Paris, wie es scheint auf Antrieb Laharpe's, gingen ihm Vorwürfe zu, daß er gegen die berner Aristokratie nicht rasch und nachdrücklich genug aufgetreten sei. Am 24. erläßt er denn auch ein Decret, das von der neugewählten Municipalität und sogar von den Wahlmännern nicht allein die früheren Mitglieder des bernischen großen Rathes, sondern auch ihre Familien ausschließt. Drei Tage später reiste er ab. Er selbst und seine Offiziere hatten die letzten Tage noch auf das Beste benutzt, von der Beute was immer möglich sich anzueignen. Man sagte, der Wagen, in dem er Bern verließ, sei kurz vor dem Thore unter der Last des mitgeführten Goldes und Silbers zusammengebrochen. So wenig Gutes seine Anwesenheit den Bernern gebracht hat, man kann seine Entfernung doch nicht als einen Vortheil betrachten. Bei allen Fehlern seines Charakters gehörte er nicht zu denen, die aus Bosheit oder Rohheit Uebles thun. Er zog es vor, auch nach dem Siege sich freundlicher und milder Formen zu bedienen; in seinen Briefen ist oft davon die Rede, daß man nicht blos das Land, sondern auch die Herzen gewinnen müsse. Freunde und Schmeichler verfehlen nicht, ihm zu versichern, daß auch die letztere Eroberung ihm gelungen sei. Dies Lob mag begründetem Zweifel unterliegen, aber gewiß ist, daß man ihn besonders in neuerer Zeit häufig zu hart beurtheilt hat. Die Art, wie er seine Aufgabe löste, würde einem offenen, ehrlichen Charakter mehr als einmal unerträglich gewesen sein, aber wenn man in seinem Verfahren bei den Verhandlungen nur Treulosigkeit und Arglist finden wollte, so läßt eine genaue Kenntniß der Urkunden nicht bezweifeln, daß er wirklich den Wunsch und die Hoffnung hegte, auf friedlichem Wege zum Ziele, freilich immer zur vollständigen Unterdrückung der aristokratischen Partei in Bern, zu gelangen. Auch hat man ihn oft für die ärgsten und härtesten Maßregeln verantwortlich gemacht, die er nur gezwungen, nicht ohne

Widerstreben zur Anwendung brachte. Nur zu bald kam die Zeit, in der man eine Gewalt wie die seinige als eine Erleichterung zurückwünschen mußte.

Denn am Tage nach seiner Abreise langte der neue Regierungscommissär Lecarlier in Bern an. Wie er Verfassungsfragen zu behandeln denke, zeigte gleich die erste Proclamation vom 28. März. Die neugewählten Mitglieder des Senats und des großen Raths wurden nach Aarau beschieden, nicht etwa, wie Brüne's Absicht war, um die helvetische Verfassung im Einzelnen zu berathen, sondern um ohne Zeitverlust den pariser Entwurf mit einigen von Lecarlier festgestellten Aenderungen anzunehmen [1]). Wem Brüne's wechselnde Verordnungen noch einen Zweifel gelassen hatten, mochte jetzt erkennen, was von schweizerischer Freiheit noch übrig sei, und wo das Geschick des Landes entschieden werde. Aber zum Widerstande war es zu spät. Nicht ohne stürmische Auftritte und mehrmals nur dem fremden Zwang gehorchend, hatten sich doch vor Ende des Monats zehn theils alte, theils neu geschaffene Cantone für die helvetische Republik erklärt. In den ersten Tagen des April versammelten sich die Deputirten von Aargau, Basel, Bern, Freiburg, dem lemanischen Canton, Luzern, Oberland, Schaffhausen, Solothurn, Zürich in Aarau, und am 12. April hatte Ochs als Präsident des Senats die Genugthuung, abwechselnd mit dem Präsidenten des großen Rathes die neue Verfassung unter den üblichen Feierlichkeiten zu verlesen [2]).

Daß Institutionen, in solcher Weise zu Stande gekommen, nur ein Werkzeug der Franzosen sein würden, konnte innerhalb und außerhalb der Schweiz nur wenigen zweifelhaft sein. Um so mehr bezeichnet es die Lage Europas, daß man mitten im Frieden eine so gewaltige Veränderung der Machtverhältnisse sich gefallen ließ. Rußland äußerte sich gar nicht, Preußen

1) Archiv XVI, 316.

2) Monnard a. a. O. I, 95. Ein vollständiges Verzeichniß der am 12. April in Aarau anwesenden Repräsentanten und ein Abdruck der Verfassung bei Posselt, Europäische Annalen 1798, II, 174, 183, 185.

eben so wenig, selbst Oesterreich war bei allem, was vorging, unthätiger Zuschauer geblieben. Im November 1797 hatte Thugut den Geschichtschreiber der Schweiz, Johannes von Müller, der seit fünf Jahren für die Staatscanzlei beschäftigt war, um Kundschaft einzuziehen, in die Heimath gesandt. Müller hatte in Schaffhausen, in Basel, in Zürich und an anderen Orten mit Freunden und bedeutenden Persönlichkeiten verhandelt, seiner Art nach für Alle, sogar für die französischen Diplomaten ein gutes oder schönes Wort gefunden und die Schweizer hoffen lassen, er würde als juristischer Beistand der kaiserlichen Gesandtschaft in Rastatt die Interessen seines Vaterlandes fördern können. Er erkannte deutlich genug, daß es sich für die Eidgenossenschaft „um Sein oder Nichtsein handelte", und man darf ihm gewiß nicht Unrecht geben, wenn er hochtönenden Mahnungen zur Eintracht den dringenden Rath gesellte, durch rechtzeitige Zugeständnisse an die unzufriedenen Landschaften vor allem den inneren Frieden wieder herbeizuführen. Von der Größe und Nähe der äußeren Gefahr scheint er sich dagegen keinen richtigen Begriff gemacht zu haben. Seine Anstellung in Rastatt unterblieb; die Interessen der Schweiz waren auf dem Congreß nur ungenügend vertreten. Bern und Zürich hatten allerdings im November den Professor Karl Ludwig Tscharner abgeordnet, um vorerst den kaiserlichen, dann auch den preußischen und sogar den französischen Gesandten die Aufrechthaltung der bestehenden Cantonalverfassung und die Unverletzlichkeit des Territoriums zu empfehlen. Aber Tscharner, von den Franzosen schroff zurückgewiesen, fand auch bei Preußen und Oesterreichern keine wirksame Unterstützung. Ohne irgend etwas ausgerichtet zu haben, mußte er Anfangs Februar mit seinem Secretär Karl Ludwig von Haller den Congreßort wieder verlassen[1]). Selbst nach dem Falle Berns war Thugut durch

1) Müller an Fäsi in Zürich bei Ochs, Geschichte von Basel VIII, 340, 343; Bacher an Talleyrand 13. November 1797, 8. Februar 1798, Archiv des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten in Paris. Tillier a. a. O. V, 544, 562; Stürler im Archiv XIV, 378.

die italienischen und deutschen Angelegenheiten so sehr in Anspruch genommen, daß die Schweiz seltener, als man denken sollte, in den rastatter Verhandlungen eine Erwähnung findet. Und doch war es das nächste, durch Sitte und Sprache verwandte Nachbarland, bei künftigen Kriegen der Schlüssel der wichtigsten strategischen Operationen, das jetzt in die Gewalt des furchtbaren Gegners überging. Und nur zu bald sollte was eben in der Schweiz geschah, auf dem eigenen Boden Nachahmung finden. Durch die Besitznahme des linken Rheinufers hatten die Franzosen ein Stück von Deutschland abgetrennt, bei der Frage über die Säcularisationen griffen sie tief in die inneren Angelegenheiten unseres Vaterlandes ein. Zu diesen müssen wir uns zurückwenden.

## Siebentes Kapitel.

### Die Säculariſationen.

Aus den gewaltigen Erſchütterungen der Reformationszeit und des dreißigjährigen Krieges hatte die katholiſche Kirche noch immer einen bedeutenden Theil ihrer Macht und ihres Beſitzes gerettet. Drei rheiniſche Erzbiſchöfe ſaßen als die erſten Würdenträger des Reichs im Collegium der Kurfürſten, unter den hundert Stimmen des Fürſtencollegiums zählte die geiſtliche Bank ſieben und dreißig, darunter die Erzbiſchöfe von Salzburg und Beſançon, die Biſchöfe von Bamberg, Würzburg, Worms, Eichſtädt, Speyer, Straßburg, Conſtanz, Augsburg, Hildesheim, Paderborn, Freiſing, Regensburg, Paſſau, Trient, Brixen, Baſel, Münſter, Osnabrück, Lüttich, Lübeck und Chur, nebſt den gefürſteten Abteien von Fulda, Kempten, Ellwangen, Berchtesgaden, Weißenburg, Prüm, Stablo und Corvei. Dazu kamen noch der Johannitermeiſter zu Heitersheim, und, mit der erſten Stimme gleich nach den Erzbiſchöfen, der Hoch- und Deutſchmeiſter des deutſchen Ordens in Mergentheim, endlich nicht weniger als zwei und vierzig reichsunmittelbare Stifter, die zuſammen zwei Curiatſtimmen der ſchwäbiſchen und rheiniſchen Prälaten führten. Die reichsunmittelbaren geiſtlichen Beſitzungen in Deutſchland wurden damals auf beinahe 1200 Quadratmeilen mit mehr als drei Millionen Einwohnern angeſchlagen[1]).

1) Einige Bemerkungen mögen hier geſtattet ſein: Um Rangſtreitigkeiten mit Baiern auszugleichen, hatte man im Jahre 1500 Oeſterreich die erſte und Burgund die zweite Stimme auf der geiſtlichen Bank zugetheilt, ſo daß in Wahrheit 35 geiſtliche Stimmen übrig bleiben. Die Stimme für

Man kann nicht behaupten, daß in diesen geistlichen Territorien die Regierung schlechter, die wirthschaftlichen und socialen Zustände mehr veraltet und zerrüttet gewesen wären, als in weltlichen Staaten von ungefähr gleicher Bedeutung. Das alte Sprüchwort: unter dem Krummstab sei gut wohnen, hatte seine Bedeutung, und gerade bei denen, die es am nächsten anging, seine Anerkennung noch nicht verloren. Selten haben, so weit ich sehen kann, die Einwohner, und zwar alle Klassen der Einwohner, anderswo so zufrieden, so neidlos und in ihrer Weise behaglich neben einander gelebt. Die Domcapitel, denen das Wahlrecht des Fürsten zustand, hatten als mächtige Corporationen sich behaupten, dagegen das Militärwesen der Natur der Regierung zufolge niemals in vorwiegendem Maße sich entwickeln können; unter solchen Umständen gelangte denn auch die landesherrliche Gewalt niemals zu der Unbeschränktheit, die in anderen Territorien häufig so gehässige Formen angenommen hat. Dafür fehlte aber die kräftige Anregung, die man seit dem sechszehnten Jahrhundert vornehmlich dem weltlichen Fürstenthum verdankte. Und wenn einmal, wie es gerade in den Jahrzehnten vor der Revolution nicht selten geschah, geistliche Regenten als Reformatoren auftraten, so wurden sie durch die Verfassung ihres Landes, insbesondere die ständischen Versammlungen, mehr gehindert als unterstützt. Blieb alles in Deutschland in den früheren Verhältnissen, so konnten die geistlichen Staaten ebensowohl ein Recht auf Existenz ansprechen, wie die kleinen weltlichen Fürsten, die Reichsstädte

---

Besançon wurde nicht mehr abgegeben. Fulda war 1752, Corvei 1783 zum Bisthum erhoben, aber ihre Stellung im Fürstencollegium dadurch nicht verändert. Lübeck war das einzig noch übrige protestantische Hochstift; in Osnabrück wurde abwechselnd ein katholischer und ein protestantischer Bischof gewählt; Magdeburg, Bremen, Halberstadt, Verden, Minden, Schwerin, Camin, Ratzeburg stimmten als säcularisirte Fürstenthümer auf der weltlichen Bank. Unter den achtzehn Abteien der rheinischen Prälaten gehörten Gandersheim, Gernrode, Hervord und Quedlinburg dem protestantischen Bekenntniß. Nicht unbeträchtlich war auch der protestantische Besitz an mittelbaren Stiftern.

und die Reichsritterschaft; aber einer großen Erschütterung mußten sie voraussichtlich am ersten zum Opfer fallen. Denn es fehlte ihnen, was den festesten Halt der weltlichen Herrschaft bildete: ein erblicher Fürstenthron. Noch immer war die Auffassung nicht verschwunden, welche den Staat als Eigenthum des regierenden Hauses betrachtete; ein Wahlstaat, der bei jedem Regierungswechsel einer anderen Familie zufiel, erschien danach beinahe als herrenloses Gut. Wesentlich diesem Umstande war die Einziehung so mancher geistlichen Staaten im westphälischen Frieden zuzuschreiben; auch in der Folgezeit und gerade in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts hatte es wenigstens die Theorie nicht an Säcularisations-Versuchen fehlen lassen. So nahm denn auch Preußen keinen Anstand, schon in dem Vertrage vom 5. August 1796 für sich und das Haus Oranien geistliche Fürstenthümer auszubedingen, ja sogar der Kaiser hatte in den geheimen Artikeln von Campo Formio die Erwerbung von Salzburg sich versprechen lassen. Wie hätte es danach in Rastatt an begehrlichen Blicken auf eine so reiche Beute fehlen sollen? Am ersten konnte es für die Franzosen bedenklich scheinen, durch geistliche Staaten, die im Kriege niemals gefährlich wurden, weltliche Fürsten und dadurch die militärische Bedeutung Deutschlands zu verstärken. Aber diese Besorgniß verschwand vor dem Wunsche, das Haus Oesterreich, den gefährlichsten Feind, seiner Stütze im Reich zu berauben. Denn die geistlichen Staaten, schon durch ihre Lage mehr den Oesterreichern als den Preußen genähert, fanden im Gegensatze zu den meist protestantischen erblichen Reichsständen ihren eigentlichen Rückhalt in Wien. Außerordentliche Ereignisse konnten Einzelne auch einmal dem Kaiser gegenüberstellen, wie man vor nicht langer Zeit während des Fürstenbundes gesehen hatte; aber in der Regel waren es die geistlichen Staaten, durch welche der Kaiser seinen Einfluß im Reiche geltend machte und auf dem Reichstage der Stimmenmehrheit versichert blieb. Eine allgemeine Säcularisation mußte das kaiserliche Ansehen zum bloßen Scheine machen. Wie leicht konnte selbst die kaiserliche Würde

dem österreichischen Hause verloren gehen, wenn einmal im Kurfürsten-Collegium die drei geistlichen Stimmen durch protestantische Erbfürsten ersetzt wurden! Gerade darauf rechneten die Franzosen, und diese Aussicht überwog jedes Bedenken. Denn die Verstärkung der Erbfürsten konnte freilich eine Verstärkung Deutschlands sein, wenn die Säcularisation von Deutschen im deutschen Interesse vorgenommen wurde. Konnten aber die Franzosen auch jetzt wieder Oesterreich und Preußen gegeneinander stellen und die Beute nach eigenem Belieben vertheilen, so öffneten sich ihnen unschätzbar vortheilhafte Aussichten. Schon jene ersten Reden Bonaparte's lassen erkennen, daß die Ideen des Rheinbundes, in Wahrheit schon Jahrhunderte alt, auch den französischen Gesandten in Rastatt keineswegs fremd waren.

Es kam noch hinzu, daß das Hauptziel der rastatter Unterhandlungen, der Gewinn der Rheingrenze, wesentlich durch Säcularisationen bedingt war. Denn die schon im Voraus eingegangenen Verträge nicht allein mit Preußen, sondern auch mit Hessen-Kassel vom 28. August 1795, mit Würtemberg und Baden vom 18. und 22. August 1796 beruhten durchaus auf der Schadloshaltung der erblichen Fürsten durch geistliche Besitzungen. Diese Angelegenheit wird denn auch in dem Depeschenwechsel des Directoriums mit ganz derselben Ausführlichkeit wie in dem österreichischen und preußischen erörtert; sie bildet einen Angelpunkt französischer Politik, den man bei allen Wendungen des Congresses niemals aus den Augen verliert.

Die ersten, Anfang Novembers für die rastatter Gesandtschaft ausgefertigten Instructionen reden noch von der Möglichkeit, daß Frankreich mit der Linie von Campo Formio sich begnügen müsse. Schon für diesen Fall schienen Säcularisationen unerläßlich; wie viel mehr, wenn man das gesammte linke Rheinufer gewinnen wollte! Man hoffte auf den Beistand Preußens, um sie allgemein zu machen und dadurch, wie die Instruction sich ausdrückt, das zu Münster 1648 begonnene Werk zu vollenden; zu diesem Zweck, und um die Sache zu be-

schleunigen, sei ein Courier — derselbe von welchem Sandoz am 9. November berichtet[1]) — nach Berlin geschickt.

„Bonaparte", heißt es in einer beiliegenden Denkschrift, „hat gesagt: Wenn die deutsche Reichsconstitution nicht bestände, müsse man sie erschaffen. Es bleibt nur zu bedauern, daß er gleichwohl den Oesterreichern so große Vortheile und so bedeutenden Machtzuwachs im Reiche eingeräumt hat. Der Friede von Campo Formio ist vortrefflich, aber diese für Oesterreich zu günstigen Artikel müssen in Rastatt verbessert werden. Vordem dachte man in Allem mit Preußen zu gehen; aber Preußen hat nicht gehalten, was man erwartete; deßhalb besteht auch ihm gegenüber keine Verpflichtung mehr. Wollte man den Dingen freien Lauf lassen, so wäre zu fürchten, daß Deutschland zwischen den beiden großen Monarchien getheilt würde. Das kann Frankreich nicht dulden; es muß mit keiner Partei gehen, die Entscheidung zwischen Oesterreich und Preußen, zwischen Katholiken und Protestanten in der Hand behalten und das Princip der Säcularisationen in seinem Sinne zur Anwendung bringen." In einer besonderen „Denkschrift über die Säcularisationen" vom 4. November werden dann die Interessen Frankreichs näher erörtert, und es folgt, freilich nur als erster Entwurf, sogar schon ein Theilungsplan. Der Kaiser sollte Salzburg, Trient, Brixen und Berchtesgaden erhalten, dafür die schwäbischen Besitzungen zur Entschädigung kleinerer Fürsten abgeben, Pfalz-Baiern durch Augsburg, Würzburg, Bamberg, Freising, Regensburg, Speyer, Constanz, Worms, Kempten und Elwangen erweitert und abgerundet werden, dagegen am Niederrhein das Herzogthum Berg verlieren. Dies Herzogthum war für Preußen bestimmt, dazu die rechtsrheinischen Besitzungen von Köln und Trier, Münster, mit Ausnahme des an Holland fallenden Theiles links von der Ems, ferner Osnabrück, die Abteien Hervord und Quedlinburg, endlich die mittelbaren Stiftsgüter von Breslau und die protestantische

1) Vgl. oben S. 75.

Malteser-Ballei Sonnenburg. Die neuen Besitzungen, verbunden mit den alten, hätten am Niederrhein ein stattliches Territorium gebildet. Im Hintergrunde lauerte freilich der Gedanke, durch den schon früher von Caillard angeregten Tausch mit Mecklenburg Preußen ganz vom Rheine und aus der Nähe der französischen Grenzen bis hinter die Weser zurückzuschieben. Ja! die fränkischen Besitzungen sollten sogleich aufgegeben, Ansbach und Bayreuth dem Erbstatthalter von Holland als Abfindung überlassen werden, der dazu den Titel eines Herzogs von Franken, die fränkischen Reichsstädte, auch die Besitzungen von Nürnberg, aber weder die Stadt noch ihr Weichbild erhalten würde[1]).

Was in diesem Entwurf am meisten auffällt, ist nicht gerade eine Benachtheiligung Preußens, aber die völlige Veränderung des Augustwertrags. Nur französische Zuversicht konnte annehmen, daß der König ohne Umstände auf die neuen Pläne eingehen werde, von denen man vorerst nicht einmal Kenntniß gab. Treilhard scheint diese Schwierigkeit mehr als die pariser Machthaber empfunden zu haben, mehr als diese auch die Nothwendigkeit, sich mit Preußen zu einigen, da man Oesterreich doch einmal nicht befriedigen wollte. Das langsame Vorgehen zu Anfang des Congresses findet nicht zum wenigsten darin seine Erklärung, daß Talleyrand eine Antwort aus Berlin, Treilhard eine Instruction für Verhandlungen mit den Preußen erwartete. Schon am 2. Dezember klagt der Gesandte: „da wir keine Nachricht über Preußen empfangen, können Sie denken, wie groß unsere Verlegenheit ist. Einstweilen suchen wir unsere Zeit zu verlieren, ohne Aergerniß zu geben und ohne daß jemand uns beschuldigen kann, wir wollten nicht vorwärts gehen. Bonaparte", setzt er hinzu, „scheint mir von den Vortheilen einer allgemeinen Säcularisation nicht eben erbaut zu sein. Was mich betrifft, so neige ich gleichfalls zu

---

1) Das Ernennungsdecret für die Gesandten vom 27. October, Bonnier's Annahme vom 5. November und die sehr umfangreichen Instructionen vom 1., 2. und 4. November im Archiv des Ministeriums des Auswärtigen.

der Ansicht, daß für uns das möglichst Beste in der Erwerbung des linken Rheinufers besteht. Erhalten wir das, so haben wir für die Republik geleistet, was die weitestgehenden Forderungen verlangen können, und wenn man so viel säcularisirt, als für Compensationen und Entschädigungen nöthig ist, so soll es mich sehr wenig kümmern, daß geistliche Fürsten im Reiche verbleiben. Haben wir ein Interesse, diese alte Maschine wieder in Gang zu bringen? und hat Bonaparte nicht Recht, wenn er denkt, Ihr würdet bei dem ersten neuen Zerwürfniß auf dem rechten Rheinufer eine Republik bilden, die für uns vortheilhafter wäre, als diese Menge von kleinen Staaten?" Vor Allem dringt er auf Einigung mit Preußen. Seine erste Begegnung mit Görtz am 17. Dezember flößte ihm Vertrauen und gute Hoffnung ein; um so mehr bedauert er, daß man ihn noch immer ohne Nachricht lasse. Er argwohnt, man wolle ihn ganz übergehen und den wahren Sitz der Verhandlung nach Berlin verlegen [1]). Talleyrand stellt dies am 14. Januar bestimmt in Abrede; Alles, schreibt er, sei der Gesandtschaft in Rastatt übertragen. Bereits die früheren Instructionen gäben hinreichende Auskunft. Man wünsche das ganze linke Rheinufer, also auch die preußischen Besitzungen, werde aber dem König gern Entschädigung bieten. Die Instruction deute sogar schon an, wo sie sich finden lasse. Sei Preußen damit nicht zufrieden, so könne man unterhandeln. Aber Treilhard erwiedert am 19. Januar — er hatte eben den preußischen Gesandten die französische Forderung mitgetheilt — die Schwierigkeit liege gerade darin, daß die Instruction sich völlig von dem Augustvertrage entferne, während Preußen auf den früheren Zusicherungen nebst einem surplus als Compensation für den Machtzuwachs Oesterreichs bestände und zugleich den Inhalt der geheimen Artikel von Campo Formio erfahren wolle. Darüber möge man ihm Anweisung geben, um so mehr als an dem Widerstande Oesterreichs nicht mehr zu zweifeln sei [2]).

1) Treilhard an Talleyrand, 18. Dezember 1797, 3. und 5. Januar 1798.

2) Treilhard, 19. Januar, 23. u. 27. Februar.

Sein Wunsch ist offenbar, ganz und gar mit Preußen abzuschließen. Aber Talleyrand wollte die Mittelstellung zwischen beiden Mächten nicht aufgeben, um so weniger, als die Nachrichten aus Berlin ihn nicht befriedigten. Die Hauptschwierigkeit, antwortet er am 28. Januar, bestehe darin, die streitigen Ansprüche zwischen Oesterreich und Preußen auszugleichen. Preußen berufe sich auf den Augustvertrag, Oesterreich fordere die Ausführung des Friedens von Campo Formio. Aber die erstere sei unter Erwartungen abgeschlossen, welche Preußen nicht erfüllt habe; deßhalb brauche man nicht alle Einzelheiten zu halten, sondern habe volles Recht, eine neue Vereinbarung zu treffen. Andererseits würden sich auch Oesterreich gegenüber Mittel finden, die Verbindlichkeit des 7. und 9. Artikels von Campo Formio in Frage zu stellen und den Beweis zu führen, daß die in dem 5. Artikel dem Kaiser versprochene Entschädigung — Salzburg und der Inndistrict — reichlich genug sei, um Frankreich zu neuen Forderungen — des gesammten linken Rheinufers — ohne weitere Compensation für Oesterreich zu berechtigen. „Die Republik", fährt er fort, „verlangt die Rheingrenze, sie will die Länder behalten, die sie seit vier Jahren nach dem Recht der Eroberung besitzt, nach einem Recht, das legitim ist, wenn der Besiegte der angreifende Theil war. Im Besitz von Mainz und Kehl, bald auch von Ehrenbreitstein braucht sie nicht zu scheuen, daß irgend eine Vereinigung von Mächten oder Kräften den Preis so langer Anstrengungen ihr entreißen könnte. Die definitive Abtretung durch das Reich ist deßhalb kein Opfer, das man gar zu hoch erheben darf." Die Gesandten sollen mit beiden deutschen Mächten unterhandeln und die vortheilhafte Stellung des Vermittlers sich bestens zu Nutze machen. Wie Talleyrand diese Vermittlerrolle auffaßte, erläutert er einige Tage später. „Sehen Sie", schreibt er an Treilhard, „was ich thun würde, wenn ich an ihrem Platze wäre. Mir scheint, ein Schiedsspruch setzt einen Streit voraus, und in Ihrer Stellung zwischen den beiden Mächten müßte es Ihre erste Sorge sein, Eifersucht und Er-

bitterung hervorzurufen, ja sogar irgend ein Gezänk anzuregen und lebendig zu halten, kurz Ihre Vermittlung nothwendig zu machen; denn nur wenn sie angerufen wird, kann sie mit Leichtigkeit und Vortheil zur Anwendung kommen. Man muß die Leute erst veruneinigen, wenn man sie einigen will. Diese hier haben vortreffliche Anlagen sich zu hassen. Benutzen Sie das, um sie dahin zu bringen, wo wir sie haben möchten[1])."

Aus der früheren Erzählung hat sich bereits ergeben, wie Treilhard diesen Anweisungen nachkam. Aber seine Grundansicht blieb dieselbe, besonders als die Deputation unter Oesterreichs Einflusse nicht so leicht, als er wünschte, den französischen Ansprüchen sich fügte. Aeußerlich begegnete er den Preußen eben so roh und hochfahrend, ja beinahe noch beleidigender als den Oesterreichern, auch Talleyrand gegenüber klagt er, die preußischen Gesandten spielten eine platte, erbärmliche Rolle, wagten nicht einmal sich auszusprechen. Aber man muß gestehen, daß er in der That nichts mehr wünschte, als sie zufrieden zu stellen. Die Mittheilung der geheimen Artikel von Campo Formio betreibt er kaum weniger eifrig als die preußischen Gesandten; im Februar, nach jenen heftigen Unterredungen, in welchen Cobenzl Entschädigung in Italien verlangte, berichtet er zwar darüber nach Paris, setzt aber sogleich warnend hinzu: wenn man den Kaiser in Italien abfinde, werde er noch entschiedener als bisher den Säcularisationen und der Entschädigung Preußens widerstreben. Immer kommt er darauf zu-

---

1) Talleyrand an Treilhard, 7. Februar: Voici ce que je ferai, si j'étais à votre place . . Il me semble, qu'un arbitrage suppose une querelle, et que dans la position, où vous vous trouvez entre les deux puissances, qui peuvent difficilement s'entendre, votre premier soin doit être d'entretenir d'abord la jalousie, l'aigreur, d'exiter même quelque altercation, de l'animer, de rendre enfin votre médiation necessaire. Car ce n'est que lorsqu'elle sera invoquée, qu'elle pourra s' exercer avec facilité et profit. Il faut brouiller les gens qu'on veut raccomoder. Ceux-ci ont exellentes dispositions pour se haïr. Profitez en pour les amener à ce qui nous convient.

rück: um zum Ziele zu gelangen, müsse man Preußen bestimmte Anträge machen[1]).

Das Directorium war gleichwohl nicht geneigt, nach dieser Richtung einen Schritt zu thun. Es schrieb den Gesandten vor, die Einwilligung der Deputation nöthigenfalls durch ein Ultimatum zu erzwingen. Aber seine Zufriedenheit war groß, und Talleyrand macht „seinem lieben Treilhard" die schönsten Complimente bei der Nachricht, man habe ohne gewaltsame Mittel durch Albini's Schmiegsamkeit das gewünschte Conclusum erlangt[2]). Freilich ließ die Zustimmung der kaiserlichen Plenipotenz sich noch erwarten. Treilhard machte sich viele Sorge deßwegen. Talleyrand räth am 21. März abermals zu einem Ultimatum und meint dann, man könne allenfalls den Oesterreichern auch mehr versprechen, als man halten wolle; es würden sich schon Andere einmischen, um die Ausführung zu hindern. Aber Treilhard erwiedert, lieber wolle er doch etwas Anderes versuchen; mehr versprechen als man halten wolle, sei immer ein bedenkliches Mittel. „Endlich hat er das Conclusum übergeben, dieser Metternich", schreibt er hocherfreut am 28. März, als der Plenipotentiar auf Cobenzl's Rath jenen Ausweg eingeschlagen hatte, dessen Zulässigkeit ihm selbst so zweifelhaft erschien. Albini beeilte sich denn auch als Kenner des deutschen Staatsrechts den Franzosen gerade die Erläuterung zu geben, welche Metternich gefürchtet hatte. Er erklärte die bloße Uebergabe des Conclusums für vollkommen genügend; frühere Deputationsschlüsse, darunter die berühmten über das Reichskammergericht von 1775, seien auch nicht förmlich bestätigt worden. Da nach der Reichsvollmacht kein Conclusum ohne Genehmigung der Plenipotenz an die Franzosen gelangen dürfe, so sei die Genehmigung, auch ohne ausdrückliche Bemerkung, schon durch die Uebergabe hinreichend bezeugt[3]).

1) Treilhard an Talleyrand, 16., 17., 28. Februar.

2) Treilhard an Talleyrand, 7. März; Talleyrand an Treilhard, 15. März.

3) Treilhard an Talleyrand, 1. April.

Zu Anfang der Verhandlungen hatte Treilhard einmal für räthlich erachtet, vorerst einen besonderen Vertrag über die Rheingrenze zum Abschluß zu bringen, darin das Princip der Säcularisationen anzuerkennen, aber die Anwendung im Einzelnen auf einen besonderen folgenden Vertrag zu verschieben. Vermische man so viele verschiedene Gegenstände, so werde man sich in unübersehbare Weitläufigkeiten verwickeln [1]). Jetzt trat abermals die Frage hervor, ob das gewonnene Ergebniß sogleich in einem besonderen Vertrage festzustellen sei. Talleyrand spricht sich am 21. März dagegen aus und, man muß sagen, mit gutem Grunde. Denn nicht zufrieden mit dem, was auf dem linken Ufer erreicht war, äußert er in derselben Depesche auch schon das Verlangen nach einer passenden Arrondirung auf dem rechten Ufer. Worin sie bestehen sollte, bleibt später im Einzelnen mitzutheilen. Auch ein Diplomat, viel weniger fein als Talleyrand, konnte voraussehen, die Franzosen würden, wenn sie mit solchen Ansprüchen, mit der Zurückweisung der billigsten Gegenforderungen sogleich hervorträten, die Mitglieder der Deputation, ja beinahe sämmtliche Reichsstände zu Gegnern haben. Kam aber vorerst die Frage der Säcularisationen, die Vertheilung der geistlichen Besitzungen zur Verhandlung, so ließ sich mit gutem Grund erwarten: Habsucht und Eifersucht würden die deutschen Fürsten heftig genug gegen einander stellen, um jeden Einzelnen zu jedem Zugeständniß geneigt zu machen, das ihn französischer Hülfe gegen noch verhaßtere Mitbewerber versicherte. Das Verhältniß zu Preußen gewann bei einer solchen Verhandlung ganz besondere Wichtigkeit, und man begreift, daß Treilhard bei Talleyrand fort und fort die früheren Mahnungen wiederholt. Dagegen mußte das Zerwürfniß mit Oesterreich um so schärfer hervortreten. Noch mehr als bei der Rheingrenze standen bei den Säcularisationen die Interessen beider Staaten schroff einander entgegen. Nur war die Stellung der Franzosen bei

1) An Talleyrand, 21. Januar.

dem zweiten Streitpunkt weit günstiger, als bei dem ersten. Denn im Wesentlichen hatten sie erlangt, was sie für sich erlangen wollten; es kam nur noch darauf an, die Oesterreicher um den versprochenen Preis zu bringen; und wenn die Abtretung des linken Rheinufers vielen Reichsständen ein Unheil schien, so gab es wenige, die jetzt, nachdem das Opfer einmal gebracht war, nicht Entschädigung und wo möglich Vergrößerung auf Kosten des geistlichen Standes gewünscht hätten. Nur etwa bei der Mehrheit der Deputation mochte der Kaiser noch auf Unterstützung hoffen.

Vorerst, so wenig auch die letzten Unterredungen mit Treilhard versprachen, versuchte man noch einmal mit den Franzosen sich zu einigen. Auf Cobenzl's und Lehrbach's Berichte vom 1. März hatte Thugut am 13. eine ausführliche Instruction erlassen. Er billigt durchaus das Verfahren der beiden Gesandten; Lehrbach soll nach wie vor in seiner abwartenden Stellung bleiben[1]). Dann folgt aber ein bedeutendes Zugeständniß an die Republik. Der Minister begnügt sich statt eines bestimmten Aequivalents für die Abtretung des linken Rheinufers mit einer schriftlichen Erklärung, daß Oesterreich dies Aequivalent, so wie es zu Campo Formio versprochen sei, erhalten würde. Wenn neuer Landbesitz in Italien unerreichbar bleibe, so solle man vor allem die Schulden für Mailand und Belgien abzuschütteln suchen; das sei weit wichtiger, als den österreichischen Besitzungen in Deutschland einen Fetzen hinzuzufügen.

Sobald der junge Graf Metternich[2]) diese Depesche am

1) Thugut an Lehrbach, 13. März; an Cobenzl, 13. März.

2) Dürfte man die Zukunft in Rechnung bringen, so hätte unter den merkwürdigen Persönlichkeiten des Congresses auch Graf Clemens Metternich, der spätere Staatskanzler, erwähnt werden können. Er war im Gefolge seines Vaters nach Rastatt gekommen; der Plenipotentiar machte Lehrbach die Mittheilung, Thugut habe erlaubt, daß sein Sohn auch von der „österreichischen Geschäftsführung" Kenntniß nehme. Lehrbach fragte aber, ehe er darauf einging, am 7. Dezember in Wien an und konnte sich nicht enthalten, eine solche Erlaubniß

18. März nach Rastatt gebracht hatte, begab sich Cobenzl mit Lehrbach zu Treilhard. Thugut's Anerbieten enthielt genau das, was von den Franzosen noch vor wenig Wochen gefordert war; aber seitdem hatte die Deputation das ganze linke Rheinufer abgetreten, die Franzosen hatten ihr Hauptziel ohne Beihülfe, ja im Gegensatz zu Oesterreich erreicht. Als Cobenzl mit seinem Antrage hervortrat, mußte er mit Erstaunen hören, außer den zu Campo Formio festgestellten Entschädigungen habe der Kaiser gar nichts mehr zu fordern; Salzburg und das Gebiet bis zum Inn seien auch für die Abtretung des ganzen linken Rheinufers Entschädigung genug, so bedeutend, daß Preußen und Baiern schon beständig Widerspruch erhöben, und ohne Frankreichs Hülfe gar nichts an Oesterreich gelangen würde. Treilhard suchte diese Behauptung durch eine Auslegung des siebenten Artikels zu begründen, die Cobenzl nur als absurd bezeichnet. Aus Treilhard's Depeschen sieht man, daß er nunmehr die von seinem Minister schon am 28. Januar entwickelte Theorie zur Anwendung brachte. Der Friede von Campo Formio hatte den Franzosen zwei Drittel des linken Rheinufers zugesagt und für den Fall, daß sie nach dem Frieden noch eine Erwerbung in Deutschland machten, dem Kaiser ein Aequivalent versprochen. Treilhard behauptete nun, die Erwerbung des letzten Drittels dürfe gar nicht als eine Erwerbung nach dem Frieden gelten, denn Frankreich habe das gesammte linke Rheinufer schon seit vier Jahren in seiner Gewalt; deß-

---

für äußerst bedenklich zu erklären. Der Minister stimmt ihm am 6. Januar vollkommen bei. Der Kaiser, schreibt er, habe dem Plenipotentiar nur erlaubt, daß sein Sohn in Rastatt sich in den Geschäften üben dürfe; Lehrbach könne sich leicht mit dem Mangel an Weisungen entschuldigen. Am 28. Dezember erhielt der junge Metternich eine officielle Stellung als Bevollmächtigter „von wegen des westphälischen Grafen-Collegiums katholischen Theils". Am 23. Januar, als er zur Entbindung seiner Frau nach Wien zurücklehrte, nahm er auch Depeschen Lehrbach's mit. Lehrbach spendet ihm dabei ein glänzendes Lob wegen seiner Talente, seiner Kenntnisse und seines guten Betragens.

halb könne auch der Kaiser kein Aequivalent ansprechen. Der Sophismus liegt freilich auf der Hand; aber das Verhältniß der beiden Staaten war schon von der Art, daß Verträge und rechtliche Gründe nicht mehr entscheiden konnten. Am 20. März versammelte man sich abermals. Die Franzosen drängten mit Heftigkeit, Lehrbach solle seinen Widerspruch aufgeben und dem Conclusum der Deputation sich anschließen. Aber dazu wollten nun auch die Oesterreicher sich nicht verstehen. Jedenfalls, erwiederte Cobenzl, müsse man vorher aus Paris eine bestimmte Antwort auf seine frühere Anfrage erwarten [1]). Und so blieb wieder alles unentschieden. Eine Antwort des Directoriums erfolgte nicht, wenigstens nicht an die österreichischen Gesandten. Talleyrand hatte bereits am 27. Februar auf den Bericht über die vorgängigen Besprechungen geantwortet, das Directorium werde schon aus den von Treilhard hervorgehobenen Gründen durchaus keine österreichische Vergrößerung in Italien gestatten. Jetzt als ihm die herabgestimmten Forderungen Thuguts zur Kenntniß gelangten, erwiedert er am 25. März: die Oesterreicher würden nur deßhalb weniger anspruchsvoll, weil sie sähen, daß man ihrer nicht bedürfe. „Hüten Sie sich", setzt er hinzu, „die verlangte schriftliche Erklärung zu geben." Treilhard soll durch schöne Redensarten die österreichischen Gesandten hinhalten, zunächst den damals noch fraglichen Beitritt Metternich's zum Conclusum der Deputation herbeiführen, alsdann sich den Preußen nähern. Soweit ich sehe, hielt es Treilhard nicht für gerathen, die Oesterreicher von dieser Antwort irgend etwas wissen zu lassen, aber auch zu den schönen Redensarten wollte er sich nicht verstehen; sein Benehmen wurde mit jedem Tage schroffer, seine Ausdrucksweise schneidender. Von einer Vergrößerung der österreichischen Entschädigung wollte er nicht mehr hören, über die mailändischen und belgischen Schulden nicht einmal nach Paris berichten. Er glaubte die Wege zu kennen, auch ohne Oesterreich die Deputation seinem letzten Vorschlage gefügig zu machen.

1) Lehrbach, 25. März; Cobenzl, 27. März.

Den Wünschen Talleyrand's hatte er schon vorgearbeitet. Die Note vom 15. März hatte die Säcularisationen durchaus in den Vordergrund gestellt und erst nach der Erledigung dieser Angelegenheit eine Verhandlung über einzelne der Artikel hoffen lassen, die von der Deputation der Abtretung des linken Rheinufers beigefügt waren. Allein die Absicht bei diesem Spiel lag zu nahe, als daß sie nicht wenigstens den bei der Säcularisation minder betheiligten Deputirten hätte einleuchten sollen. In der nächsten Sitzung am 20. März sprach sich Löben sehr entschieden über die neue französische Forderung aus. Er erinnerte an die drei Voraussetzungen, unter welchen die Abtretung des linken Rheinufers am 11. März zugestanden war; sie seien durch Gerechtigkeit und Billigkeit empfohlen und mehr als alles Andere geeignet, den von den Franzosen so dringend gewünschten Frieden zu beschleunigen. Dagegen könne der Kurfürst nicht in solche Veränderungen des Besitzstandes willigen, durch welche dem rechtmäßigen Besitzer sein Eigenthum zu Gunsten anderer Reichsstände entzogen würde. Würzburg sprach noch stärker gegen die Ungerechtigkeit der Säcularisationen und die Einmischung der Fremden in die inneren Reichsangelegenheiten. Auch die übrigen Stimmen waren mit Kursachsen wenigstens soweit einverstanden, daß man von den Franzosen noch einmal eine bestimmte Antwort auf die letzten Vorschläge erbitten solle. In diesem Sinne ist das Conclusum vom 22. März abgefaßt; aber man kann vorhersehen, wie es von den Franzosen aufgenommen wurde. Schon vor der Sitzung vom 20., bald schmeichelnd, bald wieder drohend, hatten sie die preußischen Gesandten angegangen, ihren Einfluß auf Hannover und Sachsen geltend zu machen. Oesterreich brenne vor Verlangen nach geistlichen Besitzungen, aber es werde seine Erwartungen nicht erfüllt sehen, wenn Preußen die richtige Stellung einnehme; auch Baiern sei nur auf diesem Wege unverletzt zu erhalten[1]). Die

1) Ganz dasselbe setzte Bonaparte kurz vorher dem preußischen Gesandten in Paris auseinander. Sandoz, 14. März.

preußischen Gesandten waren, wie wir sahen, den Säcularisationen nicht entgegen. Sie hatten selbst schon nach Berlin den Wunsch geäußert, daß Löben, dessen Widerstand man am meisten fürchtete, aus Dresden bestimmtere Instructionen erhielte; wegen der anerkannten Rechtschaffenheit seines Charakters werde er dann auch auf seine Collegen wirken können [1]). Aber was die Franzosen sonst noch äußerten, lautete um so bedenklicher. Nicht mehr das linke Ufer sondern das rechte war jetzt der Gegenstand ihrer Forderungen. Sie sprachen von vier Brückenköpfen, deren sie bedürften; von Uebernahme der Landesschulden wollten sie nicht hören, auch die Truppen vor dem Abschlusse des Friedens nicht zurückziehen. Gerade dieser Punkt lag der preußischen Regierung vor allem am Herzen, nicht nur wegen der drückenden Contributionen, denen die Gebiete des rechten Ufers ausgesetzt waren, sondern noch mehr wegen der revolutionären Umtriebe, denen die Anwesenheit der französischen Soldaten als Förderung diente. Unter einem Obergeneral wie Augereau war dies unzweideutig hervorgetreten. Jetzt war er freilich auf Bonaparte's Betreiben an die spanische Grenze versetzt, aber die Gefahr war damit nicht verschwunden. Bedenkt man, was am linken Rheinufer, in Holland, in Italien, und eben in den letzten Tagen in der Schweiz geschehen war, so müßte man in der That erstaunen, wenn die revolutionäre Propaganda gerade am Rhein sich eine Grenze gesteckt hätte. Am Niederrhein scheinen ihre Bemühungen ohne jeden Erfolg geblieben zu sein; aber in Würtemberg, Baden, in einzelnen Reichsstädten, besonders in Ulm, hatten sich Elemente gesammelt, die, in ruhigen Zeiten unter einer geordneten Regierung unbedeutend, während eines Krieges und gar bei dem Einmarsch feindlicher Truppen gefährlich werden konnten. Straßburg und Basel waren die Punkte, von denen aus die Bewegung geleitet wurde, oder doch geleitet werden sollte; man sagte, bei dem Einfall Moreau's im Sommer 1796 sei schon alles für

1) Die preußischen Gesandten, 13,. 17., 30. März.

die Proclamirung der Republik vorbereitet gewesen; nur die raschen Erfolge des Erzherzogs hätten damals den Plan vereitelt[1]). Immer hielt sich aber eine Anzahl süddeutscher Flüchtlinge in Paris auf und bestürmte das Directorium mit Bitten, sich ihrer anzunehmen. Sandoz erhielt zu wiederholten Malen den Auftrag, sie genau zu überwachen; seine Berichte sind durchaus nicht ohne Besorgniß, und die französischen Machthaber verfehlten nicht, sich eines so nützlichen Instrumentes der Einschüchterung zu bedienen. Zum großen Aerger des preußischen Ministeriums äußerte Barras ganz öffentlich, die Revolution würde die Runde in Europa machen[2]), und Treilhard, wenn er von Wein und Aerger erhitzt war, scheute sich nicht, den Gesandten zu sagen, in Deutschland sei alles reif für eine Umwälzung, in wenigen Jahren würde es keine Könige mehr geben.

Auf Thugut scheinen Mittheilungen dieser Art wenig Eindruck gemacht zu haben, aber um so größeren in den zunächst bedrohten süddeutschen Staaten und in Berlin[2]). Und da wieder die französischen Truppen nicht anders als durch den Frieden vom rechten Ufer wegzubringen waren, so lag darin für die preußischen Gesandten allerdings ein Grund, so weit als irgend möglich, wenn auch längst nicht so weit als Treilhard verlangte, der französischen Forderung nachzugeben. Diese Forderung wurde am 27. März der Deputation abermals vorgelegt in einer Note, die an Rücksichtslosigkeit alle früheren überbot. Die französischen Gesandten, hieß es, hätten erwartet, daß die Deputation eine Entschädigungsweise annehmen würde, an deren Gerechtigkeit und Nothwendigkeit keines ihrer Mitglieder im Grunde des Herzens zweifeln könne. Mit Erstaunen sähen sie,

---

1) Die preußischen Gesandten am 28. März.

2) Das Ministerium an Sandoz, 26. März, 27. April; Sandoz, 7. April, 15. April.

3) Keller an das Ministerium, 27. Februar; die Minister an den König, 16. März.

daß die Deputation statt dessen nach langem Zögern sich darauf beschränke, abermals die nicht begründete Hoffnung auf einen Theil des linken Rheinufers auszusprechen und Vorschläge zu wiederholen, bei denen jeder vernünftige Mensch finden müsse, daß sie von den französischen Gesandten in der einzig angemessenen Weise schon am 15. März beantwortet seien. Ohne Säcularisationen sei der Friede unmöglich; statt mit voreiligen Erörterungen die Zeit zu verlieren, möge man ungesäumt durch eine offene, loyale Erklärung auf die französische Note Antwort geben.

Sollte die Deputation, nachdem sie die Hauptsache: die Abtretung des linken Rheinufers zugestanden hatte, wegen der sich anschließenden Forderung die Verhandlungen zum Abbruch kommen lassen? Die Franzosen behaupteten gar nicht mit Unrecht, daß der Grundsatz an sich, die Nothwendigkeit von Säcularisationen, allgemein, selbst von Oesterreich anerkannt worden sei. Auch Lehrbach hatte schon in der Sitzung vom 20. März darauf hingedeutet, daß nicht „alle Alteration des Besitzstandes hintangehalten werden könne"; das österreichische Bestreben konnte nur noch dahin gerichtet sein, die Säcularisationen zu beschränken und insbesondere durch die Erhaltung der geistlichen Kurstimmen bei künftigen Kaiserwahlen sich die Mehrheit zu sichern. In solchem Sinne hatte Lehrbach mit Albini gesprochen. Aber nicht einmal bei diesem fand er ein Entgegenkommen, wie es von dem Gesandten des ersten geistlichen Standes sich erwarten ließ. „Jeder", schreibt er am 2. April, „denkt nur an sich. Mainz glaubt durch die gegebenen mündlichen Versprechungen der Franzosen und Preußen gedeckt zu sein, und hätte kein Bedenken, auf die Säcularisation seines Nachbarn zu stimmen; es sieht nicht, daß es, wenn dieser zu Grunde geht, sich allein nicht halten kann."

Die Sitzung vom 2. April verlief danach, wie man ungefähr sich vorstellen kann. Sachsen und Oesterreich hielten sich bei der ersten Umfrage das Protokoll offen. Baiern stimmte in einem ausführlichen, sehr geschickt abgefaßten Votum

für die Nothwendigkeit von Säcularisationen: denn die Franzosen würden unter keiner anderen Bedingung Frieden schließen, und für das Reich selbst sei es nöthig, die durch Abtretung der schönsten Provinzen geminderte Extension durch Concentrirung der zerstreuten Kräfte wieder zu ersetzen. Dabei müsse man aber mit aller Vorsicht für die Reichsinstitutionen und die betheiligten Stände verfahren[1]). Das Votum war nicht mehr von dem Grafen Preysing verfaßt und wohl ebensowenig von dem Grafen Morawitzky, der seit dem 22. Februar für ihn eingetreten war, sondern wahrscheinlich von dem vormaligen Professor Zentner, der als juristischer Beistand das volle Vertrauen seines Vorgesetzten wie des Ministeriums in München besaß. Nach dem bairischen Gesandten entwickelte Stadion genau die entgegenstehende Auffassung, ganz den Ansichten gemäß, die Lehrbach in seinen Depeschen an Thugut vertritt und eben zu derselben Zeit auch in einer Verhandlung mit den preußischen Gesandten geltend zu machen suchte. Er führte aus, bei früheren Abtretungen von Reichsgebiet sei eine Entschädigungspflicht des Reiches den benachtheiligten Ständen gegenüber niemals anerkannt; so habe Oesterreich für die verlorenen Besitzungen im Elsaß keinen Ersatz und noch weniger eine Immission in das Eigenthum anderer Reichsstände erhalten. Auch die Säcularisationen des westphälischen Friedens könne man nicht mit den jetzt vorgeschlagenen vergleichen. Denn damals seien die schon in den Händen der protestantischen Fürsten befindlichen Territorien als Preis des Friedens von den Katholiken aufgegeben, während jetzt alle Reichsstände gemeinsam im Kriege gegen Frankreich zusammengestanden hätten. Solle also wirklich eine Entschädigung eintreten, so müsse sie auch von sämmtlichen Reichsständen, nicht ausschließlich von den geistlichen getragen werden[2]). Bremen, Darmstadt,

1) Protokoll I, 492.

2) Ganz ähnliche Grundsätze entwickelt eine Schrift: Freimüthige Gedanken eines teutschen Staatsbürgers über die Säcularisirung der geistlichen Wahlstaaten Teutschlands, Altona und Hamburg 1798.

Baden stimmten dann für Säcularisationen, Baden in der weitesten Ausdehnung, ebenso Frankfurt; dagegen hatten die augsburgischen Deputirten sich diesmal vor der Sitzung bei Lehrbach Rath geholt. Sie sprachen nur im Allgemeinen von gerechten Entschädigungsmitteln und betonten um so stärker die der Abtretung des linken Rheinufers beigefügten Anträge. Zuletzt kam Albini mit einem Votum, das die weitschichtigen Abstimmungen seiner Collegen noch überbietend, in den gedruckten Protokollen vierzehn Quartseiten einnimmt. Unmittelbar auf die vorliegende Frage bezieht sich nur das kurze Geständniß, daß Säcularisationen unvermeidlich seien. Doch meint er, neben ihnen würde die Deputation noch andere unschädlichere Mittel der Entschädigung finden, es würde überhaupt so wenig, als nur immer möglich, von den Landen der geistlichen Wahlstaaten zerrüttet werden. Er sucht diese Hoffnungen durch die andere zu begründen, daß Oesterreich und Preußen sich jetzt eben so edelmüthig zeigen würden als in früheren Zeiten, wo sie unter ähnlichen Verhältnissen zwar Entschädigung vom Reiche begehrt, aber auf Zureden ihrer Mitstände darauf verzichtet hätten. Deshalb, schließt er, müsse man die schlechterdings nöthigen Säcularisationen bewilligen, auch auf die näheren Anträge der Franzosen in Unterhandlung eingehen, zugleich aber von ihnen eine bestimmte Antwort auf die früheren Anträge der Deputation verlangen; denn der wirkliche Schaden müsse doch bekannt sein, ehe man über Entschädigung verhandeln könne. Diesem Votum schloß sich im Wesentlichen auch Kursachsen an, und so konnte man sagen, daß die Stimmenmehrheit zwar für Säcularisationen, aber in sehr beschränktem Maße entschieden habe. Lehrbach war mit der Abstimmung nicht gerade unzufrieden; er nahm sich vor, in der zweiten Berathung bei Feststellung des Conclusums die österreichische Ansicht bestimmt zu formuliren und in dem Conclusum selbst zum Ausdruck zu bringen.

In der nächsten Sitzung am 4. April führte er aus[1]),

1) Protokolle I, 531.

daß, wenn überhaupt Entschädigungen geleistet werden sollten, sie auch für die geistlichen Stände, insbesondere für die geistlichen Kurfürsten eintreten müßten. Ferner hätte man die Entschädigungen nicht als Acquisition zu gebrauchen, sondern genau auf das Maß des Verlorenen zu beschränken; dabei würden sich neben den Säcularisationen auch andere, weniger nachtheilige Entschädigungsmittel — nämlich in Gelde — finden lassen. Er beantragte ausdrücklich, diese Erwägungen dem Conclusum einzuverleiben. Stadion, der schon vor der Sitzung dringend angehalten hatte, Lehrbach möge etwas zur Rettung des geistlichen Standes thun, stimmte mit warmen Worten bei. Aber nun geschah das Unerwartete. Albini trat dem österreichischen Deputirten entgegen. „Was Lehrbach und Stadion angeführt hätten", sagte er, „sei ganz dem, was er selbst schon geäußert habe, conform; in diesem Sinne könne er nur wünschen, daß es der Antwort an die Franzosen eingerückt würde. Aber er müsse seinem Grundsatze treu bleiben, daß die Deputation den Franzosen durchaus keine Entschädigungsmittel aus irgend einem reichsständischen Vermögen anbieten dürfe. Sie dürfe nur erwarten, daß die Franzosen solche in Vorschlag brächten, so daß ihr dann lediglich zwischen der Annahme und dem Wiederausbruch des Krieges die Wahl gelassen sei." In dem Augenblicke, wo man den Franzosen die Säcularisationen nachgab, nahm sich eine solche Gewissenhaftigkeit allerdings sonderbar aus. Die Clauseln, welche Lehrbach beifügen, die Geldentschädigung, auf die er hindeuten wollte, waren gerade das, was die geistlichen Stände wünschen, die Franzosen vermeiden mußten. Albini's Weigerung erregte deßhalb allgemeines Erstaunen; er bestand aber so fest darauf, daß er den österreichischen Antrag nicht einmal zur Abstimmung brachte. Lehrbach zeigte, wie es scheint, nicht die gewöhnliche Geistesgegenwart. Er ließ Albini gewähren, obgleich Löben schon in der Sitzung, und andere Deputirte später ihr Mißvergnügen kund gaben. So wurde das Conclusum ganz, wie es Albini schon vor der Sitzung

entworfen hatte, freilich nur mit Stimmenmehrheit, angenommen.

Es zeugt in jeder Zeile von der Hand seines Urhebers. Die Säcularisationen werden als unumgängliche Vorbedingung des Friedens für nothwendig erklärt, und die von Lehrbach formulirten Clauseln durch die „vertrauensvolle Hoffnung ersetzt, daß dabei mit aller erdenklichen Fürsorge für die Erhaltung der Reichsconstitution und des Wohles der Reichsangehörigen eingeschritten werde". Lehrbach war außer sich vor Aerger. „Durch die Ungeschicklichkeit, Eigenliebe und den unglaublichen Hang zur Rechthaberei des Baron Albini", schreibt er am Tage nach der Sitzung, „ist das Conclusum zum Todesurtheil für den geistlichen Stand geworden. Es wird hier allgemein geglaubt, dieser Mann leide an Hochmuths-Absencen, oder er müßte gar noch üblere und verdächtigere Beweggründe haben." Daß Albini, wie Lehrbach andeutet, auch jetzt wieder unter dem Einfluß der Franzosen gehandelt habe, läßt sich zwar nicht, wie bei der Abstimmung vom 11. März, durch seine eigenen Briefe beweisen. Es ist aber nur zu gewiß, daß ein Mann, dessen ganze Hoffnung auf einem von den Franzosen nur mündlich gegebenen Versprechen beruhte, sich ihnen damit in die Hand gegeben hatte. Wie lebhaft sie den in der letzten Sitzung geleisteten Dienst erkannten, zeigt folgende, in mehr als einem Sinne charakteristische Mittheilung des mainzischen Gesandtschafts-Sekretärs: „Es ist der sorgfältigen Aufzeichnung in diesem Diario würdig", schreibt er am 9. April, „daß Bonnier bei dem heutigen Diner bei dem Grafen Görtz dem preußischen Minister mit ausgezeichneter Kälte, dem Grafen Cobenzl aber beinahe mit Hintansetzung aller im gesellschaftlichen Leben gewöhnlichen Formen begegnete, und auf verschiedene Fragen gar keine Antwort gegeben, mit Directoriali aber, der sein Tischnachbar gewesen, ein lebhaftes, vertrauliches und noch beinahe anderthalb Stunden nach aufgehobener Tafel fortdauerndes Gespräch unterhalten hat."

So war denn für die Franzosen zu Anfang April gerade

das erreicht, was sie Mitte Januars gefordert hatten. Sie hatten es ohne Beistand, ja wider den Willen der Oesterreicher erreicht, glaubten sich deshalb aller Pflichten gegen sie erledigt. In den wichtigsten Punkten blieb die Vereinbarung von Campo Formio wirkungslos. Die Compensation in Italien wurde verweigert, die Erwerbung des schon zugesagten Inndistricts und die Erhaltung der drei geistlichen Kurfürsten in Frage gestellt; weder die Rückgabe der linksrheinischen Provinzen an Preußen, noch die Ausschließung Preußens von den Säcularisationen, nichts war von den Franzosen zu erlangen. Auch die Hoffnung, daß etwa Bonaparte den Frieden, dessen Urheber er gewesen war, in Rastatt zur Anerkennung bringen würde, auch diese Hoffnung schwand. Immerwährend hatte man von der Rückkehr des Generals gesprochen, im Februar wurde sie beinahe täglich erwartet[1]); aber am 27. März meldet Cobenzl, es sei jetzt bestimmt, daß Bonaparte nicht zurückkäme, seine Leute würden abreisen, sein Adjutant Lavalette habe ihn mündlich entschuldigt[2]).

Da ihnen selber Alles verweigert wurde, blieben die Gesandten auch den Franzosen gegenüber in ihrer früheren Zurückhaltung. Lehrbach sprach von der Abtretung des linken Rheinufers und von den Säcularisationen nur mit dem Ausdruck, daß sie durch die Mehrheit bewilligt seien; auch Metternich stellte zwar diesen letzteren Beschluß, sowie den früheren vom 22. März auf Albini's Drängen der französischen Gesandtschaft zu, aber wieder ohne die übliche Eingangsformel: daß der Plenipotentiar mit der Deputation sich vereinigt habe. Eigentlich überschritt er schon dadurch seine Instructionen, denn ein

1) Talleyrand an Bonaparte, 21. Februar 1798. Corresp. inéd. IV, 446.

2) Dasselbe melden die preußischen Gesandten am 26. März mit dem Zusatze, Bonaparte habe Cobenzl eine Uhr mit Diamanten im Werthe von 40,000 Gulden überreichen lassen, als Geschenk der Republik für den Abschluß des Friedens von Campo Formio. „Les effets du Pape", sagte Treilhard.

Rescript der wiener Reichskanzlei nannte diesen Mittelweg sehr erzürnt eine „staatsrechtliche Mißgeburt, durch welche die Plenipotenz sich zum Mitschuldigen der Deputation mache". Da aber kein anderer Weg angegeben war, blieb Metternich, wenn nicht der Congreß ganz stocken sollte, nichts übrig, als mit dem Beschluß vom 4. April in gleicher Weise zu verfahren. Die Franzosen stellte er freilich auch dadurch nicht zufrieden; wenigstens der Plenipotenz gegenüber trugen sie ihre Unzufriedenheit zur Schau. Es kam zu heftigen Erörterungen, die wieder nur die völlige Abweichung der Meinungen hervortreten ließen. Und so wurde es immer deutlicher, daß auf dem bisherigen Wege eine Einigung zwischen dem Kaiser und Frankreich nicht zu erreichen sei.

## Achtes Kapitel.

### Oesterreich und Preußen.

Je mehr diese Ueberzeugung sich befestigte, um so dringender wurde die Frage, ob nicht auf anderem Wege leidliche Zustände sich erreichen, ob nicht die Ansprüche der beiden deutschen Mächte doch vielleicht sich vereinigen ließen. Selbst Thugut hatte dieses Ziel niemals ganz aus den Augen verloren. Wir haben gesehen, wie er dem Grafen Cobenzl am 13. Januar die Weisung ertheilte, einer Verständigung mit den preußischen Gesandten nicht aus dem Wege zu gehen. In demselben Sinne handelte er in Wien, aber zögernd, widerwillig; der eigentliche Anstoß auch in der österreichischen Hauptstadt ging von Preußen aus.

Das Ministerium schreibt am 8. Januar an Keller, der König sei erfreut durch die freundlichen Versicherungen, die Herr von der Reck aus Wien mitgebracht habe, er werde gern die Verhandlung fortsetzen und wolle dem wiener Hof einen Schritt entgegen thun. Keller möge Thugut die Versicherung geben, er kenne, nachdem der petersburger Hof die Convention vom 5. August 1796 mitgetheilt habe, alle Geheimnisse Preußens. Als Keller am 19. Januar diesen Auftrag ausrichtete, fand er jedoch Thugut wenig entgegenkommend. Der österreichische Minister schien Zweifel zu hegen, ob Rußland den vollen Wortlaut der Convention mitgetheilt habe, und der preußischen Versicherung wenig Vertrauen zu schenken; „in Regensburg", bemerkte er, „habe Preußen erklärt, es bestehe seit dem baseler Frieden keine neue Uebereinkunft[1])." Gleichwohl lehnte er Ver-

1) Keller, 20 Januar.

handlungen nicht ab, wollte aber nicht allein mit Keller verhandeln. Denn wenn er schon dem preußischen Diplomaten überhaupt nicht traute, so glaubte er auch in aufgefangenen Depeschen Keller's den Beweis zu finden, daß seine Aeußerungen von dem Gesandten absichtlich entstellt würden [1]). Er erbat sich deshalb den Grafen Franz Colloredo als Gehülfen, der aber bei seiner bescheidenen Unterordnung nicht eigentlich als Theilnehmer, sondern nur als Zeuge den Conferenzen beiwohnte. Die erste fand am 22. Januar in der Hofburg statt. Thugut schlug zwei Grundlagen vor, erstens: die Integrität der Reichsverfassung, zweitens: die Integrität des Gebietes, soweit als möglich; er wünschte, daß die preußischen Gesandten in Rastatt in diesem Sinne Anweisung erhielten. Keller erwiederte, die Integrität der Verfassung hinge doch wesentlich von der Integrität des Gebietes ab; es frage sich vor allem, wie weit Deutschland das linke Rheinufer verlieren würde. Gerade die Beantwortung dieser ersten Frage war aber für Thugut die unbequemste, denn sie schloß die Bekanntmachung der geheimen Artikel von Campo Formio in sich, zu einer Zeit, als er noch die Hoffnung nicht aufgegeben hatte, ihre Erfüllung von Seiten der Franzosen zu erlangen. Er gab deshalb keine bestimmte Antwort, sondern bemerkte nur, es sei nicht gesagt, daß das ganze linke Rheinufer an Frankreich fallen müsse; über die Absichten der Franzosen werde Preußen, das schon so lange einen Gesandten in Paris habe, wohl am besten unterrichtet sein [2]). Als der Keller'sche Bericht nach Berlin kam, wollte Alvensleben sogleich abbrechen; Thugut, bemerkt er, sage nicht ein Wort über die Bedingungen von Campo Formio; seine Absicht sei nur, Preußen mit Frankreich zu veruneinigen. Eingehender faßt Haugwitz in einer

---

1) Thugut an Colloredo, 24. Januar, bei Vivenot a. a. O. II, 84. Votre Excellence verra, que Keller à plusieurs égards ne paraît pas avoir compris ou voulu comprendre ce qui lui a été dit; quoique je crois qu'à l'égard de la constitution de l'Empire dans son intégrité et sans changement . . . on lui a parlé assez clairement.

2) Keller, 23. Januar.

Denkschrift vom 29. Januar die Frage auf. Die Zurückhaltung der geheimen Artikel, sagt er, sei allerdings zu bedauern; immer bleibe aber eine Verständigung mit dem wiener Hofe vielleicht das einzige Mittel, um die Schlingen zu vermeiden, welche Frankreich allen monarchischen Regierungen gelegt habe. Im Ganzen stimme die österreichische Basis mit den preußischen Wünschen überein. Man könne das sagen, aber zugleich offen erklären: da nach den Maßnahmen der Franzosen der Verlust des linken Rheinufers unzweifelhaft scheine, so wünsche der König, selbst wenn über die preußischen Provinzen nichts ausgemacht sei, einen so geringen Besitz aufzugeben, und durch Säcularisationen Entschädigung zu erhalten. In diesem Sinne entschied auch der König. Gleich am folgenden Tage erhielt Keller den Auftrag, die August-Convention officiell vorzulegen und zugleich um Mittheilung der Artikel von Campo Formio zu ersuchen; wenig später folgten ausführliche Anweisungen, in denen, ähnlich wie in der Instruction für die rastatter Gesandten, die preußischen Ansprüche nach dem Verhältniß der österreichischen verschieden normirt werden[1]).

Als diese Erklärung nach Wien gelangte, hatte eben — am 10. Februar, also mehr als 14 Tage nach der ersten — die zweite Conferenz stattgefunden; Keller hatte die Augustconvention bereits mitgetheilt. Aber Thugut, wenig geneigt, für einen schon bekannten Vertrag eines der wichtigsten Geheimnisse seiner Politik zu enthüllen, erwiederte beinahe unwillig, er habe ja die Mittheilung der Convention gar nicht verlangt; geheime Artikel von Campo Formio, wenn es solche gebe, könne er nicht mittheilen; aber nichts hindere, daß die preußischen Gesandten in Rastatt für die Erhaltung der Reichsintegrität instruirt würden. Keller nahm aus der Unterredung keine gute Hoffnung mit. Thugut, meint er, betrachte die Ausführung des Augustvertrages, vor allem die Festsetzung des Hauses Oranien in Franken mit dem eventuellen Nach-

1) Das Ministerium an Keller, 30. Januar, 4. Februar 1798.

folge-Recht für Preußen, als tödtliche Schläge für den österreichischen Einfluß. Er wolle jetzt nur Zeit verlieren, bis er dem Kaiser entsprechende Vortheile verschaffen könne[1]).

Diese Stimmung änderte sich auch nicht, als vier Tage später eine dritte Conferenz stattfand, in welcher Keller der neuen Instruction gemäß sein Begehren wiederholte und ohne wörtliche Mittheilung doch auf den Inhalt der berliner Anträge einging. Thugut wollte nicht einsehen, daß die preußischen Besitzungen auf dem linken Rheinufer nicht behauptet werden könnten, erklärte die Entschädigung des holländischen Statthalters für eine dem Reiche fremde Sache, und Säcularisationen für einen Eingriff in fremdes Eigenthum. Er bat die Mittheilung der geheimen Artikel nicht zu fordern, denn das heiße verlangen, daß der Kaiser einem gegebenen Worte untreu würde. Auf Keller's Wunsch dictirte er ihm aber die Erklärung: zwischen dem Kaiser und Frankreich bestünde keine Vereinbarung im Widerspruche mit der von ihm vorgeschlagenen doppelten Basis: erstens: Erhaltung der Reichsverfassung in den Gebietstheilen, die man beim Frieden dem Reiche bewahren könne; zweitens: Erhaltung der gegenwärtigen Besitzungen und möglichste Verminderung der Opfer, die das Reich bringen müsse[2]). Schon Tages vorher war ein noch wirksameres Mittel ergriffen, um den Zumuthungen des preußischen Ministeriums ein Ziel zu setzen: am 13. Februar hatte Kaiser Franz einen langen eigenhändigen Brief an den König gerichtet. Neben Versicherungen der Freundschaft und Uneigennützigkeit ist das Wesentliche darin die Klage, daß Keller, ehe er auf die österreichische Friedensbasis weiter eingegangen sei, sogleich die Mittheilung der geheimen Artikel verlangt habe. „Ich bitte Ew. Majestät zu erwägen", fährt der Kaiser fort, „daß die Annahme, es seien geheime Artikel vorhanden, auch von der Voraussetzung begleitet ist, daß die beiden vertragschließenden Theile sich

1) Keller, 12. Februar.
2) Keller, 15. Februar.

verpflichtet haben, den Inhalt nicht zu veröffentlichen, daß also das fernere Drängen auf ihre Mittheilung die Forderung in sich schließen würde, ich sollte ein gegebenes Wort verletzen. Ich überlasse es mit Vertrauen der eigenen Entscheidung Ew. Majestät, ob es in diesen traurigen Zeiten uns Souveränen geziemt, den Franzosen das Beispiel eines Wortbruchs zu geben." Reuß wurde angewiesen, den Brief nicht in der gewöhnlichen Weise, sondern ohne Wissen des Ministeriums durch eine wohlgesinnte Person, etwa den General Köckeritz oder Herrn von der Reck dem Könige zu übermitteln [1]). Schon diese Uebergehung reizte die preußischen Minister, denen sie nicht verborgen blieb; ebensowenig wurden sie durch Keller's Berichte erfreut. Thugut's Zögerungen, Verschlossenheit und gewundene Erklärungen erschienen nur als ein Gewebe von Ränken und Ausflüchten, und als ein schlecht verhülltes Geständniß, daß das linke Rheinufer unbedingt oder bedingt den Franzosen abgetreten sei. Auch dem Gesandten machte man zum Vorwurf, daß er zu lange gezögert und die verschiedenen preußischen Vorschläge nicht förmlich mitgetheilt habe [2]). Durch den Brief des Kaisers war jedoch die Angelegenheit der ministeriellen Verhandlung entzogen. Keller hatte am 26. und 28. Februar noch Unterredungen mit Thugut, aber dieser erklärte, man müsse jetzt die Antwort des Königs erwarten. Diese Antwort, vom 24. Februar datirt, wurde von Keller auch wieder, ohne daß er Thugut von dem Inhalt Kenntniß gegeben hätte, am 3. März dem Kaiser überreicht. Sie begann mit der Bemerkung, wie nützlich und wünschenswerth die Mittheilung der geheimen Artikel gewesen wäre; da sie aber unmöglich sei, wolle der König gleichwohl ohne jeden Hinterhalt seine Absichten eröffnen. „Ich schlage Ew. Majestät vor", heißt es dann, „sich mit den Entschädigungen in Italien zu begnügen, die erblichen Besitzungen des Reiches unberührt zu lassen und auf jede Gebiets-

1) Thugut an Cobenzl, 23. Februar.

2) Das Ministerium am 20. und 24. Februar und 10. März.

erwerbung in Deutschland zu verzichten, das Princip der Säcularisationen in dem Maße zuzulassen, als es erforderlich ist, um die auf dem linken Rheinufer verletzten Fürsten in billiger Weise zu entschädigen, und die Anwendung dieses Princips zu Gunsten des Hauses Oranien auszudehnen. Ich verspreche dagegen, mich auf die einzige Entschädigung zu beschränken, welche mir für den unvermeidlichen Verlust meiner linksrheinischen Besitzungen zufallen wird[1])."

Dieser Brief machte in Wien den übelsten Eindruck, und man braucht nicht eben mit Thugut's Augen zu sehen, um es begreiflich zu finden. Was Oesterreich den Franzosen mit der äußersten Anstrengung in Campo Formio abgerungen hatte, oder in Rastatt abringen wollte, alles dies sollte es gleich beim Beginn der preußischen Unterhandlung verlieren. Die Hoffnung auf Passau, Salzburg und die Innlinie, der Rest des linken Rheinufers und zugleich das für die Abtretung etwa zu erlangende Aequivalent wurden nach den preußischen Vorschlägen aufgegeben, die geistlichen Fürsten, des Kaisers treueste Anhänger, zum guten Theile geopfert. War schon dadurch der preußische Einfluß im Reiche gemehrt, so kam noch dazu die Entschädigung, die der König sich vorbehielt, und die Verpflanzung des von Preußen abhängigen Hauses Oranien nach Deutschland, voraussichtlich nach Franken. Das preußische Ministerium selbst scheint den Widerstand vorauszusehen, dem dieser Anspruch eines dem Reiche ganz fremden Fürsten begegnen würde. Es schreibt an Keller, er solle sich aus der Verlegenheit ziehen durch

---

1) Je Lui propose de se contenter des indemnités, qu'Elle obtient en Italie, de laisser intactes les possessions héréditaires de l'Empire et de renoncer à toute acquisition territoriale quelconque en Allemagne, d'adopter le principe des sécularisations en tant qu'il est nécessaire pour dédommager équitablement les princes lésés par la cession de la rive gauche, et d'étendre l'application de ce principe en faveur de la maison d'Orange — et je Lui promets en retour, de m'en tenir à la seule indemnité qui me reviendra pour compenser la perte inévitable de mes provinces transrhénanes.

die Bemerkung, daß ja auch der Kaiser die drei geistlichen Kurfürsten, also unter ihnen seinen Onkel, den Kurfürsten von Köln, entschädigen wolle. Aber dies zweifelhafte Argument war gewiß nicht geeignet, Eindruck auf Thugut zu machen. Er fand seine üble Meinung, seinen Argwohn vollkommen bestätigt. Der Brief des Königs, schreibt er am 8. März an Reuß, zeige die ganze Unbilligkeit des berliner Hofes, der selbst drei Millionen Einwohner in Polen gewonnen habe und dem Kaiser gleichwohl nicht einmal eine Entschädigung gönnen wolle. Mit einer solchen Regierung werde man nie zu Ende kommen; der Kaiser habe die Vermittlung Rußlands vorgeschlagen.

---

Von jeher hatte Thugut sich bestrebt, russische Hülfe zu dem Kriege gegen Frankreich zu gewinnen. Durch den Tod der Kaiserin Katharina, durch die Politik Paul's I. wurden seine Hoffnungen vereitelt, aber es blieb zu versuchen, ob man nicht wenigstens Preußen gegenüber durch Rußlands Einfluß eine günstigere Stellung sich verschaffen könne. Gleich nach der ersten Conferenz mit Keller am 24. Januar schreibt Thugut dem Fürsten Reuß, die preußischen Eröffnungen besagten gar nichts, als daß außer dem Vertrage vom 5. August kein anderer mit Frankreich abgeschlossen sei; ohne Vorsichtsmaßregeln könne man Preußen nicht vertrauen, der Kaiser sei überhaupt entschlossen, sich ohne Rußlands Dazwischenkunft auf gar nichts Erhebliches mit Preußen einzulassen. Reuß soll deßhalb dem russischen Gesandten, Grafen Panin, von allen darauf bezüglichen Unterhandlungen Kenntniß geben. In stärkeren Worten wird dieselbe Absicht zu wiederholten Malen dem Grafen Dietrichstein in Petersburg mitgetheilt. Der Kaiser, schreibt Thugut, vermöge allein der preußischen Böswilligkeit nicht zu steuern, die den Franzosen das ganze linke Rheinufer, selbst die Theile, welche der Friede von Campo Formio noch gerettet habe, überliefern wolle. Bleibe Rußland ferner unthätig, so müsse man eine noch engere Verbindung, ja ein förmliches Bündniß Preußens mit der Re-

publik befürchten. Oesterreich sei gern bereit, dem Vorschlag der Russen gemäß, die alten auf die Türkei bezüglichen Vereinbarungen zu erneuern, schmeichle sich aber auch, daß die Verpflichtungen erfüllt würden, welche zwischen beiden Höfen in Bezug auf Preußen beständen [1]).

Am 8. März ging dann die eigenhändige Antwort des Kaisers nach Berlin ab. In etwas gereiztem Tone deutet sie an, daß mit den guten Absichten des Königs die Maßregeln seiner Minister und die Vorschläge des letzten Schreibens nicht im Einklange ständen. Die Anstrengungen Oesterreichs seit dem Anfange des Krieges hätten wohl zu dem Vertrauen berechtigen dürfen, daß die Mittheilungen des Grafen Keller nicht so ganz und gar den Stempel der Besorgniß tragen würden, als wolle Oesterreich sich in Deutschland auf Kosten des Reiches unmäßig vergrößern. Die Ansprüche in Deutschland, versichert der Kaiser, würden sich beständig mit den bisher bewährten edelmüthigen Gesinnungen im Einklange finden. Er wünscht, daß die preußischen Minister in Rastatt den kaiserlichen gegen die Franzosen beistehen möchten; zugleich könne man in Wien oder Berlin besondere Verhandlungen eröffnen und dabei den Kaiser von Rußland als Vermittler nehmen [2]).

An diesen ging denn auch am folgenden Tage das entsprechende Schreiben ab. Zuerst wieder die gewöhnlichen Klagen über die preußische Politik. „Außerdem, fährt der Kaiser fort, sind auch die preußischen Vorschläge in Bezug auf die Entschädigungen von einer so offenbaren Ungerechtigkeit gegen mich, daß ich mehr als jemals mich überzeugen muß, es könne keine Verhandlung zwischen uns ohne Dazwischenkunft eines Souverains, wie Ew. kaiserliche Majestät, zu einem erwünschten

---

1) Thugut an Dietrichstein, 25. Januar, 25. u. 27. Februar bei Vivenot: Zur Geschichte des rastatter Congresses, Wien 1871, S. 133 fg.

2) Das Schreiben im Pr. St.-A. als Beilage der Acten Berlin — Wien, 15. März, und im W. St.-A. als Beilage zu Thugut's Expedition an Cobenzl vom 13. März.

Ziele führen." Er bittet dringend, Paul möge die wichtige Aufgabe nicht ablehnen; er verlange keineswegs beträchtliche Erwerbungen auf Kosten des Reiches, nur könne er nicht zugeben, daß Preußen das Unglück, welches Oesterreich bei Vertheidigung einer ehrenvollen Sache erfahren habe, dazu benutze, um die österreichische Macht im Reiche völlig zu vernichten und sich selbst ein dem allgemeinen Interesse sehr nachtheiliges Uebergewicht zu verschaffen [1]).

Als der Vorschlag des Kaisers nach Berlin gelangte, erregte er mancherlei Bedenken. Am 16. März legen die Minister Haugwitz, Finkenstein und Alvensleben dem König ausführlich ihre Ansichten dar. „Was man auch wählt", schreiben sie, „man wird gefährlichen Klippen begegnen. Bricht man mit Wien, so werden die Franzosen sich unzweifelhaft entgegenkommender und gefälliger zeigen; aber da zur Entschädigung der linksrheinischen Fürsten Säcularisationen nöthig sind, werden sie das Recht der Vertheilung in Anspruch nehmen, sich auf dem rechten Rheinufer festsetzen, Norddeutschland bedrohen und die geistlichen Fürstenthümer ihren alten Plänen gemäß, statt zu säcularisiren, in Republiken verwandeln. Dieser Plan", fügt Haugwitz eigenhändig hinzu, „scheint um so leichter ausführbar, je genauer man die Stimmung im Allgemeinen und des Clerus insbesondere in den geistlichen Staaten in's Auge faßt. Es ist kein Zweifel, daß diese Länder eine republikanische Verfassung der Säcularisation vorziehen würden, und die Franzosen, welche diese Stimmung kennen, zeigen vielleicht nur deshalb so großen Eifer für die Entschädigung der linksrheinischen Fürsten, um auf diesem Wege zu ihrem Ziele zu gelangen. Aber", fahren die Minister fort, „auch die Einigung mit Wien ist schwierig, und gefährlich. Der Kaiser müßte vor allem anerkennen, es sei physisch unmöglich, das linke Rheinufer zu retten, und deshalb auf den hinterlistigen Plan verzichten, einen kleinen Theil der deutschen Besitzungen auf dem linken Ufer dem

1) Vivenot a. a. O. S. 140.

Reiche zu erhalten; ferner müßte er sich über die Art der Entschädigungen erklären. Wäre man dessen versichert, so könnte man den Franzosen anzeigen, daß man ihnen das linke Ufer abträte, daß aber die Maßregeln auf dem rechten Ufer ausschließlich von dem Kaiser und dem Reiche ohne Einmischung der Franzosen getroffen werden sollten, daß daher ihre Truppen auf dem rechten Ufer zwecklos wären und innerhalb eines bestimmten Zeitraumes sich zurückziehen müßten. Aber daraus könnte, wenn die Franzosen sich weigerten, ein offener Krieg entstehen, und für diesen Fall wäre zu erwägen, wessen man sich von Seiten Oesterreichs zu versehen hätte." Die Minister wagen nicht, sich bestimmt zu erklären, sie überlassen die schwierige Entscheidung der Weisheit des Königs.

Schon zwei Tage darauf kann aber Haugwitz seinen Collegen anzeigen, „der König sei gewillt, nichts zu unterlassen, was das Vertrauen zwischen Preußen und dem wiener Hofe befestigen könne; der Kaiser habe doch immer mit Preußen das gleiche Interesse: Deutschland von der französischen Einmischung zu befreien." Die Vermittlung Rußlands konnte man schon aus Rücksicht für Paul I. nicht abschlagen. Der König wünschte aber, daß die Conferenzen in Berlin stattfänden, um sie dem unmittelbaren Einfluß Thugut's und Rasumowsky's zu entziehen; auch sei diese Stadt der passendste Ort für eine Verhandlung, die zugleich mit Wien und Petersburg correspondire. In diesem Sinne ging am 19. März die Antwort nach Wien ab. „Der König", hieß es den Anspielungen des kaiserlichen Schreibens gegenüber, „kenne seine Pflichten als Monarch zu wohl, um sich nicht selbst um die Geschäfte zu kümmern, und begreife deshalb nicht, wie zwischen seinen Absichten und dem System seiner Minister ein Widerspruch entstehen könne. Er sei aber bereit, neue Verhandlungen unter seinen Augen in Berlin eröffnen zu lassen, und heiße die Intervention Rußlands willkommen. Gern werde er auch seinen Gesandten in Rastatt neue Instructionen geben, sobald nur — das heißt nicht eher als — eine feste Grundlage für die Einigung zwischen Oester-

reich und Preußen sich gefunden habe; deshalb sei es sehr zu wünschen, daß die Verhandlungen unverzüglich nach der Rückkehr des wiener Couriers in Berlin ihren Anfang nähmen [1])."

Aber ohne Rußland wollte sich Thugut in Berlin auf durchaus nichts einlassen. „Preußen", meint er in einem Schreiben an Reuß, „habe die russische Vermittlung zwar angenommen, aber es wolle sie wieder beseitigen durch den Vorschlag, die Verhandlungen noch vor dem Eintreffen einer Antwort aus Petersburg zu eröffnen; man werde sich hüten, in diese Falle zu gehen [2])." Demgemäß antwortete auch der Kaiser dem Könige am 3. April, die Unterhandlungen könnten in Berlin ihren Anfang nehmen, sobald — das heißt nicht eher als — die russische Antwort eingetroffen sei. Nichts desto weniger verlangt er gerade das, was der König erst von dem Ausfall der berliner Verhandlungen wollte abhängen lassen, nämlich daß die preußischen Gesandten in Rastatt zu wechselseitigem Beistand gegen die französischen Gewaltschritte Anweisung erhielten; dann werde Deutschland die persönliche Bekanntschaft der beiden Monarchen, die ihnen gegenseitige Achtung und Freundschaft eingeflößt habe, segnen.

Dagegen suchte der österreichische Minister allerdings die Antwort aus Petersburg zu beschleunigen. Am 5. April richtet er an Dietrichstein unter Beigabe der berliner Depeschen die dringendsten Vorstellungen über die Gefährlichkeit der Lage. Mehr als jemals sei es nothwendig, eine Einigung zwischen den Höfen von Wien und Berlin herbeizuführen, und dies könne nur durch schleunigste Uebersendung der Instructionen für den russischen Gesandten nach Berlin geschehen. „Kein Augenblick ist zu verlieren", setzt er hinzu. „Ohne aufrichtige Einigung der verschiedenen Mächte geht Europa zu Grunde.

---

1) Die zuletzt genannten Schriftstücke sämmtlich im Pr. St.-A. bei den Acten: Berlin — Wien.

2) Thugut an Reuß, 3. April; beiliegend der Brief des Kaisers von demselben Tage, W. St.-A.

Jeder Tag erweitert die Verwüstungen eines allgemeinen Umsturzes. Man betrachtet eine Revolution in Spanien als bald bevorstehend und unvermeidlich. Der König von Sardinien ist genöthigt, bei der ersten Aufforderung eines französischen Generals von seinem Throne herabzusteigen. Der Hof von Neapel achtet sich selbst dem völligen Untergange nahe, und eben wird in Genua eine bedeutende Zahl von Truppen eingeschifft, die man zum Angriff gegen Sicilien bestimmt glaubt. Der Umsturz so vieler Regierungen regt die Völker auf; er schwächt ihre Ehrfurcht vor den Monarchen, die ihnen unfähig erscheinen sie zu schützen, und es ist nur zu wahr, daß in dem Maße, wie die ungeheure Macht der Demokratie sich vermehrt, die Mittel des Widerstandes, welche den monarchischen Regierungen noch geblieben sind, von Tag zu Tage sich vermindern[1])."

---

Indessen schon der Entfernungen wegen konnte die Antwort des Zaaren nicht binnen Kurzem eintreffen; so geschah es, daß vorläufige Besprechungen in Rastatt die eigentliche Verhandlung in Berlin überholten.

Wir sahen, wie jene erste Annäherung bei Metternich am 24. Januar ohne Ergebniß blieb. Noch um die Mitte des folgenden Monats berichten die beiden Gesandtschaften, daß einer jeden von den eigentlichen Absichten der anderen nichts bekannt sei[2]). Gleichwohl wies das berliner Cabinet schon am 2. Februar seine Bevollmächtigten an, sich wenigstens Metternich soviel als möglich zu nähern, und eine Woche später theilte man über die Wünsche des Königs ungefähr dasselbe mit, was bereits an Keller geschrieben war.

Gerade an demselben Tage, am 9. Februar, erging auch von Wien eine ausführliche Instruction an die österreichischen Gesandten, dieselbe, welche für die Unterhandlung mit den

---

1) Vivenot, Zur Geschichte des rastatter Congresses, S. 153.

2) Cobenzl, 14. Februar; die preußischen Gesandten, 10. Februar.

Franzosen so genaue Anweisungen gab und die österreichische Entschädigung, so weit als irgend möglich, in Italien suchte. In Deutschland konnten unter dieser Voraussetzung Besitzstand und Verfassung im Wesentlichen unverändert bleiben; es kam nur darauf an, die preußischen Gesandten gleichfalls zum Verzicht auf Erwerbungen in Deutschland zu vermögen. Es folgte nun eine Reihe von Besprechungen, ähnlichen Inhalts wie kurz vorher die wiener Unterhandlung. Nur war man in Rastatt mehr entgegenkommend und, da beide Theile beinahe gleichmäßig von dem Uebermuth der Franzosen zu leiden hatten, auch lebhafter geneigt, durch gemeinschaftliche Anstrengung dem fremden Einfluß eine Schranke zu setzen. Die preußischen Gesandten geben diesem Gefühl nicht selten Ausdruck; bei Metternich, selbst bei Cobenzl glaubten sie denselben Gesinnungen, und nur bei Lehrbach noch immer dem eingewurzelten Haß gegen Preußen zu begegnen[1]). Es konnte als Zugeständniß gelten, daß Cobenzl eine Entschädigung für den König, wenn die linksrheinischen Provinzen abgetreten würden, in der Billigkeit begründet fand, und daß die preußischen Gesandten ihre Ansprüche auf eine stricte Entschädigung, etwa durch Hildesheim, beschränken wollten. Auch die Ansprüche des Landgrafen von Hessen-Cassel auf Fulda und Paderborn wurden als unmäßige nicht mehr von ihnen unterstützt, obgleich der Augustvertrag sie noch bekräftigt hatte, und der hessische Gesandte, Freiherr v. Waitz, in Paris und später in Berlin sie mit allem Eifer durchzusetzen suchte[2]). In Franken wünschte man Arrondirung, nahm sogar die Pläne gegen Nürnberg wieder auf, aber doch nicht als unabänderliche Forderung. Ein bedenklicher Punkt blieb immer die Entschädigung des Erbstatthalters, Prinzen von Oranien. Die Augustconvention wollte ihm Bamberg und Würzburg überweisen, auch Oesterreich hatte in Campo Formio eine Entschädigung

1) Die preußischen Gesandten, 21. Februar und 21. März.

2) Die preußischen Gesandten am 17., 20. und 21. Februar; das preußische Ministerium am 16. Februar; Cobenzl an Thugut, 27. März. Talleyrand an Treilhard, 24. Januar.

zugestehen müssen. Aber ein geheimes Abkommen zwischen Oesterreich und Frankreich begründete kein Forderungsrecht für Preußen, und nachdem die Bestimmungen des Friedens bereits in so vielen Punkten verletzt waren, fühlte sich der Kaiser keineswegs verpflichtet, einer von Preußen abhängigen Familie so überaus reichen Landbesitz in der gefährlichsten Nähe seiner Grenzen zu überweisen. Thugut hatte sich darüber mit großer Schärfe gegen Keller ausgesprochen, und der preußische Gesandte berichtet: von den in Wien anwesenden Gesandten, auch der protestantischen Stände, theilten viele Thugut's Ansichten über diese Angelegenheit [1]). Sogar Jacobi äußerte in einem vertrauten Gespräche, wenn man dem jungen Könige die Sache nur von der rechten Seite vorstelle, würde er den ganzen Plan bald als ungerecht und unausführbar erkennen. Görtz war allerdings anderer Meinung, bestand aber auch nicht mehr auf der Entschädigung in Franken, sondern wollte sich mit den fünf trier'schen Balleien auf dem rechten Rheinufer begnügen, die den nassauischen Familienbesitz arrondirten und weit genug sowohl von der österreichischen als der holländischen Grenze gelegen waren. Am liebsten hätte der Kaiser die Entschädigung für Oranien ganz beseitigt. Um diesen Preis, oder wenn Preußen die Entschädigung übernehmen wollte, war er bereit, auf jede Erwerbung in Deutschland zu verzichten und den Herzog von Modena ohne eigenen Ersatz durch den Breisgau zu entschädigen; wollte Preußen darauf nicht eingehen, so forderte er für Modena eine Entschädigung, der oranischen entsprechend, auf Kosten des Reiches. Alle diese Gegensätze schienen aber nicht unüberwindlich; die Hauptschwierigkeit, auf welche die Preußen immer zurückkamen, war die Erweiterung Oesterreichs nach der bairischen Seite. Ueber diesen Punkt, sagt Jacobi, denke der junge König gerade so, wie Friedrich II., der, um sie zu verhindern, sich an die Spitze seines Heeres gestellt habe. Wolle Oesterreich sie gleichwohl durchsetzen, so müsse auch Preußen seine Ansprüche

1) Keller, 27. Februar.

in solchem Maße ausdehnen, daß damit die Erhaltung der Reichsverfassung schwerlich vereinbar sei.

So lange die eigentliche Unterhandlung noch zwischen Wien und Berlin geführt wurde, kam man in Rastatt nicht über Gespräche, Vorschläge, Freundschaftsversicherungen hinaus. Wir haben nur zu oft gesehen, wie weit die Interessen beider Staaten selbst in Bezug auf die Abstimmungen der Deputation auseinandergingen, ja es blieb nicht leicht die Gelegenheit unbenutzt, wenn einer dem anderen, sei es bei den deutschen Mitständen, sei es bei den Franzosen, schaden konnte. Den französischen Gesandten, die schon den Schein eines Einigungsversuches zwischen den deutschen Mächten übel aufnahmen, versicherte Cobenzl, die ganze Verhandlung sei nur eine Folge preußischer Zudringlichkeit und für den Frieden mit Frankreich von gar keiner Bedeutung; wiederum ließ das berliner Cabinet in Paris erklären, man verfolge vor Allem das Ziel, Baiern aus den Händen der Oesterreicher zu retten [1]). Wirkliche Bedeutung erlangten die rastatter Besprechungen erst, als Thugut die directe Verhandlung mit Berlin abgebrochen oder wenigstens bis zum Eintritt russischer Vermittlung aufgeschoben hatte.

In derselben Depesche vom 13. März, in welcher er Cobenzl von diesem Zwischenfalle Nachricht gibt, erlaubt er ihm doch, sich vertraulich mit den Preußen zu benehmen und über ihre Absichten sich weitere Aufklärung zu verschaffen. Allenfalls möge er auch mit Görtz und Jacobi einen eventuellen Vertragsentwurf vereinbaren, der den beiden Höfen überschickt und für die späteren Verhandlungen benutzt werden könne. Cobenzl griff diese Idee mit Vergnügen auf, theilte sie kurz nach dem Eintreffen der Depesche, am 22. März, auch Jacobi als eigenen Einfall mit und fand bei ihm und seinen Collegen bereitwillige Zustimmung. Man bat den österreichischen Gesandten, den Entwurf selbst zu redigiren, und, schreibt er, „in der Ueberzeugung, daß immer der im Vortheil ist, der zuerst

1) Das Ministerium an Sandoz, 23. April.

die Feder in die Hand nimmt, ging ich auf ihren Vorschlag ein". In Cobenzl's Wohnung sollte auch die Berathung stattfinden, bei welcher aber, um kein Aufsehen zu erregen, von Seiten Preußens nur Görtz und Jacobi erscheinen würden. Sei es, daß Görtz, wie Cobenzl berichtet, einen alten Groll gegen Lehrbach bewahrte, oder daß die Preußen, vielleicht sogar Cobenzl, seine Schärfe und Derbheit fürchteten, man kam überein, Lehrbach solle, so wie Dohm, an der Conferenz keinen Antheil nehmen. Cobenzl, der alles mit ihm berieth, zeigte ihm aber den Entwurf eines Vertrages in sieben Artikeln, den er, „in der Geschwindigkeit", sagt Lehrbach später, niedergeschrieben hatte, und an welchem Lehrbach mit gutem Grunde manches zu verbessern fand. Insbesondere bewirkte er, daß Cobenzl bei der ersten Zusammenkunft am 25. März statt eines eigentlichen Vertrages, ein weniger officielles Dokument vorlegte, welches er aperçu eventuel nannte. In dem 1. Artikel verzichtete der Kaiser in Deutschland auf jede Entschädigung für die Niederlande und die Lombardei, wogegen Preußen für die linksrheinischen Provinzen nur ein genaues Aequivalent und zwar das Bisthum Hildesheim erlangte. Nach dem 2. Artikel wurde Modena vom Kaiser durch den Breisgau, und so auch der Erbstatthalter von Holland durch Preußen entschädigt. Ging man von dieser Bestimmung ab, so sollte er nach dem 3. Artikel doch keinen Falles in der Nähe der österreichischen Besitzungen seine Entschädigung erhalten, Modena alsdann auf Kosten des Reiches entschädigt werden, oder dem Kaiser statt des Breisgaues eine Entschädigung nach seinem Gutbefinden (à sa convenance) zufallen. Diese beiden Artikel — 2 und 3 — entsprachen ungefähr dem, was Cobenzl einige Tage früher mit Jacobi überlegt hatte, aber Görtz setzte durch, daß man sie als Alternative neben einander stellte, was bei den bekannten Gesinnungen des berliner Hofes mit der Annahme des letzteren gleichbedeutend war. Der nun folgende Artikel — ursprünglich der 4., in dem veränderten Entwurf der 3. — verpflichtete die beiden Höfe, den Territorialbesitz des Reiches soviel als möglich, und in den er-

haltenen Theilen auch die Reichsverfassung zu erhalten; insbesondere sollten nach dem 4. Artikel die drei geistlichen Kurfürsten in billiger Weise entschädigt werden. Daran schloß sich, beinahe wörtlich einer Instruction Thugut's entnommen, der Grundsatz über die Säcularisationen (Art. 5), den Lehrbach auch in der Deputation zu vertheidigen gewohnt war. Oesterreich und Preußen verpflichteten sich, dafür einzutreten, daß die Entschädigungspflichten soviel als möglich auf alle Reichsstände gleichmäßig vertheilt, Säcularisationen nur soweit als nöthig zur Anwendung gebracht, und auch mittelbare Besitzungen und Geldleistungen als Entschädigung verwendet würden. In dem 6. Artikel versprachen die beiden Mächte, ihre Anstrengungen (efforts) dahin zu vereinigen, daß die Erwerbungen der Franzosen sich wenigstens in keiner Weise auf das rechte Rheinufer erstreckten; die Gesandten in Rastatt sollten (Art. 7) im Sinne dieser Uebereinkunft eine gleichmäßige Sprache führen, insbesondere dahin wirken, daß die französischen Truppen sobald als möglich das rechte Rheinufer und überhaupt das ganze dem Reich verbleibende Gebiet verließen [1]).

Die beiden letzten Artikel machten keine Schwierigkeit Um so länger verweilte man bei dem fünften. Denn in Wahrheit waren die preußischen Wünsche auf ausgedehnte Säcularisationen gerichtet, und jeder mußte sich sagen, daß, wenn sämmtliche Stände für die Entschädigungen aufkommen sollten, nach dem Gange der Reichsangelegenheiten ein Ende gar nicht abzusehen sei. Auch die Entschädigung durch Hildesheim schien zu gering, und die preußischen Gesandten hatten sich den ersten Artikel nur gefallen lassen, weil Cobenzl versprach, sich in Wien zwar nicht für eine Vergrößerung in Franken, aber doch für die Erhaltung des von Preußen unlängst nicht ohne Gewaltsamkeit gewonnenen Besitzstandes zu verwenden. Als Entgeld für diese Mäßigung suchten sie nun aber das Hauptziel

---

1) Das Aperçu als Beilage zu den Berichten Lehrbach's und der preußischen Gesandten vom 26. März im W. und im Pr. St.-A.

der ganzen Verhandlung zu sichern: den Verzicht Oesterreichs auf jede Vergrößerung nach der bairischen Seite. Görtz schlug vor, in den fünften Artikel die Clausel aufzunehmen: die Besitzungen der erblichen Fürsten auf dem rechten Ufer würden unverletzt bleiben[1]). Ob Cobenzl die Bedeutung dieses Zusatzes sich nicht klar gemacht hat? Er nahm ohne großes Widerstreben selbst die Feder und schrieb ihn auf den Rand seines Entwurfes. Nach einem so wichtigen Zugeständniß zeigten sich auch die preußischen Gesandten nachgiebig, und man trennte sich mit guter Hoffnung auf baldige Uebereinstimmung.

„Aber unsere Freude dauerte nicht lange", bemerken sie in ihrem Bericht. Cobenzl theilte den veränderten Entwurf nach der Sitzung dem Grafen Lehrbach mit, und der Scharfblick dieses Mannes, noch geschärft durch den Haß gegen die preußischen Gesandten und den Aerger über seine Ausschließung von der Conferenz, erkannte alsobald das Bedenkliche der eingeschobenen Clausel. Mit Recht bemerkte er, daß sie dem Sinn des Artikel ganz und gar widerspräche; man könne nicht in demselben Augenblicke die Entschädigungspflicht den weltlichen und geistlichen Fürsten gleichmäßig auflegen und doch wieder die weltlichen von der Verpflichtung befreien. Cobenzl suchte seine Nachgiebigkeit dadurch zu entschuldigen, daß thatsächlich trotz aller Bestimmungen von den weltlichen Fürsten doch kein Beitrag zu den Entschädigungen zu erwarten sei. Aber Lehrbach erwiederte, er glaube selbst, daß die geistlichen Fürsten schließlich wieder die Zeche allein würden bezahlen müssen, aber darum brauche es doch nicht von Oesterreich, ehe einmal die Deputation sich darüber ausgesprochen, ausdrücklich autorisirt zu werden. Oesterreich würde sich dadurch, wenn die Convention bekannt werden sollte, den Haß aller geistlichen Stände zuziehen, während die Anerkennung des Societätsgrundsatzes, selbst wenn er nicht zur Ausführung gelange, doch dahin führen

---

1) Comme aussi que les possessions souveraines héréditaires sur la rive droite du Rhin restent intactes.

müsse, die weltlichen Fürsten in ihren Ansprüchen bescheidener und insbesondere Sachsen und Bremen gegen die unmäßigen Ansprüche anderer Stände behutsam zu machen. „Und", fuhr er fort, „nach dieser Einschaltung würde Oesterreich von Baiern nichts, nicht einmal den zu Campo Formio stipulirten Inndistrict nehmen können, und dies wird wohl die Hauptabsicht der Preußen bei dieser proponirten Einschaltung gewesen sein. Und wenn nun die Einigung der beiden Höfe nicht zu Stande käme, und die Preußen nach ihrer gewohnten Böswilligkeit den Franzosen die Convention mittheilten, wie würden wir von ihnen den Inndistrict noch fordern können, den wir selbst den Preußen gegenüber aufgegeben hätten?" „Hier sah nun", berichtet Lehrbach, „der Graf Cobenzl klar, daß ich Recht hatte, und daß ihn die Preußen haben mißbrauchen und anführen wollen."

Lehrbach hat über diese Verhandlung einen ausführlichen geheimen Bericht an Thugut abgesendet; man mag sich die Genugthuung vorstellen, mit welcher der eitle, selbstzufriedene Mann auseinandersetzt, wie sein vornehmer, berühmter College sich übereilt, und wie er, den man von der Conferenz ausgeschlossen, sogleich die Sache durchschaut und in das richtige Licht gebracht habe. In der diplomatischen Wirksamkeit Cobenzl's findet sich in der That nicht leicht ein anderes Beispiel, daß er mit solcher Gedankenlosigkeit verfahren wäre. Daß man ihn habe mißbrauchen und täuschen wollen, ist nur eine Aeußerung des Hasses; denn die Absicht der preußischen Gesandten lag offen vor Augen, war von ihrem Standpunkte aus vollkommen berechtigt, und es erscheint beinahe unbegreiflich, daß sie Cobenzl, wie man doch nach seinem eigenen Berichte annehmen muß, nur einen Augenblick entgehen konnte. Vielleicht wendet jemand ein, schon in dem ersten Artikel des Entwurfs habe Oesterreich auf jeden Erwerb in Deutschland, also auch auf den Inndistrict verzichtet. Aber dies lag durchaus nicht in Cobenzl's Absicht; eher könnte man nach seinen eigenen Worten glauben, er habe mit jener Versicherung den preußischen

Gesandten eine Falle legen wollen, wenn nicht auch hier die Worte und der Sachverhalt zu deutlich wären. Denn in dem ersten Artikel verzichtete Oesterreich allerdings auf eine deutsche Entschädigung für den Verlust der Niederlande und der Lombardei, aber außer diesen Provinzen waren auf dem linken Rheinufer die Grafschaft Falkenstein und das Frickthal abzutreten, also dafür nach dem Wortlaut des Artikels Entschädigungen in Deutschland nicht ausgeschlossen. Der zweite Artikel der Convention bestimmte dann dem Kaiser ein Aequivalent für den an den Herzog von Modena fallenden Breisgau, und zwar ein Aequivalent nach seinem Gutbefinden. Wo anders fand sich ein Aequivalent dieser Art, als in dem Inndistrict? Denn den Erwerb der Souveränetät über die Enclaven Trient und Brixen wollte Oesterreich nicht als Entschädigung gelten lassen, Salzburg konnte man für die drei geistlichen Kurfürsten, wenn sie erhalten werden sollten, nach dem Verlust der trierischen Balleien nicht entbehren. Das kleine Bisthum Passau ersetzte kaum die beiden verlorenen linksrheinischen Besitzungen; es blieb also als Entschädigung für den Breisgau von allem, was Oesterreich bequem (à sa convenance) gelegen war, nichts anderes, als gerade der District, auf welchen der österreichische Diplomat ohne den Versuch eines Widerstandes selbst verzichtet hatte.

Unter solchen Umständen mochte Cobenzl für ein Glück erachten, daß die ganze Unterredung nur einen vertraulichen Charakter, und der Entwurf noch keine Verbindlichkeit besaß. Er kehrte zu den preußischen Gesandten mit der Erklärung zurück: nach reiflicher Ueberlegung mit Lehrbach könne er die Clausel nicht annehmen. Natürlich wurde diese Mittheilung sehr ungern gehört, Görtz äußerte lebhaft, der Verdacht, daß Oesterreich Absichten gegen Baiern nähre, gewinne durch diese Ablehnung, gerade nachdem die Clausel vorher angenommen, doppelte Stärke; er sagte auch ganz offen, daß er wegen Baierns die Einschaltung verlangt habe. In gleicher Weise suchte bald nachher Jacobi auf Lehrbach zu wirken. Er schob ihm die ganze Verantwortung zu, wenn die Verhandlung an diesem Punkte

scheitere, und wollte sich äußersten Falles schon mit einer Versicherung zu Gunsten der weltlichen Kurfürsten begnügen. Aber die beiden Oesterreicher hielten daran: aus dem Wegfall der Clausel folge gar nicht, daß den weltlichen Fürsten etwas entzogen werden sollte; man dürfe nur nicht im Voraus durch Annahme der Clausel das Gegentheil ausdrücklich feststellen. Der Anstoß wegen Baierns könne aber gehoben werden, wenn Preußen die Entschädigung des Prinzen von Oranien übernehmen wolle; denn in diesem Falle würde auch der Kaiser, selbst wenn er den Breisgau abträte, keine Entschädigung in Deutschland fordern. Darauf konnten nun wieder die preußischen Gesandten nicht eingehen, und man entschloß sich endlich, den Entwurf, ohne den streitigen Punkt entschieden zu haben, nach Wien und Berlin zu senden[1]).

Die Berichte, sowohl Cobenzl's als der preußischen Gesandten, lassen jedoch erkennen, daß man von beiden Seiten den Wunsch nach Einigung empfand. In Berlin wurde der Entwurf sogleich einer eingehenden Berathung unterzogen, und, wenn auch mehr als ein Punkt unzulässig erschien, immer blieb es ein Vortheil, daß man wenigstens die gegenseitigen Ansprüche kannte und nach Mitteln der Einigung suchen konnte. Mit der Entschädigung durch Hildesheim wollte der König sich begnügen, wenn er dazu noch die Sicherung des gegenwärtigen Besitzstandes in Franken und außerdem die Anerkennung der so viel bestrittenen Clausel erhielte. Für Oranien wünschte er die trier'schen Balleien, wollte aber auch dem Kaiser eine Compensation für den Breisgau zugestehen; nur müsse sie nicht willkürlich von Oesterreich (à sa convenance), sondern durch einen Vertrag bestimmt werden. Der Erhaltung der geistlichen Kurfürsten war man nicht entgegen; aber die Vertheilung der Entschädigungspflicht auf weltliche und geistliche Reichsstände mußte freilich als unausführbar erscheinen. Sehr behutsam

1) Lehrbach, 26. März, Cobenzl, 27. März; beide Berichte abgedruckt bei Sybel a. a. O. V, Anhang S. XIII fg., die preußischen Gesandten, 24. und 26. März.

blieb der König noch immer in Allem, was die Franzosen anging. Um die Uebergriffe auf dem rechten Ufer abzuwehren, wollte er nicht Anstrengungen (efforts), sondern nur Sorge (soins) versprechen; selbst die Forderung, daß die Franzosen, wie man doch so eifrig wünschte, das rechte Ufer verlassen möchten, sollte erst dann gestellt werden, wenn ihnen das linke förmlich abgetreten sei [1]). Am 8. April gelangte diese neue Instruction nach Rastatt; gleich am folgenden Tage trat eine Conferenz zusammen, an welcher nun auch Lehrbach theilnahm. Es zeigten sich wieder die früheren Gegensätze, aber zugleich der entschiedene Wunsch, sie zu überwinden. Außer Hildesheim, dessen Werth von der einen Seite nicht weniger vermindert, als von der anderen überschätzt wurde, suchten die preußischen Gesandten noch bedeutende Erwerbungen in Franken zu machen, sogar Nürnberg zu gewinnen; aber sie standen davon ab, als Lehrbach erklärte, er würde, selbst wenn der Kaiser seine Zustimmung ertheilte, lieber sein Amt aufgeben, als in eine der österreichischen Monarchie so verderbliche Zumuthung willigen. Allmälig ging man auf den gegenwärtigen Besitzstand in Franken zurück, den die kaiserlichen Gesandten nicht anzufechten schienen. Um so eifriger suchte Görtz nun die Clausel durchzusetzen. Auch jetzt erwiederten die Oesterreicher, der Kaiser könne nicht ausschließlich die geistlichen Besitzungen als Entschädigung bestimmen, aber sie erklärten zugleich mit der größten Wärme, dem Inhalt der Clausel seien sie gar nicht entgegen; wolle Preußen auf die Entschädigung für Oranien verzichten, so würden sie auch das Aperçu sogleich noch im Zimmer unterzeichnen. Auf die preußischen Gesandten machte diese Erklärung so wie das ganze Benehmen Cobenzl's und sogar Lehrbach's sehr guten Eindruck [2]), auch ist nicht zu bezweifeln, daß beide lebhaft eine Einigung wünschten. Es scheint sogar, daß Cobenzl sich nachgiebiger zeigte, oder von den letzten Absichten Oesterreichs in Deutschland weniger sagte, als ihm nach Thugut's

1) Das Ministerium am 2., 8., 13. April.

2) Die preußischen Gesandten, 10. u. 11. April.

Anweisungen gestattet war. In einem Nachtrage, den er am 25. März der Instruction vom 13. folgen läßt, hatte der Minister für den Herzog von Modena das Erzstift Salzburg in's Auge gefaßt. Da man in diesem Falle die trier'schen Balleien nicht wohl für die Erhaltung der geistlichen Kurfürsten entbehren konnte, verwies er als Entschädigung für Oranien auf das Bisthum Osnabrück, das er auf 117,000 Einwohner und 56 Quadrat-Meilen schätzte. Zum Ersatz für die Grafschaft Falkenstein dachte er die immediaten Theile von Passau, und außerdem den bairischen Inndistrict gegen österreichische Besitzungen in Schwaben einzutauschen. Es scheint nicht, daß Cobenzl in der Sitzung vom 9. April diese Punkte hervorgehoben hat, und so lange man sich nicht auch darüber einigte, blieb der erste Artikel des Aperçu nur eine Form, unter welcher die Preußen, allerdings dem strengen Wortlaut entgegen, etwas anderes verstanden, als die Oesterreicher. Aber unauflöslich mochten auch diese Hindernisse einem guten Willen nicht erscheinen; jedenfalls wurde das, was die Gesandten aus Rastatt berichteten, in Berlin nicht ungünstig aufgenommen. Aus Cobenzl's Erklärung zog man den Schluß, der Kaiser habe gegen Baiern wenigstens keine weitgehenden unwiderruflich bestimmten Absichten. Der König billigt in allen Stücken das Verfahren der Gesandten; die Einigung mit Oesterreich sei von der höchsten Wichtigkeit, gleichviel ob sie in Berlin oder in Rastatt zu Stande komme; sie sollen fortfahren, dafür zu arbeiten, ein Courier wird bald ausführliche Instructionen überbringen [1]).

Ehe aber diese Nachrichten nach Rastatt gelangten, war die Verhandlung abermals, und abermals durch Thugut unterbrochen. Der österreichische Minister hatte aus Cobenzl's Depeschen erfahren, daß auf die Rückkehr Bonaparte's nicht mehr zu rechnen, und von den Franzosen in Italien nichts zu erlangen sei. Damit war der Hauptgrund für Cobenzl's An-

1) Das Ministerium, 20. April.

wesenheit in Rastatt weggefallen. Für die österreichischen Interessen in der Friedensdeputation stand Lehrbach ein, und selbst für die Verhandlungen mit Preußen mochte er besonders nach den letzten Vorfällen ebenso geeignet als Cobenzl erscheinen. Ja die Fortsetzung der rastatter Unterhandlung war dem österreichischen Minister jetzt, nachdem Preußen die russische Vermittlung angenommen hatte, nicht einmal erwünscht. Wie der Kaiser in der Antwort an den König am 3. April auf den russischen Vermittler verwiesen hatte, so schreibt auch Thugut einige Tage später nach Rastatt, man müsse jetzt, ehe man an den eventuellen Entwurf die letzte Hand lege, die Antwort aus Petersburg erwarten. Der Kaiser wünsche Cobenzl für einige Zeit in Wien zu sehen, während seiner Abwesenheit könne Lehrbach auch die Geschäfte des Königs von Ungarn und Böhmen führen [1]).

Cobenzl empfing die Nachricht am Abend des 12. April, und mit der ihm gewöhnlichen Raschheit befand er sich schon am Abend des 15. auf dem Wege nach Wien. Die preußischen Gesandten wurden an Lehrbach gewiesen, und erhielten auch von diesem freundliche Versicherungen. Es war aber offenbar, daß die so hoffnungsvoll begonnene Unterhandlung jetzt auf längere Zeit stocken würde, und den nächsten Vortheil davon zogen wieder die Franzosen. Denn mochte auch Thugut noch ferner in Berlin und Rastatt auf gemeinsame Reden und Maßregeln gegen die Uebergriffe der Fremden drängen, es läßt sich erwarten, daß nun auch Preußen in seiner früheren Stellung verharrte; der König mußte sich, wie man am 13. April den Gesandten schreibt, einstweilen mit dem Troste begnügen, wenigstens einen großen Theil Norddeutschlands vor feindlichen Einfällen gesichert zu haben. Aber was geschehen war: die Verhandlung in Rastatt und vor allem die Nachricht von der russischen Vermittlung, war doch genug, um den Argwohn und Aerger der Franzosen zu erregen. Sie spotteten wohl

1) Thugut an Cobenzl, 8. April.

über die neue Coalition: fragten, wer die 200,000 Mann stellen würde, um ihnen ihre Beute zu entreißen; in Wirklichkeit war ihre Sorge größer, als die preußischen Gesandten wahrnahmen. Diese lassen in ihren Berichten nur das Mißbehagen an dem übermüthigen Benehmen Treilhard's und Bonnier's hervortreten. Andererseits waren sie auch wieder Oesterreichs nicht sicher; sie sprechen den Verdacht aus, der Kaiser und die Republik möchten doch heimlich gegen Preußen und über eine Theilung Baierns sich verständigt haben. Und den größten Anstoß nahmen sie, als Cobenzl kurz vor dem Abschied in seiner Weise die Worte fallen ließ: Er begreife nicht, was denn Preußen daran liegen könne, daß der Kaiser einen kleinen Grenzstreifen von Baiern und dadurch eine bessere Grenze gewinne. Wegen einer solchen Bagatelle solle man sich in einem so entscheidenden Augenblick nicht chikaniren[1]).

So sahen auch die preußischen Gesandten nach allen Seiten Hindernisse und Gegner, nach keiner sichern Halt. Aber bald trat ein Ereigniß ein, das Frankreich wie Oesterreich den Beistand Preußens noch eifriger als vordem suchen ließ und zu rascher Entscheidung drängte.

---

1) Die preußischen Gesandten am 18. April. Das Ministerium an Keller, 27. April.

## Neuntes Kapitel.

### Die Gesandtschaft Bernadotte's in Wien.

Wenn Thugut gleich nach dem Frieden von Campo Formio auf bevorstehende Widerwärtigkeiten hinwies, so hatte er ganz besonders den diplomatischen Verkehr im Sinne. Nicht ohne Grund. Die französischen Gesandten waren der Schrecken oder wenigstens die Unbequemlichkeit der Regierungen, bei denen sie die Republik vertraten. Unbegrenzt in ihren Ansprüchen, eifersüchtig und empfindlich, wie meistens rasch Emporgestiegene, wurden sie an den Höfen, die man stürzen wollte, zudem der Mittelpunkt der Unzufriedenen, die Förderer, wenn nicht die Anstifter von Unordnungen, in welchen dann das Directorium den Anlaß zu gewaltsamem Einschreiten finden konnte. So war es in Venedig, in Genua und noch jüngst in Rom und in der Schweiz gegangen. Das Uebel steigerte sich dadurch, daß den officiellen Gesandten gewöhnlich untergeordnete Agenten beigegeben wurden, die noch weniger Rücksicht zu nehmen brauchten. Wie viel Aerger hatte Parandier der preußischen Regierung in Berlin verursacht![1]) Selbst Talleyrand klagte über die Frechheit dieses Menschen, ohne daß er doch wagen durfte, ihn abzurufen. Kein Wunder, daß man so lästige Gäste nicht mit Vergnügen kommen sah. Lange genug hatte Preußen gezögert, ehe es nach dem baseler Frieden eine unmittelbare Verbindung zwischen beiden Hauptstädten sich gefallen ließ. Noch mehr wünschte Thugut sowohl der cisalpinischen und batavischen Republik als Frankreich gegenüber den fremden Einfluß und den diplomatischen Verkehr einstweilen auf Rastatt

1) Vgl. Bd. I, S. 297 dieses Werkes.

zu beschränken. Er hatte noch den besonderen Grund, daß man am wiener Hofe Rangstreitigkeiten zwischen der französischen und der russischen Gesandtschaft, mithin sogar Unannehmlichkeiten in Petersburg befürchten mußte. Allein je mehr Thugut zögerte, um so eifriger drängten die Franzosen, die in der diplomatischen Vertretung an dem Kaiserhofe die feierliche Anerkennung ihrer Gleichberechtigung und der Aufnahme in die europäische Staatenverbindung erblickten. Gleich in Rastatt bei den ersten Unterredungen mit Cobenzl warf Bonaparte die Frage hin, ob er nicht wisse, welche Persönlichkeit der Kaiser als Botschafter nach Paris schicken werde. Cobenzl antwortete seinen Instructionen gemäß, über die Absichten seines Herrn sei ihm gar nichts bekannt; er wisse nur, daß der Kaiser nach den Grundsätzen strengster Sparsamkeit sich vorgenommen habe, wo nur irgend möglich, eine Beschränkung der Ausgaben eintreten zu lassen. Wahrscheinlich würden die Botschafter beträchtlich vermindert und durch Gesandte des zweiten und dritten Ranges ersetzt werden, die weniger Kosten verursachten und die Geschäfte ebenso gut besorgen könnten [1]).

Der französische Bevollmächtigte hatte damals nichts erwiedert, und die Angelegenheit ruhete einige Wochen. Plötzlich erhielt Cobenzl am 21. Januar einen Brief Bonaparte's vom 12. und darin unter verschiedenen Nachrichten auch die beiläufige Mittheilung, der General Bernadotte sei zum Botschafter in Wien ernannt und werde nicht säumen, sich dorthin zu begeben. Cobenzl, aufs äußerste überrascht, wagte nicht, ohne Thugut etwas Entscheidendes zu thun. Am 24. Januar schickte er einen Courier, um in Wien von dem Vorgefallenen Nachricht zu geben. „Es ist offenbar", setzt er hinzu, „daß die französische Regierung, weil sie bemerkt, daß wir die Ab-

1) Cobenzl an Thugut am 24. Januar. In ähnlicher Weise ließ Thugut auch Melzi auf ähnliche Begehren antworten. Thugut an Cobenzl, 13. März.

sendung von Gesandten möglichst lange hinzuhalten suchen, die Sache auf die Spitze treiben will. Uebrigens", meint er dann, „ist die Wahl des Generals Bernadotte, den ich in Italien gekannt habe, vielleicht die wenigst schlechte, die sich treffen ließ. Obgleich er nur einfacher Grenadier war, als er den Krieg in Indien im Jahre 1782 mitmachte, ist er doch einer der Umgänglichsten, die man uns schicken konnte, hat auch immer gegen die, mit welchen er zu thun hatte, sich am anständigsten benommen. Aber es gilt nur zu sehr von diesen Leuten, daß auch der Beste nichts taugt." Thugut antwortet am 3. Februar sehr ungehalten, es sei gegen alle Formen, daß man die Ernennung eines Gesandten nicht vorher zur Anzeige bringe. Cobenzl soll Bonaparte mittheilen, der Kaiser wünsche nur Gesandte zweiten Ranges und zunächst nur in Rastatt; dahin werde demnächst auch ein kaiserlicher Bevollmächtigter abgehen. Uebrigens, meint Thugut, da man keine Pässe gefordert habe, so stehe Bernadotte's Reise sobald nicht zu besorgen, denn man werde ihn doch nicht der Gefahr aussetzen wollen, an der Grenze zurückgewiesen zu werden.

Genau in diesem Sinne schreibt denn auch Cobenzl am 10. Februar an Bonaparte. Aber wie mochte er zum zweiten Male überrascht werden, als er wenige Tage später in den Zeitungen las, der französische Botschafter, General Bernadotte, sei mit einem zahlreichen Gefolge am 8. Februar Abends in Wien eingetroffen [1]). Mit der Dreistigkeit, die alle Maßnahmen der Republik charakterisirt, hatte Bernadotte gar nicht erst Pässe verlangt, sondern ohne Umstände von Mailand aus die Reise angetreten. An der Grenze erklärte er dem österreichischen General, er werde es als Feindseligkeit betrachten, wenn man ihn seinen Weg nicht fortsetzen ließe. Man wagte nicht, ihn anzuhalten, und so kam er zum größten Verdruß der österreichischen Regierung nach Wien. Ihn auszuweisen hätte offenen

1) Bernadotte's erster Bericht aus Wien an Talleyrand ist vom 9. Februar datirt.

Bruch mit der Republik bedeutet, den man vorerst durchaus vermeiden wollte; Thugut schreibt an Cobenzl, der Kaiser habe schon vorher den Freiherrn von Degelmann zum Gesandten für Frankreich ernannt; er reise als ministre plénipotentiaire; nöthigenfalls werde man sich sogar entschließen müssen, einen Botschafter zu senden[1]).

Nach solchen Vorgängen konnte das Verhältniß des Ministers zu dem neuen Gesandten nicht das freundlichste sein. Thugut zögerte, den General als Botschafter zu empfangen; erst am 27. Februar machte Bernadotte den officiellen Besuch, nachdem man vorher sich geeinigt hatte, daß Degelmann nichts destoweniger nur als Gesandter zweiten Ranges nach Frankreich gehen würde[2]). In heftigem Aerger klagte der Director Rewbel dem preußischen Bevollmächtigten in Paris, daß Oesterreich sich in diesen Verhandlungen so kleinlich und hinterhaltig zeige und die Ehre, die man ihm durch die Ernennung eines Botschafters beweise, gar nicht zu schätzen wisse[3]).

Die Instruction, von Talleyrand am 17. Januar unterzeichnet, wies Bernadotte an, von den italienischen Angelegenheiten nur, wenn die Oesterreicher sie erwähnten, und dann versöhnlich und beschwichtigend zu reden, aber kein Zugeständniß zu machen, insbesondere jede Verletzung der cisalpinischen Grenze, jede Truppenbewegung gegen Rom mit einer Kriegserklärung zu bedrohen. Den Gesandten in Rastatt würde indessen die Aufgabe zufallen, den Einfluß des Kaisers im Reiche durch Begünstigung ausgedehnter Säcularisationen zu vermindern. Weiter sollte der General in Erfahrung bringen, ob vielleicht Oesterreich zu einer Herstellung Polens sich herbeilassen werde. „Es ist Katharina", schreibt Talleyrand, „welche die Theilung

---

1) Thugut an Cobenzl, 23. Februar, an Dietrichstein, 17. Februar; W. St.-A.

2) Thugut an Bernadotte, 24. Februar, Minist. d. Ausw. in Paris; an Colloredo, 26. Februar, bei Vivenot a. a. O. II, 88.

3) Bernadotte an Talleyrand, 11. Februar; Sandoz, 24. Februar.

angestiftet hat; in Preußen ist die Meinung des Volkes, die dort etwas bedeutet, ihr niemals günstig gewesen, der Kaiser hat sich unter den theilenden Monarchen immer am wenigsten eifrig und am wenigsten befriedigt gezeigt. Vielleicht ist es möglich, Polen unter einem sächsischen oder bairischen Prinzen herzustellen. Sehr wichtig wäre es sodann, die Absichten der beiden Kaiserhöfe in Bezug auf die Türkei zu erforschen. Sind sie noch auf eine Theilung gerichtet? Ein Unternehmen dieser Art dürfte in keinem Falle anders als mit Zuziehung Frankreichs zur Ausführung kommen."

Möglich, daß man durch diese Andeutung auf Bonaparte's Expedition nach Aegypten vorbereiten, möglich, daß man, wie zwei Jahre früher bei der Sendung Poterat's, darauf hinweisen wollte, Oesterreich könne durch türkische Provinzen für die polnischen eine Entschädigung, oder für die Vergrößerung Frankreichs ein Aequivalent finden. Denn in allem Uebrigen war die Instruction den Wünschen des Kaisers gerade entgegengesetzt, wie denn auch Talleyrand den Grundsatz an die Spitze stellt, der Friede von Campo Formio solle keineswegs die Rückkehr zu dem österreichischen Bündniß von 1756 bezeichnen. Oesterreich grenze freilich nicht mehr mit Frankreich zusammen, aber es könne noch immer gefährlich werden durch die Nachbarschaft mit der cisalpinischen Republik und den Einfluß, welchen der Kaiser im Reiche übe, wenn er die geistlichen Fürsten erhalten könne[1]).

Unter solchen Umständen war die Aufgabe des Gesandten schon an sich nicht leicht; nur wenn die thatsächlichen Gegensätze durch ein feines gewinnendes Benehmen gemildert wurden, ließ sich ein Erfolg erwarten, wie er einzelnen französischen Diplomaten, meistens der alten Schule, zu Theil geworden

1) Die Instruction nebst zwei Supplementen im Ministerium des Auswärtigen. Daneben Instructions générales pour les agents diplomatiques de la République, von Talleyrand unterzeichnet, sehr verständige Anweisungen, die, wären sie befolgt worden, viel Unheil hätten verhüten können.

war. Aber Bernadotte schien ein ganz anderes Vorbild vor Augen zu haben. Cobenzl schildert ihn, wie wir sahen, nicht unvortheilhaft; auch hat er stets zu den politischen Generalen gezählt und in seiner späteren Laufbahn eine kluge Behutsamkeit wahrlich nicht vermissen lassen. Aber in Wien zeigte er von allem das Gegentheil. Am 2. März hatte er die erste Audienz beim Kaiser, deployirte dann, wie man zu sagen pflegte, seinen Charakter als Botschafter und empfing vom 6. bis 8. März die Besuche der Diplomaten, die ihm im Range nachstanden. Sein Verkehr blieb jedoch auf die mit der Republik befreundeten Gesandtschaften von Spanien, Sardinien und Holland beschränkt. An den Hof kam er selten, da das Befinden der Kaiserin, die am 1. März eine Tochter geboren hatte, größere Festlichkeiten nicht gestattete. Noch dazu hatte Bernadotte die Ungeschicklichkeit, den Erzherzog Karl, der zum Besuch der Erzherzogin Marie Christine nach Wien gekommen war, persönlich zu beleidigen. Als der Prinz ihn ersuchen ließ, eine für den Montag bestimmte Zusammenkunft auf den Dienstag zu verschieben, weil er einer Einladung des Kaisers folgen müsse, antwortete Bernadotte: wenn der Erzherzog am Montag, so sei er selbst am Dienstag verhindert und müsse deshalb auf die Zusammenkunft verzichten [1]). Um so eifriger war er bemüht, in der wiener Gesellschaft Einfluß zu gewinnen und republikanische Ansichten zu verbreiten. Es gelang ihm, einige Verbindungen mit dem Adel anzuknüpfen; häufiger fand er in den mittleren Ständen Unzufriedenheit mit dem geistigen Druck, der auf Oesterreich lastete, und lebhafte Theilnahme, ja Bewunderung für die französischen Ideen. Es muß zweifelhaft bleiben, ob Beethoven, wie so oft erzählt worden ist, die Anregung zu einem seiner bedeutendsten Werke von dem französischen General empfangen hat, aber gewiß ist er mit Bernadotte und einigen der Gesandtschaft nahe befreundeten Musikern in

1) Eden an Grenville, 17. März, englisches Staatsarchiv. Bernadotte an Talleyrand, 19. März.

Verkehr getreten. Selbst auf die niederen Classen, die Handwerker, wandte der Botschafter seine Aufmerksamkeit, bezahlte sie hoch und behandelte sie nach den Regeln der republikanischen Egalität, ohne aber, wie Keller schreibt, etwas anderes zu erreichen, als daß er die unterthänige Devotion dieser Leute in Verlegenheit setzte[1]). Natürlich blieb das Gefolge hinter dem Vorgesetzten nicht zurück. Wahrscheinlich in Rücksicht auf den Theil seiner Instructionen, der sich auf Polen bezog, hatte man ihm einen Angehörigen dieses Landes als Adjutanten beigegeben. Er nannte sich Marin oder Maurin, galt für einen Neffen des Königs Stanislaus und setzte sich sogleich mit seinen unzufriedenen Landsleuten in Wien und Galizien in Verbindung[2]). Noch weiter gingen die Gesandtschaftssecretäre Gaudin und Freville; sie trugen absichtlich die Verachtung der österreichischen Zustände zur Schau; es kam zu auffälligen Auftritten an öffentlichen Orten, ja zu einem heftigen Tumult im Theater, als die Franzosen den durch die Darstellung geforderten Ruf: „Es lebe der König" mit lärmenden Protestationen beantworteten. Die Polizei sah dagegen Alles, was mit der französischen Gesandtschaft in Verbindung stand, mit argwöhnischen Blicken an, wies einzelne Personen aus, nahm Bücher verdächtigen Inhalts an der Grenze in Beschlag, und so hatte ein kleiner Krieg beinahe gleichzeitig mit Bernadotte's Ankunft seinen Anfang genommen. Von bedeutenden Unterhandlungen findet sich dagegen keine Spur. Talleyrand selbst bemerkt in der Instruction, Bernadotte's Stellung werde zunächst ein Beobachtungsposten sein. Was sich allenfalls anführen läßt, betrifft zum größeren Theil nur Aeußerlichkeiten. Das Directorium hatte in den befreundeten Staaten[3]) ein Verbot gegen die alten französischen Orden erwirkt. Eine gleiche Forderung

1) Keller, 26. Mai.

2) Keller, 11. April.

3) Sandoz, 18. Dezember, das preußische Ministerium an Sandoz, 31. Dezember 1797, Pr. St.-A.; Thugut an Dietrichstein, 5. April, bei Vivenot, Rastatter Congreß, S. 153.

stellte Bernadotte in Wien schon bald nach seiner Ankunft und mit besonderer Dringlichkeit am 30. März, als einige Emigranten sich herausgenommen hatten, ihre Orden unter den Fenstern des Botschafters zur Schau zu tragen und dadurch, wie Bernadotte sich ausdrückt, einen Act offener Rebellion gegen die Republik zu verüben. Daneben beklagt er sich, daß der österreichische Staatskalender die Mitglieder der vertriebenen Königsfamilie noch immer mit den alten Titeln aufführe; in einem Lande wo die Censur bestehe, trage die Regierung für dergleichen die Verantwortung.

Seinen politischen Beobachtungen kann man nicht eben besondere Schärfe nachrühmen. Thugut ließ sich wenig mit ihm ein, redete kaum über Rom oder die Schweiz; heimlich setzte er aber, wie Bernadotte zu bemerken glaubte, die Rüstungen fort [1]). Der Botschafter vernahm, Oesterreich habe von Rußland und England neue Anerbietungen erhalten, insbesondere sei Rasumowsky eifrig bemüht, eine neue Coalition zwischen den Kaiserhöfen, England und Dänemark zu Stande zu bringen. Thugut begegne ihm jedoch mit Kälte, sage, man müsse nicht reden, sondern handeln. Das hindere ihn aber nicht, mit den beiden Gesandten nächtliche Zusammenkünfte zu halten und mit vergnügtem Gesichte die englischen Goldstücke einzustreichen, wofür er dann jedesmal verspreche, den Kaiser für die Coalition zu gewinnen [2]). Beinahe noch bedenklicher klang, was über die hergestellte Einigung zwischen Oesterreich und Preußen verlautete. Caillard hatte von Berlin geschrieben, Bernadotte würde in dem preußischen Gesandten einen nützlichen und freundlichen Beistand finden [3]). Aber Keller zeigte sich wenig entgegenkommend, ein Verstoß gegen die Förmlichkeiten verstimmte ihn vollends, und Bernadotte schildert ihn zum Vergelt als den ergebenen, ganz von Thugut

1) Bernadotte an Talleyrand, 10. März, 20. März.
2) Bernadotte an Talleyrand, 4. April.
3) Caillard an Bernadotte, 31. März.

abhängigen Diener Oesterreichs. Am 11. April berichtet er, die Gerüchte über eine neue Coalition gewännen an Stärke; der Haß zwischen Berlin und Wien habe sich gemildert, der Kaiser lasse auch in seinem äußeren Benehmen deutlich erkennen, daß die Nachrichten aus der preußischen Hauptstadt ihm nicht mißfielen. Bernadotte wollte dagegen nicht müßig bleiben. In einem Gespräch mit dem neapolitanischen Gesandtschafts-Secretär Baptist, der für Thugut's Vertrauten galt, ließ er sich weitläufig über Preußen aus. Er wisse, sagte er, von den nächtlichen Zusammenkünften, den im Finstern schleichenden Umtrieben, von den Aussichten, die dem Kaiser durch einen Hof gemacht würden, der ihn immer getäuscht habe und der nicht verfehlen würde, alle schönen Betheuerungen, wie so oft, auch jetzt wieder in Rauch aufgehen zu lassen. „Der König von Preußen kann sagen, was er will", erwiederte Baptist, „der Kaiser wird schon wissen, wie weit er dem Feinde seines Hauses trauen darf." „Ich erachtete es aber", fährt Bernadotte fort, „für wesentlich, die beiden Höfe, soviel ich könnte, auseinander zu halten. Ich gab Herrn Baptist einige ungewisse Andeutungen, ließ ihn bemerken, daß mir die Entschlüsse, die der König von Preußen fassen würde, gar keine Sorge machten, und meine Worte so wie mein Benehmen gaben ihm viel zu denken."

Beinahe gleichzeitig kann Bernadotte freilich über einen ganz anderartigen, weit anziehenderen Gegenstand berichten. Die Kaiserin hatte während zweier Monate den neuen Botschafter noch immer nicht empfangen. Dann scheint aber die Sorge für ihre Eltern und das mehr und mehr bedrohte Königreich Neapel ihr selbst den Wunsch nach einer Zusammenkunft eingeflößt zu haben. Baptist war der Vermittler; als Tag der Vorstellung wählte man den 8. April, einen Sonntag, den Tag eines großen Empfanges in der Hofburg. Bernadotte hatte darauf bestanden, und die Kaiserin selbst alle Einreden und Bedenken zurückgewiesen. Auf der Straße wie im Innern des Palastes, erzählt er nicht ohne Selbstzufriedenheit,

hatten sich Volk und Höflinge zahlreich versammelt, um die republikanische Gesandtschaft mit den dreifarbigen Schärpen einziehen zu sehen. Bernadotte traf die Kaiserin zuerst in ihrem besonderen Gemach, umgeben von einigen Prinzessinnen des Hofes. „Sie ist aufgestanden", erzählt er, „und hat sich von ihren Frauen entfernt, um mich an der Thür zu empfangen." Man kann es dem General als Verdienst anrechnen, daß er hier, so wie früher, als er dem Kaiser vorgestellt wurde, seine Anrede auf wenige, einfache Worte beschränkte, ohne wie so manche republikanische Schönredner in Schwulst und großsprecherische Phrasen zu verfallen. Die Kaiserin wandte das Gespräch sogleich auf ihr Heimathsland; sie zweifle nicht, erwiederte sie, an den guten Gesinnungen des Directoriums und schenke deßhalb den Gerüchten, die in Bezug auf Neapel verbreitet würden, keinen Glauben. Bernadotte suchte sie zu beruhigen; die eben erfolgte Absendung eines französischen Botschafters, die Wahl Garat's, sagte er, sei ein gutes Zeichen; Alles würde sich in Frieden ordnen lassen. Die Kaiserin wurde heiterer, schien allmälig von dem ersten Eindruck, den Bernadotte's Anwesenheit hervorgerufen, zurückzukommen; sie fragte, wie er sich in Wien gefalle, sprach vom Theater, von Musik und anderen gleichgültigen Dingen. Auch die beiden Gesandschafts-Secretäre wurden vorgestellt. Dann folgte die Vorstellung bei den jungen Erzherzogen und der jungen Erzherzogin Amalie, worauf sich Bernadotte in den großen Cirkel begab. Der Kaiser kam und unterhielt sich eine Viertelstunde mit ihm, zum Aerger der Höflinge. „Auch die Kaiserin", schreibt er, „welche nach ihrem Gemahl die Runde machte, hat sich lange bei mir aufgehalten. Die Freundlichkeit, mit welcher sie mit mir sprach, hat den Cirkel in Erstaunen gesetzt." Aus den Berichten anderer Gesandten ersieht man, daß die Neugier der Versammelten in der That aufs Höchste gespannt war und in den mannichfachsten Vermuthungen sich erging[1]). Die Meisten würden freilich

1) Bericht des batavischen Envoyé extraordinaire van Haesten,

enttäuscht worden sein, wenn sie aus Bernadotte's Bericht erfahren hätten, daß die Reden der Kaiserin sich nur auf die im Cirkel anwesenden Damen bezogen, und daß Bernadotte, wie er schreibt, sich bestrebte, an Höflichkeit nicht hinter der Kaiserin und der Erzherzogin Amalie zurückzustehen, die sich gleichfalls mehrere Minuten bei ihm aufgehalten habe. Am Abend ließ aber die Kaiserin Thugut rufen und hatte eine lange Unterredung mit ihm. Bernadotte gewann den Eindruck, daß sie den Krieg nicht wolle, es sei denn, daß man ihre Eltern in Neapel, oder Schwester und Schwager in Toscana angreife. „Ich würde mich wohl hüten, Bürger Minister, schließt der Bericht, Sie von allen diesen Nichtigkeiten zu unterhalten; aber in dem Augenblick, in welchem man eine neue Coalition anzettelt und alles aufbietet, um Oesterreich zum Eintritt zu bewegen, schien es mir nicht überflüssig, Sie von allen Umständen in Kenntniß zu setzen, welche meine Vorstellung begleitet haben."

So schmeichelhaft dieser Empfang erscheinen mochte, er konnte den Botschafter mit den Unbequemlichkeiten seiner Stellung und Beschäftigung nicht versöhnen. Das Verhältniß zu Thugut, zu den meisten Gesandtschaften war und blieb der unfreundlichsten Art. Am 12. April hatte er eine lange Unterredung mit dem österreichischen Minister. Wieder bildeten die bourbonischen Orden den Hauptgegenstand. Als Thugut bemerkte, Oesterreich müsse auch Rücksicht auf Paul I. nehmen, welcher Ludwig XVIII. als König anerkenne und beschütze, fand Bernadotte Gelegenheit, einem prächtigen Strom republikanischer Beredsamkeit die Schleusen zu öffnen. „Dieser Tyrann des Nordens, dieser Tiger in Menschengestalt wird seinen Lohn erhalten," rief er aus; „man wird ihn im Herzen seiner Staaten angreifen, alle

---

Wien 11. April an den Burger Agent van Buitenlandsche Betrekkingen im niederländischen Staatsarchiv im Haag. Eden an Grenville, 11. April englisches Staatsarchiv.

Klassen in seinem Reiche sind seines Joches überdrüssig, Frankreich kennt seine Projecte, aber es wird sie zu hindern wissen und Polen wiederherstellen." Thugut fragte, wie denn Oesterreich dabei fahren solle. Der Friede von Campo Formio, erwiederte Bernadotte, zeige genugsam die guten Gesinnungen der Republik, bei der Herstellung Polens würde auch etwas Nützliches für Oesterreich geschehen. Thugut klagte dagegen, daß der Friede nicht zur Ausführung gekommen sei, daß man die preußischen Provinzen nicht zurückgebe. Aber Bernadotte erwiederte, der König wolle sie gar nicht zurücknehmen, und das Gespräch endigte wieder mit allgemeinen Redensarten. Bernadotte war auf das Aeußerste verstimmt; in einer Charakteristik der wiener Diplomaten, die er seinem Berichte beilegt, braucht er die härtesten Ausdrücke gegen Thugut's Immoralität, Bestechlichkeit und Hinterlist. Den österreichischen Minister hätte es allenfalls trösten können, hätte er gelesen, daß die meisten seiner Collegen nicht viel besser behandelt wurden.

Noch an demselben Tage schreibt Bernadotte an Talleyrand: er sei trotz aller Abneigung gegen die diplomatische Laufbahn nach Wien gegangen, denn er habe nachtheilige Folgen befürchtet, wenn der dortige Posten auch nur Tage lang unbesetzt bleibe. Seine Anwesenheit sei von Nutzen gewesen. „Jetzt aber", fährt er fort, „glaube ich meine Aufgabe erfüllt zu haben, und ich benachrichtige Sie im Voraus, daß ich das Directorium ersuchen werde, mich den militärischen Obliegenheiten zurückzugeben. Meine ausgesprochene Neigung für den Lärm und die Aufregung des Lagers bestimmen mich, ihm diese Bitte vorzulegen. Erlauben Sie mir, Ihnen zu sagen, daß es von der größten Wichtigkeit ist, mir einen Mann von bekannter Charakterfestigkeit zum Nachfolger zu geben[1])."

Offenbar hat er noch keine Ahnung, dies Gesuch würde eher, als er erwartete, vielleicht eher und gewiß anders, als er wünschte, in Erfüllung gehen.

1) Bernadotte an Talleyrand, 12. April.

Die Geschichte der Revolutionszeit hat immer von neuem von der übergroßen Bedeutung zu reden, welche damals den republikanischen Abzeichen beigelegt wurde. Den Gegnern waren sie ein Gegenstand des Abscheus, und das Directorium schien keine eifrigere Sorge zu tragen, als die Prophezeihung Lafajette's von der Weltreise der drei Farben recht bald zur Wahrheit zu machen. In der Instruction wird denn auch dem Botschafter ein scharfes Aufmerken auf die Formen der Etikette als unerläßlich empfohlen. „Die Republik", schreibt Talleyrand, „hätte gewünscht, alle Unterschiede der Etikette aufzuheben, aber so lange sie bestehen, verlangt sie ihr Recht. Nach dem Frieden von Campo Formio erhält die Republik alle Prärogative der alten Monarchie." Bernadotte soll deßhalb, wenn der päpstliche Nuntius mit der Vernichtung des Kirchenstaats seine Rechte verliert, den Vortritt vor allen übrigen Gesandten fordern. — Das Unwohlsein der Kaiserin beseitigte mit den großen Hoffesten auch die Veranlassung zu Conflicten, wie sie Thugut schon im Voraus befürchtet hatte. Mit besonderem Selbstgefühl und zu nicht geringem Aerger der Polizei trugen aber die Franzosen in der österreichischen Hauptstadt ihre runden Hüte mit den dreifarbigen Cocarden; selbst Thugut hielt die Sache für wichtig genug, um sich bei Keller zu erkundigen, ob der preußische Hof in Berlin sich dergleichen gefallen lasse[1]). Das Directorium hielt darauf noch strenger als der Botschafter, und als man einmal besorgte, Bernadotte möge sich doch vielleicht irgend eine Nachgiebigkeit zu Schulden kommen lassen, fügt Talleyrand einer Depesche die diplomatische Wendung bei: „Das Directorium ersieht aus Ihrem Bericht über die Audienz bei dem Kaiser, daß Sie Alles thun, und daß man Ihnen Alles erzeigt, was die Ehre der Republik erfordert. Es legt auch den Nachrichten einiger deutschen Zeitungsschreiber gar keinen Glauben bei, welche behaupten, die Personen in Ihrem Dienst trügen die franzö-

1) Keller, 11. April.

Landesbibliothek Brandenburgische Landeshochschule HISTORISCHES SEMINAR

fische Cocarde nur im Innern Ihrer Wohnung, und erschienen außerhalb ohne dies unterscheidende Zeichen[1])." Wo die Franzosen sich als Herren fühlten, brachten sie auch an den Gesandtschaftsgebäuden das Abzeichen der Republik, die Göttin der Freiheit, an. Ein Bild dieser Art, wie er es eben in Turin gesehen, wollte Bernadotte auch für sein stattliches Hotel in der Wallnerstraße herrichten lassen[2]); gleich nach den Empfangstagen hatte er einem wiener Maler den Auftrag gegeben. Aber das Bild wurde nicht fertig, man erfuhr, daß die Polizei sich eingemischt und dem Maler Entschädigung geboten habe, wenn er die Arbeit unterlassen oder verzögern wollte. Als endlich nach mehr als vier Wochen die Göttin der Freiheit ausgeliefert wurde, zeigte sich ein unförmliches, ganz unbrauchbares Zerrbild. Die Sache war um so verdrießlicher, als eben wieder ein Courier des Directoriums, ein Pole Namens Maliszewsky, die erneuerte Anweisung überbrachte, der Botschafter möge in keiner Weise, insbesondere nicht in Bezug auf die äußeren Zeichen, dem Ansehen der Republik zu nahe treten lassen. Ausführlich setzt Bernadotte dem Minister die Schwierigkeiten, denen er begegnet sei, auseinander, und bittet, sogleich durch einen tüchtigen Künstler in Paris ein neues Bild anfertigen zu lassen. „Es wird die Talente der französischen Schule bezeugen", setzt er hinzu, „und zu gleicher Zeit die Heldenthaten und die Macht der großen Nation in Erinnerung bringen. Ich erwarte es mit großer Ungeduld. Vorläufig nimmt eine dreifarbige Fahne die Stelle ein, welche für das Abzeichen der Republik bestimmt ist."

Maliszewsky sollte diese Depesche noch in der Nacht mit nach Paris nehmen. Die letzten Worte bezeichnen genau den Zeitpunkt, in welchem sie geschrieben wurde. Am 13. April

---

1) Talleyrand, 19. März.

2) Das Geymüller'sche Haus, Nr. 8. Bernadotte hatte den ersten Stock von dem reichen Armeelieferanten Wimmer gemiethet, der es von den Erben des im Duell getödteten Fürsten Karl von Lichtenstein gekauft hatte.

gegen sechs Uhr Abends, wahrscheinlich, um dem Directorium noch einen thatsächlichen Beweis seines patriotischen Eifers zu geben, hatte Bernadotte die dreifarbige Fahne an einer großen Stange auf dem Balkon seines Hauses aufpflanzen lassen [1]).

Das auffallende Zeichen blieb in der wenig belebten Straße eine Weile unbemerkt. Aber allmälig sammelten sich Gruppen, die ihre Verwunderung, bald auch ihr Mißvergnügen zu erkennen gaben. Das Aufpflanzen einer Fahne war an sich etwas Ungewöhnliches; einige hielten die große Stange für einen Freiheitsbaum, andere, in Erinnerung an den Stil französischer Proclamationen, für ein Symbol, daß man Wien wie eine eroberte Stadt behandeln wolle. Es kam hinzu, daß man eben lebhaft der Tage gedachte, in denen eine solche Gefahr sehr nahe gewesen war. Gerade vor einem Jahr hatten die Bürger der Hauptstadt sich erhoben, um den Angriff Bonaparte's nöthigenfalls mit den Waffen abzuwehren. Den 17. April, den Tag, an welchem die allgemeine Einzeichnung in die Listen der Nationalgarde stattgefunden hatte, wollte man feierlich begehen; schon seit dem 26. März waren Vorbereitungen getroffen, und daß die französische Gesandtschaft, tactlos genug, gegen die Feier als gegen eine Beleidigung Frankreichs sich heftig ausließ, vermehrte noch den Eifer der Bevölkerung, die schon Bernadotte's Benehmen gegen den geliebten Erzherzog als eine schwere Beleidigung empfunden hatte. Der Lärm vor dem Gesandtschaftshotel nahm zu; die Polizei wurde aufmerksam, und um 7 Uhr begab sich der Polizeidirector von der Leyen, wenig später ein Adjutant des Stadtcommandanten zu dem Botschafter, beide mit dem dringenden Ersuchen, die auffällige Fahne wieder einzuziehen. Aber Ver-

---

1) Hauptquellen für die folgende Darstellung sind Bernadotte's Berichte vom 14. u. 16. April, ein Brief Daiser's an Lehrbach vom 14. April, Keller's Depesche vom 18. April. Außerdem ist der im preußischen Staats-Archiv befindliche Bericht eines berliner Musikers Hummel benutzt, welcher beständig mit der französischen Gesandtschaft verkehrte und eben deßhalb wenige Tage nach Bernadotte's Abreise Wien verlassen mußte.

nadotte erklärte mit dem ganzen Pomp republikanischer Redeweise, es sei Pflicht der Polizei, die Ruhe herzustellen, die Fahne werde bleiben, er werde sie auf der Spitze seines Degens aufrecht halten; nur über seinen Leichnam gehe der Weg zu dem geheiligten Zeichen der Republik[1]). Nicht ohne Sorge begab sich der Beamte auf die Staatscanzlei, wo man einige Vorkehrungen traf, aber zu spät und nicht wirksam genug, um gleich im Beginn eine Bewegung zu unterdrücken, von deren Umfang man noch keine Ahnung hatte.

Unterdessen war die Dunkelheit eingebrochen und der Lärm in der Wallnerstraße zum Tumult geworden. Das Gerücht, die Franzosen wollten einen Aufruhr gegen den Kaiser anstiften, hatte eine unzählige Menschenmenge — man rechnete gegen 50000 — aus den Vorstädten herbeigezogen, deren Erbitterung wuchs, als ein Adjutant Bernadotte's in dem Thorweg des Palastes erschien und, die Faust am Säbel, das Volk bedrohte, auf die Polizei und die Beamten schalt, ja, nach dem Ausdruck eines Augenzeugen sich wie ein Rasender geberdete. Vergebens nahm die Polizei einige Verhaftungen vor; gegen halb neun Uhr flogen die ersten Steine in die Fenster des Gesandtschafts-Gebäudes, und indem Einer sich auf den Andern stellte, gelang es einem gewandten Handwerksgesellen, an den steinernen Figuren des Portals hinauf den Balcon zu erklettern. Die Fahne wird abgerissen, im Triumph zuerst auf die Freiung, dann schon halbverbrannt vor die Hofburg getragen und unter den Fenstern des Kaisers dem Officier der Wache ausgeliefert.

In Bernadotte's Wohnung war um diese Zeit keine Scheibe mehr unverletzt; wenig später sprengte ein schwerer Steinwurf auch das Thor des Palastes; die Menge drang in den inneren Hof und versuchte die Treppe hinaufzusteigen. Hier begegnete man aber dem Botschafter, der mit seinen Adjutanten und Secretären mit Säbeln und Pistolen bewaffnet

1) Daiser an Lehrbach, 14. April.

die Angreifer oben erwartete. Wieder beging er die Unvorsichtigkeit, die Menge durch Schimpfreden noch mehr zu reizen; einer aus der Dienerschaft feuerte sogar zwei Pistolenschüsse ab, die glücklicherweise nur eine leichte Verwundung zur Folge hatten; die Menge fuhr fort, den Hof zu erfüllen, drang in Küche und Stallung, zertrümmerte den Wagen des Gesandten, immer unter dem Geschrei: Es lebe der Kaiser! Beinahe zwei Stunden hielt der Lärm an, ohne daß die wenig zahlreiche Polizeimannschaft, nur von einigen Patrouillen unterstützt, ihn hätte beschwichtigen können. — Während dessen hatte Bernadotte zu verschiedenen Malen an Thugut geschrieben[1]). Zuerst gegen acht Uhr giebt er von dem Tumulte Nachricht und klagt über die Unthätigkeit der Polizei; zwei Stunden später meldet er, die Fahne sei abgerissen, der Hof von einer wüthenden Menge erfüllt; er fordert seine Pässe, wenn nicht die förmlichste Genugthuung geleistet, die Fahne von den österreichischen Behörden wieder aufgezogen, jede Theilnahme der Regierung an der Beschimpfung feierlich in Abrede gestellt, und strenge Bestrafung der Schuldigen versprochen würde. Endlich zwischen elf und zwölf Uhr schreibt er zum dritten Mal „die letzte Note, die Thugut von ihm erhalten würde"; er bittet jetzt förmlich und so schleunig, als irgend möglich, um die Pässe für seine Abreise. Gleichzeitig richtete er auch an befreundete Gesandte die Aufforderung, sich sofort in seine Wohnung zu verfügen, um von ihm die Entschließungen zu erfahren, welche die erhabene Würde der Republik erfordere. Aber zur Antwort erhielt er nur Vertröstungen auf den nächsten Morgen, und so blieb er auf sich selbst angewiesen, bis nach Mitternacht eine Abtheilung Infanterie aus den Vorstädten, dann auch von Schönbrunn Cavallerie herbeigekommen war. Der Hof wurde gesäubert, die Straße abge-

1) Haesten, 14. u. 18. April; er schickt Bernadotte's Schreiben im Original; derselbe Wortlaut im Entwurf an den spanischen Gesandten Campo Allanche im Ministerium des Auswärtigen in Paris.

sperrt, und zuerst von Allen gelangte der Freiherr von Degelmann in den Palast, um sein Bedauern auszusprechen und Bernadotte's Klagen zu vernehmen. Von dem Botschafter begab er sich in die Staatscanzlei, kehrte aber um drei Uhr Morgens nochmals zurück, jetzt endlich mit einem Billet Thugut's, das kurz und trocken sein Bedauern über die Unruhen aussprach und gerechte Bestrafung der Schuldigen verhieß.

„Sie werden den Ton dieses Schriftstücks leicht selber würdigen," schreibt Bernadotte seinem Minister. Natürlich konnte er sich dabei nicht beruhigen. Gleich am folgenden Morgen schickte er durch einen seiner Adjutanten einen Brief direct an den Kaiser, um sich über Thugut zu beklagen und die Ankündigung seiner Abreise zu erneuern. Die österreichische Regierung, noch von keiner Seite fremden Beistandes versichert, konnte eben jetzt nichts so wenig wünschen, als plötzlichen Bruch mit Frankreich. Man that alles Mögliche, den Botschafter zu beschwichtigen. Der Kaiser ließ sogleich durch den Cabinetsminister, Franz Colloredo, sein Bedauern über die Unordnungen der vergangenen Nacht ausdrücken, mit der Versicherung, daß er selbst, sobald er davon Kenntniß erhalten, dem Polizeiminister und dem Commandanten der Truppen Befehl zum Einschreiten gegeben habe. Er wünsche, daß der Botschafter auf seiner Forderung der Pässe in Anbetracht der großen Uebelstände, die daraus hervorgehen könnten, nicht bestehen möge. Noch am selbigen Tage würden Graf Saurau, der Minister des Innern, und Baron Degelmann sich zu Bernadotte begeben, um die Thatsachen aufzuklären und alle begründeten Klagen zur beiderseitigen Genugthuung zu erledigen. Bald darauf erschien eine Bekanntmachung des Polizeiministers, Graf Pergen, in welcher der Kaiser den guten Bürgern der Residenzstadt für die seit Antritt seiner Regierung so oft bewiesene Treue und Ergebenheit sein Wohlgefallen aussprach, aber die sträflichen Ausschweifungen vor der Behausung des französischen Botschafters mit großem Mißfallen rügte. Se. Majestät, hieß es, gewärtigen, daß von dieser Stunde an nie-

mand an einer tumultuarischen Handlung Theil nehmen werde. Sollte jemand dieser Erwartung nicht entsprechen, so werde der Kaiser in die unangenehme Nothwendigkeit versetzt, einen solchen Störer der Ruhe nach der ganzen Strenge des Gesetzes bestrafen zu lassen [1]). Aber der milde Ton dieses Erlasses reizte den Botschafter mehr, als daß er ihn befriedigt hätte. Er fuhr fort, sich in den leidenschaftlichsten Reden gegen Thugut zu ergehen. „Ich bedaure den Kaiser," sagte er in Gegenwart des spanischen Gesandten dem österreichischen Offizier, der zur Sicherung des Hauses sich in seiner Nähe befand. „Der Kaiser ist ein guter Fürst, unsere Republik hat ehrlich seine Freundschaft gewünscht; wir haben den ersten Schritt gethan, nun ist das unser Lohn. Ich weiß, der Kaiser ist nicht Schuld daran, er wird getäuscht von verruchten Meuchelmördern, die gerne sähen, daß man unsere Köpfe durch die Straßen von Wien trüge. Aber ich hoffe, binnen sechs Monaten wird die Reihe an sie kommen. Glauben Sie mir," fuhr er fort, „wenn der Krieg ausbricht, werden die Greise jung werden und zu den Fahnen eilen, um den Schimpf zu rächen, den ein barbarischer Pöbel mir angethan hat. Man hätte von Frankreich lernen sollen, wie ein Volksauflauf zu behandeln ist. Wäre so etwas in Paris einem österreichischen Botschafter geschehen, man würde mit Cartätschen unter das Volk geschossen haben; denn das Volk soll sich nicht über die Gesetze erheben, und die gestern u n s insultirten, können morgen ihrem Souverän dasselbe thun."

Auch Degelmann und Saurau, die kaiserlichen Gesandten, vermochten seinen Zorn nicht zu beschwichtigen. War er

---

1) Die Proclamation und der vorhergehende Notenwechsel in der Geheimen Geschichte des rastatter Congresses, V, Abth. II, 185 fg. Manche Einzelheiten bringen die Nouvelles politiques de Leyde in der ersten Hälfte des Mai, z. B. der Supplément zum 4. Mai auch den Namen des damals vielbesprochenen vierzehnjährigen Schornsteinfegers Rugler aus Schwaben, der die Fahne abgerissen hatte.

doch ohnehin seiner Stellung überdrüssig. Vor Allem forderte er, daß die französische Fahne von österreichischen Behörden wieder aufgepflanzt werden solle. Da man auf diese Forderung einzugehen nicht geneigt war, führte er seinen Vorsatz aus. Am 15. April, einem Sonntag, nicht mit Tagesanbruch, wie die Wiener Polizei vorgeschlagen hatte, sondern zu heller Mittagszeit verließ die französische Gesandtschaft in vier Wagen die Hauptstadt. Der Menschenstrom, der noch Tages vorher die Straßen gefüllt hatte, war bis um diese Zeit verlaufen, vor dem Hotel erschienen sogar einige Mitglieder des Adels, um die Reisenden noch zu begrüßen. Keine Störung erfolgte, doch hatte man dem Zug zur größeren Sicherheit eine Escorte beigegeben, die ihn mit allen militärischen Ehren durch die Thore und über das Weichbild hinaus begleitete. In Braunau auf der Grenze begegnete er dem Grafen Cobenzl, der eben aus Rastatt nach Wien zurückkehrte; aber die beiden Gesandten begrüßten sich nicht. Bernadotte nahm den Weg nach dem Rhein; am 23. kam er in Rastatt an, wo er weitere Anweisungen des Directoriums erwarten wollte[1]).

Was konnte folgen? Die ganz ähnlichen Vorfälle in Rom mochten den Glauben erwecken, es würde auch jetzt wieder für die angebliche Beleidigung Frankreichs blutige Rache gefordert werden. Dies war die Meinung mancher Diplomaten, sogar des berliner Cabinets in der ersten Zeit, und sie wurde bestärkt durch die Nachrichten aus Rastatt. Hier ließen Bernadotte und sein Gefolge ihrem Unwillen völlig freien Lauf. Liest man den ersten Bericht des Botschafters aus Wien vom 14. April, so wird man ihn, alle Umstände in Betracht gezogen, beinahe ruhig, wenigstens nicht übermäßig heftig nennen. Man glaubt durchzufühlen, daß er ausreichende Genugthuung noch erwartete. Der folgende Bericht, nur zwei Tage später, aber schon auf der Rückreise, aus Wels geschrieben, zeigt dage-

1) Lehrbach, 24. u. 26. April; Metternich, 23. April.

gen die volle Leidenschaft eines aufs bitterste gereizten Mannes. Der ganze Vorfall wird ausschließlich den infamen Entwürfen Thugut's, Rasumowsky's und Eden's Schuld gegeben. „Diese Bösewichter," schreibt Bernadotte, „haben den Plan geschmiedet, die französische Gesandtschaft zu ermorden und unsere Köpfe auf Piken durch die Straßen tragen zu lassen. Der Russe, eben so feig als barbarisch, konnte Tages über weder sein Verlangen noch seine Hoffnung verbergen; der schurkische, nichtswürdige Thugut, gebeugt unter der Last seiner Verbrechen und seiner Jahre, erwartete jeden Augenblick, daß man ihm die Nachricht brächte, wir hätten aufgehört zu leben. Der englische Gesandte mißt sich selber den Ruhm dieses Tages bei und macht denen, welche die Ausführung übernahmen, den Vorwurf, daß sie sich mit einem halben Erfolg begnügt hätten. Daß wir hingewürgt würden, das war die Absicht dieser drei Tiger." Ueberbieten lassen sich diese Sätze nicht; aber sie wurden im Einzelnen ausgeführt in Berichten, die Bernadotte durch zurückgebliebene Freunde aus Wien erhielt und von Rastatt nach Paris beförderte. Die kleine Fahne, hieß es, habe mit dem Tumult nur wenig Zusammenhang. Thugut, Eden und Rasumowsky hätten lange vorher den Plan gefaßt, die Gesandtschaft bei dem Fest der Freiwilligen zu massacriren, und dann nur die Gelegenheit benutzt, einige Tage früher loszuschlagen. Die beiden Gesandten, — die in der That, unvorsichtig genug, unter der Volksmenge erschienen waren — hätten die Steine aus der Donau heranholen lassen und jeden mit 18 Kreuzern bezahlt. Dem Burschen, der die Fahne abgerissen — er gilt jetzt als der Kellner eines bekannten Caffeehauses — sei dafür eine goldene Uhr zum Geschenk gemacht. Eben sei Bernadotte im Begriff gewesen, mit Hülfe der Kaiserin dem abscheulichen Regiment Thugut's ein Ende zu machen; gerade, um dies zu hindern, habe der Minister den Aufstand angestiftet und Polizei wie Soldaten von thätigem Einschreiten abgehalten. Nur Thugut's Abdankung gebe dafür Genugthuung; außerdem müsse Alles geschehen, was Ber-

nadotte in Wien gefordert habe, sonst habe man in vier Wochen den Krieg [1]).

Ganz anders erschien das Ereigniß in Wien. Bernadotte, sagte man, habe durch sein und seiner Begleiter Benehmen seit langer Zeit die Wiener beleidigt, dann durch das unerwartete Aufstecken einer an sechs Ellen langen Fahne den Tumult veranlaßt und die Menge durch Schimpfreden und Pistolenschüsse noch mehr gereizt. Er allein trage also die ganze Schuld, und statt Genugthuung zu geben, könne der Kaiser sie fordern. In diesem Sinne stellte Thugut schon am 15. April in einer Circulardepesche an die vorzüglichsten Gesandtschaften die Sache dar [2]), und so wurde sie meistens von der Diplomatie, nicht allein an den befreundeten Höfen, aufgefaßt. Der batavische Geschäftsträger van Haeften tadelt in dem Bericht an seine ultrademokratische Regierung allerdings das Benehmen der Bevölkerung und das langsame Einschreiten der Polizei, aber noch mehr die herausfordernden Handlungen des Botschafters [3]). Am schärfsten äußert sich Keller, der, mit Bernadotte noch immer auf gespanntem Fuße lebend, auch während des Tumultes sich nicht um ihn bekümm-

1) Bernadotte an Talleyrand, Rastatt, 26. April, 10. Mai. Beiliegend Détails parvenus à l'Ambassadeur Bernadotte par un courier parti de Vienne le 20 Avril; Renseignements du 25 Avril, Suite des renseignements vom 3. Mai; Lehrbach, 23., 24., 25., 28. April. Die preußischen Gesandten in Rastatt, 25. April; das Ministerium an Keller, 4. Mai.

2) Thugut an Starhemberg in London, an Dietrichstein und Reuß, 15. April, bei Vivenot a. a. O. S. 15. Die Note ist von Daiser verfaßt und nur ein Auszug aus dem hier benutzten vertraulichen Briefe Daiser's an Lehrbach vom 14. April. Ganz ähnlich schildert die Vorfälle eine damals viel genannte kleine Schrift: „Getreue Darstellung des Auflaufes, welchen die französische Botschaft durch Aushängung einer dreifarbigen Fahne den 13. April 1798 in Wien veranlaßt hat von einem Augenzeugen 1798," über welche Keller am 25. April 1798 bemerkt: cette rélation peut être considérée comme avouée par le gouvernement Autrichien. Verfasser ist der im Polizeiministerium angestellte Hofrath Schilling; Keller, 29. Juni 1799.

3) Haeften, 14. April.

mert hatte, aber von seiner Regierung trotz der Klagen des Directoriums vollständige Billigung seines Benehmens erhielt[1]). Man glaubte sogar eine Zeit lang in Berlin, der Aufstand sei von Bernadotte absichtlich hervorgerufen, um dem Directorium Vorwand zu neuem Kriege gegen Oesterreich zu verschaffen[2]). Dieser Verdacht ist aber gewiß eben so wenig begründet, wie der ähnliche gegen Thugut. Es ist deutlich genug gezeigt, wodurch das Aufpflanzen der Fahne am 13. April veranlaßt wurde. Diese Fahne gibt, auch abgesehen von ihrem Zweck, noch einen charakteristischen Beweis, wie verschieden dieselben Gegenstände von verschiedenen Parteien aufgefaßt und beschrieben werden. Da sie nur wenige Abendstunden auf dem Balkon gesehen, dann wieder abgerissen und zum Theil verbrannt wurde, ließ sie der Phantasie um so freieren Spielraum. In Wien wurde behauptet, und in deutschen Erzählungen wird noch jetzt gewöhnlich angegeben, sie habe die Inschrift: „Liberté, égalité ou la mort" getragen. Aber Haeften, der zuerst seiner Regierung selbst diese Mittheilung gemacht hatte, widerruft sie in dem nächsten Bericht und bemerkt, die Inschrift habe, ganz wie es den Umständen entspricht, auf der einen Seite: République Française, auf der anderen: Légation de Vienne gelautet[3]); auch der Freiherr von Daiser, der Referent der Staatscanzlei für die deutschen Angelegenheiten, erwähnt am 14. April in einem Briefe an Lehrbach ausdrücklich: „daß die Worte „„Freiheit und Gleichheit"" in deutscher Sprache auf der Fahne zu lesen waren, hat sich das Volk eingebildet, und wird von dem Schneider, der die Fahne verfertigt, nicht behauptet." Die sich entgegenstehenden Angaben über die Größe der Fahne erklären

---

1) Die preußischen Gesandten in Rastatt, 2. Mai, Sandoz, 25. April; Keller, 23. Mai: Les mensonges du Général Bernadotte ne méritent que du mépris. Das Ministerium an Keller, 1. Juni.

2) Keller, 21. April. Das Ministerium an Keller, 30. April.

3) Haeften, 14. u. 17. April.

sich dadurch, daß die französischen Berichte, wenn sie von der kleinen Gestalt reden, nur auf das Fahnentuch, dagegen die wiener zugleich auf die Fahnenstange sich beziehen, welche, wie erwähnt, so lang war, daß man sie für einen Freiheitsbaum halten konnte. Das verspätete Eintreffen des Militärs braucht nicht in bösem Willen, nicht einmal in einer ungebührlichen Langsamkeit seinen Grund zu haben; denn die Infanterie mußte aus weit entfernten Vorstädten, die Reiterei sogar aus Schönbrunn herbeigeholt werden. Keller, der die Soldaten unter seinem Fenster vorbeimarschiren sah, bemerkt, sie seien so eilfertig aufgebrochen, daß sie sich zum Theil nicht einmal vollständig hätten bekleiden können [1]). Dagegen wird man das lange Schweigen Thugut's nicht eben rücksichtsvoll, ja mit den Pflichten diplomatischer Höflichkeit kaum vereinbar finden, und der Polizei geschieht schwerlich Unrecht durch die Annahme, sie sei ungeschickt oder wenigstens schwach verfahren, habe sich auch nicht übermäßig beeilt, zu Gunsten eines verhaßten, hochfahrenden Fremden den Loyalitäts-Betheuerungen der Menge gegenüber ihre Gewalt zu brauchen.

Aber Rücksichten und Erörterungen dieser Art waren nicht was in Paris den Ausschlag gab. Hätte man einen wehrlosen Gegner, wie den Papst, sich gegenübergesehen, man hätte gewiß die Gelegenheit zu einem neuen Beutezug nicht ungenutzt gelassen. Ja, wenn man einer späteren Erzählung Napoleon's glauben darf, so war das Directorium selbst Oesterreich gegenüber zum Kriege entschlossen und wollte dem General den Oberbefehl des gegen Deutschland bestimmten Heeres übertragen. Aber Bonaparte erwiederte, ein Ereigniß solcher Art, bei dem der größere Theil des Unrechts auf Seiten Bernadotte's liege, sei kein Grund, sich zu einem Kriege zu bestimmen. Frankreich sei gar nicht vorbereitet, das Heer an der Küste des atlantischen Meeres zerstreut, oder zur Fahrt nach Aegypten gerüstet; auch der Kaiser wolle gewiß

1) Keller, 18. April.

nicht den Krieg, sonst würde man in Wien dem Gesandten eher Freundschaft geheuchelt, als ihn beleidigt haben. Er erbot sich, selbst nach Rastatt zu gehen, um mit Cobenzl die Mißverhältnisse wieder auszugleichen [1]).

Diese Erzählung enthält, wenn sie auch nicht verbürgt werden kann, doch nichts Unwahrscheinliches, den gleichzeitigen Quellen Widersprechendes. Der Bericht Bernadotte's war am 23. April nach Paris gelangt. Das Directorium versammelte sich; unter den Acten im Ministerium des Auswärtigen findet sich noch der Entwurf einer langen Klageschrift, die man in eigenem Namen unmittelbar an den Kaiser richten wollte. Die Größe der Beleidigung wird mit lebhaften Worten geschildert, aus Allem aber der Schluß gezogen, man wolle das Vorgefallene nicht als einen Act der Feindseligkeit betrachten, müsse jedoch Aufklärung und Genugthuung fordern. Aufklärung gab schon am folgenden Morgen ein Schreiben Thugut's an Talleyrand, das mit seltener Schnelligkeit nach Paris befördert, durch den neapolitanischen Gesandten überliefert wurde. Es betheuerte die friedlichen Gesinnungen des Kaisers und stellte die baldige Ankunft des Freiherrn von Degelmann in Aussicht. Sicher hat es beigetragen, die Aufregung des Directoriums zu beschwichtigen. Wenn Rewbel am Abend des 23. Sandoz gegenüber noch sehr drohende Worte gebraucht hatte, so gab Talleyrand am nächsten Tage zu, auch Bernadotte habe durch seine voreilige Abreise die Sache verschlimmert. Man erkennt überhaupt, und es ist bemerkenswerth, daß die französischen Staatsmänner meistens mit dem Benehmen des Botschafters wenig einverstanden waren. Treilhard schreibt am 21. April an Talleyrand, das Ereigniß in Wien sei ihm „wüthend ärgerlich"; bei der ersten Nachricht habe er noch geglaubt, man werde Genugthuung geben, jetzt höre er aber,

1) Mémoires de Napoléon par le général Montholon, Paris 1824, IV, 239. Die Ausgabe der „Guerre d'Italie" in der Correspondance de Napoléon I., Tom. XXIX hat das 23. Kapitel nicht aufgenommen.

Bernadotte sei wirklich abgereist. Er kann sich nicht enthalten, von der Unbesonnenheit des Botschafters zu reden[1]). Und Talleyrand antwortet am 25. „Unter uns, mein lieber Treilhard, und ohne daß Sie ihn etwas merken lassen: Bernadotte hat sich ein wenig übereilt benommen; aber die Beleidigung ist deßhalb nicht weniger schwer. Das Directorium," fährt er fort, „hat nicht gezögert, auf die Vorschläge der österreichischen Regierung einzugehen; ich wurde beauftragt, Herrn von Thugut zu antworten, und gestern um drei Uhr Morgens ist der Courier mit meinem Briefe nach Wien abgegangen. Sie werden nicht ohne Vergnügen hören, daß der General Bonaparte bereit ist, sich nach Rastatt zu verfügen. Die Ergebenheit, mit welcher er sich unter diesen schwierigen Umständen zur Verfügung gestellt hat, wird von dem Directorium ihrem ganzen Werthe nach geschätzt. Er hat an Herrn von Cobenzl geschrieben[2])."

In Wien konnte es nicht lange zweifelhaft sein, daß man auf den Vorschlag eingehen müsse. Man war unvorbereitet für den Krieg und keines einzigen Bundesgenossen versichert. Gerade am Morgen des Aufstandes traf allerdings aus Petersburg die willkommene Nachricht ein, daß Paul die angetragene Vermittlung zwischen Oesterreich und Preußen annehme und über die Vorgänge in der Schweiz und in Italien sehr unzufrieden sich ausgesprochen habe. Aber bei dem unzuverlässigen Charakter des Zaaren war dies nur der Anfang einer Hoffnung; auch hatte man, trotz der übeln Er-

---

1) Treilhard an Talleyrand, 21. u. 25. April. Daunou, der französische Commissar in Rom, klagt am 5. und 12. Mai in Briefen an La Revellière Lepeaux über den übeln Eindruck, den die Nachrichten aus Wien in Italien hervorriefen: La funeste nouvelle de Vienne nous fait ici bien de mal . . Vous seuls pouvez juger, s'il n'y a pas un peu d'étourderie dans le fait de Bernadotte. Mémoires de La Revellière Lépeaux, Nantes 1873, III, 371, 374.

2) Sandoz, 25. April. Talleyrand an Thugut, 25. April bei Vivenot, Rastatter Congreß S. 156. Bonaparte an Cobenzl, 25. April, Correspondance de Napoléon, IV, 84.

fahrungen in Rastatt, noch immer auf eine Einigung mit Frankreich nicht völlig verzichtet. Noch immer bestand auch die Meinung, Bonaparte sei für Oesterreich günstiger als für Preußen gesinnt, und es habe nicht an seinem Willen gelegen, wenn sein eigenstes Werk, der Friede von Campo Formio, nicht zur Ausführung gekommen sei. Eine Verhandlung mit ihm mußte darüber und über die letzten Absichten des Directoriums Auskunft verschaffen; wenn sie nicht gelang, konnte man um so entschiedener für die andere Verhandlung in Berlin das Ziel, das dann allein noch übrig blieb, ins Auge fassen.

In Paris mochte es als ein Zeichen der Nachgiebigkeit, ja als Genugthuung erscheinen, daß Thugut in demselben Schreiben, welches den Antrag Talleyrand's annahm, auch die Mittheilung machte, er sei von dem Ministerium des Auswärtigen zurückgetreten und Graf Cobenzl zu seinem Nachfolger ernannt.

Ein solcher Schritt hatte, wie man sich erinnert, schon seit langer Zeit, insbesondere seit den Präliminarien von Leoben, in Thugut's Absicht gelegen. Seine Gesundheit war durch das Uebermaß und noch mehr durch die Erfolglosigkeit von Mühe und Arbeit zerrüttet. Die Langsamkeit und Verworrenheit des Staatswesens brachten ihn zur Verzweiflung, bei den Berathungen über das Heer und die Finanzen war es mehrmals zu heftigen Auftritten gekommen. Denn man darf nicht glauben, der Minister sei allmächtig gewesen. Ueberall fand er Gegner und Widersacher; der Adel wollte den Emporkömmling niemals als gleichberechtigt anerkennen, die besten Köpfe wurden durch den Druck des politischen Systems, nicht ohne Thugut's Schuld, von der Regierung ferngehalten. Es blieben wenige, allerdings erprobte und ergebene Freunde, das Vertrauen des Kaisers, dazu die Macht eines starken Willens und überlegener Fähigkeiten; aber selbst der Muthigste mochte unter solchen Umständen zuweilen den Muth verlieren. Schon beim Jahreswechsel hatte der Minister nur auf Colloredo's dringende Bitten sein Abschiedsgesuch zurückgenommen. „Ver-

legenheit und Arbeit," schreibt er an Dietrichstein am 17. Februar, „wachsen von Tag zu Tage; Alles liegt auf mir, ich habe weder Hülfe noch Unterstützung; meine physischen und moralischen Kräfte reichen nicht mehr aus und ich unterliege. Sie können denken, wie sehr ich nach dem Augenblick seufze, in welchem ich das Ministerium verlassen kann. Von so unendlich Vielen, die sich darüber freuen werden, wird keiner eine so reine und lebhafte Genugthuung empfinden, als ich." Im März oder Anfang April reichte er das Gesuch um Entlassung förmlich ein; er dachte statt der früheren Geschäfte als kaiserlicher Commissar die Verwaltung der neu erworbenen italienischen Provinzen zu übernehmen[1]).

Es scheint, daß Cobenzl's Rückberufung von Rastatt damit in Verbindung steht. Denn dieser Staatsmann wurde schon im Sommer vorher als Thugut's Nachfolger bezeichnet. Eden, der am 7. Mai 1797 seiner Regierung davon Nachricht gibt, fügt aber gleich hinzu, niemand zweifle an Cobenzl's Unfähigkeit, den Minister zu ersetzen. So ausgezeichnet sich der Graf als Diplomat bewährt hatte, es fehlten ihm doch die Selbstständigkeit und Charakterstärke, die allein zu der Leitung großer Angelegenheiten befähigen. Auch sein Privatleben, seine Vergnügungssucht gab dem Hofe, zuweilen sogar Thugut zum Tadel Veranlassung. Indessen bei dem Mangel an bedeutenden und zugleich befreundeten Staatsmännern blieb Cobenzl der Unentbehrliche, auf den man immer zurückkommen mußte. Gerade als er sich auf der Reise von Rastatt nach Wien befand, traten aber zwei Ereignisse ein, welche die Lage wesentlich ver-

1) Vivenot, vertraute Briefe, II, 76, 86; Rastatter Congreß, S. V. Keller schreibt am 19. Mai über Thugut: La critique occasionnée par sa conduite ministerielle à la guerre et à la paix n'empêche pas ses plus grands ennemis de rendre justice à l'ordre, au secret et à l'économie, qu'il a introduit dans le département des affaires étrangères, dans lequel il ne prenait pour lui que douze mille florins par an. Il a epargné annuellement 70 mille florins à son maître en travaillant plus qu'aucun de ses prédécesseurs.

änderten: die russische Vermittlung und die Abreise Bernadotte's. Beide deuteten wieder auf den Krieg, und Niemandem kam auch nur der Gedanke, daß man den Krieg anders als unter Thugut's Leitung führen würde. So mag was nun folgt zu erklären sein: man nahm zwar die schon beschlossene Maßregel nicht zurück, vielleicht in dem Wunsche, dadurch um so leichter einem für den Augenblick noch sehr unbequemen Bruch mit der Republik vorzubeugen; aber Thugut sollte als Conferenzminister nach wie vor Haupt und Leiter der Regierung bleiben. In einer solchen Stellung konnte es ihm nur erwünscht sein, in Cobenzl einen Gehülfen zu erhalten, der einen Theil der Correspondenzen und die für Thugut so lästige, zeitraubende Repräsentation den fremden Diplomaten gegenüber auf sich nahm, der dann auch einen Theil der Verantwortung trug, als Mitglied der Aristokratie den gefährlichsten Widersachern auf gleichem Boden gegenüberstand, und doch erwarten ließ, daß er sich eben so fügsam als brauchbar zeigen werde. Erst gegen Ende des Monats scheint man aber in Bezug auf die neue Anordnung zu festem Entschluß gelangt zu sein. Noch am 19. April schreibt Thugut an Colloredo, Cobenzl sei am Abend angekommen, der Kaiser werde ihm wohl in der ersten Audienz über seine künftige Verwendung noch nichts Bestimmtes mittheilen. Erst am 29. April schickt er die drei von ihm selbst entworfenen kaiserlichen Handschreiben, von denen das eine Cobenzl's Ernennung, die beiden anderen Thugut's Entlassung aus der früheren und die Berufung in die neue Stellung enthalten. Das erste sagt ausdrücklich, das politische System solle ganz in den Grundsätzen weiter geführt werden, nach denen Thugut gehandelt habe.

Am 2. Mai brachte der neue Minister seine Ernennung zur öffentlichen Kenntniß. Aber gerade an demselben Tage erhielt man auch aus Paris die Briefe Talleyrand's und das Anerbieten Bonaparte's, in Rastatt mit Cobenzl zu verhandeln. Thugut und Cobenzl einigten sich noch am selbigen Abend, daß Cobenzl der Einladung folgen, Thugut in Wien ihn ver-

treten müsse[1]). So wurde für die nächste Zeit nicht einmal der Geschäftskreis des Ministers verändert; die fremden Diplomaten verhandeln ausschließlich mit ihm, sie sind der Ansicht, daß sein Einfluß sich in keiner Weise vermindert habe.

Zunächst und vor Allem kam es darauf an, was man von Bonaparte in Rastatt erlangen würde.

---

1) Vivenot, Vertrauliche Briefe Thugut's II, 93, 97, 99.

## Zehntes Kapitel.

### Die Conferenzen in Selz.

Am 7. Mai wurden die Instructionen für Cobenzl ausgefertigt. Sie zeigen, daß man in Wien wohl den Frieden wünschte, aber keineswegs dem Uebermuth des Directoriums sich fügen wollte. Was zunächst das Ereigniß vom 13. April betrifft, so legen sie alle Schuld dem französischen Gesandten zur Last; der Kaiser muß eine Genugthuung vielmehr fordern als gewähren. Daß die Fahne, wie Bernadotte verlangte, von einem österreichischen Officier oder Polizeibeamten wieder aufgezogen wird, kann man in keinem Falle zugestehen, höchstens, daß die Urheber des Tumultes nochmals aufgesucht und nach den Gesetzen bestraft werden, aber ohne daß dabei ein französischer Beamter Theil zu nehmen hätte. Wollen die Franzosen in Wien Fahnen aufziehen oder Cocarden tragen, so muß das gleiche Recht auch der österreichischen Gesandtschaft in Paris zuständig sein. Bernadotte und sein Gefolge dürfen in keinem Falle nach Wien zurückkommen, da sie, abgesehen von ihrem früheren Benehmen, sich während der Heimreise aufrührerische Reden erlaubt haben [1]). Am Besten wäre es, wenn gar kein französischer Agent, oder doch nur ein Geschäftsträger, höchstens ein Gesandter zweiten Ranges in Wien sich aufhielte; einen Botschafter wird man nicht mehr empfangen.

---

1) Bernadotte berichtet seinerseits aus Rastatt am 25. April, er habe während der Rückreise von der Bevölkerung, sogar von mehreren Generalen Versicherungen der Ergebenheit und Zustimmung erhalten.

Viel ausführlicher verbreitet sich dann die Instruction über die allgemeine politische Lage. Zuerst soll Cobenzl die Bedingungen von Campo Formio, und, wenn Bonaparte darauf nicht eingeht, für die neuen französischen Erwerbungen ein Aequivalent in Italien fordern, entweder die Legationen, oder auf dem linken Ufer des Po das Gebiet bis zum Oglio, oder wenigstens bis zum Chiese. Weiter suchte man die Verhandlung mit dem, was schon mit Preußen verabredet war, oder verabredet werden sollte, in Einklang zu bringen. Gegen die Zugeständnisse in Italien will der Kaiser auf Vergrößerung in Deutschland verzichten, nur gegen das Frickthal Passau, und gegen schwäbische Besitzungen einen Grenzstreifen von Baiern eintauschen. Preußen kann Hildesheim, Oranien die trierschen Balleien am rechten Rheinufer in Besitz nehmen; aber von Anerkennung der preußischen Uebergriffe in Franken darf keine Rede sein; sie gehören lediglich vor die Reichsgerichte. Die Franzosen sollen das linke Rheinufer, aber keinen Punkt auf dem rechten erhalten; nur im äußersten Nothfalle — dies Thor war doch wieder offen gelassen — wenn die Republik dem Kaiser gute Bedingungen in Italien gewährt, kann man mit einiger Nachgiebigkeit verfahren. Für den Papst verlangte man Rom zurück, oder wenigstens ein seiner Würde entsprechendes Einkommen, für Toscana und Neapel volle Unverletzlichkeit. Anders, heißt es, stehe es mit Sardinien. Dies Land könne man den Franzosen stillschweigend überlassen, wenn dafür die österreichische Grenze bis zur Adda oder wenigstens bis zum Oglio ausgedehnt würde. Endlich folgt noch der sonderbare Plan, für den Bruder des Kaisers die Lombardei gegen Toscana einzutauschen; Toscana könne dann mit der ligurischen Republik vereinigt werden[1]).

---

1) Die Instruction so wie der in dem Folgenden benutzte Briefwechsel zwischen Cobenzl, Thugut und Colloredo im wiener Staatsarchiv in einem Convolut mit der Aufschrift: Négociation de Seltz. Karl Mendelssohn bleibt das Verdienst, über die selzer Conferenzen zuerst eingehende Nachrich-

Mit diesen Vorschlägen, die an Willkür dem, was die Franzosen in Italien sich erlaubt hatten, wenig nachgeben, machte sich Cobenzl am 8. Mai auf den Weg, und unermüdlich, wie er zu reisen pflegte, kam er mit der Schnelligkeit eines Couriers schon in der Nacht vom 11. auf den 12. in Rastatt an. Aber die Eile war vergebens. Ueber Bonaparte's Ankunft wußte Niemand etwas zu sagen, in seinen Gemächern war keine Vorbereitung getroffen, Niemand von den Seinigen war ihm vorausgegangen. Es wurde sogar behauptet, er sei schon vor acht Tagen von Paris nach Toulon gereist; „indessen," meint Cobenzl, „nach dem Brief, den ich von ihm empfangen habe, ist nicht zu glauben, daß er bei dem Rendezvous, das er mir förmlich angetragen hat, fehlen werde[1])."

Aber drei Tage später wurde die Nachricht durch Briefe Bonaparte's und Talleyrand's bestätigt. Der General schrieb ganz kurz noch am 4. Mai, er habe, im Begriffe nach Rastatt in den Wagen zu steigen, die Nachricht von Cobenzl's Abreise nach Wien erhalten und darauf seine Absicht aufgegeben[2]). Viel ausführlicher ist der Brief Talleyrand's vom 12. Mai. Er wünscht Cobenzl zu seinem Ministerium Glück und sieht in der Ernennung des Unterhändlers von Campo Formio ein neues Pfand für den Frieden. „Warum," fährt er fort, „hat die Nachricht Ihrer Abreise von Rastatt, die Ungewißheit Ih-

---

ten gegeben zu haben (Sybel's historische Zeitschrift, XXIII, 40 fg.). Er konnte jedoch nicht die vollständigen Originale, sondern nur die lückenhaften, schwer zu entziffernden Concepte von Cobenzl's und Hoppe's Hand benutzen. Deßhalb haben sich in seine Darstellung Irrthümer eingeschlichen, von denen Sybel (Gesch. der Rev.-Zeit, V, 134 fg.) einzelne berichtigt, andere aufgenommen hat. Die französischen Quellen füllen im Archiv des Ministeriums der Ausw. Angelegenheiten einen Folioband, der die Aufschrift: „Autriche — Le Général Bernadotte" trägt, weil das erste Drittel durch Berichte und Correspondenzen Bernadotte's aus Rastatt eingenommen wird.

1) Cobenzl an Colloredo, 12. Mai.

2) Corresp. de Napoléon, IV, 92. Der Brief ist noch aus Paris datirt, nicht aus Auxerre, wie die Herausgeber vermuthen.

rer Rückkehr und die angekündigte Sendung des Herrn von Degelmann nach Paris das Directorium denken lassen, es dürfe nicht länger zögern, die Talente und den Einfluß des Generals Bonaparte für eine wichtige Unternehmung zu benutzen. Sie wissen jetzt bereits, daß er Paris seit einigen Tagen verlassen hat. Vor seiner Abreise hat er Sorge getragen, Ihnen zu schreiben, und gestern habe ich Ihnen seinen Brief nach Wien geschickt, wohin er adressirt war, und wo ich Sie noch vermuthete." Es folgt dann die Mittheilung, das Directorium habe auf die Nachricht, daß Cobenzl nach Rastatt zurückkehre, sich beeilt, an Bonaparte's Stelle den ausgeschiedenen Director François von Neufchateau abzusenden. Er sei durch seine tiefe Kenntniß der Absichten und Interessen der Republik besser als irgend Jemand in der Lage, sich mit Cobenzl über alle in Frage stehenden Punkte zu verständigen. Da aber die Verfassung förmlich verbiete, daß ein Mitglied des Directoriums innerhalb zweier Jahre nach seinem Ausscheiden das Gebiet der Republik verlasse, so hoffe man, Cobenzl werde sich an irgend einen Ort des linken Rheinufers begeben, der ihm für die Conferenzen geeignet scheine[1]).

Bonaparte's Verfahren ist erklärlich genug. Am 25. April war es noch sehr ungewiß, ob nach den wiener Vorfällen der Friede dauern würde. Bonaparte bedurfte für sein Unternehmen nach Aegypten durchaus eine rasche Entscheidung, war deßhalb erbötig, sie selbst in Rastatt zu holen. Nun erhielt man aber mit jedem Tag bestimmtere Nachricht, daß von Seiten Oesterreichs der Krieg nicht zu besorgen sei; Frankreich wollte ihn auch nicht anfangen, ebensowenig in dem Gange der Verhandlungen eine Aenderung eintreten lassen. Was hatte Bonaparte also in Rastatt zu thun? Sein Unternehmen drängte zur Eile; selbst das Directorium scheint den gefürchteten Mann, dessen es nicht mehr unmittelbar bedurfte, gern in der Ferne gesehen zu haben. So trat er am 4. Mai die Reise nach Toulon statt nach Rastatt an.

1) Beilage zu Cobenzl's Bericht vom 15. Mai.

Aber man liest nicht ohne Ueberraschung, wie ein französischer Staatsmann und gerade Treilhard, der Gesandte in Rastatt, diese Wendung beurtheilt. Talleyrand hatte ihm am 6. Mai von dem, was geschehen war, Kenntniß gegeben. „Bonaparte habe in gutem Glauben an Cobenzl geschrieben, aber die Nachricht von der Abreise Cobenzl's nach Wien, die Ungewißheit seiner Rückkehr, das Unheil, welches jede Zögerung für die große vom Directorium beabsichtigte Expedition herbeiführen könne, hätten den veränderten Entschluß zur Folge gehabt. Der Wechsel," setzt Talleyrand hinzu, „bringe wenigstens den Vortheil, daß es einen Augenblick den Anschein gewonnen habe, als wolle man das große Unternehmen, von dem schon zu viel geredet worden sei, aufgeben, was die Ausführung nur begünstigen könne." Er legt Bonaparte's Brief in Abschrift bei, „das Original werde er an Cobenzl schicken, sobald aus Wien eine Antwort eintreffe." „Ihr Brief überrascht und betrübt mich," erwiedert Treilhard am 10. Mai. „Die französische Regierung schreibt Herrn von Thugut, der General Bonaparte würde sich sogleich nach Rastatt begeben, um sich mit dem Minister, welchen Seine Kaiserliche Majestät mit ihrem Zutrauen beehre, zu verständigen. Der Kaiser schickt in Folge dessen Herrn von Cobenzl, seinen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, und dieser findet bei der Ankunft — Was? Einen Brief Bonaparte's mit der Nachricht, er sei nach Toulon abgereist. — Das Motiv dieser Abreise ist nicht weniger außerordentlich als der Brief selber: Bonaparte hat seine Reise abbestellt, weil er gehört hat, Herr von Cobenzl sei von Rastatt nach Wien gereist! Aber die Regierung wollte nicht mit Cobenzl, sondern mit einem Minister des kaiserlichen Vertrauens unterhandeln, und wie konnte man in Paris am 8. Floreal (24. April) nicht wissen, daß Cobenzl neun Tage früher von Rastatt abgereist sei? Endlich kann ich die Bemerkung nicht unterdrücken, daß man in dem Briefe an Herrn von Thugut zu erkennen gab, Bonaparte solle nicht allein über die Ereignisse in Wien unterhandeln,

sondern zugleich über die Angelegenheiten von Rom, Neapel, Toscana, der Schweiz und über alle andern Gegenstände, die zwischen den beiden Mächten einer Regelung bedürften. Die ganze Verhandlung schien in Bonaparte's Händen zusammengefaßt. Ich zweifle nicht, daß diese Hoffnung wesentlich beigetragen hat, die Sendung Cobenzl's nach Rastatt zu entscheiden."

Der österreichische Diplomat hätte dem früheren Gegner gewiß eine Ehrenerklärung gemacht, hätte er diesen Brief lesen können. Er fand sich durch die Neuerung in seinen Erwartungen nicht wenig gestört, auch der Widerspruch zwischen den französischen Angaben blieb ihm so wenig als Treilhard verborgen. Einige Zeit war er zweifelhaft, ob er auf das neue Anerbieten eingehen dürfe, und forderte von Treilhard, der, bald nachdem er die Briefe überschickt, selbst zu ihm kam, für den Abend Bedenkzeit. „Wie bedauere ich," schreibt er am folgenden Tage an Thugut, „daß ich nicht das Glück habe, nur zehn Schritte von dem gewölbten Zimmer entfernt zu sein, in welchem Ew. Excellenz zu arbeiten pflegen; in solcher Nachbarschaft kann man nicht irren[1])." Indessen dieselben Gründe, die ihn nach Rastatt geführt hatten, mußten ihn bewegen, noch einen Schritt weiter zu gehen; zudem war die Persönlichkeit des neuen Abgesandten nicht von der Art, daß sie Cobenzl hätte zurückschrecken sollen. Sie zeigt sich auch für die folgenden Verhandlungen von so entschiedenem Einfluß, daß einige Worte darüber hier eine Stelle verdienen.

François war am 17. April 1750 in dem lothringischen Dorfe Saffais geboren, auf dem Jesuitencollegium in Neufchateau erzogen und so rasch in seiner Entwickelung fortgeschritten, daß er im eigentlichen Sinne zu den Wunderkindern gehörte. Schon mit fünfzehn Jahren gab er eine Sammlung von Gedichten heraus; die Akademien von Dijon, Lyon, Marseille und Nancy ernann-

1) Cobenzl an Thugut, 16. Mai. Vertraulich; die officiellen Schreiben sind in der nächsten Zeit noch an den Grafen Colloredo gerichtet.

ten ihn zu ihrem Mitgliede, die Stadt Neufchateau adoptirte ihn und legte ihm den Namen bei. Sogar Voltaire feierte ihn in einem Gedicht und wünschte ihn als Schüler und Secretär bei sich zu behalten; aber vornehme Gönner veranlaßten ihn, in die Verwaltung überzutreten. Seine literarische Entwickelung erfüllte nicht die frühen Hoffnungen. Im Jahre 1783 begab er sich nach Santo Domingo, blieb dort vier Jahre als Generalprocurator des obern Raths und arbeitete unablässig an einer Uebersetzung des Ariost. Um den Druck in Frankreich zu besorgen, schiffte er sich Ende 1787 wieder nach Europa ein. Aber schon in der zweiten Nacht erlitt er Schiffbruch, rettete nur mit Mühe das nackte Leben und sah, weniger glücklich als der portugiesische Dichter, das Hauptwerk seiner literarischen Thätigkeit in den Fluthen untergehen. Wieder in der Heimath, erwarb er sich mancherlei Verdienste um Verwaltung, Handel und Ackerbau, ließ auch kein Jahr verstreichen, ohne es durch die Veröffentlichung einer neuen Schrift, poetischen oder wissenschaftlichen Inhalts, zu bezeichnen. 1791 war er Secretär, dann auch Präsident der gesetzgebenden Versammlung. Er rühmte sich später, mit Barras die Ereignisse des 10. August herbeigeführt zu haben, blieb aber im Allgemeinen blutigen und gewaltsamen Maßregeln abhold, lehnte auch im Oktober 1792 das ihm angebotene Justizministerium ab und begnügte sich mit dem einfacheren Amte eines Friedensrichters in seiner Heimath. Im folgenden Jahre begab er sich nach Paris, um ein Schauspiel „Pamela oder die belohnte Tugend“ auf dem Théâtre français zur Aufführung zu bringen. Aber diese Reise wäre ihm beinahe noch gefährlicher geworden, als vordem der Schiffbruch. Die Schreckensregierung fand in dem Stück anstößige, den Engländern günstige Stellen; der Autor mit allen Schauspielern wurde am 3. September festgenommen. Mehrmals in Todesgefahr, erhielt er erst acht Tage nach dem 9. Thermidor die Freiheit, bald darauf eine Anstellung und am 16. Juli 1797 das Ministerium des Inneren. Die Revolution des 18. Fructidor führte ihn

an Stelle Carnot's am 9. September in das Directorium, doch wie manche glaubten, gleich mit der Bestimmung, bei der nächsten Ausscheidung durch das Loos wieder auszutreten [1]). So konnte man ihm jetzt die Verhandlung mit Cobenzl übertragen. Später ist er noch mehrmals Minister, Senator, Graf, auch einer der eifrigsten Lobredner Napoleon's geworden und nach einem glücklichen Alter erst am 10. Januar 1828 zu Paris gestorben.

Man könnte denken, nach den Erfahrungen in Campo Formio sei es Cobenzl beinahe als eine Erleichterung erschienen, mit einem Manne dieser Art statt mit Bonaparte zu unterhandeln. „Wie man François von Neufchateau schildert," schreibt er selbst, „scheint seine Wahl nach der Bonaparte's die wenigst schlechte zu sein. Man nennt diesen Ex-Director sanft, ehrlich, versöhnlich und unterrichtet, man versichert, er habe sich im Directorium am meisten den Plänen gegen Neapel widersetzt, und eben weil er nicht so wüthend als seine Genossen war, sei er schon beim Eintritt als derjenige bezeichnet, der zuerst wieder auszuscheiden hätte." Cobenzl erklärte sich denn auch am 16. Mai in einem Briefe an Talleyrand

---

1) Anders urtheilt freilich Sandoz am 19. Mai: Quoiqu'on en dise: le tirage au sort a été effectué de bonne foi, et quelques ministres qui étaient présents m'ont assuré, qu'on n'aurait pas pu se deguiser à ce degré. La physiognomie pâle et atterrée de François de Neufchâteau a été extrêmement sensible à la vue du fatal billet, et a prouvé que ce sort était inattendu. Lorsque ses collègues lui témoignaient leurs regrets d'être séparés, et leur désir d'adoucir sa situation, sa réponse fut naive et singulière. „Vous ferez bien", leur dit-il, „car je sors du Directoire plus pauvre, que je n'y suis entré. Les honneurs de ma place m'ont ruiné, je ne possède rien au monde qu'une action dans une brasserie, que vous pouvez faire prospérer, en lui accordant un privilège exclusif." Les directeurs restans, plus gais que leur collègue sortant, ont ri de la demande et de la brasserie. Cependant François de Neufchâteau ne sera pas oublié.

zur Unterhandlung mit François bereit. Es blieb aber die Frage: durfte der Gesandte ohne Erlaubniß des Kaisers das deutsche Gebiet verlassen? Das Directorium hatte selbst schon an die Schwierigkeit gedacht und wollte den Artikel 157 der Verfassung in der Weise auslegen, daß François Tages über in Rastatt verhandeln könne, wenn er nur Nachts auf das Gebiet der Republik zurückkehre. Aber einem so scharfsinnigen Juristen, wie Treilhard, konnten die von Talleyrand dafür angeführten Gründe unmöglich genügend scheinen [1]). Auf sein Betreiben erklärte sich Cobenzl bereit, die nöthige Erlaubniß in Wien nachzusuchen; François, schreibt er, könne immerhin die Reise antreten; bis er nach Straßburg komme, werde auch die Antwort des Kaisers angelangt sein [2]).

Die Tage in Rastatt benutzte Cobenzl, um den preußischen Gesandten zu beweisen, daß Preußen von Frankreich niemals ehrliche Absichten erwarten dürfe, also am Besten in den zu Berlin bevorstehenden Verhandlungen sich mit Oesterreich und Rußland einige. Andererseits suchte er die französischen Gesandten für die Vorschläge zu gewinnen, die er François machen wollte; insbesondere Treilhard. Die Bedeutung dieses Mannes wurde eben damals wesentlich erhöht, seine Stimme aus einer berathenden zur entscheidenden. Er war an François' Stelle zum Director gewählt und trat am 19. Mai die Reise in die Hauptstadt an [3]).

Acht Tage später kamen François' Secretäre Geoffroy und Gallois aus Selz nach Rastatt mit einem Briefe, in welchem der französische Gesandte seine Ankunft anzeigte und in den freundlichsten Worten Cobenzl einlud, sich sobald als möglich dorthin zu verfügen. Cobenzl antwortet: ob er nach

---

1) Der Artikel lautet: Aucun membre du Directoire ne peut sortir du territoire de la République que deux ans après la cessation de ses fonctions.

2) Beilage zu Cobenzl's Bericht vom 15. Mai. Talleyrand an Treilhard, 13. Mai; François an Talleyrand, 24. Mai.

3) Talleyrand an Treilhard, 11. Mai. Cobenzl, 17., 18., 20. Mai.

Selz kommen dürfe, hänge von der Antwort des Kaisers ab, und hebt sogleich den Wunsch hervor, der in den nächsten Wochen einen der hauptsächlichsten Streitpunkte bildete. François hatte in seinem Briefe als Zweck der Unterhandlung einzig die Genugthuung für die Ereignisse in Wien bezeichnet. Cobenzl bemerkt dagegen: „Ich hoffe, daß ich Sie mit den nöthigen Vollmachten ausgestattet finde, uns über alle streitigen Punkte zu verständigen, wie es mir durch den Minister der auswärtigen Angelegenheiten in seinem Briefe vom 12. Mai angekündigt worden ist. Das ist der wesentliche Zweck meiner Reise, der allein meinen erhabenen Herrn bewegen konnte, mich für einige Zeit von seiner Person zu entfernen trotz der Stellung, die er mir zu übertragen geruht hat [1])."

Am 29. Mai, als die erwünschte Antwort aus Wien gekommen war, schickte er seinen gewandten Secretär Hoppe an François mit dem Anerbieten, sich den nächsten Tag nach Selz zu begeben. Der kleine Ort hatte durch die Feldzüge des Jahres 1793 sehr gelitten. „Ich bin voll Ungeduld", heißt es in dem Briefe François', „Sie aufs Beste zu empfangen, aber dies Beste wird zu meinem großen Bedauern weit unter dem stehen, was ich wünschte und was sich schickte. Die Ruinen von Selz bieten keine Hülfsmittel." Um die Alternative in Bezug auf den Ort der Verhandlung nicht aufzugeben, miethete auch Cobenzl dort eine Wohnung. „Ich werde, schreibt er, in Selz nur an den Tagen bleiben, an welchen die Conferenzen in meinem Hause stattfinden, und da die Reise mit Einschluß der Ueberfahrt über den Rhein nur eine Stunde dauert, so ist es gerade, als ob ich in Rastatt wäre [2])."

„Am Morgen des 30.," erzählt Cobenzl weiter, „begab ich mich nach Selz und wurde dort mit allen militärischen Ehren empfangen. Schon auf der Rheininsel, die man überschreiten muß, fand ich eine Cavallerie-Escorte. Man hat dadurch andeuten wollen, daß sie bereits als Eigenthum Frank-

1) Beilage zu Cobenzl's Bericht vom 27. Mai.

2) Bericht Cobenzl's vom 2. Juni.

reichs betrachtet wird. Indessen sie liegt dem linken Ufer viel näher, als dem rechten, so daß sie immer der Republik zufallen müßte. In Selz passirte ich durch eine doppelte Reihe von Soldaten vom Ufer bis zum Hause des Directors, der mich vor der Thür auf der Treppe empfing." Das Gespräch wandte sich zunächst auf Bernadotte. Cobenzl gab ihm allein die ganze Schuld, François verlangte Genugthuung für die Beleidigung des Gesandten. Er meinte, man könne übereinkommen, daß der neue Botschafter oder Minister, welchen der Kaiser nach Frankreich schicken wolle, in seiner Anrede an das Directorium förmlich erkläre, der Kaiser mißbillige die verübten Gewaltthätigkeiten und habe daran gar keinen Theil genommen. Cobenzl erwiederte, eine solche Maßregel sei unvereinbar mit der Würde des Kaisers; es sei beleidigend, nur vorauszusetzen, ein Volksauflauf könne mit seinem Willen angeregt sein. Uebrigens seien schon alle möglichen Versicherungen in den Briefen Colloredo's an Bernadotte, und Thugut's an Talleyrand enthalten. Er selbst sei zu neuen Erklärungen bereit. „Alles das geschieht nur vertraulich," sagte François, „was wir brauchen ist ein öffentlicher Schritt." Allein Cobenzl ging nicht weiter darauf ein und lenkte das Gespräch auf den Gegenstand, der ihm am meisten am Herzen lag. Er sprach von den Gewaltschritten Frankreichs gegen den Papst und die Schweiz, wie Neapel, Toscana, Sardinien bedroht seien, und Frankreich den Frieden von Campo Formio in Italien, Deutschland und Belgien fort und fort verletze. François klagte dagegen über die Gesinnungen der schweizerischen Aristokratieen. Sardinien, Toscana und Neapel hätten beruhigende Versicherungen empfangen. Nachdem man so den ganzen Kreis der Verhandlungen berührt, kam man überein, Cobenzl solle die österreichischen Ansprüche wegen des Friedens von Campo Formio, François die französischen wegen der Ereignisse in Wien in Denkschriften zusammenfassen, die man in der nächsten Sitzung einander mittheilen würde.

Das Gespräch hatte trotz der widersprechenden Ansichten

einen freundlichen Charakter bewahrt. Cobenzl übergab im Auftrage des Kaisers dem französischen Bevollmächtigten einen reich mit Edelsteinen besetzten Degen für Bonaparte und erhielt von ihm eine marmorne Büste des Generals. François sprach sogar von seiner Anhänglichkeit für die kaiserliche Familie, die er als geborener Lothringer mit allen seinen Landsleuten theile. Er vertraute Cobenzl, daß Talleyrand einen Botschafterposten etwa in Wien oder Constantinopel wünsche, daß er selbst zu seinem Nachfolger bestimmt sei und dann im Verein mit Cobenzl für einen festen und dauerhaften Frieden nach besten Kräften zu wirken hoffe. „Er hat den Ruf eines liebenswürdigen, feinen Mannes," schreibt Cobenzl, „vollkommen gerechtfertigt. Er ist ganz das Gegentheil von Treilhard und Bonnier, seine Umgebung nicht weniger. Man muß erwarten, ob eine schließliche Einigung dadurch erleichtert wird, und ob er mehr ist, als das blinde Werkzeug derer, die ihn absandten [1])."

Auch François war mit den persönlichen Eigenschaften seines Gegners nicht übel zufrieden, hebt aber sogleich hervor, was den eigentlich gefährlichen Punkt der Verhandlung bildete. Er hatte sich nicht entschlagen können, dem österreichischen Gesandten seine Vollmachten vorzuweisen. Sie gaben, wahrscheinlich ganz der Vollmacht für Bonaparte nachgebildet, die Befugniß, in Selz mit dem kaiserlichen Gesandten sowohl über die der Republik schuldige Genugthuung, als über die Ereignisse in Rom, über Neapel, Toscana, die Schweiz und alle Gegenstände, welche nicht die Aufgabe der rastatter Verhandlung bildeten, sich ins Einvernehmen zu setzen. Die letzte Clausel, wahrscheinlich später beigefügt, stand aber zu dem Vorhergehenden in offenem Widerspruch; denn wie hätten die zu Rastatt verhandelten Fragen von den übrigen sich trennen lassen? Jedenfalls enthielt die Vollmacht in Verbindung mit den Briefen Talleyrand's und Bonaparte's für Cobenzl ausreichende Gründe, auf dem zu bestehen, was er

1) Cobenzl, 2. Juni.

selbst in dem ersten Briefe an François, und was, von allen zuerst, Treilhard in dem Briefe an Talleyrand hervorgehoben hatte. François klagt, Cobenzl wolle die Phrase der Vollmacht benutzen, den rastatter Congreß nach Selz zu verlegen und statt der Genugthuung fremdartige Gegenstände in die Verhandlung hineinzuziehen. „Die erste Sitzung," schreibt er, „hat nur zu sehr meine Befürchtungen bestätigt [1])."

Am 1. Juni begab sich Cobenzl, der Verabredung gemäß, wieder nach Selz, händigte François seine Denkschrift ein und empfing von ihm die seinige. Es folgte langes Hin- und Herreden über Bernadotte, dann fand Cobenzl den Weg zu den italienischen Angelegenheiten, beschränkte sich aber zunächst darauf, die Ausführung des Friedens von Campo Formio zu fordern. „Ich sagte dem französischen Bevollmächtigten," schreibt er, „es sei durchaus nöthig, daß er sich in unsere Lage versetze. Er sei zu aufgeklärt, um nicht einzusehen, daß die Einführung der Demokratie in Rom und in der Schweiz in keiner Weise unseren Interessen entspräche. Die erstere ändere ganz und gar den Zustand Italiens, durch die andere verlören wir unser Bollwerk nach der Seite von Tyrol und erhielten dafür die Nachbarschaft Frankreichs. Auch könne uns nicht gleichgültig sein, daß die französische Republik 100,000 Mann auf fremde Kosten unterhalte. Der französische Bevollmächtigte antwortete, dieser letzte Punkt sei auch für Frankreich keineswegs ein Vortheil, weil alle diese Truppen für seine Vertheidigung nutzlos würden. Die Regierung würde deßhalb möglichst bald eine Aenderung eintreten lassen. Gegen Neapel und Toscana, versicherte er aufs Bestimmteste, würde man Nichts unternehmen. Ich antwortete, ich zweifle nicht, daß die Gesinnungen des Directoriums für den Augenblick aufrichtig seien, allein sie könnten sich verändern durch die Umstände oder durch den Wechsel der Personen. Man müsse deßhalb die gefährliche Lage von Fürsten, die dem Kaiser so nahe ständen,

---

1) François an Talleyrand, Selz, 30. Mai, 31. Mai.

und die Nachtheile beseitigen, die für ihn selbst aus der Errichtung der neuen Republiken hervorgingen. Der französische Bevollmächtigte bemerkte, die Wünsche von ganz Italien seien im Augenblick dahin gerichtet, eine einzige große Republik zu bilden. Er glaube aber, dies entspreche so wenig unseren, als den französischen Interessen. Ebenso wenig, entgegnete ich, als der gegenwärtige Zustand. François sagte, das Directorium sei sehr unzufrieden mit der römischen Angelegenheit, sie sei unerwartet gekommen, man habe aber sogleich vorhergesehen, was weiter daraus folgen würde. Ich erwiederte, in diesem Falle hätte man die Dinge nicht so weit treiben sollen, man müsse sie noch jetzt wieder rückgängig machen."

„In dieser Weise," setzt er hinzu, „suche ich die Verhandlungen zu dem Punkte zu leiten, der für die Interessen Sr. Majestät zu wünschen ist. Aus dem Anfang der Unterhandlung kann man wenigstens schließen, daß trotz des unverschämten Verlangens einer Genugthuung Frankreich doch den Krieg nicht wünscht. Man muß erwarten, ob es so weit geht, uns für unsere Interessen die Hände zu reichen [1])."

So gering dies Ergebniß war, mit so viel Unruhe hatten doch die preußischen Gesandten von Rastatt aus diese Sonderconferenzen verfolgt. Sobald der österreichische Gesandte zurückkam, stellten sie sich bei ihm ein, um Aufklärung zu erhalten. Cobenzl sagte ihnen aber nur, es handle sich um die Angelegenheit Bernadotte's, und man sei lediglich zu allgemeinen Reden gekommen. Jacobi erzählte ihm, der König von Preußen habe das Anerbieten eines französischen Bündnisses zurückgewiesen, und Cobenzl dankte für diese Eröffnung dadurch, daß er sie den französischen Bevollmächtigten mittheilte, die dann bitter über die Indiscretion der preußischen Gesandten sich beklagten [2]).

Einige Tage später schickt Cobenzl seine Antwort auf

---

1) Cobenzl, 2. Juni, 1. Apostille. François an Talleyrand, 1. Juni.
2) Cobenzl, 2. Juni, 2. u. 3. Apostille.

François' Denkschrift nach Wien. François hatte seinen Instructionen gemäß die Herstellung des Gesandschafts-Gebäudes, Wiederaufziehen der Fahne durch einen österreichischen Beamten, Bestrafung der Ruhestörer und Entschuldigung nach einer vereinbarten Formel durch den neuen kaiserlichen Gesandten in Paris gefordert. Erst wenn dieser Punkt geordnet sei, könne er auf die österreichischen Beschwerden eingehen [1]). Cobenzl wies diese Forderungen in einer milden, aber bestimmten Form zurück und übergab seine Denkschrift in einer Conferenz, die am 3. Juni in seinem eigenen Hause stattfand. „François konnte nicht leugnen," schreibt Cobenzl [2]), „daß er auf Alles, was sich darin fand, gefaßt gewesen sei, gab auch zu, daß Bernadotte seine Abreise übereilt habe." Aber er beklagte sich, daß Oesterreich für eine öffentliche Beleidigung gar keine öffentliche Genugthuung leisten wolle, und erklärte, als Cobenzl bei seiner Weigerung verharrte, er werde die Denkschrift nach Paris schicken; man müsse die Antwort des Directoriums erwarten, um über die ferneren Punkte der Verhandlung zu einem Abschluß zu kommen. Cobenzl verwahrte sich lebhaft gegen einen so großen Zeitverlust. Dem Kaiser, sagte er, sei sehr daran gelegen, rasch zu erfahren, ob Frankreich den Frieden von Campo Formio halten wolle oder nicht. Aber François erwiederte, er hoffe in sechs bis sieben Tagen Antwort zu haben, und Nichts hindere, inzwischen mit einander zu reden und Mittel der Annäherung zu suchen.

Im Laufe des Gesprächs bat er Cobenzl, doch frei herauszusagen, was Oesterreich verlange. „Ich wiederholte ihm immer," schreibt Cobenzl, „wir seien mit der genauen Ausführung des Friedens von Campo Formio zufrieden, und brachte von Neuem Alles in Erinnerung, was uns in dieser Beziehung noch zu wünschen bliebe. François eignete sich nicht den lächerlichen Sophismus der Gesandten Treilhard und

1) Beilage zu Cobenzl's Bericht vom 2. Juni.

2) Bericht vom 5. Juni an Colloredo.

Bonnier an, welche behauptet hatten, die Gesammtheit des linken Rheinufers sei gar keine neue Erwerbung für Frankreich. Er gestand uns das Recht zu, Erwerbungen von gleichem Werth in Deutschland dafür zu fordern. Nur wollte er behaupten, der Artikel, welcher den König von Preußen von jeder Entschädigung ausschließt, sei lediglich für den Fall gültig, daß derselbe einwillige, seine alten Besitzungen zurückzunehmen, werde aber nichtig, sobald er sie an Frankreich abgetreten habe. Ich läugnete dies durchaus und bewies ihm durch die Worte des Vertrags, daß die förmliche Garantie, durch welche beide Mächte sich in der bestimmtesten Weise verpflichteten, dem Könige von Preußen seine linksrheinischen Besitzungen zurückzustellen, ohne alle Bedingung gegeben sei, was auch immer Oesterreich und Frankreich für Erwerbungen machten. Wenn Frankreich," fährt er fort, „in diesem Augenblick unserer Vergrößerung in Deutschland weniger entgegen ist, so geschieht es ohne Zweifel aus dem Grunde, daß es von unseren Verhandlungen mit dem berliner Hofe mehr oder weniger unterrichtet wurde. Es sieht voraus, daß, wenn wir auf seinen Vorschlag eingingen, neue Gegenstände des Streits zwischen uns und Preußen hervortreten und die Vereinigung hindern müßten, welche von dem Directorium so sehr gefürchtet wird. Ich suchte François zu beweisen, daß die Entschädigungen, die wir in Deutschland machten, den wahren Interessen Frankreichs viel weniger entsprächen, als das, was wir irgendwo anders erwerben könnten. Aber er wollte das durchaus nicht zugeben. Er sagte, man hätte genug finden können, um alle Welt zu befriedigen, wenn wir nur die geistlichen Reichsstände hätten opfern wollen. Er persönlich sei der Meinung, man solle nicht einmal die Kurfürsten erhalten, sondern dies gesammte Pfaffengeschmeiß in die Luft sprengen. Ich warf ihm ein, das sei dem Vertrag entgegen und würde die Reichsverfassung vernichten, deren Erhaltung auch in Frankreichs Interesse läge. „„Lassen Sie uns doch sehen"", sagte François, „„nach welcher Seite wir denn finden könnten, was Ihnen fehlt. Wäre unter den Be-

sitzungen der Pforte nichts Geeignetes?"" Ich erwiederte, dafür sei ein neuer Krieg nöthig. Uebrigens erfülle die Pforte genau ihre Verpflichtungen gegen uns, und der Kaiser sei niemals der Erste, einen Vertrag zu brechen, der ihm gegenüber treu beobachtet würde [1])."

Bis dahin hatte Cobenzl noch immer zurückgehalten; als aber François die Frage, wie man sich denn einigen könne, wiederholte, glaubte er mit seinen Ansprüchen hervortreten zu müssen. Italien, führte er aus, sei nach so vielen Umwälzungen am besten geeignet, Alles ins Gleiche zu bringen. Seit man von dem Frieden von Campo Formio abgewichen sei, stehe dort Nichts mehr fest; man könne deshalb weit eher als in Deutschland zugreifen, ohne Andere um ihr Eigenthum zu bringen. François erwiederte, diese Frage sei reiflich im Schooße des Directoriums erwogen, aber man habe immer gefunden, daß ein Zuwachs der österreichischen Macht in Italien mit den Interessen Frankreichs sich durchaus nicht vereinigen lasse. „In diesem Falle," sagte Cobenzl, „setzen Sie alles wieder auf den Fuß, wie es zur Zeit des Friedens von Campo Formio war; führen Sie seine Bestimmungen aus und geben Sie uns Sicherheit für die Existenz von Neapel und Toscana!" François erwiederte, der Papst würde im Frieden von Campo Formio nicht erwähnt, Toscana und Neapel würden die beruhigendsten Versicherungen erhalten. „Man hat den Papst nicht erwähnt," versetzte Cobenzl, „weil Niemand vorhersehen konnte, der päpstliche Stuhl solle gleich nach Abschluß des Vertrages umgestürzt werden. Die französische Republik," fuhr er fort, „fürchtet, wir würden ganz Italien an uns reißen,

---

1) François erzählt statt dessen am 5. April: Puisqu'il faut toujours finir par s'accomoder par le bien d'autrui, habe er auf die Türkei verwiesen. „Cobenzl m'a fait sentir, que cela viendrait un jour de soi même et qu'il nous serait facile de nous entendre sur ce point avec la Russie et l'Autriche, mais seulement après que nous eussions conclu ici et à Rastatt."

wenn wir nur den geringsten Zuwachs erhielten. Hat sie mehr Recht als wir, und können wir gleichgültig zusehen, daß von den Alpen bis nach Neapel Alles französische Provinz geworden ist? Kann man die cisalpinische Republik unabhängig nennen, wenn sie schon bestraft wird, weil sie einen Bündnißvertrag nicht ohne alle Umstände genehmigen wollte? Gibt es eine unbeschränktere Macht als die, welche die französischen Generale in Rom ausüben, wo kein Gesetz ohne ihre Zustimmung Gültigkeit erlangt und alles, was sie wollen, sofort beschlossen wird? Zudem kann der Papst bestehen ohne eine Besitzung, die seiner hohen Würde angemessen ist? Und mit welchem Recht hat man ihm das, was er so lange besessen hatte, geraubt? Eins von beiden: der alte Zustand muß entweder hergestellt, oder, wenn man durchaus davon abweichen will, so muß auch für unsere Interessen und unsere Sicherheit gesorgt werden."

„Ich begreife wohl, was Sie wünschen," erwiederte François, „aber, nachdem die neuen Republiken einmal bestehen, ist es unmöglich; wir sind durch Verträge gebunden, und noch niemals haben wir einen Vertrag verletzt." „Sie fangen also mit dem unsern an," erwiederte Cobenzl. „Wir hatten," fährt er in seinem Berichte fort, „eine Karte von Italien vor uns liegen. Der französische Bevollmächtigte wollte mich dahin bringen, ihm auseinander zu setzen, was wir verlangten. Ich hielt den Augenblick dafür noch nicht gekommen und begnügte mich, ihm zu bemerken, wir könnten uns nur ausdehnen, indem wir jenseits des Po die Legationen erhielten oder in westlicher Richtung das, was die Präliminarien von Leoben uns zuwiesen. Ich sprach ihm von den Nachtheilen unserer gegenwärtigen Grenze, von der traurigen Lage der Stadt Verona, welche gerade den Theil ihres Gebietes verloren habe, auf welchem alle ihre Einwohner ihre Besitzungen hätten; ferner von den übeln Folgen, welche die Erwerbung der levantinischen Inseln durch Frankreich nach sich zöge; ich bat ihn, zu urtheilen, ob nach den letzten Veränderungen, die in jeder Beziehung für

uns so unheilvoll, als der Gerechtigkeit widersprechend wären, ein solcher Zustand dauern könne." „Wenn Sie die Legationen besäßen," erwiederte François, „so würden Sie dem König von Neapel und dem Großherzog von Toscana die Hand geben. Wie könnte dann der Rest von Italien sich noch halten? Wenn Sie sich westlich von der Etsch ausdehnten, so würde die cisalpinische Republik auf nichts herabgebracht und vertheidigungslos. Ich glaube nicht, daß wir uns auf solchem Wege einigen können." Cobenzl erwiederte, in diesem Falle verlange er nichts anderes, als die Ausführung des Friedens von Campo Formio und die Herstellung der Verhältnisse, die bei der Unterzeichnung bestanden hätten. Man kam überein, am 6., 7. und 8. Juni wieder zusammen zu treffen; Cobenzl wollte für die Zeit in Selz wohnen. „Man muß erwarten," schreibt er, „ob die Unterhandlung dann einige Schritte vorwärts macht; bis jetzt ist sie leider noch nicht vom Fleck gekommen. Nach der Art, wie der französische Bevollmächtigte zu Werke geht, sollte man glauben, das Directorium wolle nur Zeit gewinnen, ohne irgend feste Absicht, sich mit uns zu einigen [1])."

In den neuen Conferenzen wurden im Wesentlichen die alten Gespräche fortgesetzt, nur daß Cobenzl bestimmter mit den Plänen für Italien hervortrat. Er selbst machte jetzt den Vorschlag, die Karte zur Hand zu nehmen, aber François versetzte, er dürfe nicht einmal einen Blick darauf werfen, bis er vorher dazu ermächtigt sei. „Ich bezeigte ihm mein Erstaunen," schreibt Cobenzl, „daß ein Mann, wie er, nicht größere Vollmachten besitze, und wiederholte ihm, was ich über die italienischen Angelegenheiten zu Udine mit Bonaparte, zu Rastatt mit Treilhard und Bonnier verhandelt hatte. Er versicherte jedoch, er sei damit nur unvollkommen bekannt, fuhr fort, jede Ausdehnung unserer Grenzen in Italien außerordentlich schwierig zu finden, verschob aber eine bestimmte Antwort bis zu dem Zeitpunkte, daß er auf den Courier, den er nach Paris ge-

1) Cobenzl 5. Juni, François 5. Juni.

schickt, neue Anweisungen erhalten hätte. „Leider," setzte er hinzu, „sei der Telegraph nicht im Stande zu arbeiten, sonst hätten einige Worte hingereicht, ihn zur Unterhandlung zu ermächtigen."

In der Sitzung vom 7. nahm man gleichwohl die Karte zur Hand. Cobenzl forderte entweder Mantua und die drei Legationen, oder die Grenze des Oglio. François schrie auf über die Unmäßigkeit dieser Forderung. Cobenzl führte aus, daß Oesterreich nach diesem Plane zu dem, was die Präliminarien ihm sicherten, nur noch Venedig und die Lagunen erhalten würde, während Frankreich, obgleich es die Reichsintegrität förmlich zugestanden habe, das ganze linke Rheinufer und noch dazu die venetianischen Inseln der Levante sich aneigne. Er setzte von Neuem den Nachtheil auseinander, den der Besitz dieser Inseln durch Frankreich für Oesterreich nach sich ziehe, François vermied indessen, sich darüber auszusprechen [1]).

Schon Tags vorher hatte Cobenzl die Aeußerung hingeworfen, daß der Kaiser auf die Erhaltung Sardiniens nicht so großen Werth lege, als auf die von Neapel und Toscana. Von der Absicht, den Großherzog von Toscana nach Mailand zu verpflanzen, hatte er dagegen noch gar nicht geredet, sondern dem Grafen Melzi, mit dem er auch jetzt wieder ein freundliches, beinahe vertrauliches Verhältniß unterhielt, anheimgegeben, gelegentlich bei François diese Frage anzuregen. Melzi hatte in der That am 5. Juni eine Unterredung mit François, die nicht üble Aussichten gab. Der französische Bevollmächtigte hatte sich freundlich über Oesterreich und — wohl in der Absicht, daß Melzi es wieder erzählen sollte — sehr ärgerlich über Preußen ausgesprochen. Melzi hatte ihm auch, wie er angab, die unhaltbare Lage der cisalpinischen Republik ohne Rückhalt dargelegt, freilich den Tausch Toscanas gegen Mailand nur erst anzudeuten gewagt [2]). Jetzt

1) Cobenzl am 10. Juni, 1. Apostille.

2) Cobenzl 5. Juni, 4. Apostille. Näheres über Melzi's Unterredung

brachte auch Cobenzl den sonderbaren Plan zur Verhandlung. Die römische Republik, sagte er, würde dadurch arrondirt, und Frankreich von Oesterreich durch zwei Staaten: dies neue Toscana und — Sardinien getrennt; zudem könne man Piemont, wenn es einmal zur Republik gemacht werden sollte, alsdann mit der neuen ligurischen Republik vereinigen. François entgegnete, dies neue Projekt würde nur neue Schwierigkeiten erzeugen. Der Großherzog von Toscana habe durch die Güte und Weisheit seiner Regierung sein jetziges Volk für sich gewonnen; es fühle gar keine Neigung, seine jetzige Regierungsform zu wechseln. In dem Lande, das er erhalten solle, wo man an den Genuß der Freiheit sich schon gewöhnt habe, möchte er vielleicht nicht den gleichen Gesinnungen begegnen; weit eher würde das Directorium zustimmen, den Großherzog nach Deutschland zu verpflanzen. Aber das, erklärte Cobenzl bestimmt, werde der Kaiser niemals zugeben; er wolle die Reichsintegrität und den Besitzstand am rechten Rheinufer so viel als möglich erhalten und nicht ganz Italien den Franzosen überlassen. „Ich sehe wohl, was Sie wollen," sagte der französische Bevollmächtigte; „Sie suchen Alles nach Italien zu übertragen, damit der König von Preußen keine Erwerbung macht; vergrößern Sie sich aber gar zu sehr, so wird er gleichwohl seinen Theil verlangen. Dann sollen Sie auch nach dem Vertrage Ihr Aequivalent in Deutschland bekommen." Cobenzl erwiederte, es sei Frankreich, das zu diesem Wechsel zwänge, weil es der förmlich eingegangenen Verbindlichkeit, den König von Preußen von jeder Erwerbung auszuschließen, nicht nachkomme. Daraus erfolgte ein neuer Streit über die wahre Bedeutung jenes Artikels. Das einzige Ergebniß war, daß man den Courier aus Paris erwarten müsse. François gestand indessen, wenn das Directorium erlaube, über Italien zu verhandeln, so würde es an Stoff nicht fehlen; er selbst habe mehrere Ideen darüber,

---

bei Mendelssohn a. a. O. S. 44, angeblich nach Berichten Cobenzl's vom 6. u. 7. Juni, deren Vorhandensein ich aber bezweifeln muß.

die er dann mittheilen würde. Cobenzl hatte gleichwohl geringe Hoffnung. „Es scheint nur zu deutlich," schreibt er, „daß das Directorium, indem es die Vollmacht François' so enge beschränkte, nur hat Zeit gewinnen wollen; bis zum 8. ist die Verhandlung noch gar nicht vorangerückt [1])."

Zu einiger Beruhigung gereichte es, daß die Besorgniß, François würde mit den preußischen Bevollmächtigten in Verbindung treten, sich als grundlos erwies. Bei einem Mittagessen, das am 8. Juni die Gesandtschaften der drei Hauptmächte bei François vereinigte, behandelte er die Preußen höflich, aber kalt, und zeigte nicht die geringste Neigung, mit ihnen von Geschäften zu reden. Aber was Melzi erzählte, war für Cobenzl wenig befriedigend. Am 10. Juni in einer zweiten Unterredung hatte François dem Italiener gegenüber sich ganz anders als in der früheren ausgesprochen. Er beklagte sich, daß Cobenzl ganz fremde Dinge in eine Verhandlung hineinziehe, die einzig die Genugthuung für die Ereignisse in Wien zum Zweck habe. Mit Bernadotte's Benehmen war er nicht einverstanden; schlimmsten Falls, meinte er, könne die Reise Cobenzl's nach Selz als hinreichende Genugthuung gelten; aber daraus folge nicht, daß man Oesterreich in Italien eine Vergrößerung gestatten müsse, die den Untergang der cisalpinischen Republik herbeiführen würde. Von dem Tausch Toscanas gegen Mailand wollte er gar nichts wissen; Melzi versicherte Cobenzl, er habe dafür gesagt, soviel er, ohne sich zu compromittiren, habe sagen können, insbesondere darauf hingewiesen, man brauche nur Sardinien zur Republik zu machen, um alle Welt zufrieden zu stellen. Es ist schwer zu entscheiden, wie weit er ehrlich sprach. Möglich, daß er nur die Absichten des kaiserlichen Ministers herauslocken wollte. In Briefen, die er um dieselbe Zeit an seine Regierung richtet, warnt er vor den

---

1) Cobenzl, 10. Juni, 1. Apostille. François, 8. Juni: Nous ne sommes pas avancés; de longues conférences et de très grands diners aboutissent toujours au point où nous étions.

gefährlichen Plänen Oesterreichs und spricht später seine Freude aus, daß sie von der französischen Republik zurückgewiesen würden [1]). Andererseits hält er die Lage der Lombardei für so verzweifelt, daß vielleicht jeder Wechsel ihm als Vortheil erscheinen mochte.

Nur zu bald gingen Cobenzl's üble Ahnungen in Erfüllung. François hatte die österreichische Denkschrift nach Paris geschickt und einige Tage später einen Bericht über die Sitzung vom 3. Juni folgen lassen. Er zeigt in der That eine mäßige, billige Gesinnung. Mehrere von Cobenzl's Beschwerden über die italienischen Angelegenheiten, insbesondere über die Verletzung des Friedens von Campo Formio erscheinen ihm nicht unbegründet; er meint, daß schon Cobenzl's Ankunft als eine Art Genugthuung für die wiener Ereignisse gelten dürfe, und scheint nicht ungeneigt, den Oesterreichern in Italien Zugeständnisse zu machen. Denn darin erkennt er ganz richtig den Angelpunkt der Unterhandlung. Für einige Fetzen der Cisalpina, meint er, würde Oesterreich Piemont opfern und sogar die römische Republik anerkennen. Aber im Directorium war jetzt die entgegengesetzte Strömung durch den Eintritt Treilhard's wesentlich verstärkt. Der neue Director beharrte durchaus bei den Grundsätzen, die er in Rastatt bei den Verhandlungen mit der Deputation und mit Cobenzl verfochten hatte. François' friedliche Aeußerungen verlachte er und nannte ihn einen Schulknaben in der Politik, der sich von Cobenzl habe überlisten lassen [2]). Talleyrand's schüchterne Vorstellungen vermochten Nichts dagegen. Am 7. Juni wurde eine neue Instruction für François ausgefertigt, wie sie schroffer, abweisender nicht gedacht werden kann. Aufs neue verlangte man auffällige Genugthuung für die Beleidigung

---

1) Cobenzl 10. Juni, Apostille 6. Melzi's Briefe vom 9. Juni an den Präsidenten der Republik und vom 25. Juni an Birago bei Melzi memorie I, 494, 497.

2) Sandoz 12. Juli.

Bernadotte's; war sie bewilligt, so sollte die Verhandlung in Selz geschlossen werden. Die deutschen Angelegenheiten wurden nach Rastatt verwiesen, über die italienischen sollte François sich auch nicht in amtliche Verhandlungen einlassen, höchstens, um die Friedensliebe des Directoriums zu beweisen, in vertraulicher Unterredung die in Cobenzl's Denkschrift ausgesprochenen Klagen über Rom, die Schweiz, die cisalpinische Republik und die belgischen Emigranten als unbegründet nachweisen [1]).

Man kann sich danach den Verlauf der nächsten Sitzung vorstellen, die bald nach dem Eintreffen des pariser Couriers am Morgen des 13. stattfand. François las Cobenzl zwei Depeschen Talleyrand's vor, welche die unerwünschte Nachricht enthielten. Eine Abschrift weigerte er, weil er Schriftliches, das nicht die Genugthuung betreffe, nicht eher von sich geben dürfe, bis dieser Punkt geregelt sei; er versprach jedoch im Laufe des Tages einen Auszug zu übersenden, welchen der österreichische Gesandte schriftlich beantworten wollte. François verweilte diesmal länger als gewöhnlich bei den wiener Ereignissen. Er wiederholte was Bernadotte aus Rastatt nach Paris berichtet hatte, die Erzählung von der goldenen Uhr, von den schwer bezahlten Donausteinen. Die Polizei, sagte er, sei schon vor dem Auflaufe auf dem Platze, ja die Anstifterin des Unheils gewesen, und die Umgebung Bernadotte's erscheine gewiß nicht so tadelnswerth wie zahlreiche österreichische Offiziere, die in Italien aufrührerische Schriften verbreiteten. Cobenzl wies alles dies als absurde Fabeln zurück und beklagte um so lebhafter, daß François gar nicht auf seine Beschwerden einginge. Aber der französische Bevollmächtigte erwiederte, er habe die Befehle seiner Regierung eher gemildert als geschärft; in vertraulichen Briefen habe er sogar selbst Tadel erfahren müssen, daß er auf die Idee einer österreichischen Erwerbung

1) Instruction du Directoire Exécutif servant de réponse à la lettre du 15. Prairial [3. Juni] vom 7. Juni, bestätigt am 10. Juni.

in Italien auch nur eingegangen sei. „Vergebens suchte ich ihn," schreibt Cobenzl, „an diesem Tage und an dem folgenden darauf zurückzuführen und zu entdecken, ob er nicht vielleicht einen Hintergedanken verberge. Er hat mir betheuert, es sei ihm aufs strengste verboten, irgend etwas über diesen Gegenstand anzuhören. Ich begnügte mich, ihm zu antworten, wenn man die Mittel der Versöhnung, die Italien böte, zurückweise, und zugleich den Frieden von Campo Formio nicht ausführen wolle, so bleibe mir nichts übrig, als einen Bericht an meinen Hof zu machen und weitere Befehle Sr. Majestät zu erwarten."

Dem entsprechend beantwortete er auch noch am selbigen Tage das von François übersendete Schriftstück, verweigerte jede Genugthuung, zeigte aus den Briefen Bonaparte's und Talleyrand's, daß die Wiener Ereignisse durchaus nicht, wie François behauptet hatte, den einzigen Punkt der Verhandlung bilden könnten, wiederholte die Beschwerden über die Gewaltthaten in Italien, Deutschland und Belgien und forderte endlich die genaue Ausführung des Friedens von Campo Formio. „Ich habe mich bestrebt," schreibt er, „meine Antwort mit Ruhe und Würde abzufassen, immer dem von Sr. Majestät angenommenen Grundsatze getreu, alles Gehässige eines Bruches auf die Franzosen fallen zu lassen." Der Schluß lautete aber gleichwohl, der Kaiser thue Alles, um den Frieden zu erhalten und neues Blutvergießen zu verhindern; wenn man sich aber erlaube, ihn anzugreifen, so werde er zu seiner gerechten Vertheidigung die nöthige Energie anwenden, und das Loos des Krieges müsse entscheiden. Cobenzl übergab diese Antwort in einer Conferenz am Morgen des 15. Juni. Zu seinem Erstaunen zeigte sich der französische Gesandte noch höflicher als gewöhnlich. Er las Cobenzl's Denkschrift beinahe ohne eine Einwendung zu machen, versicherte, daß man die Rechte, die man für die französische Gesandtschaft in Wien fordere, das Wappen und die Cocarden, mit Vergnügen auch der kaiserlichen Gesandtschaft in Paris gewähren würde; man könne darüber

einen besonderen Act aufnehmen. Ueber die Genugthuung sei man beinahe einig; auch über den Friedensvertrag müsse man, da beide Theile ihn ausführen wollten, sich einigen können. Am Schlusse der Unterredung erklärte er freilich, er würde, so angenehm es ihm sei, doch schwerlich diese Verhandlung fortsetzen können; das Ministerium des Innern, welches ihm statt der auswärtigen Angelegenheiten übertragen war, erfordere seine Rückkehr nach Paris. Er erwartete jedoch einen Courier für den 19., und man kam überein, an jenem Tage wieder eine Conferenz zu halten. Cobenzl sucht den Grund dieser Mäßigung ganz richtig in der politischen Lage, die einen Bruch mit Oesterreich für die Republik damals durchaus nicht wünschenswerth erscheinen ließ. Von der weiteren Verhandlung erwartet er wenig. „Das Directorium," meint er, „wird sich begnügen mit dem, was es irgendwie als Genugthuung erhalten oder nicht erhalten kann, und im Uebrigen unseren Forderungen ausweichen, indem es sie an den rastatter Congreß verweist [1])."

Mit Cobenzl's Aeußerungen stimmt der Bericht François' überein. Er wünscht, daß man ihn nach Paris zurückkommen lasse, seine Anwesenheit in Selz könne nur den Verhandlungen in Rastatt schaden. Eigentlich sei er doch nur hergeschickt, um das Unhöfliche in dem Verfahren des Generals Bonaparte gegen Cobenzl zu verdecken. Das sei geschehen, und man könne auch die Reise eines österreichischen Ministers als Genugthuung betrachten. Mehr werde man doch nicht erhalten, da das Directorium von neuen Anordnungen in Italien nicht hören wolle, und Oesterreich an nichts Anderes denke. „Ich meine nicht," schreibt er, „daß wir auf dies Kapitel hin den Krieg wieder anfangen müßten, aber das Directorium thäte am besten, meine Mission als geendigt anzusehen und mich abzurufen [2])."

1) Cobenzl, Bericht vom 16. Juni an Thugut, dem die Noten François' und Cobenzl's beiliegen.

2) François an Talleyrand, 13. Juni, an das Directorium 14. Juni.

Was weiter folgt, ist in der That nicht viel Anderes, als nach Cobenzl's Ausdruck „der Streit über eine zerrissene Fahne." Es war lediglich François, der die Verhandlung noch hinzog, um seinerseits nicht ganz vergebens gekommen zu sein. Aber nach so schroffer Abfertigung seiner eigenen Vorschläge fühlte Cobenzl, wie sich denken läßt, geringe Neigung, auf die Wünsche seines Gegners einzugehen. Am 19. Juni war der erwartete Courier noch nicht eingetroffen; man verabredete nach einem wenig bedeutenden Gespräch eine Sitzung für den 22.[1] Ueber diese gibt Cobenzl durch einen besonderen Courier Nachricht. „War sie auch nicht ganz und gar entscheidend," schreibt er, „so läßt sie doch den sehr baldigen Abbruch dieser Unterhandlung erwarten[2]." François ließ den österreichischen Minister das Original einer Depesche des Directoriums lesen, welche in wenigen Linien einfach auf die früheren Instructionen verwies und sie für unabänderlich erklärte. Er gab zu verstehen, diese Antwort sei die Folge eines neuen, vergeblichen Versuchs, seine Regierung den Wünschen Cobenzl's zugänglich zu machen. Zugleich verlas er einen Brief Treilhard's, der das äußerste Erstaunen aussprach, daß Oesterreich die geforderte, so überaus billige Genugthuung nicht leisten wolle. Wenn die Mächte des Continents, hieß es, weiter die Republik herausforderten, so würde sie von Neuem ihre ganze Kraft entfalten; man solle sich hüten, den schlafenden Löwen zu wecken, denn die Folgen würden entsetzlich sein. François erklärte, er könne danach sich

---

1) Cobenzl an Thugut, 20. Juni. François, 21. Juni: er hat Tages vorher die Antwort des Directoriums vom 16. Juni auf seine Depesche vom 13. erhalten.

2) Cobenzl an Thugut, 24. Juni. François an Talleyrand, 23. Juni: er hat die Note des Directoriums, in welcher die Genugthuung gefordert wird, noch nicht übergeben, sonst wären die Conferenzen heute abgebrochen. J'avoue que je suis profondément affligé de la malheureuse tournure de cette négociation. Je suis affecté de l'idée que quelques mots de ma main vont peut-être donner le signal du renouvellement de la guerre. Mais je ne saurais balancer de remplir religieusement les intentions du Directoire.

nicht enthalten, auf der geforderten Genugthuung zu bestehen, namentlich auf einer Erklärung des österreichischen Gesandten in Paris. Cobenzl weigerte sie durchaus und fügte hinzu, Oesterreich habe genugsam seine friedlichen Gesinnungen bewiesen; würde es aber angegriffen, so könne er, ohne so ruhmredige Ausdrücke wie Treilhard zu gebrauchen, doch versichern, daß es der Vertheidigung an der nöthigen Energie nicht fehlen würde. François bemerkte, er habe noch keine officielle Forderung wegen der Genugthuung einreichen wollen, weil er voraussehe, daß Cobenzl, um darauf zu antworten, erst die Rückkehr des Couriers erwarten müsse, den er kurz vorher nach Wien geschickt hatte. „Allein ich erwiederte ihm," schreibt Cobenzl, „ich bedürfe gar nicht der Rückkehr eines Couriers. Wenn er mir seine Denkschrift übergäbe, solle er zwei Stunden später die Antwort haben. François versetzte, dann bliebe ihm nichts übrig, als zu erklären, die Republik finde sich nicht befriedigt, und die Unterhandlung abzubrechen. Ich erwiederte, wenn er diesen Schritt thue und nach Paris zurückgehe, ohne mir über irgend etwas, was seine Regierung als den Zweck der Conferenzen erklärt habe, Genugthuung zu geben, so finde ich mich gleichfalls genöthigt, zu meinem Herrn zurückzukehren; Europa könne dann urtheilen, von welcher Seite der Bruch ausgehe, und wem das Unglück, das daraus erfolge, beizumessen sei." Das Ende dieser Unterredung war aber doch wieder, daß François vorschlug, man möge am 25. noch eine Sitzung halten; bis dahin werde der Courier Cobenzl's angelangt sein, und man könne dann besser urtheilen. Cobenzl selbst war durch dies Verfahren nicht wenig befremdet, er argwöhnt, François könne vielleicht doch für den äußersten Fall zu einem annehmlichen Vorschlag ermächtigt sein. Auch war das Verhältniß noch so freundschaftlich, daß Gallois eben um diese Zeit an Cobenzl die vertrauliche Anfrage richtete, ob er wohl als Gesandter in Wien genehm sein würde [1]).

---

1) Cobenzl, 24. Juni, 6. Apostille.

Selbst die Sitzung vom 25. führte den Bruch noch nicht herbei, war aber im Uebrigen von allen die stürmischste. „Es ist die einzige," schreibt Cobenzl, „in welcher François sich erhitzt hat [1])." Er sagte, es heiße der französischen Republik den Krieg erklären, wenn man ihr jede Genugthuung verweigere, nachdem der erste Gesandte, den sie nach Wien geschickt, in der größten Gefahr gewesen sei, ermordet zu werden. Es sei unerhört, daß man nicht einmal sagen wolle, der Kaiser bedaure, was zu Wien geschehen sei, und werde die Schuldigen bestrafen. Offenbar gebe es in Wien eine Partei, die trotz des Kaisers den Krieg wünsche, die zu diesem Zweck die Beleidigungen der französischen Gesandtschaft verursacht habe, bei welchen die Polizei ruhige Zuschauerin geblieben sei. Der Friede von Campo Formio sei nicht durch die französische Republik, sondern durch den wiener Hof gebrochen. Gegen eine Entschädigung in Deutschland wende Frankreich nichts ein, in Italien habe Oesterreich nichts zu fordern. Die Republik stehe nicht unter der Vormundschaft des Kaisers und bedürfe seiner Erlaubniß nicht, um eine empfangene Beleidigung zu rächen; nichts anderes sei zu Rom nach den gehäuften Frevelthaten des Papstes geschehen. Das römische Volk, müde, das Joch des Aberglaubens länger zu tragen, habe nur von seinem Recht Gebrauch gemacht, indem es sich für frei erklärt und zum Schutze seiner jungen Freiheit französische Soldaten in Sold genommen habe. Nicht anders verhalte es sich mit der cisalpinischen Republik und mit der Schweiz, wo die Oligarchen, namentlich der Canton Bern, Frankreich den Krieg erklärt, also der Republik zur Rache volles Recht gegeben hätten. Die aufrührerischen Versuche in Italien und in der Schweiz, wo die Rebellen im Namen des Kaisers handelten, seien eine wahre Verletzung des Friedens von Campo Formio, ebenso die Rüstungen des Königs von Neapel, welche nach den wiederholten friedlichen Versicherungen Frankreichs jeden Grundes

1) Cobenzl, 30. Juni.

entbehrend, offenbar eine feindliche Absicht verriethen. Auch das sei das Werk Oesterreichs, das über Neapel und Florenz in ganz anderer Weise verfüge, wie Frankreich über Rom und die cisalpinische Republik. Uebrigens seien alle diese Dinge seiner Gesandtschaft ganz fremd. Sie beschränke sich einzig auf die Forderung der Genugthuung, welche durchaus geregelt sein müsse, ehe man zu anderen Erklärungen übergehe. „Ich antwortete dem französischen Bevollmächtigten," schreibt Cobenzl, „ungefähr folgender Maßen: Wenn die Republik trotz der friedlichen Absichten meines Herrn den Zweck verfolgt, durch die unsinnigsten Verläumdungen und die Nichterfüllung der heiligsten Verpflichtungen einen Bruch vorzubereiten, so muß man gestehen, daß sie sich nicht besser benehmen konnte. Ich habe bereits hinreichend bewiesen, daß der Kaiser für das Ereigniß vom 13. April keinerlei Genugthuung schuldig ist, sondern sie weit eher fordern darf. Es ist beispiellos, daß ein Botschafter so, wie Bernadotte, in einer fremden Residenz sich benommen habe, und daß man noch Beschwerden erhebt, wenn er es ist, der die Ruhe der Hauptstadt gestört und dem Kaiser die schuldige Ehrfurcht verweigert hat. In der österreichischen Monarchie giebt es nur eine Partei, welche rein und einfach den Willen meines nicht weniger verehrten als geliebten Herrschers ausführen will. Es heißt Seine Majestät beleidigen, wenn man annimmt, daß irgend Jemand ihn zum Frieden oder zum Kriege zwingen könne. Es heißt gleichfalls die Achtung gegen eine Regierung verletzen, welche bei jeder Gelegenheit ihre Energie bewiesen hat, wenn man behauptet, die Polizei könne im Gegensatz zum Willen des Herrschers etwas vornehmen. Es heißt das Maß voll machen, wenn man uns die Bewegungen schuld giebt, welche die französische Unterdrückung an verschiedenen Orten hervorgerufen hat. In der Schweiz und in Italien verlangen wir Nichts Anderes, als die Herstellung dessen, was die französische Republik ohne irgend ein Recht zerstört hat. Wollte man untersuchen, was zu Rom geschehen ist, so sähe man einen Tumult, vielleicht

durch Frankreich selbst angeregt, an welchem die römische Regierung gar keinen Theil hatte, bei dem die französischen Botschafter und die Generale zur Einmischung gar nicht berechtigt waren, der sie gar nicht anging und der gar keine Folgen für sie gehabt hätte, wären sie ruhig zu Hause geblieben. Gleichwohl hat dies zum Vorwand dienen müssen, das Haupt der katholischen Kirche und seine Regierung umzustürzen. Es ist sicher nicht der Wunsch des Volkes, daß die Consuln und die gegenwärtige Regierung in Rom dem General der französischen Truppen unterworfen sind, und ebensowenig, daß die cisalpinische Republik so hart bedroht und beinahe als Rebellin bestraft wird, einzig weil sie zögerte, den nachtheiligsten Vertrag und die drückendsten Gesetze, die das Directorium ihr dictirte, anzunehmen. Wenn der Friede von Campo Formio die Unabhängigkeit der cisalpinischen Republik ausspricht, so gilt dies nicht allein Oesterreich gegenüber; auch Frankreich muß die Unabhängigkeit achten, oder der Friede ist nicht ausgeführt. Mit der Schweiz verhält es sich gerade so. Dieser Staat hat während des ganzen Krieges die Neutralität beobachtet, ja sogar große Vorliebe für Frankreich gezeigt. Zum Dank dafür hat die französische Republik, sobald sie die Hände frei hatte, mit bewaffneter Hand die schweizerischen Verfassungen zerstört, um sie ganz und gar von sich abhängig zu machen. Es geschieht gewiß nicht nach dem Wunsche des Volkes, daß die Magazine in der Schweiz von den Franzosen in Beschlag genommen, zudem die unmäßigsten Requisitionen ausgeschrieben werden; das Volk hat den Commissär Rapinat nicht gerufen, um die Directoren ab- und einzusetzen, alles eigenmächtig zu entscheiden und letzten Orts die Schweiz für erobertes Land zu erklären. Man ziehe die französischen Truppen aus dem Innern der Schweiz zurück, lasse dem Willen des Volkes freien Lauf, dann wird man sehen, ob es wirklich mit der jetzigen Lage der Dinge zufrieden ist. Der Kaiser hat sich über alle diese offenen Verletzungen des Friedens von Campo Formio bisher nur in freundschaftlichen Zumuthungen ausgesprochen, die der

Welt noch unbekannt sind; aber es ist erklärlich genug, daß die unglücklichen Unterdrückten, welche das Interesse Oesterreichs für sie kennen, seinen Beistand anflehen und von selbst sich darauf Hoffnung machen. Man kann daraus auf den Eindruck schließen, wenn Alles, was wir hier verhandeln, einmal veröffentlicht werden sollte. Die Rüstungen des Königs von Neapel sind nur zu sehr motivirt durch die Gefahren, welche ihn bedrohen, seitdem die cisalpinische Republik und der Kirchenstaat französische Provinzen geworden sind. Die Ereignisse des letzten Krieges beweisen deutlich genug, daß wir weit entfernt sind, die Entschließungen der Höfe von Neapel und Toscana in unserer Gewalt zu haben. Wir haben noch niemals Truppen in die Staaten dieser Fürsten geschickt, wir unterhalten dort keine Commissare, ihnen Gesetze zu dictiren; aber weit entfernt, den König von Neapel von den Sicherheitsmaßregeln abzuwenden, welche nur denen, die ihn angreifen wollen, mißfallen können, ist der Kaiser entschlossen, im Falle der Noth ihn, sowie den Großherzog von Toscana, zu unterstützen."

„Das ist," fährt Cobenzl fort, „das Wesentliche, was von der einen und der anderen Seite gesagt wurde. Das Ergebniß war, daß François bis zum nächsten Tage seine Ansprüche bestimmt formuliren und in Begleitung einer Denkschrift übergeben wollte." Cobenzl bemerkte, François könne seine Antwort vorhersehen, sowie auch die Folgen, welche dem Aufenthalt in Selz wahrscheinlich bald ein Ziel setzen würden. „Ich sage nicht," fiel François ein, „daß wir Ihnen den Krieg erklären wollen; ich sage auch nicht, daß ich die Verhandlungen abbrechen will. Ich werde Ihre Denkschrift nach Paris schicken und die Befehle des Directoriums erwarten." „Augenscheinlich," schließt Cobenzl, „wollen die Franzosen noch nicht brechen, sondern Zeit gewinnen[1])."

Am 26. Juni übergab denn auch François seine Denk-

1) Cobenzl, 30. Juni.

schrift und den Entwurf einer Convention in zwei Artikeln: der erste erklärte nach einleitenden Bemerkungen, daß der Kaiser die Ereignisse in Wien bedaure und die Urheber bestrafen werde; nach dem zweiten sollte es den Gesandten beider Mächte gestattet sein, an ihren Wohnungen Wappen und Aufschriften anzubringen und nebst ihren Beamten Cocarden zu tragen. Als Cobenzl sich bis zum folgenden Tage Zeit erbat, um seine Antwort auszuarbeiten, bemerkte François, er habe erwartet, daß sie nur in Ja oder Nein bestehen würde. „Sicher werde ich Nein sagen," erwiederte Cobenzl, „aber ich werde zu gleicher Zeit meine Gründe auseinandersetzen. Da wir wahrscheinlich bald in die Lage kommen, diese Schriftstücke drucken zu lassen, so muß man, wie sehr man auch in Bezug auf das Wesentliche schon entschlossen ist, doch mit einiger Sorgfalt redigiren." Dies schien Eindruck auf François zu machen; er nahm, so lange man zusammenblieb, seinen sanften und versöhnlichen Ton wieder an.

Als Cobenzl mit Lehrbach die französische Denkschrift durchging, bestätigte sich nur seine frühere Meinung, daß die Franzosen irgend einen Act über das Ereigniß vom 13. April herauslocken wollten, um dann den österreichischen Forderungen auszuweichen, oder sie an den Rastatter Congreß zu verweisen. „Frankreich," schreibt er, „würde wohl von dem Wiederaufziehen der dreifarbigen Fahne, sowie von einer Entschuldigung durch den kaiserlichen Gesandten in Paris abstehen und sich mit dem Versprechen einer erneuerten Untersuchung und Bestrafung der Hauptschuldigen in dem Tumult vom 13. Mai begnügen. Meine Instructionen erlauben mir, im äußersten Falle darauf einzugehen, da man es in der That nicht wohl verweigern kann, ohne der Böswilligkeit einige Waffen in die Hand zu geben. Aber durchaus darf es nur unter der Bedingung geschehen, daß man zugleich unsern Klagen und den wesentlichsten Interessen der Monarchie gerecht wird. Eine Convention abschließen, die nur auf die Angelegenheit Bernadotte's Bezug hätte, hieße einen übertünchten, vorübergehenden

Frieden durch erniedrigende Bedingungen erkaufen. Es ist mir deßhalb", fährt Cobenzl fort, „nothwendig und dem Geist meiner Instructionen angemessen erschienen, erstens: den Vertragsentwurf des französischen Bevollmächtigten, als der Ehre Sr. Majestät zuwider, einfach zurückzuweisen; zweitens: zu erklären, daß man einer neuen Untersuchung und Bestrafung der Hauptschuldigen des Aufstandes zustimme, aber unter der Bedingung, daß zu gleicher Zeit die französische Regierung sich verpflichtet, allen unsern Beschwerden genugzuthun, und daß sie über das Benehmen Bernadotte's, des ersten Urhebers der Ereignisse vom 13. April ihre Mißbilligung ausspricht. In dem Acte, der dies enthält, könnte man auch eine Uebereinkunft über die vollkommen gleiche Behandlung der gegenseitigen Gesandten abschließen.

Diese Denkschrift übergab Cobenzl am 28. Juni [1]). François beklagte sich, daß Cobenzl jetzt zum ersten Male fordere, man solle gegen den armen Bernadotte wüthen. Cobenzl erwiederte, er würde sich dessen auch jetzt noch enthalten haben, wenn das Directorium für Alles, was der Kaiser in dieser Angelegenheit schon gethan habe, mehr Rücksicht gezeigt hätte. Da es aber mit solcher Heftigkeit auf der Bestrafung der Schuldigen bestehe, so könne es sich nicht weigern, wenigstens seinen Stellvertreter zu desavouiren, welcher von allen Schuldigen der erste gewesen sei. Ein solcher Act würde um so nöthiger, seitdem der Brief Talleyrands an Bernadotte in allen Zeitungen veröffentlicht wäre, welcher dem Benehmen des Botschafters Lobsprüche zolle, und über welchen der Wiener Hof mit ganz anderem Recht sich beklagen könne, als Frankreich über die Proclamation der wiener Polizei, die man im unrichtigsten Sinne auszulegen sich den Anschein gebe. Solle also ein einziger Mensch in Wien Strafe erhalten, so müsse sie auch dem

---

1) Sie findet sich, wie auch der Entwurf François' vom 26. Juni, als Beilage zu Cobenzl's Bericht vom 30. Juni.

Botschafter Bernadotte durch die Mißbilligung seiner Regierung zu Theil werden.

Auf diese in der That wenig entgegenkommenden Vorschläge erwiederte François nur, er wolle die Denkschrift noch in der Nacht nach Paris senden und hoffe bis zum 4. Juli Antwort zu haben. Als er dann noch manches über seine Wünsche für Befestigung des Friedens hinzufügte, erwiederte Cobenzl: „Ich muß doch gestehen, daß ich zwischen dem Ton ihrer Reden und Ihrer Schriften einen gewaltigen Unterschied finde. Ich weiß noch nicht, welchen Eindruck Ihre erste Verbalnote [vom 13. Juni] in Wien gemacht hat, aber ich kann nicht verhehlen: die Ausdrücke, deren sie sich darin bedienten, und noch mehr der Inhalt Ihrer letzten Denkschrift sind in keiner Weise geeignet, die Gemüther zu besänftigen." „Was wollen Sie," erwiederte François, „man hat mir vorgeschrieben, Sie recht scharf zu bedrängen [1])."

Cobenzl war, indem er so handelte, nur den Wünschen Thugut's zuvorgekommen. Schon in mehreren Depeschen hatte der Minister seine volle Zufriedenheit mit Cobenzl's entschiedenem und festem Auftreten ausgesprochen; auch am 26. Juni schreibt er ihm, er solle bei seinen Erklärungen bleiben, nur den Franzosen keinen Vorwand geben, den Bruch dem Kaiser zuzuschieben. Deßhalb solle er auch so lange als möglich die Unterhandlung fortsetzen und, wenn François abbreche, eine Note übergeben, die man den verbündeten Höfen mittheilen könne. In den nächsten Tagen fand sich dazu Gelegenheit. In der Nacht vom 4. auf den 5. Juli war der erwartete Courier aus Paris eingetroffen, und gleich am Morgen begab sich François zu Cobenzl, der schon Tages vorher, der Abrede gemäß, nach Selz gekommen war. François sagte, die Antwort des Directoriums [2]) auf Cobenzl's letzte Denkschrift sei in so starken Ausdrücken abgefaßt, daß er sie lieber nicht mittheile.

---

1) Cobenzl, 30. Juni; François, 28. Juni.

2) Das Directorium an François, 2. Juli.

Statt dessen habe er vermittelst einer eigenen Denkschrift noch einen letzten Versuch bei Cobenzl machen wollen. Dies Schriftstück war aber nur eine Wiederholung des schon oft Wiederholten, konnte also auch von österreichischer Seite nur die gewöhnlichen Gegengründe hervorrufen. Die Unterhaltung behielt gleichwohl einen freundschaftlichen Charakter; François sprach lange von seiner Anhänglichkeit für das System, welches seit dem Jahre 1756 Oesterreich und Frankreich vereinigt habe, suchte nochmals das Verfahren in der Schweiz und in Italien, sowie die Wegnahme Maltas, von welcher am Tage vorher der Telegraph die Kunde gebracht, in besseres Licht zu stellen, und betheuerte, daß die Republik keineswegs die ganze Welt demokratisch machen wolle. Aber Cobenzl erwiederte, man müsse durch Thaten, nicht durch leere Versicherungen von dieser Gesinnung Zeugniß geben. Er stellte François noch einmal vor: das Benehmen des Directoriums mache ein friedliches Verhältniß zwischen Frankreich und den übrigen europäischen Staaten ganz unmöglich. Man habe aber immer Freunde nöthig und könne nicht auf die Dauer sich selbst genügen. Das eigene Interesse Frankreichs erfordere also, Unternehmungen, welche die übrigen Mächte nicht gleichgültig ansehen könnten, aufzugeben, oder durch gegenseitige Rücksichten diejenige Macht zu gewinnen, ohne welche die anderen nicht im Stande seien, sich den Franzosen zu widersetzen. François kündigte endlich denn doch an, er habe bestimmte Anweisung, die Verhandlung abzubrechen, wenn Genugthuung verweigert würde. „Ich antwortete ihm," schreibt Cobenzl, „wir würden das außerordentlich bedauern, aber nicht weniger fortfahren, die Ausführung des Friedens von Campo Formio zu fordern, und, wenn man mit Verachtung der heiligsten Verträge uns angreife, Gewalt mit Gewalt zurückweisen." François erwiederte lebhaft: „Ich sage nicht, daß wir Ihnen deßhalb den Krieg erklären, aber wir können keinen Gesandten oder Botschafter mehr in Wien haben." „Ich hielt mich nicht verpflichtet," meint Cobenzl, „ihn merken zu lassen, wie geringe Sehnsucht wir nach einem

Agenten der Republik in Wien empfänden. Nachdem François mich verlassen hatte," fährt er fort, „erwog ich mit der gewissenhaftesten Aufmerksamkeit, was ich zu thun hätte. Folgende Erwägungen boten sich meinem Geiste dar. Das Einzige, was die gegenwärtige Unterhandlung bezwecken konnte, war eine Uebereinkunft, welche uns schnell in den Besitz eines gelegenen Theils von Italien setzte und dadurch unsere Vertheidigungsmittel gegen Frankreich vermehrte. Ich hätte allerdings durch ein Versprechen, die Hauptschuldigen bei dem Ereigniß vom 13. April sollten aufgesucht und bestraft werden, den Abbruch der Verhandlung verhindern, vielleicht sogar die Worte soweit mildern können, daß der Schritt weniger peinlich geworden wäre; aber es ist nur zu gewiß, daß ich dadurch in Italien Nichts gewonnen hätte. Einmal im Besitz einer solchen Erklärung hätte der französische Bevollmächtigte nicht weniger fortgefahren, unsere ganze Entschädigung an den Congreß von Rastatt zu verweisen, die klarsten Bestimmungen des Vertrags von Campo Formio in Zweifel zu ziehen und uns jedes Recht des Widerstandes gegen das, was Frankreich in Rom und in der Schweiz unternommen hat, zu bestreiten. Ich hätte also einen Schritt gethan, der im Grunde für meinen Hof demüthigend ist und uns den Verbündeten gegenüber compromittirt; ich hätte in Italien Nichts gewonnen, und was Deutschland angeht, so scheinen, abgesehen davon, daß der Kaiser sich dort ungern vergrößern möchte, die berliner Verhandlungen keine Möglichkeit dazu übrig zu lassen. Auf Krieg oder Frieden hätte dieser Schritt keinen größeren Einfluß gehabt. Nicht durch leere Verträge mit Leuten, die keinen einzigen beobachten, hält man ihren bösen Willen gefesselt. Wenn Frankreich uns nach dem Ereigniß vom 13. April nicht den Krieg erklärte und ihn vielleicht noch verschiebt, so geschieht es lediglich deßhalb, weil es, von so viel anderen Angelegenheiten in Anspruch genommen, sich noch nicht dazu im Stande glaubt. Aber jede Genugthuung, alle Verträge der Welt werden es nicht abhalten, über uns herzufallen, wenn es sich

schmeichelt, die Uebermacht zu besitzen. Kleine und große Mächte, alle werden das Schicksal Maltas theilen, wenn das Directorium dazu die Zeit oder die Mittel findet. — Demgemäß glaubte ich keine andere Entscheidung treffen zu dürfen, als mich an meine letzte Erklärung zu halten, indem ich fortfuhr, mit der größten Sorge Alles zu beobachten, was dazu dienen konnte, den Vorwurf eines Bruches der Conferenzen und des Wiederanfangs der Feindseligkeiten, wenn er statt haben sollte, auf die Franzosen fallen zu lassen [1])."

In diesem Sinne arbeitete Cobenzl die Antwort aus, die er in einer neuen und letzten Conferenz am 6. Juli übergab. François las sie langsam und mit großer Aufmerksamkeit; er unterbrach sich im Lesen so oft durch unbedeutende Reden, daß Cobenzl glaubte, er würde sie auch wieder nach Paris schicken und neue Befehle erwarten. Nachdem er aber lange nachgedacht, gab er die Erklärung: zu seinem lebhaftesten Bedauern gestatteten ihm seine Instructionen nicht, die Unterhandlung länger fortzusetzen. Er erbat sich die Erlaubniß, in Gegenwart Cobenzl's zu schreiben, und redigirte sogleich eine neue Note, in welcher er das Ergebniß der ganzen Unterhandlung dahin zusammenfaßte, daß er in Folge der verweigerten Genugthuung Selz verlassen müsse, daß die französische Republik zwar mit den kaiserlichen Gesandten in Rastatt unterhandeln, aber in den Erbstaaten keinen Agenten ferner halten würde. Cobenzl begab sich, um zu schreiben, nach Haus und brachte nach einer halben Stunde eine ähnliche Note zurück. Er beklagte, daß die Franzosen trotz des von Bonaparte und Talleyrand gegebenen Versprechens über die gerechten Beschwerden Oesterreichs nicht verhandeln wollten, forderte die Ausführung des Friedens von Campo Formio, fand aber gleichfalls in dem Abbruch der Conferenzen keine Kriegserklärung, sondern verwies fernere Verhandlungen nach Rastatt an den Grafen Lehrbach.

1) Cobenzl's Bericht vom 7. Juli, dem die Schlußnoten Cobenzl's und François' beiliegen.

„Da ich bei François zu Mittag aß," fährt Cobenzl fort, „und einen Theil des Tages bei ihm verweilte, so wiederholten wir uns noch Alles, was in der gestrigen Conferenz von beiden Seiten gesagt war. François versprach sogar, von meinen Bemerkungen sogleich nach seiner Rückkehr bei dem Directorium Gebrauch zu machen; allein ich glaube nicht, daß man davon große Wirkung erwarten darf. Er schien mit Vergnügen zu hören, daß man mit dem Grafen von Lehrbach sich weiter benehmen könne, und bemerkte, daß auch der toscanische Gesandte in Paris zur Wiederaufnahme des Verkehrs sich benutzen lasse. Sowohl der Minister als die beiden Secretäre, welche mir nachher in meiner Wohnung einen Besuch machten, schienen bei unserem Abschiede bewegt, Gallois bis zu dem Grade, daß ihm die Thränen in die Augen kamen. Ich glaube in der That, daß sie einiges Mißvergnügen empfinden, in Paris wieder erscheinen zu müssen, ohne etwas erlangt zu haben. Ich selbst theile dieses Gefühl sehr lebhaft, wage aber, mir zu schmeicheln, daß Seine Majestät finden werden, ich habe alles gethan, was in meinen Kräften stand. Seit dem Wechsel in der Bestimmung Bonaparte's habe ich nur zu wohl vorausgesehen, wie geringer Erfolg von meiner Sendung zu erwarten war. Wenigstens hat der Kaiser den deutlichsten Beweis seiner Friedensliebe gegeben, und die ganze Verantwortlichkeit für den Bruch der Conferenzen muß auf die Franzosen fallen. Der Kaiser ist auch der einzige Souverän, welcher seine Stimme zu Gunsten derer, die das Directorium unterdrückt, der Römer, Cisalpiner, Schweizer erhoben hat. Die Schriftstücke, welche sich darauf beziehen, müssen, wie mir scheint, bei den Verbündeten einen guten Eindruck machen."

Auch François war von dem Ausgang der Conferenzen wenig befriedigt. „Ich habe nicht herstellen können, was verloren war," schreibt er an das Directorium. „Ich bedaure tief, daß ich dem allgemeinen Ruf nach Frieden nicht genügen konnte, und weiß nicht, ob ich nicht beklagen soll, daß Ihr

die Eröffnungen, die ich in dieser Hinsicht gemacht habe, abgewiesen habt. Eure Forderungen waren indessen so gerecht und so gemäßigt, daß ihre Verwerfung nicht zu begreifen ist und die öffentliche Meinung für Euch gewinnen muß." „Im Grunde", meint er in dem Schlußbericht an Talleyrand, „stehen die Dinge auf demselben Punkt, wie vor zwei Monaten: es ist kein offener Bruch, aber eine merkliche Erkältung. Ich glaube nicht, daß man uns den Krieg erklären wird [1])."

Ob er wirklich glaubte, die Dinge ständen wie sie zwei Monate früher gestanden hatten? Für sein politisches Urtheil wäre es kein günstiges Zeugniß. Zwei Monate früher sollte noch einmal versucht werden, ob man sich einigen könne. Jetzt war der Versuch mißlungen, und wer den Zusammenhang der Ereignisse übersah, durfte sich schwerlich verhehlen, daß der mißlungene Versuch der letzte bleiben würde. Nicht allein um die zerrissene Fahne handelte es sich, sondern um den größeren Riß, der seit dem Scheinfrieden die beiden Staaten immer weiter, gewaltsamer von einander trennte. Das ist die Bedeutung der selzer Verhandlungen; sie sind das Nachspiel, wie die Präliminarien von Leoben das Vorspiel für Campo Formio gewesen waren. Mit ihrem Schluß mußte eine neue Handlung beginnen.

François blieb die nächsten Tage noch in Selz und Cobenzl wartete in Rastatt, bis er abgereist sei, um auch dadurch die Franzosen als Urheber des Bruches erscheinen zu lassen. Die beiden Bevollmächtigten waren übereingekommen, sich das Geheimniß über den Ausgang der Verhandlung zu bewahren, bis man in Paris oder Wien für gut finde, ihn bekannt zu machen. Cobenzl erzählte überall: was zu Selz vorgegangen sei, thue den Verhandlungen in Rastatt durchaus keinen Abbruch; die preußischen Gesandten vertröstete er auf Eröffnungen, welche der wiener Hof dem berliner machen würde. „Ich

---

1) François an das Directorium, 1. Juli, bei Mendelssohn a. a. O. in Sybel's histor. Zeitschr. XXXIII, 52; an Talleyrand, 7. Juli, Minist. des Ausw.

habe aber bemerken können," setzt er hinzu, „daß François' Zurüstungen zur Abreise in Rastatt großen Eindruck machten [1])." Nachdem Cobenzl am 9. Juli erfahren hatte, daß die Abreise wirklich erfolgt sei, sah er am Abend die verhängnißvolle, auch in Selz wieder aufgelebte „Pamela" noch einmal auf dem rastatter Congreßtheater erscheinen, am 10. trat er selbst den Rückweg an und befand sich am 13. wieder in Wien.

---

1) Cobenzl, 7. Juli, 3. Apostille. François sagt in dem Abschieds- und Dankschreiben an die Central-Administration des Departements des Niederrheins: Ma mission étant terminée, je vais en rendre compte au gouvernement, qui seul en peut faire connaître les résultats. Ils ne contiennent rien d'inquiétant.

## Elftes Kapitel.

### Die revolutionäre Bewegung im Sommer 1798.

Thugut und Cobenzl schildern in den Depeschen, die wir mittheilten, die Lage der Dinge einseitig, aber nicht unrichtig. Die revolutionäre Bewegung war in raschem, unaufhaltsamem Fortschritt begriffen. Monate scheinen Jahre zu umfassen, wenn man in den Staatsgebilden, die französischem Einfluß Preis gegeben waren, die Zustände im Sommer 1798 mit denen des Frühlings vergleicht.

In Holland ging die neue provisorische Regierung den Weg, der ihr durch den Staatsstreich des 22. Januar vorgezeichnet war. Vor allem mußte sie den französischen Befreiern zu Willen sein. Die Rüstungen wurden mit der äußersten Anstrengung wieder aufgenommen; am 12. April brachte Delacroix einen Vertrag zum Abschluß, der, äußerst vortheilhaft für die französische Besatzungsarmee, auch die batavischen Truppen dauernd unter den Befehl eines vom Directorium bestimmten französischen Generals stellte. Auch für die innern Angelegenheiten entschied der Wille des Gesandten, oder was noch schlimmer war, eines untergeordneten Agenten, Namens Ducange, dessen Frechheit, früher von de Noël im Zaum gehalten, seit Delacroix' Ankunft keine Schranken kannte. Von den fünf batavischen Directoren kamen drei seinen Wünschen jederzeit entgegen oder noch zuvor, die beiden andern wagten keinen Widerstand; Verordnungen gegen die englischen Waaren, gegen die Emigranten und über die Einführung republikanischer Titel bezeichnen denn auch die erste Thätigkeit der Regierung und der Versammlung, die als Vertreterin der batavischen

Nation gelten wollte. Es folgte eine neue Organisation der Behörden, aber so willkürlich, daß sie Niemanden befriedigte, und daß die unentbehrlichen Beamten sich zum großen Theil nur durch Zwang und schwere Strafdrohung auf ihren Posten stellen oder festhalten ließen. Je weniger man der Volksstimmung sicher war, um so stärkere Mittel erheischte die Behauptung der Gewalt. Die neue Verfassungs-Commission legte ihr Werk, im Wesentlichen wieder eine Nachbildung der französischen Verfassung, am 6. März der Versammlung vor. Wenige Tage später wurde der Antrag angenommen, den Entwurf nur summarisch und titelweise zur Berathung und Abstimmung zu bringen, alsdann die Urversammlungen, denen er zur Annahme vorgelegt werden mußte, in der Weise zu „epuriren", daß alle Anhänger des Statthalters oder des Föderalismus, ja alle, die der gegenwärtigen Ordnung der Dinge nicht ergeben seien, von der Abstimmung ausgeschlossen würden. Nach solchen Maßregeln gelangte die Verfassung am 23. April mit einer großen Mehrheit — 153913 gegen 11597 Stimmen — zur Annahme [1]). Aber damit war für die herrschende Partei das Ziel noch nicht erreicht. Wurden die Wahlen für den neu zu berufenden gesetzgebenden Körper gemäß dieser selbigen Verfassung vorgenommen, so führten sie voraussichtlich andere Männer und eine andere Partei zur Herrschaft. Da, zur rechten Zeit erinnerte man sich — denn Originalität darf man hier nicht suchen — des Beispiels, das der französische Convent im Jahre 1795 gegeben hatte. Am 4. Mai, zwei Tage nachdem die Verbindlichkeit der neuen Constitution anerkannt worden war, verwandelte sich die Nationalversammlung eigenmächtig in die beiden Kammern des gesetzgebenden Körpers, der nach der Verfassung erst gewählt werden mußte; nur ein Drittel der Sitze sollte durch neue Wahlen vergeben werden.

1) Nouvelles politiques publiées à Leyde (s. g. Gazette de Leyde) 23. Februar, Suite du Supplément, 20. März, 4. Mai Suppl. — Die Verfassung bei Posselt Annalen 1798, III, 285.

Allgemeine Mißstimmung, sogar unter den Anhängern der letzten Revolution war die Folge; aber der Wille des Gesandten, dazu die Anwesenheit französischer Truppen schlugen den Gedanken an Widerstand zu Boden, und der neue Gewaltstreich wäre wie der frühere ungestraft hingegangen, hätten die Gewalthaber nur die Waffenlosen und nicht auch die Bewaffneten gegen sich aufgebracht. Die beiden tüchtigsten Offiziere zu Wasser und zu Lande, der Admiral de Winter und der General Daendels, hatten sich der revolutionären Sache angeschlossen, Daendels auch für den Staatsstreich vom 22. Januar gewirkt. Aber der General sah sich zurückgesetzt und ohne Einfluß, den andern, den Admiral, hatte man, nachdem er zum Auslaufen gegen die Engländer beinahe gezwungen war, später für den Verlust der Flotte verantwortlich gemacht und vor Gericht gestellt. Nicht allein diesen Beiden, sogar den französischen Generalen war das eigenmächtige Schalten Delacroix' und die Frechheit des Agenten widerwärtig. Am 16. Mai, am Mittagtische des Gesandten, kam es zu heftigem Wortwechsel zwischen Daendels und Ducange. Der General klagte über die allgemeine Unzufriedenheit, nannte die Beschlüsse vom 4. Mai eine rechtlose Gewaltmaßregel und machte den Gesandten, aber vor allem den Agenten für das Unheil verantwortlich. Die Folge war, daß Ducange den General in den Zeitungen angriff, und daß Delacroix am Tage nach dem Streit eine förmliche Klageschrift gegen ihn wegen antirevolutionärer Gesinnungen und Reden an das batavische Directorium richtete. Die stets gehorsame und selbstbetheiligte Majorität ließ Daendels vorfordern und gab ihm einstweilen Arrest im Haag; aber statt in die Haft begab sich der General nach Paris [1]). Man verfolgte ihn freilich als Deserteur und machte seine Verhaftung dem batavischen Gesandten in Paris zur Pflicht, aber Daendels hatte mächtigen Schutz; Joubert und der General Rewbel, es

1) Nouvelles politiques, 11. Mai Suppl., 22. Mai Suppl., Moniteur 31. Mai.

scheint, wieder ein Verwandter des Directors, zählten im Haag zu seinen Freunden. Auch in Paris war man mit den plumpen Ungeschicklichkeiten Delacroix' schon lange unzufrieden. Es gelang Daendels, wenigstens den größeren Theil der französischen Directoren für sich zu gewinnen. Ducange empfing den Befehl, die Niederlande sogleich zu verlassen, und Delacroix die Mittheilung, daß er einen Nachfolger erhalten würde. Das batavische Directorium fand sich in Folge dessen veranlaßt, den Haftbefehl gegen Daendels in eine Anklage vor dem gewöhnlichen Richter zu verwandeln. Aber der General wollte mehr. Es war damals schon Sitte geworden, sich politischer Gegner durch Gewalt zu entledigen; an Mitteln fehlte es nicht, wenn nur das französische Directorium zustimmte. Daendels erlangte, wenn nicht eine förmliche Genehmigung, doch die Sicherheit, daß man einen neuen Staatsstreich, falls er gelänge, in Paris nicht mißbilligen würde. So kehrte er am 10. Juni nach dem Haag zurück. Der Mann, den Regierung und Nationalversammlung in einer heftigen Proclamation als Deserteur verfolgten, erhielt von Joubert eine Ehrenwache. Tages darauf gab man ihm ein glänzendes Fest, dem die französischen Generale, eine große Zahl von Beamten und sogar die fünf Minister des Directoriums beiwohnten. Ein Protest gegen die unrechtmäßige Einsetzung des gesetzgebenden Körpers kam zur Unterzeichnung. Während das Directorium am folgenden Tage den Verhaftsbefehl gegen Daendels erneuerte, die Nationalversammlung sich in Permanenz erklärte, wurden, wenige Straßen entfernt, offen die Anstalten zu ihrem Sturz getroffen. Um fünf Uhr Nachmittags zog Daendels an der Spitze der ihm ergebenen Soldaten, ohne Widerstand zu finden, zu der Wohnung des Directoriums. Er traf seine drei Feinde mit Delacroix versammelt und kündigte ihnen ihre Verhaftung an; aber mit wüthenden Schimpfreden warf sich der Gesandte ihm entgegen, und in der Verwirrung der nächsten Augenblicke gelang es zweien der Bedrohten, Fynje und Vrede, zu entfliehen. Nur van Langen wurde ergriffen, alsdann auch eine Anzahl von Mitgliedern des

gesetzgebenden Körpers, der schleunigst auseinander ging. Zwei Directoren, die schon seit längerer Zeit dem Vorgehen ihrer Collegen nicht mehr hatten folgen wollen, traten freiwillig zurück, und Delacroix reiste, von Niemandem bedauert, ohne Säumen nach Paris. Aus den Rechnungen des Directoriums ergab sich, daß er auf Scheingründe hin seit seiner Anwesenheit hunderttausend Gulden erhalten hatte, außer den 200,000, die ihm, wie man sagte, für seine Mitwirkung am 22. Januar ausgezahlt waren [1]).

Als provisorische Regierung traten zunächst die fünf Minister ein; für den gesetzgebenden Körper wurden neue Wahlen ausgeschrieben. Bei der ganzen Umwälzung war kein Tropfen Blutes vergossen. Die gestürzte Regierung hatte sich um jeden Anhang gebracht. In Amsterdam, wo noch am ersten etwas zu ihren Gunsten sich erwarten ließ, genügte de Winter's Einfluß, um die Ruhe zu erhalten. In manchem Betracht konnte die Bewegung als ein Schritt zum Bessern gelten. Die neuen Wahlen führten verständige und gemäßigte, wenn auch wenig bedeutende Männer an die Spitze der Republik. Aber nur zu sehr hatten alle diese Vorgänge gezeigt, wie wenig überhaupt von einer heimischen Regierung sich erwarten ließ, wie unsicher und haltlos die Zustände des Landes geworden waren und wie völlig abhängig von dem Willen der Machthaber in Frankreich [2]).

Wenden wir uns vom Ocean zu den Alpen, so begegnen wir diesseits und jenseits einer ähnlichen Entwicklung.

Wir sind den Ereignissen in der Schweiz bis zu dem

---

1) Bielefeld, 15. Juni fg., Moniteur, 18, 21. Juni.

2) Der für Rastatt neu ernannte franz. Bevollmächtigte, Roberjot, schildert kurz nachdem er den Haag verlassen, die batavischen Zustände in einem Bericht an Talleyrand aus Brüssel vom 1. Juli: Die Demagogie dauert in den Städten noch fort, doch fängt das Land an, sich zu beruhigen. Joubert weiß sich dem holländischen Charakter vortrefflich anzubequemen. Daendels erscheint als républicain énergique. Il a les intentions les plus pures, ist aber zu heftig. Man muß ihn leiten, nicht gehen lassen. Minist. des Ausw.

Tage gefolgt, an welchem die Einheitsverfassung in Aarau proclamirt wurde. Freilich zunächst nur von zehn Cantonen. Die nordöstlichen Landschaften: Sargans, Thurgau, St. Gallen, Appenzell, obgleich zum Theil aus der Unterthänigkeit zu Cantonen erhoben, blieben der Mehrheit nach widerstrebend. Stürmische Volksversammlungen, aufständische Bewegungen von der einen oder anderen Seite, selbst die Drohungen der französischen Generale führten zu keinem Ergebniß. Ganz ablehnend verhielten sich die Urcantone. Diese kleinen Republiken hatten, beinahe einzig in Europa, rein demokratische Staatsformen unter selbstgewählten Obrigkeiten bewahren können. Ihre Abneigung gegen den Ochs'schen Verfassungsentwurf hatte nicht wenig beigetragen, Brüne für den Plan der Dreitheilung zu gewinnen, nach welchem der Tellgau eine eigene Republik bilden sollte. Darauf hin hatten sie mit Brüne unterhandelt. Jetzt bei der plötzlichen Veränderung verband sich mit dem Widerstreben, einer auswärtigen Versammlung zu gehorchen, die Besorgniß, die Annahme der neuen Verfassung werde der Religion verderblich sein. Denn sie gewährte freilich im 6. Artikel uneingeschränkte Gewissensfreiheit, unterwarf aber allen öffentlichen Gottesdienst vieldeutigen Clauseln. Und wie war die revolutionäre Gewalt überall, wo sie zur Herrschaft gelangte, gegen die äußere Ordnung des Kirchenwesens vorgegangen, welcher doch nach den Grundsätzen des Katholicismus als ein Theil der Religion betrachtet wird! Der in Luzern residirende Commissar des Bischofs von Constanz, Vincenz Krauer, nicht weniger die Mönche von Engelberg, suchten gleichwohl die Gewissen zu beruhigen; aber an den meisten Orten bestärkte geistlicher Einfluß die Befürchtungen. Das „Büchlein," so pflegte man die neue Constitution zu nennen, wurde in den Volksgemeinden als teuflische, oder wenigstens als protestantische Erfindung verflucht, und jeder für einen Verräther erklärt, „der die neue Ordnung der Religion anpreisen würde [1])." Als eine strenge Aufforderung Lecarlier's vom

1) Schweizerische Annalen, 21. April 1798.

11. April ohne Erfolg blieb, erließ Schauenburg zwei Tage später eine Proclamation, welche alle Cantone, die sich bis zum 21. April nicht fügen würden, von jedem Verkehr mit der übrigen Schweiz ausschloß und als feindliche anzusehen drohte. Die Sperre der Lebensmittel und des Handels versetzte die kleinen Cantone in eine unerträgliche Lage; sie zogen vor, mit den Waffen die Entscheidung zu suchen. Schwyz stand an der Spitze; aus den Urcantonen und benachbarten Gegenden kamen an 10,000 Mann zusammen. Der rechte Flügel zog auf beiden Ufern des Sees gegen Zürich, die mittlere Abtheilung brachte am 29. April sogar die Stadt Luzern in ihre Gewalt, wo die Plünderung des Zeughauses Kriegsbedarf und Kanonen verschaffte. Wäre der linke Flügel, wie es im Plane lag, über den Brünig in das bernische Oberland und rasch gegen die Hauptstadt vorgegangen, er hätte den weit im Lande zerstreuten Franzosen sehr gefährlich werden können. Aber es fehlte an rechter Eintracht und einheitlichem Oberbefehl. Uri hatte sich ganz zurückgehalten, Unterwalden verbot seinen Angehörigen die bernische Grenze zu überschreiten; so gewann Schauenburg Zeit, aus seinem Hauptquartier in Zürich alles zur Unterdrückung des Aufstandes vorzubereiten. Blutige Gefechte bei Rapperswyl und Wollerau brachten am 30. April die Ufer des züricher Sees wieder in die Gewalt der Franzosen; am 29. besetzten sie auch Zug durch unvermutheten Ueberfall; Luzern mußte von den Schwyzern geräumt werden, der fremde Zuzug kehrte zum Theil nach Haus zurück, kaum 4000 Mann blieben übrig, um die Grenzen des Schwyzerlandes zu vertheidigen. Nun geschah aber, was die Heldenzeit des Mittelalters nicht allein in Erinnerung bringt, sondern in mehr als einem Zuge erreicht. Ganz auf sich angewiesen dachte dies kleine Hirtenvolk nicht an Ergebung, nicht einmal an den Sieg, nur an ehrenvollen Kampf und, wenn es sein müßte, an ehrenvollen Untergang. Der Hauptposten unter dem tapferen und erfahrenen Führer, Aloys Reding, erwartete den Feind bei Schindellegi auf der Straße, die vom züricher See über

Rothenthurm nach Schwyz führt. Hier wurde am Morgen des 2. Mai blutig und lange ohne Entscheidung gestritten. Erst die Nachricht, daß eine zweite Straße, die über Einsiedeln führt, von den Leuten des Klosters, die sie vertheidigen sollten, aufgegeben sei, nöthigte die Schwyzer, um die Gefahr im Rücken zu vermeiden, sich nach Rothenthurm zurückzuziehen. Die Franzosen folgten, aber eben als sie sich in der Ebene zum Angriff bereiteten, gab auch Reding das Zeichen zur Schlacht. Mit gewaltigem Anlauf wurden die feindlichen Reihen durchbrochen, und nach viertelstündigem Handgemenge flohen die Franzosen gegen Morgarten zurück. Noch einmal suchten sie von da aus durch Umgehung die Schwyzer aus ihrer Stellung zu vertreiben, aber dieser Versuch hatte noch übleren Erfolg als der frühere. Wie vor fünfhundert Jahren, sah das Feld bei Morgarten den Sieg der schwyzer Hirten gegen die Ueberzahl eines kriegsgeübten Heeres. Kleinere Gefechte am folgenden Tage brachten den Franzosen so geringen Gewinn und so übergroßen Verlust, daß Schauenburg dringend wünschte, eines solchen Feindes in solchem Lande überhoben zu sein. Auch die Schwyzer mußten dauernden Widerstand als unmöglich erkennen. Am 3. Mai schloß Reding mit Schauenburg einen Waffenstillstand, und Tages darauf ließ sich die Volksgemeinde in Schwyz, freilich nicht ohne heftiges Widerstreben, von ihren Vorstehern für eine Capitulation gewinnen. Die helvetische Verfassung wurde angenommen, dagegen erhielt man die Versicherung, daß die katholische Religion unverletzt bleiben, und, was das Wesentlichste war, daß das Land seine Waffen behalten, keine Contribution bezahlen und von französischen Truppen nicht besetzt werden sollte [1]). Nach dem Vorgange von Schwyz bequemten sich auch Uri, Glarus, Appenzell, Unterwalden und das Rheinthal, die Verfassung anzunehmen; an andern Orten konnte der Widerstand durch Hülfe französischer Truppen leicht bewältigt werden. Nur nicht im Ober-

1) Monnard, Geschichte der helvetischen Revolution I, 102 fg.

wallis. Diese Landschaft hatte sich anfangs den Anordnungen des Agenten Mangourit gefügt, aber der Aufstand der Urcantone wirkte auch über das Gebirge. Gegen 4000 Bauern aus den oberen Zehnten zogen die Rhone hinab, hielten am 6. Mai unter dem Jubel des Volkes in der Stadt Sion ihren Einzug, und Mangourit mußte eilig auf waadtländisches Gebiet flüchten. Aber bald kehrten waadtländische und französische Truppen zurück; in einem blutigen Gefecht an der Morge, am 15. Mai, wurden die Walliser geschlagen, und in Sion steckte man als Zeichen der Ergebung die weiße Fahne auf. Schon näherten sich französische Husaren dem Thor, als ein unbotmäßiger Anführer eine Kartätsche abfeuern ließ, die mehrere Husaren tödtete. Dies war das Signal eines entsetzlichen Gemetzels; mehrere hundert Menschen wurden erschlagen, die Stadt acht Stunden lang geplündert; keine Gräuel, die nicht, meistens von Schweizern gegen Schweizer, verübt wären; den Besiegten legte der französische General schwere Bedingungen auf [1]).

Während dies an der obern Rhone geschah, war unten am See, in Genf, das letzte Ziel der Franzosen schon erreicht. Der Agent Desportes hatte nicht ohne gewaltsame Mittel bewirkt, daß man im April eine Commission einsetzte, um über die Vereinigung mit Frankreich zu berathen. Doch bedurfte es erst des Einmarsches französischer Truppen, um von den 120 Mitgliedern 60 von der Abstimmung fern zu halten und 40 für die Vereinigung zu gewinnen, die dann in einem Vertrage vom 26. April förmlich ausgesprochen wurde. Schon am 28. Januar hatte sich die Stadt Mülhausen im Elsaß mit größerer Bereitwilligkeit derselben Nothwendigkeit unterworfen [2]). Das gesammte Gebiet der Schweiz war jetzt entweder Frankreich oder der helvetischen Einheitsrepublik zu-

1) Der prahlende Bericht des Generals Lorge an Brüne vom 22. Mai mit den Berichtigungen Stürler's im Archiv f. schweiz. Gesch. XVI, 330.

2) De Clerq, Traités de la France I, 347, 358. Das Gesetz über die Errichtung des Département du Léman erfolgte am 25. August.

getheilt; nur in Graubündten standen die feindlichen Parteien und neben ihnen französischer und österreichischer Einfluß in unentschiedenem Kampfe gegenüber.

Aber auch in der helvetischen Republik fanden die Franzosen nicht die Fügsamkeit, welche sie verlangten. Ein durch Jahrhunderte gekräftigtes Selbstbewußtsein konnte nicht mit einem Male willenlos fremder Willkür sich beugen. In das schweizerische Directorium hatte die Wahl des gesetzgebenden Körpers am 23. April fünf Männer berufen, deren Tüchtigkeit und festen Charakter auch die früheren Gegner aus der aristokratischen Partei anerkennen. Ochs befand sich nicht darunter. Gerade weil sie die Pflichten ihres Amtes ernst nahmen, geriethen sie in unvermeidlichen Widerstreit mit den angeblichen Beschützern, die von Tag zu Tage gewaltsamer ihre Herrschaft fühlen ließen. Es war schon eine üble Vorbedeutung, daß nach Bern ein Commissar des Directoriums gekommen war, dem die Agenten in Basel und Wallis und, in politischen Angelegenheiten, sogar der Obergeneral sich unterordnen sollten. Denn Commissare dieser Art wurden nur in ein Land geschickt, das man als erobert und noch dem Kriegsrecht unterworfen betrachtete. Lecarlier hatte seine Wirksamkeit, wie wir uns erinnern, damit begonnen, daß er die unbedingte Annahme der in Paris verfaßten helvetischen Constitution forderte. Schon Brüne hatte die öffentlichen Kassen geleert. Jetzt legte Lecarlier unter den gebräuchlichen Declamationen gegen die Oligarchen den vormals regierungsfähigen Familien der Cantone Bern, Zürich, Luzern und Solothurn eine Contribution von 15 Millionen Franken auf. Eine andere Million sollte die Geistlichkeit von Luzern, St. Urban und Einsiedeln entrichten; um die Eintreibung zu sichern, wurden zahlreiche Geißeln aus Bern und Solothurn nach Straßburg abgeführt [1]). Wer könnte im einzelnen aufzählen, was von den verschiedenen Agenten, insbesondere dem Armee-Commissar Rouhière, in Bern, Freiburg

1) Monnard a. a. O. I, 80.

und an anderen Orten weggenommen wurde? Schauenburg wird als uneigennützig gerühmt, aber er besaß nicht die Kraft, dem Unfug zu steuern, auch nicht Brüne's Geschicklichkeit, harte Maßregeln durch freundliche Formen zu mildern. Das Unheil steigerte sich, als Lecarlier schon nach wenigen Wochen in Paris das Polizeiministerium übernahm und wieder einen Verwandten Rewbel's zum Nachfolger erhielt. Rapinat hieß dieser Mensch, leider nicht bloß in Folge seines Namens der Typus für eine Klasse schamloser, privilegirter Räuber. Bald gerieth er in Zwiespalt mit den bernischen Behörden, mit dem helvetischen Directorium, ja mit Talleyrand, seinem eigenen Minister, den er aber, im Gefühle seiner hohen Verwandtschaft, kaum als seines Gleichen ansah. Die bernische provisorische Regierung hatte noch während Brüne's Anwesenheit zwei angesehene Männer, Lüthard und Stapfer, nach Paris geschickt, die später von der Verwaltungskammer des in seinem Umfange so wesentlich geschmälerten Cantons und, nach Verkündigung der Einheitsverfassung, auch von dem helvetischen Directorium als Bevollmächtigte anerkannt wurden. Neben den officiellen Vertretern wirkte aber der vormalige Münzwardein, Gottlieb Jenner, den wir nach der Eroberung Berns mit Brüne in Unterhandlung sahen. Er hatte es verstanden, den General so sehr für sich einzunehmen, daß Brüne ihn am 25. März mit den in Bern geraubten Geldern nach Paris gehen ließ, insbesondere um über die Verwerthung der fremden Schuldtitel mit der französischen Finanz-Verwaltung zu unterhandeln. Unterstützt durch die außerordentliche Geschicklichkeit dieses Mannes gelang es den beiden Bevollmächtigten, am 27. April mit Talleyrand einen Vertrag zu Stande zu bringen. Man erhielt zwar nicht alles, was man wünschte, nicht die Wiedervereinigung des Oberlandes und des Aargaues, nicht die Erhebung Berns zum Sitz der helvetischen Regierung, aber ein wichtiger Erfolg war die Rückgabe der fremden Schuldtitel im Werthe von beinahe achtzehn Millionen Franken gegen die Verpflichtung, den auf Bern fallenden Theil der von Lecarlier

auferlegten Contribution im Betrage von vier Millionen zu entrichten. Nach Bezahlung der ersten Million sollten die Geißeln frei werden, vom 1. Mai ab die französische Armee im Canton Bern keine Contribution mehr erheben und sich auf eigene Kosten ernähren. Nicht ohne klingende Ueberzeugungsgründe war Jenner dahin gelangt; ein französischer Vermittler erhielt 50,000 Franken, andere in untergeordneter Stellung 10,000 Franken, und in die sogenannte schwarze Kasse des Ministeriums wanderte eine Million statt der anderthalb Millionen, die Jenner für die Gewährung auch der beiden abgeschlagenen Wünsche versprochen hatte [1]). Wäre nur mit dem Abschluß des Vertrages auch die Erfüllung gesichert worden! Als Jenner mit den Schuldtiteln nach Bern zurückkehrte und von Rapinat das Aufhören der Contributionen und Lieferungen forderte, erklärte der Commissar, er werde sich eher in Ketten nach Paris schleppen lassen, als ein Machwerk wie den Vertrag zur Ausführung bringen. Er verharrte bei seinen Maßregeln, und nur durch wiederholte Beschwerden erlangten Lüthard und Stapfer in Paris das Zugeständniß: die nach dem 1. Mai ausgeschriebenen Lieferungen sollten den von Bern versprochenen vier Millionen abgerechnet werden.

Rapinat's heftiger Zorn richtete sich deßhalb gegen die Abgesandten. Daß sie nicht zurückberufen wurden, war einer der Punkte, die er dem helvetischen Directorium am bittersten zum Vorwurf machte; aber auch außerdem fand er Tag für Tag Gelegenheit zu neuen Händeln. Nichts, worin der Commissar sich nicht gemischt hätte. Er ließ die Siegel abreißen und die Thüren mit Gewalt öffnen, die von den Landesbehörden angelegt oder geschlossen waren; bald beschuldigte er die Directoren öffentlich oligarchischer Neigungen, dann sogar verrätherischen Einvernehmens mit dem Auslande. Leider waren Schweizer, darunter Ochs, der sein Streben nach einem Direc-

1) Archiv f. schw. Gesch. XII, 422 fg. XVI, 332 fg. XIX, 91, 97, 100, 175 fg.

torialsitz getäuscht sah, pflichtvergessen genug, den fremden Gewalthaber in seinem Thun noch zu bestärken und zu reizen. So geschah es, daß Rapinat am 16. Juni an das Directorium eine Reihe von Verfügungen erließ, die an Frechheit alles, was bisher geschehen war, überboten. Mit bittern Worten beklagt er sich über die Behörden von Bern und Luzern, aber vor allem über die Gesandten in Paris, welche in den von England besoldeten Journalen ihre vergifteten Pfeile abschössen. Das Directorium sei dafür verantwortlich, weil es die Gesandten noch anerkenne und in ihren hinterlistigen Machinationen unterstütze; auch das Treiben in Bern und Luzern daure nur deßhalb fort, weil es im Directorium einen Rückhalt fände. Deßhalb, meint er, würden die Directoren Bay aus Bern und Pfyffer aus Luzern gut thun, sich zurückzuziehen, der Minister des Auswärtigen Begos würde voraussichtlich nicht zögern, ihrem Beispiele zu folgen; von den Cantonalbehörden in Bern und Luzern müsse dasselbe gelten. Für Luzern wird sogleich eine neue Regierung ernannt, die beiden ausscheidenden Directoren — so bald ist der Rath zum Befehl geworden — verspricht Rapinat demnächst durch Bürger, welche Frankreich und ihrem Vaterlande ergeben seien, zu ersetzen. „Der Generalstabsoffizier," heißt es zum Schluß, „der Ihnen dies Schreiben überbringt, wird Ihre Antwort erwarten und mir zurückbringen. Seinem Bericht zufolge werde ich die Maßregeln treffen, welche mein fester Wille und der bestimmte Entschluß, Helvetien zu retten, mir gebieten."

Zwei Tage später, am 18. Juni, erklärte ein öffentlicher Erlaß die ganze Schweiz für ein erobertes Land, und deßhalb den französischen Commissar für befugt, alle bürgerlichen, politischen und finanziellen Angelegenheiten zu leiten. Alle Widersacher der Franzosen sind besoldete Knechte des englischen Cabinets, das in dem gesetzgebenden Körper und im Directorium eine gefährliche Faction unterhält. Deßhalb sollen alle Anordnungen dieser Körperschaften, die den Anordnungen des Commissars widersprechen, für nichtig erklärt, alle Journalisten,

überhaupt alle, die sich herausnehmen, gegen die Franzosen zu reden oder zu schreiben, vor ein Kriegsgericht gestellt, ihre Pressen und Instrumente vernichtet werden. — Die Furcht vor dem wüthenden Menschen, der über Schauenburg's Soldaten verfügte, war so groß, daß die beiden Directoren und der Minister in der That am 19. Juni ihre Entlassung nahmen. Ochs hatte die Schamlosigkeit, sich von dem Unterdrücker seines Vaterlandes für die höchste Magistratur ernennen und in das Directorium einführen zu lassen. „Um halb zwölf Uhr," sagt das Sitzungs-Protokoll vom 21. Juni, „ist der Bürger Meunier, Brigadechef des 3. Cavallerieregiments, hereingetreten, indem er den Bürger Ochs an der Hand führte; hinter ihnen kamen der Bürger Dolder und acht Offiziere. Der Bürger Meunier hat dem Präsidenten des Directoriums, Bürger Oberlin, ein Schreiben des Obergenerals vorgelegt, welches ihm Auftrag und Gewalt gibt, die Bürger Ochs und Dolder als Directoren einzusetzen. Nachdem der Brief verlesen war, hat der Bürger Meunier das Wort ergriffen und den drei im Amt verbleibenden Directoren, Bürgern Oberlin, Legrand und Glayre, die Bürger Ochs und Dolder vorgestellt, als von dem Commissar der französischen Regierung Rapinat ernannt, mit ihnen im Directorium zu sitzen. Er hat sie eingesetzt und eine Rede auf seine Sendung bezüglich verlesen. Der Bürger Ochs hat alsdann eine Rede verlesen über die Gesinnungen, welche er in seine neue Würde mitbringt, und über die glückliche Zukunft, die er für das Vaterland erblühen sieht. Der Bürger Oberlin hat dem einen wie dem andern geantwortet, und die fünf Directoren haben sich mit dem Bruderkuß begrüßt [1])." Darauf festliches Mittagessen auf dem Stadthaus von Aarau, Abends Ball, Illumination und Toaste mit Artillerie-Salven.

Dies Verfahren erschien aber sogar den Machthabern in Paris zu arg. Die Klagen, die von allen Seiten aus der

---

1) Archiv f. schweiz. Geschichte XVI, 349 fg., 356 fg. Nouvelles politiques 13. Juli fg., 17. Juli Supplém.

Schweiz einliefen, die wiederholten Vorstellungen Laharpe's, die Bemühungen Jenner's, der Widerwille Talleyrand's, alles vereinigte sich jetzt, um die Gewaltthaten des Commissars in das rechte Licht zu stellen. Kaum hatte man die Nachricht erhalten, so erklärte das Directorium in einer Sitzung vom 20. Juni Rapinat's Verfügungen für ungültig; er selbst wurde abberufen, freilich nur, um mit einem andern Verwandten Rewbel's, dem nach Mainz geschickten Commissar Rudler — der Schwager mit dem Vetter — seine Stelle zu vertauschen. Schon am 24. machte Schauenburg dem gesetzgebenden Körper in Aarau diese Mittheilung. Darauf großer Jubel; die beiden ausgeschiedenen Directoren erklärten ihre Abdankung für ungültig und wurden trotz des Widerspruches von Ochs in ihre Stellen wieder eingesetzt; der große Rath wollte die Abberufung des Bedrängers durch ein allgemeines Freudenfest begehen [1]). Aber ein ganz anderes Fest stand bevor. Rewbel trat für seinen Schwager ein; das frühere Decret wurde zurückgenommen, ein außerordentlicher Courier machte Schauenburg, alsdann dem helvetischen Directorium die Mittheilung, daß Rapinat auf seinem Posten bleiben würde. In Folge dessen nahmen Bay und Pfyffer am 29. Juni aufs neue ihre Entlassung, der große Rath wählte aus den vom Senat ihm vorgeschlagenen Candidaten Laharpe und Ochs zu ihren Nachfolgern. Mit Festen und Freudenschüssen ließ Rapinat sogleich den bei ihm in Bern verweilenden Director Ochs begrüßen; am 2. Juli führte er ihn unter militärischer Begleitung selbst in Aarau in sein neues Amt ein. Dem andern Gewählten, Laharpe, wagte man kaum die Wahl mitzutheilen, und es schien sehr zweifelhaft, ob er sie annehmen dürfe. Denn nicht er, sondern Dolder war neben Ochs von Rapinat vorgeschlagen, und am Tage nach der Wahl hatte ein Brief Schauenburg's den gesetzgebenden Körper bedeutet: die Verfügungen Rapinat's seien zwar zurückgenommen, das französische Directorium erwarte je-

1) Nouvelles politiques 13. Juli, 20. Juli Supplém.

doch, daß man keinen andern als die beiden von dem Commissar vorgeschlagenen Directoren an Stelle der abgetretenen wählen würde. Aber Laharpe, muthig und entschlossen, wie er war, ließ sich nicht abschrecken. In einem würdigen Schreiben erinnerte er die französischen Directoren an die Dienste, die er der Sache der Freiheit geleistet habe, und sein Einfluß war bedeutend genug, um die entscheidenden Stimmen zu gewinnen [1]). Aber was war aus der gepriesenen helvetischen Freiheit geworden, wenn selbst ein solcher Mann vorerst die Genehmigung der französischen Regierung erbitten mußte? Die Gerüchte von einer Incorporirung der Schweiz erwachten mit neuer Stärke; Schauenburg sah sich veranlaßt, sie in einer besondern Proclamation als Verläumdung zu erklären [2]).

Um so mehr wünschte man die Unabhängigkeit des Landes förmlich anerkannt zu sehen, sodann durch einen Handelsvertrag den unentbehrlichen Verkehr mit Frankreich wieder herzustellen. Jenner war für diesen letzteren Zweck abermals nach Paris geschickt und bald auch für den Bündnißvertrag neben dem eigentlichen Gesandten Zeltner bevollmächtigt. Aber die Franzosen wollten noch nichts von einem Handelsvertrage hören, vielmehr die üble Lage der neuen Republik für die Bedingungen des Bündnisses ausnutzen. Wenn die Schweiz, der alten Politik entsprechend, eine neutrale Stellung wünschte, so verlangten sie ein Angriffs- und Vertheidigungsbündniß und noch dazu 18,000 Mann Hülfstruppen. Umsonst bot Jenner seine ganze Geschicklichkeit auf, umsonst wandte er sich an seinen früheren Beschützer Brüne. Am 11. August ließ Talleyrand die Deputirten kommen und überreichte ihnen den Vertragsentwurf, wie das Directorium ihn festgestellt hatte. Jetzt, sagte er, müsse die Schweiz entscheiden, ob sie österreichisch oder französisch werden wolle. Treilhard, den die Gesandten ansprachen, erwiederte unumwunden: „Unterzeichnen Sie, oder

1) Nouvelles politiques 20. Juli, 31. Juli, 3. August Supplém.
2) Nouvelles politiques 3. August.

machen Sie sich auf die Union gefaßt. Die Lage der rastatter Verhandlung erfordert unumgänglich, daß Sie auch für den Angriff mit uns verbunden sind [1])." Kaum erhielten die Gesandten Zeit, noch einmal in Aarau anzufragen; am 19. August wurde unterzeichnet.

Das Offensiv- und Defensivbündniß war in der Weise festgestellt, daß Frankreich im Falle des Krieges gegen eine Coalition die Staaten bestimmen konnte, gegen welche die Schweiz Beistand zu leisten hätte (Art. 2). Ihre Unabhängigkeit wurde von Frankreich anerkannt, aber zugleich die Einheit ihrer Regierung in der Weise verbürgt, daß Frankreich gegen jeden Versuch der Oligarchen, die Verfassung zu verändern, einschreiten müsse. Umsonst suchte Jenner diesen Artikel zu beseitigen, der nur zu sehr an die russische Garantie für die polnische Verfassung erinnerte. Es war abermals Ochs, der, wie er schon das Offensivbündniß gefordert hatte, auch jetzt wieder im Interesse seiner Partei der Einmischung des Auslandes das Wort redete. „Wir haben diese Idee nicht aufgebracht, man wünscht es so in Aarau," erwiederte Talleyrand ungeduldig den Gesandten, als sie die entehrende Fessel abzuschütteln suchten.

Und diese blieb nicht die einzige. Nicht genug, daß Frankreich das ganze, ehemals zum Bisthum Basel gehörige Gebiet sich abtreten ließ (Art. 4), es forderte auch zwei Handels- und Militärstraßen, die eine durch den Norden der Schweiz nach Deutschland, die andere durch das Rhonethal nach Italien (Art. 5), wie sie Bonaparte ein Jahr früher hatte verlangen wollen. Erlassen wurde nur die Forderung, daß die Schweiz 5000 Mann französischer Truppen besolden müsse. Ja in den geheimen Artikeln versprach Frankreich der Schweiz das Frickthal und seine guten Dienste zur Erwerbung von Graubünden und Vorarlberg. Der Vertrag mit Bern vom 27. April

1) Monnard a. a. O. I, 154 fg. Jenner's Denkwürdigkeiten im Archiv f. schweiz. Geschichte XVI, 384 fg.

wurde bestätigt; Frankreich versprach sogar, die Truppen in der Schweiz zu vermindern und nach drei Monaten ganz zurückzuziehen. Rapinat war deßhalb äußerst unzufrieden, aber seine Beschwerden wurden in Paris zurückgewiesen. Leider dauerte es doch noch bis in den Anfang des neuen Jahres, ehe er, „mit Fluch und Gold beladen," das geplagte Land verließ.

Auch der Vertrag brachte nicht die erwarteten Vortheile. Der wesentlichste Artikel über den Rückzug der französischen Truppen wurde schon durch die Lage der politischen Verhältnisse wirkungslos, und die Maßregeln des helvetischen Directoriums führten leider dahin, daß man fremde Hülfe sogar gegen die eigenen Landsleute nachsuchen mußte. Bei großen politischen Umwälzungen fehlt es niemals an Unzufriedenen; in der Schweiz wurde ihre Zahl durch die Zerrüttung der socialen Verhältnisse noch gesteigert. Noch nichts war geschehen, die Noth des Landes zu mildern; um so größere Mißbilligung fand eine Reihe von Verordnungen, welche die Befugnisse des Directoriums erweiterten und den Directoren, wie den Beamten und den Mitgliedern der Räthe so hohe Gehälter auswarfen, daß der Gesammtbetrag die für die Kräfte des Landes unverhältnißmäßige Summe von jährlich 3 Millionen Gulden erreichte [1]). Aber herrschende Parteien verlangen gerade, wenn sie von dem Bewußtsein einer weit verbreiteten Mißstimmung sich gedrückt fühlen, am eifrigsten ein äußeres Zeichen der Zufriedenheit oder Unterwerfung. So erging am 11. Juli das Gesetz: alle Beamten und Bürger, auch die Geistlichen sollten sich durch einen Bürgereid verpflichten, der Sache der Freiheit und Gleichheit mit allem Eifer und aller möglichen Pünktlichkeit zu dienen. Weigerung oder Versäumniß wurde mit dem Verlust der bürgerlichen Rechte, jeder Versuch der Ruhestörung mit Landesverweisung bedroht.

In den meisten Cantonen leistete man den Eid ohne

1) Monnard a. a. O. I, 164 fg.

Widerstand; in andern, so im Appenzell, in St. Gallen, kam es zu Tumulten, die bald unterdrückt wurden. Am höchsten stieg die Aufregung in den uralten Sitzen schweizerischer Freiheit, die nur Angesichts der französischen Heeresmacht und nur unter der bestimmten Bedingung, daß ihre Religion geachtet würde, der helvetischen Constitution sich gefügt hatten. Was zuerst geschah, war, daß Rapinat die Constitution zu ihrem Nachtheil veränderte; er vereinigte die vier Cantone in einen einzigen unter dem Namen Waldstedten, um dadurch die Zahl ihrer Abgeordneten zum Senat und zum großen Rath auf ein Viertel — von 48 auf 12 — zu vermindern [1]). Schon die Menge fremder Gesetze, Namen und Einrichtungen, erregte das Mißtrauen dieser an die einfachsten Formen freier Selbstverwaltung gewohnten Hirtenbevölkerung. Dazu kam, daß das Versprechen wegen der Religion wenigstens nach ihrer Auffassung durchaus nicht gehalten wurde. Schon am 8. Mai hatte man das Vermögen der Stifter und Klöster mit Beschlag belegt, wenig später die Zehnten aufgehoben, jetzt am 20. Juli erfolgte das Verbot, Novizen aufzunehmen, am 2. August ein Gesetz über gemischte Ehen, alles Bestimmungen, welche die Geistlichkeit, die Klöster und die ihnen durchaus ergebene Bevölkerung auf das empfindlichste reizten, ja in ihrer Existenz bedrohten.

Und gerade jetzt sollte man sich einer Regierung, die dergleichen angeordnet, durch einen Eid verpflichten? Angesichts der erdrückenden Uebermacht riethen gleichwohl die Cantonalbehörden, auch der verständige Theil der Geistlichkeit, abermals zum Gehorsam. Uri blieb ruhig, in Schwyz nöthigte eine stürmische Volksversammlung am 18. August den Statthalter zur Flucht, doch genügte das Einschreiten des helvetischen Directoriums, die Ruhe herzustellen. Anders in Unterwalden. Dieser Canton war von den Kämpfen im Frühjahr unberührt

1) Monnard a. a. O. I, 120. Rapinat an Brüne, Arch. f. schweiz. Gesch. XVI, 332.

geblieben, aber nur mit äußerstem Widerstreben neun Tage später als Schwyz, am 13. Mai, der Verfassung beigetreten. Fanatische Priester, ein Pfarrer Käsli von Beckenried, der Diaconus Lussi von Stanz, waren die Leiter des Volkes, Mönche aus Tyrol kamen über das Gebirge; man versprach den Beistand des Kaisers, die Wunder des Himmels, mit jedem Tage nahm die Gährung zu. Auf einer großen Versammlung zu Stanz am 18. August wäre der Unterstatthalter beinahe ermordet worden; Verhandlungen mit dem helvetischen Directorium blieben ohne Erfolg, die Unterwerfung wurde verweigert, und am 29. August in der Volksversammlung unter leidenschaftlichen Ausbrüchen der Begeisterung alles auf den Krieg gestellt. Das Directorium, machtlos, wie es war, mußte Hilfe bei den Franzosen erbitten. Schauenburg hatte bereits Truppen versammelt; eine Frist wurde bis zum 30. August, als sie ablief, bis zum 6. September gesetzt, dann sollte der Angriff beginnen.

Was folgt, ist der Art, daß man nicht weiß, ob man es mehr bewundern oder mehr beklagen soll. Einem trefflich ausgerüsteten Heere von 17,000 Franzosen stellten sich 2000 Bauern entgegen, mit wenigen Kanonen, hinter eilig aufgerichteten Verhauen, ganz auf sich angewiesen, denn die von den Anstiftern verheißene fremde Hülfe erschien weder aus Oesterreich noch aus den nachbarlichen Cantonen. Schauenburg erkannte gleichwohl, daß ihm keine leichte Arbeit bevorstände. Zwei Tage vergingen unter Scheinbewegungen ohne Ergebniß; erst am 9. September erfolgte von zwei Seiten der Hauptangriff: auf Kähnen vom See her und mit der Hauptmacht durch das Entlibuch über Alpnach. Ein blutiger Kampf erhob sich auf dem Roßberg, und wieder zwang unvergleichliche Tapferkeit der Hirten die Franzosen mehrmals zum Weichen; einige Verstärkungen, eine geschickte einheitliche Leitung hätten vielleicht eine entscheidende Wendung herbeigeführt. Endlich gab die Uebermacht den Ausschlag. Wie Brüne vordem die Kapelle bei Murten zerstört hatte, so wurde jetzt seinem Nachfolger

der Triumph, die Kapelle Winkelried's anzuzünden. Der Brand war das Signal für die Truppen auf dem See, die nun gleichfalls das Ufer erreichten. Unter steten Kämpfen kamen die Franzosen gegen Mittag bis nach Stanz. Ein unzeitiger Schuß, während man schon parlamentirte, reizte die durch den Kampf erbitterten Soldaten zur Wuth. Kein Alter, kein Geschlecht wurde geschont, Frauen auf offener Straße geschändet, Säuglinge in den Armen der Mütter ermordet, oder in die Flammen der brennenden Häuser geschleudert. Abends war die vordem blühende Stadt ein rauchender Trümmerhaufen. Auf dem Lande dauerte das Morden, Rauben und Plündern noch zwei Tage; selbst Schauenburg's Ankunft konnte die Gräuel nur mildern, nicht zum Aufhören bringen.

Am Tage nach dem Gemetzel ersuchte das helvetische Directorium den französischen General, in ganz Unterwalden Freiheitsbäume errichten zu lassen; die Räthe mußten erklären, die Mordbrenner hätten sich um das Vaterland verdient gemacht. Aber durch die ganze Schweiz ging ein Schrei des Entsetzens, selbst bei den französischen Soldaten regte sich das Mitleid. Schauenburg ließ die in die Wälder geflüchteten Einwohner zurückrufen und Lebensmittel vertheilen; als das Directorium ihm eine den Schwyzern auferlegte Contribution von 60000 Franken zum Vortheil seiner Truppen anbot, gab er zur Antwort: nach seinem und seiner Soldaten Wunsche möge die Summe zur Erleichterung der unglücklichen Werkzeuge des Fanatismus verwendet werden. Von allen Seiten flossen milde Gaben; was vor Allem Noth that, war die Errichtung eines Waisenhauses. Damals zuerst drang der Name Johann Heinrich Pestalozzi's über die schweizerischen Grenzen; bald hatte er in Stanz mehr als hundert elternlose Kinder um sich versammelt, und damals zuerst konnte er die Grundsätze zur Geltung bringen, die für die Bildung der Jugend noch heute ihren Werth nicht verloren haben.

Mit dem Blutbad bei Stanz war aber für die nächste Zeit der Widerstand gebrochen. Die Regierung konnte es

wagen, anfangs October ihren und der gesetzgebenden Räthe Sitz nach Luzern zu verlegen. Am 7. October leistete das Volk von Unterwalden noch über den Trümmern der niedergebrannten Häuser den Eid auf die Verfassung. Arth blieb von den Franzosen besetzt; die Waffen, selbst die alten Trophäen des Mittelalters, mußten ausgeliefert und auf offenem Platze verbrannt werden. Ohne jede Veranlassung brachen am 19. October 2400 Franzosen in das bisher noch verschonte Glarus ein, um den Schatz und das Zeughaus zu leeren. Ihre Verbindungen reichten schon über das Gebirge nach Graubündten; auch dort war alles für eine gewaltsame Entscheidung vorbereitet. Bis wir aber dieser Entwicklung folgen, wird es nöthig, auf die Ereignisse jenseits der Alpen einen Blick zu werfen.

---

Rapinat bemerkt in dem Briefe, der die Abdankung der helvetischen Directoren fordert, es sei nicht das erste Mal, daß die französische Republik eine ihr so natürliche Energie zur Rettung eines befreiten Volkes hervortreten lasse; er verweist auf die Vorfälle in der cisalpinischen Republik.

In der That, man war dort in ganz ähnlicher Weise vorgegangen, ja noch rücksichtsloser, weil sich mit besserem Scheine das Recht der Eroberung ansprechen ließ, und nicht die gleiche Kraft des Widerstandes zu befürchten war. Wir haben gesehen, wie wenig der Vertrag, welchen Talleyrand im Februar den cisalpinischen Gesandten vorlegte, von der Unabhängigkeit des Landes bestehen ließ. Serbelloni, immer gefügig, war gleichwohl zur Annahme bereit, auch Visconti unterzeichnete, nachdem er in Nebendingen einige Milderung erlangt, und gegen die drückendsten Forderungen vergebens Einspruch erhoben hatte. Selbst das Directorium in Mailand wagte keinen Widerstand, obgleich zwei Mitglieder, Paradisi und Moscati, ihr Mißvergnügen nicht verhehlten. Die Lage war in den letzten Monaten von Tag zu Tage trauriger ge-

worden. Die gesetzgebenden Versammlungen haderten unter sich und mit dem Directorium. Im Rathe der Jungen, wo die demokratischen Elemente überwogen, hatte man die von Bonaparte der Preßfreiheit und dem Vereinsrecht gesetzten Schranken beseitigt, und die Masse des Volkes, durch die Kriegsnoth, die zunehmende Verarmung und vor allem durch die Maßregeln gegen die Geistlichkeit gereizt, säumte nicht, die ungewohnte Ungebundenheit gegen die herrschende Partei und die Franzosen zu benutzen. Im Theater, dem einzigen Ort, wo seit Jahrhunderten eine öffentliche Meinung sich äußern konnte, wurde alles, was sich gegen die neuen Bedrücker deuten ließ, beklatscht, und die herkömmliche republikanische Phrase mit offenem Hohn zurückgewiesen. Die Sache schien so wichtig, daß ein Gesetz vom 23. Februar sechs Specialgerichte anordnete, die jeden, der an einem öffentlichen Orte einem Souverän oder einer nicht demokratischen Republik applaudiren, oder die öffentlichen Zeichen der Freiheit verletzen, oder falsche Gerüchte verbreiten würde, mit dem Tode bestrafen sollten [1]). Aber solche Maßregeln wurden schon durch das Uebermaß der Strenge unausführbar, und ein so witziges Volk fand immer neue Mittel, seinen Gesinnungen Ausdruck zu geben.

Als die Forderungen der Franzosen bekannt wurden, erregten sie bei allen Parteien beinahe gleiche Unzufriedenheit. Zuerst im Rathe der Jungen. Es schien unerträglich, daß fremde Truppen das Land besetzen und dafür noch achtzehn Millionen jährlich erhalten sollten. Gleichwohl überwog der französische Einfluß, nach einer dreizehnstündigen, stürmischen Berathung wurden die Verträge mit 62 gegen 49 Stimmen angenommen. Anders im Rathe der Alten. Hier, wo gerade die gemäßigten, begüterten, angesehensten Männer des Landes ihren Platz hatten, erfolgte am 13. März beinahe einstimmig die Ablehnung. Das Directorium, in großer Verlegenheit, benutzte einen Formfehler — der Senat, der nach der Verfassung

1) Nouvelles politiques 3. April aus Mailand vom 12. März.

nur einfach annehmen oder ablehnen durfte, hatte seine Entscheidung ausführlich motivirt — um den Beschluß für ungültig zu erklären. Der wahre Grund war nur zu wohl bekannt, und der Rath der Alten fragte, ehe er in neue Berathung eintrat, bei dem Directorium an, wessen man sich im Falle wiederholter Ablehnung von Seiten des Generals Berthier zu versehen habe. Das Directorium weigerte eine schriftliche Antwort, eröffnete aber mündlich dem Präsidenten, den es zu sich bescheiden ließ, daß der General leicht den Belagerungszustand erklären und strenge Maßregeln gegen die Urheber des Widerstandes ergreifen könne [1]). Die Versammlnng blieb nichtsdestoweniger bei ihrem Sinn; am 15. März wurde der Vertrag abermals verworfen. Aber in demselben Augenblick trat der Widerspruch hervor, daß ein Land, ganz in französischer Gewalt befindlich, selbstständig handeln wollte. Das Directorium erließ eine heftige Kundgebung gegen die falschen Patrioten, die, vielleicht von fremden Mächten besoldet, den schweren aber nothwendigen Vertrag zu verläumden wagten. Noch entscheidender wirkte eine Proclamation Berthier's, der am 17. März aus Genua die Erklärung erließ: er habe die Mittel in der Hand, der französischen Republik die gebührende Achtung zu verschaffen. Jeder mußte erkennen, daß fernerer Widerstand den Bruch mit Frankreich und den Untergang der Republik bedeute; am 20. März gab auch der Rath der Alten seine Zustimmung [2]), und Berthier fand, als er nach Mailand zurückkehrte, seinen Willen schon ausgeführt.

Unterdessen war aber die Nachricht von der vorgängigen Ablehnung nach Paris gelangt, und ein so frevelhaftes Unterfangen von den dortigen Gewalthabern mit verdienter Entrüstung aufgenommen. Nach der französischen Theorie trat jetzt der Fall ein, in welchem die cisalpinische Republik aller

---

1) Nouvelles politiques 10. April, aus Mailand vom 16. März; Moniteur 31. März.

2) Nouvelles politiques 10. April, 13. April Supplément.

Rechte verlustig, wieder als erobertes Land zu betrachten war. Man dachte daran, die widerspenstigen Directoren nebst einer Anzahl von Abgeordneten zu verhaften und durch eine außerordentliche Contribution die in dem Vertrag geforderten Summen einzutreiben. Das Gerücht von solchen Maßregeln verbreitete sich, manche Zeitungen theilten sogar was erst geschehen sollte als schon Geschehenes mit[1]), und Bonaparte hielt für nöthig, sich zu Gunsten seiner Freunde Moscati und Paradisi bei dem Directorium zu verwenden. Er warnt dringend vor Gewaltmaßregeln; die Erniedrigung der kaum gegründeten cisalpinischen Regierung, schreibt er, sei ein Unglück für Frankreich, dagegen ein Triumph für Oesterreich und seine Anhänger[2]). Die Nachricht von der Annahme des Vertrages milderte in der That den Zorn des Directoriums; aber die Strafe sollte auch für den Versuch der Widersetzlichkeit nicht ausbleiben.

Mit dieser Absicht stimmte es sehr wohl, daß an Stelle Berthier's, der den politischen Angelegenheiten sich am liebsten fern hielt, ein General wie Brüne den Oberbefehl erhalten hatte. Am 3. April, drei Tage vor Berthier's Abreise, kam er in Mailand an. Eben waren wieder drei französische Soldaten auf der Straße angefallen, Brüne's erste Kundgebung war eine Verordnung, man solle bei Todesstrafe alle Dolche, Stilette und Dolchmesser ausliefern. Am 13. ließ er die beiden mißliebigen Directoren nebst dem Generalsecretär Sommariva zu sich bescheiden und kündigte ihnen an, die französische Regierung verlange, daß sie ihre Entlassung nähmen. Alle

---

1) Nouvelles politiques, 3. April, 6. April und Supplém. Dadurch sind zahlreiche Irrthümer entstanden, z. B. in der Geheimen Geschichte des Rastadter Congresses I, 376, sowie in älteren italienischen und neueren deutschen Werken. Auch der Moniteur vom 31. März bringt unter dem Datum: Paris, 10. Germinal (30. März) über einen am 15. März in Mailand gegen die Widersacher der Verträge ausgeführten Staatsstreich eine eingehende Mittheilung. Ich muß sie aber für eine Erfindung halten, weil sie mit den späteren Ereignissen sich nicht vereinigen läßt.

2) Corresp. de Napoléon, IV, 26, vom 27. März.

fügten sich ohne Widerspruch; sechs Mitglieder des Rathes der Alten, drei Mitglieder des Rathes der Jungen theilten dasselbe Loos; Zeitungen wurden unterdrückt, Journalisten verhaftet, Aufstände des Landvolks an verschiedenen Orten mit blutiger Grausamkeit geahndet [1]).

An Stelle der ausscheidenden Directoren ernannte Brüne am 15. April zwei frühere Minister, Testi und Lamberti. In einem Briefe an das cisalpinische Directorium begründet er sein Verfahren ganz der französischen Theorie gemäß: das Recht der Eroberung und die Militärgewalt beständen so lange, bis auch die französische Regierung den Bündnißvertrag ratificirt hätte. Diese Ratification wurde wohl gerade deßhalb noch verzögert, damit Brüne in Mailand nach Belieben schalten könne; und kaum war sie am 14. Mai erfolgt, als das Directorium auch der eben anerkannten Unabhängigkeit den Stempel französischer Herrschaft aufdrückte. In Paris war damals die Stellung der Parteien wunderlich verschoben. Die Regierung mußte ihre Freunde vom 18. Fructidor für gefährlicher halten, als die Aristokraten, suchte deßhalb in Frankreich, wie in den abhängigen Republiken die gemäßigten Parteien auf Kosten der radicalen zu stärken. Wir haben den Einfluß dieser Gesinnung in Batavien bemerkt; auch die nach Rom geschickten Commissare hatten in die neue Verfassung aristokratische Elemente aufgenommen. Etwas Aehnliches sollte in der cisalpinischen Republik geschehen, zugleich jeder Mißliebige, jeder, dessen Widerspruch zu fürchten war, zum Schweigen und zur Unthätigkeit gebracht werden. Unter den Mitgliedern des Directoriums war es La Revellière Lepeaux, der sich vorzugsweise mit den italienischen Angelegenheiten befaßte. Wir kennen ihn genau erst aus seinen Denkwürdigkeiten, die vor fünf Jahren von seinem

1) Nouvelles politiques, 4. u. 15. Mai, 25. Mai Supplém. (Namen der Ausgestoßenen, Brüne's Schreiben vom 15. April); Moniteur 27. April, 9. u. 15. Mai.

Sohne veröffentlicht wurden [1]). Wie war es möglich, daß ein Mann, so ganz mittelmäßig, ohne jede weder im Guten noch im Bösen hervorstechende Eigenschaft, von einer kaum glaublichen Beschränktheit des Urtheils wie des Gesichtskreises, in einer Republik durch Wahl auf die höchste Stelle gelangen konnte? Denn er besaß auch in keiner Weise die rücksichtslose Thatkraft der Schreckensmänner; er äußert tugendhafte, edelmüthige Gesinnungen, die man, wie seine theophilanthropischen Bestrebungen gar nicht als erheuchelt anzusehen braucht. Sein Liebling war ein junger Mensch Namens Trouvé, der sich in seinen Briefen auch dem einflußreichen Gönner wie ein Sohn dem Vater ergeben zeigt. La Revellière empfahl ihn zuerst für den wichtigen Posten eines General-Secretärs des Directoriums. Als die Sache mißlang, wurde er im Sommer 1797 als Legationssecretär nach Neapel, jetzt als Botschafter nach Mailand geschickt mit dem Auftrag, die in Paris erwünschten Veränderungen durchzuführen. Die cisalpinische Verfassung sollte, wo möglich auf gütlichem Wege, nöthigenfalls auch durch Gewalt, im Sinne der römischen umgestaltet, Macht und Mitgliederzahl des gesetzgebenden Körpers sollten gemindert, das Wahlrecht beschränkt, die Stellung des Directoriums verstärkt, gegen Presse und Vereine strengere Maßregeln ergriffen werden. Am 15. Mai langte der neue Botschafter in Mailand an, um sich bald darauf mit allen damals üblichen Feier-

---

1) Mémoires de La Revellière Lepeaux publiées par son fils, Nantes 1873, 3 vol. Das Werk wurde gleich nach seinem Erscheinen aus dem Buchhandel wieder zurückgezogen, es heißt, wegen der auf Carnot bezüglichen heftigen Ausdrücke. Nur ein einziges Exemplar ist auf der Nationalbibliothek in Paris noch zugänglich. Der Werth liegt nicht sowohl in den eigenen Mittheilungen La Revellière's als in zahlreichen Documenten, die aus der Amtszeit in seinem Besitze geblieben waren. Ein großer Theil ist leider später verloren gegangen, die übrigen füllen den dritten Band der Memoiren, darunter der Briefwechsel La Revellière's mit Trouvé, Faypoult und Daunou, der in die cisalpinischen und römischen Verhältnisse wünschenswerthen Einblick gewährt.

lichkeiten dem Directorium vorzustellen. In prächtig klingenden Worten rühmte er den Italienern den Edelmuth und die väterliche Zärtlichkeit der französischen Regierung; „meine Vorstellung," schreibt er an La Revellière, „war das schönste und imposanteste Schauspiel, das jemals stattgefunden hat [1])." Aber trotz der officiellen Dankreden konnte er sich bald überzeugen, wie wenig die Bevölkerung den Franzosen, und der gesetzgebende Körper seinen Absichten günstig war. Er suchte zuerst in vertraulicher Besprechung einzelne einflußreiche Mitglieder für die Verfassungsveränderung zu gewinnen, allein unter den Zugezogenen befand sich ein unabhängiger Mann, Montaldi, der den ganzen Plan im Rathe der Jungen zur Anzeige brachte. Die Aufregung war ohne Gleichen; Flugschriften, Reden der bittersten Art folgten eine der andern, selbst im gesetzgebenden Körper wurde der Gesandte nicht geschont. Als er bald darauf die Präsidenten der beiden Räthe zu einem Feste eingeladen hatte, äußerten sie Bedenken, die Einladung anzunehmen, weil die Artikel 71 und 155 der Verfassung den Verkehr des gesetzgebenden Körpers mit fremden Diplomaten untersagten [2]); der Rath der Jungen ernannte eine eigene Commission, um die wichtige Frage zu untersuchen. Die Commission sprach sich verneinend aus, gleichwohl beschloß die Versammlung zu Gunsten des französischen Gesandten eine Ausnahme zu machen; aber unmittelbar nach dem Beschluß kam ein Billet Trouvé's, des Inhalts: er habe von der „schändlichen Commission" gehört und nehme seine Einladung zurück. Man versöhnte sich dann doch; die Präsidenten erschienen Tages darauf — am 17. Juni — bei dem Mittagessen, und der gesetzgebende Körper beschloß sogar acht Tage später, durch ein eigenes Fest die Verbrüderung der cisalpinischen mit der fran-

---

1) La Revellière, Mémoires III, 255.

2) Trouvé klagt schon im Mai über dieses Verbot: C'est de l'aristocratie de Venise toute pure, setzt er hinzu. Mémoires de La Revellière Lepeaux, III, 253.

zösischen Republik zu feiern. Aber der Erfolg scheint nicht eben glänzend gewesen zu sein; ein Bericht im Moniteur klagt, die Cisalpiner hätten gar keine Idee, wie man dergleichen nationale Feste begehen müsse [1]).

Das größte Hinderniß für Trouvé lag darin, daß er auch mit dem französischen General sich nicht einigen konnte. In Italien zuerst war der Gegensatz der Militärgewalt und der bürgerlichen hervorgetreten, in Italien war der Mann groß geworden, der später die Entscheidung gegeben hat. Auf diesem Boden, wo noch alles schwankend, die alten Verhältnisse zerrüttet, die neuen noch nicht befestigt waren, fanden unternehmende Heerführer stets von neuem Gelegenheit, Antrieb, Mittel, sich den aus der Ferne kommenden Befehlen ihrer Regierung unabhängig, ja trotzig und eigenwillig gegenüberzustellen. Trouvé berichtet, er habe bei seiner Einführung dem cisalpinischen Directorium das Schauspiel der rührendsten Einigkeit mit Brüne gegeben. In Wahrheit hatte beinahe mit seiner Ankunft der Streit begonnen, gewiß nicht ohne Schuld des Botschafters, der — der unbedeutende, noch durch keine Leistung ausgezeichnete junge Mann — in dem ersten Briefe an La Revellière durch ein antikes Citat zu beweisen sucht, daß „die Waffen der Toga weichen," also Brüne ihm den ersten Besuch abstatten müsse. Brüne empfand es dagegen schon unwillig, daß er nicht mehr allein die Gewalt in Händen hatte; er war doppelt erzürnt, als neben Trouvé noch Faypoult von Rom nach Mailand versetzt wurde, um als französischer Civilcommissar die Ordnung der finanziellen Angelegenheiten, eine Lieblingsbeschäftigung des Generals, zu übernehmen. Ebenso wenig billigte er die Verfassungsänderung und die Schwächung der ihm befreundeten demokratischen Partei. Trouvé und Faypoult klagen einer mehr als der andere, Brüne weigere jede Unterstützung; alles wäre leicht geworden, hätte er nur die Räthe bis zum 10. August vertagen wollen; statt dessen habe

1) Moniteur 6., 8., 9. Juli. Nouvelles politiques 27. Juli.

er die Präsidenten sogar in ihrem Widerstande bestärkt und lasse sich von den schlechtesten Demagogen berathen. Immer kommen sie darauf zurück: Anmaßung und Uebermuth der Militärgewalt seien unerträglich; sie habe alles gegründet, bringe nun auch alles wieder zum Welken, wolle niemanden über sich, nicht einmal neben sich dulden. Persönlich, meint Faypoult, sei Brüne ein braver Soldat, aber es sei durchaus nöthig, ihn Trouvé unterzuordnen. Dann schildert er die Uebel der finanziellen Lage: „Der Bündniß-Vertrag giebt monatlich 1,500000 Francs; sie reichen kaum für 25000 Mann. Wie soll man 50000 ernähren, da aus Paris gar nichts geschickt wird? Man hätte monatlich vier Millionen nöthig." Die Generale suchten und fanden denn auch willkommenen Vorwand zu Erpressungen, und die unzureichenden Einkünfte wurden durch Unterschleife noch gemindert. „Um keinen Preis", schreibt Faypoult, „möchte ich Haller's Nachfolger als Administrator sein; ich hielte es nicht vierzehn Tage aus; die Immoralität ist hier zu groß." Bei dem Feste des 14. Juli trat die Zwietracht zwischen Offizieren und Gesandtschaft in der anstößigsten Weise allen Augen offenbar zu Tage [1]).

Unterdessen näherte sich der neue Verfassungsentwurf seinem Abschluß. Trouvé und Faypoult waren einig; sie dachten sechs Deputirte dahin zu bringen, in einem Briefe an den Botschafter die Veränderung zu verlangen. Alles, meinen sie, wäre sicher, wäre nur Brüne nicht von so schlechten Menschen umgeben. Aber von anderer Seite gelangten so viele Klagen nach Paris, daß sogar das Directorium stutzte und seine Pläne zu verschieben wünschte. Die Aufregung in Mailand stieg mit jedem Tage. Faypoult selbst mußte bald erkennen, man werde unmöglich die Zustimmung der Räthe zu einem Staatsstreich gewinnen, durch welchen vier Directoren

1) Trouvé an La Revellière, 11. Juni, 5., 14. Juli, Faypoult an La Revellière, 30. Juni, an das Directorium, 30. Juni, a. a. O. III. 253, 270, 283, 452, 455.

und die meisten Deputirten ihre Stellung verlieren sollten. Die wenigen Freunde des Botschafters wurden verhöhnt und geschmäht, der für Helvetien schon ernannte Bevollmächtigte, Sopransi, ein Mann, den Trouvé nicht genug rühmen kann, seines Postens wieder enthoben, weil er zu viel mit den Franzosen verkehrte. Brüne sah allem zu, vergnügt, heimlich fördernd, ohne eine Hand dagegen zu rühren. Nur in Paris konnte die Entscheidung fallen. Dahin schickte das cisalpinische Directorium als Anwalt den Commandanten der italienischen Truppen, Lahoz; Trouvé seinen Secretär David; Brüne hielt die Angelegenheit für so wichtig, daß er am 22. Juli selbst nach Paris abging. Er hoffte Unterstützung von seinem Freunde Barras, Trouvé von La Revellière [1]).

In der Hauptsache gab La Revellière den Ausschlag. Lahoz erhielt nicht einmal eine Audienz, sondern den Befehl, sogleich nach Mailand zurückzukehren; Brüne wurde angewiesen, die Anordnungen des Botschafters nöthigenfalls mit den Waffen zur Ausführung zu bringen. Die Angelegenheit war in den Zeitungen sowie im gesetzgebenden Körper öffentlich verhandelt, und im Rathe der fünf Hundert tadelte Lucian Bonaparte am 20. August mit starken Worten, daß man das Werk seines Bruders und eine eben erst anerkannte Verfassung mit Gewalt, gegen den Willen des Volkes wieder zerstöre; er warnte vor den Thaten Cromwell's, die sich auch in Frankreich wiederholen könnten [2]). Noch heftiger war, wie man denken kann, die Aufregung in Mailand. Die mit Trouvé im Einverständniß befindlichen Deputirten wagten kaum, sich noch zu zeigen, von allen Seiten kamen Adressen zu Gunsten der Verfassung; ja der große Rath zwang das Directorium zu einer öffentlichen Erklärung, daß der gesetzgebende Körper und die

---

1) Trouvé, 20., 21., 22. Juli, 11. August. Fayppoult, 22., 29., 30. Juli a. a. O. 257, 258, 267, 465, 468, 470.

2) Nouvelles politiques 7., 28., 31. August Supplém. Moniteur 21. August, 5. September.

Behörden der Republik, ihrem Eide treu, das geheiligte Pfand der Verfassung unverletzlich bewahren würden. Aber bald erfolgte der Gegenschlag. Bewaffneten Beistands versichert, konnte Trouvé ungescheut vorgehen. Am Abend des 30. August berief er etwas mehr als hundert Repräsentanten in seine Wohnung, wo sie auch Brüne und Faypoult fanden. Der Gesandte setzte in ausführlicher Rede die üble Lage der Republik, die Nothwendigkeit, daß Frankreich rettend eingreife, auseinander und theilte die als unumgänglich erachteten Veränderungen der Verfassung mit. Die Zahl der Deputirten sollte auf die Hälfte, im Rath der Jungen auf achtzig, im Rath der Alten auf vierzig, herabgesetzt, das Directorium mit größeren Vollmachten ausgestattet werden. Dazu kam eine neue Eintheilung der Departements und Gemeinden, eine Reihe von Gesetzen über die Justizverwaltung, gegen Presse und Vereine, und eine neue Ordnung der Finanzen; der Gesandte zweifelte nicht, die Versammelten würden als Gesetzgeber für sich selbst die Ehre in Anspruch nehmen, die neue Verfassung einzuführen. Widerstand war unmöglich; ungefähr zwanzig Deputirte erklärten ihren Austritt, die andern, freilich erst nach einer mehr als siebenstündigen Erörterung, ihre Zustimmung. Aber die Revolution selbst durchzuführen, dazu, sagten sie, hätten sie weder die Befugniß noch die Macht; am besten würde alles im Namen der französischen Regierung geschehen. Auch dazu war Trouvé bereit. Am folgenden Tage wurde der Palast des gesetzgebenden Körpers von französischen Truppen umringt; nur diejenigen Deputirten erhielten Eintritt, die man in die verminderte Versammlung aufnehmen wollte. Trouvé ließ ihnen die neue Verfassung und zugleich die Mittheilung zugehen, er habe zwei Mitglieder des Directoriums, Testi und Savoldi, durch zwei frühere Minister Sopransi und Luosi, die schon längst im Einverständniß waren, ersetzt. Die Versammlung zeigte sich mit allem zufrieden, bestätigte die Constitution und die Directoren, war aber vorsichtig genug, in allen öffentlichen Kundgebungen die Revolution ausschließlich als das Werk der

französischen Regierung zu bezeichnen. Der Moniteur meint gleichwohl, man würde diesen glücklichen Tag durch ein jährliches Dankfest begehen [1]). In Wahrheit war die allgemeine Mißstimmung größer als je. Die neuen Gesetze konnten freilich in manchem Betrachte als Verbesserung erscheinen, aber das Selbstgefühl der Bevölkerung war unversöhnlich beleidigt, und welches Ansehen konnten eine Verfassung, eine Regierung ansprechen, die jeden Augenblick von dem Wink eines Fremden abhingen. Bonaparte's Schwager, Leclerc, der Chef des Generalstabs, forderte unter lauten Aeußerungen des Unwillens seine Entlassung und reiste von Mailand ab. Auch Brüne verhehlte sein Mißvergnügen nicht. Bei einem Fest zu Ehren des 18. Fructidor waren die Trinksprüche des Obergenerals und seiner Officiere mit bittern Ausfällen gegen Trouvé und die von ihm eingesetzten Directoren gewürzt. Zeigte die neue Regierung bei Brüne's Verfügungen nur den Schein eines eigenen Willens, so wurde sie an ihren „Schwindelgeist" und an die Macht erinnert, „die dem Obergeneral wohl bekannt sei, wenn er auch ihren Umfang noch nicht zeigen wolle [2])". „Meine Stellung ist sehr schwierig," klagt Trouvé, „zwischen einem General, der immer schlechter Laune, und einem Directorium, das immer vor Aufregung außer sich ist [3])." Selbst in Paris war er seiner Sache nicht sicher. Barras ließ seinen Freund nicht fallen. La Revellière führt in seinen Denkwürdigkeiten bittere Klage, Brüne habe bei seiner Anwesenheit in Paris auch Rewbel und Merlin zu bereden gewußt; in Folge dessen habe man in Mailand „kein neues Gebäude aufgeführt, sondern nur das alte verkleistert [4])". Trouvé's Verfassungsentwurf war aller-

1) Moniteur 11., 12. und 14. September.

2) Brüne an das cisalp. Directorium 12. September, in den Mémoires de La Revellière, III, 419.

3) Trouvé, 4., 5., 12. September, 9. October, a. a. O. III, 289, 294, 303.

4) Mémoires, II, 290 fg. 300 fg.

dings nicht unwesentlich verändert worden, zwei Anhänger Brüne's blieben im Directorium: Testi, der früher von ihm eingesetzt, und Alessandri, der schon längst sein Zuträger gewesen war. Die Partei hielt sich keineswegs für besiegt.

Klagen auf Klagen über Trouvé, seine Unfähigkeit, seine Unbeliebtheit gelangten nach Paris; Brüne scheute selbst Geldopfer nicht, um dem verhaßten Nebenbuhler Gegner zu erwecken. Ende September beschloß das Directorium als Genugthuung für den Obergeneral den Botschafter abzurufen und nach Stuttgart zu versetzen; an seiner Stelle ernannte man Brüne's alten Freund, den berufenen Schreckensmann Fouché. Der neue Botschafter kam am 11. October nach Mailand, mit einer Reputation, die, wie Trouvé berichtet, Entsetzen einflößte und mehrere Familien zur Auswanderung bewog. Aber als alter geübter Verschwörer wußte er seine Absichten zu verbergen, erklärte überall, es solle gar nichts geändert werden, und verkehrte in freundlicher Weise mit den Anhängern seines Vorgängers. Unterdessen traf Brüne, jetzt durch keine Rücksicht auf die Gesandtschaft mehr gehindert, seine Vorkehrungen. Noch am Abend des 18. October hatte Fouché bei dem Director Adalasio gespeist und die beruhigendsten Versicherungen gegeben. Am nächsten Morgen wurden die Stadtthore geschlossen und der Palast des gesetzgebenden Körpers von französischen Truppen umstellt. Die drei von Trouvé oder unter seinem Einfluß eingesetzten Directoren, Adalasio, Sopransi, Luosi, und beinahe die Hälfte der Deputirten erhielten den Befehl, ihre Entlassung zu nehmen. Es wiederholte sich was am 31. August geschehen war; nur im ganz entgegengesetzten Sinne [1]).

Man kann den Verdruß des „Ex-Ambassadeurs" — mit diesem Titel unterzeichnet Trouvé — sich vorstellen. Noch am selbigen Tage sendet er einen beinahe verzweifelten Bericht

---

1) Trouvé, 19., 20., 23., 25., 29. October a. a. O. III. 309, 315, 322, 325, 329, 330.

nach Paris: „wüthende Schreier, durch österreichisches und englisches Gold bestochen, hätten eine Revolution angezettelt, mit der Absicht, alle Franzosen in Italien abzuschlachten; die höllische Bande, von welcher Brüne umgeben sei, begünstige das. Das neue Directorium sei als ein aufgedrungenes null und nichtig, gleichwohl habe Fouché keinen Anstand genommen, sich ihm förmlich vorzustellen." Trouvé übersandte sein Abberufungsschreiben dem im Amt gebliebenen Minister des Auswärtigen, Birago. Offenbar hat er keinen sehnlicheren Wunsch, als in Mailand zu bleiben. Tages darauf schüttet er einem Vetter, gleichfalls in nahen Beziehungen zu La Revellière, sein Herz aus: das Directorium ist über ihn getäuscht; er hat keine Feinde in Mailand. „Ich weine vor Aerger und Wuth," fährt er fort; „Alles ging gut, man hörte mit Vertrauen meinen und Faypoult's Rath. Fouché hat alles Vertrauen verscherzt; ließe man mich statt seiner hier, die cisalpinische Republik würde in drei Monaten der bestorganisirte Staat in Europa sein."

Es ereignete sich nun, was schon in Batavien geschehen war, daß Franzosen gegen Franzosen offen Partei nahmen. Von den drei ausgestoßenen Directoren weigerte sich Sopransi, seine Entlassung zu nehmen. Mit Gewalt mußte er am 23. October aus dem Palast vertrieben werden. Trouvé's Secretär David kam hinzu und beschämte, wie Trouvé schreibt, die Cisalpiner, welche sich bei diesem Gewaltact gebrauchen ließen. Der Verwiesene fand Aufnahme in Trouvé's Wohnung, wo er seine Weigerung aufrecht hielt. Auch von den Deputirten ermannten sich mehrere zu einem Protest; selbst Fouché nahm die Miene an, als sei Alles ohne sein Wissen und gegen seinen Willen geschehen. Dabei that er freilich nicht das Geringste, um den Lauf der Ereignisse aufzuhalten. Die revolutionäre Partei — wenn dieser Name einer Partei ausschließlich zukommt — ging denn auch rücksichtslos weiter vor. Auf den Antrag von zwanzig Deputirten wurden die Primär-Versammlungen berufen, Trouvé's Verfassungsgesetz ihnen zur Abstimmung vorgelegt,

aber zugleich wesentlichen Veränderungen im demokratischen Sinne unterworfen; so sollte, um nur eins hervorzuheben, schon ein Alter von siebenzehn Jahren nebst zweijährigem Aufenthalt zur Ausübung politischer Rechte ausreichen. An vielen Orten kam es bei der Abstimmung zu Lärm und Thätlichkeiten, im mailänder Dom, am 27. October, zu einem Tumult, der nach dem gröbsten Unfug nur durch militärisches Einschreiten gestillt werden konnte und das Ergebniß der Abstimmung durchaus im Unklaren ließ. Gleichwohl behaupteten die neuen Gewalthaber Tages darauf, die Verfassung sei in gesetzmäßiger Weise endgültig angenommen. Unter dem Schutze des französischen Obergenerals mochten sie sich gegen jede Anfechtung für gesichert halten [1]).

Aber eine so freche Verhöhnung seiner Anordnungen konnte das französische Directorium denn doch nicht ungeahndet lassen. Faypoult war am Tage nach dem Staatsstreich nach Paris abgereist. Kaum erfuhr man was in Mailand geschehen war, so wurde durch Directorialbeschluß vom 25. October Brüne abberufen, und die letzte Verfassungsänderung für ungültig erklärt; General Joubert, der in Holland und am Rheine sich guten Rufes erfreute, sollte den Oberbefehl in Italien übernehmen. Der Wechsel der Generale war bald vollzogen, und Joubert ganz ohne Neigung sich in politische Händel einzumischen. Aber noch weniger war Fouché geneigt, die Anordnungen seiner Regierung zum Vollzug zu bringen. Er blieb müssiger Zuschauer, und die Partei Brüne's, der Demagogen, der Feinde Frankreichs im Amte. Als Faypoult Mitte Novembers nach Mailand zurückkehrte, schien es ihm nicht mehr an der Zeit, was geschehen war wieder rückgängig zu machen. Im Verein mit Fouché rieth er dem Directorium, die Abstimmung über die Verfassung immerhin als rechtsgültig

---

1) Nouvelles politiques 5. October Suppl., 12. October, 6. und 16. November. Trouvé 19., 20., 23., 25., 29. October a. a. O. III, 309, 315, 322, 325, 329, 330.

anzuerkennen; eine erneuerte Abstimmung werde die übelsten Folgen haben. Auch die eingedrungenen Directoren könne man nicht wohl beseitigen; Fouché mache sich anheischig, wenn sie im Amte blieben, für gute Minister zu sorgen. Ein besonderer Brief an La Revellière gibt freilich die eigentliche Ansicht des Schreibenden deutlicher kund. Er nennt Fouché den Urheber alles Unheils; aus Fahrlässigkeit und bösem Willen habe er den Beschluß des Directoriums, als es noch möglich war, nicht zur Ausführung gebracht [1]).

In Folge dessen entschloß man sich in Paris, nun auch Fouché zwar nicht durch seinen, noch immer in Mailand weilenden Vorgänger, aber durch einen Mann ähnlicher Gesinnung zu ersetzen. Ein neuer Botschafter Rivaud langte in Mailand an, und um jeden Zweifel über die wahren Herrscher zu beseitigen, wurde am 7. Dezember der gesetzgebende Körper nochmals von französischen Truppen umstellt, und nochmals, jetzt in acht Monaten zum vierten Male, eine neue Regierung eingesetzt. Die Wirkung läßt sich ermessen. Jeder Schatten von Selbständigkeit war geschwunden; die Mißstimmung des Volkes wurde zur Hoffnungslosigkeit. Der Kaiser und die selbständigen Mächte weigerten sich, bei einem Staatswesen dieser Art Gesandte zu beglaubigen, der bedeutendste Mann des Landes, Graf Melzi, den man gern im Directorium gesehen hätte, versagte jede Mitwirkung und zog sich zu seinem Schwager Palafox nach Saragossa zurück. „Der ist ein Tyrann," schreibt er schon im Sommer an einen Freund, „der ein Land gegen den allgemeinen Willen zu regieren wagt; und der allgemeine Wille meines Landes ist nicht zweifelhaft in Bezug auf die Regierungsweise, die man dort befolgt [2])."

So wurde die am meisten begünstigte der italienischen Schöpfungen behandelt. Was konnte das Loos der übrigen sein? Am übelsten waren die Zustände der römischen Republik.

---

1) Fayppoult, 17. November a. a. O. III, 472 fg.

2) Melzi Memorie I, 215.

Im Heere hatte St. Cyr Ordnung und Disciplin wieder hergestellt, aber dem Unheil einer völlig zerrütteten Verwaltung konnte er nicht steuern. Die neuen Consuln, unfähig und bei den eigenen Landsleuten ohne Ansehen, wurden auch von den Franzosen nur als Polizeibehörde und zur Eintreibung der Contributionen gebraucht. Am 27. März mußte der Finanzminister mit Haller einen Vertrag unterzeichnen, wonach die römische Republik drei Millionen Scudi in klingender Münze, eine Million in Nationalgütern zahlte, ferner die Besitzungen des Papstes, der Cardinäle Braschi und Busca, die Alaun- und Schwefelminen, die Schätze der Gallerien und Bibliotheken den Franzosen zur Verfügung stellte [1]). Dabei verging kaum ein Monat, in welchem man nicht neue Contributionen gefordert hätte. Da das Metall verschwunden war, mußte Papier aushelfen, das in nicht langer Zeit fünf Sechstel von seinem Werthe verlor. Um so höher stiegen die Preise der Lebensmittel in einer Stadt, die seit Jahrhunderten sich von fremdem Getreide zu ernähren pflegte. Als die Consuln im Mai eine Anzahl toscanischer Getreideschiffe gekauft und schon in den Hafen von Civita-Vecchia hatte führen lassen, nahmen die französischen Commissare den ganzen Vorrath für die Armee in Beschlag. So trieb der Hunger nicht weniger als die Rachsucht zum Aufstand gegen die Fremden. Mit Freude begrüßte man den Tumult in Wien und die Abreise Bernadotte's als die Vorboten neuen Krieges und österreichischen Beistands [2]). Ende April kam es am trasimenischen See, dann in der Campagna, im Juli in Terracina und Frosinone, dann wieder in der Umgegend von Rom zu blutigen Kämpfen. Mord, Plün-

---

1) Franchetti, Storia d'Italia dopo il 1789, Milano, I, 313. Von diesem ausgezeichneten Werke sind mir leider erst die früheren Lieferungen und durch die Güte des Verfassers einige auf Rom bezügliche Aushängebogen zugekommen.

2) Daunou an La Revellière 5. und 12. Mai, Mémoires, III, 371, 374.

derung, Brand und die unbarmherzigen Executionen der Militärgerichte erfüllten das unglückliche Land; dazwischen tönte der Jubel republikanischer Feste. Am 14. Juli, zur Feier des Bastillensturmes, wurden in Rom auf dem prächtig geschmückten spanischen Platz das goldene Buch, die Documente und Insignien des Adels verbrannt. Man hatte das Schauspiel, daß der Erstgeborene des fürstlichen Hauses Santacroce und der zweite Borghese selbst den Scheiterhaufen anzündeten und die Titel und Ordenszeichen ihres Geschlechtes, darunter einen dem Vater Borghese entwendeten Januariusorden den Flammen übergaben [1]). Eingreifender war wenig später, am 30. Juli, eine andere Maßregel des Consulats: die Ausstellung von Wechseln im Betrage von 1,600000 Scudi, die von den alten und reichen Familien innerhalb sechs Monaten eingelöst werden sollten. Die Familien Borghese und Piombino waren jede auf 130000, Doria und Colonna auf 80000, Chigi auf 60000 angeschlagen. Was Einzelnen an Kostbarkeiten unter verschiedenen Vorwänden entzogen wurde, bleibt unberechenbar. Nur ein Fall ist hier zu erwähnen, weil er für den Fortgang der Ereignisse Bedeutung hat.

Am 30. Juni bemerkte St. Cyr auf einem Balle zwei Damen, die Gemahlinnen zweier Consuln, welche durch die Pracht ihrer Diamanten Aufsehen erregten. Weitere Erkundigung ergab: die Diamanten hatten eine Monstranz geschmückt, welche vier Tage früher auf Befehl der Consuln dem Fürsten Doria weggenommen war, obgleich der Fürst auf das bestimmteste nachwies, das Kleinod, dessen Werth man auf eine Million Franken schätzte, sei nicht der Kirche der h. Agnes, wo es zuweilen ausgestellt wurde, sondern als Privateigenthum seinem Hause gehörig. St. Cyr unwillig, daß das frühere Unwesen

---

1) Franchetti a. a. O. 315 verlegt das Fest auf den 14. Juni. Verri, Vicende memorabili 1789—1800, Milano 1858, p. 371 läßt es auf dem Monte Pincio stattfinden und nennt als die beiden Adligen zwei Fürsten Borghese.

sich erneuerte, erließ am 2. Juli den Befehl, man solle die Monstranz zurückgeben. Als er von den Consuln oder vielmehr von ihrem Leiter und Helfer Bassal eine ausweichende Antwort erhielt, erklärte er, er würde am nächsten Tage zwei Officiere schicken und nöthigenfalls mit Gewalt die Rückgabe des Raubes bewirken. Aber jetzt mischte sich die französische Civilcommission in die Angelegenheit. Derselbe Gegensatz, den wir in Mailand fanden, tritt auch in Rom hervor, und es wird schwer zu glauben, daß ein so ruhiger, verständiger Mann wie St. Cyr den größeren Theil der Schuld zu tragen hätte. Zuerst sind sogar die Commissare seines Lobes voll, aber Ende Mai ändert sich der Ton. Daunou schreibt, St. Cyr sei nicht mehr zu kennen, spreche nur von seiner Autorität, nehme willkürlich Ein- und Absetzungen vor [1]). In so gereizter Stimmung erhob die Commission jetzt Einspruch gegen die Verfügung des Generals, verbot sogar den beiden Officieren, ihm Gehorsam zu leisten. Für St. Cyr war dies nur ein Grund, seine Anordnung aufrecht zu halten; die Monstranz wurde in der That zurückgeliefert. Aber zugleich ergingen an den Fürsten so schwere Drohungen, daß der geängstigte Mann es vorzog, den eben erhaltenen Schatz als patriotisches Geschenk auf den Altar des Vaterlandes zu legen. Damit nicht zufrieden, verklagte Florent, der einzig von den Mitgliedern der Commission sich noch in Rom befand, den General wegen unberechtigter Uebergriffe in Paris, und das Directorium, sehr geneigt, sein Ansehen gerade in Rom gegen die militärische Gewalt zur Geltung zu bringen, verfügte sofort, ohne nähere Erkundigung die Absetzung und Abberufung St. Cyr's. Als der wahre Hergang bekannt wurde, erhielt er freilich eine Ehrenerklärung und eine Division der Rheinarmee; an Florent's Stelle wurden zwei neue Commissare Bertolio und Duport nach Rom geschickt, um, ungefähr wie Trouvé in Mailand, eine neue

1) Daunou an La Revellière 26. März, 12. Mai, 26. Mai a. a. O. III, 364, 374, 382.

Organisation der Verwaltung vorzunehmen. Sie begannen mit der Erklärung, die römische Republik befinde sich im Zustande völliger Anarchie, die Verfassung sei verletzt, das Finanzwesen zerrüttet, kein Ansehen mehr geachtet. Dann schritten sie am 17. September zur Absetzung der vier Consuln — der fünfte, Angelucci, hatte sich schon zurückziehen müssen — freilich auf den sonderbaren Grund, daß sie für England günstige, für Frankreich beleidigende Gerüchte verbreitet hätten. Geändert wurde dadurch nichts; die neuen Consuln waren gerade so unfähig, gerade so machtlos wie ihre Vorgänger. Der General Macdonald proclamirte ihre Ernennung mit den Worten: „Die große Nation will es, ihr Wille wird geschehen [1])."

Um dieselbe Zeit war auch der König von Sardinien in seiner eigenen Hauptstadt ein Gefangener. Der Friede vom 15. Mai 1796, der die Festungen den Franzosen übergab, hatte zugleich den Untergang der Monarchie besiegelt. Victor Amadeus III. entging nur durch rechtzeitigen Tod am 16. October 1796 dem Schicksal, das seinen Sohn und Nachfolger Karl Emanuel erwartete. Der neue Fürst zeigte sich allen Wünschen der Franzosen noch fügsamer als sein Vater. Er berief einen freisinnigen Edelmann, den Marquis Priocca, in das Ministerium, schickte an Stelle des dem Directorium mißfälligen Grafen Revell den Grafen Balbo nach Paris, bewilligte die Aufhebung der Feudalrechte, sowie allgemeine Amnestie für politische Vergehen, und stellte in dem Vertrage vom 5. April 1797 seine vortrefflich geschulten Truppen den Franzosen gegen Oesterreich zur Verfügung. Bonaparte schonte ihn deshalb, erwirkte auch noch im October, trotz des Widerstandes seiner Regierung, eine Bestätigung des Vertrags, welcher die Unabhängigkeit der Monarchie ausdrücklich anerkannte. Aber bei den Machthabern in Paris war der Untergang des Königs seit dem 18. Fructidor unwiderruflich beschlossen; selbst Bonaparte zweifelte nicht dar-

1) Saint-Cyr, Mémoires, I. 88 fg. Nouvelles politiques 7. August Suppl., 14. September Suppl., 16. October Suppl. Visconti am 21. September an Daunou in den Mémoires de La Revellière, III. 401.

an; er wollte ihn nur nicht gewaltsam beschleunigen, sondern hielt gerade ein Bündniß für das sicherste und anständigste Mittel. „Es ist, als ob ein Riese einen Zwerg umarmte," schreibt er an das Directorium, „er erstickt ihn, ohne daß man ihn eines Verbrechens anklagen könnte, lediglich in Folge ihrer ganz verschiedenen Organisation [1])." Der unglückliche Monarch, dem die Revolution der Schweiz auch den letzten Rettungsweg verschloß, suchte umsonst, von Außen Beistand zu erhalten. Mit Oesterreich hatte er sich völlig überworfen. Preußen war freundlich gesinnt; Sandoz benutzte gern die Gelegenheit, in Paris zu Gunsten Sardiniens zu reden, aber was halfen Worte in solcher Zeit solchen Gegnern gegenüber? Mit Brüne's Ankunft in Mailand erhielten die Pläne gegen den bedrohten Thron den kräftigsten Rückhalt. In Turin trat um dieselbe Zeit an des gemäßigten Miot's Stelle Ginguené, der später oft genannte Literarhistoriker, damals ein junger Mann, ganz erfüllt von republikanischen Ideen und unerbittlich, wenn es galt, sie im Kleinsten wie im Großen zur Geltung zu bringen. Gleich zum Antritt ließ er den König, der ihn ohne jedes Ceremoniel in seinem Arbeitszimmer empfing, eine hochtönende Rede über die Großmuth der Republik und die Falschheit der Fürsten vernehmen. Karl Emanuel, einer der einfachsten Menschen, begnügte sich, den Gesandten zur Erwiderung nach den Erlebnissen seiner Reise zu fragen; das Gespräch wurde noch harmloser, als der König sich im Besitz einer vortrefflichen Gemahlin glücklich pries, und dann auch der Gesandte von seiner Gemahlin alles Gute zu sagen wußte. Aber bald hörte der König öfter von dieser Dame als ihm lieb war. Denn Ginguené nahm auch für die Botschafterin besondere republikanische Privilegien in Anspruch, insbesondere verlangte er, daß sie bei Hofe nicht in der üblichen Kleidung erscheinen müsse, sondern in jener, in Paris neu eingeführten Tracht,

1) Vgl. Band I, 442 fg. 478. Correspondance de Napoléon, III, 342.

die wie die Reden ihres Gemahls an antike Muster erinnerte. Lange wurde darüber verhandelt, endlich trug die Zähigkeit des Gesandten den Sieg davon, den er sogleich, als hätte er eine große Schlacht gewonnen, triumphirend in Paris zur Anzeige brachte [1]). Talleyrand, der oft genug im Gespräche mit Sandoz über die Ungeschicklichkeit der französischen Agenten klagte, fand die Sache so spaßhaft, daß er Ginguené in einem ironischen Artikel des Moniteur ein Lob für diese Heldenthat ertheilen ließ.

Nur zu bald handelte es sich um ernstere Dinge. Piemontesen, in Folge früherer Unruhen verwiesen, wurden mit offenen Armen in den angrenzenden Republiken empfangen, besonders in Genua, wo der französische Bevollmächtigte Sotin beinahe öffentlich gegen den König von Sardinien aufreizte. Im Vertrauen auf seinen Schutz, und durch Zuzug von Gesinnungsgenossen auf 1600 Mann verstärkt, besetzten sie am 8. April Carosio, einen piemontesischen Flecken, inmitten ligurischen Gebiets aber nahe der Grenze, um von dem sichern Zufluchtsorte aus Streifzüge in das feindliche Land zu unternehmen. Die Gefahr wuchs, als nicht ohne heimliche Zustimmung der Obern zwei tausend ligurische Soldaten ihre Fahnen verließen, um sich mit den Aufrührern gegen den König, mit welchem die Republik noch in Frieden lebte, zu vereinigen. Gleichzeitig überschritt eine andere Schaar, von der cisalpinischen Regierung begünstigt und von Brüne mit Anführern versehen, bei Intra die Grenze, bemächtigte sich der kleinen Festung Domodossola und bedrohte Vercelli. Auch in den waldenser Thälern unweit Pignerol erfolgten aufständische Bewegungen. Aber die Regierung des Königs war auf ihrer Hut; nach allen Seiten traten wohlgeleitete Truppen den Aufrührern entgegen. Am 21. April kam es in der Nähe des Langen Sees bei Ornavasso zu einer blutigen Schlacht. Die Tapferkeit der schweizer Regimenter entschied den Sieg; mehrere hundert Aufständische blieben auf dem

1) Botta, storia d'Italia, Libro XV.

Schlachtfelde, andere wurden nach der Schlacht erschossen, andere nach Casale abgeführt und vor ein Kriegsgericht gestellt[1]).

Schwieriger war es, nach der genuesischen Seite zu Ende zu kommen. Es erfolgte eine Reihe von kleinen Gefechten, nicht immer zum Vortheil für die königlichen Truppen. Denn die Insurgenten griffen an, wenn es ihnen beliebte; vor einer stärkeren Macht konnten sie sich in Sicherheit nach Carosio zurückziehen, während ihren Gegnern von der ligurischen Republik der Durchzug versagt war. Endlich verlor man in Turin die Geduld. Am 5. Juni überschritt der General D'Osasca den schmalen Landstrich, der Carosio von Piemont trennte, und besetzte den Ort, den die Insurgenten eiligst verlassen hatten. Aber nun erhob sich wüthendes Geschrei in Genua. Schon am 6. Juni erließ das ligurische Directorium eine Proclamation gegen den Tyrannen, der die heiligsten Pflichten des Völkerrechtes mit Füßen getreten und den ligurischen Namen geschändet habe; ein edles Volk müsse entweder einen solchen Feind in den Staub werfen, oder sich unter den Ruinen des Vaterlandes begraben. Der französische Gesandte Sotin fuhr fort, in Genua und in Mailand zu schüren; auch das cisalpinische Directorium richtete öffentlich eine dringende Mahnung an den französischen General, und Brüne, sehr erfreut, daß Italiener seinen Wünschen zuvorkamen, ließ einstweilen die piemontesische Grenze durch eine beträchtliche Truppenzahl besetzen. Da auch Ginguené Beschwerde erhob, erklärte sich Priocca bereit, Carosio den Franzosen zu übergeben, ließ sogar am 12. Juni den Ort wieder räumen, der sogleich von den Insurgenten abermals besetzt wurde. Aber dadurch war das ligurische Directorium nicht befriedigt. Am 21. Juni erging eine neue Proclamation, die alle Ligurier von achtzehn bis dreißig Jahren zu den Waffen rief. Nach zwei Seiten, gegen die Nordgrenze und gegen die piemontesischen Enclaven Loano und Oneglia schickte man Truppen oder, um den Ausdruck

1) Nouvelles politiques, 15. und 22. Mai.

jener Zeit zu gebrauchen, die Armee der Apenninen und die Armee des Occidents. Loano, schon seit längerer Zeit eingeschlossen, mußte sich in der That am 18. Juni ergeben; auch an der Nordgrenze schienen die piemontesischen Truppen den Kampf zu vermeiden; selbst das Bergschloß Serravalle fiel nach zehntägiger Einschließung am 27. in die Gewalt der Republikaner. Aber wenige Tage später trieb die Besatzung von Oneglia, einige hundert Mann stark, die mehr als vierfache Uebermacht der Angreifenden aus einander, ein Theil ligurischen Gebiets wurde besetzt, und der Krieg hätte leicht eine gefährliche Wendung nehmen können, wäre nicht ein Stärkerer dazwischen getreten, um die Vortheile des Streites sich selber anzueignen [1]).

Der König hatte schon beim Ausbruch der Unruhen sich an das französische Directorium und an Ginguené gewendet. Mit Berufung auf das Bündniß vom 5. April bat er um Hülfe, oder wenigstens um gewisse Auskunft, was er von Seiten Frankreichs zu erwarten habe. Ginguené antwortete ausweichend: die Gesinnungen der Republik seien unverändert; sie habe dem König gegen äußere Feinde Beistand versprochen, aber nicht gegen seine eigenen Unterthanen, die für die Freiheit kämpften. Zugleich bedrängte er die Regierung durch die beschwerlichsten Forderungen. Während er die Grausamkeit der piemontesischen Behörden anklagte, verlangte er nach Brüne's Vorgange die Todesstrafe gegen alle, die ihre Dolchmesser und Stilette nicht auslieferten. Die französischen Emigranten, das heißt: die nächsten Verwandten des Königs, und alle geborenen Savoyarden sollten ausgewiesen, und eben jetzt, da sie am nöthigsten gebraucht wurden, die sechs Schweizer-Regimenter entlassen werden. Auch Brüne betrieb in den abhängigen Cantonen die Abberufung dieser Regimenter, und Talleyrand, durch Ginguené's Anklagen wenn nicht überzeugt, doch bewogen, erließ am 18. Mai eine Note, die unter heftigen Klagen gegen die zweideutige Haltung des turiner Hofes von einer

1) Nouvelles politiques, 26. Juni, 3., 6., 13., 17., 20., 24. Juli.

ganz Italien umfassenden Verschwörung zum Mord der Franzosen redete. Die Theilnehmer an dieser Verschwörung, die man Barbetti nannte, sollten aufgesucht und bestraft werden, dagegen die irregeleiteten Insurgenten Amnestie erhalten, insbesondere die Gefangenen aus der Schlacht von Ornavasso, von denen das Kriegsgericht zu Casale zwei und dreißig zum Tode verurtheilt hatte. Am 24. Mai überreichte Ginguené triumphirend diese Note, und Priocca gab in der That am folgenden Tage Befehl, die Vollziehung der Urtheile zu verschieben. Aber sei es, daß listige Grausamkeit, wie sie wohl schwachen Regierungen eigen ist, oder untergeordnete Intriguen, die man nicht aufklären kann, den Boten aufhielten, er kam mit der Gnadenbotschaft in Casale an, als wenige Stunden vorher, in der ersten Frühe des 26. Mai, acht der Verurtheilten, darunter zwei Franzosen, erschossen waren. Ein Wuthausbruch in Mailand und in Genua folgte dieser unzeitigen Strenge; dann kam die Kriegserklärung der Ligurier, und nun glaubte auch Brüne den richtigen Augenblick für schon lange gehegte Wünsche gefunden zu haben. In den Verhandlungen, die Ginguené über den Umfang der königlichen Amnestie mit Priocca pflog, erhob er in Brüne's Auftrag die ganz neue Forderung, der König solle den letzten festen Platz, den er noch besaß, die Citadelle der eigenen Hauptstadt zum Beweise seiner ehrlichen Gesinnung den Franzosen ausliefern. Umsonst setzte Priocca das Unerhörte einer solchen Forderung auseinander, umsonst bat er in einer würdigen und festen Sprache, man möge lieber mit einem Male ein Ende machen und den König zur Abdankung zwingen, als ihn in eine ganz unerträgliche Lage versetzen, umsonst erbot er sich, dem französischen Directorium die Entscheidung zu überlassen. Gerade darauf wollte Brüne am wenigsten eingehen; denn er wußte: Ginguené war von Talleyrand angewiesen, den König nicht durch ausschweifende Forderungen zur Verzweiflung zu bringen, wie denn auch Sotin wegen seines unziemlichen Betragens eben damals aus Genua abberufen wurde. St. Marsan, der

im Auftrage des Königs noch einen letzten Versuch machte, fand den General unerbittlich; am 28. Juni mußte er den Vertrag unterzeichnen, der den eigenen Palast seines Herrschers unter die Kanonen eines fremden Gewalthabers setzte. Auch eine neue Amnestie wurde am folgenden Tage in Turin proclamirt. Dafür versprach aber Brüne die innere Ruhe in Piemont zu erhalten und den Feindseligkeiten der Ligurier und Cisalpiner ein Ende zu machen [1]). In der That zeigte Sotin's Nachfolger Belleville den Genuesern an, nach dem Willen des französischen Directoriums müßten die Streitigkeiten ein Ende nehmen, die beiderseitigen Territorien von fremden Truppen geräumt werden. Genua beeilte sich zu gehorchen, vorher aber wollten die bei Carosio Versammelten noch einen Schlag führen. Ungefähr tausend Mann stark zogen sie am 5. Juli vor Tagesanbruch gegen Alessandria, in der Hoffnung, die Stadt zu überrumpeln und dann bei dem französischen General, der die Citadelle besetzt hielt, Unterstützung zu finden. Aber der Plan war verrathen, piemontesische Truppen lagen nahe bei Marengo in einem Hinterhalte und sprengten den heranziehenden Haufen ohne Mühe auseinander. Die Grausamkeit, mit welcher mehrere hundert schon besiegte Flüchtlinge von dem wüthenden Landvolk erschlagen wurden, gab Brüne einen neuen Grund, öffentlich über die Blutgier der königlichen Generale zu klagen und dabei den Liguriern wegen ihrer Friedensliebe und Nachgiebigkeit die schönsten Lobsprüche zu ertheilen [2]). Aber auch diese Republik, die nach innen und außen, und selbst wenn es sich um Anleihen und Contributionen handelte, jedem Winke der Franzosen gehorchte, mußte bald darauf die schwere

---

1) Nouvelles politiques, 13., 17., 20. Juli. Botta a. a. O. Miot, Mémoires, I, chap. 7. — Arrêt du Directoire entre la république Ligurienne et la Sardaigne vom 19. Juni. Talleyrand schickt es am 21. Juni den Gesandten nach Rastatt mit dem Auftrage, den Inhalt nach sechs bis sieben Tagen bekannt zu machen und dadurch die uneigennützigen, friedfertigen Gesinnungen Frankreichs in Italien zu erweisen. Minist. des Ausw.

2) Nouvelles politiques, 7. u. 10. August.

Hand der Beherrscher empfinden. Einige leidenschaftliche Reden im gesetzgebenden Körper und ein Schein von Widersetzlichkeit gegen die letzten Machtsprüche bewirkten, daß Belleville am 31. August, gerade an dem Tage, an welchem Trouvé die Verfassung in Mailand veränderte, in Genua zehn Mitglieder aus dem großen Rathe, fünf aus dem Rathe der Alten ausstieß. Als Vorwand diente: sie verhinderten, daß gute Gesetze zu Stande kämen [1]).

Am 3. Juli besetzten 1500 Franzosen die Citadelle von Turin. Nach dem Vertrage sollten sie die Ruhe aufrecht halten, aber Brüne hatte eine Brigade und einen General gewählt, die ihn des Gegentheiles versicherten. Schon das Bastillefest am 14. Juli zeigte dem König, was er von den Gästen zu erwarten hätte. Täglich hörte man aus dem Hofe der Citadelle und von den dem öffentlichen Spaziergange nahe gelegenen Bastionen die Klänge republikanischer Hymnen, die Schmähslieder und Schimpfreden gegen den König und die piemontesische Bevölkerung. Priocca's Beschwerden blieben ohne Erfolg, bald war auch die innere Stadt vor dem Unfug nicht mehr sicher. Am 16. September, einem Sonntag, zog aus den Thoren der Citadelle, von Husaren begleitet, eine abenteuerliche Masquerade. In einer Reihe von Wagen sah man Officiere, unter ihnen den Adjutanten des Generals Collin, die in lächerlicher Verkleidung die Formen des Hofes und der Beamtenschaft verhöhnten. Der Zug ging durch die Hauptstraßen, störte in den Kirchen die Ordnung des Gottesdienstes und gelangte, nach der Citadelle sich zurückwendend, auf den öffentlichen Spaziergang. Wieder begann die Musik die üblichen Herausforderungen; friedliche Spaziergänger wurden mit Stöcken und Säbeln geschlagen, bis endlich auch die Bevölkerung, zur Wuth gereizt, sich zur Wehre setzte. Zahlreiche piemontesische Soldaten, durch den Sonntag aus der Umgegend in die Stadt gezogen, stürzten sich auf die frechen Angreifer;

1) Nouvelles politiques, 21. September.

auf beiden Seiten zählte man Todte und Verwundete, und leicht hätte ein großes Blutbad erfolgen können, wäre nicht der General Menard, der sich zufällig in Turin aufhielt, dazwischen getreten. Es gelang ihm, die Franzosen in die Citadelle zurückzuweisen, während der Stadtcommandant Thaon de St. André die aufgeregte Bevölkerung zu beschwichtigen suchte [1]). Selbst Ginguené zeigte sich einen Augenblick durch Collin's Benehmen empört und bewirkte, daß an seiner Stelle Menard das Commando übernahm. Aber bald ging er wieder zu den gewöhnlichen Drohungen und Beschwerden über, forderte die Absetzung des Stadtcommandanten, die Entlassung der Minister und die Abberufung des Grafen Balbo aus Paris. Selbst dem französischen Directorium schien dies zu viel. Die Lage der Verhältnisse war nicht der Art, daß man durch völlige Einverleibung Piemonts den schon drohenden Krieg noch hätte beschleunigen wollen. Auch des eigenwilligen Botschafters war man überdrüssig, der mehr den Vorschriften Brüne's als seines Ministers folgte. Am 12. October, kurz vor Brüne's Abberufung, wurde Ginguené durch Aymar, einen Diplomaten von ruhig-friedfertigem Charakter, ersetzt [2]). Der König konnte aufathmen. Aber in der Hauptsache war wenig geändert; er blieb ein unfreier Mann. Die Geschäftsträger von England und Portugal baten ihre Regierungen, man möge sie abberufen, weil Sardinien die Eigenschaft eines selbständigen Staates verloren habe; die Gräfin Artois, die Schwester des Königs, fühlte sich in Turin nicht mehr sicher und machte sich am 3. October zu ihrem Schwager nach Rußland auf den Weg. Bei der ersten neuen Erschütterung mußte der schwankende Thron zusammenbrechen, und daß eine Erschütterung bevorstände, wurde im Herbst 1798 von Tag zu Tage deutlicher.

---

1) Nouvelles politiques, 10. August, 5. u. 12. October.

2) Nouvelles politiques, 23. November.

## Zwölftes Kapitel.

### Malta und Aegypten.

Wer die Einwirkung der französischen Revolution, insbesondere der Directorialregierung auf die angrenzenden Länder ins Auge faßt, kann sich schwer von einseitiger Beurtheilung frei halten. Wohin er blickt, treten ihm Gewalt, Eigennutz, Ungerechtigkeit entgegen und verdecken oft die wahre Bedeutung einer Umwälzung, die man doch zuletzt nicht anders als wohlthätig nennen kann. Holland sowohl als die Schweiz legten in jener Zeit den Grund für eine Entwicklung, welche sie jetzt um keinen Preis wieder aufgeben würden; nicht weniger waren es in Italien Ideen, durch die Revolution und die Franzosen angeregt, welche das reich begabte, aber in Erschlaffung versunkene Volk gewaltsam zu neuem Leben weckten. Man darf behaupten: damals wurden die Ereignisse vorbereitet, die erst in unseren Tagen zum Abschluß gelangten. Wer müßte nicht wünschen, daß Alles friedlich auf gesetzmäßigem Wege sich vollzogen hätte? Es fragt sich nur: war ohne fremden Antrieb die Kraft dazu vorhanden? War sie nicht vorhanden, so kann es in mehr als einem Sinne als Vortheil gelten, daß die gewaltsame Umwälzung von einem fremden Volke ausging. Denn der gefährlichste, unheilvollste, der am schwersten zu ersetzende Nachtheil der Revolutionen ist die Schädigung des Rechtsgefühls. Ein Volk, daß sich einmal dem Taumel völliger Ungebundenheit ohne Rücksicht auf rechtliche und sittliche Schranken überlassen hat, findet selten wieder festen Halt und sicheren Boden. So erklärt es sich, daß, trotz aller scheinbaren Errungenschaften, unter den europäischen Völkern keines die

Vortheile der Revolution theurer bezahlt, keines ihre Folgen schwerer empfunden hat, als das französische. Seit jener ersten großen Umwälzung ist in Frankreich eine der anderen gefolgt; keine einzige Regierung ist seitdem ohne gewaltsame Störung des Rechtszustandes zur Entstehung oder zur Auflösung gelangt; und wenn von den beiden Schlagwörtern der neunziger Jahre die „Gleichheit" bis zu einem gewissen Grade durchgeführt werden konnte, so mußte die Freiheit immer neue Einbuße erleiden, weil jede Gewalt in sich das Bewußtsein trug, daß man die Freiheit, die sie zugestände, alsobald zu ihrer eigenen Zerstörung benutzen würde.

In den „Betrachtungen über die französische Revolution" datirt Frau von Staël die Zeit der Republik von der Einführung der Directorialverfassung bis zum Staatsstreich des 18. Fructidor. Vorher und nachher, sagt sie, habe, wenn auch unter republikanischen Formen, nur eine regellose Gewaltherrschaft stattgefunden. Sicher bezeichnet jener Tag eine verhängnißvolle Wendung. Als das Directorium eintrat, konnte man noch immer die vorhergegangenen Stürme als unvermeidliche Krise betrachten, welcher von jetzt an eine stetige Entwicklung in gesetzlichen Formen folgen würde. Als aber die siegende Partei, selbst wieder zur Gewalt greifend, ihr eigenes Werk für unzureichend erklärte, war die Macht des Gesetzes für immer gebrochen, und mit jedem Tage sah man deutlicher, daß die Revolution statt in einer dauernden neuen Gestaltung, nur in der eigenen Vernichtung ihren Abschluß finden würde. Gleich nach dem Staatsstreich hatten strenge Maßregeln gegen Priester und Emigranten Schrecken und Verwirrung in eine große Zahl von Familien getragen. Bei viel tausend neuen Gesetzen waren die nöthigsten Angelegenheiten der Justiz und Verwaltung ungeordnet, der Unterricht vernachlässigt, die Wege im Unstande, und die Noth der Finanzen grenzenlos. Das Directorium hatte sich noch im September 1797 von den Räthen eine ganze Reihe neuer Steuern und Einnahmen zuweisen lassen, sogar die Lotterie war nach so lauten Declamationen

über ihre schädlichen Folgen wieder hergestellt. Die den Staatsgläubigern zu zahlende Rente wurde zu zwei Dritteln in werthlosen Anweisungen entrichtet, für das übrig bleibende — es hieß das consolidirte Drittel — gab man Rentenscheine, die sogleich auf zwanzig Prozent, allmählich auf sieben Prozent ihres Nominalwerthes heruntergingen. Mit solchen Mitteln war man dahin gekommen, in dem Budget des Jahres VI die Einnahmen auf 610, die Ausgaben auf 600 Millionen zu veranschlagen. Aber nur auf dem Papier, denn die directen Steuern gingen nicht ein, die indirecten blieben weit hinter dem erwarteten Betrage zurück; der Raub in den fremden Ländern, soweit er nicht in den Taschen der Lieferanten und Generale verschwand, reichte nicht einmal für den Unterhalt der Truppen und für die Kosten des großen Unternehmens, das gleich nach dem Abschluß des Friedens von Campo Formio unter Bonaparte's Leitung vorbereitet wurde. Leider beschränkten sich Gewinnsucht, ja Bestechlichkeit, nicht auf den Kreis der Lieferanten und Generale; es war offenkundig, daß selbst bei Mitgliedern des Directoriums und bei den ersten Beamten im Ministerium des Auswärtigen Geldgeschenke ein gewichtiges, häufig unentbehrliches Mittel der Unterhandlung bildeten. Schweizer, Cisalpiner, Batavier, Spanier und Portugiesen hatten diese Erfahrung gemacht; dem preußischen Gesandten erklärte Talleyrand ohne Hehl, er sei nicht in das Ministerium getreten, um es arm wieder zu verlassen. Aber ein Vorfall, der mehr als alle ähnlichen von sich reden machte, betraf die Amerikaner. Um den Handel mit England zu hindern, wurde das Recht der Blocade und der Durchsuchung neutraler Schiffe von Frankreich ungefähr eben so willkürlich als von den Engländern geübt. Es war deshalb zu Streitigkeiten mit der amerikanischen Schwesterrepublik, ja zu feindseligen Maßregeln gekommen, die offenen Krieg befürchten ließen. Auf die Nachricht von den Verhandlungen in Lille schickten jedoch die Vereinigten Staaten im October 1797 drei Gesandte nach Paris, um noch einmal gütlichen Ausgleich zu versuchen. Noch vor dem

Beginn der Verhandlung, ehe sie nur den Minister gesehen hatten, wurde den Gesandten von aufdringlichen Mittelspersonen, die man als Talleyrand's Vertraute kannte, das Ansinnen gestellt, dem Directorium zur Unterstützung der Expedition gegen England eine Anleihe von 48 Millionen Franken, außerdem den Directoren und dem Minister persönlich eine Summe von ungefähr 1,200,000 Franken zu versprechen. Talleyrand selbst vermied zwar, die Forderung zu wiederholen, verschob aber die Verhandlung von Tag zu Tag, und da die Gesandten bei dem Mangel einer Vollmacht auf die Anleihe sich nicht einlassen wollten, hörten sie, das Directorium könne nicht mit ihnen unterhandeln, sie nicht einmal empfangen. Zwei von ihnen, die Generale Marshal und Pinkney, kehrten darauf nach Amerika zurück. Ihre Weigerung fand allgemeine Billigung; der Präsident Adams ließ ihren Bericht drucken und rief auch den dritten Gesandten Gerry zurück. Talleyrand, schwer getroffen, suchte in seiner Entgegnung den Vorfall so darzustellen, als habe er, der Minister, nur wegen der Anleihe unterhandelt, und ein frecher Betrüger ohne sein Vorwissen die Gesandten dann mit besonderen Geldforderungen belästigt. Aber die Thatsachen sprachen zu deutlich; selbst die Anhänger der Regierung konnten ein Mißfallen nicht verbergen, und die Gegner gaben ihm um so lauteren Ausdruck, als ihre Zahl eben damals sich beträchtlich vermehrt hatte[1]).

Denn die politische Stellung des Directoriums war durch den 18. Fructidor längst nicht in dem Maße, wie man erwartet hatte, befestigt. In dem ersten Haß gegen die Moderirten hatte die Regierung sich beeilt, die Anhänger der alten Bergpartei, die eifrigsten Helfer bei dem Staatsstreich, in den Behörden, in der Presse, in den Vereinen zur Herrschaft zu bringen; selbst die Präsidenten der Gerichte und die öffentlichen Ankläger wurden, wo es nöthig schien, in diesem Sinne

1) Nouvelles politiques 18. Mai Suppl., 29. Mai Suppl., 1. Juni Suppl., 19. Juni Suppl.

gewechselt. Aber bald, wie es zu geschehen pflegt, trat unter den Siegern eine Spaltung ein; die Jacobiner, die Terroristen verlangten von der Beute ihren Theil, ja den Haupttheil, und erschienen bald nicht weniger gefährlich, als die Gegner, die man zu Boden geschlagen hatte. Im gesetzgebenden Körper besaß freilich das Directorium die Mehrheit, aber in der Presse, in den Vereinen gewannen die Jacobiner täglich an Einfluß, und weil sie in den Räthen vorerst nicht durchdringen konnten, setzten sie ihre ganze Hoffnung auf die neuen Wahlen, die im Frühling 1798 den Rath der Alten wie der fünf Hundert zu einem Drittel erneuern mußten. Die unterdrückten Parteien, Royalisten, Moderirte, hielten sich zurück. Als Streitende standen auf der einen Seite Jacobiner, auf der andern die Männer, welche am 9. Thermidor die Herrschaft Robespierre's gestürzt hatten. Das Directorium ließ kein Mittel ungenutzt, um die Wähler günstig zu stimmen. Aber vergebens; die am 1. Germinal (20. März) vorgenommenen Urwahlen führten in den meisten Departements eine Mehrheit von Wahlmännern herbei, von denen das Directorium alles eher als die Befestigung seiner Macht erwarten durfte. In dieser Verlegenheit griff man zu einem Auskunftsmittel, das den Namen: „System der Scissionen" erhalten hat. Die vom Directorium begünstigten Wahlmänner erklärten da, wo sie in der Minderheit blieben, es seien Ungesetzlichkeiten vorgefallen, und schritten zu einer besonderen Wahl. An einigen Orten waren die Klagen begründet, an andern willkürlich; nirgendwo durften sie mehr als einen Grund abgeben, die Wahlen der Mehrheit wie der Minderheit für ungültig zu erklären. Aber damit begnügte man sich nicht. Auf den Antrag des Directoriums erklärte der gesetzgebende Körper am 22. Floreal (11. Mai), angeblich um das Vaterland von einer großen, durch Jacobiner und Royalisten angezettelten Verschwörung zu retten, alle ihm nicht zusagenden Wahlen für nichtig, gleichviel ob sie von einer Mehrheit oder von einer Minderheit, oder ganz ohne Anfechtung von dem gesammten Wahlkörper ausgegangen waren. Es wiederholte sich genau, was man am 18. Fructidor in Bezug auf die Wahlen

des vorgehenden Jahres gethan hatte, nur nach einer anderen Richtung. Wenn auch einzelne Mitglieder der gemäßigten Partei getroffen wurden, der Hauptschlag ging doch gegen die Terroristen, unter denen in der That ein Mann wie Barrère wieder erschienen war. Durchaus wurde denn auch dies Gesetz vom 22. Floreal als Erneuerung und Fortsetzung des 18. Fructidor aufgenommen. In manchem Betracht hatte es auch dieselbe Wirkung: das Directorium behielt die Mehrheit in den Räthen und konnte noch für einige Zeit seine Macht behaupten. Aber das Mittel gehörte zu denen, welche unvermeidlich dem, der sie anwendet, Verderben bringen. Denn die Haltlosigkeit einer Verfassung, die so oft verletzt wurde, kam nun allen Parteien beinahe gleichmäßig zum Bewußtsein, und die Gegner des Directoriums wurden durch die zweite Gewaltthat in weit höherem Maße als durch die erste vermehrt. Der 18. Fructidor hatte Feinde getroffen, der 22. Floreal traf Freunde, wenigstens Männer, die bis vor kurzem die eifrigsten Widersacher der Widersacher des Directoriums gewesen waren. Mit jedem Tage trat es deutlicher hervor, wie sehr die höchste Behörde den Zusammenhang mit dem Volke, die Zustimmung der öffentlichen Meinung entbehrte. Das Ausscheiden François' von Neufchateau (9. Mai) und die Wahl Treilhard's (15. Mai) führten keine Aenderung herbei. Der neue Director schloß sich vornehmlich an Rewbel und verstärkte nur die Klage, daß die oberste Gewalt in den Händen der Advocaten sei. Aber selbst eine Persönlichkeit von weit höheren Fähigkeiten hätte schwerlich einen Umschwung der unaufhaltsam sich vollziehenden Bewegung herbeigeführt. Wenn einmal bei allen schwierigen Verfassungsfragen Gewalt entscheiden sollte, so mußte Gewalt auch bald den Herrscher bestimmen, und das unvermeidliche Ende war die Militärherrschaft.

Wie viel ist über den Mann, der sie an sich gerissen hat, geschrieben worden! Gleichwohl bleibt gerade in diesen bedeutsamen Monaten des Jahres 1798 noch manches zweifelhaft.

Welche Stellung hat er zur Regierung genommen, welchen Einfluß hat er auf die einzelnen Ereignisse ausgeübt?

In späterer Zeit als Herrscher und in seinen Denkwürdigkeiten hat er immer mit unverholenem Widerwillen, ja mit Verachtung gegen das Treiben des Directoriums sich ausgesprochen; und nicht blos in späterer Zeit. Schon im Gespräche mit Sandoz zeigt er im Wesentlichen dieselbe Gesinnung. Freilich ist der preußische Gesandte ebenso wenig scharfsichtig im Urtheil, als Bonaparte offenherzig in der Mittheilung, aber was er Sandoz sagte, findet auch in seinen Briefen, in seinem Benehmen, ja man könnte sagen, in den Bedingungen seines Wesens eine Bestätigung. Gewiß gingen bei ihm Ehrgeiz, Eigenliebe, Herrschbegier weit über die kleinlichen Leidenschaften der Directoren hinaus, und später, durch schrankenlose Gewalt verleitet, hat er so sehr als irgend ein Mensch zu seinem eigenen Sturze mitgewirkt. Aber damals war es gerade die Mäßigung in Verbindung mit einer unvergleichlichen Thatkraft, was ihm die außerordentlichen Erfolge in Italien errungen hatte. „Der Einfluß des Generals Bonaparte ist sehr groß," schreibt Sandoz am 3. Januar, „er giebt immer die weisesten und friedlichsten Rathschläge. Was wird das Ergebniß dieser großen Gunst sein? Wird er sie benutzen, um sich zur Allmacht zu erheben? Ich sehe nichts, was eine solche Absicht auch nur argwöhnen ließe. Die Gesundheit dieses Generals ist schwach, seine Brust sehr angegriffen. Sein Geschmack an den Wissenschaften und der Philosophie, das Bedürfniß der Ruhe, der Wunsch, die Neider zum Schweigen zu bringen, werden ihn dahin führen, sein Leben der Zurückgezogenheit und Freundschaft zu widmen. Das ist mein Urtheil." Auch später, wenn es sich um die Schweiz, um den Papst, um Bernadotte handelt, verfehlt Sandoz nie zu erzählen, daß Bonaparte über die vorgekommenen Gewaltthätigkeiten seine Unzufriedenheit ausgesprochen habe. „Der General", schreibt er am 10. März, „mißbilligt unverholen alles, was in der Schweiz vorgeht, und denkt mit mir, daß das Directorium sein Ansehen mindert und

seinen Bestand erschüttert, indem es zur Unzeit Europa in Unruhe versetzt. „„Bei dem geringsten Unfall,"" bemerkt er, „„wird man nur Feinde und keinen einzigen Bundesgenossen finden."" Er spricht sich selbst von aller Verantwortung frei und bedauert, daß das Directorium durch eine Hand voll unwissender Leute geleitet wird[1])." Aus den Instructionen für Brüne wie für Berthier ergiebt sich freilich, daß der Tadelnde selbst die Leitung der Unternehmungen gegen Rom und Bern zu beträchtlichem Theil übernommen hat; aber der Widerspruch ist nicht so groß, als er bei dem ersten Blick erscheint. Es versteht sich, daß ein Mann wie Bonaparte nicht müßig und ohne Einfluß bleiben konnte. Schon in eigenem Interesse durfte das Directorium solche Fähigkeiten nicht unbenutzt lassen; ebenso wenig konnte Bonaparte nach seiner damaligen Stellung Theilnahme, Beistand, besonders bei der Leitung kriegerischer Operationen verweigern. Aber daraus folgt noch nicht, daß er auch die Unternehmung ihrem ganzen Umfange nach gebilligt hätte. Ich glaube, man kann, wenn nicht mit Sicherheit, doch mit Wahrscheinlichkeit feststellen, wo bei ihm Zustimmung und Mißbilligung einander begrenzen. Sicher wünschte er in der Schweiz, seinen alten Absichten gemäß, die freie Straße nach Italien und schon aus diesem Grunde Abtrennung der Waadt von Bern. Er habe dies, sagte er dem preußischen Gesandten, den Bernern selbst bei der Durchreise dringend empfohlen, aber leider kein Gehör gefunden. Auch mit der Umformung der aristokratischen Verfassungen war er unzweifelhaft einverstanden. Daß er aber, da sie sich durch bewaffnete Demonstrationen recht wohl erreichen

---

1) Sandoz, 10. März: Ce général désapprouve hautement tout ce qui se passe en Suisse, et pense avec moi que le Directoire affaiblit sa considération et ébranle son existence en allarmant mal à propos l'Europe. Au moindre revers, observe-t-il, on ne trouvera que des ennemis et pas un allié. Le murmure est général ici contre les hostilités commises à Berne, et produira un mauvais effet à la veille des élections. Sandoz, 14. März.

ließ, den Raubzug und die Plünderung Berns gewünscht habe, halte ich — obgleich gerade hier für eine bestimmte Ansicht die Anhaltspunkte am meisten fehlen — für unwahrscheinlich, und für noch unwahrscheinlicher die so oft wiederholte Behauptung, er habe für die Durchführung seiner großen Unternehmungen in Bern die Geldmittel gewinnen wollen. Die drei oder vier Millionen, die er von Bern nach Toulon schicken ließ, wogen sicher die Gefahren nicht auf, welche aus einem so gewaltsamen Bruch der friedlichen Verhältnisse sich ergeben konnten. Ebenso meldet Sandoz am 11. Januar schwerlich mit Unrecht, Bonaparte wolle nicht den Sturz der päpstlichen Herrschaft, sondern eine Genugthuung für den Tod Duphot's[1]). Daneben lagen hier, wo es die Mühe lohnte, unzweifelhaft neue große Gelderpressungen in seiner Absicht. Daß er die Abhängigkeit der cisalpinischen Republik, also die Annahme des Bündnißvertrages gewollt habe, läßt sich nicht bezweifeln, aber daß er die immerwährenden Eingriffe in die Verwaltung nicht wünschte, zeigt schon der Brief zu Gunsten der Directoren Moscati und Paradisi, der zudem gar nicht geschrieben ist, als hätte der Verfasser in diesen Angelegenheiten die starke Hand, oder nur genaue, amtliche Kenntniß besessen. Damit stimmt auch später das Benehmen seines Bruders Lucian und seines Schwagers in Mailand überein. Aber man begreift, daß eine Stellung, in welcher er thun und fördern sollte, was er gar nicht, oder doch nur zum Theil oder in anderer Weise gethan haben wollte, einem Charakter von Bonaparte's Art unerträglich

---

1) Sandoz, 11. Januar: Jamais délibérations n'ont été plus vives et plus impérieuses que celles du Directoire au premier récit de la mort du général Duphot. Toutes tendaient à vouloir mettre Rome à feu et à sang. Devenues plus calmes aujourd'hui elles paraissent se réunir à mettre fin au regne des papes, et à réunir le territoire de l'église à la république Cisalpine. Cependant tout n'est pas dit encore à cet égard. Le général Bonaparte, appellé à ces délibérations, n'a point partagé le ressentiment de son frère l'ambassadeur, et aussi peu les conclusions de sa dépêche.

wurde. Auch die Besorgniß, längere Unthätigkeit könnte seinem Ruhme schaden, war nicht unbegründet. „Der verlängerte Aufenthalt in Paris," schreibt Sandoz am 18. Februar, „ist der großen Berühmtheit des Generals nachtheilig geworden. Es ist nicht mehr Rede von ihm, kaum wird er im Theater noch bemerkt. Das pariser Volk, immer leichtfertig und frivol, sagt schon von ihm: Was macht er hier, warum geht er nicht an die Küste, warum schifft er sich nicht gegen England ein?" Er bedurfte eines neuen großen Feldes seiner Thätigkeit. Sein Wunsch, in das Directorium einzutreten, wurde durch den Mangel des gesetzlichen Alters verhindert; das Directorium zu stürzen, war die Zeit noch nicht gekommen; die Landung in England erschien ihm unausführbar. So wandte er sich mit der ganzen Gewalt seines Willens einem Unternehmen zu, das schon seit dem Frühling des vergangenen Jahres seine Phantasie beschäftigt und mehr und mehr bestimmte Form gewonnen hatte. Als er auf dem Siegeszuge in Italien nach Ancona an die Gestade des adriatischen Meeres gelangt war, schweiften seine Gedanken auch nach dem Orient hinüber, der von jeher die Eroberer mit geheimnißvoller Gewalt an sich gezogen hat. Wenig später, und er sah sich im Besitz Venedig's, des Arsenals, der Flotte und vor allem der jonischen Inseln. Die vortheilhafte Lage, die starke Befestigung von Corfu bot einen sichern Ausgangspunkt für den Plan, das mittelländische Meer in einen französischen See zu verwandeln. „Die Inseln Corfu, Zante und Kephallonia," schreibt er am 16. August an das Directorium, „sind wichtiger für uns, als ganz Italien; ich glaube, wenn wir wählen müßten, wäre es besser, Italien dem Kaiser zurückzugeben und die vier Inseln zu behalten. Das Reich der Türken zerbröckelt, der Besitz dieser Inseln setzt uns in den Stand, es so lange als möglich zu erhalten und unsern Theil davon zu nehmen. Die Zeiten sind nicht fern, wo wir fühlen werden, daß wir uns, um England wirklich zu vernichten, Aegyptens bemächtigen müssen." Die Politik Bonaparte's wie des Directoriums ist in diesen Zeilen vorgezeichnet,

und er selbst, wie es seine Art war, säumte nicht mit der Ausführung. Die venetianische Flotte wurde mit allem, was man zur Hand hatte, wieder ausgerüstet, den Inseln ausreichende Besatzung gegeben, die Verwaltung geordnet, mit dem türkischen Pascha Ali von Janina und zugleich mit den Mainotten des Peloponnes eine Verbindung angeknüpft. Man begreift weshalb Bonaparte bei den Verhandlungen in Passariano in so unmäßige Wuth gerieth, als Cobenzl den Besitz dieser Inseln nicht zugestehen wollte, und warum seine Briefe mit so ärgerlichem Hohn von der Begehrlichkeit der Neapolitaner nach diesen selbigen Inseln reden.

Er war nicht der erste, der in Paris Absichten auf den Orient anregte. Hatte doch schon Leibnitz — auch dieser weder der einzige noch der erste — Ludwig XIV. die Vortheile auseinander gesetzt, welche der Besitz Aegyptens bieten würde. Und gerade in den letzten Jahren der Revolutionszeit pflegte ein geistreicher Mann, Magallon, der französische Consul in Kairo, wenn er über die Bedrückung des Handels durch die Mameluken klagte, auch hervorzuheben, wie leicht man sich Aegyptens bemächtigen könne. Delacroix hatte darauf keineswegs abweisend geantwortet. Das Verhältniß zum Sultan war ein scheinbar freundliches. Aber wir erinnern uns, wie das Directorium, wie schon die Politiker des Wohlfahrts-Ausschusses bei den Verhandlungen mit Oesterreich ohne Bedenken türkische Provinzen anzubieten pflegten. Auch jetzt wies das Directorium die Vorschläge Bonapartes nicht zurück; Talleyrand, der neue Minister des Auswärtigen, scheint sogleich eine wahre oder klug berechnete Vorliebe ihnen zuzuwenden. Indessen man begnügte sich zunächst, die Kräfte Frankreichs auf dem Mittelmeer zu verstärken; Bonaparte schloß den Frieden mit Oesterreich, ging nach Rastatt, und während der ersten Monate seines Aufenthaltes in Paris traten die Unternehmungen gegen die Schweiz und den Kirchenstaat in den Vordergrund. Auch war die Erbitterung gegen England so hoch gestiegen, daß der unmittelbarste, kräftigste Stoß gegen das Herz des Feindes, also die Landung

an der britischen Küste dem Directorium von Allem als das Wünschenswertheste erschien. Um die Möglichkeit der Ausführung und die verfügbaren Hülfsquellen beurtheilen zu können, unternahm Bonaparte am 10. Februar eine Reise längs der Küsten des Oceans. Aber sie entschied nur seine Abneigung gegen ein Unternehmen, das niemals recht nach seinem Sinn gewesen war. Am 23. Februar, am Tage nach seiner Rückkehr erstattet er der Regierung ausführlichen Bericht. „Welche Anstrengungen wir auch machen", heißt es gleich zum Eingange, „wir werden in mehreren Jahren das Uebergewicht auf dem Meere nicht erlangen. Ohne Herr des Meeres zu sein, ist eine Landung in England das kühnste, schwierigste Unternehmen, das jemals gemacht ist." Nur im Winter, fährt er fort, während der langen Nächte könne man, unbemerkt von den englischen Flotten, über den Canal gelangen; nach Ablauf des April sei nichts mehr auszurichten. Nachdem er die ganz unzureichende Stärke der französischen Rüstungen auseinander gesetzt hat, kommt er zu dem Schluß: „Das Unternehmen gegen England ist nicht möglich vor dem nächsten Winter, dann werden wahrscheinlich Hindernisse auf dem Continent entgegentreten. Der rechte Augenblick, sich für die Expedition vorzubereiten, ist verloren, vielleicht für immer." In einer zweiten Denkschrift setzt er auseinander, was an Vorbereitungen, an Schiffen, Geld, Mannschaften erforderlich werde. Sei es nicht vollständig zu beschaffen, so müsse man auf die Landung ganz verzichten, England durch die Wegnahme von Hannover oder Hamburg schädigen, oder durch eine Expedition gegen die Levante den indischen Handel bedrohen. Sei auch dies unmöglich, so bleibe nichts übrig als Frieden zu machen und dann um so stärkere Forderungen auf dem rastatter Congreß gegen Deutschland zu richten. Was er selbst will, spricht er nicht bestimmt aus, aber es ergiebt sich aus der ganzen Darstellung. Die Wegnahme von Hannover oder Hamburg bedeutete Krieg gegen Preußen, den man nicht wollen konnte; den Frieden mit England hatte das Directorium

durch wüthende Proclamationen selbst unmöglich gemacht. Talleyrand verstand die Absichten des jungen Generals immer am feinsten herauszufühlen und sich anzueignen. Er vertraute dem preußischen Gesandten bereits am Tage, an welchem Bonaparte nach Paris zurückkehrte, er, der Minister, habe sich in der Sitzung des Directoriums dafür ausgesprochen, 40000 Mann von der italienischen Armee zur Eroberung von Aegypten zu verwenden. Sandoz fügt hinzu, er habe diesem Plane aus vollem Herzen zugestimmt, weil er Frankreich erschöpfen und aus Europa entfernen müsse [1]). Indessen ein fester Entschluß war an diesem Tage noch nicht gefaßt, wenigstens der Plan gegen England noch nicht aufgegeben. Die nächste Wirkung des Berichtes sind in den letzten Tagen des Februar eine Anzahl von Verfügungen, die Bonaparte als Vorbereitung für die Landung in England vorgeschlagen hatte. Aber am 5. März ist die Entscheidung da. Von diesem Tage datirt Bonaparte die Vorschläge, wie man die von ihm geforderten 25000 Mann Fußvolk und 3000 Reiter in der italienischen Armee auswählen könne, und noch an demselben Tage entwirft er im Namen des Directoriums die Befehle, seine Vorschläge zur Ausführung zu bringen. An demselben Tage erfolgte auch die Entscheidung in Bern, welche neue Truppen und aus dem erbeuteten Schatz einige Millionen verfügbar machte; nur vier Tage später bewilligte in Rastatt die Deputation die Abtretung des linken Rheinufers. Sobald Bonaparte davon Nachricht erhält, schreibt er am 14. März an Talleyrand, seine Anwesenheit beim Congresse sei nicht ferner nöthig; man möge ihm gestatten, alles,

---

1) Sandoz, 22. Februar. Es darf daran erinnert werden, daß dieselbe Gesinnung schon Leibnitz zu seiner Schrift über Aegypten anregte. Auch das consilium Aegyptiacum, wie es der deutsche Philosoph Ludwig XIV. unterbreitete, wäre zu beträchtlichem Theile beinahe wörtlich, oder wenn man für Holland England setzt, in einer Denkschrift an der Stelle gewesen, die Jemand hundert und sechszehn Jahre später dem Directorium zu Gunsten der Expedition hätte vorlegen wollen.

was für den Fall seiner Wiederkehr dort zurückgeblieben sei, nach Paris kommen zu lassen. Mit ungetheilten Kräften konnte er sich nun dem neuen Unternehmen zuwenden. Er war unermüdlich Tag und Nacht; sein Briefwechsel aus jener Zeit ist wieder ein unvergleichliches Zeugniß, was die Energie eines einzigen Menschen zu leisten vermag. Soldaten, Geld, Schiffe, Proviant, das Größte wie das Kleinste, für alles trägt er Sorge, alles weiß er zu sammeln, zu ordnen, zu erwägen. Von den Mitgliedern des Directoriums waren durchaus nicht alle ihm und seinem Unternehmen geneigt. La Revellière hat sich noch in seinen Denkwürdigkeiten leidenschaftlich ungerecht dagegen ausgesprochen und dem General als einzigen Urheber für alle Folgen die Verantwortung zugeschoben. „Eines Tages," erzählt er, „als ich Einwendungen erhob, erwiederte Bonaparte, man solle einen andern General mit der Expedition beauftragen. „„Wenn Sie Ihre Entlassung fordern,"" erwiederte ich, „„so stimme ich dafür, daß man sie bewillige. Sie sehen, daß ich für die Expedition nicht eingenommen bin. Soll sie aber gemacht werden, so muß auch der General die Ausführung und die Folgen auf sich nehmen, der sie angeregt und den Plan entworfen hat [1])."" Diese Scene scheint nicht die einzige ihrer Art geblieben zu sein, aber Bonaparte brachte auch jetzt wie jederzeit seinen Willen zur Geltung; für jeden Einwand fand er eine Entgegnung, für jedes Hinderniß Abhülfe; selbst dem mangelhaften Organismus der Directorial-Verwaltung gab er Kraft und Leben; Generale, Beamte, Gelehrte, alles folgte ihm auf einer Bahn, deren Ziel nicht einmal bekannt war. Denn da die größte Gefahr darin lag, daß eine englische Flotte im Mittelmeer den Weg versperrte, so sollte sich das Unternehmen in das tiefste Geheimniß hüllen. Man erstaunt beinahe, daß dies in dem Maße, in welchem es geschehen ist, den

1) La Revellière a. a. O. II, 345. Thiers (Histoire de la Révolution, livre 38), der die Memoiren La Revellière's im Manuscript zu lesen Gelegenheit hatte, erzählt dieselbe Anecdote, aber in nicht ganz richtiger Fassung.

Engländern gegenüber gelingen konnte. Denn ein wirkliches Geheimniß würde bei solchen Vorbereitungen selbst die äußerste Vorsicht nicht leicht behauptet haben; man kann aber nicht einmal sagen, daß sie geübt worden sei. Talleyrand's voreilige Vertraulichkeit dem preußischen Gesandten gegenüber haben wir erwähnt. Das vorsichtige berliner Cabinet fürchtete schon, daß die lebhafte Zustimmung Sandoz' von den Türken übel gedeutet werden könnte [1]). Einige Tage später, am 10. März, meldet der Gesandte, auch Bonaparte habe mit Begeisterung von der ägyptischen Expedition gesprochen. Dann kreuzten sich freilich verschiedenartige Gerüchte, man sprach von Portugal, Griechenland, Constantinopel, sogar von der Krimm; officiell wurde noch immer an der Landung in England festgehalten; [2]) aber selbst ein so wenig scharfsichtiger Mann wie Sandoz trifft mit seinen Vermuthungen meistens das Richtige. Unterdessen gedieh alles mit unglaublicher Schnelligkeit. Alle Welt mußte fragen, wohin diese ungeheure Flotte von Transportschiffen in Toulon, in Genua, in Corsica, in Civita-Vecchia bestimmt sei. Von seinen Kriegsgefährten in Italien hatte Bonaparte die vorzüglichsten Officiere und Brigaden ausgesucht; auch Kleber, Desaix, zwei Generale des ersten Ranges, Caffarelli, der Ingenieur, alle drei bei dem Directorium übel angesehen, stellten sich unter seinen Befehl. Zierden der Wissenschaft, Monge, Denon, Dolomieu rechneten sich zur Ehre, dem General, der vor Allem als Mitglied des National-Instituts zu erscheinen liebte, sich anzuschließen. Am 12. April fertigte das Directorium, noch immer im tiefen Geheimniß, die von Bonaparte entworfenen Vollmachten aus: Es wird eine Armee des Orients gebildet; sowohl die Flotte als die Truppen, dazu die drei neuen Departements der jonischen Inseln werden unter den Befehl Bonaparte's gestellt. In Erwägung, daß die Beys der Mameluken den französischen Handel beschädigt und sich

1) Das Ministerium an Sandoz, 8. März.
2) Sandoz, 14. März, 7., 15., 25., 29. April.

ganz und gar von den Engländern abhängig gemacht haben, erhält er den Auftrag, sich Aegyptens zu bemächtigen, den Handel der Engländer im Orient, so weit als möglich, insbesondere im rothen Meer zu zerstören und vermittels der Durchstechung des Isthmus von Suez einen neuen Handelsweg nach Indien zu eröffnen. Er soll das Loos der Eingeborenen Aegyptens in aller Weise bessern und, so weit es von ihm abhängt, mit dem türkischen Großherrn und seinen Beamten gutes Einvernehmen unterhalten. Ein folgender Beschluß zählt die Unbilden des Ordens von Malta gegen Frankreich auf. Der General soll vorerst diese Insel in französische Gewalt bringen, freilich nur, sofern es ohne Gefährdung des größeren Unternehmens geschehen kann.

In den nächsten Wochen wurde alles zum Abschluß gebracht; am 23. April dachte Bonaparte sich von Paris nach Toulon zu begeben, in den ersten Tagen des Mai unter Segel zu gehen. Beinahe im Begriff in den Wagen zu steigen, erhielt er die Nachricht von den Ereignissen in Wien und der Abreise Bernadotte's. Ueber den Eindruck, den sie in Paris hervorriefen, ist früher gesprochen. Schon um die für ihn so werthvolle, so eifrig vorbereitete Unternehmung nach Aegypten nicht zu gefährden, mußte Bonaparte vom Kriege gegen Oesterreich abrathen. Wir haben gesehen, wie Talleyrand in den Briefen an Treilhard sogar die ergebene Dienstwilligkeit des Generals und die Erkenntlichkeit des Directoriums hervorhebt [1]). Daneben begegnet man freilich ganz anderen Nachrichten. Bonaparte soll seine Ansichten geändert, die Expedition für unausführbar erklärt und auf der Gesandtschaft in Rastatt be-

---

1) Vous n'apprendrez pas sans plaisir, que le général Bonaparte se dispose à se rendre à Rastadt. Le dévouenement avec lequel il s'est offert dans une circonstance aussi délicate a été parfaitement senti par le Directoire Exécutif. Il a écrit à Monsieur de Cobenzl. Oben S. 267 ist der Brief in Folge eines Druckfehlers irrig vom 25. statt vom 26. April datirt.

standen haben, um, wie vordem in Campo-Formio, in einer gebietenden Stellung mit Cobenzl über Krieg und Frieden zu entscheiden. Als man ihn, heißt es weiter, zur Abreise nach Toulon, statt nach Rastatt nöthigen wollte, kam es in einer Sitzung des Directoriums zu heftigem Wortwechsel, und Bonaparte drohte, wie so oft, mit einem Entlassungsgesuch. Da soll ihm Rewbel das Schreibzeug hingehalten haben mit den Worten: „Schreiben sie es nieder, General, wenn Sie sich zurückziehen wollen. Die Republik verliert gewiß einen tapferen und geschickten Feldherrn, aber sie hat noch Kinder, die sie nicht verlassen werden." Bonaparte ergriff die Feder, ließ sie sich aber von Merlin wieder aus der Hand nehmen, und der Wortwechsel hatte nur die Folge, daß er das Mißtrauen der Directoren und den Groll des Generals noch vermehrte [1]). Einige Bestätigung findet diese Erzählung in den Denkwürdigkeiten des Grafen Miot, der damals in Paris zu den ergebensten Freunden der Familie Bonaparte gehörte. Er berichtet nach eigener Erinnerung: Das Directorium, stutzig und eifersüchtig in Folge des Briefes, welchen Bonaparte ohne vorgängige Genehmigung an Cobenzl geschrieben hatte, bestimmte François von Neufchateau für die Unterhandlung und drängte um so eifriger auf Bonaparte's Abreise nach Toulon. Der General betrachtete dagegen die Expedition als eine völlig aufgegebene Sache und erzählte noch am Abend des 5. Mai den bei ihm versammelten Freunden nur von dem, was er in Rastatt und später in Paris vornehmen wolle. Da trat unerwartet mit ernstem, finsterem Gesichte Barras in das Zimmer und bald mit Bonaparte in ein besonderes Cabinet. Nach einer viertelstündigen Unterredung entfernte sich der Director mit kurzen Worten, Bonaparte schloß sich abermals ein, und trat dann noch in derselben Nacht die Reise nach Toulon an. Barras, fügt Miot hinzu, habe im Auftrage des Directoriums den bestimmten Befehl zur

1) Barante, Histoire du Directoire III, 138. Mémoires tirés des papiers d'un Homme d'Etat, V, 512.

Abreise überbracht, und die Art, wie er seines Auftrages sich entledigte, sei ihm von Bonaparte niemals verziehen worden.

Was könnte glaubwürdiger scheinen als diese Erzählung, von einem so nahestehenden, so urtheilsfähigen Augenzeugen nur sechszehn Jahre nach den Ereignissen im kräftigsten Alter zu Papier gebracht? Und doch giebt sie einen neuen Beweis, wie wenig dergleichen aus der Erinnerung niedergeschriebenen Aufzeichnungen meistens zu trauen ist. Der Brief Bonaparte's an Cobenzl wird von Talleyrand in demselben Schreiben vom 26. April erwähnt, welches die Dienstwilligkeit des Generals und die Dankbarkeit des Directoriums besonders hervorhebt. Am 5. Mai war Bonaparte längst auf dem Wege nach Toulon. Die Unterredung mit Barras könnte spätestens zwei Tage früher stattgefunden haben. Aber, was viel wichtiger ist: Absicht und Wirkung, die dem Besuche des Directors beigelegt werden, sind offenbar nur Einbildung des Berichterstatters. Wenn Bonaparte wirklich — es ist sehr unwahrscheinlich — in jenen letzten Tagen vor der Abreise über die Expedition nach Aegypten wie über eine aufgegebene Sache gesprochen hat, so kann es nur in der Absicht geschehen sein, seine Umgebung über seine Pläne zu täuschen. Schon am 2. Mai schreibt er dem General Caffarelli nach Toulon: alle Hindernisse, die der Expedition bisher entgegenstanden, seien gehoben, er würde am Abend des nächsten Tages abreisen und sechs Tage später in Toulon eintreffen. An demselben 2. Mai gibt er auch den Generalen Kleber, Desaix, Baraguai-d'Hilliers und dem Admiral Brueys die bestimmten, entscheidenden Befehle: theils, sich einzuschiffen, theils, für die Einschiffung Alles in Bereitschaft zu halten [1]).

---

1) Mehr als alles dieses könnte befremden, daß die Miot'sche Erzählung, wie sie in den 1858 in erster, 1873 in zweiter Auflage veröffentlichten Memoiren erscheint, beinahe wörtlich bereits seit 1832 in dem 5. Bande der Mémoires tirés des papiers d'un Homme d'Etat S. 514 zu finden ist. Das Räthsel löst sich dadurch, daß Miot schon 1804 Mémoires pour servir à l'histoire des expéditions en

Bei alle dem läßt es sich nicht unmöglich nennen, daß Gesinnungen, wie Miot sie voraussetzt, unter den wechselnden Eindrücken jener vielbewegten Tage Dasein gewonnen, auch gelegentlich in einem Wortwechsel zwischen Bonaparte und Rewbel oder anderen Directoren Ausdruck gefunden hätten. Aber große Bedeutung möchte ich dem, was darüber erzählt wird, auch wenn es sicherer verbürgt werden könnte, nicht beilegen. Zum Verständniß dessen, was offen zu Tage getreten ist, scheint es in keiner Weise erforderlich. Was Bonaparte gethan hat, findet in der Natur der Verhältnisse völlig ausreichende, ja die beste Erklärung.

In der Nacht vom 3. auf den 4. Mai verließ er Paris und zwei Wochen später den Hafen von Toulon. Nicht ein Kahn, sondern die größte Flotte, die seit Jahrhunderten auf dem Mittelmeere erschienen war, trug den künftigen Cäsar und sein Glück, trug ihn zu einem Unternehmen, das alles erfüllte, was er für sich persönlich wünschte, und nichts von dem, was man für Frankreich erwartete. Grund genug, um Lob und Tadel gleichmäßig herauszufordern. Wer wird in Abrede stellen, daß persönliche Rücksichten, die Hoffnung, durch neue glänzende Thaten seine Bedeutung zu steigern, das Verlangen, sich einer unbequemen, ja unhaltbaren Stellung zu entziehen, vielleicht auch die Voraussicht von Unglücksfällen, die den Werth des Abwesenden um so fühlbarer machen würden, daß alles dieses auf Bonaparte's Entschluß von wesentlichem Einfluß gewesen sei. Auch das Directorium, hätte es nur seine Pflicht und das Wohl des Landes im Auge gehalten,

---

Égypte et en Syrie, Paris chez Demonville herausgegeben hat, welche freilich mit dem Embarquement à Toulon ihren Anfang nehmen. 1814 erschien eine zweite Auflage bei Le Normant, révue corrigée et augmentée d'une introduction, d'un appendice et de faits, pièces et documents, qui n'ont pu paraître sous le gouvernement précedant. Die Einleitung enthält zuerst die hier in Betracht kommende Erzählung, welche dann für die Mémoires d'un Homme d'Etat als Quelle gedient, und später in den Denkwürdigkeiten Miot's mit geringen Veränderungen Aufnahme gefunden hat.

würde schwerlich in so aufgeregter Zeit, inmitten der Gefahren eines neuen Krieges den besten Feldherrn und die Blüthe des Heeres in so weit entlegene Ferne entlassen haben. Aber deßhalb darf man noch nicht, wie es wohl geschehen ist, das ganze Unternehmen als ein Ergebniß eigennütziger Ruhmsucht und frevelhaften Wagnisses verurtheilen. Berechtigte und unberechtigte Motive wirkten, wie es so oft zu geschehen pflegt, neben einander. Vor allem ist zu erwägen, daß an der Spitze ein Mann stand, der mehr als irgend ein anderer schon durch seine persönliche Thätigkeit selbst dem scheinbar Abenteuerlichen, nicht zu Berechnenden den Stempel des Erreichbaren, wohl Ueberlegten aufdrücken konnte. Auch muß man sich hüten, die Verhältnisse, unter welchen Bonaparte seinen Plan entwarf, mit denjenigen zu verwechseln, welche später durch die Vernichtung der französischen Seemacht herbeigeführt wurden. Das größte Bedenken lag offenbar in der Möglichkeit, es könnte eine englische Flotte der Expedition bereits auf dem Hinzuge begegnen, oder ihren Rückzug und die Verbindung mit Frankreich abschneiden. Als Bonaparte seinen Plan entwarf, war diese Gefahr zwar vorhanden und in Anschlag zu bringen, aber nicht so dringend, daß sie einen muthigen, sieggewohnten Feldherrn hätte abschrecken müssen. Nicht die Engländer, sondern die Franzosen besaßen damals die Herrschaft auf dem Mittelmeer, und Bonaparte hatte mit gewöhnlichem Geschick alle Anordnungen getroffen, den Franzosen die Herrschaft zu erhalten. Gelang dies, so waren auch die größten Nachtheile des Zuges beseitigt. Das Heer, jedenfalls der Feldherr konnte, wenn man seiner bedurfte, zurückkehren. Bonaparte selbst gedachte seine Abwesenheit nicht über das Ende des Jahres auszudehnen. Schon am 22. Februar und weit bestimmter in einer zweiten Denkschrift vom 13. April wird eine Expedition gegen England für den nächsten Winter in Aussicht genommen; Bonaparte hatte den Directoren seine Rückkehr für den October zugesagt und glaubte selbst so fest daran, daß er seinem Bruder Joseph noch aus Kairo den

Auftrag gibt, ein Landgut zu kaufen, wo er den Winter verleben könne[1]). Welche Vortheile bot unter solchen Verhältnissen der Besitz Aegyptens, sei es, daß man das Land als Colonie dauernd behaupten, oder nur als Pfand in Händen behalten wollte, um es beim Frieden mit England gegen das Cap der guten Hoffnung und andere englische Eroberungen auszutauschen! In jedem Falle konnte man von Aegypten aus die Besitzungen und den Handel der Engländer in Indien bedrohen, sie nöthigen eine Anzahl von Schiffen in jene Gegenden zu senden und dadurch ihre Seemacht in Europa zu schwächen. Alle diese Erwartungen sind freilich nicht in Erfüllung gegangen, aber sie lassen sich keineswegs als unbegründete bezeichnen. Es blieb ein bedenklicher Punkt: durch die Besetzung einer, wenn auch nur dem Namen nach türkischen Provinz, trieb man den Sultan, einen damals nicht ganz verächtlichen Feind und sehr nützlichen Bundesgenossen gegen Rußland, wahrscheinlich in das Lager der Feinde Frankreichs. Schon in Italien, bei den ersten Erwägungen des Planes, hatte Bonaparte diese Gefahr in Betracht gezogen. Es ist aber sehr merkwürdig, daß der feinste Politiker des damaligen Frankreichs wenigstens nicht für unmöglich hielt, sich wegen Aepyptens mit den Türken zu einigen. Talleyrand meint, man könne vielleicht durch die Rückgabe der von den Mameluken befreiten Provinz ihre Freundschaft erkaufen[2]), andernfalls sei es vortheilhaft, bei einer größeren Theilung türkischer Besitzungen ein Pfand und Frankreichs gebührenden Antheil schon in der Hand zu haben. Bonaparte, der es liebte, Menschen, die er für seine Absichten gebrauchte, auch durch persönliches Interesse sich zu verbinden, wußte Talleyrand

---

1) Correspondance de Napoléon, IV, 475. Corresp. du roi Joseph, I, 189. Man hat keinen Grund, diesen Auftrag mit La Revellière a. a. O. II, 353 für eine Täuschung zu halten.

2) Bonaparte an Talleyrand, 13. September. Talleyrand an Bonaparte, 23. September, Correspondance inédite IV, 222.

zu bestimmen, daß er selbst als Botschafter in Constantinopel die französischen Wünsche zu fördern versprach. Er sollte der Expedition folgen und von dem eroberten Aegypten aus gewiß nicht ohne kräftigen Schutz und die in Constantinopel wirksamsten Hülfsmittel sich auf seinen Posten begeben[1]). Freilich, so leicht als man in Paris erwartet hatte, ließen sich die Türken nicht beschwichtigen; wir werden jedoch sehen, daß die endgültige Entscheidung auch in Constantinopel erst durch die Entscheidung bei Abukir gegeben wurde.

Ehe aber alles dies zum Austrag kam, sollte vorerst ein kleineres Unternehmen beendigt werden, das dem größeren als wirksame Vorbereitung und Unterstützung diente. Schon in den Briefen aus Italien, wo er zuerst von Aegypten redet, pflegt Bonaparte auch Malta zu erwähnen. „Warum könnten wir uns nicht der Insel Malta bemächtigen?" schreibt er am 13. September an Talleyrand; „der Admiral Brueys könnte sehr wohl dort eine Landung vornehmen. Vierhundert Ritter und höchstens ein Regiment von fünf hundert Mann bilden die einzige Vertheidigung der Stadt Lavaletta. Die Einwohner, deren Zahl sich auf mehr als 100,000 beläuft, sind sehr für uns eingenommen und sehr überdrüssig ihrer Ritter, die nichts zu leben haben und vor Hunger sterben. Ich habe eben deshalb alle ihre Güter in Italien einziehen lassen. Mit der St. Peters Insel, die der König von Sardinien uns abgetreten hat, mit Malta, Korfu u. s. w. werden wir die Herrn des ganzen Mittelmeeres." Talleyrand und die Directoren zeigten sich ohne irgend ein Bedenken völlig einverstanden. Freilich wurde wieder ein Staat überfallen, der zu ernstlichen Beschwerden gar keine Veranlassung gegeben hatte. Aber die Beraubung der Schwachen war damals in Frankreich, man könnte sagen in Europa, ein längst gewohnter Brauch. Kräftigen Widerstand hatte man nicht zu fürchten. Wo waren die Tage, als Philipp de Villiers dem großen Soliman auf Rhodus die

1) Correspondance de Napoléon, IV, 117, 177, 254.

Stirn bot, als Lavalette die wüthenden Angriffe der Türken gegen den kaum befestigten neuen Sitz des Ordens siegreich zurückwies? Mit der Macht des Feindes hatte auch die Bedeutung der Malteser-Ritter abgenommen, und mehr und mehr traten die Folgen hervor, die ein zweckloses Dasein herbeizuführen pflegt. Große Reichthümer, glänzende Stellung nach außen konnten den innern Verfall nicht verdecken; die Verderbniß der Sitten, die Zwietracht der verschiedenen Nationalitäten ließen schon um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts völlige Auflösung des Ordens befürchten. Selbst die zweiundzwanzigjährige Regierung eines tüchtigen Großmeisters konnte den alten und den neu hervorbrechenden Uebeln nicht steuern. Als Emanuel de Rohan am 13. Juli 1797 die Augen schloß, war auch die äußere Stellung des Ordens von mehr als einer Seite gefährdet. Die Revolution hatte ihn aus Frankreich und immer weiter aus dem Bereich der französischen Heere vertrieben. Was Bonaparte in Italien gegen die Ordensgüter vornahm, war schon vorher in Frankreich, in Belgien, am linken Rheinufer geschehen. Auf dem rastatter Congreß hatten die Abgeordneten der deutschen Zunge, der Großbailli von Pfirt und der Comthur von Truchseß, nicht am wenigsten zu klagen und das Schlimmste zu befürchten, wenn der Plan einer allgemeinen Säcularisation sich verwirklichte. Um zum Widerstande Kraft zu gewinnen, dachte man ernstlich an eine Vereinigung des Malteser-Ordens mit dem deutschen, ohne daß aber dieser Plan bei Lehrbach, dem er mündlich und schriftlich vorgetragen wurde, Beifall gefunden hätte[1]). So vielen Nachtheilen gegenüber bot, was in Baiern und Rußland in letzter Zeit zu Gunsten des Ordens geschehen war, nur unzureichenden Ersatz. Mit der Minderung der Einnahmen verband sich noch eine Steigerung der Ausgaben, denn man mußte die zahlreichen Ritter unterhalten, die ihrer Commenden beraubt, in Malta Zuflucht suchten und oft genug die schon bestehende Un-

1) Lehrbach an Thugut, 17. April, 3. und 7. Juli.

einigkeit, den Neid, das Mißtrauen der verschiedenen Zungen gegen einander noch vermehrten. Denn von den französischen Rittern war eine nicht geringe Zahl den Grundsätzen der Revolution zugethan, ja in jedem Augenblick bereit, eine so wenig vortheilhafte Stellung aufzugeben und, sei es auch durch den Untergang des Ordens, die Rückkehr in das Vaterland zu erkaufen. Mit gewohnter Klugheit wußte Bonaparte diese Stimmung zu benutzen. Von dem französischen Consul, selbst von einflußreichen Mitgliedern des Ordens erhielt er Berichte über die Zustände der Insel; am 12. November ließ er auch einen seiner geschicktesten Agenten, Poussielgue, dahin abgehen, angeblich um sich mit den Bedürfnissen des französischen Handels bekannt zu machen. „Der wirkliche Zweck der Sendung", schreibt er dem Directorium, „besteht darin, an unsere Entwürfe auf Malta die letzte Hand zu legen [1])."

Nur eine starke und geschickte Leitung hätte den Orden durch so viele Gefahren hindurchführen können. Zum Unglück fehlte sie von Allem am meisten. Eine alte Prophezeiung soll den Verlust Maltas unter einem deutschen Großmeister geweissagt haben; sicher ist, daß bis dahin niemals ein Deutscher zum Haupt des Ordens erhoben war. Die deutschen Ritter pflegten nicht einmal nach dieser Ehre zu streben. Im Verhältniß zu den übrigen Zungen nicht eben zahlreich, weil der deutsche Orden den deutschen Adel vorzugsweise anzog, nahmen sie selten auf der Insel ihren Wohnsitz. Ziel ihres Ehrgeizes waren die deutschen oder böhmischen Balleien, vornehmlich das mit der reichsfürstlichen Würde ausgestattete Priorat von Heitersheim. Jetzt in so stürmischer Zeit, drei Tage nach Rohan's Tode, wurde zum erstenmal ein rheinischer Adliger, Graf Ferdinand von Hompesch, zum Großmeister gewählt. Weniger aus eigener Neigung, als auf den Antrieb Anderer, die unter seinem Namen herrschen wollten, scheint er um die Würde sich beworben zu haben. Die deutsche und die baierische

1) Correspondance de Napoléon, III, 435.

Zunge wurden durch seine Nationalität, die französische zum Theil durch Versprechungen, zum Theil auch durch die Hoffnung gewonnen, daß unter seiner Leitung der Untergang des Ordens um so sicherer erfolgen müßte. Bald trat seine Unfähigkeit, seine Schwäche so augenscheinlich hervor, als hätte die Wahl dieses Deutschen die lange Ausschließung seiner Landsleute nachträglich rechtfertigen sollen. Und so stieg nicht allein die Noth, sondern, seitdem die französische Flotte das Mittelmeer beherrschte, auch die Gefahr von Tag zu Tag. Selbst den Kurzsichtigsten hätten die ungeheuren Rüstungen in Toulon und den italienischen Häfen aufmerksam machen müssen. Auch an den dringendsten Warnungen, insbesondere aus Rastatt fehlte es nicht [1]). Alles vergebens; der Großmeister wagte nicht einmal, die Nachrichten bekannt zu machen, aus Furcht, sie möchten die Uneinigkeit und Widersetzlichkeit im Orden noch steigern. Selbst die unmittelbar vor seine Augen tretende Gefahr konnte ihn nicht aufrütteln. Ende Februars war der Admiral Brueys mit der in Corfu gesammelten Flotte nach Malta gesegelt, hielt am 3. März vor dem Hafen von Lavaletta und verlangte Einlaß, um frisches Wasser einzunehmen. Man antwortete ihm, den Verträgen gemäß dürfe der Orden höchstens vier Schiffen einer kriegführenden Nation Einlaß gewähren, bot aber im Uebrigen alle Erleichterungen an. Die Flotte war nicht stark genug, um Gewalt zu brauchen, auch das ganze Unternehmen wohl nur ein Versuch und eine Vor-

1) Bei Villeneuve-Bargemont, Monuments des Grands-Maîtres de l'ordre de Malte, Paris 1829, S. 281 findet sich unter zahlreichen Documenten der Brief eines Bailli von Schönau aus Rastatt, veröffentlicht von Doublet, dem noch zu erwähnenden Secretär des Großmeisters. Schönau berichtet, er habe von Treilhard's Secretär erfahren, daß die französische Expedition gegen Malta gerichtet sei. Hompesch entehre sich in den Augen von ganz Europa, wenn er die vertheidigungsfähige Festung nicht wenigstens drei Monate halte. Der Brief ist oftmals, meistens ohne Angabe der Quelle, abgedruckt; ich möchte aus mehr als einem Grunde für die Echtheit nicht einstehen.

übung. Der Admiral begnügte sich, ein Schiff, das der Ausbesserung zu bedürfen schien, in den Hafen zu senden, sechs Tage lang in unmittelbarer Nähe der Insel zu warten, die Küste und alle Landungsplätze genau zu erforschen; alsdann setzte er seinen Weg nach Toulon weiter fort. Voll Freude schrieb der Großmeister am 10. März einen triumphirenden Brief an den Freiherrn von Truchseß nach Rastatt. Die ausgezeichneten Vertheidigungs-Anstalten, der Muth, die Geschicklichkeit, mit welcher man den Franzosen begegnet, werden in den Himmel erhoben, und der Großmeister erklärt wiederholt, daß er allen befreundeten Mächten für die Sicherheit der Insel einstehe [1]). Gerade als der Nachfolger des Empfängers, der Comthur Adam von Loe, seinen Ordensbruder, den Grafen Lehrbach, durch die Mittheilung dieser vortrefflichen Nachrichten erfreute, wiederholte sich in Malta zum großen Theile, was in dem Briefe erzählt wird, nur freilich mit verschiedenem Ausgange.

Am 19. Mai war die französische Flotte von Toulon abgesegelt, zwei Tage später vereinigte sie sich mit dem Convoi von Genua unter Baraguai d'Hilliers, am 27. mit den Truppen von Corsica unter Vaubois, und langte am 9. Juni vor Malta an, wo Desaix mit dem Convoi von Civita-Vecchia schon drei Tage früher eingetroffen war. Es fanden sich 15 Linienschiffe, 14 Fregatten, 72 kleinere Kriegsfahrzeuge und gegen 400 Transportschiffe versammelt. Wieder verlangte, wie drei Monate früher, der Admiral Brueis den Einlaß in den Hafen, und wieder antwortete der von dem geängstigten Großmeister in Eile berufene Kriegsrath, daß nach den Verträgen nur vier Schiffen der Eingang zu gestatten sei. Darauf hin ließ Bonaparte durch den französischen Consul, der auf sein Schiff gekommen war, dem Großmeister schreiben, er halte sich berechtigt, den Orden als feindliche Macht zu behandeln. Die Stadt war in der äußersten Verwirrung; der Großmeister kam nun

1) Beilage zu Lehrbach's Bericht vom 18. Juni, Wiener Staatsarchiv.

endlich, da es zu spät war, zu der Einsicht, daß wirklich Malta bedroht sei. Vorbereitungen waren nicht getroffen, die Werke freilich in gutem Stande, aber manche Geschütze Zuflucht und Brutstätte für die Vögel, die Munition unzureichend und von der schlechtesten Art. An Kriegstüchtigen zählte man 322 Ritter, darunter mehr als zwei Drittel Franzosen, an regelmäßigen Truppen nicht 3000, daneben freilich 12000 einheimische Milizen, die aber, wie die Mehrzahl der Ritter, nichts vom Kriege, nicht einmal die Sprache ihrer Anführer verstanden. Immerhin hätte man hinter den stärksten Festungswerken der Welt sich mit Leichtigkeit einige Tage halten können, also lange genug, da bei der Nähe der englischen Flotte den Franzosen jede Zögerung verhängnißvoll erscheinen mußte. Aber Hompesch hatte den Kopf verloren; im Orden selbst, in seiner nächsten Nähe trat jetzt hervor, was von Bonaparte seit Monaten vorbereitet war. Gleichzeitig mit dem Briefe des französischen Consuls, der den Krieg erklärte, that der Generalschatzmeister des Ordens, Bosredon de Ransijat, dem Großmeister kund, sein Gelübde verpflichte ihn wohl, gegen Ungläubige, aber nicht gegen Franzosen zu fechten; er werde in dem bevorstehenden Kampfe neutral bleiben. Hompesch verlor nun völlig den Muth; er glaubte sich von Verräthern umgeben, und in der That, es fehlte nicht an Verräthern, die mit ihren Freunden auf der Flotte in beständiger Verbindung blieben. Der Großmeister ließ Bosredon in Haft nehmen, aber allen übrigen freies Spiel, und was er anordnete, war der Art, als hätte es im Voraus den Sieg der Franzosen sichern sollen. Statt die vorhandenen Kräfte zur Vertheidigung der Festung zu vereinigen, zerstreute man sie über die Insel an unhaltbaren Punkten, unter den wenigst zuverlässigen Befehlshabern. Nirgends fanden die Franzosen kräftigen Widerstand; noch vor dem Abend des 10. Juni waren die Inseln Malta und Gozzo bis zu den Außenwerken von Lavaletta in ihrer Gewalt. Der Großmeister saß verzweifelt und unthätig in seinem Palast; die Verräther drängten sich heran, um ihn völlig einzuschüch-

tern, die tüchtigeren Ordensglieder, entrüstet über seine Schwäche und Haltungslosigkeit, zogen sich zurück. Die Malteser, den Rittern wenig, aber den Franzosen noch weniger zugethan, schrien über Verrath und beriethen selbständig; mehrere Ritter wurden auf den Straßen ermordet. Während man stündlich den Angriff der Franzosen erwartete, gelangte der Großmeister zu dem Entschluß, durch den batavischen Consul an Bonaparte schreiben zu lassen, man sei bereit, zu unterhandeln. Am Morgen des 11. kam dann Bonaparte's Adjutant Junot in die Stadt, mit ihm der Ordenscomthur Dolomieu. Ein Waffenstillstand wurde abgeschlossen, und am Abend begab sich eine Deputation zu Bonaparte: zwei Ritter, vier eingesessene Malteser, an der Spitze Bosredon, der kaum seiner Haft entledigt war; als Vermittler hatte sich der spanische Gesandte angeschlossen. Bonaparte empfing sie am Bord seines Admiralschiffes, des Orients. Die Verhandlung bestand darin, daß eine von Bonaparte niedergeschriebene Capitulation, die er Convention nannte, unterzeichnet wurde. Gleich in dem ersten Artikel trat der Orden seine Rechte auf Malta, Gozzo und Comino den Franzosen ab. Die französischen Ritter, die der Obergeneral als solche anerkennen würde — das heißt: die nicht gegen Frankreich gefochten hatten — sollten in ihr Vaterland zurückkehren dürfen und eine Pension von 700 Franken, die mehr als sechszigjährigen von 1000 Franken erhalten; für die Angehörigen der cisalpinischen, römischen, ligurischen, helvetischen Republik wurde Aehnliches in Aussicht gestellt. Zur Vertretung seiner persönlichen Interessen hatte Hompesch seinen Secretär Doublet der Gesandtschaft beigegeben. Es heißt, dieser Mann sei schon längst mit den Franzosen im Einverständniß gewesen, und die Treue für seinen Herrn wird wenigstens nicht bezeugt durch die Bestimmungen, die, angeblich zu Gunsten des Großmeisters dem Vertrage eingerückt, selbst die Leichtgläubigkeit eines Hompesch nicht lange täuschen konnten. Er erhielt das Versprechen, die französische Republik würde auf dem rastatter Congreß ihren Einfluß verwenden, ihm auf Lebenszeit ein

Fürstenthum von gleichem Werth, wie das verlorene, zu verschaffen, und bis dahin ihm eine Pension von 300000 Franken aussetzen. Etwas mehr wog die Bestimmung, daß ihm der zweifache Jahresbetrag als Entschädigung für sein Mobiliar sogleich gezahlt werden solle. Mit diesen Bedingungen kehrten die Gesandten zurück. Hompesch, keines Entschlusses mehr fähig, wollte weder annehmen noch ablehnen; aber auf dem Rathhause, von den Maltesern wurde der Friede, der die schon angedrohte Beschießung abwandte, mit Jubel begrüßt. Ohne sich um den Großmeister und seine Beamten zu kümmern, schritt man zur Ausführung, und schon im Laufe des 12. Juni befanden sich alle Befestigungen und Forts in französischer Gewalt. Am 13. Abends kam Bonaparte selbst in die Stadt. Den Großmeister würdigte er nicht einmal eines Besuches, und als der gebeugte Mann in Begleitung der Ritter sich bei ihm einstellte, erhielt er nur die kurze Weisung, sobald als möglich die Insel zu verlassen. Auch von der versprochenen Zahlung wurde die Hälfte zur Berichtigung seiner Schulden abgezogen. Mit dem kargen Rest und mit dem, was er noch sonst zusammenraffte, verließ er am 17. Juni den Palast, der aus zwei Jahrhunderten so viel ruhmvolle Erinnerungen in sich schloß. Von sechszehn Rittern begleitet, unter dem Schutz einer französischen Fregatte nahm er auf einem Handelsschiff den Weg nach Triest [1]).

Einen Tag nach ihm verließ auch der Sieger die unterworfene Stadt, nicht ohne gerade im Gegensatz zu Hompesch gezeigt zu haben, was Kraft, Geschick und Organisationstalent in kürzester Frist zu leisten im Stande sind. Nicht weniger als drei und sechszig zum Theil der wichtigsten Briefe, Verordnungen, organischen Gesetze finden sich aus den wenigen Tagen seiner Anwesenheit in Malta datirt. Als militärischer Befehlshaber blieb der General Vaubois mit ungefähr 4000 Mann;

---

1) Die Einzelheiten bei Reumont; die letzten Zeiten des Johanniterordens, in den Beiträgen zur italienischen Geschichte, Berlin 1855, IV, 1.

neben ihm leitete eine Commission von neun Maltesern, an ihrer Spitze Bosredon, die Regierungsangelegenheiten, freilich unter Aufsicht eines französischen Commissars, des später bekannt gewordenen Regnault de St. Jean d'Angely. Eine andere Commission — drei Franzosen — sollte die Güter des Ordens und des Großmeisters in Beschlag und Verwaltung nehmen. Die jüngern Ritter, vier und dreißig Franzosen, schlossen sich meistens als Freiwillige der Expedition an; die mehr als sechszigjährigen und siebenzehn namentlich Genannte durften auf der Insel bleiben. Bonaparte bemerkt ausdrücklich am Rande der Liste, die meisten hätten schon seit sechs Monaten nützliche Nachrichten und patriotische Geschenke für die Landung in England geliefert. Die Veteranen des Ordens sollten als Besatzung nach Corfu abgehen, aus Anhängern der Franzosen ein Schützencorps gebildet werden. Im übrigen mußten die Einwohner ihre Waffen abliefern; sie wurden Unterthanen der Republik wie vormals des Ordens; nur für ausgezeichnete Verdienste sollte das französische Bürgerrecht verliehen werden. Der Bischof von Malta hatte sich den Franzosen sehr entgegenkommend gezeigt und am 12. Juni sogar ein Belobungsschreiben Bonaparte's erhalten, aber er mußte bald erfahren, was das republikanische Regiment für ihn bedeutete. Die Kirchengüter wurden zum großen Theil eingezogen, alle Geistlichen, die nicht auf der Insel geboren waren, verwiesen, Appellationen nach Rom verboten, das ganze Kirchenwesen bis auf die Kleidung der Geistlichen strengen Vorschriften unterworfen. Daneben ergehen Verfügungen über die Post, die Hospitäler, die Centralschule, sogar über das Straßenpflaster; das Steuerwesen wird neu geordnet. Sieht man, daß der General auch noch Zeit hatte, die in Rom bei der Meuterei thätigen Anführer in der Division Desaix zur Bestrafung zu ziehen, neue Verbindungen mit dem Pascha von Janina anzuknüpfen, und sieht man weiter, daß Alles dies, so weit sich urtheilen läßt, wohlüberlegt, mit verständiger Rücksicht auf die Verhältnisse vorgenommen wurde, so hat man den glänzendsten Beweis,

daß es nicht die Kürze der Zeit ist, sondern Unfähigkeit, sie zu benutzen, was die Thätigkeit der meisten Menschen so geringfügig erscheinen läßt.

Freilich war in diesem Falle Eile aus mehr als einem Grunde geboten. Denn immer bestimmter wurden die Gerüchte von einem englischen Geschwader im Mittelmeer, das man seiner Stärke nach nicht genau kannte, aber jedenfalls schon der Transportschiffe wegen vermeiden mußte. Am 18. Juni, gerade einen Monat seit der Abfahrt von Toulon, ging die Flotte von Malta unter Segel und erreichte in langsamer Fahrt am 25. die Höhe von Candia. Eine klug berechnete oder glücklich gewählte Abweichung von der geraden Richtung entzog sie den nachsetzenden Engländern; am 1. Juli erfolgte die Landung in Aegypten und schon am Tage darauf brachte ein Ueberfall Alexandria, drei Wochen später die Schlacht bei den Pyramiden (21. Juli) auch Kairo in französische Gewalt. Die Einzelheiten des Zuges zu beschreiben, liegt nicht in der Aufgabe dieses Buches, sie gehören mehr der Biographie Bonaparte's an als der Geschichte der französischen Revolution. Von Frankreich abgeschnitten, war die Armee auch dem Kreise entrückt, innerhalb dessen die Geschicke Europa's bestimmt wurden. Die Wirkung des Zuges zeigte sich nur darin, daß er zwei bis dahin neutrale Staaten den Feinden Frankreichs zugesellt und der Republik das tapferste Heer und den unvergleichlichen Feldherrn entzogen hatte. Wie bedeutend diese Wirkung war, tritt bald genug hervor. Wir sahen bisher, von Campo Formio bis zur Eroberung Aegyptens, die Revolution in unwiderstehlichem Vordrängen von einem Erfolg zum andern eilen. In dem folgenden Buche bleibt darzustellen, wie das bedrohte Europa dem gegenüber seine Vorkehrungen traf.

---

Universitäts-Buchdruckerei von Carl Georgi in Bonn.

# Europa

## im Zeitalter der französischen Revolution.

---

### Studien und Ausführungen

vornehmlich nach ungedruckten Urkunden der Archive in Berlin, Wien und Paris

von

**Hermann Hüffer,**

Geheimer Justizrath und Professor an der Universität Bonn.

---

Zweite Ausgabe von Hermann Hüffer, Diplomatische Verhandlungen aus der Zeit der französischen Revolution.

### Dritter Band.

Der Rastatter Congreß und die zweite Coalition. II. Theil.

Bonn, 1890.

# Der rastatter Congreß

und

# die zweite Coalition.

Vornehmlich

nach ungedruckten archivalischen Urkunden

von

**Hermann Hüffer.**

---

Zweiter Theil.

---

**Bonn,**
bei Adolph Marcus.
1879.

Das Recht der Uebersetzung ist vorbehalten.

# Vorwort.

Die folgenden Blätter geben Auskunft über den Abschluß der zweiten Coalition, über den Ausgang des Friedens-Congresses und über den Beginn eines neuen Krieges, der zur See und in Italien schon blutige Entscheidungen herbeiführt. Es sollte mich freuen, wenn die rastatter Verhandlungen einiges Interesse gewinnen könnten; sie scheinen mir lehrreicher und folgenreicher, als gewöhnlich angenommen wird. Für das Räthsel der Schluß-Katastrophe bieten die vorliegenden Hülfsmittel noch immer keine sichere Lösung; nur die Möglichkeit falscher Lösungen hat sich vermindert. In dem Abschluß der Coalition bleibt dagegen, da die bedeutenden Archive ohne Ausnahme geöffnet sind, kein erheblicher Punct im Dunkeln. Ich durfte nicht unterlassen, auch die preußisch-österreichische Unterhandlung und die Versuche, Preußen für die Coalition zu gewinnen, im Einzelnen darzustellen, obgleich es eine weder leichte noch erfreuliche Aufgabe ist, von so oft erneuerten Bemühungen zu reden, die niemals zu einem Erfolg gelangten. Das Geschick der Coalition hängt aber mit dieser Verhandlung wesentlich zusammen, und der Historiker wird immer wünschen müssen, auch die Gründe des Mißlingens deutlich vor Augen zu haben. Bei den Theilnehmern an der Coalition fehlt es dann um so weniger an raschen Entschlüssen und unerwarteten Wendungen, am wenigsten in Petersburg und Neapel. Zwei so leidenschaftliche Naturen, wie Paul I. und die Königin Caroline, bewegen sich recht eigentlich im Gegensatz zu den be-

dächtig abgemessenen Schritten diplomatischer Persönlichkeiten. Für den Charakter der Königin enthält der Briefwechsel mit ihrer Tochter, der Kaiserin, die werthvollsten Zeugnisse; mehr als alle diplomatischen Actenstücke macht er die sonst unbegreifliche Thorheit des neapolitanischen Krieges verständlich. Besonderen Werth legte ich darauf, das Eingreifen russischer Politik in die europäischen Händel deutlich hervorzuheben. Die reichste Quelle erschließt sich in den Berichten des englischen Gesandten Sir Charles Whitworth, sowie der österreichischen Bevollmächtigten Cobenzl und Dietrichstein. Daneben sind die archivalischen Publicationen in Rußland bereits von solcher Bedeutung, daß sie den Besuch russischer Archive, den die weite Entfernung doch nur Wenigen gestattet, einigermaßen ersetzen. Schon das große Werk von Danilewski und Miliutin über den Krieg von 1799 bringt im ersten Theile werthvolle Documente über die Bildung der zweiten Coalition. Vor Allem muß aber die umfangreiche Veröffentlichung aus dem Archiv des Fürsten Woronzow als eins der bedeutendsten Hülfsmittel für die Geschichte der Revolutionszeit gelten [1]). An Freimüthigkeit selbst in Bezug auf die inneren Angelegenheiten des kaiserlichen Palastes läßt sie schwerlich etwas zu wünschen. Der große, liebenswürdige Charakter des Grafen Simon Woronzow, die scharfen Züge Rostoptschin's, daneben Besborodko, die Kurakins, Kotschubej, Panin und was sonst von bedeutenden Staatsmännern in Petersburg mit und gegen einander wirkte, Alles tritt uns mit der Anschaulichkeit entgegen, wie es eben nur in ganz vertrauten Briefen geschehen kann. Zahlreiche kaiserliche Rescripte und gesandtschaftliche Depeschen geben zudem eine Ausbeute an officiellen Documenten, wie sie selbst in manchem Staatsarchiv nicht reichlicher sich darbietet. Früher

1) АРХИВЪ КНЯЗЯ ВОРОНЦОВА (Archiv des Fürsten Woronzow) besonders Bd. VIII—XI: БУМАГИ ГРАФА СЕМЕНА РОМАНОВИЧА ВОРОНЦОВА (Papiere des Grafen Simon Romanowitsch Woronzow) Moskau 1876 und 1877.

hat man häufig in Werken, die für einen weiteren Kreis und das Ausland bestimmt waren, dem russischen Text eine französische Uebersetzung beigefügt. Die französische Sprache herrscht auch in manchen, ja gerade in den wichtigsten Correspondenzen des woronzow'schen Archivs; für andere und für alle Zugaben des Herausgebers, Peter Barteniew, ist aber ausschließlich die nationale Sprache zur Anwendung gekommen. Sicher giebt es zur Verbreitung des Russischen nicht leicht ein wirksameres Mittel als die Veröffentlichung solcher Bücher, welche den Wunsch, von ihrem Inhalt Kenntniß zu erlangen, unwiderstehlich anregen. Dem gelehrten Kenner der slavischen und vieler anderen Sprachen, Herrn Professor Dr. August Boltz, bin ich deßhalb zum wärmsten Danke verpflichtet; ohne seine Anleitung und Belehrung wäre ich gewiß nicht dazu gelangt, russische Urkunden für die vorliegende und hoffentlich für spätere Arbeiten verwerthen zu können. Auch muß ich gestehen, mein Interesse für ein Volk, das so manchem Gegensatze eben jetzt in so unerfreulicher Weise Ausdruck giebt, hat doch wesentlich gewonnen, seit ich in seiner Sprache die Grundzüge unserer eigenen und in seiner Vorstellungs-Weise bei aller Verschiedenheit die unzweideutigen Merkmale gleicher Abstammung und Entwicklung erkennen lernte.

# Inhalt.

## Der rastatter Congreß und die zweite Coalition.

### Zweiter Theil.


Seite

Vorwort . . . . . V

Erstes Kapitel.

Kaiser Paul I.

Charakteristik. Jugend Paul's I. . . . . 2

Ehe mit der Tochter des Herzogs Friedrich Eugen von Würtemberg, 18. October 1776. . . . . 4

Besorgnisse und Pläne Kaiser Joseph's II. . . . . 5

Der Großfürst Paul und die Großfürstin Maria Feodorowna in Gatschina. Fräulein Nelidow . . . . . 7

Thronbesteigung Paul's I., 17. November 1796 . . . . . 10

Ministerium: Besborodko, Alexander und Alexis Kurakin, Araktschejew, Rostoptschin . . . . . 12

Veränderte Politik. Vorliebe für Preußen. Tauenzien's Berichte. Cobenzl 14

Uebereilte Reformen . . . . . 16

Unwille gegen Preußen wegen der geheimen Convention vom 5. August 1796. Berichte Brühl's . . . . . 19

Feste Haltung des berliner Cabinets . . . . . 20

Paul weigert Oesterreich die Kriegshülfe. Krönung in Moskau, 16. April 1797 . . . . . 21

Bemühungen Cobenzl's und Dietrichstein's. Verheißungen Paul's . . 23

Beurtheilung der Präliminarien von Leoben . . . . . 25

Gunst und Ungnade Dietrichstein's nach Cobenzl's Abreise, Juli 1797 26

Paul's Unzufriedenheit mit Oesterreich und mit dem Frieden von Campo Formio; vorübergehende Annäherung an Frankreich . . . . . 28

Seite

Aufnahme Ludwig's XVIII. in Mitau, Februar 1798 . . . . . 30
Unterhandlungen mit England. Whitworth in Petersburg. Simon Woronzow in London . . . . . 32
Vorschlag eines Defensiv-Bündnisses zwischen Rußland, England, Oesterreich und Preußen . . . . . 33

## Zweites Kapitel.

## Die russische Vermittlung.

Paul übernimmt die Vermittlung zwischen Oesterreich und Preußen, März 1798 . . . . . 35
Sendung Repnin's nach Berlin, 16. Mai . . . . . 36
Berliner Conferenzen, Mai 1798. Oesterreichische Vorschläge . . . . 38
Zwiespalt in der Conferenz vom 14. Juni . . . . . 40
Repnin's Vermittlungs-Vorschlag . . . . . 41
Ablehnung von Seiten Preußens und Oesterreichs . . . . . 43
Der petersburger Hof, die Kaiserin, Fräulein Nelidow . . . . . 45
Sendung des Prinzen Ferdinand von Würtemberg nach Petersburg, Juli 1798 . . . . . 47
Paul bewilligt das Hülfscorps, 24. Juli . . . . . 51
Fräulein Lapuchin. Die Kaiserin, Fräulein Nelidow und die Kurakins in Ungnade . . . . . 53
Der Kammerdiener Kutaisow . . . . . 56
Cobenzl's Reise nach Berlin, vergebliche Conferenzen vom 7.—13. August 57
Abreise Repnin's nach Wien, 14. August . . . . . 60
Preußen und Frankreich . . . . . 61
Das Anerbieten eines Bündnisses von Preußen abgelehnt, Mai 1798 . 62
Unwille des Directoriums. Caillard abberufen, durch Sieyes ersetzt, Juni 1798 . . . . . 64
Sieyes' vergebliche Bemühungen in Berlin . . . . . 66
Preußens Vereinzelung . . . . . 68

## Drittes Kapitel.

## Das russische Hülfscorps und die englischen Subsidien.

Cobenzl's Rückkehr nach Petersburg; erste Audienz am 2. September . 69
Paul's Erbitterung gegen die Kaiserin und ihre Günstlinge . . . . . 70
Der Marsch des Hülfscorps unterbrochen . . . . . 72
Bemühungen Besborodko's und Cobenzl's; Vertrag vom 29. September 74
Oesterreich und England im Sommer 1797 . . . . . 75
Vertrag vom 16. Mai 1797, von Thugut nicht ratificirt . . . . . 76

Seite

Beschwerden des englischen Ministeriums und Eden's . . . . . 77
Vorschläge Thugut's von Grenville abgewiesen, Sommer 1798 . . . 80
Englische Vorschläge in Petersburg . . . . . 81
Forderungen Thugut's, russische Vermittlungs-Vorschläge . . . . . 83
Vertrag vom 6. Dezember; von Whitworth sub spe rati unterzeichnet 86
Grenville verwirft ihn, 22. Januar 1799. . . . . 87

## Viertes Kapitel.

## Graubündten und Abukir.

Thugut's Kriegsplan, 6. September 1798 . . . . . 89
Er gibt den Schweizern kein bestimmtes Versprechen. . . . . 91
Die Parteien in Graubündten . . . . . 93
Einmarsch der Oesterreicher, 19. October . . . . . 95
Russische Hülfs-Flotten in der Nordsee, Sommer 1798 . . . . . 96
Nelson im mittelländischen Meer, Mai 1798 . . . . . 97
Verfolgung der französischen Flotte . . . . . 98
Bonaparte und Brueys . . . . . 100
Schlacht bei Abukir, 1. August . . . . . 103
Ungerechte Vorwürfe gegen Bonaparte; verschiedene Ansichten . . . . 105
Wirkungen der Schlacht . . . . . 108
Kriegserklärung der Türkei gegen Frankreich, 1. September . . . . 109

## Fünftes Kapitel.

## Neapel.

Allianz zwischen Habsburg und Bourbon . . . . . 111
Maria Carolina vermählt mit Ferdinand IV., 12. Mai 1768 . . . 112
Erste Regierungsjahre. John Acton . . . . . 114
Einwirkung der französischen Revolution . . . . . 115
Friede mit der französischen Republik, 10. October 1796 . . . . . 116
Briefwechsel der Königin mit ihrer Tochter der Kaiserin. . . . . 117
Streitigkeiten zwischen Neapel und der römischen Republik . . . . . 119
Bündniß-Vertrag mit Oesterreich vom 19. Mai, in Neapel erst im Juli ratificirt . . . . . 121
Der französische Gesandte Garat in Neapel, 30. April bis 1. Juli 1798 125
Unzufriedenheit Nelson's; Lady Hamilton als Vermittlerin . . . . . 129
Nachricht von der Schlacht bei Abukir, 3. September . . . . . 134
Ankunft Nelson's, 22. September . . . . . 136
England drängt Neapel zum Krieg . . . . . 137
Thugut's Zurückhaltung . . . . . 139

Seite

Ankunft Mack's in Caserta, 9. October . . . . . 140
Mißlungene Sendung des Fürsten Belmonte Pignatelli, September 1798 141
Die Königin, Nelson, Acton für den Krieg. Schwäche Mack's . . . 143
Kriegsrüstungen, Brief der Königin vom 17. October . . . . . 145
Lacombe in Neapel; General Championnet in Rom. . . . . 147
Lager in St. Germano. Abmahnungen der Kaiserin . . . . . 149
Der König überschreitet die römische Grenze, 23. November . . . . 150
Mack's Feldzugsplan. Zersplitterung der Kräfte . . . . . 152
Einzug des Königs in Rom, 29. November . . . . . 153
Unglückliche Gefechte, eiliger Rückzug der Neapolitaner, Dezember 1798 154
Mack in Capua, 22. Dezember. Rückzug des Grafen Roger Damas 155
Zustände in Neapel. Flucht der königlichen Familie nach Sizilien, 23. Dezember . . . . . 156
Auflösung in Neapel. Mack flieht in das Lager Championnet's, 16. Januar 1799 . . . . . 159
Championnet in Neapel; Proclamirung der Republik, 24. Januar 1799 160

## Sechstes Kapitel.

## Der rastatter Congreß im Sommer 1798.

Bedeutung des rastatter Congresses. . . . . 161
Französische Forderungen in Folge der Abtretung des linken Rhein-Ufers, 3. Mai. . . . . 162
Abgelehnt in der Sitzung vom 11. Mai . . . . . 164
Die Reichs-Ritterschaft, Gemmingen, Gagern, Sickingen . . . . . 165
Treilhard's Eintritt in das Directorium, Abreise von Rastatt, 19. Mai 167
Ehrenbreitsteins bedrohte Lage . . . . . 168
Unzufriedenheit der preußischen Gesandten. Cleve, die Grenze der Waal, die Büderichs-Insel . . . . . 170
Jean Debry's Ankunft, 12. Juni . . . . . 172
Ankunft Roberjot's, 12. Juli. . . . . 173
Französische Note vom 22. Juni: modificirte Forderungen . . . . . 174
Ablehnung von Seiten der Deputation, 2. Juli . . . . . 175
Lehrbach's Klagen über Albini . . . . . 176
Französische Note vom 19. Juli: Verzicht auf die rechtsrheinischen Inseln mit Ausnahme der Petersau . . . . . 177
Albini's Friedens-Entwurf von den Franzosen verworfen . . . . . 178
Die Schleifung Ehrenbreitsteins von der Deputation bewilligt, 3. August 179
Metternich weigert seine Zustimmung. Streit mit der Deputation . . 180

Landesbibliothek Braunschweig
HISTORISCHES SEMINAR
Landeshochschule

Seite

Metternich genehmigt mit Vorbehalt des kaiserlichen Ratifications-Rechts, 3. September . . . . . 183
Particular-Gesandte bitten um Beschleunigung des Friedens, 20. August 184
Drohende französische Note vom 1. September . . . . . 186
Abtretung der Petersau, 7. September . . . . . 187
Die Deputation fordert Verzicht auf Kehl und Castel, Uebernahme der Schulden, Aufhebung der Emigranten-Gesetze, 20. September . . 188
Loeben und Reden begünstigen die preußischen Forderungen. . . . . 189
Widerspruch Lehrbach's und Albini's, 20. September . . . . . 190

## Siebentes Kapitel.

## Der rastatter Congreß bis zur Annahme des französischen Ultimatums vom 6. Dezember.

Französische Note vom 3. October: Verzicht auf Kehl und Castel, zehn beigefügte Artikel . . . . . 192
Die Hansestädte und ihre Beziehungen zu Frankreich. Reinhard, Sieveking, Doormann, der elsflether Zoll . . . . . 195
Metternich's Einladung zum Namensfest des Kaisers von den Franzosen abgelehnt, 4. October . . . . . 198
Sitzung vom 11. October. Antwort auf die zehn Artikel . . . . . 199
Forderung der Proviantirung von Ehrenbreitstein, 23. October . . . 202
Drohende Mahnung der Franzosen, 28. October . . . . . 203
Abweisung der preußischen Ansprüche . . . . . 204
Die verwittwete Königin von Preußen im Theater, 17. October . . . 206
Die Deputation weigert die Uebernahme der Schulden, 3. November. 208
Depesche Thugut's vom 5. October. Votum Reden's . . . . . 209
Die Franzosen lenken ein . . . . . 210
Die Deputation beharrt bei ihren Forderungen, 17. November . . . 212
Die städtischen Deputirten; Pflummern. . . . . 213
Instruction Talleyrand's vom 17. November. Frankreich übernimmt die Gemeinde-Schulden; französische Note vom 23. November . . 214
Bemühungen der preußischen Gesandten wegen der Büderichs-Insel. . 215
Sitzung vom 1. Dezember . . . . . 216
Conclusum vom 4. Dezember im preußischen Sinne verändert. . . . 218
Französisches Ultimatum vom 6. Dezember . . . . . 219
Muthlosigkeit der Deputirten. Albini, Lehrbach. . . . . 220
Annahme des Ultimatums, 9. Dezember . . . . . 221
Beitritt Metternich's . . . . . 223

Seite

Die Franzosen fordern Säcularisationen . . . . . 224
Thugut's und Talleyrand's Anweisungen . . . . . 225
Die Parteien auf dem Congreß . . . . . 226
Der Congreß eine Handlungsbörse; Roberjot . . . . . 227
Die Vereinigung der geistlichen Stände durch Mainz vereitelt. . . . 228
Die Franzosen und Lehrbach noch immer in freundlichem Verkehr . . 229
Thugut's Instruction vom 13. Dezember . . . . . 230
Trierscher Antrag wegen Ehrenbreitsteins. Sitzung vom 29. Dezember 231
Französische Note vom 2. Januar 1799 über den russischen Truppenmarsch . . . . . 233

## Achtes Kapitel.

## Die Verträge der zweiten Coalition.

Grenville's Vorschläge in Petersburg, 16. November 1798 . . . . . 234
Der russische Hof. Fräulein Lapuchin . . . . . 235
Unzufriedenheit Besborodko's und Kotschubej's . . . . . 237
Russisch-englischer Vertrag vom 29. Dezember . . . . . 238
Vertrag zwischen Rußland und Neapel, 29. Dezember . . . . . 239
Oesterreich und Neapel. Eden, Gianfante in Wien . . . . . 241
Frankreich und Sardinien; Berichte Sandoz's, Parella's . . . . . 242
Joubert's Proclamation vom 5. Dezember . . . . . 243
Besetzung von Turin; Abdankung Karl Emanuel's, 9. Dezember . . 244
Karl Emanuel bei Pius VI, 28. Dezember. Alfieri . . . . . 245
Klagen Eden's über Thugut. Argwohn geheimer Verhandlungen durch Bottot, Marescalchi, Bellegarde und spanische Diplomaten . . . 246
Berichte Sandoz' und Keller's . . . . . 249
Unzufriedenheit und Argwohn Paul's I. . . . . 250
Depesche an Rasumowski vom 31. Dezember . . . . . 251
Thugut's Depeschen vom 10., 24. und 31. Januar 1799 . . . . . 252
Neuer Kriegsplan für Italien . . . . . 254
Suworow als Feldherr erbeten . . . . . 255
Gute Wirkung der Depeschen in Petersburg . . . . . 256
Verlobung des Erzherzogs Joseph mit der Großfürstin Alexandra, 3. März . . . . . 257
Suworow übernimmt den Oberbefehl; Abreise nach Wien, 1. März . 258
Preußen und Rußland. Gröben, Panin. . . . . 259
Sieyes' erfolglose Vorschläge in Berlin. . . . . 260
Russische Anträge, Januar 1799 . . . . . 262

Seite

Zögerungen Preußens. Panin bittet vergebens um Audienz . . . . . 263
Grenville's Ankunft, 17. Februar. Der König, Haugwitz . . . . . 264
Tod des Fürsten Reuß, 12. Februar. Ankunft Dietrichstein's in Berlin, 19. März . . . . . 265
Erfolglose Conferenzen . . . . . 266
Ungeduld Paul's I. . . . . 267
Abbruch der Verhandlungen, 15. April . . . . . 268

## Neuntes Kapitel.

## Die Auflösung des rastatter Congresses.

Talleyrand's Instruction vom 24. Dezember 1798 . . . . . 269
Die Parteien in Rastatt. Sitzung vom 4. Januar . . . . . 270
Der Reichstag; Beschluß vom 10. Januar . . . . . 271
Verhandlungen des Reichstags. Beschlüsse der drei Collegien vom 1., 12. und 4. April über den russischen Truppenmarsch . . . . . 272
Fortgesetzte Verhandlungen in Rastatt. Roberjot's Entschädigungsplan, Januar 1799 . . . . . 275
Uebergabe von Ehrenbreitstein, 27. Januar . . . . . 276
Französische Erklärungen vom 31. Januar an die Deputation und an Lehrbach . . . . . 277
Auflösung des Congresses von Oesterreich gewünscht, von Paul gefordert 278
Erfolglose Verhandlungen in Berlin über eine gemeinsame Erklärung, Februar 1799 . . . . . 281
Jourdan überschreitet den Rhein, 28. Februar . . . . . 283
Tod des Kurfürsten Karl Theodor, 16. Februar. Max Joseph, Montgelas . . . . . 284
Rechberg und Hohenthal treten in die Deputation . . . . . 285
Französische Note vom 1. März. Conclusum vom 2. März . . . . 286
Abreise Lehrbach's von Rastatt, 11. März . . . . . 287
Proclamationen Bernadotte's vom 3. und 20. März . . . . . 288
Veröffentlichung der Convention vom 1. Dezember 1797 und der geheimen Artikel von Campo Formio . . . . . 289
Baiern, Darmstadt, Albini mit den Franzosen im Einverständniß . . 291
Zwist Metternich's mit Albini und der Mehrheit der Deputation, März 1799 . . . . . 293
Sieg des Erzherzogs Karl bei Stockach, 26. März . . . . . 295
Wirkung in Rastatt . . . . . 296
Metternich vom Congreß abberufen, 7. April . . . . . 297

Seite

Metternich's Abreise, 13. April . . . . . 298
Französische Gesandte als Kundschafter; Alquier, Bacher, Trouvé . . 299
Unwille im österreichischen Hauptquartier; Faßbender . . . . . 301
Ausweisung Bacher's und Alquier's, 11. März . . . . . 302
Ausweisung Trouvé's, 16. April. Strick van Linschoten, Wächter . . 303
Verfahren der Franzosen am rechten Rheinufer. . . . . 304
Ein Bedienter Reden's als Spion abgeführt . . . . . 304
Albini will die Verhandlungen fortsetzen . . . . . 305
Barbaczy und die Szekler in Gernsbach . . . . . 306
Belästigung der Congreß-Gesandten, 19. April. . . . . 307
Barbaczy's Schreiben vom 20. und 22. April . . . . . 308
Talleyrand befiehlt den französischen Gesandten zu bleiben . . . . . 309
Letzte Sitzung der Deputation, 22. April. . . . . 310
Die franz. Gesandten wollen in drei Tagen abreisen, 25. April. . . 311

## Zehntes Kapitel.

## Der Gesandten-Mord.

Der Courier Lemaire angehalten . . . . . 312
Die Abreise der französischen Gesandten verzögert. . . . . 313
Der Erzherzog befiehlt, Rastatt zu besetzen, 25. April . . . . . 314
Zweite Abreise der französischen Gesandten, 28. April. . . . . 315
Ermordung Bonnier's und Roberjot's . . . . . 317
Albini und die Congreß-Gesandten bei Burkhard . . . . . 319
Rettung Debry's . . . . . 321
Zweite Abreise der Franzosen, 29. April . . . . . 323
Abreise und gemeinschaftlicher Bericht der deutschen Gesandtschaften. . 325
Erzherzog Karl befiehlt strenge Untersuchung, 1. Mai . . . . . 327
Eyben bei dem Erzherzog und bei Faßbender, 4. Mai . . . . . 328
Thugut's Brief an Colloredo, 5. Mai . . . . . 329
Hofdecret vom 6. Juni an den Reichstag . . . . . 330
Demonstrationen des Directoriums gegen Oesterreich . . . . . 332
Circular François' von Neufchateau . . . . . 333
Geringer Erfolg in Frankreich . . . . . 335
Das Directorium und Debry als Anstifter beschuldigt. . . . . 337
Aeußerungen der Wittwe Roberjot's, Sandoz', der Bonapartisten und Napoleon's . . . . . 338
Ungrund der Beschuldigungen gegen das Directorium und die Königin Karoline von Neapel . . . . . 341

Seite

Unbegründeter Verdacht gegen Lehrbach und Thugut . . . . . 343
Militärische Vorkehrungen gegen die französischen Gesandten. . . . . 347
Die Protokoll-Bücher des österreichischen Kriegs-Archivs . . . . . 348
Geheimer Auftrag für Barbaczy, Mitte April . . . . . 350
Verschiedene Ansichten über den Inhalt . . . . . 351
Unwohlsein des Erzherzogs. Anordnungen untergeordneter Personen . 354
Befehle des Generals Kospoth . . . . . 356
Barbaczy und Burkhard durch die Abreise der Gesandten überrascht . 357
Möglichkeit fremder Einmischung Die Emigranten . . . . . 358
Ergebniß der Untersuchung . . . . . 359

## Verbesserungen.

### Im ersten Bande:

S. XXII Z. 22 v. o. statt Aymar lies Eymar.
„ 41 „ 20 „ „ „ dem Kurstaat Trier lies den Kurstaaten Mainz und Trier.
S. 62 Z. 14 v. u. statt setzte lies setzt.
„ 318 „ 12 „ „ „ welcher „ welche.
„ 385 „ 5 „ „ „ Graf „ Freiherr.

### Im zweiten Bande:

zu S. 194, Anmerkung 1. Nach einer gütigen Mittheilung des Herrn Dr. A. Wohlwill enthalten die Archive von Hamburg und Bremen zahlreiche Aufzeichnungen über die Verhandlungen mit der französischen Republik. Es ergibt sich daraus, daß die Hansestädte nur ungern und durch drohende Verwicklungen gezwungen zu ihren Zugeständnissen sich herbei ließen.

zu S. 314, Anmerkung 1. Nach einer den Acten des wiener Staats-Archivs entnommenen Mittheilung des Herrn V. Felgel gelangte das erzcanzlerische Archiv im Jahre 1818 von Aschaffenburg nach Frankfurt und von Frankfurt am 8. April 1852 nach Wien.

# Zweites Buch.

## Die zweite Coalition.

---

### Erstes Kapitel.

### Kaiser Paul I.

Das wesentliche, entscheidende Ergebniß der selzer Conferenzen lag gerade darin, daß sie erfolglos blieben, daß sie die Einigung als unmöglich, den Krieg als unvermeidlich zeigten. Auf den Krieg richten sich von jetzt an die Absichten des wiener Cabinets; es fragte sich nur noch, wo man die Mittel fände. Schon den Sommer und Herbst 1797 hatte Oesterreich benutzt, sich wieder wehrhaft zu machen, und die rasche Erneuerung seiner Streitkräfte hatte nicht wenig beigetragen, Bonaparte zum Frieden von Campo Formio zu bestimmen. Als dann die üblen Nachrichten aus Rastatt eintrafen, als das Ereigniß vom 13. April den Krieg in nächste Aussicht stellte, waren die Rüstungen mit neuem Eifer fortgesetzt. Wohl zeugte, was man zur Hand hatte, von den unerschöpflichen Hülfsquellen der österreichischen Länder, aber gegen die gewaltige Uebermacht der neuen Republik war es unzureichend. Man mußte suchen, die Contingente der mächtigen Reichsstände, die Hülfe oder wenigstens eine günstige Neutralität von Seiten Preußens, Geldunterstützung von England zu gewinnen; vor Allem kam es auf den Beistand des russischen Zaren an.

Indem wir aber zu dem Zeitpunkt gelangen, in welchem dieser Monarch entscheidend in die Geschicke Europas eingreift, scheint es unerläßlich, auch von seinen persönlichen Eigenschaften einen deutlichen Begriff zu geben. Denn, wenn die Thätigkeit eines Staatswesens, wenn sogar das Walten unbeschränkter Herrscher gewöhnlich durch große politische Gesichtspunkte bestimmt wird, so hat bei Paul I. Alles in persönlichen Motiven seinen Grund. Augenblickliche Neigung oder Ungunst, Zorn, Furcht, ja eine zufällige Gemüthsstimmung entscheiden, was sonst der reiflichsten Erwägung, der kältesten Berechnung vorbehalten wird. Aber so bedingt ist die menschliche Natur, daß selbst dieser Mann, von dessen wechselnder Laune das Geschick vieler Millionen abhing, doch seinem eigenen Schicksal gegenüber machtlos erscheint, daß er der entsetzlichen Katastrophe, der lange geahnten, gefürchteten, gemiedenen, willenlos, wie durch ein unbezwingliches Verhängniß zugetrieben wird.

Am 1. October 1754 geboren, stand er in der Zeit, in welcher wir ihm hier begegnen, noch im kräftigsten Alter. Acht Jahre zählte er an dem Schreckenstage, der seinem Vater Krone und Leben kostete, seine Mutter auf den Thron führte und auch seinem Leben die verhängnißvolle Wendung gab. Man kann nicht sagen, seine Erziehung sei vernachlässigt oder schlecht geleitet worden; sie war von dem einflußreichsten Minister Katharina's, Grafen Nikita Panin überwacht, der es in der That gut mit dem Prinzen meinte. Der Knabe lernte nicht weniger, eher mehr, als die meisten Prinzen in jener Zeit, auch edlen, hochstrebenden Gefühlen war er nicht unzugänglich, liebte die Musik und las mit Leidenschaft in Vertot's Geschichte des Malteser-Ordens von den Heldenthaten der Ritter[1]). Aber, wie er heranwuchs, erschien er der Mutter mehr und mehr als Mahner an den Mord des Vaters und an das Recht der Thronfolge, die ihm gebührte. Katharina wußte, sie war trotz

1) Graf Franz von Dietrichstein an Thugut, Petersburg 16. Dezember 1797. Wiener Staats-Archiv.

aller Bemühungen von dem russischen Volke niemals geliebt. Wenn sie recht im Herzen des Landes, in Moskau mit ihrem Sohne öffentlich sich zeigte, geschah es wohl, daß der acht- oder zwölfjährige Knabe mit den lautesten Zeichen der Liebe und Verehrung empfangen wurde, während für die Kaiserin alles stumm blieb. So trat mehr und mehr an die Stelle mütterlicher Liebe eine Kälte, ein Mißtrauen, das dann wieder auf den nicht unbegabten, aber schwachen, leicht empfänglichen Geist des Prinzen den übelsten Einfluß äußerte. Sehr früh, schon am 10. October 1773, wurde er mit der Prinzessin Wilhelmine von Darmstadt vermählt, als hätte die Kaiserin möglichst bald durch eine Reihe von Enkeln für das gestörte Verhältniß zu dem einzigen Sohne sich entschädigen wollen. Die Lage des Großfürsten war dadurch nicht verbessert, man hielt ihn in der früheren Abhängigkeit, und die Prinzessin, klug, energisch, von heftigen Leidenschaften, ertrug die Zurücksetzungen weniger leicht, als ihr Gemahl, den sie völlig beherrschte. Es scheint, daß wesentlich unter ihrem Einfluß der Prinz mit Personen des Hofes in vertrauter Unterredung Pläne erwog, die eine gewaltsame Aenderung seiner Stellung herbeiführen sollten. Aber das ungeschickte Gewebe wurde bald verrathen, Katharina ließ den Sohn vor sich kommen, zeigte ihm die Gewalt ihres Zornes, so daß er völlig vernichtet alles gestand, sogar die Liste seiner Vertrauten auslieferte. Gleichwohl soll die Prinzessin auf dem früheren Wege fortgegangen sein, als der Tod am 26. April 1776 mit ihrem Leben zugleich ihren Plänen ein Ziel setzte. Gerade damals befand sich am russischen Hofe der Bruder Friedrich's II., Prinz Heinrich, um die Verbindung zwischen Rußland und Preußen, zu welcher er schon so wirksam beigetragen hatte, noch fester zu knüpfen. Er stand dem tiefbetrübten Großfürsten in den schweren Tagen tröstend zur Seite, und wie in den Beziehungen der Großen dem rein menschlichen Gefühl gern ein politisches Interesse sich zu vermischen pflegt, so dachte er auch alsbald die veränderte Lage zum Vortheile Preußens zu benutzen. In Berlin lebte

unter der Obhut des Königs die Prinzessin Sophia Dorothea Auguste von Würtemberg, eine Großnichte Friedrich's, denn ihre Mutter war Friederike Dorothea Sophia, die Tochter der Markgräfin von Brandenburg-Schwedt, seit dem 29. November 1753 dem Herzog Friedrich Eugen von Würtemberg vermählt. Dieser Fürst, der jüngste von drei Brüdern, lebte in ziemlich beschränkten Verhältnissen in Mömpelgard, aber die Ehe war eine der glücklichsten und mit zahlreicher Nachkommenschaft gesegnet. Der Herzog Friedrich Eugen ist es, an welchen Rousseau am 10. November 1763 den berühmten Brief über Kindererziehung richtete, der mit den Worten anfängt: „Si j'avais le malheur d'être né prince". Von den Kindern des Herzogs hätte er aber gestehen müssen, daß sie wenigstens nicht so unglücklich seien, als die meisten ihrer Standesgenossen. Sie erhielten eine einfache, aber die sorgfältigste Erziehung, den Grundsätzen Rousseau's auch darin angemessen, daß man ihnen, wie dem Emil, erst spät eine bestimmte Dogmatik einprägte, so daß es eigener Wahl, oder muß man sagen? dem Zufall und den Umständen überlassen blieb, ob sie dem katholischen Vater oder der protestantischen Mutter folgen sollten. Friedrich der Große, schon durch politische Beziehungen mit Würtemberg verbunden, nahm sich dieser Kinder auch als seiner Verwandten an, zog mehrere der Söhne in seinen Dienst und die älteste Tochter, wie erwähnt, noch im jugendlichen Alter in seine Nähe. Diese Prinzessin trug Prinz Heinrich dem russischen Thronfolger als Ersatz für die verlorene Gemahlin an. Paul zeigte sich nicht abgeneigt; seiner Mutter war eine enge Verbindung zwischen Preußen und Rußland nicht weniger als Friedrich dem Großen genehm, und schon im Mai 1776 erfuhr man, der Großfürst würde mit dem Prinzen Heinrich nach Berlin kommen und dort mit seiner Braut zusammentreffen. Die Reise erfolgte im Juli; man that das Aeußerste, den Gast freundlich und prächtig zu empfangen. Friedrich der Große übte den ganzen Zauber seiner Persönlichkeit; mit dem preußischen Thronfolger beschwor der russische unter den Augen des

Königs ein ewiges Freundschafts-Bündniß [1]). Auch die Braut fand er, wie er sie wünschte, und so kehrte er voll Begeisterung für den König und das preußische Staatswesen nach Petersburg zurück, wo die Prinzessin am 18. October 1776 unter dem Namen Maria Feodorowna ihm vermählt wurde. Es war beinahe das einzige, gewiß das größte Glück, das seinem Leben zu Theil geworden ist. Die junge Frau wird von Allen, die über sie berichten, als das Muster einer treuen, liebevollen Gattin geschildert; sie wußte auch der Schwiegermutter zu gefallen, das Verhältniß zwischen Paul und Katharina gestaltete sich leidlicher, vor Allem war die Kaiserin erfreut, als am 23. Dezember 1777 Alexander und zwei Jahre später ein zweiter Enkel geboren wurde, dem man als Vorzeichen für die Herrschaft in Constantinopel sogleich den Namen Constantin beilegte. Daß im Hause des Großfürsten die Begeisterung für Preußen sich erhielt, wird aus mehr als einem Grunde begreiflich. Nicht ohne Sorgen machte auch Kaiser Joseph II. diese Bemerkung, als er im Sommer 1780 der Kaiserin den Besuch abstattete, welcher die entschiedene Wendung der russischen Politik von der preußischen auf österreichische Seite herbeiführte. Die Gegenwart schien ihm nicht sicher, so lange er die Zukunft fürchten mußte. Sehr befriedigt schreibt er über seine Erfolge seinem Bruder Leopold am 19. Februar 1781 nach Florenz; „aber", setzt er hinzu, „ich darf nicht darauf rechnen, etwas Ordentliches zu Stande gebracht zu haben, wenn ich nicht Mittel finde, den vorwiegenden Einfluß des Königs von Preußen auf den Geist des Großfürsten und der Großfürstin auszutilgen. Der erstere wird jetzt, und wird immer durch seine Frau geleitet werden, und was die letztere angeht,

1) Friedrich Wilhelm II. an Paul I. am 19. Dezember 1797. J'ai surtout encore presente à mes yeux cette scène intéressante, où guidés par les avis du respectable vieillard, qui avait si bien approfondi la convenance des systêmes de l'Europe, nous nous jurâmes une amitié éternelle. Preußisches Staats-Archiv.

so kann man ihre Freundschaft nur gewinnen, wenn man ihre Familie gewinnt, die sehr von ihr geliebt wird und der Unterstützung bedarf[1])."

Hatte die Heirath des Großfürsten ihn früher zu Gunsten von Preußen gestimmt, so sollte jetzt eine andere Heirath Oesterreich denselben Dienst leisten: der Kaiser dachte die jüngste Schwester der Großfürstin, die Prinzessin Elisabeth — sie war am 21. April 1767 geboren — mit seinem Neffen und Nachfolger, dem Erzherzog Franz von Toscana zu verbinden. Der Einwilligung seines Bruders versichert, ging er selbst im Sommer 1781 auf der Rückreise von Belgien nach Mömpelgard, um den Plan zur Reife zu bringen. Noch auf dem Wege vernahm er, was ihm als wesentliche Förderung seiner Absichten erschien, daß Paul im Herbste mit seiner Gemahlin nach Wien kommen würde. Diplomaten der damaligen Zeit haben die Ansicht ausgesprochen, die Reise sei durch den Kaiser veranlaßt worden; aber seine Briefe an Kaunitz beweisen, daß er sich selbst überrascht fand[2]). Es war Katharina, die den Sohn auf einige Zeit aus Petersburg zu entfernen und dem Kaiser zu nähern wünschte; auch bedurfte es mehr als einer Intrigue, zuletzt beinahe eines Machtspruches der Kaiserin, um den immer schwankenden Großfürsten von seiner Heimath, die Großfürstin von ihren Kindern zu scheiden. Die Reise führte im September nach Wien, im März des folgenden Jahres nach Toscana zum Großherzog Leopold, dann nach Neapel zu der Schwester des Kaisers, der Königin Marie Carolina. Eine andere Schwester, Marie Antoinette, begrüßte die Reisenden als Königin von Frankreich in Versailles. Also überall österreichischer Einfluß und die Familie des Kaisers; die berliner Verwandten erhielten keinen Besuch, wie sehr auch die Großfürstin

---

1) Arneth, Joseph II. und Leopold von Toscana, Wien 1872, S. 9.

2) Diaries and correspondence of James Harris, first Earl of Malmesbury, London 1845, I, 400. Kaunitz an Joseph II., 22. Juli, bei A. Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, Wien 1873, S. 90.

früher darum gebeten hatte. Dagegen konnte sie im Sommer 1782 ihre Eltern und den Schauplatz ihrer jugendlichen Erinnerungen in Mömpelgard wiedersehen; die jüngste Schwester, schon die erklärte Braut des Erzherzogs, reiste mit nach Wien, wo sie unter der Aufsicht des Kaisers erzogen, sechs Jahre später dem Erzherzog vermählt wurde. Wie sich denken läßt, wurde aller Orten, vornehmlich in Wien bei dem zweimaligen Aufenthalt Alles aufgeboten, um den Großfürsten und seine Gemahlin zu gewinnen. Aber es scheint dem Kaiser nicht recht gelungen zu sein; man setzte ihm Kälte und Mißtrauen entgegen, und der Abschied an der mährischen Grenze im October 1782 war beinahe verletzend. Mit um so größerem Vergnügen vernahm er, daß zwischen König Friedrich und einem älteren Bruder der Großfürstin gerade wegen der österreichischen Verlobung ein Zwist ausgebrochen sei. Katharina beeilte sich, den Prinzen für die in Preußen verlorenen Hoffnungen zu entschädigen, zwei jüngere Brüder, die Prinzen Ferdinand und Alexander, zog Joseph in österreichischen Dienst[1]).

Im nächsten Jahrzehnt kam es zudem auf Paul's Neigungen wenig an. Das Verhältniß zwischen Sohn und Mutter war durch die lange Abwesenheit nur auf kurze Zeit gebessert. Immer mehr vereinsamt saß er auf dem Schloß Gatschina; die Kaiserin sah er selten anders als umgeben von Hofleuten und anmaßend übermüthigen Günstlingen. An den Staatsgeschäften erhielt er keinen Antheil; für eingehende politische oder wissenschaftliche Studien reichte seine Fähigkeit nicht aus; seine Lieblingsbeschäftigung war, ein Bataillon Infanterie und einige Kanoniere nach preußischem Muster einzuüben. Selbst seine häuslichen Verhältnisse blieben nicht ungetrübt; die Kaiserin hatte die Erziehung ihrer Enkel an sich genommen und gestattete dem Vater nur geringen Einfluß. Den besten Trost

1) Die Einzelheiten in Katharina's Briefen an Paul und die Großfürstin aus den Jahren 1781 und 1782 in der Sammlung der russischen historischen Gesellschaft, IX, 105, 126, 135, 183, Petersburg 1872.

hätte die Treue und Anhänglichkeit seiner Gemahlin und mehrerer schön heranwachsender Töchter geben können. Aus den Briefen an seinen Schwager, den Herzog Peter von Oldenburg, ersieht man, daß sein Gemüth in der That für das Glück eines reinen Familienlebens durchaus empfänglich war. Aber die launische Heftigkeit des eigenwilligen Mannes wußte auch denen, die er liebte, das Leben zu verbittern, und als zu Anfang der neunziger Jahre leidenschaftliche Neigung zu Fräulein Nelidow, einer Hofdame der Kaiserin, ihn ganz und gar gefangen nahm, blieb seiner Gemahlin an häuslichen Kränkungen und Widerwärtigkeiten nichts erspart. Nur ihre Sanftmuth und Duldsamkeit und vielleicht nicht weniger die Klugheit und Mäßigung der Bevorzugten bewahrten den Großfürsten damals vor der völligen Zerrüttung seines Hauswesens [1]).

---

1) Panin (der spätere Vicecanzler) an den Grafen Simon Woronzow, 30. April 1799: „En 1791 je vins m'établir à Pétersbourg, pour y faire mon service de gentilhomme de la chambre. Je ne trouvai plus dans la famille impériale l'heureuse union et la concorde dont j'avais eu le bonheur d'être le témoin à mon retour de l'armée. La Nélidow régnait déjà; la grande-duchesse, aujourd'hui impératrice, était abandonnée, maltraitée, méprisée par tous ceux qui voulaient faire leur cour. Je ne suivis point cet exemple. Ma conduite devait déplaire. Le grand-duc employa d'abord les caresses, ensuite la froideur, puis les menaces pour me mettre dans le nombre des adorateurs de son idole. Les caresses ne me séduisirent pas, les menaces ne purent m'intimider. On se servit alors des discours insidieux et métaphoriques pour me faire comprendre que la bienveillance du prince serait le prix futur d'une obéissance aveugle à ce qu'on exigeait de moi, c'est-à-dire respect pour la Nélidow, mépris pour la grande-duchesse. Je répondis que je ne comprenais rien au langage mystique, et la colère redoubla. Comme toutes les insinuations me venaient par une voie indirecte et par l'entremise de gens très-méprisables, je demandai une explication au grand-duc. Elle me fut accordée, et elle me perdit entièrement dans son esprit. Il m'est impossible de confier à la plume tout ce qui s'est passé dans cette entrevue, qui eut lieu au mois d'Août 1791; mais il me suffira de vous dire que ma ré-

Mit den zunehmenden Jahren wuchs dann auch die Ungeduld zu herrschen und die Fehler seiner Mutter, die er mit scharfem Tadel nicht verschonte, durch ganz entgegengesetzte Maßregeln zu verbessern. Schon jene vertrautesten Mittheilungen an seinen Schwager äußern das tiefste Mißvergnügen, daß man ihn in so unwürdiger Stellung, wie er sich ausdrückt, zum Phantom gemacht habe[1]). Ja noch Schlimmeres, fürchtete er, könne man gegen ihn beabsichtigen. In frühester Jugend, während des Tumults, der seinen Vater vom Throne stürzte, war ihm der Glaube beigebracht, Peter III. wolle ihn ermorden lassen. Was er früher von dem Vater gefürchtet hatte, übertrug er nun auf die Mutter; immer schwebte ihm wie ein dunkeles Verhängniß ein gewaltsamer Tod vor Augen[2]). Er

---

sistance m'attira de la propre bouche de l'Empereur ces mots foudroyants: Le chemin que vous tenez, monsieur, ne peut vous conduire qu'à la fenêtre ou à la porte. Je répondis que je ne m'écarterais pas de celui de l'honneur, et je me retirai du cabinet sans attendre ce signe de tête des princes qui veut dire: allez-vous en." Die Stelle, so wie die sogleich anzuführende, findet sich in einer der wichtigsten Quellensammlungen für die Geschichte der Revolutionszeit, dem „Archiv des Fürsten Woronzow" XI, 70, Moskau 1877. Rostoptschin an Woronzow, $\frac{28.\ \text{Mai}}{8.\ \text{Juni}}$ 1794: „Le grand-duc est à Pawlovsky, continuellement de mauvaise humeur, la tête pleine de visions, entouré par des gens, dont le plus honnête peut être roué sans être jugé. Il est beaucoup mieux avec sa femme qu'il n'a été, parce qu'elle a pris le parti de céder à m-elle Nélidow et de se mettre bien avec elle. . . . . Le grand-duc croit voir partout les branches de la révolution. Il trouve des Jacobins partout, et l'autre jour quatre pauvres officiers de ses bataillons ont été mis aux arrêts, parce que leurs queues étaient un peu courtes, — raison pour leur supposer un esprit de rébellion." A. a. O. VIII, 93, vgl. auch VIII, 53, 67, 80, 84, 104.

1) Hennes, Friedrich Leopold Graf zu Stolberg und Herzog Peter Friedrich Ludwig von Oldenburg. Aus ihren Briefen. Mainz 1870, S. 313 fg. Der Herzog hatte am 26. Juni 1781 die jüngere Schwester der Großfürstin: Friederike geheirathet. Sie starb schon 1785.

2) Ségur, Mémoires et Souvenirs, Paris 1826, III, 535.

hat in späterer Zeit Soldaten und Hofbeamte kaiserlich belohnt, weil er glaubte, daß sie den Auftrag ihn zu ermorden, zurückgewiesen hätten [1]). Würden der Kaiserin, wenn sie die Absicht hegte, die Werkzeuge gefehlt haben? Eher könnte man glauben, sie habe statt des ungeliebten, für unfähig erachteten Sohnes ihren Enkel Alexander zur Nachfolge berufen wollen. In den neunziger Jahren ist viel von einem solchen Plane gesprochen worden; es heißt, man habe die Urkunden schon entworfen, und den Tag bestimmt, an welchem ein Staatsact in gesetzlichen Formen die Ausschließung des Großfürsten aussprechen sollte. Aber auch für diese Absicht sind hinreichende Beweismittel nicht vorhanden. Gewiß ist nur, daß das Verhältniß zwischen Mutter und Sohn beinahe unerträglich geworden war, als plötzlich durch den Tod der Kaiserin (17. November 1796) Alles verändert, und der bedrohte, unterdrückte, schwer gekränkte Mann in jähem Wechsel in den unbeschränktesten Beherrscher der Erde verwandelt wurde.

Einer seiner Vertrauten, Graf Theodor Rostoptschin, hat uns geschildert, wie die Nachricht von Katharina's bevorstehendem Ende nach Gatschina gelangte, wie er mit dem Großfürsten in der sternhellen Nacht nach Petersburg fuhr und, von der Bedeutung des Augenblickes überwältigt, mit lebhaften Wünschen und Hoffnungen die Hand des künftigen Monarchen ergriff. „Warten Sie, warten Sie!" sagte Paul, „ich habe zwei und vierzig Jahre gelebt; Gott hat mich bewahrt, vielleicht gibt er mir auch in Zukunft Kraft und Verstand, um den Staat aufrecht zu halten, für den er mich bestimmt hat [2])." An dem Sterbebette seiner Mutter benahm er sich mit Würde, im Besitze der

---

1) Cobenzl an Thugut, 24. Juni 1797, 2. Apostille. Wiener Staats-Archiv.

2) Rostoptschin's Bericht „Ueber den letzten Tag Katharina's und den ersten Tag der Regierung Paul's I." findet sich in französischer Uebersetzung bei Ségur, Vie du comte Rostopschine, gouverneur de Moscou en 1812, Paris 1872, p. 25, und im russischen Original in dem „Archiv des Fürsten Woronzow", VIII, 158 fg., Moskau 1876.

Macht schien er durchaus das Gute zu wollen und die Befürchtungen zu widerlegen, die seiner Thronbesteigung vorhergegangen waren. Aber nur zu bald zeigte sich das Unzureichende seines Charakters so gewaltigen Verhältnissen gegenüber. Was man so oft bei den römischen Imperatoren wahrgenommen hat: daß das Uebermaß einer ungewohnten, unbeschränkten Machtfülle ihren Geist verwirrte, das wiederholte sich bei dem Czaren. Je mehr er sich gebunden und unterdrückt gefühlt hatte, um so weniger wollte er jetzt ein Band oder eine Schranke anerkennen. „Merken Sie sich," sagte er einmal dem General Dumouriez, der sich auf die Aeußerungen bedeutender Männer berief, „in meinem Reich ist außer mir nur ein Mann von Bedeutung: der Mann, mit welchem ich rede, und dieser Mann nur so lange, als ich mit ihm rede[1])." Er selbst war sich das einzige Gesetz; Handlungen sogar des Wohlwollens und der Gerechtigkeit erschienen bei ihm als Laune und willkürliches Spiel. Erwägt man nun, daß neben gutartigen Anlagen doch immer manches von den wilden Trieben einer halbbarbarischen Nation in ihm zurückgeblieben war, daß seine Fähigkeiten entfernt nicht ausreichten, den Organismus seines unermeßlichen Reiches auch nur zu überblicken, so kann man auf die Folgen schließen. Der Kaiser gab sich in erster Zeit mit unermüdlichem Eifer den Geschäften hin. Schon sechs Uhr Morgens war er bei der Arbeit; im Heer, in den Finanzen, in der inneren Verwaltung, überall sollte verändert und verbessert werden; die Zahl der Ukase wurde im ersten Jahre auf viertausend geschätzt. Man kann nur billigen, daß er den ermordeten Vater wieder zu Ehren bringen wollte, und es darf als sinnreiche Rache gelten, daß er bei dem erneuerten, prächtigen Leichenbegängniß Alexis Orlow, den Mörder, im Ehrengeleit des Sarges Platz nehmen ließ. Je mehr seine Abstammung von Peter III. bezweifelt werden konnte, um so begreiflicher wird der Wunsch, sich als treuen Sohn zu erweisen.

---

1) Ségur, Mémoires ou Souvenirs, III, 533.

Aber wie kleinlich sucht er das Andenken der Mutter zu verunglimpfen! Die von ihr gegründete Stadt in der Ukraine, selbst ihr Regiment mußten aufhören, ihren Namen zu führen; ihren Günstling Potemkin, der ihn freilich am übelsten behandelt hatte, ließ er barbarischer Weise aus dem Sarge reißen und die Gebeine in den Graben der Citadelle werfen. Im Uebrigen war er gegen die Günstlinge seiner Mutter nicht grausam. Subow, der nicht ohne Grund das Schlimmste erwartete, blieb im Besitz seiner Reichthümer und verlor nur den Einfluß auf die Geschäfte, den er lediglich Katharina's Gunst verdankte. Aus dem Ministerium des Auswärtigen wurde allein Graf Markow auf seine Güter verwiesen. Mit Besborodko söhnte sich Paul schon am Sterbebette seiner Mutter wieder aus. Ihm, dem fähigsten aller russischen Staatsmänner, übertrug er die Leitung der Geschäfte, wenn auch der alternde Vicekanzler, Graf Ostermann, mit der Kanzlerwürde ausgestattet wurde. Neben ihm erhielten noch, besonders auf den Wunsch der neuen Kaiserin, die beiden Brüder Alexander und Alexis Kurakin, der erstere als Vicekanzler, der andere als Generalprocurator des Senats bedeutenden Einfluß; endlich sind noch zwei jüngere Männer zu nennen, Araktschejew und Feodor Rostoptschin, beide schon früher dem engsten Kreise von Gatschina angehörig. Araktschejew, von niederer Herkunft, ohne hervorragendes Talent, hatte die Gunst seines Herrn gewonnen, indem er mit niemals fehlender Pünktlichkeit und unerbittlicher Strenge das militärische Spielzeug des Großfürsten nach preußischem Muster disciplinirte. Gleich nach dem Thronwechsel wird er mit Ehren und Titeln überhäuft, in wenigen Monaten, erst siebenundzwanzig Jahre alt, zum General-Quartiermeister befördert, um ähnliche Reformen nunmehr in der gesammten russischen Armee zur Ausführung zu bringen. Für die politischen, insbesondere die auswärtigen Angelegenheiten ist sein Einfluß unter Paul I. nicht von Bedeutung. Anders Rostoptschin. Der Charakter dieses Mannes ist wie die große That, welche sich an seinen

Namen knüpft, nicht leicht zu ergründen, selbst jetzt nicht, nachdem die Briefe an seinen Freund, den Grafen Simon Woronzow, weit besser als Alles, was Fremde über ihn schrieben, diese eigenthümliche Mischung von Hochsinn, Feinfühligkeit, rücksichtslosem Freimuth und zugleich von Unterwürfigkeit, Ehrgeiz und listiger Verschlagenheit zur Anschauung bringen. Er war 1765 geboren, der Sprößling einer vornehmen aber nicht eben reich begüterten tartarischen Familie. Früh wurde er in ein Garde-Regiment aufgenommen und nach dem Türkenkrieg 1792 als Kammerherr dem kleinen Hofe in Gatschina zugetheilt. Pflichttreue und aufmerksames Betragen zeichneten ihn vor seinen Genossen aus, die den Großfürsten oft genug empfinden ließen, daß es in den Augen der Kaiserin kein Verbrechen sei, seine Ungnade zu verdienen. Zuweilen fehlten sie ganz an Tagen, wo sie den Dienst leisten sollten, und Rostoptschin pflegte dann ihre Stelle zu versehen. Nach einem Vorfall dieser Art im Juni 1794 konnte er sich aber nicht enthalten, die Saumseligen in einem Briefe an den Groß-Kammerherrn mit beißender Schärfe an ihre Pflicht zu erinnern. Es kam zu heftigem Wortwechsel, Herausforderungen, und die Sache endigte damit, daß Rostoptschin für ein Jahr auf ein Gut seines Vaters verwiesen wurde. Natürlich rechnete ihm der Großfürst den Beweis seiner Ergebenheit um so höher an. Als Rostoptschin im folgenden Sommer in die alte Stellung zurückkehrte, erlaubte er ihm, als das höchste Zeichen der Gunst eine Uniform wie seine eigene zu tragen; selbst in häuslichen Dingen schenkte er ihm ein Vertrauen, das Rostoptschin lieber vermieden hätte, wie er denn überhaupt in seinen Briefen den Großfürsten keineswegs günstig, nicht einmal milde zu beurtheilen pflegt. Aber Paul's Neigung stand einmal fest. Bereits am Sterbebette Katharina's war Rostoptschin der eigentliche Vertrauensmann, wenige Tage später an der Spitze des Kriegsministeriums durch beständigen Verkehr mit dem Kaiser eine der einflußreichsten Persönlichkeiten des

neuen Hofes[1]). Schon seine Thätigkeit unter Paul I. müßte ihm eine dauernde Erinnerung sichern. Aber sie ist wenig beachtet worden; der Brand, den er in Moskau entzündete, hat Alles was er noch sonst gethan, in Schatten gestellt.

Blieb auch für das Auswärtige der leitende Minister im Amte, der Gang der großen Politik wurde gleichwohl völlig verändert. Denn es war der Kaiser selbst, der die Richtung bestimmte. Schon das Vorbild seines Vaters, nicht weniger die eigenen Erlebnisse wiesen ihn auf Preußen hin.

1) Rostoptschin an Woronzow $\frac{24. \text{ Februar}}{6. \text{ März}}$ 1792, $\frac{20.}{31.}$ Juli 1794, $\frac{20.}{31.}$ August 1795: „Depuis mon départ, le grand-duc n'a plus voulu voir aucun gentilhomme de la chambre, et aussitôt qu'il m'a su arrivé, il m'a fait dire de venir chez lui à Pawlovsky. Il m'a comblé de bontés et a exigé absolument que, sans me gêner, je vienne le voir partout où il sera et quand bon me semblera. Enfin, pour me donner encore une plus grande preuve de la manière distinguée dont il voulait me traiter, il m'a dit de porter chez lui son uniforme particulier, ce qu'il regarde comme la plus grande faveur, qu'il n'accorde presque à personne. Connaissant mieux que personne combien son caractère est porté au changement, je ne fais pas grand fond sur ses sentimens présens, et je ferai mon possible pour ne pas être trop en avant dans son intimité. Le moyen le plus sûr, c'est de ne se mêler de rien. D'ailleurs, ses secrets sont d'une nature repoussante pour moi, et j'aimerais mieux encourir une disgrâce signalée et mériter sa haine que de devenir méprisable par de lâches complaisances, que l'on regarde comme les moyens permis et nullement criminels. Le grand-duc est allé à Gatschino, où il reste jusqu'au 24 Novembre. On le traite plus mal que de coutume, et l'été passé on lui a fait dire, au sujet d'un voyage qu'il voulait faire à Pawlovsky, que cela coûtait trop d'argent et qu'il n'avait qu'à rester à la même place. Quand on est grand-duc de Russie, que l'on a 41 ans et que l'on est traité en polisson par ses sujets futurs, il est permis de sécher sur pied, et c'est ce que lui arrive. Je n'ai trouvé aucun changement dans sa conduite avec sa femme. Il est vrai qu'elle a pris le parti du silence et d'une résignation aux volontés de son mari, qui la laisse tranquille et qui veut l'être." $\frac{14.}{25.}$ September 1795, $\frac{25. \text{ Februar}}{8. \text{ März}}$ 1797, Woronzow'sches Archiv, III, 48, 98, 104, 111, 177.

Die Erinnerung an den früheren Aufenthalt in Berlin war nie erloschen. Sein Freund und Erzieher, Graf Nikita Panin, hatte die Neigung zu Preußen und einen heimlichen Briefwechsel mit Friedrich dem Großen mit dem Verlust seines Ministeriums büßen müssen. Aber stets hatte man von Berlin aus eine Verbindung mit dem Großfürsten zu erhalten gewußt, ihm auch für seine finanziellen Bedürfnisse nach und nach ungefähr eine Million Rubel an Vorschüssen zu Theil werden lassen. Den höchsten Stolz als Soldat setzte er darin, den Spuren Friedrich's des Großen nachzugehen. Kaum auf dem Throne, gab er denn auch seiner Neigung für Preußen freien Ausdruck. Graf Tauenzien wurde mit einem Male der Begünstigte des Hofes; Subow, der ihn früher kaum eines Blickes gewürdigt, die Höflinge, die ihn gemieden, kamen jetzt demüthig seinem Gruße zuvor[1]). Mit unbeschreiblicher Freude kehrte der Gesandte, wie er selbst am 22. November meldet, aus einer Conferenz mit den russischen Ministern zurück. Besborodko hatte die besten Versicherungen einer engen Verbindung zwischen Rußland und Preußen gegeben; bald wurden sie auch von dem Czaren bestätigt, der bei der ersten Audienz des diplomatischen Corps — am 26. November — Tauenzien vor allen auszeichnete und von diesem Tage die Epoche vollkommener Intimität zwischen den beiden Höfen datiren wollte.

Unterdessen konnte Tauenzien's College, Graf Cobenzl, den raschen Wechsel höfischer Gunst an sich erfahren. Ein besonders unglücklicher Stern schien den Tod Katharina's gerade in dem Augenblicke herbeigeführt zu haben, als sie endlich nach so langem Zögern sich entschlossen hatte, dem Kaiser ein Hülfsheer von 60,000 Mann zu senden. Daß seine Mutter die Hülfe leisten wollte, war für Paul beinahe ein genügender Grund, sie zu verweigern. Nicht als ob er weniger als die Kaiserin ein Feind der Revolution und der demokratischen

1) Tauenzien a. d. Ministerium, 1. Dezember 1796. Preußisches Staats-Archiv.

Grundsätze gewesen wäre. Er haßte sie gewiß weit uneigennütziger als Katharina; aber vorerst begnügte er sich, gegen die äußeren Zeichen nicht allein der Demokratie, sondern einer gleichgültigen französischen Mode den unbarmherzigsten Krieg zu eröffnen. Die runden Hüte, die kurzgeschnittenen Haare, die Schnallenschuhe und vor Allem die Bezeichnung „Club" wurden in einer Reihe von Ukasen mit einem Eifer verfolgt, welchen Cobenzl vergeblich auf ernstliche Maßregeln zu übertragen suchte. Die schon anbefohlene Aushebung für das von Katharina versprochene Hülfsheer unterblieb. Paul verweigerte sogar die 12000 Mann, die er nach den Bündnissen von 1781 und 1792 zu stellen verpflichtet war. Allen Mahnungen Cobenzl's setzte er die Antwort entgegen, er müsse vorerst Finanzen und Heer reorganisiren und die inneren Zustände seines Reiches beruhigen. Für die Finanzen geschah aber gar nichts. Im Gegentheil: durch unmäßige Schenkungen wurden sogar die Krondomänen und dadurch das sicherste Einkommen, woran von allen Monarchen bisher noch keiner gerührt hatte, in bedenklicher Weise angegriffen. Man sagte, Paul habe von 750,000 Bauern, die der Krone gehörten, in den ersten Wochen seiner Regierung 80000 den von ihm begünstigten Personen überlassen[1]). In der Armee kamen nicht ohne Erfolg neue Instructionen nach preußischem Muster zur Anwendung, aber, wie es scheint, nur in Nebendingen, und die übereilte rücksichtslose Strenge, mit welcher Araktschejew zu Werke ging, rief bald, besonders unter den verwöhnten Garderegimentern lebhafte Unzufriedenheit hervor[2]). Selbst Tauenzien, der

---

1) Cobenzl, 6. Januar 1797.

2) Rostoptschin an Woronzow $\frac{12.}{23.}$ November 1797. On ne peut es faire une idée, sans avoir vu, de notre infanterie, et cela dans l'espace d'un an. J'ai trouvé celle qui a couté tant de peine au feu roi de Prusse, et je vous assure, qu'elle aurait cedé à la notre. Je ne dirai pas cela de la cavallerie. Woronzow verurtheilt dagegen in einer Denkschrift, die er am $\frac{6.}{18.}$ März 1802 für Kaiser Alexander be-

Preuße, klagt schon im Dezember 1796 über diese verfehlte Art zu reformiren; Anfangs Januar schreibt er sogar über Gerüchte von einer Verschwörung im Semenowski'schen Regiment. Sie erwiesen sich freilich als Erfindung eines rachsüchtigen Bedienten, boten aber dem Kaiser Veranlassung, sich mit dem Thronfolger unter die Soldaten zu begeben und, wie er es liebte, eine rührende Scene zu veranstalten, die für den Augenblick ganz unnütz, höchstens die Gemüther auf ernstere Vorfälle vorbereiten konnte. Es ist durchaus charakteristisch, daß unmittelbar nach der Thronbesteigung, in Petersburg wie im Auslande das Gefühl hervortritt, diese Regierung könne nicht von Dauer sein; sie möge leicht an Kürze und noch in anderen Umständen der Regierung Peter's III. gleichen. Diplomaten der verschiedensten Richtung sprechen sich in diesem Sinne aus, setzen aber hinzu, die Russen seien an Dienstbarkeit gewöhnt, der Kaiser habe so lange nichts zu fürchten, als er mit seiner Familie und seiner nächsten Umgebung in gutem Vernehmen bleibe[1]). Die einzige unruhige Bewegung war in der That von Paul zwar veranlaßt, aber nicht gegen ihn gerichtet. Im Bewußtsein seines guten Rechts hatte er sich von den Leibeigenen des Reiches den Eid leisten lassen, was von Katharina, Peter und Elisabeth bei dem Regierungswechsel versäumt, oder für gefährlich erachtet war. Dadurch hatte er die Meinung hervorgerufen, sämmtliche Leibeigene sollten künftig als Bauern der Krone angesehen werden und in Folge dessen bedeutende Erleichterung der Lasten erhalten, die von Privatbesitzern ihnen auferlegt wurden. Als die Hoffnung sich nicht erfüllte, kam es zu Aufständen der Bauern gegen ihre Herren; besonders im alten Rußland gewannen sie solche Aus-

---

stimmte, die Neuerungen Paul's als ganz unzweckmäßig, und hebt ausdrücklich hervor: Suworow habe die großen Erfolge in Italien wesentlich dadurch erlangt, daß er die Anordnungen des Kaisers nicht zur Ausführung brachte. Archiv des Fürsten Woronzow VIII, 184; X, 465 fg., 492.

1) Tauenzien, 1. Dezember 1796, 7. Januar 1797.

dehnung, daß der Marschall Repnin nur mit Anwendung bedeutender Truppenmacht die Ruhe herstellen konnte[1]).

Unter solchen Verhältnissen hatte Cobenzl wenig Hoffnung. Einigen Trost fand er darin, daß auch die Vorliebe Paul's für Preußen von kurzer Dauer war. Verschiedenes, was Tauenzien sowie Staatsmänner und Zeitungen in Berlin über preußischen Einfluß auf den petersburger Hof geäußert haben sollten, hatte den Zaren verstimmt; daneben verbreiteten sich Gerüchte, daß Preußen weit enger, als seine Gesandten und Minister zugeständen, mit den Franzosen sich eingelassen habe. Als der preußische Krönungsgesandte Graf Brühl am 11. Januar in Petersburg eintraf, wurde er nicht so freundlich aufgenommen, als eine alte Bekanntschaft und lange Gunst erwarten ließen. Paul empfand besonders mißfällig, daß er in Chiffern an seinen Hof berichte; er warf ihm vor, er sei nicht mehr sein alter Brühl, sondern ganz zum Politiker geworden, und zeigte in mehr als einer Weise den Argwohn, daß Preußen ihn überlisten wolle[2]). Um den Zaren zu beschwichtigen, entschloß man sich in Berlin, die bis dahin streng verheimlichte Convention vom 5. August 1796 mitzutheilen[3]). Der König machte in einem eigenhändigen Briefe den Zaren mit den Bedingungen bekannt; den Ministern sollte Brühl eine ausführliche Denkschrift übergeben, welche die Entstehung und den wahren Charakter der Convention in das günstigste Licht setzte. Am 5. Februar ging diese wichtige Expedition nach Petersburg ab, hatte aber durchaus nicht den gewünschten Erfolg. Paul und seine Minister fanden den Inhalt des Vertrages früheren Versicherungen des preußischen Hofes widersprechend, gefährlich

---

1) Cobenzl, 17. Februar, Tauenzien 3. und 7. März 1797.

2) Brühl an das preußische Ministerium, 11., 18., 28. Januar, 7. und 16. Februar 1797.

3) Ueber Entstehung und Inhalt des Vertrages vgl. Bd. I dieses Werkes: Oesterreich und Preußen gegenüber der französischen Revolution, S. 292 fg., 310, 325.

für Europa, verderblich für die Verfassung Deutschlands, und gaben dieser Gesinnung in der stärksten Weise Ausdruck. „Ich bin in Verzweiflung", meldet Tauenzien am 21. Februar, „die schönsten Hoffnungen sind vernichtet, und statt eines engen Einverständnisses wird die Entfremdung zwischen beiden Höfen noch stärker sein, als in früherer Zeit." „Es gibt Augenblicke", schreibt Brühl einige Tage später, „in denen das Dasein eine Last wird. So ist das meinige seit der Ankunft des letzten Couriers. Der Schleier ist gefallen, wir sehen nur zu klar, daß man von dem, was Ew. Majestät als Staatsgeheimniß dem Kaiser mittheilten, schon vorher unterrichtet war. Nur meine und des Grafen Tauenzien Versicherungen hatten bisher einen Eclat vermieden; man hatte daraufhin den Behauptungen des österreichischen und des englischen Gesandten widersprochen, ist aber jetzt doppelt gereizt. Der Kaiser meint, ich habe immer um die Sache gewußt, und ist wüthend gegen mich; Graf Dietrichstein — der österreichische Krönungsgesandte — wird dagegen mit der größten Auszeichnung behandelt[1])." Beinahe unmittelbar nach dem Empfang der berliner Nachrichten hatte Paul den Grafen am Abend des 18. Februar in sein Cabinet rufen lassen und, ohne im Geringsten auf das von Preußen geforderte Geheimniß zu achten, unter heftigen Aeußerungen des Unwillens von Allem Kenntniß gegeben. Dietrichstein, Cobenzl und mit ihnen der englische Gesandte Sir Charles Whitworth unterließen dann nichts, was den Zorn des Kaisers über diesen, wie sie es nannten, neuen preußischen Greuel noch höher steigern konnte[2]), und zu Anfang März erging an den russischen Gesandten in Berlin eine in starken, beinahe unhöflichen Ausdrücken abgefaßte, ostensible Depesche. Paul, hieß es, müsse das eigenhändige Schreiben des Königs ohne Antwort lassen. Kalitschew werde beim ersten

1) Brühl an das Ministerium, 24. Februar.

2) Dietrichstein, 2. März, Annex 6. Whitworth an Grenville, 23. und 28. Februar 1798. Public Record Office in London.

Blick erkennen, was der Kaiser von diesen verspäteten Vertraulichkeiten (confidences tardives) halten müsse. Mit den darin ausgesprochenen Gesinnungen stehe der Inhalt der Convention durchaus nicht im Einklang. Sie sei unvereinbar mit den Pflichten eines Reichsstandes, beunruhigend für alle Mächte, die sich für die Reichsintegrität interessirten, und für Europa, das mit allgemeinem Umsturz (désastre) bedroht werde. Nur, wenn Preußen wieder ernstlich die Integrität des Reiches im Auge behalte, könne es auf das Vertrauen und den Beistand Rußlands rechnen[1]). Auch Tauenzien und Brühl ergingen sich in den bittersten Klagen, daß man sie über so wichtige Verhandlungen in Unkenntniß gelassen habe. Aber das preußische Ministerium behauptete dem gegenüber eine feste Stellung. Die beiden Gesandten wurden auf ihre Instruction verwiesen. Nur der unbegründeten Annahme eines Offensiv- und Defensivbündnisses zwischen Preußen und Frankreich hätten sie widersprechen sollen; es sei ihre Schuld, wenn sie jede Convention irgend einer Art in Abrede gestellt hätten[2]). Den Eröffnungen Kalitschew's antwortete in ganz entsprechender Weise eine ostensible Note an Brühl. Die blos eventuelle Convention vom 5. August, meinte man, sei kaum zu vergleichen mit dem österreichisch-russischen Vertrag vom 3. Januar und der Tripelallianz vom 28. September 1795, die auch ohne Wissen Preußens zum Abschluß gekommen seien. Der König müsse mit Bedauern die Hoffnung auf ein enges Zusammengehen mit Rußland aufgeben, werde aber fortfahren, das Directorium zur Mäßigung zu ermahnen und für einen billigen, dauerhaften Frieden zu wirken. Eben habe er in

---

1) Beilage 6 zu Cobenzl's Depesche vom 2. März 1797.

2) Das Ministerium an Brühl, 21. März. In der Instruction vom 19. Dezember 1796 ist in der That nur von einer Offensiv- und Defensivallianz die Rede; eine andere Frage ist, ob Haugwitz nicht mündlich dem Grafen Brühl, der die Sendung nach Petersburg nur ungern übernahm, stärker als in der schriftlichen Weisung seine Abneigung gegen Frankreich geäußert hat.

diesem Sinne den Oesterreichern und Engländern Vorschläge gemacht[1]).

Man erinnert sich: Preußen hatte eben damals allen Anträgen der Franzosen auf ein Bündniß gegen Oesterreich seine Zustimmung verweigert und selbst zu einer Vermittlung sich am 18. März nur unter der Bedingung bereit erklärt, daß Frankreich die Reichsintegrität als Grundlage anerkenne[2]). Auch diese Clausel war nicht etwa Wirkung der russischen Note; schon bei den Verhandlungen im Februar tritt sie bestimmt hervor. Nur in so weit scheint die heftige Aeußerung Paul's nicht ohne Einfluß geblieben zu sein, als das Bekanntwerden der Convention vom 5. August gewiß nicht den einzigen, aber doch einen neuen Grund für Thugut bildete, die von Preußen angebotene Vermittlung zurückzuweisen.

Selbst in Petersburg war die Wirkung dieser Ereignisse nicht so nachhaltig, als die dortigen Diplomaten erwarteten. Mit Paul's Vorliebe für Preußen hatte es freilich für immer ein Ende; aber auch die österreichischen Wünsche wurden nicht erfüllt. Der Zar behandelte Cobenzl und Dietrichstein mit auszeichnendem Wohlwollen, aber zu thätigem Eingreifen in die deutschen Verhältnisse war er nicht zu bewegen; selbst nicht, als die Unglücksbotschaften aus Italien seit dem Anfange des Jahres 1797 eine der anderen folgten. Er berief sich nach wie vor auf die inneren Zustände seines Reiches; das Hülfscorps von 12000 Mann, behauptete er, sei nicht bedeutend genug, um eine Entscheidung herbeizuführen, würde auch in jedem Falle zu spät kommen. Mit sorgenvollem Herzen folgte Cobenzl im März dem Hofe nach Moskau, wo am 16. April die feierliche Krönung des Zaren stattfand. Hier konnte nun Paul seiner Lieblingsneigung Raum geben. Er wurde nicht müde, sich bei feierlichen Aufzügen in kaiserlichem Schmuck seinen Unterthanen darzustellen, und das Ceremoniell unter

---

1) Das Ministerium an Brühl, 21. März.

2) Vgl. Bd. I, Oesterreich und Preußen, S. 317 fg.

den Hofleuten mit derselben Strenge zu handhaben. wie das Exercier-Reglement unter den Soldaten. Der entthronte König Stanislaus, der schon früher von Grodno nach Petersburg hatte übersiedeln müssen, sah sich genöthigt, das Schauspiel durch seine Gegenwart zu verherrlichen und bei der Krönung die vordem von ihm regierten polnischen Provinzen verlesen zu hören, die nunmehr mit Rußland vereinigt waren. Als der alte Mann, durch die unmäßige Länge der Ceremonien ermüdet, sich zu setzen wagte, brachte ihm ein Kammerherr vor den Augen des ganzen Hofes die Anweisung, schleunig wieder aufzustehen [1]). Selbst die Kaiserin mit ihren Damen durfte trotz der empfindlichen Kälte in der Kirche und am offenen Fenster sich keines Pelzes bedienen. Dazwischen fehlte es nicht an Geschenken und andern Gunstbezeigungen. Ostermann erhielt in gnädigen Ausdrücken seine Entlassung und den Bezug seines ganzen Gehaltes, Besborodko an seiner Stelle die Kanzlerwürde, zugleich die Erhebung in den Fürstenstand und mehr als eine Million Rubel an Geschenken; den Kurakins wurden die einträglichen Fischereien in der Wolga überlassen. Außer den schon früher vergebenen, schenkte Paul allein bei der Krönung 101,480 Kronbauern an einzelne Personen und außerdem noch 50000 als Ausstattung an die vier großen russischen Orden der heiligen Andreas, Katharina, Alexander Newski und Anna [2]). Was für den Malteser-Orden geschah, muß später im Zusammenhange erwähnt werden.

Inmitten solcher Festlichkeiten erhielt Cobenzl am 22. April durch einen berliner Courier die Nachricht von den Unglücksfällen in Friaul und Kärnthen, und zwei Tage später Thugut's Depesche vom 9. April: Bonaparte stand in der Nähe Wiens, die Hauptstadt selbst war bedroht. Mit der steigenden Gefahr verdoppelte sich die Bemühung der beiden Gesandten, ausreichende, oder wenigstens die versprochene Hülfe

---

1) Cobenzl an Thugut, 4. Mai, Apostille 18.

2) Cobenzl, 4. Mai, Apostille 9.

von Rußland zu erlangen. Die Minister, besonders Besborodko, schienen durchaus geneigt; nur Paul blieb bei der Ansicht, er könne das Hülfscorps nicht geben. Oesterreich möge Frieden schließen, einige Opfer bringen und sich mit Preußen aussöhnen[1]). Umsonst stellte Cobenzl vor, der Friede müsse doch ein ehrenvoller sein; das Hülfscorps werde, wenn es nur die Grenze überschreite, bedeutenden Eindruck machen, besonders wenn der Zar den Franzosen erkläre, daß er die Herstellung des Zustandes vor dem Kriege fordere. Paul erwiederte, so lange die französische Republik von ihm nicht anerkannt sei, dürfe er in Rücksicht auf seine Würde mit dem Directorium nicht anders, als durch preußische Vermittlung unterhandeln. Er bestand auch darauf, daß zu den Conferenzen, die am folgenden Tage — dem 25. April — zwischen Besborodko, Cobenzl und Whitworth stattfinden sollten, der preußische Gesandte zugezogen würde. Weiter sprach er von einem Congreß der sämmtlichen betheiligten Mächte, den man in Leipzig abhalten könne, und ließ diesen Plan am nächsten Tage in der Conferenz durch Besborodko in Vorschlag bringen. Endlich, als die österreichischen Gesandten alle Mittel in Bewegung setzten, als die Kaiserin und der Großfürst Alexander sich zu ihren Gunsten erklärten, gab Paul am 26. April in einer vertraulichen Unterredung mit Dietrichstein die erste Hoffnung. Er wollte sechs Divisionen an der preußischen Grenze zusammenziehen und einen Mann von Gewicht nach Berlin schicken, um Preußen auf den rechten Weg zu weisen[2]). Am 2. Mai überreichte Besborodko Cobenzl eine eigenhändige Antwort Paul's an Kaiser Franz und theilte mit, man werde die Armee in Polen auf 80 000 Mann bringen, Vorkehrungen gegen mögliche Angriffe der Türken und Schweden treffen und den Marschall Repnin sowie den Grafen Panin, einen ausgezeichneten, Oesterreich freundlich gesinnten Diplomaten, nach Berlin

1) Cobenzl, 24. April.

2) Dietrichstein an Thugut, Bericht vom 4. Mai, Annex 14.

senden. Sie sollten dort gemeinschaftlich erklären, dem Zaren sei die Schwächung Oesterreichs nicht gleichgültig; könne Preußen die Franzosen nicht zu verständigen Bedingungen bewegen, so würde Paul dem Kaiser die 60000 Mann zu Hülfe schicken, die schon von Katharina versprochen seien. Panin sollte an Kalitschew's Stelle in Berlin bleiben, Repnin weiter nach Wien gehen mit der Vollmacht, die in Polen versammelte Armee nach Maßgabe dessen, was er in Berlin und Wien vernehmen würde, in Bewegung zu setzen. An demselben Tage erhielt man aus Wien die Nachricht von den Erfolgen einzelner österreichischer Abtheilungen in Tyrol und Istrien, und von der begeisterten Erhebung der Bevölkerung. Auf den Zaren schien dies den vortheilhaftesten Eindruck zu machen. Er sagte Dietrichstein, er werde auf die beabsichtigte Reise nach Kasan verzichten und sich sobald als möglich nach Slonim an die preußische Grenze begeben, um die Truppen zu mustern und den Ereignissen näher zu sein. „Gleichwohl," schließt Cobenzl, „ist es leider nur zu wahr, daß unser Verbündeter keineswegs erfüllt, was der Drang der Umstände und die enge Verbindung im gegenwärtigen Augenblick gefordert hätten. Er beschränkt sich auf Demonstrationen, wo es so wichtig gewesen wäre, zu handeln. Es geschieht keineswegs aus Vorliebe für Preußen, sondern lediglich aus dem Mangel jener alten Thatkraft, welche mit der unsterblichen Katharina zu Grabe gegangen ist. Wie betrübend diese Lage der Dinge sein mag, da man sie nicht ändern kann, muß man wenigstens diese Demonstration benutzen, um unseren Feinden zu imponiren; deßhalb nehme ich auch den Schein an, als sei ich mit den Antworten, die ich erhalte, weit mehr zufrieden, als ich wirklich bin [1])."

Bald wurde die Lage Oesterreichs durch den Abschluß der Präliminarien (18. April) wesentlich verändert. Ein Courier Rasumowski's brachte am 8. Mai die erste Nachricht; am 12. folgte Thugut's ausführliche Mittheilung vom 30. April. Wie

1) Cobenzl an Thugut, 4. Mai, Schluß der Haupt-Depesche.

Paul bis dahin sich geäußert hatte, mußte man annehmen, der Abschluß eines Friedensvertrages und nicht weniger die Bedingungen von Leoben würden ihm erwünscht sein. Denn für die Abtretung Belgiens an Frankreich hatte er sich schon früher entschieden; daß die Reichsintegrität gesichert blieb, war mehr, als man hatte hoffen können, und der Erwerb des venetianischen Festlandes von Seiten Oesterreichs war bereits in den Verträgen zwischen Joseph und Katharina, und noch zuletzt in der geheimen Declaration von 1795 in Aussicht genommen. Noch ein besonderer Umstand kam hinzu, um alle Bedenken des Zaren gegen diesen letzten Artikel zu beseitigen. Kurz vorher hatte in Smyrna der Mord eines Türken, als die Auslieferung des Mörders verweigert wurde, zu einem gräuelvollen Blutbad geführt; fünfzehnhundert Christen sollten umgekommen sein. Der Mörder war nach übereinstimmenden Berichten Venetianer[1]), aber der venetianische Consul in Smyrna und der Bailli in Constantinopel hatten die Schuld den in Smyrna ansässigen Russen zugeschrieben. Paul gerieth auf diese Nachricht in Wuth, rief seinen Gesandten Morduinow aus Venedig zurück und verbot dem venetianischen Gesandten Venieri den Hof. Jede Gewaltthat gegen Venedig schien ihm nunmehr gerechtfertigt; er sowie die Kaiserin scherzten mit Dietrichstein im heitersten Tone, daß die venetianischen Perücken die Zeche bezahlen müßten. Als wenn die eigene Meinung auch von allen übrigen Mächten getheilt würde, dachten sie gar nicht daran, das von Thugut dringend geforderte Geheimniß zu bewahren. Cobenzl mußte bei Hofe ganz öffentlich davon reden hören. Wenig später wurde sogar in einer von Paul dictirten Depesche zum Bedauern seiner eigenen Minister der vierte Artikel der Präliminarien den Engländern wörtlich mitgetheilt. Dagegen fand der Zar durch einige Nebenbestimmungen sein Selbstgefühl beleidigt. Warum sollte er, dessen Vermittelung die

---

1) Bericht Haeften's aus Wien vom 19. April im niederländischen St.-A. Whitworth an Grenville, 3. Mai 1797. Public Record Office.

Reichsstände angerufen hatten, an dem Reichsfriedens-Congreß in Rastatt keinen Theil nehmen? Warum war zum Versammlungsort des allgemeinen Congresses Bern, und nicht, wie er selbst einige Tage früher vorgeschlagen hatte, Leipzig gewählt? Nur mit Mühe konnte ihm Dietrichstein begreiflich machen, daß man unmöglich in Leoben von jenem Vorschlage habe wissen können; Paul wünschte noch immer, man möge Leipzig wählen, und beide österreichische Gesandte sind der Ansicht, es sei für das künftige Verhalten des Zaren von großer Bedeutung, daß seinem Verlangen nachgegeben würde[1]).

Aber der Congreß kam, wie wir uns erinnern, nicht zu Stande. Thugut war unmittelbar nach den Präliminarien nicht abgeneigt, sich einzeln mit Frankreich zu verständigen, und wenn er auch im Juni die Forderung des Congresses wieder aufnahm, konnte er doch nicht so großen Werth darauf legen, um die Weigerung der Franzosen als Kriegsfall anzusehen. Russische Vermittlung war ihm, wie die Dinge lagen, nicht einmal erwünscht; denn nach den Aeußerungen Paul's mußte sich auch Preußen an den Friedensverhandlungen betheiligen. Schon deßhalb war der diplomatische Verkehr zwischen Wien und Petersburg im Sommer 1797 nicht lebhaft. Cobenzl, nach Wien berufen, dann zu den Verhandlungen mit Bonaparte nach Udine gesandt, hatte im Juli die russische Hauptstadt verlassen, wo Graf Dietrichstein ihn ersetzen sollte. Dieser junge Diplomat, der Liebling Thugut's, hatte bei seinem ersten Auftreten die Gunst, bald sogar das Vertrauen des Zaren gewonnen; die täglichen Aufzeichnungen, die er über seine Erlebnisse nach Wien schickt, lassen Paul im persönlichen Umgange durchaus nicht unbedeutend, sondern nicht selten wohlwollend, witzig, sogar von feinem Urtheil erscheinen. Paul selbst hatte in Moskau die Verlobung Dietrichstein's mit einer dem Hofe sehr nahestehenden Dame, der Gräfin Schuwalow, vermittelt und die Hochzeit, beinahe als wäre sie eine Familien-

1) Cobenzl's Bericht aus Moskau vom 17. Mai; Dietrichstein, 16. Mai.

angelegenheit, in seinem Palast am 16. Juli feiern lassen. Aber wenig später mußte auch Dietrichstein erfahren, wie wandelbar die Gunst an diesem Hofe sei. Als Krönungsgesandter ohne eigentlich diplomatischen Charakter wurde er bisher als Gast des Zaren behandelt, folgte ihm auf seine Schlösser und konnte in ungezwungenem täglichen Verkehr auch die politischen Interessen Oesterreichs am wirksamsten fördern. Denn Paul trug schon damals eine entschiedene Abneigung gegen Alles, was er Politik und Intrigue nannte, zur Schau. Scherzend, und wenn er recht guter Laune war, nannte er Dietrichstein den wenigst politischen Politiker, den die Politik hervorgebracht habe, und für den österreichischen Diplomaten konnte keine Lobeserhebung schmeichelhafter und willkommener sein. Alle diese Vortheile gingen verloren, wenn man ihm officiell einen diplomatischen Posten übertrug. Thugut, der dies zu vermeiden wünschte, hatte in Petersburg deßhalb anfragen lassen, ob Dietrichstein nicht fernerhin in der früheren Stellung bleiben könne; man würde dann den langjährigen Gesandtschaftsrath Freiherrn von Seddeler als Residenten neben ihm beglaubigen. Paul äußerte sich unbestimmt. Dietrichstein erhielt bei Cobenzl's Abreise den Rang eines bevollmächtigten Ministers, suchte nun aber gleichwohl, wie er glaubte, mit Zustimmung des Zaren in Pawlowski auf dem früheren Fuße zu verweilen. Aber dies nahm Paul sehr übel auf. Dietrichstein beging den Fehler, sich nicht rasch genug der veränderten Stimmung anzubequemen; er wurde mit sichtbarer Kälte kaum eines Wortes gewürdigt, und wenn auch die Kaiserin und der Thronfolger die Sache scheinbar beilegten, so blieb doch für lange Zeit bei Paul eine Mißstimmung zurück, die in den politischen Verhältnissen bald neue Nahrung fand[1]).

In der Abschiedsaudienz am 16. Juli hatte Cobenzl viel Schmeichelhaftes für seine Person, aber nichts von wirksamer

---

1) Cobenzl, 20. Juli, Apostille 12; Dietrichstein, 25. und 28. Juli, 1., 8., 13. August 1797.

Unterstützung für Oesterreich gehört. Paul erklärte bestimmt, er würde sich nicht in den Krieg hineinziehen lassen. Zur Vermittlung war er bereit, wenn man ihn dazu auffordere; „aber," fügte er hinzu, „können Sie ohnedem Frieden machen, so machen Sie ihn; je länger Sie zögern, je mehr haben Sie einen Bruch zu befürchten[1])." Im October konnte Dietrichstein allerdings von einer günstigeren Stimmung melden, aber diese Nachricht kam für die Unterhandlungen in Udine zu spät, und der Abschluß des Friedens wurde für Paul die Ursache neuen Mißvergnügens. Eingedenk der russischen Indiscretion in Bezug auf die Präliminarien, hatte Thugut einige Zeit verstreichen lassen, ehe er die Bedingungen mittheilte. Grund genug, sie dem Zaren zu verleiden, als sie am Abend des 20. November nach Petersburg gelangten. Er tadelte, daß man die Reichsintegrität nicht gewahrt habe, daß man ohne Zuziehung Rußlands den Reichsfrieden zu Rastatt schließen wolle, und vor Allem, daß mit den Inseln der Levante den Franzosen beständiger Anlaß zur Einmischung in die türkischen Angelegenheiten gegeben sei. Die Anfrage: ob Oesterreich für den Fall, daß die Ausführung des Friedens ein Hinderniß fände, auf russische Waffenhülfe rechnen könne, diese Anfrage wurde entschieden verneint; Paul klagte während der folgenden Monate auch bei fremden Gesandten in den bittersten Worten über die Schwäche und den Kleinmuth der österreichischen Politik[2]). Die Tripelallianz war damals, wie die russischen Minister wiederholt bemerkten, thatsächlich aufgelöst. England hatte, wenn auch ohne Erfolg, in Lille unterhandelt, Oesterreich seinen Frieden zu Campo Formio geschlossen; auch Rußland verschmähte dem gemeinsamen Feinde gegenüber wenigstens nicht jede Annäherung. Schon bald nach der Thronbesteigung hatte Paul, dem es sehr

---

1) Cobenzl, 20. Juli.

2) Dietrichstein an Thugut, 16. Dezember 1797; Gröben an das preußische Ministerium, 16. Januar 1798. Whitworth an Grenville, 23. November 1797. Public Record Office.

schmeichelte, daß die Republikaner ihn zu gewinnen suchten, dem österreichischen Botschafter erzählt, Frankreich rufe seine Vermittlung an. „Aber ich fiel aus den Wolken," schreibt Cobenzl, „als der ganze Beweis für diese friedliche Gesinnung darin bestand, daß ein Franzose den Kaiser um Erlaubniß bat, ihm ein Buch widmen zu dürfen und in dem Briefe ihm den Titel „„Sire"" und „„Kaiserliche Majestät"" nicht verweigerte[1])." Indessen den Franzosen war es in der That zu werthvoll, Rußland für sich, oder wenigstens nicht gegen sich zu haben, als daß sie nicht ernstlich eine Annäherung versucht hätten. Natürlich wandten sie sich an den berliner Hof, dessen Einfluß auf den petersburger damals für entscheidend galt. Am 27. Februar sprach Caillard die Bitte aus, der König möge zwischen Rußland und Frankreich die Vermittlung übernehmen, und das preußische Ministerium gab ohne Säumen dem Gesandten in Petersburg die verlangten Anweisungen. Aber nun kam der Lärm, den die Mittheilung des Vertrages von 1796 verursachte, darauf die Krönung, dann die Absicht des Zaren, entschiedener für Oesterreich einzutreten. Erst nach dem Abschluß der Präliminarien, auf wiederholte Anfrage erhielt Brühl mündlich, dann auch schriftlich von Besborodko und Panin die Antwort: Paul sei der Annäherung an Frankreich durchaus nicht abgeneigt; er befinde sich eigentlich gar nicht mit Frankreich im Kriege, und die russischen Gesandten im Auslande seien angewiesen, sich nicht mehr, wie bis dahin, von den französischen fern zu halten. Dies war in der That durch ein kaiserliches Rescript vom 30. Juni geschehen, und es fanden in Folge dessen zwischen Caillard und Kalitschew Conferenzen statt[2]).

---

1) Cobenzl's Expedition vom 8. Februar 1797, Apostille 8: Bericht über die Audienz vom 31. Januar.

2) Das preußische Ministerium an Sandoz, 27. Februar, an Brühl, 17. und 23. Juni; Brühl an das Ministerium, 17. und 27. Juni, 18. Juli. Der König aus Pyrmont am 3. Juli an Sandoz. Cobenzl, dem die russische Antwort von Besborodko mitgetheilt wurde, schreibt sehr unwillig darüber am 20. Juli.

Wenig später wurde aber Kalitschew, der dem preußischen Hofe verhaßt und bei seinem eigenen Ministerium wenig angesehen war, von Berlin abberufen; Panin, wie es schon im April bestimmt war, trat am 29. August an seine Stelle. Er sollte, wozu freilich jede Gelegenheit fehlte, Preußen von feindlichen Schritten gegen Oesterreich abhalten, gab auch mehrere Erklärungen ab, daß dem Zaren das Schicksal Oesterreichs und des deutschen Reiches nicht gleichgültig sei. Zur selben Zeit verhandelte er jedoch mit Caillard, die Franzosen übergaben schon einen Friedensentwurf, und es hätte nur von Rußland abgehangen, zu einem Abschluß zu kommen. Aber nun wurde Paul wieder unschlüssig. Einen Separatfrieden erlaubte denn doch das Verhältniß zu Oesterreich nicht, und als die Franzosen im Sommer bei Besitznahme der Insel Zante den russischen Consul gefangen nach Corfu geführt hatten, wies Paul am 28. September seinen Gesandten an, die Unterhandlung abzubrechen[1]).

Gerade rechtzeitig kam diese Stimmung für die französischen Ausgewanderten. Nach dem Abschluß der Präliminarien von Leoben war der Prinz von Condé bedeutet worden, daß Oesterreich das bisher besoldete Emigrantencorps nicht ferner unterhalten könne. Der Prinz, in großer Bedrängniß, bot in Petersburg seine Dienste an, und Paul, noch immer in dankbarer Erinnerung an die prächtigen Feste, die ihn fünfzehn Jahre früher in Chantilly entzückt hatten, ertheilte günstige Antwort. Noch vor Ende des Jahres befand sich das gesammte Corps auf dem Marsche nach Rußland, wo ihm in Podolien und Volhynien Standquartiere angewiesen wurden. Bald folgte auch das Haupt der vertriebenen Königsfamilie. Der Graf von Provence oder, wie er seit dem Tode seines Neffen sich zu nennen pflegte, König Ludwig XVIII., war im April 1796 aus Verona vertrieben. Unstet hatte er seitdem bald da bald

1) Danilewski-Miliutin, Geschichte des Krieges zwischen Rußland und Frankreich im Jahre 1799, übersetzt von Chr. Schmitt, München 1856, I, 323 fg., 328. Panin an Woronzow, 27. November 1797. Woronz. Archiv, XI, 12.

dort seinen Aufenthalt genommen, zuletzt zu Blankenburg im Harz. Aber auch hier war seines Bleibens nicht. Caillard drängte nicht ohne Erfolg in Berlin, Preußen möge den Herzog von Braunschweig zur Ausweisung veranlassen. Wohin? Der Machtbereich der Republik war damals schon in solchem Maße erweitert, daß mit Ausnahme Englands und Rußlands kein Staat in Europa dem Prätendenten Aufnahme gewähren konnte. Aber Paul ergriff mit Vergnügen die Gelegenheit, dem Unglück und der Legitimität in ihrem vornehmsten Vertreter sich als schützende Macht zu erweisen. Auf das erste Gesuch, noch im Dezember 1797, erhielt Ludwig die Einladung, nach Rußland zu kommen und im Schlosse zu Mitau Wohnung zu nehmen. Die Reisekosten wurden ihm vorausgezahlt, für seinen Unterhalt, nach der Ankunft im Februar, 200,000 Rubel jährlich ausgesetzt, auch für seine übrigen Bedürfnisse in der feinen Weise gesorgt, die dem Zaren eigen war, wenn die Regungen eines wohlwollenden Herzens nicht durch die alberne Laune des Despoten getrübt wurden[1]).

Die Einigung mit der französischen Republik hätte schon an dieser ersten Klippe scheitern können. Gleichwohl begegnet man noch im Dezember 1797 den Spuren einer Wiederaufnahme der Verhandlungen[2]). Daß sie ohne Ergebniß blieb, ist nicht der Rücksicht auf Oesterreich, sondern vornehmlich den Bemühungen Englands zuzuschreiben. England, schon seit den Präliminarien von Leoben mit Oesterreich überworfen, sah jetzt die ganze Gewalt der französischen Streitkräfte sich gegenüber. Wie man denken kann, ließ Whitworth in Petersburg nichts unversucht, um den letzten Bundesgenossen auf dem Festlande zu erhalten. Aber auch auf seine Wünsche ging Paul nur zum geringeren Theile ein. Bei den Conferenzen zu Moskau im April hatte er eine Anzahl russischer Kriegsschiffe versprochen, dann im Sommer, als er sich

1) Danilewski-Miliutin a. a. O. I, 39 fg., 331.

2) Woronzow'sches Archiv X, 12.

Frankreich näherte, das Versprochene wieder zurückgenommen [1]). Die russischen Schiffe, welche zur Unterstützung der englischen im Canal und an der holländischen Küste kreuzten, erhielten Befehl zur schleunigen Rückkehr, unter dem Vorwande, daß man jede Berührung mit den revolutionären Ländern vermeiden wolle. England befand sich gerade damals in der äußersten Verlegenheit. Ein Aufstand der Matrosen machte die in der Nähe befindlichen Flotten in den Häfen von Plymouth und Portsmouth so wie auf der Themse und in der Nordsee unbrauchbar gegen den Feind, ja gefährlich für das eigene Land. Nur zwei Linienschiffe hatte Admiral Duncan, der vor dem Texel die holländische Flotte beobachtete, im Gehorsam erhalten. Segelten die russischen Schiffe ab, so war mit jedem Tage das Auslaufen der Holländer, vielleicht eine Landung in England zu befürchten. In dieser Noth übernahm Graf Simon Woronzow, der langjährige Gesandte in London, eine gefährliche Verantwortung: er hielt das russische Geschwader im Widerspruch mit den Befehlen des Zaren noch drei Wochen zurück, bis die nächste Gefahr mit der Dämpfung des Aufstandes beseitigt war. „Seit zwei und dreißig Jahren, das heißt: so lange ich auf der Welt bin," schreibt Graf Rostoptschin dem Freunde, „habe ich keine so schreckliche Viertelstunde verlebt, als da ich dem Kaiser Ihre Depesche vorlesen mußte." Aber der Schrecken ging vorüber; Paul billigte, lobte sogar das Verfahren seines Gesandten [2]). Die Flotte kehrte dann freilich doch zurück, und im November, als der Abschluß des Friedens von Campo Formio die Gefahr für England mit jedem Tage verstärkte, wies Grenville den Gesandten in Petersburg an, er solle auf der Sendung von Schiffen, die für England wenig Nutzen hätten, nicht bestehen, dagegen um so dringender, mit Berufung auf das Bündniß vom 28. September 1795, ein Hülfscorps zur Vertheidigung Englands gegen

---

1) Whitworth, 23. Juni, 11. und 25. Juli 1797.

2) Woronzow'sches Archiv, VIII, 181; X, 19; XI, 180.

einen französischen Einfall verlangen[1]). Paul zeigte sich jetzt nicht ungeneigt, zwölf Schiffe zu stellen. Aber die Sendung von Truppen erklärte er für unnütz, weil die Franzosen ihre Drohung gegen England niemals zur Ausführung bringen würden, und für unmöglich, weil er seine Truppen wahrscheinlich bald zu eigener Vertheidigung werde verwenden müssen. Mit großer Lebhaftigkeit setzte er diese Ansicht am 7. Dezember dem englischen Gesandten auseinander; Whitworth, der vergebens seine Beredtsamkeit erschöpfte, konnte endlich die Bemerkung nicht zurückhalten: „wenn der Zar, so unwahrscheinlich es sei, einmal in die Lage kommen sollte, um die Unterstützung Englands zu bitten, so würde er gewiß nicht, wie jetzt England, eine Fehlbitte thun[2])." In London nahm man denn auch die Nachricht mit großem Mißfallen auf. Der Gesandte erhielt den Auftrag, sogleich in den dringendsten Ausdrücken das Verlangen zu erneuern. Niemals, schrieb man ihm, könne der in der Allianz von 1795 vorgesehene Fall entschiedener eintreten; wenn Rußland unter den vorliegenden Verhältnissen den versprochenen Beistand weigere, sei das Bündniß überhaupt illusorisch. Man ging aber einen Schritt weiter. In dem Augenblick, in welchem die frühere Verbindung sich aufzulösen schien, suchte man die Grundlage für eine neue, noch umfassendere Coalition. Man schlug dem Zaren ein Defensiv-Bündniß zwischen England, Rußland, Oesterreich und Preußen vor. Rußland und England würden gemeinschaftlich Oesterreich und Preußen zum Beitritt auffordern und zunächst dahin wirken, daß beide Staaten von der Alles hindernden Eifersucht gegen einander abließen[3]). Auf die Truppensendung ging Paul auch jetzt nicht ein; aber der Plan eines großen Defensiv-Bündnisses war gerade was er wünschte. Schon in der ersten Unterredung am 6. Februar versicherte Besborodko dem Gesandten, die

1) Grenville an Whitworth, 10. November.
2) Whitworth, 5. und 8. Dezember 1797.
3) Grenville an Whitworth, 14. Januar 1798.

Depesche Grenville's entspreche den Gesinnungen des Zaren so genau, als wenn sie von ihm selbst dictirt sei; er wolle einstehen, daß Rußland mit besten Kräften für die Einigkeit der vier Mächte wirken werde[1]). Es springt aber in die Augen, wie nahe es mit diesem großen Plane zusammenhing, zunächst die streitigen Ansprüche Oesterreichs und Preußens in Deutschland auszugleichen, wie sehr also durch diese vorbereitenden Schritte die Unterhandlung gefördert wurde, die wir im sechsten Capitel des vorigen Buches bis zu dem Punkte führten, wo wir sie jetzt wieder aufnehmen.

1) Whitworth an Grenville, 6. Februar 1798.

## Zweites Kapitel.

### Die russische Vermittlung.

Der Brief, in welchem Kaiser Franz die Vermittlung des Zaren für die Verhandlungen mit Preußen in Anspruch nahm, war am 24. März nach Petersburg gekommen. Bei der Stimmung Paul's und nach Allem, was eben mit England verhandelt war, konnte die Antwort nicht zweifelhaft sein. Schon am 26. erhielt Dietrichstein von Besborodko erwünschte Nachricht; das Schreiben, das der Zar am folgenden Tage an den Kaiser richtete, versichert und bezeugt durch seinen Inhalt, daß er mit voller Uebereinstimmung auf den österreichischen Vorschlag eingehe. Der Charakter des jungen Königs von Preußen, meint er, lasse hoffen, daß er bösen Einflüsterungen sein Ohr verschließen und aufrichtig mit dem Kaiser sich einigen werde. Ohne Eröffnungen von Berlin zu erwarten, habe Paul ihn schon dazu aufgefordert, die preußische Hauptstadt zum Sitz der Conferenzen vorgeschlagen und den König, so wie er jetzt den Kaiser bitte, ersucht, ihm in vollem Vertrauen sein Ultimatum mitzutheilen. Dann kommt er auf den Plan, der von England ausgegangen, von ihm selbst noch erweitert war: er wünscht ein Defensiv-Bündniß zwischen den beiden Kaiserhöfen und Preußen, zu welchem man dann auch England und Dänemark einladen würde[1]).

---

1) Vivenot, Zur Geschichte des rastadter Congresses, Wien 1871, S. 144. Der Brief wird von Miliutin oder seinem Uebersetzer a. a. O. I, 339 unrichtig vom 16. März datirt.

Um so wichtige Angelegenheiten zu fördern, sollte ein besonderer Gesandter zu dem berliner Congreß abgehen. Die Wahl fiel auf den Fürsten Repnin, der ja schon im April des vorhergehenden Jahres für eine Sendung dieser Art bestimmt gewesen war. Dietrichstein hätte lieber einen anderen vorgeschlagen, oder Panin mit der ganzen Aufgabe betraut gesehen, weil man seiner Vorliebe für Oesterreich sich versichert hielt, während Repnin als schwach und nachgiebig galt und im Gespräche mit Dietrichstein vor Allem seine Unparteilichkeit betonte. Aber Paul wollte in der That als unparteiischer, uneigennütziger Vermittler auftreten. Seine Abneigung gegen die preußischen Minister, insbesondere gegen Haugwitz war unverändert, ja durch einige Streitigkeiten zu Anfang des Jahres noch verstärkt. Aber er nannte es einen Act kleinlicher und hinterlistiger Politik, daß Oesterreich dem König von Preußen die für sich allein nicht haltbaren linksrheinischen Provinzen aufbürden wolle, um ihn dann von jeder Erwerbung in Deutschland auszuschließen. Er verlangte Entschädigung und sogar die kurfürstliche Würde für Oranien, für Hessen-Kassel und für seinen würtembergischen Schwiegervater, und volle Integrität für Baiern. Am meisten wünschte er, die beiden großen deutschen Staaten möchten auf Entschädigung in Deutschland verzichten und mit Rußland ein Defensiv-Bündniß zum Abschluß bringen, das ohne neuen Krieg durch das Gewicht der vereinigten Kräfte den Uebergriffen der Franzosen steuern könne. In diesem Sinne wurden am 19. April die Instructionen für Repnin ausgefertigt [1]).

Gerade bei seiner Abreise, am 28. April, erhielt man aber aus Wien Rasumowski's Bericht über den Tumult gegen den französischen Gesandten. Fiel schon in Berlin das Urtheil zu Ungunsten Bernadotte's aus, so noch weit mehr in der russischen Hauptstadt. Alle Diplomaten sind darüber einig, daß die Stimmung Paul's durch diesen Vorfall sich wesentlich

1) Abgedruckt bei Miliutin a. a. O. I, 342.

zum Vortheile Oesterreichs verändert habe[1]). Dazu kamen die Nachrichten aus der Schweiz und aus Italien; in Rom war Paul persönlich von den Commissaren des Directoriums beleidigt, die mit den Engländern auch alle Russen ausgewiesen hatten. Und nun hörte man sogar von einem Plane zur Wiederherstellung Polens, man wußte, daß Caillard in Berlin den Prinzen Heinrich dafür zu gewinnen suchte; die Polen in Bernadotte's Gefolge hatten ihrer Zunge nicht den geringsten Zwang auferlegt, in Wilna glaubte man bereits den Spuren einer von Bonaparte unterstützten Verschwörung zu begegnen[2]). Alles kam zusammen, den Zaren zu reizen. Selbst Kurakin, sonst ein eifriger Freund des Friedens, sagte dem österreichischen Gesandten, die alte Instruction für Repnin reiche nicht mehr aus, und am 2. Mai wurde dem Fürsten eine neue Instruction nachgesandt, welche ihm unter heftigen Klagen gegen die Franzosen eine recht entschiedene Sprache in Berlin zur Pflicht machte. Es folgte sogar die Drohung: wenn Preußen gegen solche Erklärungen taub bleibe, müsse man schließen, daß es für den gemeinsamen Feind Partei ergreifen wolle[3]).

Am 16. Mai kam der Fürst mit glänzendem Gefolge nach Berlin. Man hatte ihm absichtlich keinen diplomatischen Charakter gegeben, damit er desto zwangloser mit dem König und den Ministern verkehren könne[4]). Am 25. Mai berichtet er über seine erste Audienz bei Friedrich Wilhelm III. Der König vermied aber, seiner Gewohnheit nach, ein eingehendes Gespräch, antwortete einsilbig und unbestimmt, und reiste, ohne die Anwesenheit Repnin's zu beachten, beinahe unmittelbar nachher

---

1) Dietrichstein, 5. Mai, Whitworth, 4. Mai, Wegelin — der preußische Legationsrath — 8. Mai.

2) Panin, 24. Januar 1798 nach Petersburg bei Miliutin a. a. O. I, 346, an Woronzow, 19. November 1797. Woronz. Archiv XI, 6.

3) Miliutin, a. a. O. I, 52 fg., 346 fg.

4) Die folgenden Verhandlungen füllen einen beträchtlichen Theil zwei besonderer Actenhefte des preußischen Staats-Archivs mit der Aufschrift: Négociations de Berlin avec les deux cours Impériales 1798 et 1799.

auf mehrere Wochen in die östlichen Provinzen. Vermuthlich war es ihm nicht unlieb, sich auf solche Weise dem Andrängen der russischen Diplomaten zu entziehen. Denn man irrte sehr in Petersburg, wenn man lediglich Haugwitz als das Hinderniß kräftiger Maßregeln gegen Frankreich betrachtete. Der König war dazu noch weniger geneigt, als der Minister. Als Panin die Vorschläge Paul's vom 27. März am 14. April in Berlin zur Kenntniß brachte, hatten schon die Minister das angetragene Defensiv-Bündniß, weil es England umfassen sollte, bedenklich gefunden, jedoch nur für die Gegenwart und mit Bezug auf die eben vorliegenden Verhältnisse ablehnen wollen. Der König strich aber eigenhändig aus der Antwort an Panin jeden Ausdruck, der auch nur für die Zukunft Preußen den Schein einer Verpflichtung aufladen konnte[1]).

Unterdessen hatte Fürst Reuß schon Anfangs Mai seine Instructionen erhalten, so daß dem Beginn der Verhandlungen Nichts im Wege stand. Die Ansprüche des Kaisers glichen denjenigen, die Cobenzl einen Monat früher zu Rastatt in dem eventuellen Vertrags-Entwurf zum Ausdruck gebracht hatte[2]): Verzicht auf jede Entschädigung in Deutschland, wenn Preußen das Gleiche versprechen wollte. Andernfalls Hildesheim für Preußen, Paderborn für Oranien, zugleich aber Salzburg und Berchtesgaden für Modena, sodann für Oesterreich — abgesehen von den Enclaven Trient und Brixen, die zusammen nicht sechzigtausend Gulden eintrügen und ohnehin die Steuern an Oesterreich entrichten müßten — das Bisthum Passau und der baierische District zwischen Inn und Salza, den man auf sechzigtausend Einwohner und fünfzigtausend Gulden Einkünfte anschlug. Der Kaiser würde dann den Kurfürsten durch den Breisgau, die Ortenau und einige kleinere Besitzungen entschädigen. Gerade als diese Instruction am 24. April ausgefertigt

---

1) Die Minister an den König am 14. April, an Panin am 20. April.

2) Thugut an Reuß, 24. April, bei Vivenot, Rastadter Congreß S. 31 fg., 35 fg.

war, erhielt man aber aus Berlin die Nachricht, das preußische Cabinet sei mit den Bestimmungen des rastatter Aperçu nicht zufrieden, Haugwitz fordere außer Hildesheim auch Nürnberg nebst den Reunionen in Franken, und für Oranien die trierschen Balleien. In Folge dessen erhielt Reuß noch die Vollmacht, diese letzteren zuzugestehen; nur sollten die Schulden nicht, wie Haugwitz gleichfalls gefordert hatte, auf Würzburg und Bamberg übertragen werden, weil man auf diese Bisthümer das Kurfürstenthum Trier neu zu begründen wünschte. Für sich wollte der Kaiser äußersten Falles nur Passau und das Recht verlangen, Salzburg von Modena für andere österreichische Besitzungen einzutauschen. Vorbedingung jeder Vereinigung war aber das Versprechen, Preußen würde den Franzosen keine Erwerbung auf dem rechten Rheinufer gestatten, nöthigenfalls durch eine entschiedene Erklärung im Verein mit Oesterreich ihnen entgegentreten[1]).

Die beiden ersten Conferenzen am 21. und 23. Mai verliefen in freundlicher Weise. Reuß gab nach, daß man zuerst über die Entschädigungen verhandele, und hörte beinahe mit Ueberraschung, daß Preußen, wenn der Kaiser nichts verlange, auch seinerseits auf Entschädigung für die linksrheinischen Provinzen verzichten wolle. Nur trat in Berlin wie in Rastatt der Anspruch hervor, der Kaiser solle den Besitzstand in Franken anerkennen und für Anspach und Baireuth die Exemtion von den Reichsgerichten: das Privilegium de non appellando bewilligen. Ueber Oranien, Modena, die geistlichen Kurfürsten gingen die Ansichten wohl auseinander, doch nicht so weit, daß man nicht eine Vereinbarung hätte hoffen können. Aber freilich

1) Thugut an Reuß, 24. April, Nachtrag; Cobenzl an Dietrichstein, 27. April; Kaiser Franz an Paul I. am 27. April: Mon ultimatum se reduit à un seul mot: c'est votre Majesté Impériale, que j'en rends l'arbitre, et qui en décidera définitivement. Je m'en remets entièrement à ce qui lui sera dicté par son équité et sa sagesse et je souscris d'avance à ce qu'elle jugera convenable à cet égard. Vivenot, Rastadter Congreß, S. 321, 167 fg., 165.

der Hauptpunkt, die Stellung Preußens gegenüber Frankreich, war noch gar nicht zur eingehenden Berathung gekommen, und die Verhandlung stockte, weil Reuß über die preußischen Vorschläge vorerst nach Wien berichten mußte[1]).

Das Gerücht, Preußen wolle auf jede Erwerbung in Deutschland verzichten, verbreitete sich unterdessen und erregte besonders in Rastatt freudige Ueberraschung. Görtz verfehlte nicht, diesen Beweis der preußischen Uneigennützigkeit geltend zu machen; er nahm es sehr ärgerlich auf, als Cobenzl Zweifel äußerte, ob der Kaiser ein so bedeutendes Zugeständniß, wie die Exemtion der fränkischen Markgrafschaften und die Reunionen, ohne Gegenleistung bewilligen würde[2]).

Der österreichische Gesandte hatte aber damit genau die Ansicht seines Ministers ausgedrückt. Thugut wies in der neuen Instruction, die erst am 4. Juni für Reuß ausgefertigt wurde, die preußischen Forderungen nicht unbedingt zurück, bemerkte aber, der Kaiser müsse eine Bewilligung, die in solchem Maße dem Herkommen des Reiches widerspreche, davon abhängig machen, daß Preußen in den Verhandlungen mit Frankreich dem Reiche bedeutende Vortheile zu Theil werden ließe. So war man für die folgende Conferenz, die nach langer Unterbrechung erst am 14. Juni stattfand, durchaus auf die entscheidende Frage gewiesen. Nur Finkenstein und Alvensleben nahmen von preußischer Seite daran Theil, Haugwitz war dem Könige auf der Reise gefolgt. Die preußischen Minister, obwohl von Repnin schon vorbereitet, empfanden es nicht weniger unangenehm, als Reuß vor Allem Auskunft über die Stellung Preußens in Rastatt verlangte. Das, sagten sie, heiße die natürliche und bisher beobachtete Folge der Verhandlungen umkehren. Und eine noch unerfreulichere Wendung nahm das Gespräch, als sie nun ihrerseits von Reuß die Erklärung

1) Das preußische Ministerium an Keller, 25. Mai; Reuß an Thugut, 22. und 26. Mai. Wiener St.-A. Reuß an die preuß. Minister, 23. Mai: sehr dankbar für die Uneigennützigkeit des Königs. Preußisches St.-A.

2) Cobenzl an Thugut, 5. Juni.

forderten, daß Oesterreich auch in Italien auf jede neue Erwerbung verzichten und sich mit dem begnügen wolle, was es bereits durch den Frieden von Campo Formio erhalten habe. Das ganze System der österreichischen Politik beruhte darauf, für den Verzicht auf deutsche Erwerbungen sich in Italien zu entschädigen; eben jetzt waren Cobenzl's Bemühungen in Selz ganz und gar auf diesen Punkt gerichtet. Schon aus dem, was Reuß über die ersten Conferenzen mittheilte, hatte er Argwohn geschöpft und seinen Collegen warnend darauf aufmerksam gemacht, Preußen werde möglicherweise den österreichischen Absichten in Italien sich widersetzen. Jetzt kam die Bestätigung. Repnin suchte zu begütigen; er bemerkte, daß man über Deutschland, nicht über Italien unterhandle, daß es unbillig sei, von Oesterreich schon im Voraus einen Verzicht auf künftige, noch ganz unbekannte Erwerbungen zu verlangen [1]). Aber Reuß fuhr heftig auf; er bestritt Preußen jedes Recht, sich in die Ausführung des Friedens von Campo Formio zu mischen, und bestärkte dadurch den Argwohn seiner Gegner. Die Conferenz trennte sich in ausgesprochener Uneinigkeit, und die ganze Verhandlung schien dem Abbruch nahe. In dieser Lage hielt Repnin es an der Zeit, die Vermittlung in die Hand zu nehmen. Der russische Diplomat legte zuerst den preußischen Ministern einen Entwurf vor, der in acht Artikeln die beiderseitigen Wünsche zu vereinigen suchte [2]). Demgemäß sollten Oesterreich und Preußen auf jede Veränderung ihres Besitzstandes in Deutschland verzichten (Art. 1), Oranien und Modena durch einen besonderen Vertrag entschädigt werden (Art. 2), der Kaiser die

---

1) Die Minister an den König, 15. Juni: Ces paroles remarquables auraient pu se passer de commentaire, mais le prince de Reuss, moins adroit que son conégociateur Russe, poussa l'ingénuité jusqu'à nous déclarer, que sa cour ne consentirait jamais à confondre la paix de Campo Formio avec celle de l'Allemagne. Il ne faut pas d'avantage pour nous devoiler, Sire, le secret de l'Autriche.

2) Abgedruckt bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 346 fg. in den Anmerkungen, aber irrthümlich dem preußischen Ministerium zugeschrieben.

Exemtion der Markgrafschaften bewilligen (Art. 4), ferner sich als Reichsoberhaupt bei den Reichsständen für die Unterdrückung der fränkischen Processe verwenden (Art. 3). Andererseits sollten die beiden Mächte gleich nach Unterzeichnung des Vertrages den Rückzug der französischen Truppen auf das linke Rheinufer nach bestem Vermögen betreiben und in Rastatt die Erklärung abgeben, daß sie keinem Anspruch der Republik auf das rechte Rheinufer zustimmen würden (Art. 5). Bei einem neuen Krieg zwischen Oesterreich und Frankreich sollten die Verhandlungen in Rastatt fortdauern (Art. 6), und wenn die Franzosen darauf nicht eingingen, Preußen für das Reich Neutralität oder langen Waffenstillstand zu erwirken suchen (Art. 7). Für den äußersten Fall, wenn die Franzosen auch das verweigerten, wollten beide Mächte über die geeigneten Mittel Rath pflegen, das gemeinsame Vaterland von dem fast unvermeidlichen Umsturz zu erretten (Art. 8).

„Wir haben eine letzte Anstrengung gemacht," schreibt Panin einige Tage später seinem Freunde Woronzow, „um die Absichten der beiden Mächte zu vereinigen. Die eine wünscht, wie Sie sehen, vor Allem eine wirksame Uebereinkunft, um der unersättlichen Habsucht der Republikaner Schranken zu setzen; die andere, weniger großmüthig, möchte zuerst der von ihr begehrten Vortheile sich versichern. Es blieb nur ein Mittel sie zu versöhnen. Wir mußten dem berliner Cabinet sagen: Verpflichtet Euch, Deutschland zu retten, und das Reichsoberhaupt wird Euch in demselben Act die verlangten Zugeständnisse bewilligen. Nach diesem Plane haben wir in unserer Eigenschaft als Vermittler gehandelt[1])."

Der repnin'sche Entwurf sucht in der That nicht ohne Geschick die streitigen Ansprüche auszugleichen. Jedenfalls bot er den Vortheil, daß er Preußen, wenn auch ohne eigentliche Verpflichtung, doch in einer Verbindung mit der neuen Coalition erhielt. Die beiden preußischen Minister, welche an der Conferenz sich be-

1) Panin an Woronzow, 19. Juni, Woronz. Archiv XI, 19.

theiligt hatten, waren nicht unzufrieden. Sie wünschten nur, wie in Rastatt, in dem ersten Artikel wieder eine Clausel zur Sicherung der Laienfürsten; im Uebrigen fanden sie die Uebereinkunft unverfänglich, da sie gewisse Vortheile sichere und im letzten Artikel freilich eine Verpflichtung auferlege, aber in so vieldeutigen Worten, daß der Inhalt lediglich von dem eigenen Willen abhängig sei. Weit geringeren Beifall fand der Entwurf im Cabinet und in der Umgebung des jungen Königs. Friedrich Wilhelm verschob die Entscheidung, bis er am 29. Juni nach Berlin zurückgekehrt war. Dann hatte Haugwitz eine eingehende Unterredung mit Repnin und gab am 7. Juli ein besonderes Votum, das von dem Entwurfe beinahe nichts bestehen ließ. Er verlangte in dem ersten Artikel ganz bestimmte Bürgschaft für Baiern — der Kurfürst sollte nicht einmal das Recht haben, Theile seines Besitzthums an Oesterreich zu vertauschen — und nicht weniger Beschränkung der österreichischen Erwerbungen in Italien. Die Erhaltung der drei geistlichen Kurfürsten, meinte er, sei hinreichender Ersatz für eine Entschädigung Oraniens; von Modena brauche dann keine Rede mehr zu sein. Auch die in den letzten Artikeln geforderten Erklärungen hielt er für bedenklich, weil der König in keinem Falle, auch nicht wenn der Krieg wieder ausbräche, von der Neutralität abgehen würde. In diesem Sinne wurde dann auch am 10. Juli den russischen Bevollmächtigten eine Denkschrift zugestellt. Als aber die Russen diese Forderungen zwei Tage später für ganz unbillig erklärten mit dem Zusatze, sie müßten unter solchen Voraussetzungen jede Hoffnung auf ein günstiges Ergebniß aufgeben, lenkte man von preußischer Seite ein. Man erklärte sich am 20. bereit, mit Oesterreich wegen Modenas zu unterhandeln, wollte gern bei den Franzosen gute Dienste für die Sicherheit Deutschlands eintreten lassen, billigte sogar in einer neuen Conferenz am 23. Juli eine von Panin neuentworfene Fassung des ersten Artikels, welche das Verfügungsrecht des Kurfürsten von Baiern nicht beschränkte und die österreichischen Erwerbungen in Italien unberührt ließ. Indessen

zu einem Ergebniß gelangte man doch nicht. Preußen wollte sich in keiner Weise zu den gewünschten Erklärungen in Rastatt verstehen. Der König, sagte man den Russen, werde im Falle eines neuen Krieges gern seine Verwendung für die Neutralität des Reiches eintreten lassen, aber garantiren könne er nur die Sicherheit Norddeutschlands, und es sei dann in der Billigkeit begründet, daß der Kaiser den Schutz des Südens übernehme[1]).

Noch viel weniger konnten, wie man leicht begreift, die repnin'schen Vorschläge in Wien gefallen. Thugut unterzog sie einer ausführlichen, schriftlichen Erörterung[2]). In den bittersten Worten klagt er, daß der Kaiser der preußischen Habgier gegen ganz leere Versprechungen so wichtige Vortheile in Franken, also ganz in der Nähe der österreichischen Grenze, bewilligen solle. Nur wenn Rußland einen bestimmten Schiedsspruch ergehen lasse, werde der Kaiser seiner Zusage gemäß sich fügen. Seine Depeschen nach Petersburg sind voll von Beschwerden über Repnin's Schwäche und Parteilichkeit; dem englischen Gesandten in Wien sagte er auch, was er den Russen nicht wohl sagen konnte: er werde sich hüten, daß man ihn, gleich seinem Vorgänger bei der polnischen Theilung im Jahre 1793, durch preußische Zusagen an der Nase führe. Die Lage Oesterreichs erscheint damals in keiner Weise hoffnungsvoll.

---

1) Repnin und Panin an die preußischen Minister, 12. Juli. Preuß. St.-A. Panin an Woronzow, 17. Juli, 31. Juli. Woronz. Archiv XI, 25, 27, 29. Reuß an Thugut, 24. Juli bei Vivenot, Rastadter Congreß S. 359 fg. Die preußischen Minister an die russischen Gesandten, 20. Juli, Vivenot a. a. O. S. 368; die preußischen Minister an den König, 24. Juli: Le prince Repnin se mit à proposer avec cette apparence de bonhommie, qui le caracterise, de nous occuper d'un plan de garantie générale pour l'Empire. Er erhielt die gewöhnliche Antwort. Panin's Formel für den ersten Artikel lautete: Il ne sera formé aucune prétention à la charge de l'Empire Germanique à titre d'indemnités des pertes que leur dites Majestés ont faites pendant la guerre contre la République Française. Die Minister an Repnin, 27. Juli.

2) Vivenot a. a. O., S. 346.

In Berlin war Einigung nicht erreichbar, in London seit den Präliminarien von Leoben dauernde Verstimmung, aus Selz meldete Cobenzl, daß den Franzosen sich nichts abgewinnen ließe, und selbst des Zaren war man nicht versichert; denn einer vielverheißenden Depesche Dietrichstein's vom 5. Mai 1798 war noch in keiner Weise Bethätigung gefolgt. Immer blieb aber Rußland für den Fall eines Krieges der unentbehrliche Helfer; sobald deßhalb Thugut die entscheidenden Depeschen aus Selz erhalten hatte, säumte er nicht, sie dem russischen Cabinet zum Beweise engsten Vertrauens mitzutheilen. Wieder gibt er ein Gemälde der Uebergriffe der Franzosen, denen bald die gigantische Expedition Bonaparte's neue Thaten des Schreckens hinzufügen werde. Der Kaiser wünsche nichts mehr, als muthig den Gefahren die Stirn zu bieten, aber er müsse dann auf Rußland zählen dürfen. Bis man über ausgedehntere Maßnahmen sich einige, fordere er wenigstens das vertragsmäßige, unentbehrliche Hülfscorps[1]).

Und jetzt, da Alles von der Entscheidung des Zaren abhing, war auch das Mittel nicht ungenutzt geblieben, das Kaiser Joseph beinahe zwanzig Jahre früher vorbereitet hatte. Seit dem Regierungsantritt des neuen Herrschers las man in zahlreichen Depeschen Cobenzl's und Dietrichstein's von dem Einfluß, den die Kaiserin gewonnen habe. Paul ließ die treue Gefährtin, deren Rath ihm so oft zum Heil gewesen war, auch an den Freuden, Planen und Sorgen seiner Regierung Antheil nehmen. Ein Kreis von einflußreichen Männern, insbesondere die altbefreundeten Fürsten Kurakin hatten sich an sie angeschlossen; völlig ausgesöhnt, als eine Dame ihres Hofes stand Fräulein Nelidow ihr zur Seite und zu dem Kaiser in einem eigenthüm-

1) Thugut an Dietrichstein, 7. Juli bei Vivenot a. a. O., S. 186, 189. Thugut fordert „in Gemäßheit des Bündnißvertrags" 12,000 Mann Fußvolk und 2000 Reiter, statt der letzteren wünscht er 4000 Fußgänger, also im Ganzen 16,000. In den Verträgen von 1781 und 1792 wird aber die Zahl der Hülfstruppen auf 2000 Reiter und auf 10,000 nicht auf 12,000 Fußgänger festgestellt.

lichen Verhältniß, das von verschiedenen Berichterstattern verschieden beurtheilt, jedenfalls nicht der Art war, daß es der Kaiserin mißfiel. Da Paul seine Vorliebe ausschließlich dem Militärwesen zuwendete, so war für die inneren Angelegenheiten der Wille der Kaiserin beinahe entscheidend; aber auch die Gesandten der auswärtigen Mächte hatten durchaus bei dem, was sie zu erreichen suchten, die beiden Frauen zu berücksichtigen[1]). Wir erinnern uns, daß die Kaiserin von jeher mit ganz besonderer Innigkeit ihrer Familie anhing. Gerade darauf beruhte die Hoffnung Kaiser Joseph's, als er seinen Neffen Franz mit ihrer jüngsten Schwester vermählte. Die Erzherzogin Elisabeth war freilich schon vor dem Kaiser — am 18. Februar 1790 — gestorben, und die russische Kaiserin konnte noch immer eine gewisse Empfindlichkeit nicht verbergen, wenn sie erwähnte, daß ihr Schwager so bald nach dem Tode der ersten Gemahlin sich mit seiner Cousine von Neapel wieder vermählt habe. Aber

---

1) Mit Fräulein Nelidow auch wohl zu rechnen. Bei dem Abschluß des Handelsvertrags mit England im Frühjahr 1797 zahlte ihr Whitworth dreißigtausend Rubel (Bericht vom 23. Februar 1797). Dem ist aber in Anbetracht der russischen Zustände keine zu große Bedeutung beizulegen. Die Lage zeichnet scharf, wenn auch mit zu schwarzen Schatten, der folgende Brief Rostoptschin's an Woronzow vom $\frac{18.}{29.}$ Juni 1797: L'Empereur se porte bien et se promène beaucoup, tant que le tems et les affaires lui permettent. C'est dommage qu'il est obsédé par N. N. [l'Impératrice] qui se mêle des affaires, tripoté, fait des commérages, s'entoure des Allemands et se laisse tromper par des gueux. . . Elle s'est liguée, pour être plus sûre de son fait, avec m-elle Nélidow, qu'elle détestait avec raison et qui est son intime amie depuis le 6 [17.] de Novembre de l'année passée. Nous sommes, 3 ou 4 personnes, les bêtes noires de ces dames; car nous servons l'Empereur tout seul, et c'est ce que l'on n'aime et l'on ne veut pas. Elles voudraient mettre de côté le prince Bezborodko et le remplacer par le prince Alexandre K[ourakin], qui est une bête et un ivrogne, mettre à la tête de tout le militaire le prince Repnin et gouverner le tout par des créatures. C'est le plan du pr. K[ourakin] Alexis, le plus grand gueux, qui pille, embrouille tout et demande avec un front d'airain." Woronz. Archiv VIII, 182.

immer empfand sie noch eine verwandtschaftliche Beziehung, und wenn sie selbst, in der Fülle kaiserlicher Gewalt, Neigung und Abneigung ganz anders wie vordem bethätigen konnte, so hielt auch der frühere Schwager jetzt als deutscher Kaiser das Schicksal ihres Vaters vornehmlich in seiner Hand. Der Herzog Friedrich Eugen war am 20. Mai 1795 seinem Bruder Ludwig in der Regierung von Würtemberg gefolgt, aber als Reichsstand in Erfüllung seiner kriegerischen Pflichten nicht eben eifrig gewesen. Bei dem Einfall der Franzosen im Jahre 1796 hatte er unter den ersten seine Truppen von dem kaiserlichen Heere zurückgezogen und im Laufe des Sommers durch geheimes Abkommen sich mit dem Feinde abgefunden. Die Folge war, daß die österreichischen Truppen, als sie im Herbste wieder an den Rhein vordrangen, Würtemberg und den Herzog selbst keineswegs mit Rücksicht und Schonung behandelten. Die Kaiserin Catharina hatte nichts für den Schwiegervater ihres Sohnes gethan; aber kaum war Paul zur Regierung gelangt, als auch seine Gemahlin mit dem warmen Eifer einer dankbaren Tochter dem alten, bedrängten Fürsten Erleichterung zu verschaffen suchte. Sie hatte keine Unterredung mit den österreichischen Gesandten, ohne die würtembergischen Verhältnisse zu berühren; ja das Maß ihrer Gnade hing wesentlich von den Nachrichten ab, die sie über das Benehmen der kaiserlichen Truppen in Würtemberg erhielt. Neben dem Vater blieben ihre beiden Brüder, die im österreichischen Heere dienten, Gegenstand ihrer Sorge, besonders der Lieblingsbruder Ferdinand. Ohne vorzügliche Fähigkeiten war dieser Prinz gleichwohl nach österreichischer Sitte rasch befördert worden, aber in dem Feldzuge von 1796 warf man ihm arge Fehler vor; es hieß, er habe sich während eines Ballfestes vom Feinde überraschen lassen und dann nicht einmal persönlichen Muth gezeigt. Seine kaiserliche Schwester hatte sich mehrmals für ihn verwendet, sogar Thränen vergossen über die unverdiente Zurücksetzung, die ihr Bruder, wie sie glaubte, in Folge der Abneigung des Erzherzogs Karl zu erdulden habe. Indem man ihren

Wünschen entgegenkam, den Beschwerden ihres Vaters abhalf, auch dem Bruder wieder eine bedeutende Stellung gab, hatte man das wirksamste Mittel gefunden, die Kaiserin günstig zu stimmen. Gewiß mußte aber eine Begegnung, ein Zusammensein mit ihren Brüdern sie wesentlich in dieser Gesinnung bestärken; ein vertrauliches Wort der Nächstverwandten konnte vielleicht wirksamer sein, als die dringendsten diplomatischen Vorstellungen. Jedenfalls war die Lage der Art, daß an dem entscheidenden Punkte nichts versäumt werden durfte.

So war Prinz Ferdinand mit seinem Bruder Alexander Mitte Juni von Wien abgereist und am 4. Juli in Petersburg eingetroffen[1]). Noch an demselben Tage ging er nach Pawlowski, wo nicht weniger von Seiten des Schwagers als der Schwester der freundlichste Empfang seiner wartete. Ja er konnte mit Ueberraschung bemerken, daß die Absichten Paul's den österreichischen Wünschen in mancher Beziehung schon zuvoreilten. Whitworth hatte in den letzten Monaten unermüdlich gearbeitet, und alle Gründe, die den Zaren schon im Frühling gegen die Franzosen aufbrachten, hatten durch den bedrohlichen Charakter der großen Rüstung in Toulon noch wesentliche Kräftigung erhalten. Schon Anfangs Mai nahm er keinen Anstand mehr, den Engländern zehn Linienschiffe und eine Anzahl Fregatten zur Verstärkung ihrer nordischen Flotte zu versprechen. Man verhandelte sogar über Subsidien für eine Truppensendung nach England und für die Ausrüstung einer großen Armee, welche im Falle eines neuen Landkrieges die österreichische Grenze gegen Preußen decken, vielleicht bis zum Rheine vorgehen sollte. Denn der Zar wünschte schon nicht mehr als bloße Hülfsmacht, sondern als ein Haupttheilnehmer an der Coalition gegen Frankreich aufzutreten[2]). Gleichwohl hatte der Prinz in Pawlowski keinen leichten Stand. Der Kaiser, die

---

1) Dietrichstein an Thugut, 27. Juli.

2) Grenville an Whitworth, 4. April, Whitworth an Grenville, 4. Mai, 1. Juni 1798.

Kaiserin und Fräulein Nelidow hegten, oder schienen doch den Verdacht zu hegen, das wiener Cabinet wolle Rußland voreilig und mit eigennützigen Absichten in den Krieg verwickeln. Nicht ohne Besorgniß hatte man in Petersburg gehört, daß an Thugut's Stelle der Unterhändler des Friedens von Campo Formio getreten sei, und als dann Cobenzl abermals nach Rastatt und sogar nach Selz ging, erwachte mit neuer Stärke der Argwohn, Oesterreich suche vor Allem die Einigung mit Frankreich. Dazu kam noch die Sorge, die Franzosen könnten den Sultan auf ihre Seite bringen, um in Verbindung mit ihm die große Flotte gegen die Krim zu richten. Paul hatte mit der Pforte sich zu verständigen gesucht und die russischen Schiffe im schwarzen Meer zum Schutze gegen einen französischen Angriff angeboten, aber bisher keine Antwort erhalten. Zum Glück traf sie gerade rechtzeitig, wenig Tage nach der Ankunft des Prinzen ein und entfernte jede Besorgniß von der türkischen Seite. Auch der Prinz zeigte Geschick und Festigkeit. Er wußte die Kaiserin zu gewinnen, sodann den Kaiser durch eine gewisse soldatische Offenheit, die Paul beständig als die erste aller Tugenden pries, für sich einzunehmen. Er scheute sich nicht, ihm zu sagen: „Nach Allem, was geschehen, hinge es gar nicht mehr von ihm ab, ob er Krieg führen wolle, sondern nur, ob er mit Vortheil Krieg führen wolle; und als der Kaiser nach einer fruchtlosen Unterredung ihn einmal fragte, warum er ein so trauriges Gesicht mache, erwiederte der Prinz laut genug, um von den Umstehenden gehört zu werden, er trage Trauer um alle Souveräne und seit Kurzem auch um Kaiser Paul [1]). Am 8. Juli nach einer langen, lebhaften Unterredung lenkte der Kaiser ein; Tages darauf, nach Tische, dictirte er dem Prinzen aus dem Kopfe den Bestand einer Armee von 60—70000 Mann, die an der preußischen Grenze, wenn nicht am Rheine zur Verwendung kommen könne, und erlaubte ihm sogar, mit Besborodko und Dietrichstein darüber

1) Dietrichstein, 27. Juli.

zu reden. Vor ganz Europa, setzte er hinzu, werde er jetzt seine Gesinnungen zeigen. Mit unsäglicher Freude vernahm Dietrichstein von dieser Wendung. „Der gute Genius Oesterreichs," schreibt er dem Prinzen, „scheine die Züge Seiner Hoheit angenommen zu haben und sich in Pawlowski aufzuhalten." Nachdem der erste Schritt geschehen, ging der Kaiser in der That so rasch weiter, daß man schon daran denken mußte, ihn, statt zu drängen, zurückzuhalten. Die Vorgänge in Berlin reizten ihn auf das Aeußerste. Bereits am 27. Juni, bei der Nachricht von den ausweichenden Antworten der preußischen Minister in der Conferenz vom 14., hatte er ärgerlich an Repnin geschrieben, er solle bei dem von Haugwitz verleiteten Könige gar keinen Versuch mehr machen, sondern, sobald es füglich geschehen könne, über Wien nach Petersburg zurückkehren[1]). Jetzt dachte er in allem Ernst an einen Krieg gegen Preußen, entwarf einen Feldzugsplan und sogar eine Proclamation, die in dem Satze gipfelte: Wer nicht für mich ist, der ist wider mich. Natürlich suchte ihn der Prinz von solchen Ideen abzulenken und statt dessen eine bestimmte Zusicherung des Hülfscorps für Oesterreich zu erlangen. Aber darüber kam Paul nicht aus dem Zweifel und der Unschlüssigkeit; selbst für den Fall, daß die Truppen abgehen sollten, fand er in den Marschbefehlen, in der Bestreitung der Unterhaltungskosten immer neue Schwierigkeiten. Endlich wagte der Prinz auf die Gefahr zu mißfallen eine sehr dringende Vorstellung. Er begreife nicht, sagte er, warum der Kaiser so lange zögere; er könne es nur den Rathschlägen von Leuten zuschreiben, die keineswegs den Ruhm ihres Herrn, sondern, ohne sich um die Zukunft zu kümmern, ihren augenblicklichen kleinen Vortheil im Auge hätten. Er gehöre nicht zu diesen Leuten, sondern als ein ehrlicher Kerl, wie der Kaiser ihn oftmals genannt, müsse er ihm die Wahrheit sagen. Er begreife auch nicht, wie der Kaiser, der seinen Günstlingen Millionen schenke, sich bei

1) Danilewski-Miliutin a. a. O. I, 53.

einigen hunderttausend Rubeln aufhalte, die das Hülfscorps jenseits der Grenze etwa mehr kosten könne. Paul habe doch oftmals gesagt, er wolle seine Truppen nicht verkaufen, wie der Landgraf von Hessen, und nicht mit ihnen Handel treiben, wie die verstorbene Kaiserin. Der Zar, bei seiner Ehre angegriffen — so erzählte wenigstens der Prinz — wurde erschüttert. „Nun denn, Sie sollen sie haben, Sie Bösewicht," rief er aus. Der Prinz rief scherzend dagegen: „Wollen Sie mir das schriftlich geben?" und als Paul fragte, ob er ihm denn nicht glaube, erwiederte er noch in demselben Tone, er wisse zu wohl, wie man sich gegen große Herren vorsehen müsse; sie seien immer zwei, einer, der spreche, ein anderer, der schreibe, und sicher sei nur, was man schwarz auf weiß habe. Der Kaiser ging auf den Scherz ein. Mit eigener Hand, aber ohne zu unterzeichnen, schrieb er auf ein kleines Papier, daß er den Oesterreichern das Hülfscorps gebe; er werde die Befehle ausfertigen und den General Rosenberg beauftragen, die nöthigen Vorkehrungen zu treffen. Tages darauf schien er aber doch wieder Reue zu empfinden; er sah den Prinzen an, als wenn er glaube, auch dieser sei unruhig. Aber der Prinz erklärte ihm, indem er die Hand auf seine Tasche legte, das Billet, das er hier trage, gebe ihm völlige Sicherheit, wenn es auch nicht unterzeichnet sei; er sei sogar bereit, es zurückzugeben, denn er wisse, daß der Kaiser sein Wort nicht widerrufen werde. Bald darauf kam die Nachricht von der Einnahme Maltas, von der Ausweisung des russischen Consuls und von anderen rücksichtslosen Maßnahmen Bonaparte's. Die Beschießung einer russischen Stadt hätte den Zaren nicht empfindlicher kränken können; wäre ein neuer Antrieb noch erforderlich gewesen, er hätte in diesem Ereigniß gelegen. Paul zeigte noch zuweilen Anwandlungen von Reue und einen Zweifel, ob er von seinen Truppen auch nur 16000 Mann den Oesterreichern überlassen könne; aber der Prinz antwortete wie früher, und mit einem Male — am 21. Juli — erklärte der Kaiser, Alles sei in Ordnung, und zeigte die Befehle für den General Rosenberg.

Außer dem Hülfscorps für Oesterreich sollte noch ein Beobachtungscorps an der preußischen Grenze, und endlich mit englischen Subsidien eine große Armee von 45—50000 Mann gerüstet werden, damit Rußland recht eigentlich als kriegführende Macht auftreten könne. Dietrichstein, der am 22. nach Peterhof, dem neuen Aufenthalt des Zaren, beschieden war, erhielt Erlaubniß, mit Whitworth darüber zu reden. „Sie sehen nun doch," sagte ihm Paul in Gegenwart des englischen Gesandten, „daß ich ein ehrlicher Mann bin, trotz alles Bösen, das Sie seit einem Jahre von mir gedacht haben. Ich habe den Schurken gespielt, um andere zu verhindern, es zu sein. Aber zuletzt habe ich gesehen, daß ich dabei Zeit und Mühe verlor; man muß es also anders anfangen." Zwei Tage später, als Dietrichstein mit dem Prinzen sich in dem Zimmer seiner Schwiegermutter, der Gräfin Schuwalow, befand, bemerkte ihn Paul, der durch den Garten ging, trat ein und zeigte ihm den Brief, den er für den Kaiser bestimmt hatte. „Jetzt sehe ich wieder das alte Gesicht," sagte er, als Dietrichstein in lebhaften Worten seinen Dank bezeigte[1]).

So schien Alles die beste Wendung zu nehmen; der Prinz hatte erreicht, was seit so vielen Jahren vergeblich gewünscht und versucht war. Er sagte Dietrichstein und durfte sich selber sagen, daß vor Allem der Beistand seiner Schwester ihm die Aufgabe erleichtert habe; sie selber freute sich ihres Einflusses, sprach gern von der Güte des besten Gemahls, und der Palast der Zaren, so lange Zeit der Schauplatz blutiger Gräuel und Ausschweifungen, schien jetzt das Bild glücklichsten Familienlebens zu bieten. Leider waren die Wolken schon im Heranziehen, die den heiteren Himmel trüben und sich endlich über dem Haupte des unglücklichen Mannes entladen sollten, der sie selbst heraufbeschworen hatte.

Der Kaiser war, wie er selbst wohl erzählte, als Groß-

1) Eine Expedition Dietrichstein's vom 27. Juli giebt von diesen Vorgängen ausführliche Nachricht.

fürst von der eheligen Treue niemals abgewichen. Einmal hatte zwar seine Neigung für Fräulein Nelidow das Verhältniß zu seiner Gemahlin gefährdet, aber Dietrichstein berichtet, es sei allgemein bekannt, das Fräulein habe zwar zu Anfang der Großfürstin vielen Kummer verursacht, aber den Bewerbungen des Großfürsten immer widerstanden und gerade dadurch zuletzt die Achtung Paul's sowie die Freundschaft und das unbeschränkte Vertrauen der Kaiserin erworben. Aber schon bei den Krönungsfesten und noch mehr bei einer späteren Reise nach Moskau hatte die Kaiserin ungern bemerkt, daß Paul eine junge Dame aus dem vornehmen Geschlecht der Lapuchin besonders auszeichnete. Auch nach der Rückkehr hatte er sie nicht vergessen, und bald vernahm man, das Fräulein solle zum Besuch ihrer Schwester, der Frau von Demidow, nach Petersburg kommen und sogar am Hofe unter den Damen der Kaiserin eine Stelle finden[1]). Mit diesem Wunsche ihres Gemahls zeigte sich aber die Kaiserin keineswegs einverstanden; es kam zu unerfreulichen Erörterungen, und der Prinz war noch nicht lange am Hofe, als beide Theile ihn in den Streit hineinzogen. Denn auch Paul behauptete in seinem Rechte zu sein, weil die Kaiserin nach der schweren Geburt des Großfürsten Michael (8. Februar 1798), wie Paul meinte, in übergroßer Besorgniß, einer gleichen Gefahr sich nicht mehr aussetzen wollte[2]). Der Prinz beschränkte sich darauf, ihm vorzustellen, wie viel Nachtheil an den Fürstenhöfen durch Maitressen angestiftet sei, und der Kaiser erklärte ihm kurz darauf, seine Leidenschaft sei nur ein Strohfeuer gewesen, alles sei zu Ende. Auch seiner Gemahlin suchte er durch ein doppelt rücksichtsvolles Benehmen die erlittene Kränkung zu versüßen. Dietrichstein berichtet noch am 27. Juli, die wich-

1) Dietrichstein, 27. Juli, Apost. 5.

2) Whitworth, 21. August: The Empress having given to early credit to some medical people may drive the Emperor into that irregularity, from which, notwithstanding the public report, he has been hitherto conscientiously exemt.

tigsten Angelegenheiten würden in ihrer Gegenwart verhandelt, und ihre Schützlinge mit Gnaden überhäuft.

Aber die Leidenschaft des Kaisers war im Steigen; Hindernisse konnten einen Mann, der schon lange seinen Willen als das höchste, ja das einzige Gesetz betrachtete, nur heftiger reizen. Fürsten fehlt es in solchen Fällen selten an einem Vermittler. Paul fand ihn in seinem Kammerdiener Ivan Kutaisow, den er als ein türkisches Findelkind in seinen Schutz genommen und allmälich zu seinem Liebling gemacht hatte. In dem Zimmer dieses Vertrauten schrieb er die Briefe, die dann durch Eilboten nach Moskau befördert wurden, um die Ankunft der Geliebten zu beschleunigen. Als er in Erfahrung brachte, seine Gemahlin suche durch Drohbriefe die Nebenbuhlerin fern zu halten, erschien ihm das wie ein Frevel gegen seine Majestät; seiner gewöhnlichen Umgebung war er überdrüssig und that seiner üblen Laune keinen Zwang mehr an. „Ach wenn Sie wüßten, wie ich mich langweile," sagte er eines Tages in Gegenwart der Kaiserin zu Fräulein Nelidow. Die Dame erwiederte in dem halb scherzenden Tone, den sie sich sonst wohl gestatten durfte: „Ach, wenn Sie wüßten, wie Sie uns langweilen." Aber diesmal fuhr der Kaiser heftig auf, und die Folge war, daß die treue Freundin sich mehr und mehr vom Hofe entfernt hielt[1]). Die Ungnade einer so einflußreichen Persönlichkeit traf auch eine ganze Reihe derjenigen, die ihr nahe standen, ihren Bruder den Generaladjutanten, ihren Freund General Buxhövden, den Stadtcommandanten von Petersburg, der seine wichtige Stelle wenig später dem General Pahlen abtreten mußte[2]). Bald sah die Kaiserin den Kreis ihrer Freunde noch viel mehr gelichtet und sich selbst des früheren Einflusses völlig beraubt. Freilich sind auch befreundete Personen, wie Whitworth und Dietrichstein, der An-

1) Dietrichstein am 5. August, Apost. 4 und am 27. August bei Sybel, Geschichte der Revolutionszeit V, S. XLII. Wegelin an das preußische Ministerium, 21. August. Preußisches St. A.

2) Cobenzl, 9. September, Apostille 10; Whitworth, 21. August.

sicht, sie habe ihn nicht eben in förderlicher Weise zur Geltung gebracht. „Nicht alle Frauen können Maria Theresia oder Catharina II. sein," sagt Dietrichstein, wenn er über ihre Fähigkeiten urtheilt. Um nichts geringer war ihre Neigung, in die öffentlichen Angelegenheiten einzugreifen und auch vor aller Welt als Leiterin der Geschäfte zu erscheinen. Sie ging so weit, daß selbst ein so ehrfurchtsvoller Sohn wie der Großfürst Alexander daran Anstoß nahm und mit kaum verhohlenem Widerwillen sich von jeder Angelegenheit zurückzog, sobald er hörte, seine Mutter habe sich bereits hineingemischt.

So sehr die Kaiserin von Pflichtgefühl und Wohlwollen beseelt war, ihre Günstlinge wußten doch bald die vortheilhafte Stellung im eigenen Interesse auszubeuten; vor Allem hatte der General-Procurator Alexis Kurakin eine Menge von Aemtern und Einkünften mit schamloser Gewinnsucht sich angeeignet. Was aber auch dem Rufe der Kaiserin vor Allem schadete, war eine sehr zweideutige Finanzoperation. Ein holländischer Mäkler, Woot, hatte zu Anfang der neuen Regierung eine Bank ins Leben gerufen, begründet, wie so viele vorher und nachher, auf den unverwüstlichen Trieb der Menschen, sich plötzlich und ohne Mühe zu bereichern. Aber die Kaiserin war für das Project gewonnen; man sagte, daß sie selbst für ihre Wohlthätigkeitsanstalten vier Millionen sich habe schenken lassen. Als der Bankerott ausbrach, unzählige Menschen den Verlust ihres Vermögens beklagten, wurde denn auch die Kaiserin nicht geschont, die das neue Institut persönlich empfohlen, ja in der ersten Zeit unbegrenzter Hoffnung wohl geradezu als ihre Bank bezeichnet hatte[1]). Alles dies hätte unter anderen Verhältnissen die Stellung der Kaiserin nicht ernstlich gefährdet, aber jetzt bot es dem Kaiser willkommene Gelegenheit, an seiner Gemahlin und ihren Anhängern dafür Rache zu nehmen, daß sie seinen Wünschen sich zu widersetzen wagte. Noch dazu erfuhr er Alles aus dem gefährlichsten Munde. Um den Beförderer des Liebeshan-

1). Cobenzl, 9. September, Apost. 4.

dels, den Kammerdiener Kutaisow zu entfernen, suchte die Kaiserin den Beistand ihres Bruders nach, und trotz aller Abmahnungen Dietrichstein's mochte der Prinz einer so geliebten Schwester seine Vermittlung nicht versagen. Er nahm die Gelegenheit wahr, den Kaiser zur Vorsicht gegen seine Umgebung zu ermahnen, aber Paul, sobald er die Absicht bemerkte, wies ihn scharf zurück. Es folgte freilich zwischen den beiden Schwägern eine Scene der Rührung und Versöhnung, aber Paul wurde in seiner Vorliebe nur bestärkt[1]), und Kutaisow rächte sich, indem er dem Kaiser um so eifriger zutrug, was über die Kaiserin, ihre Bank, ihre Herrschsucht und ihre Günstlinge gesagt wurde. Von Tag zu Tage sah man deutlicher, daß die gekränkte Frau Liebe und Vertrauen ihres Gemahles verloren hatte; von ihren Freunden wurde einer nach dem anderen entfernt. Dem General-Procurator Alexis Kurakin nützte es nicht, daß er durch Bitten und Thränen den Kaiser und sogar den Kammerdiener zu erweichen trachtete; er mußte alle seine Aemter aufgeben. Selbst der Vicekanzler Alexander Kurakin, von Jugend auf zu den treuesten Freunden Paul's gehörig, erhielt so deutliche Zeichen der Unzufriedenheit, daß er nach vergeblichen Versuchen, Verzeihung zu erlangen, selbst um seine Entlassung bat. Der Kaiser weigerte sie aber vorerst mit den höhnischen Worten: „Wozu will er seinen Posten verlassen? er ist doch nichts, wenn er ihn auch behält[2])." Zum Glück für Oesterreich setzte sich bei dem Kaiser die Idee fest, seine Gemahlin habe ihn von der Theilnahme am Kriege abhalten und veranlassen wollen, sich mit Preußen oder gar mit Frankreich zu verständigen. Dies war jetzt ein Grund, seinen Eifer für die Coalition zu erhöhen. Der Prinz von Würtemberg blieb in Gunst, die Rüstungen wurden fortgesetzt, und als Cobenzl am 28. August nach Petersburg zurückkehrte, fand er die Wege geebnet und die Wünsche seines Herrn weiter gefördert, als er zu hoffen gewagt hatte.

1) Dietrichstein, 27. August, Apost. 7.

2) Dietrichstein, 27. August; Cobenzl, 3. October, Apost. 3.

Wir haben diesen Diplomaten verlassen, als er von Selz den Rückweg nach Wien nahm. Am 13. Juli war er wieder in der Hauptstadt. Man glaubte im Kreise der fremden Gesandten, er würde das im April interimistisch übertragene Ministerium jetzt wirklich antreten, und er selbst scheint wenigstens einige Ruhe in der Heimath gewünscht zu haben. Aber gerade die selzer Verhandlung hatte die Absichten Oesterreichs wieder auf den Krieg gewendet; Thugut konnte für diesen Fall nicht mehr an den Rücktritt denken, und von der anderen Seite war der Gesandtschafts-Posten in der russischen Hauptstadt eben jetzt von solcher Wichtigkeit, daß nur der erste Diplomat der Monarchie ihm gewachsen schien. So wurde Cobenzl's Rückkehr nach Petersburg, die man schon im Frühjahr in Aussicht genommen hatte, so sehr als möglich beschleunigt[1]); doch sollte er den Weg über Dresden und Berlin nehmen, um hier und dort zu versuchen, was sich für den Fall eines neuen Krieges und für die rastatter Verhandlung noch erreichen ließe. Am 24. Juli wurden die von ihm selbst entworfenen Instructionen ausgefertigt, mit denen er wenige Tage später die Reise antrat[2]).

---

1) Thugut an Colloredo, 16. Juli: Notre ami Cobenzl a bien du regret à partir et désirerait beaucoup rester quelque temps à Vienne; en attendant il est évident qu'il ne faut plus perdre un seul instant, pour voir s'il est possible de faire encore quelque chose en Saxe, à Berlin, et surtout à Petersbourg. Schon vom folgenden Tage datirt denn auch Cobenzl die Briefe an Besborodko und Kurakin, in welchen er seine baldige Ankunft in Petersburg anzeigt. Vivenot, Vertraute Briefe, II, 110, Rastadter Congreß, S. 199 fg. Auch Eden schreibt am 21. Juli an Grenville, Cobenzl wünsche, die Reise zu verschieben, und berufe sich — nicht ohne Grund — auf seine angegriffene Gesundheit. Gewissermaßen als Schmerzensgeld erhielt er damals das goldene Vließ.

2) Nach Berichten Cäsar's vom 21., 25, und 28. Juli, denen Häußer, Deutsche Geschichte II, 183 zu folgen scheint, erregte seine Rückkehr nach Petersburg unter den wiener Diplomaten großes Aufsehen, wurde plötzlichen Entschlüssen des Kaisers und einer Intrigue Thugut's zugeschrieben; in Wahrheit war sie schon vor seiner Reise nach Selz beschlossene Sache, vgl. Cobenzl an Besborodko und Kurakin, 27. April bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 178 fg.

Aber in Dresden erreichte er nichts. Der sächsische Hof war nicht zu bewegen, unabhängig von Preußen thätigen Beistand zu versprechen, und in Bezug auf Berlin zeugt schon die Instruction von sehr geringen Erwartungen. Ja, wenn man der russischen Hülfe versichert war und zugleich die Aeußerungen der preußischen Minister über die italienischen Angelegenheiten erwog, so mochte eine freundliche Neutralität des berliner Hofes beinahe wünschenswerther scheinen, als kriegerische Theilnahme, für welche dann auch entscheidender Einfluß auf die spätere Gestaltung der Dinge nicht verweigert werden konnte. Indessen schon die Rücksicht auf Rußland erforderte wenigstens noch einen Versuch. In diesem Sinne sprechen sich auch Cobenzl's Instructionen aus; er erhält sogar für den Fall, daß der russische Hof den Ansichten Repnin's beipflichten sollte, die Ermächtigung für einen Vertrag, der wesentlich auf dem von Repnin vorgeschlagenen Entwurfe beruht. Wieder wird für Oesterreich und Preußen gegenseitiger Verzicht auf jede Erwerbung vorgeschlagen, für Modena und Oranien gleichmäßige Entschädigung unter russischer Vermittlung. Die Verluste auf dem linken Rheinufer wünschte man vorzugsweise durch ein Aequivalent in Geld auszugleichen; sonst, namentlich für die drei geistlichen Kurfürsten, eine Entschädigung, die den Territorialbestand des Reiches so wenig als möglich verändere. Der Kaiser erklärte sich bereit, die Exemption für die fränkischen Markgrafschaften zu bewilligen und sich beim Reichstage für die Niederschlagung der fränkischen Processe zu verwenden. Dafür wurde von Preußen nur begehrt, daß es im Falle eines neuen Krieges die Demarcationslinie sichere, und — allerdings mit einem friedlichen Verhältniß zu Frankreich schwer vereinbar — daß es die mächtigeren Reichsstände, namentlich Sachsen bewege, durch ihr Contingent den Kaiser im Reichskriege zu unterstützen [1]).

---

1) Cobenzl's Instructionen vom 24. Juli nebst dem Projet d'articles ou d'Acte éventuel, ferner die Briefe des Kaisers Franz an den Kurfürsten

Als aber Cobenzl am 6. August in Berlin ankam, fand er die Lage der Dinge wesentlich verändert. Am 24. Juli hatte man von Petersburg aus den russischen Bevollmächtigten von dem neuen Entschluß des Zaren Kenntniß gegeben. Repnin war angewiesen, von dem Versuche, Preußen für die Coalition zu gewinnen, so lange abzustehen, bis der König bessere Minister wähle. Er sollte ankündigen, daß sein Monarch Oesterreich durch ein Hülfscorps, England durch eine Flotte unterstützen würde, und sich dann von Berlin nach Wien begeben, um für den Fall des Krieges die nöthigen Verabredungen zu treffen[1]). Sobald Cobenzl alles dieses von Repnin erfuhr, konnte es ihm nicht mehr in den Sinn kommen, den wiener Vertragsentwurf zur Berathung zu bringen, der für die Zugeständnisse in Franken dem Kaiser gar keinen Vortheil bot. Denn der preußischen Neutralität war man durch das russische Beobachtungscorps jetzt ohnehin versichert, und die Neutralität des Reiches war eher Nachtheil als Vortheil, sobald man hoffen durfte, daß ein russisches Hülfsheer sich an den Rhein begeben würde. Was noch übrig blieb, war allein der Versuch, ob Preußen als thätiger Verbündeter für den Krieg sich gewinnen ließe. Gelang er, so mußte man, Alles in Allem gerechnet, noch immer einen Vortheil darin erkennen; gelang er nicht, so hatte man Gelegenheit, den Unwillen des Zaren um so nachhaltiger gegen Preußen zu reizen. Um diesen Punkt handelte es sich daher in einer Reihe von Conferenzen, die vom 7. bis zum 13. August in Berlin gehalten wurden. In Bezug auf die Entschädigungen war man von beiden Seiten entgegenkommend. Die preußischen Minister schienen sogar dem Grundsatz beizupflichten, daß die linksrheinischen Fürsten durch Geld, nicht durch Säcularisationen ihre Abfindung erhalten sollten. Dies konnte von Seiten Oesterreichs immer als Gewinn für künftige Verhandlungen betrachtet werden, aber nicht als Grund,

---

von Sachsen, den König von Preußen und den Kaiser und die Kaiserin von Rußland bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 203—225, 345 fg.

1) Miliutin a. a. O. I, 348.

einen bindenden Vertrag über Entschädigungen gerade in dem Augenblicke einzugehen, in welchem man der Nothwendigkeit, Entschädigungen zu leisten, durch den neuen Krieg ganz überhoben zu werden hoffte. In Bezug auf diesen Krieg blieben aber beide Mächte lediglich bei ihren früheren Erklärungen. Cobenzl wünschte eine gemeinschaftliche Aeußerung gegenüber den Franzosen in Rastatt; er wünschte, daß Preußen die Neutralität des Reiches fordern sollte, und stellte die Frage, was Preußen zu thun beabsichtige, wenn die Franzosen sie verweigerten. Haugwitz wiederholte, was er in den früheren Conferenzen und in der Note vom 20. Juli den Russen gesagt hatte: Preußen könne eine Garantie nur für die Demarcations-Linie übernehmen, auch an einer gemeinsamen Erklärung in Rastatt bei der verschiedenen Stellung Oesterreichs und Preußens schwerlich sich betheiligen[1]). Auf diese Antwort erklärten Cobenzl und die Russen, daß sie nicht weiter unterhandeln könnten; Cobenzl setzte am 14. seine Reise nach Petersburg fort, an demselben Tage schlug Repnin den Weg nach Wien ein[2]). Paul's Anweisungen gemäß hatte er Haugwitz gegenüber eine starke Sprache geführt; seine letzten Worte sollen gewesen sein, Rußland würde den Krieg führen mit Preußen, ohne Preußen, oder gegen Preußen.

1) Das preuß. Ministerium an Wegelin nach Petersburg, 13. August, und an Cäsar nach Wien, 10. August und 13. August: Voici le résultat final des négociations avec les deux cours Impériales. Les conférences précédentes n'ont abouti absolument à rien, et ce n'est que depuis l'arrivée du Comte de Cobenzl, qu'on en est venu à des explications peremtoires, qui ont accéléré la conclusion. . . . Il s'ensuit de tout ce que je viens de vous mander, que la négociation de Berlin est terminée et dissoute. On n'est convenu absolument de rien, et le concert, qu'il était question d'établir pour les princes lésés de l'Empire et pour l'arrangement des affaires intérieures de l'Allemagne, n'est par arrivé non plus à consistance. Beiliegend: Précis, que mon ministre [Haugwitz] à donné en mon nom dans la seconde conférence du 8. Panin an Woronzow, 11. und 21. August. Woronz. Archiv XI, 32, 34.

2) Nouvelles politiques de Leyde, 24. August.

Beim Schluß der Verhandlung schrieb der König eigenhändig an Paul und den Kaiser Franz [1]), um sein Verfahren zu rechtfertigen. Aber ohne Erfolg; in den wiener und petersburger Kreisen klagte man mehr als je über die Schwäche und Falschheit der preußischen Politik. „Bei der Thronbesteigung des jungen Königs," sagte Paul dem österreichischen Botschafter, „habe ich geglaubt, wir könnten ihn vielleicht an uns heranziehen; allein sobald ich erfuhr, daß er den nämlichen Minister beibehielt, habe ich gesagt, „dieser Mensch ist nicht mehr als das" — wobei er mit der Hand auf einen hölzernen Tisch schlug — „es ist nichts zu thun [2])." Trotz der Versicherungen des Königs argwohnte man sogar geheime Verpflichtungen zu Gunsten Frankreichs, welche Preußen mit der Coalition in feindliche Berührung bringen könnten; auch läßt sich nicht verkennen, daß in der That eine einflußreiche Partei am berliner Hofe zu engem Anschluß an die Republik geneigt war. Prinz Heinrich sprach, wo er Gelegenheit fand, diese Ansicht aus, im Ministerium wurde sie von Alvensleben unterstützt, und wenn Haugwitz sie bisher nicht zu der seinigen gemacht hatte, so war er dabei viel weniger durch bestimmte Grundsätze, als durch die eben vorliegenden Verhältnisse geleitet. In der Entwickelung Preußens trat seit mehr als fünfzig Jahren ein Gegensatz weit stärker gegen Oesterreich, als gegen Frankreich hervor, und wenn Oesterreich mehrere Jahrzehnte hindurch in dem monarchischen Frankreich eine Stütze gefunden hatte, so lag jetzt die Hoffnung nahe genug, das republikanische Frankreich könne dem aufstrebenden Preußen zur Obergewalt in Deutschland und über den langjährigen Widersacher verhelfen. Aber wie gefährlich war auch wieder ein Krieg gegen den Kaiser, wenn Oesterreich bei Rußland Unterstützung fand! Wie leicht konnte er Preußen, von französischem Beistand abhängig, vielleicht zum Spiel, zum

1) Die Antwort des Königs vom 10. August auf einen Brief des Kaisers vom 23. Juli im preußischen St.-A.

2) Cobenzl's Bericht vom 9 September über die erste Audienz vom 2.

Opfer einer Regierung machen, die bisher Alles eher als Vertrauen einflößte! Dieser Widerstreit der Interessen war es vornehmlich, was Preußen seit dem baseler Frieden in seiner neutralen Stellung hielt; auch von den kriegführenden Mächten konnte keine ernstlich daran denken, die Neutralität anzugreifen und den unsicheren Freund in einen sicheren Feind zu verwandeln. Aber wie es in solchen Fällen zu geschehen pflegt: von beiden Seiten wurde die Zurückhaltung Preußens als Schwäche beurtheilt, und wie die Coalition, so machten auch die Franzosen trotz Allem, was sie der norddeutschen Neutralität verdankten, immer neue Versuche, Preußen völlig für ihre Interessen und für ein offenes Bündniß zu gewinnen.

Wir haben gesehen, daß Preußen diese Anträge zurückwies, daß auch in Rastatt bei den schönsten Versicherungen das Verhältniß der beiderseitigen Gesandtschaften keineswegs ein vertrauliches war. Die Ereignisse in Wien, das Benehmen Bernadotte's gaben neuen Anlaß zum Mißvergnügen. Die Franzosen klagten, daß Graf Keller gar nichts für Bernadotte gethan habe, und die preußischen Depeschen reden mit unverhohlenem Mißfallen von der unbesonnenen Anmaßung des Generals. Nichts konnte ungelegener kommen, als daß eben jetzt der französische Gesandte in Berlin aufs Neue mit dem Antrag eines Bündnisses hervortrat, wie gewöhnlich, indem er Schmeichelei mit Drohungen vermischte. Denn nachdem er die Vortheile der Verbindung auseinander gesetzt hat, gelangt er zu dem Schluß: „Sie werden begreifen, daß, wenn Preußen, wie im vergangenen Jahre, uns jetzt abermals abwiese, die Würde der französischen Republik ihr nicht gestatten könnte, sich einer dritten Abweisung auszusetzen, und daß wir uns dann in die Nothwendigkeit versetzt sähen, durch andere Combinationen, in denen Preußen keine Stelle fände, nach einem Ziele zu streben, das wir mit seinem Beistande zu erreichen versucht haben[1])". Das Bündniß, behauptete er, solle nicht den Krieg,

1) Caillard an Haugwitz, 10. Mai, Pr. St.-A.

sondern den sicheren Frieden herbeiführen; aber wer konnte zweifeln, was von dieser Behauptung gerade damals, als die Zwistigkeit wegen der zerrissenen Fahne noch nicht ausgeglichen war, zu halten sei? Gleichwohl spricht sich Alvensleben in einem besonderen Votum am 11. Mai für den Antrag der Franzosen aus; denn in der kritischen Lage Europas müsse man sich doch für eine Partei entscheiden. Er wünscht nur, die Wirkungen des Bündnisses, wenn irgend möglich, bis zur Herstellung des allgemeinen Friedens auf dem Continente zu verschieben[1]). Finckenstein und Haugwitz sind aber anderer Meinung, und in ihrem Sinne ist der Bericht des Ministeriums abgefaßt, der, auch von Alvensleben unterzeichnet, am 13. Mai an den König abgeht. Es war eben die Zeit, in der man auch die Aufforderung Paul's zum Eintritt in das russische Defensiv-Bündniß zu beantworten hatte. Darauf, sagten die Minister, könne der König nicht eingehen; denn es würde unvermeidlich den Krieg zur Folge haben; aber ebenso wenig könnten sie zu einem Bündniß mit Frankreich rathen. Die Franzosen würden, wenn sie einen neuen Krieg anfingen, denselben jedenfalls für einen defensiven ausgeben, um Preußen darin zu verwickeln. Ein Krieg gegen die Kaiserhöfe wäre aber Polens wegen sehr gefährlich, und ein Bündniß mit der französischen Regierung würde immer unzuverlässig bleiben, während die Kaiserhöfe doch in Bezug auf die polnischen Angelegenheiten und die inneren Zustände ihrer Staaten mit Preußen gleiche Interessen hätten[2]).

1) Après tout ce qui a précédé je n'hésite pas à me prononcer pour une alliance avec la France, s'entend avec les modifications necessaires, notamment celle, s'il est possible, que l'effet n'en saurait commencer qu'après la pacification générale sur le continent. Häusser a. a. O. II, 181 scheint das Votum von Alvensleben mit dem des Ministeriums zu verwechseln.

2) Les cours Impériales semblent du moins, pour peu qu'elles veuillent ouvrir les yeux, avoir un intérêt absolument identique avec votre Majesté tant sur les affaires de Pologne que particulièrement sur ce qui concerne la tranquillité intérieure et le maintien de la forme des anciens gouvernements.

Das beste sei, in der neutralen Stellung zu verharren; nur müsse man, um die Franzosen nicht den Oesterreichern zuzutreiben, die Ablehnung ihres Antrages in die mildesten Formen kleiden und andererseits Waffen und Geld in Bereitschaft halten, um Hannover gegen unerwarteten Angriff schützen zu können[1]). Die letztere Angelegenheit besprach der König, bevor er nach Schlesien abreiste, noch persönlich mit dem Herzog von Braunschweig und ermächtigte ihn, nöthigenfalls sofort, ohne vorgängige Anfrage in Berlin, die geeigneten Maßregeln zu treffen.

In Paris nahm man die abermalige Abweisung sehr übel auf: „Noch nie," schreibt Sandoz am 2. Juni, „habe Talleyrand so heftig und ärgerlich über eine Sache gesprochen. Es scheine, daß der ganze Plan von ihm ausgegangen sei. Frankreich," hatte er hinzugesetzt, „brauche einen Bundesgenossen; da Preußen nicht wolle, bleibe nichts übrig, als sich an Oesterreich zu wenden." Als der König dann sogar mit den Kaiserhöfen in Berlin unterhandelte, entlud sich der Unwille des Directoriums zuerst über Caillard, den man für die Abweisung verantwortlich machte. Ganz mit Unrecht; denn nicht leicht war Jemand mehr geeignet, die französischen Absichten zu fördern, als der Gesandte, der mit Eifer und Geschäftskenntniß noch die guten Formen der alten Diplomatie vereinigte. Aber was den preußischen Hof für ihn einnahm, wurde vom Directorium als Schwäche ausgelegt. Schon am 9. Mai hatte Talleyrand dem preußischen Gesandten mitgetheilt, man beabsichtige Caillard von seinem Posten abzurufen, und sein Nachfolger werde Sieyes sein. Nichts konnte in Berlin widerwärtiger berühren, als die Wahl dieses Mannes, den man als einen Haupturheber der Revolution für ihre ärgsten Gräuel verantwortlich machte. Noch dazu sollte er, angeblich um Preußen eine Ehre zu erweisen, wie Bernadotte als Botschafter auftreten; es war nahe Aussicht, daß die wiener Vorfälle sich in Berlin wiederholen könnten. Sogleich am 21. Mai und auf

1) Die Minister an den König, 13. Mai; Haugwitz an Caillard, 15. Mai, an den Herzog von Braunschweig, 17. Mai. Pr. St.-A.

besonderen Befehl des Königs nochmals am folgenden Tage erhielt Sandoz bestimmten Auftrag, die Ernennung Sieyes' rückgängig zu machen. In keinem Falle könne man ihn als Botschafter empfangen; denn mit Ausnahme des türkischen Botschafters, der aber die Rechte seiner Stellung nicht in Anspruch nehme, gäbe es in Berlin nur Gesandte zweiten Ranges. Zugleich wiederholte man den so oftmals ausgesprochenen Wunsch, daß Parandier, der Agent, den das Directorium neben Caillard in Berlin beschäftigte, endlich abberufen würde. Am 23. Mai, kurz vor der Abreise, schreibt der König mit Bezug auf die Vorgänge der letzten Wochen dem Ministerium: wenn etwa Caillard anfrage, ob er nach Bernadotte's Vorbild eine Fahne aufziehen dürfe, so müsse man die Erlaubniß weigern, und falls er eigenmächtig sich dergleichen unterfange, die Fahne mit aller Höflichkeit wieder abnehmen lassen. Als man aus einer späteren Mittheilung Sandoz' zu ersehen glaubte, Sieyes sei doch, und zwar mit dem Charakter eines Botschafters nach Berlin abgereist, erhielt der Gesandte einen starken Verweis, daß er nicht, um es zu hindern, größeren Eifer gezeigt habe. Sieyes, schrieb man, würde als Botschafter nicht empfangen werden, und wenn er auf den Antrag des Bündnisses zurückkomme, sei seine Mühe im Voraus verloren[1]). Der Vorwurf gegen Sandoz war jedoch unverdient und wurde bald in Lob verwandelt. Auf die bestimmte Anweisung seines Hofes hatte der Gesandte den Minister des Auswärtigen beinahe gezwungen, jetzt endlich, was er immer hinausschieben wollte, dem Directorium von der Stimmung in Berlin deutliche Kenntniß zu geben. Einer so festen Sprache gegenüber hatten die Franzosen auch jetzt sich gefügt; freilich nicht ohne daß Sieyes, Talleyrand und Rewbel auf das Bitterste über die preußische Unzugänglichkeit, über die Ablehnung der zugedachten Ehre geklagt hätten[2]). Am 20. Juni kam Sieyes nach Berlin. Aber

1) Das Ministerium an Sandoz, 15. Juni.

2) Sandoz, 7.—10. Juni. Je l'ai engagé [Talleyrand], à révoquer les empêchements et le refus, qu'il y avait mis, et à porter sérieuse-

hätte die Coalition in ihrem Interesse die Wahl des Gesandten bestimmen können, sie hätte nicht leicht eine mehr geeignete Persönlichkeit gefunden. Selten hat ein Mensch dem, was er fördern wollte, so sehr im Wege gestanden[1]). Auf das preußische Ministerium machte es sogleich den übelsten Eindruck, daß er nach Allem, was vorhergegangen, und trotz der bestimmten Zusage des Directoriums sich gleichwohl als Botschafter einzuführen suchte. Erst auf die bestimmte Erklärung, man würde ihn in dieser Eigenschaft nicht empfangen, zeigte er eine zweite Beglaubigung, die ihm den Rang eines bevollmächtigten Ministers beilegte. „Ich kann Ihnen nicht verhehlen," schreibt das Ministerium am 26. Juni an Sandoz, „daß diese Hinterlist durchaus kein Vorzeichen für ein offenes und ehrliches Benehmen ist." Am 5. Juli, als der König aus Schlesien zurückgekehrt war, hatte Sieyes die erste Audienz und

---

ment sous les yeux du Directoire la détermination de Votre Majesté. On ne saurait croire, combien cette instance de ma part à embarrassé et chagriné ce ministre. Il ne savait à quoi se déterminer. Cependant l'ayant prévenu, que cette affaire ne pouvait souffrir ni retard ni modification, il ma donné sa parole d'en parler le lendemain, qui est aujourd'hui, à la séance du Directoire. Sa grande crainte dans la décadance ministerielle, où il se trouve, est de présenter des objets désagréables, et de diminuer ses espérances d'obtenir quelque récompense. J'en attends maintenaut le résultat. Le sieur Rewbel, que j'ai vu dans ces entrefaites, ne m'a montré que de l'humeur. Vous offre-t-on, m'a-t-il dit, deux ou trois fois une alliance, vous la rejettez autant de fois. Vous a-t-on proposé de concerter les arrangements de vos indemnités, de manière à compenser celles de l'Autriche, vous les déclinez aussitôt, et vous préférez de traiter avec les deux cours Impériales. Enfin vous envoye-t-on un ambassadeur extraordinaire, pour montrer, combien on honore la Prusse, vous déclarez que vous ne pouvez admettre, qu'un ministre du second rang. Que veut on, et que cherche-t-on avec de procédés semblables?

1) Eden an Grenville, 29. August: There is every reason to expect, that in a short time the machinations and insolence of the abbé Sieyes will effect what we desire.

verfehlte nicht, die Wichtigkeit seiner Sendung, die Weisheit und den Edelmuth seiner Absichten auseinander zu setzen, allerdings in einer Sprache, die sich sehr zu ihrem Vortheil von den gewöhnlichen Dissertationen seiner Collegen unterscheidet. Aber die allgemeine Stimmung war gegen ihn; nur bei dem Prinzen Heinrich fand er freundliche Unterstützung. Er bemerkte bald nicht ohne Mißvergnügen, wie anders die berliner Gesellschaft die Russen und den Grafen Cobenzl aufnahm. Als Caillard den Marschall Möllendorf fragte, ob er ihn mit seinem Nachfolger bekannt machen dürfte, soll der Marschall, die berufene Abstimmung gegen Ludwig XVI. parodirend, geantwortet haben: „Non monsieur et sans phrases [1])." Die Minister waren höflich, aber kalt; besonders Haugwitz schien die französischen Absichten so wenig zu begünstigen, daß Sieyes eine Intrigue zu seinem Sturze zuerst mit Zastrow, und als dieser ihn abwies, mit Haugwitzen's Vorgänger, dem Grafen Schulenburg, anzuknüpfen suchte. Aber der Plan mißlang ganz und gar. Schulenburg vertraute Alles dem Könige, und die Folge war, daß Haugwitz an Gunst und Einfluß gewann, Sieyes bei allen Betheiligten im übelsten Lichte erschien und den Minister zum unversöhnlichen Gegner machte. Mit dem Antrag eines Bündnisses konnte er zunächst gar nicht hervortreten. Von irgend bedeutenden Verhandlungen bleibt für die folgenden Monate nur ganz Weniges zu melden, und das Wenige wurde von Sieyes meistens in der ungeschicktesten Weise angegriffen. „Sowohl was den Gegenstand als was die Form angeht," läßt der König am 24. September an Sandoz schreiben, „ist nichts schwieriger, als mit dem Minister zu verhandeln, welchen das Directorium mir auf den Hals zu laden für passend erachtet hat. Sie können mir kaum einen angenehmeren Dienst leisten, als wenn sie bei-

---

1) Mémoires tirés des papiers d'un homme d'Etat, VI, 143. Eine ähnliche Aeußerung legt von der Marwitz (Aus dem Nachlasse Fr. A. L. v. d. Marwitz, Berlin 1852, I, 101) dem Johanniter-Comthur Grafen Wartensleben in den Mund.

tragen, daß ich von ihm befreit werde. Auch die Geschäfte können ganz gewiß nur dabei gewinnen." Wir werden später sehen, daß auch in Rastatt der Verkehr zwischen preußischen und französischen Gesandten keineswegs freundlicher geworden war. Und so stand Preußen in der That, wie es gewollt hatte, neutral, aber auch ganz und gar vereinzelt in dem Streite, der alle europäischen Mächte zu den Waffen rief; eine Stellung, die für den Augenblick haltbar, rechtzeitig benutzt, sogar ihre Vortheile bieten konnte, aber in dem Maße schwieriger und gefährlicher wurde, als von den streitenden Gewalten, die sich jetzt noch gegenseitig in Schranken hielten, die eine das entscheidende Uebergewicht errang.

## Drittes Kapitel.

### Das russische Hülfscorps und die englischen Subsidien.

Auf eine Entscheidung drängte jetzt die politische Verwicklung unaufhaltsam. Allem, was Paul I. vornahm, drückte er auch den Stempel seines raschen, leidenschaftlichen Willens auf. An dem Tage, an welchem Dietrichstein von der Bewilligung des Hülfscorps Nachricht erhielt, am 24. Juli erging auch an den General Rosenberg nach Smolensk der Befehl, die bis dahin zum Schutze der Krim bestimmten Truppen nach Brest-Litowski an die Grenze von Galizien zu führen. Der Kaiser gab die erbetenen 16,000 Mann und außerdem 3000 Kosacken; bei der ersten Nachricht von dem wirklichen Ausbruch des Krieges sollten sie die Grenze überschreiten. Auch der österreichische Botschafter fand in der ersten Audienz am 2. September den freundlichsten Empfang. Auf alle Danksagungen erwiederte Paul, er habe nur seine Pflicht gethan. Er setzte seine ferneren Plane auseinander, und als Cobenzl den schon mehrmals von Thugut geäußerten Wunsch wiederholte, das Hülfscorps möge als Schreckmittel für Franzosen und Preußen ohne weiteren Aufenthalt in Galizien einrücken, fertigte Paul noch am selbigen Tage selbst einen Courier mit den nöthigen Befehlen an Rosenberg ab. Wie schwache Naturen die innere Unruhe bei einem Fehltritt gewöhnlich nicht verbergen können, so begann er auch bald von seinen häuslichen Zerwürfnissen zu reden. Cobenzl schilderte eben das Leid, das er bei den Verhandlungen mit den Franzosen ausgestanden habe; plötzlich fragte Paul, ob er

glaube, daß es auch in Rußland Jacobiner gebe. „Ich antwortete," schreibt Cobenzl, „sie drängen überall hin, aber ich hätte mit der größten Genugthuung von den weisen und scharfsinnigen Vorkehrungen gehört, die Seine Kaiserliche Majestät dagegen getroffen hätten. Ich dachte dabei, wie ich es später sagte, an die neue Ordnung des Paßwesens und an das Verbot, fremde Universitäten zu besuchen. Aber, ich gestehe, ich war wie aus den Wolken gefallen, als der Kaiser mir im Einzelnen auseinandersetzte, was er Alles gethan habe, um der Kaiserin den Antheil an den Geschäften, den er ihr eingeräumt, wieder abzunehmen und alle, welche er von ihr begünstigt glaubt, zu entfernen. Alle diese Maßregeln, sagte er, habe er ergriffen, um sich dem Joche der Jacobiner zu entziehen; so nannte er alle, die, wie er sich ausdrückte, jener Clique angehörten. Er behauptete sogar, diese seien es, die ihn bisher vom Kriege abgehalten hätten, während ich doch im Gegentheile weiß, wie sehr sie den Krieg herbeiwünschten. Es wäre nutzlos, ja schädlich für sie und für mich gewesen, dem Kaiser darin zu widersprechen; deßhalb beschränkte ich mich, ihn anzuhören, ohne mir irgend eine Bemerkung zu erlauben." Cobenzl durfte nicht einmal eine Audienz bei der Kaiserin verlangen, obgleich er ihr Briefe zu übergeben hatte. Der Kaiser ließ ihm durch Besborodko sagen, er möge sie nur in dem Augenblicke, wenn man sich zur Tafel begäbe, überreichen[1]). Ohne alle Rücksicht ging Paul in den folgenden Monaten auf diesem Wege voran. Wer der Gnade der Kaiserin verdächtig war, mußte die Ungnade des Kaisers, Amtsentsetzung, ja Verbannung gewärtigen. Fräulein Nelidow konnte nicht mehr am Hofe erscheinen; dagegen wurde Fräulein Lapuchin nach Petersburg gezogen, indem man den Vater zum General-Procurator des Senats erhob. Als einfacher Senator mußte Alexis Kurakin in der Versammlung erscheinen, in welcher er früher den Vorsitz geführt hatte; es wurde sogar eine Untersuchung wegen seiner

1) Cobenzl, 9. September 1798.

schlechten Finanzverwaltung gegen ihn eingeleitet [1]). Auch Alexander Kurakin, der Vicecanzler, erhielt am 22. September seine Entlassung. Sein Amt wurde dem Gesandten in London, Grafen Simon Woronzow angeboten und, als dieser ablehnte, Anfang November Besborodko's Neffen, Victor Kotschubej übertragen. Selbst Rostoptschin hatte die Laune des Gebieters, obgleich aus andern Gründen empfinden müssen. Weil er nicht allen Anordnungen Beifall zollte, zuweilen auch ein scharfes Wort nicht zurückhielt, wurde er im Mai 1798 plötzlich entlassen, freilich schon nach wenigen Monaten wieder zu Gnaden aufgenommen, und benutzte dann die Gelegenheit, um früheren Wünschen gemäß an Stelle des Grafen Sergius Romanzow zugleich und gleichen Ranges mit Kotschubej in das Ministerium des Aeußeren einzutreten [2]). Von den früheren Mitgliedern blieb jetzt nur noch Besborodko. Zum Glück für die österreichische Politik war der Einfluß dieses Mannes unerschüttert, wie denn überhaupt die kriegerischen Neigungen des Kaisers bei allem, was vorging, nichts von ihrer Stärke verloren. Deßhalb blieben auch die Oesterreicher in seiner Gunst. Dietrichstein wurde, als er Anfang Septembers die Heimreise antrat, mit gnädigen Worten und Geschenken entlassen; selbst der Prinz von Württemberg hatte zur Verwunderung des Hofes die nahen Beziehungen zu seiner Schwester beinahe einzig unter ihren Freunden nicht zu entgelten. Der Kaiser nöthigte ihn, in Petersburg zu verweilen, und behandelte ihn durchaus mit dem früheren Wohlwollen. Wie sehr aber diese freundlichen Aussichten dem Wechsel unterworfen waren, sollte Cobenzl bald genug erfahren.

In der Nacht vom 23. auf den 24. September kam Prinz Ferdinand von Gatschina nach Petersburg, mit der Nachricht, der Marsch des Hülfscorps sei unterbrochen, statt über

1) Cobenzl, 3. October, Apost. 3, 21. September, 6. November 1798.

2) Simon Woronzow an Rostoptschin, 1. Juni 1798, an seinen Bruder Alexander Woronzow, 23. October, 11. December 1798. Woronz. Archiv VIII, 513, X, 35, 36, 38.

die Grenze solle es in seine alten Standquartiere zurückmarschiren[1]). Was war der Grund dieses Befehls, der, wenn er zur Ausführung gelangte, alle Pläne für den Krieg zerrütten mußte? Als Rosenberg mit seinen Truppen in Brest eintraf, fand er dort den österreichischen Obersten Baron Vincent, um mit ihm über den Vormarsch und die Verpflegung der Russen das Nöthige zu vereinbaren. Aber schon bei den ersten Gesprächen trat ein Gegensatz hervor. Vincent hielt sich an dem 8. Artikel des Vertrages vom 14. Juli 1792, demgemäß die Russen in Oesterreich geradeso wie die österreichischen Soldaten verpflegt werden sollten. Rosenberg bemerkte dagegen, daß die russischen Soldaten in Rußland täglich nicht zwei sondern drei Pfund Brod, außerdem monatlich ein bestimmtes Maß anderer Lebensmittel erhielten. Er verlangte diese Lieferungen nun auch in Oesterreich, und als Vincent nach den Worten des Vertrages und besonders wegen der Eifersucht, die eine Bevorzugung der russischen Soldaten bei den österreichischen hervorrufen würde, auf Rosenberg's Forderung nicht einging, schrieb der russische General am 15. September einen Brief voller Klagen an den Zaren[2]). Paul, schon durch andere Umstände verstimmt, ergriff sogleich die Gelegenheit, in den heftigsten Zorn zu gerathen. „Ich kann nicht aussprechen," schreibt Cobenzl, „wie aufgebracht er wurde. Er sagte, er sei getäuscht, man breche ihm das gegebene Wort, das werde er nicht ertragen. Wenn man seinen Truppen das Nothwendige verweigere, möge man auch sehen, wie man ohne sie fertig werde." Sogleich schickte er den Befehl, dessen wir vorher gedachten, an Rosenberg ab und ließ auch seinem Schwager davon Mittheilung machen. Vergebens suchte der Prinz den österreichischen Commissar zu entschuldigen, der sich genau an den Vertrag gehalten und unmöglich Forderungen, die vorher gar nicht bekannt gewesen seien, habe bewilligen können. Paul hörte ihn kaum an, behandelte ihn Abends während des Hofballs

1) Das Folgende nach Cobenzl's Expedition vom 3. October.

2) Miliutin a. a. O. I, 86, 402 fg.

mit auffälliger Kälte und verwies ihn an Besborodko. Alles dieses erzählte der Prinz in großer Aufregung dem aus dem Schlafe gerüttelten Botschafter und verlangte Rath, was weiter zu thun sei. Cobenzl war sogleich entschieden, daß er, um einen so gefährlichen Bruch zu verhüten, bis an die äußerste Grenze seiner sehr ausgedehnten Vollmacht gehen müßte. Er ließ früh am Morgen den Prinzen mit Besborodko verhandeln und folgte ihm bald selbst dahin. Der Kanzler war den Wünschen der beiden Oesterreicher schon zuvorgekommen, indem er den Courier, der ihm in der Nacht die Botschaft aus Gatschina brachte, sogleich mit dringenden Vorstellungen, „wie sie kein Andrer gewagt haben würde," an den Kaiser zurückschickte. „Er ließ ihn fühlen," schreibt Cobenzl, „daß er sich im Angesichte von ganz Europa entehre, daß er für den allgemeinen Umsturz, der daraus erfolgen könne, die Verantwortung trage, daß es nicht die Oesterreicher seien, die in diesem Falle nicht Wort hielten." Besborodko hatte hinzugefügt, wenn er nur Erlaubniß erhielte, so würde er mit Cobenzl bald zu beiderseitiger Zufriedenheit die Sache ins Reine bringen. Auch dem Botschafter gegenüber gestand er freimüthig, daß der Wortlaut des Vertrages alles Unrecht auf die Seite Rußlands setze. „Aber," fügte er hinzu, „Sie kennen die Heftigkeit meines Herrn, seine Hast, sich zu entschließen. Sie wissen auch, daß er in der Abneigung wie in der Freundschaft immer zum Aeußersten schreitet. Wie beschränkt auch Ihre Finanzen sind, so können doch einige Kosten mehr nicht in Betracht kommen, wenn es sich darum handelt, den Kaiser von Rußland zum ersten Schritte gegen Frankreich zu bringen, der, einmal gethan, sicher andere nach sich ziehen wird." Während man noch verhandelte, kam aus Gatschina Paul's Erwiederung auf Besborodko's Vorstellungen. Sie enthielt nur die trockenen Worte: „Sie können Gründe gehabt haben, bei den Bemerkungen, die Sie mir zugehen ließen, auf gewisse Personen Rücksicht zu nehmen. Da ich mich aber nicht zu den nämlichen Rücksichten verpflichtet fühle, so habe ich Nichts gefunden, um meinen Beschluß

und die in Folge dessen getroffenen Maßregeln zu verändern." Der Kanzler, indem er Cobenzl diese Antwort mittheilte, setzte hinzu: sie bekräftige nur, was er auch von anderen Seiten höre, daß alles, was vorgehe, keinen anderen Grund habe, als die unseligen Zänkereien im kaiserlichen Hause. Der Kaiser habe zu bemerken geglaubt, daß er in dem, was er für Oesterreich thue, den Willen seiner Frau erfülle; dies habe genügt, ihn widerspenstig zu machen und die Bombe bei der ersten Gelegenheit zum Platzen zu bringen. Eine der ersten Maßregeln Cobenzl's war daher, die Kaiserin durch ihren Bruder bitten zu lassen, sie möge ja nicht das Gespräch über die vorliegenden Angelegenheiten zuerst anfangen, sondern nur, wenn der Kaiser von selbst darauf komme, den günstigen Augenblick benutzen. Alsdann beeilte man sich, eine schon vorbereitete Denkschrift nach Gatschina zu schicken. Cobenzl setzte darin auf das dringendste die Nachtheile, die der Rückmarsch der russischen Truppen nach sich ziehen müsse, auseinander und erbot sich, indem er auf den Umfang seiner Vollmachten hinwies, alle Mißverständnisse zur Zufriedenheit des Zaren auszugleichen. Diese Denkschrift hatte wirklich den gewünschten Erfolg; der Kaiser widerrief noch am Nachmittag des 25. Septembers den Befehl zur Auflösung des Hülfscorps. Rosenberg erhielt Anweisung, in Brest stehen zu bleiben, aber keinen Schritt vorwärts zu thun, bis seine ganze Forderung bewilligt, und auf vorgängigen Bericht nach Petersburg ihm von dorther der Befehl zum Weiterrücken zugekommen sei. Vergeblich suchte Besborodko durchzusetzen, daß dieser Befehl sogleich nach der Einigung mit Cobenzl erfolgen möchte; Paul gab eine abschlägige Antwort, und Cobenzl stand im Begriffe, am 27. einen Courier mit den unwillkommenen Nachrichten, die so großen Zeitverlust in Aussicht stellten, nach Wien abgehen zu lassen, als wieder unerwartet eine Wendung eintrat. Der Kaiser hatte in Gatschina dem Prinzen Ferdinand vorgeschlagen, er solle gleich zum Hülfscorps abreisen, die Schwierigkeiten beseitigen und in Brest den Marschbefehl aus Petersburg erwarten;

der Prinz sprach dagegen den Wunsch aus, daß er diesen Befehl selbst mitbringen könne. Es war dann zwischen den Schwägern wieder eine Scene der Rührung und Versöhnung gefolgt, nach welcher der Kaiser erklärte, wenn Cobenzl alle Forderungen zugestände, so solle der Marschbefehl gleich ausgefertigt werden; andernfalls würden die Truppen in ihre Quartiere zurückkehren, und der Kaiser am Landkriege keinen Theil nehmen. In Folge dessen kam es zwischen Besborodko und dem Botschafter am 29. September zu einem Vertrage. Cobenzl schreibt, er habe in einer Denkschrift fühlen lassen, daß Oesterreich zu dem, was er zugestanden, keineswegs verpflichtet sei. Er schlägt die Mehrausgaben nur auf einige hunderttausend Gulden jährlich an, während Thugut später eine Million berechnete[1]). In Wahrheit hatte man sich den Russen fügen müssen, und unter dieser Bedingung wurde dann der Marschbefehl wirklich ausgefertigt. Bis er aber an Rosenberg gelangte, waren kostbare Tage verloren; andere wurden durch Inspectionen in Anspruch genommen, zu deren Vornahme Paul seinen Günstling Araktschejew nach Brest geschickt hatte. Erst in der Zeit vom 26. October bis zum 10. November traten die russischen Truppen in verschiedenen Colonnen bei dem übelsten Wetter ihren Marsch nach der Donau an.

Und damit war erst eine der Bedingungen erfüllt, welche Thugut für den Anfang des Krieges gestellt hatte. Russische Soldaten waren nicht viel unentbehrlicher als englische Subsidien. Aber das Verhältniß Oesterreichs zu England war noch immer nicht freundschaftlich geworden. Die Präliminarien von Leoben schienen das alte Vertrauen von Grund aus zerstört zu haben. England erfuhr nichts von den Verhandlungen in

1) Thugut an Colloredo, 16. und 17. October, bei Vivenot, Vertrauliche Briefe II, 127. Dem englischen Gesandten sagte er einige Tage später, der Streit sei nur dadurch entstanden, daß man vernachlässigt habe, die russischen und österreichischen Gewichte zu vergleichen. Nachdem dies geschehen, stelle sich der Unterschied dessen, was Rußland forderte und Oesterreich geben wollte, als ganz unbedeutend heraus. Eden an Grenville, 20. October.

Montebello und Udine, wies dann auch im Juli Thugut's Wunsch, die eigenen Verhandlungen bis zu einem allgemeinen Congreß zu verschieben, in schroffer Form zurück[1]). Dazu kam aber noch ein besonderer Grund des Zerwürfnisses. Das große Anlehen vom 4. Mai 1795, die 4,600,000 Pfund, hatten doch für die Kosten eines so langwierigen Krieges nicht ausgereicht. Schon im nächsten Jahre unterhandelte Oesterreich wegen einer neuen Geldunterstützung und erhielt auch eine Reihe von Vorschüssen. Doch mußte sich der kaiserliche Gesandte in London vorher im Allgemeinen und sogar bei jeder einzelnen Empfangsbescheinigung verpflichten, er werde später zur Deckung dieser Vorschüsse eine Anleihe auf den Betrag derselben unterzeichnen. Anfang des Jahres 1797 stand man im Begriff, eine neue große Anleihe im Betrage von 3,500,000 Pfund zum Abschluß zu bringen. Aber auf die Nachricht von den Präliminarien zu Leoben nahm das englische Ministerium sein Anerbieten zurück, und Starhemberg erbat sich aus Wien neue Anweisungen. Gleichwohl ließ er sich bestimmen, einen neuen Vertrag, anfänglich nur mit Vorbehalt der Genehmigung seines Hofes, dann sogar ohne diese Clausel, am 16. Mai 1797 zu unterzeichnen. Statt 3,500,000 Pfund sollte das Anlehen nur 1,620,000 betragen, nämlich gerade soviel, als für die bisher geleisteten Vorschüsse berechnet wurde. Es entsprach dies dem früher von Starhemberg gegebenen Versprechen, aber keineswegs den Interessen Oesterreichs, das in solcher Weise nur alte Schulden anerkannt, aber keinen finanziellen Vortheil erlangt hätte. Denn nicht einmal eine Summe von 600,000 Pfund, auf welche Thugut als rückständigen, vertragsmäßig zu leistenden Vorschuß und wegen österreichischer Gegenforderungen Anspruch erhob, hatte Starhemberg in das Anlehen einbegreifen können. Zudem schienen die Bedingungen von unerhörter Härte; „ein junger Verschwender in den Klauen seiner Gläubiger,"

1) Grenville an Eden, 22. Juli, an Starhemberg, 21. Juli. Eden an Grenville, 7. Juli, 16. August. Gerade in dieser Weigerung lag ein Grund, der auch Thugut im August auf den allgemeinen Congreß verzichten ließ.

schreibt Thugut, „würde sie nicht unterzeichnet haben". Es sollten Obligationen zum Nennwerthe von 100 Pfund zu drei Prozent verzinslich ausgegeben werden; dafür würde man etwa 43 Pfund wirklich erhalten, also in Wahrheit mehr als sechs Prozent an Zinsen gezahlt haben. Dazu kam noch die Verpflichtung, die Obligationen in bestimmten Zeiträumen zum Börsencurse wieder einzulösen. Man berechnete, daß sich dieser nach dem Frieden auf 70 oder 75 Prozent stellen würde, so daß also der Kaiser für jede Obligation, abgesehen von den hohen Zinsen, beinahe doppelt so viel, als sie ihm eintrug, hätte zahlen müssen. Außerdem trat für Thugut noch eine wichtige Erwägung in den Vordergrund. Kam der Vertrag zur Ausführung, so mußte er auch dem Parlamente zur Bestätigung vorgelegt, also öffentlich bekannt werden. Die neue Vermehrung der österreichischen Schuld, die Erschöpfung der letzten Hülfsquellen, welche einzig solche Bedingungen erklärlich machte, ja der unvermeidlich nahende Bankerott wurden aller Welt vor Augen gelegt; der Kaiser büßte den letzten Rest seines Credits ein, um sich von nun an willenlos, ohne augenblicklichen Vortheil, ohne Versicherung einer wirksamen Unterstützung den Engländern in die Arme zu werfen[1]). Alle diese Gründe bestimmten Thugut, die Genehmigung zu verweigern. In England erschien die Weigerung als Wortbruch, sie rief die bitterste Stimmung hervor, und die Minister fürchteten sogar, daß sie dem Parlament gegenüber ihre Stellung gefährden könne. Während des Sommers 1797 sind beinahe alle Depeschen Eden's und Grenville's mit solchen Klagen angefüllt; Note auf Note ergeht, um das österreichische Ministerium zur Bestätigung des Vertrages aufzufordern. Der Friede von Campo Formio konnte die Mißstimmung nur verstärken, besonders weil man in England den Inhalt für noch gefährlicher hielt, als er in Wirk-

1) Thugut an Cobenzl und an Starhemberg, 2. und 19. August 1798. W. St.-A. Kurze Auszüge aus diesen Depeschen bei Vivenot, Rastatter Congreß, S. LXII fg. Der Vertrag vom 16. Mai zuerst bei L. Neumann, Recueil des traités conclus par l'Autriche, I, 573, Wien 1855.

lichkeit war. Denn Thugut hatte in einer ersten Conferenz mit Eden am 22. October sich verschlossen gezeigt und sechs Tage später zwar die wichtigsten Bedingungen mitgetheilt, aber doch den Wortlaut nicht schriftlich geben wollen. Dagegen äußerte er den lebhaften Wunsch, sich mit England zu einigen, sprach über den baldigen Wiederausbruch des Krieges ganz ähnlich, wie Cobenzl darüber nach Petersburg geschrieben hatte, und unterließ nicht die Anfrage, ob Oesterreich für diesen Fall auf Geldunterstützung von Seiten Englands rechnen dürfe. Aber dies verneinte schon Eden, wenn nicht vorher der Wortlaut des Friedens mitgetheilt und der Vertrag vom 16. Mai genehmigt wäre[1]), und noch viel schroffer das englische Ministerium. Am 24. November wies Grenville den Gesandten an, nöthigenfalls im Namen des Königs eine Audienz beim Kaiser und darin auf das bestimmteste die Bezahlung der Zinsen für das Anlehen von 1795 sowie die Ratification des Mai-Vertrages zu verlangen. Die Audienz, obgleich für solche Angelegenheiten etwas Ungewöhnliches, wurde bewilligt; allein der Kaiser wiederholte nur, was Thugut mehrmals geäußert hatte: es solle geschehen, was irgend geschehen könne, für den Augenblick seien aber die Finanzen völlig erschöpft[2]). Eden ließ jedoch auch in den folgenden Monaten nichts unversucht; er wurde so dringlich, der Ton der Unterredungen so unerfreulich, daß Thugut am 4. März den Kaiser veranlaßte, die ganze Angelegenheit dem Ministerium des Auswärtigen abzunehmen und dem Finanz-Ministerium zu übertragen. Am 8. März schreibt der Gesandte, er sähe Thugut jetzt gar nicht mehr[3]). Selbst die Unruhen in Wien und die Abreise Bernadotte's, welche das persönliche Verhältniß zwischen Thugut und Eden wiederherstellten, konnten das große Hinderniß nicht beseitigen. Thugut

1) Eden an Grenville, 22. October und 1. November 1797.

2) Eden an Grenville, 3. Januar 1798.

3) Vivenot, Rastadter Congreß, S. LXVII. Correspondence of Lord Auckland, III, 389. Grenville an Eden, 20. und 27. April. Record Office.

und Cobenzl erklärten die Ratification für unmöglich, bis nicht die weiteren Absichten Englands zur Unterstützung Oesterreichs bekannt seien, und der englische Gesandte erklärte wieder, von diesen Absichten nicht einmal reden zu dürfen, so lange er nicht die Ratification in Händen habe[1]).

Wie schwer Coalitionen zu einem Erfolg gelangen, wird selten stärker bezeugt, als durch diesen leidigen Streit. Und er schädigte nicht allein das Verhältniß zwischen Oesterreich und England, sondern, weil von der Vereinigung dieser beiden Mächte die ganze Action wesentlich abhing, auch alles Uebrige: die Verhandlungen in Petersburg, die Maßregeln, welche den Gewaltthaten der Franzosen in der Schweiz, in Italien hätten begegnen sollen. Denn Thugut blieb noch immer bei dem Entschluß, den Krieg ohne englische Geldunterstützung nicht wieder anzufangen; nicht fünf Monate lang, erklärte er Eden, würde der Kaiser dazu im Stande sein[2]). Erst nach dem Abbruch der selzer Conferenzen, als der Krieg unvermeidlich schien, that er den Engländern einen Schritt entgegen. Er schlug vor, die ganze Angelegenheit auf den Punkt zurückzuführen, auf welchem sie vor dem Abschluß der Präliminarien von Leoben sich befunden hätte. Ein Brief Grenville's an Starhemberg hatte am 14. Mai 1797 noch anerkannt, daß England zur Bewilligung einer neuen Anleihe von 3,500,000 Pfund geneigt sei. Thugut wünschte eine Anleihe von diesem Betrage nunmehr abzuschließen, davon sollte der Betrag der starhemberg'schen Convention, also die Summe von 1,620,000 Pfund allmälig in Abzug kommen, dagegen eine Summe von 5—600,000 Pfund, die Oesterreich für die Unterhaltung des Condé'schen Corps und auf Grund englischer Requisitions-Scheine in Anspruch nahm, seinem Guthaben zugeschrieben werden. Das ganze Anlehen wollte er unter den Bedingungen, die gewöhnlich bei Anlehen der englischen Regierung zur Anwendung kamen, ver-

1) Eden, 7. Mai; Grenville, 13. Juli 1798.

2) Eden, 14. Juli.

zinsen, verlangte aber sogleich einen Vorschuß von 5—600,000 Pfund, um die Kriegsrüstung gegen Frankreich anfangen zu können[1]).

Aber weder Grenville noch Eden zeigten die geringste Neigung auf diesen Vorschlag einzugehen. Offenbar ließ sich ohne fremden Beistand von den Engländern nichts erreichen. Thugut's Hoffnung richtete sich deßhalb auf Rußland, besonders als die Nachrichten von der kriegerischen Stimmung Paul's nach Wien gelangten. Am 2. August ging an Cobenzl eine ausführliche Depesche ab, mit dem Auftrage, zuerst in Berlin den russischen Gesandten, dann in Petersburg dem Zaren die Gerechtigkeit der österreichischen Ansprüche auseinanderzusetzen und russische Verwendung bei England zu erbitten. Wenn irgend möglich, sollte Cobenzl gleich mit Whitworth einen neuen Vertrag zu Stande bringen; denn in Petersburg, meinte Thugut, werde der russische Einfluß wirksamer sein als in London, wo Woronzow, der früher dem Vertrag vom 16. Mai 1797 das Wort geredet habe, sich jetzt ungern dagegen aussprechen würde. Als Repnin in der zweiten Hälfte des Monats nach Wien kam, sprach er in der That mit Eden zu Gunsten der österreichischen Wünsche, und mit noch größerer Freude las Thugut in Cobenzl's Depeschen vom 9. September, daß auch die russischen Minister sich günstig aussprächen. Aber Eden blieb auch Repnin gegenüber unerbittlich. Vor Allem, sagte er, müsse die unbedingte Ratification in seinen Händen sein, erst dann werde er, und dies sei Thugut nicht unbekannt, gern zu einer Verhandlung über neue Subsidien die Hand bieten[2]).

Bald wurde selbst diese Aussicht wieder genommen. Am 24. Juli, als in Petersburg die Entscheidung für den Krieg und die Absendung des Hülfscorps erfolgte, hatte auch Whitworth darüber nach London geschrieben und um Anweisung wegen der von Rußland geforderten Subsidien gebeten. So-

1) Vivenot, Rastadter Congreß, S. LXII fg., LXVIII.
2) Eden, 5. September.

gleich suchte Grenville die Gesinnungen Paul's für seine Verhandlung mit Oesterreich zu benutzen. Auch Rußland gegenüber machte er die Bewilligung von Subsidien davon abhängig, daß vorerst die Convention vom 16. Mai 1797 ratificirt sei. Ja er wollte jetzt von neuen Subsidien an Oesterreich gar nicht mehr hören. Paul's Einfluß, meinte er, müsse hinreichen, die Oesterreicher zum Kriege zu bestimmen, und das Allernützlichste werde sein, wenn man ein russisches Hülfscorps, durch englische Subsidien ausgerüstet, unabhängig von Oesterreich im englischen Interesse verwenden könne. In diesem Sinne richtet er am 29. August eine merkwürdige Instruction an Whitworth. Zuerst bittere Klagen über die Wortbrüchigkeit der Oesterreicher und die zweideutige Stellung Thugut's; man wisse nicht einmal, ob er den Krieg ernstlich wolle, da er ihn ganz und gar von einem vorgängigen Angriff Seitens der Franzosen abhängig mache. England habe seit 1795 den Oesterreichern ungeheure Summen bezahlt, habe ihnen auch jetzt wieder im Falle eines neuen Krieges monatlich 500,000 Pfund anbieten wollen, unter der einzigen Bedingung, daß vorher die Mai-Convention ratificirt wäre. Da Oesterreich sich weigere, sei man bereit, dies Anerbieten auf Rußland, wenn es 60000 Mann aufstellen wolle, zu übertragen; daneben werde man für die Bewaffnung der Schweizer 500,000 Pfund bewilligen, die englische Flotte im Mittelmeere lassen und die Operationen in Deutschland unterstützen; aber alles dieses nur unter der Bedingung, daß vorerst der Mai-Vertrag ratificirt sei. Die Uebereinkunft, welche Whitworth abschließen könne, — Grenville legt schon einen Entwurf in acht Artikeln bei — dürfe deßhalb nur einen provisorischen Charakter tragen.

Man sieht, wenn Oesterreich bei seiner Weigerung verharrte, war der Entwurf unausführbar, und für diesen Fall hat Grenville noch einen andern Plan, von welchem er sagt, daß er ihn für alle Fälle der Cooperation mit österreichischen Truppen vorziehe. Nach dem Ausbruche des Krieges zwischen dem Kaiser und Frankreich sollte der Zar statt der Armee,

die gemeinschaftlich mit den Oesterreichern in Italien oder Deutschland vorzugehen bestimmt war, 50000 Mann oder eine andere passende Zahl nach England schicken, um sie im Verein mit britischen Streitkräften zur Befreiung von Holland, oder zu einem anderen Unternehmen gegen französische Besitzungen zu verwenden. Die Lage Hollands sei derart, die Unzufriedenheit des unterdrückten Volkes so groß, daß die 25000 Franzosen, welche jetzt die militärische Besatzung bildeten, einem gemeinschaftlichen Angriffe gewiß erliegen müßten. Für eine solche Operation würde sogar die preußische Neutralität sich nützlich erweisen, so nützlich, daß man hoffen könne, die Franzosen würden die Demarcations-Linie verletzen und dadurch Preußen mit in den Krieg hineinziehen. Ganz übereinstimmend mit dieser Depesche ging wenige Tage später, am 4. September, für Eden die Weisung ab, Vorschläge einer besonderen Convention mit Oesterreich und neuer Subsidien ganz von der Hand zu weisen, aber nicht weniger eifrig auf der Ratification des Mai-Vertrages zu bestehen. Mit bitterem Unwillen vernahm Thugut diese Mittheilungen; jetzt sehe man, schreibt er am 30. September an Cobenzl, wie gut es sei, daß man durch Eden's Vorspiegelungen sich nicht habe verleiten lassen. Man würde doch nur wenig oder gar nichts erlangt und nutzlos den Credit Oesterreichs geopfert haben. Das Verfahren Englands, indem es auch die Subsidien für Rußland durch die Ratification des Mai-Vertrages bedinge, erwecke den Verdacht, daß es gar keinen Krieg, sondern einen Separatfrieden mit Frankreich beabsichtige. Gerade so habe es 1796 den König von Neapel zu dem schmachvollen Frieden, den es öffentlich zu mißbilligen schien, heimlich genöthigt, um seine Schiffe aus dem Mittelmeer zurückzuziehen. Thugut wünscht, daß Cobenzl unter russischer Vermittlung die ganze Verhandlung weiter führe. Er soll nochmals ein Anlehen von 3,500,000 Pfund zu erhalten suchen, in der Weise, daß, um den offenen Bruch mit Frankreich noch hinauszuschieben, der Abschluß des Vertrages dem Parlamente erst beim wirklichen Beginn des Krieges vor-

gelegt, und einstweilen ein Vorschuß von 5—600,000 Pfund geleistet würde. Subsidien wünscht Thugut nicht, sondern eine Anleihe, zunächst aus einem Grunde, der wohl vornehmlich für die russischen Leser seiner Depesche berechnet war. Da das englische Ministerium, schreibt er, angeblich nur über einen genau abgegrenzten Subsidienfonds verfüge, so widerspreche es dem Zartgefühl und den dankbaren Gesinnungen des Kaisers, durch Annahme von Subsidien die Hülfsquellen zu vermindern, welche England dem Zaren zu Gebot stellen könne. Ferner seien auch Subsidien weit weniger sicher, als eine Anleihe, deren Auszahlung, wenn man einmal abgeschlossen, nicht unterbrochen werden könne, während die Auszahlung von Subsidien immer in der Gewalt des Gebers liege, also den Kaiser und die Operationen von den schwankenden, rücksichtslosen Forderungen Englands abhängig mache, wie denn die unmotivirte, plötzliche Unterbrechung der versprochenen Zahlungen zu Anfang des Jahres 1797 den Kaiser mehr als irgend etwas zum Abschluß der Präliminarien genöthigt habe. — Ob nicht dem österreichischen Minister der Gedanke vorschwebte, daß man schließlich die Anleihe wohl eben so wenig als die Subsidien zurückzahlen würde? In einem geheimen Artikel sollte sich Cobenzl versprechen lassen, der König von England würde, nach einem glücklichen Ausgange des Krieges, seinem Parlamente die Tilgung der Anleihe auf Rechnung Englands vorschlagen; doch wurde diese Bedingung nicht unumgänglich gefordert[1]).

Thugut's Wünsche begegneten diesmal den Wünschen des russischen Kaisers. Von Kriegslust erfüllt und im Bewußtsein, daß ohne Oesterreichs Mitwirkung sich nichts ausrichten lasse, war er schon aus diesem Grunde geneigt, was Thugut vorschlug als billig und ausführbar zu betrachten. Es war nicht immer so gewesen. England hatte noch früher als Oesterreich seine Klagen nach Petersburg gebracht, und Whitworth's De-

1) Thugut an Cobenzl, 30. September und 26. November 1798. W. St. A. Miliutin a. a. O. I, 353.

peschen enthalten noch im Frühjahr und Sommer 1798 nur den Ausdruck der Zufriedenheit, daß Paul und die russischen Minister ganz und gar seine Auffassung theilten. Noch im September, als Cobenzl schon auf Besborodko rechnete, schreibt Whitworth, der Minister stände durchaus auf Seiten Englands[1]). Offenbar sind aber Cobenzl's Vorstellungen nicht ohne Wirkung geblieben. Als die Vorschläge Grenville's vom 29. August am 18. September in Petersburg anlangten, ging Paul nicht darauf ein. Er erklärte, ähnlich wie Thugut und vielleicht mit größerer Aufrichtigkeit, es widerspreche seinem Zartgefühl, durch die Annahme von Subsidien England der Mittel zu berauben, Oesterreich zu unterstützen. Oesterreich würde sich mit dem, was man Rußland anbiete, wahrscheinlich zufrieden geben; bevor die Einigung mit Oesterreich erfolgt sei, könne sich auch Rußland auf provisorische Verträge und fernliegende Unternehmungen nicht einlassen. Die Stimmung schien Whitworth so wenig günstig, daß er von den Absichten auf Holland nicht einmal deutlich reden mochte[2]).

Freilich empfand der Zar dann mit doppeltem Aerger, daß die Oesterreicher gerade, als er sich zu ihren Gunsten ausgesprochen hatte, durch die Verweigerung der Ratification seinen

---

1) Grenville, 3. April; Whitworth, 4. Mai: Upon the subject of the unaccountable hesitation of the court of Vienna to ratify the engagements so formally entered into by count Starhemberg, I have only to say, that the Emperor as well as his ministers sees the conduct of the court of Vienna in the same ligth as Your Lordship and will by a courier, who sets out to morrow or the next day for Vienna, furnish count Rosamowsky with such instructions, as will enable him to support with all the influence of this court His Majesty's just pretensions. I can not express in to strong terms the very friendly manner in which the Emperor undertook to employ himself in this business, and I am persuaded, he will do so to good effect. Darin liegt wohl der Grund, warum Eden in der Conferenz, von welcher er am 23. Mai berichtet, Thugut mit den Depeschen aus Petersburg so wenig zufrieden fand. Whitworth, 5. September. Record Office.

2) Whitworth an Grenville, 25. September.

Absichten ein Hinderniß in den Weg legten, und als eben jetzt aus Brest die Nachricht von den Streitigkeiten zwischen Rosenberg und Vincent anlangte, trug jenes englisch-österreichische Zerwürfniß nicht wenig bei, seinen Zorn gleich in so helle Flammen zu setzen[1]). Aber kaum waren die neuen Marschbefehle ausgefertigt, als er auch auf die Einigung seiner Bundesgenossen zurückkam. Woronzow wurde angewiesen, die österreichischen Vorschläge in Gemeinschaft mit Starhemberg zu unterstützen. Aber Alles vergebens. Grenville blieb kurz und hochfahrend bei der früheren Erklärung[2]). „Mit dem größten Bedauern," schreibt er am 2. November an Whitworth, „habe man die Eröffnungen Woronzow's empfangen; alle Hoffnungen, die der Erfüllung so nahe geschienen, seien vereitelt. Whitworth soll in den stärksten Ausdrücken erklären, daß England niemals von seiner Forderung abgehen werde."

Ehe aber diese Depesche, durch widriges Wetter aufgehalten, an ihren Bestimmungsort gelangte, war in Petersburg eine Wendung eingetreten. Nach Thugut's Anweisungen hatte Cobenzl Ende Octobers eine neue Unterhandlung mit Whitworth angefangen, jetzt mit ausgesprochener Unterstützung von Seiten der russischen Minister[3]). Als der englische Gesandte gleichwohl nicht nachgab, verfiel Cobenzl in einer Conferenz, die in den ersten Tagen des Dezember stattfand, auf einen neuen Ausweg. Er schlug vor, den Vertrag über die neue Anleihe von 3,600,000 Pfund, und die Ratification des Mai-Vertrages an demselben Tage zu unterzeichnen, aber die letztere zurückzudatiren, und in dem ersteren ausdrücklich zu erklären, in die neue Anleihe würden die 1,620,000 Pfund des „bereits ratificirten" Vertrages vom 16. Mai 1797 einbegriffen. So erhalte England die verlangte Genugthuung, und Oesterreich

---

1) So bemerkt auch Cobenzl richtig am 3. October.

2) Starhemberg an Grenville, 15. October; Grenville an Whitworth, 23. October, an Eden, 25. October.

3) Whitworth, 19. October, 26. November.

die Sicherheit, daß es seinen Credit nicht umsonst zerstöre. Whitworth blieb längere Zeit unzugänglich; in seinen Depeschen rühmt er sich wohl der starken Worte, deren er sich bedient habe. „Ich stellte vor," schreibt er, „wenn die Veröffentlichung des Vertrages von 1797 ein Unheil herbeiführen könne, so sei es schon herbeigeführt. Denn es gebe kein Handelshaus und keinen Capitalisten in Deutschland oder anderswo, der nicht darum wisse. Graf Cobenzl suchte dagegen durch ein Raisonnement, das mir besser für den Meridian von Rastatt oder Selz als für den von Petersburg geeignet schien, den Unterschied zwischen einer einfach anerkannten und einer förmlich ratificirten Schuld aufrecht zu halten. Aber," fährt Whitworth fort, „so schwach die Argumente, so hartnäckig war der Wille des österreichischen Gesandten." Dazu kamen die Verwendungen der russischen Minister, die Hoffnung, nach Unterzeichnung des Vertrages mit Oesterreich auch für die englischen Wünsche bei Paul ein geneigtes Ohr zu finden, und die Lage Europas, die mit jedem Tage mehr auf kriegerische Entscheidung drängte. Aus den Depeschen Whitworth's erkennt man deutlich, daß er selbst zur Einigung neigte, und in einer zweiten Conferenz am 6. Dezember gab er nach. Aber endgültig wollte er nicht abschließen, sondern die verabredeten Artikel nur als Entwurf seinem Ministerium übermitteln, ohne für die Ratification auch nur die geringste Verantwortung zu übernehmen. Das Versprechen eines Vorschusses wies er ganz zurück. Vorerst, sagte er, müsse Oesterreich den Beweis gegeben haben, daß das Geld wirklich für den Krieg, und nicht etwa für leere Demonstrationen zur Erreichung eines günstigen Friedens verwendet werden solle. Den geheimen Artikel: England würde nach einem günstigen Frieden die Tilgung der Anleihe übernehmen, ließ er beifügen, aber auch nur unter der Erklärung, daß er auf die Genehmigung nicht einmal Hoffnung machen könne[1]). „Der Artikel wird zwar," heißt es in dem Bericht,

1) Whitworth an Grenville, 4. und 13. Dezember 1798.

„mit den übrigen vorgelegt werden, aber die russischen Minister, wie Graf Woronzow Ew. Herrlichkeit mittheilen wird, und Graf Cobenzl selbst sind vollkommen einverstanden, daß er unzulässig und von den übrigen ganz unabhängig ist."

Nach all diesen Clauseln spricht aus Whitworth's Bericht noch immer die Besorgniß, er könne seine Instructionen überschritten und die Mißbilligung seines Vorgesetzten sich zugezogen haben. Und nur zu wohl begründet war die Besorgniß. Obwohl auch Paul den Vertrag auf das eindringlichste durch Woronzow befürworten ließ, entschied sich das englische Ministerium ohne Verzug dahin, die ganze Verhandlung als nicht geschehen zu betrachten. Am 22. Januar theilte Grenville dem russischen Gesandten diese Entscheidung mit[1]); drei Tage später schreibt er an Whitworth:

„Nach langer Unterbrechung unserer Verbindungen mit dem Festland sind endlich drei Paketboote mit Ihren Depeschen eingetroffen.

Ohne Zeitverlust habe ich diese Papiere Seiner Majestät dem Könige vorgelegt, welchem es gefallen hat, dieselben unverzüglich der Erwägung Seiner vertrauten Diener zu übergeben. Mit aufrichtigem Bedauern fühle ich mich verpflichtet, Ihnen mitzutheilen, daß nach dem einstimmigen Ergebniß dieser Berathung Seine Majestät mit Ihrem Vorgehen in hohem Grade unzufrieden sind. Ihr Verfahren in dieser Angelegenheit hat die Beurtheilung gefunden, es sei ganz und gar im Widerspruch

1) Grenville an Woronzow, 22. Januar 1799: Le roi doit absolument et en tout cas considérer la négociation du Chevalier Whitworth et du Comte de Cobenzel comme non avenue, parce qu'elle a été entamée sans aucune autorisation de sa part, et qu'elle est contraire à la résolution définitive, si souvent annoncée tant à Vienne qu'à Petersbourg, et dont Sa Majesté ne se departira jamais, de n'entrer dans aucune discussion pour de nouvelles conventions pécuniaires avec la cour de Vienne jusqu'à ce que les engagements antérieures n'aient été ratifiés. Paul I. an Woronzow, $\frac{3.}{14.}$ Dezember 1797; Grenville an Whitworth, 25. Januar 1798. Public Record Office.

mit den Absichten und Befehlen Seiner Majestät, und, wie zu fürchten, danach angethan, ernstliche Unzukömmlichkeiten und Nachtheile für den Dienst Seiner Majestät herbeizuführen."

„Ich befinde mich in der unangenehmen Nothwendigkeit, diese Bemerkung auf jeden Punkt der Unterhandlung auszudehnen."

Es folgte die Anweisung, unabänderlich auf den früheren Erklärungen zu bestehen.

## Viertes Kapitel.

### Graubündten und Abukir.

Für die Coalition läßt sich der Nachtheil des englisch-österreichischen Zerwürfnisses kaum hoch genug anschlagen. Denn nicht allein, daß es jeden kräftigen Entschluß verhinderte, es verhinderte ihn auch gerade in einem Zeitpunkte, wo ein kräftiger Entschluß einerseits dringend nöthig, andererseits des günstigsten Erfolges mehr als gewöhnlich versichert war. Als Repnin Mitte August von Berlin nach Wien kam, wurde er mit den größten Ehren empfangen. Alles sollte dem Zaren die Dankbarkeit für die endlich beschlossene Absendung des Hülfscorps beweisen. Bald kam auch ein vorläufiger Feldzugsplan zur Verhandlung, und am 6. September legte Thugut dem Fürsten eine Denkschrift vor, welche den Russen eine bedeutende Stelle zutheilte; denn Repnin hatte schon in Berlin und noch entschiedener in Wien geäußert, der Zar würde, wenn einmal der Krieg wirklich ausgebrochen sei, bei der Zahl des Hülfscorps nicht stehen bleiben. Für Deutschland war damals der Gedanke der Neutralität noch nicht aufgegeben; deßhalb und bei der günstigen Stellung der Franzosen wollte man dort nicht zum Angriff schreiten, sondern in Schwaben und Franken eine Armee von 90000 Mann zur Beobachtung zusammenziehen. Es zeigte sich gleich, wie sehr alle strategischen Combinationen sich verändern mußten, seitdem die Schweiz den Franzosen nach der deutschen wie nach der italienischen Seite eine herrschende Stellung gab. Gegen dies Land sollte deßhalb der Hauptstoß gerichtet, und wesentlich dafür, damit Nie-

mand den Oesterreichern Eroberungspläne zuschreiben könne, das russische Hülfscorps verwendet werden. Man hoffte, Paul würde es auf 30000 Mann vermehren. Dazu würden österreichische Truppen und schweizerische Ausgewanderte stoßen, die man durch englische Subsidien auf 20000 Mann zu bringen dachte. Mit solchen Kräften, im Einverständniß mit der im Innern herrschenden Unzufriedenheit konnte man hoffen, der beträchtlich verminderten französischen Streitkräfte Herr zu werden. Die eroberte Gebirgsfestung bot alsdann den Zugang zu den benachbarten französischen Provinzen, deren feindliche Stimmung gegen das Directorium eben damals offen hervortrat; wenn die Verhandlungen mit England dahin führten, daß Paul das Hülfscorps auf 60000 Mann verstärkte, dachte man sogar an einen Zug gegen Paris. Ueber Italien, heißt es in einem Zusatze, könne man erst reden, wenn man mit dem Könige von Neapel sich geeinigt habe. Der wahre Grund des Schweigens war wohl Thugut's Wunsch, nach dieser Seite freie Hand zu behalten und soviel als möglich jede Einrede der Russen zu vermeiden. Die Stärke der österreichischen Truppen berechnet er in Italien auf 55000, in Dalmatien auf 10000, in Tyrol auf 30000 Mann[1]). Blieb nun schon die eine Hälfte des Kriegsplanes im Ungewissen, so war auch die andere noch durchaus von der Anleihe und den Subsidien abhängig, die England dem wiener und dem petersburger Hofe bewilligen sollte. Ehe er darüber Sicherheit erhielt, wollte Thugut, wie wir sahen, den Krieg nicht wieder anfangen, und selbst, wenn England sich willig zeigte, wünschte er bis zum Frühling zu warten, um dann in günstiger Jahreszeit, wohl gerüstet, mit vereinten, überlegenen Kräften die entscheidenden Schläge zu führen. Aber dazu war er schon jetzt entschlossen: den Franzosen fest entgegen zu treten und ihnen keinen Schritt mehr zu gestatten, der eine Erweiterung ihres Machtgebietes zum Nachtheil der österreichischen Operationen herbeiführen könnte.

---

1) Thugut's Denkschrift vom 6. September im wiener St.-Archiv.

Nach diesen Grundsätzen handelte er zunächst in der Schweiz. Der Schultheiß Steiger, der Bischof von St.-Gallen, der aus Genf verbannte Advocat Durovrai und andere Häupter der schweizerischen Emigration hatten sich nach Deutschland gewandt. Da in Berlin nichts zu erreichen war, suchten sie um so eifriger den Kaiser und seinen Minister zu gewinnen. Thugut wies sie nicht gerade ab, aber noch weniger wollte er bestimmte Hoffnung geben. Es geschah gewiß nicht mit seiner Einwilligung, wenn die Landleute in den Urcantonen durch englisches Gold und die Hoffnung auf österreichische Unterstützung zum Aufstand gereizt wurden. Auch im September nach dem Blutbade in Stanz rührten sich die Oesterreicher nicht, obgleich mit der Niederwerfung des Aufstandes eine wichtige Hoffnung für den Erfolg des künftigen Feldzuges verloren ging[1]). Aber die

1) Eden an Grenville, 3. October: „The Avoyer Steiger arrived here on Saturday night from Berlin. He called on me the next day, but his language on the subject of his country conveyed no new information nor discovered the most distant hope of effective assistance being procured for it from the court of Prussia. I acquainted him with that part of my dispatch of Saturday last, which related to the proposed levy of Swiss troops, and which he also thought should be, at this moment, discouraged. He had an interview with the Austrian minister on Monday last, and has since informed me that he had strongly represented to him the impolitic nature of such a measure, and had particularly stated the proposal made to M. de Wyss, as not only leading to the immediate and necessary result of awakening the distrust of the Swiss, with regard to the views of this country, but as not being even calculated to produce the advantage expected from it, since the French would certainly, upon discovering that the young men were leaving the country, render the person and property of the families to which they belonged, responsible for their conduct, which, of course, would deter them from coming forward in sufficient numbers to be of any service. He observed, that he should ill answer the confidence reposed in him by His Majesty, if he lent his aid or his counsel to forward that measure, and he particularly recommended that every step, which this court might judge advisable with respect to Switzerland, should be

Franzosen blieben dabei nicht stehen. An der Grenze von Graubündten angelangt, konnten sie den Versuch nicht unterlassen, sich jetzt des für einen Krieg unschätzbaren Gebirgslandes zu bemächtigen. Auch in Graubündten waren sie keineswegs ohne Anhänger. Schon seit dem Jahre 1790 stand der aristokratischen

---

concerted with the King, on whom, he added, the Swiss Cantons, and particularly the Protestant ones, had the most perfect reliance. Baron Thugut, the Avoyer said, appeared very cordially to agree with him in all that he had advanced, and readily desisted from the plan in question. M. de Steiger afterwards, as he informed me, dwelt long on the impolicy of the inaction of this court, which had allowed the little Cantons to become a prey to the devastation and power of the French, and represented with great force and earnestness that the only means now remaining of preventing in some degree the pernicious effects of this event, and still greater evils, would be for the Emperor immediately to occupy the Grisons; adding that unless this step was taken without delay, His Imperial Majesty would be anticipated by the French. The Austrian minister informed the Avoyer in answer, that the Government of the Grisons had very recently requested the Emperor's protection, and His assistance in case of attack, and his language upon the whole gave M. de Steiger room to believe, that the Austrian general upon the Grison frontier had orders instantly to march into that country, if the French should advance upon it." Eden an Grenville, 17. October: „In consequence of the late disastrous news from Switzerland Monsieur de Steiger has had two conferences with the Austrian minister for the purpose of urging anew the necessity of the immediate occupation of the Grisons by the troops of this country, preceded by a suitable proclamation. His instances however, have produced nothing different from what has already been said on the subject, except the precise assurances that Austrian troops, if called on by the Grison Government, or if the French advanced upon the Grisons, would immediately enter the country.

It is to be remarked that amidst the fatal irresolution of the Austrian Government that general Hotze should have authority (which I understand is the case) to arm a corps of Grison peasants, for the defence of the frontier against the French, the money to defray which expence he receives from the Office for Foreign Affairs."

Regierung und dem alten mächtigen Geschlecht der Salis eine demokratische Partei gegenüber; die italienischen Unterthanen in Bormio, Chiavenna und im veltliner Thal klagten, wie aller Orten, über Bedrückung und Zurücksetzung. Ihre Aufregung steigerte sich, als dicht an der Grenze die cisalpinische Republik gebildet wurde; französische Emissäre thaten das Uebrige, und am 20. Juni 1797 erklärten sich die unterworfenen Landschaften für unabhängig. Die herrschende Partei versäumte thörichter Weise den einzigen noch übrigen Ausweg: die Aufständischen als gleichberechtigtes Glied in den Bund aufzunehmen. Beide Theile wandten sich um Vermittlung an Bonaparte, und als die Regierung den für die Verhandlung bestimmten Zeitpunkt abermals versäumte, benutzte der französische General die erwünschte Gelegenheit, seine neue Schöpfung durch eine wichtige Erwerbung zu vergrößern. Wir haben früher erzählt, wie er kurz vor dem Abschluß des Friedens von Campo Formio das veltliner Thal — 60 Quadratmeilen und ungefähr 169,000 Einwohner — ohne Zustimmung der österreichischen Bevollmächtigten mit der cisalpinischen Republik vereinigte[1]). In einem Briefe, den er am 11. November an die Häupter der Bünde richtet, mißt er ausdrücklich den Intriguen der Aristokraten diesen Ausgang bei. Der Unwille im Lande war denn auch so groß, daß auf einem neu zusammenberufenen Landtage die Partei der Salis gestürzt, zum Theil in Anklage versetzt wurde, und an ihrer Stelle die demokratische, oder, wie sie sich auch hier nannte, die patriotische Partei zur Regierung gelangte[2]). Aber auch die Patrioten bemühten sich fruchtlos, von Bonaparte und dem Directorium die verlorenen Landschaften zurückzuerhalten, und die bald folgende Eroberung der Schweiz, die Mittheilungen aus den befreundeten Urcantonen zeigten deutlich genug, was von dem Fortschritt französischer Herrschaft zu erwarten sei. So gewann die Partei der Salis wieder Boden

1) Bd. I dieses Werkes: Oesterreich und Preußen, S. 444, 446, 467.
2) Bacher an Bonaparte, 2. Dezember 1797, Corresp. inédite IV, 463.

und konnte von dem kaiserlichen Residenten Freiherrn von Kronthal um so wirksamer unterstützt werden, als der Kaiser selbst in der Eigenschaft eines Freiherrn von Räzüns eine Stimme auf dem bündtener Landtage führte. Dagegen bemühte sich die patriotische Partei, das Land für den Anschluß an die helvetische Republik zu gewinnen. Das helvetische Directorium schickte die freundlichsten Einladungen, auch die französischen Agenten, Comeyras, den Bonaparte gesandt hatte, und sein Nachfolger Florent Guyot boten ihren Einfluß auf; neben ihnen entwickelte ein geborener Magdeburger, Heinrich Zschocke, welchem Verdienste um das Schulwesen das bündnerische Bürgerrecht erworben hatten, die eifrigste Thätigkeit[1]). Alles vergebens; am 29. Juli verwarf die übergroße Mehrheit der Landgemeinden den Anschluß an Helvetien. Die im Dezember 1797 eingesetzte Regierung fühlte sich so sehr erschüttert, daß sie Anfang August durch ihre Abdankung der alten Bundesbehörde wieder Platz machte. Es kam zu stürmischen Auftritten; ein Theil der Patrioten floh über die Grenze, andere wurden verhaftet. Zschocke, der im Auftrage der Gemeinden Mayenfeld und Malans in Aarau den Anschluß betreiben sollte, erhielt im gesetzgebenden Körper zwar den Bruderkuß und schöne Worte, aber von dem helvetischen Directorium keine wirksame Hülfe; denn die österreichischen Gesandten in Chur und am rastatter Congreß ließen keinen Zweifel, daß die Einverleibung Graubündtens einer Kriegserklärung gegen den Kaiser gleich komme. Die Nachricht von dem Blutbad in Stanz steigerte den Abscheu gegen französische Herrschaft und den Entschluß zu kräftigem Widerstande. Der am 12. September in Ilanz versammelte Bundestag berief ein Aufgebot von 6000 Mann und legte die Regierung in die Hände eines mit großen

1) Monnard, Geschichte der helvetischen Revolution, I, 193 fg. Zschocke, Denkwürdigkeiten der helvetischen Staatsumwälzung, Winterthur 1803—1805, I, 165. Ausführliche Nachricht über die Verhältnisse in Graubündten gibt Lehrbach am 1. September nach einem Briefe des Freiherrn Ulisses von Salis aus Zürich vom 19. August 1798.

Vollmachten ausgestatteten Kriegsrathes, der am 8. October Mayenfeld und Malans besetzen ließ. Guyot's Proteste und Proclamationen blieben unbeachtet, am 10. October verließ er das Land, und der Kriegsrath, welcher täglich den Einmarsch französischer Truppen befürchten mußte, wandte sich um Hülfe an die Oesterreicher. In der Nacht vom 18. auf den 19. October ertönten im oberen Rheinthal überall die Sturmglocken; es hieß, die Franzosen seien von Urseren aus gegen Disentis vorgegangen. Aber schon am frühen Morgen entdeckte man den Irrthum. Kein Franzose hatte die Grenze überschritten, dagegen waren von der entgegengesetzten Seite zehn österreichische Bataillone unter Auffenberg eingerückt; sie besetzten den Lucien-Steig und verbreiteten sich gegen Chur [1]).

Weit geringere Vorfälle hatten dem Directorium zu anderer Zeit willkommene Gelegenheit zum Bruche gegeben. Allgemein war der Glaube, der Einmarsch der Oesterreicher würde Signal eines neuen Krieges sein. Auch Thugut schreibt am 23. October bei der ersten Nachricht an Cobenzl, an jedem Tage könne eine Explosion erfolgen. Aber das Unerwartete geschah: Schauenburg blieb in seiner Stellung, erklärte sogar ausdrücklich, die Besetzung Graubündtens vermöge die Einigkeit zwischen dem Kaiser und der Republik nicht zu stören [2]). Augenscheinlich wollte das Directorium den Krieg noch nicht. Die Rüstungen waren unzulänglich; mehr als 50000 Oesterreichern hatte man in der Schweiz etwa 30000 Franzosen entgegenzustellen. Die allgemeine Zerrüttung im Innern wurde noch vermehrt durch einen äußerst gefährlichen Aufstand in den kaum erworbenen belgischen Departements, wo Bedrückungen jeder Art und zuletzt eine schonungslose Aushebung die Unzufriedenheit zur Verzweiflung gesteigert hatten. Aber vor Allem wirkte wohl die Nachricht von dem großen, dem ersten großen Schlage,

1) Zschocke a. a. O. I, 250. Auffenberg's Proclamation in den Nouvelles politiques, 13. November, Supplém.

2) Nouvelles politiques, 16. November.

der die Republik getroffen hatte, der nicht allein die aufstrebende Seemacht, sondern eine Fülle der werthvollsten Hoffnungen und Aussichten vernichtete.

Während auf dem Festlande die Heere beobachtend sich gegenüberstanden, war der Krieg zur See schon zum Ausbruch, ja zur Entscheidung gekommen. Zwischen England und Frankreich hatte er niemals aufgehört, und bei allen Erfolgen, welche natürliche Begabung und unvergleichliche Ausbildung den Engländern zu Theil werden ließen, selbst nach den Siegen über die spanische und holländische Flotte war die Herrschaft der Meere noch nicht unbestritten. Die Blocade so vieler Häfen vom Texel bis nach Cadix, die immer wache Besorgniß vor einer Landung der Franzosen in England erforderten eine so große Zahl von Schiffen im Canal und im atlantischen Ocean, daß daneben das mittelländische Meer sich nicht behaupten ließ. Schon im Sommer 1796 hatte man die Flotte zurückgezogen, im Frühling des folgenden Jahres sogar Corsika wieder geräumt, dann auch die venetianischen Inseln den Franzosen ohne Widerstand überlassen. Aber nun kam, drohend nach Westen wie nach Osten, die große französische Rüstung in Toulon, und je weniger das Geheimniß sich durchdringen ließ, um so nöthiger war es, wenigstens ihren Fortgang, ihre Bewegungen zu überwachen. In den eben damals erneuerten Verhandlungen mit Rußland tritt denn auch bald der Wunsch hervor, Paul möge die englische Seemacht im Canal durch russische Schiffe verstärken, damit man für eine Entsendung nach dem Mittelmeer freie Hand gewinne. Eine dringende Depesche Grenville's vom 3. April fand in Petersburg günstige Aufnahme. Am 3. Mai erhielt Whitworth von Besborodko die Mittheilung, Paul sei geneigt, das englische Geschwader in der Nordsee durch zehn Linienschiffe und fünf Fregatten unter den Admiralen Makarow und Tate zu verstärken[1]). Diesmal blieb es nicht bei dem Versprechen. Schon am 2. Juni ging ein Geschwader

1) Whitworth an Grenville, 4. Mai.

unter Makarow nach England ab; einige Wochen später folgte ein zweites, im September noch ein drittes, so daß vor Anfang des Winters vierzehn Linienschiffe und vier Fregatten mit der englischen Flotte vereinigt waren[1]). Dienten sie auch zunächst nur zur Blocade der holländischen Häfen, so sind sie doch, indem sie englische Schiffe nach einer andern Seite verfügbar machten, auch auf die Ereignisse im Mittelmeer nicht ohne Einfluß geblieben.

Schon vor ihrer Ankunft am 9. April hatte das englische Ministerium den kühnsten, begabtesten Seemann, Sir Horatio Nelson, damals noch in der untergeordneten Stellung eines jüngeren Contre-Admirals, zu der großen Flotte abgehen lassen, die unter Lord St. Vincent die spanische Seemacht in Cadix eingeschlossen hielt. Kaum angelangt, erhielt er den weiteren Auftrag, mit drei Linienschiffen und einigen Fregatten in das Mittelmeer einzulaufen, um vor Toulon Ziel und Fortgang der französischen Rüstung zu überwachen. Am 17. Mai kreuzte er bei dem nahen Cap Cicié, nahm mehrere Fahrzeuge, die eben erst den Hafen verlassen hatten, hörte auch, daß Bonaparte nach Toulon gekommen sei, aber nichts von seinen Absichten. „In Frankreich halten sie ihre Sachen so gut in Ordnung," schreibt er seinem Chef noch am 18. Mai, „daß Alles geheim ist[2])." An den beiden folgenden Tagen lief sogar die gewaltige Flotte wirklich aus, ohne daß Nelson sie bemerkt hätte, und das Aergste war, daß ein heftiger Sturm in der Nacht vom 20. auf den 21. sein Schiff entmastete und in dem übelsten Zustande an die Küste von Sardinien trieb. Vier Tage — vom 23. bis zum 27. Mai — mußte er auf der Petersinsel für die nöthigsten Ausbesserungen verwenden. Mittlerweile konnte die französische Flotte auf der Ostseite der Insel ungestört und unbemerkt ihren Weg gegen Malta nehmen; als

1) Miliutin a. a. O. I, 57, 358.

2) Dispatches and Letters of Vice Admiral Lord Viscount Nelson by Sir Nicholas Harris Nicolas, London 1845, III, 16.

Nelson auf seinen Wachtposten vor Toulon zurückkehrte, fand er den Hafen leer.

Aber bald sah er sich selbst in einer andern Stellung. Noch am 20. April hatte das englische Ministerium auf eine österreichische Anfrage große Bedenken gegen die Absendung einer Flotte in das Mittelmeer geäußert. Aber unmittelbar nachher — wahrscheinlich durch den günstigen Fortgang der Verhandlungen mit Rußland und durch Bernadotte's Abreise von Wien herbeigeführt — muß eine Wendung eingetreten sein. Am 29. April wurde auf der Admiralität der Befehl ausgefertigt, es solle eine bedeutende Verstärkung an die Flotte vor Cadix abgehen, und Lord St. Vincent alsdann eilf der besten Linienschiffe zu denen, die unter Nelson schon abgegangen waren, in das Mittelmeer entsenden. Ueber Ziel und Absicht der französischen Rüstungen war man freilich noch gänzlich im Ungewissen; man nennt in der Depesche Sicilien, Portugal, Irland, Morea und das schwarze Meer. Für die Anführung wurde mit Uebergehung zweier älteren Contre-Admirale Nelson empfohlen. Es scheint, daß ein alter Freund, Lord Minto, vor Kurzem noch Vice-König von Corsica, sich lebhaft für ihn verwandt habe. Später nahm sogar König Georg selbst das Verdienst der glücklichen Wahl in Anspruch[1]).

Am 7. Juni traf diese gewaltige Flotte noch in der Nähe von Toulon ihren neuen Befehlshaber, der nun, durch die unerwartete Auszeichnung so gehoben wie verpflichtet, mit dem ganzen Eifer, ja mit der Leidenschaft, welche Haß, Vaterlandsliebe, Ehrgeiz einflößen können, an die Verfolgung seines Gegners ging. Napoleon hat so oft auf seinen Stern vertraut; niemals mit besserem Grunde als in jenen Tagen, da in der That Wind, Wetter und Gestirne mehr als die mächtigste Willenskraft sein Schicksal bestimmten. Ungünstige Winde und vergebliche Nachforschungen ließen Nelson erst am 12. Juni die Spitze von Corsica, erst am 17. den Busen von Neapel erreichen. Auch hier fand er weder genaue Auskunft noch Unter-

1) Nelson, Dispatches and Letters, III, 25 fg.

stützung. Erst am 20. hörte er in Messina von der Eroberung Maltas, und zwei Tage später, daß Bonaparte seinen Zug weiter fortgesetzt habe. Jetzt zuerst trat Aegypten als wahrscheinliches Ziel hervor, und bei der Langsamkeit, mit welcher eine Flotte von mehreren hundert Schiffen sich bewegte, schien es unzweifelhaft, daß man sie einholen würde. Am 25. waren die beiden Geschwader so nah, daß die französischen Wachtschiffe den Feind signalisirt haben sollen. Aber der Mangel an Fregatten, die Nothwendigkeit, seine Schiffe für einen bevorstehenden Kampf zusammen zu halten, bewirkten, daß der englische Admiral nur einen geringen Theil der Gewässer übersehen konnte. Die französische Flotte hielt sich dicht an der südlichen Seite von Creta, Nelson hatte näher der Nordküste von Africa seinen Weg genommen. So geschah es, daß er nochmals, jetzt zum dritten Male die französische Flotte vorbeifahren ließ, oder vielmehr an ihr vorbeifuhr und in raschem Laufe drei Tage vor ihr, am 28. Juni, nach Alexandrien gelangte. Aber zu äußerster Enttäuschung fand er den Hafen beinahe leer, von Kriegsschiffen nur eine türkische Caravele, Niemanden, der von einer französischen Flotte nur eine Ahnung gehabt hätte. Brennend vor Ungeduld eilt er, statt zu warten, weiter nach Syrien, dann zurück, Creta vorbei wieder nach Sicilien, in der Hoffnung, dort wenigstens Nachricht zu finden. Aber wieder hörte er nur, daß die Franzosen nicht nach Corfu gesegelt seien, und später, daß man sie bei Creta gesehen habe. So machte er sich, da nur zwischen Konstantinopel und Alexandria die Wahl blieb, am 22. Juli abermals nach dem Orient auf den Weg. Am 29., in der Bucht von Coron, erhielt er von zwei Seiten die Nachricht, die französische Flotte habe vier Wochen früher von Creta ihren Weg südöstlich genommen. Dadurch war bestimmt Aegypten bezeichnet; keine Stunde wurde mehr verloren, am 1. August vier Uhr Nachmittags gewann man den Leuchtthurm von Alexandrien in Sicht, und wenig später gab das vorderste Schiff die Signale, daß die französische Flotte in der nahen Bucht von Abukir vor Anker liege.

Bonaparte hatte, gleich nachdem die Ausschiffung der Armee am 3. Juli beendigt war, dem Admiral Brueys Befehl gegeben, in den Hafen von Alexandria einzulaufen. Die vormals venetianischen Schiffe gewannen den Eingang; die tiefer gehenden französischen fanden Hindernisse, die sich nicht sogleich bewältigen ließen. Am 7., als Bonaparte den Marsch nach Cairo antrat, ließ er abermals denselben Befehl zurück; wenn er unausführbar, und auch auf der Rhede von Abukir keine ganz sichere Stellung zu finden sei, sollte Brueys sobald als möglich in Corfu Schutz suchen. Der Admiral hatte sich bisher als tapferen, tüchtigen Seemann bewährt; aber, der höheren Leitung beraubt, war er den Schwierigkeiten der Lage nicht gewachsen. Zwischen drei Wegen hatte er die Wahl; er konnte nicht über sich gewinnen, einen mit Entschlossenheit zu wählen. Er entschloß sich gar nicht, was im gewöhnlichen Leben häufig, im Kriege beinahe immer noch nachtheiliger wirkt, als der schlechteste Entschluß. Die Berichte der Marineoffiziere stellten die Einfahrt in den Hafen zwar als schwierig und gefährlich, aber keineswegs als unmöglich dar, alle Militärpersonen in Alexandrien waren dieser Meinung; aber Brueys verschob mit unbegreiflicher Lässigkeit, die Arbeiten zu beschleunigen, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Aus seinen Briefen an Bonaparte sieht man, daß es ihm in der That gar nicht darum zu thun war. Er fürchtete in dem Hafen wegen des schwierigen Ein- und Ausgangs von einer kleinen Zahl feindlicher Schiffe blokirt zu werden, meinte auch, daß er sich bei Abukir recht wohl gegen den Feind vertheidigen könne. Nach Corfu abzugehen, hinderte ihn eine berechtigte Abneigung, die Armee zu verlassen, bevor man von ihrem Schicksale bestimmte Nachricht hatte; auch klagte er über Mangel an Wasser und Proviant für die Reise [1]). Nach langer Erwartung und Sorge,

1) Selbst Marmont, sonst in dieser Angelegenheit nicht eben für Bonaparte gestimmt, nennt die Einfahrt in den Hafen „chose rigoureusement possible“ (Memoires I, 390). Kleber, der in Alexandria befehligte, schreibt

denn die Araber hatten alle Verbindungen unterbrochen, erhielt er endlich am 28. Juli die Nachricht von der Einnahme Cairos, am folgenden Tage auch große Vorräthe an Getreide, die Bonaparte, noch ehe er Cairo betrat, schon am 24. aus Gyzeh abgehen ließ [1]). Aber Brueys kam noch immer nicht zu einem Entschluß, und eben so wenig that er etwas, die bei Abukir eingenommene Stellung zu sichern. Umsonst warnten die Offiziere, daß die Kanonen des an der Spitze der Bai gelegenen Forts bei der weiten Entfernung von gar keinem Nutzen sein könnten. Er selbst klagte über die ungenügende Bemannung, wollte deßhalb, wenn der Feind herankäme, nicht unter Segel, sondern vor Anker liegend den Kampf erwarten, damit

einige Tage nach der Schlacht, am 10. August an Bonaparte (Corr. inéd. V, 447): Les Anglais entreront sans hésiter dans ces passes que notre marine trouvait dangereuses et impraticables. Brueys schreibt am 6. Juli, die Einfahrt sei schwierig und erfordere nach dem Urtheil aller erfahrenen Seeoffiziere viele Zeit (222). Untersuchungen des sehr tüchtigen Fregatten-Capitäns Barre gaben gleichwohl bessere Hoffnung. Aber auf Barre's Berichte vom 13. und 18. Juli antwortet Brueys erst am 20. (212, 214) zweifelnd, lässig, ohne irgendwie zur Eile anzuspornen. Eine neue Untersuchung hatte offenbar ein günstiges Ergebniß; denn Brueys schreibt am 27. Juli (404), die Offiziere würden den Plan alsbald überschicken, Bonaparte möge dann die Schiffe bestimmen, welche einlaufen sollten. Wie wenig er selbst dazu geneigt war, zeigt der Brief vom 7. Juli (237): Quand même on trouverait le moyen de faire entrer l'escadre dans le port d'Alexandrie, je serais bloqué par un seul vaisseau ennemi, et je deviendrais spectateur oisif de votre gloire, sans pouvoir y prendre la moindre part. Er wußte, daß vierzehn englische Linienschiffe ihm folgten, aber, schreibt er am 13. Juli (365): Le temps nous apprendra quelle route ils ont prise. En attendant je suis prêt à les recevoir. Die Klagen über fehlenden Proviant in den Briefen vom 20. und 26. Juli (300, 405) mögen nicht unbegründet sein; sonderbar bleibt aber, daß Villeneuve später unmittelbar aus der Schlacht, also ganz unvorbereitet, mit zwei Linienschiffen in See stechen und, ungehindert durch Proviantmangel, nach Malta gelangen konnte.

1) Brueys an Bonaparte, 29. Juli, Corr. ined. V, 424. Bonaparte an Berthier, 24. Juli.

die Schiffe nur von einer Seite eine Bedienung erforderten. Aber statt die schwache, schlecht disciplinirte Mannschaft zu üben und zu verstärken, ließ er sie in großen Haufen auf dem Lande verweilen[1]). Ja er benutzte nicht einmal die Fregatten und leichten Fahrzeuge, die ihm zahlreich zu Gebote standen, um sich von der Ankunft des Feindes einige Zeit vorher benachrichtigen zu lassen. So konnte es geschehen, daß er im ungünstigsten Augenblick von einem Feinde, der nichts mehr als den Mangel an leichten Fahrzeugen beklagte, doch noch überrascht wurde. Der Unterschied eines kräftigen, herrschgewohnten, von einem schlaffen nachlässigen Willen tritt selten deutlicher hervor, als wenn man die Briefe und Befehle Bonaparte's mit denen des Admirals vergleicht.

Nelson hätte den Vergleich nicht zu scheuen. Zwar die lange getäuschten Hoffnungen, die vergeblichen Fahrten hatten ihn in einen Zustand von Aufregung versetzt, der ihn kaum noch essen und schlafen ließ; aber mit der Nähe der Gefahr kehrte auch die kaltblütigste Besonnenheit zurück. Während man auf den Schiffen die Vorbereitungen zum Kampfe traf, setzte er sich zu Tische. „Bis morgen habe ich einen Pairstitel, oder ein Grab in Westminster," rief er seinen Offizieren zu, als sie sich von der Tafel an ihre Posten begaben. Er hatte schon während der Fahrt die Kapitäne häufig am Bord seines Admiralschiffes versammelt, seine Ansichten über die beste Art des Angriffes je nach der Lage, in welcher man den Feind treffen würde, auseinandergesetzt. So kommt es nicht so sehr auf die Frage an, ob er selbst die entscheidende Bewegung sogleich befohlen, oder ein entschlossener Kapitän aus eigenem Antriebe den gefährlichen Versuch gewagt habe[2]).

---

1) Brueys an Bonaparte, 13. Juli, Corresp. inéd. V, 266: Les garnisons de nos vaisseaux sont très faibles et composées de soldats valétudinaires, jeunes et insubordonnés. Il semble qu'on ait fait un choix dans votre armée pour nous donner ce qu'il y avait de plus mauvais. Von den Matrosen war eine große Zahl in Malta gepreßt.

2) Den genauesten Bericht über die Schlacht gibt Sir Edward Berry,

Die französische Flotte lag in einer langen Reihe auf der Rhede von Abukir, ungefähr gleichweit von Alexandria und Rosette entfernt. In der Mitte Brueys, auf dem Admiralschiff, dem „Orient", von 120 Kanonen, zu beiden Seiten je sechs Linienschiffe, hinter der Linie vier Fregatten und einzelne Bombenschiffe, die den Durchgang zwischen der Flotte und dem Lande, falls er versucht werden könnte, vertheidigen sollten. Umsonst hatte man dem Admiral gerathen, noch eine Anzahl von Fahrzeugen versenken zu lassen, er hielt den Durchgang ohnehin für unmöglich. „Aber Nelson," schreibt der Kapitain seines Flaggenschiffes, „erwog, daß, wo ein feindliches Schiff sich um den Anker wenden, auch eins von den unsrigen ankern könne." Ungesäumt, es war gegen sechs Uhr, gab er, indem man sich von Nord-Westen mit günstigem Wind dem linken Flügel des Feindes näherte, das Zeichen zum Angriff. Von den englischen Schiffen blieb das eine auf einem Riff hängen, das nach ihm bis auf den heutigen Tag Riff des „Culloden" genannt wird. Aber fünf andere gelangten glücklich in den Rücken der französischen Linie, während Nelson mit den acht übrigen, wie sie allmälich herankamen, sich denselben Schiffen vorn gegenüber stellte. Durch diese Bewegung war auch die Schlacht entschieden. Die französischen Schiffe, vor Anker liegend, nur für die Vertheidigung nach der Außenseite vorbereitet, konnten einander nicht unterstützen und ebensowenig gegen doppelte, zuweilen dreifache Uebermacht sich vertheidigen. Von der Bemannung befand sich ein großer Theil auf dem Lande, 1100 Matrosen wurden noch in der Nacht, als die Schlacht am heftigsten wüthete, aus Alexandria der Flotte wieder zugeschickt. Aber die Leute weigerten sich, in den gewissen Tod zu gehen; nur Gewalt konnte sie zwingen sich einzuschiffen[1]). Im Uebrigen

---

der Kapitän von Nelson's Flaggenschiff Vanguard, vgl. Nelson Dispatches and Letters, III, 48 fg.; ebenda S. 67 der Bericht des Contreadmirals Blanquet Duchaila, der zur Seite des Orient's den Franklin befehligte. Andere Berichte Blanquet's und Gantheaume's in der Corrresp. inéd. V, 434 fg.

1) Kleber an Bonaparte, Alexandria 2. August. Le Citoyen Du-

fehlte es nicht an Tapferkeit. Unter den Offizieren waren wenige, die nicht das Aeußerste geleistet hätten. Brueys, der mit seinem Stabe und ungefähr vierzig Musketieren auf dem Vorderdeck seines Schiffes stand, wurde bald nach Beginn des Kampfes verwundet und gegen acht Uhr durch eine Kugel beinahe entzwei gerissen. Er erlaubte nicht, daß man ihn hinabtrüge, auf dem Deck that er den letzten Athemzug. Auch Nelson war schon gegen halb neun Uhr an der Stirn schwer verwundet. Im Krankenraum brachte man ihm die Nachricht, daß auf dem linken Flügel des Feindes ein Schiff nach dem andern die Flagge streiche. Bald rief ein Schauspiel schrecklicher Art ihn wieder auf's Verdeck. In der Cajüte des „Orient" war Feuer ausgebrochen; die Pumpen, schon von Kugeln durchlöchert, die Eimer, von Trümmern verschüttet, boten kein Mittel zum Löschen, gegen halb elf Uhr flog das ungeheuere Schiff mit schrecklichem Getöse in die Luft. Eine Viertelstunde blieben beide Flotten unter dem Eindruck des Ereignisses. Dann begann die Schlacht von Neuem, jetzt gegen den noch wenig berührten rechten Flügel der Franzosen, und wieder ganz zum Vortheil der Engländer. Gegen fünf Uhr morgens waren nur noch zwei Linienschiffe und zwei Fregatten auf französischer Seite unverletzt; mit diesen suchte der Contre-Admiral Villeneuve gegen elf Uhr das Weite. Auch die Flotte der Engländer war so übel zugerichtet, daß sie die Flucht nicht hindern konnten. Den Rest des Tages und auch den folgenden Morgen

---

manoir a envoyé pendant la nuit environ 1100 matelots de renfort à l'escadre; 500 s'y sont rendu par terre, et je leur ai fourni une escorte. ... Ils étaient arrivés ce matin avec le jour, et nous avons vu des bateaux allant les chercher de bord à terre. Oberst Recco an Kleber, Fort d'Aboukir, 2. August: Il nous reste encore, je crois, cinq à six vaisseaux ou frégattes, qui bientôt seront au pouvoir de l'ennemi ou brûlés. Tous les matelots sont découragés et fuyaient à terre; ceux que nous avons conduits ne voulaient pas s'embarquer. Il m'a fallu employer la force pour les y contraindre. Corresp. inéd. V, 434.

verwandten sie, die auf den Strand gelaufenen französischen Schiffe theils sich anzueignen, theils zu verbrennen. Von der großen Flotte war nur die kleine Abtheilung Villeneuve's gerettet, neun Linienschiffe genommen, die beiden übrigen und zwei Fregatten verbrannt.

Mit Entsetzen hatten die französischen Offiziere von den Thürmen Alexandrias, mit Staunen und Frohlocken Araber und Mamelucken von der Küste aus dem schrecklichen Schauspiel zugesehen. Bonaparte erhielt die Nachricht erst zwölf Tage später, am 13. August, als er von einem siegreichen Zuge gegen den Mameluken-Häuptling Ibrahim vom Rothen Meere nach Kairo zurückkehrte [1]). Mit dem ersten Blick übersah er, was geschehen war und was folgen würde, aber Niemand hat ein Gefühl der Schwäche an ihm bemerkt. „Der Verlust unserer Flotte", schreibt er an Kleber, „zwingt uns vielleicht, noch größere Dinge in diesem Lande zu thun, als wir vorhatten." Sogleich traf er Maßregeln, um einen dauernden Aufenthalt in Aegypten zu sichern und alle Hülfsquellen des Landes sich dienstbar zu machen. Niemals hat er sich stärker gezeigt, als nach diesem ersten großen Unfall. Später ist ihm oft der Vorwurf gemacht, er habe in seinem Bericht an das Directorium den von ihm selbst verschuldeten Verlust der Flotte den schlechten Anordnungen und dem Ungehorsam des Admiral Brueys Schuld gegeben. Aber wenn er in so viel andern Fällen unbequeme Thatsachen zu seinen Gunsten entstellt hat, hier sind sie nicht minder ungerecht zu seinem Nachtheile verändert worden. Der Bericht vom 19. August enthält, wenn man nur einigermaßen die Erregung des Augenblicks in Anschlag bringt, nichts was der Wahrheit wesentlich widerspräche. Merkwürdig, daß er mehr besorgt ist, sein Glück als seinen Verstand zu rechtfertigen. Er mochte in solchen Augenblicken empfinden, wie sehr selbst die mächtigste Willenskraft von unerforschlichen, unwidersteh-

1) Bonaparte an Kleber, 15. August.

lichen Gewalten abhängig ist. „Das Schicksal," schreibt er, „hat uns bei dieser Gelegenheit wie bei so vielen anderen beweisen wollen, es habe, wenn es uns auf dem Festlande ein großes Uebergewicht zugesteht, die Herrschaft der Meere unseren Nebenbuhlern gegeben. Aber so groß auch dieser Unfall sein mag, man darf ihn nicht der Unbeständigkeit des Glückes beimessen. Das Glück verläßt uns noch nicht; im Gegentheil: es hat uns bei dieser Unternehmung länger gedient, als jemals früher. Als ich vor Alexandria anlangte und erfuhr, die Engländer seien wenige Tage zuvor mit überlegener Macht dagewesen, warf ich mich ans Land trotz des entsetzlichen Sturmes, der sich erhoben hatte, auf die Gefahr Schiffbruch zu leiden. Ich erinnere mich, daß man in dem Augenblick, als die Vorbereitungen zur Ausschiffung getroffen wurden, in der Ferne nach der Windseite ein Kriegsschiff signalisirte. Es war [unsere Fregatte] „la Justice", die von Malta kam. „„Glück"", rief ich aus, „„willst du mich verlassen? Wie? Nur fünf Tage!"" Ich marschirte die ganze Nacht, mit Tages-Anbruch griff ich Alexandria an, mit 3000 Mann, erschöpft, ohne Kanonen, beinah ohne Pulver, und in den fünf Tagen war ich Herr von Rosette, von Damanhur, das heißt, festen Fußes in Aegypten. In diesen fünf Tagen mußte die Flotte eine Zuflucht finden, gesichert vor den Engländern, und wären sie noch so zahlreich gewesen. Aber weit entfernt: sie bleibt in der ausgesetzten Lage während des ganzen Messidor; in den ersten Tagen [?] des Thermidor empfängt sie aus Rosette eine Lieferung von Reis für zwei Monate; die Engländer lassen sich zehn Tage hindurch in bedeutender Zahl in jenen Gewässern sehen; am 11. Thermidor [29. Juli] kommt die Nachricht von der vollständigen Einnahme Aegyptens und unserem Einzuge in Kairo; und erst als Fortuna sieht, daß alle ihre Gunstbezeugungen vergeblich sind, erst da überläßt sie unsere Flotte ihrem Schicksal."

Bedenkt man den unermeßlichen Nachtheil, den Bonaparte selbst durch die verkehrten Maßregeln des Admirals

erlitt, so muß man beinahe sich wundern, daß nicht stärkere Ausdrücke seiner Feder entschlüpften[1]).

1) Entgegengesetzte Ansichten sind noch in letzter Zeit, besonders in Frankreich lebhaft geäußert worden. Am 3. Juli schreibt Bonaparte an Brueys: L'admiral fera dans la journée de demain connaître au général en chef par un rapport, si l'escadre peut entrer dans le port d'Alexandrie, ou si elle peut se défendre, embossée dans la rade d'Aboukir, contre une escadre ennemie supérieure, et dans le cas, où ni l'un ni l'autre ne pourraient s'exécuter, il devra partir pour Corfou. Am 19. August berichtet er dem Directorium: Le 18. Messidor [6. Juli, in Wahrheit ging er am 7. Juli], j'étais parti d'Alexandrie; j'écrivis à l'admiral d'entrer, sous vingt-quatre heures, dans le port, et, si son escadre ne pouvait pas y entrer, de décharger promptement . . . . et de se rendre à Corfou. Der Befehl vom 6. Juli ist leider nicht mehr vorhanden, wenigstens nicht gedruckt, wird aber von Brueys am 7. Juli (Corr. inéd. V, 237) erwähnt. Sehr wahrscheinlich wird darin auch die Möglichkeit, in Abukir zu verweilen, nicht unberührt geblieben sein, denn Bonaparte schreibt am 6. und 7. Juli an Caffarelli und Kleber, die Flotte würde bei Abukir vor Anker gehen, wenn sie dort durch Batterien vom Lande aus geschützt werden könne. Die Untersuchung ergab aber durchaus das Gegentheil, und in Folge dessen könnte Bonaparte, wenn er eilig Nachricht erhielt, noch vor dem Abmarsch einen Befehl, genau wie er angibt, erlassen haben. Wäre dies aber auch nicht geschehen, so könnte man dem Obergeneral daraus keinen Vorwurf machen, denn die Erlaubniß, in Abukir zu bleiben, war jederzeit an Bedingungen geknüpft, welche nicht zutrafen; auch lag der Fehler nicht eigentlich darin, daß Brueys in Abukir blieb, sondern daß er unter so ungünstigen Verhältnissen in Abukir blieb, daß er die Einfahrt in den sichern Hafen nicht beschleunigte und selbst, als er Nachrichten und Proviant erhielt, noch immer nicht zu einem Entschlusse kam. Aber dafür trifft die Schuld nicht Bonaparte. Einigen Spielraum mußte er doch dem Urtheil eines Admirals vergönnen. Höchstens könnte man verlangen, er habe die Abfahrt noch bestimmter vorschreiben sollen. Aber welche Veranlassung hatte er, wenn ihm wiederholt aus Alexandrien berichtet wurde, die Einfahrt in den Hafen sei möglich? Am 27. Juli schreibt er an Brueys: Je suis instruit d'Alexandrie, qu'enfin vous avez trouvé une passe . . . ., et qu'à l'heure qu'il est, vous êtez dans le port avec votre escadre. Am 30. Juli, als er nach langer Unterbrechung die Briefe und Klagen des Admirals erhalten hatte, heißt es: Il faut bien vite entrer dans le port, ou vous approvisionner

Denn wenn auch Bonaparte mit seinem unvergleichlichen Organisationstalent sich trotz aller Hindernisse in Aegypten behauptete, die Stellung der Armee war doch völlig verändert. Aller Zufuhr, aller Verstärkungen, ja beinahe jeder Nachricht aus Frankreich beraubt, war es unmöglich, weitergehende Unternehmungen noch zur Ausführung zu bringen. Die Pläne Bonaparte's waren in das Gegentheil ausgeschlagen. Auf dem mittelländischen Meer herrschten die Engländer; Corfu und Malta waren nicht mehr die Stützpunkte für eine weitreichende Seemacht, sondern bald ein Gefängniß für die Truppen, die man dorthin geschickt hatte. An die Landung in England war für lange Zeit nicht mehr zu denken, die beste Armee mit dem unersetzlichen Feldherrn für den Fall wieder ausbrechenden Krieges so gut wie unbrauchbar. Wie mußte alles dies auf die europäischen Verwickelungen zurückwirken! Welche Anregung zur Bildung der neuen Coalition! Wenn wohl von dem Einfluß der Minister und Diplomaten auf die kriegerischen Bewegungen Rede war, so übte bei Abukir ein Seemann auf die diplomatischen Verhandlungen einen Einfluß, dem sich kaum ein anderer vergleichen läßt. Schon aus diesem Grunde wird man entschuldigen, daß in einem Buche, welches vorzugsweise diplomatische Verhandlungen zur Darstellung bringen soll, auch jene Schlacht eingehendende Erwähnung gefunden hat.

Zu den ersten Wirkungen gehörte, daß sie das Verhältniß Frankreichs zur Pforte entschied. Bonaparte hatte bis dahin die Hoffnung nicht aufgegeben, das alternde Reich würde die Besetzung der fernen, nur unvollständig unterworfenen Provinz ruhig hinnehmen. „Ist Talleyrand in Con-

---

promptement de riz, de blé, que je vous envoye, et vous transporter dans le port de Corfou. Daß er bei der ersten Gelegenheit, noch ehe er Kairo erreicht hatte, Proviantschiffe abgehen ließ, ist früher bemerkt. Ich wüßte nicht, was er anders oder zweckmäßiger hätte thun oder anordnen können.

stantinopel?" fragt er in dem Bericht vom 19. August, den wir eben anführten. Der kluge, vorsichtige Minister hatte sich nicht bewogen gefunden, seinem früher gegebenen Versprechen nachzukommen; er überließ dem französischen Geschäftsträger Ruffin die schwierige Aufgabe, den Divan bei guter Stimmung zu erhalten. In der That noch am 10. Juli, als die Einnahme von Malta in Konstantinopel schon bekannt und das Ziel der Expedition nicht mehr zweifelhaft war, äußert sich der gewandte, in türkischen Angelegenheiten sehr erfahrene Mann wenigstens nicht hoffnungslos. Die Pforte, meint er, müsse alle Kräfte gegen den Rebellen Paswan Oglu verwenden, gegen Bonaparte würde man schwerlich etwas Feindseliges unternehmen[1]). Ein späteres türkisches Manifest versichert zwar, der Sultan habe auf die Nachricht von der Landung der Franzosen Thränen vergossen und seitdem weder Ruhe noch Schlaf gefunden; Selim III. hatte auch im Juli, wie wir sahen, die Anträge des Zaren nicht zurückgewiesen; aber noch im August ist Tamara, der russische Gesandte, durchaus nicht ohne Besorgniß, es könne den Franzosen und den mit ihnen verbundenen Spaniern gelingen, die Pforte umzustimmen. Erst nach der Schlacht bei Abukir schwand jedes Bedenken[2]). Am 30. August erfolgte in Constantinopel der Abschluß eines vorläufigen Vertrages über die gemeinsame Kriegführung, und am 1. September das türkische Kriegsmanifest. Tages darauf wurde der französische Geschäftsträger in die sieben Thürme eingeschlossen, und am 3. September hatte man das nie gesehene Schauspiel, daß eine russische Flotte, mit Jubel empfangen, aus dem schwarzen Meer in den Bosporus einlief. Mit einer türkischen Flotte vereinigt, begann sie am 1. October ihren Zug gegen die von Bonaparte ein Jahr zuvor besetzten Inseln des Archipels und

---

1) Talleyrand an Ruffin, 11. Mai; Ruffin an das Directorium 1. Juli, 10. Juli. Archives nationales in Paris.

2) Whitworth an Grenville, 4. October.

der Levante. Am 11. October fiel Cerigo, am 24. Zante in ihre Gewalt, worauf dann am 4. November die Belagerung des wichtigen, stark befestigten Corfu ihren Anfang nahm[1]).

Sie dauerte noch, als auch auf dem Festlande der Kampf wieder begann, freilich ohne Vorwissen, ja gegen den Willen der beiden großen Mächte, die ihn als Hauptgegner zur Entscheidung bringen mußten. Es ist hier der Ort, auf die Verhältnisse und die Stellung Neapels einen Blick zu werfen.

---

1) Miliutin I, 74 fg., 373 fg.

## Fünftes Kapitel.

### Neapel.

Beim Ausbruch der französischen Revolution befand sich der bei weitem größere Theil des romanischen Europa's unter bourbonischer Herrschaft. Die Throne von Frankreich, Spanien, Neapel und Parma waren mit Prinzen dieses Hauses besetzt. Nur nach einem unglücklichen Krieg und mit dem äußersten Widerstreben hatte Kaiser Karl VI. den spanischen Infanten Don Carlos 1735 als König beider Sicilien anerkannt. Die alten, lange bekämpften Gegner seines Hauses schienen, wie zu Anfang des Jahrhunderts Spanien, jetzt auch Italien in Besitz zu nehmen. Aber die große Allianz zwischen Habsburg und Bourbon, welche seit 1756 der europäischen Politik eine neue Richtung gab, verwandelte die scheinbare Gefahr in entschiedenen Vortheil. Noch einmal bewährte sich das sprichwörtliche Glück des Hauses Oesterreich, wenn es anders ein Glück genannt werden kann, durch ausgebreitete Familienverbindungen rasch und mühelos eine Macht zu gewinnen, die andere Herrscherhäuser weniger glänzend, aber sicherer auf einem durch nationale Interessen enger begrenzten Felde allmälich sich erarbeiten mußten.

Die Verbindung des französischen Dauphins mit der Erzherzogin Maria Antonia am 16. Mai 1770 war keineswegs der einzige Ausdruck des großen Familienbundes. Zehn Jahre früher hatte Kaiser Joseph, damals noch Kronprinz, die Infantin von Parma geheirathet, und am 12. Mai 1768 König Ferdinand IV. von Neapel die erst fünfzehnjährige Tochter Maria Theresia's, die Erzherzogin Maria Carolina. Viele

und nicht unbedeutende Herrscher haben auf das Schicksal ihres Landes und ihres Hauses nicht entfernt einen Einfluß ausgeübt, wie diese Frau, und selbst ihre Schwester, die Königin von Frankreich, ist von verschiedenen Parteien nicht so verschieden beurtheilt worden. „Sie ist die liebenswürdigste junge Königin," schreibt Sir Horace Mann, der englische Gesandte in Florenz, als sie auf dem Wege nach Neapel ihren Bruder Leopold in Florenz besuchte; „zu fürchten ist nur, daß ihre überaus große Zartheit und ihr richtiger Verstand sie um so mehr den Mangel beider Eigenschaften bei ihrem Gatten empfinden lassen, einen Mangel, der so groß ist, daß Manche ihn einem organischen Fehler zuschreiben, der zuweilen an Blödsinn grenzt. Man versichert mir jedoch, daß er nur aus dem gänzlichen Mangel an Erziehung hervorgeht, und daß der König gegenwärtig — mit siebenzehn Jahren — nicht mehr entwickelt ist, als in England mancher Schulknabe mit zehn Jahren. Ist dem also, so kann diese schmachvolle Nachlässigkeit durch die ausgezeichnete Erziehung der Königin ersetzt werden, deren vortreffliches Benehmen in Verbindung mit ihren klugen Fragen und Antworten hier allgemeine Bewunderung erregt [1])."

So weit sie den König angeht, ist die Bemerkung und sogar die Voraussage zutreffend. Als Karl III. 1759 den ererbten Thron von Spanien bestieg, hatte er seinen dritten Sohn in dem für ihn bestimmten Königreich unter der Lei-

1) Horace Mann an Horace Walpole, bei Doran, „Mann" and Manners at the court of Florence, London 1876, II, 191. Abgesehen von den allgemeineren Darstellungen bei Botta, Colletta, Franchetti ist in neuester Zeit eine ganze Reihe von Schriften über die Königin Marie Caroline veröffentlicht, von Ulloa, Serieys, Palumbo, A. v. Reumont (Archivio storico italiano IV, II, 1878). Auf umfassenden archivalischen Untersuchungen beruht des Freiherrn von Helfert: Königin Carolina von Neapel und Sicilien im Kampfe gegen die französische Weltherrschaft 1790—1814, Wien 1878. Dazu kommt noch — leider erst nach dem Druck der folgenden Bogen — Zeugenverhör über Maria Carolina von Oesterreich Königin von Neapel und Sicilien aus der Zeit vor der großen französischen Revolution (1768—1790), im Archiv f. österreich. Geschichte, Bd. LVIII.

tung des allvermögenden Ministers Tanucci zurückgelassen. Der Minister, man sagte, um den jungen Fürsten für immer von sich abhängig zu machen, ließ sich seine Erziehung wenig angelegen sein. Körperliche Uebungen, Jagen und Fischen waren seine Beschäftigung; er klagte später dem Großfürsten Paul, man habe ihn wie einen Bären aufwachsen lassen[1]). Beinahe die erste Person, welche in diesen beschränkten Ideenkreis neue Gedanken einführte, war die junge Frau. Sie nahm sich des verwahrlosten Mannes an, suchte wenigstens die ärgsten Lücken seiner Bildung auszufüllen; gern und dankbar pflegte er noch viele Jahre später zu erzählen, seine Frau sei seine erste und einzige Lehrerin gewesen. Immer blieben die Spuren seiner Rohheit und Unwissenheit, aber er kam doch so weit, daß daneben ein natürlicher Verstand und eine oft gewinnende Herzensgüte sich zeigen konnten. In der späteren Königin Caroline wird man nicht leicht die feine junge Frau wiedererkennen, die der englische Gesandte beschreibt. Auch in späterer Zeit hat sie treu ergebene Freunde und Bewunderer gefunden, aber daneben das Aeußerste von Schmähungen erfahren müssen, das einer Königin und einer Frau geboten werden kann. Sie hatte etwas von dem Verstand, der Thätigkeit ihrer Mutter geerbt, auch eine gewisse wienerische Gutmüthigkeit, daneben aber den eigenthümlich lothringischen Leichtsinn, der seit Maria Stuart so viele Frauen dieses Hauses so interessant und so unglücklich gemacht hat. Unter einer klugen, strengen Leitung, an der Seite eines würdigen Gemahls wäre sie vielleicht eine Zierde ihres Geschlechtes geworden. Aber was fand sie unter dem südlichen Himmel, in der Gesellschaft von Nea-

1) Dietrichstein an Thugut, Bericht vom 2. März 1797, Annex. 13. Eine ähnliche Aeußerung bei Goethe, Philipp Hackert: „Der König sagte ihm mit einem großen Seufzer: Wie viel Tausende gäb ich, nur den zehnten Theil von dem zu wissen, was Ihr wißt. Man hat mich auch wollen zeichnen lehren, man hat es mich aber so gelehrt, wie alles Andere, so daß ich wenig weiß. Gott vergebe es denen, die meine Aufseher und Lehrer waren."

pel? Es muß beinahe Wunder nehmen, daß sie nur so, wie es geschehen ist, sich entwickeln konnte.

Altem Herkommen gemäß durfte die Königin von Neapel nach der Geburt eines Sohnes an den Verhandlungen des Staatsrathes Theil nehmen. Maria Carolina hatte nicht blos einen, sondern eine ganze Schaar von Söhnen und Töchtern, denen sie die sorglichste Mutter war. Bald beherrschte sie, wie ihren Gemahl, auch das Königreich; Tanucci mußte 1776 sich zurückziehen, der spanische Einfluß verlor allmälich seine Kraft, und die Stimme der kaiserlichen Gesandten war nicht gerade entscheidend, aber doch von solchem Gewicht, daß Kaiser Joseph selten, und dann mehr über unvorsichtige Geschwätzigkeit oder Ausbrüche von Leidenschaft, als über ernste politische Maßregeln zu klagen hatte. Man reformirte in staatlichen und kirchlichen Dingen nicht mit der durchgreifenden, rücksichtslosen Strenge Joseph's und Leopold's, aber doch in ihrem Sinne. Das Heer folgte österreichischen, später französischen Vorbildern, für die Verbesserung der Marine war 1778 ein in Besançon geborener Engländer, Sir John Acton, herangezogen, der vorher in toscanischen Diensten gegen die Barbaresken sich ausgezeichnet hatte. Die rasche Gunst des Königs wie der Königin, einnehmendes Wesen, Schlauheit, einige Geschicklichkeit hoben ihn von Stufe zu Stufe, so daß er als der eigentliche Regent der Monarchie betrachtet wurde.

Sobald die Kinder heranwuchsen, dachte man auch die Familien-Verbindung zwischen Oesterreich und Neapel für lange Zukunft zu befestigen. Im Herbst 1790 gingen König und Königin zur Krönung Leopold's nach Deutschland; unter zahlreichen Festen feierte man auch die Hochzeiten des kaum verwittweten Erzherzogs Franz mit der Prinzessin Maria Theresia, und des zweitgeborenen Bruders Ferdinand — er folgte eben seinem Vater als Großherzog von Toscana — mit der Prinzessin Luise Amalia, während dem erst dreizehnjährigen Kronprinzen Franz von Neapel die Erzherzogin Marie Clementine verlobt wurde. Es war, als hätte man noch einmal zum gemeinsamen Widerstande

gegen die gewaltige Umwälzung sich rüsten wollen, die neben den Bourbonen vor allem dem Hause Habsburg gefährlich wurde.

Die Ansichten der französischen Revolution fanden auch in Neapel Anhänger, besonders unter den gebildeten Klassen, wie es nicht anders sein konnte in einem Lande, wo Filangeri sein großes Werk über die Wissenschaft der Gesetzgebung schrieb, während von den sechs Millionen Einwohnern die unendlich größere Zahl in Unwissenheit und Vorurtheilen unter dem Druck längst veralteter Einrichtungen dahinlebte. Die Königin war schon durch die Theilnahme für ihre Schwester in Frankreich, bald auch durch die Furcht vor ähnlichem Geschick heftig erregt. Jeder Gedanke an Reformen wurde zurückgedrängt, jeder Schein einer Neigung für Frankreich galt als Verbrechen. Die Kerker und die benachbarten Inseln füllten sich mit Verurtheilten, Verdächtigen und Verbannten, darunter Personen des ältesten Adels, Mitglieder der höchsten Behörden. Man sagte, daß der Vicekönig von Sicilien, Fürst Caramanico, Actons alter Gegner, nur durch raschen Tod der Absetzung und Verhaftung entgangen sei, einem Schicksale, das dem Ritter Medici, einem der ersten Beamten des Königreichs, durch eine Intrigue des Ministers wirklich bereitet wurde. Alle diese Maßregeln vermehrten nur die Unzufriedenheit im Innern, während von außen die Gefahr nah und näher heranzog.

Gleich nach der Rückkehr von Wien im Frühling 1791 und nochmals im folgenden Jahre hatte der neapolitanische Hof versucht, die italienischen Staaten zur Sicherung der Grenze zu vereinigen. Der furchtsame Eigennutz der Venetianer, später das Erscheinen einer französischen Flotte vor Neapel hatte die Ausführung des Planes gehindert [1]). Aber der großen Coalition trat Neapel im Sommer 1793 bei;

1) Franchetti, Storia d'Italia dal 1789 al 1799, Milano 1878, p. 60, 63.

Schiffe und Soldaten unterstützten die Engländer bei der Wegnahme und Vertheidigung von Toulon, und zwei Reiterregimenter fochten tapfer in der Lombardei gegen Bonaparte. Als aber die Oesterreicher geschlagen sich nach Tyrol zurückzogen, und das Directorium zu einem Rachezug gegen Neapel drängte, verlor auch die Königin den Muth, wie sie denn immer die unbeugsame Politik Thugut's getadelt und gehindert hatte [1]). Am 5. Juni 1796 wurde zu Brescia ein Waffenstillstand geschlossen, der die neapolitanischen Regimenter von der österreichischen Armee trennte und zur Rückkehr nach Neapel nöthigte. Als mit den Unfällen Wurmser's auch die Hoffnung auf eine rasche Wendung des Krieges geschwunden war, kam am 10. October der Friede zum Abschluß. Neapel trennte sich von der Coalition, versprach vollkommene Neutralität zu beobachten, in keinen Hafen mehr als vier Kriegsschiffe der kriegführenden Mächte zuzulassen und den Franzosen acht Millionen Franken zu bezahlen. Es war ein Vertrag, wie ihn damals so viele kleine Staaten mit den Franzosen abschlossen: kurze Frist des Daseins durch um so gewisseren Untergang erkauft. Thugut war außer sich vor Erbitterung; er hat nie aufgehört, die Engländer zu beschuldigen, sie hätten den Frieden, den sie öffentlich tadelten, heimlich selbst gefördert, um Anlaß zu erhalten, ihre Flotte aus dem Mittelmeer zurückzuziehen; sie seien es, die den Verlust des Feldzuges und die schmachvollen Bedingungen von Leoben und Campo Formio selbst verschuldet hätten [2]). Für Neapel war es mehr scheinbarer Erfolg als wirklicher Vortheil, daß der Kaiser bei diesen Verhandlungen einen neapolitanischen Diplomaten zu seinem Bevollmächtigten wählte. De Gallo erlangte nichts, als daß sowohl Cobenzl wie Bonaparte seine leichtgläubige Habgier für ihre Zwecke zu benutzen suchten. Bonaparte war den Neapoli-

---

1) Thugut an Colloredo, 24. Mai 1795, bei Vivenot, Vertrauliche Briefe des Freiherrn v. Thugut, I, 217.

2) An Cobenzl, 30. September 1798. W. St.-A.

tanern so wenig günstig, daß er sogar im Herbst 1797 den französischen Gesandten Canclaux aus Neapel abberufen ließ, weil er dem Hofe gegenüber zu nachsichtig und milde aufzutreten schien[1]). Durch den Besitz Anconas gelangten die Franzosen schon in die unmittelbare Nähe der Grenze, und bald legte sich die neue römische Republik breit von einem zum andern Meere, jede Verbindung Neapels mit befreundeten Staaten durchschneidend.

Es ist uns aus dieser und der folgenden Zeit der Briefwechsel der Königin Caroline mit ihrer Tochter, der Kaiserin, erhalten. Nichts Anderes läßt so deutlich die Bewegungen des neapolitanischen Hofes, den Wechsel von Furcht, Hoffnung, Verzweifelung und den immer gleichen Haß gegen die fremden Bedränger erkennen[2]). Berthier hatte, wie wir uns erinnern, schon auf dem Zuge gegen Rom jede Einmischung Neapels mit einer Kriegserklärung bedroht; man durfte nicht einmal wagen, dem bedrängten Papste eine Zuflucht anzubieten. „Gallo," schreibt die Königin später, „war vor allen dieser Meinung; er schickte Boten auf Boten nach Rom an den Fürsten Belmonte Pignatelli, damit er,

---

1) Bonaparte an das Directorium, 1. October 1797, Correspondance de Napoléon, III, 355.

2) Die Briefe aus den Jahren 1798 und 1799 füllen zwei starke Quartbände auf dem wiener Staatsarchiv. Sie sind in kaum verständlichem Französisch zum Theil mit sehr gebleichter Tinte, zum größeren Theil, weil die Beförderung unsicher war, mit Citronensaft geschrieben, der erst durch Annäherung an das Feuer sichtbar wurde. Einen doch noch immer zu vortheilhaften Begriff von der Orthographie giebt der von Rafaello Palumbo nach dem Manuscript im britischen Museum veröffentlichte Carteggio di Maria Carolina, Regina delle due Sicilie, con Lady Emma Hamilton, Napoli 1877. Die wiener Briefe bilden durchaus die wichtigste Quelle für die Stimmung des neapolitanischen Hofes, um so werthvoller, als die Berichte des österreichischen Gesandten Grafen Franz Esterhazi meistens nur auf unbedeutende Privat-Angelegenheiten sich beziehen und für wenig Anderes als die Feststellung einiger Daten zu gebrauchen sind. Von dem wirklich Bedeutenden, was beinahe unter seinen Augen vorging, scheint er nichts erfahren, oder nichts verstanden zu haben.

ohne ein bestimmtes Nein auszusprechen, doch den Papst von der Flucht nach Neapel abhielte[1])." Es waren in der That vornehmlich die Nachrichten aus Neapel, die den Papst bewogen, die Franzosen in Rom zu erwarten. Bald hatte man ein französisches Lager in Terracina dicht an der Grenze; das adriatische wie das Mittelmeer wurde von französischen Flotten versperrt. Die Königin sah keinen Ausweg, sondern in ihrer lebhaften Phantasie sich selbst und ihre Töchter in der Macht, unter den Mißhandlungen der französischen Schreckensmänner. Am meisten schmerzte sie, daß ihr Schwiegersohn, der Kaiser, alle die neuen Gewaltthaten, den offenen Bruch des Friedens von Campo Formio ganz ohne Widerspruch, ohne ein Wort der Beschwerde hingehen ließ. Es hatte sich in Folge dessen, von den Franzosen gern unterstützt, die Meinung verbreitet, Oesterreich stehe mit dem Directorium in geheimem Einverständniß, und die Briefe der Königin zeigen deutlich genug, daß sie von diesem Argwohn keineswegs frei war. „Zuerst," schreibt sie nach der Einnahme von Rom, „haben die Franzosen in Paris, und Berthier in Mailand uns versichert, sie wollten nur Genugthuung fordern und nichts für sich in Besitz nehmen; denn sie fürchteten den Kaiser und seine Truppen. Aber kaum hatten sie aus Rastatt die kalte, trostlose Antwort, daß der Kaiser nur seine Vermittlung, also nur Worte, nicht Thaten entgegensetze, so schickten sie am 27. Januar Murat aus Paris, um alles zu revolutioniren, was denn auch sogleich geschehen ist. Jetzt ist der Papst vertrieben, und sie sind Herren von Allem; denn diese Demokratie besteht nur dem Namen nach, die Franzosen sind es, die sie mit ihren Kanonen und Bayonnetten machten und aufrecht halten. Wenn derselbe Ton von Gleichgültigkeit und Kälte fortdauert, werdet Ihr uns ganz gewiß zu Grunde richten: Vater, Mutter, Schwestern, Brüder, eine junge Frau, Schwester Deines Mannes, die unser Elend, unsern Untergang theilen wird. Denn wir sind entschlossen,

1) Die Königin an die Kaiserin, 23. Mai 1798.

uns aufs Aeußerste bis zum Untergang zu vertheidigen. Land und Volk sind in guter Fassung, aber nach der See haben wir keinen Schutz; während wir uns zu Lande schlagen, fallen sie von der See, wo sie wollen, über uns her, plündern und revolutioniren durch Gewalt und durch Verführung. Aber wir sind entschlossen mit den Waffen in der Hand zu fallen, meine unschuldigen Kinder mit mir, denn wir wollen nicht betteln gehen und Andern zur Last sein und uns über die Achsel ansehen lassen. Lieber, als das, die Guillotine. Sage Deinem lieben Mann, es sei kein Augenblick zu verlieren; er muß reden und handeln als der Herr, er muß den Franzosen erklären, daß diese neue Republik dem Frieden von Campo Formio entgegen ist. So muß man wenigstens glauben," setzt sie hinzu, „und ich glaube es auch, denn ich kenne die Redlichkeit Deines Mannes und kann nicht annehmen, daß er das Haupt der Kirche und seine Schwiegereltern geopfert hätte, um noch eine Erwerbung mehr zu machen. Aber ganz Europa erzeigt ihm nicht dieselbe Gerechtigkeit und glaubt, es sei wieder eine Polonisation. — Und doch könnte er viel mehr und mit Ruhm und Ehre gewinnen, wenn er reden und handeln wollte als Vertheidiger der Kirche und Italiens. Ganz Europa hat die Augen auf ihn gerichtet. Auf uns kann er rechnen, aber nur wenn er wirklich etwas thut. Sonst müssen wir uns auf die Vertheidigung beschränken und zu Grunde gehen. Unsere Lage ist entsetzlich, die Verführung wird ganz offen betrieben; täglich kommen Generale, Offiziere, Soldaten; in Benevent und Pontecorvo, im Herzen unserer Staaten will man Freiheitsbäume errichten, seit sechs Monaten haben Fregatten und Kutter alle Häfen am adriatischen Meere sondirt, täglich trifft man Ingenieure, die unsere Stellungen aufzeichnen, verkleidete Bettler durchziehen das Land. Ich habe lange geglaubt, man wolle uns nur erschrecken und eine Contribution fordern; aber jetzt nach allen ihren Zurüstungen zu Lande und zu Wasser sehe ich wohl, daß sie eine Invasion und eine Eroberung im Sinne haben. Dein Vater plagt sich

zu Tode, daß es mir ans Herz geht, nimmt selbst die Revüen ab. Man concentrirt alle Truppen an der Grenze, die Franzosen haben schon deswegen angefragt; wir antworten, Alles sei nur zur Vertheidigung. Sie errichten ein Lager in Terracina und sind jetzt weit näher bei uns, als sie in Leoben bei Wien waren. Gleichwohl nennen sie sich Freunde, und das ist das Schlimmste von Allem, weil es jede kräftige Maßregel hindert und uns der Gefahr aussetzt, sie unversehens im Königreich und in drei bis vier Tagemärschen in der Hauptstadt zu haben[1])."

Die Schwierigkeiten waren in der That nicht gering. Die Demagogen und die französischen Commissäre in Rom benutzten mit eifriger Freude jede Gelegenheit, an dem verhaßten Hofe von Neapel Rache zu nehmen. Man ging so weit, die Anerkennung der Lehnspflicht zu fordern, über welche Neapel schon so lange Zeit mit dem Papste gestritten hatte; als der König sie verweigerte, wurden seine Besitzungen in Rom mit Beschlag belegt. Dazu kam dann das Erscheinen der früher in Corfu befindlichen französischen Flotte und die unaufhörlichen Rüstungen in Genua und Toulon. Um so eifriger rüstete man auch in Neapel, und um so dringender war der Wunsch, durch eine neue Einigung mit Oesterreich Sicherung und Schutz zu erhalten. Gallo, der im Herbst 1797 aus Wien nach Neapel zurückgekehrt war, erhielt im März einen Nachfolger. Die Königin hätte am liebsten ihren Günstling, den Fürsten Belmonte Pignatelli, geschickt, denselben, der im Jahre 1796 die Verhandlungen mit den Franzosen geführt hatte; aber gerade darum und noch um anderer Gründe willen weigerte man sich in Wien, ihn anzunehmen. Die Wahl fiel dann auf einen Fürsten Campochiaro, weil, wie die Königin schreibt, kein besserer zu finden war, es scheint, einen ganz nichtigen, unbrauchbaren Menschen. Denn während die Königin am 27. März in die Klagen ausbricht: „Das Wasser steht uns bis an die Kehle, wir erwarten Nachrichten aus Wien,

1) Briefe der Königin vom 23. Februar.

wie den Messias," brauchte der Gesandte anderthalb Monate, um den Weg von Neapel in die österreichische Hauptstadt zurückzulegen, wo er erst am 21. April anlangte [1]). Es begann nun zwischen ihm und Thugut eine Unterhandlung, die am 19. Mai zur Unterzeichnung eines Vertrages führte. Die beiden Staaten schlossen ein Vertheidigungs-Bündniß gegen jeden feindlichen Angriff. Oesterreich verpflichtete sich, in Italien und Tyrol 60000 Mann, Neapel 30000 Mann unter Waffen zu halten, die bei dringender Gefahr auf 80000 und 40000 Mann vermehrt werden sollten [2]). Die Kaiserin, sehr erfreut über den Abschluß, schreibt ihrer Mutter einige Tage später, der Kaiser habe alles, was immer möglich, gethan, um die Interessen beider Staaten zu vereinigen. Aber in Neapel war man anderer Meinung. Das Directorium konnte, den bestimmten Erklärungen Oesterreichs gegenüber, Neapel noch nicht feindlich behandeln. Im April hatte Bernadotte der Kaiserin in Wien ausdrücklich eine beruhigende Versicherung gegeben. Zu derselben Zeit kam in Paris eine Art von Uebereinkunft zu Stande, welche dem König gestattete, gegen Zahlung einer bedeutenden Geldsumme die Enclaven des Kirchenstaates, Benevent und Pontecorvo, am 18. April in Besitz zu nehmen [3]). Die Hauptsache war, daß auch die große französische Flotte ohne Feindseligkeit an Sicilien vorüberfuhr. Die Königin athmete auf; es scheint wenigstens für den Augenblick eine friedliche Stimmung überwogen zu haben. Als Nelson wenig später in die Bucht von Neapel einlief, wurde er weder in den Hafen eingelassen, noch sonst, wie er forderte, unterstützt; dem englischen Gesandten in Neapel, so wie seinen Vorgesetzten in London schreibt er im bittersten Unmuth darüber. Der Vertrag mit Oesterreich, wie Thugut ihn entworfen

1) Keller an das preußische Ministerium, 25. April.

2) Martens, Recueil des traités, VII, 254. Die geheimen Artikel und die noch zu erwähnenden Zusatz-Artikel zuerst bei L. Neumann, Recueil de traités conclus par l'Autriche I, 596, Leipzig. 1855.

3) Esterhazi, 24. April.

hatte, enthielt in geheimen Artikeln die Bestimmung, daß Neapel auch beim Ausbruch des Krieges in Deutschland sofort zur Hülfe verpflichtet sei, und übernahm die Garantie der beiderseitigen Besitzungen nur gegen einen Angriff von Seiten Frankreichs und der neu errichteten Republiken. Die Königin wollte sich dagegen ausschließlich für den Fall verpflichten, daß es in Italien zum Kriege käme, und die Garantie verlangte sie nicht allein gegen Frankreich, sondern gegen jeden Feind, insbesondere gegen Spanien, das noch gefährlicher als Frankreich werden könne. „Denn," setzt sie hinzu, „es besteht ein nationaler Haß gegen die Franzosen, aber Zuneigung für die Spanier, die in der That, wovor Gott uns bewahren möge, begründete Ansprüche für sich und den Infanten von Parma erheben könnten." Sie klagt bitter über Thugut, der den unerfahrenen Campochiaro überrascht und zur Ueberschreitung seiner Instructionen genöthigt habe[1]). Auch die Kaiserin weiß dem Minister wenig Dank. „Mein lieber Mann," antwortet sie der Mutter am 16. Juli, „hätte die kleinen Veränderungen, die Sie wünschten, schon bewilligt; mit etwas Zeit und guten Worten wäre es gewiß gegangen. Aber Thugut, dessen Ehrgeiz und Eigenliebe, um die Wahrheit zu sagen, sich verletzt fühlten, hat durchaus nicht gewollt. Der einzige richtige Grund scheint mir der, daß die Franzosen im Falle eines Krieges uns sicher in Deutschland angreifen, wo wir schwach sind, während wir sie in Italien angreifen müssen, was ohne Unterstützung meines lieben Vaters nicht wohl geschehen kann[2])." In diesem Punkte mußte die Königin

1) Die Königin am 13. und 18. Juni.

2) Vgl. auch Thugut an Dietrichstein, 17 Juli, bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. LXXVII. Journal and Correspondence of Lord Auckland III, 390, 425, IV, 23, 39: Morton Eden an Auckland 4. Juli: Besides the patent articles, which contained the ordinary stipulations, there were four secret ones, which confined the operation of the treaty to France and the new republics, its allies; and stated that the casus foederis should be deemed to exist if the Emperor be attacked on the side of Germany, since hostilities on that side must be ine-

sich fügen, die Garantie wurde ihr dagegen zugestanden. Auch sollte den Neapolitanern gestattet sein, den englischen Schiffen Aufnahme in die Häfen, Proviant und andere Erleichterungen zu gewähren. Wenn das Directorium darin einen Vorwand zum Kriege fände, wollte der Kaiser die versprochene Hülfe eintreten lassen. Am 17. Juli sendet Thugut an Colloredo zwei Artikel, die er eben den Wünschen des neapolitanischen Hofes gemäß entworfen habe. Sie seien dem Geiste des Vertrages und den Interessen Oesterreichs nicht entgegen, und er werde sie unterzeichnen, sobald der Kaiser, wie es noch am selbigen Tage geschieht, die Redaction genehmigt habe[1]).

Auch in Neapel war die Königin jetzt sehr erfreut, den Vertrag zu erhalten. Die friedlichen Hoffnungen und Wünsche waren von kurzer Dauer gewesen. Gerade als sie den Klagebrief an die Tochter schrieb, am 13. Juni, hörte man in Sicilien den Donner der französischen Kanonen gegen Malta; bald kam die Nachricht von der Einnahme der Insel, und dadurch waren auch die schlimmsten Befürchtungen der Königin, wenn nicht in Erfüllung gegangen, doch neu geweckt. „Wenn die

vitably and immediately followed by hostilities in Italy. The Neapolitan Government objects to these stipulations, and has sent back the treaty in a new form, suppressing the secret articles, and confining the casus foederis to an aggression in Italy. What the Empress's influence may effectuate I cannot determine; but M. de Thugut says, and very justly too, that in its new form the treaty would be exclusively to the advantage of Naples, since France will never be the aggressor on the side of Italy; and so meanly do I think of those who guide the counsels of the King of Naples, that I believe they would not scruple to show the treaty to France, if concluded in its new form, in order to deprecate the wrath of the Directory, who, of course, would take care to render its stipulations useless to this country.

1) Vortrag Thugut's an den Kaiser vom 17. Juli. Mit einem Vortrag vom 22. August unterbreitet er die beiden aus Wien vom 18. Juli datirten, in Neapel am 31. Juli ratificirten Zusatz-Artikel. Wahrscheinlich ist an demselben Tage auch die Ratification der früher verworfenen geheimen Artikel erfolgt, aber auf den 16. Juni zurückdatirt.

Franzosen," schreibt sie einige Tage später, „wie zu befürchten steht, in Lavaletta sind, so wird kein Mensch sie daraus vertreiben. Für uns ist es ein unberechenbares Unglück, denn in wenigen Stunden sind sie in Sicilien, wie und wo sie wollen; außerdem gehört Malta zu Sicilien, und dem König als Suzerain; er ernennt den Bischof, und die Tribunale appelliren an die sicilianischen. Wir haben in Wien, Paris, Madrid, London und Petersburg protestirt, aber ich weiß wohl, daß nichts sie von da vertreibt, als eine stricte Blocade, die sie vor Hunger umkommen läßt. Es ist undenkbar, daß diese furchtbare, ungeheure Rüstung kein anderes Ziel als Malta gehabt haben sollte; ich meine, es stecken noch viele Entwürfe gegen uns dahinter. Sie erwarten nur den rechten Augenblick, um mit allen ihren Kräften über uns herzufallen. Sicilien kann angegriffen und aus Mangel an Vertheidigung zur Republik gemacht werden. Die Sicilianer werden sich niemals, wie die Cisalpiner und Römer, erniedrigen lassen, eher machen sie drei andere sicilianische Vespern; ich glaube auch nicht, daß sie sich jemals mit den Franzosen vermischen. Aber wenn man die Republik einführt, ist es für uns dasselbe. Sicilien verlieren heißt den besten Theil, die bessere Hälfte von unserem und unserer Kinder Eigenthum verlieren, für das nicht einmal ein Ersatz zu finden wäre: denn die Romagna ist von vorn bis hinten verwüstet, entvölkert, beraubt; aber Sicilien ist fruchtbar, bevölkert, reich an Erzeugnissen aller Art. In einer Woche hat man für eine Million Silbergeschirr in die Münze geliefert. Von einem Augenblick zum andern zittere ich zu hören, daß die verfluchten Franzosen dort sind. Wir schicken Offiziere, Waffen, Artillerie, entblößen uns aber dadurch nach der andern Seite[1])." Aus Allem zieht sie den Schluß: man müsse sobald als möglich eine neue Coalition zu Stande bringen und den Franzosen zu Leibe gehen. Noch jetzt sei der Augenblick günstig, wenn auch nicht mehr in dem Grade wie

1) Die Königin am 18. und 20. Juni.

vor zwei Monaten; bis zum Herbst könne sich alles verändert haben. Die Tochter theilt durchaus die Gesinnungen der Mutter. „Ihr Brief vom 20. Juni," antwortet sie am 16. Juli, „hat mich sehr betrübt, denn ich sehe die Sachen gerade wie Sie. Man behandelt hier die Einnahme von Malta wie eine Bagatelle; für mich ist sie eine sehr ernste Sache. Malta ist gewiß nicht ohne andere Absichten besetzt, und ich fürchte, sie gehen gegen Neapel und Sicilien. Für mich, Ihre aus Pflicht und Liebe ergebene Tochter, wäre es der Tod, und Gott gnade den Andern, wenn die beiden Königreiche genommen sind. Man sagt: wir werden es hindern. Aber wie? Bis unsere Truppen mit den Ihrigen sich vereinigen, werden die Schurken alles genommen haben: Schiffe, Geld, Menschen, Lebensmittel, und wer wird sie dann vertreiben? Ich betrachte den Krieg als durchaus unvermeidlich; aber die Verblendung des Jacobinismus, ich weiß nicht, wie ich es anders nennen soll, wird zur Strafe unserer Sünden bewirken, daß wir ihn erst anfangen, wenn er zu unserem Untergange führt. Jeder Tag für uns verloren, ist ein Jahrhundert für sie gewonnen. Ihre Grundsätze bereiten unter der Hand den Weg für ihre Waffen. Wenn wir noch ein Jahr warten, werden wir alle, einer nach dem andern verspeist. Diese Aussicht ist sehr traurig, besonders für eine Mutter; ich fühle es für Sie wie für mich und leide mehr, als ich es zeige."

Wir haben früher gesehen, welche Gründe damals in Wien entscheidend waren; ohne Oesterreich konnte Neapel aber nicht an einen Angriff denken. So verhielt man sich noch eine Zeitlang ruhig, um so mehr, als auch das Directorium fortfuhr, eine freundlichere Sprache zu führen, und eben eine Persönlichkeit aus Neapel abberufen hatte, deren Anwesenheit die Königin in ganz besonderer Weise peinlich berühren mußte.

Als Gesandter der Republik war im Frühling Dominicus Garat nach Neapel gekommen, der frühere Justizminister, der in dem Prozeß Ludwig's XVI. eine Rolle gespielt und dem König das Todesurtheil verkündigt hatte; auch dieser weder ein

böser Mensch, noch ohne Fähigkeiten, aber, wie Ginguené, einer jener halbwissenden Schöngeister, die damals unter den französischen Diplomaten durch Hochmuth und Pedanterie von Allen die unerträglichsten wurden. Schon vorläufig hatte er für seinen Empfang Forderungen gestellt, welche die Königin als impertinente bezeichnet[1]). Am 30. April langte er an und hielt es, wie zu denken, für seine erste Pflicht, sich durch eine große oratorische Production bei dem Könige einzuführen. Im Stil des Telemach oder vielmehr der Romane Florian's verbreitete er sich über die Segnungen der Freiheit und Tugend, und den Edelmuth der französischen Republik, gab dem Könige die weisesten Rathschläge für seine und seiner Völker Glückseligkeit, aber alles dies nur als Einleitung, um sich dann in dem Glanze seiner eigenen Vorzüge zu spiegeln. „Nicht deshalb," sagte er, „hat das Directorium seine Wahl auf mich gelenkt, weil es mich in den Hallen der Gunst und des Ehrgeizes hat herumirren sehen. Ich habe gelebt in ländlicher Stille, in den Lyceen und unter den Säulengängen der Philosophie. Wenn die Revolutionen und eine Republik mich mit Titel und Amt, die mehr als einem Volke nützlich werden können, an Ew. Majestät absenden, so ruft die Einbildungskraft jene Zeiten des Alterthums zurück, wo aus der Mitte der griechischen Republiken Philosophen, die nur deshalb einen Namen hatten, weil sie zu denken verstanden, an diese selbigen Gestade, auf diesen selbigen Continent, auf diese selbigen Inseln ihre Wünsche für das Heil der Menschheit hinübertrugen. Hier wo Sie herrschen, Sire, inmitten der erstaunlichsten Schauspiele des Himmels und der Erde, zur Seite dieser Vulkane, deren immer geöffnete, immer rauchende Schlünde an die feurige Lava erinnern, die sie ausgespien haben und ausspeien werden, hier scheint es mir, o König! muß jeder, unter welchem Namen er auch lebe, sei es als Republikaner oder als König, um so mehr den Drang empfinden, durch eine dauernde Wohlthat für die

1) Die Königin am 24. April; Esterhazi, 1. Mai.

Menschheit sein kurzes, flüchtiges Dasein zu verewigen." Von allem, was damals republikanische Redekunst zu leisten pflegte, lieferte dieser neue Pythagoras oder Cineas mit der dreifarbigen Schärpe das Meisterstück. Talleyrand sagte dem preußischen Gesandten in Paris, Garat habe wie ein Schulmeister gesprochen, ganz Europa würde in ein Gelächter ausbrechen[1]). Für den König, der am besten die Sprache der Fischer und Lazzaroni verstand, hätte er ebensowohl griechisch reden können. Die Königin hatte sich von dem Empfange fern gehalten, aber Garat ruhte nicht, bis er auch ihr am folgenden Tage eine Lection ertheilen konnte. „Diesen Morgen," schreibt sie am 9. Mai, „habe ich das Opfer gebracht, den Bösewicht Garat, unsern außerordentlichen Gesandten, zu sehen. Ich gestehe, meine Nerven haben einen schrecklichen Stoß erhalten, als ich den Justizminister sehen mußte, welcher der Hinrichtung seines Königs, des Gemahls meiner unglücklichen Schwester beigewohnt hat, ihn sehen mußte mit der Miene eines Eroberers, um mich einzuschüchtern. Ich denke selten in die Stadt zu kommen, so lange dieser Mensch da ist, um so weniger, als ich überzeugt bin, daß er nebst seiner Cohorte Streit suchen und irgend einen Volksauflauf anstiften wird. Er belustigt sich, von seinen Balconen Geld unter das Volk zu werfen. Mit seinen Satelliten sieht er aus, als wären sie maskirt: ein ungeheuerer Säbel, schwarze Haare, Uniform, Stiefel, eine ungeheuere dreifarbige Schärpe, das ist ihr Aeußeres. Unsere Botschafterin ist eine entlaufene Nonne[2])." Bei

---

1) Sandoz an das Ministerium, 16. Juni. Esterhazi war bei der Audienz am 7. Juni zugegen. Er berichtet am folgenden Tage, die Anrede habe über eine Viertelstunde gedauert und mit einer Predigt über den Vesuv geschlossen; der König habe dann kurz den Wunsch geäußert, mit der Republik in Frieden zu leben.

2) Die Königin am 9. und 19. Mai. Wie wenig sie ihre Gefühle verbarg, zeigt ein Brief Daunou's an La Revellière Lepeaux aus Rom vom 15. Juni, als er eben von einer Reise nach Neapel zurückkam: „Die Regierung ist nicht besser (aussi détestable), als die von Robespierre; es fehlt nur die

alledem war sie froh, daß er friedliche Versicherungen des Directoriums überbrachte und selbst für ein gutes Verhältniß zu wirken versprach. Aber es währte nicht lange. Am 18. Juni berichtet sie: „Der schändliche Garat, der täglich nicht Noten sondern Schmähschriften überschickt, hat eben wieder eine von seltener Unverschämtheit abgehen lassen. Er mischt sich in den Prozeß der Jacobiner und verlangt unter Drohungen, daß alle innerhalb dreier Tage in Freiheit gesetzt werden; zur Belohnung will Frankreich die neuen Republiken abhalten, uns zu beunruhigen. Leere Worte! Man wird es machen, wie in Piemont, wo der Adjutant des General Brune in den Reihen der Insurgenten getroffen wurde mit den Briefen des Generals in der Tasche. Wer kann diesen Schurken trauen?" Eine wesentliche Erleichterung war es deshalb, daß um eben diese Zeit die Bemühungen des neapolitanischen Gesandten in Paris und wohl nicht weniger Garat's Ungeschicklichkeiten seine Abberufung herbeiführten. Am 30. Juni gibt er Bonaparte die letzten Nachrichten aus Neapel, das er Tages darauf zu verlassen denkt. Er schließt mit der Bitte, der General möge ihm doch eine oder zwei Inseln schenken. „Ich fordere sie," schreibt er, „so wie ein Maler, der Ideen im Kopfe und einen Pinsel in der Hand hat, Leinwand und Farben fordert. Durch langes Nachdenken glaube ich die Mittel gefunden zu haben, durch Macht und Gewalt ein ganz neues Menschengeschlecht zu schaffen, das von den Fehlern und Thorheiten der vergangenen Geschlechter beinahe frei sein würde[1])." Man sieht, der Graf von Windischgrätz hatte bei seinen Weltverbesserungs-Plänen einen Nebenbuhler, der ihm bei dem rastatter Congreß hätte

---

Guillotine. La haine de la reine pour les Français va jusqu'à la frénesie. Le roi n'est guère que plus bête qu'elle, et n'est pas beaucoup moins malveillant. Garat denkt jetzt gerade wie Trouvé, der nicht, wie man früher glaubte, übertrieben hat. Man braucht nicht den Krieg zu erklären, muß aber eine feste Sprache führen." Mémoires de Larevellière-Lepeaux publiés par son fils, Paris 1873, III, 387.

1) Correspondance inédite de Napoléon, V, 186.

gefährlich werden können. Es fragt sich nur, ob einer von Beiden seine Inseln mit ebenso viel Verstand regiert haben würde, wie der Schildknappe des spanischen Ritters die Insel Barataria.

Der Prozeß, in welchen der französische Gesandte sich eingemischt hatte, war der große, noch immer nicht entschiedene Staatsprozeß, der, durch Acton's Intriguen gegen den Ritter Medici angezettelt, eine große Zahl angeblicher Verschwörer seit vier Jahren im Kerker hielt. Es wird der Königin nachgerühmt, sie habe auf die Bitte zweier vornehmen Mütter dahin gewirkt, daß man die Gefangenen wenigstens vor Gericht stellte[1]). Das Ende war, da sich nichts beweisen ließ: daß alle freigesprochen wurden. Der öffentliche Ankläger Vanni, der Justizminister Castelcicala wurden mit Schande bedeckt; selbst Acton zog sich aus Aerger über den Ausgang und zugleich, um den oft wiederholten Klagen der Franzosen einige Nachgiebigkeit zu zeigen, offiziell von der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zurück. An seine Stelle trat de Gallo und das Bestreben, den Krieg mit Frankreich, im Sinne des wiener Cabinets, zunächst noch zu vermeiden. Der König ließ sich nicht bewegen, den Aufständischen in der Romagna und im Kirchenstaat die so dringend erbetene Unterstützung zu gewähren, weigerte sogar jede Zuflucht über die von einem Cordon streng bewachte Gränze, und wenn die Franzosen in Malta sich beklagten, daß man sie verhindere, in Sicilien Proviant zu holen, so war Nelson kaum weniger erbittert, als man ihm bei der ersten Rückkehr aus Aegypten Aufnahme in den Hafen von Syrakus, ja sogar die nothwendigen Lebensmittel verweigerte. Sehr zur rechten Zeit kam ihm die Verwendung einer Frau zu Gute, die wir schon hätten nennen können, weil ihr Einfluß auf die Königin in den letzten Jahren mehr und mehr eine politische Bedeutung erlangt hatte. Goethe erwähnt in seinen Briefen aus Neapel öfters eines jungen Frauenzimmers,

1) Colletta, Storia del Reame di Napoli, lib. III, cap. 29.

das mit seltener Schönheit begabt, in dem Hause des englischen Gesandten Sir William Hamilton durch mimische Darstellungen die Zuschauer zu entzücken wußte[1]). Miß Emma Harte-Lyons wurde im September 1791 Lady Hamilton, Gattin des mehr als vierzig Jahre älteren Gesandten, und in die vornehme Gesellschaft von England und Neapel aufgenommen, ohne daß ihre zweideutige, wenn nicht schmachvolle Vergangenheit ein Hinderniß gebildet hätte. Auch bei Hofe gewann sie, nicht blos durch die Stellung ihres Gemahls, Ansehen und Einfluß. Nicht lange, und sie war die bevorzugte, unzertrennliche Freundin der leicht erregbaren Königin, ein Verhältniß, das in dem vor kurzem veröffentlichten Briefwechsel der beiden Frauen deutlichen Ausdruck gefunden hat. Nelson war schon im Jahre 1793, damals noch Capitän eines Linienschiffes, ihr nahe getreten. Ihrem Wunsche, die Sache Englands zu fördern, gesellte sich jetzt der Eifer, einem Freunde nützlich zu sein; und es scheint, daß wesentlich ihre persönliche Vermittlung bei der Königin den Befehl erwirkte, die englische Flotte mit Wasser und andern Lebensmitteln reichlich zu versorgen[2]). Freilich nur unter der Hand, weil man Beschwerden der Franzosen fürchten mußte. Wenig später trat aber eine Wendung ein. Am 31. Juli erhielt man aus Wien den von Thugut und Campochiaro am 18. unterzeichneten Zusatz zum Bündnißvertrage, und ohne

---

1) Italienische Reise, Caserta, 16. März 1787 und öfters.

2) Nelson an Sir William und Lady Hamilton, 22. Juli, Dispatches and Letters III, 47. Die Thatsache ist später in Zweifel gezogen, als die in das tiefste Elend gerathene Frau bei der britischen Regierung um eine Pension nachsuchte. Auch Nicolas, der Herausgeber der Dispatches and Letters, möchte den angeführten Brief, als zwei anderen an Hamilton vom 22. und 23 Juli widersprechend, für eine ungeschickte Fälschung erklären. Nach meiner Ansicht mit Unrecht. Denn in den letzteren redet Nelson von der Einfahrt in den Hafen, die verweigert wurde, in dem zuerst genannten von den Lebensmitteln, die man ihm zukommen ließ. Wäre der Brief auch unecht, so würde die eifrige Verwendung der Lady durch den Brief der Königin vom 28. Juli (Palumbo a. a. O. S. 175) außer Zweifel gesetzt.

Säumen erfolgte jetzt auch in Neapel die Ratification. Schon am 1. August schreibt Acton dem englischen Gesandten, der König befinde sich seit gestern in einer andern Lage; Nelson und jedes englische Geschwader könne der herzlichsten Aufnahme in den Häfen des Königreiches versichert sein. „Aber," setzt er hinzu, „wir sind nun Nelson's wegen direct dem Kriege mit Frankreich ausgesetzt. Sollen wir in dieser Lage verlassen werden? Wird der Admiral aufs neue, ohne die Stellung der Franzosen zu kennen, in die Levante zurückkehren und das Königreich ihren Angriffen preisgeben? Bonaparte hat sich verborgen, Gott weiß, wo er steckt, ob wir ihn nicht in wenigen Tagen wieder hier sehen [1])."

Es war gerade der Tag, an welchem Nelson den Franzosen bei Abukir begegnete; aber es dauerte noch geraume Zeit, bis die Kunde nach Europa gelangte, und bis dahin konnte Neapel auf eigene Hand nichts unternehmen. Freilich, wäre es auf die Königin angekommen, sie hätte schwerlich so lange gewartet. Sie sieht den Krieg nun einmal als unvermeidlich an. „Die jetzige Lage ist unerträglich," schreibt sie ihrer Tochter, „das Papiergeld um 25 Procent gesunken. Die Grenze ist der Hauptstadt so nahe! Ein einziger Unfall könnte die Feinde bis an die Thore führen, wo sie sogleich eine Revolution anstiften würden. Eine feste, gute Stellung findet man nur jenseits Rom bei Foligno und Perugia." Sie schildert den Aufstand in der Romagna und in Terracina. „Die Leute haben die neapolitanischen Fahnen aufgepflanzt und inständig gebeten, der König möge kommen und sie befreien; man muß weinen und wird ganz erschüttert, wenn man die Briefe liest. Wir haben sie nicht aufgeregt; ich muß gestehen, ich glaube, man hätte wohl daran gethan; aber wir üben noch die Redlichkeit der alten Ritter-Zeiten gegenüber diesen Schurken, den würdigen Nachkommen von Cartouche. Der König ist ärgerlich, daß allerlei Bedenklichkeiten ihn abgehalten haben, vor-

1) Nelson, Dispatches and Letters, III. 94.

zugehen. Welchen günstigeren Augenblick hätte man finden können, die Guten anzufeuern, die Völker zu gewinnen, der Revolution, den Greuelthaten ein Ziel zu setzen und eine gute Stellung zu nehmen? Das wäre der Wunsch des Königs und der meinige. Aber alle Minister sagen, es sei zu unvorsichtig, zu gewagt; Dein lieber Mann sei vielleicht noch nicht bereit oder nicht willens, den Krieg jetzt wirklich anzufangen; dann würde die ganze Macht der Franzosen auf uns fallen und uns zu Grunde richten. Man müsse auch auf die Escadre Bonaparte's Rücksicht nehmen. Kurz man hat das Vorgehen verschoben und vielleicht die beste Gelegenheit, die wir jemals haben werden, versäumt, um Deinen lieben Mann nicht voreilig zu verwickeln. Aber ich fürchte, die Franzosen werden das, was geschehen ist, als Vorwand benutzen, sich mit verstärkter Macht an der Grenze festzusetzen, und man lebt nicht mehr, wenn man täglich den Frechheiten dieser Taugenichtse ausgesetzt ist." Sie wünscht baldmöglichst einen österreichischen General herbei: Mack oder Hotze, und daß der Kaiser sich bestimmt über seine Absichten aussprechen möge[1]). Die Kaiserin war wieder ganz mit der Mutter einverstanden. Verschiedene Aeußerungen ihrer Briefe lassen schließen, daß sie bei dem Kaiser ihre Ansicht über seine Politik und den Widerspruch gegen Thugut hatte verlauten lassen, aber ohne Erfolg, vielleicht nicht ohne eine für sie schmerzliche Zurückweisung. „Was soll ich Ihnen sagen, liebe Mutter?" antwortet sie Anfangs September, „wir sind nicht wie sonst; ich muß schweigen. Aber so sehr ich meinem lieben Mann ergeben bin, zustimmen kann ich ihm nicht. Ich soll Ihnen in seinem Auftrage versichern: er hoffe, Sie würden, da Sie seine Redlichkeit kennen, überzeugt sein, daß er sich an den Vertrag halten würde. Werden Sie angegriffen, oder greifen Sie an, so wird er gewiß gleich handeln, aber für sich will er den Krieg noch nicht anfangen, sondern bis zum Frühjahr warten. Gott im Himmel! sechs

1) Aus Briefen der Königin vom 2. und 12. August.

Monate verloren! Die Franzosen verstärken sich nach Innen und nach Außen, die Verführung nimmt mit großen Schritten ihren Fortgang. Jetzt wo Bonaparte mit 40000 Mann in Aegypten, wo Italien, die Schweiz, die Niederlande im Aufstand sind, jetzt wäre der Zeitpunkt, Europa von diesen Scheusalen zu befreien. Warten wir bis zum Frühjahr, so wird ganz Rußland uns nichts mehr helfen. Ich will meinen lieben Mann nicht tadeln, er verdient es nicht, er ist gut, und die ihn umgeben, fassen ihn bei seiner schwachen Seite, die löblich ist, bei der Ehrlichkeit. Sie sagen, es sei Verrath und Treubruch, die Franzosen ohne Ursache anzugreifen. Darauf wage ich, eine unwissende Frau, zu erwidern: War es Wort halten, wenn man Rom, die Schweiz, Malta, den Rhein genommen hat? Liebe Mutter, ich höre und sehe so Vieles, daß ich nicht weiß, was ich denken oder sagen soll. Welchen Weg wird man nehmen, was wird man thun, wenn ganz Europa revolutionirt ist? Man sieht die drohende Gefahr und thut doch nichts, um sie abzuwenden. Ich muß aus Klugheit schweigen, aber heimlich seufze und weine ich, daß alles, was ich liebe, zu Grunde geht. Um alles Gold der Welt möchte ich Ihnen keinen Rath geben oder etwas vorschreiben, aber meine Ansicht ist die Ihrige und die meines lieben Vaters: er sollte vorgehen, handeln, den Römern beistehen, der Retter Italiens werden. Aber hier sage ich nichts. Ich höre und leide viel, nicht von meinem lieben Mann, dessen ich mich nur zu loben habe, da er mir alle Freundschaft, Vertrauen, Achtung, Rücksicht beweist; aber man thut das Mögliche, mir sein Vertrauen zu nehmen; sobald eine Sache in's Gespräch kommt, gleich will man durch tausend Andeutungen ihn glauben machen, daß ich dahinter stecke. Ich habe ein empfindliches Gemüth, und Alles greift mich an, aber es ist mir genug, daß Sie und mein lieber Mann mich lieben, und daß das Gute geschieht; dann will ich Alles ertragen. Setzen Sie nur, wenn der Krieg wieder ausbricht, Ihr kostbares Leben und das meiner lieben Schwestern in Neapel nicht auf's Spiel. Das Meer ist jetzt

frei; wenn Sie sich in Apulien einschiffen, sind sie sogleich bei uns in Dalmatien. Sie werden niemals einem Menschen zur Last fallen, wie viel weniger Ihren Kindern, die es sich als Gnade und Ehre schätzen, Ihnen in Allem zu Diensten zu sein. Der General Mack steht Ihnen zu Befehl; er kommt morgen hieher, da er am 15. nach Neapel abreisen will[1]). Mein lieber Mann wird bewirken, daß er noch früher abreist. Ich hoffe, er wird Ihnen gute Dienste leisten, da er nach meiner Meinung einer unserer besten Generale und mit allen Zweigen des Kriegswesens wohl vertraut ist."

Als dieser Brief nach Neapel gelangte war der Schleier gefallen, der die Ereignisse im Orient bedeckt hatte. Noch um die Mitte August wußte Niemand in Neapel, wohin die französische Expedition sich gewendet habe. „Es ist ganz unbegreiflich," schreibt die Königin, „wie eine solche Flotte sich so lange verbergen kann. Einer sagt, sie plünderten Algier, ein anderer, sie gingen nach Gibraltar, ein Dritter in den Archipel, um Constantinopel und dann die Krim und Polen zu revolutioniren. Dann sagt man, sie seien in Corfu, was für uns von Allem das Schlimmste wäre[2])." Worin lag der Grund dieser langen Ungewißheit? Nelson hatte sogleich nach der Schlacht bei Abukir zwei Schiffe als Boten abgesandt. Aber das eine, der Leander, ein kleines Linienschiff von fünfzig Kanonen, wurde von dem bei Abukir entkommenen französischen Linienschiff, le Généreux, in der Nähe von Creta genommen, das andere mußte den Umweg über Gibraltar einschlagen, um zuerst dem Admiral St. Vincent Nachricht zu geben; erst am 3. September langte der Kapitän Capel in Neapel an. Man kann sich vorstellen, welchen Eindruck seine Nachrichten hervorbrachten. „Wie soll ich Ihnen das Entzücken der Königin

---

1) Thugut schreibt am 8. September an Colloredo (Vivenot, Vertrauliche Briefe II, 120): Mack est venu me voir ce soir. Etwa vom 7. September wird also der Brief der Kaiserin zu datiren sein.

2) Briefe der Königin vom 2. und 12. August.

schildern," schreibt Lady Hamilton an Nelson? „Es ist unmöglich. Sie schrie laut auf, küßte ihren Gemahl und ihre Kinder, lief wie außer sich durch das Zimmer, schrie, küßte, umarmte jeden in ihrer Nähe mit dem Ausruf: O tapferer Nelson! Gott schütze und bewahre unsern tapfern Befreier! Was sind wir ihm schuldig! O! daß mein volles Herz ihm selbst sagen könnte, was wir ihm verdanken [1])." „Die große und glückliche Nachricht von der Zerstörung der französischen Flotte," schreibt die Königin selbst an ihre Tochter, „ist gestern gerade zur rechten Zeit gekommen, um die Gutgesinnten zu beleben und die Bösen einzuschüchtern. Unsere Zustände sind sehr bedenklich; es fehlt durchaus an klingender Münze, die jeder aus Furcht oder Bosheit verbirgt. Niemand will für Papiergeld etwas verkaufen, dadurch entsteht eine allgemeine Unzufriedenheit. Am 2. September hat man in allen Provinzen und Ortschaften die allgemeine Recrutirung vorgenommen; das Ergebniß wissen wir noch nicht, aber in der Nähe ist es an mehreren Orten zu Unruhen gekommen. In Portici hat man sich mit bewaffneter Hand widersetzt, in Resina ebenfalls; diese Nacht sind Grenadiere, Cavallerie und Kanonen abgegangen, sie zu zwingen; an andern Orten geht es ebenso. Der König nimmt es sehr zu Herzen, daß gerade die am meisten begünstigten Orte sich am schlechtesten aufführen. Man wird sie zwingen, denn man darf nicht nachgeben. Die Beispiele sind zu traurig. Alles dies machte uns gestern sehr unglücklich. Aber die vortreffliche Nachricht war ein großer Balsam für mein Uebel [2])."

---

1) Nelson, Dispatches and Letters, III, 125.

2) Die Königin am 4. September. Auch aus diesem Datum ergiebt sich, daß Capel am 3. September in Neapel ankam, nicht am 4., wie der Herausgeber der Dispatches and Letters, III, 71 angibt. Einige Daten über die Verbreitung der Nachricht mögen hier noch eine Stelle finden. Capel, der am 4. von Neapel weiter reiste, brachte sie mit damals ganz ungewöhnlicher Schnelligkeit am 15. September nach Wien, und über Cuxhaven am 2. October nach London. In Malta erhielt man sie am 28. August durch

Nichts glich denn auch dem Triumph, mit welchem Nelson empfangen wurde, als er am 22. September sein siegreiches Schiff in den Hafen von Neapel führte. „Ich muß versuchen, Dir etwas von dem, was hier vorgegangen ist, mitzutheilen," schreibt er am 25. September an seine Frau. „Aber wenn es schon so ergreifend war, für die, welche nur durch die Bande der Freundschaft mit mir vereinigt sind, was muß es sein für mein geliebtes Weib, mein Alles, das mir in dieser Welt das Theuerste ist. Sir William und Lady Hamilton kamen mir, umgeben von zahlreichen geschmückten Fahrzeugen, auf dem Meere entgegen. Diese meine sehr ehrenwerthen Freunde waren in Wahrheit ernstlich krank gewesen, zuerst vor Sorge, dann vor Freude. Man hatte Lady Hamilton unvorsichtiger Weise alles in einem Augenblick erzählt; es wirkte, wie ein Schuß; sie sank wie todt zusammen und ist noch nicht vollkommen hergestellt. Meine verehrten Freunde legten am Schiffe an. Lady Hamilton flog auf und mit dem Ausruf: O Gott, ist es möglich! sank sie mehr todt als lebendig mir in die Arme. Thränen gaben ihr Erleichterung, als auch der König anlegte. Die Scene war in ihrer Weise ebenso interessant. Er ergriff meine Hand und nannte mich seinen Befreier und Beschützer. Ganz Neapel nennt mich nostro liberatore; die Art, wie die niederen Klassen mich begrüßten, war wirklich ergreifend." Daß auch die höchsten Klassen an Geschenken und Auszeichnungen nichts fehlen ließen, braucht nicht bemerkt zu werden. Sein Geburtstag am 29. September wurde wie ein öffentliches Fest begangen. Alles, was er in den letzten fünf Monaten erlebt: zuerst die vergeblichen Fahrten, dann die Schlacht, die Wunde, der Sieg, dann wieder eine Krankheit, die ihn zwei Tage hindurch am Rand des Gra-

---

den Guilleaume Tell, das eine der geretteten Linienschiffe, in Toulon am 7. September, theilte aber die Privatbriefe erst vier Tage später aus. Nelson, Dispatches and Letters III, 73. Nouvelles politiques de Leyde, 2. October, 5. October Supplém.

bes hielt, und jetzt in plötzlichem Wechsel unter dem Himmel von Neapel das Uebermaß der Schmeichelei und die bestrickenden Reize einer Frau, die mit allen Künsten der Verführung die Gewalt einer wirklichen Leidenschaft vereinigte — es war mehr als genug, um einen Menschen aus dem Gleichgewicht zu bringen, der wohl in Wind und Wellen zum Kampf gegen feindliche Schiffe geübt, aber gerade in seiner einfachen, arglosen, zugleich großsprecherischen und beinahe täppischen Weise am wenigsten gegen die Gefahren seiner jetzigen Umgebung gesichert war.

Trotz aller Ehren-Bezeugungen war er doch nicht befriedigt. Eben so eifrig, wie er früher der französischen Flotte nachjagte, trieb er jetzt die Neapolitaner zum Angriff gegen Frankreich. Die Königin fand er seinen Wünschen geneigt. Sie schreibt ihrer Tochter schon am 4. September, jetzt sei der rechte Augenblick, Italien zu befreien; man möge doch sobald als irgend möglich Mack herüberschicken[1]). „Sie ist die wahre Tochter Maria Theresia's," schreibt Nelson vier Wochen später, „sie denkt, wie wir. Aber die Minister, mit Ausnahme Acton's, wollen den Tag des Unheils verschieben, bis er kommt, sie zu verschlingen." Am meisten haßte er de Gallo. „Ich verabscheue diesen Mann," heißt es in demselben Briefe, „ich bin in offenem Streit mit ihm, ich habe gescholten, Aerger ist nöthig. Hamilton ist zu gut für sie; die starke Sprache eines englischen Admirals, der ihnen über ihr elendes System die volle Wahrheit sagt, mag gut thun." Am 3. October setzt er auch Lady Hamilton seine Wünsche auseinander in einem Briefe, der offenbar für die Königin berechnet ist; er schließt mit dem Satze Chatham's: „die kühnsten Maßregeln sind die sichersten[2])."

Um diese Lage und das Drängen Nelson's richtig aufzufassen, muß man sich an die lange fruchtlos gebliebenen Be-

1) In demselben Sinne schreibt sie zur selben Zeit an den Gesandten in London, Marchese di Circello. Nelson, Dispatches and Letters, III, 73.

2) Letters and Dispatches, III, 144, 137, 141.

mühungen Edens in Wien erinnern. Es war einmal Zielpunkt englischer Politik, Oesterreich wieder in den Krieg zu verwickeln. Was sich auf geradem Wege nicht erreichen ließ, hoffte man zu gewinnen, wenn man Neapel zum Losschlagen und dadurch den Kaiser in die Lage brachte, zwischen dem Untergang seiner Schwiegereltern und dem Krieg mit Frankreich zu wählen. Aber Thugut ließ sich nicht so leicht von seinem wohlerwogenen Plane abbringen. Allerdings bot ein Angriff auf die sehr verminderten französischen Truppen in Italien manche Vortheile, aber nicht weniger Gefahren, und wer kann es dem österreichischen Minister als Fehler anrechnen, daß er, ohne irgend eine Sicherheit von Seiten Rußlands, Englands oder Preußens sich nicht aufs neue in den furchtbarsten Krieg stürzen wollte? Als Eden im Mai mit der Nachricht, daß eine englische Flotte wieder in das Mittelmeer einlaufen würde, die Bitte um Aufnahme in die österreichischen Häfen verband, ging Thugut nicht darauf ein, weil dies einen offenen Bruch des Friedens von Campo Formio in sich schließe. Als dann der neapolitanische Geschäftsträger Baptist, es scheint von Eden angeregt, im August neue Vorstellungen machte, erwiederte Thugut: wenn Neapel den Zeitpunkt für so günstig halte, möge es doch selbst den Krieg anfangen, der Kaiser würde ihm dann alle Unterstützung leisten, die in seiner Macht stände[1]). Einige Tage später klagt der englische Gesandte, Bap-

1) Eden 11. August: I urged the expediency of the Emperors anticipating the intention of the French Directory, adding all the arguments that I have so often brought forward, and adding that the weakness of France which had been long manifest, was greatly increased by the expedition to Egypt, composed of its most distinguished officers and its best troops. But though Monsieur Thugut admitted the force of what I said, yet his language though less desponding than what it has been, conveyed nothing positive. A few days ago the Neapolitan Chargé-d'Affaires by order of his Court made to the Austrian Minister similar instances, and received for answer an exhortation for His Sicilian Majesty to renew himself hostilities, if he thought the mo-

tist erhalte von Thugut keine andere Antwort, als daß der Kaiser sich genau an den Vertrag halten werde; den ersten Schlag zu thun und die Aufstände im Kirchenstaat zu nutzen, sei er nicht zu bewegen [1]). Andererseits wollte man aber die Neapolitaner nicht entmuthigen. Thugut war gern bereit, ihnen einen österreichischen General zu schicken, und daß die Wahl auf Mack fiel, mochte ihm um so erwünschter sein, als er dadurch eines ihm persönlich immer widerwärtigen Intriganten sich entledigt sah. Er äußert sich sehr unzufrieden, als Mack Anfangs September über Privat-Angelegenheiten und der

---

ment to be so favourable, accompanied with an assurance that the Emperor would give him every assistance in his power. Diese Aeußerung erinnert an die früher (S. 132) angeführten, übrigens sich selbst widersprechenden Worte der Kaiserin vom 7. September: Mon cher mari m'a chargé de vous assurer, qu'il espère que, connaissant sa sincérité, vous soyez sûre qu'il se tiendra au traité. Vous attaquée ou vous attaquant, lui agira sûrement tout de suite, mais pour lui, il ne veut encore commencer la guerre, et attendre jusqu'au printemps la venue des Russes. Thugut's Aeußerung, wie Eden sie mittheilt, kann aber kaum anders als in höhnischem Sinne aufgefaßt werden. Hatte doch Neapel kurz vorher die Ratification des Vertrags vom 19. Mai aus Furcht vor einem Kriege verweigert.

1) Eden, 18. August: Monsieur Thugut whom I saw yesterday evening looks upon a war between the Court of Naples and the French Republic to be inevitable and at no great distance, and he says that the Emperor is determined scrupulously to fulfill his engagements with that Court. Still I cannot prevail upon the Austrian Minister to take advantage of the present circumstances particularly of the troubles in the Roman state to anticipate the blow; nor has he yet said anything decisive on the subject in answer to the Neapolitan Chargé d'Affaires, who by order of his Court has anew urged this advice; at the same time informing this Government that His Sicilian Majesty has obtained from the Pope, who, it appears is at length to be conveyed to Spain, a bull, declaring the war, should it take place, to be a war of religion; and that His Sicilian Majesty was not without hope that the King of Spain might be prevailed upon to renounce his connection with France.

Sorge, sich möglichst hohe Belohnungen im Voraus zu erwirken, viele Zeit in Wien und Böhmen verlor[1]). Er war gar nicht entgegen, daß Neapel die englische Flotte begünstige und in die Häfen aufnehme, obgleich ein Bruch des Friedens von 1796 und für die Franzosen ein gerechter Grund zum Kriege darin gefunden werden konnte. Für einen solchen Fall, sagte er dem englischen Gesandten, würde der Kaiser auch über die Verpflichtungen des Vertrages hinausgehen und gegen einen Angriff der Franzosen Beistand leisten[2]). Aber den Krieg sogleich anzufangen, war er keineswegs gewillt. Manches, schreibt er in Erwiderung einer von Mack eingereichten Denkschrift, spreche dafür, aber noch unendlich mehr dagegen. „Vor allem," fährt er fort, „ist es nothwendig, sich den Neapolitanern gegenüber ganz bestimmt und kategorisch auszusprechen. Sonst steht zu befürchten, daß sie neue Dummheiten und tolle Streiche nach ihrer Weise begehen und dann Gelegenheit nehmen, uns des Treubruchs und der Unehrlichkeit anzuklagen und gegen uns zu schreien und zu jammern, wenn sie das Opfer ihrer Thorheiten geworden sind[3])."

Wenige Tage, nachdem diese prophetischen Worte geschrieben wurden, am 9. October, kam Mack in Caserta an. Er hat neun Monate später eine ausführliche Denkschrift über seine Thaten und Erlebnisse an Thugut gerichtet, wie sich denken läßt, vornehmlich, um jede Schuld und Verantwortlichkeit von sich abzuwälzen[4]). Das darf man ihm glauben,

---

1) Thugut an Colloredo, 8. September, bei Vivenot, a. a. O. II, 119.

2) Eden an Grenville, 17. October.

3) Thugut an Colloredo, 3. October, bei Vivenot, Vertrauliche Briefe, II, 124.

4) Abgedruckt nach der eigenhändigen Aufzeichnung Mack's im wiener Staatsarchiv, datirt: Dijon, 30. Juni 1799, bei Vivenot, Zur Geschichte des Rastadter Congresses S. LXXXIII. Mack hat, wie es scheint, diese Denkschrift oder eine ähnliche auch veröffentlicht. In dem bekannten, nicht viel späteren Werke von Coco: Saggio storico sulla rivoluzione di Napoli (es scheint zuerst Paris 1800, dann Mailand) wird neben den Schriften Bo-

daß er schon bei der Ankunft Königin und König zum Kriege entschlossen fand. Acton sprach um diese Zeit ganz unverholen die Ansicht aus, man müsse vorgehen, ohne auf den Kaiser zu warten, und de Gallo mußte eben die Folgen eines Vorfalles tragen, welcher der Königin nicht viel weniger als eine verlorene Schlacht zu Herzen ging. Sie hatte die durch das Bündniß hergestellte engere Verbindung mit Oesterreich gleich dazu benutzen wollen, ihrem Günstling Belmonte dem alten Plane gemäß den Gesandtschafts-Posten in Wien zu verschaffen. Campochiaro wurde nach dem Haag versetzt; Belmonte sollte angeblich eine Verhandlung in London führen, aber den Weg über Wien einschlagen und unter irgend einem Vorwande sich dort festsetzen. Die Kaiserin, sobald sie von der Sache hört, bittet ihre Mutter in den dringendsten Ausdrücken, auf ihren Wunsch zu verzichten; Belmonte sei in Wien so übel berüchtigt, daß er gar nicht angenommen werden und in keinem Falle die Geschäfte führen könne[1]). Die Königin, die dergleichen vorhersehen mochte, hatte

---

namy's und Pignatelli's auch eine Memoria di Mack erwähnt. Ein deutscher Auszug aus der Schrift Coco's erschien in Archenholz' Minerva im März 1804 (I, 385; II, 10) unter dem Titel: Beitrag zu der neuesten Geschichte von Neapel. Dagegen richtete Mack's General-Adjutant, Graf Moritz von Dietrichstein, eine sehr heftige Entgegnung zur Vertheidigung seines Generals (Minerva 1805, I, 416; II, 11). Offenbar hat er dabei die Denkschrift Mack's zu Grunde gelegt, Einiges wörtlich ihr entnommen. Auch für den Aufsatz: die Ereignisse beim neapolitanischen Heere im Feldzuge von 1798—1799, in der Oesterreichischen militärischen Zeitschrift 1821, Bd. III, S. 243 ist sie benutzt. Coco bemerkt in einer späteren Auflage seines Werkes, er habe eben auf die Angriffe Dietrichstein's antworten wollen, als die Nachricht der Capitulation von Ulm ihm die Feder aus der Hand genommen habe.

1) Die Königin am 12. August. Die Kaiserin antwortet am 7. September. Als Probe für den Ton dieses Briefwechsels mag die hierher bezügliche Stelle dienen: A présent, chère mère, au risque d'encourir votre disgrace (qui m'est à mon coeur plus dure que la mort) je dois venir à un article ou personne ne vous parlera aussi sincèrement comme moi, mais c'est par vrai attachement, celui du P. de Belmonte. Chère mère pour le bien des affaires, pour la paix, union,

mit der Nachricht, daß er kommen würde, auch den Fürsten gleich abreisen lassen; am 18. September hörte man in Wien,

---

amitiée entre mon chèr père et mari, s'il est encore à Naples empechez, qu'il vienne ici, ou bien s'il est déja partie daignez le rappeller. Vous pouvez être sure, que nous n'avons rien, que nous craignions, qu'il voye, et vous sachiez, vue coment nous avons traitée Campo-Chiaro, mais Belmonte est hai ici generalement, c'est dans le public, que lui a conseillé au Pape de rester à Rome, et ainsi l'a livrée aux françois; le peuple lui fait une avanie, Thugut ne lui parlera jamais d'affaires, etant furieux contre lui, il dit l'Empereur Joseph, Leopold ont rappellée les Ministres que Naples ne vouloit point, et nous devons traiter avec cellui que tant de fois on a refusée. Je vous dirai plus chère mère avec toute ma sincerité; j'ai due bien travailler avec douceur à appaiser mon chèr mari, qui enfin m'a dit: Bien je le recevrai, comme un etranger, un voyageur, mais jamais en affaires je traiterai avec lui, et je ne comprends pourquoi vos parents me veulent faire la peine de m'envoyer Belmonte, je les respecte comme mes Parents, ainsi dois me taire de plus. Ici le bruit court qu'en Angleterre on l'a refusée aussy pour Ministre, les Russes aussy ne le peuvent digerer, ainsi chère mère, vous, qui etes si clairvoyante, verrez par celà, que la Russie et Angleterre prendroient ombrage de sa venue ici, et cela pourroit être nuisible à mon chèr mary. Votre service n'y gagne rien, même si j'ose le dire y perd, car ici (je vous parle vrai et par attachement) on lui fera quelque affront, en lui faisant comprendre qu'il s'en aille, ne voulant traiter avec lui. Pour moi Therese je vous assure que je n'ai rien contre de lui, mais je vois les choses irrités à un point, que je crains sa venue ici pour le bien, et je vous assure, chère mère, que j'en souffre infiniment, mon seul bonheur et souhait est de voire mon chèr Père et mari liées de coeur, ame politiquement, et je serois au desespoir si une seule personne brouille cela. Je dois en conscience, chére mére, vous assurer, que ce n'est ni Gallo, ni Battiste qui fomente cette haine mais bien toute Vienne est contre lui, toute notre armée, Generaux, qui ont eté en Italie, les etrangers mêmes n'en parlent bien, moi je ne le connois. Pardonnez chère mère si peut être mon chèr mary vous a ecrit fort sur cet article, il est hitzig mais bon et a vous bien attachée, pour moi je vous supplie d'être persuadée que ce n'est que zele pour votre bien ser-

Belmonte sei schon in Gratz und im Begriffe, sich nach der Hauptstadt zu begeben. Aber Thugut war nicht der Mann, sich dergleichen bieten zu lassen. Im Widerspruch zu der Kaiserin setzte er durch, daß Baptist dem Gesandten sofort nach Gratz die Weisung überbrachte, Wien gar nicht zu berühren, und wenn er wirklich nach London gehen wolle, einen andern Weg einzuschlagen. Vorsichtig genug wies man sogar den Postmeister an, dem Fürsten, wenn er sich etwa nicht fügen würde, die Pferde zur Weiterreise nach Wien zu verweigern. Die Königin, außer sich vor Zorn über die ihr und ihrem Günstling widerfahrene Beleidigung, wollte statt sich selber, einer Intrigue Gallo's und des mit Thugut befreundeten Baptist die Schuld beimessen [1]). Baptist wurde aus Wien abberufen, und de Gallo, wenn man ihn nicht förmlich absetzte, war doch in ausgesprochener Ungnade, so daß er zu den entscheidenden Berathungen nicht einmal zugezogen wurde. „Alle Hoffnungen," schreibt Mack, „die ich bei meiner Abreise aus Wien auf seinen Einfluß gegründet hatte, waren im ersten Augenblick vereitelt; er hatte gar keinen, und weit entfernt mit ihm gemeine Sache machen zu können, mußte ich, um ihn nicht mehrerem Verdachte

---

vice; si vous êtes fachée, grondez moi, mais ne m'otez votre precieuse tendresse, bonté, qui fait mon bonheur et que j'ose dire meriter par mon attachement et respect sans bornes. Je vous baise mille fois les mains.

1) Thugut an Colloredo, 18. September; die Kaiserin an die Königin, 19. oder 21. September; Eden an Grenville, 8. September, 24. und 27. October: Monsieur de Baptiste received on thursday a letter from Prince Belmonte from Gratz, informing him that a Neapolitan frigate was arrived at Trieste to carry him home, and that it brought thither the Abbé Giansanti, the first Clerk of the office for foreign affairs, who was to proceed to this place to take charge of the affairs of the Court of Naples. Prince Belmonte, in this letter, mentions that he is to be employed at home, and uses many illiberal and unjust expressions against M. de Baptiste, who conducted himself, in the whole of this delicate and disagreeable business, with much prudence and propriety.

auszusetzen, ihn gänzlich vermeiden — besonders da mir gleich bei der ersten Audienz sehr bestimmt bedeutet worden war, mich ja gewiß an Acton und Ihre Majestäten selbst zu halten, so wie man mir auch gleich bedeutete und mein Ehrenwort forderte, ja gewiß an Niemanden als an Seine Majestät den Kaiser und nicht anders als durch die Hände Ihrer Majestät der Königin nach Wien zu schreiben." Daß solche Bedingungen gestellt und angenommen wurden, ist bezeichnend genug für den neapolitanischen Hof und für den General. Mack war auch gar nicht der Mann, einen festen Willen zu bewahren; in dem Getriebe dieser Intriguen scheint er sogleich den Kopf verloren und sich völlig dem herrschenden Einfluß der Königin und der Engländer hingegeben zu haben. Den deutlichsten Beweis liefern Nelson's Briefe. Zwei Tage nach der Ankunft des Generals, am 11. October, speiste er mit ihm in Caserta bei der Königin. „General," sagte sie, „seien Sie uns zu Lande, was unser Held Nelson zur See gewesen ist." Nelson hatte dem Oesterreicher eine sehr ungünstige Meinung entgegen gebracht. „Der General Mack," schreibt er kurz bevor er nach Caserta ging, „kann nicht ohne fünf Wagen vom Fleck kommen. Ich weiß, was ich von ihm denke; Gott gebe, daß ich mich irre." Aber gleich nach der Zusammenkunft zeigt er sich völlig befriedigt. „Mack," schreibt er am 13. October, „ist thätig, hat ein geistvolles Auge und wird, wie ich nicht zweifle, sich wacker halten. Der Kaiser hat den König von Neapel gebeten, anzufangen; er werde ihn unterstützen. Mack sagt, er wolle in zehn Tagen marschiren. Die Majestäten haben ihm ihr Vertrauen geschenkt, und ich fühle, daß ich selbst es in vollem Maße besitze. Diesen Abend erhalte ich Bericht über die gestrige „„Sitzung,"" so sagt die Königin, nicht „„Ministerrath,"" denn in diesem Falle hätte man Gallo zuziehen müssen. Aber er schwankt, und die Königin hat versprochen, er soll nicht der Minister für den Krieg sein. Acton war im Abnehmen, aber wir haben ihn wieder auf die Beine gebracht. General Mack

stimmt mit mir überein, daß er auf ihn und die Königin allein sein ganzes Vertrauen setzt[1])."

Immer war doch einige Vorbereitung nöthig, und es mag dem General als Erleichterung erschienen sein, wenigstens des Hauptbedrängers für eine Weile entledigt zu werden. Nelson segelte am 15. October nach Malta, um die Blocade der Insel anzuordnen, oder vielmehr der Festung Lavaletta; denn auf die Nachricht von der Schlacht bei Abukir hatten die Landbewohner schon am 2. September sich zum Aufstand erhoben und die französische Besatzung bald auf die Hauptstadt beschränkt. Aber Wesentliches war durch Nelson's Entfernung nicht geändert. Die Rüstungen wurden mit athemloser Eile fortgesetzt, Mack gab über einige der älteren Regimenter, die man ihn sehen ließ, kein ungünstiges Urtheil. Die Lage bezeichnet am deutlichsten ein Brief der Königin vom 17. October, wie sie selbst angibt, inmitten eines schon fünf und zwanzig Tage anhaltenden Fiebers zu Papier gebracht. „Die Dringlichkeit des Augenblicks," schreibt sie, „zwingt Deinen lieben, achtungswerthen Vater, einen Courier zu schicken. In Paris ist der Befehl gegeben, uns unverzüglich anzugreifen; ganz Italien spricht davon. Der General Brüne macht schon Bewegungen; in vierzehn Tagen können wir eine feindliche Armee an der Grenze haben. Deshalb müssen wir zuvorkommen, ausmarschiren und die günstigen Stellungen vorwegnehmen. Dein Vater bittet seinen Schwiegersohn, Neffen und Verbündeten um Hülfe nach dem Vertrag und nach seiner Zusage und nach dem, was er und der Freiherr von Thugut dem General Mack vor der Abreise aufs neue versprochen haben. Ich danke Gott für die Erwerbung dieses würdigen Mannes; er ist im ganzen Lande beliebt, die Soldaten vertrauen ihm, und er ist sehr zufrieden mit dem Wenigen, was er gesehen hat. — — Meine Lage ist entsetzlich, sie ist haarsträubend; dächte ich nicht

1) Nelson an Spencer und St. Vincent, Dispatches and Letters III, 147, 148.

an meine Kinder, und vor Allem an meine drei erwachsenen Töchter, ich bäte Gott, meinem unglücklichen Leben ein Ende zu machen. Aber es ist vergebens, zu jammern; Gott kennt unser Leid, das ist genug. Ich kann Dich nicht dringend genug bitten, Deinem Mann vorzustellen, daß er uns, wenn er einen Augenblick zögert, für immer und unwiederbringlich zu Grunde richtet; denn wenn 60 oder 80000 Franzosen über uns herfallen, so wird unsere kleine, wenn auch vortrefflich gesinnte Armee erdrückt, Dein ehrenwerther Vater, ich wage kaum es auszusprechen, gefangen, getödtet, Gott weiß was, und wir alle sind verloren. Ich kann keine schönen Reden und Complimente machen, da die Sache so wichtig ist. Stelle alles Deinem Manne recht vor Augen; er mag glauben, daß es eine unbestreitbare Wahrheit ist." Es braucht kaum bemerkt zu werden, daß den Hauptinhalt dieses Briefes bloße Hirngespinste bilden. Aber traurige Wahrheit ist, daß in die Hände einer überreizten, jedes ruhigen Urtheils beraubten Frau eine der für ganz Europa wichtigsten Entscheidungen gelegt war. Wie es Menschen gegeben hat, die aus Furcht vor dem Tode sich selbst das Leben nahmen, so trieb jetzt die Furcht vor dem Kriege das unglückliche Land in den Krieg. Weniger als je konnte das Directorium gerade im October an einen Angriff gegen Neapel denken. Die Schlacht bei Abukir hatte in Paris, wenn man es auch zu verhehlen suchte, gewaltigen Eindruck gemacht. Dazu kam die Unzufriedenheit im Innern, die Zerrüttung der Finanzen, die mangelhafte Rüstung. Alles dies führte, wie wir gesehen haben, dahin, daß man einen wesentlich sanfteren Ton als gewöhnlich anschlug. Aus Mailand wurde der revolutionäre Brüne abberufen, in Turin Ginguené durch den ruhigen Eymar ersetzt. Auch aus Neapel hatte man Garat entfernt und in der That Manches sich gefallen lassen, was selbst eine friedliebende Regierung nicht leicht würde ertragen haben. Der an Garat's Stelle bestimmte Botschafter Lacombe St. Michel mußte vorerst mit de Gallo über seine Zulassung verhandeln. Als er nach langem Warten am 26. September aus Rom die

Anzeige machte, er würde die Reise antreten und nur durch Gewalt sich abweisen lassen, hielt man ihn doch noch zwei Tage an der Grenze auf; erst am 28. September, gerade zur Feier von Nelson's Geburtstag langte er an[1]). Gleichwohl führte er eine friedliche Sprache und erklärte Angesichts alles dessen, was er sah, die Republik würde selbst dem Augenschein gegenüber nicht an feindliche Entwürfe glauben, wenn sie nicht als solche angekündigt würden. Aber er konnte nichts mehr ändern. Auf seine Beschwerden erhielt er kaum eine Antwort, sein Secretär Mangourit, allerdings aus dem Wallis als einer der berufensten Demagogen bekannt, wurde nicht einmal zur Audienz gelassen; beide unterhandelten dann statt mit dem Hofe um so eifriger mit den geheimen Gesellschaften. Natürlich erhielt ein so gespanntes Verhältniß auch in Paris einen Ausdruck. Gerade am Tage, als der Gesandte der Königin vorgestellt wurde, am 3. October, brachte der „Redacteur", das officielle Blatt des Directoriums, einen heftigen Artikel gegen Neapel, insbesondere gegen die Person der Königin; in einem von Chenier verfaßten Aufruf des gesetzgebenden Körpers war in offenbarer Anspielung auf Neapel die Rede von gekrönten Athleten, welche müde seien, zu regieren. Alles dies wurde noch überboten durch die Schmähungen, welche der französische Agent Bassal von den römischen Consuln unterzeichnen ließ[2]). Aber bei Worten blieb es auch; die Zahl der Truppen im Kirchenstaat war gering, kaum hinreichend, das immer aufgeregte Land in Ruhe zu halten, geschweige die, wie man annehmen mußte, stark und wohl gerüsteten Neapolitaner anzugreifen. Bassal sollte sogar wegen jener albernen Proclamation zurückgerufen werden, und erst Anfang November schickte das Directorium einen talentvollen jungen General, Championnet, nach Rom, um die seit St. Cyr's Abberufung noch nicht wieder besetzte Stelle des obersten Be-

1) Nelson, Dispatches and Letters III, 134. Nouvelles politiques, 30. October, 13. und 27. November.

2) Nouvelles politiques, 4. Dezember, Supplém.

fehlshabers zu übernehmen. Die Lage der Verhältnisse war also für Neapel durchaus nicht verzweifelt. Man hatte Zeit, die erst vor Kurzem und gewaltsam ausgehobenen Soldaten zu schulen, konnte den Abschluß der Unterhandlungen in London, Petersburg und Konstantinopel, die Fortschritte der Russen und Türken im adriatischen Meere abwarten und dann, aller dieser Bundesgenossen und des kaiserlichen Schutzes versichert, einem Angriff des Feindes ruhig entgegensehen, oder falls der Krieg in Oberitalien ausbrach, den Franzosen im Rücken äußerst gefährlich werden. Alle diese Vortheile gingen verloren, wenn man jetzt ohne irgend sichern Beistand, in der ungünstigsten Jahreszeit, mit den ungeübten Truppen einen Angriff unternahm. Es mußte die Verblendung der Königin, die Schwäche und Selbstüberschätzung Mack's mit der eigennützigen Rücksichtslosigkeit der Engländer sich vereinigen, um den Wahnsinn eines solchen Krieges möglich zu machen.

Nelson war in Folge eines Versprechens, das er der Königin und noch einer anderen Herrscherin gegeben hatte, am 5. November von Malta nach Neapel zurückgekehrt. Er führte, wie es scheint, auch die letzte Entscheidung herbei. Am 8. November ging der König mit der Königin, Mack und den Hamiltons in das Lager nach San Germano an der römischen Grenze, wo man über 30000 Mann der besten Truppen versammelt hatte — die schönste Armee in Europa, sagte Mack[1]). Am 12. wurde auch Nelson berufen, um gemeinsam den Kriegsplan festzustellen. Aber, als hätte das Schicksal noch eine letzte Warnung geben wollen, an demselben Tage brachte ein Courier, der von London über Wien gegangen war, aus London die Antwort, daß England die erbetenen, dringend nöthigen Subsidien nicht zahlen könne, aus Wien die Nachricht, daß man vom Kaiser keine Hülfe erwarten dürfe. Die Kaiserin, welche nie die Sprache einer liebenden, verehrungsvollen Tochter verleugnet, schreibt doch sehr bestimmt, der Kaiser sei

1) Nelson, Dispatches and Letters, III, 170.

bei aller Theilnahme für seine Schwiegereltern zuerst Souverain und Vater seiner Unterthanen und müsse sie schonen. Unvorbereitet und bei der ungünstigen Jahreszeit könne er den Feldzug nicht eröffnen, und den Neapolitanern wohl Munition und Kriegsbedarf, aber unmöglich Truppen überlassen [1]). Die Königin, in der äußersten Bestürzung, ließ durch Hamilton und Nelson neue Vorstellungen in England machen [2]); sie selbst setzt am selbigen Tage ihrer Tochter auseinander, wie sehr die

---

1) Wörtlich findet sich diese Anführung in einem Briefe ohne Datum, welcher „Copie" überschrieben und wahrscheinlich die Antwort auf einen Brief der Königin vom 11. Dezember ist. Doch muß der Brief, der am 12. November in San Germano ankam, nach der Antwort der Königin vom gleichen Tage und nach Nelson's Brief vom 13. November denselben Inhalt gehabt haben: Je ne puis vous assez dire, schreibt die Königin, combien vos lettres ont consterné à nous tous, en voyant le peu d'envie et d'apparence que Sa Majesté l'Empereur veuille faire la guerre, nous sommes actuellement dans la dure crise de ne plus pouvoir nous en dispenser, menacées de tous les parts par les françois jusque à l'avoir dit à notre Ministre à Paris, à avoir deja envoyé quatre Generaux à Rome, qui forment et attendent encore d'autres troupes, nous sommes à la veille d'être attaquée chez nous dans une frontière enorme sans place et à 5 postes de la capitale, ce qui mettroit la confusion et le desordre general; ainsi il faut sortir et avant la fin de Novembre nous serons à Rome surement, sauf qu'ensuite assuré du coté de l'Empereur, ne voyant aucune demarche pour être attaquée, toute la forçe françoise plombe sur nous et nous ecrase, nous avons une petite et non aguerie armée, quoique pleine de bonne volonté, si nous serons ecrasé, nos moyens et depouilles serviront à ruiner l'Empereur, qui ne s'echapera point; je vois bien noir, on a beaucoup tenus conseil, mais dans le [?] il faut mourir avec honeur, et c'est notre cas, ainsi contez et dites bien à votre mary que nous sortons, il faut conter sur la loyauté alliance secours, mais si nous avec toute notre inocente famille serons ecrasé, contez que vous le serez après nous.

2) Nelson an Carl Spencer, 15. und 18. November, a. a. O. III, 171. Ein für die gegenwärtige Lage wenig bedeutender Vertrag wurde am 1. Dezember von de Gallo und Hamilton unterzeichnet. Martens, Recueil VII, 307.

Gesinnungen ihres Schwiegersohnes, oder, wie sie ihn jetzt nennt, Sr. Majestät des Kaisers sie consternirt hätten. Indessen es war noch nichts Unwiderrufliches geschehen, man hatte den österreichischen Gesandten noch gar nichts wissen lassen [1]), den französischen durch friedliche Versicherungen hingehalten, also noch immer Zeit und mehr als jemals Veranlassung, sich nicht zu überstürzen. Aber oft zeigen gerade die beweglichsten, wankelmüthigsten Menschen zur Unzeit eigensinnige Hartnäckigkeit. So schließt auch die Königin ihre Klagen mit der Mittheilung, der Krieg sei unvermeidlich, man werde vorrücken, vor Ende des Monats in Rom sein, und dann, wenn der Kaiser nicht helfe, von der Uebermacht der Franzosen erdrückt werden. „Mit Ehren zu sterben," schreibt sie, „das ist, was uns übrig bleibt. Sage das Deinem Manne, und sage ihm auch, daß wenn wir verloren sind, dann die Reihe an Euch kommt. Wenn Du diesen Brief empfängst, wird unser Schicksal entschieden sein."

Und so geschah es in der That. Noch eine Woche verging unter Zurüstungen; am 24. November erließ der König das Kriegs-Manifest, aber nicht gegen Frankreich, sondern gegen die römische Republik [2]). Er sagt, die Revolutionirung des Kirchenstaates, die Einnahme Maltas, die Drohung eines Einfalles in seine Staaten bewögen ihn, seine Armee zur Wiederherstellung der Religion und der legitimen Herrschaft des Papstes vorrücken zu lassen. Er fordert die fremden Truppen zur Räumung des römischen Gebietes, die italienischen Völker, insbesondere die Einwohner des Kirchenstaates, zur Ruhe und zum Beistande auf, will aber gegen keine fremde Macht einen Krieg anfangen. Schon Tages vorher, am Morgen

---

1) Esterhazi, am 20. November, berichtet nur, er sei zu den militärischen Manövern in San Germano nicht eingeladen.

2) Das Manifest, vom König und Acton unterzeichnet, nebst andern hierher bezüglichen Schriftstücken in der Geheimen Geschichte des Rastadter Congresses V, Abth. II, Anhang S. 12.

des 23. Novembers, überschritten die neapolitanischen Truppen die Grenze[1]).

---

1) Mack erzählt in seiner Denkschrift ausführlich, wie er den Einmarsch, der schon auf den 20. November angesetzt gewesen, bis zum 24. verzögert habe, um noch Antwort auf die Mitte Octobers abgeschickten Depeschen zu erwarten. Am 23. seien sie eingetroffen. Acton habe ihm gesagt: „Man schreibt uns: „dépêchez-vous," und ein besonderes Schreiben von Baptist an Mack habe auf den gleichzeitigen Einmarsch der Franzosen und Oesterreicher in Graubündten als das sichere Vorzeichen des Krieges verwiesen. So habe er nicht mehr gezweifelt, daß die Vorrückung den Absichten des wiener Hofes vollkommen angemessen sei. In dieser Erzählung muß zunächst auffallen, daß Mack sich die sehnlich erwarteten Depeschen aus Wien nicht zeigen, sich nicht einmal daraus vorlesen ließ. Außerdem verschweigt er, daß man schon am 12. die Nachricht, Oesterreich wolle den Krieg nicht, erhalten hatte, und es muß Erstaunen erregen, daß der Obergeneral — nach ihm auch Dietrichstein in der Minerva 1805, I, 426 und die Oesterr. milit. Zeitschrift, 1821, III, 240 — nicht einmal das Datum des Einmarsches richtig angiebt. Der Einmarsch erfolgte nicht am 24. sondern am 23. So meldet Esterhazi ausdrücklich am 27., und die Königin schreibt am 22.: „Demain à l'aube du jour votre pére entrera en Romagne." Auch Championnet's Brief an Joubert vom 25. nennt den 23. (Nouvelles politiques, 18. Dezember). Die wiener Depeschen kamen nicht am 23., sondern am 22., wie der Brief der Königin von letzterem Tage unzweifelhaft beweist. Aus diesem Briefe ergiebt sich auch, daß man am 22. November in San Germano die wahre Lage der Dinge in Graubündten kennen mußte. Denn er erwähnt Briefe aus Wien vom 28. und 30. October. Schon am 25. October schreibt aber Thugut an Colloredo (a. a. O. II, 128), die Nachricht von dem Einmarsch der Franzosen in Graubündten erweise sich als ein leeres Gerücht. Die Wirkung, welche Mack der angeblichen Mittheilung Baptist's beilegen will, scheint weit übertrieben. Auch in dem Briefe der Königin vom 22. ist von dem Einmarsch der Oesterreicher, aber keineswegs von dem der Franzosen Rede, und gar keine Andeutung, daß man irgend ermunternde Nachrichten aus Wien empfangen habe. Er enthält, wie die früheren, nur Klagen und Beschwörungen, der Kaiser möge rasche Hülfe schicken. Von einer vor der Abreise erhaltenen mündlichen Erlaubniß, den Krieg anzufangen, oder von einem Versprechen, Oesterreich werde für einen Angriffskrieg Hülfe leisten, von diesem Umstande, der ihn allein und vollständig hätte rechtfertigen können, giebt Mack in seiner Denkschrift, soweit Vivenot sie mittheilt, nicht ein-

Wenn Mack schon den Vorwurf verdient, daß er sich blind dem Strome hingegeben und über die Kriegstüchtigkeit der Truppen sich nicht ausreichend unterrichtet habe, so zeigt auch die Art, wie er seine Kräfte verwandte, nur zu sehr alle die Fehler, welche vier Jahre früher in dem belgischen Feldzuge, und sechs Jahre später an der Donau für Oesterreich so verhängnißvoll geworden sind. Statt die jungen, des Krieges ganz ungewohnten Truppen zusammenzuhalten und ihnen in der großen Ueberzahl ein Gefühl der Stärke und Sicherheit zu geben, ließ er sie in kleinen Abtheilungen die schwierigsten strategischen Bewegungen ausführen. Die ganze Armee mochte nicht viel weniger als 60000 Mann zählen [1]). Gegen 11000 Mann sollten an der Küste des adriatischen Meeres über den Tronto gegen Fermo vorrücken, eine zweite kleinere Colonne bei Rieti und Terni die große Straße zwischen Rom und Bologna durchschneiden, eine dritte in ungefähr derselben Richtung sich nach Magliana wenden, die vierte, die Hauptcolonne, mehr als 30000 Mann, unter der persönlichen Führung Mack's und des Königs über Valmontone durch das Gebirge Frascati erreichen, um sich dort mit einer fünften Colonne in Verbindung zu setzen, welche unter der Führung eines Prinzen von Hessen-Philippsthal längs der Meeresküste durch die pontinischen Sümpfe nach Albano vordrang. Als sei es mit all' diesen Theilungen noch nicht genug, hatte Nelson sich erboten, 5000 Mann zur See nach Livorno zu führen, um den Großherzog von Toscana zu einer Erklärung gegen Frankreich zu bewegen und dann von Toscana aus den Franzosen in den Rücken zu fallen. Nur durch Regen, schlechte Wege und Mangel an Proviant gehindert, gelangten die beiden

---

mal eine Andeutung, ein beinahe sicheres Zeichen, daß die früher angeführten darauf bezüglichen Aeußerungen der Königin und Nelson's entweder auf Einbildung oder auf unberechtigten, zu weit gehenden Versprechungen Mack's beruhten.

1) Moritz von Dietrichstein in der Minerva 1805, I, 420 berechnet sie freilich auf nur 38000 Mann.

Colonnen unter Mack und dem Prinzen von Hessen nach dreitägigem Marsch an den Ort ihrer Bestimmung. Championnet, der am 18. November in Rom angekommen war, hatte wohl Vorkehrungen für den kaum noch zu vermeidenden Krieg getroffen[1]), aber so raschen Angriff nicht erwartet. Um das Gehässige ganz auf die Neapolitaner fallen zu lassen, richtete er an Mack die Anfrage, was das Vorrücken seiner Armee zu bedeuten habe[2]), und auf die hochfahrende Aufforderung, den Kirchenstaat zu räumen, gab er in ruhigem Tone, ganz verschieden von den meisten Proclamationen jener Tage, die Antwort, seine Instructionen geböten ihm, die römische Republik zu vertheidigen. Seine ganze Macht betrug wenig mehr als 15000 Mann. Die größere Zahl unter dem General Duhesme stand, auf Ancona gestützt, in den Marken; in Rom nur eine schwache Besatzung, zur Vertheidigung gegen so große Ueberzahl nicht ausreichend. Am 26. ging Championnet, begleitet von den Consuln, dem Tribunat, den Behörden und vielen, welche die Ankunft des feindlichen Heeres nicht erwarten mochten, nach Civita Castellana in eine trefflich gewählte Stellung zurück[3]); am 27. konnten die neapolitanischen Truppen in Rom einziehen. Zwei Tage später folgte der König; eine provisorische Regierung wurde eingesetzt, und an den Papst, der noch auf der Carthause bei Florenz weilte, die Aufforderung gerichtet, in seine Staaten zurückzukehren. Trotz aller guten Verheißungen begann nun in Rom ein Verfahren gegen die zurückgebliebenen Republikaner, das sogar manchen Feind der Republik die Rückkehr der Franzosen wünschen ließ. Man begreift, daß die Transtiberiner für die Blut-

1) Nouvelles politiques, 31. Dezember, aus Rom vom 24. November: Bildung einer römischen Armee, Anleihe von 8 Millionen auf die Nationalgüter, Bassal als außerordentlicher Commissär in die Provinzen geschickt.

2) Moniteur, 9. Dezember (19. Frimaire): Brief Championnet's an Mack vom 23. November (3. Frimaire, nicht 5., wie in mehreren Zeitungen des Jahres 1798 irrig gedruckt ist), nebst der Antwort Mack's.

3) Nouvelles politiques, 21. Dezember, Supplém.

thaten der vergangenen Monate Rache forderten; aber man traut seinen Augen kaum, wenn man den Namen eines deutschen oder schweizerischen Generals unter einem Actenstücke liest, welches an den Commandanten der in der Engelsburg zurückgebliebenen Besatzung die Drohung richtet, es solle für jeden Schuß aus dem Castell einer der in den Hospitälern zurückgebliebenen Franzosen der gerechten Rache des Volkes preisgegeben werden[1]). Und doch war das Ende dieser Herrschaft schon bestimmt, ehe sie nur ihren Anfang genommen hatte. Von den fünf Colonnen, in welche Mack die Armee getheilt hatte, wurde die erste in der Nähe des Tronto bei Porto Fermo von starken feindlichen Kräften unter Rusca angegriffen, über den Fluß zurückgeworfen, einige Tage später völlig geschlagen; die zweite, gegen Terni heranziehend, ließ sich am 27. vom General Lemoinne in der Nähe dieser Stadt überraschen und gefangen nehmen; die dritte, gegen Magliano bestimmte wurde von einer unbedeutenden feindlichen Abtheilung so übel zugerichtet, daß eiligst aus dem Hauptquartier der General Metsch mit drei Bataillonen und vier Escadrons zu Hülfe geschickt werden mußte, die dann in Calvi Stellung nahmen. Die Hauptmacht der Neapolitaner in Rom, durch den eiligen Marsch ermüdet, ohne den nöthigen Proviant, konnte erst am 4. Dezember gegen den französischen rechten Flügel vorgehen, der unter Macdonald bei Civita Castellana stand. Wieder machte Mack jetzt mit den ihm gebliebenen Truppen dieselben Fehler, die eben der ganzen Armee verderblich geworden waren. Während er auf der alten Straße längs des Tiber mit der Hauptmacht vorging, wurde eine kleinere Abtheilung, die links auf der neuen Straße ohne Verbindung sich vorwagte, überfallen und völlig zersprengt. Mack suchte dann rechts mit der unter Metsch nach Calvi vorgeschobenen Abtheilung sich zu vereini-

1) Das Schreiben des General Burcard an den Commandanten vom 28. November und die Antwort Macdonald's vom 29. in den Nouvelles politiques, 21. Dezember Supplém. Ebenda Berichte Championnet's an das Directorium über den Feldzug.

gen, um noch einen letzten Versuch zu wagen. Aber kaum war er mit unsäglicher Mühe am 8. über den Tiber nach Cantalupo gelangt, so hörte er am 9., daß der General Metsch angegriffen und mit seinem ganzen Corps gefangen sei. „Dieser Streich," sagt er selbst in seiner Denkschrift, sei „im eigentlichen Sinne ein tödtlicher" gewesen. Er hatte kaum noch 7000 Mann in der Nähe und sah sich in augenscheinlicher Gefahr, von einem jetzt auch an Zahl überlegenen Feinde abgeschnitten zu werden. Nur die Flucht konnte retten. Der König und Acton waren schon auf die erste Nachricht von den Unglücksfällen nach Neapel zurückgegangen, das Heer folgte in Eilmärschen, Rom vorbei, über die Grenze, bis in das Lager von Capua, wo Mack am 22. Dezember kaum mit dem vierten Theil der Truppen, die er über die Grenze geführt hatte, wieder anlangte. Das Corps des äußersten linken Flügels war noch hinter Rom sich selbst überlassen und fand den Rückweg verschlossen. Nach der Verwundung des Prinzen von Hessen stand es unter dem Grafen Roger Damas. Dieser Mann, ein französischer Emigrant, ist der einzige, von dem eine rühmliche Waffenthat sich melden läßt. Mit ermüdeten, geschlagenen Truppen, vom Feinde verfolgt, beinahe umzingelt, verliert er den Muth nicht und bahnt sich einen Weg zuerst nach Civita Vecchia, wo er einen Landsturm organisirt, der den Franzosen noch Monate lang zu schaffen machte. Er selbst zieht weiter und gelangt unter beständigen Kämpfen glücklich nach Orbetello, einer kleinen Festung, die Neapel an der toscanischen Küste noch besaß [1]). Wenn man sieht, was ein fähiger Anführer unter den ungünstigsten Verhältnissen mit denselben Truppen leistete, die Mack gar nicht zu gebrauchen wußte, so muß man billig zweifeln, ob wirklich, wie der österreichische General behauptet, Feigheit und Verrätherei die einzigen Ursachen des unerhörten, schmachvollen Rückzuges gewesen seien.

---

1) Nouvelles politiques, 15. Februar 1799, Vivenot, Rastadter Congreß, S. XCIX.

Für einen tüchtigen Feldherrn und eine kräftige Regierung wäre bei allem Mißgeschick immer noch Hoffnung geblieben. Aber in Neapel fehlten beide ungefähr in gleichem Maße. Wir haben gesehen, wie die Königin schon vor dem Beginn des Feldzuges gestimmt war; als die üblen Nachrichten eine nach der andern eintrafen, gab sie sich ganz der Verzweiflung hin. Sie sah die Hauptstadt schon in der Gewalt des Feindes, sich selbst, ihren Gemahl gefangen, ihre Töchter entehrt und als Bettlerinnen umherirrend. Mack scheint durch seine Berichte ihre Furcht noch gesteigert, Nelson — er war am 5. Dezember von Livorno nach Neapel zurückgekehrt — nichts gethan zu haben, ihr frischen Muth einzuflößen. Eine unruhige Stimmung, die sich in Neapel kund gab, vermehrte die Rathlosigkeit; Flucht auf die englischen Schiffe und weiter nach Sicilien schien das einzige Rettungsmittel. „Dieser Brief, mein liebes Kind, wird der letzte sein, den ich auf dem Festlande schreibe," sagt die Königin schon am 18. Dezember, als die Franzosen kaum die Grenze überschritten hatten. „Gott weiß, bald wird das Meer uns trennen. Ich bin in Verzweifelung; unser Unglück hat den Gipfel erreicht. Unsere schändliche Armee, verführt, verkauft, hat nichts gethan, als fliehen; dein ehrenwerther Vater ist wenigstens in Sicherheit, aber sein Herz voll Verzweifelung. Die Franzosen stehen bei Velletri und Cisterna, der Schrecken ist überall, und kein Mensch regt sich. Der Anblick von Neapel ist entsetzlich, und nirgends ein Rettungsmittel. Wir müssen beinahe unsere ganze Flotte verbrennen, um sie nicht dem Feinde zu überlassen; Matrosen sind nicht zu bekommen, sie fürchten für ihre Weiber und Kinder. Der Adel macht lange Gesichter und thut nichts, die Beamten verbergen sich, die Offiziere sind infame Feiglinge, das gemeine Volk ist noch am wenigsten schlecht, folgt aber der Eingebung der andern, kurz es giebt nichts als Verräther, Verführte oder elende Feiglinge. Wenn wir gerettet werden, wenn wir nicht ein zweites Varennes erleben, so haben wir es nur dem braven Nelson zu verdanken. Unser Loos

ist so entsetzlich, daß wir uns bemühen müssen, alle Welt zu täuschen, aus Furcht, aufgehalten zu werden. Mack, der kein Feigling ist und das Unmögliche gethan hat, schreibt Briefe über Briefe mit der Aufforderung, wir sollten die Stadt verlassen und nach Sicilien gehen. Die Macht der Franzosen ist zu unserer ewigen Schande sehr klein; 40—50000 Menschen, mit allem wohl versehen, haben in drei Wochen ein Königreich verloren."

Die Flucht schien in der That erschwert zu werden. Die Unruhe in der Stadt nahm zu, die Lazzaroni forderten Waffen, um den Feind zu bekämpfen, und wollten den König in ihrer Mitte sehen; schon fing man an, über den Verrath Mack's und seiner deutschen Offiziere zu schreien, ein österreichischer Courier wurde unter den Fenstern und unter den Augen des Königs ermordet. Dies bestimmte den noch immer schwankenden Entschluß. Schon seit dem 18. Dezember wurde auf Nelson's Admiralschiff Alles für den Empfang der königlichen Familie in Bereitschaft gesetzt; in den folgenden Tagen gelang es, auf verborgenen Wegen, unter dem thätigen Beistand der Lady Hamilton den ungeheuern Schatz des Königs, $2^1/_2$ Millionen Pfund Sterling[1]), die Kostbarkeiten, die vornehmsten Kunstschätze auf die englischen Schiffe zu bringen; spät Abends am 21. holte Nelson selbst in mehreren Booten die königliche Familie ab. Keine Bitte seiner Unterthanen konnte den König zurückhalten. Als Mack am 23. von Capua nach Neapel kam, hatte er am Bord des Schiffes noch eine letzte Unterredung mit dem feigen Flüchtling. Nachmittags stach

1) Nelson an St. Vincent, 28. Dezember, Dispatches and Letters, III, 211, nennt ausdrücklich diesen Betrag. Man hat darunter aber den Staatsschatz, nicht Privatgelder der königlichen Familie zu verstehen. Letztere berechnet die Königin in einem Briefe an Lady Hamilton vom 17. Dezember (Palumbo a. a. O. S. 31) auf nur 60000 (wahrscheinlich) Ducaten. „Abbiamo mai tesorizato," setzt sie hinzu. Die Briefe an die Kaiserin vom 18. Dezember 1798 und 5. Januar 1799 enthalten bittere Klagen über Armuth und Geldverluste.

die englische Flotte, auf der auch die englische und österreichische Gesandtschaft, die bejahrte Tante Ludwigs XVI., viele Emigranten und englische Kaufleute Schutz gesucht hatten, in See, während die mit unmäßigen Kosten seit zehn Jahren erbauten neapolitanischen Schiffe großen Theils den Flammen übergeben wurden. Die Fahrt, von Stürmen aufgehalten, dauerte drei Tage. Die Königin sah einen ihrer Söhne vor ihren Augen sterben; mehr todt als lebend, wenn man ihrem eigenen Ausdrucke glauben darf, kamen die Flüchtlinge, mit Elend und Schande noch mehr als mit Schätzen beladen, am 26. Dezember in Palermo an.

War irgend etwas geeignet, der Sache der Monarchie den letzten Stoß zu geben, so war es diese schmachvolle Flucht. Der als Statthalter zurückgelassene Fürst Pignatelli-Strongoli, ein alter schlaffer Mann, zeigte sich ganz unfähig. Mack klagt viel, daß man seine Rathschläge und Anordnungen nicht beobachtet habe[1]); aber wenn sie in der That brauchbar waren, darf man sich wundern, daß ein Ausländer nach solchen Unfällen weder Vertrauen noch Gehorsam fand? Eine Unglücksbotschaft folgte der andern. Die in den Abruzzen zurückgelassenen Abtheilungen liefen bei dem ersten Angriff des Feindes auseinander; die Festung Gaeta, völlig ausgerüstet, mit ganz freier Zufuhr von der Seeseite, ergab sich dem General Rey, sobald er aus der einzigen Haubitze, die er besaß, einige Granaten in die Stadt geworfen hatte. Am 3. Januar kamen die Franzosen vor Capua an, und es fehlte wenig, daß Verrath oder Nachlässigkeit ihnen schon am ersten Tage den Zugang in das verschanzte Lager gestattet hätte. Mack's persönliches Eingreifen wies aber den Feind nicht ohne Verlust zurück, auch an dem folgenden Tage fielen einige Gefechte nicht günstig für die Franzosen aus, und da nun das Landvolk, durch grausame Plünderung gereizt, aller Orten gegen die verhaßten Feinde der Religion sich erhob, so wurde

1) Mack's Denkschrift bei Vivénot, Rastadter Congreß, S. CIV fg.

Landesbibliothek Brandenburg HISTORISCHES SEMINAR Landeshochschule

Championnet's Lage bedenklich; er zeigte sich bereit, auf den von Mack und der Regierung angebotenen, früher von ihm verweigerten Waffenstillstand einzugehen. Freilich nur unter den drückendsten Bedingungen. Am 11. Januar sollte Capua mit Geschützen und Munition überliefert, die französische Linie bis nach Acerra, wenige Stunden von der Hauptstadt vorgeschoben, eine Kriegsentschädigung von zehn Millionen Franken gezahlt werden [1]). Mack meint gleichwohl, man hätte die gegebene Zeit der Ruhe nur zu benutzen gebraucht und Alles hätte noch zum Guten gewandt, die Armee auf 30000 Mann gebracht und neu formirt werden können. Aber bei der Verwirrung, die einmal eingetreten war, wurde der Waffenstillstand das Signal völliger Auflösung. Beim Abzug aus Capua am 12. Januar desertirte die Hälfte der Mannschaft, die noch übrigen Regimenter liefen gleichfalls auseinander. Die Lazzaroni schrieen Verrath, entwaffneten die aus Livorno und Orbetello zurückkehrenden Soldaten, bemächtigten sich der Castelle und stellten an ihre Spitze den Fürsten von Moliterno, einen Mann von sehr zweifelhaftem Charakter, den Mack und sein Adjutant, Graf Moritz von Dietrichstein, später offen des Verrathes bezichtigten. Zu jener Zeit wurde dagegen Mack mit seinen Offizieren in den wüthendsten Ausdrücken als Verräther ausgeschrieen. Von den Soldaten verlassen, mehrmals in Gefahr, von rasenden Volkshaufen erschlagen zu werden, fand er endlich keinen Ausweg, als sich am 16. Januar in das französische Lager zu retten. Championnet empfing ihn mit der bescheidenen Würde, die diesen General, man könnte sagen, vor Allen, deren die Kriegsgeschichte jener Zeit erwähnt, auszeichnete, bewilligte ihm sogar Pässe zur Rückkehr nach Oesterreich [2]). An demselben Tage floh Pignatelli mit der

---

1) Der Vertrag, vom 10. Januar datirt, bei Martens, Recueil VII, 335.

2) Mack's Denkschrift a. a. O. S. CXIV. Er wurde gleichwohl auf Befehl des Directoriums in Bologna verhaftet, und lange Zeit in Dijon, später in Paris zurückgehalten, bis er sich im April 1800 durch Flucht der

Convention nach Sicilien, wurde aber von seinem Monarchen nicht so freundlich aufgenommen, sondern sogleich als Staatsgefangener nach Girgenti abgeführt.

In Neapel waren indessen Verwirrung und Aufregung gestiegen. Moliterno wußte sich noch weniger als Pignatelli zu behaupten. Stadt und Land waren Schauplatz so arger Ausschweifungen, daß der Einzug der Franzosen von den besitzenden Klassen mehr ersehnt als gefürchtet wurde. Mit Recht konnte Championnet behaupten, der Waffenstillstand sei verletzt; er ließ sich auf keine Verhandlung weiter ein und zog, von Moliterno heimlich unterstützt, gegen die Hauptstadt. Aber noch stand ein wüthender Kampf bevor, der einzige, der bei dieser ganzen Umwälzung zu erwähnen ist. Und es kann wohl als etwas Außerordentliches gelten, daß in einem Lande, wo das Königthum, der Adel, die Armee, die Beamten in Feigheit und Nichtswürdigkeit sich überboten, eine unwissende Bettler-Bevölkerung allein mit Muth und Kraft dem Feinde sich gegenüberstellte. Drei Tage dauerte der Widerstand in den Straßen und Häusern; 10000 Lazzaroni, sagt man, aber nicht weniger als 1000 Franzosen waren gefallen, bis Championnet am 23. Januar Herr der Stadt wurde und dann am nächsten Tage die Errichtung einer neuen Republik proclamirte.

---

Gefangenschaft entzog. Vgl. F. C. Weidmann, Moritz Graf von Dietrichstein, Wien 1867, S. 27 fg.

## Sechstes Kapitel.

### Der rastatter Congreß im Sommer 1798.

Während der Krieg zu Wasser und zu Lande hier schon zum Ausbruch gelangt, dort in nächste Aussicht genommen war, setzten die rastatter Diplomaten ihre langsamen Verhandlungen fort, nicht unberührt durch die äußeren Ereignisse, aber unfähig, bestimmend auf sie einzuwirken. Diese Machtlosigkeit, dann das Scheitern aller Bemühungen, eben als sie dem Ziele nahe schienen, hat das Interesse beeinträchtigt, und so oft auch vom rastatter Congreß die Rede ist, hat doch, soviel mir bekannt, noch keiner sich zur Aufgabe gemacht, den Gang der Verhandlungen im Zusammenhange darzustellen. Gleichwohl sind sie zur Beurtheilung der damaligen Zustände, Stimmungen, Wünsche und Hoffnungen überaus charakteristisch, und wenn auch für den Augenblick ohne bestimmtes Ergebniß, doch als Vorarbeit und Grundlage vieler späteren Vereinbarungen für die richtige Auffassung derselben nicht wohl zu entbehren. Auch kann es, scheint mir, an sich einiges Interesse bieten, einmal genau zu überblicken, was Alles von persönlichen und socialen, von politischen und kirchlichen Beziehungen in Frage kam, wenn uralte, durch den herrlichen Strom bisher nicht getrennte, sondern verbundene Culturländer mit plötzlicher Gewalt von einander geschieden wurden.

Wir haben gesehen, wie die Deputation dem Drängen der Franzosen am 11. März die Rheingrenze überließ, freilich unter Zufügung von achtzehn Modificationen, welche die Größe

des Unheils mildern oder wenigstens genau begrenzen sollten. Die Franzosen fanden aber nicht in ihrem Interesse, sogleich darauf einzugehen; sie wollten vorerst Anerkennung des Princips der Säcularisationen, um bei dem Streit, den die Vertheilung des Raubes hervorrufen mußte, ihren Einfluß entscheidend, und jeden Widerstand gegen ihre eigenen Forderungen machtlos zu machen. Das Princip wurde am 4. April wirklich anerkannt, aber die Vertheilung sogleich vorzunehmen war denn doch unausführbar, weil Oesterreich und Preußen, eben damals in Berlin in Unterhandlung begriffen, keine voreilige Bestimmung gestatten wollten. So blieb nichts übrig, als zunächst auf den Friedensschluß mit Frankreich zurückzukommen. Auch darüber gingen die Ansichten noch weit auseinander. Hatte doch das Directorium, gleich nachdem die Rheinlinie zugestanden war, am 21. März Erwerbungen — un arrondissement convenable — auf dem rechten Ufer in Anspruch genommen [1]). Treilhard bittet den Minister drei Tage später, genau anzugeben, was man eigentlich begehre. Castel, meint er, sei als ein Theil von Mainz schon für Frankreich erworben, aber für Kehl fehle noch die Abtretung durch das Reich; vor Allem frage sich, was mit Ehrenbreitstein geschehen solle [2]). In Folge dessen macht dann Talleyrand am 6. April dem Directorium eine ausführliche Mittheilung über den Stand der Verhandlungen, und am 12. wird wesentlich nach seinen Vorschlägen eine Instruction für die Gesandten ausgefertigt, die am 17. nach Rastatt gelangt. Aber beinahe gleichzeitig kamen aus Wien die Nachrichten über Bernadotte. Die Gesandten zögerten, suchten vorerst den Weg zu ebnen und in der Deputation außer den badischen Gesandten auch Albini und sogar Löben für ihre Absichten zu gewinnen, während der Umgang mit den Oesterreichern in Folge der wiener Ereignisse so gut wie aufgehört hatte. Endlich auf

1) Vgl. S. 203 des vorigen Bandes.

2) Treilhard, 30. März, 1. April.

erneuerte Mahnung des kaiserlichen Plenipotentiars erfolgte am 3. Mai die französische Erklärung, aber in einer Weise, die absichtlich jede Einigung auszuschließen schien. Man verlangte nicht allein das linke Rheinufer, sondern auch sämmtliche Rheininseln; dafür würde die Republik auf der rechten Seite nur Kehl mit seinem Gebiete behalten, es versteht sich, nicht aus Vergrößerungssucht, sondern nur um sich sicher zu stellen und jede Veranlassung neuer Zerwürfnisse aus dem Wege zu räumen. „Ein nicht weniger gebieterisches Motiv," fährt die Note fort, „erfordert die Schleifung der Festung Ehrenbreitstein, deren Existenz gewissermaßen mit der von Coblenz unvereinbar ist. Man redet nicht von Castel und seiner Umgebung; dieser Posten kann nur als ein Theil der Befestigungen von Mainz betrachtet, also nicht davon getrennt werden [1])." Außerdem fordert die Republik die Herstellung der Handelsbrücke zwischen Alt- und Neu-Breisach, und fünfzig Morgen Land gegenüber der Brücke von Hüningen mit den nöthigen Wegen, dorthin zu gelangen. Alle Zölle für die Schifffahrt nicht nur auf dem Rheine, sondern auch auf seinen Nebenflüssen, ja sogar auf sämmtlichen großen Flüssen Deutschlands, insbesondere auf der Donau, sollten wegfallen, dagegen Eingangszölle bei der Landung der Waaren bezahlt werden, aber auf dem einen Ufer nicht höher als auf dem andern. Unter die abzutretenden linksrheinischen Gebiete der Reichsstände begriff man jetzt auch die Besitzungen der Reichsritterschaft, die also gleichfalls auf dem rechten Ufer Entschädigung suchen mußte [2]);

---

1) Ganz nach Talleyrand's Bericht vom 6. April: „Man muß den ganzen Lauf des Rheines, also die sämmtlichen Inseln fordern, Ehrenbreitstein einnehmen und behalten, oder, wenn man es aus Gnade zurückgiebt, demoliren. Mainz und Kehl sind die wichtigsten Puncte, parcequ'ils nous assurent les moyens de pénétrer à volonté dans la haute et dans la basse Allemagne. Mehr darf man nicht fordern, um das Reich nicht für immer mißtrauisch zu machen, redet deßhalb nicht von Mannheim und Philippsburg. Nur Wesel wäre erwünscht und vielleicht zu erhalten."

2) In seinem Bericht vom 29. April hebt Treilhard hervor, daß die

außerdem sollten alle Schulden der linksrheinischen Gebiete auf die Entschädigungs-Lande der rechten Seite übertragen werden. Die dringenden Bitten der Deputation, die französischen Truppen möchten vom rechten auf das linke Ufer zurückgehen, erhielten nur die trockene Erwiderung: das solle geschehen, wenn der Friede abgeschlossen und ratificirt sei[1]). Lehrbach nennt die Note nicht mit Unrecht eine „wahre Derision und advocatische Verflechtung, ganz im Widerspruch mit den frühern Verträgen und Forderungen." Bei der jetzigen Stimmung der Deputation, meint er, dürfe man auf die Ablehnung rechnen; in der Folge lasse sich freilich für nichts einstehen[2]). In der Sitzung vom 11. Mai sprachen sich in der That alle Stimmen verneinend aus, mit einziger Ausnahme Badens, das durch den Separatvertrag vom 22. August 1796 schon im Voraus an die französischen Forderungen gebunden war. Die einzelnen meistens sehr weitläufigen Abstimmungen enthalten viel Treffendes und Gründliches, und Albini stellte sie so geschickt zusammen, daß man gerne zustimmt, wenn man in dem Protokoll vom 14. Mai der Bemerkung begegnet: „D. D. Subdelegati fänden bei dem verlesenen Project conclusi, so wie solches in Sessione ajustirt worden, unter Abstattung ihres verbindlichsten Dankes für den mit so vieler Müh-Anwendung, Geschicklichkeit und Pünctlichkeit vom Directorio abgefaßten Aufsatz nichts zu erinnern[3])." Man theilte den Franzosen aus ihren eigenen Noten die Stellen mit, in welchen sie bisher nur das jenseitige Rheinufer oder den Lauf des Rheines als die für beide Theile sichere Grenze begehrt

---

Reichsritter nicht Reichsstände seien, daß ferner, wenn man die geistlichen Kurfürsten erhalten wolle, die Entschädigungs-Masse ohnehin schon bedeutend verringert werde. Talleyrand macht eigenhändig die Randbemerkung: L'Empereur est leur souverain, ils sont indépendants, on ne peut pas leur laisser leurs possessions.

1) Protokoll, V, 5.

2) Lehrbach an Thugut, 4. Mai.

3) Protokoll der Reichsfriedensdeputation in Rastatt, II, 91.

hätten. Die Rheininseln, zum größten Theile bebaut und im Privatbesitz, seien ein sehr bedeutendes Objekt; sie erzeugten allein die für den Uferbau nöthigen Faschinen, so daß mit ihrem Verlust der Handel sich ganz vom rechten Ufer zurückziehen müsse. Man könne nur, wie in frühern Tractaten, den Thalweg des Flusses, oder eine ideale Linie in der Mitte als Grenze annehmen, müsse auch auf den an Frankreich fallenden Inseln der linken Seite das Privateigenthum der rechtsrheinischen Besitzer vorbehalten. Noch weniger könne man die von den Franzosen verlangten Festungen am rechten Rheinufer und die Schleifung von Ehrenbreitstein zugestehen, dadurch den von den Franzosen beständig proclamirten Grundsatz der Rheingrenze wieder aufheben und Deutschland ohnmächtig einer fremden Macht überliefern. Die Bestimmungen über den Leinpfad und die Zölle wünschte man auf einen künftigen Handelsvertrag zu verschieben, hob aber schon hervor, daß es schwer sein würde, für die verschiedenen rechtsrheinischen Gebiete einen einzigen und zugleich mit dem französischen übereinstimmenden Mauth-Tarif zu finden; die Befreiung aller deutschen Flüsse von Zöllen überschreite durchaus die Competenz der Deputation. Weiter folgte im Anschluß an Albini's Votum eine Erörterung über die Lage der Reichsritterschaft. Diese ehemals so bedeutende Corporation hatte zwar in dem letzten Jahrhundert an Gütern und Ansehen eingebüßt, aber noch immer, auch auf dem linken Rheinufer, sehr beträchtlichen Grundbesitz bewahrt. Auf dem Reichstag führte sie keine Stimme, zählte deshalb auch nicht zu den Reichsständen; ihre Besitzungen waren Privatgut, also schon nach den Bestimmungen des Friedens von Campo Formio der Einziehung nicht unterworfen. Weil man aber in Aussicht der Säcularisationen auf dem rechten Rheinufer nicht allein Entschädigung sondern Vortheil erwartete, gab es sogar Reichsritter, welche die Einziehung ihrer Güter auf dem linken Rheinufer bei den Franzosen beförderten. Vor allen wirkte in diesem Sinne ein Graf Franz von Sickingen, der auf dem

rastatter Congreß ein wenig beneidenswerthes Aufsehen gemacht hat. Er war, wie im 16. Jahrhundert sein berühmter Ahne, eigentlich Reichsritter; aber eine an sich unbedeutende Besitzung auf dem rechten Rheinufer hatte ihm die Mitgliedschaft auf der schwäbischen Grafenbank verschafft, als deren Vertreter er auch auf dem Congreß erscheint. Seinen wirklichen Reichthum bildete die Herrschaft Landstuhl nebst andern reichsritterschaftlichen Besitzungen auf dem linken Ufer. Für diese hoffte er mit Hülfe der Franzosen, denen er sich ganz als Späher und Werkzeug hingegeben hatte, weit werthvollere Entschädigung auf dem rechten Ufer zu erlangen. Wegen gleicher Absichten beargwohnt Lehrbach auch die Gesandten der Ritterschaft: Gemmingen und Gagern. Aber Gagern verwahrt sich ausdrücklich dagegen bei dem Haupte seines Cantons, dem Freiherrn von Dalberg: „Ich hatte die Ehre zu melden," schreibt er am 4. Mai, „daß man mir indirect den Gedanken beigebracht hatte, ob es nicht räthlich wäre, gleich den betheiligten Ständen nach Entschädigungen für den ganzen Complex der ritterschaftlichen Besitzungen zu haschen und dadurch den beiden [auf dem linken Ufer] verloren gehenden Cantonen durch die erworbene Gunst des französischen Gouvernements den Weg zu einer Existenz auf dem rechten Rheinufer zu bahnen. Ich habe den Gedanken nie verfolgt und so wenig als Ew. Hochwohlgeboren goutirt; und darüber bin ich in der dermaligen Lage der Sachen doppelt froh, indem wir uns dadurch als redliche deutsche Männer erwiesen haben, die sich nach nichts Anderem sehnen, als was ihnen das natürlichste Gesetz der Billigkeit nicht versagen konnte." Gleichwohl wurde ihm der Vorwurf gemacht, den Artikel über die Reichsritterschaft in der französischen Note veranlaßt zu haben. „Ich unterließ aber nicht," schreibt er, „Freunde und Gegner zu desabusiren und zu erklären, daß meine Denkungsart dahin gehe, daß mir der ruhige Besitz meines wohlerworbenen Eigenthums viel lieber, als der dreifache Ersatz aus anderm Gute wäre; ich würde dabei stets die traurige Erinnerung

haben, daß man mir auf Kosten des deutschen Vaterlandes etwas gegeben hätte, welches man einem Andern nehmen müsse, und eines solchen Genusses könnte ein ehrlicher Mann nie froh sein. Man schien über diese pathetische Erklärung sehr verwundert, allein ich sagte, was ich dachte."

Die Deputation wies ihrerseits den Franzosen nach, daß die ritterschaftlichen Besitzungen als Privateigenthum nach der eigenen Erklärung der Franzosen vom 8. April ihren Eigenthümern verbleiben müßten. Es sei um so nöthiger, als etwanige Vergütung auf dem rechten Rheinufer jede anzunehmende Entschädigungsmasse erschöpfen helfen, mithin den Zweck der Entschädigungen größtentheils vereiteln würde. Noch weniger könne man aber die verarmten rechtsrheinischen Gebiete mit den Schulden der linksrheinischen belasten, selbst wenn darunter, wie anzunehmen, von den Franzosen nur die Staatsschulden, nicht die Gemeindeschulden verstanden würden. Zum Schluß erinnerte man von Neuem an eine Reihe der in den achtzehn Modificationen aufgestellten Puncte, insbesondere an die Emigranten-Gesetze und die Versorgung der linksrheinischen geistlichen und weltlichen Beamten, und verlangte darüber endlich eine Erklärung [1]).

Aber Wochen verflossen, ehe sie erfolgte. Das Directorium, mit der Expedition Bonaparte's beschäftigt und neue besondere Verhandlungen mit Oesterreich erwartend, schob die Entscheidung in Rastatt noch hinaus. Die Abberufung Treilhard's, der am 19. Mai als Mitglied des Directoriums nach Paris ging, und Bonnier's anhaltende Kränklichkeit gaben dafür den Vorwand und mehr als einen Vorwand. Denn Treilhard war durchaus die Seele der Gesandtschaft. Man erkennt es, weit mehr als aus den deutschen, aus den französischen Correspondenzen. Das Wichtigste darunter sind nicht die Gesammtberichte der Gesandtschaft, meistens von Rosenstiel geschrieben und wohl auch entworfen, sondern Treil-

1) Protokoll II, 91—105, V, 8.

hard's besonderer Briefwechsel mit Talleyrand. Mag sein Benehmen als Diplomat manchen Vorwurf verdienen, Niemand, der diese Briefe liest, kann zweifeln, daß sie von einem thätigen, scharfsinnigen, kenntnißreichen Manne herrühren. Bonnier tritt im Vergleich mit ihm ganz in den Schatten, obgleich er nach Bonaparte's Abgang das Haupt der Gesandtschaft war. Treilhard, mit der zweiten Stelle wenig zufrieden, stand auch persönlich zu seinem Collegen nicht in dem besten Verhältniß. Mehrmals wendet er sich an Talleyrand mit dem Wunsche, man möge doch der Gesandtschaft ein drittes Mitglied und ihm einen Gehülfen geben, der mit ihm die Arbeit theilen könne, ohne beständig durch Gesundheits-Rücksichten und üble Laune gehindert zu sein. „Wenn Reinhard noch derselbe ist," schreibt er am 18. März, „so wäre er der Mann, den wir hier brauchen." Er meint einen jungen Pfarrerssohn aus Schwaben, Karl Friedrich Reinhard, den Jugendgenossen Schiller's, den späteren Minister, Grafen, Gesandten und was mehr ist, den Freund Goethe's, der kurz vor der Revolution als Hofmeister nach Bordeaux und durch seine Verbindung mit den Girondisten in das Ministerium des Auswärtigen, dann als Minister-Resident nach Hamburg gekommen war. Aber Reinhard war bereits für Toscana bestimmt, und das Directorium ohne Veranlassung, den Verlauf in Rastatt zu beeilen. Die Truppen konnten inzwischen auf Kosten der besetzten deutschen Länder sich unterhalten, die Organisation des linken Rheinufers nahm ihren Fortgang, und wo ein augenblicklicher Vortheil durchzusetzen war, griff man ungescheut zur Gewalt.

Wir haben hier von der Festung Ehrenbreitstein zu reden.

Als nach den Präliminarien von Leoben das Reich in den Waffenstillstand eingeschlossen wurde, hatte man am 24. April 1797 eine Demarcationslinie zwischen deutschen und französischen Truppen festgestellt, darauf am 10. Juni die Anordnung getroffen, daß der Verkehr mit Ehrenbreitstein zu Wasser wie zu Lande frei bleiben, und die Festung von acht

zu acht Tagen Proviant erhalten sollte. Während des Sommers war dieser Vertrag beobachtet. Als aber nach dem Frieden von Campo Formio die österreichischen Truppen bei dem Rückzug in die Erblande am 15. Dezember auch Ehrenbreitstein geräumt hatten, begann gegen die zurückgebliebene trierische Besatzung alsbald eine Quälerei von Seiten der Franzosen unter dem Vorwande, jene Verträge seien nur mit den österreichischen, nicht mit den Reichstruppen geschlossen. Transporte wurden angehalten, Thal Ehrenbreitstein zeitweilig besetzt, im März 1798 die fliegende Brücke und der Verkehr zwischen Coblenz und der Festung ganz aufgehoben. Die kurtrierischen Gesandten blieben dagegen in Rastatt nicht müßig. Am 6. Februar melden sie der Deputation, die Garnison müsse, wenn sie nicht Unterstützung erhalte, aus Mangel an Sold sich auflösen[1]). Am 17. März legen sie gegen die Gewaltschritte der Franzosen Verwahrung ein; die Deputation wendet sich an den Reichstag, und Metternich erläßt am 15. und 17. März Beschwerden an die französischen Gesandten. Aber diese gaben Tages darauf nur die kurze Antwort, sie hätten beide Noten nach Paris geschickt und benutzten die Gelegenheit, den Plenipotentiar und die Deputation abermals zu ersuchen, durch Annahme der französischen Forderungen jeden Vorwand zu weiteren Beschwerden ein für alle Mal abzuthun. Auch die Schreiben des General Staader an Hatry blieben ohne Wirkung; im Juni wurde die Einschließung noch enger gezogen, die Zufuhr beinahe gänzlich abgeschnitten, und als der brave Commandant, der kurtrierische Oberst Faber, zur Vergeltung die Schifffahrt auf dem Rheine zu untersagen drohte, erhielt er von dem in Coblenz befehligenden General Hardy die Antwort, bei der ersten Störung des Verkehrs werde man die Festung angreifen und die Garnison nach der Strenge

1) Die bezüglichen Correspondenzen im Protokoll IV, 403 fg., 410, 413, 416, 424, 430, 432.

der Kriegsgesetze behandeln[1]). Wirksame Hülfe ließ sich nur erwarten, wenn die Vorstellungen durch eine starke bewaffnete Hand unterstützt wurden. Aber die Oesterreicher standen noch hinter dem Lech, und wir haben gesehen, wie sorgfältig Preußen Alles vermied, was zu einem Bruch mit Frankreich führen konnte.

Mit der Note vom 3. Mai waren freilich die preußischen Gesandten keineswegs zufrieden. Die Schleifung von Ehrenbreitstein mußte auch für das nördliche Deutschland und die preußischen Provinzen bedenklich scheinen; dazu kam der andauernde Streit wegen Cleve, der schon im vergangenen Jahre in so bitteren Gegensätzen hervorgetreten war[2]). Immer hatte Preußen an dem Grundsatz festgehalten, die Abtretung im baseler Frieden sei nur eine eventuelle gewesen; noch am 4. Juni 1797 waren die clevischen Stände mit dem General Hoche einen Vertrag eingegangen, demgemäß alle Contributionen und Abgaben an die französischen Generale gegen eine monatliche Zahlung von 80000 Franken aufhören sollten. Gleichwohl hatte Rudler am 23. Januar die preußischen Behörden aufgehoben, seit dem 10. Februar alle Abgaben in die französischen Kassen geleitet, die Acten nach Köln bringen lassen, und gegen die Güter der Abwesenden den Sequester angeordnet[3]). Wenig später war auch das von holländischem Gebiet eingeschlossene preußische Amt Huissen förmlich in Besitz genommen. Nach der Abtretung des linken Rheinufers durch die Deputation hatten auch die preußischen Gesandten den

---

1) Protokoll V, 141. Stramberg, Rheinischer Antiquarius II, I, 712 fg. 730. Bleibtreu, Denkwürdigkeiten aus den Kriegsbegebenheiten bei Neuwied, Bonn 1834, S. 357 fg.

2) Bd. I, Oesterreich und Preußen, S. 315 fg., 365.

3) Das preußische Ministerium an Sandoz, 16. Juli 1798. Am 27. Juli klagt man, daß die neue Municipalität in Cleve durch Verfügung vom 18. Juli 74 Personen für Emigranten erklärt und ihre Güter in Widerspruch zu Artikel 8 des baseler Friedens sequestrirt habe.

Entwurf eines Cessions-Vertrages für Cleve vorgelegt[1]; die Franzosen wiesen ihn jedoch zurück, weil sie einer theilweisen Abtretung gar nicht bedürften. Am 29. Mai machte Sandoz in Paris denselben Vorschlag, aber am 20. Juni muß er berichten, Talleyrand habe seine Note dem Directorium nicht einmal vorgelegt. „Was nützt es, den Minister zu drängen", schreibt er am 12. Juli, „er verspricht, vergißt und endigt nichts." Aber auch Preußen blieb nun auf seinem alten Standpunct. Noch im März erklärte eine preußische Proclamation den Verkauf clevischer Domänen für nichtig; auch die preußischen Gesandten in Rastatt überreichten am 19. Juni den Franzosen eine Note, in welcher sie gegen die Besitznahme von Huissen und die rudlersche Organisation protestirten. Fünf Tage früher hatten sie in einer Denkschrift an die Deputation die verschiedenen Interessen geltend gemacht, die bei der Abtretung des linken Rheinufers für Preußen die wesentlichsten waren[2]; vor Allem zwei:

Der Rhein, wo er das Herzogthum Cleve und Deutschland verläßt, theilt sich in zwei Arme: die Waal, welche westlich sich nach Nimwegen, der Rhein, welcher mehr nördlich sich nach Arnheim wendet. Preußen wünschte, daß die Waal, der bei weitem beträchtlichere Arm, als der eigentliche Rhein und als französische Grenze anerkannt würde, vornehmlich, weil

---

1) Das Ministerium an die Gesandten, 13. April. Es verdient Erwähnung, daß dieser Entwurf von einem sonst nicht gerade freundlichen Beurtheiler preußischer Schriftstücke als musterhaft bezeichnet wird: „Ew. Excellenz." schreibt Thugut am 24. Mai an Lehrbach, „bin ich für das abschriftlich eingeschickte preußische Project einer Convention wegen Abtretung der preußischen Besitzungen auf dem linken Rheinufer sehr verbunden, auch bin ich ganz mit Deroselben einverstanden, daß dasselbe mit vieler Vorsicht und Rücksicht auf das preußische Interesse und auch der abgetretenen Unterthanen verfaßt ist, in welcher Hinsicht ich dann der Meinung bin, daß seiner Zeit bei dem Entwurf einer Reichsfriedens-Instruction dieser Aufsatz in seiner Art zum Beispiel von Genauigkeit dienen könnte."

2) Protokoll V, 224, 26.

dann die Enclave Huissen auf der linken Seite des sogenannten Rheines gegen französische Ansprüche gesichert war. Ferner wünschte man, daß bei Wesel nicht der eigentliche Thalweg die Grenze bilde, sondern ein im Jahre 1784 angelegter Kanal, der die in der Nähe der Festung liegende, für ihre Sicherheit äußerst wichtige büdericher Insel durchschneidet und, als Thalweg angenommen, den größeren Theil derselben für die Monarchie erhalten hätte. An eifrigen Erörterungen ließen es die preußischen Gesandten weder bei der Deputation noch bei den Franzosen fehlen. Leider wurde Allem, was sie anführten, dadurch die Spitze abgebrochen, daß man zum Voraus wußte, es seien eben nur Worte, denen eine kräftige That unter keiner Bedingung folgen würde.

Kurz bevor die preußischen Noten eingereicht wurden, am 12. Juni, traf Treilhard's Nachfolger Jean Debry in Rastatt ein. Einen Monat später wurde durch Roberjot's Ankunft auch die Dreizahl der französischen Gesandten wieder hergestellt. Lehrbach schreibt am 18. Juni nach dem ersten Besuche, Debry habe bessere Formen als Treilhard und Bonnier, sei ungefähr sechsunddreißig Jahre alt — er war 1760 zu Verdins geboren — und verspreche Vertrauen und Mäßigung. Talleyrand meinte freilich, er sei völlig unfähig für einen so wichtigen Posten[1]). Seine Vorgeschichte konnte in der That kein großes Vertrauen einflößen. Vormals Advocat, gehörte er bald nach dem Ausbruch der Revolution zu ihren heftigsten Anhängern. Am 26. August 1792 stellte er in der gesetzgebenden Versammlung den Antrag, eine Legion von 1200 freiwilligen Tyrannen-

1) Biographische Notizen über Debry und Roberjot bei Michaud, Biographie universelle, und bei Helfert, Der rastatter Gesandtenmord, Wien 1874, S. 52. Sandoz 27. Mai: Jean Debry est au dire de Talleyrand un homme absolument inepte pour un poste de cette importance. „Seine Instructionen," setzt Sandoz hinzu, „werden eben ausgefertigt, nicht im Cabinet des Ministers, sondern des Directoriums." Das Ernennungsdecret vom 29. Floreal (18. Mai) im Protokoll V, 9; Annahme Debry's vom 25. Mai im Minist. d. Ausw.

mördern gegen die Souveräne Europas auszuschicken, ein Antrag, den er am 8. October im Convent dahin verstärkte, daß derjenige, welcher den Kopf des Kaisers oder des Königs von Preußen oder des Herzogs von Braunschweig oder des Herzogs von Sachsen-Teschen oder eines ähnlichen „Raubthiers" herbeibrächte, zur Belohnung 100,000 Franken erhalten solle. Später als Girondist und Thermidorianer hatte er mildere Formen angenommen, wie denn auch seine Bildung nicht vernachlässigt, sein Geschmack durch eifrige Lesung der alten Schriftsteller gebildet, freilich immer mit einer Neigung zu süßlicher Schönthuerei behaftet war. Als Diplomat gefällt er sich besonders in der Abfassung wort- und phrasenreicher Denkschriften; auch scheint mir nicht, daß man in Paris seinen Ansichten besonderen Werth beigelegt hätte. Der billigste, rechtlichste aller französischen Gesandten in Rastatt war ohne Zweifel Roberjot[1]). Am 4. April 1752 zu Macon geboren, war er Priester, Pfarrer in seiner Vaterstadt, Anhänger der Revolution, Ehemann und Mitglied des Convents geworden, aber erst im Sommer 1793, daher nicht in die Nothwendigkeit versetzt, für den Tod Ludwig's XVI. zu stimmen. Im Jahre darauf begleitete er als Commissar des Convents Pichegrü's Armee nach Belgien und Holland, wirkte nach der Rückkehr eifrig für die Einverleibung des linken Rheinufers und übte auf die Neugestaltung der dortigen Verhältnisse nicht unbedeutenden Einfluß. Nur für kurze Zeit wurde er Reinhard's Nachfolger in Hamburg, dann zum Gesandten im Haag ernannt, fand aber, als er dort anlangte,

---

1) So unterzeichnet er selbst. Debry schreibt gewöhnlich Roberjeot, muß sich dafür von Andern gefallen lassen, als de Bry in den Verdacht adeliger Abstammung gebracht zu werden, ein Verdacht, den er selbst vordem durch die Behauptung bekräftigt hatte, daß seine Familie mit den englischen Grafen von Derby verwandt sei. Nicht selten findet man in jener Zeit den Namen eines Mannes von seiner eigenen Hand verschieden geschrieben. — Roberjot's Ernennungsdecret vom 10. Juni im Protokoll V, 57. Erster Bericht aus Rastatt: er sei vorgestern angekommen, vom 12. Juli im Minist. d. Auswärtigen.

schon seine Bestallung für Rastatt. Seine Berichte sind, ganz im Gegensatz zu Debry's Declamationen, einfach, verständig, an der Sache haltend; auch war er offenbar Talleyrand's Vertrauensmann, zugleich im engsten Verkehr mit seinem alten Freunde, dem Director Merlin, und durch wiederholte Berufungen nach Paris von der Regierung in einer Weise ausgezeichnet, die sogar die Eifersucht seiner Collegen erregte.

Auf den Geschäftsgang übte der Wechsel der Personen zunächst geringen Einfluß. Die französische Note, welche am 22. Juni endlich das Deputations-Conclusum vom 14. Mai beantwortete, ist wesentlich in dem Tone der früheren abgefaßt. Bonnier und Debry äußern ihr Erstaunen, daß die Deputation die Mäßigung und Nachgiebigkeit der siegreichen Republik nicht anerkennen, ihre in Allem billigen Forderungen nicht zugestehen wolle. „Wenn aber auch," fahren sie fort, „die Schwäche der entgegengestellten Einwendungen kein Opfer von Seiten der Unterzeichneten rechtfertigt, so finden sie gleichwohl die Beweggründe in der wohlthuenden Politik der französischen Regierung, in ihrer Achtung vor der Menschheit und ihrer Friedensliebe. Sie bewilligen deßhalb, aber nur unter der Voraussetzung, daß Alles, was sie sonst fordern, ihnen zugestanden wird, folgende Modificationen:

Kehl hat zu häufig zum französischen Gebiete gehört, als daß die Republik eine so alte französische Besitzung jetzt aufgeben könnte; aber sie wird versprechen, auf dem abzutretenden Territorium weder eine Stadt noch ein regelmäßiges Fort aufzuführen, und nur den Brückenkopf mit den dazu nöthigen Schanzen im Stande zu halten. Auch verzichtet sie auf die fünfzig Morgen Land gegenüber der frühern Brücke von Hüningen, und begnügt sich mit der Forderung, daß dort nach dem Belieben der Uferbesitzer eine Handelsbrücke hergestellt werde. Weiter ist Frankreich zufrieden, daß die reichsritterschaftlichen Besitzungen derjenigen, die nicht — wie z. B. der Graf von Sickingen und noch viele Prälaten und Grafen, ja

selbst Fürsten, wie Kurpfalz, Baden, Zweibrücken[1]) — zugleich Reichsstände sind, als Privateigenthum betrachtet werden; aber sie können für die Feudalrechte und die bis zum Abschluß des Friedens verlorenen Einkünfte nicht die geringste Entschädigung erhalten. Endlich gestattet man viertens, daß wie von den geistlichen Instituten der rechten Rheinseite die linksrheinischen Dependenzen an Frankreich fallen, so von den Instituten des linken Ufers die rechtsrheinischen Dependenzen Deutschland verbleiben: eine Compensation, die freilich bei Weitem zum Vortheile Frankreichs sich berechnen ließ.

„Die Note," schreibt Lehrbach am 23. Juni, „vereitelt alle Hoffnungen auf die zugesicherte Mäßigung und Nachgiebigkeit der französischen Forderungen. Es scheint, man will noch immer Zeit gewinnen, um den Ausgang der Verhandlungen zu Berlin und Selz, hauptsächlich aber der bonapartischen Expedition abzuwarten." In der That waren selbst die wenigen Zugeständnisse nur scheinbar; denn der befestigte Brückenkopf, den man bei Kehl, die Handelsbrücke, die man bei Hüningen errichten wollte, waren eben die wesentlichen Puncte. „Es ist gerade," setzt Lehrbach hinzu, „als wenn man mit Kindern spielte." Die Entrüstung war allgemein, „selbst der preußische Minister Graf Görtz," fährt Lehrbach in seiner Weise fort, „will mich heuchlerisch glauben machen, er sei über die jüngste französische Note so aufgebracht, daß er die ganze Nacht nicht habe schlafen können[2])."

In der Sitzung am 2. Juli entschieden sich denn auch alle Stimmen mit Ausnahme Badens für eine ablehnende Antwort. Man hob namentlich hervor, daß jetzt, nachdem das Reich alle Puncte auf dem linken Rheinufer verloren habe, der Besitz von Kehl für Frankreich etwas ganz Anderes bedeute, als in früherer Zeit. Nur Albini und sogar Reden ließen doch schon die Absicht durchblicken, äußersten Falles,

1) Lehrbach, 23. Juni.

2) Lehrbach, 23. Juni, Nachschrift.

wenn die Franzosen in den andern Puncten sich nachgiebig zeigten, die Schleifung von Ehrenbreitstein zu bewilligen [1]). Albini suchte auch in der Sitzung vom 6. Juli bei Ajustirung des Conclusums die Ausdrücke, wie es seine Art war, wieder abzuschwächen, gerieth deßhalb mit Lehrbach in heftigen Streit, und die Erbitterung des österreichischen Bevollmächtigten war so groß, daß er im Namen Cobenzl's dem Gesandten in Aschaffenburg, Grafen Schlick, den Auftrag ertheilte, über Albini's Benehmen Klage zu führen. Der Kurfürst erwiderte jedoch, die österreichischen Minister hätten durch ihre Verschlossenheit Albini's Benehmen selbst veranlaßt, und Schlick setzt hinzu, Albini stehe bei seinem Herrn höher als jemals in Credit [2]).

In Paris war der Unwille über die ablehnende Antwort der Deputation nicht gering. Sandoz schreibt am 14. Juli, das Directorium habe ernstlich über Krieg und Frieden berathen. Larevellière Lepeaux stimmte für den Krieg, Merlin blieb unentschieden, Treilhard und Barras wollten vorher alle Mittel der Ausgleichung versuchen; auch Rewbel, noch immer krank, gab sein Votum schriftlich für den Frieden und wies besonders auf die unfertigen Rüstungen Frankreichs hin. Wir erinnern uns, das auch François von Neufchateau nach dem Abbruch der selzer Conferenzen durchaus nicht mit Krieg drohte. Unmittelbar nach Cobenzl's Abreise von Rastatt, am Morgen des 10. Juli, kam Debry zu Lehrbach und versicherte ihn seiner freundlichen und friedlichen Gesinnung. Selbst die französische Gegennote vom 19. Juli enthielt nach längeren Declamationen wenigstens ein wirkliches Zugeständniß: sie erkannte den Thalweg des Rheines als Grenze an, verzichtete also auf die Inseln der rechten Seite, freilich mit Ausnahme derjenigen, die am Oberrhein den Franzosen schon gehörten,

---

1) Protokoll II, 146, Lehrbach 26. Juni.

2) Lehrbach 28. Juni, 7. und 11. Juli, beiliegend Schreiben des Grafen Schlick vom 6. Juli.

und der wichtigsten von allen, der Petersau bei Mainz. Die übrigen Forderungen vom 3. Mai wurden dagegen sämmtlich wiederholt und sogar eine neue hinzugefügt. Im sechsten der geheimen Artikel von Campo Formio wird das Frickthal erwähnt, eine österreichische Besitzung auf dem linken Rheinufer, in der Nähe von Basel, von schweizerischem Gebiete umschlossen. Oesterreich hatte für den Fall, daß der Reichsfriede zu Stande käme, die Abtretung zugesagt, hielt aber an der Ansicht fest, das Reich, also auch die Deputation seien nicht berechtigt, diese österreichische Besitzung einseitig abzutreten. Bei den früheren Verhandlungen war sie in der That niemals erwähnt worden, und die Deputation hatte am 11. März den Lauf des Rheines nur zwischen Frankreich und Deutschland als Grenze anerkannt, ohne die Verhältnisse gegenüber der Schweiz zu berühren. Für Lehrbach war es deßhalb nicht wenig ärgerlich, als jetzt unversehens „die Abtretung des Frickthals und aller Rechte, die das Reich auf diesem Territorium ansprechen könnte," gefordert wurde. Er hatte darüber eine lange Correspondenz mit Thugut, lebhafte Erörterungen mit Bonnier und Roberjot, und erklärte schon in der vorläufigen Sitzung vom 21. Juli ganz bestimmt, daß eine solche Entscheidung gar nicht zur Competenz der Deputation gehöre [1]). Dagegen erhob sich kein Widerspruch, im Uebrigen hatte aber jene erste Nachgiebigkeit der Franzosen mehrere Delegirte so hoffnungsvoll gestimmt, daß Albini schon den Plan faßte, einen Friedensentwurf auszuarbeiten und nach vorgängiger Berathung in der Deputation den Franzosen vorzulegen. Er hoffte sie auf diesem Wege zur Antwort auf so manche noch gar nicht erörterte Fragen zu veranlassen. In einer vertraulichen Conferenz am 28. Juli trat er in der That mit einem Entwurf in 34 Artikeln hervor, deren Berathung beschlossen

1) Lehrbach an Cobenzl, 22. Juli (deutsch und französisch), 30. Juli (französisch); Thugut an Lehrbach (französisch), 30. Juli, 26. August, W. St.-A. Protokoll II, 202.

wurde[1]). Aber kaum war den Franzosen durch ihre gewöhnlichen Zuträger, die badischen Gesandten, von diesen Vorgängen Meldung gemacht, als sie auch das unwillkommene Project im Keime erstickten. Noch am selbigen Abend erschienen sie alle drei bei Albini mit der Erklärung: sie müßten ungesäumte Antwort auf ihre letzte Note fordern. Erst dann, wenn man sich vollständig geeinigt habe, sei es an der Zeit, den Entwurf, von dem sie gehört hätten, anzufertigen; vorher könnten sie sich durchaus nicht darauf einlassen. „Wollen die Besiegten den Siegern Gesetze vorschreiben?" fuhr Debry in seiner heftigen Weise heraus[2]). Albini, nicht wenig erschrocken, seine mächtigen Gönner erzürnt zu haben, suchte sogleich Alles rückgängig zu machen. Aber ein zweiter Fehler setzte ihn dabei mit Metternich und Lehrbach in Conflict. Obgleich die Franzosen nur vermittelst der Plenipotenz mit der Deputation verhandeln durften, betrachtete er doch die ihm geschehene Erklärung als eine officielle und ließ zu ihrer Berathung eine förmliche Sitzung auf den 30. Juli ansagen. Hier fielen nun harte Worte, besonders von Seiten Löben's und Lehrbach's gegen die unerlaubte Geschwätzigkeit der Badenser und das Verfahren Albini's; man faßte keinen neuen Beschluß, sondern dachte einfach bei dem frühern stehen zu bleiben. „Baron Albini," schreibt Lehrbach, „der sich überall nur durch seine Begierde, Alles zu thun und vorzustellen, hinreißen läßt, ist bei dieser Sache ziemlich compromittirt worden. Es wird ihm und auch den Franzosen zur Warnung dienen, die Deputation auf diese Weise zu behandeln und ihr gleichsam über den modus agendi Gesetze vorzuschreiben." In Wahrheit wird aber der Friedens-Entwurf seit dieser Zeit nicht mehr erwähnt, und es blieb nichts übrig, als zunächst den Franzosen auf ihre Note vom 19. Juli zu antworten.

Diese waren unterdessen nicht müßig gewesen. Durch

1) Protokoll II, 206.

2) Mainzer Diarium vom 28. Juli; Roberjot an Talleyrand, 29. Juli; Lehrbach, 1. August; Protokoll II, 212.

unabläſſiges Drohen und Zureden gelang es ihnen, die Mehrheit der Deputation zu dem wichtigen Zugeſtändniß zu bewegen, welches Albini, der bremiſche und die badiſchen Deputirten ſchon am 2. Juli in Ausſicht geſtellt hatten. Mit ihnen erklärten ſich Baiern, Darmſtadt und die beiden Städte in der Sitzung vom 3. Auguſt für die Schleifung von Ehrenbreitſtein, freilich nur unter der unverbrüchlichen Bedingung (sub conditione sine qua non et resolutiva), daß kein Punct auf dem rechten Rheinufer den Franzoſen verbleiben dürfe; Albini, der die Clauſel bei Ajuſtirung des Concluſums am 7. Auguſt wieder abſchwächen wollte, wurde von Lehrbach daran gehindert[1]). Die Franzoſen, dadurch nicht befriedigt, ſetzten aufs neue ihren ganzen Anhang in Bewegung. Vornehmlich ſuchten ſie die Deputations-Mitglieder untereinander oder mit Metternich in Zwiſt zu bringen, und die Ungeſchicklichkeit des Plenipotentiars und ſeiner Kanzlei erleichterte ihre Abſichten.

Metternich hatte im März der Abtretung des linken Rheinufers die Genehmigung verweigert und ſich darauf beſchränkt, den Deputations-Beſchluß ohne den gewöhnlichen Ausdruck ſeiner Zuſtimmung den Franzoſen zu überſenden. Erſt am 22. April war er nach vorgängigen Weiſungen aus Wien „vorbehaltlich der ſchließlichen kaiſerlichen und Reichs-Ratification" dem Concluſum beigetreten. Jetzt, da ſogar eine Einwirkung der Franzoſen auf das rechte Rheinufer in Frage kam, ſtellten ſich dieſelben Bedenklichkeiten ein. Lehrbach ertheilte den verſtändigen Rath, Metternich ſolle das Concluſum den Franzoſen in der gewöhnlichen Form übergeben, mit dem Zuſatze, rückſichtlich des dritten Punctes über die Schleifung

1) Lehrbach, 3. und 8. Auguſt. Die franzöſiſchen Geſandten am 12. Auguſt. Es war ihnen unterdeſſen ein Gutachten des General Joubert aus Mainz vom 9. Auguſt zugekommen: Ehrenbreitſtein müſſe, wenn man es nicht behalten könne, demolirt werden, Kehl und Caſtel dürfe man nicht aus der Hand geben. Bonaparte habe den Oeſterreichern in Italien nur deßhalb Verona und den rechts von der Etſch gelegenen Theil von Legnago gelaſſen, um größere Vortheile am Rheine zu gewinnen. Miniſt. d. Ausw.

von Ehrenbreitstein behalte sich die Plenipotenz vor, ihre Meinung nachzutragen. „Aber," setzt er seinem Bericht hinzu, „die Subalternen der Plenipotenz haben es wahrscheinlich anders gut gefunden, und mir ist die neue Fassung vorher nicht gezeigt worden." Diese Fassung lautete: „Ueber den dritten Punct behält man" — also die Deputation und die Plenipotenz — „die Erklärung vor." Unter den Deputirten wurde mit Recht Klage geführt, daß nun der Schein entstände, als habe die Deputation gar nichts über Ehrenbreitstein beschlossen. Selbst Lehrbach war ungehalten; er schreibt, er habe Metternich vertraulich seine Ansichten mitgetheilt und ihn auf das den Geschäften nachtheilige Benehmen seiner Subalternen aufsichtig gemacht." In Folge dessen hatte Metternich einen Tag nach Absendung des Conclusums, am 11. August, mit den französischen Gesandten eine Conferenz, worin er den Sachverhalt mittheilte[1]). Aber eine derartige, nicht officielle Anzeige wollten die Franzosen nicht gelten lassen. Am 13. August übergaben sie eine Note, welche, die wohlbekannten Thatsachen ignorirend, Beschwerde erhob, daß die Deputation auf die Forderung: Ehrenbreitstein müsse geschleift werden, nicht geantwortet habe. Gleich Tages darauf wurde dessentwillen eine Sitzung gehalten. „Albini," schreibt Lehrbach, „hätte die Sache gerne so gewendet, daß die Deputation ihr Conclusum direct mit Umgehung der Plenipotenz und Schädigung des kaiserlichen Ansehens den Franzosen mitgetheilt hätte." Aber Löben als Vermittler erwirkte den Beschluß, „die Plenipotenz solle durch Albini mündlich ersucht werden, den Franzosen über die eigentliche Bewandtniß des Conclusums eine vollständige Aufklärung in beliebiger Art baldigst zu ertheilen." „Metternich," fährt Lehrbach fort, „hatte auch seine Gründe. Er sagt: wenn ich den Franzosen die andere — von Lehrbach vorgeschlagene — Fassung übergeben hätte, so würden sie sagen: die Deputation hat dies beschlossen, wir brauchen

1) Lehrbach 12. August. Précis d'un entretien entre le Comte de Metternich et les citoyens Bonnier et Jean de Bry, Protokoll II, 297.

die Plenipotenz und ihren Beitritt nicht. Allein nach meinem und anderer, besonders des Grafen Löben Erachten kommt es nicht darauf an: Was sagen die Franzosen? sondern es kommt darauf an: Was ist Recht, der Reichsverfassung angemessen, und ununterbrochen ohne Widerspruch im Reiche und in Verhandlungen mit Auswärtigen, selbst mit Franzosen beobachtet worden? Ohne Beitritt der kaiserlichen Plenipotenz ist kein Deputations-Conclusum vollgültig oder verbindlich. Dieses würde auch die Deputation den Franzosen auf eine solche Sprache jederzeit erwidern[1])." Metternich blieb aber bei seiner Ansicht und erklärte Albini, er würde den Franzosen von dem Conclusum keine officielle Mittheilung machen. Seine Absicht war, neue Weisungen aus Wien zu erwarten, wie es ihm allerdings für einen solchen Fall vom Reichsvicecanzler vorgeschrieben war[2]). Albini, voll Aerger, berief gleich auf den 15. August eine neue Sitzung, die nach Lehrbach's Bericht sehr stürmisch ausfiel. Mehrere Stimmen, darunter Baden und Baiern, kamen auf den Antrag zurück, sich direct an die Franzosen zu wenden; andere wollten, daß die Deputation in ihrer Gesammtheit sich förmlich bei Metternich beschwere. Aber nochmals trat Löben als Vermittler ein. Man erneuerte nur den Beschluß, die Plenipotenz zu ersuchen, den Franzosen auf eine ihr gefällige Weise Nachricht zu geben, und Lehrbach stellte Metternich vor, daß er den Beschluß der Deputation doch wenigstens historisch den Franzosen mittheilen könne. Der Plenipotentiar bat sich Bedenkzeit aus, erklärte später, daß er in Folge des wiederholten Andringens der Deputation den Franzosen die Mittheilung machen würde, und begab sich wirklich zu diesem Zwecke noch am selbigen Abend zu Bonnier. Als aber der Gesandte ihn fragte, ob nun diese Erklärung officiell geschehe, antwortete Metternich mit einem bestimmten Nein[3]). Die

1) Lehrbach, 14. August.

2) Vortrag Cobenzl's an den Kaiser vom 20. Juli und darauf folgende Weisung an Metternich bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. XLIX.

3) Lehrbach 16. August.

Sache stand also wieder gerade, wie vier Tage früher, und vielleicht gerade, wie die Franzosen wünschten. Gleich am folgenden Morgen kam zuerst Rosenstiel, dann Bonnier zu Albini, um Beschwerde zu führen. Der Canzler war zu einem auffallenden Schritt ganz geneigt, und Lehrbach nicht wenig besorgt wegen der möglichen Folgen. Er beklagt seine schwierige Stellung, in welcher er nicht allein die Interessen Oesterreichs, sondern auch das Ansehen des Kaisers oder vielmehr der Plenipotenz und sogar gegen ihren Willen vertheidigen müsse. „Metternich," fährt er fort, „beruft sich darauf, daß er nach dem gestrigen Conclusum die Franzosen auf eine ihm beliebige Art in Kenntniß setzen könne. Allein das Wort, „„auf beliebige Art"" wollte aus Rücksicht sagen, „„schriftlich oder mündlich,"" die Sache aber, die bei der Deputation förmlich beschlossen, und deren Ausführung von dem Herrn Plenipotentiar also übernommen war, konnte nie anders als officiell sein[1])."

Indessen durch Löben's geschickte Vermittelung wurde der Sturm zum dritten Male beschwichtigt. In der Sitzung vom 17. August beschloß man, den Franzosen nur zu erwiedern, daß auf ihre Note vom 19. Juli schon in allen Puncten geantwortet sei. Da dies Conclusum vorerst an die Plenipotenz gelangen mußte, so hing es von dieser ab, nunmehr durch eine deutliche Erklärung sowohl die Deputation als die Franzosen zu befriedigen. Aber noch immer wartete Metternich auf den wiener Courier. Erst als die Franzosen am 20. August Nachmittags eine neue Mahnung schickten, als zugleich die Particular-Gesandten eigenmächtige Schritte vorbereiteten, und die bei Löben versammelten Deputations-Mitglieder beriethen, was bei längerer Weigerung am nächsten Tage vorzunehmen sei, erst da entschloß sich der Plenipotentiar nach erneuerter Berathung mit Lehrbach, am folgenden Morgen zu thun, was er gleich anfangs hätte thun sollen. Er theilte den Wortlaut

1) Lehrbach, 16. August, Nachschrift.

des Conclusums über Ehrenbreitstein den Franzosen mit, behielt sich aber vor, seine auf diesen Punct bezügliche Erklärung ehestens nachzubringen [1]).

In Wien hatte unterdessen diese Angelegenheit auch dem Reichsvicecanzler nicht wenig Sorge gemacht. Es erfolgten Vorträge an den Kaiser, weitläufige Verhandlungen mit der Staatscanzlei. Aber eben damals waren die Conferenzen in Berlin erfolglos zu Ende gegangen; die Hoffnung, Preußen zu einer gemeinschaftlichen Erklärung gegen Frankreich zu vermögen, war vereitelt. So konnte man auch in Wien nicht daran denken, den Congreß an dem einen Punkte scheitern zu lassen, oder die Plenipotenz in offene Zwistigkeit mit der Deputation zu versetzen. Ein sehr verständiger Vortrag vom 24. August, von Daiser in Thugut's Namen entworfen, spricht die Ansicht aus: „es wäre erwünschlicher gewesen, wenn die Reichshofcanzlei nach den von der Staatscanzlei öfters gemachten Bemerkungen dem Begnemigungs-Recht der kaiserlichen Plenipotenz keine so große Wichtigkeit beigelegt und widrige Deputations-Schlüsse mit stillschweigender Begnemigung den französischen Bevollmächtigten zugestellt hätte, unbeschadet des förmlichen kaiserlichen Ratifications-Rechts für den Fall, wenn das ganze Operatum der Reichsdeputation dem unter seinem Oberhaupte versammelten Reiche vorgelegt werden müsse, wo es dann dem Reichsoberhaupt ebenso unbenommen bleibe, den Reichsfriedens-Schluß nicht zu genehmigen, als andere Reichsstände durch Stimmenmehrheit etwas anderes beschließen könnten [2])." In diesem Sinne ging die Weisung an Metternich ab, und dieser beeilte sich, am 3. September der Deputation seinen Beitritt zum Conclusum vom 7. August nunmehr anzuzeigen [3]). „Endlich ist nun die Wirrung zwischen der Plenipotenz und der Deputation beseitigt," schreibt Lehrbach; „man muß erwarten, was die Franzosen thun werden."

1) Lehrbach 17., 20., 21., 25., 27. August; Metternich 16., 17., 21., 24. August; Protokoll V, 88—96.

2) Vivenot, Rastadter Congreß, S. LII fg.

3) Protokoll V, 114.

Diese waren mit der Entwickelung der Angelegenheiten schon lange nicht mehr zufrieden. Ihre Hoffnung, die Plenipotenz mit der Deputation zu verfeinden, erfüllte sich nicht, und die versprochene Schleifung Ehrenbreitsteins hatte durch die damit verbundene „unverbrüchliche" Bedingung wesentlich von ihrem Werthe eingebüßt. Darum sollten einmal wieder die Particular-Gesandten helfen, vor allen Sickingen, der, wie früher den Adjutanten Bonaparte's, nach Debry's Ankunft diesem Bevollmächtigten sich angeschlossen hatte, so daß er bald in auffälliger Weise seiner Gunst sich rühmen konnte. Wurde dieser Mann durch Ehrgeiz und Gewinnsucht, so wurden andere Reichsstände durch noch stärkere Beweggründe den Franzosen zugeführt. Schon Anfang August hatte der General Joubert, um auf den Congreß zu wirken, am rechten Rheinufer neue Contributionen ausgeschrieben; die kleine Grafschaft Solms-Laubach sollte allein 10000 Franken zahlen. Der Graf begab sich selbst zu Joubert nach Mainz, erhielt aber die Antwort: an der Contribution könne gar nichts nachgelassen werden. Das Reich scheine nicht Frieden, sondern Krieg zu wollen, und nöthige dadurch die Republik, mehr Truppen auf das rechte Rheinufer zu ziehen; die besetzten Reichslande müßten die Kosten tragen. Diese waren so bedeutend, daß neun der zunächst betheiligten Stände eine Zusammenkunft zu Wiesbaden abhielten und am 20. August mit einer kläglichen Schilderung ihrer Leiden die flehentliche Bitte verbanden, die Reichs-Deputation möge in ihrer Weisheit den Abschluß des so lange erwarteten Friedens schleunigst herbeiführen. Auch Debry erklärte ganz offen, daß jeder, der auf Entschädigung oder auf französische Protection Anspruch mache, nunmehr bei der Deputation auf Beschleunigung des Friedens dringen müsse. Für die Abgeordneten der Ritterschaft fügte er im Namen der französischen Regierung die Drohung bei, man würde im Weigerungsfalle die in der Note vom 22. Juni versprochene Erhaltung ihres Besitzes zurücknehmen und ihr Loos dem der geistlichen Reichsstände gleichstellen. Durch solche Mittel wurde

mancher gewonnen; man dachte daran, die Deputation bei längerer Zögerung öffentlich vor dem Reiche für verantwortlich zu erklären, oder, falls Metternich die Uebersendung des Conclusums über Ehrenbreitstein verweigere, directe Verhandlungen mit den Franzosen zu verlangen. Indessen gerade der aufdringliche Ungestüm Sickingen's erregte den Unwillen der Deputation und der mächtigeren Reichsstände. Sogar der zweibrückische Gesandte, Graf Rechberg, erklärte seine Mißbilligung; auch der Gedanke, preußische Vermittelung anzurufen, fand zwar bei Jacobi, aber weder bei Dohm noch bei Görtz Unterstützung. Die geistlichen Reichsstände waren schon durch die heftigen Reden Debry's vorsichtig gemacht; dazu kam, daß die Uebersendung des Conclusums die Einigkeit zwischen Metternich und der Deputation wiederherstellte. Selbst die Urheber der Demonstration mußten auf ihre weitgehenden Pläne verzichten. Von Allem, was sie mit so großem Aufsehen in Scene gesetzt hatten, blieb nichts übrig, als daß Sickingen für die schwäbischen, Solms-Laubach für die wetterauischen und protestantisch-westphälischen Grafen, Gagern im Namen der oberrheinischen Ritterschaft, ferner Zweibrücken, Nassau und mit ihnen die Particular-Gesandten von Darmstadt und Baden an die Deputation das Gesuch richteten, den Frieden möglichst zu beschleunigen. Die vier letztgenannten und Solms thaten den gleichen Schritt, um ihn des gehässigen Charakters zu entkleiden, auch bei der französischen Gesandtschaft [1]).

---

1) Die verschiedenen Eingaben im Protokoll, V, 102—109. Metternich, 24. und 27. August; Lehrbach, 1. und 4. September; Roberjot an Talleyrand 23. und 25. August; die französischen Gesandten, 24. August: Bittere Klagen über die Deputation, die sich von Oesterreich und Preußen beherrschen und benutzen lasse: Que peut faire dans cet état de froissement continuel un corps essentiellement faible, composé de parties différentes, et qui a le pli de la servitude? — Nous devons exprimer notre désir, que vous puissiez nous transmettre des instructions analogues, propres à ramener la négociation à sa véritable nature,

Die verschiedenen Eingaben wurden gleichzeitig mit einer dringenden französischen Note in der Sitzung vom 26. August verlesen[1]). Aber die Deputation blieb, ohne sich beirren zu lassen, bei den früheren Erklärungen; selbst die Delegirten von Darmstadt und Baden, deren Particular-Gesandte die Eingabe für die Beschleunigung des Friedens unterzeichnet hatten, schlossen sich der Mehrheit an. Nur zeigten sie doch schon Neigung, den Franzosen die Petersau abzutreten, und wenn in der vorigen Note dem Zugeständniß der Schleifung Ehrenbreitsteins eine „unverbrüchliche Bedingung" beigefügt war, so wußte Albini den unbequemen Ausdruck in dem am 29. August ajustirten Conclusum zu beseitigen. Vergebens machte Lehrbach auf die Gefahr aufmerksam[2]); wie richtig er gesehen hatte, zeigte sich nur zu bald. Die Franzosen benutzten sofort die abgeschwächte Fassung, um das, wie sie jetzt sagten, einfache und bedingungslose Zugeständniß der Schleifung Ehrenbreitsteins anzunehmen. Zum Dank bestanden sie auf allen andern Ansprüchen und forderten in dem kurzen schroffen Ton der Noten aus dem Frühjahr eine kategorische Erklärung. Dies sei das letzte Mal, sagten sie; die Antwort der Deputation würde über ihr ferneres Verfahren entscheiden. Die Note machte um so größeres Aufsehen, als Bonnier vorher Albini und Dohm versichert hatte, man würde mit der französischen Antwort zufrieden sein. „Albini," schreibt Lehrbach, „ist bis in sein Innerstes beschämt, und es scheint, daß wenigstens in diesem Augenblicke sein voriger Eifer wieder aufgeweckt ist. Auch hat er, wie er mir heute sagte, dem Grafen Görtz die schnöde und herabwürdigende Handlungsweise der Franzosen gegen die preußischen Minister nachdrücklich dargelegt. Selbst

---

qui est, d'être en apparence avec la Députation de l'Empire, et en vérité avec les deux états prépondérants de l'Allemagne.

1) Protokoll II, 337. Französische Note vom 22. August im Protokoll, V, 100.

2) Lehrbach, 30. August.

die preußischen Minister, besonders der von Dohm finden sich beschämt, welches bei diesen Männern viel gesagt ist. Indessen machen die Franzosen ihr Spiel; die mehreren Reichsstände handeln niederträchtig, geben in Allem nach, sehen kurzsichtig nur auf den gegenwärtigen Augenblick; die meisten weltlichen wollen den Zeitpunkt zur Vergrößerung benutzen; Preußen als einer der mächtigsten Reichsstände und eine vorzüglich europäische Macht erklärt, daß es nicht werkthätig einschreiten wolle; mithin haben die Franzosen das beste Spiel[1])."

Um es zu verstärken, ließen sie durch Sickingen, Solms und die badischen Gesandten ausbreiten, sie würden nicht vierzehn Tage mehr in Rastatt bleiben, und die Feindseligkeiten dann sofort wieder beginnen. Dann wollten sie wieder einlenken, wenn man ihnen nur die Petersau abträte[2]). Und so geschah es, daß in der Sitzung vom 7. September alle Stimmen mit Ausnahme von Oesterreich und Sachsen, freilich wieder unter den gewöhnlichen Bedingungen, zu diesem neuen Zugeständniß sich herbeiließen[3]). Die Franzosen antworteten diesmal — am 14. September — in einem andern Tone, versöhnlich, als stände der Friede in naher Aussicht. Sie versprachen, Kehl und Castel nicht zu befestigen, die Gemeinde- und Provinzialschulden mit Ausnahme derer, die bei Gelegenheit oder für die Kosten des Krieges bewilligt seien, auf dem linken Ufer zu lassen und die Emigranten-Gesetze nur auf die mit Frankreich gesetzlich schon vereinigten Länder anzuwenden. Leider war von diesen Zugeständnissen das erste nur scheinbar, bei dem zweiten die Ausnahme wichtiger als die Regel, das dritte

---

1) Franz. Note vom 1. September, Prot. V, 115. Lehrbach 2. September; die franz. Gesandten 2. September: Sie haben die Freude, le consentement pur et simple der Deputation anzuzeigen. Nous avançons à grands pas, setzt Roberjot am 4. September hinzu.

2) Lehrbach 30. August, 4. September.

3) Conclusum 10. September, Protokoll II, 381; Lehrbach, 7. und 11. September.

in keiner Weise zureichend [1]). Gleichwohl berichten sie am 17. September, ihre Note habe ungeheuren Eindruck gemacht und dem Directorium die öffentliche Meinung in Deutschland gewonnen. Alle Gesichter seien glänzend vor Freude, selbst die Oesterreicher suchten sich wieder zu nähern. „Wir werden nicht unerbittlich sein," setzen sie hinzu, „aber es scheint uns passend, daß wir uns bitten lassen. Die Preußen wollen sich selber das Verdienst zuschreiben; bald werden sie so kühn sein, öffentlich zu behaupten, sie hätten den Frieden, fertig redigirt, schon in der Tasche."

So weit war man doch noch nicht. Die Deputation zeigte sogar mehr Festigkeit als gewöhnlich. Sie nahm die französischen Anerbieten an, erklärte sie aber für ungenügend. Deutschland, hieß es, müsse auf den Territorien von Kehl und Castel bestehen, die ohne Befestigung ja doch für Frankreich keinen Werth besäßen. Die Gemeinde-Schulden könnten als reine Privatschulden gar nicht zur Erörterung kommen, und wenn etwa bei den Provinzial- oder eigentlichen Landesschulden die französische Ausnahme zugelassen würde, dürfe sie doch nur diejenigen Kriegsschulden umfassen, deren Betrag gegen die Republik, nicht aber für oder zum Besten der französischen Armeen verwendet sei. Endlich müsse die Aufhebung der Emigranten-Gesetze in den cedirten, noch nicht reunirten Ländern auch auf Elsaß und Lothringen erstreckt und in bestimmten Ausdrücken abgefaßt werden. Zu der letzten Mahnung gaben eben die Franzosen dringende Veranlassung. In der willkürlichsten Weise waren im Departement des Niederrheins mehrere Reichsritter für Emigranten erklärt, ihre Güter zum Verkauf ausgeboten, selbst zwei Frauen dieser sogenannten Emigrirten verhaftet und nach Mainz geschleppt, und es dauerte lange, bis die Verwendung Metternich's und Gagern's Gehör fand [2]). Im Uebrigen suchte die Deputation

1) Lehrbach 15. Sept.; Franz. Note v. 14. Sept. im Protokoll V, 147.

2) Metternich's Note an die französ. Gesandten vom 11. September, französische Antwort vom 14. September im Protokoll V, 144, 151. Die

die versöhnliche Sprache der Franzosen durch reichliche Zugabe freundlich-hoffnungsvoller Worte zu vergelten. Lehrbach meint, selbst Löben habe „milder oder vielmehr matter als gewöhnlich gestimmt, weil die Franzosen ihm gedroht hätten, beim Wiederausbruch des Krieges würden die bei Fulda stehenden Truppen den Weg nach Sachsen finden[1])." In Wahrheit hatte Lehrbach's Mißvergnügen wohl einen andern Grund.

Die preußische Denkschrift vom 14. Juni legte, wie erwähnt, besonderen Werth auf die Erhaltung der Büderichs-Insel bei Wesel[2]). Auf den Wunsch der preußischen Gesandten hatte Reden in der Sitzung vom 3. August den Vorschlag gemacht, die von den Franzosen verlangte, zum rechten Ufer gehörige Petersau gegen eine auf der linken Seite gelegene dem deutschen Reich etwa nöthige Insel auszutauschen. Das Conclusum vom 7. August fordert auch im Einklang mit der preußischen Denkschrift die Waal und den Canal der Büderichs-Insel als Grenze. Am 26. August war die Sache von Darmstadt und Baden abermals angeregt[3]), dann aber liegen geblieben und bei der Abtretung der Petersau nicht wieder erwähnt. Dies machte die preußischen Minister besorgt. Jacobi kam am Abend des 19. September zu Albini mit dem Anliegen, als Bedingung für die Schleifung von Ehrenbreitstein und die Abtretung der Petersau den Austausch dieser letzteren gegen die büdericher Insel einfließen zu lassen, und in der Sitzung des nächsten Tages gab Reden mit Bezug auf die früheren Verhandlungen denselben Wunsch zu Protokoll. „Dies erregte," schreibt Lehrbach, „im Grunde kein Verwundern, weil der von Reden allhier der preußische Miethling ist, ganz von den preußischen Ministern, besonders aber von Dohm geführt wird,

franz. Gesandten an Talleyrand, 9. September; Talleyrand an die Gesandten 19. September. Minist. des Auswärtigen.

1) Conclusum vom 20. September, Protokoll, II, 391, übersendet von Metternich am 23. September, Protokoll V, 177; Lehrbach 21. September.

2) Vgl. oben S. 171.

3) Protokoll II, 254, 289, 347, 349.

und unter allen Subdelegirten das ungleicheste Benehmen hat. Was aber Jedermann wunderte, war, daß der kursächsische Gesandte diesen Antrag eben auch zu Protokoll gab, nachdem er mir vorher selbst öfters gesagt hat, daß er die Sache unbillig und unschicklich fände. Der von Albini setzte sich standhaft mündlich gegen diesen Antrag, äußernd, daß er dermalen nicht in Betracht kommen könne, um das Ganze und besonders die Puncte auf dem rechten Rheinufer nicht zu verderben. Auch ich äußerte mich mündlich dagegen, bemerkend, daß ich den Besitz der büdericher Insel dem preußischen Hofe gern gönnte, zudem es auch zum Besten des Reiches sei. Ich könnte aber nicht einstimmen, daß diese beiden Inseln gegeneinander aufgehoben würden, und dadurch die Franzosen Gelegenheit erhielten, auf der Beibehaltung der Puncte auf dem rechten Rheinufer zu bestehen. Von diesen habe die Deputation diese ganze Zeit gehandelt. Wenn die preußischen Minister die Sache selbst durch Negotiation von den Franzosen erhalten könnten, würde es mir lieb, und dem Reiche besonders der Vertheidigung des nördlichen Deutschlands ersprießlich sein. Ich wollte auch, wenn die Deputation besonders deßhalb berathschlagen und an die Franzosen gehen wollte, gern von wegen Oesterreichs mit beiwirken; aber dermal könne deßhalb nichts davon ins Conclusum kommen. Darmstadt äußerte sich sodann auf Anstiften des bremischen Subdelegirten auch zum Protokoll, hängte aber gegen die Erwartung des von Reden an, daß von dieser Büderichsau erst die Rede sein könne, wenn das, was das rechte Rheinufer angehe, berichtigt sei. Baiern, Würzburg, Baden schwiegen still und erklärten sich nicht beifällig. Auf diese Art," setzt Lehrbach nicht ohne Schadenfreude hinzu, „scheiterte diese preußische Negotiation, welche für die büdericher Insel Alles auf dem rechten Rheinufer aufgeopfert hätte." Er hatte übrigens den Aerger, bald von Löben zu hören, daß Metternich sich vorher im Sinne der preußischen Wünsche ausgesprochen habe, und mochte nicht ohne Grund erwarten, daß sein eigenes Benehmen die preußischen Gesandten

in Rastatt, sowie das berliner Ministerium nicht freundlicher gegen ihn stimmen würde[1]). Nichts desto weniger war er um diese Zeit sehr guten Muthes; die preußischen Gesandten schreiben am 22. September, er trage den Kopf hoch und versichere Allen: wenn die Deputation nur einen Punkt am rechten Ufer bewillige, so werde Metternich Rastatt verlassen, und er selbst ihm folgen. Der Grund lag in den günstigen Nachrichten aus Wien über die von Rußland versprochene Hülfe, und über die Vernichtung der französischen Flotte bei Abukir[2]). Schon mehr als einmal hatte ein ähnliches Gerücht, den Ereignissen vorgreifend, die Runde in Europa gemacht. Debry berichtet, die Freude in Rastatt äußere sich jetzt nicht in so scandalöser Weise wie vier Wochen früher, als man die falsche Nachricht in der Augsburger Zeitung gelesen habe. Er selbst mit seinen Collegen suchte, nach Lehrbach's Ausdruck, seine Niedergeschlagenheit unter einer doppelten Lustigkeit zu verbergen. Man wird aber nicht irren, wenn man den Einfluß des großen Ereignisses in der Note erkennt, welche zu Anfange des nächsten Monats noch einmal die französischen Forderungen zusammenfaßte.

---

1) Lehrbach, 21. und 24. September. Albini nennt in dem mainzer Diarium vom 24. September Lehrbach's Auftreten sehr laut und bestimmt. Er habe Gatzert, der schon im Begriffe stand dem redenschen Antrage zuzustimmen, eingeschüchtert und dadurch bewogen, seiner Adhäsion, so gut es sich noch thun ließ, die entgegengesetzte Wendung zu geben, woraus dann das ohne diese Details ganz unerklärliche darmstädtische Votum entsprungen sei.

2) Lehrbach 21. und 26. September. Am 20. hatte eine Depesche Thugut's vom 15. die Nachricht nach Rastatt gebracht. Am 15. schickt auch Talleyrand dem Gesandten eine Nummer des Redacteur mit der Nachricht über die Schlacht. „Das Ereigniß ist unbegreiflich," setzt er hinzu. „La flotte est fusillée. Villeneuve ist, ohne einen Schuß erhalten, ohne einen Mann verloren zu haben, in Malta angekommen. Quelle confiance avoir dans ce qui est raconté par ceux qui paraissent avoir fui?" Debry, 24. September. Minist. des Auswärtigen.

## Siebentes Kapitel.

### Der rastatter Congreß bis zur Annahme des französischen Ultimatums vom 6. Dezember.

Die französische Note vom 3. October beginnt mit einem wirklichen Zugeständniß. Schon am 12. August hatte Talleyrand den Gesandten geschrieben, Frankreich wünsche Kehl und Castel zu behalten, wolle aber keinen Krieg deßhalb anfangen. Die Instruction vom 2. September, im Entwurf von allen Directoren unterzeichnet und vielfach verbessert, sagt bestimmter: in Rücksicht auf die öffentliche Meinung, welche in Deutschland eine Macht vorstelle, wolle man auf die beiden Plätze verzichten. Aber die Gesandten, damals voll großer Hoffnungen, machten in ihrer Note vom 14. von diesem Zugeständniß noch keinen Gebrauch. Erst jetzt, Anfangs October, — es war indessen viel correspondirt, und Roberjot noch einmal nach Paris berufen — hielten sie die Zeit für gekommen. „Als letzten und größten Beweis seiner Friedensliebe," erklärt die Note, „will das Directorium dem deutschen Reiche die so oft verlangte Rückgabe von Kehl und Castel zusichern, und dies in einem Augenblick, in welchem ein vorübergehender Unfall dazu gedient hat, die Energie und die Kräfte der Nation zu verhundertfachen. Aber ein so wichtiges Zugeständniß in einem solchen Augenblick muß auch jeden Zweifel, jede Schwierigkeit von der Gegenseite aufheben; es ist der Preis des raschen Zutritts zu den folgenden Artikeln, welchen das Wohl der Menschheit gebieterisch fordert." In diesen Artikeln werden dann

mit wörtlicher Benutzung mehrerer Instructionen Talleyrand's[1]) zehn der wichtigsten Puncte nicht ohne Geschick behandelt. Sie hätten, schreiben die Gesandten[2]), Alles hineingesetzt, was bei einem Friedensvertrag zur Sprache kommen müsse; auch kann die Note vom 3. October im Gegensatze zu dem früher zurückgewiesenen Project der Deputation in der That als erster Entwurf eines Friedens gelten. Es ist unerläßlich, den wesentlichen Inhalt mitzutheilen:

1. Der Thalweg des Rheines wird als Grenze genommen, und auf diesen Grund das Verlangen der preußischen Gesandten in Bezug auf die Waal und die büdericher Insel ohne weitere Erörterung zurückgewiesen. Für Frankreich fordert man aber nicht allein die Petersau, sondern auch das Eigenthum aller auf der rechten Seite des Thalwegs gelegenen Inseln, welche schon in früherer Zeit zu Frankreich gehörten, während die deutschen Besitzer alle Inseln auf der linken Seite ohne Ausnahme abtreten müssen.

Die Schifffahrt auf dem Rheine soll frei sein für die Franzosen und die deutsche Nation. Ausdehnung der Freiheit auf Holland und die Schweiz kann zur Zeit noch nicht bewilligt werden.

Der Leinpfad muß frei bleiben und in gutem Stande gehalten werden. Die zur Ausbesserung nöthigen, auf der rechten Seite mangelnden Materialien dürfen auf der linken Seite zu annehmlichen Preisen gekauft werden, aber nur in Gemäßheit mit den innern Anordnungen der Republik. Für die Aufhebung der Rheinzölle werden statt der von der Deputation geforderten Frist von zwei Jahren nur sechs Monate nach Abschluß des Friedens bewilligt.

2. Die freie Schifffahrt auf den übrigen deutschen Flüssen

---

1) Schreiben Talleyrand's an die Gesandten vom 12. August, 2. September, 19. September, und ein ausführlicher Aufsatz vom Ende des Jahres VI (21. September 1798).

2) Die Gesandten an Talleyrand, 4. October.

wird nicht unumgänglich verlangt, sondern nur gerathen; aber die Gesandten fordern ausdrücklich für die französische Republik die Aufhebung des elsflether Zolles auf der Weser als einer Beeinträchtigung des französischen Handels mit Bremen. Sie fordern ferner, daß die Hansestädte Bremen und Hamburg und die freie Stadt Frankfurt ihre politische Existenz und volle Unabhängigkeit bewahren. — Diese auffallende Forderung wird nur durch die eigenthümliche Stellung der Hansestädte verständlich. Im Besitz eines bedeutenden Seehandels, der doch von Seiten des Reiches nicht des geringsten Schutzes genoß, waren sie früh darauf hingewiesen, sich im Falle eines Reichskrieges, also besonders Frankreich gegenüber, eine neutrale Stellung zu verschaffen. Bestimmungen dieser Art hatte man in der That in die Handelsverträge mit Frankreich vom Jahre 1716, 1769 und 1789 aufgenommen[1]). Bei dem Reichskriege von 1792 war aber eine so große Zahl von Waaren als Kriegscontrebande erklärt, daß die Wirkung einem absoluten Handels-Verbote gleichkam, von welchem die Hansestädte keine Ausnahme erlangen konnten; auch der französische Geschäftsträger im niedersächsischen Kreise, Lehoc, hatte am 18. Februar 1793 Hamburg verlassen müssen. Sobald als möglich, schon im November 1794, suchte man aber die Beziehungen wieder anzuknüpfen, vornehmlich in Basel mit Barthelemy durch Vermittlung des oft genannten Peter Ochs, der mit dem hamburger Syndicus Doormann persönlich befreundet war. Auch in Paris unterhielt Hamburg einen Agenten, und ebenso hatte die französische Regierung, wie wir uns erinnern, den Freund Treilhard's, Karl Reinhard, im Herbst 1795 nach Hamburg geschickt, wo er nach dem Abschluß der Präliminarien von Leoben förmlich als französischer Resident anerkannt wurde. Bereits im Sommer vorher gelang es dem hamburger Kauf-

1) Adolf Wohlwill, Reinhard als französischer Gesandter in Hamburg und die Neutralitätsbestrebungen der Hansestädte in den Jahren 1795—1797, Hansische Geschichtsblätter, Jahrgang 1875, S. 53—121.

mann Sieveking, durch bedeutende Geldzahlungen in Paris die Aufhebung des Embargo auf die in französischen Häfen befindlichen Schiffe zu erwirken. Seitdem stand Hamburg, bald auch Bremen in freundlichem Verkehr mit der Republik, und in den Unterhandlungen taucht mehrmals der Wunsch hervor, daß durch Frankreich der politische Fortbestand der Hansestädte, zugleich die Freiheit des Handels und der Schiffahrt sowohl auf der See, als auf der Elbe, Weser und Trave gesichert würde. Um diese Wünsche auch auf dem Congreß zu vertreten, war von Hamburg der Syndikus Doormann, von Bremen der spätere Bürgermeister Gröning nach Rastatt geschickt [1]), und Lehrbach vermuthet nicht ohne Grund, die „französische Forderung sei durch den jüngst in Paris gewesenen bremischen Deputirten, Senator Gröning, allda negotiirt und wahrscheinlich gut bezahlt worden, sowie Hamburg, Bremen und Frankfurt, nicht aber Lübeck, den Franzosen viel Geld, auch Anlehen auf holländische Reseriptionen — also gerade, was von den americanischen Gesandten verweigert war — gegeben hätten. Deßhalb sei auch nur von diesen Dreien und nicht von Lübeck die Rede [2]). — Der elsflether Zoll, eine Hauptschädigung des bremischen und deutschen Handels, konnte bekanntlich erst zwei und zwanzig Jahre später beseitigt werden, und es ist keine erfreuliche Erscheinung, wenn eine an sich so wohl begründete Forderung von Fremden gestellt wird, in deren Munde sie freilich als Einmischung in die innern Angelegenheiten Deutschlands erscheinen mußte. Lehrbach bemerkt, der Herzog von Holstein, Bischof von Lübeck, ziehe dermalen aus

1) C. H. Gildemeister, Aus der Lebensbeschreibung Dr. Georg Gröning's, bremisches Jahrbuch, V, 215 fg., Bremen 1870. Leider sind die Berichte aus Rastatt nicht mitgetheilt. Vom März bis August 1798 verweilte Gröning in Paris.

2) Lehrbach, 4. October. Talleyrand schreibt den Gesandten in Rastatt am 24. Mai: Die Hansestädte bereuen ihre Sünden, wollen sich unter die Protection der Republik begeben und einige Millionen batavischer Schuldscheine übernehmen; sie hoffen, daß der elsflether Zoll abgeschafft wird.

dem elsflether Zoll jährlich 150,000 Gulden und könne, wenn man ihm den Zoll entzöge, nach früheren Verträgen unter Anrufung russischen Schutzes von Dänemark Entschädigung fordern.

3. Das Reich sollte der Anlegung oder Erhaltung neuer oder schon bestehender Commercial-Brücken nach Belieben der Uferstaaten sich nicht widersetzen. Lehrbach bemerkt: Altbreisach gegenüber, wo Oesterreich Besitzer des deutschen Ufers sei, habe dies nichts zu bedeuten, aber Hüningen gegenüber werde Baden gutwillig oder gezwungen sich nicht weigern können.

Es folgt dann 4. die schon erwähnte verständige Bestimmung, daß die auf dem linken Ufer gelegenen Dependenzen geistlicher Institute des rechten Ufers bei Frankreich verbleiben, die rechtsrheinischen Besitzungen der linksrheinischen Institute dem Reiche zufallen sollen, und

5. daß an den frühern Vorschlägen über die reichsritterschaftlichen Besitzungen nichts geändert werde.

6. Die Communalschulden und die Provinzialschulden, d. h. diejenigen, welche von einer einzelnen Gemeinde oder von einem ganzen Lande wirklich zum öffentlichen Nutzen gemacht seien, wollte man für die abgetretenen Länder übernehmen, indessen mit Ausschluß derjenigen, welche bei Gelegenheit oder für die Kosten des Krieges gemacht seien, also insbesondere zur Bezahlung der von den Franzosen eingeforderten Contributionen. „Denn," argumentirt die Note, „das Reich hat den Krieg angefangen, muß daher auch alle Ausgaben ersetzen, welche die rechtmäßige Vertheidigung Frankreichs erforderlich machte."

Noch weniger entgegenkommend war die Note

7. in Bezug auf die Emigranten. Sie äußert ein Erstaunen, daß die Deputation auf einen schon abgemachten Gegenstand nochmals zurückkomme. Es sei ganz unmöglich, die französischen Gesetze in den schon reunirten Ländern wieder aufzuheben; nur für Mainz habe man eine Ausnahme zugelassen,

weil das Reunions-Decret dort gar nicht veröffentlicht worden sei, die Einwohner also auch die für die Rückkehr gewährte Frist von drei Monaten nicht hätten benutzen können. Dies Princip könne vielleicht noch anderswo Anwendung finden; im Uebrigen hoffe man, die Deputation werde nicht ferner von Menschen reden, welche die Fackel des Krieges gewesen seien.

Ebenso wird 8. die Forderung des Rückzuges der Truppen abgelehnt: es hängt nur von der Deputation ab, durch Abschließung des Friedens allen Beschwernissen der rechtsrheinischen Länder ein Ziel zu setzen.

Der 9. Artikel fordert den Verzicht des Reiches auf alle Ansprüche und Rechte in den jetzt der Republik abgetretenen Territorien, ferner auf die Rechte, welche der König von Sardinien mit Savoyen, oder welche Oesterreich zu Campo Formio mit dem burgundischen Kreise abgetreten hat. Das Reich soll gleichfalls in die Abtretung des Frickthals willigen und auf alle Rechte, die es etwa darauf haben könnte, verzichten.

Endlich folgt noch 10. die Forderung, daß die Befestigungen von Kehl und Castel demolirt bleiben, und daß kein Fort oder befestigtes Lager in der Entfernung von 3000 Klaftern vom rechten Ufer des Rheines errichtet werden darf [1]).

Man sieht, aus dieser Note spricht noch ganz die Stimme des Siegers. „Wer sie auch nur flüchtig, ohne strenge diplomatische Analysirung durchgeht," schreibt Lehrbach am 4. October, „wird finden, daß die Franzosen immer einen Brocken hinwerfen, diesen wieder einschränken und bedingen; daß es ihnen nicht Ernst ist, mit dem Reiche Frieden zu schließen, sondern daß sie von der Verwirrung, Mattigkeit und Furcht der Deputation Nutzen ziehen, sich darauf verlassen und ihre Forderungen danach bemessen. Ich werde in der nächsten österreichischen Abstimmung nach den neuen Weisungen fernerhin in nichts nachgeben und mit Mäßigung, aber standhaft fortschreiten."

---

1) Protokoll, V, 182 fg.

Der Verkehr zwischen den kaiserlichen und französischen Gesandten war denn auch seit dem Abbruch der selzer Conferenzen immer kälter und schroffer geworden. Rosenstiel beklagte sich bei Lehrbach bitter über den Anmarsch russischer Hülfstruppen und die feindselige Stellung des neapolitanischen Hofes; Debry, der heftigste, sagte öffentlich, Oesterreich wolle den Krieg, es werde ihn haben und seinen Untergang dazu. Als Metternich am 4. October den Namenstag des Kaisers festlich beging, erwiederten die Franzosen auf seine Einladung kurz, sie seien verhindert: eine Weigerung um so auffälliger, als Bonaparte ein Jahr früher, noch vor dem Abschluß des Friedens, mit seinem ganzen Stabe zu Cobenzl nach Udine gekommen war[1]). Indessen die französische Note bot immer eine Grundlage, auf welcher sich unterhandeln ließ. Metternich legte dem Verzicht auf Kehl und Castel solche Wichtigkeit bei, daß er die Note durch seinen Sohn nach Wien schicken wollte, was aber Lehrbach wegen des Aufsehens einer solchen Sendung widerrieth. Am 11. October traten die Deputirten zur Berathung zusammen. Sie war, wie Lehrbach am folgenden Tage berichtet, die längste und merkwürdigste bei diesem ganzen Friedensgeschäft, und dauerte von elf Uhr Morgens

---

1) Lehrbach, 5. October; Mainzer Diarium, 4. October. Die Festlichkeiten bestanden in einem Tedeum, Mittagessen und Freiball auf dem Schlosse. Als Muster der dabei unentbehrlichen Poesien kann der folgende Anfang des Festgedichtes dienen:

Peuples réjouissez vous dans vos chants d'allegresse,
Du juste Metternich célébrez la noblesse.
La fête, qu'il vous donne en l'honneur de François,
Est un tribut, qu'il paye au plus digne des rois, etc.

Roberjot berichtet spöttisch am 7. (oder 10.) October, die Adligen hätten dem mit Lorbeern geschmückten Portrait des Kaisers ihre Huldigung dargebracht, die Einwohner von Rastatt gar keinen Theil genommen, Sickingen, Leyen, Pappenheim keine Einladung erhalten: „Jamais fête n'a été plus triste et plus isolée." Gleichwohl sollen 200 Gäste 1400 Flaschen Champagner geleert haben.

bis nach vier Uhr Nachmittags; leicht begreiflich, wenn man sieht, daß die dabei verlesenen Abstimmungen nicht weniger als 93 Quartseiten füllen. Gerade Tages vorher hatte Lehrbach neue Instructionen Thugut's vom 5. October und darin die unbedingte Billigung seines Benehmens erhalten. „Ich ersuche Ew. Excellenz," fährt Thugut fort, „auf diesen Grundsätzen unabweichlich zu beharren, indem es durchaus die Gesinnung Seiner Majestät ist, nicht in dem geringsten Puncte weder einer Nachgiebigkeit selbst Statt zu geben, noch, wenn andere hierzu gestimmt sein sollten, solche zu billigen." Besonders soll sich Lehrbach gegen die Uebertragung von irgend was für Schulden von dem rechten auf das linke Rheinufer standhaft setzen, dies Ansinnen als ungerecht, schimpflich und für das Reich höchst verderblich darstellen. „Denn wer das Land besitzt, die reichen Einkünfte zieht, muß der Natur der Sache nach auch die auf dem Lande haftenden Kosten tragen; ohne Unterschied, da nach allen Rechtsbegriffen die Sache mit ihren Lasten in die Hände des neuen Besitzers übergeht, und eins von dem andern nicht getrennt werden kann." Demgemäß trat auch Lehrbach in der Sitzung sehr entschieden auf. Gegenüber den Drohungen, welche die Franzosen ihrer letzten Note beigefügt hatten, ließ er einfließen, daß das Kriegsglück zu allen Zeiten wandelbar gewesen sei. Auch die übrigen Mitglieder blieben fest; nur Baden stimmte wieder, wie die Franzosen wünschten, und Gatzert konnte nicht stimmen, wie er selber wünschte, weil er, bemerkt Lehrbach, „nach Ankunft des darmstädtischen Particular-Gesandten, Obersten von Pappenheim, nicht mehr Meister seiner Handlungen ist[1])."

Das Conclusum geht auf alle zehn Puncte der französischen Note im Einzelnen ein[2]).

1. Das Anerbieten des Thalwegs wird angenommen, von der Grenze der Waal nicht geredet, auch der andere preußische

1) Lehrbach, 13. October.

2) Protokoll, II, 554 fg.

Wunsch in Bezug auf die Büderichs-Insel nur empfohlen. Abgelehnt wird dagegen die Forderung der Franzosen, daß sie selbst die aus früherer Zeit in ihrem Besitz befindlichen Inseln der rechten Seite behalten, dagegen alle auf der linken Seite ohne Ausnahme erwerben wollten. Oberhalb Germersheim, verlangt das Conclusum, solle Alles bleiben, wie es durch frühere Verträge bestimmt worden sei. Die Freiheit der Rheinschifffahrt wünschte man auf Holland auszudehnen. Sei dies unmöglich, so könne auch den Holländern die Aufhebung der Rheinzölle noch nicht zu Gute kommen. Der unbehinderte Erwerb der Baumaterialien wurde nicht allein für den Leinpfad, sondern auch für den Uferbau gefordert; für die Aufhebung der Zölle jetzt die Frist eines Jahres verlangt.

2. Ueber den elsflether Zoll mag die französische Republik mit dem Hause Holstein-Oldenburg selbst ein Abkommen treffen. Die Deputation hat nicht das Recht, ihn aufzuheben. Die drei von den Franzosen empfohlenen Städte wird man wie alle übrigen Reichsstädte bestehen lassen, so daß es keiner besonderen Erwähnung bedarf.

3. Die alte bei Mainz bestehende Handelsbrücke soll von den beiden Uferstaaten unterhalten werden; für neue Brücken läßt sich die Einwilligung nicht zum Voraus zusichern.

4. Der Grundsatz für die Dependenzen der geistlichen Stiftungen wird angenommen und noch im Einzelnen ausgeführt.

5. In Bezug auf die Reichsritter hofft man auf das schon früher gewünschte Zugeständniß, daß auch die Reichsstände ihre ritterschaftlichen Besitzungen als Privateigenthum behalten können. Man verbindet damit den Wunsch, daß auch der gesammte landsässige Adel, die apanagirten Herren, weibliche Angehörige, Wittwen reichsständischer Häuser rücksichtlich ihrer Privatbesitzungen als Privatpersonen anerkannt werden.

6. Rücksichtlich der Schulden konnte Lehrbach seine Ansicht, daß man gar keine Schulden auf das rechte Ufer übernehmen dürfe, nicht durchsetzen. Albini hatte sogleich, als er

die Instruction Thugut's las, voll Schrecken ausgerufen, das sei der Krieg. Selbst in Campo Formio habe man doch nur die Schulden, welche vor dem Kriege in den abgetretenen Ländern hypothekarisch aufgenommen seien, den Franzosen zur Last gelegt[1]). Die Deputation acceptirte das französische Anerbieten, daß alle wirklich zum Vortheil des Landes contrahirten Landesschulden auf dem linken Rheinufer bleiben sollten, war dagegen bereit, die zum Vortheil und im Dienste der Reichsstände, auch insbesondere zur Führung des Reichskrieges — also nicht zur Zahlung der Contributionen — gemachten Landesschulden auf das rechte Ufer zu übertragen. Die communalen, auch die Communal-Kriegsschulden, müßten dagegen schon als Privat-Schulden den Gemeinden, die sie aufgenommen hätten, verbleiben.

7. Zu Gunsten der Emigranten werden die früheren Vorstellungen wiederholt. Man zeigt ausführlich, daß die französischen Reunions-Gesetze für deutsche Unterthanen nicht eher Wirkung haben könnten, bis die reunirten Länder auch vom Reiche abgetreten seien. Nicht Störer des Friedens, sondern Unschuldige, vor allem reichsritterschaftliche Personen, Beamte und Diener von Reichsständen würden dadurch gerettet werden, denen billig auch die von den Franzosen schon am 8. April versprochene Amnestie zu Gute komme.

8. Man verlangt nochmals Erleichterung der Contributionen, Rückzug der Truppen und die conventionsmäßige Ravitaillirung von Ehrenbreitstein.

9. Man ist bereit allen Rechten und Ansprüchen des Reiches auf die im Friedensschluß abzutretenden Länder zu entsagen, diese Entsagung auch auf Savoyen und die zu Campo Formio abgetretenen österreichischen Niederlande zu erstrecken; auch einem Vertrage zwischen Frankreich und Oesterreich über das Frickthal die Bestätigung zu ertheilen[2]); endlich in Italien

1) Lehrbach, 12. October.

2) Man gab dadurch dem zweideutigen Ausdruck der französischen Note:

auf diejenigen Lehen zu verzichten, welche nach dem Frieden von Campo Formio der cisalpinischen Republik zufallen sollten. Rücksichtlich der übrigen italienischen Lehen erbat man eine bestimmtere Bezeichnung. Lehrbach hatte hervorgehoben, daß bei ganz allgemeinem Verzicht die römische Republik vielleicht einmal das Aufgeben des römischen Kaisertitels fordern könne.

10. Dreitausend Klafter, nicht vom Rhein, wie die französische Note zweideutig sich ausgedrückt hatte, sondern von Kehl und Castel verspricht man kein Fort oder verschanztes Lager anzulegen. Andere Puncte, schließt das Conclusum, harren noch der Erledigung, werden aber ihren schicklichen Platz in dem Friedens-Entwurfe finden; man will sie daher dermalen nicht weitläufiger berühren.

Von allen diesen Wünschen und Ansprüchen bedurfte keiner so dringend der Erledigung, als die Verproviantirung von Ehrenbreitstein. Die Besatzung war durch Entbehrungen jeder Art zum Aeußersten gebracht. Der Commandant schrieb an Staader, an die Plenipotenz, an die kurtrierische Gesandtschaft, es sei ihm unmöglich, sich über den nächsten Monat hinaus zu halten; auch Metternich erschien die Angelegenheit so wichtig, daß er am 14. October eine Conferenz mit den Franzosen forderte[1]). Als Bonnier wieder unter nichtssagenden Redensarten eine Ausflucht suchte, zudem die Antwort auf das am 17. übersandte Conclusum länger als gewöhnlich sich erwarten ließ, ermannte sich sogar die Deputation am 23. zu einem besonderen Gesuch: die Franzosen möchten, wenn sie die übrigen Puncte nicht sogleich beantworten könnten, wenigstens in Bezug auf Ehrenbreitstein unverzüglich eine Erklärung geben[2]). Aber die Franzosen schwiegen, gaben nur

---

L'Empire consentira à la cession du Frickthal, die von Lehrbach gewünschte Auslegung.

1) Précis d'un entretien entre le Ministre Plénipotentiaire de l'Empereur et ceux de la République française du 14. Octobre, Protokoll, V, 238. Roberjot an Talleyrand, 14. October.

2) Protokoll, II, 574; V, 243.

mündlich ihre Unzufriedenheit kund, drohten wohl mit einem Ultimatum; es schien, daß sie neue Instructionen aus Paris erwarteten. Durch die Antwort der Deputation waren sie keineswegs zufrieden gestellt. „Sie werden bemerken," schreiben sie am 18. October an Talleyrand, „daß dies Conclusum das gewundenste, wenigst klare, wenigst befriedigende von allen ist, welche die Deputation bisher erlassen hat. Nach dem, was von Albini und Andern versprochen war, hätte man so etwas nicht erwarten dürfen." Aber zum Aeußersten mochten sie doch nicht schreiten. „Man konnte," fahren sie fort, entweder sogleich „zur Erwiederung das Ultimatum einreichen, oder eine Antwort des Directoriums erwarten und einstweilen die Mitglieder der Deputation ihr verkehrtes Benehmen empfinden lassen." Die Gesandten haben den letzteren Weg vorgezogen und kein Ultimatum eingereicht, weil sie der Wirkung nicht versichert waren, und weil es den Mächten, die den Krieg wollen, Vorwand zu Anschuldigungen hätte bieten können. Inzwischen erhielt man die Nachricht von dem Einrücken der Oesterreicher in Graubündten. Die politischen Verhältnisse wurden mit jedem Tage mehr gespannt. Endlich am 27. October kam der Courier aus Paris [1]), und am nächsten Tage erfolgte die französische Antwort, in einem Tone, der selbst die ähnlichen Vorgängerinnen im Frühjahre noch übertraf. Nicht mit Unrecht nennt sie Metternich „die unverdaulichste aller bisher erschienenen französischen Erklärungen [2])." „Die unterzeichneten Minister," hieß es, „haben die Note der Deputation vom 26. Vendemiaire [17. October] erhalten. Es ist schwer nach dem Lesen dieser erstaunlichen Erklärung den Ausdruck der schmerzlichsten Empfindungen zu mäßigen. Bei den unbegründeten Schwierigkeiten, von denen sie erfüllt ist, bei dem Bestreben, das, was schon festgesetzt wurde, ohne Unterlaß wieder in Frage zu stellen, bei der Zweideutigkeit sogar der zugestandenen Ar-

1) Nouvelles politiques, 30. October, Supplém., 13. November.

2) Metternich, 5. November.

tikel, bei dieser Reihe ungegründeter oder geradezu unpassender Weitläufigkeiten, welche ganze Seiten füllen, kann man nicht umhin, eine vorsätzliche Verschleppung zu erkennen und über die wahren Absichten der Deputation ernstliche Zweifel zu hegen. Die französische Republik will nicht den Krieg, aber sie fürchtet ihn nicht. Sie will den Frieden schließen; will die Deputation immer nur davon reden? Die Großmuth der französischen Regierung ist über alle Hoffnungen hinausgegangen, man darf kein neues Zugeständniß von ihrer Seite erwarten. Die Unterzeichneten beharren bei dem gesammten Inhalt ihrer Note vom 12. Vendemiaire [3. October]."

Zu derselben Zeit, als die Franzosen der Deputation und den Oesterreichern so schroff entgegentraten, waren sie noch in einen andern Streit verwickelt. Die schnöde Art, in welcher die Note vom 3. October die preußischen Forderungen nicht einmal der Erwähnung würdigte, mußte die preußischen Gesandten sehr unangenehm berühren[1]). Sie begnügten sich nicht, der Deputation ihre Wünsche aufs neue zu empfehlen; auch den Franzosen reichten sie am 8. October eine besondere Note ein[2]), mit der Bitte, die Gesandtschaft möge, wenn sie selbst rücksichtlich der Waal und der Büderichs-Insel nicht genügende Vollmacht besäße, die Entscheidung des Directoriums einholen. Den Erfolg kann man vorhersehen, wenn man sich erinnert, daß die Franzosen gleich nach der Erwerbung des linken Rheinufers ihre Augen sogar auf Wesel gerichtet hatten. Immer tauchte in Paris der Wunsch und sogar die Hoffnung wieder auf, Preußen zu einem Tausch der westlich von der Weser gelegenen Besitzungen gegen Mecklenburg zu vermögen, so bestimmt auch Friedrich Wilhelm II. im Sommer 1796 diesen Gedanken zurückgewiesen hatte[3]). Jedenfalls wollte

1) Die preußischen Gesandten, 6. October; das Ministerium, 12. October.

2) Protokoll, V, 226, 232.

3) Diplomatische Verhandlungen I, 301. Talleyrand am 6. April 1798 beruft sich sonderbarer Weise auf einen Brief Caillard's vom 24. September 1796, der zu dem Tausche Hoffnung gebe.

man Preußen soweit als möglich von der französischen Grenze entfernen, deßhalb nicht einmal eine Vergrößerung in Franken, noch viel weniger am Rheine zugestehen. Während des Sommers blieben die rastatter Gesandtschaften in äußerlich freundlichem Verkehr, aber von der Waal und der Büderichs-Insel wollten die Franzosen nichts hören [1]), überhaupt, nach Talleyrand's Anweisung, in Rastatt noch kein bestimmtes Anerbieten machen, bis Sieyes über das Ergebniß der berliner Verhandlungen Nachricht gegeben hätte. Mit Vergnügen bemerkten sie Lehrbach's Widerstand gegen die preußischen Anträge in den Sitzungen der Deputation [2]); auch Albini war unzweifelhaft durch die Franzosen zum Widerspruche angeregt. „Die Preußen," schreibt Roberjot am 26. September, „wollen uns glauben machen, daß man nur durch ihre Vermittlung von der Deputation etwas erlangen könne. Sie versprechen die volle unbedingte Bewilligung unserer Forderungen, wenn ihnen nur die Büderichs-Insel zugestanden würde. Da sie uns aufmerksam machten, haben wir ihnen bei der Deputation entgegen gewirkt, und die Deputation hat begriffen, daß es nicht gerade das Interesse des Reiches ist, was die Preußen im Auge haben." Danach und nach der französischen Erklärung vom 3. October mochten die preußischen Gesandten ihre eigene Note nicht eben mit den besten Hoffnungen übergeben. Aber sie wurden doch überrascht, als sie auf eine erneuerte Anfrage am 13. October vernehmen mußten, diese Angelegenheit sei durch die französische Erwiederung auf die preußische Note vom 19. Juni — in welcher nur von der Waal, keineswegs von der Büderichs-Insel Rede war — bereits erledigt; die französischen Bevollmächtigten fänden sich nicht in der Lage, die zuletzt empfangene Note dem Directorium auch nur vorlegen zu können. Umsonst beklagten sich die preußischen Gesandten am 16. October, daß ein solches Verfahren allen Regeln des diploma-

1) Roberjot, 23. August.

2) Debry an Talleyrand, 24. September.

tischen Verkehres widerspreche[1]); sie erhielten keine Antwort, und Sandoz schrieb ihnen aus Paris, den französischen Bevollmächtigten sei verboten, über die Sache weiter zu verhandeln. Die Franzosen schienen es sich zur Aufgabe zu machen, bei jeder Gelegenheit, bei Lehrbach, bei Albini, bei Löben sich in den wenigst gewählten Ausdrücken gegen die preußische Politik und ihre Vertreter zu ergehen[2]). Den mißliebigen Inhalt des Conclusums vom 17. October legten sie vor Allem preußischen Einflüsterungen zur Last, ihr Bericht an Talleyrand vom 18. erklärt den jungen Herrscher von Preußen[3]) „in seiner königlichen Verruchtheit und Heuchelei" für einen schlimmeren Feind als Paul I., und ihre üble Laune führte sogar einen öffentlichen Auftritt herbei, der, an polnische Vorgänge erinnernd, nicht allein unter den rastatter Diplomaten, sondern überall, wo er in Deutschland bekannt werden durfte, peinliches Aufsehen erregte.

Die verwittwete Königin von Preußen war zu einem Besuche nach Karlsruhe und von da nach Rastatt gekommen. „Vorgestern," schreibt Metternich am 19. October, „kam Ihre Majestät nach dem hiesigen Schauspielhause, der Vorstellung zweier für Sie ersehenen Stücke in Gesellschaft des Markgräflich Badenschen Hofes beizuwohnen. Dieses war auf den Anschlagzetteln desselben und sogar des vorhergehenden Tages dem gesammten Publicum angekündet. Die sämmtlichen hier anwesenden Bevollmächtigten und Abgeordneten waren hiervon ohnehin unterrichtet. Ich, alle Mitglieder der Deputation, die meisten Particular-Bevollmächtigten, und die Damen erschienen im Theater in großem Anzuge. Die französischen Bevollmächtigten fanden

---

1) Protokoll, V, 233. Die preußischen Gesandten an das Ministerium, 17., 24., 29. October; das Ministerium, 19. October, 5. November.

2) Lehrbach 12. October.

3) Le roi de Prusse n'est plus le roi qui ne désirait que la paix; il n'a cessé d'être de la coalition; il a cru cacher ses intentions sous un voile hypocrite, mais sa rage contre la République est aussi grande que celle de Paul I. Sa scélératesse royale wird durch seine Rüstungen offenbar.

sich nebst ihren Frauen ebenfalls auf ihrem gewöhnlichen Platze ein. Keiner von ihnen hatte der Königin in Karlsruhe aufgewartet; es würde also auch nicht sehr schicklich gewesen sein, sich der Königin in ihrer Loge vorstellen zu lassen, obwohl, wenn sie dieses anders gewollt hätten, sich noch immer eine Entschuldigung jener Unterlassung gefunden haben würde."

„Indem nun die Ankunft Ihrer Majestät etwas über die gewöhnliche Stunde sich verzog, beschickten die französischen Bevollmächtigten den Unternehmer (oder Schauspiel-Direktor) Demery und verlangten die Eröffnung des ersten Stückes. Dieser entschuldigte sich mit der Erwartung der Königin, welche nicht mehr ferne sein könne. Jene wiederholten nun ihre Beschickung zum zweiten, und da dieses nicht wirkte, zum dritten Male mit dem Befehle, unverzüglich anzufangen. Aber der Director des Orchesters, ein Deutscher, zog ihn aus dieser Verlegenheit; statt die dem Stücke vorhergehende Simphonie zu eröffnen, ging er mit dem gesammten Orchester unvermuthet ab, und alle, sobald er sie von dem Bewandnisse der Sache unterrichtet hatte, gaben ihm ihr Wort, daß sie um keinen Preis eher anfangen würden, bis die Königin eintreten werde."

„Hierdurch nun ward diese unbegreifliche erste Unhöflichkeit gebeugt und vereitelt. Endlich trat die Königin, unter allgemeiner Bewillkommung des Parterres und der Logen, in den Saal ein und verbeugte sich nach allen Seiten. Jedermann war bei Ihrem Eintritte aufgestanden, und die Damen setzten sich nicht eher, als eine kurze Weile, nachdem die Königin sich niedergelassen hatte. Nur in der Loge der französischen Bevollmächtigten blieben Frauen und Männer unbeweglich und zu Jedermanns Aergernisse sitzen, und das Parterre war gutmüthig genug, diese nie gesehene Rohheit, diesen vorsätzlichen Mangel der in jeder guten Gesellschaft, auch außer der Anwesenheit einer Königin, schon der Gesellschaft selbst schuldigen Aufmerksamkeit ungeahndet zu lassen."

„Während des Entre-Actes wartete ich, nebst allen Herren und Damen, der Königin in ihrer Loge auf."

„Auch hieran, wie nach jenen auffallenden Vorgängen nun wohl zu vermuthen war, nahm die französische Loge keinen Theil. Die preußischen Bevollmächtigten konnten über dieses ganze Betragen ihre gerechte Empfindlichkeit nicht unterdrücken; das gesammte Publikum theilt sie mit ihnen, und Niemand kann die Politik dieses albernen Benehmens der französischen Bevollmächtigten einsehen [1])."

In der That war das Benehmen der Franzosen, eben nachdem sie zur See einen so gewaltigen Schlag erhalten hatten, ihren Interessen in keiner Weise förderlich. Oesterreichischer und preußischer Einfluß wirkten zusammen, die Deputation zur Festigkeit zu bestimmen. Albini war allerdings in großer Aufregung, er meinte, der Krieg sei vor der Thür, erklärte aber: wenn die Franzosen alles übertrieben, so müsse die Reichsarmee vorrücken und am rechten und linken Ufer die Völker aufrufen [2]). In der Abstimmung am 3. November verharrte die Deputation im Wesentlichen bei ihren Beschlüssen vom 17. und 23. October, besonders in Bezug auf die beiden Hauptdifferenzen: die Emigranten und die Schulden.

Schon Thugut hatte in der Depesche vom 5. October darauf hingewiesen, daß die Uebertragung der Schulden vom linken auf das rechte Ufer dem deutschen Reich unter einem anderen Titel gleichsam einen ewigen Tribut auferlege, weil mit keiner Wahrscheinlichkeit sich der Zeitpunkt würde bestimmen lassen, wo die rechtsrheinischen Reichsstände und Gemeinden, durch Kriegsunglück theils verarmt, theils mit Schulden beladen, sich dieser neuen Bürde entledigen könnten. Das reden'sche Votum, wahrscheinlich von Martens verfaßt, führt diesen Gedanken scharfsinnig weiter aus. Es zeigt, daß die

1) Auch Lehrbach's Bericht vom 18. October setzt den Vorfall auf den gestrigen Tag. Nach dem Schreiben der preußischen Gesandten vom 20. October hätte er am vorhergehenden Dienstag stattgefunden, der 1798 auf den 16. October fiel. Merkwürdig, daß sie weder en clair noch in Chiffern die französische Unhöflichkeit zur Erwähnung bringen.

2) Lehrbach, 29. October.

zum Zwecke oder seit dem Ausbruch des Krieges gemachten Schulden den bei Weitem beträchtlichsten Theil der Communal-Schulden bildeten, daß also die Uebertragung dieser Schulden, wie sie die Franzosen am 3. October gefordert hatten, eine unerschwingliche Last auf das rechte Rheinufer werfe. „Diese Schulden," heißt es weiter, „sind mit deutschem Gelde, aber recht eigentlich zum Vortheil der französischen Republik gemacht, weil sie die jetzt an Frankreich fallenden Länder vor Verheerungen und vom Verderben gerettet haben. Die Capitalien sind den Gemeinden meistens durch die frommen Stiftungen vorgeschossen; da die Republik diese Stiftungen eingezogen hat und dadurch ihre Rechtsnachfolgerin geworden ist, so ist sie zugleich Hauptgläubigerin ihrer eigenen Gemeinden geworden. Werden nun diese Schulden auf Gemeinden des rechten Ufers übertragen, so gewinnt die Republik den Vortheil, ihre eigenen Gemeinden stärker besteuern, oder die verpfändeten Gemeindegüter noch anderweitig benutzen zu können. Aber welche Ungerechtigkeit, daß die deutsche Nation zu diesem Zwecke die unerschwinglichen Summen der Communal-Schulden des linken Ufers bezahlen, oder mit andern Worten einen Tribut entrichten soll, mit welchem Frankreich die Unterjochung Deutschlands um so leichter bewirken könnte, als es durch die Einziehung solcher Summen den deutschen Unterthanen die Erwerbsmittel rauben und dadurch im Voraus alle Staatskräfte vernichten würde! Unmöglich kann man an dieser Stelle ein Begehren bewilligen, welches den Ruin der deutschen Staatsbürger aller Klassen nach sich ziehen, die politische Existenz Deutschlands in die größte Gefahr bringen und die Nationalehre compromittiren würde." In diesem Sinne erhielten denn auch die Ausfälle der französischen Note eine kräftige Erwiederung. Selbst Albini äußerte, die Deputation dürfe den Krieg so sehr nicht fürchten, daß sie, um ihn abzuwenden, sich zu Bedingungen verstände, die schwerer seien als der Krieg [1]).

1) Protokoll II, 595. 606. Die französische Auffassung begründen Roberjot's Berichte vom 4. und 6. November.

Bei der Feststellung des Conclusums am 6. November wollte er freilich in Folge einer Unterredung mit Bonnier die Ausdrücke wieder abschwächen, wurde jedoch von Lehrbach daran verhindert. „Immer aber," schreibt der österreichische Bevollmächtigte am 7. November, „bleibt das Conclusum milder als die Abstimmungen, und als es auf die französischen, die Deputation herabwürdigenden Noten hätte lauten sollen. Alle Conclusa enthalten die schwachen, schwankenden Ausdrücke: die Deputation hoffe, wünsche, vermeine, ersuche, setze das Vertrauen und dergleichen, wo die Franzosen dieselbe lächerlich machen, bittere, ungegründete Vorwürfe einmengen, man kann sagen, niederträchtige Ausdrücke gebrauchen. Allein was ist mit einem Körper, wie die Deputation ist, mit solchen theils interessirten, theils schwachen, in der wahren Politik fast durchgehends kurzsichtigen Menschen zu machen, die noch dazu als große Pedanten für die französischen Intriguen so empfänglich sind?"

Aber selbst die Franzosen mußten fühlen, sie seien zu weit gegangen. Nach ihrer letzten Note blieb ihnen kaum etwas übrig, als die Verhandlung abzubrechen. Talleyrand hatte ihnen aber am 24. October vorgeschrieben, zwar kein ferneres Zugeständniß zu machen, es sei denn in Betreff der Gemeinde-Schulden, ein Ultimatum dagegen noch nicht, und überhaupt erst dann einzureichen, wenn das Directorium den Zeitpunkt bestimme. Wider Erwarten antworteten sie schon am 11. November in ruhigem, gemäßigtem Tone. Ernstliche Schwierigkeiten, heißt es, verursachen eigentlich nur der erste, zweite und sechste Punct. In Bezug auf die beiden ersten Puncte — Rheingrenze, freie Schifffahrt, elsflether Zoll, Hansestädte — bleiben sie bei ihren Ansprüchen. Die Verwendung zu Gunsten der Emigranten fertigen sie beiläufig durch die Bemerkung ab, es verstehe sich von selbst, daß französische Emigrations-Gesetze sich nicht auf die deutsche Nation beziehen könnten; ebenso werden auch die Reclamationen in Bezug auf Ehrenbreitstein als eine militärische, der Competenz der Gesandten

entzogene Angelegenheit in einer eigenen Note abgelehnt[1]). Nur in Bezug auf den 6. Punct erfolgt ein Zugeständniß: die Kriegsschulden, welche seit der französischen Occupation, also zur Bezahlung der französischen Contributionen von den Gemeinden eingegangen sind, sollen dem linken Rheinufer verbleiben. Dafür, hoffen die Gesandten, wird nun auch der nur zu sehr verlängerte Streit zum Austrag, und das schon vereinbarte Princip der Säcularisationen endlich zur Verhandlung kommen. „Ein thätiger Beobachter," schreibt Lehrbach am 12. November, „wird aus dem ganzen Gang der Friedens-Unterhandlungen bemerken, daß die Franzosen immer den Kunstgriff anwenden, bald stark, bald, wenn man es noch also nennen kann, milder zu sprechen, und immer etwas zu gewinnen, wie es auch geschieht, da die Deputation es zwar bemerkt, aber nicht danach handelt." Die französischen Gesandten hielten es dagegen für nöthig, dem Directorium gegenüber ihr mildes Auftreten zu rechtfertigen. Die zur Schau getragene Annäherung zwischen Oesterreich und Preußen, bemerken sie, habe es nothwendig gemacht, einstweilen weniger strenge Formen anzunehmen. Die Note bringe die österreichischen Gesandten und die katholische Partei aus der Fassung, belebe die Hoffnung der Frankreich ergebenen Fürsten, erfülle Alle mit Freude, welche ein Recht auf Entschädigung besäßen, und werde auch die öffentliche Meinung in Deutschland zu Gunsten Frankreichs stimmen[2]).

---

1) Protokoll V, 256, 258. Schon am 25. October schreiben die Gesandten: Notre réponse déroutera les membres de la Députation et leur fera oublier cette petite question qui au fond n'intéresse que l'Autriche et la Prusse.

2) Die Gesandten an Talleyrand, 13. November; Roberjot an Talleyrand 13. November: Elle consterne les ministres impériaux et déroute et afflige le parti catholique, elle a ranimé l'espoir des princes qui nous restent attachés, elle a comblé de joie les individus, qui ont droit aux indemnités, elle remplit le voeu des amis de la paix et

In der Sitzung vom 17. November blieb die Deputation gleichwohl bei ihren früheren Ansichten. Manches war geschehen, sie darin zu bestärken. Der Fürstbischof von Lübeck hatte seinen gewöhnlich in Regensburg bevollmächtigten Conferenzrath von Koch eigens nach Rastatt geschickt, um gegen die Aufhebung des elsflether Zolles zu wirken. Auch die preußischen Gesandten richteten deßhalb und wegen der Büderichs-Insel am 15. November wieder eine Denkschrift an die Deputation und erklärten Tags darauf den Franzosen, daß der König innerhalb der Demarcationslinie durchaus keine Forderung einer fremden Macht gestatten könne. Die aus dem Elsaß geflohenen Beamten und Ritter baten in den dringendsten Worten um Schutz gegen die Willkür der Emigrations-Gesetze [1]). Die Deputation nahm sich einmal das Vorgehen ihrer Gegner zum Muster. Wenn die französische Note bei den Puncten 3—5 und 7—10 keine Schwierigkeit finden wollte, so acceptirte man den zweideutigen Ausdruck in dem Sinne, daß Frankreich der deutschen Auffassung dieser Puncte beipflichte. Ferner bemerkte man: wenn die Emigrations-Gesetze sich nicht auf die deutsche Nation beziehen sollten, so würden auch diejenigen Deutschen nicht dadurch getroffen, welche in den von Frankreich reunirten, aber von Deutschland vor der Cession noch nicht als französisch anerkannten Landen, nämlich im Elsaß und in Lothringen sich befunden hätten. Die preußischen Wünsche wegen der Büderichs-Insel wurden nochmals empfohlen, die Aufhebung des elsflether Zolles einer besondern zwischen Frankreich und dem Hause Holstein-Oldenburg abzuschließenden Convention überlassen, die besondere Garantie der drei Städte wiederum abgelehnt, endlich nach dem Vorgange Löbens bestimmt gefordert, daß sämmtliche Communal-Schulden dem linken Ufer verbleiben, und auch von den

---

elle déterminera l'opinion de l'Allemagne à se prononcer en faveur de la France.

1) Protokoll II, 623; V, 274, 278, 281 fg.

Landesschulden nur ausnahmsweise die zum Zwecke des Reichskrieges, nicht zur Bezahlung der Contributionen contrahirten auf das rechte Ufer übergehen sollten. Uebrigens kommt in dem Conclusum wieder die friedensselige und hoffende Gesinnung der meisten Deputirten zum Ausdruck. Baiern, Baden, Darmstadt und, zum größten Aerger Lehrbach's, sogar Augsburg[1]) wollten schon die dankbare Hoffnung aussprechen, daß nach Erledigung der ersten Friedensbasis bald auch die zweite, die Säcularisation, zur Verhandlung kommen könnte. „Die Deputation taugt nichts mehr," sagte Löben beim Weggehen aus der Sitzung, „es ist später noch weniger Gutes zu er-

1) Schon am 12. November hebt Lehrbach den Widersinn hervor, daß die Deputirten von Augsburg und Frankfurt bei so wichtigen Fragen, wie vordem die Abtretung des linken Rheinufers, den Ausschlag geben könnten, da doch auf dem Reichstage die Städte nur zuträten, wenn die beiden andern Collegien sich geeinigt hätten. Der erste augsburgische Deputirte, Herr v. Pflummern, sei von Treilhard, man sage, durch eine Tänzerin und, als leidenschaftlicher Spieler, noch durch andere Mittel gewonnen, der zweite Deputirte, Herr Schmid, ein wohldenkender Mann, schon seit längerer Zeit geflissentlich abwesend. Lehrbach wünscht, der kaiserliche Gesandte, Graf Fugger, möge sich in Augsburg bemühen, daß Pflummern seine Abberufung, oder wenigstens bestimmte Instructionen und Schmid wieder an die Seite erhielte, sonst würde er ohne Umstände auch für Säcularisationen stimmen. Lehrbach's Ansicht wird nicht widerlegt durch folgende Mittheilung Roberjot's vom 7. October: „Seitdem es verlautet, daß Frankreich die Hansestädte beschütze, hat auch Augsburg sich beworben. Cette ville renferme un grand nombre de protestants, qui sont attachés à la nation française, et qui éprouvent par l'influence du Chapitre et de l'Evêque d'Augsburg de vexations d'autant plus grandes, qu'ils manifestent une opinion d'indépendance plus prononcée. Le député qui est venu nous faire cette déclaration nous a promis son vote dans toutes les occasions. Nous connaissons ses principes; s'il n'a agi dans toutes les occasions comme nous le désirions, c'est qu'il a été contrarié par son collègue catholique qui a toujours exigé impérieusement, que son avis prévalut. Si on accorde cette protection à cette ville, Monsieur de Pflummeren sera entièrement pour nous."

warten; nach Beendigung der ersten Basis sollte man sie nach Hause schicken." Lehrbach war damit einverstanden [1]).

Gerade als Metternich das am 20. November festgestellte Conclusum folgenden Tages den Franzosen übersandte, hatten diese durch einen Courier neue Anweisung erhalten. Die politischen Verhältnisse drängten nach allen Seiten zur Entscheidung. Um sie zunächst in Rastatt herbeizuführen, erlaubte Talleyrand, rücksichtlich der Gemeinde-Schulden nachzugeben und alle ohne Unterschied für die Gemeinden des linken Ufers zu übernehmen. Die Gesandten beeilten sich, am 23. der Deputation von diesem Zugeständniß Nachricht zu geben, verbanden aber damit die unverbrüchliche Bedingung (conditio sine qua non et resolutiva), daß die Deputation allen übrigen Puncten beiträte, die in der Note vom 3. October aufgestellt und in der späteren vom 11. November modificirt worden seien. Sie wiederholten die Forderung der oberrheinischen Inseln, die auf der rechten Seite des Thalweges Frankreich schon früher gehört hatten. Sie verlangten ferner, die Deputation solle, wenn sie den elsflether Zoll nicht aufheben könne, wenigstens auf alle Rechte, die dem Reiche dabei zustehen könnten, Verzicht leisten und für die Aufhebung im Voraus eine Entschädigung in Aussicht stellen. Endlich wiesen sie die Interpretation des letzten Conclusums in Bezug auf die Emigranten zurück. Mit der wirklichen Reunion, sagten sie, habe die deutsche Nationalität aufgehört, also die Wirksamkeit der Emigranten-Gesetze begonnen [2]). Sie versprachen jedoch, gerechte Ausnahmen in solcher Zahl zuzulassen, daß die Deputation sich nicht zu beunruhigen brauche.

Ueberblicken wir die Forderungen der Franzosen. Sie

---

1) Lehrbach, 18. November. Protokoll II, 646 fg., 656.

2) Lehrbach hatte es wohl vorausgesehen. „Bei dem Emigrationspunct," schreibt er am 12. November, „gebrauchen die Franzosen den zweifelhaften Ausdruck: à la nation allemande. Sie verstehen ganz sicher die sog. reunirten Länder nicht darunter und werfen es unter diesen Zweifeln hin, um immer, wie man sagt, damit chicaniren zu können."

gestatteten sich noch immer mehrere Uebergriffe auf das rechte Ufer; sie hatten die Schleifung von Ehrenbreitstein, von Kehl und Castel und die Abtretung der Petersau erlangt, sie forderten noch einige oberrheinische Inseln, die Aufhebung des elsflether Zolles und die Uebertragung eines Theiles der Landesschulden. Immer war aber von dem, was sie im April und Mai gefordert hatten, manches aufgegeben. Die jetzigen Bedingungen ließen sich nicht mehr als Dictate eines rücksichtslosen Siegers bezeichnen. Gleichwohl war die Deputation nicht geneigt, in so vielen Puncten sich zu fügen. Um ihren Widerstand zu befestigen, wirkte jetzt besonders preußischer Einfluß. Die Art, wie die Franzosen die preußischen Wünsche abschlugen, hatte in Berlin den äußersten Unwillen hervorgerufen[1]). Die Gesandten erhielten Anweisung, ihre Bemühungen fortzusetzen, und es lag gewiß nicht an ihnen, wenn die Deputation nicht alle der Republik bewilligten Zugeständnisse durch die Rückgabe der Büderichs-Insel bedingte. Lehrbach, welcher mit herzlicher Schadenfreude dem Hader zwischen Preußen und Franzosen zusah, findet nicht Worte genug für die „Aufdringlichkeit und den Eigennutz" der preußischen Gesandten. „Früher," schreibt er, „haben die Preußen das linke Rheinufer den Franzosen gleichsam aufgedrungen, jetzt halten sie nur die Büderichs-Insel im Auge und würden Alles, was die Deputation erlangt hat, gern wieder für diesen einen Punct aufgeben. Sie haben sich nicht getraut, deßhalb neuerdings an die Franzosen sich zu wenden, auch scheint ihr Credit durch Sandoz bei dem Directorium wenig zu gelten. Es muß also wieder für diesen großen Staat von Preußen und trotz der Görtzischen Ministerialhoheit die arme Deputation herhalten. Die preußischen Minister haben ein Promemoria übergeben; dabei sind sie von Haus zu Haus gegangen und haben das

1) Das preuß. Ministerium an die Gesandten, 12. und 19. October. Selbst Roberjot räth am 21. November einige Nachgiebigkeit, um Preußen von der Coalition zurückzuhalten.

von Berlin ihnen zugekommene Rescript verlesen. . . . Sie hetzen damit Alle aneinander, halten das Friedensgeschäft auf und veranlassen, daß weder auf Ehrenbreitstein, weder auf den Truppenrückzug vom rechten Rheinufer, weder auf andere noch unberichtigte Gegenstände gedacht wird. Wo man hinkommt, heißt es Büderichs-Insel, wo man einen preußischen Minister erblickt, wird von nichts, als dieser Insel gesprochen, die doch im Grunde auf der linken Rheinseite außer dem als Grenze bestimmten Thalweg liegt." Lehrbach hatte eine heftige Unterredung mit Görtz, weil er bei seiner früheren Ansicht blieb [1]). Die preußischen Gesandten reichten am 28. November abermals eine Denkschrift ein [2]), und die Delegirten von Sachsen und Bremen zeigten sich geneigt, in ihrem Sinne zu wirken.

In der Sitzung vom 1. Dezember gaben denn auch diese beiden den Franzosen am wenigsten nach. Sie wollten die in den letzten Noten nicht ausdrücklich erörterten Forderungen in Betreff der Commercial-Brücken, der ritterschaftlichen Besitzungen, des Leinpfads, der Rheinzölle durchaus nicht als zugestanden ansehen, sie verweigerten die Aufhebung des elsflether Zolles und forderten in den reunirten Ländern bestimmte Sicherheit für die Emigranten. Selbst das Zugeständniß in Bezug auf die Communal-Schulden befriedigte sie nicht; sie wollten auch von den Landes-Schulden nur die für den Reichskrieg, nicht alle bei Gelegenheit des Reichskrieges eingegangenen auf das rechte Ufer übernehmen. Endlich verweigerten sie die oberrheinischen Inseln und stellten den bestimmten Antrag, die Büderichs-Insel für Preußen zu verlangen. In dem letzten Puncte war es dies Mal Lehrbach, der den Franzosen am meisten entgegenkam; er wollte die ganze Angelegenheit von der Deputation fern halten und durch eine besondere, zwischen der preußischen und französischen Gesandtschaft abzuschließende Uebereinkunft entscheiden lassen.

---

1) Lehrbach, 18. November, 2. Dezember.

2) Protokoll VI, 16.

Im Uebrigen stimmte er wesentlich wie Sachsen und Hannover; sein Votum enthält aber neben den gewöhnlichen prahlerischen Aeußerungen über österreichische Verdienste so viele bei ihm ganz ungewohnte verbindliche Redensarten für die Franzosen, daß man glauben könnte, er habe recht im Gegensatz zu Preußen sich um ihre Gunst beworben. Die übrigen Stimmen zeigten sich geneigt, die preußischen Wünsche zu empfehlen; Baden führte noch aus, daß die französische Forderung in Bezug auf die oberrheinischen Inseln ganz unbedeutend sei. Die Deputation habe den Franzosen die rechtsrheinischen bisher von ihnen besessenen Inseln bereits in der Sitzung vom 3. August überlassen wollen, wenn dagegen die früher von Deutschland besessenen Inseln auf der linken Seite dem Reiche verblieben. Auf der rechten Seite stehe aber nur eine einzige Insel, nämlich Thalhunden bei Greffern im Badischen, unter französischer, und auf der linken Seite keine einzige Insel unter deutscher Hoheit; dagegen seien auf der linken Seite allerdings einige Inseln im Privatbesitz theils von Reichsständen, theils von Reichsrittern, theils von Gemeinden. Den beiden letzten Klassen verspreche Frankreich ihr Eigenthum zu erhalten, nur die Reichsstände — wie Albini später ausführte: allein Hessen-Darmstadt — würden es verlieren und auf dem rechten Ufer Entschädigung erhalten müssen. Dieser Nachtheil sei aber nicht bedeutend genug, um deßhalb den Frieden zu verzögern [1]). In Bezug auf die Emigranten traten Baden und Darmstadt, vielleicht nicht ohne Anregung Lehrbach's, mit einem neuen Gedanken hervor. Die französische und die deutsche Ansicht, sagten sie, ständen sich in Bezug auf die Geltung der Emigranten-Gesetze so schroff gegenüber, daß man am besten gar nicht darauf einginge. Der 9. Artikel des Friedens von Campo Formio verspreche dagegen in den abgetretenen und ausgewechselten Ländern allen Einwohnern und Eigenthümern die Aufhebung des in Folge des Kriegs auf ihre Güter und Einkünfte gelegten

1) Protokoll III, 40, 50; II, 262, 290.

Sequesters, zudem, wenn sie auswandern wollten, einen Zeitraum von drei Jahren, um ihre Güter zu verkaufen. In diesem Artikel könne man die gewünschte Auskunft finden[1]). Die Mehrheit schien dieser Auffassung beizupflichten, und Lehrbach schreibt am 2. Dezember, das bevorstehende Conclusum würde die Rückgabe der Büderichs-Insel nur empfehlen und rücksichtlich der Emigranten auf den Frieden von Campo Formio verweisen. Aber schon in der Sitzung hatten Löben und Reden es für bedenklich erachtet, daß die Reichs-Deputation sich auf einen österreichischen Particular-Frieden berufe; sie gewannen auch Albini für diese Meinung und konnten sich wieder zum großen Aerger Lehrbach's auf Metternich berufen, der die Bestimmungen von Campo Formio dunkel und unzureichend genannt hatte. Ferner war den preußischen Gesandten mit einer bloßen Empfehlung ihres Wunsches keineswegs gedient, und es gelang ihnen, durch Löben's Vermittlung Albini und noch einige Deputirte umzustimmen. So geschah es, daß das Conclusum, wie es am 4. Dezember festgestellt wurde, die Rückgabe der so oft genannten Insel nicht bloß empfahl, sondern beantragte, und in Bezug auf die Emigranten den Frieden von Campo Formio gar nicht erwähnte, sondern statt seiner wieder eine lange Auseinandersetzung zu Gunsten der Emigranten wiederholte. Im Uebrigen wurde die Aufhebung des elsflether Zolles auf eine, nach den oldenburgischen, dänischen und preußischen Erklärungen[2]) völlig aussichtslose besondere Unterhandlung verwiesen, in Bezug auf die oberrheinischen Inseln den Franzosen nachgegeben, schließlich die Hoffnung ausgesprochen, daß über die Schulden und die übrigen nicht völlig zum Abschluß gelangten Gegenstände eine vergnügliche Einigung bald erfolgen würde[3]).

---

1) Protokoll III, 37.

2) Protokoll VI, 15 fg.

3) Protokoll VI, 20. Roberjot, 3., 4., 5. Dezember: Das „Conclusum ist durch die Preußen noch mehr als durch die Oesterreicher verdorben. Elle

Aber durch bloße Hoffnungen ließen sich die Franzosen nicht länger befriedigen. Die politischen Ereignisse gestatteten keinen Aufschub mehr. Oesterreichische Truppen standen in Graubündten, die russischen setzten ihren Marsch nach Deutschland fort, in Italien konnte der Krieg mit jedem Tage seinen Anfang nehmen. Das Directorium mußte wünschen, mit der Deputation zum Abschluß zu kommen, wo möglich das Reich von dem Kaiser zu trennen und für den Fall eines neuen Krieges die Uneinigkeit der deutschen Fürsten in der Weise zu benutzen, wie es sechs Jahre später wirklich geschehen ist. Unmittelbar nachdem das am 4. Dezember festgestellte Conclusum am 6. Dezember den Franzosen übergeben war, erfolgte ihre Antwort. Was sie im October mehrmals gedroht hatten, brachten sie jetzt zur Ausführung. Wieder wurde alles Zögern der Deputation Schuld gegeben, und die Großmuth des Directoriums in das hellste Licht gestellt. „Aber," heißt es dann, „die Nachgiebigkeit der französischen Gesandten würde zum Verbrechen werden, nachdem der Widerspruch von Seiten des Reiches zum System geworden ist. Wenn ein ganzes Jahr nicht hingereicht hat, den Frieden zu Stande zu bringen, so ergibt sich unzweifelhaft, daß Deutschland anderen Absichten, als friedlichen, dienen soll. Die Zukunft wird bald die Deputation und das deutsche Volk ihre wahren Freunde kennen lehren. Einstweilen bedarf es aber eines bestimmten Abschlusses. Die Unterzeichneten erklären deßhalb ihre Note vom 13. Vendemiaire (3. October) in der Auslegung, welche sie durch die Noten vom 21. und 23. Brumaire und 3. Frimaire (11., 13. und 23. November) erhalten hat, für das Ultimatum der französischen Regierung; sie erklären zu gleicher Zeit, daß, wofern die Deputation nicht innerhalb sechs Tagen eine bestimmte und genugthuende Erklärung über alle noch streitigen

---

est bien précieuse cette réponse; elle nous fournit des preuves bien convaincantes, que la République française est la seule des puissances qui fut disposée à la paix.

Puncte gegeben hat, ihre Vollmachten zu Ende gehen." „Die Schnelligkeit der französischen Antwort," schreibt Lehrbach am 7. Dezember, „beweist deutlich, daß sie schon im Voraus vorbereitet war." Er hat ganz richtig gesehen. Die Note ist nur die Ausführung dessen, was Talleyrand schon am 17. November den Gesandten für den Fall vorgezeichnet hatte, daß sie auf ihre Erklärung über die Communal-Schulden keine vollkommen und unbedingt zustimmende Antwort erhielten[1]). Um so mehr fanden sich die Mitglieder der Deputation überrascht; und jetzt, wie sie glaubten, unmittelbar vor die Wahl zwischen Krieg und Frieden gestellt, verloren die Meisten und die zumeist Bedrohten den Muth. Albini berief gleich auf den folgenden Tag eine Sitzung und redete nach seiner heftigen Weise über die traurige Lage der rheinischen Gebiete. Er fragte, ob Norddeutschland den Süden vertheidigen werde; in diesem Falle könne Mainz noch sein letztes Schloß verbrennen lassen; aber wenn Niemand helfen wolle, müsse man sich selbst helfen. Löben und Reden hatten nichts zu erwiedern; Lehrbach ermahnte seinen Instructionen gemäß zur Festigkeit. Er stellte vor, die Deputation dürfe sich keinen Termin setzen lassen, die

1) Talleyrand, 17. November: Le Directoire vous autorise à présenter alors sans délai votre ultimatum . . . Vous fixerez un délai de cinq jours dans lequel vous réclamerez une réponse catégorique et satisfaisante. Le cinquième jour en effet, si la réponse n'est pas obtenue, vous présenterez une dernière note, dans laquelle vous déclarerez simplement que vos pouvoirs ont cessé, et que vous avez ordre de vous retirer, en annonçant toutefois, que le gouvernement français reste toujours disposé à conclure la paix avec l'Empire aux conditions proposées par vous. Ce qui n'empêche pas, que vous ne receviez en même temps les communications confidentielles, qu'on pourra vous faire, et que vous nous les transmettiez. Am 23. November schreiben die Gesandten, das Ultimatum würde ausgearbeitet, am 25. meinen sie, in Folge ihrer Note vom 23. November sei das Ultimatum vielleicht nicht einmal nöthig; am 1. Dezember heißt es, die Deputation berathe noch. „Le plus petit article rejetté ou présenté avec des modifications, nous fera prendre le parti de donner l'ultimatum."

Drohung der Franzosen sei wahrscheinlich nur ein Schreckmittel: sie hätten noch gar nicht vom Kriege, nicht einmal von der Abreise, sondern nur von der Endigung ihrer Vollmachten gesprochen. Aber schon in der Sitzung konnte er bemerken, daß die Mehrheit nachgeben würde. „Da es offenbar ist," setzt er hinzu „daß das nördliche Deutschland, insbesondere Preußen, einschließlich Sachsen und Bremen, nur bellen und nicht beißen, so ist keine Beredsamkeit der Welt im Stande, die Mehrheit allhier aufzurichten oder systematisch handeln zu machen. . . . Wenn die preußischen Gesandten nur ein einziges Mal äußerten, die Armee der Demarcationslinie würde vorrücken, so bin ich versichert, daß die Franzosen ihren Ton nicht allein herabstimmen, sondern selbst Nachgiebigkeit würden eintreten lassen [1])."

Die Abstimmung wurde von Albini, um die Frist nicht zu versäumen, schon auf den 9. Dezember festgesetzt. Bis dahin entwickelten die Franzosen noch die eifrigste Thätigkeit. Sie zeigten eine, angeblich durch den Telegraphen erhaltene Anweisung, nach Ablauf der Frist sofort den Congreß-Ort zu verlassen. Roberjot fragte den Baron Jacobi, ob er schon zur Abreise gerüstet sei, mit dem Beifügen, auf der französischen Gesandtschaft sei Alles gepackt. Debry schickte seinem Freunde Sickingen eine Einladung, noch einmal vor der Abreise bei ihm zu speisen. Die französischen Gesandten machten sogar allen Mitgliedern der Deputation, mit Ausnahme von Lehrbach, Löben und Reden, einen Besuch, um sie zur Annahme und zwar zur unbedingten Annahme des Ultimatums aufzufordern. Die Anrufung des Vertrages von Campo Formio, an welche Albini noch als Ausweg dachte, wiesen sie zurück; dem Deputirten von Frankfurt drohten sie mit unverzüglicher Besetzung der Stadt und Aufhebung der mit Frankreich abgeschlossenen Uebereinkunft [2]). Wessen man sich zu versehen

1) Lehrbach, 9. Dezember; die französischen Gesandten, 7. Dezember.
2) Lehrbach, 10. Dezember; Metternich, 12. Dezember.

habe, zeigte nur zu deutlich eine klägliche Eingabe des nassauischen Particular-Gesandten von Kruse. Die Kriegscommissäre in Mainz hatten eben wieder für die besetzten Länder am rechten Ufer neue Lieferungen und eine Contribution von monatlich 150,000 Gulden, zunächst für den 25. Dezember ausgeschrieben[1]). Auch die so oft von den Franzosen vorgeschobenen Particular-Gesandten von Zweibrücken, Würtemberg und Darmstadt, natürlich auch Solms, Noel und Sickingen mußten am 7. Dezember der Deputation eine Denkschrift einreichen, mit dem Gesuch, durch einen baldigen Frieden die beruhigendsten Mittel zur Sicherung des deutschen Vaterlandes zu ergreifen[2]). Noch am 8. Dezember hatte Albini, ohne Lehrbach, Löben und Reden einzuladen, bei Morawitzky eine vertrauliche Besprechung veranlaßt und dort für die Sitzung Alles verabredet. Umsonst bemühte sich Lehrbach, ihn noch in letzter Stunde zu anderen Gesinnungen zu bringen, er blieb dabei: wenn die preußischen, sächsischen und hannöverischen Truppen sich mit dem österreichischen Contingent vereinigen und thätig eingreifen wollten, werde er festhalten; sonst müsse man der Gewalt weichen und könne es nicht auf einen Krieg ankommen lassen. Das Ergebniß der Sitzung stand danach im Voraus fest. Lehrbach, Löben und Reden blieben bei ihren ablehnenden Voten, sechs Stimmen nahmen das französische Ultimatum an, und Stadion erklärte, daß er der Majorität beitreten müsse[3]). Das Conclusum, wie es

1) Protokoll, VI, 29.

2) Protokoll, VI, 36.

3) Roberjot, 9. December: Monsieur de Stadion, qui craint en cas de rupture de voir quelques militaires prendre possession de son canonicat et le dévoluter dans les règles du droit canon, aussi fin que le renard de la fable, s'est joint aux six autres députés et a donné sa parole d'honneur, qu'il voterait comme eux. Les autres nous paraissent déterminés. Nous nous sommes principalement attachés à décider Monsieur Albini, qui est toujours chargé de la rédaction, d'éviter toute ambiguité, de parler dans les termes les plus clairs

Tages darauf am 10. Dezember in der 84. Sitzung festgestellt wurde, führte aus, man habe in allen wesentlichen Puncten mit den Franzosen sich bereits geeinigt. Nur über die Emigranten sei die Einigung nicht gelungen; man dürfe aber zu der Gerechtigkeit der französischen Regierung vertrauen, daß sie nach der wiederholten Versicherung der Gesandten zur Rettung und zum Schutze dieser Unglücklichen zweckdienliche Vorkehrungen treffen würde. Alle übrigen Artikel der französischen Note vom 3. October mit ihren späteren Erläuterungen lasse man sich sofort gefallen; die hin und wieder noch erforderlichen Bestimmungen könnten bei der Redaction des Friedens-Instrumentes nachgeholt werden. Um so zuversichtlicher hoffe man nun über den Einhalt der neuerlich verlangten, unerschwinglichen Contributionen und Requisitionen und das Ravitaillement von Ehrenbreitstein bald befriedigende Nachricht zu erhalten [1]).

Gerade ein Jahr war seit Eröffnung des Congresses vergangen, als die Franzosen diesen Erfolg erreichten. Sie feierten ihn durch ein Gelage am Abend des 9. December, zu welchem die im Voraus bekannte Majorität der Deputation eine Einladung erhalten und anzunehmen sich nicht geschämt hatte [2]). Dem seit August beobachteten Verfahren gemäß nahm Metternich keinen Anstand, das Conclusum schon am 11. December, also noch vor Ablauf der gesetzten Frist den Franzosen zuzusenden. Der Deputation theilte er aber gleichzeitig mit, „er wolle zwar die schweren Schritte nicht aufhalten,

---

et de donner dans cette occasion la preuve de la pureté de ses intentions pour la paix. . . „Vous avez à tenir deux chances dans ce moment: celle de vous voir disparaître du collège des Electeurs, et celle de vous voir conservé.“ Il nous à promis de se conformer à nos désirs. „En rendant justice à Monsieur d'Albini,“ schreibt Roberjot am 11. Dezember nach der Abstimmung, „on peut dire, que ce fut lui, qui prépara la majorité en faveur de la paix.“

1) Protokoll, III, 107.

2) Lehrbach, 20. December.

durch welche die Deputation sich endlich des Friedens versichern zu können erachte; man würde aber die wahren Gründe seiner Entschließung ganz mißkennen, wenn man sie nicht einzig in dem schon mehrmal bethätigten Verlangen erblicke, bei großer Verschiedenheit der Ansichten einer Trennung mit der vortrefflichen Reichs-Friedens-Deputation vorzubeugen [1]). Viel höflicher erwiederten dieses Mal die Franzosen schon am 12. December, „sie müßten unverzüglich das angenehme Gefühl zum Ausdruck bringen, daß ihr Vertrauen auf die Klugheit und Menschlichkeit der Deputation nicht getäuscht worden sei. Durch den förmlichen und vollständigen Beitritt zum Ultimatum sei nun die erste Basis der Unterhandlungen endgültig festgestellt; es handle sich nur noch um die Anwendung des schon anerkannten Princips der Säcularisationen. Ueber diesen integrirenden und untrennbaren Theil des Friedens würden sie der Deputation sofort ihre Vorschläge zukommen lassen." Man sieht: alle Wünsche und Modificationen der Deputation werden wieder als nicht vorhanden betrachtet; nur versprachen die Franzosen in einer zweiten Note, die Wünsche wegen Ehrenbreitsteins und der Contributionen der besonderen Aufmerksamkeit ihrer Regierung zu empfehlen [2]).

Wieder traten nun wie im April die Säcularisationen in den Vordergrund, und vor Allem die Frage, ob die Vertheilung nach Wunsch und Vortheil der Franzosen geschehen sollte. Niemand hatte den fremden Einfluß mehr zu fürchten, als die Oesterreicher; war doch ihre Politik wesentlich dahin gerichtet, Säcularisationen, wenn nicht ganz auszuschließen, wenigstens soviel als möglich zu beschränken. Am 5. October hatte Thugut auch darüber ausführliche Instructionen erlassen. Er beruft sich auf die in den berliner Conferenzen von Haugwitz gegebene Zusage, Preußen würde nicht ungern sehen, wenn die Reichsstände auf Entschädigung ganz verzichteten. „Auch

1) Protokoll, VI, 39. Metternich an Colloredo, 12. December.

2) Protokoll, VI, 43, 44.

die geistlichen Kurfürsten," meint er, werden sich dazu entschließen, „denn es kann ihnen selbst nicht entgehen, daß in der Folge ohne Säcularisationen durch Einziehung von Mediatstiftern, oder Incorporation eines oder des anderen bequem gelegenen Bisthums für die Erhaltung des kurfürstlichen Ansehens ohne große Schwierigkeit gesorgt werden könnte. Dringen sie dagegen dermal auf Entschädigungen, so ist es ganz sicher, daß die Franzosen, von der durch die Mehrheit der Deputation bewilligten Säcularisations-Basis ausgehend, mit einer großen Entschädigungs-Liste hervortreten, durch welche die ganze Gestalt des Reiches geändert, besonders aber das Verhältniß der geistlichen Reichsstände zu den weltlichen protestantischen Ständen zerstört würde." Gerade das war die Absicht der Franzosen. Auf wiederholte Anfragen hatte sich Talleyrand immer dahin ausgesprochen, man müsse sogleich einen allgemeinen Friedens-Vertrag, der auch die Säcularisationen in sich fasse, zum Abschluß bringen, sonst habe man immer nur Präliminarien [1]). Jetzt nach der Annahme des Ultimatums

---

1) Vgl. Bd. II dieses Werkes: Der rastatter Congreß I, 203; ferner Talleyrand, 6. April, 21. September, 16. October; Roberjot, 7. October: „Es fragt sich, soll man vorerst einen Vertrag über die Rheingrenze abschließen und renvoyer par un travail particulier et secondaire l'opération rélative à l'application des indemnités. Für diese Meinung sind Metternich, Albini, Lehrbach, Löben, Stadion, Reden und die Preußen; dagegen Baiern, Baden und Würtemberg. Die Städte sind gleichgültig. Die Gesandten möchten sofort nach Feststellung der Friedens-Basen einen Säcularisations-Plan vorlegen." Das preuß. Ministerium an Keller 3. December: „Nach Briefen aus Rastatt wird die französische Gesandtschaft eine Eröffnung über Säcularisationen machen: ce serait une nouvelle pierre d'achoppement pour la paix de l'Empire, la députation paraissant décidée à écarter la république Française de ces arrangements, comme appartenant aux affaires intérieures de l'Allemagne, qui ne sont pas du ressort d'une puissance étrangère. Telle est du moins l'instruction des subdélégués d'Hannovre, et ils prétendent, qu'elle est le résultat d'un conseil préalable, arrêté entre le ministère électoral et la cour de Vienne.

weist er die Gesandten an, den Säcularisations-Plan, sobald er fertig werde, nach Paris zu schicken; sie würden ihn dann nach wenigen Tagen zurück erhalten. Wahrscheinlich, setzt er hinzu, werde man ihnen in Rastatt das Recht bestreiten, die inneren Angelegenheiten Deutschlands zu ordnen; sie könnten sich aber auf den westphälischen Frieden und andere Verträge berufen und mit geschickter Benutzung der Umstände gewiß das Meiste durchsetzen [1]).

Die Deputation würde es schwerlich verhindert haben. In Thugut's Sinne suchte Lehrbach gleich in der Sitzung vom 14. Dezember dahin zu wirken, daß man noch nicht mit den Säcularisationen sich befasse, sondern zunächst die erste Friedensbasis durch ein Präliminar-Instrument berichtige. Aber nur Sachsen, Bremen und Würzburg zeigten sich einverstanden. Albini und die Mehrheit wollten vor Allem die Vorlage der Franzosen rücksichtlich der Säcularisationen erwarten [2]), Baden und Darmstadt für die in der letzten französischen Note zugesagte Verwendung sogleich den verbindlichsten Dank abstatten. Lehrbach übersah vollkommen die Lage. „Die Stimmung der Deputation," schreibt er am 11. Dezember, „ist äußerst gefährlich. Albini ist mit den französischen Ministern im geheimsten Einverständniß; dadurch hat er in der Deputation diejenigen Mitglieder angezogen, die gleicher Gesinnung sind und wegen ihres Entschädigungs-Interesses den Franzosen anhangen. Dahin gehören Baiern, Darmstadt und Baden. Frankfurt und Augsburg sind nicht minder in französischer Abhängigkeit; also wenn Albini aus verschiedenen Beweggründen sich auch dahin begiebt, oder darin verbleibt, so sind immer sechs Stimmen gegen vier. Wenn die Franzosen Albini Entschädigung für Mainz versprechen, so ist zu vermuthen, daß er den übrigen geistlichen Stand mehr oder weniger preisgebe; er will Alles noch in Rastatt abmachen, und hat

1) Talleyrand, 25. Dezember.

2) Lehrbach, 15. Dezember 1798.

geäußert, man dürfe sich die Sache nicht wieder aus der Hand nehmen lassen."

In der That, die Lockspeise der Säcularisationen hatte auf den Congreß volle Wirkung geäußert. Unermeßliche Beute schien der Vertheilung zu harren, und die Begehrlichkeit, schon lange in geheimen Berathungen angeregt, trat jetzt mit einem Male unverhüllt zu Tage. „Seit der letzten Note," schreibt Lehrbach am 17. Dezember, „gleicht der Congreß einer Handlungsbörse. Die Franzosen rufen jeden auf, ihnen anzuzeigen, was er wünsche, und ihm am gelegensten sei. Man vermuthet, daß sie in zehn Tagen mit ihrem Plan hervortreten und ihn wieder als Ultimatum stellen werden. Der Minister Roberjot hat sein ganzes Arbeitszimmer mit Landkarten von Deutschland behängt, auf welchen Alles mit kleinen Zetteln numerirt ist, und jenen, die zu ihm kommen, sagt er: Dieses Land, dieses Bisthum, diese Abtei geben wir diesem, jene dem und dem, so daß schon Alles ausgetheilt ist, besonders in Schwaben. Selbst über die Mediatklöster in Baiern sollen Bestimmungen im Plane sein. So weit haben es die deutschen Fürsten und Stände kommen lassen, und so ist das Geschick der Völker, daß ein vorhinniger französischer Pfarrer nunmehro ganz Deutschland nach seiner Willkür vertheilen will [1])." Von allen Seiten wurden die Franzosen wie die Deputation mit Entschädigungs-Forderungen angegangen. Pfalzbaiern und Zweibrücken allein berechneten ihren Verlust auf 201 Quadratmeilen, 566,157 Einwohner und 4,036,618 Gulden jährlicher Einkünfte [2]), Hessen Darmstadt auf den Werth von 90 Millionen Gulden Kapital [3]). Selbst Debry nannte, wie Metternich schreibt, die erste Berechnung ungemessen, die letztere unsinnig. Als einen der Unbescheidensten muß man auch Sickingen erwähnen, der seine am linken Ufer verlorenen Einkünfte auf

1) Lehrbach, 1. Januar 1799.

2) Lehrbach, 30. Dezember.

3) Lehrbach, 4. Januar; Metternich, 14. Januar.

131,458 Gulden anschlug [1]). Er hatte die Frechheit, sich eigens bei Metternich's Gemahlin melden zu lassen und ihr bei den Franzosen zum Zwecke einer vortheilhaften Entschädigung seine guten Dienste anzubieten, welche natürlich abgewiesen wurden. Dagegen verfehlte auch Metternich nicht, dem Reichs-Vicecanzler seine Entschädigungs-Ansprüche für einen Verlust von 3,376,414 Gulden mitzutheilen und um seine Verwendung zu bitten [2]). Sickingen, Solms und Noel waren in beständiger Bewegung und in der engsten Verbindung mit Debry. Diese drei und daneben Rechberg, Albini und Dohm nennt Lehrbach als die Haupt-Mitarbeiter an dem von Roberjot schon seit längerer Zeit entworfenen und jetzt festgestellten Entschädigungsplan [3]). Man sagte, der Gesandte würde mit Anfang des neuen Jahres auf fünf oder sechs Tage selbst nach Paris gehen, um die Entscheidung des Directoriums einzuholen [4]).

Einer so bedenklichen Bewegung gegenüber dachte der Kurfürst von Köln einen Verein der mächtigeren geistlichen Stände und eine gemeinschaftliche Erklärung an die Deputation hervorzurufen; er hatte deßhalb schon Ende Novembers Unterhandlungen zunächst mit den beiden geistlichen Kurfürsten angeknüpft. Aber Albini, im Vertrauen auf seine französischen Gönner, ließ die Sache damals nicht zu Stande kommen, und bei der neuen Wendung in Rastatt schrieb auch der Kurfürst von Köln seinem Gesandten, er müsse jetzt für den eigenen Kurstaat sorgen und, da die Basis der Säcularisationen einmal angenommen sei, vor Allem abwarten, was deßhalb in

---

1) Lehrbach, 9. Januar.

2) Metternich, 2. Januar.

3) Vgl. Bd. II dieses Werkes, Rastatter Congreß I, 197. Seit dem ersten Säcularisations-Plan vom 4. November 1797 sind zahlreiche französische Depeschen mit neuen Entwürfen gefüllt, auf die wir nicht eingehen, weil sie Entwürfe geblieben sind: Talleyrand, 23. März; Treilhard, 30. März, 1. April, 29. April; Talleyrand an das Directorium, 21. September; Roberjot, 7. October, 14. Dezember 1798.

4) Lehrbach, 20. und 30. Dezember.

Antrag komme. „Auch bei diesem Gegenstande," bemerkt Lehrbach, „sind Betrachtungen überflüssig und machen sich von selbst. Egoisterei ist in Deutschland der Grund aller Handlungen. Damit geht Alles zu Grunde, und tritt das Sprüchwort ein: Wenn man Pfaffen vertilgen will, muß man Pfaffen dazu nehmen. Es ist unbegreiflich, wie ein Stand im Reiche glauben kann, daß er sich allein erhalten könne, da doch die Erhaltung in einem föderativen Staate blos vom Verbande abhängt [1])."

Wenn die Interessen Frankreichs und Oesterreichs in allen diesen Fragen sich scharf widersprachen, so konnte es um so mehr befremden, daß die persönlichen Beziehungen der Gesandten nicht schlechter, sondern eher freundlicher erschienen. Im November war es der Haß gegen Preußen und der Streit wegen der Büderichs-Insel, der die Franzosen Lehrbach gegenüber zuvorkommend machte. Görtz äußerte einmal mit Recht: „So lange man uns in solcher Weise behandelt, wird man sicher mit Ihnen keinen Krieg anfangen [2])." Aber selbst das Ultimatum und kurz darauf die kriegerischen Nachrichten aus Italien bewirkten keine Veränderung. Gerade am Abend des 9. Dezember kam Bonnier im Theater in Lehrbach's Loge, um in freundlicher Weise über das Vorgefallene zu sprechen. „Er scheint," sagt Lehrbach, „einen doppelten Zweck gehabt zu haben, einmal, das Publicum glauben zu machen, wir befänden uns im besten Einverständniß, dann den Grafen Metternich und vor Allem die preußischen Gesandten — denen noch niemals die gleiche Ehre zu Theil geworden war — zu ärgern [3]). Am 11. erwiderte Lehrbach den Besuch. Eben hatte der Telegraph die Nachricht von den ersten Unfällen der neapolitanischen Armee gebracht; aber Bonnier und Debry ver-

1) Lehrbach den 20. und 26. Dezember. Dem ersteren Schreiben ist die Correspondenz der drei Kurfürsten beigelegt, vgl. auch Metternich, 27. Dezember 1798, 2. Januar 1799.

2) Lehrbach, 13., 19. und 21. November, 6. Dezember (französisch).

3) Lehrbach, 11. Dezember (französisch).

sicherten, daß Frankreich in den alten Gesinnungen gegen Oesterreich verharre und sogar für das Benehmen des Kaisers sehr erkenntlich sei[1]). Der Zweck ist deutlich genug. So lange der Erfolg gegen Neapel nicht entschieden war, wollte das Directorium keinen Krieg mit Oesterreich; andererseits wünschte Thugut den Anfang der Feindseligkeiten auf den Frühling zu verschieben. Im beiderseitigen Interesse lag es also, den thatsächlichen Bruch vorerst unter höflichen Formen zu verstecken; den Gesinnungen nach konnte er freilich jeden Augenblick hervortreten.

Wir haben den Gang der österreichischen Politik im nächsten Kapitel eingehend darzustellen. Für den rastatter Congreß bezeichnet eine Depesche Thugut's vom 13. Dezember nicht gerade einen Wendepunct, aber die entschiedene Richtung. „Unter den jetzt veränderten Umständen," schreibt der Minister, „kann dem Kaiser an dem Reichsfrieden oder einer allgemeinen Reichs-Neutralität nicht mehr gelegen sein. Ew. Excellenz belieben demnach, Sich diesem Grundsatz gemäß dergestalt zu benehmen, daß uns zwar nicht der Vorwurf gemacht werden kann, als suchten wir durch Erregung unnützer Anstände die Abschließung eines Reichsfriedens oder Neutralität zu verhindern; anbei aber wollen Ew. Excellenz sich auch nicht mehr, als streng nothwendig ist, an den Laden legen, daß der Frieden oder die Neutralität abgeschlossen werde. Bei dieser Gelegenheit muß ich auch vertraulich bemerken, daß Seine Majestät durchaus nicht gesinnt sind, einer Indemnisations-Leistung durch Säcularisationen Statt zu geben." Lehrbach's Widerstand gegen das französische Ultimatum wird, wie sich denken läßt, vollkommen gebilligt; er soll auch ferner nicht die geringste Nachgiebigkeit zeigen, was immer die Folgen sein mögen. Man dachte schon an eine Erklärung, welche Metternich bei etwanigem Abbruch der Verhandlungen nach vorgängiger Be-

1) Lehrbach, 12. Dezember (französisch); Metternich, 11. Dezember. Noch am 30. Dezember gab Bonnier freundliche Versicherungen.

rathung mit Lehrbach erlassen sollte. Auf die Nachricht, das Ultimatum sei angenommen, äußert Thugut sein stärkstes Mißfallen über das der deutschen Nation ebenso zum wesentlichen Nachtheil als zur Unehre gereichende Conclusum. „Dies ist aber," setzt er hinzu, „für dermalen als eine geschehene Sache zu betrachten; Vorstellungen würden nichts Weiteres mehr vermögen, und Vorwürfe das Unwürdige dieses Benehmens nur mehr an's Licht stellen und die Deputation in den Augen der Welt und selbst in jenen der Franzosen nur noch tiefer herabsetzen. Es kann nur noch darauf ankommen, für dieses große Opfer wenigstens das rechte Rheinufer schnell vom Kriegsdrangsale zu befreien." Lehrbach soll deßhalb zu bewirken suchen, daß die Deputation sich auf keine Verhandlung weiter einlasse, bis die französischen Truppen das rechte Rheinufer ganz geräumt und hiemit die ausgeschriebenen Contributionen, sowie die Blocade von Ehrenbreitstein aufgegeben haben[1]).

Dieser letzte Punct wurde eben damals in Rastatt noch einmal Gegenstand der Erörterung. Die Franzosen hatten die zuletzt ausgeschriebenen Contributionen nachgelassen, auch einige Truppen, deren man anderswo bedurfte, auf das linke Rheinufer zurückgezogen; aber an den Maßregeln gegen Ehrenbreitstein änderten sie nicht das Geringste. Der Commandant schrieb, und man wußte in Wien wie in Rastatt, daß er sich nicht bis über den 25. Januar würde halten können. Am 21. Dezember stellte der kurtrierische Gesandte, Graf von Kesselstadt, das Begehren, die Deputation möge den Kaiser ersuchen, den Conventionen über Ehrenbreitstein Folge zu verschaffen; der Kaiser selbst habe den Waffenstillstand abgeschlossen, könne daher gegen seine Verletzung nicht gleichgültig sein[2]). Es geschah dies in Uebereinstimmung mit den österreichischen Bevollmächtigten, denn man wünschte in Wien eine durchgreifende Maßregel. Schon am 3. November hatte Thugut an Lehr-

1) Thugut, 23. und 31. Dezember.

2) Protokoll VI, 46.

bach geschrieben: nach so vielen Verletzungen der Convention könne man dem Commandanten einen Act der Selbsthülfe nicht verübeln. Das Beste scheine, daß ein hinreichender Vorrath von Lebensmitteln in die Nähe der Festung gebracht und durch schnellen Ausfall der Garnison eingeführt würde. Die Depesche vom 13. Dezember kommt dringend auf die Sache zurück. Die Deputation, heißt es, könne den Franzosen anzeigen, daß sie die so oft verletzte Convention als aufgehoben betrachte und den Commandanten für berechtigt halte, die Rheinschifffahrt zu sperren, oder Coblenz zu beschießen. Wenn die Franzosen nicht sogleich befriedigend antworteten, so müsse der Kaiser ersucht werden, geeignete Maßregeln zur Rettung der Festung zu ergreifen. Aeußersten Falles war man nicht ungeneigt, den Erzherzog vorgehen zu lassen. Im November hatte auch Albini sich lebhaft für einen solchen Plan ausgesprochen, aber jetzt, wo er wieder Alles von den Franzosen erwartete, war auch Alles, was ihnen mißfallen konnte, ihm unbequem. Kesselstadt hatte deßhalb seine Denkschrift gleichzeitig an Metternich gegeben mit der Bitte, die Deputation nöthigenfalls von Amtswegen zur Berathung aufzufordern[1]). Schon wegen dieser doppelten Eingabe fand es Albini, wie er sagte, „allerdings den Umständen angemessen, einen Antrag der kaiserlichen Plenipotenz zu erwarten[2])." So gingen, da doch auch Metternich, um mahnen zu können, erst eine Zögerung erwarten mußte, wieder sechs Tage verloren, bis man am 29. Dezember zu einer Sitzung sich versammelte. Gewissermaßen als Vorbereitung hatten Pappenheim, Solms und Kruse der Deputation Tages vorher für den thätigen und patriotischen Eifer, mit welchem sich hochdieselbe für die Verminderung der französischen Truppen interessirt habe, die Gesinnungen ihrer ausgezeichneten Dankbarkeit erklärt[3]). Lehrbach wünschte seiner Instruction gemäß,

1) Protokoll VI, 48.
2) Protokoll III, 118.
3) Protokoll VI, 49.

daß der Kaiser um Ergreifung wirksamer Maßregeln ersucht würde. Aber selbst Sachsen und Bremen wollten dem Kaiser höchstens die Ergreifung zweckdienlicher Mittel anheimstellen, die Mehrheit nach so viel früheren, vorerst noch ein Gesuch an die Franzosen richten. Baden und Darmstadt konnten sogar nicht unterlassen, den französischen Gesandten für die dem rechten Rheinufer schon zu Theil gewordene Erleichterung, Baden den innigsten, Darmstadt den geziemenden Dank zu erstatten [1]). Auch damit zeigte die Mehrheit sich einverstanden, obgleich Lehrbach, Löben und Reden bemerkten, es sei niederträchtig, sich für eine Sache zu bedanken, die schon längst hätte geschehen sollen und auch jetzt nur deßhalb geschehen sei, weil das Directorium die zurückgezogenen Truppen in Belgien und für den italienischen Krieg nicht entbehren könne. Der Zweck des trierischen Antrages war damit vereitelt, die Rettung der Festung so gut wie aufgegeben, und Lehrbach bemerkt mit Recht, die mehr als Oesterreich bei dem Falle betheiligten Reichsstände müßten sich die Folgen selbst zuschreiben [2]).

Aber alle Schwäche und Nachgiebigkeit befreiten die Deputation doch nicht von dem, was sie vermeiden wollte. In Paris war unterdessen die Wendung eingetreten, der Krieg beschlossen. Als Erwiderung auf das Gesuch für Ehrenbreitstein erhielt die Deputation am zweiten Tage des neuen Jahres die Erklärung: Wenn die Reichsversammlung in Regensburg den Einmarsch russischer Truppen in das Reichsgebiet gestatte, oder nicht wirksam verhindere, so würde derselbe als eine Verletzung der Neutralität betrachtet und die Unterhandlung in Rastatt abgebrochen werden. Die Republik und das Reich würden sich dann wieder auf dem Fuße befinden, auf welchem sie vor Unterzeichnung der Präliminarien von Leoben und vor dem Abschluß des Waffenstillstandes sich befunden hätten.

---

1) Protokoll III, 124, 125.

2) Lehrbach, 30. Dezember.

## Achtes Kapitel.

### Die Verträge der zweiten Coalition.

Die großen europäischen Ereignisse hatten ihren Fortgang genommen. Wir sahen, wie Paul I. trotz vielfach wechselnder Launen das Hülfscorps die Grenze überschreiten ließ, wie er die Zwistigkeiten zwischen England und Oesterreich auszugleichen suchte und mit großen Plänen einer neuen Coalition sich beschäftigte. Diese Pläne begegneten den Absichten Englands, und es war gerade der Wunsch, den Zaren auch im Einzelnen für die englischen Entwürfe geneigt zu machen, was Whitworth in der Conferenz vom 6. Dezember zur Einigung mit Cobenzl bewogen hatte. Um so mehr drängte er nun, daß auch zwischen England und Rußland Alles zum Abschluß komme. Gerade in jenen Tagen waren wichtige Depeschen Grenville's vom 16. November eingetroffen. Der englische Minister nahm den Plan der Quadrupel-Allianz wieder auf. Niemals, meint er, sei die Hoffnung, Preußen zu gewinnen, größer gewesen. Paul möge nur in Wien und Berlin dafür und zugleich für die Aussöhnung der beiden Höfe wirken; zu demselben Zweck werde ein englischer Agent in besonderer Sendung nach Berlin gehen. Es folgen auch schon Pläne, wie nach einem glücklichen Ausgang des Krieges die europäischen Angelegenheiten zu ordnen wären. Oesterreich soll in Italien, außer den venetianischen, seine früheren Besitzungen zurück erhalten und sich damit begnügen. Die belgischen Niederlande kann man mit Holland vereinigen, um eine starke Grenze gegen Frankreich zu gewin-

nen. Vielleicht wird Preußen schon darin so bedeutenden Vortheil erkennen, daß es am Kriege Theil nimmt, anderenfalls muß man erforschen, was es an Entschädigungen fordert. Vor Allem wünscht Grenville, Paul möge Neapel unterstützen, das zum Angriff entschlossen sei[1]).

Es war aber damals noch immer nicht leicht, dem Zaren für den Landkrieg ein bestimmtes Versprechen abzugewinnen. Whitworth klagt, von allen Seiten träten ihm Hindernisse entgegen, nicht zum wenigsten die ärgerlichen Vorgänge im Palast und in der Familie des Kaisers. Fräulein Lapuchin war im October nach Petersburg gekommen; Paul gab sich so unbedingt seiner Leidenschaft hin, daß der vormals so arbeitsame Mann die Geschäfte vernachlässigte, die gottesdienstlichen Ceremonien verkürzen, sogar die Paraden und militärischen Uebungen ausfallen ließ, um so viel länger bei der Geliebten zu verweilen. Der Vater, zum Präsidenten des Senats ernannt, wurde bald in den Fürstenstand erhoben und mit Gütern und Orden überhäuft. Auch seine Freunde erhielten Beförderung, die Geliebte selbst bei Hofe den Rang unmittelbar nach den Großfürstinnen, bei der Tafel dem Kaiser gegenüber einen Ehrenplatz und sogar im Malteser Orden eine Stelle[2]). Weil Fräulein Lapuchin karmoisinroth zur Lieblingsfarbe gewählt hatte, mußten die alten Fahnen der Armee neuen von dieser Farbe weichen. Die Offiziere der Garde, die Aufseher des Palastes, Hoffouriere, Köche und Kammerdiener wurden in neue karmoisinrothe Uniformen gesteckt, auch der Uniform des Malteser Ordens wenigstens eine Schärpe von dieser Farbe zugefügt. Als die Geliebte im Januar erkrankte, wich der Kaiser kaum von ihrer Seite; sobald er in den Morgenstunden die nöthigsten Geschäfte rasch erledigt hatte, war sein erster

---

1) Grenville an Whitworth, 16. November und 15. Dezember; Whitworth an Grenville, 13. Dezember.

2) Cobenzl, 18. Dezember 1798.

Gang zu ihr[1]). Der Fürst Dolgoruki gelangte nur deshalb wieder zu Gnaden, weil seine Tochter mit Fräulein Lapuchin befreundet war; der Arzt, der sie behandelte, erhielt einen der höchsten Orden. Der Großfürst Alexander, sonst von dem Kaiser auf das zärtlichste geliebt, wurde plötzlich, allerdings nur auf einige Stunden, seines Postens als Commandant von Petersburg entsetzt, weil der Kaiser nicht bemerkt hatte, daß er auf einem Hofballe mit Fräulein Lapuchin getanzt habe. Dagegen kam es auch vor, daß junge Offiziere plötzlich verwiesen wurden, weil man zu bemerken glaubte, daß das Fräulein gern mit ihnen tanze[2]). Selbst Besborodko, obgleich mit den Lapuchin's nahe befreundet und allen Hofintrigen grundsätzlich fern, konnte ihrem Einfluß nicht entgehen. Der Kaiser hatte ihn mehrmals ersucht, zwischen ihm und seiner Familie zu vermitteln, aber der Minister antwortete stolz: er bitte Seine Majestät, ihn immer auf dem Fuße, wie unter der früheren Regierung, zu behandeln, das heißt: als einzig mit den Geschäften beauftragt, ohne daß er in die inneren Angelegenheiten des Hofes sich zu mischen brauche. Paul, schon durch die Weigerung gereizt, wurde doppelt erbittert, als man seine eigene Häuslichkeit mit dem Favoritenwesen seiner Mutter zu vergleichen wagte[3]). Es folgte eine dauernde Kälte zwischen dem Kaiser und seinem Minister, und wenn auch der unentbehrliche Mann auf seinem Posten blieb, so hatte er doch oft genug die Verstimmung des Kaisers zu empfinden. Unzufrieden mit dem Gange der Geschäfte, durch körperliche Leiden erschöpft, sah er sich auch von persönlichen Gegnern behelligt, insbesondere von Rostoptschin und dem wenig später zum Baron erhobenen Kammerdiener Kutaisow. Wiederholt sprach er den Wunsch aus, sich zurückzuziehen, forderte

---

1) Cobenzl, 25. und 29. Januar; Groeben — der neue preußische Gesandte — an das Ministerium, 15. Februar 1799.

2) Groeben, 23. Dezember 1798; Cobenzl, 4. März 1799.

3) Cobenzl, 3. October 1798.

im Dezember längeren Urlaub für eine Reise nach Moskau, und der englische Gesandte klagt am 21. Dezember, er habe jetzt seit einer Woche den Canzler gar nicht mehr sehen können, eben so wenig den Vicecanzler Kotschubej, der den Mißmuth und die Ungnade seines Onkels theile[1]). Einige Tage vorher war die Nachricht von dem bevorstehenden Angriff der Neapolitaner nach Petersburg gelangt. Eine Entscheidung wurde danach so nothwendig, daß Whitworth sich entschloß, am 23.

1) Whitworth, 21. Dezember: It is with grief and reluctance that I declare to your Lordship that for this week past neither myself or any other foreign minister have been able even to see Prince Besborodko who partly from indisposition and still more from ill humour has totally secluded himself from society as well as from business. I will not enter at this moment into any long detail of the motives which have given rise to this unfavourable state of affairs which must of course have the effect retarding the regular progress of business and that at a moment, when energy and dispatch are most necessary. Notwithstanding the influence which the long experience of Prince Besborodko and his aptness for business have established in the councils of this Court it is certain that a party, composed of those nearest to the person of the Emperor, of people who owe every thing to M. Besborodko, who have risen to the degree of power they now possess, by no means but by his, are now uniting and caballing to undermine him. At the head of this may be placed Monsieur de Rostopchin, third member of the College of foreign affairs and whose duty places him constantly near the Emperor. There is but too much reason to fear that this person, stimulated by principles of vanity and ambition, may presume to suppose himself capable of managing exclusively the reins of government and that supported by the favour of the Valet de Chambre — who — I have had occasion to mention more than once to Your Lordship, — now become a more considerable personage from the orders and places of honour which have been conferred extends in proportion as the means of gratification encrease — Monsieur de Rostopchin is using his endeavours in private to indispose the Emperor against the first minister. To what degree he may be able to succeed, a short time will shew. Vgl. dagegen Rostoptschin an Woronzow, 2. Januar 1799. Woronz. Archiv VIII, 188.

eine besondere Audienz bei dem Zaren nachzusuchen. Wie groß war seine Ueberraschung, als er fand, daß Paul seinen Wünschen schon zuvorgekommen war. Es scheint: der wirkliche Ausbruch des italienischen Krieges hatte bestimmend eingewirkt: vielleicht der einzig glückliche Erfolg des neapolitanischen Unternehmens. Während Whitworth noch am 13. klagt, man zeige in Petersburg wenig Neigung, den Neapolitanern beizustehen, ließ Paul schon am 17. an Woronzow nach London schreiben, er werde zum Schutz des Königs ein Bündniß mit ihm abschließen. Die am 24. bewilligte Audienz verlief denn auch weit leichter und freundlicher als Whitworth erwartet hatte. Paul versprach eine Armee von 45000 Mann, sobald der König von Preußen sich entschließen würde, die Franzosen in Holland oder in den Niederlanden anzugreifen. Dafür forderte er jährlich 900,000, oder monatlich 75000 Pfund und 225,000 für die erste Ausrüstung. Aber selbst wenn Preußen unthätig bliebe, erklärte er sich bereit, die Armee für eine andere den Engländern nützliche Unternehmung, etwa gegen Holland zu verwenden. Er billigte den Plan, die Niederlande mit Holland zu vereinigen, und versprach die kräftigste Verwendung in Wien und Berlin. Preußen hoffte er durch das, wie die Russen sagten, auch von Oesterreich gebilligte Anerbieten zu gewinnen, daß alle deutschen Länder, die man am linken Rheinufer den Franzosen wieder entreiße, mit Ausnahme der drei geistlichen Kurfürstenthümer dem Könige zufallen sollten[1]). Ohne

1) Besborodko an Woronzow, $\frac{6.}{17.}$ Dezember: „Je m'empresse de vous informer que j'ai reçu ce matin des ordres de S. M. J. sur cette matière: 1° de conclure avec le chevalier Whitworth le traité de subsides déjà commencé, en vertu duquel 45 mille hommes de la division de la Livonie et Lithuanie marcheront contre les Français, aussitôt que le roi de Prusse se résoudra d'attaquer la Hollande et d'oter aux Français ce qu'ils se sont aproprié du côté des Pays-Bas et en général au délà du Rhin, où nous ne sommes pas disposés à nous opposer à son agrandissement. Nous avons même l'assurance du comte Cobenzl qu'excepté les trois Electorats

Bedenken versprach Whitworth die geforderten Subsidien, die Minister legten mit allem Fleiße Hand an's Werk, und noch vor Besborodko's Abreise, am 29. Dezember, wurde der Vertrag unterzeichnet [1]).

An demselben Tage kam auch das Bündniß mit Neapel zum Abschluß. Paul versprach Unterstützung durch seine Flotte, außerdem ein Hülfscorps von etwa 10,000 Mann — neun Bataillone und 200 Kosacken, — das sogleich nach Zara in Dalmatien sich auf den Weg machen und von da auf neapolitanischen Schiffen nach Italien übergesetzt werden sollte [2]).

Der Coalition war ein wichtiger Schritt gelungen; aber nur zu bald traten wieder die gewöhnlichen Hindernisse her-

---

Eclesiastiques, ils [les Autrichiens] ne s'opposeront pas à ce que le Roi de Prusse gardera les pays qu'il pourra conquerir de ceux que les Français se sont apropriés par le traité de Campo Formio." Public Record Office. Die letzte Behauptung findet Bestätigung in dem Schreiben Panin's vom 31. Juli an Woronzow über die berliner Conferenz vom 23. Juli. „La Prusse, ajoutions nous, serait toujours libre d'employer tous les moyens en son pouvoir pour s'étendre dans les pays limitrophes, tels que la Hollande, qui gémit sous le joug des anarchistes. Monsieur le prince de Reuss déclara que sa cour verrait un pareil événement non seulement sans jalousie, mais avec une vive satisfaction; vgl. auch Rescript Paul's an Panin vom $\frac{3.}{14.}$ October, Woronz. Archiv XI, 28, 267.

1) Miliutin a. a. O. I, 412. Whitworth, 24. Dezember 1798, 2. Januar 1799.

2) Seitdem dieser Vertrag in den Zeitungen des Jahres 1799, dann bei Martens, Recueil VII, 303, Göttingen 1801, veröffentlicht wurde, trägt er, soviel ich weiß, ohne Ausnahme das Datum des 29. Novembers. Selbst Miliutin a. a. O. I, 416, hat dies Datum mit Berufung auf das Archiv des Ministeriums des Auswärtigen wiederholt. Schon der Gang der Verhandlungen, dann das von Miliutin I. 419 mitgetheilte Rescript Pauls I. an Rasumowski und verschiedene Aeußerungen in Whitworth' Depeschen ließen vermuthen, daß der Abschluß des Vertrages einen Monat später erfolgt sei, und Herr Professor F. Martens in Petersburg hatte die Güte, mir mitzutheilen, daß das Original im Archiv des auswärtigen Ministeriums zu Moskau in der That das Datum des $\frac{18.}{29.}$ Dezembers zeigt. Vgl. auch Rescript Paul's an Panin vom $\frac{19.}{30.}$ Dezember, Woronz. Archiv XI, 272.

vor. Auf den Beitritt Preußens zu rechnen, hätten schon die Verhandlungen des Sommers widerrathen müssen; auch England zeigte in seinen eigenen Angelegenheiten keineswegs die Versöhnlichkeit, welche es den Höfen von Berlin und Wien so dringend anempfahl. Freilich den Vertrag mit Rußland nahm man in London freudig an, aber wir haben gesehen, wie die zwischen Cobenzl und Whitworth abgeschlossene Uebereinkunft trotz der dringenden Verwendung des Zaren in den schroffsten Formen verworfen wurde. Paul selbst war es, der die erste Nachricht erhielt und dem englischen Gesandten zur Kenntniß brachte. „Ich war nicht wenig betroffen," schreibt Whitworth seinem Minister am 12. Februar, „als Seine Majestät mit allen Ausdrücken des Wohlwollens und, ich muß hinzufügen, der Freundschaft, gerade als hätte er mich trösten wollen, mir mittheilte, daß mein Betragen bei dieser Gelegenheit nicht ohne Tadel geblieben sei." Man konnte mit Grund besorgen, Paul würde die abschlägige Antwort, die geringe Rücksicht auf seine Wünsche, auf seine Vermittlung, auf die Vortheile der Coalition übel aufnehmen. Aber schon wenige Tage später, am 19. Februar, kann Whitworth mittheilen, die Gesinnungen des Zaren seien nicht verändert; er habe zwar die Einigung zwischen England und Oesterreich gewünscht, aber niemals dem Könige eine Maßregel empfehlen wollen, welche dieser mit seiner Würde für unvereinbar halte. Das Entscheidende war, daß Paul eben bei Cobenzl sich versichert hatte, Oesterreich sei zum Kriege entschlossen, auch wenn England die Subsidien weigere; nöthig sei nur, daß Rußland das Hülfsheer von 45000 Mann ins Feld führe[1]).

Als Cobenzl diese Erklärung abgab, war das Verhältniß zwischen den Kaiserhöfen wieder sehr freundlich geworden. Aber erst seit kurzer Zeit. Gerade in den letzten Monaten hatte der österreichische Botschafter selten eine Depesche abgehen lassen, ohne von dem Argwohn, den Klagen und Vorwürfen des Zaren berichten zu müssen. Wir kennen die Pläne des wiener

1) Whitworth, 19. Februar; Cobenzl, 12. Februar.

Cabinets. Erst wenn Alles vorbereitet, und der Erfolg gesichert war, in der günstigen Jahreszeit, mit vereinten Kräften wollte man den Krieg anfangen. Das war die Ansicht Thugut's und zugleich der hervorragenden Generale, insbesondere des Erzherzogs Karl [1]). In diesem Sinne suchte man die Neapolitaner von unvorsichtigen Schritten abzuhalten, bat auch den russischen Hof, dahin zu wirken [2]), und es war gewiß die unangenehmste Ueberraschung, als im November und Dezember zuerst die vorläufige, dann die bestimmte Nachricht eintraf, der König sei zum Kriege entschlossen und werde in nächster Zeit die Grenze überschreiten. Eden und der neue Gesandte für Neapel, Abbé Giansante, bestürmten, wie man denken kann, den österreichischen Hof mit Bitten und Vorstellungen, aber vergebens. Thugut erklärte bestimmt: wenn die Franzosen, sei es wegen Aufnahme der englischen Schiffe, oder aus einem anderen Grunde, angriffen, so würde der Kaiser seinem Schwiegervater mit aller Macht zu Hülfe kommen; schreite aber der König ohne Zustimmung Oesterreichs eigenwillig zum Angriff, so müsse der Kaiser ihn seinen eigenen Mitteln überlassen. Genèral Wallis, der in Italien commandirte, erhielt Befehl, auf Anrufen der Neapolitaner nicht die geringste Bewegung vorzunehmen [3]). In Folge des unterbrochenen Verkehrs empfing der neapolitanische Gesandte erst am

---

1) Eden, 7. November: As to immediate renewal of hostility against France, and the unfortunate delay that has hitherto prevailed, Mr. Thugut admitted the weakness of the enemy, both in Switzerland, and in Italy, but said, the preparations of this country were not in sufficient forwardness to enable them to avail themselves of it, and that the Arch-duke Charles before his departure had strongly remonstrated against the beginning of the war at this advanced season of the year.

2) Thugut an Cobenzl, 11. November, bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 244.

3) Eden, 10. November, 8. Dezember, Record Office. Thugut an Colloredo, 9. October, bei Vivenot, Vertrauliche Briefe, II, 125.

20. Dezember die Briefe vom 23. November mit der Nachricht von dem unmittelbar bevorstehenden Vorrücken, und erbat in großer Aufregung eine Audienz. Aber auch der Kaiser erklärte nicht ohne Unwillen, er könne auf den neapolitanischen Hof kein Vertrauen setzen; England habe den König zum Krieg verführt, um auch Oesterreich vorschnell hineinzuziehen und dann die beiden Staaten von sich abhängig zu machen; er könne das Wohl seiner Unterthanen nicht auf's Spiel setzen und sei für das bevorstehende Unheil nicht verantwortlich[1]).

Groß genug war schon das gegenwärtige Unheil. Das Directorium, weniger bedenklich, erließ bei der ersten Nachricht von dem Vorrücken Mack's sogleich am 6. Dezember nicht allein gegen Neapel, sondern auch gegen Sardinien eine Kriegserklärung. Schon seit Monaten war Alles vorbereitet, daß sie in Turin eher ausgeführt als in Paris erlassen wurde. Nichts ist trauriger als in jener letzten Zeit die Lage des Königs von Sardinien, der, den Untergang vor Augen, überall Hülfe suchte und nirgends fand. Oesterreich hatte ihn aufgegeben, Preußen war allenfalls zu einer Verwendung bereit, nur durfte sie niemals über Worte hinausgehen. An Worten und an freundlichen Worten ließ es Haugwitz in Berlin nicht fehlen, in Paris wagte Sandoz sogar zuweilen eine Vorstellung, und berichtete dann nach Berlin zur Weiterbeförderung nach Turin, was ihm Talleyrand vertraute: daß österreichische Intriguen das feindliche Benehmen Brüne's, die Besetzung der Citadelle von Turin und alles übrige Unheil verschuldet hätten[2]).

---

1) Eden, 22. December.

2) Sandoz an das preußische Ministerium, 12. Juli. Pr. St. A. Bericht des sardinischen Gesandten in Berlin, Marchese Parella, an Priocca vom 7. August: Il conte Haugwitz mi ha detto d'aver ricevuto da Parigi dei dispacci importantissimi, e di non volermi nascondere la vera causa per la quale secondo l'opinione del signor Talleyrand Perigord, gli agenti francesi in Italia ci trattavano in modo sì severo e sì inaudito. — Quel ministro degli affari esteri pretende che ogni cosa provenga dalle insinuazioni degli Austriaci, che il pasticcio sia stato

Wenn das Directorium den Schatten einer Herrschaft noch eine Weile fortbestehen ließ, so geschah es nur in dem Bewußtsein, daß man in jedem Augenblick zugreifen und ein Ende machen könne. Brach aber der Krieg gegen Neapel aus, so wollte man nicht ferner im Rücken einen König dulden, den man so schwer beleidigt hatte. Wahrscheinlich hatte Joubert, als er Ende Octobers vom Rheine nach Mailand kam, für einen solchen Fall Instructionen mitgebracht. Schon am 28. November, ungefähr gleichzeitig mit dem Einzug der Neapolitaner in Rom, schickte er an Menard's Stelle den General Grouchy nach Turin, mit dem geheimen Auftrag, den König zur Abdankung zu nöthigen und zu diesem Zweck sogar den Beichtvater ins Mittel zu ziehen[1]). Am 2. Dezember forderte dann Eymar auf Grund des Bündnisses von 1797 9000 Mann Hülfstruppen gegen Neapel und die Auslieferung des Arsenals. Die Truppen versprach der König; aber wegen Auslieferung des Arsenals wollte er vorher mit dem Directorium unterhandeln, und schickte deßhalb einen Vertrauten nach Paris. Grund genug für Joubert, die Maske abzuwerfen. Am 5. De-

---

ordito a Seltz tra Francesco de Neuchateau e il Cobentzel, che questo Direttore, conservando molta influenza, tuttochè privo del suo posto, avea operato in guisa che gli ordini vennero impartiti al generale Brune, senza passare per le autorità costituite. Crede infine che il comandante generale delle truppe francesi al di là delle Alpi non abbia avuto parte alcuna nella domanda per la cittadella di Torino se non nel pretesto, sotto il quale egli ha colorito la risoluzione presa sul Reno, e confidata, per l'eseguimento, alle sue cure. Vgl. Bazzoni, Relazioni diplomatiche tra la casa di Savoia e la Prussia, Archivio storico Italiano, Firenze 1872, III, XV, 386. Thugut schreibt am 17. Juli an Colloredo (a. a. O. II, 111). Le roi de Sardaigne est entièrement effacé du nombre des souverains, et quoique nous n'ayons nullement des motifs de nous louer des Piémontais, l'on n'en est pas moins tenté de pleurer de rage à l'aspect des tristes proclamations que le gouvernement de Turin a été obligé de faire.

1) Die Einzelheiten aus den Quellen bei Franchetti, Storia d'Italia, S. 335.

zember erließ er eine wüthende Proclamation gegen den treulosen Hof von Turin, der das Blut der französischen und piemontesischen Republikaner in Strömen vergossen und Verbrechen auf Verbrechen gehäuft habe, bis endlich das Maß voll geworden sei. Die französische Regierung in ihrer Friedensliebe und Versöhnlichkeit habe aufrichtig gewünscht, das Bündniß zu befestigen. Aber schmählicher Verrath sei ihr Lohn gewesen; jetzt gebiete sie ihrem General, die Ehre der großen Nation zu rächen und dem piemontesischen Volke Frieden und Glück zu bringen. Gleichzeitig überfielen französische Truppen Novara und Vercelli, entwaffneten die Besatzung und zogen gegen Turin. Priocca erließ in den würdigsten Formen eine Protestation; aber Grouchy wußte durch Drohung und Ueberredung zu bewirken, daß Karl Emanuel in der Nacht vom 7. auf den 8. Dezember sich zur Abdankung bereit erklärte. Der Herzog von Aosta, Bruder des Königs, mußte als Thronfolger seinen Namen unter die Urkunde setzen; man wollte ihn sogar als Geißel behalten, weil er den Franzosen entschiedener als der König entgegen getreten war. Aber der General-Adjudant Clauzel, der nach Joubert's Ankunft die Verhandlung führte, ließ diese Forderung fallen, und der König schenkte ihm zum Danke das Gemälde der Wassersüchtigen von Gerhard Dow, das man jetzt in der Gallerie des Louvre bewundert. Priocca mußte zur Strafe für die Protestation als Gefangener in der Citadelle bleiben; dem Könige war gestattet, sich auf die Insel, die ihm den königlichen Titel gab, zurückzuziehen[1]). Es heißt, das Directorium habe die Absicht gehabt, ihn nach Frankreich führen zu lassen; in Paris war der sardinische Gesandte Graf Balbo gleich am Abend des 6. Dezembers verhaftet worden. „Ich beschwöre Sie," schreibt er an Sandoz, „lassen Sie nichts unversucht, das Leben des Königs und der königlichen Familie

1) Die Abdankungs-Urkunde, vom 9. Dezember 1798 datirt, bei Martens, Recueil VII, 312.

zu retten[1])!" Aber es hat der Verwendung Sandoz' schwerlich bedurft. Jedenfalls wäre ein Haftbefehl aus Paris zu spät gekommen. Karl Emanuel war am 9. Dezember nach Parma abgereist, um von da seinen Weg nach Toscana zu nehmen. Am 28. Dezember ließ er sich von dem Großherzog zum Papste führen, der noch immer auf der Carthause bei Florenz verweilte. Welche Begegnung! Von den drei Fürsten zwei vertrieben, der dritte jeden Tag eines gleichen Schicksals gewärtig. Wohin man blickte, Alles verändert und zerstört. Nach dreijähriger Umwälzung von allen italienischen Herrschern nur noch der Herzog von Parma im Besitz seines Gebietes. Ein großer Dichter hat diesen Wechsel empfunden. Vittorio Alfieri, der Republikaner, stellte sich in diesen Tagen dem Landesherrn seiner Heimath vor, die er zwei und dreißig Jahre früher zürnend verlassen hatte. „Ich ging zu ihm," erzählt er in seinen Denkwürdigkeiten, „in dem Gefühl einer doppelten Pflicht: weil er mein König gewesen war und jetzt so unglücklich. Er em-

---

1) Sandoz, 7. Dezember: Der sardinische Gesandte erhielt Befehl, Paris nicht zu verlassen, „qu'il n'eut répondu à plusieurs interrogations qui devaient lui être addressées de la part du Directoire. Cet ambassadeur m'a écrit dans la nuit même ces mots que je transcris ici: „„Je vous conjure d'employer tous vos moyens pour sauver la vie au roi et à la famille royale. Je suis en arrestation depuis hier au soir."" Aujourd'hui de grand matin j'ai voulu chercher le directeur Rewbel, que je n'ai pas pu voir. De là je me suis rendu chez Talleyrand, que j'ai trouvé consterné de l'événement et qui ignorait les ordres donnés au Comte de Balbo. J'én ai pris occasion de lui faire sentir, combien cet oubli des bienséances et du droit des gens pour une personne, revêtue d'un caractère public, produirait une mauvaise impression en Europe, et combien j'étais intéressée de faire à cet égard les plus fortes représentations au Directoire. Le ministre applaudit à mes observations et me pressa d'effectuer cette démarche. Faite par moi, disait il, elle n'aurait ni effet ni réussite. Se suis bien trompé, si le renvoy de Talleyrand et du ministre de la guerre ne sera pas une suite de ces événements.

pfing mich recht gut, sein Anblick rührte mich nicht wenig, und ich empfand damals, was ich noch niemals empfunden hatte: ein gewisses Verlangen ihm zu dienen, da ich ihn so verlassen sah, und die Wenigen, die ihm blieben, so unfähig. Ich hätte mich ihm angeboten, hätte ich geglaubt, ihm nützlich sein zu können. Aber meine Geschicklichkeit war nichts in solchen Dingen, und in jeder Weise war es zu spät."

Zu spät! mußten auch die Oesterreicher sich zurufen. Thugut's Absicht war dahin gegangen, gleich beim Ausbruch des Krieges durch raschen Einfall von Graubündten her Piemont zu befreien und vielleicht mit einem Schlage die Franzosen aus Italien zu verjagen. Das Gegentheil war nun eingetreten. Das Directorium hatte die Vorhand gewonnen und verfügte unbeschränkt über die militärischen Kräfte und die sämmtlichen Hülfsquellen des noch unerschöpften Landes. Man mochte in Wien beklagen, dem Unglück nicht zuvorgekommen zu sein; aber einmal eingetreten, bot es einen neuen Grund, jetzt noch länger bis zum Frühjahr zu warten und dem mächtig verstärkten Feinde nur mit den vereinten Kräften der Coalition entgegen zu treten.

Darüber ging auch Neapel verloren. Und so verdient die Strafe des eigenwilligen, vorzeitigen Losbrechens erscheinen mag, so sehr vermehrte sie doch die Klagen und Vorwürfe gegen Thugut. Wir kennen den Ton, in welchem die Königin von Neapel ihrer Tochter schrieb; man kann danach beurtheilen, welche Sprache sie an andern Höfen führte. Eden's Depeschen enthalten um diese Zeit seitenlange Invectiven gegen die Wortbrüchigkeit, die Unschlüssigkeit, die Unfähigkeit des österreichischen Cabinets, das den König von Neapel ins Unglück gestürzt, dann treulos verlassen habe und wahrscheinlich gar nicht zum Kriege geneigt, sondern in heimlichen Unterhandlungen mit dem Directorium begriffen sei.

Vermuthungen dieser letzteren Art bilden einen immer wiederkehrenden Gegenstand in dem Depeschenwechsel jener Tage, besonders in dem preußischen. Man argwöhnte, Thugut habe

durch den madrider Hof, dann über Florenz den Franzosen friedliche Eröffnungen gemacht, ja der cisalpinische Botschafter in Wien, Marescalchi, sei nur deßhalb zum Director der Republik gewählt, um zahlreiche Couriere im Auftrage der französischen Regierung zwischen Wien und Mailand hin und her senden zu können. Im November sollte Bottot, der Secretär des Directors Barras — derselbe, der im September 1797 an Bonaparte nach Passariano gesandt wurde[1]) — selbst über Rastatt nach Wien gegangen sein. Auch in den rastatter Verhandlungen, besonders in dem freundlichen Verkehr der kaiserlichen und der französischen Gesandten glaubte man Spuren eines geheimen Einverständnisses zu gewahren, erzählte sogar von geheimen Emissären, die von Constanz gekommen seien, um Nachts im rastatter Schlosse mit Lehrbach Unterhandlungen zu pflegen[2]). Alle diese Gerüchte scheinen, wenn nicht ganz leere Erfindungen, in ihrer Bedeutung weit überschätzt. Die preußischen Gesandten schreiben aus Rastatt, Lehrbach würde von ihnen zu genau beobachtet, als daß er ohne ihr Wissen derartige Verhandlungen führen könnte; die Sage von den Emissären sei im höchsten Grade unwahrscheinlich[3]). Wir haben gesehen, was wirklich in Rastatt verhandelt wurde, und wie wenig die scheinbare Freundlichkeit im November und Dezember aus wirklicher Uebereinstimmung hervorging. Bottot war allerdings einen Tag, nämlich den 27. November, in Rastatt; aber Lehrbach versicherte den preußischen Gesandten, er habe ihn gar nicht gesehen[4]), und wenn diese Versicherung nicht aus-

---

1) Vgl. Band I, Oesterreich und Preußen, S. 409 fg., 440 fg.

2) Das Ministerium an die Gesandten in Rastatt, 12. und 19. November, an Keller, 14. Dezember.

3) Die preußischen Gesandten, 24. November, 1. Dezember.

4) Die preußischen Gesandten am 1. und 5. Dezember. Auch Talleyrand schreibt den französischen Gesandten, freilich in etwas späterer Zeit, am 5. Februar 1799: Eine Zeitung behauptet, es sei ein besonderer Agent nach Rastatt geschickt. Es gibt in Rastatt keinen andern Agenten als die drei Gesandten.

reicht, so ist es um so entscheidender, daß Lehrbach's Berichte, so weit ich mich erinnere, den französischen Unterhändler gar nicht erwähnen. Gewiß ist, daß der spanische Hof und die spanische Diplomatie sich für die Erhaltung des Friedens bemühten. Im October, als nach der Schlacht bei Abukir im Directorium eine friedlichere Stimmung überwog, als die Verhandlung mit Preußen aussichtslos, das persönliche Verhältniß zwischen Sieyes und Haugwitz beinahe unleidlich geworden war, konnte der spanische Gesandte in Berlin, Herr von Musquiz, dem Fürsten Reuß in Sieyes' Namen eröffnen, das Directorium sei zu einer freundlichen Verständigung mit Oesterreich erbötig. Reuß berichtet auch darüber nach Wien. Aber Thugut war nicht geneigt, auf unbestimmte Andeutungen hin seine Beziehungen zu Rußland zu gefährden. Das Directorium, antwortet er am 6. November, verfolge bei seinen versöhnlichen Aeußerungen vermuthlich nur den Zweck, den ihm bedrohlich scheinenden Eifer der verbündeten Souveräne zu mindern und zwischen ihnen Zwietracht zu säen. Reuß soll dem spanischen Gesandten antworten: wie sehr auch der Kaiser seinen Völkern den Frieden zu verschaffen wünsche, so müßten dahin zielende Vereinbarungen doch eine sichere Grundlage haben. Nach der Verletzung der Verträge von Leoben und Campo Formio, nach dem Abbruch der selzer Conferenzen könne Oesterreich nur noch auf die ausführlichen Erklärungen Bezug nehmen, welche Graf Cobenzl in Selz dem französischen Bevollmächtigten gegeben habe. Die österreichischen Diplomaten wurden sogar angewiesen, den Verkehr mit den Spaniern, „den Satelliten der französischen Gesandschaften," möglichst zu beschränken [1]). Die spanischen Gesandten, Campo Alanche in Wien und Azara in Paris, setzten gleichwohl ihre Bemühungen fort. Durch Azzara erfuhr auch Sandoz Einiges von ihren Anträgen, Anderes

---

1) Reuß an Thugut, 24. October; Thugut an Reuß, 6. November. Wiener St. A., nach einer gütigen Mittheilung des Herrn Dr. A. Fournier. Panin an Woronzow, 26. November. Woronz. Archiv, XI, 50.

wurde ihm von den Franzosen vorgespiegelt, um ihn in der früher so oft gelungenen Weise zu erschrecken. Nachdem er aber in zahlreichen Depeschen dergleichen Gerüchten weit übertriebene Bedeutung beigelegt hat, meldet er am 19. Februar, Talleyrand sage jetzt, seit einem Jahre hätten zwischen Paris und Wien nur ganz kurze, unbestimmte Andeutungen stattgefunden, ohne jemals zu einem Puncte zu gelangen, an welchen eine regelmäßige Unterhandlung sich hätte anknüpfen lassen[1]). „Es würde daraus folgen," setzt Sandoz hinzu, „daß alle Vermuthungen, alle Gerüchte, die man mit so geheimnißvoller Miene ausgestreut hat, aus der Luft gegriffen sind[2])." Warum hätte auch Thugut von dem in Rastatt gebotenen Wege sich entfernen, oder die im Frühling und Sommer so bestimmt gestellten Ansprüche aufgeben sollen? Auf annehmbare Bedingungen würde er vielleicht noch im November und Dezember eingegangen sein, aber zu allen früheren Streitpunkten kam jetzt noch die Einverleibung Piemonts, die Eroberung von Neapel. Es ist nicht abzusehen, wie man auf friedlichem Wege sich hätte einigen können.

Gerade deßhalb wurde aber Oesterreichs fortdauernde Zögerung da, wo die wahre Lage nicht bekannt war, ein neuer Grund des Argwohns. Keller spricht ihn aus, und Eden säumte nicht, die heftigsten Klagen auch in Petersburg vorzubringen, wo sie keineswegs ohne Wirkung blieben[3]). „Der Ba-

1) Sandoz, 16. September, 4., 8., 12., 22., 26. November, 2., 6., 26. Dezember 1798, 15. Februar, 20. März 1799; Keller, 5. September 1798, 13. März 1799; das Ministerium an Sandoz, 20. November, an Keller, 3., 10. Dezember 1798, 22. März 1799.

2) De l'aveu de Talleyrand il n'a existé depuis une année que des pourparlers vagues et concis entre Vienne et Paris, et qui n'ont jamais pris assez de consistance pour mener à une négociation en règle. Il en résulterait, que toutes les conjectures d'une connivence pour le Piémont, tous les soupçons d'arrangemens en Allemagne et toutes les autres notions, débitées avec tant de mystère, n'ont eu aucune existence. Dois-je y croire?

3) Keller, 22. Dezember: La contenance calme et la bonne humeur

rometer in Petersburg zeigt immer auf veränderlich," schreibt Thugut an Colloredo, und der eine Gegenstand, welchem Paul in der That unveränderliche Vorliebe zuwandte, ließ auch schon Verwicklungen und Mißstimmung nur zu deutlich voraussehen. In seinem Eifer für den Malteser-Orden hatte der Zar durch die in Petersburg befindlichen Ritter den Großmeister Hompesch als Verräther absetzen und sich selbst an seine Stelle erwählen lassen. Schon der Verdacht, daß Oesterreich den schwachen, unfähigen Mann, der in Triest wieder mit den Zeichen seiner Würde erschien, noch anerkenne, versetzte Paul in sehr gereizte Stimmung. Sie steigerte sich, als die Neapolitaner ihm zutrugen, Oesterreich suche die Bewohner der jonischen Inseln zu freiwilliger Unterwerfung zu bewegen [1]), und als ein anderer Zwischenträger dem Grafen Rasumowski mitgetheilt hatte, Oesterreich rege die Neapolitaner zur Aneignung von Malta an. Thugut widerlegte beide Behauptungen auf das Bestimmteste, zeigte sich auch geneigt, den Wünschen Paul's gemäß die jonischen Inseln in eine unabhängige, aristokratische Republik zu verwandeln. Nur kann er ein Befremden nicht unterdrücken, daß der Zar, der den Oesterreichern nach dem Frieden von Campo Formio den Verzicht auf die jonischen Inseln als Verbrechen angerechnet hatte, ihnen jetzt angebliche Absichten auf den Besitz dieser Inseln zum Vorwurf mache [2]).

---

de ce ministre dans une époque, qui paraît généralement aussi critique, frappe tous ceux qui l'ont approché depuis peu. Quoiqu'il n'ait approuvé les négociations de Leoben et d'Udine, et qu'il rappelle hautement, que ce n'est pas lui qui a fait la paix, on commence à croire assez généralement à son désir de la conserver, et comme il passe d'ailleurs avec raison pour savoir bien composer ses dehors, quand il croit, que la circonstance l'exige, on est tenté de croire aujourd'hui, qu'il ne pense plus avoir besoin de cacher la sécurité, que lui donnent ses négociations mystérieuses avec le gouvernement Français.

1) Cobenzl, 14. November, 6. Dezember; Thugut an Rasumowski, 6. Dezember, an Cobenzl, 7. Dezember. Wiener Staats-Archiv.

2) Thugut an Cobenzl, 26. November.

Mehrmals hieß es bei solcher Gelegenheit in Petersburg, man werde das Hülfscorps zurück rufen. Aber Cobenzl's geschickte Nachgiebigkeit und Besborodko's Ansehen wußten ernste Zerwürfnisse zu verhüten; die Truppen setzten ihren Marsch fort, gelangten am 6. Dezember nach Olmütz, am 16. nach Brünn[1]). Der Kaiser, um seinem erhabenen Verbündeten gegenüber keine Höflichkeit zu versäumen, begab sich selbst zur Heerschau, und Thugut setzte seine feinste Feder an, um Namens des Kaisers der Bewunderung Ausdruck zu geben, welche diese unvergleichlichen, durch Paul's eigenste Sorgfalt ausgebildeten Truppen hervorriefen[1]). Aber selbst in dem Antwortschreiben an Franz II. kann Paul seine Ungeduld nicht verbergen. „Früher", schreibt Cobenzl am 4. Januar, „stimmte der Kaiser in Bezug auf Neapel mit uns überein, aber seit der König den Krieg erklärt hat, ist er Feuer und Flamme für ihn." Er hätte seine Truppen gern schon vor dem Feinde gesehen, und es schien ihm unerträglich, daß, nachdem er selbst sich entschieden, ein anderer noch schwanken und zögern könne. Am 31. Dezember, dem Tage vor Besborodko's Abreise, ging an Rasumowski eine starke, beinahe drohende Depesche ab. Man gibt von dem Bündniß mit Neapel Nachricht, unter tiefem Bedauern, daß der kaiserliche Hof sich weigere, den König zu unterstützen. „Wir können nicht verhehlen," heißt es weiter, „längeres Zögern würde uns und unseren übrigen Verbündeten Grund zu starkem Verdachte geben, daß der wiener Hof vermittelst seiner kriegerischen Demonstrationen von den Franzosen nur für sich selbst irgend welche Vortheile zu erlangen sucht. Erklären Sie offen, daß wir bei längerer Fortdauer ähnlicher Zweideutigkeit unwiderruflich die für unsere eigene Würde und Sicherheit erforderlichen Maßregeln ergreifen und ohne Zeitverlust unsere Truppen zurückrufen

1) Miliutin a. a. O. I, 89, 409. Franz II. an Paul, 6. [9.?] Januar 1799 bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 266. Das Antwortschreiben Paul's ist bei Miliutin a. a. O. I, 419 vom $\frac{4.}{15.}$ Januar datirt, aber wahrscheinlicher vom $\frac{15.}{26.}$ Januar zu datiren.

werden, die wir in Erwartung eines festen Entschlusses dem wiener Hofe zu Hülfe gesendet haben[1])." Noch übler wurde die Stimmung bei den rasch sich folgenden Unglücksposten aus Neapel. Alles Unheil sollte dem Zaudern Oesterreichs zur Last fallen; Cobenzl selbst spricht die Ansicht aus, wenn man einmal Krieg führen wolle, so werde man ihn je eher desto besser anfangen[2]). Er athmete auf, als er in der ersten Hälfte des Februar zwei Depeschen aus Wien erhielt, welche mit der Rechtfertigung der bisher befolgten Politik bestimmte Versprechungen für die künftige verbanden. Seit den Conferenzen in Selz, versichert Thugut, habe keine Friedensverhandlung zwischen Oesterreich und Frankreich stattgefunden; die auf indirectem Wege zugegangenen Eröffnungen habe man beständig abgewiesen. Alles, was über angebliche Sendungen von Courieren zwischen Paris und Wien, so wie von geheimnißvollen Besprechungen im Publikum verlaute, sei erfunden[3]) und vom Directorium oder von dem berliner Cabinet in böser Absicht ausgestreut. Selbst wenn Frankreich Beweise einer aufrichtigen Friedensliebe gegeben hätte, würde der Kaiser auf keine Vereinbarung eingegangen sein, die nicht eine für Europa beruhigende Grundlage geboten hätte: nämlich die vollständige Räumung Italiens und der Schweiz, die Auflösung der seit dem Frieden von Campo Formio errichteten Republiken, die Ausschließung des Directoriums von allem Einfluß auf die inneren Angelegenheiten des Reiches, also Bedingungen, welche auch die volle Billigung Rußlands würden gefunden haben. Unter

1) Miliutin a. a. O. I, 419.

2) Cobenzl an Thugut, 25. Januar 1799.

3) Ganz dasselbe erklärt er schon in einer Depesche an Cobenzl vom 23. October. Eine Sendung Bellegarde's, von welcher im Dezember viel gesprochen wurde, scheint sich nur auf militärische Angelegenheiten zu beziehen. Panin, 8. Februar, bei Miliutin a. a. O. I, 466. Thugut an Colloredo, 1., 13., 21. Dezember und 2. Januar bei Vivenot, vertrauliche Briefe, II, 133, 136, 138, 141. Talleyrand schreibt den Gesandten in Rastatt am 3. Februar: Marquez moi, si vous avez appris quelque chose de tout ceci.

den gegenwärtigen Verhältnissen sei aber der Krieg ganz unvermeidlich. Thugut hat dem Grafen Rasumowski offiziell erklärt, der Kaiser sei fest entschlossen, die Feindseligkeiten wieder anzufangen, sobald die Jahreszeit es erlaube, und zwischen den Verbündeten ein bestimmter Operationsplan festgestellt sei. Der Kaiser bittet aber, das Geheimniß strenge zu bewahren, denn man muß die eigennützige Indiscretion der Engländer fürchten, die, um den König von Neapel in's Unglück zu treiben, sich nicht scheuten, öffentlich im Parlament von der bevorstehenden Schilderhebung zu sprechen. Das Richtige ist, das Directorium so lange als irgend möglich in Ungewißheit zu lassen. Warum soll man in einem Augenblick, wo militärische Operationen durch die Jahreszeit unmöglich werden, den Feind auf die beabsichtigten Schläge aufmerksam machen, ihn zu verdoppelter Thätigkeit anreizen, und die öffentliche Meinung in Frankreich elektrisiren, die jetzt durch ihre Abneigung gegen den Krieg dem Directorium die größten Schwierigkeiten in den Weg legt? Nach diesen Grundsätzen hat Oesterreich gehandelt und deßhalb auch die Auflösung des rastatter Congresses schon von weitem vorbereitet, aber ohne dem Directorium über seine Absichten völlige Sicherheit zu geben. Gewiß muß der Kaiser unter der Last so ungeheurer Ausgaben den Beginn des Krieges zu beschleunigen wünschen, aber vor allem ist ein wohlüberlegter Kriegsplan nöthig. Die großen Fehler der ersten Coalition und eine, durch fünf oder sechs Feldzüge theuer erkaufte Erfahrung haben unwidersprechlich bewiesen, daß nur die vereinigten Kräfte durch eine gleichzeitige, wohlberechnete Anstrengung den durch das Anwachsen seiner Hülfsquellen immer furchtbareren Feind zu Boden werfen können. Thugut bittet deßhalb, der Zar möge eine bestimmte Entscheidung Preußens herbeiführen, von dessen Zutritt zur Coalition der ganze Operationsplan in Deutschland abhänge; er bittet weiter, in England die Ratification des provisorischen Uebereinkommens zu befürworten, wenn auch Oesterreich die Theilnahme am Kriege nicht mehr davon abhängig macht. Durchaus müssen aber, beson-

ders wenn die Ratification nicht erfolgt, die den Engländern zugesagten 45,000 Mann sich unverzüglich in Bewegung setzen[1]). Wenige Tage später in einer ausführlichen Expedition vom 31. Januar werden diesen Ansichten und Wünschen neue, wichtige Vorschläge für den Krieg noch beigefügt. Das russische Hülfscorps sollte ursprünglich am Rhein oder in der Schweiz verwendet werden. Von Brünn waren die Truppen, oft gehindert durch den unerhört strengen Winter, nach St. Pölten in die Quartiere gezogen. Unterdessen trafen aber aus Italien Schlag auf Schlag die Unglücks-Nachrichten ein. Thugut hielt die bei Verona befindlichen Streitkräfte nicht mehr für ausreichend. Er setzt Cobenzl auseinander, die staunenswerthe Thätigkeit der Franzosen und der neu errichteten Republiken, die neapolitanische Beute, die Besetzung der piemontesischen Festungen und die Einverleibung der piemontesischen Armee habe die Macht der Franzosen in Italien in gar nicht vorauszusehender Weise verstärkt. Am Rhein und in Tyrol ständen unter dem Erzherzog Karl gegen 92,000 Oesterreicher. Die letzten verfügbaren Truppen habe man nach Italien geschickt; aber um mit dem Machtzuwachs der französischen Streitkräfte im Verhältniß zu bleiben, sei es wünschenswerth, daß das russische Hülfscorps unter Rosenberg statt nach dem Rhein nach Italien marschiere. Ferner sei die Lage in Neapel derart, daß ein vereinzeltes Corps auch bei der größten Tapferkeit dort schwerlich etwas ausrichten könne; am besten, auch für Neapel am vortheilhaftesten, würden die 10,000 Mann, welche General Hermann nach Neapel führen sollte, mit dem Hülfscorps unter Rosenberg und den österreichischen Truppen bei Verona sich vereinigen[2]).

---

1) Thugut an Cobenzl, 10. Januar, 24. Januar bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 275, 277. Rasumowski begleitet die letztere Depesche mit einer ganz zustimmenden Erörterung; Miliutin a. a. O. I, 470.

2) Thugut an Cobenzl, 31. Januar 1799, bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 289.

Zu diesen Wünschen kam noch eine Bitte ganz eigener Art. Den Oberbefehl des italienischen Heeres hatte im October Prinz Friedrich von Oranien erhalten, noch in jugendlichen Jahren, aber bereits zu den schönsten Hoffnungen berechtigend. Gerade als man seiner am nöthigsten bedurfte, am 6. Januar 1799, wurde er von einem tödtlichen Fieber hingerafft[1]). Man hatte einstweilen den Erzherzog Joseph, den Palatin von Ungarn, an seine Stelle gesetzt, aber nur dem Namen nach, denn er hatte nie im Felde gestanden, bedurfte also eines Leiters, der für ihn handeln konnte. Von den österreichischen Generalen hatte keiner in den früheren Feldzügen besonderen Ruhm geärndtet, mit einziger Ausnahme des Erzherzogs Karl, der durch den Oberbefehl am Rheine schon beschäftigt war. In dieser Verlegenheit lenkte vornehmlich Thugut die Augen auf einen Feldherrn, dessen kühne, rücksichtslose Thatkraft zu der bedächtigen Strategie des Hofkriegsrathes den schärfsten Gegensatz bildete. Die Depesche vom 31. Januar spricht den Wunsch aus, Paul möge erlauben, daß der Marschall Suworow den Erzherzog Joseph zur Armee begleite und dort mit seiner Erfahrung unterstütze. Dieser General, hoch berühmt durch seine Waffenthaten, besaß noch den besonderen Vorzug, daß er häufig an der Seite der Oesterreicher gekämpft und gemeinschaftlich mit dem Prinzen von Coburg die Siege von Fokschani und Rimnick erfochten hatte. Katharina ehrte ihn stets mit ihrem höchsten Vertrauen, ebenso Paul beim Antritt seiner Regierung. Aber Suworow war der neuen Organisation des Heeres und dem preußischen Vorbild abgeneigt, und bei dem Charakter des Zaren genügten einige, in der That unpassende Spottreden, um die kaiserliche Gunst in Ungnade zu verwandeln. Weil er den neuen Dienstvorschriften entgegen Offiziere statt der Feldjäger zu Courierdiensten gebraucht und einen Adjudanten in Privat-Angelegenheiten nach Petersburg geschickt hatte, wurde der Sieger in so vielen Schlachten strengem Tadel

1) Keller, 12. Januar 1799.

unterworfen und im Februar 1797 ungnädig entlassen. In völliger Zurückgezogenheit lebte Suworow beinahe anderthalb Jahre auf seinem Dorfe Kantschansk, und als der Zar im October 1798 in Aussicht des neuen Krieges den erfahrensten Feldherrn seines Reiches nach Petersburg berief, erbat Suworow einzig die Gnade, in sein Dorf zurückkehren zu dürfen[1]). Es konnte zweifelhaft scheinen, ob Paul einen solchen Mann den Oesterreichern überlassen, ob Suworow selbst die angebotene Ehre annehmen wollte; aber der Versuch wurde gemacht.

Selten hat eine diplomatische Auseinandersetzung bessere Wirkung erzielt, als die Depeschen Thugut's, die man in der That nach Form und Inhalt als meisterhaft bezeichnen darf. Der Zar, schreibt Cobenzl, zeigte sich nach ihrem Empfange ebenso befriedigt, als er vorher verstimmt gewesen war. Seine Zufriedenheit erhöhte sich bei der Nachricht, daß das Bündniß mit den Türken, ganz wie er wünschte, am 2. Januar in Constantinopel unterzeichnet und drei Tage später durch den Beitritt Englands bekräftigt worden sei[2]). Selbst die Vorgänge in Neapel sah er wieder mit anderen Augen an[3]). Er war einverstanden, daß General Rosenberg das Hülfscorps nach Italien führe, wollte auch dem General Hermann die von Oesterreich gewünschte veränderte Richtung geben, nur mit der Bedingung, daß man möglichst bald dem König von Neapel zu Hülfe eile. Zu der Wahl Suworow's schüttelte er den Kopf. Der Marschall war wegen seiner Sonderbarkeiten beinahe nicht weniger berufen, als wegen seiner Siege. Paul konnte ihm noch immer seinen Eigenwillen nicht verzeihen, fürchtete sogar, daß er durch seine Hitze und Verwegenheit die ihm anvertrauten Truppen gefährden könne. „Ich wasche meine

1) Miliutin a. a. O. I, 112, 448, Cobenzl, 29. Januar, Apost. 6; 8. Februar, Apost. 14; 11. Februar, Apost. 16; 2. März 1797, Apost. 16; 29. Januar 1798, Apost. 3.

2) Miliutin a. a. O. I, 92, 413, 415.

3) Cobenzl, 7. Februar, 17. Februar, Apost. 6; 16. März 1799, Hauptdepesche und Apost. 2.

Hände," wiederholte er mehrmals, um jede Verantwortung von sich abzuweisen. Aber wie schmeichelhaft war es doch, den eigenen Feldherrn an der Spitze der vereinigten Heere zu wissen. Auch konnte in der That kein anderer als Suworow einer solchen Stellung genügen. So ging noch am 15. Februar, an dem Tage, an welchem Thugut's Depesche angekommen war, ein kaiserlicher Adjudant mit einem eigenhändigen Schreiben Paul's nach Kantschansk[1]).

Um die geneigte Stimmung des Zaren zu befestigen, diente vor Allem eine Familien-Angelegenheit. Schon seit dem Jahre 1797 hatte man die Verbindung eines Erzherzogs mit der Großfürstin Alexandra, der Lieblingstochter Paul's, in's Auge gefaßt und nach Cobenzl's Rückkehr im Sommer des folgenden Jahres dem Plane bestimmtere Gestalt gegeben. Die russischen Wünsche richteten sich zuerst auf den Erzherzog Karl, auch Thugut hielt diese Wahl für die vortheilhafteste; aber der Erzherzog, einem andauernden körperlichen Leiden unterworfen, erklärte, er wolle sich nicht verehelichen[2]). Die Wahl fiel dann auf den jüngeren Bruder, den Erzherzog Joseph; nicht zum wenigsten aus diesem Grunde war dem jungen Prinzen der Oberbefehl in Italien übertragen. Vorher sollte er aber der Braut und dem künftigen Schwiegervater sich vorstellen. Am 19. Februar traf er in Petersburg ein[3]) und war so glücklich dem Zaren zu gefallen, der dann an Ehren und Geschenken nichts fehlen ließ. Am 3. März fand die Verlobung statt, und zum besonderen Zeichen seiner Gunst erlaubte Paul, daß der

---

1) Miliutin a. a. O. I, 452; Cobenzl, 15. Februar 1799. Graf Zawadowski an den Grafen Alexander Woronzow, $\frac{7.}{18.}$ Februar. Woronzowsches Archiv XII, 217.

2) Cobenzl, 14. November 1798, Apost. 6.

3) Cobenzl, 20. Februar 1799; Rostoptschin, $\frac{9.}{20.}$ Februar. Auch dieser den Oesterreichern sonst wenig günstige Mann schreibt am 27. Februar: „Der Erzherzog macht sich überall sehr beliebt, sowohl durch seinen Verstand als durch seine Kenntnisse. Er ist schüchtern und linkisch, hat aber eine angenehme Gestalt." Woronz. Archiv VIII, 193, 194, 195.

Großfürst Constantin seinen künftigen Schwager auf dem Feldzug in Italien begleiten sollte[1]). Gleichzeitig mit diesem Waffengefährten sah der Erzherzog auch den andern, den man von Wien aus für ihn erbeten hatte. Suworow hatte sich diesmal nicht geweigert; er war an den Hof gekommen, in alle Ehren und Aemter wieder eingesetzt und mit dem Oberbefehl über die zwei russischen Hülfsheere betraut. Am 1. März trat er die Reise nach Wien an. Beim Abschied sagte ihm Paul sehr gnädig, er sei zum Retter der Könige bestimmt[2]). Daß er ihm gleichwohl nicht völlig traute, beweist das kaiserliche Schreiben, welches kurz vorher an den General Hermann erging. „Sie werden," heißt es darin, „während der Zeit seines Oberbefehls wohl auf die Unternehmungen Acht haben, die er zum Schaden der Truppen und der guten Sache versuchen könnte, wenn er von seinen Phantasien, die ihn Alles in der Welt vergessen lassen, sich fortreißen läßt. Er ist zwar zu alt, ein Telemach zu sein, aber seien Sie nicht weniger ein Mentor, um die wilde Verwegenheit dieses unter Lorbeern ergrauten Kriegers in Schranken zu halten[3])."

Während beinahe sämmtliche Staaten Europas in dem bevorstehenden Kampfe ihre Stellung genommen hatten, blieb Deutschland, also gerade das Land, wo die letzte Entscheidung auszufechten war, noch immer unschlüssig und getheilt. Was die Zögerungen Thugut's verursachte, war neben dem Wankelmuth des Zaren und dem Eigenwillen der Engländer die Verworrenheit deutscher Verhältnisse. Nur zu viel haben wir darüber schon mittheilen müssen und was noch zu sagen bleibt, macht das Bild nicht erfreulicher.

---

1) Cobenzl, 17. Februar, Apost. 3; 23. Februar, Apost. 2.

2) Cobenzl, 23. Februar, Apost. 1; 4. März, Apost. 5.

3) Miliutin a. a. O. I, 452. Das Schreiben fällt zwischen den 15. und 22. Februar; denn es ist verfaßt vor Suworow's Ankunft in Petersburg, die nach Cobenzl's Angabe am 22. Februar, nach Rostoptschin's Angabe schon am 20. Februar erfolgte. Woronz. Archiv VIII, 292.

Die Verhandlungen zwischen Preußen und der Coalition hatten auch nach dem Schluß der berliner Conferenzen und Repnin's Abreise nicht ganz aufgehört; aber Preußen blieb in seiner abwehrenden Haltung. In Petersburg war der Verkehr auf die nöthigsten und gewöhnlich die wenigst bedeutenden Mittheilungen beschränkt. In richtiger Würdigung des Monarchen, mit dem man sich abfinden mußte, hatte Preußen an Tauenzien's Stelle im Sommer 1797 den General von Gröben geschickt, einen braven Soldaten, der aber, ganz wie Paul immer forderte, nicht das Geringste von einem Politiker in sich trug. Es war beinahe unmöglich, mit ihm eine Verhandlung zu führen; Paul konnte sich nicht einmal über ihn ereifern, der sich immer in den kurzen, strengen Formen militärischen Dienstes hielt. Seine Berichte, die, wie Finkenstein sich ausdrückt, nach Schrift und Sprache zuweilen den Dienst einer Chiffre erfüllen, sind beinahe ganz ohne Interesse, und er fühlte sich nicht wenig erleichtert, als das Ministerium im October erlaubte, daß der Gesandschafts-Secretär Wegelin für ihn die Correspondenz übernehmen dürfe. So erklärt es sich, daß die Verhandlungen zum großen Vortheil des preußischen Hofes ausschließlich in Berlin geführt wurden. Hier war Panin zurückgeblieben, ein fähiger Diplomat, auch so eifrig und guten Willens, daß Thugut nicht selten über seine Leichtgläubigkeit und Preußenliebe sich ereiferte[1]). Es wurde denn auch bis zu Ende des Jahres eine Anzahl von Noten gewechselt, aber ohne irgend einen Erfolg. Ebenso wenig konnte aber Sieyes eine Kundgebung zum Nachtheile des Kaisers herauslocken. Er hatte noch während der Conferenzen eine Erklärung vorgeschlagen: „Oesterreich und Preußen verzichten auf Entschädigung, und nur die auf dem linken Rheinufer vordem angesessenen Erbfürsten sollen Entschädigung erhalten." In einer Zusammenkunft mit dem General Zastrow am 12. August gab er die

1) Thugut an Cobenzl, 26. November, bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 249.

Erläuterung, das Prinzip solle auch für Italien gelten, und Oesterreich mit dem, was der Friede von Campo Formio ihm zuweise, sich befriedigen. Bevor man aber die Erklärung erlasse, frage es sich, durch welche Mittel Preußen den Kaiser zur Einwilligung bringen wolle[1]). Das berliner Cabinet erkannte leicht die Absicht. Am 17. August schreibt der König eigenhändig den Ministern, man könne antworten, Preußen sei bereit, sich in Bezug auf Italien bei Oesterreich zu verwenden, und Oesterreich würde gewiß mit seinen jetzigen Besitzungen zufrieden sein, wenn Frankreich auf jede Erwerbung am rechten Rheinufer verzichten, sodann über die Schweiz und Italien eine beruhigende Versicherung geben wolle. Sieyes erwidert am 22., die Verwendung bei Oesterreich sei etwas ganz Neues; er müsse darüber an seine Regierung berichten. Im September kam er auf seinen Vorschlag zurück und wollte den Grundsatz sogar als einen Artikel des rastatter Friedens aufgestellt wissen[2]). Die preußischen Minister hielten es aber auch jetzt nicht für vortheilhaft, daß der König einseitig derartige Erklärungen abgäbe[3]). Sie ließen vorerst in Wien von den französischen Eröffnungen und der preußischen Antwort Mittheilung machen, mit dem Beifügen: wenn Oesterreich einverstanden sei, sollten die preußischen Gesandten in diesem Sinne instruirt werden[4]). Selbst nach dem unglücklichsten Kriege würde sich Thugut nicht leicht zu einer solchen Erklärung verstanden haben; es läßt sich denken, wie er das preußische Anerbieten beurtheilte. Aber seiner Gewohnheit nach gab er dem preußischen Gesandten am 25. September nur die kurze Antwort, er werde die Entscheidung seines Monarchen einholen[5]). Einige Zeit darauf übermittelte Reuß in Berlin den Dank des Kaisers,

---

1) Berichte Zastrow's vom 3. und 12. August, Preuß. St. A.
2) Sieyes, 20. September, an das preußische Ministerium.
3) Finkenstein's Votum, 21. September.
4) Das preußische Ministerium an Cäsar und Keller, 14. September.
5) Keller, 26. September, 6. October.

daß der König sich mit ihm wegen des Reichsfriedens einigen wolle. Für die italienischen Angelegenheiten verspreche dagegen die preußische Intervention keinen Vortheil[1]), eine Wiederholung der Verzichtserklärung sei überflüssig, desgleichen ein Versprechen für die Erbfürsten, um so mehr, als die preußischen Minister auf den Conferenzen den Grundsatz ausgesprochen hätten, eine Entschädigung solle nur in Geld geleistet werden. Sehr wünschenswerth sei dagegen eine gemeinsame Erklärung: die Franzosen sollten das rechte Rheinufer räumen und im Falle eines Krieges die Neutralität des Reiches anerkennen. Darauf wollte man, obgleich in der Sache einverstanden, wieder in Berlin nicht eingehen. Man bemerkte Keller am 15. October, die Partie sei nicht gleich. Preußen habe Norddeutschland wirksam vertheidigt, Oesterreich durch seine Ungeschicklichkeit den Süden gegen feindliche Einfälle wehrlos gemacht. Die geforderte Garantie der Neutralität sei nur ein Versuch, Preußen in die Coalition hineinzuziehen. Auch bestritt man, wie es scheint, mit Recht, daß die bei den Conferenzen hingeworfene Aeußerung: Entschädigungen sollten in Geld geleistet werden, gleich als unwiderrufliche Feststellung eines Grundsatzes gelten dürfe. Die Folge von Allem war, daß wieder in Rastatt gar nichts geschah, und daß Preußen der Coalition wie den Franzosen in demselben Maße fremd gegenüber stand.

Gleichwohl knüpften Rußland und England wieder an. Allgemeine Aeußerungen, die Panin von Haugwitz erhalten und dem englischen Geschäftsträger Garlick in Berlin zugetragen hatte, erregten in London aufs neue die Hoffnung, deren Ausdruck wir in der Depesche Grenville's an Whitworth vom 16.

---

1) Das Ministerium an Keller, 12. October: Je n'ai pas besoin de vous dire, que cette réponse signifie en d'autres termes, que la cour de Vienne décline poliment mon intervention, soit dans les arrangements qui derivent de la paix de Campo Formio rélativement à l'Italie, soit dans les discussions qui ont fait de depuis l'objet de ses négociations particulières. Das Ministerium an Keller, 2. November.

November gelesen haben [1]). Man entschloß sich, einen außerordentlichen Gesandten und sogar Sir Thomas Grenville, den Bruder des Ministers, nach Berlin zu schicken, obgleich Haugwitz das Auffällige einer solchen Gesandtschaft zu vermeiden wünschte [2]). Und so wurde denn auch der petersburger Vertrag vom 29. Dezember wesentlich auf den Beitritt Preußens berechnet.

In der ersten Woche des neuen Jahres machte Kotschubej dem preußischen Gesandten die Eröffnung: wenn der König dem Bündniß gegen Frankreich beitrete, so stelle Paul 45,000 Mann unter dem General Galizin zur Verfügung und verspreche Beihülfe für eine ausreichende Entschädigung Preußens

---

1) Vgl. oben S. 234.

2) Panin an Woronzow, 18. October, 25. Dezember: Le ministère prussien, croyant savoir que celui de Londres voulait envoyer ici un négociateur par commission extraordinaire, m'en a témoigné quelqu'inquiètude. Ce n'est pas qu'on soit éloigné d'entrer dans des discussions sur une coopération active de la Prusse dans la guerre présente; bien au contraire, on ne demanderait pas mieux que de se concerter à ce sujet, et de savoir quels sont les secours qu'on peut espérer de l'Angleterre; mais avant qu'on sache quel parti prendra la cour de Vienne, et avant qu'on soit en mesure de reprendre les armes, on ne voudrait négocier que dans le plus profond secret, pour ne pas s'exposer à une brusque attaque des Français, ou en d'autres termes, dans la crainte de les avoir sur les bras, lorsqu'on ne serait pas encore assuré de l'appui des cours de Vienne et de Londres. Par ces seules considérations on préférerait de traiter avec m-r Garlick ou (si mylord Elgin doit être remplacé) avec celui qui aura le poste permanent. Votre excellence jugera s'il ne serait pas utile de ménager les scrupules de cette cour, afin de profiter de ses bonnes dispositions; il me paraît au moins que l'exemple du prince Repnin est un grand motif pour écarter toute démarche qui pourrait effaroucher, et je vous avoue qu'en voyant arriver de Londres un personnage marquant avec une commission temporaire, j'aurais les plus vives appréhensions que le roi ne reculât, en craignant d'inspirer de l'ombrage et d'éventer le secret de la négociation avant qu'elle ne soit conclue. Woronz. Archiv, XI, 47, 55.

und Oraniens[1]); dieselbe Erklärung gab wenig später Panin in der preußischen Hauptstadt. Der Krieg schien damals schon unvermeidlich, die Lage wurde täglich ernster, und zahlreiche noch erhaltene Papiere, Denkschriften von Haugwitz, Berathungen der Minister, lassen erkennen, wie sorgfältig die zu ergreifenden Maßregeln erwogen wurden[2]). Zum Entschluß kam man aber nicht; man antwortete Panin, die Sache erheische reifliche Ueberlegung, auch wünsche man, vorerst den englischen Gesandten Sir Thomas Grenville zu erwarten. Panin, durch seine Instructionen gedrängt, wollte sich damit nicht begnügen; er forderte am 28. eine Audienz beim Könige. Aber seine Ungeduld brachte nur Schaden. Die Minister fanden gerade in seinem Benehmen den Beweis, daß Rußland Preußen compromittiren wolle; der König weigerte die Audienz am 30. Januar und, als Panin unter bittern Beschwerden sein Ansuchen wiederholte, noch einmal am 2. Februar[3]). Drei Wochen vergingen ungenutzt, denn bei dem unerhört strengen Winter war die Schifffahrt und jeder Verkehr mit England unterbrochen. Thomas Grenville, der schon am 6. Dezember seine Beglaubigung erhalten hatte, konnte erst im Februar die Reise antreten. Nur

---

1) Gröben, 8. Januar 1799, Pr. St. A.; Rescript Paul's an Panin vom $\frac{19.}{30.}$ Dezember 1798, Woronz. Archiv XI, 267.

2) Haugwitz an das Ministerium, 16. Januar; Denkschriften von Haugwitz aus der ersten Hälfte Januars und vom 23. Januar.

3) Panin, Note vom 20. Januar, Audienzgesuche, an Finkenstein gerichtet, vom 28. und 31. Januar, das letztere mit bittern Beschwerden: „man verweigere in Petersburg niemals eine Audienz; er habe bereits seinem Hofe geschrieben, daß er eine solche erbeten habe." Finkenstein stimmt für die Bewilligung, Alvensleben dagegen; in letzterem Sinne schreibt das Ministerium dem Könige am 25. und 28. Januar und 1. Februar. Der König an das Ministerium, 30. Januar, 2. Februar. Denkschriften des Minist.-Secretärs Claproth und des Geh.-Raths Renfner vom 6. und 9. Februar über Audienzen, die man in Petersburg den preußischen Gesandten, insbesondere dem Grafen Tauenzien verweigert habe. Négociations avec les deux cours Impériales im Preuß. St. A.

mit Lebensgefahr, indem er mehrere Stunden über die mit Eis bedeckte See sich zu Fuß einen Weg bahnte, kam er nach Kuxhaven und am 17. Februar nach Berlin. Wie Rußland Truppen, so bot der Engländer Subsidien, wenn Preußen der Coalition sich anschließen und zu Gunsten der naheverwandten Oranier die Befreiung Hollands unternehmen wolle. Finkenstein meinte, man solle das Anerbieten nicht von der Hand weisen, aber immer einen Ausweg offen halten; Alvensleben will es nicht einmal in Ueberlegung nehmen[1]), und Haugwitz, der zwischen dem königlichen Cabinet und dem Ministerium zu vermitteln hatte, entscheidet im Auftrage des Königs am 28. Februar gleichfalls ablehnend. Die Unzuverlässigkeit der Oesterreicher in Italien, votirt er, habe Alles verdorben; der König hoffe der europäischen Wohlfahrt am besten durch eine imposante Neutralität zu nützen. Doch war dies schon damals nicht mehr seine eigene Meinung. Paul und Thugut pflegten zwar noch immer den Minister für die preußische Neutralität verantwortlich zu machen; aber die erhaltenen Aufzeichnungen beweisen unzweifelhaft: es war vor Allem das königliche Cabinet und die persönliche Ansicht des Königs, was Preußen auf dem früheren Wege festhielt. Sei es, daß die fortschreitenden Gewaltthaten des Directoriums, oder daß, wie nahe betheiligte Personen versichern, die von Sieyes angesponnenen Intriguen den Minister unversöhnlich erbittert hatten, gewiß ist: er hätte der Coalition gern ein Zugeständniß gemacht. Er scheint es denn auch gewesen zu sein, der bei dem Könige durchsetzte, daß man mit Grenville und Panin wenigstens in Unterhandlung trat. Man antwortete am 7. März, Preußen könne zwar für jetzt seine neutrale Stellung nicht verlassen, werde sich aber gern mit beiden Mächten vereinigen, wenn die Franzosen Nord-Deutschland behelligten, oder sich größere Uebergriffe erlaubten. Für einen solchen Fall könne man immerhin vorläufige Verabredungen treffen. Grenville, mit dieser Ant-

1) Vota Finkenstein's und Alvensleben's vom 25. Februar.

wort wenig zufrieden, wollte sogleich abbrechen, weil seiner Regierung nicht mit defensiven, sondern nur mit offensiven Maßregeln gedient sei. Panin, geschmeidiger, nahm die dargebotene Handhabe an; er bat in einer neuen Note am 10. März, Preußen möge nur deutlicher die Fälle angeben, in welchen es zum Kriege sich entschließen würde[1]). Aber sogleich erwachte auch das Mißtrauen des Königs. Unwillig schreibt er am 12. März, Panin suche Preußen hinterlistig zu verwickeln; mit solchen Leuten müsse man sehr vorsichtig sein und mehr conferiren als schreiben, weil sie sich an jeden Ausdruck hingen.

Oesterreich hatte sich an diesen Verhandlungen beinahe gar nicht betheiligt, schon deßhalb, weil der Gesandte, Fürst Reuß, am 12. Februar einem längeren Leiden erlegen war[2]), ein Mann von mäßigen Fähigkeiten, aber von offenem, wohlwollendem Charakter und nach besten Kräften für die Einigung der beiden Höfe bemüht. Thugut, welcher mehr Schärfe und Energie verlangte, war einige Male geneigt, ihn abzurufen, und eben hatte Keller Fürbitte eingelegt, daß man einen in Berlin so nützlichen und geschätzten Vertreter nicht entfernen möge, als der Tod plötzlich die Entscheidung gab. Unter so gespannten Verhältnissen mußte sein Verlust doppelt nachtheilig wirken. Hudelist, der Geschäftsträger, welcher einstweilen für ihn eintrat, konnte ihn nicht ersetzen, und Graf Dietrichstein, der in außerordentlicher Mission nach Berlin kam, war weit mehr befähigt, rasche Entscheidung als freundliches Einvernehmen herbeizuführen.

1) Finkenstein an das Ministerium, 7. März; die Minister an den König, 10. März.

2) Hudelist an Thugut, 12. Februar, redet von dem „heute erfolgten Abscheiden" des Gesandten. Gütige Mittheilung des Herrn V. Felgel. Reuß trug den Vornamen Heinrich XIV., war Feldmarschall-Lieutenant und nicht lange vor seinem Tode in heimlicher Ehe vermählt mit Marianne Meier, welche, in den berliner literarischen Kreisen viel genannt, auch in diplomatischen Depeschen ein und anderes Mal Erwähnung findet. In dem biographischen Wörterbuch des Kaiserthums Oesterreich von C. Wurzbach hätte er wohl eine Stelle verdient.

Als er am 19. März in Berlin anlangte[1]), fand er die Conferenzen wieder aufgenommen. Grenville hatte sich bereit erklärt, auch über den eventuellen Beitritt Preußens zu unterhandeln, und der König erlaubte, daß man die Kriegsfälle einzeln aufzähle. Als solche nannte man Ueberschreitung der Demarcations-Linie, Besetzung der fränkischen Fürstenthümer, Angriff gegen Hamburg, gegen die Mündung der Elbe, gegen Hannover, oder gegen Sachsen. Es wurde darüber in einer Conferenz am 26. verhandelt, und die Minister erbitten dann vom Könige Anweisung über die Zahl der aufzustellenden Truppen und die Höhe der dafür zu fordernden Subsidien. Der König antwortet am 30., er sei bereit, seiner defensiven Stellung größere Ausdehnung zu geben und außer den Truppen an der Demarcations-Linie noch 35,000 Mann aufzustellen. Für die Mobilmachung verlangt er im Voraus 130,000 und monatlich 80,000 Pfund, im wirklichen Kriegsfalle wird er im Ganzen 100,000 Mann stellen und dafür monatlich 200,000 Pfund verlangen. Dadurch war aber Grenville nicht befriedigt. In einer neuen Conferenz am 2. April erklärte er, seine Instructionen bezögen sich allein auf eine eventuelle Offensive; über die preußischen Vorschläge könne er für jetzt nur an seinen Hof berichten[2]).

So war wieder Alles ins Ungewisse gestellt, und es läßt sich ermessen, wie sehr alle Maßregeln der Coalition durch diese endlose Verhandlung gehindert wurden. Thugut's Depeschen nach Petersburg sind voll von Klagen über die unerträgliche Ungewißheit, und voll von Beschwerden über die preußische Hinterlist, welche die Verbündeten nur hinhalten und den Franzosen dienen wolle. Alles, was Oesterreich verlange, sei bestimmte Antwort; auch mit einer ehrlichen Neutralität werde es sich gern begnügen, wenn nur diese Alles lähmende Unge-

---

1) Das Ministerium an Keller, 22. März, an den König, 20. März.

2) Die Minister an den König, 22., 27., 30. März, 3. April. Négociations avec les deux cours Impériales im Preuß. St. A.

wißheit ein Ende nähme. Vollkommen begründet sind die Klagen, aber nicht im geringsten die Beschwerden. Denn es war sicher nicht der König, der diese ihm so überaus lästigen Verhandlungen hervorgerufen oder im Gange erhalten hatte. Aber wie mußten solche Zögerungen auf einen Mann wie Paul I. wirken, der nun seit dem 7. Januar Antwort erwartete, wohin er seine Soldaten schicken sollte! Am 22. März ließ Besborodko den preußischen Gesandten zu sich einladen und verhehlte nicht, daß das Mißvergnügen des Zaren den höchsten Punct erreicht habe. Immer gebe er aber die Hoffnung noch nicht auf; Gröben möge doch so bald als möglich die Gesinnungen seines Herrn in Erfahrung bringen. Wenige Stunden nach der Conferenz kam ein Billet Besborodko's mit dem Ansuchen, unverzüglich durch Courier in Berlin das preußische Ultimatum zu erfragen. Die Worte waren so dringend, daß Gröben wirklich seinen Secretär Scholz abgehen ließ, der in größter Eile am 2. April nach Berlin gelangte. Aber um den König zum Entschluß zu bringen, war kein Mittel weniger geeignet. Statt gleich zu antworten, ließ man in Berlin vier Tage verstreichen. Erst am 6. April geht ein Brief an Gröben ab, nicht etwa durch Courier, sondern mit der gewöhnlichen Post und ganz mit Buchstaben geschrieben. Daraus mochten die Russen lesen, der König habe seinen früheren Mittheilungen für jetzt nichts hinzuzufügen; er behalte sich Weiteres vor, wenn ein von Grenville erwarteter Courier erst eingetroffen sei[1]).

Gerade am 6. April erhielt aber Thomas Grenville durch einen Courier seines Bruders bestimmte Anweisung, nur dann Subsidien zu bewilligen, wenn der König sogleich die Feind-

---

1) Gröben, 23. März; das Ministerium an Gröben, 6. April. Rostoptschin an Woronzow, $\frac{19.}{30.}$ April: Je suis fâché que m-r Graben [Groeben], moitié par esprit de conciliation, moitié par bêtise, n'a pas rendu compte de la manière dont on lui avait demandé l'ultimatum: car cela aurait pu produire quelque chose de plus que l'agrandissement du système défensif.

seligkeiten gegen Frankreich beginnen wolle[1]). Damit war auch die Stellung Preußens entschieden. Am 15. April erklärte man Dietrichstein auf erneuerte Anfrage in einer Conferenz und durch eine Verbalnote, der König könne nicht über die bisherige Neutralität hinausgehen. Dietrichstein, der Anderes nicht erwartet, vielleicht nicht einmal gewünscht hatte, erklärte dagegen, er müsse als treuer Diener, als Deutscher und im Interesse Preußens diese Antwort schmerzlich bedauern. Die Verschiedenheit der Grundsätze werde die gute Harmonie zwischen beiden Höfen nicht stören, aber er müsse seine Mission als beendigt ansehen. Am 23. hatte er seine Abschieds-Audienz. Der Plan, Preußen für die Coalition zu gewinnen, war vorerst gänzlich mißlungen[2]).

---

1) Grenville an Whitworth, 22. März: The project of a defensive alliance for the protection of the north of Europe which has been proposed by the Prussian ministers, is so vague in its import, and so little calculated to promote the objects which the king, and his allies have in view, that His Majesty cannot be induced, by any consideration whatsoever to acquiesce in it, or to divest for its accomplishment any portion of those pecuniary resources which have been set apart, either for encrease military exertions in the country, or for the assistance of those Powers who may be prepared to engage in the contest with France, upon the same principles as those by which His Majesty and his ally the emperor of Russia are actuated. Under this impression the king has been pleased to direct, that instructions should be transmitted to Mr. Grenville this evening, directing him to signify to the Prussian ministers, His Majesty's entire disapprobation of the plan which they have proposed, and his fixed determination not to enter into any concert with the court of Berlin which has not for its object the immediate commencement of offensive hostilities against France.

2) Die Minister an den König, 7. April; der König an die Minister, 13. April; preußische Note an Dietrichstein, 15. April; das Ministerium an Keller, 19. April.

## Neuntes Kapitel.

### Die Auflösung des rastatter Congresses.

Es läßt sich denken, daß der Verlauf dieser Unterhandlungen auf den rastatter Congreß und den Reichstag in Regensburg zurückwirkte. Seit der französischen Note vom 2. Januar konnte kein Scharfblickender über das heraufziehende Unwetter sich länger täuschen. Wer durfte erwarten, daß die Franzosen eine so gefährliche Drohung, wie den Anmarsch russischer Truppen, ruhig hinnehmen, oder daß der Kaiser die schwer erlangte Hülfe wieder zurückweisen würde[1])? Unmittel-

1) Die französische Auffassung bezeichnet der folgende Auszug aus Talleyrand's Instruction für die Gesandten vom 24. Dezember 1798: Der Marsch der Russen ist nach Berichten aus Tarnow unzweifelhaft, wenn auch ihre Bestimmung noch verschieden angegeben wird. Frankreich und Rußland sind im Krieg; die Aufnahme der Russen innerhalb der deutschen Grenzen wäre eine Feindseligkeit, welche den Zustand vor Leoben herstellen würde. 24,000 Russen können nicht aus eigenem Willen einrücken. Wenn das Reich, oder die Majorität seiner Glieder den Eintritt erlaubt, oder nicht hindert, erscheint es als Verbündeter der fremden Macht, die sein Territorium überschreitet, um Frankreich zu bekämpfen. Die Neutralität wird dadurch eine Chimäre, und die rastatter Verhandlung aufgehoben. Die Gesandten sollen eine ausdrückliche Erklärung in diesem Sinne abgeben. Nur die Stände, welche mit Frankreich besondere Verträge abgeschlossen und in keiner Weise Rußland zugestimmt haben, würden sich „individuellement" im Zustand des Friedens befinden. Die Gesandten sollen dieser Erklärung die stärksten Versicherungen der Friedensliebe beifügen und alle Schuld auf die Gegner werfen. Gleichzeitig sollen sie Lehrbach als dem Vertreter einer befreundeten Macht die Mittheilung machen: Der Zug der Russen in österreichisches Gebiet involvire einen Bruch der Freundschaft. Das Directorium hoffe, que

bar drängte also die Frage: wo wird das Reich in dem großen europäischen Conflict seine Stellung nehmen? Schon im Sommer war darüber zwischen Preußen und Oesterreich verhandelt. Damals wünschte Oesterreich, ganz auf sich selber angewiesen, die Neutralität des Reiches, um alle Kräfte in Tyrol und Italien zu vereinigen. Aber jetzt bei den großen Mitteln der Coalition war die Lage verändert. Der Kriegsplan ging gegen den Rhein, gegen die Schweiz; der Kaiser wollte nicht mehr Neutralität, sondern kriegerischen Beistand. Neutralität wünschte aber Preußen und mit ihm die Mehrheit der süddeutschen Reichsstände, besonders der weltlichen, die beim Kriege den ersten Anfall der Franzosen und zugleich die Vereitlung ihrer Säcularisations-Pläne fürchten mußten. Auch Mainz gehörte hierher, weil Albini durch seine Verbindung mit Bonnier die Entschädigung seines Herrn noch immer für gesichert hielt. Allen diesen lag die Fortdauer des Congresses nicht weniger am Herzen, wie den Oesterreichern seine schleunige Auflösung.

Gleich als man am 4. Januar über die französische Note berieth, traten die Parteien sich entgegen. Sachsen, Oesterreich, Bremen und Würzburg wollten der Reichsversammlung und dem Kaiser die Note einfach zur Kenntniß bringen und von diesem Schritt den Franzosen Mittheilung machen. Dies war so sehr der gewiesene Weg, daß auch Baiern sich anschloß, und die beiden Städte nicht widerstrebten. Baden und Darmstadt wollten dagegen der Reichsversammlung gleich mit der Anzeige die Hoffnung aussprechen, „man werde in Regensburg solche Entschließungen fassen, welche den so nahen Anschein des sehnlich gewünschten Friedens nicht entfernen, sondern in jedem Falle den unglücklichen vorderen Reichskreisen Frieden und Neutralität verschaffen könnten." Aber Loeben und Lehrbach

---

Sa Majesté le Roi d'Hongrie et de Bohême, l'Archiduc de l'Autriche, donnera une explication franche et loyale sur cet objet et prendra des déterminations, qui pourraient rassurer tous les amis de la paix et de l'humanité.

verwiesen nachdrücklich auf die Competenz der Deputation, sie hoben hervor, daß von dem Marsche der Russen auf das Reichsgebiet noch gar keine offizielle Mittheilung gekommen sei, mithin eine Verhandlung darüber in Regensburg nicht einmal in sicherer Aussicht stehe. Es unterblieb denn auch sowohl der Rath für die Reichsversammlung, als der Dank, den außer Baden und Darmstadt auch Mainz und die beiden Städte den Franzosen für die in der letzten Note geäußerten friedlichen Gesinnungen abzustatten wünschten[1]).

Um so mehr drängte Albini den kurmainzischen Directorialgesandten in Regensburg, schleunigst eine Entschließung der Reichsversammlung herbei zu führen[2]). Wirklich wurde schon am 10. Januar eine außerordentliche Sitzung berufen; aber nach dem unveränderlichen Geschäftsgang konnte der Deputation nur die Antwort ertheilt werden: alle drei Collegien würden von ihren Committenten Instructionen einholen[3]). Die Entscheidung war also in die Ferne gerückt, und dem Streit der Parteien ein weites Feld überlassen. Kurmainz, Baiern, Würtemberg, Baden und die mit ihnen gingen, wollten der französischen Note Gehör geben; Preußen hätte gleichfalls die russischen Truppen am liebsten jenseits der Grenze gesehen. Oesterreich dagegen, zum Kriege entschlossen, wünschte recht entschiedene Abweisung der Franzosen, oder wenigstens ein Conclusum, das jede unfreundliche Aeußerung gegen die Russen vermied. Thugut war deßhalb mit dem nichtsbedeutenden Beschluß vom 10. Januar ganz zufrieden; „er entspricht unserer Absicht," schreibt er, „Zeit zu gewinnen und die Einwirkung des russischen Hofes zu ermöglichen[4])." Schon am 10. Januar

1) Protokoll, III, 137; Lehrbach, 4. Januar 1799.

2) Briefe des Kurfürsten von Mainz an den Freiherrn von Steigentesch vom 4. und 6. Januar; Thugut an Lehrbach, 16. Januar; Lehrbach an Thugut, 17. Januar (französisch).

3) Protokoll, VI, 58.

4) Thugut an Lehrbach, 16. Januar, Wiener Staats-Archiv. Thugut an Cobenzl, 27. Februar, 21. April bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 101, 114.

hatte er nach Petersburg die dringende Aufforderung gerichtet, man möge die russischen Gesandten in Berlin, Dresden und Regensburg in diesem Sinne anweisen[1]). Dagegen blieben auch die französischen Diplomaten, Alquier in München und Bacher, der sich seit dem Frühjahr am Sitze des Reichstages aufhielt, nicht müßig. In Berlin hatte Sieyes schon am 7. Januar, es läßt sich denken mit welchem Erfolg, eine Note eingereicht, Preußen solle dem russischen Truppenmarsch sich widersetzen[2]).

Die folgende Verhandlung ist in so fern von Bedeutung, als sie beweist, wie unwillkommen der Krieg dem Reiche war. Nur Oesterreich und die von der Säcularisation bedrohten geistlichen Stände betrachteten ihn als letztes Rettungsmittel; den meisten weltlichen Fürsten, sogar Köln und Mainz, kam die vormals begehrte russische Hülfe jetzt sehr ungelegen. Dem Drängen von Kurmainz gegenüber konnte der kaiserliche Concommissar nicht hindern, daß zuerst im Kurfürsten-Collegium am 18. Februar das Protokoll eröffnet wurde. Steigentesch war angewiesen, in jedem Falle, selbst wenn kein anderer instruirt sei, sein Votum abzugeben und darin den von Albini zu Rastatt ausgesprochenen Wunsch zu wiederholen: Der Kaiser möge Alles abwenden, was das Reich in eine Kriegsgefahr bringen könne, also vor Allem den russischen Truppenmarsch. Außer Mainz hatte nur Brandenburg seinen Gesandten rechtzeitig dahin instruirt, zunächst die Entfernung der französischen Truppen vom rechten Rheinufer zu verlangen. Erst wenn diese Forderung erfüllt sei, könne die vollkommene Neutralisirung des Reiches zugestanden und die Einleitung dem Kaiser anheim gegeben werden[3]). Dem gegenüber erklärte Böhmen, es

1) Vivenot, Rastadter Congreß, S. 268.

2) Sieyes an die preußischen Minister, 7. Januar; die Minister an Sandoz, 14. Januar.

3) Die Minister an den König, 12. Februar: Panin hat wieder einen Antrag gemacht, Preußen möge mit Rußland und Oesterreich in Regensburg dahin wirken, daß der Reichstag nichts gegen den Marsch der russischen Truppen beschließe. Die preuß. Gesandtschaft in Regensburg ist schon am 27. Januar

sei der Würde des Reiches widersprechend, sich auf unberechtigte, in so anmaßlichem Tone gestellte Fragen einer fremden Macht auch nur einzulassen; aber allein Trier stimmte nach längerem Schwanken in ähnlichem Sinne. Kurbraunschweig hatte zuerst protestirt, daß man über eine so wichtige Sache voreilig die Berathung eröffne; später erhielt der Freiherr von Ompteda ein Rescript aus Hannover, welches, statt sich gegen die Franzosen zu wenden, die ganze Verantwortung dem Kaiser zuschob und die kleinen Reichsstände unentschlossen und zaghaft machen mußte. Thugut bemerkt nicht mit Unrecht, Seine britische Majestät mache als Kurfürst von Hannover wieder rückgängig, was der König von England gefördert habe. Selbst Sachsen und Köln näherten sich mehr dem mainzischen als dem böhmischen Votum. Auch im Fürsten-Collegium wollten bedeutende Stimmen, wie Würtemberg, Baden, Hessen-Darmstadt den Kaiser ersuchen, Alles dem Reichsfrieden Nachtheilige zu entfernen[1]), doch war hier, wo der Kaiser größeren Einfluß besaß, das Gesammtergebniß günstiger. Salzburg wies in einem von Thugut besonders belobten Votum nachdrücklich auf die andauernden Drangsale des rechten Rheinufers, das vertragswidrige Verfahren gegen Ehrenbreitstein, die Uebergriffe der Franzosen in Italien und der Schweiz, endlich auf die unzweideutigen Kriegsrüstungen hin. Welche Unbilligkeit, daß dem gegenüber das Reich nach so vielen vergeblichen Opfern, ehe nur der Friede wirklich abgeschlossen sei, den vielleicht sehr nöthigen, vordem von mehreren Kreisen ausdrücklich erbetenen Beistand eines mächtigen Hofes voreilig zurückweisen solle! Der österreichische Gesandte wiederholte und bekräftigte diese Auffassung und brachte sie im Wesentlichen zur Annahme. Das

angewiesen, zu bewirken, daß die rastatter Deputation mit der Erklärung an die Franzosen beauftragt werde, eine Neutralisirung des Reiches könne erst in Frage kommen, wenn auch die französischen Truppen das Reichsgebiet geräumt hätten. Die Minister wünschen, Panin diese Instruction mitzutheilen.

1) Thugut an Cobenzl, 27. Februar, 10. März, bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 100, 102, 104, 107, 109.

Kurfürsten-Collegium hatte sich am 1. April für die Erhaltung des Waffenstillstandes und Erlangung eines baldigen Friedens ausgesprochen und damit den Wunsch verbunden, der Kaiser möge den Ständen des rechten Rheinufers von feindlicher Bedrückung endlich Erleichterung verschaffen. Das Fürsten-Collegium erklärte dagegen am 12. April: so lange die Bedrückung der Reichslande durch französische Truppen nicht aufhöre, würde Deutschland den Vorwurf der Sorglosigkeit verdienen, wenn es für die Abwendung des ihm bis jetzt noch unbekannten russischen Truppen-Marsches schon im Voraus einschreiten und dadurch die Aussicht auf einen mächtigen Schutz, uneingedenk künftig möglicher Fälle, sich selbst entziehen wolle[1]). Die Reichsstädte hatten am 4. April ohne weiteren Zusatz die ganze Angelegenheit der Leitung des Kaisers überlassen[2]). In Folge dieser verschiedenen Abstimmungen kam gar kein eigentliches Reichs-Gutachten zu Stande. Die drei verschiedenen Beschlüsse wurden dem Kaiser mitgetheilt, dem sonach, den österreichischen Wünschen gemäß, ganz freie Hand gelassen, aber auch von Reichswegen nicht die geringste Unterstützung geleistet wurde[3]).

Auf das Nächste hing diese Verhandlung des Reichstags mit der Stellung des Congresses zusammen. In Rastatt wie in Regensburg finden wir dieselben Parteien, und hier wie dort Kurmainz an der Spitze derjenigen, welche um jeden Preis den Frieden wollten. Diese setzten denn, selbst nach der Note

---

1) Allgemeine Zeitung 1799, S. 244, 252, 290, 295, 298, 351, 359, 404, 411, 419, 425.

2) Bacher schreibt Ende Februar an Trouvé, den französischen Gesandten in Stuttgart: Oesterreich habe am 18. Februar die Eröffnung des Protokolls im Collegium der Reichsstädte verhindert, sonst würden sie sicher wie Mainz gestimmt haben. Aber die kaiserlichen Gesandten hätten gedroht, man würde die Städte als Entschädigungsmittel preisgeben, wenn sie nicht bessere Instructionen einschickten. Reichsarchiv im Haag.

3) Thugut an Cobenzl, 21. April, bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 114, die Gutachten der drei Reichscollegien in der Geheimen Geschichte des rastatter Congresses, V, Abth. II, Anhang S. 113.

vom 2. Januar, die Verhandlung über die Entschädigungen eifrig fort. Roberjot war indessen mit seinem Plane zu Stande gekommen; das bekannte geographische Handbuch von Büsching und zahlreiche Eingaben deutscher Reichsstände hatten als Grundlage der Berechnungen gedient. Der Entwurf, wie er zu Anfang des neuen Jahres, größtentheils von Roberjot's Hand geschrieben, nach Paris geht, würde ein kleines Buch füllen; den Inhalt kann man nicht gerade unbillig nennen. Die drei geistlichen Kurfürsten werden erhalten, Baiern und Zweibrücken mäßig abgefunden, innerhalb der preußischen Demarcations-Linie Säcularisationen so viel als möglich vermieden[1]). Mancher österreichische Minister möchte in späteren Jahren gewünscht haben, diese Vorschläge wären zur Ausführung gelangt. Roberjot meint, sie müßten vortrefflich wirken; mit der Liebe eines Autors scheint er an seinem Werk zu hängen. Noch am 21. Januar verwendet er sich lebhaft, das Directorium möge auch die von ihm vorgenommene neue Eintheilung der Kreise und der Stimmen auf dem Reichstag genehmigen und Sorge tragen, daß die Reichsstädte endlich in den vollen Besitz der durch den westphälischen Frieden ihnen zugesagten Collegial-Rechte gelangten. Man sieht, der „vorhinnige Pfarrer" hat neben der Vertheilung geistlicher Besitzungen sogleich auch für Deutschland eine neue Verfassung ausgearbeitet. Die Deputation würde ihm schwerlich widersprochen haben. Die Mehrheit zeigte sich den Franzosen gegenüber noch schüchterner als früher. Die Bedrückung des rechten Rheinufers, die verzweifelte Lage von Ehrenbreitstein konnten ihr kein Zeichen der Theilnahme mehr abgewinnen. Nur der kaiserliche Plenipotentiar forderte am 13. Januar in einer Conferenz von den französischen Gesandten Aufklärung, „in wie weit die am 12. Dezember ertheilten Zusicherungen einem wirklichen Erfolge näher gekommen seien". Er erhielt aber die höhnische, oder, wie er sich selbst ausdrückt, „die äußerst ungenügliche" Erwi-

1) Roberjot, 28. und 31. Dezember 1798, 3. und 14. Januar 1799.

derung, das Versprechen sei erfüllt, und der Gegenstand dem Directorium empfohlen, aber noch keine Antwort eingetroffen[1]). Einige Tage später übergab der kurkölnische Gesandte, Graf Erbach, der Deputation eine Reihe der kläglichsten Beschwerden über das Elend im Herzogthum Westfalen und in den Gebieten des Deutschen Ordens. Lehrbach hatte ihn veranlaßt, darin auch des Dankes zu erwähnen, welchen die Deputation im Dezember den Franzosen ausgesprochen hatte. Aber Albini, der sich getroffen fühlte, nannte die Eingaben überflüssig und unzeitig[2]), und erwirkte in der Sitzung vom 26. Januar den schmählichen Beschluß: es sei die Hoffnung noch nicht aufzugeben, daß den französischen Zusagen Genüge geschehen werde; deßhalb wolle man vor der Hand Anstand nehmen, in diesem Betreffe etwas an die französische Gesandtschaft zu richten[3]).

Gerade in diesen Tagen erhielt die Deputation einen neuen Beweis, was den Franzosen gegenüber die Geduld für Früchte trage. Für die tapfere Besatzung von Ehrenbreitstein war das Unvermeidliche, längst Erwartete endlich eingetreten: der Gewalt des Hungers konnte sie nicht mehr widerstehen. Am 24. Januar knüpfte Oberst Faber mit dem General Dallemagne Unterhandlungen an. Eine eigentliche Kapitulation wollte er nicht unterzeichnen; er erhob einen Protest „gegen die vertragswidrige Wegnahme des Platzes und die offenbare Verletzung der einfachsten Grundsätze öffentlicher Treue und Redlichkeit." Am 27. Januar zog die Besatzung aus. Die Franzosen erklärten, daß sie die Festung bis zum Frieden in Besitz nähmen, daß die früher ausbedungene Schleifung dann aber unfehlbar erfolgen würde[4]). Die Deputation wagte noch immer kein Wort der Beschwerde.

---

1) Metternich an die Deputation, 16. Januar, Protokoll VI, 60.

2) Lehrbach, 22. Januar.

3) Eingaben Erbach's vom 19., 23., 24. Januar, Protokoll VI, 61 fg., III, 144.

4) Talleyrand an die Gesandten, 3. Februar. Protokoll VI, 104 fg.

Aber bloßes Stillschweigen genügte den Franzosen schon nicht mehr; sie verlangten offenen Widerstand gegen Oesterreich. Wesentlich deßhalb hatten sie die Note vom 2. Januar an die Deputation gerichtet und mit großem Mißvergnügen vernommen, daß der drohende Inhalt dem Reichstag lediglich zur Kenntniß gebracht sei[1]). Als nun aus Wien der Bescheid einging, die Deputation habe richtig gehandelt, die Angelegenheit des russischen Truppen-Marsches liege ganz außerhalb ihrer Competenz[2]), machten sie einen neuen Versuch, eine bestimmte Aeußerung zu erzwingen. Am 31. Januar erfolgte die Erklärung, sie würden über keinen Punct der Verhandlung eine Note ferner abgeben, noch annehmen, bis auf ihre Note vom 2. Januar in kategorischer und befriedigender Art geantwortet sei[3]). Und wie es denn nicht die Art des Directoriums war, einem Feinde den Vorsprung zu gönnen, so hatte ein Tags vorher eingetroffener Courier auch eine Mittheilung für Lehrbach überbracht, welche jeden Zweifel über die Lage beseitigen mußte. Die Franzosen hatten schon am 2. Januar den kaiserlichen Bevollmächtigten erklärt, die Aufnahme der russischen Truppen in die österreichischen Erblande habe die bisher bestandenen freundlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und der Republik gelöst; im mündlichen Gespräche waren gleichwohl noch immer friedliche Versicherungen ausgetauscht[4]). Jetzt verlangten die Franzosen plötzlich eine bestimmte Zusage, daß die russischen Truppen die kaiserlichen Staaten räumen würden. Wenn die Zusage nicht in vierzehn Tagen erfolge, so müsse die Republik darin den offenen Beitritt des Kaisers zu den

---

1) Roberjot an Talleyrand, 2. und 5. Februar; Lehrbach, 17. und 25. Januar (französisch). Selbst Albini zürnten die Franzosen, weil er nicht eifrig genug gewesen sei.

2) Lehrbach, 22. Januar; Roberjot, 22. Januar; Protokoll der Sitzung vom 26. Januar, III, 140; VI, 66, 68.

3) Protokoll, VI, 69.

4) Lehrbach, 2. und 7. Januar (französisch).

Unternehmungen der Russen und einen Act der Feindseligkeit erkennen [1]).

Die Franzosen kamen, indem sie die Fortsetzung der Verhandlungen weigerten, nur den Absichten der Oesterreicher entgegen. Sobald durch die Annahme des französischen Ultimatums eine dem Kaiser feindliche Mehrheit hervorgetreten war, hegte man auch in Wien den von Lehrbach und Loeben wiederholt geäußerten Wunsch, die Thätigkeit der Deputation zu beschränken, wo möglich den Congreß ganz aufzulösen. In Folge eines Vortrags des Reichs-Vicecanzlers erließ der Kaiser am 31. Dezember eine von Thugut vorgeschlagene Resolution: die Plenipotenz habe sich so zu benehmen, daß der Kaiser das französische Ultimatum, wenn es zur endlichen Berichtigung gebracht würde, verwerfen oder modificiren könne. Sie soll sich über keinen Punct, nicht einmal über die Redaction der

---

1) Talleyrand, 26., 27. Januar an die Gesandten; Lagarde, der Generalsecretär des Directoriums, an Talleyrand, 27. Januar; die Gesandten an Talleyrand, 31. Januar. Die Note findet sich schon, allerdings fehlerhaft, in den Nouvelles politiques vom 15. Februar 1799, dann in der Geh. Geschichte des rastatter Congresses VI, 262. Nach Rastatt gelangte sie nicht blos durch einen, sondern durch zwei Couriere, die, der eine wenig Stunden nach dem andern, am 30. Januar eintrafen. Die in Folge der doppelten Sendung aufs höchste gespannte Neugier würde aber getäuscht worden sein, hätten die Diplomaten erfahren, daß es sich dabei lediglich um eine stilistische Verbesserung handelte. In dem ersten Entwurf heißt es nicht eben passend: le silence de l'Empereur sera regardé comme une agression; die verbesserte Form sagt dagegen: la marche des Russes sera regardée comme agressive et le silence ou le défaut de l'assurance demandée par la présente note, étant une preuve manifeste de l'accession de l'Empereur aux entreprises des Russes, seront regardés forcément par le Gouvernement français comme un acte d'hostilité." „Les expressions de cette lettre sont celles que vous employerez dans votre note," bemerkt Talleyrand zu dem neuen Entwurfe, den er am 26. ganz eigenhändig anfertigt. Wäre die erste Fassung schon übergeben, so sollen die Gesandten ein Versehen des Abschreibers vorschützen und eine zweite Note einreichen.

im Allgemeinen schon bestimmten Puncte weiter einlassen, bis die französischen Truppen das rechte Rheinufer geräumt und die Blocade von Ehrenbreitstein aufgehoben haben. Uebrigens soll man trachten, zur Vereitelung des widrigen Einflusses der übelgestimmten Majorität das Geschäft entweder ganz an die Reichs-Versammlung zu ziehen, oder doch von dortigen Entschließungen mehr abhängig zu machen[1]).

Die Auflösung des Congresses lag sogar weit entschiedener in den Wünschen der Oesterreicher als der Franzosen. Diese hatten, wie so oft, auch jetzt wieder mit der Abreise gedroht, wenn bis zum 15. Februar keine genügende Erklärung eingelaufen sei; sie hatten auch zum Scheine bereits gepackt und zum Aerger Lehrbach's ihre „über alles Maß insolente Note," die er selbst sorgfältig zu verheimlichen dachte, in Rastatt verbreitet, wo sie in allen Caffee-Häusern angeschlagen war. Als sie aber bemerkten, daß man ihre Drohung ernst nahm, daß eine große Zahl von Gesandten sich gleichfalls zur Abreise rüstete, änderten sie ihre Sprache. „Warum packen denn diese Leute," rief Bonnier ärgerlich, als er in dem decker'schen Magazin den Reisewagen Erbach's stehen sah, „wir denken noch nicht an die Abreise." Sie äußerten auch wohl vertraulich, der Bruch mit Oesterreich sei noch gar nicht sicher, und Roberjot sagte Jacobi: selbst wenn der Krieg mit Oesterreich ausbräche, so folge noch nicht, daß er auch mit dem Reiche anfangen müsse[2]). Nichts Angenehmeres hätte man Albini sagen können. „Er geht Allen voran," schreibt Lehrbach am 5. Februar, „sucht Particular-Conventionen zu Gunsten der Neutralität zu veranlassen und befindet sich mit den französischen Ministern in ununterbrochenem, engstem Verkehr[3])." Aber auch die Gegen-

---

1) Der Reichsvicekanzler, Fürst Gundacker Colloredo, an Metternich, 31. Dezember; Thugut an Lehrbach, 31. Dezember.

2) Lehrbach, 8., 9., und 12. Februar.

3) Vgl. auch Metternich, 14. und 28. Januar, 10. Februar: Albini hatte schon 1795 bei dem Rückzuge Clerfayt's ähnliche Pläne verfolgt. „Jetzt

seite blieb nicht müßig. Dem Zaren, der so ungeduldig den Krieg erwartete, war die Fortdauer von Friedens-Verhandlungen noch widerwärtiger als den Oesterreichern; in jener drohenden Note an Rasumowski vom 31. Dezember drängt er wiederholt auf entschiedene Maßregeln gegen den rastatter Congreß. Thugut antwortet durchaus zustimmend am 24. Januar: Man habe in Rastatt und Berlin schon lange in diesem Sinne gewirkt, und deßhalb auch die von Preußen gewünschte Verhandlung über die Entschädigungen nicht weiter geführt. Denn gerade diese hätten die Gier der Reichsfürsten nach der Beraubung ihrer Mitstände, mithin ihre Neigung zum Frieden und zur Neutralität immer mehr gesteigert. Der Congreß könne aber nur mit Zustimmung Preußens aufgelöst werden. Wolle der Kaiser aus eigener Macht sich dazu entschließen, so würde er einen inneren Zwist in Deutschland hervorrufen und viele Fürsten zum offenen Bündniß mit Frankreich treiben[1]). Schon am 7. Januar hatte in der That Reuß in Berlin den Antrag gestellt, Preußen möge die rastatter Deputation zu der Erklärung veranlassen, sie würde vor der Räumung des rechten Rheinufers auf keine Verhandlungen länger eingehen[2]). Nach dem Eintreffen der russischen Note erhielt Reuß am 19. Januar bestimmte Anweisung, die Auflösung des Congresses zu betreiben. Sobald sich Preußen bei den von ihm abhängigen Reichsständen, nämlich Hessen-Cassel, Zweibrücken, Würtemberg und Baden gegen die Fortsetzung der Unterhandlungen ausgesprochen habe, werde der Kaiser allen Reichsständen, auf die er Einfluß besitze, dieselbe Erklärung machen[3]). Je sicherer Thugut dabei auf die Mit-

---

hat er sich," schreibt der Plenipotentiar, „an die kölnischen und trierischen Gesandten, und besonders an Jacobi gewendet, der den Gedanken, preußische Vermittlung anzurufen, am meisten begünstigt."

1) Thugut an Cobenzl, 24. Januar, bei Vivenot, Rastadter Congreß. S. 284 fg.

2) Das preußische Ministerium an Keller, 7. Januar.

3) Thugut an Reuß, 19. Januar, 6. Februar, Vivenot a. a. O. S. 90, 92.

wirkung des russischen Gesandten rechnete, um so größer war seine Enttäuschung, als er von Hudelist vernahm, Panin habe, den Versprechungen Rasumowski's entgegen, die Frage nach der Auflösung des Congresses als gar nicht zu seiner Mission gehörig von sich abgewiesen. Erst am 28. Februar entschloß sich der russische Gesandte, gemeinsam mit Hudelist einen dahin gehenden Antrag zu stellen[1]). Aber die preußischen Minister waren mit dem Könige ganz derselben Meinung, daß man nicht darauf eingehen könne und zunächst Aufklärung fordern müsse, was der Kaiser zur Sicherung der bei Auflösung des Congresses schwer bedrohten süddeutschen Länder gethan habe. Nur darin stimmten Oesterreich und Preußen überein, daß sie die Franzosen gern vom rechten Rheinufer entfernt hätten. Diesen Wunsch hatte Preußen immer gehegt und hegte ihn besonders in einem Augenblicke, wo die revolutionären Umtriebe auf dem rechten Rheinufer wieder begannen, französische Emissäre an mehreren Orten sich gezeigt hatten, und sogar eine Constitution für die bevorstehende schwäbische Republik schon gedruckt worden war[2]). Die preußischen Gesandten waren deßhalb

---

1) Thugut an Cobenzl, 27. Februar, 22. März, Vivenot a. a. O. S. 302, 305.

2) Dem Berichte Metternich's vom 20. März liegt bei der „Entwurf einer republikanischen Verfassungs-Urkunde, wie sie für Deutschland taugen möchte. Im VII. Jahre der Mutterrepublik," 111 Seiten, ohne Angabe des Druckortes. Das preußische Ministerium an Keller, 8. Februar, 15. Februar: Es ist im Plan, einen Theil des schwäbischen Kreises mit Frankreich, einen andern mit der Schweiz zu vereinigen als Entschädigung für die Verluste, mit welchen sie noch bedroht ist. Bien plus, on attribue aux Français le dessin diabolique, de vouloir entreprendre ce qu'ils appellent la régénération de l'Empire. Elle porterait sur l'anéantissement des Ecclésiastiques et des petits états et on formerait ensuite une confédération de huit à dix princes sous un chef commun, qui serait relevé tous les cinq ans. Pr. St. A. Interessante Nachrichten über die damaligen Verhältnisse in Schwaben, insbesondere in Würtemberg, giebt nach Familienpapieren und Correspondenzen des haager Reichs-Archivs Professor G. G. Vreede, La Souabe après la paix de Bâle, Utrecht, 1879.

im Januar wirklich angewiesen, im Verein mit den Oesterreichern dahin zu wirken, daß die Deputation fernere Verhandlungen von der Räumung des rechten Rheinufers abhängig mache.

Aber zwischen den deutschen Mächten sollte einmal nichts Gemeinsames zu Stande kommen. Die Depeschen jener Tage sind noch immer gefüllt mit gegenseitigen Anklagen und Verdächtigungen. Keiner wollte dem Anderen die erste Eröffnung machen. Erst am 31. Januar, wahrscheinlich in Folge der eben eingetroffenen französischen Note, bequemte sich Lehrbach, das Schweigen zu brechen, verlangte aber nun, wie es scheint, weit mehr, als er nach seinen eigenen und den Instructionen der preußischen Gesandten verlangen konnte: nicht allein den Antrag auf Räumung des rechten Rheinufers, sondern weiter die Erklärung, daß nach dem übereinstimmenden Willen von Oesterreich und Preußen Entschädigung durch Säcularisationen gar nicht stattfinden, und daß Frankreich der Entschädigungs-Angelegenheit als einer rein deutschen fern bleiben sollte. Für die Räumung des rechten Rheinufers wollten die Preußen sich aussprechen, aber auch nicht, wie Lehrbach verlangte, den Franzosen gegenüber, sondern nur in Form eines Rathes an die Deputation; die beiden anderen Erklärungen wiesen sie zurück. Bis nun darüber hin und her berichtet, die gegenseitigen Beschuldigungen erörtert waren, ging die Zeit vorbei, in welcher auch die Erklärung des ersten Punctes noch Werth haben, in welcher überhaupt etwas durch Erklärungen bewirkt werden konnte[1]).

Thugut's Erwiderung auf die französische Sommation bestand in einem Befehl an den Erzherzog, gegen die Mitte Februars über den Lech in Franken und Schwaben einzurücken[2]).

---

1) Thugut an Lehrbach, 5. Februar; Lehrbach an Thugut, 1. Februar, 23. Februar; das preußische Ministerium an Keller, 15. Februar; Keller an das Ministerium, 27. Februar.

2) Thugut an Cobenzl, 13. Februar, bei Vivenot, a. a. O. S. 299.

Die Franzosen würdigte er gar keiner Antwort. Lehrbach erhielt Anweisung, er könne als Privatmeinung äußern, schon der Ton der französischen Note müsse den Kaiser abhalten, etwas darauf zu erwidern. Der kaiserliche Hof sei nicht in dem Falle, wie unmächtige Reichsstände sich peremptorische Fristen und Maßregeln für seine Geschäfts-Behandlung von was immer für einer Macht vorschreiben zu lassen[1]). Umsonst erwartete man in Paris wie in Rastatt die österreichische Antwort. Es macht einen sonderbaren Eindruck, wenn kleine deutsche Reichsstände auf dem Congreß, wenn sogar Sandoz und Azara in Paris immer neue Gründe suchen für das, was sie als Thugut's Unschlüssigkeit bezeichnen[2]). Als um Mitternacht vom 14. auf den 15. Februar noch keine Antwort eingetroffen war, ging ein Adjudant Jourdan's, der seit mehreren Tagen in Rastatt wartete, um zwei Uhr Morgens mit dieser Nachricht nach Straßburg ab[3]). Lehrbach berechnet: da das Directorium durch den Telegraphen noch am selbigen Tage die Nachricht erhalten und Befehle ertheilen könne, so würde der Einmarsch der Franzosen vielleicht schon am 16. bevorstehen[4]). Mangel der nöthigen Vorbereitungen und der strenge Winter verzögerten aber das Vorgehen der französischen wie der österreichischen Truppen. Erst am 28. Februar setzte Jourdan bei Basel über den Fluß.

In einer Proclamation vom 20. Februar hatte das Directorium sich darüber beklagt, daß im Widerspruch mit einer zu Rastatt am 1. Dezember 1797 abgeschlossenen Uebereinkunft der Inn von den kaiserlichen Truppen überschritten, und daß diese Bewegung mit den in den kaiserlichen Staaten aufgenommenen Russen verabredet sei. Die französische Regierung habe

---

1) Thugut an Lehrbach, 9. Februar.

2) Sandoz, 25. Februar.

3) Die Einzelheiten bei Helfert, Rastadter Gesandtenmord, Wien 1874, S. 69. Nouvelles politiques, 5. März.

4) Lehrbach, 15. Februar; Nouvelles politiques, 5. März.

auf eine Anfrage keine Antwort erhalten, müsse deßhalb ihre Truppen gleichfalls vorgehen und die geeigneten Stellungen einnehmen lassen. Aber ihre Friedensliebe sei unveränderlich. Sobald die kaiserlichen Staaten von den Russen geräumt, und die kaiserlichen Truppen hinter den Inn zurückgegangen seien, würden auch die französischen Heere in ihre alten Stellungen zurückkehren. Dieselbe Versicherung wiederholte Jourdan, als er den Rhein überschritt, nicht weniger die französische Gesandtschaft, als sie am 1. März der Deputation die beiden Actenstücke zustellte[1]). Wie die Verhältnisse lagen, konnte auch kein anderes Verfahren den Franzosen vortheilhafter sein. Die militärischen Anordnungen ließ man nicht dadurch behindern; man kam den preußischen Wünschen entgegen und durfte hoffen, die süddeutschen Staaten, wenn nicht zum Bunde mit Frankreich, doch mehr und mehr in einen Gegensatz zum Kaiser zu bringen. Deßhalb blieben auch neben den rastatter Bevollmächtigten die Gesandten in Süddeutschland, Bacher in Regensburg, Alquier in München, Trouvé in Stuttgart auf ihren Posten.

Unterdessen war ein Ereigniß eingetreten, das, den französischen Absichten förderlich, die Stellung der kaiserlichen Gesandten wesentlich erschwerte. Karl Theodor, der Kurfürst von der Pfalz, war am 16. Februar einem Schlagfluß erlegen. Jede Hoffnung, durch gütliche Uebereinkunft in den Besitz bairischer Landestheile zu gelangen, war damit für Oesterreich verschwunden. Max Joseph von Zweibrücken, von jeher der eifrigste Widersacher des bairischen Tausches, trat unverzüglich, freudig empfangen, die Nachfolge an; Montgelas, der Freund oder, wie man in Wien sagte, der Spion, das erkaufte Werkzeug der Franzosen, wurde sein Alles vermögender Minister. Unvermeidlich schärfte sich dadurch auch der Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen. Thugut gab zwar, sobald die Nachricht eintraf, dem preußischen Gesandten die Versicherung,

1) Protokoll III, 151; VI, 72.

Oesterreich würde den neuen Kurfürsten nicht beunruhigen[1]); aber in Berlin betrachtete man diese Uneigennützigkeit nur als durch die Umstände erzwungen und gab den Verdacht nicht auf, daß in den Wechselfällen des Krieges einmal die Gewalt sich aneignen könnte, was durch gütliche Uebereinkunft nicht zu erreichen war[2]). In Rastatt konnte Görtz sein Vergnügen kaum verbergen; er bedauerte nur, daß er nicht in München sei, wo er seinem Herrn jetzt die ersprießlichsten Dienste leisten könne[3]). Sein Einfluß gewann in der That ganz wesentlich, indem Morawitzky nach München in das Ministerium berufen wurde, und Graf Rechberg, bis dahin Gesandter für Zweibrücken, nunmehr die bairische Stimme in der Deputation erhielt[4]). Kaum weniger unangenehm als diese Ernennung war für Lehrbach die Abberufung seines treuesten Bundesgenossen, des Grafen Loeben, der in Dresden einen Ministerposten übernahm. An seine Stelle trat am 28. Februar Graf Hohenthal, bis dahin sächsischer Gesandter beim Reichstag[5]), an ehrenhaften Gesinnungen seinem Vorgänger gleich, aber nicht an Geschäfts-Kenntniß und persönlichem Ansehen, die gerade in den bevorstehenden stürmischen Tagen weniger als jemals entbehrlich schienen.

Denn die französische Note vom 1. März, welche thatsächlich die Kriegserklärung gegen Oesterreich in sich schloß, reizte auch die Mehrheit der Deputation, mit ihren Friedenswünschen offen hervorzutreten. Albini wollte die Note nicht wieder, wie ihre Vorgängerin, ohne weiteren Rath und Zusatz dem Reichstag übersenden, sondern sogleich die Hoffnung aussprechen: man werde die Deputation in den Stand setzen, der französischen Gesandtschaft eine Antwort auf die Note vom 2. Januar zu übermachen, um die schon so lange stockenden

1) Keller, 21. Februar.

2) Das Ministerium an Keller, 4. März.

3) Lehrbach, 17. Februar.

4) Lehrbach, 19. und 21. Februar (französisch).

5) Lehrbach, 15. Februar (französisch), 3. März; Metternich, 28. Februar.

Friedens-Unterhandlungen wieder in Gang zu bringen [1]). Es war die kaum verhüllte Aufforderung, der Reichstag möge sich gegen den Marsch der Russen erklären. Dies wollte man auch in der Antwort an die Franzosen andeuten und beifügen, daß die Deputation trotz des Vorgehens der französischen Heere von dem lebhaften Verlangen nach einem baldigen, dauerhaften Frieden beseelt sei. Baden, Hessen-Darmstadt und die beiden Städte — Graf Rechberg hatte sich noch nicht legitimirt — schlossen sich in der Sitzung vom 2. März Albini an, Lehrbach erhob den Einwand, daß ein solcher Beschluß die Competenz der Deputation überschreiten und ihren eigenen früheren Beschlüssen widersprechen würde. „Directorialis," berichtet das Mainzer Diarium, „mußte allen möglichen Nachdruck anwenden, um die Majorität gegen die lauten Aeußerungen des Grafen Lehrbach und des mit ihm verbundenen Bremensis aufrecht zu halten [2])." Als Albini auf die Nothwendigkeit hinwies, den Franzosen höflich zu sein, erwiderte Lehrbach: die Majorität möge doch lieber dem General Jourdan gleich eine Deputation entgegen schicken, um ihn beim Rhein-Uebergange zu bewillkommnen [3]). Das Conclusum wurde gleichwohl nach Albini's Wunsch mit fünf gegen vier Stimmen angenommen, aber Metternich weigerte jetzt ganz bestimmt seinen Beitritt. Das Schreiben an den Reichstag konnte er nicht verhindern; dagegen an die Franzosen wollte er nur die einfache Mittheilung dieser Thatsache gestatten, weil Aeußerungen über den Marsch der Russen und der französischen Armeen gar nicht zur Competenz der Deputation gehörten [4]). Von einer Auflösung des Congresses sprach er jedoch noch immer nicht; selbst Lehrbach sah den Rheinübergang Jourdan's nicht als eine Kriegserklärung an. Noch am 5. und 6. März tauschte er mit Debry freundschaftliche Be-

1) Protokoll III, 155.
2) Mainzer Diarium, 2. März.
3) Lehrbach, 3. März.
4) Lehrbach, 6. März; Protokoll, VI, 79.

suche und friedliche Hoffnungen aus[1]); seine Instructionen schrieben ihm vor, bis zur ersten wirklichen Feindseligkeit in Rastatt zu verweilen[2]). Am 9. März erhielt er von dem Präsidenten Summerau aus Freiburg die Nachricht, daß französische Truppen die österreichische Ortenau besetzt und Contributionen ausgeschrieben hätten. Aber auch jetzt noch vermied er den Anschein, als wolle er dem Congreß ein Ende machen. Er stattete keine Abschieds-Besuche ab und beschränkte sich Debry gegenüber auf die Mittheilung, daß er sich auf einige Zeit nach Augsburg begeben müsse. Selbst Albini erhielt nur — Tags vor der Abreise, am 10. März — in einer Verbalnote die Erklärung: bei dem Einrücken französischer Truppen in die Ortenau und den Breisgau, bei der Unsicherheit des Congreßortes, so wie der Correspondenzen könne der österreichische Bevollmächtigte sich in Rastatt vor der Hand nicht länger aufhalten[3]). Aber schon diese Erklärung schien Albini bedenklich; er ließ sich von Bonnier bestimmen, sie gar nicht, wie Lehrbach gewünscht hatte, in das Protokoll der nächsten Sitzung aufzunehmen, sondern den österreichischen Deputirten ohne weiteren Zusatz als abwesend aufzuführen. Metternich sagte er zur Entschuldigung, er habe kein Aufsehen erregen wollen[4]).

Den Vorwand, daß die Sicherheit des Congresses und der Correspondenz gestört sei, hatten die Franzosen selbst geboten. Eine Stafette Metternich's war in der Nähe von Bruchsal bei dem Dorfe Krombach von einer französischen Streifwache angehalten, der Briefsack geöffnet, das Schreiben der Plenipotenz herausgenommen, dann aber, weil die Adresse an einen eben in Bruchsal weilenden Congreß-Gesandten lautete, wieder zurückgegeben[5]). Um dieselbe Zeit wurden dreizehn mainzische und einige darmstädtische Husaren, die den Brief-

1) Lehrbach, 8. März (französisch).
2) Thugut an Lehrbach, 20. Februar; Lehrbach, 4. März.
3) Lehrbach, 9. und 10. März; Roberjot, 9. und 10. März.
4) Mainzer Diarium, 8. März, 11. März; Metternich, 12. März.
5) Helfert, der Rastadter Gesandtenmord, S. 76.

wechsel zwischen Aschaffenburg, Darmstadt und Rastatt vermittelten, auf Befehl Bernadotte's aufgehoben. Dieser General hatte gleichzeitig mit Jourdan ganz ungehindert bei Mannheim den Rhein überschritten und, ohne Rücksicht auf die Friedensversicherungen der Franzosen, die Stadt zu einer Capitulation genöthigt. Er machte sich bald, weniger durch seine Waffenthaten als durch seine Reden und sein Benehmen, den deutschen Gesandten in Rastatt, ja sogar den Franzosen unbequem[1]). Einige Monate früher, bei einem Besuche in Gießen, war er von der Universität zum Doctor der Philosophie ernannt; jetzt documentirte er seine gelehrte Bildung durch eine Proclamation, welche die freien Deutschen aufrief, sich gegen den gemeinsamen Feind, das Haus Habsburg, zu erheben. Die Verbrechen dieses Hauses wurden bis auf seinen Gründer, Rudolph von Habsburg zurückgeführt, der als ein abgefallener Sclave gegen Ottokar, seinen rechtmäßigen Herrn, sich empört habe[2]). In ähnlichem Stile forderte eine Proclamation am 3. März den Commandanten der Reichsfestung Philippsburg, den Prinzen von Salm, zur Uebergabe auf, auch dies in offenem Widerspruch mit dem Vorgeben, daß Frankreich nach wie vor sich in Frieden und Freundschaft mit dem Reiche befände. Gleichwohl wiederholten die französischen Gesandten diese Versicherung, als sie am 9. März der Deputation eine Proclamation mittheilten, die der General Massena drei Tage früher bei dem Einrücken in Graubündten erlassen hatte[3]). Als die kaiserlichen Gesandten fortfuhren, die Existenz der Convention vom 1. Dezember 1797, auf welche sich das Directorium und Jourdan berufen hatten, als zweifelhaft hinzustellen, nahmen die Franzosen jetzt keinen

1) Die französischen Gesandten schreiben am 11. März: Die Observations-Armee thut durch ihr Benehmen der Republik großen Schaden, entfremdet die Deutschen, die schon halb gewonnen waren.

2) Allgemeine Zeitung vom 26. Dezember 1798; die Proclamation vom 20. März bei Eggers, Briefe über den Rastadter Kongreß, Braunschweig 1809, I, 326.

3) Protokoll, VI, 80.

Anstand mehr, den Wortlaut trotz des versprochenen Geheimnisses ins Oeffentliche zu bringen. Lehrbach hatte noch gerade vor seiner Abreise die Annehmlichkeit, seinem Minister mittheilen zu müssen, daß die von ihm so lange verleugnete, so sorgfältig verborgene Convention sich in Aller Händen befinde. „Ich habe sogar gegründeten Verdacht," setzt er hinzu, „daß man auch die geheimen Artikel von Campo Formio mittheilt; wenigstens hat mir jemand, der mit den Franzosen in Verbindung steht, schon davon gesprochen, und man muß sich darauf gefaßt machen, daß alle diese Stipulationen alsobald in die Oeffentlichkeit gelangen[1])." Er hat auch jetzt wieder seine Gegner ganz richtig beurtheilt. Vier Tage später, am 12. März, schreibt Roberjot: „Es wäre sehr nützlich, Bürger Minister, daß der Vertrag von Campo Formio bekannt würde. Seine Veröffentlichung würde allgemeine Erbitterung gegen Oesterreich hervorrufen und das Verlangen des Königs von Preußen abkühlen, sich mit diesem Hause zu verbinden. Autorisiren Sie uns, und, ohne daß man weiß auf welchem Wege, wird Deutschland ihn kennen[2])." In den folgenden Wochen erschienen dann theils einzelne Artikel, theils vollständige Abschriften des geheimen Vertrags, Echtes mit Falschem vermischend, einen oder anderen Artikel auslassend, andere zusetzend[3]).

---

1) Lehrbach, 8. März (französisch).

2) Roberjot, 11. März: Il est très important de retenir le roi de Prusse [de la coalition] et de l'amuser... Il vaudrait bien, Citoyen Ministre, que le traité secret de Campo Formio fut répandu; il produirait par sa publicité un soulèvement général contre l'Autriche et refroidirait le roi de Prusse pour se joindre à cette maison. Autorisez nous, et sans que cela paraisse, l'Allemagne le connaîtra. N'en doutez pas, j'ai déjà aperçu plusieurs fois que la Prusse ne l'ignorait pas. On le connaît même en Allemagne. Plusieurs individus m'ont assuré en connaître la teneur.

3) Sandoz schickt am 20. März nach Berlin zwei Artikel, die er für echt hält. Der König läßt am 12. April antworten, was Sandoz mittheile, sei eine Fälschung, aber „j'ai reçu connaissance de ces articles par un

Selbst über die Verhandlungen in Selz, über welche man den preußischen Gesandten gleich nach dem Schlusse abenteuerliche Erfindungen vorgespiegelt hatte, wurde jetzt eine vollständige Relation verbreitet, voll von Unwahrheiten, aber bis vor wenigen Jahren unwiderlegt[1]). Der Schaden für Oesterreich läßt sich ermessen. Die geheimen Artikel und die Convention vom 1. Dezember waren freilich in den wesentlichsten Theilen schon durch die Ausführung bekannt, und es hätte nur günstig wirken können, wären sie rechtzeitig mit Darlegung der zwingenden Gründe, die zum Abschluß drängten, veröffentlicht worden. Aber gerade die lange Verheimlichung hatte das eigene Schuldbewußtsein verrathen; jetzt in dem ungünstigsten Augenblick traten sie ans Licht, immer noch nicht so öffentlich, daß man das Falsche officiell hätte widerlegen können, aber deutlich genug, um jedem, der ihn suchte, einen Vorwand zu geben, sich gegen den Kaiser und das Haus Oesterreich zu ereifern.

Man kann denken, daß die Stellung des kaiserlichen Plenipotentiars dadurch nicht angenehmer wurde. Aber freilich, um die Mehrheit der Deputation und der Particular-Gesandten in der Opposition gegen Oesterreich zu erhalten, hätte es dieses Mittels gar nicht bedurft. Ein Abgrund öffnet sich, wenn man auf das politische Treiben jener Tage einen Blick wirft. Deutsche Reichsstände schienen die Rolle polnischer Parteihäupter übernehmen zu wollen, unbelehrt durch die Geschichte, die leider so selten von denen, die der Lehre am meisten bedürften, als Lehrerin angenommen wird. Der neue Kurfürst von der Pfalz

---

canal non suspect". Die Franzosen fanden gleichwohl ihre Rechnung nicht; denn der König zeigt sich zwar erstaunt über die Art, wie Oesterreich mit den wichtigsten Rechten des Reiches Handel getrieben habe, aber nicht weniger „de l'oubli total au plutôt de la violation manifeste" der aus dem Vertrag vom 5. August 1796 entspringenden Verpflichtungen. — Albini schickt die Artikel am 12. April nach Aschaffenburg. Vgl. auch Sandoz, 28. April.

1) Abgedruckt von Häberlin in seinem Staats-Archiv, 1799, IV, 102. Bei allen Unrichtigkeiten erkennt man doch, daß es sich nicht um eine bloße Erfindung handelt.

hatte gleich bei der Thronbesteigung durch seinen Gesandten, Herrn von Cetto, in Paris versichern lassen, seine Ergebenheit für die französische Republik sei unveränderlich; nichts könne sie abschwächen, wenn er auch durch die Zeitumstände gezwungen würde, sich vorsichtig zu benehmen; er werde sich gern für die Neutralität des Reiches bemühen, rechne dagegen auf die Unterstützung des Directoriums für seine Entschädigung in Deutschland[1]). Hessen-Darmstadt, uneingedenk der alten Verbindung mit dem kaiserlichen Hause[2]), war dem Baiern sogar noch zuvorgekommen. Unmittelbar nach der drohenden Note vom 2. Februar erhielt der Particular-Gesandte in Rastatt, Freiherr von Pappenheim, den Auftrag, in Paris den Schutz des Directoriums nachzusuchen, mit der Erklärung: sein Herr würde den Drohungen des Hauses Oesterreich Trotz bieten, seinen Versprechungen treu bleiben und nöthigenfalls seine schwachen Mittel mit den gewaltigen Kräften der französischen Republik gegen alle die vereinigen, welche das Reich in die wieder ausbrechenden Feindseligkeiten verwickeln wollten. „Ich habe," setzt Roberjot dieser Mittheilung hinzu, „einem solchen Entschluß nur Beifall spenden können. Es gehört in der That Muth dazu, sich vor dem Bruche auszusprechen; ein solches Benehmen läßt auf die ehrlichen Gesinnungen dieses Fürsten schließen... Ich muß ihm und seinen Bevollmächtigten, sowohl dem in der Deputation als dem Particular-Gesandten, das Zeugniß geben, daß sie die französische Gesandtschaft bei jeder Gelegenheit gefördert haben[3])." Auch Albini unterließ nicht, in der Recla-

---

1) Sandoz, 2. März: Der Kurfürst läßt versichern, „qu'il ne varierait point dans son attachement qu'il avait voué à la République française, et que, s'il était forcé par les circonstances du temps de composer sa conduite, rien ne serait capable de l'affaiblir.

2) In Metternich's Instruction für den Congreß vom 13. November 1797, §. 30 wird unter den treuen Reichsständen einzig der Landgraf von Hessen namentlich hervorgehoben, als derjenige, welchem der kaiserliche Schutz ganz vorzüglich zu Theil werden müsse.

3) Roberjot, 4. Februar: Pappenheim soll im Namen des Landgrafen

mation der von Bernadotte aufgehobenen Husaren die Reinheit seiner Gesinnungen für die Republik geltend zu machen. Die Gesandten, die ihn jetzt weniger als jemals entbehren konnten, gaben ihm die schönsten Versicherungen, schrieben auch sogleich wegen dieser Angelegenheit an Bernadotte und Talleyrand. In ihren Briefen, die sie dem mainzischen Minister vorlegten, war Albini mit Lobsprüchen überhäuft. Er habe, hieß es, als Director der Deputation nach Anweisung des Kurfürsten die besten Dienste geleistet, sei auch noch in der Lage, solche leisten zu können. Auch der mainzische Gesandte in Regensburg handle ganz im Sinne der französischen Regierung[1]).

---

erklären: qu'il voulait braver les menaces de la maison d'Autriche, rester fidèle à ses promesses, et unir, s'il le fallait, ses faibles moyens aux grandes forces de la République française contre tous ceux, qui voulaient entrainer l'Empire dans la reprise des hostilités qui sont sur le point d'avoir lieu. Je n'ai pu, Citoyen Ministre, qu'applaudir à cette détermination; il y a du courage sans doute, de se prononcer avant la rupture, et cette conduite fait juger de la sincérité des sentiments de ce prince. Je dois au prince et à ses députés, tant du congrès que particuliers, le témoignage, qu'ils ont secondé en toute occasion la légation française pendant le cours de la négociation.

1) Albini an die französischen Gesandten, 8. März: Son Altesse se flatte d'avoir suffisamment manifesté la pureté de ses intentions vis-à-vis de la République Francaise. Die Schreiben der Gesandten an Bernadotte vom 9. März und an Talleyrand vom 9. März sind dem mainzer Diarium vom 12. März beigelegt. Die von Metternich seinem Bericht vom 12. März beigegebene, darnach von Helfert a. a. O. S. 311 mitgetheilte Fassung ist unächt, auch müßte am letzteren Orte nicht ami de la députation, sondern du Gouvernement français gelesen werden. Die echte Fassung nach dem Original im Ministerium des Auswärtigen lautet: Nous devons vous rappeller à cette occasion tous les services que nous a rendus ce ministre Electoral par l'ordre de l'Electeur dans la marche des négociations, et qu'il est encore dans le cas de nous rendre. La conduite du ministre de l'Electeur comme directeur de la Diète de Ratisbonne est également dans le sens du gouvernement français;

Gleich in den nächsten Tagen zeigte sich Albini dieses Lobes würdig. Die Deputation berieth am 11. März über die Weigerung Metternich's, das Conclusum vom 2. März den französischen Gesandten mitzutheilen. In scharfen Worten führte Albini aus, daß die Deputation weder durch ihre friedlichen Anträge bei dem Reichstag, noch durch die Mittheilung an die Franzosen ihre Competenz überschritten habe, und die Versammlung beschloß — da Lehrbach abgereist und der bairische Gesandte der Mehrheit beigetreten war — mit sechs gegen drei Stimmen, eine erneute Aufforderung an den Plenipotentiar zu richten[1]). Aber Metternich, der jetzt eine bestimmtere Stellung einnahm, antwortete am 14. März kurz, ohne Angabe von Gründen, er bestehe auf dem Inhalt seines Decrets vom 4. März[2]). Darüber große Entrüstung der Deputation. Am 15. März ließ Albini viel spitze Reden fallen über die Art des Plenipotentiars, „auf einen Deputations-Beschluß, sogar ohne Anführung des mindesten Grundes, abschläglich zu decretiren," und die Deputation ertheilte ihm den Auftrag, dem Plenipotentiar nochmals mündliche Vorstellungen zu machen[3]). In Folge dessen begab sich Albini am 21. März zu Metternich, mit der Drohung, er würde bei längerem Weigern des Plenipotentiars in der nächsten Sitzung darauf antragen, daß ihm als Directorialen der Auftrag geschehe, das Conclusum vom 2. März den Franzosen selber mitzutheilen. „Metternich," schreibt Albini, „gab die besten Versicherungen, behielt sich aber schließlich doch seine Antwort vor[4])." Wenn es mit den Versicherungen seine Richtigkeit hat, so wurde der mainzische Kanzler nicht wenig enttäuscht, als ihm am nächsten Tage eine schrift-

---

il en fait preuve au collège Electoral et dans celui des Princes dans la discussion sur notre note.

1) Protokoll, III, 166.

2) Protokoll, VI, 85.

3) Protokoll, III, 176.

4) Mainzer Diarium, 21. März.

liche Antwort zuging. Mit einer Schärfe und einem Scharfsinn, die man von Seiten der Plenipotenz nicht gewohnt war, stellte Schraut das Vorgehen der Deputation und die Gründe, die den Plenipotentiar bestimmten, gegenüber. „Diese Gründe," schloß er, „liegen so vollkommen am Tage, daß es unnöthig sein würde, sie durch weitere Bemerkungen in größeres Licht zu setzen. Sie sind zugleich von einer solchen Beschaffenheit, daß die kaiserliche Commission es der Mehrheit der vortrefflichen Reichs-Friedens-Deputation und ihrer Selbsteinsicht billig zutrauen mußte, sie würde dieselbe mit eigenem Blicke auffassen. Es geschah also aus Rücksicht für die Mehrheit, und im Vertrauen auf ihre stille Ueberzeugung, wenn die kaiserliche Commission die Unannehmlichkeit umging, diese Gründe in dem Commissions-Decrete vom 14. dieses offen zu legen[1])". Man kann denken, daß Albini sich nicht dabei beruhigte. Am nächsten Tage, dem 23. März, verlas er in der Sitzung eine lange, mehr spitzfindige, als treffende Deduction, von welcher er selbst behauptet, sie sei „sogar von Sachsen und Bremen als richtig anerkannt und beiden Parteien ein Vergnügen" gewesen, während sie Metternich als „ein trauriges Beispiel des Hartsinns und der Herausforderung" bezeichnet[2]). So unbedeutend und zwecklos dies Wortgefecht an sich erscheint, es enthielt doch für die kaiserliche Sache eine große Gefahr. Es war die bestimmte Einleitung zu dem von Albini gewünschten, offenen Bruch zwischen der Plenipotenz und der Mehrheit der Deputation, die dann auf eigene Hand mit den Franzosen die Unterhandlungen fortzuführen dachte. An Gesetz und Herkommen würde man sich schwerlich gekehrt haben. Talleyrand bemerkt schon im Sommer einmal, die Reichsverfassung sei wie das Evangelium; jeder finde darin, was er suche, und die deutschen Publizisten würden nöthigenfalls schon beweisen, daß man die Zustimmung

---

1) Protokoll, VI, 89.

2) Protokoll, III, 181; Mainzer Diarium, 23. März; Metternich, 25. März.

des Kaisers auch entbehren könne[1]). Dies würde auch unzweifelhaft geschehen sein, wäre die Entscheidung der Waffen, wie man damals voraussetzte, den Franzosen günstig, oder nur zweifelhaft geblieben. Aber das Gegentheil trat ein, und ehe die Deputation zu einem neuen Beschluß gelangte, hatte die Lage sich völlig verändert.

Ich muß mir vorbehalten, den Krieg, der eben begonnen hatte, im nächsten Bande ausführlicher darzustellen. Nur einige Hauptdaten sind zum Verständniß des Folgenden hier einzuschalten. Jourdan war, ohne Widerstand zu finden, durch Schwaben gegen den Bodensee vorgedrungen; Massena hatte in Graubündten den Oesterreichern schwere Verluste beigebracht. Durch Frost und schlechte Wege aufgehalten konnte der Erzherzog erst am 4. März den Lech überschreiten, und bewegte sich, nicht ohne Besorgniß für die Stellungen in Tyrol, langsam den Franzosen entgegen. Aber am 23. wurde ein Angriff Massena's gegen Feldkirch mit großem Verluste zurückgeschlagen, schon zwei Tage vorher — am 21. — hatte der Erzherzog die Vorhut seines Gegners bei Ostrach zurückgedrängt und am 26. erfocht er bei Stockach einen entscheidenden Sieg. Die Uebermacht der Oesterreicher war so augenscheinlich, daß Jourdan seine Armee ohne ferneren Widerstand den Rückzug antreten ließ und, um selbst nach Paris zu eilen, dem General Ernouf den Oberbefehl übergab. Dieser führte dann am 3. April das Heer über den Rhein zurück, nur in Kleinbasel, Kehl und Altbreisach blieben kleine Besatzungen.

Die Wirkung dieser Ereignisse zeigte sich alsobald in Rastatt. Schon am 18. März bei der Nachricht von dem Vormarsch

---

1) Talleyrand, 30. August: La constitution germanique est comme l'Evangile; on y trouve ce qu'on y cherche, et je ne doute point que la grande partie des publicistes allemands ne soient en état de démontrer, que les intérêts de l'Empire ne pouvant être essentiellement compromis par ceux de l'Empereur, il y a moyen de vaincre ses refus ou de se passer de son consentement.

des Erzherzogs, hatte der in Straßburg befehligende General Chateauneuf-Randon vier Gendarmen, und fünf Tage später eine Anzahl berittener National-Gardisten unter Anführung eines Offiziers in Begleitung eines Trompeters nach Rastatt geschickt. Aus seinem Briefwechsel mit den Gesandten ergibt sich, daß Besorgniß, die Stadt könne rasch in die Gewalt der Oesterreicher gerathen, die Maßregel veranlaßt hatte, aber äußerlich trugen diese Leute, wie Alles, was den Franzosen anhing, die volle Zuversicht des Siegers zur Schau. Ohne die Neutralität des Congreß-Ortes zu beachten, stellten sie sich in Parade vor dem Schlosse auf, belästigten die Bürger auf den Straßen und konnten nur durch dringende Beschwerden Edelsheim's zum Abzug bewogen werden[1]). Plötzlich hörte man von den Erfolgen des Erzherzogs, und Alles war verändert. „Bonnier," schreibt Metternich am 29. März, „kann seine Furcht nicht verbergen, obwohl er vorgestern bei einem der Mehrheit der Deputation gegebenen Mittagessen den Schein der Heiterkeit anzunehmen suchte. Von der Mehrheit freuen sich einige im Stillen, andere, so Albini, zeigen eine Haltung, als seien sie selbst geschlagen. Desto herzlicher ist die Theilnahme aller Gutgesinnten." Mit besonderer Genugthuung konnte der Plenipotentiar einige Tage später auch über den Ausgang seines Streites mit Albini berichten. Die Mitglieder der Deputation, nicht ohne Besorgniß vor dem siegreich vorrückenden Erzherzog, hatten Hohenthal ersucht, das gute Verhältniß zu Metternich wieder herzustellen und Albini, der sie zu den mit der Verfassung nicht übereinstimmenden Beschlüssen verleitet habe, zu einer Aenderung seines Benehmens zu bewegen. Hohenthal hielt ihnen, wie Metternich berichtet, in eindringlichen Worten ihr Unrecht vor und hörte bald auch

---

1) Helfert a. a. O., S. 81. Metternich, 27. März; die französischen Gesandten an Talleyrand, 18. März. Der Brief des Generals, der zur Vorsicht mahnt, wurde auch an Trouvé nach Stuttgart geschickt. Mémoires de La Revellière-Lepeaux, III, 348 fg.

von Albini, daß er den Gegenstand, der so viel Streit erregt, niemals wieder zur Berathung bringen würde. Sogar die Franzosen hatten erklärt, sie drängen gar nicht mehr auf eine weitere Antwort der Deputation, sondern wollten ruhig den von Kaiser und Reich über die Sache zu fassenden Beschluß erwarten. „Ich weiß nunmehr auf die zuverlässigste Art," setzt Metternich hinzu, „daß der Freiherr von Albini um jeden Preis seine berüchtigte Abstimmung zurücknehmen und verschlucken würde, wenn dadurch das Geschehene ungeschehen gemacht werden könnte. Hierdurch wäre also dieser Zwist beschlossen, und ich würde es mir nie verzeihen, wenn ich dem Getöse der Mehrheit, oder dem unbeugsamen Starrsinn des Deputations-Directorii etwas nachgegeben hätte[1])."

Noch bedeutender als in Rastatt wirkten die Siege des Erzherzogs in Wien. Oesterreich wollte und konnte jetzt eine entschiedene Sprache führen, und am 1. April fertigte der Reichs-Vicecanzler das Schreiben aus, welches den kaiserlichen Plenipotentiar vom Congreßort abrief. Den Gewaltthätigkeiten der Franzosen stellt er „die friedfertige Beharrlichkeit und Sehnsucht der Deputation gegenüber, die jede neue Eigenmächtigkeit gegen das Reich durch ein neues Friedensopfer ausgesöhnt habe. Gleichwohl habe die Alles verwirrende Politik des Directoriums die Verhandlungen unterbrochen, die Wiederaufnahme von einer, gar nicht in der Competenz der Deputation liegenden Bedingung abhängig gemacht und endlich unter Versicherungen der Friedensliebe Deutschland mit Krieg überzogen. Der Kaiser dürfe die natürliche Gutmüthigkeit des biederen, deutschen Volkes nicht länger mißhandeln, nicht länger der freien Würde und Unabhängigkeit des deutschen Reiches Hohn sprechen lassen. Da der Waffenstillstand nicht mehr beobachtet, die Sicherheit der Correspondenz wie des Congreß-Ortes gefährdet, die Freiheit der Abstimmung durch gewaltsame Bedrohungen beeinträchtigt werde, so könne der kaiserliche Bevoll-

1) Metternich, 31. März.

mächtigte nicht länger an den Verhandlungen Theil nehmen. Metternich soll der Deputation diese Entschließung und zugleich im Namen des Kaisers die Erklärung zugehen lassen, daß allen während des Congresses gemachten, ohnehin nur salva ratificatione Caesaris et imperii verbindlichen Zusicherungen die bisherige Rechtskraft entzogen, mithin der rechtliche Zustand vor Eröffnung des Congresses wieder hergestellt sei.

Am 7. April brachte Metternich diesen Erlaß zur Kenntniß der Deputation. Tages darauf zeigte er auch den Franzosen seine Abberufung an; denn der Waffenstillstand, schrieb er, sei gebrochen, der Krieg thatsächlich erklärt, die Sicherheit der Correspondenzen wie des Congreß-Ortes bedroht. Eine französische Note erklärte alle diese Angaben, insbesondere die letzte, für ganz und gar aus der Luft gegriffen, und Lehrbach hätte schwerlich die Gelegenheit versäumt, seinen Gegnern noch einmal in derben Worten seine Meinung zu sagen. Aber Metternich ließ sich auf keine Erörterung ein; er begnügte sich, den Franzosen ihre Note zurückzuschicken, mit dem Bemerken, daß er seit Aufkündigung seiner bisherigen Eigenschaft keinen Beruf mehr habe, irgend eine öffentliche Erklärung von ihnen zu empfangen oder zu erwiedern[1]). Am Morgen des 13. reiste er von Rastatt ab.

Was sollte die Deputation weiter beginnen? Mit Metternich's Entfernung verlor sie die Befugniß, den Franzosen Eröffnungen zu machen, weil dies nur durch Vermittlung des kaiserlichen Plenipotentiars geschehen konnte. Schon als Lehrbach abreiste, äußerten die Delegirten von Sachsen, Bremen und Würzburg, daß sie schwerlich noch lange in Rastatt verweilen würden[2]). Nur Metternich's Anwesenheit hatte zahlreiche Particular-Gesandte noch zurück gehalten. Der trierische Gesandte von Kesselstadt folgte ihm unmittelbar, ebenso der kölnische, dann auch der schwedische; sogar Albini ließ schon am 15. April

1) Protokoll, VI, 99, 100, 102.

2) Lehrbach, 9. März.

einen Theil seiner Canzlei, als nunmehr überflüssig, nach Aschaffenburg zurückgehen[1]). Aber vor Allem fragte es sich, wie der vorrückende Erzherzog über die Fortdauer des Congresses denken würde. Gerade als Metternich sich zur Abreise anschickte, am 10. April, waren die ersten österreichischen Husaren von den Regimentern Kaiser, Sachsen und Szekler in das Murgthal eingerückt. Ihre Patrouillen gingen bis in die nahen Dörfer; in der Nacht wurden von sämmtlichen Bäckern in Rastatt mehrere tausend Brode für sie angefertigt. „Und diese Annäherung unserer Truppen," schreibt Metternich, „macht den verschiedenen Bevollmächtigten in- und außerhalb der Deputation, die ehemals von Fortsetzung der Verhandlungen in Abwesenheit der kaiserlichen Plenipotenz sprachen, mit jedem Augenblick begreiflicher, daß dieses wohl seine ganz eigenthümlichen Bedenklichkeiten und vielleicht gar militärische Folgen haben möchte. Auch vermuthen Einige, der Erzherzog Karl K. H. dürften nicht sehr geneigt sein, die französischen Bevollmächtigten hier länger ihr Wesen ungestört treiben zu lassen. Und wirklich hört durch Abberufung der kaiserlichen Plenipotenz der Reichsfriedens-Congreß der That sowohl, als dem Rechte nach gänzlich auf[2])."

Kein Feldherr wird leicht gestatten, daß hinter den Linien seiner Armee Unterhändler einer feindlichen Macht ihren Aufenthalt nehmen, mit der Gegenseite ohne Aufsicht Briefe wechseln, Nachricht ertheilen und die sonst mit Mühe und Gefahr verbundenen Dienste eines Kundschafters mit öffentlicher Berechtigung leisten können. Man weiß, und wir brauchen nur an die Schweiz, an Rom und Neapel zu erinnern, wie die französischen Diplomaten ihre Stellung benutzten. Für den bevorstehenden Krieg in Süd-Deutschland wurde Großes von ihnen erwartet. Alquier sollte in München einen neuen Fürstenbund unter bairischer Führung ins Leben rufen[3]), Bacher

1) Mainzer Diarium, 15. und 16. April.

2) Metternich, 11. April.

3) Talleyrand an die Gesandten, 17. März; die Gesandten, 28. und

und die rastatter Gesandtschaft den Reichstag und die Deputation zum Widerstande gegen den Kaiser reizen, Trouvé in Stuttgart den andauernden Streit des Herzogs mit den Ständen zum Vortheil republikanischer Bestrebungen ausbeuten. Allen lag als gemeinschaftliche Aufgabe die militärische Kundschaft ob. Am 11. März schreibt Talleyrand den Congreß-Gesandten: Alquier und Bacher sammelten mit dem größten Eifer Nachrichten über die kaiserlichen Truppen, und gäben davon, wie er höre, auch nach Rastatt Kenntniß. Die Gesandten sollen Alles, was sie aus dieser Quelle erfahren, dem General Jourdan mittheilen, daneben aber eigene Nachforschungen ja nicht unterlassen; denn Jourdan, dem noch Manches fehlt, hat einen Generalstabs-Offizier an Alquier geschickt, diesen aber nicht sonderlich unterrichtet gefunden. Die Gesandten erwiedern am 16., sie hätten Alles, was ihnen aus Regensburg, München und Stuttgart zugekommen sei, getreulich an Jourdan übermittelt und würden darin fortfahren. Einige Tage später schreiben sie von interessanten militärischen Nachrichten, die sie von Trouvé erhalten hätten. Wir kennen diesen Diplomaten aus Mailand, wo er während des vergangenen Jahres cisalpinische Staatsstreiche mit mehr Eifer als Talent in Scene gesetzt hatte. Im Januar 1799 war er nach Stuttgart gekommen, und sein Briefwechsel mit dem Directorium zeigt deutlich genug, wie er seine Aufgabe auffaßte. Wäre das Kriegsglück den Franzosen günstig gewesen, so würde der Herzog ohne Zweifel das Schicksal des Königs von Sardinien getheilt haben. Trouvé schreibt am 19. März, die Revolution würde sicher erfolgen; er unterstütze sie aber nur, indem er die Achtung und Liebe für die französische Republik vermehre. Bei diesen und nicht weniger bei seinen militärischen Bestrebungen fand er Unterstützung bei zwei Collegen, dem dänischen Gesandten von Wächter und dem batavischen Gesandten Strick

---

29. März. Sie vermuthen richtig, die bairische Liga würde schon an dem Widerstande Preußens scheitern.

van Linschoten, einem durchtriebenen Ränkeschmied, von dessen unruhiger Thätigkeit gewaltige Actenbündel des haager Archivs noch heute Zeugniß geben. Bei den österreichischen Offizieren hatte die Ahnung von diesem Treiben schon längst eine heftige Erbitterung hervorgerufen. Sie wurde getheilt und bestärkt durch den kurtrierschen Hofrath Faßbender, der ohne eigentliche Anstellung schon im Jahre 1797 als Vertrauensperson in das Hauptquartier berufen war, die geheimen Geschäfte und das, was sich auf die Civil-Angelegenheiten der Armee bezog, hauptsächlich leitete und auf die Generale, insbesondere auf den Commandirenden der Reichsarmee, General Staader, beinahe unbedingten Einfluß besaß[1]). Von seinem hitzigen Eifer zeugt ein Brief Staader's an Metternich vom 16. Februar mit dem Vorschlage, die französischen Gesandten in Regensburg und München nicht etwa auszuweisen, sondern als Kundschafter und Aufruhrstifter gleich zu verhaften; denn als bloße Emissäre ohne anerkannten diplomatischen Charakter könnten sie nach Völkerrechts-Grundsätzen und raison de guerre auf die einem Gesandten zustehende Unverletzlichkeit keinen Anspruch machen. Nur mit Mühe ließ er sich von Lehrbach und Metternich überzeugen, daß die beiden Franzosen, wenn nicht officiell, doch thatsächlich ihren diplomatischen Charakter dargethan hätten und daher zu entlassen seien[2]). Als der Erzherzog bald darauf den Oberbefehl übernahm, gab er den diplomatischen Grundsätzen vor den militärischen den Vorzug. Aber so bald als möglich wollte er sich der unbequemen Kundschafter entledigen. Kurz nach dem Uebergang über den Lech, am 10. März, erschien in Regensburg ein österreichischer Rittmeister mit dem Auftrag, den französischen Gesandten innerhalb vier und zwanzig

---

1) Staader an Lehrbach, 31. August, Beilage zu Lehrbach's Bericht vom 4. September 1798; Thugut an den Kaiser, 27. April 1800, bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. CXXXII.

2) Metternich an Colloredo, 20. und 28. Februar, an Staader 25. Februar 1799.

Stunden zur Abreise anzuhalten und selbst an die französischen Vorposten zu begleiten. Bacher wich der Gewalt, reichte aber einen Protest ein; auch die französischen Gesandten in Rastatt erhoben Beschwerde, und die Deputation ließ ihre Note nach Regensburg gelangen[1]). Der Reichstag begnügte sich jedoch am 27. März mit der Erklärung, daß er der Sache ganz fremd sei, zum Aerger der Franzosen, die eben einen Streitpunkt zwischen den Anhängern der Neutralität und dem Kaiser zu finden glaubten. Gleichzeitig mit Bacher mußte auch Alquier seinen Posten aufgeben; am 11. März trat er, begleitet von einem österreichischen Offizier, die Reise von München zu den französischen Vorposten an[2]). Zur Vergeltung ließ dann Bernadotte gegen Ende des Monats österreichische und russische Diplomaten aus Frankfurt verjagen[3]). Bei dem siegreichen Vorrücken der Oesterreicher kam die Reihe an Trouvé, der auf dem weitest vorgeschobenen Posten damals ganz besonders ein Gegenstand des Aergernisses war. Die Art, wie gegen ihn verfahren wurde, bietet manche Aehnlichkeit mit dem, was wenig später den rastatter Gesandten wiederfuhr. Es scheint nicht überflüssig, etwas ausführlicher darauf einzugehen[4]).

Am 9. April erläßt der Erzherzog aus Engen die bezüglichen Befehle an den General Kospoth, der in Abwesenheit des Generals Sztaray die Avantgarde befehligte. Trouvé, heißt es, muß Stuttgart verlassen; deßhalb soll Kospoth einen geschickten, bescheidenen, der französischen Sprache kundigen Offizier nach Stuttgart schicken mit Briefen für den Herzog von Würtemberg und den

1) Französische Note vom 14. März; Erlaß der Deputation an den Reichstag vom 15. März, Protokoll VI, 84 fg.

2) Helfert a. a. O. S. 77. Die französischen Gesandten an Talleyrand, 19. März. Bacher war am 19. selbst in Rastatt, Alquier seit dem 17. in Straßburg.

3) Bernadotte's Schreiben an den frankfurter Senat vom 29. März, Allgemeine Zeitung, Tübingen in der Johann Georg Cotta'schen Buchhandlung, 1799, S. 450.

4) Die im Folgenden angeführten Documente finden sich sämmtlich im Archiv des österreichischen Kriegsministeriums.

kaiserlichen Gesandten, Grafen Fugger. Der Offizier erhält eine „Geheime Instruction" und zugleich eine „Offene Ordre," von welcher letzteren nur nach Maßgabe des in der Instruction bestimmten Falles Gebrauch zu machen ist. Die Umstände, heißt es weiter, erfordern Vorsichtsmaßregeln. Es ist gedenkbar, daß der Herzog von Würtemberg das auf die Entfernung Trouvé's gestellte Ansinnen ablehnt, oder daß Trouvé es auf das Aeußerste ankommen läßt. Deßhalb werden Truppen in die Nähe von Stuttgart beordert, um etwa nöthig werdende Unterstützung abzugeben. Der Offizier soll nur bei offener Weigerung militärische Gewalt anwenden, aber ebenso wie Fugger schon bei seinen Einschreitungen darauf hinweisen, daß sich ringsum kaiserliches Militär befinde. Es lautet dann die „Offene Ordre: Hauptmann Rothkirch erhält Ordre dem Bürger Trouvé zu erklären, daß er in vier und zwanzig Stunden Stuttgart zu verlassen habe. Rothkirch soll Trouvé und sein Gefolge zu dessen eigener und persönlicher Sicherheit über Pforzheim bis über die diesseitigen Vorposten begleiten." Laut der „Geheimen Instruction" soll Rothkirch die Briefe an den Herzog und Fugger abgeben. Sollte der Herzog das Ansinnen ablehnen, so hat Rothkirch die offene Ordre vorzuzeigen. Nach Umlauf der darin bemerkten Frist soll er Trouvé über die Vorposten begleiten, demselben aber durchgängig höflich und anständig begegnen, „wie ich," schließt der Erzherzog, „dem Herrn Hauptmann mündlich bemerklich machen ließ." Am 17. April berichtet denn auch der Oberst Wolfskehl an Kospoth, die Ausweisung Trouvé's sei Tages vorher erfolgt. Der Herzog hatte jede Mitwirkung verweigert, Trouvé gegen die Verletzung des Völkerrechtes protestirt, aber dem Hinweis auf die kaiserliche Truppenmacht sich fügen müssen[1]). Wolfskehl bemerkt jedoch,

---

1) Das Entschuldigungsschreiben des würtembergischen Gesandten in Paris, Conrad von Abel, an Talleyrand vom 22. April bei Vreede, La Souabe après la paix de Bâle, S. 106. Beiliegend ein ausführliches Exposé des faits qui ont motivé le départ du Citoyen Trouvé.

die Lage sei um Nichts verbessert, so lange Strick und Wächter nicht entfernt worden seien. Diese beiden Leute beschäftigten das Armee-Commando unausgesetzt; soweit man nach dem Vorliegenden urtheilen kann, nicht viel weniger als die Gesandten in Rastatt. Am 13. erläßt der Erzherzog an Kospoth eine eigene Instruction gegen sie. Man soll ihre Correspondenz überwachen und, wenn man Beweise gegen Wächter findet, ihn ohne Rücksicht auf seinen diplomatischen Charakter verhaften.

Für den Congreß war alles dieses eine wenig günstige Vorbedeutung. Aber die Mehrheit der Deputation und manche von den übrigen Gesandten blieben gleichwohl noch immer geneigt, die Verhandlungen fortzusetzen. Kein Zweifel, daß die Furcht an diesem Wunsche großen Antheil hatte. Die Franzosen waren zur Zeit noch Herren des Landes. Trotz aller friedlichen Versicherungen schrieben sie Contributionen aus, führten säumige Beamte als Geißeln fort, scheuten auch nicht vor der Plünderung einer widerspenstigen Ortschaft. Albini machte dann dringliche Vorstellungen, und Bonnier, sein alter Gönner, versprach Verwendung und Abhülfe wie in früherer Zeit. Doch dauerte es lange, bis auch nur die in Haft genommenen dreizehn Husaren ohne Pferde wieder in Freiheit gesetzt wurden, und sicher mußte es selbst Albini als weit wirksamere Abhülfe erscheinen, als er am 10. April die Nachricht erhielt, daß kaiserliche Husaren mit Unterstützung der odenwälder Bauern das französische Executions-Commando in Heppenheim aufgehoben hätten[1]). Ja ein Vorfall in nächster Nähe setzte die Mitglieder der Deputation auch persönlich in Aufregung. Ein Bedienter des Herrn von Reden wurde bei Achern von einer französischen Patrouille verhaftet, in Massena's Haupt-

1) Das mainzer Diarium ist voll von solchen Klagen, besonders aus den pfälzischen Landestheilen, vgl. 28. März, 4. April, 5. April, 9. April, 10. April, 15. April, 19. April, 25. April. Die französischen Gesandten äußern am 22. April den Verdacht, Albini habe die Bewaffnung der odenwälder Bauern selbst veranlaßt.

quartier nach Basel abgeführt und sollte als Spion erschossen werden. Nur die rasche Verwendung Roberjot's und eine doppelte Reise, welche Solms, Martens und der sächsische Gesandtschafts-Cavalier von Senft in das französische Hauptquartier unternahmen, konnte den, wie es scheint, ganz unschuldigen Menschen vom Tode, aber nicht so bald aus der Gefangenschaft befreien[1]). Immer legte jedoch ein Verhältniß dieser Art den französischen Generalen einige Rücksicht auf, und man begreift, daß es von den so lange geplagten süddeutschen Ständen dem Schreckniß eines offenen Krieges vorgezogen wurde. Die französischen Gesandten erklärten ihrerseits, sie hätten Weisung, so lange in Rastatt zu bleiben, bis sie mit Gewalt vertrieben würden, oder die Deputation den Congreß-Ort verließe. Im ersteren Falle seien sie noch immer bereit, mit der Deputation, oder mit einzelnen Bevollmächtigten die Verhandlungen in Straßburg fortzusetzen[2]). Albini war durchaus damit einverstanden. Für die Berechtigung der Deputation machte man geltend, daß sie, von Kaiser und Reich ernannt und bevollmächtigt, auch nur von Kaiser und Reich, aber nicht einseitig durch den Kaiser aufgelöst werden könne. Es blieb freilich die Schwierigkeit, daß die Deputation nur durch Vermittlung des kaiserlichen Plenipotentiars den Franzosen Eröffnungen zu machen berechtigt war, ferner, daß der Kaiser, wie er den Ort des Congresses bestimmt und die Deputation dahin berufen hatte, sie auch von da wieder abberufen konnte. Dies letztere war aber noch nicht geschehen, Metternich hatte in der letzten Eröffnung an die Deputation nur von seiner eigenen Abberufung, nicht von der Abberufung der Delegirten und der Auflösung des Congresses gesprochen, und es kann nur als ein schwerer politischer Verstoß bezeichnet werden, daß man die rastatter Diplomaten erst durch österreichische Husaren belehren ließ: Rastatt werde von Seiten des Kaisers nicht mehr als Congreßort anerkannt[3]).

1) Mainzer Diarium, 11., 12., 19. April.

2) Mainzer Diarium, 15. April.

3) Mehrere Schriftsteller, auch Helfert a. a. O. S. 82, erwähnen

Die Husaren hatten sich indessen im Murg-Thale festgesetzt, Barbaczy, der Oberst des Szekler-Regiments, wenige Stunden von Rastatt in Gernsbach Quartier genommen. Er erhielt seine Weisungen aus Freudenstatt durch den General Görger, der selbst wieder mit dem Feldmarschall-Lieutenant Baron Kospoth in Rothweil und durch ihn mit dem Hauptquartier des Erzherzogs in Verbindung stand. In dem Hauptquartier herrschte, wie wir bemerkten, heftige Erbitterung gegen die französischen Diplomaten. Wie rasch war man gegen Bacher, gegen Alquier und Trouvé vorgegangen! Es müßte befremden, hätte man die Gesandten in Rastatt nach der Abberufung des kaiserlichen Plenipotentiars ungestört noch länger gewähren lassen. Aus einem Schreiben Barbaczy's an den General Görger vom 18. April ergibt sich, daß er in der That einige Tage früher Befehle, „einen geheimen Auftrag" in Bezug auf die Abreise der französischen Gesandten erhalten hatte, Befehle, welche möglicherweise zu Thätlichkeiten gegen die den Gesandten beistehenden badischen Soldaten führen konnten. Was diese Befehle im Einzelnen vorschrieben, läßt sich aus den bisher allein bekannten Auszügen in den Protokoll-Büchern des österreichischen Kriegs-Ministeriums nicht mit Sicherheit entnehmen. Jedenfalls muß man aber schließen: Was Barbaczy am nächsten Tage vornahm, geschah auf Veranlassung dieser Befehle. Am nächsten Tage, am Morgen des 19. April, rückte eine Patrouille von Szekler Husaren nach der nahen, am Rhein gelegenen Ortschaft Plit-

---

Metternich habe in der karlsruher Zeitung vom 17. April eine Erklärung erlassen, daß die Neutralität des Congreß-Orts von da ab aufhöre. Dies müßte schon nach der letzten Aeußerung des Plenipotentiars an die französischen Gesandten sehr auffällig sein. Nach einer gütigen Mittheilung des Archivdirectors Freiherrn Roth von Schreckenstein enthält die karlsruher Zeitung vom 17. nichts dergleichen, dagegen in der Nummer 42 vom 10. April Metternich's Abschiedsnote an die französischen Gesandten vom 8. April mit dem Zusatze: „Da nun die Neutralität des Congreß-Orts aufhört, so werden auch die französischen Minister sich wahrscheinlich nicht mehr lange hier verweilen." Am 15. April wird dann Metternich's Abreise gemeldet.

tersdorf vor, zerschnitt die Stricke der Rheinfähre, auf welcher die Correspondenz zwischen Selz und Rastatt befördert wurde, nahm einige in der Nähe befindliche Schiffer in Haft und führte einen mit Wein beladenen Wagen, den man für französisches Gut ansah, in das Stabsquartier nach Gernsbach[1]). Zu derselben Zeit blieb auch die nächste Nähe von Rastatt nicht mehr ungestört. Graf Stadion, der mit dem würzburgischen Hofrath von Reichersberg aus Neugierde in der Richtung nach Plittersdorf hinausgeritten war, wurde von Husaren angehalten und um seinen Stand befragt. Als er zu seiner Beglaubigung Briefe vorzeigte, erklärte der Corporal, daß er sie mit nach Gernsbach nehmen müsse. Auch der Freiherr von Jacobi, der dänische Gesandte, Herr von Rosenkranz, und sogar Albini hatten nahe am Thor eine Begegnung mit einigen Szeklern, die aber zu keiner Klage Veranlassung gaben. Eine Sperrung des Verkehrs war noch nicht vorgenommen; noch am Nachmittag begab sich der französische Commandant von Selz selbst nach Plittersdorf, und am Abend kamen sechs wohl bewaffnete Franzosen in einem Wagen nach Rastatt, um den französischen Gesandten Depeschen und ein Fäßchen mit Geld zu überbringen[2]). Natürlich setzten diese Vorfälle den Congreß in heftige Bewegung. Schon am Nachmittag kam Rosenstiel mit bitteren Klagen zu Albini, und am Abend forderte eine französische Note für die beinahe unter den Augen des Congresses begangene Verletzung des Völkerrechts Genugthuung. Albini hatte für den folgenden Tag, den 20., eine Conferenz der noch anwesenden Delegirten angesagt. Nach ihrem Beschluß schickte er Nachmittags seinen Secretär, den Freiherrn von Münch, an Barbaczy ab. Münch traf den Obersten in Baden und erhielt eine durchaus zufriedenstellende Antwort: Die Schiffer und der Wein seien zurückgegeben, ebenso die Briefe Stadion's; Rosen-

---

1) Amtlicher Bericht des Assessors Bordolo vom 20. März im Protokoll, VI, 113.

2) Mainzer Diarium, 19. April.

kranz und Jacobi seien — was diese auch selbst bestätigten — nach Angabe ihres Standes nicht weiter belästigt. Seinerseits habe er keinen Befehl, irgend eine gesandtschaftliche Person, zu welcher Nation sie auch gehöre, in- oder außerhalb Rastatt zu incommodiren oder anzuhalten, oder einen Courier in seinem Wege zu hemmen oder aufzuheben, oder sonstige Correspondenz zu hindern; er werde aber sofort Albini's Schreiben an seinen Vorgesetzten, den General Görger, nach Freudenstadt schicken, um es sodann mit mehr Verläßlichkeit beantworten zu können. Keine gesandtschaftliche Person, die außerhalb der Stadt auf eine Patrouille stoße, werde irgend etwas zu befahren haben; doch sei es der Vorsicht halber immer besser, sich mit guten Pässen oder mit einer kaiserlichen Escorte zu versehen, die er jedoch selbst, ohne höheren Ortes dazu angewiesen zu sein, nicht geben könne[1]).

Weit weniger beruhigend lautete eine Mittheilung, die zwei Tage darauf, offenbar in Folge von Görger's Weisungen[2]), übergeben wurde. Der Oberst schrieb, daß er unter den gegenwärtigen Kriegs-Umständen, wo des Militärs eigene Sicherheit das Patrouilliren in und um Rastatt erheische, keine beruhigende Aufklärung über die ungestörte Sicherheit des diplomatischen Corps ertheilen könne, da Rastatt nach Abberufung des kaiserlichen Plenipotentiars nicht mehr als Congreß-Ort angesehen werde; übrigens werde dem österreichischen Militär außer einem Kriegs-Nothfalle die Pflicht der persönlichen Unverletzbarkeit stets heilig bleiben[3]). Als Ueberbringer dieses Schreibens ritt am Mittag ein Husaren-Offizier, begleitet von einem Trompeter und drei Gemeinen, gerades Weges in den

1) Französische Beschwerde vom 19. April; Albini an Barbaczy, 20. April; Bericht des Freiherrn von Münch, 21. April, Protokoll, VI, 112, 115, 116.

2) Die Protokoll-Bücher im österreichischen Kriegs-Ministerium erwähnen zum 21. April: „Görger an Merfeld. Note: die dem Herrn von Albini durch den Obersten Barbaczy zu gebende Antwort betreffend."

3) Barbaczy an Albini, 22. April, Protokoll, VI, 117.

rastatter Schloßhof, zum großen Erstaunen der Menge und zum Schrecken der französischen Bedienten, die zum Theil eiligst ihre republikanischen Cocarden abrissen[1]). Albini's Vorhaben, den Congreß zu verlassen, wurde durch den Inhalt des Schreibens bestimmt. Es kam hinzu, daß schon Tages vorher die Delegirten von Sachsen, Brémen und Würzburg ihre baldige Abreise angezeigt hatten, wodurch dann für die Deputation auch die zur Beschluß-Fassung nöthigen zwei Drittel der Stimmen verloren gingen. Aber die französischen Gesandten, welche am Abend um eine Unterredung ersuchten, blieben bei dem Entschluß, sich nur mit Gewalt von Rastatt vertreiben zu lassen. Wäre es auf sie allein angekommen, sie hätten schwerlich so lange verweilt. Schon am 5. April setzen sie Talleyrand das Mißliche ihrer Lage auseinander: Rastatt komme wahrscheinlich in feindliche Gewalt; auf Niemanden, nicht einmal auf Albini, dürften sie sich verlassen. Sie bitten dringend um neue Anweisungen. Aber der Minister antwortet gleich am 8. April durch den Telegraphen, und zwei Tage später durch eine ausführliche Depesche, sie sollten bleiben. Frankreich erkenne dem Kaiser nicht das Recht zu, den Congreß und die Deputation einseitig aufzuheben. Käme es zu Beleidigungen, wie in München und Regensburg, so falle die Schande auf den Beleidiger zurück. „Ich wiederhole," schließt er, „halten Sie bis zum Aeußersten in Rastatt aus, und verlassen Sie es nur unter einem Protest[2])." Man begreift danach die früheren Aeußerungen der Gesandten. Auch jetzt wollten sie eigentliche Gewalt in dem Schreiben Barbaczy's noch nicht erkennen; sie wünschten, daß man sich wegen der Sicherheit des Congreß-Ortes an den Erzherzog wende. Albini suchte ihnen jedoch begreiflich zu machen, daß eine Abänderung der an Barbaczy ertheilten Weisungen nicht zu erwarten sei, und daß

1) Mainzer Diarium, 22. April.

2) Talleyrand, 10. April: Je le repète, Citoyens, demeurez à Rastadt jusqu'à la dernière extrémité.

es gegen die Würde der französischen Gesandtschaft gehe, sich persönlichen Unannehmlichkeiten auszusetzen. Die Gesandten, besonders Bonnier, schienen dies zu fühlen, ohne gleichwohl bestimmte Antwort zu ertheilen[1]). In der Sitzung des folgenden Tages erklärten aber Hohenthal, Reden und Stadion ihren Austritt und dadurch diese 97. Sitzung des Congresses als die letzte. Baiern wiederholte zwar die Verwahrung, daß die Reichs-Deputation nur durch Kaiser und Reich gesetzmäßig aufgelöst werden könne, auch Baden und Darmstadt wollten den Wünschen der Franzosen gemäß sich vorerst an den Erzherzog wenden; allein Albini erklärte bestimmt, unter den gegenwärtigen Verhältnissen könnten die Gesandten nicht länger mit Anstand und Sicherheit in Rastatt verweilen; er habe Weisung, bald thunlichst nach Hause zurückzukehren. Seinem Antrage gemäß beschloß man, den französischen Gesandten mitzutheilen, die Friedens-Deputation könne die Unterhandlungen vor der Hand mit ihnen nicht mehr fortsetzen[2]).

Aber die französischen Gesandten zögerten noch immer. Schon Abends vorher hatten sie freilich an Talleyrand geschrieben: der Congreß löse sich selbst auf; dies sei ein Fall, den die letzte Instruction nicht vorgesehen habe. Um nicht allein zurückzubleiben, müßten sie sich entschließen, nach Straßburg abzureisen. Graf Solms, die Gesandten von Darmstadt, Salm und Leyen würden sie dahin begleiten. Fest entschlossen waren sie jedoch noch immer nicht. So weit die französischen Acten erkennen lassen, muß ich glauben, daß der Brief einige Tage liegen blieb. Ob sie noch eine Instruction erwarteten, oder eine sichere Beförderung vermißten? Albini erhielt auf seine Mittheilung am 23. keine bestimmte Antwort, auch der folgende Tag verstrich; erst am 25. kam eine letzte französische Note: ein erneuerter Protest gegen den Bruch des Völkerrechts, zum Schlusse die Anzeige, sie würden in drei Tagen

1) Mainzer Diarium, 22. April.

2) Protokoll, III, 211.

Rastatt verlassen, aber um einen letzten, leuchtenden Beweis von der Langmuth und Friedensliebe der französischen Regierung zu geben, in Straßburg den Wiederanfang der Unterhandlungen und etwanige Friedens-Anträge erwarten. Die noch anwesenden Mitglieder der Deputation beschlossen in einer letzten Zusammenkunft an demselben Tage, die französische Note dem Reichstage zu übersenden, um dadurch, bemerkt Albini, den französischen Ministern ihre Achtung zu beweisen und Alles förmlich zu beschließen [1]). Er stellte die gewünschten Pässe aus; Bonnier versprach nochmals seine kräftigste Verwendung bei dem Directorium zu Gunsten der mainzischen Lande. Die deutschen Gesandten rüsteten sich gleichfalls zur Abreise, und so wäre der Congreß friedlich zu Ende gegangen, vielleicht bald in Vergessenheit gerathen, hätte nicht ein blutiges Ereigniß plötzlich die allgemeine Aufmerksamkeit wieder auf Rastatt gelenkt und dem Congreß für alle Zeiten ein freilich wenig beneidenswerthes Andenken gesichert.

1) Mainzer Diarium, 25. April; Protokoll III, 213; VI, 118.

## Zehntes Kapitel.

### Der Gesandten-Mord.

Am Abend desselben Tages, an welchem die französischen Gesandten ihre letzte Note der Deputation übergaben, wurde der Courier Lemaire, welcher ihre Depeschen über Plittersdorf nach Straßburg befördern sollte, von österreichischen Husaren angehalten, seiner Papiere beraubt und in das Stabsquartier nach Gernsbach abgeführt. Sogleich benachrichtigten sie den Freiherrn von Edelsheim, baten auch um die Vermittelung Albini's und der preußischen Gesandtschaft. Albini richtete noch in der Nacht ein Schreiben an Barbaczy, erhielt aber von dem Obersten nur die kurze Antwort, daß er über den Vorfall an seine vorgesetzte Behörde berichten werde[1]). Am nächsten Morgen fuhr Edelsheim, begleitet von dem preußischen Legationsrath von Bernstorff, selbst nach Gernsbach hinaus. Indessen auch er erhielt auf alle Vorstellungen keine andere Antwort, und als Bernstorff sich weiter erkundigte, ob wenigstens bis zum Eintreffen der Befehle aus dem Hauptquartier für die Correspondenz und die Personen der französischen Gesandtschaft Sicherheit zu erwarten sei, erwiderte der Oberst, wie Bernstorff schreibt, mit sichtbarer Laune, er könne und werde auf Nichts antworten, sondern bloß den Brief der preußischen Minister an die Behörde einschicken[2]).

---

1) Mainzer Diarium, 26. April; die französischen Gesandten, 26. April; die preußischen Gesandten, 27. April.

2) Authentischer Bericht von dem an der französischen Friedensgesandtschaft bei ihrer Rückreise von dem Congreß in der Nähe von Rastatt verübten Meuchelmord. Nebst einigen weiteren Actenstücken und Zusätzen des Herausgebers [Egger's] 1799. Neuer Abdruck Carlsruhe 1869, S. 2 und 23.

Gleichwohl beschlossen die Gesandten am festgesetzten Tage, dem 28., nach Selz abzureisen. Die Wagen standen seit frühem Morgen völlig gepackt im Hofe des Schlosses. Barbaczy sollte geäußert haben, es sei ein Unglimpf für ihn, zu glauben, seine Husaren könnten die französischen Gesandten bei ihrer Abreise beunruhigen. Albini wollte sogar wissen, die österreichischen Vorposten seien für zwei Tage aus der Umgebung von Rastatt zurückgezogen. „Gleichwohl," bemerken die preußischen Gesandten am 28., „haben wir es nicht auf uns nehmen wollen, die französischen Bevollmächtigten zur Abreise zu ermuthigen; wir haben im Gegentheil ihnen und Albini erklärt, ohne bestimmte Antwort von Barbaczy für ihre Sicherheit nicht einstehen zu können." Die französischen Gesandten drückten ihre Dankbarkeit aus und versprachen, keinen Falls ohne solche Versicherung abzureisen[1]). Als gegen elf Uhr Morgens noch immer keine Nachricht gekommen war, schrieb Albini abermals nach Gernsbach, ob die französischen Gesandten, wenn sie von ihm mit Pässen versehen wären, irgend ein Hinderniß zu besorgen hätten. Man hoffte, die mit diesem Schreiben abgesandte badische Ordonnanz würde gegen drei oder vier Uhr Nachmittags mit der Antwort zurückkommen; allein Stunde auf Stunde verging unter vergeblichem Warten. Endlich Abends zwischen sieben und acht Uhr erschien ein österreichischer Husaren-Offizier mit einem Trompeter und zwei Gemeinen, begab sich auf das Schloß zum kurmainzischen und darauf zu den französischen Ministern. „Dem Directorialen," erzählt Albini selbst in dem mainzer Tagebuch, „machte er Entschuldigungen, daß der Oberst überhäufter Geschäfte wegen nicht schriftlich antworten könne, daß er sich aber sehr habe verwundern müssen, daß die französischen Gesandten nur daran hätten zweifeln können, sie würden, sobald sie mit kurmainzischen Pässen sich legitimiren könnten, auf ihrer Reise bis über das Wasser beunruhigt werden. Uebrigens wünschte der Offizier von dem

1) Die preußischen Gesandten, 28. April.

Directorialen zu vernehmen, wie er es anzustellen habe, um eine von dem Obersten an die französische Legation habende Depesche derselben zu übergeben. Directorialis erwiederte dem gedachten Offizier, daß er den französischen Ministern ohnehin die erhaltene mündliche Antwort auf sein heutiges Schreiben an den Herrn Obersten sogleich hinterbringen müsse, wobei er dieselben schicklich präveniren wolle, daß der Offizier an sie selbst etwas zu übergeben habe. Bonnier versammelte hierauf sogleich die französische Legation bei Jean Debry. Der Offizier begab sich dahin, contestirte zuerst mündlich, wie wehe es dem Obersten gethan habe, zu vernehmen, daß die französische Gesandtschaft so viel Mißtrauen darüber bezeigt habe, ob die persönliche Unverletzlichkeit der Gesandten in ihnen würde respectirt werden. Er übergab den französischen Ministern hierauf das Schreiben des Obersten, in welchem ihnen vierundzwanzig Stunden anberaumt werden, um Rastatt und den Bezirk der Armee zu verlassen[1])."

Der Oberst handelte, wie man jetzt weiß, nur nach den Befehlen seiner Vorgesetzten. Am 25. April hatte der Erzherzog aus Stockach an Kospoth die Weisung gegeben, „den Obersten Barbaczy weiter vorgehen zu lassen. Nachdem derselbe in Rastatt selbst posto gefaßt haben würde, so könne er alsdann gegen die dort befindlichen französischen Minister mit der Erklärung vorangehen, daß man in dem Bezirke der diesseitigen Armee keine französischen Bürger dulden könne,

1) Mainzer Diarium, 28. April, §. 584. Der Bericht ist zum Theil noch am 28. April in Rastatt, zum größeren Theil am folgenden Tage in Heilbronn von Albini dictirt und mit Zusätzen von seiner Hand versehen. Er hat besondere Bedeutung als unmittelbare, nicht für die Oeffentlichkeit berechnete Erinnerung eines einzelnen Mannes, und unterscheidet sich dadurch, mehrmals nicht zu seinem Nachtheile, von dem „Gemeinschaftlichen Bericht der Gesandtschaften." Das Mainzer Diarium gehört wie die im vorigen Bande benutzten Briefe Albini's und das Journal des Secretärs Nau zu den Ueberresten des „Erzkanzlerischen Archivs," welches während der Revolutions-Zeit in die Keller des aschaffenburger Schlosses versenkt, später nach Frankfurt und in den sechsziger Jahren nach Wien übertragen wurde.

diese sich also innerhalb einer kurzen Frist (etwa von vier und zwanzig Stunden) von dort zu entfernen hätten. Der Herr Feldmarschall-Lieutenant," schließt der Erzherzog, „wollen jedoch dem Herrn Obristen alle mögliche Vorsicht und Klugheit bei der Ausführung dieser Sache empfehlen."

Man sieht, es wiederholt sich genau das Verfahren, welches früher gegen Bacher und Trouvé zur Anwendung gekommen war. Es fehlt nur die Bestimmung, daß ein kaiserlicher Offizier die Congreß-Gesandten bis zu den französischen Vorposten begleiten solle, was aber auf dem kurzen Wege von Rastatt nach Plittersdorf nicht einmal nothwendig erscheinen mochte. Hätte man ihn nur bei hellem Tage zurücklegen können! Mittlerweile war aber die Nacht hereingebrochen. Man rieth den Gesandten dringend, um ihrer Sicherheit willen den nächsten Morgen in Rastatt zu erwarten. Dies schien um so gerathener, als gleichzeitig mit dem Ueberbringer des barbaczyschen Briefes eine Abtheilung von sechszig Szekler-Husaren die Stadtthore zugleich mit den auf ihren Posten bleibenden badischen Soldaten besetzt hatte, mit dem Befehl, keine der zum Congreß gehörigen Personen heraus oder herein zu lassen. Der dänische Gesandte war auf die Anfrage, ob er reisen könne, von dem commandirenden Offizier, dem Rittmeister Burkhard, barsch zurückgewiesen. Es war Debry, der leider diesmal durchsetzte, daß die Reise sogleich angetreten wurde. Ein übel angebrachtes Ehrgefühl, erzählt er später, ließ ihn wünschen, innerhalb des von den Gesandten selbst gesetzten Termins, nicht innerhalb der Frist, die Barbaczy bestimmt hatte, Rastatt zu verlassen. Die Pferde wurden angespannt, was noch von Gepäck zurückgeblieben war, eiligst in die Wagen geworfen, und der Zug setzte sich in Bewegung. Aber gleich am Thor ein Hinderniß: die Husaren verweigerten die Durchfahrt. Die drei Gesandten stiegen aus, kehrten ins Schloß zu Albini zurück, welcher durch den Legations-Secretär von Münch den Rittmeister um Aufklärung ersuchen ließ. Die Antwort lautete: bei Besetzung der Thore sei Befehl ertheilt, Niemanden

herauszulassen, die Ausnahme wegen der französischen Gesandtschaft aber zuzusetzen vergessen. Dies, versicherte Münch, sei nunmehr geschehen, die Abreise könne ohne Hinderniß erfolgen. Die Gesandten beschlossen jetzt, um nicht auf dem Wege nach Plittersdorf abermals angehalten zu werden, eine militärische Escorte zu erbitten. Münch begab sich mit diesem Auftrage nochmals zum Rittmeister, und die Gesandten fuhren in einem markgräflichen Wagen wieder nach dem Thore zu den Ihrigen. Lange mußten sie hier vergeblich warten, endlich überbrachte der badische Stadt-Commandant, Major von Harrant, von Seiten Burkhard's die Antwort: die französischen Gesandten würden in ihrem Wege kein Obstakel finden; eine Escorte könne er jedoch nicht geben, weil er dazu keinen Befehl habe.

Abermals versuchte man, die Gesandten zum Aufschub ihrer Reise zu bewegen. Die Frauen, auch Roberjot wären dazu geneigt gewesen; indessen bei den beiden Uebrigen überwog der schon angedeutete Ehrenpunct, und der Zug bewegte sich durch das geöffnete Thor, das gleich hinter ihnen wieder geschlossen wurde. Es waren acht Wagen: in dem ersten Debry mit seiner Frau und zwei Töchtern, im zweiten sein Secretär und Kammerdiener, im dritten Bonnier, im vierten der Gesandtschafts-Secretär Rosenstiel, im fünften Roberjot mit seiner Frau, im sechsten der ligurische Gesandte Boccardi mit seinem Bruder, endlich noch zwei Wagen mit Dienerschaft und Gepäck. Es war neun Uhr vorüber, die Nacht völlig finster, Regen, Sturm und Hagel tobten durcheinander, ein Fackelträger leuchtete voran[1]).

Kaum zweihundert Schritte von der Georgi-Vorstadt, unfern der Brücke an der Rheinau, stürzten plötzlich aus einem

---

1) Eggers, Briefe über den Rastadter Congreß, Braunschweig, 1809, I, 364; Debry, Narré fidèle du forfait, commis à Rastadt d'après les ordres de l'Autriche, in der Sammlung französischer Zeugnisse über den Gesandtenmord bei Häberlin, Staatsarchiv VII, 123, Helmstedt, 1802. Mendelssohn, der rastatter Gesandtenmord, Heidelberg 1869, S. 25.

Gebüsch zur Rechten der Chaussee, die längs der Murg hinführt, eine Anzahl von Szeklern mit wildem Geschrei auf den ersten Wagen los. Debry reichte seinen Paß aus dem Fenster; er wurde zerrissen, der Minister aus dem Wagen gezogen, seiner Uhr und seines Geldes beraubt. In diesem Augenblicke sprengte, wenn man Debry glauben darf, ein Szekler zu Pferde, den Säbel schwingend, heran. Es tu le ministre Jean Debry? rief er in schlechtem Französisch, und kaum hatte der Gesandte bejahend geantwortet, als er mehrere Hiebe über den Kopf erhielt, die ihn zu Falle brachten. Er ließ sich in den Graben neben dem Wege rollen und hatte den glücklichen Gedanken, sich todt zu stellen. Er erhielt noch einige Hiebe und einen Stich in den Schenkel, seine Taschen wurden geleert, dann ließ man ihn für todt liegen, um zu den anderen Opfern zu eilen. Debry's Secretär Belin, im zweiten Wagen, wurde gleichfalls geplündert und mißhandelt, der Kammerdiener in die Murg gestoßen. Dann kamen die Mörder zu dem dritten Wagen. „Bonnier, steig heraus!" hörte man in einem der hinteren Wagen rufen. Als der Gesandte sitzen blieb, wurden die Scheiben eingeschlagen, Bonnier heraus gerissen und, indem er vergeblich um Pardon flehte, mit Säbelhieben getödtet[1]). Während dessen war Rosenstiel, von seinem Diener gewarnt, aus dem Wagen gesprungen; er sah die Husaren noch auf Bonnier einhauen, eilte so schnell als möglich durch den Graben über die Wiesen, und es gelang ihm, auf Seitenwegen durch den Schloßgarten in die Stadt zu kommen[2]).

Auch Roberjot war durch das Geschrei, das von der Spitze des Zuges herüberdrang, aufmerksam geworden. „Mein Mann," erzählte die Frau später, „ließ sogleich die Thür öffnen. Wir stiegen aus dem Wagen; unser erster Gedanke war, zu versuchen, uns durch die Flucht zu retten. Wir kamen bis zu

1) Debry a. a. O., S. 128; Mendelssohn a. a. O., S. 26; Eggers a. a. O. I, 367.

2) Die Zeugnisse Belin's und Rosenstiel's bei Häberlin a. a. O. VII, 146, 142.

dem Wagen des Bürgers Boccardi, der uns folgte. Da wir Niemand mehr darin sahen, so glaubte mein Gemahl, der Bürger Boccardi sei mit seinem Bruder ausgestiegen, um ihr Recht, der französischen Gesandtschaft zu folgen, zu behaupten, und befinde sich deßhalb mit einigen Patrouillen im Streit. Wir kehrten zurück, und kaum sind wir wieder an die Thüre unseres Wagens gelangt, als die Szekler über uns herfallen. Sie fragen meinen Mann, ob er Roberjot sei. Er antwortet mit ja, ich wiederhole es ihnen gleichfalls. Auf diese Antwort fangen sie an, ihn zu berauben, sie nehmen ihm Uhr, Brieftasche und Geldbeutel. Ein anderer Husar von großem Wuchs und etwas verschiedenem Benehmen — es schien ein Offizier zu sein — versetzte meinem Mann zuerst einen Säbelhieb, dem noch mehrere folgten, während andere Husaren mich verhinderten, mich auf ihn zu werfen und ihn mit meinem Körper zu decken. Sie hielten mich fest und zwangen mich, Zeugin dieses entsetzlichen Gemetzels zu sein. Mein unglücklicher Gemahl fällt unter ihren Schlägen. Die Barbaren lassen ihn noch lebend liegen und stürzen auf den Wagen des Bürgers Boccardi. Als sie dort Niemand finden, kehren sie zu uns zurück. Mein Kammerdiener hatte mich wieder in den Wagen gehoben. Da ich bemerkte, daß mein Gatte sich noch bewegte, sagte ich dem Diener: Ach, wenn wir ihn noch retten könnten. In demselben Augenblick fielen die Mörder wieder über ihn her und verstümmelten ihn in entsetzlicher Weise. Alles was unter der Hand im Wagen war, wurde gleichzeitig geraubt, die Papiere, die man eingepackt hatte, auf die Erde und zum großen Theile in den Fluß geworfen. Endlich ließ man den Wagen mit ausgelöschten Lichtern auf der Straße stehen [1])." Der Kammerdiener hatte treu mit seiner Herrin die Gefahr getheilt und ihr während des Mordens die Ohren zugehalten, damit sie das Todesröcheln des Sterbenden nicht höre. Sie fiel

1) Déclaration de la veuve Roberjot bei Häberlin a. a. O. VII, 135; Eggers a. a. O. I, 384.

später aus einer Ohnmacht in die andere und wiederholte weinend die Worte: On l'a hâché devant mes yeux.

Ungefähr eine Viertelstunde nach diesen Ereignissen verbreitete sich in der Stadt ein dumpfes Gerücht über die Störung der Reise. „Auf die erste Meldung," erzählt das mainzer Diarium, „welche Directorialis von diesem schauderhaften Ereigniß erhielt, lief er sogleich selbst zur Stadt hinaus auf das Feld, wo der commandirende Rittmeister mit seinen Leuten campirte. Unter Angebung seines Namens drang er durch bis zum Rittmeister, informirte denselben von diesem schrecklichen Vorfall und brachte es durch nachdrückliche Vorstellung dahin, daß dieser seinen Oberlieutenant mit einigen Husaren den Unglücklichen zu Hülfe schickte. Als Directorialis zurückging, kam ihm beinahe das ganze noch hier befindliche Corps diplomatique mit Flambeaux entgegen." Die meisten diplomatischen Personen hatten sich nämlich in dem Gesellschafts-Casino befunden, als der Bruder des ligurischen Gesandten athemlos hereinstürzte und von dem Ueberfalle die erste bestimmte Kunde brachte. Man beschloß, insgesammt sofort zu dem Rittmeister zu gehen, von ihm Auskunft und vor Allem schleunige Hülfe zu begehren. Er bewohnte etwa zwanzig Schritte vor dem Ettlinger Thor ein Wirthshaus: Die Laterne. Aber es kostete große Mühe, bis die Gesandten nach halbstündigem Warten endlich durch das Thor und auf das Feld gelangten, wo Albini ihnen begegnete. „Directorialis," erzählt das Diarium weiter, „gab ihnen von dem, was er bereits gethan, Nachricht, und als der Rittmeister selbst hinzukam, disponirte Directorialis mit den übrigen Gesandtschaften noch weiter, daß derselbe den badischen Major und Stadt-Commandanten ebenfalls mit einer Escorte nachreiten ließ." Andere Berichte stellen den Vorgang in weit ungünstigeres Licht. Der Rittmeister erschien den Gesandten kalt und unwillig, als sie ihn bei Allem, was ihm theuer war, beschworen, den etwa noch in Gefahr Befindlichen schleunige Hülfe zu senden. „Es sei ein unglückliches Mißverständniß," sagte er; „bei der Nacht schweiften die Patrouillen umher, da könne der-

gleichen leicht geschehen; die französischen Minister hätten nicht bei der Nacht reisen sollen." Man hielt ihm vor, daß er die Escorte abgeschlagen und dem Major von Harrant gesagt, es sei für die Gesandten Nichts zu befürchten. Er versetzte, er habe keinen Befehl gehabt, die Escorte zu geben; man hätte sie bei dem commandirenden Obersten nachsuchen müssen. Herr von Bernstorff bemerkte, er selbst habe Barbaczy bei seiner Sendung an demselben Tage gefragt, ob er eine Escorte geben wolle. Hat er sie Ihnen zugesagt? war die Antwort des Rittmeisters. Als der dänische Gesandte ihm eine frühere Unterredung vorhielt, erwiederte er barsch: Wollen Sie mit mir eine Inquisition anstellen? Nur auf die dringendsten Vorstellungen erlangte man endlich, daß er einen Wachtmeister mit sechs Husaren zugleich mit dem Major von Harrant und zwei badischen Husaren auf die Landstraße nach Plittersdorf abgehen ließ [1]).

Der Major von Harrant fand die Wagen noch auf dem Platze der Mordthaten, von etwa fünfzig Szekler Husaren, die mit Fackeln versehen waren, umringt, ohne daß er einen Offizier bemerkt hätte. Sie wollten die Wagen mit den darin befindlichen, meistens betäubt liegenden Menschen um die Stadt herum abführen. Nicht ohne Mühe brachte es Harrant mit Hinweisung, daß er in Ermangelung eines anderen Offiziers commandire, dahin, daß sie die Wagen in die Stadt zurückgeleiteten. Die Leichname Bonnier's und Roberjot's sah er schrecklich mißhandelt auf der Erde liegen. Von Debry war keine Spur zu finden.

In der Stadt angelangt hielten die Wagen vor dem Schlosse. Niemand darin fand sich verletzt. Mehrere waren zwar des bei sich getragenen Geldes, ihrer Uhren und Kostbarkeiten beraubt, aber in mörderischer Absicht nur die drei Minister angefallen [2]). Alles drängte sich, um den unglücklichen

1) Authentischer Bericht a. a. O., S. 10.
2) Authentischer Bericht a. a. O., S. 11.

Frauen zu Hülfe zu kommen, aber Niemand, auch nicht die ansehnlichsten Gesandten, wurde zugelassen, weil in Ermangelung eines Offiziers nun erst militärische Befehle eingeholt werden mußten. Endlich gelangte man dazu, die in ihrem Wagen ohne Besinnung liegende Gattin Roberjot's in das Haus Jacobi's tragen zu dürfen, vor welchem der Wagen hielt. Frau Debry mußte auf der Straße aussteigen, weil schlechterdings nicht erlaubt wurde, daß man die Wagen in das Schloß führe. Diese mußten vielmehr den Weg nach der Wache am ettlinger Thor einschlagen, um, wie ein herbei eilender Husaren-Offizier angab, folgenden Tages untersucht zu werden. Zu diesem Acte wurde der badische Oberbeamte requirirt, aber nur als Zeuge, daß alle vorhandenen Papiere in die Bewahrung des Rittmeisters übergingen [1]).

Rosenstiel war, wie bemerkt, durch die Gärten in die Stadt zurückgekommen. Er fand sich in der Pflege seines Schwagers, des weimarschen Legations-Rathes Weiland, aber durch die Aufregung dem Wahnsinn nahe. Von Debry fehlte noch immer jede Nachricht. Der Major Harrant erbot sich, mit einigen badischen Husaren hinaus zu reiten, um Nachforschungen anzustellen, und der Graf Solms wünschte ihn zu begleiten. Man eilte noch in der Nacht zum Rittmeister, der nach langem Widerstreben eine Escorte bewilligte. Gegen Tages-Anbruch wurde die ganze Gegend bis nach Plittersdorf durchsucht, aber von Debry fand sich keine Spur, obgleich Graf Solms, dessen Stimme dem französischen Gesandten bekannt war, oftmals laut nach ihm gerufen hatte. Dagegen hörte Harrant, als er sich bei dem Schulzen des Dorfes Rheinau erkundigte, daß schon kaiserliche Husaren dieselbe Erkundigung nach einem verwundeten Franzosen, an dessen Einbringung ihnen Alles gelegen, angestellt hätten, mit dem ausdrücklichen Verlan-

1) Authentischer Bericht, S. 12. Eggers a. a. O., I, 372, fügt aus eigener Erinnerung noch viele Einzelheiten bei.

gen, man solle ihn, wenn er sich fände, ja nicht nach Rastatt, sondern um die Stadt herum nach Muggensturm bringen, oder nur sicher verwahren, damit sie ihn von dort abholen könnten [1]). Endlich gegen sechs Uhr Morgens trat unerwartet der Gesuchte in das Zimmer des Grafen Görtz. Er war, als die Husaren sich entfernten, aus dem Graben in das nahe gelegene Gehölz gelangt. Dichte Kleidung, welche ihn gegen die Kälte der Nacht vorsorglich schützen sollte, hatte die Kraft der Schläge gebrochen. Ohne Hut, ohne Halstuch irrte er eine Zeit lang im Regen umher; endlich, um nicht auf der nassen Erde zu liegen, kletterte er trotz des verwundeten linken Armes auf einen Baum. Als es anfing, hell zu werden, verbarg er sich im Dickicht; Husaren streiften dicht an ihm vorbei, aber ohne ihn zu bemerken. Endlich faßte er sich ein Herz, und wagte sich ins Freie. Ein Bürger von Rastatt, der ihm begegnete, lieh ihm Jacke und Mütze; so mischte er sich unter Landleute, die am Wege versammelt waren. Schaudernd ging er an den Leichen seiner ermordeten Collegen vorüber, gelangte, unerkannt von den Wachen, durch das Thor und lief dann unwillkürlich mit einer Schnelligkeit, die ihn leicht hätte verrathen können, in die Wohnung des Grafen Görtz. Als man ihm sagte, Frau und Kinder seien in Sicherheit, fiel der Mann, der, wie man behauptete, seit Jahren den Namen Gottes nicht angerufen hatte, mit den Worten auf die Kniee: Göttliche Vorsehung, du bist es, die sie gerettet hat; verzeihe, wenn ich deine Wohlthaten bisher verkannte! Albini, der ihn bald nachher aufsuchte und zwischen mehreren der noch anwesenden Diplomaten auf dem Sopha sitzend fand, erzählt, er habe nicht sowohl über sein eigenes als seiner Collegen schreckliches Schicksal lamentirt. „Er war im Gesicht verwundet, voll geronnenen Blutes auf Nase und Wangen, und durch einen starken Hieb am Arme verletzt, den er, um sich nicht zu verbluten, verbunden hatte. Doch fand der herbeigerufene Arzt

1) Authentischer Bericht, S. 13. fg.; Eggers a. a. O. I, 381.

von den Wunden nur diese eine bedeutend und keine so gefährlich, daß sie die Abreise hätte verzögern müssen[1]).

Diese lag, wie man denken kann, in Aller Wünschen. Schon um vier Uhr Morgens war der preußische Legations-Secretär von Jordan nach Gernsbach hinausgeritten, um für die Geretteten sichere Abreise und eine Escorte bis an den Rhein zu erwirken. Er wurde aber nicht vorgelassen, obgleich er sich im Auftrage sämmtlicher in Rastatt befindlichen Gesandten anmelden ließ. Man erwiederte ihm, selbst wenn er von Gott dem Vater und dem Sohne käme, könne der Oberst ihn nicht sprechen. Jordan hatte sogar alle Mühe, den Rittmeister, den er in Rothenfels traf, zu bewegen, das Schreiben der Gesandten an Barbaczy gelangen zu lassen, da derselbe, wie Burkhard sagte, schon Couriere und Estafetten genug diese Nacht bekommen habe. Sowohl in dem Benehmen der Offiziere, als in der Erzählung Jordan's wird man aber die Mißstimmung erkennen müssen, die überall, wo Preußen und Oesterreicher damals sich begegneten, zu Tage tritt. Aus dem mainzer Diarium ergiebt sich, daß Burkhard selber bei der ersten Nachricht von dem Ereigniß einen Boten an den Obersten gesandt und noch in der Nacht eine höchst unwillige Rückäußerung erhalten hatte. „Betroffen und unruhig ließ er in der Frühe den Directorialen angelegentlich ersuchen, mit dem Baron Edelsheim zu ihm zu kommen, indem er sein Quartier nicht verlassen dürfe. Directorialis warf sich nur in die Kleider, um mit dem Baron Edelsheim, der ihn abholte, zum Rittmeister zu fahren. Der Rittmeister gab dem Directorialis zu erkennen, wie sehr der Oberst über den Vorfall betreten sei, versprach, den unglücklichen Frauen der Gesandten und dem übrigen französischen Gesandtschafts-Personale ihre Wagen zu restituiren und sie mit einer hinlänglichen Bedeckung sicher fortbringen zu lassen, auch die

1) Debry bei Häberlin a. a. O., VII, 130. Mendelssohn, Gesandtenmord, S. 31, hat nach mündlicher Ueberlieferung noch einige Umstände hinzugefügt. Im Einzelnen weichen alle diese Erzählungen, obgleich meistens von Augenzeugen herrührend, vielfach von einander ab.

deutschen Gesandtschaften an ihrer Abreise nicht weiter zu hindern." Auch das Antwort-Schreiben Barbaczy's, welches Jordan gegen elf Uhr nach Rastatt überbringen konnte, war in ungeschickten aber in würdigen Ausdrücken abgefaßt: „Seien Ew. Excellenzen überzeugt," schrieb der Oberst, „daß in meinem, ungeachtet durch manche mitgemachte Schlacht abgehärteten Busen dennoch ein Herz sich reget, welches über alle derlei Gräuelthaten sich entsetzet und zu eben so unnatürlicher Rache, wie das Verbrechen jener Raubsüchtigen war, im höchsten Grade gereizt wird. Ich gebe in dem Augenblicke den Befehl, daß ein Offizier mit einem Commando der sich glücklich geretteten französischen Gesandtschaft bis an den Rhein Sicherheits-Geleit leiste, sowie ich unverzüglich jene Verbrecher gefänglich einziehen lasse, die ich unter meinem Commando jemals gehabt zu haben Zeit meines Lebens mit innigster Wehmuth fühlen muß[1])."

Der Rittmeister, welchem gleichzeitig die nöthigen Befehle zugingen, zeigte sich nicht weniger willfährig. Nur sei ihm, wie er sagte, ausdrücklich aufgegeben, keine Begleitung von diplomatischen Personen zu gestatten, da die deutschen Gesandten ihre Rückreise antreten, nicht aber an den Rhein gehen könnten. Einzig zu Gunsten des Herrn von Jordan, der durch seine Sendungen nach Gernsbach dem österreichischen Militär bereits bekannt war, wurde eine Ausnahme zugelassen. Außer ihm sollte der Major von Harrant mit sechs badischen Husaren und ein österreichischer Offizier mit acht Szeklern die Wagen begleiten. Gegen ein Uhr setzte sich der Zug, jetzt zum dritten Male, in Bewegung, nicht ohne bange Besorgniß, die von Seiten der Franzosen nur zu begreiflich ist. Erschien doch die Mehrzahl der Escorte in derselben Uniform, wie die Mörder des gestrigen Abends. Doch alle Befürchtungen erwiesen sich unbegründet. Der Zug, dem auf dem Wege noch gegen zwanzig Szekler sich zugesellten, gelangte ungehindert an den Rhein. Das Ueberfahrts-Schiff ward von dem französischen Ufer durch

1) Schreiben der Gesandten an Barbaczy und Barbaczy's Antwort vom 29. April, Authentischer Bericht, Anhang, S. 25 fg.

den mitgenommenen Trompeter herbeigerufen, und mit den Aeußerungen des lebhaftesten Dankes nahmen die Geretteten von Jordan und Harrant Abschied[1]).

Sobald man in Rastatt sich versichert hatte, daß Alles glücklich abgelaufen sei, hielt die Gesandten Nichts mehr zurück. Albini, in Voraussicht, daß längeres Verweilen keinen Gewinn, wohl aber Verlegenheiten und Verdruß herbeiführen könnte, fand es, wie er schreibt, nicht räthlich, sich ferner in etwas zu mischen. Er hatte die weitere Sorge dem Minister von Edelsheim anheim gegeben und, mehr klug als menschenfreundlich, schon um sieben Uhr Morgens den Congreß-Ort verlassen. Der dänische Legationsrath Eggers sprach sich lebhaft dafür aus, man solle noch einige Tage in Rastatt verweilen, um eine genauere Untersuchung des Verbrechens vorzunehmen. Aber nur Dohm zeigte für diesen Vorschlag einige Neigung; bei allen Uebrigen überwog der Wunsch, bald abzureisen, und die Einsicht, daß eine derartige Untersuchung gar nicht zu den Befugnissen weder der Deputation noch der Particular-Gesandten gehöre. Dagegen brachte Dohm die Mehrzahl der noch Anwesenden zu dem Entschluß, einen Bericht über die letzten Ereignisse gemeinschaftlich festzustellen und zu diesem Zwecke einen Tag in Karlsruhe zu verweilen. Dohm, der schon früher im Namen des diplomatischen Corps die Briefe an Barbaczy entworfen hatte, wurde auch mit Abfassung dieses Berichtes betraut und brachte ihn schon am folgenden Tage zum Abschluß, so daß er am 1. Mai erörtert und unterzeichnet werden konnte[2]). Dieser

1) Die preußischen Gesandten, 29. April; Authentischer Bericht, S. 18 fg.

2) Eggers a. a. O. I, 390 fg. Die Unterzeichner waren Görtz, Jacobi, Dohm, Rosenkranz, Rechberg, Reden, Gatzert, Solms-Laubach, Otto von Gemmingen, Cruse und Graf Taube (für Hessen-Cassel). Otto von Gemmingen ist nicht der zu Anfang des Congresses genannte Bevollmächtigte der Reichs-Ritterschaft, sondern ein Vetter, der sich unbefugter Weise zur Unterschrift gedrängt hatte und dadurch die Ritterschaft und seinen Verwandten in mancherlei Unannehmlichkeiten verwickelte. Der Gagern-Dalberg'sche Briefwechsel beschäftigt sich angelegentlich mit dieser Sache.

Bericht, welcher immer eine bedeutende Quelle für den Thatbestand des Verbrechens bleiben wird, enthält sich, oder scheint sich wenigstens des Urtheils über Motive und Urheber des Verbrechens zu enthalten. Dohm schreibt am 2. Mai aus Karlsruhe, er habe die äußerste Sorgfalt angewendet, um keine Anklage zu schreiben, sondern nur die Thatsachen gegen eine leidenschaftliche Entstellung durch die Parteien zu sichern[1]).

1) Die preußischen Gesandten an das Ministerium, Karlsruhe, 2. Mai: Die rastatter Diplomaten sind unter Escorte badischer Husaren nach Karlsruhe gereist. Den gestrigen Tag verwandte man, um den Thatbestand in einem Schriftstück festzustellen. C'est moi, Dohm, qui en a été le rédacteur, pour me conformer aux voeux que tout le corps diplomatique m'a exprimés pour cet effet. Sans cette pièce authentique, rédigée avec un soin très pénible pour ne pas en faire un plaidoyer d'accusation, la malignité des gens, poussés par des vues et passions individuelles, n'aurait pas manqué d'altérer plus ou moins les circonstances du fait, et toute l'Europe aurait été plus ou moins induite en erreur sur un événement, dont les suites sont tant à craindre pour l'humanité toute entière. . . . Était-ce le simple effet de la rapacité et de la barbarie d'une patrouille des houssards Autrichiens? Était-ce un complot, tramé par la vengeance et la haine pour immoler à la fureur de quelques individus les trois ministres français? Der „Gemeinschaftliche Bericht" erschien in der Allgemeinen Zeitung vom 23. Mai 1799 und in zahlreichen anderen Blättern. Dohm's Mitarbeiter war der ihm nahe befreundete Eggers. In den eggerschen Briefen stimmen lange Stellen mit dem Bericht, den sie im Einzelnen vielfach weiter ausführen, wörtlich überein. Eggers besorgte auch die Herausgabe des Berichts unter dem oben S. 312 angegebenen Titel, fügte achtzehn Zusätze, so wie das Protokoll der Verhöre der Kutscher, und der Inspection der Leichen hinzu. Von den Zusätzen wird der damals vielbesprochene achtzehnte über den weinenden, seine Schuld gestehenden Husaren bereits von Dohm in einem Briefe aus Anspach vom 8. Mai vollständiger mitgetheilt, mit dem Bemerken, der Markgraf von Baden selber habe diese Thatsache Görtz und Dohm erzählt. Der sechste Zusatz über Rosenstiel stimmt wörtlich mit Eggers Brief vom 29. April, I, 373 überein. Helfert a. a. O. S. 316 bezweifelt, daß Eggers der Herausgeber sei, aus dem an sich richtigen Grunde, weil die Gesinnung in den Briefen bei weitem unbefangener und gerechter sei, als die Tendenz des anonymen Herausgebers. Aber die Briefe sind 1799 gewiß

Um so weniger hat es später an Vermuthungen und offenen Anklagen gefehlt, und man muß gestehen, daß sie durch das Benehmen der österreichischen Regierung beinahe ebenso sehr, als durch die That selbst herausgefordert wurden.

Nach Allem, was geschehen war, nach einer so offenbaren, unerhörten Verletzung des Völkerrechts durfte die österreichische Regierung keine eifrigere Sorge haben, als durch genaue Untersuchung und strenge Bestrafung des Verbrechens von jedem Verdacht der Mitschuld sich zu reinigen. In der That schreibt Barbaczy schon am 29. April, er werde unverzüglich die Verbrecher gefänglich einziehen lassen. Aber was er that, stimmte wenig mit dieser Zusage überein. Der Rittmeister Burkhard konnte, wenn man einem Briefe Dohm's glauben darf, eigenmächtig im rastatter Schloß Quartier nehmen. Von dem geraubten Gelde wurde zwar Einiges, aber nicht Alles den Franzosen zurückerstattet[1]). Zu gleicher Zeit hörte man die Husaren in Rastatt ungescheut ihrer That sich rühmen, sah sie mit geraubten Kleidungsstücken umherziehen, Uhren und Stöcke sogar öffentlich versteigern[2]); auch die geraubten Papiere wurden trotz aller Reclamationen vorerst nicht zurück gegeben. Der erste, welcher sich entschieden aussprach, war der Erzherzog. Kaum hatte er durch Kospoth von der „unglücklichen Begebenheit, die sich mit den französischen Gesandten zugetragen," Kenntniß erhalten, so gab er am 1. Mai einen strengen Befehl. „Mit äußerstem Mißvergnügen," heißt es, „hat der Erzherzog die

---

nicht so geschrieben, wie sie zehn Jahre später gedruckt wurden. Ein in Paris befindlicher Brief von Dohm an Rosenstiel aus Weimar vom 10. Juni 1799 nennt bei Uebersendung des Authentischen Berichts ausdrücklich Eggers als Herausgeber.

1) Déclaration du citoyen Venon, homme de confiance du citoyen Roberjot bei Häberlin, Staats-Archiv VII, 156: Le lendemain matin, le sous-officier qui m'avait pris le soir au collet m'a remis un sac de 2400 fr. et 43 louis en argent. Victoire Debry gibt in einem Briefe an, es seien ihnen 9000 Frs. geraubt. Moniteur vom 11. Mai.

2) Dohm an das preußische Ministerium, Anspach, 8. Mai.

gewaltthätigen Mordthaten vernommen, welche wider alles Völkerrecht an den französischen Gesandten vor Rastatt durch die dortigen Vorposten verübt wurden. Die Sache soll auf das allerstrengste untersucht und durch eine Commission unter dem Vorsitz des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Spork in Villingen nach den Kriegsgesetzen behandelt werden. Kospoth wird zuvörderst den Obersten Barbaczy, welcher der französischen Gesandtschaft die Escorte versagt haben soll, sodann den Rittmeister Burkhard, von dessen Mannschaft die Mordthaten verübt sein sollen, nebst allen Thätern, so weit sie bekannt sind, allsogleich in Verhaft nehmen und nach Villingen abführen lassen[1]." Am folgenden Tage schrieb der Erzherzog selbst an Massena, drückte sein Bedauern aus und versprach vollständige Genugthuung. Ganz ähnliche Versicherungen machte er dem dänischen Legations-Attaché, Herrn von Eyben, welcher ihm am 4. Mai Namens der rastatter Diplomaten den Gemeinschaftlichen Bericht überbrachte. „Sagen Sie den Gesandten," setzte er hinzu, „das sei ich ihnen, Europa und meiner eigenen Ehre schuldig. Aber," bemerkte er noch, indem er mit der Hand über die Augen strich, „daß mein wiederholter Befehl wegen der Sicherheit der französischen Minister nicht befolgt wurde, das muß einen Grund haben."

Mit Faßbender, der die frühere Vertrauens-Stelle auch bei dem Erzherzog einnahm, hatte Eyben gleichfalls eine Unterredung. Faßbender äußerte sich in etwas verschiedenem Sinne. Die Berichte Barbaczy's, sagte er, widersprächen sich. In dem ersten habe er selbst angegeben, einige seiner Husaren, durch Raubluft verblendet, hätten das Verbrechen begangen; in dem folgenden spreche er die Vermuthung aus, daß Emigrirte Theil daran gehabt. Denn einer der Mörder habe auf französisch gerufen: Es-tu le ministre Jean Debry? Keiner der Szekler verstehe

---

1) Kospoth an den Erzherzog Karl aus Rothweil, 30. April; die General-Adjudantur des Erzherzogs an Kospoth aus Stockach, 1. Mai, bei Vivenot, Rastadter Congreß, 117 fg.

französisch, wenigstens sei es nicht glaubhaft, da das Regiment gar keine Fremde zähle. Man müsse daher vermuthen, daß Emigrirte sich eingeschlichen und das Verbrechen begangen hätten. Faßbender schien dieser Meinung Bedeutung beizulegen, versprach aber gleichfalls, daß die Untersuchung volle Oeffentlichkeit erhalten solle[1]). Dieselbe Absicht herrschte anfangs in Wien. In einem Briefe an den Grafen Colloredo vom 5. Mai nennt Thugut das rastatter Ereigniß „ein in jedem Anbetracht verhängnißvolles; es werde dem Directorium und allen Uebelgesinnten zum Vorwand dienen, gegen Oesterreich zu declamiren und die abentheuerlichsten Beschuldigungen ihm aufzubürden. Denn allem Anscheine nach," fährt er fort, „waren es doch unsere Husaren, welche die vom ganzen Reiche anerkannten französischen Gesandten, mit denen man so lange Zeit hindurch unterhandelt hatte, niedergemetzelt haben. Ueberhaupt begreife ich nicht, wie der Erzherzog es auf sich nehmen konnte, Rastatt zu besetzen und die daselbst noch versammelten Deputirten zu beunruhigen, es sei denn, daß er einen Befehl Seiner Majestät hatte, der mir unbekannt geblieben ist. Die Sache, d. h. die Besetzung von Rastatt, war an sich in mancherlei Betracht in Widerspruch mit dem Verfahren, das wir sonst beobachtet haben. Das ist auch wieder einer der schönen Streiche des Faßbender! Jedenfalls," schließt er, „muß eine genaue Untersuchung und eine eclatante Bestrafung der Schuldigen uns in den Augen von ganz Europa rechtfertigen. Am besten würde man den Erzherzog Karl verständigen, er solle sich darauf beschränken, alle, auf welche nur der geringste Verdacht von thätiger Theilnahme oder Nachlässigkeit fällt, in Haft zu nehmen, ohne aber ein Urtheil zu sprechen, weil ihr Prozeß in allen Formen Rechtens mit aller möglichen Oeffentlichkeit betrieben werden muß. Vielleicht könnte der Kaiser diese Angelegenheit Lehrbach zuweisen[2])." Der Brief zeugt deutlich von der Ueber-

1) Bericht Eyben's als Beilage zu einer Depesche des Grafen Görtz aus München vom 8. Mai, im preußischen Staats-Archiv.

2) Vivenot, Rastadter Congreß, S. 311.

raschung und Bestürzung, die das Ereigniß in Wien hervorrief. Der Reichs-Vicecanzler, Fürst Gundacker Colloredo, stellte sogar den Antrag: der Erzherzog möge Massena einladen, einige rechtliche Männer von seinem eigenen Generalstab oder von seinen Auditoren als Zeugen der Untersuchung beiwohnen zu lassen. Dagegen erklärt sich Thugut am 13. Mai; denn die Franzosen, meint er, würden voraussichtlich nicht rechtliche und unparteiische Männer hierzu beordern, sondern geflissentlich Leute ihrer Art, die dann mit Insolenz Alles, was man bei der Untersuchung vorkehre, tadeln und erschweren würden. Thugut meint, es genüge, nach geendigter Untersuchung dem französischen Commandirenden die Protocolle mitzutheilen. Ferner könne man die kurmainzischen, preußischen und dänischen Minister, welche zur Zeit des Ereignisses noch in Rastatt sich aufgehalten hätten, einladen, der Untersuchung beizuwohnen, oder die Commission durch schriftliche Mittheilungen zu unterstützen. Hudelist brachte diesen Wunsch in Berlin zur Sprache, und das preußische Ministerium beeilte sich, dem Grafen Görtz die nöthigen Anweisungen zu ertheilen. Der Gesandte berichtet freilich am 27. Mai aus Regensburg, man höre noch nichts von einer Untersuchung; der kaiserliche Concommissar, Herr von Hügel, suche seinen Vertrauten einzureden, die Szekler seien nicht so schuldig, als man früher angenommen habe. Gerade an demselben Tage macht aber Thugut dem Kaiser den Vorschlag, in Anbetracht der gräulichen Lästerungen gegen den Allerhöchsten Hof die Reichsversammlung zur Theilnahme an den Prozeßverhandlungen aufzufordern, und am 6. Juni ergeht das entsprechende Hofdecret. „Seine Kaiserliche Majestät," heißt es darin, „wollen, daß bei der Untersuchung dieses leidigen Vorfalls, den Sie als eine deutsche National-Angelegenheit betrach-

1) Thugut an den Kaiser, 13. April, an Hudelist, 15. April, bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 119. Das preußische Ministerium an Görtz, 26. Mai; Görtz an das Ministerium, 27. Mai, Pr. St. A. Die Reichstags-Verhandlungen bei Helfert a. a. O., S. 143 fg., 347.

ten, selbst der möglichste Verdacht irgend einer Connivenz entfernt werde. Daher ergeht an die Reichs-Versammlung der Antrag, sowohl einige Deputirte aus ihrem Mittel der eröffneten Untersuchung beiwohnen zu lassen, als auch in dem hierüber baldmöglichst zu erstattenden Gutachten mit patriotischer Offenheit Alles an Handen zu geben, was die Wichtigkeit eines so unerhörten und verabscheuungswürdigen Vorfalls erheischen dürfte." Friedrich Gentz pries damals in seinem historischen Journal überlaut diesen Schritt der österreichischen Regierung; ein guter Genius, meint er, habe dem kaiserlichen Hofe diesen glücklichen Gedanken eingegeben. Wer aber mit dem Gange der regensburger Verhandlungen vertraut war, konnte den Erfolg allenfalls vorhersehen. Nach längeren Verhandlungen begnügte sich der Reichstag am 9. August, die ganze Angelegenheit vertrauensvoll der Weisheit des Kaisers zu überlassen, und der „reichs-oberhauptliche Justiz-Eifer," auf welchen einige geistliche Reichsstände mit besonderem Vertrauen verwiesen hatten, fand wenigstens öffentlich keine Gelegenheit mehr, sich in dieser Angelegenheit hervor zu thun. Die vom Erzherzog angeordnete Untersuchung war von Wien aus sistirt worden, weil sie als eine blos militärische nicht hinreichend erscheine. Von der Commission, welche an ihrer Stelle eintrat, erfuhr man, daß sie im October ihre Arbeiten beschlossen und die Acten nach Wien gesandt habe, allein von ihren Ergebnissen, von der Bestrafung auch nur eines der Betheiligten nicht das Geringste.

Ein solches Verfahren forderte Anklagen heraus, und sie sind nicht ausgeblieben.

Zunächst von Seiten des französischen Directoriums. Hier wirkte neben der Rachgier zugleich die Absicht, das Verbrechen für politische Zwecke auszubeuten. Frankreich war des Krieges müde. Was konnte wirksamer die nationalen Leidenschaften wieder anfachen, als wenn das Gehässige einer solchen That sich auf die österreichische Regierung wälzen ließ? Maudissez l'Autriche! schließt Debry seinen officiellen Bericht. „Die

öffentliche Meinung in Rastatt," erzählt er, „war nicht zweifelhaft über dies Verbrechen. Sie verfluchte es und schrieb es öffentlich Oesterreich zu. Wenn ich dem, was man mir in dieser Rücksicht sagte, glauben darf, so war der Civil-Commissar bei der Armee des Erzherzogs, derselbe Lehrbach, dem wir alle Pässe, die er von uns forderte, gegeben hatten, dem Plane nicht fremd, die drei Minister ermorden zu lassen, die Gesandtschafts-Papiere wegzunehmen und den Räubern als Lohn die Plünderung zu gestatten[1])." Alle Maßregeln des Directoriums wie der unteren Behörden waren darauf berechnet, diesen Glauben zu erhalten. In Mainz wurde die That im Theater von der Bühne verkündet und mit dem Ruf: Rache! Rache! Tod den Deutschen! beantwortet. Bei Straßburg verbanden sich die Soldaten, den Szeklern ferner kein Quartier zu geben. Am 6. Mai erging eine Proclamation des Directoriums an alle Departements, und am folgenden Tage ein Manifest an alle Völker und Regierungen, um den allgemeinen Fluch gegen Oesterreich herauf zu beschwören[2]). Im Gesetzgebenden Körper wurden die Sitze Bonnier's und Roberjot's mit zerrissenen, blutbefleckten Kleidern verhüllt; beim namentlichen Aufruf antwortete der Präsident: Ermordet beim rastatter Congreß! und die Secretäre erhoben sich mit dem Ausrufe: Ihr Blut komme über ihre Mörder! Am 20. Mai hatten die neu gewählten Deputirten den Eid auf die Verfassung abzulegen. Debry befand sich unter ihnen. „Beim Aufruf seines Namens," erzählt der Moniteur, „richten sich alle Blicke auf ihn. Er trägt den linken Arm in einer Binde. Sein Gesicht ist bleich und entstellt. Seine Stimme zittert[3])."

---

1) Debry, Narré fidèle, Straßburg, 6. Mai bei Häberlin, Staats-Archiv, VII, 132.

2) Moniteur, 9. Mai.

3) Moniteur, 22. Mai. Ernst Moritz Arndt, der sich damals in Paris befand, schildert die Sitzung als Augenzeuge (Reisen durch einen Theil Deutschlands, Ungarns, Italiens und Frankreichs, Leipzig 1804, II, 209). Debry's Bericht, schreibt er, habe ihn an die Erzählung Falstaff's von seinen nächt-

Er leistet den Eid, erzählt was ihm widerfahren, was man ihm in Rastatt gesagt: nicht die Deutschen, sondern die Oesterreicher hätten ihre Hände mit Blut befleckt. Die Wahl zum Präsidenten konnte danach nur auf den Geretteten fallen. Zum Andenken der beiden Todten hatte der Gesetzgebende Körper schon am 10. Mai in allen Cantonen der Republik, bei allen Armeen zu Wasser und zu Lande eine Todtenfeier angeordnet. In elf Artikeln wird bis ins Einzelne Alles vorgeschrieben, was die Leidenschaft und Rachgier der Menge aufstacheln sollte. François von Neufchateau, jetzt Minister des Innern, ließ die Gelegenheit nicht ungenutzt, seine poetisch-oratorische Begabung zu verwerthen[1]). Laut dem vierten Artikel wird an der hervortretendsten Stelle der Regierungs-Collegien, der Tribunale, der öffentlichen- und Privat-Schulen folgende Inschrift angeheftet: Am 9. Floreal des Jahres VII gegen neun Uhr Abends hat die österreichische Regierung durch ihre Truppen die französischen Minister ermorden lassen, welche in Rastatt über den Frieden unterhandeln sollten. Rache! „Diese Worte," befiehlt der Minister, „müssen von jetzt an mit lauter Stimme bei allen Dekaden-Festen wiederholt werden. Sie sind eine geheiligte Formel, welche der Präsident den Volksversammlungen vorspricht, und deren letztes Wort das Volk mit einem schrecklichen Ausdruck wiederholt. Vernachlässigen Sie Nichts, heißt es weiter, was dem Pomp des Festes einen düsteren, begeisternden Charakter geben kann. Künstler, legt zu

---

lichen Heldenthaten erinnert. Die Behauptung des Franzosen, „er sei von 24 Wunden durchbohrt, halbtodt von ein Paar Bauern nach Rastatt gebracht," habe den Spott seiner eigenen Collegen erregt. Aber die Uebertreibung ist hier auf Seiten des Deutschen. Debry's Rede, wie der Moniteur sie mittheilt, ist in Anbetracht seiner Erlebnisse nicht einmal besonders leidenschaftlich zu nennen, von nächtlichen Heldenthaten erzählt sie gar nichts. Debry konnte auch gar nicht sagen, was Arndt ihn sagen läßt, wenn er sich nicht mit seinen officiellen Berichten in Widerspruch setzen wollte, die über seine Wunden nichts enthalten, was nicht durch deutsche Gesandte bestätigt würde.

1) Moniteur, 12. Mai und 29. Mai.

Füßen dieser Urnen, dieser Mausoleen, dieser Pyramiden den Oelzweig zerrissen und blutig, zeigt die Natur verhüllt, die Menschheit in Thränen, die Fackeln der Philosophie und Beredsamkeit erloschen und zertreten, den Genius der Politik, wie er die verbündeten Nationen zu den Waffen ruft! Stellt auf Basreliefs oder Friesen diese blutigen Scenen in all' ihren Schrecken dar! Zeigt den Despotismus, wie er das Blut aus einer Schale trinkt, malt die Republikaner, wie sie zu den Waffen greifen und das Ungeheuer zu Boden werfen! Fehlt es an Zeit, so bedient euch kurzer und beredter Inschriften. Laßt auf den öffentlichen Plätzen blutige Figuren, von Dolchstichen durchbohrt, umhertragen. Den klagenden Tönen einer herzzerreißenden Musik folge ein hehres Stillschweigen, plötzlich unterbrochen durch den Schrei nach Rache. Barden der Freiheit, ergreift die Leyer! Wie Tyrtäus ruft die hochherzigen Schatten wieder auf! Zeigt sie in Mitten unserer Soldaten, vor den Fahnen herziehend und zum Siege führend; mit den Tönen Eurer Leyer möge der Klang geschwungener Waffen sich vermischen, so daß es scheint, als wenn zahlreiche Phalangen wüthend aus der Erde emporstiegen! Es gab im Alterthume," schließt das Circularschreiben, „eine düstere Sitte, die man mit Vortheil wieder erneuern könnte. Bei den Alten weihte man den Furien den Namen und das Gedächtniß der Vatermörder und anderer Verbrecher, welche die Natur durch neue Frevel schaudern ließen. So weihten die Griechen Orestes, die Römer Nero den Furien. Ein Magistrat des Volkes könnte zu Ende der Ceremonie folgende hehre und schreckliche Beschwörung ertönen lassen: Das französische Volk weiht den Tyrannen Oesterreichs den Furien, es verkündet seine Verbrechen der empörten Welt, es appellirt an alle Völker, an seine getreuen Verbündeten, an seinen eigenen Muth, es beauftragt die Republikaner mit seiner Rache. Krieg gegen Oesterreich! Rache! Rache! Rache!" Alles dieses galt aber nur für die Provinzen. In Paris verordnete ein besonderes Programm für den 8. Juni eine Feierlichkeit, die an pomphaften Reden, Ceremonien und

Gefängen das, was man bisher gelesen, noch bei weitem überbot[1]).

Trotz so vieler Anstrengungen erreichte man doch nicht was man wollte. Gleich der erste Plan Talleyrand's mißlang. Das Manifest des Directoriums an die Völker und Regierungen spricht von der Entrüstung, welche alle Botschafter und Bevollmächtigte der befreundeten und neutralen Mächte energisch ausgedrückt hätten. Talleyrand suchte in der That die sämmtlichen Diplomaten in Paris zur Unterzeichnung einer für Oesterreich beleidigenden Erklärung zu bewegen. Die Vertreter der kleineren und abhängigen Mächte, darunter auch Deutsche, durften sich nicht weigern; aber Talleyrand erhielt doch kein Document das er öffentlich gebrauchen konnte. Denn gerade der, auf den es am meisten ankam, Sandoz, war klug genug, in diese Falle nicht hinein zu gehen, auch nicht, als Talleyrand seinetwegen eine andere Fassung vorlegte. „Ich würde die Erklärung nach dem Vorgange des Ritters Azara unterzeichnet haben," schreibt der preußische Gesandte — in Buchstaben, also zunächst für Talleyrand — „hätte ich nicht eine freilich indirecte aber unzweideutige Anschuldigung gegen den Wiener Hof als Mitschuldigen dieses Verbrechens darin gefunden. Ich habe gefühlt, daß ich einen solchen Verdacht, wenn ich ihn als Privatmann nicht habe, auch als Minister nicht haben dürfte. Weiter habe ich gefühlt, daß der neutrale Standpunct, welchen Ew. Majestät eingenommen haben, von Seiten Ihrer Minister ein in jeder Weise entsprechendes Benehmen erfordere[2])."

---

1) Moniteur, 3. Juni, 10. Juni fg.

2) Sandoz, 6. und 9. Mai; Talleyrand an Abel, 10. Mai: Vous serez sûrement empressé de manifester spontanément l'indignation dont vous aurez été saisi. Vreede, La Suabe après la paix de Bâle, S. 116. Im Ministerium des Auswärtigen zu Paris findet sich Sandoz' ablehnende Antwort an Talleyrand vom 6. Mai und eine Erklärung contre la perfide Autriche, qui à trempé ses mains dans le sang républicain, unterzeichnet von den Schweizern Zeltner und Jenner und Anderen.

Auch die Wirkung auf das französische Volk war den Hoffnungen des Directoriums nicht entsprechend. Der ersten Nachricht folgte allerdings eine nur zu begreifliche Erbitterung. „Das Ereigniß," fährt Sandoz fort, „ist dem Directorium weit nützlicher als seinen Urhebern. Es hat schon gedient, den gesetzgebenden Körper willfährig zu machen und den geschwächt darniederliegenden National-Sinn wieder zu wecken. Das Geld, das heißt die neue Personal-Steuer, wird viel leichter erhoben, und der Krieg mit weit größerer Energie betrieben werden." Aber Sandoz setzt schon hinzu, es sei doch sehr ungeschickt, mit der Ankündigung des Gesandten-Mordes sogleich eine Geldforderung zu verbinden; man habe das Gegentheil von dem, was man wollte, dadurch herbeigeführt. Auch das aufdringliche Rachegeschrei erregte mehr Spott und Hohn als nachhaltigen Zorn. Man darf dem jungen Wanderer Ernst Moritz Arndt wohl glauben, was er als Augenzeuge von dem so pomphaft angekündigten Todtenfest des 8. Juni berichtet. „Die verschiedenen Vive la république!" erzählt er, „wurden ohne Theilnahme nur von Wenigen aus der Menge wiederholt; desto eifriger und lustiger aber machte man Glossen über Alles, erzählte sich ärgerliche Anekdoten von den Gesandten; ja mancher meinte, es sei ihnen Recht geschehen, und eben so sollte es der Regierung gehen, weil sie dem Volke nicht habe den Frieden geben wollen, als es in ihrer Macht stand." Schon am 18. Mai kannte man in Berlin ein Spottlied[1]) gegen die Ermordeten. Den überlebenden Jean Debry nannte man höhnisch l'homme à quarante

1) Einem Document vom 18. Mai im preußischen Staats-Archiv liegt bei: Extrait d'une lettre de Strassbourg: On chante à Paris sur l'air: Elle est morte la vache du Pannier:

Ils sont morts, Roberjot et Bonnier,
Ils sont morts, il n'en faut plus parler.
Qui les vengera?
Qui les pleurera?
Ils sont morts, pourquoi les regretter?
Ils sont morts, il faut les oublier.

blessures, weil sein Secretär Belin in einem ersten, aufgeregten Briefe ihm zwar nicht vierzig aber doch dreizehn Wunden in Folge von vierzig Säbelhieben angedichtet hatte[1]). Und noch weit Schlimmeres sagte man der Regierung nach. Die Art, wie das Verbrechen vom Directorium ausgebeutet wurde, legte Jedem den Gedanken nahe, daß es im Grunde einzig dem Directorium zum Vortheil gereiche. Für Feinde war dann nicht weit bis zu der Folgerung, die im Criminal-Proceß die ersten Maßnahmen des Untersuchungs-Richters zu bestimmen pflegt. „Is fecit, cui prodest" war das Motto einer Flugschrift, welche im Sommer 1799 im französischen Original und in deutscher Uebersetzung zahlreiche Leser fand[2]). Derselben Beweisführung folgen noch zwei Flugschriften, beide offenbar von Emigranten verfaßt, die eine: Lettre d'un habitant de Paris à son ami à Berlin, kurz, oberflächlich, mehr leidenschaftlich als treffend, die andere: Réflexions sur la catastrophe des ministres de la république francaise à Rastadt, eingehend, schneidend, in ihrer Art scharfsinnig, so daß sie einem vormals königlichen Procurator nicht eben zur Unehre gereichte. Alle kommen zu dem Schluß: nicht die österreichische Regierung, sondern das Directorium habe in eigenem Interesse die Gesandten umbringen lassen. Aber das sind Aeußerungen von Feinden, von politischen Gegnern aus der Ferne; wichtiger ist was in Frankreich selbst, im Heere, in den Provinzen, ja in maßgebenden Kreisen der Hauptstadt gesprochen wurde. Eggers berichtet in seinen Reisebriefen: französische Offiziere, denen er in Zürich begegnet sei, hätten die ganze Sache sehr leicht genommen, aber endlich hinzugefügt: Nur ihre eigene Regierung, das Directorium, könne man einer solchen Schlechtigkeit für fähig

---

1) Belin an den Repräsentanten Noblet, Straßburg, 1. Mai; Moniteur, 4. Mai.

2) Auteurs de l'affreux assassinat des ministres de la république Française à Rastadt, Helfert a. a. O. S. 137, 326. Ganz ohne Grund hat man Gentz als Verfechter derselben Ansicht aufgeführt.

halten[1]). Debry selbst scheint durch unvorsichtige Reden solche Gerüchte befördert zu haben. „Es war ihm," schreibt Sandoz am 2. Juni, „die Aeußerung entfallen, das Directorium könne sich glücklich preisen, Bonnier's und Roberjot's entledigt zu sein. Denn Beide, insbesondere Bonnier, hätten in der letzten Zeit des Congresses ihre Entrüstung gegen die Regierung nicht verborgen. Nach ihrer Rückkehr hätten sie das Directorium öffentlich für die Verhinderung des Friedens und den Ausbruch des neuen Krieges verantwortlich machen wollen." Daraus bildete dann der Parteihaß ausführliche Historien: das Directorium, oder einige seiner Mitglieder hätten im Bewußtsein ihrer Schuld, aus Furcht vor unbequemen Enthüllungen den Mord durch verkleidete, von Straßburg abgesandte französische Soldaten, oder durch bestochene Oesterreicher vollziehen lassen. Als Instrument des Frevels nannte man den Courier Lemaire, oder da dieser gerade zur Zeit des Ereignisses sich in österreichischer Haft befand, keinen geringeren als den überlebenden Gesandten. Debry sollte die vielbesprochenen Scheinwunden sich selber beigebracht, in der That den Ueberfall geleitet haben. So albern diese Anschuldigung klingt, sie fand sogar in Paris Gläubige und Vertreter. Auch der Wittwe Roberjot's kamen, wie es scheint, solche Reden zu Ohren, um die erschreckte, aufgeregte Frau vollends zu verwirren. Sandoz schreibt am 12. Juni: „Madame Roberjot hat die Einladung des Directoriums zu der Leichenfeier vom 8. Juni mit Entrüstung zurückgewiesen. Sie will auch Debry nicht empfangen und beschuldigt ihn, er habe als Instrument bei der Ausführung des Complottes gegen ihren Gemahl und Bonnier gedient. Sie redet so laut und rücksichtslos von dem Haß der Directoren gegen die zwei ermordeten Gesandten, daß ihre Freunde sich in der äußersten Verlegenheit befinden. Die Parteigänger des Directoriums möchten sie für wahnsinnig ausgeben, aber sie werden im

1) Eggers aus Regensburg, 21. Juni 1799, Briefe über den Rastadter Congreß II, 250.

Publikum für diesen angeblichen Wahnsinn schwerlich Glauben finden." Wie weit doch die Leichtgläubigkeit gehen kann, zeigt Sandoz selbst, wenn er, jenen Albernheiten beipflichtend, fortfährt: „Ich habe an Jean Debry nichts bemerkt, was den Mann von vierzig Wunden ankündigte. Er trägt allerdings, freilich mit vieler Grazie, den Arm in einer Binde und hat an der Nase eine leichte Schramme. Das ist aber auch der einzige Schaden, den er erlitten oder zu erleiden eingewilligt hat[1])."

Ich denke in dem folgenden Bande das Parteiwesen in Frankreich eingehender darzustellen. So viel ergiebt sich schon aus dem früher Gesagten: Den Anhängern Bonaparte's mußte es höchst erwünscht sein, Anklagen solcher Art gegen das Directorium in Umlauf zu setzen. Bemerkenswerth ist deßhalb was Sandoz nachträglich meldet: „jene unvorsichtigen Aeußerungen Debry's seien an Joseph Bonaparte gerichtet worden. Dieser gehöre zu den erbittertsten, gefährlichsten Gegnern der Regierung, habe auch seinen Bruder bald nach der Abreise vor den Umtrieben des Directoriums gewarnt und ihn gebeten, den Schmeicheleien Talleyrand's und Merlin's ja nicht zu trauen[2])." Danach kann es nicht Wunder nehmen, daß Napoleon später die Anklagen gegen das Di-

---

1) Sandoz, 12. Juni: Madame Roberjot a rejetté avec indignation l'invitation que le Directoire lui avait addressée, qu'elle assistât à la pompe funèbre célébrée le 20. Prairial. Elle ne veut pas voir Jean Debry, qu'elle accuse, d'avoir servi d'instrument à l'exécution du complot, tramé contre son mari et Bonnier. Elle parle si haut et avec si peu de ménagement de la haine des directeurs contre les deux plénipotentiaires assassinés, que ses amis sont dans une peine extrême. Le parti directorial voudrait la faire passer pour folle, mais il convaincra difficilement le public de cette prétendue folie. Je n'ai rien apperçu dans Jean Debry, qui annoncât l'homme aux quarante blessures. Il porte à la vérité, mais avec beaucoup de grace, son bras en écharpe; une legère égratignure au nez, voilà le seul échec, qu'il ait souffert, ou qu'il a consenti d'essujer.

2) Sandoz, 7. Juni.

rectorium geglaubt, oder doch zu glauben sich den Schein gegeben hat. Bekanntlich hat er ihnen noch in St. Helena in seinen Denkwürdigkeiten Worte geliehen [1]). Für den Richter wäre ein Zeugniß aus seinem Munde werthlos, aber für den Geschichtsschreiber bleibt es immer von Wichtigkeit. Denn es erklärt, warum später, nach dem Siege Frankreichs, gar keine Genugthuung für die schreiende Verletzung des Völkerrechts gefordert wurde. Der erste Consul nahm es schon übel auf, als Debry zu Anfang des Jahres 1800 im Tribunat an den Oelzweig des Friedens erinnerte, der in Rastatt von Husaren-Säbeln zerstückt sei. In den lüneviller Verhandlungen finde ich den Mord nur einmal erwähnt. Cobenzl schreibt am 27. Januar 1801, Joseph Bonaparte habe in sehr heftigen Ausdrücken von dem Tode Bonnier's und Roberjot's gesprochen, jedoch ohne ihn Oesterreich beizumessen; er habe vielmehr die Albernheit begangen, England die Schuld zu geben [2]). Beim Abschluß des Friedens schrieb Joseph an Debry: das rastatter Ereigniß sei Ursache, daß man die Friedens-Verhandlungen nicht wieder in Deutschland angeknüpft, sondern in eine französische Stadt verlegt habe [3]). Weitere Genugthuung, wie sie Debry mit Recht erwarten mochte, wurde von französischer Seite nicht einmal angeregt. Auch bei dem neuen Imperator hatte Debry sich niemals irgend einer Gunst zu erfreuen. Seine

---

1) Montholon, Mémoires de Napoléon, VI, 32 fg., Paris 1825.

2) Cobenzl an Colloredo, Lüneville 27. Jan. 1801: Il fit mention en termes très insultants du malheureux événement, qui mit fin aux jours de Roberjot et Bonnier, sans aller cependant jusqu'à nous en accuser, mais ayant l'absurdité de l'imputer à l'Angleterre. Am 1. November 1800 meldet er, er habe Tages vorher einen anonymen Brief erhalten, dans laquelle la catastrophe de Bonnier et Roberjot est attribuée à des personnes en place ou à des membres même du gouvernement. Le gouvernement actuel a gardé jusqu'à présent vis à vis de moi silence sur cet objet.

3) Thibaudeau, Mémoire sur le congrès de Rastadt, bei Martens, Nouvelles causes célèbres, II, 166, Leipzig 1843.

Entfernung von Paris nach Besançon als Departements-Präfect wurde nicht mit Unrecht als ein Beweis von Ungnade angesehen.

Ist es nöthig hinzuzufügen, daß dem Verdacht nicht allein gegen Debry, sondern auch gegen das Directorium jeder Schatten einer Begründung fehlt? Von einem tiefer gehenden Zwiespalt zwischen dem Directorium und den Gesandten zeigt die Correspondenz keine Spur, mag auch Bonnier zuweilen in seiner bitteren, grämlichen Weise sich geäußert, oder Roberjot die Einwendungen gegen seinen Säcularisations-Plan unwillig aufgenommen haben. Nicht etwa Debry, sondern Roberjot war der Bevorzugte seiner Regierung, der Vertraute Talleyrand's, der langjährige Freund Merlin's. Bonnier stand wieder dem Director Barras nahe. Also gerade die entgegengesetzten Parteien des Directoriums hätten jede ihren besonderen Anhänger ermorden lassen? Man denke von den Directoren wie man will, aber nichts berechtigt uns, auch nur einen unter ihnen einer so gemeinen Nichtswürdigkeit für fähig zu halten. Und selbst wenn sie wollten, fehlten sogar die Mittel. Wir werden sehen, daß der Mord, worauf es doch dem Directorium einzig ankommen konnte, sich nicht aus der Ferne vorbereiten, sondern nur durch rasche Benutzung des Augenblicks zur Ausführung bringen ließ. Und würde wohl die österreichische Regierung, wenn die Untersuchung nur den geringsten Anhaltspunkt gegen das Directorium ergeben hätte, ihn der Oeffentlichkeit vorenthalten haben? Es hieße Zeit verschwenden, eine Beschuldigung solcher Art noch ausführlicher zu widerlegen. Wenn die Partei Bonaparte's dergleichen verbreitet hat, so verdiente sie, daß Jemand von der Gegenseite dem Obergeneral in Aegypten den Mordplan Schuld gegeben hätte, um eine Thorheit durch die andere wett zu machen.

Ueberboten wird sie nur durch die Leichtfertigkeit, mit welcher man die Königin Caroline von Neapel als Anstifterin genannt hat, eine Frau, die damals in Sicilien nicht viel weniger als Bonaparte von dem europäischen Verkehr ausgeschlos-

sen war. „Keine Nachricht von meinem lieben Kinde" schreibt sie am 21. Februar ihrer Tochter aus Palermo, „von keinem Menschen auf dem Festland! Wir sind wie aus der Welt." Gerade am Tage der Mordthat erhielt sie aber nach mehr als viermonatlicher Unterbrechung durch sieben Couriere einunddreißig Briefe der Kaiserin auf einmal, den ältesten vom 14. Dezember, den jüngsten vom 4. März. Gewiß die passendste Gelegenheit, die Mörder bei Rastatt noch in Bewegung zu setzen! Daß in der Fluth französischer Memoiren zu Anfange dieses Jahrhunderts solche Hirngespinste auftauchen, mag nicht befremden; aber um so mehr, daß sie bis in die neueste Zeit von ernsten Forschern ernstlicher Begründung werth geachtet wurden [1]).

Nach übereinstimmenden Aussagen der betheiligten Franzosen wie der am nächsten Tage gerichtlich vernommenen Kutscher ist die That von österreichischen Husaren ausgeübt. Aber dadurch verliert sie keineswegs den geheimnißvollen Charakter. Handelten die Husaren aus eigenem Antriebe, oder auf Befehl ihrer Oberen? Waren noch andere Personen als Anstifter, oder gar bei der Ausübung des Verbrechens betheiligt? Auf alle diese Fragen giebt es noch keine bestimmte Antwort. Man kann ohne Uebertreibung sagen: das Geheimniß dieser That findet in der Geschichte aller Zeiten nicht leicht seines Gleichen. Es fehlt nicht an unerklärlichen Verbrechen; allein sie sind dann regelmäßig in tiefer Verborgenheit zur Ausführung gelangt und von Anfang an auf die kleinste Zahl von Betheiligten und Mitwissern beschränkt gewesen. Aber wo wäre jemals sonst eine solche Gewaltthat offen von so Vielen gegen so Viele verübt worden, hätte unmittelbar nachher die Auf-

1) Man müßte neben manchen Andern den französischen Director Gohier (Mémoires, Paris 1824, I, 59) und die Herzogin von Abrantes (Mémoires II, 66) nennen, aber noch in neuester Zeit Georg Müller's Inaugural-Dissertation: der Rastadter Gesandten-Mord, Leipzig 1873. Helfert a. a. O. S. 183—185, 248 fg. hat darüber alles Nöthige gesagt.

merksamkeit der Welt, die Thätigkeit gerichtlicher Untersuchungen und den unermüdlichen Eifer wissenschaftlicher Forschung in Anspruch genommen, und wäre doch ein Geheimniß geblieben? Denn über den eigentlichen Mord wissen wir noch heute nicht viel mehr, als vor achtzig Jahren, und selbst der Ueberfall der Gesandten, die Wegnahme der Papiere und das Verhältniß der verschiedenen Theile des Ereignisses zu einander stehen noch keineswegs in klarem Licht. In den früheren Abschnitten habe ich mich bemüht, eine sicher beglaubigte Erzählung den ursprünglichen Quellen zu entnehmen. Die Leser dieses Buches werden entschuldigen, wenn ich zum Schlusse doch noch auf Vermuthungen, Möglichkeiten und verschiedene Meinungen mich einlassen muß.

Da österreichische Husaren als die Thäter erschienen, und die österreichische Regierung gleichwohl in unverbrüchlichem Schweigen verharrte, so kann es nicht Wunder nehmen, daß sie zunächst vom Verdacht getroffen wurde. Nicht allein in Frankreich, sondern auch in Deutschland. Der gemeinschaftliche Bericht der Gesandten vermeidet zwar bestimmte Anklagen, neigt aber unverkennbar dieser Auffassung zu. Schon in den ersten Tagen nannte man Thugut und Lehrbach, ganz besonders den letzteren. Dohm, der Verfasser des Berichtes, nahm, wo er immer konnte, die Gelegenheit wahr, seinen alten Gegner in der gehässigsten Weise zu verunglimpfen. Debry beruft sich, wie wir sahen, in seinen ersten Berichten auf das, was man ihm in Rastatt gegen Lehrbach gesagt habe. Und Sandoz schreibt am 6. Mai: man behaupte, die kaiserliche Gesandtschaft, voll Argwohn, daß die französischen Gesandten den preußischen die geheimen Artikel von Campo-Formio bekannt gemacht hätten, und daß irgend eine geheime Uebereinkunft zwischen Frankreich und Preußen abgeschlossen oder im Werke sei, habe diesen Mord angestiftet, um sich der Papiere, die darüber Auskunft geben könnten, zu bemächtigen [1]). Hormayr,

1) Sandoz, 6. Mai: Qui a médité et consommé ce crime? Que

freilich der unzuverläßigste Schwätzer, hat dann die Absichten Lehrbach's auf baierische Papiere mit der Miene des völlig Eingeweihten auseinander gesetzt[1]). Selbst ein so wohlwollender, verständiger Mann, wie Hans von Gagern, der Sohn des Congreß-Gesandten, ist der Meinung, „Lehrbach's rohem Charakter sei die That wohl zuzutrauen[2])."

Und doch ist von Allen, die unter den Verdächtigen genannt wurden, Niemand freier von Schuld als Lehrbach, ja keines Anderen Schuldlosigkeit mit solcher Sicherheit erweisbar. Schon die Depeschen aus Rastatt könnten darüber belehren. Sein Verhältniß zu den französischen Gesandten war nicht feindseliger, als die politische Lage eben mit sich brachte. Aber wäre er auch persönlich weit mehr gereizt worden, ein Mann von so scharfem, richtigem Verstande, so ängstlich besorgt, den Franzosen nur ja keinen Anlaß zu öffentlicher Beschwerde zu geben, hätte einer so schreienden Verletzung des Völkerrechts sicher niemals zugestimmt. Dafür zeugen auch Lehrbach's spätere Briefe über das Ereigniß[3]), aber vor Allem gerade das Document, in

---

est ce donc que la politique du temps, si tels en sont les résultats? On dit, que la légation Impériale, soupçonnant celle de France d'avoir livré aux plénipotentiaires de votre Majesté les articles secrets du traité de Campo Formio, en a été l'auteur. On dit surtout, que cette même légation, soupçonnant l'existence de quelque arrangement secret ou de quelques liaisons formées ou à former entre la Prusse et la France a prémédité cet assassinat, pour s'emparer des papiers qui pouvaient fournir des éclaircissements à ce sujet. On dit surtout, que l'Angleterre a fait acheter par des émigrés Français l'exécution de cet attentat, afin d'écarter tout moyen de retour à la paix et d'éterniser la guerre. Que ne dira-t-on pas encore, et dans quel dédale de conjectures ne s'égarera-t-on pas?

1) Lebensbilder aus dem Befreiungs-Kriege, Jena 1841, I, 158, III, 138.

2) Mein Antheil an der Politik, Stuttgart 1823, I, 91.

3) Lehrbach an Thugut aus München am 13. und 14. Mai 1799 bei Helfert a. a. O., S. 392.

welchem man lange Zeit ein Geständniß der Schuld aus seinem eigenen Munde zu finden dachte. Der französische Akademiker Arnault gibt in seinen Memoiren einen roman-artigen Bericht. Ein bairischer Legations-Secretär sollte zu München im Gasthof zum goldenen Hirsch ein Gespräch zwischen Lehrbach und dem Secretär Hoppe durch die schlecht verschlossene Thür eines Nebenzimmers belauscht und für seinen Minister aufgezeichnet haben. Es ergab sich daraus, daß Lehrbach auf Befehl Thugut's den Obersten Barbaczy beauftragt hatte, die Papiere der französischen Gesandtschaft wegzunehmen. Am folgenden Tage belauschte derselbe Diplomat, wie Lehrbach Depeschen über das Attentat in Empfang nahm, heftig zürnte, daß man die Gesandten, statt sie seiner Anweisung gemäß etwas zu zausen, getödtet habe, und sich endlich mit der Erwägung tröstete, Oesterreich werde nun seine Feinde kennen lernen [1]). Diese oft wiederholte Erzählung hat in der Literatur eine breite Stelle eingenommen, oftmals Zustimmung, oftmals auch Zweifel an ihrer Wahrhaftigkeit und deßhalb an der Existenz der Aufzeichnung hervorgerufen, die sich in einem münchener Archiv befinden sollte. Den Bemühungen des Herrn von Sybel und des Freiherrn von Helfert verdanken wir, daß die baierische Archiv-Verwaltung das Document im Herbst 1876 beiden Historikern abschriftlich mittheilte. Es wurde mir durch die Güte des Freiherrn von Helfert bald nachher bekannt, und in Erinnerung an die unglaublichen Dinge, die es enthalten sollte, erwartete ich nichts anders, als eine der zahlreichen Fälschungen über diese Angelegenheit lesen zu müssen. Aber die ersten Seiten gaben den Beweis einer alten, echten Aufzeichnung. Die Sinnesart, ja die Ausdrucksweise Lehrbach's treten in den belauschten Reden so richtig und scharf zu Tage, Umstände, die nur die genaueste Kenntniß archivalischer Documente

1) Arnault, Souvenirs d'un sexagénaire bei Martens, Nouvelles causes célèbres, II. 159. Martens gibt noch zahlreiche literarische Notizen, andere finden sich bei Miliutin a. a. O., I. 507.

geben könnte, werden mit solcher Sicherheit, oft nur beiläufig erwähnt, daß unmöglich ein Fremder dergleichen hätte erfinden können. Das Ergebniß der langen Mittheilung ist denn auch das gerade Gegentheil der früheren Behauptungen und die unzweideutige Bestätigung dessen, was man ohnehin vermuthen konnte: Lehrbach war dem rastatter Ereigniß vollkommen fremd, durch die Nachricht wurde er nicht allein überrascht, sondern auch in Voraussicht der Nachtheile, die es mit sich bringen mußte, in die äußerste Bestürzung versetzt[1]).

Von Thugut kann man ungefähr dasselbe sagen; der Brief vom 5. Mai an Colloredo bezeichnet seine Stimmung deutlich genug. Nur eine Aeußerung seines Nachfolgers ist hier zu erwähnen. Wir haben einen Brief Cobenzl's, damals Minister des Auswärtigen, an Colloredo vom 4. October 1804. „Aus guter Quelle," schreibt Cobenzl, „erfahre er, daß verschiedene Offiziere des Generalstabs, welche mit militärischen Denkschriften über den Revolutionskrieg beschäftigt seien, Papiere in Händen hätten, aus welchen Alles, was zu dem traurigen Ereigniß in Rastatt Veranlassung gegeben habe, sich bis in's Einzelne erkennen lasse." Seine Folgerung geht dann freilich nicht dahin, über das Ereigniß öffentliche Auskunft zu geben, er meint gerade umgekehrt: „Papiere, aus denen man erkenne, was diese unglückliche Angelegenheit eigentlich gewesen sei, dürften nicht von so vielen Leuten gekannt werden. Es würde möglich und nothwendig sein, dieselben aus den Acten, welche für die fraglichen Denkschriften bestimmt wären, auszuscheiden[2])." Dabei läßt er einfließen, „man sage sogar, unter diesen Papieren be-

1) Sybel hat in dem Aufsatz: Graf Lehrbach und der rastatter Gesandten-Mord (Historische Zeitschrift, XXXIX. 46) die Protokolle des Lauschers, freilich nicht ganz vollständig, mitgetheilt. Die Ansicht, daß Lehrbach von der beabsichtigten Wegnahme des Gesandtschafts-Archivs vorher Kenntniß gehabt habe (S. 68), beruht auf einem Mißverständniß seiner Aeußerungen in dem vierten Procès-Verbal, S. 54.

2) Vivenot, Rastadter Congreß, S. 371.

finde sich ein Billet Thugut's, das ihn in die Angelegenheit verwickele. Aber dieser Umstand," setzt er sogleich hinzu, „scheint mir eine verläumderische Erfindung der Bosheit." Mag das Billet existirt haben oder nicht, Cobenzl's Auffassung scheint mir in jedem Falle berechtigt. Man kann es nicht unmöglich nennen, daß Thugut irgendwo seinen Unwillen gegen die Gesandten, oder den Wunsch geäußert hätte, von den Gesandtschafts-Papieren etwas im Besitz zu haben, das Preußen oder Baiern in Petersburg compromittiren könnte. Aber um zu glauben, ein so vorsichtiger Diplomat hätte solche Beweismittel durch eine völkerrechtswidrige Gewaltthat erkaufen wollen, müßte man seine Art zu handeln vergessen und zugleich die Geschicklichkeit des schwarzen Cabinets in Wien sehr gering anschlagen.

Von Soldaten läßt sich eine so sorgfältige Beachtung der diplomatischen Gesetze nicht mit gleicher Sicherheit erwarten, am wenigsten zur Kriegszeit und bei der Erbitterung, welche die Spionen-Dienste der französischen Gesandten hervorgerufen hatten. Auch kam in der That ein zweifelhafter Fall in Frage. Von österreichischer Seite betrachtete man den Congreß durch die Abberufung des kaiserlichen Plenipotentiars als aufgelöst. Nicht mit Unrecht; der Fehler lag nur darin, daß Metternich bei seinem Abgange sich nicht deutlich ausgesprochen hatte. Keine Regierung wird fremden Gesandten nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten das Recht zugestehen, ihren Aufenthalt willkürlich zu verlängern und ihre Correspondenzen in der bisherigen Weise fortzuführen. Man kann die Verhaftung des Couriers Lemaire am 25. April nach Barbaczy's Erklärung vom 22. nicht unbedingt als rechtswidrigen Act bezeichnen. Weit davon verschieden ist allerdings die Wegnahme eines Gesandtschafts-Archivs, also solcher Papiere, welche die Gesandten bereits besitzen, welche sie unter dem Schutz des Völkerrechts erhalten haben. Aber wäre es ein Wunder, wenn die Urheber des früher mitgetheilten staaderschen Briefes an Metternich

einen Unterschied vergessen hätten, den selbst die neuesten Erörterungen wohl ganz und gar in Abrede stellten?

Es ist früher bemerkt: wir haben sichere Spuren, daß um die Mitte April's ein Befehl, ein geheimer Auftrag in Bezug auf die französischen Gesandten für Barbaczy ausgefertigt wurde. Herr von Sybel hat das Verdienst, zuerst auf mehrere darauf bezügliche Excerpte in den überaus genauen, chronologisch geordneten Registern oder Protokoll-Büchern des österreichischen Kriegs-Archivs aufmerksam gemacht zu haben. „Ich fand," erzählt er, „in den Feldacten der deutschen Armee vom April 1799 ein eingelegtes, offenbar altes Blatt mit der Notiz, daß die Nummern 118, 135, 138, 140, 145, 156 der Serie aus den Acten entfernt und in Verwahrung zuerst eines andern Officiers und dann des Major Egger gegeben worden seien. Es ergab sich, daß ein Major dieses Namens in den Armeelisten seit 1815 nicht vorkomme, und so lag der Schluß nahe, eben diese Acten seien es, welche auf Veranlassung des Ministers Cobenzl im Jahre 1804 den Blicken der Generalstabsofficiere entzogen worden seien. Ob und wo sie noch existiren, war ich nicht in der Lage zu ermitteln. Einigen Ersatz aber lieferten die von Vivenot und Helfert offenbar nicht beachteten Protokoll-Bücher, in welchen der Inhalt der secretirten Briefe in gewohnter Weise angegeben war[1])." Jedenfalls sind die von Sybel mitgetheilten Excerpte interessant und dankenswerth; daß sie aber den Inhalt der im Jahre 1804 ausgeschiedenen Papiere anzeigten, ist wenig wahrscheinlich. Ueber den Major Egger von Eggstein, der unzweifelhaft hier gemeint ist, kann der erste beste Militärkalender aus den dreißiger Jahren Auskunft geben. Er war Vorstand des Kriegs-Archivs und wurde 1834 zum Major befördert; offenbar hat er also nach diesem Zeitpunkt die Papiere in Verwahrung genommen. Aber noch in viel späterer Zeit läßt ihr Vorhandensein auf dem Kriegs-

1) Sybel, Urkundliches über den Rastadter Gesandtenmord in der deutschen Rundschau, October 1876, Jahrgang III, S. 61.

Archiv sich nachweisen. Denn zwei der bezeichneten Documente und zwei der wichtigsten, nämlich in der Nummer 156: das Schreiben Kospoth's an den Erzherzog „über die unglückliche Begebenheit" und die Antwort des Erzherzogs vom 1. Mai, sind von Vivenot in seinem Buche über den rastatter Congreß dem ganzen Wortlaute nach bereits abgedruckt[1]). Man darf danach schließen, daß wenigstens zwei Nummern der geheimen Papiere im Jahre 1869, als Vivenot auf dem Kriegs-Archiv seine Studien machte, dort noch vorhanden waren. Ich schließe es aber auch für die übrigen aus einer Stelle seiner Einleitung. Sybel bemerkt einmal, Vivenot habe „eine Ordre des Armee-Commando's auf Aufhebung der französischen Couriere und Depeschen publicirt." Aber Vivenot hat diese Ordre gerade nicht publicirt; er sagt nur S. CXXXIII: „Die österreichischen Acten beweisen, daß vom Armee-Commando im allgemeinen der Befehl gegeben war, sämmtliche französische Couriere und alle Briefschaften und Depeschen der französischen Gesandtschaft aufzuheben; auch war den Vorposten-Commandanten insbesondere aufgetragen, die Straße von Rastatt nach Selz zu beauf-

1) Vivenot, Zur Geschichte des Rastadter Congresses S. 117, 119. Das erste Document ist von Sybel wahrscheinlich deßhalb übersehen, weil er sein Excerpt aus dem Protokoll-Buch vom 29. April datirt, während es im Protokoll-Buch und im Original bei Vivenot richtig den 30. April als Datum zeigt. Die Wichtigkeit der Documente wird übrigens weit überschätzt, wenn Sybel (a. a. O., S. 50) meint, ihre Kenntniß „würde den Herren von Vivenot und von Helfert viele Mühe und Arbeit erspart, nämlich ihre Schriften über den Gesandten-Mord von vorn herein unmöglich gemacht haben". Das Helfert'sche Buch wird schon durch die überaus sorgfältige Sammlung des schwer zugänglichen Materials für den Historiker immer unentbehrlich bleiben, und Vivenot hat vielleicht nicht die Auszüge des Protokoll-Buchs, aber aller Wahrscheinlichkeit nach die Originale, welchen diese Auszüge entnommen sind, vor Augen gehabt. Schon vor zehn Jahren hat er im Wesentlichen gerade die Ansicht ausgesprochen, welcher Sybel in seinem letzten Aufsatz (historische Zeitschrift XXXIX, 76) sich anschließt. Sogar der Vivenot'sche Ausdruck: das rastatter Attentat sei ein Act militärischer Lynch-Justiz, wird in diesem Aufsatz als berechtigt anerkannt.

sichtigen." Wenn Vivenot nun so wichtige Actenstücke, die ihm offenbar vorlagen, gleichwohl nicht publicirt hat, so glaube ich mit großer Wahrscheinlichkeit schließen zu können, daß er sie nicht publiciren durfte, daß sie zu den bezeichneten, jetzt nicht mehr zugänglichen Papieren gehören. Immer wird man ungern die Hoffnung aufgeben, sie einmal veröffentlicht zu sehen; aber schwerlich werden sie in dem Maße, wie etwa die im Jahre 1804 secretirten Papiere, die Lösung des Räthsels — wenigstens was den Mord angeht — enthalten. Offenbar ist eine bedeutende Anzahl von Documenten in sehr früher Zeit, noch vor Anfertigung der Protokoll-Bücher, dem Kriegs-Archiv entzogen. Nicht einmal die Ordre des Erzherzogs vom 25. April zur Besetzung Rastatt's wird darin angeführt. Nur aus diesen Documenten und aus den Prozeß-Acten, von denen bis jetzt noch jede Spur verloren ist, kann man wahrscheinlich, auch nicht mit Sicherheit, den gewünschten Aufschluß erwarten.

Für jetzt sind es zwei Urkunden, welche hier zunächst in Betracht kommen. Die erste, im Original nicht bekannt, lautet in dem Excerpt der Protokoll-Bücher folgendermaßen:

„18. April, Oberst Barbaczy an General Görger. Berichtet, was er in Folge eines geheimen Auftrags hinsichtlich der zur Abreise sich vorbereitenden französischen Gesandten bereits eingeleitet hat und noch ferner veranlassen wird. Zugleich fragt er an, ob die aus badischen Truppen bestehende Escorte dieser Gesandten feindlich zu behandeln sei."

Die zweite ist im Original in den Acten noch vorhanden: „18. April. General-Major v. Merveldt [er stand in Hornberg südlich von Görger] an F. M. L. Kospoth [in Rothweil. Zuerst von der Hand des Secretärs ein Bericht über Streifzüge des Leutenant Scheibler. Es genügt dafür der Auszug des Protokoll-Buchs:] Unterlegt den Bericht des Leutenant Scheibler von Merveldt-Uhlanen mit Nachrichten über die Bewegungen und Anstalten des Feindes im Rheinthale und obengenannten Leutenants Gefecht mit einem feindlichen Cavallerie-Posten bei Ichenheim. [Dann macht Merveldt eigenhändig die Nachschrift:]

Herr General Görger hat in Rücksicht auf das gestern durch Courier erhaltene Schreiben des Obristleutenant Mayer die Anstalten so getroffen, daß, wenn die Szekler Husaren das Nest nicht lehr finden, die Sache wohl nicht fehlen wird. Hätte man nur ein Paar Tage früher diesen Wunsch geäußert."

Beim ersten Blick könnte man glauben, die Lösung des Räthsels wenigstens in wichtigen Punkten schon vor Augen zu haben. Barbaczy erhält einen geheimen, also mit besonderen Umständen verknüpften Auftrag. Der Auftrag bezieht sich auf die zur Abreise sich vorbereitenden französischen Gesandten und kann zu Feindseligkeiten gegen ihre aus badischen Truppen bestehende Escorte führen. Was liegt näher als der Gedanke: Man will die Gesandten auf dem Rückwege anhalten und — da die Absicht eines Mordes aus vielen Gründen ausgeschlossen ist — man will sie ihrer Papiere berauben? Dieser Schluß liegt nicht allein nahe, sondern man muß ihn auch, nach dem was bis jetzt bekannt ist, als berechtigt, wenigstens als zumeist berechtigt anerkennen. Einer genaueren Prüfung werden aber gleichwohl die Schwierigkeiten, die ihm entgegen stehen, nicht verborgen bleiben.

Denn Barbaczy versichert auf die Anfrage Albini's am 20. April ausdrücklich, er habe bisher keinen Befehl erhalten, die Person oder die Correspondenz irgend eines der Congreß-Mitglieder zu incommodiren. Warum giebt er noch am 20. diese Versicherung, da er doch am 22., sobald die neue Weisung von Görger eingetroffen ist, jede Verantwortung für die Correspondenz wie für die persönliche Sicherheit ablehnt? Noch mehr! wie kann der Erzherzog nach einem solchen Befehle später dem Obersten zum Vorwurf, ja zum Gegenstand der Anklage machen, daß er den Gesandten die Escorte verweigert habe? Man konnte doch unmöglich die Gesandten durch die eigene Escorte, die man ihnen mitgab, berauben wollen. Dann betrachte man noch einmal den Befehl vom 25. zur Besetzung Rastatt's. Dieser Befehl mußte nothwendig auch die Ausführung des früheren, also den Ueberfall der Gesandten zur

Folge haben. Ist es wahrscheinlich, daß man so kurz, ohne jeden Bezug auf den früheren Befehl sich ausgedrückt hätte, wenn er in der angegebenen Form bestanden hätte? Dazu kommt, daß ein Plan, die Gesandten auf der Rückreise anzufallen, Mitte April den Verhältnissen wenig entsprach. Denn die Gesandten bereiteten sich keineswegs, wie es in dem Excerpt heißt, zur Abreise vor; sie erklärten im Gegentheile, sie würden so lange als irgend andere Gesandte in Rastatt verweilen. Es handelte sich damals gar nicht darum, ihnen den Rückweg zu verlegen, sondern vielmehr sie aus dem Congreßort wegzutreiben, welchen Metternich erst unmittelbar vorher, am 13. April, verlassen hatte. Endlich scheinen selbst die Maßregeln Barbaczy's wohl auf eine Hinderung der Correspondenz, aber wenig auf eine Gewaltmaßregel gegen rückreisende Gesandte berechnet. Es läßt sich, wenigstens nach dem, was wir jetzt wissen, gar nicht absehen, wer die Gesandten hätte hindern können, wenn sie noch am Morgen des 28. unter dem Schutz einer badischen Escorte den kurzen Weg von Rastatt nach Plittersdorf zurücklegen wollten [1]).

Fragt man, was Mitte April der Lage am meisten entsprach, so ist es offenbar ein Verfahren, wie es gegen Trouvé zu derselben Zeit oder wenige Tage früher zur Anwendung

1) Erst am Nachmittag des 28. ließ Barbaczy zwei Offiziere und eine Anzahl Husaren von Gernsbach nach Rastatt aufbrechen. Mit Unrecht erklärt Helfert a. a. O. S. 321 das Zeugniß des gefangenen Schiffers „Zabern" über seine Erlebnisse in Gernsbach für ganz unglaubwürdig. Der Schiffer sagt nicht „den Unsinn, daß er am 4. April in Gernsbach österreichische Husaren getroffen habe," sondern daß er am 4. April von Mainz abgefahren sei, und der neunte Floreal ist nicht der 25., sondern der 28. April. Man kann freilich nicht wissen, ob nicht Burkhard und andere Offiziere bereits in einem Hinterhalte lauerten. Aber Albini erklärte den preußischen Gesandten am 28. Morgens, die österreichischen Patrouillen seien auf zwei Tage aus der Nähe von Rastatt zurückgezogen, und man sollte denken: wenn Szekler in irgend beträchtlicher Anzahl sich in dem Wäldchen bei Rheinau oder in der Nähe der Stadt aufgehalten hätten, so wäre es in Rastatt nicht unbekannt geblieben.

kam. Wir haben gesehen, der Offizier, welcher mit der Ausweisung beauftragt wird, erhält gleichfalls einen geheimen Auftrag. „Geheim" bedeutet aber keineswegs so viel als geheimnißvoll, sondern nur den Gegensatz zum Oeffentlichen. So braucht man auch in dem geheimen Auftrag für Barbaczy nicht nothwendig ein Geheimniß, sondern nur den Gegensatz zu der am 25. ausgestellten offenen Ordre, zu dem Ausweisungs-Befehl zu erkennen. Dem Verfahren gegen Trouvé entsprechend hätte die geheime Instruction Barbaczy anweisen müssen, sich der Umgebung von Rastatt zu versichern, so daß, wenn etwa die französische Gesandtschaft sich nicht fügen, und die badische Besatzung ihr Beistand leisten wollte, militärische Gewalt den Ausschlag geben könnte. Sollte vielleicht das Excerpt durch den Ausdruck „badische Escorte" die badische Besatzung von Rastatt bezeichnen? Dieser Auffassung steht freilich entgegen, daß in dem Excerpt von den „zur Abreise sich vorbereitenden Gesandten" Rede ist, und daß „Escorte" gewöhnlich soviel als Reisebegleitung bedeutet. Man muß aber in Erwägung ziehen, daß man in den Protokoll-Büchern unvollkommene, häufig ungenaue Inhalts-Angaben vor sich hat, die manches von unserm Sprachgebrauch Abweichende enthalten. Wer würde, um nur das Nächstliegende zu nennen, das, was in Stuttgart geschah, als „Aufhebung eines Gesandten" bezeichnen? Gleichwohl reden die Protokoll-Bücher beständig „von der Aufhebung des Bürgers Trouvé." Ich möchte aber diese Auffassung, obgleich sie den Verhältnissen am meisten entspricht, nur andeuten, ohne irgend eine Bürgschaft für die Richtigkeit. Denn man muß auch das zweite Document vom 18. April in Betracht ziehen: die Nachschrift Merveldt's, welche allerdings auf einen plötzlichen, gewaltsamen Ueberfall hinzudeuten scheint. Es ist zwar nicht mit Gewißheit zu erweisen, daß sie sich auf Rastatt bezieht; bemerkenswerth bleibt aber, daß der darin erwähnte Oberstleutnant Meyer von Heldenfeld nach Hormayr's Angabe in späterem Alter oft zu erzählen pflegte, er habe auf geheimen Befehl, ohne zu wissen, warum es sich handle, die Oberleitung des

Ueberfalles übernehmen müssen. So wenig zuverlässig Hormayr's Erzählungen sind, man kann sie doch nicht außer Acht lassen, wenn sie mit sicher beglaubigten Angaben übereinstimmen.

Mag man die eine oder die andere Auffassung vorziehen, mag man annehmen, das Armee-Commando habe Mitte April schon die gewaltsame Wegnahme der Gesandtschafts-Papiere, oder es habe nur militärische Vorkehrungen angeordnet, um die französischen Gesandten mit Gewalt von Rastatt zu entfernen, immer bleibt es glaublich, daß neben den unmittelbar vom Erzherzog ausgehenden noch andre Anweisungen für Barbaczy erlassen wurden, sei es aus dem Hauptquartier, sei es aus den Mittelstationen bei der Avantgarde in Rothweil oder Freudenstadt. Noch dazu war der Erzherzog um jene Zeit heftigen Anfällen seines epileptischen Leidens unterworfen. Am 14. April, gerade als die geheime Instruction für Barbaczy vermuthlich in Frage stand, meldet er dem Hofkriegsrath, er habe sich genöthigt gesehen, wegen zerrütteter Gesundheit den Oberbefehl dem Feldzeugmeister Grafen Wallis zu übergeben. Erst am 26. April trat er das Commando wieder an, war also die ganze Zeit, die hier in Betracht kommt, eigentlich nicht im Amte[1]). Daß Befehle des Erzherzogs gefälscht seien, dafür giebt es keinen Anhaltspunct; aber daß neben den Befehlen des Erzherzogs andere, wenn nicht gerade widersprechende, so doch weiter gehende Absichten sich Geltung verschafft hätten, läßt sich schon eher annehmen[2]). Wenn der Oberstleutnant

1) Der Erzherzog Karl an den Hofkriegsrath am 14. und 26. April. Feldzeugmeister Wallis an den Hofkriegsrath, 21. April „auf Befehl des Erzherzogs." Der Hofkriegsrath erwiedert am 19. April, daß in Folge Allerhöchster Verfügung der Erzherzog Joseph zur Rhein-Armee abgehen werde. Kriegs-Archiv.

2) Dohm schreibt am 8. Mai, Barbaczy habe von wiederholten Befehlen des Erzherzogs zur Sicherung der Gesandten nichts wissen wollen. Dagegen versicherte der Erzherzog dem Herrn von Eyben, er habe zweimal dem Commandanten der Vorposten einen solchen Befehl gegeben: einmal bei der ersten Gelegenheit, die Vorposten bis Rastatt zu poussiren, das andere Mal später. Es ist in der That durchaus wahrscheinlich, daß die erste Instruction

Meyer wirklich den Ueberfall der Gesandten vorbereitet hat, so bleibt es noch sehr zweifelhaft, ob ihm der Auftrag vom Erzherzog zugekommen ist. Meyer war nicht, wie öfters angegeben wird, im großen Generalstab, sondern Generalstabs-Chef der Avantgarde unter Sztaray und Kospoth. Im Hauptquartier könnte der Verdacht eigenmächtigen Handelns am ersten auf Faßbender fallen. Wir kennen seine excentrischen Ansichten in Betreff der französischen Diplomaten aus Staader's Briefen an Metternich, und Thugut macht ihn im ersten Augenblick für die Besetzung von Rastatt verantwortlich. Man muß aber hinzufügen: wir besitzen kein Actenstück, das auch nur den Schein eines wirklichen Beweises gegen ihn enthielte. Dagegen erwähnen die Protokolle zum 25. ein Schreiben Kospoth's an Merveldt: „Bescheid auf verschiedene Anfragen und zugleich Instructionen wegen der zu Rastatt zur Abreise sich anschickenden Gesandten." Das Schreiben, bisher ganz übersehen, hat möglicherweise nur die Befehle des Erzherzogs von demselben Tage weiter befördert, könnte aber auch unabhängig von denselben erlassen sein und vielleicht, wenn es einmal bekannt wird, den Schlüssel der folgenden Ereignisse enthalten. Der Erzherzog selbst billigt am 28. April eine vorgängige also selbstständige Weisung Kospoth's an Barbaczy [1]).

für Barbaczy Mitte April Vorsichts-Maßregeln für die Gesandten angeordnet hat. Es beruht auf einem Mißverständniß, wenn Sybel (Histor. Zeitschr. XXXIX, 67 fg.) den Tadel Lehrbach's auf diesen älteren Befehl bezieht, welchen Lehrbach allem Anschein nach gar nicht kannte. Wenn Lehrbach (a. a. O. S. 53, 58) von Befehlen redet, die von großen Herren eilig ohne vorgängige Durchsicht unterschrieben würden, so hat er den Befehl vom 25. im Sinne, der ihm nicht mit Unrecht der nöthigen Bestimmtheit zu entbehren schien, während der Erzherzog glauben mochte, durch die Empfehlung aller möglichen Vorsicht und Klugheit auch die persönliche Sicherheit der Gesandten hinreichend empfohlen zu haben.

1) Das Schreiben des Erzherzogs, nicht unwichtig, obgleich es nicht rechtzeitig nach Rastatt gelangen konnte, wurde von Sybel in der historischen Zeitschrift, XXXIX, 68 zuerst veröffentlicht. „Der Herr Oberst," lautet der Schluß, „kann auf die Fragen, welche allenfalls an denselben gestellt werden

Von Interesse ist auch die folgende, freilich nur indirecte Spur eines Befehls, der schon der Zeit nach nicht wohl von dem Erzherzog ausgehen konnte. In der Erzählung der rastatter Ereignisse fällt es auf, daß den deutschen Congreß-Mitgliedern die Rückreise nach der deutschen Seite gestattet, dagegen nach der französischen Seite, nach dem Rheine zu, strenge untersagt wird, selbst am Tage nach der Mordthat, als einige von ihnen den verwundeten Debry und die Wittwe Roberjot's bis Plittersdorf begleiten wollen. Wozu dieser sonderbare Befehl? Ich glaube darin die Rückwirkung der am 25. aufgefangenen französischen Depeschen zu erkennen, nämlich der Nachricht, daß die Vertreter von Darmstadt, Solms, Leyen, Salm, der französischen Gesandtschaft nach Straßburg folgen würden, um dort die Verhandlungen fortzusetzen. Aber wie hat dann die ungeschickte Ausführung einen an sich verständigen Befehl entstellt! Gewiß war es angemessen, die Bildung eines neuen Congresses in Straßburg zu hindern, aber welchen Sinn hat es, die Begleitung eines verwundeten Mannes und erschreckter Frauen zu verbieten?

Und dies führt zu der Thatsache, die bei der Beurtheilung des ganzen Ereignisses nicht leicht überschätzt werden kann: daß die wichtigsten Entschlüsse zuletzt von ganz untergeordneten Personen abhängen. Noch bis unter Barbaczy muß man hinabsteigen. Die Protokoll-Bücher erwähnen zum 29. April einen Brief Kospoth's aus Rothweil an den Erz-

---

sollten, die Antwort geben, daß die Rückkehr der französischen Gesandten nach Frankreich ungehindert und sicher geschehen werde; nur könne man diesseits kein längeres Verweilen in dem Bezirke der diesseitigen Armee dulden. In Hinsicht der Korrespondenz der französischen Minister darf keineswegs eine beruhigende Zusicherung gegeben werden; vielmehr ist aller Bedacht darauf zu nehmen, sich der Paketen habhaft zu machen, und dieselben, so wie gestern geschehen, hierhin einzuschicken." Was für Pakete hier gemeint sind, ob im Allgemeinen von der Correspondenz die Rede ist, oder von bestimmten, etwa Wächter und Strick compromittirenden, schon im Besitz der Gesandtschaft befindlichen Paketen, läßt sich auch wieder dem Briefe nicht entnehmen.

herzog: „Meldet, daß nach dem Berichte des Obersten Barbaczy die französischen Gesandten heute als am 29. dieses Monats von Rastatt abgehen werden." Barbaczy war also der Meinung, die Abreise würde erst im Laufe des 29. erfolgen. Wer konnte auch denken, die Gesandten, denen noch ein Zeitraum von vierundzwanzig Stunden, also der ganze folgende Tag frei blieb, würden plötzlich unter so gefährlichen Umständen in die dunkle Nacht hinein fahren? Wahrscheinlich hat Barbaczy gewünscht und erwartet, an dem folgenden Tage selbst genauere Instructionen zu erhalten, vielleicht hat er dann selbst nach Rastatt kommen wollen, und aus allen diesen Gründen den Rittmeister nur unvollkommen und durchaus nicht für den Fall der plötzlichen Abreise instruirt. Nun denke man, daß ein so wenig befähigter Mensch, wie Burkhard, unter solchen Verhältnissen nach Rastatt kommt. Er läßt die Botschaft an Albini und an die französischen Gesandten ausrichten, besetzt die Thore, weigert deutschen Gesandten die Erlaubniß hinauszugehen. Gegen alle Erwartung wollen die Franzosen noch am Abend abreisen. Der mainzische Legationsrath drängt im Auftrage Albini's, das Thor müsse geöffnet werden. Die französischen Gesandten festzuhalten, hat der Rittmeister keinen Befehl. In der Verlegenheit und Ueberraschung erlaubt er ihnen die Abreise. Gleich hinterher fällt ihm ein: er soll noch Papiere in Beschlag nehmen. Wie leicht konnten in einem solchen Augenblick der Uebereilung verkehrte Befehle ertheilt und von Untergebenen noch wieder mißverstanden und überschritten werden. Man bringe noch in Anschlag, daß Barbaczy schon einige Tage früher den Vortheil der Operationen als das einzig Maßgebende hinstellte, und daß das Benehmen der französischen Gesandten so wie einige militärische Vorfälle ein mehr als gewöhnliches Maß soldatischer Erbitterung bei den Oesterreichern hervorgerufen hatten. Unter diesen Voraussetzungen lassen sich die Ereignisse, die dem Morde vorhergingen und folgten, allenfalls erklären, selbst die an sich sonderbaren, ja widersprechenden Thatsachen, daß Husaren,

welche einen langen Wagenzug räuberisch anfallen, doch ausschließlich und nicht ohne Vorbedacht die drei Gesandten niederschlagen, daß dieselben Husaren, denen doch sehr wahrscheinlich die Wegnahme der Gesandtschafts-Papiere aufgetragen war, einen so beträchtlichen Theil dieser Papiere in die Murg werfen, daß bedeutende Bruchstücke erst mehrere Tage später im Rheine wieder aufgefangen wurden[1]). Selbst zur Erklärung der Mordthaten braucht man nicht nothwendig fremde Einmischung zur Hülfe zu nehmen. Freilich, in Abrede stellen kann man sie auch nicht. Die ältesten österreichischen Berichte Burkhard's, Barbaczy's, Kospoth's, des Erzherzogs reden nur von österreichischen Husaren. Schon einige Tage später tritt aber das Gerücht auf, daß Emigranten am Morde thätigen Antheil genommen, oder durch Geldspenden die Soldaten angereizt hätten. Begreiflich genug, daß man von österreichischer Seite diesen Gedanken begünstigte. Will man fremden Einfluß annehmen, so müßte in der That der nächste Verdacht auf die Emigranten

---

1) Am 16. Mai nahm Rosenstiel in Straßburg die von den Oesterreichern zurückgegebenen Gesandtschafts-Papiere wieder in Besitz in einem gerichtlichen Act, der das noch Vorhandene wie das Fehlende genau constatirte. Rosenstiel schreibt darüber am 19. Mai an Talleyrand: Der General Klein hat an den in Straßburg commandirenden Brigade-General Laroche einen Koffer, eine Cassette und einen Sack mit zwei Portefeuilles geschickt, welche der Feind ihm hatte zugehen lassen, unter dem Vorgeben, sie seien an dem Ort der Mordthaten gefunden worden. Rosenstiel erkannte seinen eigenen Koffer, in welchem er die wichtigsten gesandtschaftlichen und einige ihn persönlich angehende Papiere verpackt hatte. Die Schlösser waren gewaltsam geöffnet, Alles lag in Unordnung, Manches fehlte, z. B. 1) Die Stücke 1, 4, 6, der Instruction. 2) Die Briefe Talleyrand's Nr. 73—89. 3) Die Briefe der Gesandten an Talleyrand Nr. 101—149. Man hatte die Papiere 16 Tage behalten. Der sehr genaue procès-verbal nennt unter den zurückgegebenen Papieren verschiedene Documente, welche sich auf die Gesandtschaft Bernadotte's beziehen. Dagegen bemerkt Rosenstiel: Quant aux autres papiers de la légation, moins nécessaires à l'usage journalier, je les avais renvoyés quinze jours auparavant à Strassbourg, avec les papiers de l'Ambassadeur de Vienne que vous m'aviez ordonné de prendre en dépôt.

fallen. Denn sie waren es, die einzig außer dem Directorium in einer auf's höchste gesteigerten Erbitterung der Streitenden politischen Vortheil, die in dem Morde der Königsmörder eine gerechte Vergeltung und die Befriedigung der eigenen Rachgier finden konnten. Daß sie die Möglichkeit gehabt hätten, in den letzten Stunden auf die Soldaten oder gar auf einige der unteren Officiere einzuwirken, oder selbst thatsächlich einzugreifen, läßt sich nicht bestreiten. Kurz vorher waren sie allerdings durch eine badische Verfügung aus der Umgebung von Rastatt verwiesen. Aber zwischen dem Erlaß und der Befolgung solcher Anordnungen liegt ein weiter Zwischenraum; keinesfalls wirkten sie auf Emigranten, die sich im Bereich der österreichischen Linien aufhielten, mit dem österreichischen Militär in Verbindung standen — General Görger war selbst ein elsasser Emigrant — und mit den Szeklern nach Rastatt kommen konnten. Aber wer wird deshalb, weil jemand ein Verbrechen begehen konnte, ihn des Verbrechens zu beschuldigen wagen? Ein irgend beweisendes Document besitzt man auch gegen die Emigranten nicht, und wieder müssen wir gestehen, daß wir uns auf dem Boden nicht einmal der Vermuthungen, sondern nur der Möglichkeiten befinden.

Ich erkenne nur zu sehr, wie wenig das Ergebniß so langer Erörterungen befriedigt, wenn ich es noch einmal kurz zusammen fasse. Der Haupterfolg ist ein negativer: der Kreis der Verdächtigen verengert sich. Schwerlich wird man das Directorium, Debry, die englische Regierung, die Königin von Neapel ferner beschuldigen wollen. Von allem Verdachte ist auch Lehrbach befreit, und Thugut könnte höchstens durch eine zufällige, nicht einmal wahrscheinliche Aeußerung, nicht etwa mit dem Mord, sondern mit der Wegnahme von Gesandtschaftspapieren in Verbindung gebracht werden. Das Ereigniß erscheint durchaus als militärische Angelegenheit, hervorgerufen durch die Erbitterung gegen französische Diplomaten, die als Kundschafter die Vorrechte ihrer Stellung mißbrauchten. Für wahrscheinlich muß es gelten, daß vom Armee-Commando, auch

mit Wissen und Willen des Erzherzogs, ein Befehl zur Hinderung und Wegnahme der französischen Couriere und Correspondenzen erlassen wurde. Zum Ueberfall der Gesandten und zur Wegnahme des Gesandtschafts-Archivs hat der Erzherzog sehr wahrscheinlich keinen Befehl ertheilt. Immerhin könnte aber während seines Unwohlseins ein fremder böser oder übereifriger Wille entweder im Hauptquartier, oder in Kospoth's Nähe sich eingemischt und Anordnungen getroffen haben, die dann in der übereilten, ungeschickten Ausführung den Tod der Gesandten zur Folge hatten. Einen Mordbefehl darf man weder von Seiten des Hauptquartiers, noch von Seiten der Generale bis zu Barbaczy hinab voraussetzen; nicht einmal Burkhard läßt sich mit Sicherheit beschuldigen. Schon durch die Leidenschaft der Soldaten und unteren Officiere kann der Mord sich mit dem Ueberfall verbunden haben, freilich ebensowohl durch fremde Einmischung, die jedoch selbst in Bezug auf die Emigranten durch kein irgend entscheidendes Zeugniß sich erweisen läßt.

Wird das Dunkel sich lichten, wenn Alles, was noch in österreichischen Archiven ruht, wenn etwa die Acten der Untersuchungs-Commissionen einmal an den Tag kommen? Nach der Aeußerung Cobenzl's stände es zu erwarten; dagegen schreibt der Erzherzog Karl 1819 in der Geschichte des Krieges von 1799: „Die Veranlassung dieser Katastrophe ist bis jetzt nicht bekannt, und die Aufklärung bleibt der Nachwelt überlassen." Nach solchen Worten aus solchem Munde könnte man glauben, selbst die Untersuchungs-Behörde sei nicht zu vollständiger Kenntniß gelangt. Und in diesem Falle hätte eine eiserne Maske das Staats-Geheimniß Ludwig's XIV. vielleicht nicht undurchdringlicher verborgen, als ein Gewebe eigenthümlicher, kaum erklärlicher Umstände das Geheimniß des rastatter Gesandten-Mordes.

---

Universitäts-Buchdruckerei von Carl Georgi in Bonn.

Universität Potsdam
Universitäts-
bibliothek
Ausleihnr.
*10940204*